
**Die EU-Förderung der Zivilgesellschaft zur Unterstützung der
Demokratisierung in den postkommunistischen Staaten Osteuropas
am Beispiel der Ukraine**

Dissertation
zur Erlangung des Grades
doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
der Freien Universität Berlin
vorgelegt von

Nadiya Meyer, M.A.

Berlin, 2019

Erstgutachter: Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Tanja A. Börzel

Tag der Disputation: **04.11.2019**

An meine Eltern, Iryna und Volodymyr

A

bstract

Using Ukraine as an example, this work is dedicated to the question of whether the European Union (EU) strengthens civil society actors of democratization in Eastern Europe through its direct support. The investigation focuses on NGOs as the main addressees of civil society democracy promotion by the EU in Ukraine. This study analyzes how several Ukrainian NGOs were directly supported by the EU from 1994–2015 in carrying-out specific projects for democracy promotion, and whether this support strengthened them in their role as actors of democratization in the country. For such an effect to be present, two conditions must be fulfilled: On the one hand, internal capacities, which the NGOs use in carrying out their functions and tasks with regard to democratization, such as representation of interests, communication or socialization, must be build up. On the other hand, Ukrainian NGOs must have also had a positive external influence on the domains of democratization, in line with the model of an "embedded democracy." The aim here is to show whether EU support has indeed enabled civil society actors in neighboring European countries to exert a positive influence on democratization, or whether it has only strengthened their capacities internally, without there being any evidence of a clear-cut democracy promoting effect. The empirical basis of this study consists of 25 projects carried out by 15 selected Ukrainian NGOs and which were funded within the framework of four EU programs – TACIS, EIDHR, NCSF (ENPI) and NSA&LA – during three periods of Ukraine's transition to democracy (1994–2005; 2005–2010; 2010–2015).

By example of the NGOs examined, this work shows that the EU, through its direct support, can certainly strengthen the civil society actors of democratization in Ukraine along both dimensions described above. On the one hand, the study shows that the NGOs expand their internal institutional and technical capacities during the funding period. Capacity building takes place primarily as a side effect of the implementation of the actual project work. On the other hand, it becomes clear that the NGOs, with the help of EU project funding, positively influence in various ways individual domains of democratization, such as democratic elections or civil liberties. At the same time, the study demonstrates that the possibilities and limitations of Ukrainian NGOs to cooperate with the EU as an external actor in democracy promotion are closely related to the so-called *domestic opportunity structures*. Three of them are of particular relevance: the provision of NGOs with necessary capacities, existing connections to state policy actors, and an actual will to cooperate with the EU as an external actor. This explains why a limited circle of larger and more resource-intensive NGOs in the capital Kiev primarily benefit from the EU's funding offer in Ukraine. However, the results also show that this means smaller local NGOs as individual project target groups are strengthened in their democratically oriented actions, democratic awareness among the population is cultivated through political education and democratic developments in Ukraine are supported at both national and regional level as well. This fact, in turn, leads to the conclusion that the EU is indeed contributing to democratization in Ukraine by directly supporting selected, highly professionalized NGOs. Nevertheless, this does not change the fact that this is only a small segment of Ukrainian civil society; the sustainability of the positive effects of funding are also empirically difficult to prove in several of the EU projects examined in this study. The interpretation of the research results takes this problem into account, as well as other challenges of civil society promotion as an external democratization strategy of the EU in the Eastern European region.

Zusammenfassung

Diese Arbeit widmet sich am Beispiel der Ukraine der Frage, ob die Europäische Union (EU) durch ihre direkte Unterstützung die zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung im Osteuroparaum stärkt. Die Untersuchung beschränkt sich auf die Ebene der NGOs als Hauptadressaten zivilgesellschaftlicher Demokratieförderung der EU in der Ukraine. Im Zeitraum 1994–2015 werden einzelne ukrainische NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung dahingehend der Analyse unterzogen, wie sie von der EU projektorientiert direkt gefördert wurden bzw. ob diese Förderung sie in ihrer Rolle als Akteure der Demokratisierung vor Ort stärkte. Dabei wird eine solche Stärkung zweidimensional aufgefasst: Zum einen versteht man darunter den Aufbau interner Kapazitäten, welche die NGOs bei der Ausübung ihrer Funktionen und Aufgaben der Demokratisierung in Anspruch nehmen, wie Interessenvertretung, Kommunikation oder Sozialisation. Zum anderen setzt sie voraus, dass die ukrainischen NGOs im Förderverlauf die Domänen der Demokratisierung, wie sie durch das Modell einer „eingebetteten“ Demokratie dargestellt werden, ebenfalls extern positiv beeinflussen. Hiermit gilt zu zeigen, ob die Unterstützung der EU es den zivilgesellschaftlichen Akteuren in ihren europäischen Nachbarländern in der Tat ermöglichte, Einfluss auf die Demokratisierung zu nehmen, oder diese nur intern in ihren Kapazitäten stärkte, ohne dass eine klare demokratieförderliche Nachwirkung nachweisbar wäre. Als empirische Basis der Untersuchung fungieren 25 Projekte, welche durch 15 vorab ausgewählte ukrainische NGOs im Rahmen von vier Programminstrumenten der EU – TACIS, EIDHR, NCSF (ENPI) und NSA&LA – in der zeitlichen Varianz entlang von drei Zeitphasen der ukrainischen Demokratisierung (1994–2005; 2005–2010; 2010–2015) gefördert wurden.

Am Beispiel der untersuchten NGOs zeigt diese Arbeit, dass die EU durch ihre direkte Unterstützung die zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung in der Ukraine entlang beider genannten Dimensionen durchaus stärken kann. Einerseits zeigt die Untersuchung, dass die NGOs im Förderverlauf ihre internen institutionellen und fachlichen Kapazitäten erweitern. Dabei findet der Aufbau ihrer Kapazitäten primär als *side effect* der Umsetzung der eigentlichen Projektarbeit statt. Andererseits wird deutlich, dass die NGOs mithilfe der EU-Projektförderung einzelne Domänen der Demokratisierung, wie beispielsweise demokratische Wahlen oder bürgerliche Freiheitsrechte, auf verschiedene Art positiv beeinflussen. Zugleich demonstriert die Untersuchung, dass die Möglichkeiten und Grenzen der ukrainischen NGOs, mit der EU als externem Akteur der Demokratieförderung zu kooperieren, in engem Zusammenhang mit den innerstaatlichen Strukturen – oder *domestic opportunity structures* – stehen. Drei davon sind von besonderer Bedeutung: die Ausstattung der NGOs mit notwendigen Kapazitäten, ihr bestehendes Verhältnis zu staatlichen Politikakteuren und der eigentliche Wille zur Kooperation mit der EU als externem Akteur. Dies erklärt, warum vom Förderangebot der EU in der Ukraine primär ein begrenzter Kreis größerer und ressourcenstärkerer NGOs in der Hauptstadt Kiew profitiert. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass hierdurch kleinere lokale NGOs als einzelne Projektzielgruppen in ihrem demokratieorientierten Handeln mitgestärkt, das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung durch politische Bildung gepflegt bzw. die demokratischen Entwicklungen in der Ukraine sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene ebenfalls mitunterstützt werden. Diese Tatsache legt wiederum den Schluss nahe, dass die EU mit der direkten Förderung ausgewählter, hochprofessionalisierter NGOs einen Beitrag zur Demokratisierung in der Ukraine leistet. Trotzdem handelt es sich hierbei nur um ein kleineres Segment der ukrainischen Zivilgesellschaft; auch die Nachhaltigkeit der positiven Effekte der Förderung ist bei mehreren der in dieser Arbeit untersuchten EU-Projekte empirisch schwer nachweisbar. Die Interpretation der Forschungsergebnisse erfolgt daher unter Berücksichtigung dieser Problematik und anderen Herausforderungen der Zivilgesellschaftsförderung als externe Demokratisierungsstrategie der EU im Osteuroparaum.

Freie Universität Berlin

Name: Meyer

Vorname: Nadiya

Selbstständigkeitserklärung zur Dissertation

Ich erkläre ausdrücklich, dass es sich bei der von mir eingereichten schriftlichen Arbeit mit dem Titel

Die EU-Förderung der Zivilgesellschaft zur Unterstützung der Demokratisierung in den postkommunistischen Staaten Osteuropas am Beispiel der Ukraine

um eine von mir selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasste Arbeit handelt.

Ich erkläre ausdrücklich, dass ich *sämtliche* in der oben genannten Arbeit verwendeten fremden Quellen, auch aus dem Internet (einschließlich Tabellen, Grafiken u. Ä.) als solche kenntlich gemacht habe. Insbesondere bestätige ich, dass ich ausnahmslos sowohl bei wörtlich übernommenen Aussagen bzw. unverändert übernommenen Tabellen, Grafiken u. Ä. (Zitaten) als auch bei in eigenen Worten wiedergegebenen Aussagen bzw. von mir abgewandelten Tabellen, Grafiken u. Ä. anderer Autorinnen und Autoren (Paraphrasen) die Quelle angegeben habe.

Mir ist bewusst, dass Verstöße gegen die Grundsätze der Selbstständigkeit als Täuschung betrachtet und entsprechend der Prüfungsordnung und/oder der Allgemeinen Satzung für Studien- und Prüfungsangelegenheiten der FU geahndet werden.

Datum: Juli 2019

Unterschrift:

Danksagung

Mein großer Dank gilt *Professor Dr. Eckart D. Stratenschulte* für seine gründliche fachliche Betreuung und die wertvolle persönliche Unterstützung, welche mich auf meinem Promotionsweg immer wieder aufbaute und mir das notwendige Maß an Inspiration sicherte, um diese Arbeit mit Interesse bis zum Ende zu führen.

Ich bedanke mich ebenfalls bei *Prof. Dr. Tanja Börzel* für Ihre konstruktiven Hinweise und Ideen während der Erarbeitung meines Forschungsvorhabens bzw. für Ihre zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen, die mir bei der Verfassung dieser Dissertation sehr hilfreich waren.

Weiterhin spreche ich der *Konrad-Adenauer-Stiftung* meinen besten Dank für ihr vierjähriges Promotionsstipendium mit einem umfassenden Angebot der ideellen Förderung aus, welches ich nicht nur für das ungestörte Arbeiten an dieser Doktorarbeit, sondern auch für mein berufliches und persönliches Wachstum vielseitig nutzen konnte. Zu danken habe ich auch dem *Deutschen Stiftungszentrum* für die finanzielle Abschlussförderung meiner Doktorarbeit im Rahmen eines dreimonatigen Dorothee Wilms-Stipendiums.

Meinen herzlichsten Dank richte ich darüber hinaus an meine *Eltern*, meinen Ehemann *Martin* und meine Schwester *Anna* für ihre unermüdliche Unterstützung von Beginn bis Abschluss meiner Promotion.

Berlin, Juli 2019

–N.M.



Abkürzungsverzeichnis

ALI	Agency for Legislative Initiatives (Kiew, Ukraine)
CCC	Creative Centre “Counterpart” (Kiew, Ukraine)
CSI	Civil Society Institute (Kiew, Ukraine)
CSO and LA	Civil Society Organizations and Local Actors Programme
CEDEM	Centre for Democracy and Rule of Law (Kiew, Ukraine)
CVU	Committee of Voters of Ukraine (Kiew, Ukraine)
CPLR	Centre for Political and Legal Reforms (Kiew, Ukraine)
DCI	Development Cooperation Instrument
DG DEVCO	Directorate-General for International Cooperation and Development
DIF	Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation (Kiew, Ukraine)
EaP	Eastern Partnership
EaP CSF	Eastern Partnership Civil Society Forum
Ednannia	Initiative Centre to Support Social Action “ISAR Ednannia” (Kiew, Ukraine)
EDF	European Development Fund
EEAS	European External Action Service
EED	European Endowment for Democracy
EIDHR	European Instrument for Democracy and Human Rights
EIDOS	Centre EIDOS (Kiew, Ukraine)
ENI	European Neighbourhood Instrument
ENP	European Neighbourhood Policy (Europäische Nachbarschaftspolitik)
ENPI	European Neighbourhood Policy Instrument
EPD	European Partnership for Democracy
EU	European Union (Europäische Union)
EuropeAid	Directorate General Development and Cooperation – EuropeAid
EEAS	European External Action Service
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
HURT	Resource Center HURT (Kiew, Ukraine)
ICPS	International Centre for Policy Studies (Kiew, Ukraine)
NCSF	Neighbourhood Civil Society Facility
NGO	Non-Governmental Organization
NSA§LA	Non-State Actors § Local Authorities

TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent State
TACIS IBPP	TACIS-Institution Building Partnership Programm
UCIPR	Ukrainian Center for Independent Research (Kiew, Ukraine)
UHHRU	Ukrainian Helsinki Human Rights Union (Kiew, Ukraine)
ULAF	Ukrainian Legal Aid Foundation (Kiew, Ukraine)
UMDPL	Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (Kiew, Ukraine)
UNDP	United Nations Development Programme
USAID	United States Agency for International Development
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe
OPORA	Civil Network “OPORA” (Kiew, Ukraine)

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Operationalisierung der unabhängigen Variablen der Untersuchung „Gesamtheit der Programminstrumente der EU sowie deren Formen und Maßnahmen zur Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung“.....	36
Tab. 2:	Operationalisierung der abhängigen Subvariablen der Untersuchung „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“.....	39
Tab. 3:	Operationalisierung der abhängigen Subvariablen der Untersuchung „Etwasige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“.....	41
Tab. 4:	Das Modell einer „eingebetteten“ Demokratie.....	77
Tab. 5:	Die wichtigsten Funktionen der NGOs als Akteure der Demokratisierung.....	133
Tab. 6:	Thematische Schwerpunkte und Ziele der einzelnen Programminstrumente der EU zur externen Demokratieförderung in Osteuropa in Bezug auf NGOs.....	175
Tab. 7:	Überblick über zentrale Dimensionen und Programminstrumente der EU zur Förderung der Zivilgesellschaft in der Ukraine entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung.....	215
Tab. 8:	Operationalisierung der unabhängigen Variablen „Gesamtheit der Programminstrumente der EU sowie deren Formen und Maßnahmen zur Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung“ entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung.....	218
Tab. 9:	Die Typen häufig eingesetzter Maßnahmen innerhalb der einzelnen Programminstrumente der EU zur Förderung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung in der Ukraine.....	219
Tab. 10:	Ziele der einzelnen Programminstrumente der EU zur Förderung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in der Ukraine.....	221
Tab. 11:	Kriterien für interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung.....	224
Tab. 12:	Kriterien der externen Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung.....	231
Tab. 13:	Arbeitsschwerpunkte und Funktionen der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung in Bereichen der Demokratisierung.....	242
Tab. 14:	Bezugnahme der Tätigkeitsprofile der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung auf einzelne Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie.....	250
Tab. 15:	Bezugnahme der Tätigkeitsprofile der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung auf einzelne externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie.....	251
Tab. 16:	Die EU-Förderung der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung innerhalb einzelner Zeitphasen der Demokratisierung in der Ukraine.....	251
Tab. 17:	Liste der demokratischen EU-geförderten Projekte der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung entlang einzelner Zeitphasen der Demokratisierung in der Ukraine.....	255
Tab. 18:	Darstellung der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“.....	265
Tab. 19:	Darstellung der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“.....	266
Tab. 20:	Darstellung der Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“.....	268
Tab. 21:	Darstellung der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“.....	270

Tab. 22:	Darstellung der Auswertungskategorie „demokratisches Wahlregime“	272
Tab. 23:	Darstellung der Auswertungskategorie „politische Partizipationsrechte“	273
Tab. 24:	Darstellung der Auswertungskategorie „bürgerliche Freiheitsrechte“	273
Tab. 25:	Darstellung der Auswertungskategorie „horizontale Gewaltenkontrolle“	274
Tab. 26:	Darstellung der Auswertungskategorie „effektive Regierungsgewalt“	274
Tab. 27:	Darstellung der Auswertungskategorie „Qualität der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung“	275
Tab. 28:	Darstellung der Auswertungskategorie „Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung“	275
Tab. 29:	Darstellung der EU-geförderten Projekte der ausgewählten ukrainischen NGOs in der ersten Zeitphase der Untersuchung (1994–2005).....	277
Tab. 30:	Darstellung der EU-geförderten Projekte der ausgewählten ukrainischen NGOs in der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010).....	280
Tab. 31:	Darstellung der EU-geförderten Projekte der ausgewählten ukrainischen NGOs in der dritten Zeitphase der Untersuchung (2010–2015).....	282
Tab. 32:	Auszug aus der Extraktionstabelle für die Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“	285
Tab. 33:	Beispiel einer Auswertungstabelle für die Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ in der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010).....	287
Tab. 34:	Typisierung der Projektergebnisse bzw. der damit zusammenhängenden Förderstrategien und Maßnahmen entlang der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“	290
Tab. 35:	Die EU-Förderung der einzelnen NGOs entlang der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“ innerhalb der drei Zeitphasen der Untersuchung.....	292
Tab. 36:	Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren institutionellen Kapazitäten.....	296
Tab. 37:	Typisierung der Projektergebnisse bzw. der damit zusammenhängenden Förderstrategien und Maßnahmen entlang der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“	298
Tab. 38:	Die EU-Förderung der einzelnen NGOs entlang der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ innerhalb der drei Zeitphasen der Untersuchung.....	300
Tab. 39:	Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren Kapazitäten der Einflussnahme auf Politik bzw. der Kooperation mit dem Staat.....	317
Tab. 40:	Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren Kapazitäten der Einflussnahme auf Politik bzw. der Kooperation mit dem Staat.....	319
Tab. 41:	Die EU-Förderung der einzelnen NGOs entlang der Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“ innerhalb der drei Zeitphasen der Untersuchung.....	321
Tab. 42:	Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren Kapazitäten der Kommunikation bzw. des Networkings.....	331
Tab. 43:	Typisierung der Projektergebnisse bzw. der damit zusammenhängenden Förderstrategien und Maßnahmen entlang der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“	333

Tab. 44: Die EU-Förderung der einzelnen NGOs entlang der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“ innerhalb der drei Zeitphasen der Untersuchung.....	334
Tab. 45: Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren Kapazitäten der Sozialisation bzw. der Engagementförderung.....	344
Tab. 46: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „demokratisches Wahlregime“.....	346
Tab. 47: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „politische Partizipationsrechte“.....	352
Tab. 48: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „bürgerliche Freiheitsrechte“.....	354
Tab. 49: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „horizontale Gewaltkontrolle“.....	360
Tab. 50: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „effiziente Regierungsgewalt“.....	363
Tab. 51: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung“.....	366
Tab. 52: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung“.....	377
Tab. 53: Zusammenfassung der Ergebnisse der EU-Förderung der 15 ukrainischen NGOs in Bezug auf deren interne Stärkung in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung.....	384
Tab. 54: Die Einsetzung von einzelnen Typen der häufigen Maßnahmen zur externen Förderung der NGOs durch die EU in Bezug auf 15 Fallbeispiele der Untersuchung.....	388
Tab. 55: Anwendung der einzelnen Typen häufiger Maßnahmen zur externen Förderung der NGOs durch die EU in Bezug auf die Auswertungskategorien der Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“.....	390
Tab. 56: Darstellung von häufig angewandten Formen der typischen Maßnahmen zur externen Förderung der NGOs durch die EU entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung.....	391
Tab. 57: Übersicht über die Kooperationen der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung untereinander im Rahmen ihrer EU-geförderten Projekte.....	393
Tab. 58: Die Darstellung der im Rahmen der untersuchten EU-Projekte gebildeten Kooperations- und Kommunikationsnetzwerke der projektausführenden NGOs mit sonstigen Akteuren der Zivilgesellschaft oder der Politik.....	395
Tab. 59: Typen häufiger Projektergebnisse in Bezug auf die abhängige Subvariable der Untersuchung „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“.....	398
Tab. 60: Darstellung der Einflussnahme der Förderung der 15 ukrainischen NGOs durch die EU auf einzelne Bereiche der Demokratisierung entlang drei Zeitphasen der Untersuchung.....	400
Tab. 61: Anzahl der thematisch relevanten EU-Projekte der 15 untersuchten ukrainischen NGOs entlang einzelner Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“.....	402
Tab. 62: Die Gesamtzahl der im Rahmen der einzelnen EU-Programminstrumente geförderten Projekte, welche zur Stärkung der einzelnen Kategorien von Kapazitäten der projektausführenden NGOs führten.....	404

Tab. 63: Zusammenfassung der Stärkung der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung in ihren institutionellen und fachlichen Kapazitäten durch einzelne Förderinstrumente der EU.....	406
Tab. 64: Die Frequenz der Anwendung einzelner Typen häufiger Fördermaßnahmen in den EU-geförderten Projekten der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung.....	407
Tab. 65: Die Zahl der EU-geförderten Projekte der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung mit Bezug auf die Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie entlang einzelner EU-Programminstrumente zur externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine.....	409
Tab. 66: Förderung der einzelnen Merkmalsausprägungen der Kategorien einer „eingebetteten“ Demokratie innerhalb der untersuchten EU-geförderten Projekte der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung durch einzelne Programminstrumente der EU.....	411
Tab. 67: Anzahl der NGOs, welche mit ihren EU-Projekten zu definierten Typen der Ergebnisse mit einer nachhaltig förderlichen Wirkung auf einzelne Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie führten.....	413
Tab. 68: Zusammenhang zwischen den abgeleiteten Typen der nachhaltig orientierten Ergebnisse der EU-Förderung der ukrainischen NGOs mit einer förderlichen Wirkung auf die Demokratisierung und den hierfür eingesetzten Kategorien interner Kapazitäten der projektausführenden NGOs.....	416
Tab. 69: Typen von umgesetzten Projektmaßnahmen mit positiver Auswirkung auf beide abhängigen Subvariablen der Untersuchung.....	418

A

bbildungsverzeichnis

Abb. 1: Das Modell zur Feststellung des Zusammenhangs zwischen der unabhängigen und abhängigen Variablen der Untersuchung.....	42
Abb. 2: Einfluss der Stärkung einzelner Funktionen der NGOs auf einzelne Bereiche der Demokratisierung.....	172
Abb. 3: Zentrale Programminstrumente der EU zur externen Zivilgesellschaftsförderung in Osteuropa.....	180
Abb. 4: Vorgehensweise bei der Bildung der Kategorien entlang der Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“.....	263

I nhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung	20
1.1 Einführung in das Thema	20
1.2 Problemstellung	23
1.3 Fragestellung	26
1.4 Forschungsdesign, theoretisch-methodologische Grundlagen und Gegenstand der empirischen Untersuchung	27
1.4.1 Fallstudie Ukraine	27
1.4.2 Akzentsetzung auf NGOs als Fallbeispiele der empirischen Untersuchung	31
1.4.3 Der zeitliche Rahmen der Untersuchung	32
1.4.4 Definition und Operationalisierung der unabhängigen und abhängigen Variablen der Untersuchung	35
1.4.5 Die Hypothesen der Untersuchung	42
1.4.6 Gegenstand, Methode und Ablauf der empirischen Untersuchung	47
1.4.7 Klärung der zentralen Begriffe der Arbeit	51
1.5 Aufbau der Arbeit	53
1.6 Literaturübersicht und Forschungsstand	55
1.6.1 Literaturübersicht und Forschungsstand in Bezug auf den theoretischen und inhaltlichen Rahmen der Arbeit zur Rolle der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung in Osteuropa am Beispiel der Ukraine	55
1.6.2 Literaturübersicht und Forschungsstand in Bezug auf den theoretischen und inhaltlichen Rahmen der Arbeit im Themenbereich der externen EU-Förderung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung Osteuropas am Beispiel der Ukraine	61
1.7. Forschungsinteresse	68
Kapitel 2: Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen der Demokratisierung in postkommunistischen Ländern Osteuropas	70
2.1 Der Begriff der „Demokratisierung“ aus der Perspektive der postkommunistischen Transformationsforschung	70
2.2 Demokratisierung und moderne Demokratiedebatten	72
2.3 Die Phasen der Demokratisierung	74
2.4 Die „eingebettete“ Demokratie als Basismodell der Demokratisierung	76
2.5 Die zentralen Schwachstellen der postkommunistischen Demokratien Osteuropas	80
2.6 Zusammenfassende Bemerkungen	84
Kapitel 3: Gestaltung und Wesensmerkmale der Demokratisierungsprozesse in der Ukraine (1991– 2015)	86
3.1 Einleitung und erste Jahre der postkommunistischen Demokratisierung in der Ukraine (1991–1994)	88
3.2 1994–2005: Jahre der Präsidentschaft von Leonid Kutschma	90
3.3 2005–2010: Präsident Viktor Juschtschenko und die verzögerte Konsolidierung der ukrainischen Demokratie	93
3.4 2010–2015: Präsidentschaft von Viktor Janukowitsch und demokratischer Umbruch infolge der <i>Euromajdan</i> -Revolution	96
3.5 Zusammenfassende Bemerkungen	100
Kapitel 4: Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung	101
4.1 Die normativ-historischen Grundlagen des modernen Zivilgesellschaftsdiskurses	102
4.1.1 Der republikanische versus den liberalen Strang des zivilgesellschaftlichen Diskurses	102
4.1.2 Die Wiederbelebung des zivilgesellschaftlichen Diskurses in den 1980er und 1990er Jahren	105
4.2 Die Wesensmerkmale des modernen Diskurses der Zivilgesellschaft	107

4.2.1 Zwischen Staat, Markt und Familie: die Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre der freiwilligen gesellschaftlichen Selbstorganisation.....	107
4.2.2 Das zivilgesellschaftliche Akteursspektrum	109
4.2.3 Bürgerschaftliches Engagement als prägendes Merkmal der Zivilgesellschaft	110
4.2.4 Zivilgesellschaft als ein normatives Konzept.....	111
4.2.5 Das Verhältnis zum Staat als ein wichtiges Charakteristikum der Zivilgesellschaft	111
4.2.6 Politische Ausrichtung als Merkmal der Zivilgesellschaft.....	112
4.2.7 Dritter Sektor und Zivilgesellschaft	114
4.3 Die Zivilgesellschaft als Akteur der postkommunistischen Demokratisierung	115
4.3.1 Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für Demokratisierung.....	116
4.3.2 Funktionen der Zivilgesellschaft in Bezug auf Demokratisierung	117
4.3.3 Einfluss der Zivilgesellschaft auf einzelne Phasen der Demokratisierung.....	120
4.3.4 Problematische Aspekte der postkommunistischen Zivilgesellschaften im Kontext der demokratischen Transformation.....	121
4.3.5 Die Anpassung des Zivilgesellschaftskonzepts an den Kontext der postkommunistischen Transformationsforschung.....	123
4.4 Zusammenfassende Bemerkungen.....	126

Kapitel 5: NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure: ihre Wesensmerkmale und Bedeutung für Demokratisierung	127
5.1 NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung: Begriffserklärung	128
5.2 Spezifische Merkmale der NGOs.....	130
5.3 Spezifische Aufgaben und Funktionen der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung.....	131
5.4 Zusammenfassende Bemerkungen.....	133

Kapitel 6: NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in der Ukraine.....	134
6.1 Ukrainische Zivilgesellschaft als Mitgestalter der Demokratisierung vor Ort: rechtlich-politische, gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Entwicklungsbedingungen	134
6.1.1 In der ersten Zeitphase der Demokratisierung (1994–2005).....	135
6.1.2 In der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010).....	136
6.1.3 In der dritten Zeitphase der Demokratisierung (2010–2015).....	137
6.2 NGOs als Akteure der Demokratisierung in der Ukraine (1994–2015).....	139
6.2.1 Die Entwicklung des ukrainischen NGO-Sektors in der ersten Zeitphase der Demokratisierung (1994–2005).....	139
6.2.2 Die Entwicklung des ukrainischen NGO-Sektors in der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010).....	141
6.2.3 Die Entwicklung des ukrainischen NGO-Sektors in der dritten Zeitphase der Demokratisierung (2010–2015).....	143
6.3 Zusammenfassende Bemerkungen.....	148

Kapitel 7: Externe Demokratieförderung und Zivilgesellschaft	149
7.1 Der Begriff der externen Demokratieförderung.....	149
7.2 Der Dreiebenen-Ansatz der externen Demokratieförderung	151
7.3 Die Zivilgesellschaft als Objekt der externen Demokratieförderung in Osteuropa	152

Kapitel 8: Die EU als externer Demokratieförderer in Osteuropa	155
8.1 Das Demokratiekonzept aus der Perspektive der externen Demokratieförderung der EU	156
8.2 Die Interessen der EU an der Demokratisierung in Osteuropa: Europäische Nachbarschaftspolitik und Östliche Partnerschaft	158
8.2.1 Der Ansatz der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP).....	158
8.2.2 Östliche Partnerschaft als Dimension der ENP	160
8.2.3 ENP als Strategie der Demokratieförderung in Osteuropa.....	162
8.2.4 Die Modelle der externen Demokratieförderung innerhalb der ENP	164
8.3 Zusammenfassende Bemerkungen.....	169

Kapitel 9: Zivilgesellschaft als Adressat der externen Demokratieförderung der EU in Osteuropa:	
Instrumente und Förderlogik	170
9.1 Stärkung der Zivilgesellschaft als Priorität der EU in Osteuropa	170
9.2 Theoretischer Ansatz der EU zur Förderung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in der osteuropäischen Nachbarschaft	172
9.3 Zentrale Dimensionen und Formen der direkten EU-Projektförderung von NGOs in Osteuropa	176
9.4 Programminstrumente der EU zur direkten Förderung von NGOs in Osteuropa	179
9.4.1 Geografische Programminstrumente	180
9.4.2 Thematische Programminstrumente	183
9.5 Zusammenfassende Bemerkungen	188
Kapitel 10: <i>Domestic opportunity structures</i> als Erklärungsansatz für Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation ukrainischer NGOs mit der EU	189
10.1 Das Konzept <i>domestic opportunity structures</i> und dessen Anwendung auf die Ebene der NGOs ...	189
10.2 <i>Domestic opportunity structures</i> für die Kooperation ukrainischer NGOs mit der EU in Bereichen der Demokratisierung	191
10.2.1 Das Verhältnis der NGOs zum Staat und ihre Möglichkeiten der Einflussnahme auf nationale Politik	191
10.2.2 Die Ausstattung der NGOs mit Kapazitäten bzw. die Möglichkeiten für die Sicherung der Nachhaltigkeit ihrer Projektarbeit	193
10.2.3 Der Wille der NGOs zur Kooperation mit der EU als einem externen Förderakteur	194
10.3 Zusammenfassende Bemerkungen	195
Kapitel 11: Zivilgesellschaft als Adressat der Demokratieförderung durch die EU in der Ukraine	197
11.1 Demokratieförderung als Priorität der bilateralen Beziehungen der EU zur Ukraine	197
11.2 Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft durch die EU (1994–2015): politisch-rechtliche Relevanz	201
11.2.1 In der ersten Zeitphase der Demokratisierung (1994–2005)	201
11.2.2 In der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010)	202
11.2.3 In der dritten Zeitphase der Demokratisierung (2010–2015)	203
11.3 Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU entlang einzelner Zeitphasen der Demokratisierung (1994–2015)	206
11.3.1 In der ersten Zeitphase der Demokratisierung (1994–2005)	205
11.3.1 In der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010)	208
11.3.1 In der dritten Zeitphase der Demokratisierung (2010–2015)	210
11.4 Zusammenfassende Bemerkungen	215
Kapitel 12: Gegenstand und methodologische Grundlagen der empirischen Untersuchung	217
12.1 Operationalisierung der unabhängigen und abhängigen Variablen der Untersuchung	217
12.1.1 Operationalisierung der unabhängigen Variablen	217
12.1.2 Operationalisierung der abhängigen Variablen	220
12.2 Fallauswahl	237
12.2.1 Vorauswahl der NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung: Einschränkung auf die Region Kiew	238
12.2.2 Begründung für die Auswahl von 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung	241
12.2.3 Arbeitsprofil der 15 ausgewählten NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung im Bereich der Demokratisierung	245
12.2.4 Bezugnahme der ausgewählten NGOs auf die abgeleiteten Kriterien der Demokratisierung bzw. einzelne Zeitphasen der Untersuchung	250
12.2.5 Zwischenfazit	252
12.3 Datenerhebung	253
12.3.1 Zusammenstellung der Liste ausgewählter EU-geförderter Projekte der 15 ukrainischen NGOs als einzelne Fallbeispiele der Untersuchung	254
12.3.2 Experteninterviews als Datenerhebungsmethode	258
12.4 Qualitative Inhaltsanalyse als Analyse- und Auswertungsmethode	259

Kapitel 13: Extraktion, Auswertung und Analyse der Daten.....	262
13.1 Kategorienbildung.....	262
13.1.1. Bildung der Kategorien entlang der Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“	263
13.1.2 Bildung der Kategorien entlang der Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“	271
13.2 Darstellung der einzelnen EU-geförderten Projekte der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung (1994–2015).....	276
13.2.1 In der ersten Zeitphase der Untersuchung (1994–2005)	276
13.2.2 In der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010)	278
13.2.3 In der dritten Zeitphase der Untersuchung (2010–2015)	280
13.3 Methodische Vorbereitung des Auswertungsverfahrens: Extraktion der Daten	284
13.4 Strukturierung und Auswertung der Informationen	286
13.5 Analyse der zentralen Ergebnisse der empirischen Untersuchung.....	288
13.5.1 Analyse der Daten entlang einzelner Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“	289
13.5.2 Analyse der empirischen Daten entlang einzelner Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“	344
Kapitel 14: Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse	384
14.1 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Untersuchung entlang beider Subvariablen der abhängigen Variablen der Untersuchung	384
14.1.1 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Untersuchung in Bezug auf die abhängige Subvariable „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“	384
14.1.2 Typisierung und Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der empirischen Analyse entlang der abhängigen Subvariablen „Externe Auswirkungen der EU-Förderung von NGOs auf Demokratisierung“	397
14.2 Analyse der Zusammenhänge zwischen der unabhängigen Variablen und den abhängigen Subvariablen der Untersuchung	404
14.2.1 Analyse des Zusammenhangs zwischen der unabhängigen Variablen und der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung der ukrainischen NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“	404
14.2.2 Analyse des Zusammenhangs zwischen der unabhängigen Variablen und der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“	408
14.3 Interpretation der Ergebnisse entlang beider Hypothesen der Untersuchung	415
14.3.1 Interpretation der Ergebnisse entlang der Hypothese 1	414
14.3.2 Interpretation der Ergebnisse entlang der Hypothese 2	421
14.4 Zusammenfassende Bemerkungen in Bezug auf Logik, Effizienz und Transparenz der EU-Förderung ukrainischer NGOs als Akteure der Demokratisierung im Untersuchungszeitraum 1994–2015.....	429
14.5 Diskussion der zentralen Forschungsergebnisse	434
14.6 Forschungsausblick	446
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	454
Anhänge.....	502
Anhang 1: Darstellung der zentralen Aufgaben und Aktivitäten der evaluierten EU-geförderten Projekte entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung	502
Anhang 2: Liste der durchgeführten Interviews.....	508
Anhang 3: Kontaktdaten der 15 als Fallbeispiele untersuchten ukrainischen NGOs.....	510

Diese Arbeit widmet sich der Frage, ob die EU durch ihre direkte Unterstützung zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung im Osteuroparaum beiträgt. Die Aktualität dieser Problematik offenbart sich in vielerlei Hinsicht. Einerseits setzt sich die gezielte Unterstützung der Zivilgesellschaft seit der Gründung der Europäischen Nachbarschaftspolitik 2004 zunehmend als vielversprechende Dimension der externen Demokratieförderung der EU in ihren osteuropäischen Nachbarländern durch. Nicht zuletzt hängt dies mit den unzureichenden Erfolgen der EU-Kooperation mit den nationalen Regierungen hinsichtlich der Demokratisierung in diesen Ländern zusammen. Diese sind großteils durch den fehlenden Anreiz einer klaren Perspektive der EU-Mitgliedschaft begründet. Somit gewinnt in der EU die Frage an Aktualität, ob und wenn ja inwiefern die *bottom-up*-gerichteten Instrumente der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft geeignete Alternativen zu den regierungszentrierten *top-down*-Instrumenten der externen Demokratieförderung bieten. Andererseits werden die Möglichkeiten der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU, einzelne Prozesse der Demokratisierung vor Ort positiv zu beeinflussen, kritisch hinterfragt. Eine weit verbreitete Ansicht ist, dass die externe Förderung zur Herausbildung „geteilter Zivilgesellschaften“ führt. In diesen distanziert sich ein Kreis hoch professionalisierter NGOs im Wettbewerb um ausländische Fördermittel immer weiter von den aktuellen und lokalen gesellschaftlichen Interessen und somit auch den ursprünglichen Zielen der Demokratisierung. Hinzu kommt das Problem der mangelhaften oder auch intransparenten Informationen über die tatsächlichen Ergebnisse der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in Osteuropa, was wiederum eine objektive Analyse derer Auswirkungen auf die Demokratisierung vor Ort erschwert.

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit dieser Frage am Beispiel der Ukraine empirisch auseinander. Als ein osteuropäisches Land, dessen Zivilgesellschaft sich seit Mitte der 2000er Jahre in einer aktiven Entwicklungsdynamik befindet, sich zunehmend für den demokratischen Wandel vor Ort einsetzt und dabei ein kontinuierlich hohes Interesse an der Kooperation mit der EU in Zielen der Unterstützung demokratischer Reformen vor Ort zeigt, erweist sich die Ukraine als interessanter Fall, um der Fragestellung dieser Arbeit ausführlich nachzugehen. Die Untersuchung umfasst insgesamt 15 ukrainische NGOs mit Sitz in der Hauptstadt Kiew, welche die EU im Zeitraum 1994-2015 projektorientiert direkt förderte. Dabei wird gezeigt, ob und wie die EU im Laufe der Projektförderung die 15 NGOs als Akteure der Demokratisierung sowohl intern in ihren Kapazitäten stärkte, als auch ihnen ermöglichte, Entwicklungen innerhalb einzelner Bereiche der Demokratisierung vor Ort extern mitzubeeinflussen. Gleichzeitig werden die einzelnen *domestic opportunity structures* diskutiert, welche die Spielräume der ukrainischen NGOs bei der Erlangung direkter Förderung seitens der EU zum großen Teil mitbestimmen.

Die Arbeit bietet eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Logik, den Instrumenten und Maßnahmen der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in der Ukraine. Dadurch ermöglicht sie eine kritische Diskussion der Probleme und Entwicklungsperspektiven dieser wichtigen Dimension der Demokratieförderung durch die EU im Osteuroparaum.

1.1 Einführung in das Thema

Die gegenwärtigen Debatten über Facetten der Demokratie sind ohne Berücksichtigung der Rolle der Zivilgesellschaft nicht mehr denkbar (vgl. Kohler-Koch 2008: 10; Lauth 2017: 387). Sowohl auf der theoretischen als auch auf der empirisch-analytischen Ebene der Politikforschung wird stets auf einen engen Zusammenhang zwischen der Zivilgesellschaft und der Qualität des demokratischen Regimes bzw. der Dynamik der Demokratisierung verwiesen (vgl. Weißels 2004: 173, 195; Uhlin 2009: 271-272). Im modernen Demokratiediskurs bildete sich mittlerweile ein Konsens darüber heraus, dass die Etablierung, nachhaltige Konsolidierung und politische Legitimierung eines jeden liberalen demokratischen Regimes eine starke und autonome Zivilgesellschaft benötigt. So werden der Zivilgesellschaft im Demokratisierungsprozess derart wichtige Funktionen wie die Artikulation und Vertretung gesellschaftlicher Interessen gegenüber der Regierung, Monitoring des Regierungshandelns, Förderung der demokratischen bürgerlichen Bildung bzw. der breiten demokratischen Öffentlichkeit und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zugewiesen.¹

Der Weg der Demokratisierung in Osteuropa² liefert einen klaren Beweis dafür, dass eine zivilgesellschaftliche Komponente für das Gelingen eines Übergangs zum demokratischen Regierungsmodell entscheidend sein kann. Unbestritten bleibt, dass die Mobilisierung der pro-demokratisch gesinnten zivilgesellschaftlichen Kräfte gegen Ende der 1980er Jahre einen friedlichen Systemwechsel in den damaligen Ländern der Sowjetunion vorbereitete bzw. letztendlich ermöglichte (vgl. Klein 2001: 35-96; Lauth 2003: 31; Fein/Matzke 1997: 26-28). Das kontinuierlich hohe Interesse am Demokratisierungspotenzial einer funktionierenden Zivilgesellschaft zeichnet somit die gesamte postkommunistische Transformationsforschung seit den 1990er Jahren aus (vgl. Kap. 4.3.1).

Auch externe Förderer erkannten früh, dass ohne den Ausbau einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft der postkommunistische Systemwandel in Richtung einer konsolidierten Demokratie in osteuropäischen Ländern nicht gelingen kann. Seit Mitte der 1990er Jahre rückt die Stärkung der Zivilgesellschaft ins Zentrum der externen Förderaktivitäten in Osteuropa (vgl. Freise 2004: 11-13, 66). Seither wird externe Demokratieförderung in Osteuropa durch das kontinuierlich wachsende Interesse am Potenzial begleitet, das die gezielte Unterstützung der Zivilgesellschaft als entscheidender Akteur der innerstaatlichen Transformationsprozesse für die Sicherung des demokratischen Regierens, politischer Bürgerpartizipation, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten birgt. Mit „farbigen Revolutionen“ in Georgien und der Ukraine Mitte der 2000er wird dieses Interesse noch einmal gestärkt, sodass die Zivilgesellschaft zu einem der wichtigsten

¹ Vgl. Merkel 1999: 167-168; Merkel/Lauth 1998: 3-12; Merkel/Puhle 1999: 84-86; Lauth 2017: 387-388, 2003: 31-40, 2003a: 224-229; Lauth/Merkel 1997: 16-23, 1997a: 19-22; Freise 2004: 46-62; Linz/Stepan 1996: 7-11; Raik 2006a: 4-13; Beichelt 2012: 7-8; Baker 1998: 81; Schmitter 1993: 10-14; Arenhövel 2000: 60-62; Fein/Matzke 1997: 37-44, 53-55; Beichelt/Merkel 2014: 44-51; Diamond 1999: 239-243, 1994: 4-5; Croissant et al. 2000: 34-39; Bauerkämper 2003: 7-15; Klein 2001: 19-35.

² Zur Konkretisierung des Begriffs „Osteuropa“ vgl. Kap. 1.4.7.

Adressaten der externen Demokratisierung im Osteuropaum avanciert (vgl. Beichelt 2012: 8; Stewart 2009: 646; Merkel 2010: 439; Raik 2006a: 13; Kneuer 2007: 60; Freise 2004: 11-66; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 18-19; Ishkanian 2007: 2-4; Youngs 2001a: 15).

Unter den externen Demokratieförderern im postsowjetischen Osteuropa kommt der Europäischen Union (EU)³ eine Sonderrolle zu. Schon kurz nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ordnungssysteme wurde die EU in dieser Region als Unterstützer der Demokratisierung mit einem klaren Ziel aktiv: Eine sichere Umgebung aus den nach gleichen Werten gestalteten politischen Systemen zu errichten und somit auch zu mehr Frieden bzw. Stabilität auf dem europäischen Kontinent beizutragen. Seither bleibt das Interesse der EU am Export des europäischen Demokratiemodells in den postkommunistischen Raum permanent hoch (vgl. Kotzian et al. 2011: 996; Jünemann/Knodt 2006: 287-288; Bredies 2009: 11-12; Stewart 2009: 646).

Nach der Osterweiterung der EU 2004 geraten die neuen östlichen EU-Nachbarn – die Ukraine, Belarus und die Republik Moldau – ins Zentrum der Demokratieförderung im postkommunistischen Europa. Das Interesse der EU an der Intensivierung der Kooperation mit dem Osteuropaum wurde sogar als der vorrangige funktionale Grund für die Entstehung der gesamten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) 2004 betrachtet (vgl. Beichelt 2007a: 208; Börzel 2010: 14). Konzipiert als institutioneller Rahmen für die Ermöglichung einer voranschreitenden Annäherung bzw. Anbindung der Nachbarländer an die EU, präsentierte sich die ENP von Anfang an als eine umfassende Strategie der Demokratieförderung in der europäischen Nachbarschaft. Die Übernahme der Normen und Prinzipien der europäischen liberalen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und des Menschenrechtsschutzes wurde somit zur Grundessenz der Instrumente und Programme der EU-Kooperation mit ihren Nachbarstaaten innerhalb unterschiedlicher politikspezifischer Bereiche (vgl. Börzel 2010: 15; Beichelt 2007a: 210-213, 218-221; Böttger 2010: 37; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 885-886). Trotz einzelner kritischer Aspekte entwickelte sich die EU im institutionellen Rahmen der ENP zum Schlüsselakteur der externen Demokratisierung in der Osteuroparegion (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 88-93).⁴

Lange Zeit stützte sich die Demokratieförderung der EU im Osteuropaum vorzugsweise auf Instrumente der politischen Konditionalität, weswegen die Kooperation mit amtierenden Regierungen und politischen Eliten im Vordergrund stand (vgl. Stewart 2009a: 263; Schimmelfennig 2009: 12-13; Freyburg/Solveig 2009: 44; Shapovalova/Youngs 2012: 1).⁵ Der zivilgesellschaftlichen Dimension kam hingegen eine deutlich untergeordnete Rolle zu. So wurden die zivilgesellschaftlichen Akteure beispielsweise im Rahmen des TACIS-Programms, welches die Kooperation der EU mit Ländern Osteuropas 1994–2007 größtenteils bestimmte, primär in sozialen Fragen unterstützt. Zur Förderung der politischen Aspekte der Demokratisierung wurde die lokale Zivilgesellschaft deutlich weniger bzw. überwiegend in der Kooperation mit Regierungsakteuren miteinbezogen (vgl. Shapovalova 2010: 3; Stewart 2009a: 275; Guggenberger 2006: 3).

Erst mit der Etablierung der ENP Mitte der 2000er Jahre erfährt die zivilgesellschaftliche Dimension eine spürbare Aufwertung innerhalb der gesamten EU-Demokratieförderung in der Osteuroparegion. Eine systematische Unterstützung der Teilnahme der zivilgesellschaftlichen Akteure an einzelnen Prozessen der Demokratisierung setzt die EU im Rahmen der ENP in ihrer strategischen Bedeutung *quasi* mit der Kooperation mit nationalen Regierungen gleich (vgl. European Commission 2012b: 3, 2012g: 16-17; Böttger 2010: 119-120; Shapovalova/Youngs 2012: 12). Diese

³ In diesem Kontext wird die EU vor allem als internationale Organisation durch das Zusammenwirken ihrer zentralen Institutionen überwiegend mit dem Sitz in Brüssel definiert (vgl. Kap. 1.4.7).

⁴ Zur ENP als einer Strategie der externen Demokratieförderung in Osteuropa vgl. Kap. 8.2.3.

⁵ Zum Ansatz der Konditionalität als Instrument der externen EU-Demokratieförderung vgl. Kap. 7.2 und Kap. 8.2.4.1.

Akzentsetzung zugunsten der Zivilgesellschaft wird durch mehrere Faktoren begründet. Zum einen zeigten schon die ersten Jahre der ENP, dass die konditionalitätsbasierten Methoden der Demokratisierung via Regierungskanälen den Zielen der Demokratisierung der EU in ihren östlichen EU-Nachbarländern nicht gerecht werden konnten (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 12, 2014: 100). Als häufigste Erklärung hierfür wurde die fehlende Aussicht auf einen EU-Beitritt in absehbarer Zeit genannt, welche weitgehend als stärkster Anreiz für die Reformumsetzung gilt (vgl. Börzel/van Hüllen 2011: 6-7; Schimmelfennig/Scholtz 2007: 2; Freyburg/Solveig 2009: 43).⁶ Hiermit wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, ob unter dem Ausschluss der Beitrittsoption die *bottom-up*-Ebene der Zivilgesellschaft nicht mehr Freiräume für die Demokratieförderung als die der Regierung bieten könnte (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 100; Stewart 2009a: 263; Schimmelfennig 2009: 7-10).

Zum Zweiten steigt seit Mitte der 2000er Jahre auch die Rolle der Zivilgesellschaft als politischer Akteur sowohl innerhalb der EU als auch in ihren östlichen Nachbarstaaten, unter anderem infolge der von der zivilgesellschaftlichen Ebene vorangetriebenen demokratischen Umbrüche in der Ukraine und Georgien 2004 und 2005, kontinuierlich an (vgl. Stewart 2009a: 263; Shapovalova/Youngs 2014: 88-89). Dementsprechend wurde im Rahmen der ENP die Bedeutung einer stärkeren Förderung der Zivilgesellschaft in EU-Nachbarländern als Voraussetzung ihrer Stabilität, ihres Wohlstands und der Sicherheit ausdrücklich betont (vgl. Europäische Kommission 2003: 21-22; Böttger 2010: 119-120). Im Gegensatz zum TACIS-Rahmen setzte die ENP auch eine direkte Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure in die Gestaltung bzw. Umsetzung ihrer Programme vor Ort voraus. Mehrere zusätzliche Kanäle der Finanzierung bzw. Sozialisierung in Form von eigenständigen bilateralen, regionalen und grenzüberschreitenden Kooperationsprogrammen boten den zivilgesellschaftlichen Akteuren Osteuropas neue Möglichkeiten zur Einbindung in Demokratisierungsprozesse vor Ort im ENP-Rahmen (vgl. Böttger 2010: 119-120; Rihackova 2014; Shapovalova/Youngs 2014, 2012). Eine nächste qualitative Stufe in der Fortentwicklung der externen EU-Zivilgesellschaftsförderung in Osteuropa sicherte die 2009 eingeleitete Initiative der Östlichen Partnerschaft (vgl. Secretariat of the Council of the EU 2009). Die Gründung eines zivilgesellschaftlichen Forums eröffnete neue Räume für Kommunikation und Kooperation der zivilgesellschaftlichen Organisationen der Teilnehmerländer, sowohl untereinander als auch mit der EU (vgl. EaP CSF 2012a; European Commission 2009; Shapovalova/Youngs 2014; Kostanyan 2014; Lada 2011; Gromadzki et al. 2011; Kaca et al. 2011; Hahn-Fuhr/May 2012).⁷

Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass eine gezielte Unterstützung der Zivilgesellschaft die Demokratisierungsagenda der EU als außenpolitischen Akteur in Osteuropa zum großen Teil mitbestimmt (vgl. European Commission 2015a, 2013, 2012b; Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012; Stewart 2011, 2009a, 2008; Youngs/Pishchikova 2013; Börzel 2010a; Bousac et al. 2012). In ihren Zielen zur zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung entwickelte die EU seit den 1990er Jahren ein ganzes Spektrum thematischer und geografischer Instrumente, welche sich entweder explizit der Förderung nicht-staatlicher bzw. zivilgesellschaftlicher Akteure widmeten (*Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF)*, *Non-State Actors & Local Authorities (NSA&LA)*,

⁶ Zum Zusammenhang zwischen einer klaren EU-Beitrittsperspektive und den Fortschritten der einzelnen Drittländer in unterschiedlichen Domänen der Demokratisierung vgl. Bauer et al. 2007: 407; Emerson et al. 2005: 177; Schimmelfennig 2009: 19-20, Schimmelfennig/Scholtz 2007: 2-3; Freyburg et al. 2009: 169; Freyburg/Solveig 2009: 44-45; Shapovalova/Youngs 2012: 1; Merkel 2010a: 158; Parmentier 2006: 4; Lavenex 2008: 939; Youngs 2009: 895; Gawrich/Lapins 2006: 14; Reinhard 2010: 197; Epstein/Sedelmeier 2008: 795-796; Worschech 2018: 30-31.

⁷ Zur Initiative der Östlichen Partnerschaft bzw. der Förderung der Zivilgesellschaften in ihren Teilnehmerländern vgl. auch Kap. 8.2.2 und Kap. 9.4.2.4.

European Endowment for Democracy (EED)), oder diese neben den Regierungsakteuren in ihrem demokratieorientierten Handeln unterstützten (*Technical Assistance to the Commonwealth of Independent State (TACIS)*, *European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR)*). Seit der umfassenden Reform der ENP im Jahr 2011 wird auch die zunehmende Tendenz zur Erweiterung der politischen Unterstützung für Zivilgesellschaften durch die EU in ihren östlichen Nachbarländern beobachtet; beispielsweise im Rahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft bzw. der in seinem Rahmen vorgesehenen nationalen Plattformen in jedem der Teilnehmerländer (vgl. Kap. 9.4).

1.2 Problemstellung

Trotz dieser kontinuierlichen Aufwertung der zivilgesellschaftlichen Dimension im Gesamtgefüge der externen Demokratieförderung durch die EU in Osteuropa bleibt es in mancherlei Hinsicht immer noch fraglich, ob dadurch der Einfluss der lokalen Zivilgesellschaften auf die Demokratisierung tatsächlich gestärkt wird. Die Transformationsforschung fasste die Demokratisierung von Anfang an vor allem als einen internen Prozess auf, der primär durch innerstaatliche Akteure und Faktoren getragen wurde. Dementsprechend wurde auch die Einflussstärke der Zivilgesellschaft auf den Aufbau der demokratischen Strukturen lange Zeit viel mehr von internen als von externen Faktoren abhängig gemacht (vgl. Freise 2004: 28; Merkel 2010a: 151; Nohlen 2001: 508; Raik 2006: 36).

Im Forschungsgebiet der externen Demokratieförderung machte sich ebenfalls die Meinung breit, dass die externen Akteure im Vergleich zu den internen die Zivilgesellschaft nur in einem begrenzten Maß stärken können. So haben auch die farbigen Revolutionen in der Ukraine und Georgien, welche von externen Akteuren mit unterstützt wurden, nicht zur dauerhaften Stärkung der Zivilgesellschaft als Mitgestalter der Demokratisierungsprozesse vor Ort geführt (vgl. Beichelt 2012: 8). Die begrenzte Wirkung der externen Demokratieförderung auf zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort wird auch dadurch begründet, dass die Etablierung eines autonomen zivilgesellschaftlichen Sektors, der über ausreichend Einflussmöglichkeiten auf die demokratischen Institutionen verfügt, in diesen Ländern stark vom Willen der politischen Eliten abhängt. Vor diesem Hintergrund hängt die demokratieförderliche Rolle der Zivilgesellschaft viel mehr von ihrem Verhältnis zum Staat in der entsprechenden Phase der demokratischen Transformation als von externen Einflussfaktoren ab (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 60-61; Stewart 2009: 652). In semi-autoritär gefärbten politischen Systemen mit starkem Präzidentalismus, welche für die Länder der ehemaligen Sowjetunion in unterschiedlichen Phasen ihrer Transformation typisch waren oder noch sind, werden die externen Fördermaßnahmen für zivilgesellschaftliche Akteure zudem durch häufigen regierungsamtlichen Widerstand in ihrer Wirkung beeinträchtigt (vgl. Schimmelfennig 2014: 230; Freyburg et al. 2009a: 176).

Umstritten bleibt im modernen Demokratiediskurs auch die Frage, ob die Zivilgesellschaft in jedem Fall bzw. in jeder Phase der demokratischen Entwicklung eines Landes tatsächlich demokratiestärkend wirkt. So werden in einer Mehrzahl von Publikationen auch mögliche „Schattenseiten“ der Zivilgesellschaften thematisiert.⁸ Beispielsweise führt die für osteuropäische Länder typische überproportionale Abhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Akteure von westlichen Förderern dazu, dass sie ihre Arbeit immer mehr an deren Erwartungen und Zielvorgaben orientieren. Sie müssen sich entsprechend professionalisieren, um im Kampf um Finanzierung durch externe

⁸ vgl. Croissant et al. 2000: 18-19; Akkaya 2012: 71; Bauerkämper 2003: 16-18; Ishkanian 2007: 4; Freise 2004: 60-63; Worschech 2018: 5-9; Lauth 2003a: 222-232; Mercer 2002: 13; Klein 2001: 95; Simsa 2001: 34-35.

Förderprogramme konkurrenzfähig zu bleiben bzw. deren in der Regel hoch angesetzten bürokratischen Hürden bewältigen zu können. Langfristig gesehen führt dies zur Abkoppelung der NGOs von den Interessen der lokalen Bevölkerung, sodass sie ihr Vertrauen und Interesse am Engagement vonseiten der Zivilgesellschaft verlieren (vgl. Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 12-13, 22-24, 34-35; Shapovalova/Youngs 2014: 92-93; Schimmelfennig 2014: 221; Beichelt/Merkel 2014: 53; Stewart 2009: 652). Aus dieser Diskrepanz zwischen den Bürgern und den professionalisierten NGOs geht letztendlich das osteuropäische Phänomen der sogenannten „geteilten Zivilgesellschaften“ hervor (vgl. Hahn-Fuhr/Worschech 2014). Unter diesen versteht man einen begrenzten Kreis professionell agierender, urbaner NGO-Eliten, welche intensiv durch westliche Geldgeber als „politische Dienstleister“ gefördert werden; dabei verlieren sie jedoch ihre eigentliche gesellschaftliche Anbindung und führen eine parallele Existenz zu sonstigen Gruppen zivilgesellschaftlicher Akteure (vgl. Worschech 2018: 44, 2017: 2-5; Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 29-31, 34-35). Solche „Parallelstrukturen“ sind für die Erfolgssicherung der externen Demokratisierung nicht ganz unproblematisch, wenn man bedenkt, dass sie die gesellschaftliche Offenheit als Grundprinzip einer jeder demokratiestützenden Zivilgesellschaft gefährden und die Favorisierung der großen NGOs als Hauptempfänger der externen Fördermittel mitfördern (vgl. Worschech 2017: 10; Lutsevych 2013: 1). Mittlerweile wurde die Entwicklung einer professionalisierten Zivilgesellschaftselite bei gleichzeitiger Spaltung der Zivilgesellschaft als Folge der externen Förderung in mehreren Studien reflektiert (vgl. Worschech 2018: 43). In Bezug auf die Ukraine ist ein solcher NGO-fixierter Förderansatz zudem auch deswegen kritisch, weil seit der sogenannten „Euromajdan“-Revolution 2013/2014 nicht mehr nur die NGOs, sondern auch die kleinen Bürgerinitiativen und Netzwerke die zivilgesellschaftliche Rolle in der Demokratisierung zunehmend mitbestimmen (vgl. Worschech 2017a, 2016; Burlyuk et al. 2017). Somit kommt Worschech (2018: 6) zum Ergebnis, dass „die Förderung der Zivilgesellschaft keinen Automatismus für die Demokratisierung darstellt“.

Ebenfalls bleibt es im institutionellen Rahmen der ENP eine umstrittene Frage, ob die EU die Förderung der Zivilgesellschaft in Nachbarländern, denen keine ausdrückliche Mitgliedschaftsperspektive in Sicht gestellt wird, tatsächlich als eine effiziente Strategie der Demokratieförderung einsetzen kann. Die Meinungen hierzu sind geteilt: So sieht Schimmelfennig (vgl. 2014: 222) die Wirkung der „sanften“ sozialisationsbasierten Mechanismen der externen Zivilgesellschaftsförderung zum Beispiel erst dann als produktiv, wenn diese zusammen mit Instrumenten der demokratischen Konditionalität eingesetzt werden. Diese wiederum konnten bis jetzt ihre Effizienz für Demokratisierung nur dann beweisen, wenn sie mit einer klaren Perspektive des EU-Beitrittes verbunden waren, was auch der Rückblick auf die Erfolgsgeschichte der EU als externer Demokratieförderer in Mittel- und Osteuropa zeigt (vgl. ebd.: 223). Folglich kann die ENP in den Ländern ohne klare Beitrittsperspektive nicht mit wesentlichen Erfolgen im Bereich der Förderung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung rechnen. Der Meinung Stewarts (vgl. 2009a: 277) zufolge wird die Verweigerung einer klaren EU-Beitrittsperspektive umgekehrt die Chancen auf eine erfolgreiche externe Zivilgesellschaftsförderung zugunsten der Demokratisierung steigern. Denn mit dem nahenden EU-Beitritt werden die Fragen bezüglich der Anpassung des Landes ans EU-Recht, welche durch einzelne Regierungsinstitute vorzunehmen ist, deutlich wichtiger als die Stärkung der Zivilgesellschaft sein. Hingegen verfügt die EU in den Ländern, die vom Beitrittsprozess noch weit entfernt sind, über mehr Spielräume, um bei der Förderung der Zivilgesellschaft auf die speziellen Bedürfnisse des Landes einzugehen (vgl. ebd.).

Hinzu kommen weitere Aspekte im Gesamtbild der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU, welche ihre Wirksamkeit in verschiedenem Maße beeinflussen. Zum einen positioniert

sich die zivilgesellschaftliche Demokratieförderung als ein relativ neuer Bereich der EU-Außenpolitik in Osteuropa. Ihr kommt ein vergleichsweise kleiner Teil der gesamten Unterstützung der EU in den östlichen Nachbarländern zu (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 92, 2012: 12). Den Recherchen von Worschech (vgl. 2018: 226) zufolge stellte die EU-Förderung nur 8 % im Gesamtbudget der externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine 2010–2012 dar. Somit wird die EU auch dafür kritisiert, dass sie das Potenzial der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung lange Zeit unterschätzt und von daher mehrere Möglichkeiten verpasst habe, welche die Förderung der zivilgesellschaftlichen Szene in Osteuropa in sich birgt (vgl. Scott 2012: 5-6). Zum anderen machen viele Autoren der EU zum Vorwurf, dass es ihren Institutionen sowohl an gemeinsamer Vision sowie effizienter Arbeitskoordination untereinander, als auch an Kanälen der Kooperation und Kommunikation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort in Aufgabenfeldern der Demokratisierung fehle (vgl. Youngs/Pishchikova 2013: 1; Raik 2006a: 19; Büchner/Scott 2009: 6-9). Häufig überfordern die komplizierten und zeitaufwendigen Förderverfahren der einzelnen programmatischen EU-Förderinstrumente die strukturell schwachen Akteure der postkommunistischen Zivilgesellschaften oder halten sie von der Teilnahme ab. Vor diesem Hintergrund wird in der EU die demokratieförderliche Wirkungskraft der externen Zivilgesellschaftsförderung in Osteuropa immer wieder kritisch hinterfragt bzw. über die Möglichkeiten ihrer Stärkung in unterschiedlichen Politikkontexten diskutiert (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 87-93; Stewart 2008: 296-300).

Aus dieser Perspektive ist ersichtlich, warum die Einschätzung der Erfolge der EU als zivilgesellschaftlicher Demokratieförderer in Osteuropa ambivalent ausfällt. Es findet zwar eine kontinuierliche programmatische und strategische Aufwertung der zivilgesellschaftlichen Dimension in der externen Demokratieförderung der EU in Osteuropa, welche mit der Gründung der ENP einhergeht, statt; trotzdem ist der Zusammenhang zwischen der EU-Demokratieförderung der zivilgesellschaftlichen Akteure auf der einen, und der Durchsetzung ihrer tatsächlichen Ziele in den östlichen Nachbarländern auf der anderen Seite, nicht eindeutig positiver Natur (vgl. Worschech 2018: 30-31; Raik 2006a: 18-21). Dennoch sieht die EU die externe Zivilgesellschaftsförderung unverändert als eine vielversprechende Strategie der Demokratisierung der östlichen Nachbarn. So bietet sie mehrere Alternativen zur Kooperation mit nationalen Regierungen und verdient daher eine stärkere Förderung durch die Bereitstellung neuer bzw. Erweiterung der bestehenden Instrumente, Finanzmittel und Maßnahmen der politischen Unterstützung (vgl. European Commission 2012b; Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012; Rihackova 2014; Kirova/Freitzer 2015).⁹ Somit präsentiert sich die externe Zivilgesellschaftsförderung als ein Bereich der EU-Demokratieförderung in Osteuropa, welchem ein gewisser Widerspruch zwischen seinen Zielen und seinen tatsächlichen Auswirkungen auf die Demokratie vor Ort zu unterstellen ist. Von daher ist es sinnvoll zu untersuchen, ob die EU-Förderinstrumente für die zivilgesellschaftlichen Akteure diese *de facto* als Mitgestalter der Demokratisierungsprozesse vor Ort in Osteuropa stärken. Interessant ist in diesem Kontext vor allem, ob die EU den zivilgesellschaftlichen Akteuren in ihren europäischen Nachbarländern infolge ihrer Unterstützung in der Tat ermöglicht, einen besseren bzw. effizienteren Einfluss auf die Demokratisierung zu nehmen, oder diese nur intern in ihren Kapazitäten stärkt, ohne dass eine klare demokratieförderliche Nachwirkung einer solchen Stärkung nachweisbar wäre.

⁹ Die Bedeutung der Zivilgesellschaft als wichtiger Adressat der externen Demokratieförderung der EU wird in Kap. 7.3 ausführlicher diskutiert.

1.3 Fragestellung

Mit diesem Problem setzt sich die vorliegende Arbeit am Beispiel der Ukraine als einem osteuropäischen Land auseinander, dessen Zivilgesellschaft sich seit Mitte der 2000er Jahre im ständigen Aufbruch befindet bzw. sich immer deutlicher als Akteur der Demokratisierungsprozesse vor Ort bewährt.¹⁰ Die zentrale Frage dieser Arbeit lautet somit:

Stärkt die EU zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung im postkommunistischen Osteuropa durch ihre direkte Förderung am Beispiel der Ukraine?

Um diese Frage zu beantworten, schränkt sich die Auswertung auf die Ebene der NGOs ein, die sich als wichtigste zivilgesellschaftliche Zielgruppe der EU-Förderung in der Ukraine etablierten (vgl. Kap. 1.4.2). Die Auseinandersetzung mit dieser Frage erfolgt in der zeitlichen Varianz entlang drei Phasen der Demokratisierung der Ukraine im Zeitrahmen 1994–2015. Diese Phasen orientieren sich an den Amtsjahren der einzelnen Präsidenten bzw. an einzelnen entscheidenden Ereignissen für die Fortentwicklung der ukrainischen Demokratie, wie folgt: 1994–2005, 2005–2010 und 2010–2015 (vgl. Kap. 1.4.3). Der Fokus liegt dabei auf den Formen der direkten Unterstützung der ukrainischen NGOs durch die EU, welche sich in der Regel als Projektförderung im Rahmen des speziellen EU-Bewerbungsverfahrens „calls for proposals“ oder „calls for tenders“ offenbaren (vgl. European Commission 2016). Es wird davon ausgegangen, dass solche direkte NGO-Förderung am ehesten die Ziele, Motive und Logik der EU als externer zivilgesellschaftlicher Demokratieförderer in Osteuropa widerspiegelt (vgl. Kap. 1.4.6).

Die Fragestellung dieser Arbeit wird in den drei folgenden Schritten beantwortet: Erstens wird hinterfragt, wie genau die EU die NGOs in der Ukraine im Zeitraum der Untersuchung förderte. Hierfür werden in erster Linie die Ziele, Strategien und Instrumente dargestellt, auf welche sich die EU stützte, um ukrainische NGOs in ihren Funktionen und Aufgaben mit Bezug auf Demokratisierung im gesamten Zeitraum zu stärken. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen einzelne Programminstrumente der EU, welche sie zur Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure unterschiedlicher Zeitphasen der Demokratisierung einsetzte. Dazu zählen beispielsweise Instrumente *EIDHR*, *NSCF* oder *NSA&LA*. Insbesondere werden dabei die qualitativen Veränderungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs thematisiert, welche sich nach der Einführung der Initiative der Östlichen Partnerschaft und der sich daraus entwickelnden Intensivierung der EU-Kooperation mit der ukrainischen Zivilgesellschaft ergaben (vgl. Kap. 9.4).

Zweitens kommt es zur Reflexion der Frage danach, welche ukrainischen NGOs Gebrauch vom Förderangebot der EU machten. Von zentralem Erkenntnisinteresse sind dabei die innerstaatlichen rechts-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kontextbedingungen, welche zum großen Teil bestimmten, ob die NGOs das Förderangebot der EU nutzen konnten bzw. wollten. Solche Bedingungen fungieren somit als Indikatoren für Möglichkeiten und Grenzen der NGOs in ihrer Kooperation mit der EU, was in der Theorie das Konzept von innerstaatlichen Opportunitätsstrukturen, ebenfalls als *domestic opportunity structures* bekannt, begründet (vgl. Börzel 2010a; Knill/Lehmkuhl 2002; Poloni-Staudiger 2008). Die Konkretisierung solcher Opportunitätsstrukturen ermöglicht die Bildung eines bestimmten Kreises lokaler ukrainischer NGOs, welche im gegebenen Untersuchungszeitraum von der EU direkt in ihrer Arbeit zugunsten

¹⁰ Zur Begründung der Fallauswahl der Ukraine siehe Kap. 1.4.1.

der Demokratisierung gefördert wurden und somit als geeignete Fallbeispiele für die folgende empirische Untersuchung dienen (vgl. Kap. 10 und Kap. 12.2).

Drittens stellt sich die Frage nach tatsächlichen Ergebnissen der EU-Förderung in der Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung. In Anbetracht der unten angebotenen theoretischen Sichtweise darauf, was genau eine solche Stärkung beinhaltet, werden anhand dieser Frage zwei Zusammenhänge aufgearbeitet. Zum einen zeigt sie, wie die EU-Förderung, welche sie bei der Ausübung ihrer einzelnen Funktionen und Aufgaben der Demokratisierung in Anspruch nimmt, die NGOs in ihren internen Kapazitäten stärkte. Zum anderen wird der Zusammenhang zwischen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf der einen, und der Umsetzung der vorrangigen Ziele der EU hinsichtlich der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen auf der anderen Seite erörtert. Hiermit soll beantwortet werden, ob die EU-Förderung der NGOs sich auch extern positiv auf einzelne Politikdomänen der Demokratisierung auswirkte. Mit der erarbeiteten Aufschlüsselung der beiden genannten Zusammenhänge soll ermöglicht werden, die zentrale Fragestellung dieser Arbeit in der empirischen Auseinandersetzung mit einzelnen Ergebnissen der direkten EU-Förderung für die Stärkung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung zu beantworten.¹¹

1.4 Forschungsdesign, theoretisch-methodologische Grundlagen und Gegenstand der empirischen Untersuchung

1.4.1 Fallstudie Ukraine

Für die Einschränkung des empirischen Gegenstands der Untersuchung auf das Fallbeispiel der Ukraine als osteuropäischen EU-Nachbarn sprechen mehrere Gründe.

In Hinblick auf die geostrategische Lage der Ukraine zwischen dem Osten und dem Westen sieht die EU in der Unterstützung ihrer Demokratisierungsprozesse eine wichtige Voraussetzung für Frieden und Stabilität in Europa. Somit bemüht sich die EU schon seit der Aufnahme ihrer Beziehungen mit der unabhängigen Ukraine 1991 um die Unterstützung ihrer demokratischen Transformation. Die prioritäre Bedeutung der Demokratieförderung wurde sowohl im Rahmen des Partnerschafts- und Assoziierungsabkommens von 1994 als auch im Rahmen des 2014 darauffolgenden Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine ausdrücklich betont (vgl. Kap. 11.1).

Die Stärkung der Zivilgesellschaft stellt dabei eine besondere Handlungspriorität der EU als externen Demokratieförderers in der Ukraine dar. Oft wird die Ukraine als Beispiel dafür in Betracht gezogen, dass die EU ohne Gewährung einer ausdrücklichen Mitgliedschaftsperspektive die Demokratisierungsprozesse von der Regierungsebene aus nur sehr begrenzt fördern kann (vgl. Börzel/van Hüllen 2011; Falkenhain/Solonenko 2012; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Freyburg/Solveig 2009; Korosteleva 2012; Parmentier 2006). So kritisierte die ukrainische Regierung die ENP immer wieder für die Schwäche ihrer Anreizstruktur, um die Umsetzung der von der EU geförderten demokratischen Reformen in diesem Land effizient zu unterstützen. Hiermit stellte sich für die EU die Frage, inwiefern sie mit einer stärkeren Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure die mangelnden Erfolge der konditionalitätsbasierten Kooperation mit den amtierenden Regierungen im Bereich der Demokratieförderung ausgleichen könnte (vgl. Solonenko 2010: 14;

¹¹ Zur theoretischen Begründung der angebotenen Sichtweise auf externe Zivilgesellschaftsförderung der EU in Osteuropa vgl. Kap. 9.2.

Gawrich et al. 2010: 1220-1221; Böttger 2009: 374; Shapovalova/Youngs 2012: 6-12; Gumeniuk 2011).

Auf der Seite des ukrainischen zivilgesellschaftlichen Sektors war der Bedarf an externen Fördermaßnahmen allein schon aufgrund der unzureichenden Unterstützung seitens des Staates permanent hoch. Seit der 1990er Jahre ist die ukrainische Zivilgesellschaft mit Hürden der postkommunistischen Vergangenheit konfrontiert, wie zum Beispiel dem niedrigen bürgerschaftlichen Engagement, der unterrepräsentierten historischen Entwicklungslinie, der Persistenz des postkommunistischen Denkmusters, einer Schwäche der technischen und fachlichen Kapazitäten, der Konfrontation mit staatlichen Politikakteuren und tief greifenden sozio-kulturellen Konfliktlinien (vgl. Gawrich/Lapins 2006: 13; Howard 2003: 67, 121-145; 2011: 134-144; Stepanenko 2006: 586-593). Als Folge blockiert die eigene strukturelle Schwäche den Weg zur Bildung einer konsolidierten Zivilgesellschaft systematisch, zu deren Überwindung sie auf Unterstützung externer Förderer direkt angewiesen ist.

Gleichzeitig offenbart die junge ukrainische Zivilgesellschaft seit der Orangen Revolution 2004/2005 immer mehr Potenzial, auf Demokratisierung vor Ort einen effizienten Einfluss zu nehmen. So gewinnt die zivilgesellschaftliche Szene in der Ukraine seit dem „orangen“ demokratischen Umbruch eine neue Entwicklungsdynamik. Diese zeichnet sich u.a. in der Herausbildung einer pro-europäischen zivilgesellschaftlichen Kultur, der Stärkung des gesellschaftlichen Vertrauens in Strukturen der Zivilgesellschaft, dem generellen Anstieg der sozial und politisch aktiven NGOs und einer deutlichen Orientierung ihrer demokratieförderlichen Arbeit am Kontext der europäischen Integration aus (vgl. Stewart 2013a; Raik 2006a: 11; Kuts/Palyvoda 2006: 39; Stewart 2009b: 182-192).

Solche Tendenzen führten *quasi* zu einem Neubeginn der Kooperation der EU mit der ukrainischen Zivilgesellschaft in Zielen der Demokratisierung vor Ort (vgl. Raik 2006a: 13; Gawrich et al. 2010: 1219). Im Rahmen des *European Neighbourhood Policy Instrument (ENPI)* sprach die EU der ukrainischen Zivilgesellschaft sowohl neue Möglichkeiten der finanziellen Förderung, als auch mehr Unterstützung in ihrer Zusammenarbeit mit nationalen Regierungsakteuren zugunsten der Demokratisierung der ENP vor Ort zu (vgl. European Commission/ENPI 2006: 13, 17; European Commission 2011a: 2; Gumeniuk/Tessier-Stall 2010: 7-12). Dennoch fielen die Fortschritte der EU-Förderung für die ukrainische Zivilgesellschaft in den Amtsjahren des Präsidenten Juschtschenko noch recht bescheiden aus: Die instabilen politischen Verhältnisse, niedriges Interesse der Regierung an der Kooperation mit der Zivilgesellschaft, häufiger Mangel an notwendigen institutionellen Kapazitäten und komplexe Bewerbungsverfahren der EU-Kommission hielten die meisten NGOs davon ab, vom bestehenden Förderangebot der EU aktiv Gebrauch zu machen. Die meiste Kooperation der EU mit der Ukraine in Zielen der Demokratieförderung fand somit weiterhin auf Regierungsebene statt (vgl. Stewart 2009a: 275-276; 2009b: 189-192; Lada 2011: 1-2; Solonenko 2009: 718; 2010: 14; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 35; Gumeniuk/Tessier-Stall 2010: 4).

Erneut stellte sich für die EU die Frage nach einer notwendigen Erweiterung ihrer Hilfe zugunsten der Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund der rasant stagnierenden demokratischen Entwicklung und der gesamten europäischen Integration in der Ukraine seit dem Amtsantritt von Präsident Janukowitsch im Jahre 2010. Die Unterdrückung von politischen Partizipationsrechten und bürgerschaftlichem Aktivismus durch die autoritär geprägte Regierung führte unerwarteterweise zu einer erneuten Mobilisierung der zivilgesellschaftlichen Kräfte in der Ukraine (vgl. Gumeniuk 2011: 3; Palyvoda/Holota 2010: 53). Auch die NGOs sahen sich immer deutlicher in der Verantwortung, sich gemeinsam für die Fortsetzung des europäischen Integrationskurses des Landes, die Bekämpfung der Korruption und die Sicherung der demokratischen Wahlen sowie der ausstehenden

demokratischen Reformen einzusetzen (vgl. Lutsevych 2013: 13-14; Zanuda 2011; Yablonskyi et al. 2014: 18-20). So werden die Jahre 2010–2011 zurecht als „springtime of civil society“ in der Ukraine bezeichnet, auch wenn sich die Zivilgesellschaft trotz dieser positiven Dynamik noch nicht endgültig konsolidieren konnte und von externer Unterstützung weiterhin finanziell höchst abhängig blieb (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 16, 30). Daraufhin versuchte die EU, ihre Kooperation mit der ukrainischen Zivilgesellschaft auf eine qualitativ neue Basis zu stellen, um deren Kräfte aktiv gegen das allmähliche Abrutschen der Ukraine in den Autoritarismus einzusetzen (vgl. Raik 2011: 5-7). Im geplanten Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine widmete erstere der Zivilgesellschaft ein eigenständiges Kapitel (vgl. Shapovalova 2010a: 73). Außerdem gründete die EU neue Programme zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in Osteuropa, wie beispielsweise *NCSF*, *NSA&LA* oder *EED*, und führte innerhalb des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft nationale Plattformen ein (vgl. Kohut 2011: 9-12; 2012: 10; Solonenko 2011: 129; Lada 2011: 2-3; Rihackova 2014: 7-15; European Commission 2014d; EaP Civil Society Forum 2014).

Die unerwartete Dynamik der sogenannten „*Euromajdan*-Bewegung“¹² gegen das korrupte Regime Janukowitschs bzw. für eine Annäherung an die EU stärkte das Interesse der EU am Demokratisierungspotenzial der zivilgesellschaftlichen Akteure in der Ukraine erneut (vgl. Kap. 11.1). So zeichnet sich die Ära nach der *Euromajdan*-Revolution¹³ 2013/2014 durch einen bisher kaum in der Ukraine gesehenen Boom an zivilgesellschaftlichem Aktivismus zugunsten der Förderung europäischer Integration bzw. der Nutzung neu eröffneter Chancen hinsichtlich der Etablierung eines konsolidierten demokratischen Regimes aus (vgl. Burlyuk et al. 2017; Worschech 2017a, 2016). Gestärkt durch die Revolution, zeigte sich die ukrainische Zivilgesellschaft deutlich kohärenter und motivierter, anstehende demokratische Reformen nicht nur von außen aus zu kontrollieren oder beratend zu unterstützen, sondern sich aktiv in ihre inhaltliche Gestaltung bzw. Umsetzung vor Ort einzubringen (vgl. Pishchikova/Ogryzko 2014: 14-15). Dabei suchte sie verstärkt nach externer Unterstützung durch die EU als Träger der durch die *Euromajdan*-Revolution gelebten demokratische Werte. Daraufhin reagierte die EU mit einer Stärkung der politischen und finanziellen Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft in ihrem Bemühen um eine weitere Demokratisierung des Landes. So sprach die EU den ukrainischen NGOs beispielsweise mehr Unterstützung bei ihrem Engagement innerhalb der nationalen Plattform des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft auf der einen, als auch beim Aufbau der neu gegründeten zivilgesellschaftlichen Plattform im Rahmen des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine auf der anderen Seite, zu (vgl. ebd.: 17).¹⁴ Außerdem stockte die EU die Finanzierung im Rahmen bestehender thematischer und geografischer Förderinstrumente, wie *NCSF*, *NSA&LA* und *EIDHR*, für die ukrainische Zivilgesellschaft auf (vgl. Biermann et al. 2014: 14-15; European Commission 2014b). Als besonders erfolgreiches Beispiel dient in dieser Hinsicht die EU-Förderung für die Gründung der Initiative „Reanimation Package of Reforms“; diese konzipierte eine umfassende zivilgesellschaftliche Expertenkoalition, die gezielt für die Erarbeitung und Durchsetzung der einzelnen Reformvorhaben in enger Zusammenarbeit mit der Regierung und dem Parlament der Ukraine arbeitet (vgl. Reanimation Package of Reforms 2018).¹⁵

¹² Ausführlicher hierzu vgl. Kap. 3.4.

¹³ Die Bezeichnung „Euromajdan“ verbindet zwei Begriffe: „Euro“, der für europäische Ausrichtung der Proteste steht, und „Majdan“, womit auf Ukrainisch umgangssprachlich das Freiheitsprospekt in Kiew als Ort, wo die Demonstrationen angingen, genannt wird (vgl. Krasynska/Martin 2017: 426).

¹⁴ Zur Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft durch die EU vgl. Kap. 11.2.

¹⁵ Das Projekt „Reanimation Package of Reforms“ wird ausführlich in Kap. 11.2.3, 13.5.2.1.4 und 13.5.2.1.5 diskutiert.

Vor diesem Hintergrund präsentiert sich die Ukraine als ein Osteuropaland, in dem Fragen nach Möglichkeiten, Perspektiven und Grenzen der EU-Demokratieförderung durch eine Stärkung der Zivilgesellschaft insbesondere seit Mitte der 2000er Jahre permanent hochaktuell bleiben. Insbesondere in Ländern wie der Ukraine, wo es zu schnellen politischen Änderungen kommt, gewinnt die Zivilgesellschaftsförderung für die EU an entscheidender Bedeutung (vgl. European Commission 2014c: 12-13). Gleichzeitig zeigt auch die ukrainische Zivilgesellschaft an sich immer deutlicher eine klare Affinität zu europäischen, liberal geprägten demokratischen Werten, welche zum großen Teil durch demokratische Umbrüche im Verlauf der beiden Revolutionen – der Orangen 2004/2005 und der *Euromajdan*-Revolution 2013/2014 – begünstigt wurde. Mit diesem klaren Bekenntnis zum europäischen Demokratiemodell bzw. dem steigenden Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteure für Mitgestaltung und Monitoring der Demokratisierungspolitik der ukrainischen Regierung entwickelt sich die externe Zivilgesellschaftsförderung zu einem vielversprechenden Handlungsfeld der EU als Demokratieförderer in der Ukraine (vgl. European Commission 2014 a, b, c, d; Burlyuk et al. 2017; Shapovalova/Burlyuk 2018; Pishchikova/Ogryzko 2014; Kirova/Freitzer 2015; Malerius 2015; Solonenko 2013).

Auf der anderen Seite ist der Bereich der externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine mit einzelnen kritischen Aspekten konfrontiert, welche ihre Effizienz für Demokratieförderung vor Ort zum Teil infrage stellen. So besteht beispielsweise das Problem von „NGO-crazy“ in der ukrainischen Zivilgesellschaft. Hiermit ist die Tendenz zur Herausbildung eines begrenzten „elitären“ Kreises von hoch professionalisierten ukrainischen NGOs gemeint, welche sich auf die Erbringung der Expertise bzw. einzelner Dienstleistungen für den öffentlichen Sektor spezialisieren und sich dabei immer weiter von Problemen der lokalen Bevölkerung distanzieren (vgl. Lutsevych 2013: 4). Somit kann externe Förderung in der Ukraine das schon erwähnte Phänomen von „geteilten Zivilgesellschaften“ (Hahn-Fuhr/Worschech 2014) begünstigen, deren demokratieförderliche Wirkung zu hinterfragen ist.

Auch weitere spezifische Aspekte im Zusammenhang mit der Beantragung und Umsetzung von EU-Projektfördermitteln stellen in der Ukraine oft bürokratische Hürden dar, welche den gesamten Förderprozess der Zivilgesellschaft langwierig und kompliziert gestalten und somit seine Ergebnisse für Demokratiestärkung vor Ort schwächen. Fraglich bleibt außerdem, ob die Ziele der EU, die sie innerhalb ihrer einzelnen Förderprogramme für die Stärkung der Zivilgesellschaft definiert, *de facto* den aktuellen lokalen gesellschaftlichen Bedürfnissen auf dem Gebiet der Demokratisierung entsprechen. So werfen die Expertenreihen der ukrainischen Zivilgesellschaft der EU oft vor, sich in Brüssel von vornherein eine klare Meinung über geplante Förderungen zu bilden, ohne solche Aufgaben jedoch unmittelbar mit der ukrainischen Zivilgesellschaft vor Ort abzusprechen (vgl. Interview Chernikov 2015; Interview Sushko 2015; Interview Tyshchenko 2015).

Eine weitere interessante Frage erhebt sich im Fall der Ukraine hinsichtlich der Wirkung der einzelnen innerstaatlichen Faktoren auf die Ergebnisse der externen EU-Zivilgesellschaftsförderung zugunsten der Demokratisierung 1994–2015. Je nach Zeitphase der Demokratisierung konnten in der Ukraine erhebliche Unterschiede in Bezug auf das bestehende Verhältnis des zivilgesellschaftlichen Sektors zum Staat, seine Mitwirkungsmöglichkeiten an politischer Willensbildung, das gesellschaftliche Vertrauen, den Entwicklungszustand der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die wirtschaftspolitische Lage und das Potenzial für das zivilgesellschaftliche Engagement in der Bevölkerung beobachtet werden. So wandelte sich beispielsweise das Beziehungsbild der Zivilgesellschaft zu nationalen Regierungsakteuren von einer offenen Konfrontation in den Zeiten des Präsidenten Leonid Kutschma (1994–2004); über eine euphorische Annäherung in den Amtsjahren des Präsidenten Viktor Juschtschenko (2005–2010); zum

pragmatischen Konkurrenzverhältnis in Zeiten des Präsidenten Janukowitsch (2010-2014), und endete in einem mehr oder weniger konstruktiven Kooperationsverhältnis zugunsten der grundlegenden demokratischen Reformen nach der *Euromajdan*-Revolution (seit 2014) (vgl. Kap. 3). Solche Unterschiede spiegeln sich in den Zielen, Instrumenten und der Handlungsdynamik der EU als externen Förderer der ukrainischen Zivilgesellschaft in Aufgaben der Demokratisierung wider.

Aus diesem Spannungsverhältnis zwischen dem erhöhten gegenseitigen Interesse an der Kooperation zwischen der EU und der ukrainischen Zivilgesellschaft auf der einen und den einzelnen sowohl innerstaatlich vorgegebenen, als auch von der EU aus gesteuerten spezifischen Bedingungen, welche die Ergebnisse einer solchen Kooperation für tatsächliche Abläufe der Demokratisierung beeinflussen, auf der anderen Seite, präsentiert sich die Ukraine als interessanter Beispielfall, um sich der empirischen Auseinandersetzung mit der Fragestellung dieser Arbeit zu widmen.

1.4.2 Akzentsetzung auf NGOs als Fallbeispiele der empirischen Untersuchung

In Anbetracht der Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Akteure ist es im Weiteren notwendig, zu konkretisieren, welche im Mittelpunkt der vorgenommenen empirischen Untersuchung stehen werden.

Selbst die EU legt das Spektrum der zivilgesellschaftlichen Akteure besonders weit aus. Grundsätzlich versteht die EU die Zivilgesellschaft als eine intermediäre Sphäre, welche die Akteure des Marktes mit einschließt und im Wesentlichen auf die verfassten Organisationen abhebt (vgl. Freise 2008: 3). Dabei interpretiert die EU den Begriff „zivilgesellschaftliche Organisationen“ sehr umfassend, indem sie als solche nicht nur NGOs, sondern auch Stiftungen, lokale und kommunale Bürgervereine, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, Berufs-, Arbeitgeber- und Branchenverbände, nicht gewinnorientierte Medien und andere Akteure auffasst (vgl. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2009: C77/157; European Commission 2012b: 3).

Trotz der Bandbreite der Akteure, die die EU unter dem Begriff „Zivilgesellschaft“ zusammenfasst, tendiert sie in der Praxis zur Favorisierung der NGOs als zivilgesellschaftliche Adressaten ihrer Instrumente der externen Demokratieförderung in der osteuropäischen Nachbarschaft (vgl. Stewart 2009b: 177; Freise 2008: 3; Bousac et al. 2012; Solonenko 2010: 15-16; Kobzar 2006: 22).¹⁶ Oft wird die Stärkung der Zivilgesellschaft durch die EU in Osteuropa mit der Gewährung von finanzieller und technischer Unterstützung für lokale NGOs gleichgesetzt (vgl. Lutsevych 2013: 4). Auch im funktionalen Rahmen der ENP zieht die EU das NGO-basierte Modell der Zivilgesellschaft als Kooperationspartner in Fragen der Demokratisierung vor Ort eindeutig vor (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 13-15; Stewart 2008: 300; Youngs 2001: 6-7). Mit dem Verweis auf die fundamentale Rolle der NGOs für die Sicherung verschiedener Facetten einer funktionierenden Demokratie nennt die EU-Kommission die Stärkung der NGOs unter den wichtigsten Förderbereichen im gesamten finanztechnischen Rahmens des Instruments der ENP (ENPI) (vgl. European Commission/EuropeAid 2014a: 66-67). Zum großen Teil erklärt sie dies durch die generell höhere Bereitschaft der lokalen NGOs zur Kooperation mit externen Akteuren wie der EU im Vergleich zu anderen Akteuren der osteuropäischen Zivilgesellschaften (vgl. Stewart 2009b: 177). Außerdem weisen die NGOs in den osteuropäischen, strukturell schwachen Zivilgesellschaften in der Regel auch am ehesten die notwendige Organisationsstruktur bzw. fachliche Kapazitäten auf,

¹⁶ Der Begriff NGOs ist die Abkürzung des englischen Ausdrucks „Non-Governmental Organizations“. Als deutsches Äquivalent wird der Begriff „Nichtregierungsorganisationen“ mit der entsprechenden Abkürzung NRO gebraucht. Allerdings konnte sich der Begriff „NGOs“ auch im deutschsprachigen Raum zunehmend bewähren (vgl. Frantz/Martens 2006: 21).

um von zivilgesellschaftlich orientierten EU-Förderprogrammen direkt zu profitieren (vgl. Bousac et al. 2012: 5-6). Für die EU sind NGOs als Kooperationspartner auch wegen ihrer meistens *issue*-orientierten Arbeitsweise attraktiv. Dies macht es für die EU deutlich einfacher, sich für passende Kooperationspartner zu entscheiden, um die Demokratisierung innerhalb einzelner politikspezifischen Bereiche gezielt zu fördern (vgl. Kneuer 2007: 58).

Die Ukraine ist ein aussagekräftiges Beispiel dafür, dass die EU sich in ihren Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung in Osteuropa vorzugsweise auf die Ebene der NGOs konzentriert (vgl. Stewart 2013a, 2009b: 177). Vor allem zeichnet sich der ukrainische NGO-Sektor im Vergleich zu anderen Akteursgruppen der ukrainischen Zivilgesellschaft durch eine bessere Ausstattung mit notwendigen Kapazitäten aus. Dies erklärt, warum NGOs meistens die beste Kooperationsdynamik mit ausländischen Förderorganisationen vorweisen (vgl. Stewart 2009b: 177). Auch die EU-Vertretung in Kiew definiert NGOs als wichtigste Zielgruppe vor Ort, an welche sich die meisten Projektausschreibungen der zivilgesellschaftlichen EU-Förderprogramme traditionell richten (vgl. Interview de Mercey 2015).

In Anbetracht dieser hervorgehobenen Stellung der NGOs als Adressaten der demokratieorientierten EU-Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine schränkt sich die in dieser Arbeit durchgeführte empirische Untersuchung auf deren Ebene ein. Mit ihnen sind die in ihrer Tätigkeit primär politisch orientierten NGOs der Ukraine als solche gemeint, die auf dem Handlungsfeld der Demokratisierung vor Ort am häufigsten aktiv werden und somit auch als zivilgesellschaftliche Adressaten der externen Demokratieförderung auf ein besonderes Interesse seitens der EU stoßen. Als „politisch orientiert“ werden hiermit jene NGOs gesehen, welche sich in ihrer Arbeit vorrangig der politischen Sphäre zuwenden. In der Praxis bedeutet das, dass solche NGOs sich vorwiegend mit der Analyse und dem Monitoring des politischen Geschehens auseinandersetzen oder selbst aktiv um die Einflussnahme auf politische Prozesse bemüht sind (vgl. Stewart 2009b: 185-186). Auch in Anbetracht der Tatsache, dass diese Arbeit sich der politischen Dimension der Demokratisierung widmet, bietet sich die Fokussierung auf die Akteursebene der NGOs an.

Gleichzeitig zeigt die Praxis der EU-Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure in den Teilnehmerländern der ENP, dass von den zahlreichen Fördermöglichkeiten der EU vor allem die ressourcenstarken NGOs Gebrauch machen können, die über gute Kooperationsmöglichkeiten mit den staatlichen Politikakteuren vor Ort verfügen (vgl. Börzel 2010a: 1-2, 4). In der Ukraine sind die meisten davon in der Hauptstadt Kiew konzentriert. Das liegt vor allem daran, dass gerade in Kiew die größten und politisch aktivsten NGOs ihren Sitz haben, welche auf ausreichende Ressourcen, Erfahrungen und Kommunikationskanäle zurückgreifen können, um mit westlichen Förderakteuren wie der EU effizient zu kooperieren. Infolgedessen entwickelten die externen Geldgeber eine deutliche Präferenz, ihre Arbeit auf einen etablierten Kreis der stärksten NGOs, die meisten davon in Kiew, zu konzentrieren (vgl. Stewart 2013: 3; Solonenko 2011: 128, 2010: 15; Lada 2011: 2; Kobzar 2006: 22). Aus diesem Grund wird für die empirische Untersuchung dieser Arbeit die geografische Einschränkung auf politisch orientierte NGOs mit dem Sitz in der Hauptstadt Kiew unternommen.¹⁷

1.4.3 Der zeitliche Rahmen der Untersuchung

Der zeitliche Rahmen der Arbeit erstreckt sich auf den Zeitraum seit der Aufnahme der Kooperationsbeziehungen der EU mit der Ukraine im Jahre 1994 bis zum Jahre 2015. In Letzterem setzte der demokratische Wandel der Ukraine infolge der *Euromajdan*-Revolution die ersten

¹⁷ Eine ausführliche Begründung für diese Einschränkung findet sich in Kap. 12.2.1.

demokratischen Reformen im Einklang mit dem europäischen Integrationskurs der Ukraine in Gang.¹⁸ Der gesamte zeitliche Rahmen ist dabei in die einzelnen Zeitphasen der Demokratisierung unterteilt, die gleichzeitig als Zeitphasen der folgenden empirischen Untersuchung fungieren. Zum größten Teil stimmen die unten angebotenen Zeitphasen der ukrainischen Demokratisierung mit den Amtszeiten der einzelnen ukrainischen Präsidenten überein. Das Prinzip, sich bei der Abgrenzung der einzelnen Phasen der Demokratisierung an den Präsidenten zu orientieren, hängt auch mit dem vergleichsweise starken Präsidentialismus, welcher das ukrainische Regierungssystem seit 1991 kontinuierlich prägt, zusammen. Somit lassen sich die wichtigen Fortschritte und Entwicklungslinien hinsichtlich des Demokratisierungsprozesses in der Ukraine oft auf den amtierenden Präsidenten beziehen (vgl. Korosteleva 2012: 82-104). Außerdem berücksichtigt die Analyse im Fall der Ukraine auch die beiden demokratischen Revolutionen von 2004/2005 und 2013/2014 als spezielle Ereignisse bei der Aufstellung der einzelnen Untersuchungszeitphasen, welche rasante Änderungen in der Entwicklungslinie der ukrainischen Demokratisierung markieren. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird gezeigt, dass sowohl die Regierungsjahre der einzelnen Präsidenten als auch die demokratischen Umbrüche infolge der beiden erwähnten Revolutionen die Dynamik der Kooperation der EU mit der ukrainischen Zivilgesellschaft im Bereich der Demokratisierung zum großen Teil beeinflussten.

In Anlehnung an diese Vorgehensweise wurden folgende drei Zeitphasen der Demokratisierung der Ukraine von 1994 bis 2015 definiert:¹⁹

(1.) 1994–2004: Präsidentschaftsjahre von Leonid Kutschma

In dieser Phase wird der europäische Kurs der Ukraine und somit das Interesse an der Unterstützung der EU für die laufende Demokratisierung mehrmals deklariert. Das langsame Abrutschen des Landes in Richtung des pseudoautoritären Regimes beeinträchtigt die tatsächlichen Fortschritte der EU-Ukraine-Beziehungen jedoch stark. So zeichnet sich diese Zeitphase auf der innenpolitischen Ebene durch den voranschreitenden Machtmissbrauch des Präsidenten Kutschma, steigende Korruption in politischen Kreisen, Erpressung der Opposition und Beschränkung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheiten in der Ukraine aus. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, setzt die EU im Rahmen der Programme TACIS und EIDHR auf verschiedene Instrumente mit demokratisierender Wirkung, ohne jedoch der zivilgesellschaftlichen Ebene einen Vorrang in der Förderung einzuräumen (vgl. Kap. 3.2 und 11.2.1).

(2.) 2005–2010: Orange Revolution und Präsidentschaft von Viktor Juschtschenko

In dieser Zeitphase kehrt die Ukraine infolge der friedlichen Orangen Revolution gegen Ende 2004 auf den Pfad der demokratischen Entwicklung zurück. Insbesondere zeichnet den Zeitraum eine schnelle Entwicklung bzw. Etablierung der Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheiten aus. Dennoch werden die vielversprechenden postrevolutionären Möglichkeiten zur Demokratisierung durch mehrere Faktoren beeinträchtigt. Dazu gehören vor allem die hohe Instabilität der Regierung sowie die häufigen Regierungswechsel, interne Konflikte zwischen dem Präsidenten und der Exekutive, die Persistenz korrupter Machtkanäle der alten kommunistischen Eliten und die chaotische Gestaltung der Kompetenzordnung verschiedener

¹⁸ Das Abschließen des Zeitrahmens der Untersuchung mit dem Jahr 2015 wird in Kap. 1.4.3 begründet.

¹⁹ Eine detaillierte Übersicht über die Dynamik der demokratischen Transformation in der Ukraine entlang einzelner Zeitphasen der angebotenen Untersuchung wird in Kap. 3 angeboten.

Machtzweige infolge der misslungenen Verfassungsreform zugunsten einer parlamentarisch-präsidentiellen Republik. Unter solchen internen Bedingungen erlangt auch die Kooperation der EU mit der Ukraine auf dem Feld der Demokratisierung einen Stillstand. Die Effizienz der ENP-Instrumente für Demokratieförderung wird außerdem durch die grundsätzliche Unzufriedenheit der ukrainischen Regierung mit dem gesamten Format der ENP beeinträchtigt, da dieses eine klare Perspektive des EU-Beitritts verweigert. Auch den „Mehrwert“ der Ukraine als europäischen EU-Nachbarn inmitten eines aktiven Demokratisierungsprozesses gegenüber anderen ENP-Ländern entlohnt es nicht (vgl. Kap. 3.3 und Kap. 11.2.2).

(3.) 2010–2015: *Präsidentschaft von Viktor Janukowitsch, Euromajdan-Revolution und neuer Reformweg*

In der Amtszeit von Viktor Janukowitsch kehrt die Ukraine zu einem autoritär geprägten Regierungsmodell zurück. Sowohl das Parlament als auch die Judikative werden zu Instrumenten der Machtambitionen von Präsident Janukowitsch. Das Problem der *selective justice*, Verfolgungen von politischen Gegnern, Unterdrückung der fundamentalen politischen Freiheiten und tief greifende Korruption sind einige der Gründe dafür, dass die Ukraine nach dem Amtsantritt von Viktor Janukowitsch einen absoluten *rollback of democracy* erlebt (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 15-16). Die EU-Ukraine-Beziehungen nehmen ein pragmatisches Format an. Während die Ukraine auf die weitgehende Liberalisierung des Visumsregimes bzw. Eröffnung einer klaren Mitgliedschaftsperspektive im Verhandlungsprozess über das neue Assoziierungsabkommen drängt, macht die EU jegliche weiteren Fortschritte in der Kooperation mit der Ukraine von deren Rückkehr zum demokratischen Entwicklungspfad durch die Umsetzung der notwendigen Reformen abhängig. Auf der anderen Seite will Brüssel die Perspektive der Ukraine auf die Etablierung einer liberalen Demokratie nicht ganz verloren gegangen sehen und fühlt sich somit verpflichtet, regelmäßig den Dialog mit Kiew zu führen bzw. die notwendige Unterstützung für die Reformen innerhalb der einzelnen EU-Förderinstrumente, wie ENPI und EIDHR, stabil zu halten.

Mit dem Ausbruch der sogenannten *Euromajdan-Revolution* im Herbst 2013 und dem damit ermöglichten Machtwechsel zugunsten pro-demokratischer Kräfte, welche zum großen Teil aus den Reihen der Zivilgesellschaft hervorgingen, kehrt die Ukraine auf den Demokratisierungspfad zurück. Der Anfang der Präsidentschaft von Petro Poroschenko als einem der Anführer der Revolution markiert 2014 eine Intensivierung des europäischen Kurses des Landes bzw. die Einleitung der grundlegenden Reformprozesse sowie der Bekämpfung der Korruption. Trotz der ernüchternden Fortschritte in Bezug auf Reformumsetzung gegen Ende 2015, bleibt unbestritten, dass die Demokratisierungsdynamik in der Ukraine eine neue Stufe erreichte, welche mithilfe eines zuvor nicht gekannten Engagements der zivilgesellschaftlichen Akteure getragen wurde. Hiermit positioniert sich die ukrainische Zivilgesellschaft immer deutlicher als eine konsolidierte Kraft, welche sich direkt in Prozesse der Formulierung und Umsetzung der Demokratisierungspolitik einbringt. Auf der Ebene der Kooperation mit der EU führt dies zur Stärkung sowohl der politischen als auch finanziellen Unterstützung für die zivilgesellschaftliche Szene in der Ukraine. Es entsteht ab 2014 somit ein neues konstruktives Format der Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen der Demokratisierungen zwischen der ukrainischen Zivilgesellschaft und der EU (vgl. Kap. 11.2.3).

Die Schließung der dritten Zeitphase mit dem Jahr 2015 hängt auch mit der EU-Förderung für Akteure der ukrainischen Zivilgesellschaft zusammen. Gerade gegen Ende 2015 gehen mehrere EU-Projekte zu Ende, welche im EU-Budgetrahmen von ENPI 2007–2014 bewilligt wurden. So zeigt die Analyse der Ergebnisse der NGO-Förderung im Rahmen der einzelnen programmatischen EU-

Förderinstrumente seit 2010, dass die Mehrzahl der bewilligten EU-Projekte im Rahmen einer Reihe von Projektausschreibungen aus den Jahren 2012–2013 bewilligt, zum 1. Januar 2014 in Gang gesetzt und erst in den Jahren nach dem Zusammenbruch des Janukowitsch-Regimes abgeschlossen wurden. Langwierige Bewilligungsverfahren sowie lange Projektlaufzeiten zwischen 12 und 36 Monaten, die die EU-Förderung für ukrainische NGOs auszeichnen, erklären somit, warum die EU-Projekte, welche noch in den Zeiten des Präsidenten Janukowitsch ausgearbeitet und bewilligt wurden, erst nach der *Euromajdan*-Revolution unter Präsident Poroschenko zu Ende gingen (vgl. Interview Zolkina 2015; Interview de Mercey 2015). Dies begründet, warum der zeitliche Rahmen der dritten Phase dieser Untersuchung nicht, im Gegensatz zu den zwei ersten Phasen, mit dem Ende der Regierungszeit des amtierenden Präsidenten abgegrenzt wurde. Mit der Schließung des zeitlichen Rahmens der Untersuchung im Jahr 2015 wird somit möglich, eine Mehrzahl an Projekten der ukrainischen NGOs in die folgende empirische Analyse mit einzuschließen, welche im finanziellen Förderrahmen des ENPI für 2007–2014 in Gang gesetzt wurden.

1.4.4 Definition und Operationalisierung der unabhängigen und abhängigen Variablen der Untersuchung

Das zentrale Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich auf die Frage, welche Wirkung die EU-Förderung auf die Stärkung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung im postkommunistischen Osteuroparaum am Beispiel der Ukraine im gegebenen Untersuchungszeitraum entwickelte. Dementsprechend wird *die unabhängige Variable* der Untersuchung als Gesamtheit der Programminstrumente der EU sowie deren Formen und Maßnahmen zur Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung im gegebenen Zeitraum der Untersuchung (1994–2015) definiert.²⁰ Als wichtigste Ausprägungen der unabhängigen Variablen werden einzelne Programminstrumente der EU zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Akteure in Nachbarstaaten im Vordergrund stehen, welche die Arbeit der ukrainischen NGOs zugunsten der Demokratisierung in einzelnen Zeitphasen der Untersuchung unterstützen. Insgesamt konnten im Laufe der Untersuchung vier solche Programminstrumente der EU ermittelt werden: *TACIS-Institution Building Partnership Programm (TACIS (IBPP))*, *European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR)*, *Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF)* und *Non-State Actors § Local Authorities (NSA§LA)*.²¹ Jedes der Programminstrumente wird ferner einschließlich einzelner Formen und Maßnahmen betrachtet, die es zur Förderung der NGOs in der Ukraine voraussetzt.

Unter den Formen der Förderung, welche die genannten Programminstrumente 1994–2015 vorsahen, konzentriert sich diese Untersuchung auf den Bereich der direkten Projektförderung der NGOs durch die EU, welche grundsätzlich nach dem Verfahren des *direct management* stattfindet. Diese Einschränkung findet vor allem deswegen statt, da im Rahmen der direkt geförderten Projekte die EU als unmittelbarer Vertragspartner der projektausführenden NGOs agiert. Das bietet der EU

²⁰ Die Informationen hierzu sind vor allem Kap. 9.4 entnommen, wo die zivilgesellschaftlich orientierten programmatischen Instrumente der Demokratieförderung der EU in Bezug auf ihre Nachbarstaaten einschließlich der Ukraine diskutiert werden.

²¹ Die anderen zwei unten skizzierten Förderinstrumente der EU zur Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft – *EED* und *Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft* – werden im empirischen Teil dieser Arbeit nicht mitbetrachtet. Die Begründung hierfür ist, dass sie im Zeitraum der Untersuchung entweder keine finanzielle Projektförderung für NGOs explizit in Zielen ihrer Stärkung als Akteure der Demokratisierung vorsahen (*Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft*) oder ihre Förderung sich primär an die Akteure der Zivilgesellschaft außerhalb des NGO-Sektors in der Ukraine richteten (*EED*).

viel Spielraum, ihre Werte und Handlungsprioritäten als externer Demokratieförderer innerhalb der Projekteinhalte berücksichtigen zu lassen. Von Bedeutung sind innerhalb der Untersuchung vor allem zwei Projektformen, die durch das Förderverfahren *direct management* zustande kommen: *action grants*, welche im Rahmen des Verfahrens *calls for proposals* entstanden, und *service contracts*, welche innerhalb von entsprechenden *calls for tenders* bewilligt und umgesetzt wurden (vgl. Kap. 1.4.6, Kap. 9.2 und 9.3).

Ferner werden die Typen häufiger Fördermaßnahmen konkretisiert, welche innerhalb der genannten Programminstrumente besonders häufig in Zielen der NGO-Unterstützung als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung angewandt wurden. Selbst die EU listet solche Maßnahmen zur Unterstützung der NGOs nicht. Stattdessen gibt sie lediglich Orientierungsbeispiele für eventuelle Projektmaßnahmen im Rahmen einzelner Projektausschreibungen vor, während die Wahl der konkreten Formen solcher Maßnahmen der EU selbst überlassen bleibt. Dennoch ist es im Rahmen der angebotenen Untersuchung möglich, aufgrund der Analyse der Dokumentation zu den genannten vier Programminstrumenten der EU sowie einzelner Informationsmaterialien zur Empirie der Arbeit, einen Vorschlag aufzustellen, wie man diese häufig eingesetzten Fördermaßnahmen innerhalb von 9 Gruppen typisieren kann.²² Im Verlauf der Auswertung und Analyse der empirischen Daten der Arbeit zeigte sich, dass die vier untersuchten Programminstrumente der Anwendung von allen neun abgeleiteten Typen der Projektmaßnahmen, wenn auch mit unterschiedlichen Intensitäten, Häufigkeiten und Prioritäten, 1994–2015 offen standen. Zu beachten gilt jedoch, dass dieser Typisierungsvorschlag ausschließlich innerhalb der Ziele der unten gezeigten empirischen Untersuchung vorgenommen wurde und somit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Die folgende Tabelle fasst die genannten einzelnen Programminstrumente, Formen und Maßnahmen der Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU im Zeitraum 1994–2015, welche zur Operationalisierung der unabhängigen Variablen herangezogen wurden, zusammen.

Tab. 1: Operationalisierung der unabhängigen Variablen der Untersuchung „Gesamtheit der Programminstrumente der EU sowie deren Formen und Maßnahmen zur Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung“

Programm-Instrument der EU zur externen Förderung der NGOs in der Ukraine	Zeitphasen der Untersuchung	Form der Förderung	Typen häufiger Maßnahmen der NGO-Förderung durch die EU ²³
TACIS (IBPP)	I, II	Calls for proposals/action grants; calls for tenders/service contracts	Wissenstransfer; Austausch von Expertise/ Politikanalyse und Forschung;
EIDHR	I, II, III	Calls for proposals/action grants	Verbreitung von Informationen/Medienarbeit; Networking/Informationsaustausch; Netzwerkbildung;

²² Zur Ableitung der einzelnen Typen der Fördermaßnahmen siehe Tab. 9.

²³ Für die Beispiele der häufigsten Formen der Maßnahmen innerhalb ihrer einzelnen Typen siehe Tab. 9.

NCSF(ENPI)	III	Calls for proposals/action grants; calls for tenders/service contracts	Advocacy/Lobbying; Mitwirkung an der Gesetzgebung/ihrer Implementierung;
NSA§LA	III	Calls for proposals/action grants; calls for tenders/service contracts	Institutionelle Fortentwicklung; Maßnahmen der Engagementförderung

Quelle: eigene Darstellung²⁴

Aus einzelnen Programminstrumenten auf der einen, bzw. den dadurch vorgesehenen Ansätzen und typischen Maßnahmen zur Förderung der NGOs auf der anderen Seite werden im späteren Verlauf der Untersuchung die einzelnen Kategorien der unabhängigen Variablen gebildet, welche zur Analyse und Auswertung des empirischen Materials im Sinne des qualitativen inhaltsanalytischen Verfahrens eingesetzt werden. Somit werden insgesamt 4 solche Kategorien vorgeschlagen, welche nach den ihnen zugrunde liegenden Programminstrumenten benannt sind: *TACIS (IBPP)*, *EIDHR*, *NCSF (ENPI)* und *NSA§LA* (vgl. Kap. 12.1.1).

Die *abhängige Variable* dieser Untersuchung trägt die Bezeichnung „Wirkung der EU-Förderung auf die Stärkung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung“. In Anlehnung an die unten erläuterten theoretischen Überlegungen zur Handlungslogik der EU als zivilgesellschaftliche Demokratieförderin in Osteuropa (vgl. Kap. 9.2), wird davon ausgegangen, dass diese Stärkung sowohl eine interne als auch eine externe Dimension beinhaltet. Unter Berücksichtigung dieser beiden Dimensionen bestehen innerhalb der abhängigen Variablen die zwei folgenden Subvariablen:

- Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung
- Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung.

Die Operationalisierung dieser beiden Subvariablen erfolgt auf Basis der entsprechenden Auswertungskategorien, welche im Verlauf der angebotenen Untersuchung zur Aufarbeitung und Analyse der empirischen Daten eingesetzt werden. Die Aufstellung solcher Auswertungskategorien erfolgt aufgrund der aus der Theorie vorab abgeleiteten analytischen Kriterien. Auf Basis dieser Kriterien soll ermöglicht werden, auf den Zusammenhang zwischen den einzelnen qualitativen Änderungen, welche die Einsetzung der jeweiligen EU-Programminstrumente zur externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine herbeiführten, und der dadurch bedingten Stärkung der untersuchten ukrainischen NGOs, als Akteure der Demokratisierung, entlang beider Subvariablen zu schließen. Für jede der beiden definierten, abhängigen Subvariablen wird somit eine eigene Gruppe entsprechender Kriterien benötigt.

Die Kriterien bezüglich der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung der ukrainischen NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ leiten sich aus der Annahme heraus ab, dass die interne Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung durch die EU sich primär als ein Prozess des Aufbaus ihrer Kapazitäten zeigt, welche ihre Spielräume und

²⁴ In Anlehnung an die Angaben aus Kap. 9.4.

Grenzen in der Verfolgung demokratieorientierter Ziele und Aufgaben bestimmen (vgl. Kap. 12.1.2.1). Mit der Förderung der Kapazitäten der NGOs verfolgt die EU vor allem das Ziel, den Einfluss der NGOs auf die nationale Politik und somit laufende Demokratisierungsprozesse zu erweitern (vgl. European Commission 2011a: 9). So beschreibt Börzel (2010a: 2) die Stärkung der Kapazitäten als den Ausbau organisatorischer und demokratischer Strukturen der NGOs. Eine universelle Definition der „Kapazitäten“ zivilgesellschaftlicher Akteure gibt es in der EU nicht. Diese Arbeit versteht darunter grundsätzlich die gesamten Fähigkeiten, Ressourcen und Möglichkeiten der NGOs, welche diese primär dafür einsetzen, ihre einzelnen Aufgaben als innerstaatliche Akteure der Demokratisierung wahrzunehmen.²⁵ Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass die Stärkung der NGOs durch die EU insofern stattfindet, wie die NGOs sich auf die notwendigen Kapazitäten stützen können, um vom bestehenden Förderangebot Gebrauch zu machen (vgl. ebd.: 2, 4).

Aus den analysierten EU-Dokumenten ergibt sich ferner, dass die EU grundsätzlich in zwei verschiedenen Kontexten von der Erweiterung der Kapazitäten spricht: nämlich von Erweiterung der *institutionellen* Kapazitäten auf der einen, und der *fachlichen* Kapazitäten auf der anderen Seite.²⁶ Während die institutionellen Kapazitäten sich in der Ausstattung mit materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen zeigen, werden unter den fachlichen Kapazitäten alle Fertigkeiten, Kenntnisse und Möglichkeiten zusammengefasst, welche den NGOs bei der Ausübung ihrer spezifischen Funktionen der Demokratisierung helfen. Dazu gehören beispielsweise die Fähigkeiten zur Analyse, Berichterstattung, Monitoring und Kontrolle des Regierungshandelns (vgl. Maksymenko 2005: 6; Vinnikov et al. 2012: 7; European Commission 2011a: 9). Die einzelnen Gruppen solcher fachlichen Kapazitäten stellt diese Arbeit in Anlehnung an die fünf folgenden Funktionen der NGOs in Bezug auf Demokratisierung auf: 1) Vermittlungsfunktion und Advocacy; 2) Kontroll- und Schutzfunktion (Watchdog-Funktion); 3) Sozialisationsfunktion; 4) Kommunikationsfunktion; 5) Erbringung von Dienstleistungen/Entlastung des Staatsapparats (vgl. Kap. 5.3). Die Einschränkung auf diese fünf Funktionen erfolgt aus dem Grund, dass sie sich direkt auf die wichtigsten Aufgabenbereiche beziehen, denen die ukrainischen NGOs zugunsten der Demokratieförderung vor Ort mithilfe der EU-Förderung 1994–2015 am häufigsten nachgingen.²⁷

Unter Berücksichtigung der genannten Funktionen der Demokratisierung der NGOs bzw. in Anlehnung an einzelne Dokumenten- und Literaturquellen, in denen die Schwerpunkte und Strategien der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in ihrer Nachbarschaft diskutiert werden, wurden insgesamt fünf Kriterien zur Einschätzung der internen Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU-Förderung abgeleitet. Diese sind wie folgt formuliert: 1) Institutionelle Stärkung der NGOs; 2) Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Einflussnahme auf Politik bzw. ihrer Kooperation mit dem Staat; 3) Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Kommunikation und Networking; 4) Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Sozialisation und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements; 5) Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Dienstleistungserbringung.²⁸

²⁵ In Anlehnung an Bousac et al. 2012; Bailer 2000; Lada 2011; European Commission/EuropeAid 2011a, 2012 d, f; Delegation of the EU to Ukraine 2014, 2012b, c, d; Shapovalova/Youngs 2014; Webb et al. 2016; Rihackova 2014; Kirova/Freitzer 2015; Börzel 2010a. Eine weitere Auseinandersetzung mit dem Begriff und Formen der Kapazitäten der NGOs im Kontext der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in ihrer Nachbarschaft wird in Kap. 10.2.2 angeboten.

²⁶ Diese verallgemeinernde Aufteilung ergibt sich u. a. aus der Analyse der folgenden Quellen: EU Neighbourhood Info Centre 2014: 2; European Commission 2012b: 10, 2012d: 2, 4-5, 2011a: 9; European Commission/EuropeAid 2012a: 9; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 888-898; Schimmelfennig 2014: 227.

²⁷ Dies kann u. a. den Tab. 1-3, Anhang 1, entnommen werden, welche eine Übersicht über Ziele und Handlungsschwerpunkte der im Rahmen dieser Arbeit untersuchten 25 EU-geförderten Projekte der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung anbietet.

²⁸ Die Begründung für angebotene Kriterien bzw. inhaltliche Ausführungen hierzu werden in Kap. 12.1.2.1 bzw. 12.1.2.2 angeboten.

Aufgrund der genannten Kriterien wurden einzelne Auswertungskategorien samt ihrer Merkmalsausprägungen gebildet. Entlang dieser erfolgte die Systematisierung und Auswertung der entsprechenden Informationen über die Ergebnisse der EU-Förderung der ausgewählten NGOs als Fallbeispiele der empirischen Untersuchung nach dem bevorzugten Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Kap. 12.4). Die Bezeichnungen der gebildeten Auswertungskategorien präsentieren sich als Kurzfassungen der ihnen zugrunde liegenden Kriterien und gelten als Ausprägungen der genannten abhängigen Subvariablen. Die unten stehende Tabelle bringt die genannten Kriterien in Zusammenhang mit einzelnen Funktionen der Demokratisierung. Ferner wird konkretisiert, welche Auswertungskategorien aufgrund der angebotenen Kriterien gebildet wurden, um später der Frage empirisch nachzugehen, wie die EU-Förderung die ukrainischen NGOs bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung intern stärkte.²⁹

Tab. 2: Operationalisierung der abhängigen Subvariablen der Untersuchung „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“

Benennung des Kriteriums zur internen Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung	Funktionen der NGOs im Bereich der Demokratisierung	Ausprägungen der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“	
		Auswertungskategorien	Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorien
Institutionelle Stärkung der NGOs	Funktionsübergreifend	Institutionelle Kapazitäten	a) Institutionelle Entwicklung; b) Personelle Entwicklung
Stärkung der Einflussnahme der NGOs auf Politik bzw. ihrer Kooperation mit dem Staat	Vermittlungsfunktion und Advocacy; Kontroll- und Schutzfunktion	Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat	a) Interessenvertretung/Advocacy; b) Politikmonitoring/ Regierungskontrolle; c) Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung; d) Kooperation mit dem Staat innerhalb der Projektarbeit
Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Kommunikation/Networking	Kommunikationsfunktion	Kommunikation/ Networking	a) Politische Kommunikation; b) Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit
Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Sozialisation und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements	Sozialisationsfunktion	Sozialisation/ Engagementförderung	a) Förderung des demokratischen Bewusstseins; b) Engagementförderung
Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Dienstleistungserbringung ³⁰	Erbringung von Dienstleistungen	-----	-----

Quelle: eigene Darstellung³¹

²⁹ An dieser Stelle sind die abgeleiteten Auswertungskategorien nur samt ihrer Merkmalsausprägungen anzutreffen, während eine ausführliche Darstellung ihrer einzelnen Dimensionen, Indikatoren und Typen im späteren Verlauf der Untersuchung folgt (vgl. Kap. 13.1).

³⁰ Aufgrund dieses Kriteriums wurde keine einzelne Auswertungskategorie formuliert, weil die EU in keinem der unten untersuchten 25 Projektfälle die projektausführenden NGOs als Erbringer der einzelnen öffentlichen Dienstleistungen direkt unterstützte. Stattdessen wurden im Rahmen der einzelnen untersuchten Projekte die anderen NGOs als Projektzielgruppe teilweise mitgefördert. Deswegen wird das Kriterium „Die Stärkung der Kapazitäten der NGOs als Dienstleistungserbringer“ als eine Dimension der Auswertungskategorie „Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteurs der Demokratisierung“ der abhängigen Subvariablen der Untersuchung „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“ mitbetrachtet (vgl. Kap. 13.1.2, Tab. 28).

³¹ Bezug nehmend auf: EU Neighbourhood Info Centre 2014: 2; European Commission/EuropeAid 2011a, 2012, 2012 a, b, 2013, 2014; European Commission 2011a, 2012b, d, f; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 888-898; Schimmelfennig

Die andere Subvariable „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“ richtet sich hingegen auf die Frage, ob und wie sich die EU-Förderung der ukrainischen NGOs auf einzelne Prozesse der Demokratisierung extern auswirkte. Somit wird diese mithilfe der Kategorien operationalisiert, die die Relevanz der geleisteten EU-Förderung der ukrainischen NGOs für die Stärkung der einzelnen Bereiche der Demokratisierung aufzeigen. Diesen Kategorien liegen die vorab gebildeten „Kriterien zur Feststellung der externen Auswirkungen der EU-Förderung von NGOs auf Demokratisierung“ zugrunde.³² Die Aufstellung der Kriterien geschah dabei in unmittelbarer Anlehnung an das Konzept einer „eingebetteten“ Demokratie, welche innerhalb dieser Arbeit als grundlegendes Orientierungsmodell bei der Auslegung des Begriffs der Demokratisierung fungiert (vgl. Kap. 2.4). Aufgrund der Sonderrelevanz, die dem Konzept der „eingebetteten“ Demokratie für die Erklärung der Logik externer Demokratieförderung durch die EU in ihren östlichen Nachbarländern zukommt (vgl. Kap. 8.1), werden ihre einzelnen Teilregimes bzw. externen Kontextbedingungen als Kriterien für die Einschätzung externer Auswirkungen der untersuchten EU-geförderten Projekte auf einzelne Demokratisierungsprozesse in der Ukraine herangezogen. In diesem Sinne ergeben sich die sieben folgenden Kriterien: A) Demokratisches Wahlregime; B) Politische Partizipationsrechte; C) Bürgerliche Freiheitsrechte; D) Horizontale Gewaltenteilung; E) Effektive Regierungsgewalt; F) Stärkung der öffentlichen Verwaltung; G) Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung.³³

Aufgrund der genannten Kriterien entstanden ebenfalls entsprechende Auswertungskategorien im Sinne des inhaltsanalytischen Verfahrens von *Gläser* und *Laudel* (2009), entlang derer die gegebene Subvariable „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“ letztendlich operationalisiert wurde. Die Ableitung der einzelnen Merkmalsausprägungen der gebildeten Auswertungskategorien beruht inhaltlich grundsätzlich auf der Basis der theoretischen Ausführungen zu einzelnen definierten Kriterien externer Auswirkungen der EU-Förderung von NGOs auf die Demokratisierung (vgl. Kap. 12.1.2). Zusätzlich wurden dabei einzelne Informationen zu methodologischen Grundlagen aus Studien der *Bertelsmann Stiftung* und *Freedom House* zur Analyse der Demokratisierungsfortschritte in verschiedenen Länderregionen, einschließlich Osteuropa, mit herangezogen (vgl. Bertelsmann Foundation 2016; Freedom House 2016). Außerdem berücksichtigt die Analyse Angaben aus ausgewählten EU-Dokumenten, welche die Förderschwerpunkte der EU in Bezug auf einzelne Dimensionen der „eingebetteten“ Demokratie in ihrer östlichen Nachbarschaft präzisieren (vgl. European Commission 2010d, 2011b, 2012b, 2013, 2015; European Commission/ENPI 2011a; European Commission/EuropeAid 2014a).

In der unten angeführten Tabelle wird jede der gebildeten Auswertungskategorien für die Subvariable „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“ samt ihrer einzelnen Merkmalsausprägungen aufgezeigt. Dabei wurden alle Kategorien nach den ihnen zugrunde liegenden Kriterien benannt bzw. in zwei Gruppen unterteilt.

2014: 227, 2013, Börzel 2010a; Bousac et al. 2012; Bailer 2000; Lada 2011; Delegation of the EU to Ukraine 2012, 2012a, b, c, d, 2014; Shapovalova/Youngs 2014: 104, 2012; Webb et al. 2016; Rihackova 2014, Kirova/Freitzer 2015. Ausführlicher zu genannten Kriterien vgl. Kap. 12.1.2.1; zu einzelnen Funktionen der Demokratisierung der NGOs – Kap. 5.3; zu abgeleiteten Auswertungskriterien der gegebenen abhängigen Subvariablen – Kap. 13.1.1.

³² Im Verlauf der Untersuchung werden diese ebenfalls als „Kriterien der Demokratisierung“ zusammengefasst (vgl. Kap. 12.1.2.2).

³³ Zu Inhalten und Dimensionen der einzelnen Kriterien vgl. Kap. 12.1.2.2.

Die erste Gruppe verweist auf einzelne Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie. Die zweite Gruppe hängt hingegen mit ihren externen Kontextbedingungen zusammen.³⁴

Tab. 3: Operationalisierung der abhängigen Subvariablen der Untersuchung „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“

I. Auswertungskategorien in Bezug auf einzelne Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie	
<i>Kategorie</i>	<i>Merkmalsausprägungen</i>
A. Demokratisches Wahlregime	Gerechte und demokratische Wahlen; Passives/aktives Wahlrecht; Objektive Wahlbeobachtung; Gewählte Mandatsträger
B. Politische Partizipationsrechte	Meinungsfreiheit/Medienfreiheit; Versammlungsfreiheit; Vereinigungsfreiheit
C. Bürgerliche Freiheitsrechte	Allgemeines Diskriminierungsverbot; Schutz der Rechte für Leben, Eigentum und Freiheit; Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht;
D. Horizontale Gewaltenkontrolle	Gewaltentrennung; Unabhängige Justiz
E. Effektive Regierungsgewalt	Keine „Vetoplayer“ in der Politik; Demokratische Kontrolle über das Militär und Polizei; Transparenz und Effizienz der zentralen politischen Institutionen
II. Auswertungskategorien in Bezug auf externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie	
<i>Kategorie</i>	<i>Merkmalsausprägungen</i>
F. Stärkung der öffentlichen Verwaltung	Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/der Organe der lokalen Selbstverwaltung; Kampf gegen die Korruption
G. Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung	Aufbau von Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure; Stärkung des Einflusses auf die Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/Networking; Sozialisation/Engagementförderung; Entlastung des Staatsapparats/Erbringung von Dienstleistungen

Quelle: eigene Darstellung³⁵

Alle Auswertungskategorien entlang der beiden abhängigen Subvariablen der Untersuchung wurden vorerst offengehalten. So ist es möglich, das Inhaltsgehalt der einzelnen Merkmalsausprägungen der gebildeten Kategorien im Verlauf der empirischen Untersuchung entsprechend zu ergänzen bzw. zu überarbeiten. Dies erlaubt die optimale Anpassung der gebildeten Kategorien an den empirischen Kontext der Arbeit.³⁶

³⁴ Eine genauere Darstellung der angebotenen Auswertungskategorien zusammen mit ihren Dimensionen bzw. Indikatoren wird in Kap. 13.1.2 angeboten.

³⁵ Eine ausführliche Diskussion zur Bildung der genannten Kategorien einschließlich der einzelnen Literaturquellen wird in Kap. 12.1.2.2 angeboten.

³⁶ Zum Prinzip der Offenheit im Sinne des inhaltsanalytischen Verfahrens vgl. Kap. 12.4.

1.4.5 Die Hypothesen der Untersuchung

Die Überprüfung der Zusammenhänge zwischen der unabhängigen und abhängigen Variablen der Untersuchung erfolgt anhand von zwei Hypothesen. Im Folgenden bietet sich eine kurze Übersicht über die angebotenen Hypothesen bzw. die Vorgehensweisen für ihre Überprüfung.

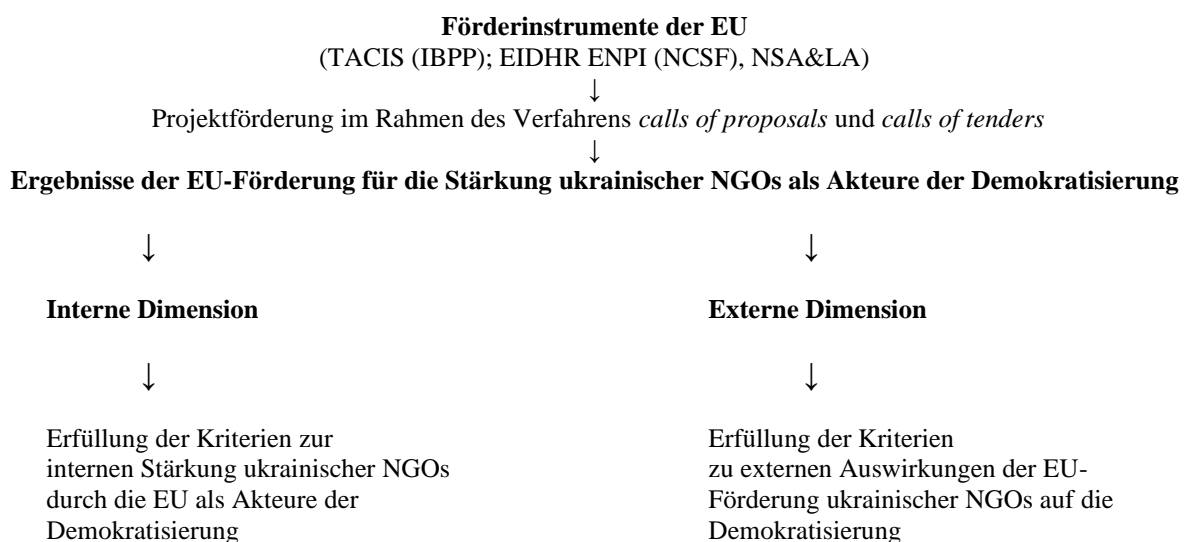
1.4.5.1 Aufstellung der Hypothese I und Vorgehensweise bei ihrer Überprüfung

Mit der ersten Hypothese wird Freiraum zur Diskussion über die Frage geboten, was genau die Stärkung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in einem osteuropäischen Land wie der Ukraine beinhaltet. In Anlehnung an die oben definierten Variablen der Untersuchung wird *Hypothese I* dieser Arbeit wie folgt formuliert:

Wenn die EU die NGOs als Akteure der Demokratisierung fördert, dann stärkt sie sie intern in ihren einzelnen institutionellen und fachlichen Kapazitäten und ermöglicht ihnen dabei, im Laufe der Förderung ebenfalls extern zur Demokratisierung des Landes beizutragen. Dabei finden die beiden Prozesse im Laufe der Projektförderung eher gleichzeitig statt, ohne unbedingt in einem direkten Kausalverhältnis zueinander zu stehen.

Somit nimmt die angebotene Hypothese zuerst an, dass die EU-Förderung der ukrainischen NGOs sowohl eine interne als auch eine externe Dimension beinhaltet. Dementsprechend geht sie von einem positiven Zusammenhang zwischen der unabhängigen Variablen und jeder der definierten Subvariablen der abhängigen Variable aus, welche auf die stärkende Wirkung der EU-Förderung zugunsten der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung hinweisen. Die mit dieser Hypothese erfassten Zusammenhänge können durch folgendes Modell abgebildet werden:

Abb. 1: Das Modell zur Feststellung des Zusammenhangs zwischen der unabhängigen und abhängigen Variablen der Untersuchung



Quelle: eigene Darstellung

Diese Hypothese überprüft somit die Auswirkungen der Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung durch einzelne EU-Programminstrumente, wie diese durch die zwei Subvariablen der abhängigen Variablen der Untersuchung umkreist wurden. Als empirische Grundlage hierfür gelten die Ergebnisse von insgesamt 25 EU-geförderten Projekten, welche von insgesamt 15 ukrainischen NGOs mit dem Sitz in Kiew implementiert wurden (vgl. Kap. 12.3.1). Die Überprüfung der präsentierten Zusammenhänge erfolgt mithilfe des qualitativen inhaltsanalytischen Verfahrens von *Gläser* und *Laudel* (2009). Im Sinne dieses Verfahrens extrahiert man zuerst die zutreffenden Informationen aus dem vorhandenen empirischen Material und bringt sie später mit zutreffenden Auswertungskategorien der abhängigen Variablen in Verbindung. Danach werden die extrahierten Informationen entsprechend überarbeitet, gekürzt und zusammengefasst. Abschließend folgt die Analyse der dadurch erhaltenen Daten auf ihre Relevanz in Bezug auf die erfragten Zusammenhänge.

Zunächst erfolgt bezüglich der ersten abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ die Extrahierung der Ergebnisse der EU-Projektförderung, welche sich auf einzelne schon erwähnte Kriterien beziehen, mit denen die wichtigsten Dimensionen der Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung infolge der EU-Förderung vorab festgelegt wurden (vgl. Kap. 12.1.2.1). Die auf diese Weise ausselektierten Ergebnisse werden dann den entsprechenden Auswertungskategorien zugeordnet, welche mit einzelnen Gruppen der fachlichen und institutionellen Kapazitäten der NGOs zusammenhängen (vgl. Kap. 13.1.1). Die abschließende Analyse und Interpretation der auf diese Weise systematisierten Daten soll ermöglichen, die Frage zu beantworten, ob die projektausführenden ukrainischen NGOs infolge ihrer EU-Förderung in ihren Kapazitäten gestärkt wurden. Diese Kapazitäten bestimmen ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten bei der Ausübung der einzelnen Aufgaben der Demokratisierung, wie im Bereich der Interessenvertretung, Monitoring des Regierungshandelns, Mitwirkung an Gesetzgebung, des politischen Dialogs, politischer Bildung oder Förderung des öffentlichen Bewusstseins für Demokratie und derer Werte.

Um auf einen solchen Zusammenhang zu schließen, zieht die Untersuchung die einzelnen Typen der häufigen Fördermaßnahmen zu Hilfe, deren Anwendung innerhalb der EU-geförderten Projekte auf eine positive Korrelation zwischen den Ergebnissen der Projektförderung und der internen Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung entlang einzelner Auswertungskategorien hindeuten können. Solche typischen Fördermaßnahmen wurden für einzelne Merkmalsausprägungen jeder Auswertungskategorie definiert (vgl. Tab. 18–21). So können die Maßnahmen der Netzwerkbildung auf der Ebene der NGOs gleichzeitig in Zielen der Interessenvertretung, der Kooperation mit staatlichen Akteuren innerhalb einzelner Projektaufgaben, der politischen Kommunikation oder der Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren eingesetzt werden. Somit wird im Verlauf der empirischen Untersuchung die Bildung von Netzwerken als eine jener Maßnahmen aufgefasst, welche auf die Stärkung der NGOs in ihren Kapazitäten der Kommunikation bzw. des Einflusses auf Politik bzw. der Kooperation mit staatlichen Politikakteuren hindeuten. Den einzelnen Tätigkeiten, die sich z. B. als Maßnahmen von „Advocacy/Lobbying“ präsentieren, wie zum Beispiel die Überzeugungsarbeit der NGO-Experten gegenüber politischen Entscheidungsträgern mit dem Ziel, diese in ihrer Meinung zu beeinflussen, wird ein positiver Einfluss auf die Fähigkeiten der projektausführenden NGOs in Fragen der Vertretung öffentlicher Interessen, welche hier mit der Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ umfasst werden, unterstellt (vgl. Tab. 19).

Der erfragte Zusammenhang wird außerdem anhand der Indikatoren überprüft, welche mit einzelnen Merkmalsausprägungen der gebildeten Auswertungskategorien entlang der abhängigen

Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ gebildet wurden (vgl. Tab. 18–21).³⁷ Solche Indikatoren sind als kurze Regeln aufzufassen, anhand welcher am Ende des Auswertungsverfahrens noch einmal kontrolliert wird, ob einzelne Projektergebnisse tatsächlich auf einen Sachverhalt hindeuten, der eine gewisse Stärkung der NGOs in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung beinhaltet. So wird eine Trainings- und Bildungsmaßnahme im Rahmen des untersuchten EU-Projekts beispielsweise erst dann als solche in Betracht kommen, die zur Personalentwicklung und somit der Erweiterung der institutionellen Kapazitäten der projektausführenden NGO beiträgt, wenn infolge ihrer Durchführung spezifische Fachkompetenzen des NGO-Personals bezüglich des Projekt-, Organisations- oder Finanzmanagements mittrainiert wurden (vgl. Tab. 18).

Für eine präzise Zuordnung der extrahierten Projekthinhalte zu den einzelnen Auswertungskategorien werden ihre Merkmalsausprägungen in entsprechende Typen unterteilt. Solche Typen wurden infolge der Gruppierung von ähnlichen Sachverhalten gebildet, welche innerhalb der einzelnen Merkmalsausprägungen besonders oft vorkamen. Zum Beispiel sind innerhalb der Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ alle Maßnahmen, Handlungen und Prozesse in zwei Typen zusammengefasst: der Einfluss auf öffentliche Meinungsbildung zum einen, und der Interessenvertretung bzw. des Lobbyings der Gesetzgebung gegenüber den Politikakteuren zum anderen (vgl. Tab. 19).

Die häufigen Projektergebnisse wurden entsprechend typisiert, um ihre Strukturierung und Zusammenfassung in der abschließenden Phase der empirischen Analyse zu erleichtern. Letztendlich erfolgte die Zuordnung der einzelnen Typen der Projektergebnisse zu den entsprechenden Typen der Merkmalsausprägung innerhalb der einzelnen Kategorien. Die dadurch entstandenen Kausalketten zwischen den einzelnen typischen Projektergebnissen und Merkmalsausprägungen innerhalb der entsprechenden Auswertungskategorien dienen ferner als einzelne Einheiten der abschließenden empirischen Analyse, welche entlang jeder der drei Zeitphasen der Untersuchung durchgeführt wurde (1994–2005; 2005–2010; 2010–2015). Somit ermöglicht das abschließende Analyseverfahren, anhand der 15 ukrainische NGOs zu zeigen, ob und wie sie infolge der Förderung ihrer Projekte durch die EU in ihren institutionellen und fachlichen Kapazitäten gestärkt wurden. Die erhaltenen Ergebnisse werden letztendlich entlang einzelner Programminstrumente der EU bzw. der darin enthaltenen typischen Formen der Fördermaßnahmen interpretiert (vgl. Kap. 14.2.1).

Im zweiten Schritt wird der Zusammenhang zwischen der EU-Projektförderung der ukrainischen NGOs und der Relevanz solcher Förderung für einzelne Bereiche der Demokratisierung in der Ukraine entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung erfragt. Dementsprechend werden aus dem empirischen Material zuerst die Informationen gesichtet, welche in einem bestimmten Zusammenhang zu den oben angeführten Kriterien stehen, mit deren Hilfe die Auswirkungen der EU-geförderten Projekte der ukrainischen NGOs auf die Förderung der einzelnen Dimensionen einer „eingebetteten“ Demokratie eingeschätzt werden (vgl. Kap. 12.1.2.2). Im weiteren Extraktionsverfahren werden die relevanten Projektinformationen den entsprechenden Auswertungskategorien bzw. ihren einzelnen Merkmalsausprägungen systematisch zugeordnet. Es wird deutlich, wie diese aufgrund der einzelnen Teilregimes bzw. den externen Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie gebildet wurden (vgl. Kap. 13.1.2). Die einzelnen Indikatoren,

³⁷ Zur genauen Vorgehensweise bei der Analyse der empirischen Daten entlang der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung der ukrainischen NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ vgl. Kap. 13.5.1.

welche für jede der Merkmalausprägungen der jeweiligen Auswertungskategorie aufgestellt wurden, ermöglichen diese Zuordnung (vgl. Tab. 18–21).

Im nächsten Schritt werden die extrahierten Projektergebnisse entsprechend ihres Einflusses auf einzelne Bereiche der „eingebetteten“ Demokratie ausgewertet und analysiert. Im Fokus der dargebotenen Analyse stehen nachhaltig orientierte Projektergebnisse. Als nachhaltig werden dabei jene Förderergebnisse aufgefasst, welche sich nicht nur thematisch auf einzelne Auswertungskategorien entlang das Modell einer „eingebetteten“ Demokratie beziehen, sondern auch zur institutionellen, finanziellen oder politischen Sicherung der Nachhaltigkeit der erreichten Projektergebnisse beitragen. Zum Beispiel tasteten einige der untersuchten Projekte das Thema der Menschenrechte in der einen oder anderen Weise an, ohne jedoch über den Rahmen der Diskussionen innerhalb der öffentlichen Projektveranstaltungen hinauszugehen (vgl. Barbeliuk 2015: 19). Genauso nahmen die Gesetzgeber mehrere der im Kontext der untersuchten EU-Projekte entworfene Gesetze oder Gesetzentwürfe weder an, noch berücksichtigten sie diese. Trotzdem konnte alleine der Prozess, die entsprechenden Gesetzentwürfe zu erarbeiten, durchaus als eine Maßnahme eingestuft werden, welche sich positiv auf die Entwicklung der fachlichen Kapazitäten der projektausführenden NGOs im Bereich der Einflussnahme auf Politikinhalt auswirkte. Konkrete Auswirkungen auf Demokratisierungsprozesse hatten diese dann jedoch nicht. Ähnlich wie bei typischen Maßnahmen der Kommunikation wie Networking, Informationsaustausch oder Medienarbeit (vgl. Tab. 9), konnte nur schwer empirisch nachverfolgt werden, inwiefern sie die Arbeit der NGOs im Bereich der Demokratisierung, welcher von der untersuchten EU-Projektarbeit umfasst wurde, nachhaltig beeinflussen konnten. Dies liegt u. a. daran, dass solche Maßnahmen sehr oft prozess- und nicht ergebnisorientiert sind. Somit bietet sich an, im weiteren analytischen Verfahren den Blick auf jene Ergebnisse zu schärfen, die eine nachhaltige Wirkung auf Demokratisierung versprochen. In Anlehnung an unten aufgeführte theoretische Überlegungen zum Konzept der Nachhaltigkeit (vgl. Kap. 10.2.2), wurden einzelne Orientierungsregeln aufgestellt, wann ein Projektergebnis als nachhaltig einzustufen ist. Etwa konnten anhand solcher Regeln Projekte im Anschluss an EU-Finanzierung als nachhaltig demokratieorientierte Förderungsergebnisse der ukrainischen NGOs durch die EU eingestuft werden, zum Beispiel: die Bildung von neuen zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Strukturen, Verabschiedung oder Berücksichtigung der im Rahmen der EU-Projekte entworfenen Rechtsakte durch Gesetzgeber, Fortsetzung der thematischen Auseinandersetzung mit den Inhalten der umgesetzten EU-Projekte in späteren Aktivitäten der NGOs oder Ermöglichung der thematisch ähnlichen. In der Endphase der Datenanalyse wurden alle relevanten Ergebnisse entlang vier Typen gruppiert (vgl. Tab. 69).

Infolge dieser Vorgehensweise ist es möglich, abschließend den Zusammenhang zwischen jedem der untersuchten EU-Programminstrumente als Ausprägungen der unabhängigen Variablen, und den dadurch herbeigeführten Änderungen innerhalb der Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“ darzustellen. Hiermit wurde die empirische Ausgangslage für die Diskussion geschaffen, ob die EU mit ihrer projektorientierten Direktförderung die ukrainischen NGOs nicht nur in ihren internen Kapazitäten stärkt, sondern ihnen dabei ermöglicht, die Demokratisierung vor Ort mit zu unterstützen.

Mit der angebotenen Hypothese wird außerdem die Frage gestellt, in welchem Verhältnis die beiden abhängigen Subvariablen zueinanderstehen. Die schon dargestellten theoretischen Überlegungen zeigen, dass die Stärkung der NGOs in ihren einzelnen Funktionen der Demokratisierung sich positiv extern auf Prozesse der Demokratisierung, u. a. in ihrer Darstellung durch das Konzept einer „eingebetteten“ Demokratie, auswirken kann (vgl. Beichelt/Merkel 2014:

57-61).³⁸ Die Hypothese nimmt jedoch an, dass nicht jede Stärkung der NGOs in ihren Kapazitäten, welche durch EU-Projektförderungen herbeigeführt wird, sich im Verlauf der Projektarbeit auch extern auf die Demokratisierung auswirken wird. Genauso stellt sie infrage, dass der positive Einfluss der EU-Projekte auf jeweilige Bereiche der Demokratisierung unbedingt durch die im Projektverlauf gestärkten Kapazitäten der NGOs bedingt wurde. Stattdessen wird angenommen, dass die beiden Prozesse – interne Stärkung der NGOs in ihren Kapazitäten und externe Einflussnahme der Projektarbeit auf Demokratisierungsprozesse – sich viel häufiger als gleichzeitig laufende Prozesse im Projektverlauf offenbaren, ohne unbedingt in einem direkten Kausalverhältnis zueinander zu stehen. Dies lässt u. a. annehmen, dass die NGOs ihre infolge der EU-Förderung gestärkten Kapazitäten meistens erst nach dem Abschluss der EU-geförderten Projekte in unterschiedlichen Zielen der Demokratisierung einsetzen können. Dies wirft wiederum die Frage nach der Nachhaltigkeit der EU-Förderung auf, auf deren Sicherung die EU als externer Unterstützer der Zivilgesellschaften in osteuropäischen Nachbarländern traditionell viel Wert legt. Solche Nachhaltigkeit setzt voraus, dass im Laufe der Umsetzung der EU-geförderten Projekte entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden, um den erhaltenen Ergebnissen auch nach Projektschluss eine weitere positive Wirkung auf die Arbeit der NGOs als Akteure der Demokratisierung zu sichern. Die Diskussion dieses Aspekts wird in der abschließenden Analyse der Forschungsergebnisse angeboten.

1.4.5.2 Aufstellung der Hypothese II und Vorgehensweise bei ihrer Überprüfung

Die zweite Hypothese ermöglicht eine Diskussion darüber, wie einzelne innerstaatliche Kontextbedingungen die Möglichkeiten und Grenzen der ukrainischen NGOs beeinflussten, von der EU-Förderung als Mitgestalter der Demokratisierungsprozesse vor Ort direkt zu profitieren.

Die empirische Auseinandersetzung mit solchen Kontextbedingungen ist entscheidend, um das objektive Bild der Handlungslogik der EU als zivilgesellschaftlicher Demokratieförderer in der Ukraine zu vermitteln bzw. dadurch auch klarzumachen, welche NGOs vom Förderangebot der EU in der Ukraine grundsätzlich Gebrauch machen können und wollen. Die Formulierung der Hypothese bedient sich der Ergebnisse aus Kapitel 10 dieser Arbeit, wo solche Bedingungen für die Förderung der ukrainischen NGOs seitens der EU in Anlehnung an das Konzept der *domestic opportunity structures* diskutiert wurden. Unter der Berücksichtigung solcher konzeptionellen Überlegungen wird die folgende Hypothese vorgeschlagen:

Die NGOs nehmen vom Förderangebot der EU am ehesten dann Gebrauch, wenn sie sich dabei auf die passenden Opportunitätsstrukturen (domestic opportunity structures) stützen können. Diese gehen aus den rechtlich-politischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Kontextbedingungen ihrer Arbeit hervor und werden primär durch ihre Ausstattung mit notwendigen Kapazitäten, ihr bestehendes Verhältnis zum Staat bzw. ihren Willen zur Kooperation mit der EU bestimmt.

Die Formulierung dieser Hypothese nimmt an, dass die definierten *domestic opportunity structures* sich in mehrfacher Hinsicht für die Kooperation der ukrainischen NGOs mit der EU von Bedeutung erweisen. Zum einen fungieren sie für die EU selbst als wichtige Auswahlkriterien für

³⁸ Der Zusammenhang zwischen der internen Stärkung der NGOs in ihren Funktionen der Demokratisierung infolge der EU-Förderung bzw. den Auswirkungen solcher Stärkung auf Prozesse der Demokratisierung wird in Kap. 9.2 dieser Arbeit diskutiert.

NGOs als Empfänger finanzieller Förderung für ihre Projekte im Rahmen entsprechender Bewerbungsverfahren im Sinne der *calls for proposals* oder *calls for tenders*, welche sie durch ihre programmatischen Förderinstrumente anbietet. Zum anderen spielen solche Opportunitätsstrukturen eine mitbestimmende Rolle für Qualität, thematische Akzente und Erfolge der geförderten EU-Projekte. Zum Dritten prägen diese ebenfalls die Chancen der NGOs, den Ergebnissen der geleisteten Projektarbeit eine gewisse Nachhaltigkeit zu verleihen, um sich nach Ende der EU-Finanzierung weiterhin positiv auf einzelne Prozesse der Demokratisierung auswirken zu können, wie beispielsweise durch Erhalt der im Rahmen der Projekte gegründeten Strukturen, Sicherung weiterer politischer bzw. finanzieller Unterstützung für eingeleitete Projektinitiativen etc. Zum Vierten fungiert der aktuelle Entwicklungszustand der einzelnen hiermit benannten *domestic opportunity structures* als ein gewisser Indikator dafür, ob die NGOs von der EU systematisch gefördert werden können. So setzt die abgeleitete Hypothese voraus, dass die NGOs mit ausreichend Kapazitäten, einem gut ausgebauten Kontaktnetz zu staatlichen Politikakteuren und einem starken Willen zur Kooperation besonders gute Chancen haben, von der EU immer wieder gefördert zu werden.

Die empirische Überprüfung der Hypothese findet anhand einer Analyse der extrahierten Daten über die EU-Projekte der ausgewählten ukrainischen NGOs statt. Insbesondere werden dabei die Angaben aus Projektabschlussberichten bzw. Interviews mit Experten der projektausführenden NGOs mitberücksichtigt. Wichtige Informationsquellen bilden auch die Interviews mit den Vertretern der EU-Kommission, in denen u. a. über die Grundvoraussetzungen und Kontextbedingungen für projektorientierte Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU diskutiert wird. Die Auseinandersetzung mit dieser Hypothese ermöglicht somit, nachzuverfolgen, wie die innerstaatlichen Bedingungen sowohl den Kreis der ukrainischen NGOs, welche auf das Kooperationsangebot der EU im Aufgabenbereich der Demokratisierung 1994–2015 aktiv eingingen, mitbestimmten, als auch die Möglichkeiten und Grenzen solcher Kooperation mitbeeinflussten.

1.4.6 Gegenstand, Methode und Ablauf der empirischen Untersuchung

Die Auseinandersetzung mit der zentralen Fragestellung dieser Arbeit erfolgt in Form einer fallzentrierten Studie im Sinne der empirischen qualitativen Sozialforschung. Unter der Vielzahl qualitativer fallzentrierter Studien wird die Form des *most typical case design* bevorzugt. Diesem Design liegt die Analyse von einer oder mehrerer Fallstudien zugrunde, welche typische Beispiele für eine bestimmte Art des kausalen Verhältnisses darstellen (vgl. Seawright/Gerring 2008: 297; Gerring 2007: 91). Als einzelne Fallbeispiele wurden insgesamt 15 ukrainische NGOs ausselektiert, welche sich im Untersuchungszeitraum 1994–2015 mit den politisch aufgestellten Fragen der Demokratisierung beschäftigten bzw. von der EU finanziell gefördert wurden (vgl. Kap. 12.2). Das Auswahlverfahren solcher NGOs zieht speziell gebildete Kriterien heran, welche vorab zu einem großen Teil durch das Konzept *domestic opportunity structures* abgeleitet wurden (vgl. Kap. 10). Somit werden Faktoren, wie die Ausstattung mit Kapazitäten, das Verhältnis zu staatlichen Politikakteuren bzw. der Wille zur Kooperation mit der EU mitberücksichtigt.

Eine empirische Analyse zeigt ferner, wie die EU die ausgewählten NGOs in einzelnen Phasen des gegebenen Untersuchungszeitraums als Akteure der Demokratisierung stärkte. Unter den Formen, welche die EU zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure in ihren Nachbarländern einsetzt, schränkt sich diese Arbeit auf die Ebene der direkten finanziellen Projektförderung der NGOs durch die EU ein (vgl. European Commission 2016: 12-13). Es wird davon ausgegangen, dass direkte Projektförderung Logik und Ansätze der EU als externen Förderer der Zivilgesellschaft zugunsten der Demokratisierung am ehesten widerspiegelt. Der Akzent liegt dabei auf Projekten,

welche die EU durch die Einbeziehung des Implementierungsmodus *direct management* umsetzt. Im Gegensatz zu anderen Formen der EU-finanzierten Projektarbeit fasst dies die Projekte zusammen, in denen die EU-Kommission nicht nur als Finanzierer, sondern auch als direkter Partner des Vertrages agiert, in dessen Rahmen bewilligte Projekte umgesetzt werden. Das bedeutet, dass die EU eine direkte Verantwortung für die Umsetzung der Projekte, von der Unterzeichnung der entsprechenden Verträge mit projektausführenden NGOs bis zur Einreichung des Projektabschlussberichts, mitübernimmt. Solche direkte Teilnahme an der Projektförderung bietet auch genügend Spielräume, um dabei die Werte, Prinzipien und Förderschwerpunkte der EU als externer Demokratieförderer in Nachbarländern wie der Ukraine möglichst weit zu berücksichtigen (vgl. Kap. 12.3.1).

Die Ziele dieser Untersuchung ziehen zwei Formen solcher direktgeförderten Projekte in Betracht. Zum einen werden die Projekte analysiert, welche als *action grants* im Rahmen der lokal oder regional ausgeschrieben *calls for proposals* der einzelnen EU-Förderinstrumente wie *EIDHR*, *NSA&LA* oder *NCSF* umgesetzt werden (vgl. Kap. 9.3). Diese Form der Projektförderung setzte die EU in der Ukraine seit 1994 innerhalb aller hierfür verfügbaren programmatischen Förderinstrumente am häufigsten ein (vgl. Interview Topolonycky 2015). Dabei handelt es sich meistens um größere Projekte mit einer Durchschnittsdauer zwischen 12 und 36 Monaten, für welche die EU den größten Anteil ihrer Finanzmittel in Zielen der Förderung der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft ausgibt (vgl. European Commission 2013b: 95-97). Alleine aufgrund ihrer vergleichsweise langen Durchschnittsdauer bzw. hohen Projektbudgets bieten diese zwei Formen von Projekten einen förderlichen Rahmen an, um den NGOs den geeigneten zeitlichen und finanziellen Spielraum für das Antrainieren, Erlernen und nachhaltige Einsetzung ihrer Kapazitäten im Tätigkeitsfeld der Demokratisierung zur Verfügung zu stellen. Außerdem stehen die einzelnen *calls for proposals* in der Regel immer mit einem bestimmten Thema der Demokratisierung in Verbindung, welches sich dem konzeptionellen Rahmen „eingebetteter“ Demokratie zuordnen lässt. Somit bilden sie eine ausreichende Basis, um die Handlungslogik und Dynamik der EU-Förderung für zivilgesellschaftliche Akteure in östlichen Nachbarn wie der Ukraine innerhalb einzelner Phasen der Demokratisierung zu bestimmen.

Zum anderen folgt eine Analyse der Projekte, welche im Rahmen des Verfahrens *calls of tenders* innerhalb der finanztechnischen Instrumente *TACIS* und *ENPI* zustande kamen (vgl. Kap. 9.3). In der Regel reglementieren entsprechende *service contracts* solche Projekte, die häufig als Projekte der technischen Hilfe für entsprechende Zielgruppen aufgefasst werden (vgl. European Commission 2013b: 42-44). Im Zeitraum dieser Untersuchung förderte die EU die ukrainischen NGOs deutlich seltener solchen Verfahren nach als im Rahmen von thematischen *calls for proposals*. Meistens ging es dabei um größere, regional aufgestellte Projekte mit einem Schwerpunkt zugunsten der institutionellen Stärkung der Zivilgesellschaft an sich, in denen die ukrainischen NGOs als Teilnehmer der zivilgesellschaftlichen Konsortien zusammen mit den Partnerorganisationen aus anderen östlichen EU-Nachbarländern mitgefördert wurden (vgl. Interview Volochii 2015; Interview de Mercey 2015).

Ausgeschlossen aus der empirischen Untersuchung bleibt somit die Kategorie der indirekten Projektförderung der NGOs durch die EU (vgl. European Commission 2016: 13, 66-67). Im Gegensatz zur direkten Projektförderung fungiert die EU in solchen Projekten nur als Haupt- oder Mitfinanzierer, während sie die unmittelbare Umsetzung des Projekts vor Ort einer weiteren internationalen Organisation, wie OSZE, Europarat oder Vereinte Nationen, überlässt (vgl. Kap. 9.3). Auch wenn die EU für solche Projekte einen beträchtlichen Teil ihrer zivilgesellschaftlich orientierten Finanzierung in der Ukraine ausgibt, bleibt fraglich, inwiefern solche Projekte die Logik der

Demokratieförderung der EU, und nicht des Kooperationspartners, widerspiegeln und somit auf einen objektiven Zusammenhang zwischen der EU-Förderung ukrainischer NGOs und ihrer dadurch bedingten Stärkung als Akteure der Demokratisierung hinweisen (vgl. Rihackova 2014: 17-18; Interview Harter 2015).

Auch sonstige Förderverfahren außerhalb der strukturierten Projektförderung werden hier nicht weiter behandelt. Diese sind beispielsweise: informationelle oder fachliche Unterstützung kleinerer Aktivitäten oder Aufgaben der NGOs durch die EU-Vertretung vor Ort, wie z. B. die Durchführung einzelner öffentlicher Veranstaltungen; Bürgeraktionen oder Maßnahmen der politischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit, wie Trainings, Seminare, Herausgaben von Publikationen etc. Die vorliegende Arbeit untersucht ebenfalls nicht die Teilnahme der NGOs als Experten an Veranstaltungen der EU-Vertretung vor Ort oder der EU-Institutionen in Brüssel sowie an Aktivitäten des Forums der Östlichen Partnerschaft als zivilgesellschaftliche Kommunikationsplattform mit der EU. Der Hauptgrund für den Ausschluss dieser Art der Förderung ist, dass die Ergebnisse solcher Projekte allein aufgrund ihrer kurzen Dauer bzw. ihres kleineren Formats häufig nicht explizit dokumentiert, sondern nur im Kontext der Jahresarbeitsberichte der NGOs kurz erwähnt werden (vgl. Interview Zolkina 2015; Interview Tymoshchuk 2015). Die meisten in dieser Arbeit interviewten NGOs konnten außerdem nur vereinzelte Beispiele für diese Art ihrer Projekte mit der EU erwähnen. Dabei wurde betont, dass diese Art der EU-Unterstützung sehr häufig prozess- und nicht ergebnisorientiert ist. So bestätigten einzelne Interviewgespräche, dass im Zentrum der meisten Maßnahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft allein die Kommunikation an sich zwischen den teilnehmenden NGOs im Mittelpunkt steht. Eine gezielte Einflussnahme auf einzelne Politikinhalt im Zusammenhang mit den Zielen der Demokratisierung vor Ort war hingegen selten Ergebnis der Forumsarbeit (vgl. Interview Sushko 2015; Interview Tyshchenko 2015). Dadurch war es schwierig, einen objektiven Eindruck von dieser Form der Projektarbeit der untersuchten NGOs zu gewinnen, was wiederum notwendig wäre, um sie für die empirische Beantwortung der Fragestellung dieser Arbeit einzubeziehen.

Die Definition eines Kreises von NGOs bzw. der einzelnen Formen der EU-Förderung erlaubte es, die einzelnen Fallbeispielstudien als zentrale Analyseeinheiten der Untersuchung endgültig zu bilden. Ein Fallbeispiel konstituiert somit jede der ausgewählten NGOs samt einzelner Projekte, die sie im Rahmen der Direktförderung durch die genannten Programminstrumente der EU in den einzelnen Zeitphasen dieser Untersuchung im Arbeitsfeld Demokratisierung umsetzte. Als Folge wurden insgesamt 25 EU-Projekte definiert, welche durch 15 unterschiedliche ukrainische NGOs mit Sitz in Kiew im Zeitraum 1994–2015 durchgeführt wurden (vgl. Kap. 12.2–12.3).

Der nächste Schritt erhebt die empirischen Daten in Bezug auf die einzelnen Fallbeispiele. Im Fokus stehen dabei die Informationen über Aktivitäten und Aufgaben der ausgewählten NGOs im Bereich der Demokratisierung, ihre Kooperation mit der EU bzw. die Ziele, Inhalte und Ergebnisse der von ihnen ausgeführten Projekte im Rahmen der untersuchten Programminstrumente der EU. Die Datenerhebung stützt sich auf zwei zentrale Methoden: Zum einen erfolgte die Durchführung der halbstrukturierten, leitfadengestützten Experteninterviews sowohl mit den Mitarbeitern der untersuchten NGOs als auch mit den einzelnen zivilgesellschaftlichen Experten, welche sich mit den jeweiligen Aspekten der EU-Förderung für die ukrainische Zivilgesellschaft in Aufgaben der Demokratisierung beschäftigten und somit relevante Einschätzungen zu Fragen der Effizienz, Stärken und Schwächen der zu analysierenden EU-Förderinstrumente geben konnten. Insgesamt wurden im Rahmen der Untersuchung 19 Interviews mit Experten der NGOs, zur Untersuchung ihrer EU-Projekte, und 13 Interviews mit anderen zivilgesellschaftlichen Experten durchgeführt. Unter Letzteren sind insbesondere die Gespräche mit den Mitarbeitern der EU-Vertretung in Kiew bzw. der

Generaldirektion *EuropeAid* der EU-Kommission in Brüssel, welche für die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Zivilgesellschaft zum Zeitpunkt der Untersuchung zuständig war, zu nennen (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Topolnycky 2015; Interview Schreiber 2015; Interview Nerisanu 2013). Zum anderen wurden die Texte der verfügbaren Projektdokumentation qualitativ ausgewertet. Die untersuchten Dokumentationen umfassen vor allem die narrativen Berichte über die untersuchten 25 EU-Projekte der ukrainischen NGOs. Außerdem sind die einzelnen Projektnewsletters, Publikationen, welche im Rahmen der untersuchten EU-Projekte herausgegeben wurden, Mitteilungen auf den Websites der ausführenden NGOs oder der Projektpartnerorganisationen bzw. die „graue Literatur“ in Form von internen Zwischenberichten oder nicht veröffentlichten Papers der NGOs zu untersuchten 25 EU-Projekten Teil der Betrachtung. Ebenfalls mit analysiert wurden die einzelne Dokumentation der EU-Kommission in Brüssel und der EU-Vertretung in Kiew, wie Listen der EU-geförderten Projekte innerhalb der einzelnen programmatischen EU-Förderinstrumente oder Texte einzelner *calls for proposals*, welche für ukrainische NGOs ausgeschrieben wurden.

Die abschließende Analyse und Auswertung der empirischen Daten geschieht, wie schon einmal erwähnt, mithilfe der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse. In der vorrangigen Anlehnung an das inhaltsanalytische Verfahren nach *Gläser* und *Laudel* (2009), ordnet sie das gesamte empirische Material den bestimmten schon vorab gebildeten Kategorien mithilfe des Verfahrens der Extraktion zu. Das darauffolgende Auswertungsverfahren systematisiert die einzelnen Fallbeispiele entlang forschungsrelevanter qualitativer Änderungen innerhalb der gebildeten Kategorien bzw. einzelner Zeitphasen der Untersuchung und fasst sie zusammen. Dies schafft die notwendigen Voraussetzungen für eine abschließende Analyse der erhaltenen Informationsbasis entlang beider definierter Hypothesen der Untersuchung (vgl. Kap. 13–14). Dadurch wird Freiraum zur abschließenden Diskussion der Untersuchungsergebnisse eröffnet. Im Endeffekt soll anhand der ausgesuchten Fallbeispiele die Frage zu beantworten sein, ob und wie die EU-Förderung die ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung entlang beider definierter Dimensionen – intern bei der Ausübung ihrer einzelnen Funktionen und Aufgaben der Demokratisierung und extern infolge der Einflussnahme auf einzelne Prozesse der Demokratisierung – stärkte.

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass diese Arbeit keinen Anspruch auf die Effizienzmessung der EU-Förderung für die Stärkung des ukrainischen NGO-Sektors als Akteur der Demokratisierung erhebt. Als zentrales Erkenntnisinteresse dieser Arbeit gilt somit die Frage, ob und wie die EU die ukrainischen zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung stärkte, und nicht, inwiefern ihr dies im vorgehenden Zeitrahmen gelungen ist. Im Vordergrund steht somit die Feststellung der Zusammenhänge zwischen der EU-Förderung und der dadurch bedingten Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung, was am Beispiel eines ausgewählten Kreises der NGOs zu zeigen ist. Eine objektive Effizienzmessung der EU-Förderung für die ukrainischen NGOs im Bereich der Demokratisierung würde dagegen voraussetzen, dass eine möglichst hohe Zahl der Projektbeispiele möglichst vieler Formen der EU-Förderung in ein solches Messverfahren mitaufgenommen wird, was den Forschungsrahmen dieser Arbeit sprengen würde. Auch anhand der vorausgewählten Projektfallbeispiele ist eine objektive Effizienzmessung schwierig, weil diese empirische Angaben beanspruchen würde, die im Rahmen dieser Untersuchung nicht zur Verfügung standen. So sind meiste Informationen über die untersuchten EU-Projekte ihren narrativen Berichten entnommen, welche selbst von den projektausführenden NGOs verfasst und nur in seltenen Fällen auch extern durch unabhängige Träger mit evaluiert wurden. Eine solche Projektdokumentation ist zwar durchaus ausreichend, um die wichtigsten Zusammenhänge, Tendenzen und Ergebnisse der projektorientierten EU-Förderung der ukrainischen NGOs aufzuzeichnen, würde dennoch an ihre

Grenzen stoßen, um eine objektive Einschätzung der Wirkungseffizienz umgesetzter Projekte auf die Stärkung der untersuchten NGOs als Akteure der Demokratisierung vorzunehmen.

Die Wiedergabe der ukrainischen Schrift in lateinischen Buchstaben erfolgt in dieser Arbeit nach offiziellen Regeln der ukrainischen National-Transliteration, wie sie in der entsprechenden Resolution des Ministerkabinetts der Ukraine vom 27. Januar 2010 dargestellt werden (vgl. Kabinet Ministriv Ukrainy 2010).

1.4.7 Klärung der zentralen Begriffe der Arbeit

Osteuropa. Diese Arbeit fokussiert sich auf die Spezifik der osteuropäischen Länder Europas jenseits der aktuellen Grenze der EU, wie zum Beispiel die Ukraine. In diesem Kontext sind unter dem Begriff „Osteuropa“ vor allem drei postsowjetische Staaten definiert, auf welche sich auch die ENP vordergründig richtet: die Ukraine, die Republik Moldau und die Republik Belarus (vgl. Beichelt 2007a: 207). Dennoch ist zu beachten, dass es mit „Osteuropa“ um einen umstrittenen Begriff geht. Während eine Sichtweise zur Osteuroparegion alle ehemaligen europäischen Staaten des kommunistischen und sozialistischen Blocks hinzuzählt, differenziert die andere Sichtweise eine klare Trennung zwischen mittelosteuropäischen postsozialistischen und osteuropäischen postkommunistischen Ländern (vgl. Twardzisz 2018). Auch innerhalb dieser Arbeit werden die osteuropäischen Länder ausschließlich als Länder der ehemaligen Sowjetunion aufgefasst und im Hinblick auf das Forschungsinteresse vor allem auf den Kreis der unmittelbaren osteuropäischen EU-Nachbarn – die Ukraine, Belarus und die Republik Moldau – eingegrenzt.

Das grundlegende Demokratieverständnis. Der Demokratiebegriff ist innerhalb dieser Arbeit vorrangig aus der Perspektive des sogenannten „prozeduralen“ Demokratiemodells abgeleitet, welches für die Aufklärung der politischen Dimension der postkommunistischen Transformationsprozesse besonders häufig herangezogen wird. Eine solche prozedurale Demokratie legt freie und gerechte Wahlen als Mindestmaß für die Sicherung eines demokratischen Systems fest und impliziert darüber hinaus die wichtigsten Qualitäten eines liberalen Rechts- und Verfassungsstaates (vgl. Pridham et al. 1997: 1-2; Merkel/Thiery 2010: 187; Merkel 2004: 33-36; Maczków 2009: 30; 2011: 10). Letztere offenbaren sich primär in der Gewährung grundsätzlicher Freiheiten und Bürgerrechte, dem Primat des Rechts, dem wirksamen Rechtsschutz bzw. der richterlichen Unabhängigkeit, politischem Pluralismus, Wettbewerb und Gleichheit (vgl. Merkel/Puhle 1999: 105; Krennerich 2002: 57). Die moderne Transformationsforschung fasst ein solches Demokratiemodell ebenfalls als eine Verschränkung von zwei zentralen Dimensionen der Herrschaftslegitimation auf: der vertikalen Dimension des demokratischen Wahlregimes bzw. der wichtigsten politischen Partizipationsrechte auf der einen, und der horizontalen Dimension des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates, die sich vor allem in einer klaren Gewaltenteilung bzw. der Sicherung der Menschenrechte zeigt, auf der anderen Seite (vgl. Merkel/Croissant 2000: 10-11; Croissant/Thiery 2001: 20-21). Diese Sichtweise wird ebenfalls im Modell der „eingebetteten“ Demokratie spezifiziert, welches unten detailliert diskutiert wird (vgl. Kap. 2.4).

Demokratisierung. Der Begriff der „Demokratisierung“ wird in der Praxis der Demokratie- und Transformationsforschung grundsätzlich synonym mit Begriffen der „demokratischen Transformation“ bzw. dem „demokratischen Systemwechsel“ verwendet. Grundsätzlich versteht man darunter einen komplexen Prozess der Auflösung alter Herrschaftsstrukturen bzw. des Übergangs zu einem liberalen konstitutionellen Demokratiemodell, einschließlich ihrer nachhaltigen

Konsolidierung (vgl. Pridham et al. 1997: 1-2; Merkel/Thiery 2010: 187; Merkel 2010: 94-95). Die moderne Transformationsforschung geht von drei entscheidenden Phasen des Systemwechsels aus: 1). Liberalisierung, oder das Ende des nicht-demokratischen Regimes, 2). Demokratisierung oder Institutionalisierung der Demokratie, welche mit der Verabschiedung einer demokratischen Verfassung abgeschlossen wird; und 3). Konsolidierung, mit der Etablierung von Rechtsstaatlichkeit, fundamentalen Grundfreiheiten, Menschenrechten und funktionierender demokratischer Institutionen (vgl. Kap. 2.3).

NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung. Diese Arbeit definiert NGOs als formale, professionalisierte Organisationsstrukturen der nicht-staatlichen privaten Sphäre, die grundsätzlich gemeinwohl- und von daher nicht ausschließlich profitorientierte Ziele verfolgen und dabei auch politisch aktiv werden (vgl. Salamon 1996: 22-26; Hirsch 1999: 2-3; Frantz/Martens 2006: 49-50). Ihren Beitrag zu Prozessen der Demokratisierung vor Ort leisten NGOs infolge der Übernahme einzelner spezifischer Funktionen, welche primär für eine Artikulation, Lobbying und Advocacy der partikulären gesellschaftlichen Interessen gegenüber Akteuren der politischen Macht sorgen und diese gleichzeitig in ihrem Handeln monitoren und kontrollieren (vgl. Kap. 5).

Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung. Innerhalb dieser Arbeit wird der Begriff der Zivilgesellschaft vorrangig unter der Berücksichtigung der zentralen Merkmale des modernen zivilgesellschaftlichen Diskurses bzw. aus der Perspektive der postkommunistischen Transformationsforschung definiert. In der Anlehnung an funktionalistisch-strukturalistische Konzept der Zivilgesellschaft (Lauth/Merkel 1997a), welches sich weitgehend für die Erklärung der demokratieförderlichen Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in postkommunistischem Europa bewährte, wird die folgende Definition der Zivilgesellschaft angeboten:

Die Zivilgesellschaft ist ein intermediärer, zwischen Staat, Markt und Privatsphäre angesiedelter Bereich, wo infolge der sozialen Interaktionen unterschiedliche Formen der freiwilligen, nicht-profitorientierten und selbstorganisierten Vereinigungen zustande kommen, in deren Rahmen die Bürger die ehrenamtlichen gemeinwohlorientierten Tätigkeiten betreiben bzw. ihre kollektiven Interessen öffentlich artikulieren, vertreten und schützen.³⁹

Als Akteur der Demokratisierung definiert primär eine Reihe wichtiger Funktionen die Zivilgesellschaft, welche für die Etablierung und Konsolidierung eines demokratischen Regimes in der Gesellschaft sorgen, wie Vermittlungs-, Kontroll- und Schutzfunktion gegenüber politischer Macht, Sozialisations-, Kommunikations- und Integrationsfunktionen (vgl. Kap. 4.3.2).

Europäische Union als externer Förderer der Zivilgesellschaft. Als externer Förderer der Zivilgesellschaft wird die EU in dieser Arbeit ausschließlich als das Zusammenwirken zentraler, in Brüssel angesiedelter EU-Institutionen bei der Konzipierung und Umsetzung einzelner Fördermaßnahmen der externen Demokratieförderung aufgefasst, welche sich an zivilgesellschaftliche Akteure der Drittstaaten richten. In der Regel fungiert in diesem institutionellen Gefüge der EU die Europäische Kommission als zentrales Exekutivorgan solcher Förderinstrumente mit einer weitgehenden Handlungsautonomie. Das Zustandekommen der einzelnen zivilgesellschaftlich orientierten institutionellen Formate und Förderprogramme setzt überwiegend

³⁹ Die Diskussion über unterschiedliche Definitionen des Zivilgesellschaftsbegriffs wird in Kap. 4 angeboten.

einen gemeinsamen politischen Willen des Europäischen Parlaments, Europäischen Auswärtigen Dienstes, EU-Rats sowie oft auch des Europäischen Wirtschaftsausschusses voraus. Je nach Spezifik der vorhandenen Fördermaßnahmen sichert entweder eine entsprechende Delegation der EU vor Ort ihre Umsetzung oder diese wird direkt von Brüssel aus koordiniert (vgl. Interview de Mercey 2015).⁴⁰

Diese Konkretisierung der Sichtweise auf die EU als externen Akteur der zivilgesellschaftlich orientierten Demokratieförderung, welche diese Arbeit im Weiteren prägen wird, ist alleine schon deswegen wichtig, weil die EU in erster Linie als politische und wirtschaftliche Union der 28 europäischen Mitgliedstaaten, die supranational durch Institutionen in Brüssel koordiniert wird, aufzufassen ist (vgl. European Commission 2012). Somit unterstützen auch einzelne EU-Mitgliedstaaten zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung der Nachbarstaaten via lokale NGOs, private Stiftungen oder einzelne Regierungsprogramme. Dennoch verfolgen einzelne Mitgliedstaaten dabei oft auch eigene spezifische, national geprägte Ziele, ohne sich direkt auf die EU zu beziehen oder diese ausschließlich als Finanzierer ihrer Förderanliegen in der Region zu betrachten. Aus diesem Grund folgt hiermit eine Einschränkung des Begriffes der EU auf ihre zentralen Institutionen, welche sich für die Unterstützung der lokalen Zivilgesellschaften der EU-Nachbarstaaten einsetzen.

EU-Förderung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung. Die Förderung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung durch die EU wird in dieser Arbeit synonym zur „zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung“ bzw. „externen Zivilgesellschaftsförderung“ der EU in Zielen der Demokratisierung verwendet. Darunter versteht man vor allem einen Prozess, der sich auf die Unterstützung der Demokratisierungsprozesse durch die zwei folgenden Aspekte richtet: die Stärkung der NGOs im Aufbau ihrer Kapazitäten auf der einen, und eine stärkere Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure als Partner in Prozessen der Demokratisierung auf der anderen Seite (vgl. European Commission/EuropeAid 2011a: 2). Der erste davon bezieht sich auf die allgemeine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure an sich durch den Aufbau ihrer Kapazitäten (vgl. ebd.). Dabei leitet die EU die Logik, dass eine vitale Zivilgesellschaft eine wichtige und unverzichtbare Voraussetzung der Demokratisierungsprozesse bildet. Somit geht die EU davon aus, dass mit der Stärkung der Zivilgesellschaft auch die Demokratie gestärkt wird (vgl. Ishkanian 2007). Der zweite Aspekt beinhaltet hingegen, dass die NGOs infolge ihrer Förderung durch die EU Demokratisierungsprozesse vor Ort positiv beeinflussen können (vgl. Shapovalova/Youngs 2012; Rabinovych 2016: 6-7; European Commission/EuropeAid 2011a: 2). Auf der praktischen Ebene zeigt sich diese Dimension der Förderung in der Umsetzung der einzelnen Projekte der lokalen NGOs, welche sich auf die Unterstützung einzelner Bereiche der Demokratie, wie diese hier mit dem Konzept einer „eingebetteten“ Demokratie umschrieben wird, richten.

1.5 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit setzt sich insgesamt aus 14 Kapiteln zusammen. Nach der Darstellung der Problem- bzw. Fragestellung, methodischer Grundlagen, des Forschungsdesigns, Forschungsstandes und Forschungsinteresses der Arbeit, wie diese in *Kapitel 1* angeboten wurden, widmen sich die nächsten Kapitel den theoretischen Grundlagen der Demokratie- und Transformationsforschung der Arbeit bzw. ihrer inhaltlichen Einbettung in den Kontext der Ukraine als Fallbeispiel dieser Studie.

⁴⁰ Ausführlicher zu Fragen der Funktionsweise bzw. des Zusammenwirkens der EU-Institutionen, u. a. in außenpolitischen Angelegenheiten, vgl. Kenealy et al. 2015; Orbie (Hg.) 2015; European Commission 2012.

Dementsprechend erläutert *Kapitel 2* das Phänomen der „Demokratisierung“ aus der Perspektive der modernen Transformationsforschung bzw. diskutiert es am Beispiel der postkommunistischen Länder Osteuropas. Das folgende *Kapitel 3* stellt die Dynamik der Gestaltungsprozesse eines demokratischen Regimes in der Ukraine entlang einzelner vorab definierter Zeitphasen der Demokratisierung innerhalb des Zeitrahmens 1994–2015 dar.

Die Auseinandersetzung mit dem modernen Diskurs der Zivilgesellschaft, ihrer Funktionen und Bedeutung für die Sicherung der einzelnen Demokratisierungsprozesse in postkommunistischen Ländern vor Ort wird in *Kapitel 4* angeboten. *Kapitel 5* erläutert daraufhin die demokratieförderliche Wirkung der Zivilgesellschaft am Beispiel der NGOs als wichtige Mitgestalter der Demokratisierung bzw. häufige zivilgesellschaftliche Adressaten der externen Demokratieförderung der EU in Osteuropa. Im Anschluss daran setzt sich *Kapitel 6* mit Sondermerkmalen des NGO-Sektors als aktiven Teilnehmer der Demokratisierungsprozesse in der Ukraine 1994–2015 auseinander. Dabei werden NGOs als vitaler Teil der ukrainischen Zivilgesellschaft im Gesamtkontext ihrer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklungsbedingungen entlang einzelner Zeitphasen der Demokratisierung mitbetrachtet. Abschließend werden in *Kapitel 7* die Besonderheiten in Bezug auf die Entwicklung und Rolle des ukrainischen politisch orientierten NGO-Sektors für die Mitgestaltung der Demokratisierung vor Ort thematisiert.

In den nächsten Kapiteln wird die theoretische Perspektive der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU als Teil ihrer umfassenden Strategie der Demokratieförderung in ihren östlichen Nachbarländern dargestellt bzw. anschließend am Beispiel der Ukraine diskutiert. Somit widmen sich *Kapitel 7* und *8* der Darstellung des Konzepts der externen Demokratisierung bzw. der EU als externer Demokratieförderer in Osteuropa. Diskutiert werden vor allem der institutionelle Rahmen bzw. unterschiedliche Ansätze der EU, auf welche sie sich in Zielen der Unterstützung der demokratischen Prozesse stützt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Zivilgesellschaft als wichtigen Adressaten der externen Demokratieförderung der EU in Osteuropa bzw. der Ukraine gewidmet. Im folgenden *Kapitel 9* wird eine systematische Darstellung der einzelnen geografischen und thematischen Instrumente der EU zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in ihrem demokratieorientierten Handeln vor Ort geboten. Ferner arbeitet *Kapitel 10* in der Anlehnung an das Konzept der *domestic opportunity structures* die Frage auf, welche innerstaatlichen Faktoren die Möglichkeiten und Grenzen der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung für eine systematische Kooperation mit der EU in einem postkommunistischen Land wie der Ukraine prägen. Hiermit wird der notwendige theoretische Rahmen vorgegeben, um im Weiteren die zentralen Fragen dieser Arbeit empirisch aufzuarbeiten.

Kapitel 11 widmet sich dem Thema der Zivilgesellschaft als Adressat der Demokratieförderung der EU in der Ukraine. Dementsprechend werden hier die Prioritäten, politische Relevanz und einzelne Programminstrumente dargestellt, welche die Dynamik der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in der Ukraine innerhalb der einzelnen Zeitphasen ihrer Demokratisierung ausmachen. Der Hauptakzent liegt dabei auf der Ebene der NGOs als Hauptadressaten der EU-Förderung in der Ukraine.

In den folgenden *Kapiteln (12-14)* wird die empirische Untersuchung anhand der gebildeten Fallbeispiele aus dem Kreis 15 ukrainischer NGOs mit dem Hauptsitz Kiew durchgeführt, welche direkt von der EU 1994–2015 in ihren Aufgaben der Demokratisierung projektorientiert gefördert wurden. Somit werden der Gegenstand und methodologischen Grundlagen der Untersuchung präzisiert bzw. die Aufarbeitung der vorhandenen empirischen Daten infolge ihrer Extraktion, Auswertung und Analyse im Sinne des inhaltsanalytischen Verfahrens nach dem Modell von *Gläser* und *Laudel* (2009) systematisch dargestellt. Dies ermöglicht eine abschließende Interpretation der

auf diesem Wege ermittelten Untersuchungsergebnisse entlang der Fragestellung dieser Arbeit. Die abschließende Diskussion bespricht die Implikationen der erhaltenen Ergebnisse für Qualität und Möglichkeiten der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU als eine Unterstützungsstrategie der Demokratisierung in der Ukraine. Außerdem kommen weitere Fragen auf, welche sich aus dem Kontext der durchgeführten empirischen Untersuchung ergeben und einen neuen Forschungsraum auf dem Feld der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in Osteuropa betreten.

1.6 Literaturübersicht und Forschungsstand

Innerhalb des Themas der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in osteuropäischen Ländern am Beispiel der Ukraine überschneiden sich mehrere theoretische und thematische Stränge der Demokratie- und Transformationsforschung auf der einen, und der Erforschung der EU als externen Demokratieförderers ihrer Nachbarstaaten auf der anderen Seite. Dementsprechend bietet es sich an, den aktuellen Forschungsstand der wichtigsten dieser Stränge darzustellen.

1.6.1 Literaturübersicht und Forschungsstand in Bezug auf den theoretischen und inhaltlichen Rahmen der Arbeit zur Rolle der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung in Osteuropa am Beispiel der Ukraine

Die theoretischen Grundlagen dieser Arbeit leiten sich zum großen Teil aus der Literatur zur demokratischen Transformation im postkommunistischen Raum bzw. der Rolle der Zivilgesellschaft darin ab. Eine wichtige Bedeutung im Gesamtgefüge der Publikationen zu diesen Themen kommt den Arbeiten der Transformationstheoretiker *Merkel, Lauth, Croissant, Thiery* und *Puhle* zu. Mit ihrem Konzept des „Systemwechsels“ beschreiben sie die Grundvoraussetzungen und Sondermerkmale der Auflösung der autoritären bzw. totalitären Regimes Mittel- und Osteuropas und ihres Übergangs zu einem liberal geprägten Demokratiemodell infolge entsprechender demokratieorientierten Institutionalisierungs- und Konsolidierungsprozesse (vgl. *Merkel* 1994, 1996, 1998, 2010, 2011; *Merkel/Thiery* 2010; *Merkel/Puhle* 1999, 2003). Weitgehend bewährt hat sich in der Politikforschung ebenfalls ihr Vorschlag, sich bei der Analyse der Demokratisierungsfortschritte am grundlegenden Modell einer „eingebetteten“ Demokratie zu orientieren. Diese stellt Demokratie als enge Verflechtung aus fünf internen Teilregimes dar, welche in eine Reihe von externen Kontextbedingungen, wie beispielsweise vitale Zivilgesellschaft oder sozioökonomische Entwicklung des Landes, „eingebettet“ sind (vgl. *Merkel* 2010, 2004, 2004a; *Croissant/Merkel* 2004; *Croissant* 2010a; *Croissant/Thiery* 2001). In letzter Zeit verdrängen andere Modelle zur Qualitätseinschätzung der Demokratie dieses Konzept allerdings zunehmend. Vor allem das 2011 von *Merkel, Weßels, Bühlmann* und *Müller* präsentierte Modell eines „demokratischen Barometers“ ist in diesem Kontext als ein solches Alternativmodell zu nennen (vgl. *Bühlmann et al.* 2011). Im Gegensatz zum Modell einer „eingebetteten“ Demokratie orientiert es sich nicht an institutionellen Teilregimes, sondern an drei entscheidenden Prinzipien einer liberalen Demokratie: Freiheit, Gleichheit und Kontrolle, indem diese sich in unterschiedlichen Dimensionen eines politischen Regimes widerspiegeln, welche wiederum zum großen Teil dessen demokratische Qualität bestimmen, wie Sicherung von politischer Partizipation und Wettbewerb, der Transparenz und der gegenseitigen Kontrolle innerhalb der demokratischen Institutionen etc. Der absolute Mehrwert eines solchen Demokratiemessverfahrens besteht in seinem offenen Charakter und somit seiner hohen Anpassungsfähigkeit an spezifische Kontextbedingungen der Transformationsländer Osteuropas.

Für die Begründung der Voraussetzungen und Abläufe der wichtigsten Phasen eines demokratischen Systemwechsels – der Liberalisierung, Institutionalisierung und Konsolidierung – waren insbesondere die Werke von Autoren, wie *Huntington*, *O'Donnell*, *Diamond*, *Schmitter*, *Vanhanen*, *Przeworski*, *Pridham*, *Linz* und *Stepan* prägend.⁴¹ Diese Autoren etablierten eine neue Sichtweise auf Demokratisierung, indem sie ihre Dynamik gleichzeitig an ökonomische Modernisierung sowie an konkrete Entscheidungen politischer Eliten anknüpften (vgl. Munck 2011: 334-336). Nicht zu unterschätzen ist auch der Beitrag solcher Demokratietheoretiker wie *Rawls* (1998, 2005); *Sartori* (1992), *Lijphart* (2011, 1999, 1984), *Dahl* (1989, 1971, 1956) und *Dahrendorf* (1983) zur Konzeptualisierung und Fortentwicklung eines Modells liberaler rechtsstaatlicher Demokratie im europäischen Sinne, welches sich in der darauffolgenden postkommunistischen Transformationsforschung systematisch widerspiegelt.⁴²

Für die Gestaltung des Demokratiediskurses aus Perspektive der postkommunistischen Transformationsprozesse waren politikwissenschaftliche Debatten über die Minimalanforderungen an ein politisches Regime, damit dieses als demokratisch eingestuft werden kann, von wichtiger Bedeutung. Zu unterstreichen sind in diesem Kontext die Konzepte einer „minimalistischen“ Demokratie, welche sich primär in der Sicherung demokratischer Wahlen offenbart (vgl. *Diamond* 2002; *Huntington* 1991; *Linz/Stepan* 1996), und „prozeduralistischer Demokratie“, wo demokratische Wahlen mit der Dimension eines liberalen Rechts- und Verfassungsstaates zusammenkommen (vgl. *Pridham et al.* 1997; *Dahl* 1989, 1971; *Schneider* 1997; *Lauth* 2004; *Beichelt* 2001; *Diamond* 1996; *Maćków* 2011, 2009; *Croissant/Thierry* 2001). Solche Interpretationen des „Minimalkerns“ eines demokratischen Regimes spiegelten sich in den umfassenden politikwissenschaftlichen Debatten über Grundvoraussetzungen und Dimensionen der demokratischen Konsolidierung als Prozesses wider. Mit dessen Abschluss kann von der Etablierung einer funktionierenden liberalen Demokratie und somit einer erfolgreichen demokratischen Transformation gesprochen werden (vgl. *Schmidt* 2008; *Schmitter* 1993; *Schneider* 1997; *Gunther et al.* 1995; *Schedler* 1998; *Merkel/Puhle* 1999; *Merkel* 2010, 2007).

Eine weitgehende Diskussion über Sondermerkmale der demokratischen Transformation bzw. der neuen demokratischen Regimes, welche sich im postkommunistischen Osteuropa in den 1990er Jahren etablierten, fand in der modernen Demokratie- und Transformationsforschung statt.⁴³ In zahlreichen Arbeiten wurden außerdem unterschiedliche Schwachstellen der Demokratisierungsprozesse in osteuropäischen Ländern aufgearbeitet, weswegen diese als „defekte Demokratien“ (*Merkel/Puhle* 1993; *Merkel/Croissant* 2000), „illiberale Demokratien“ (*Croissant* 2010a) oder „elektorale Demokratien“ (*Kubicek* 2001); als „hybride Regimes“ (*Rüb* 2002),

⁴¹ Vgl. *Huntington* 1991; *Schmitter* 1994; *O'Donnell/Schmitter* 1991, 1986; *O'Donnell et al.* 1991; *Linz/Stephan* 1996; *Przeworski* 1991, 1986; *Przeworski et al.* 2000; *Diamond* 2002; *Pridham et al.* 1997; *Vanhanen* 1992; *Pridham/Vanhanen* 1994; *Schedler* 1998.

⁴² Zur Fortentwicklung der modernen Transformationsforschung, u. a. aus der Perspektive der postsowjetischen Staaten, vgl. ebenfalls *Carothers* 2002; *Whitehead* 2002; *Wolf* 1998, 1997; *Wucherpfennig/Deutsch* 2009; *Weidenfeld (Hg.)* 2001; *Herbut/Baluk (Hg.)* 2010; *Schneider* 1997; *Sandschneider* 1996, 1995; *Rose* 2009; *Gunther et al. (Hg.)* 1995; *Merkel* 2011, 2010, 2009, 2007, 1998, 1996, 1994; *Vanhanen* 1992; *Pickel/Pickel (Hg.)* 2006; *Gliedsch/Ward* 2006.

⁴³ Vgl. *Offe* 2001, 1998; *Backes* 2009; *Beichelt* 2004, 2002, 2001, 2001a; *Bunce* 2002; *Bunce et al. (Hg.)* 2009; *Maćków* 2011, 2009, 2005; *Maćków/Wiest* 2005; *Freise* 2004; *Gläßner* 1994; *Beyme, von* 1994; *Klein* 2001; *Merkel* 2009, 1994; *Merkel/Croissant* 2004, 2000; *Merkel/Puhle* 2003, 1999; *Merkel et al.* 2006; *Diamond* 2002; *Gawrich/Lapins* 2006; *Plasser/Ulram* 1993; *Egger* 2006; *Verderosa* 2007; *Bendel et al. (Hg.)* 2001; *Buzogány/Frankenberger (Hg.)* 2007; *Elster* 1993; *Elster et al. (Hg.)* 1998; *Fischer et al. (Hg.)* 2010; *Förster* 1998; *Gojczyk* 2007; *Grotz/Müller-Rommel (Hg.)* 2011; *Baluk* 2010; *Ismayr (Hg.)* 2002; *Kollmorgen* 2011; *Linz/Stepan* 1996; *Franzen et al. (Hg.)* 2005; *Meyer (Hg.)* 2008; *Nohlen/Kasparovic* 1996; *Wittschorek* 2002; *Diamond/Plattner (Hg.)* 2002; *McFaul* 2006, 1993; *McFaul/Stoner-Weiss* 2004; *Moller* 2009; *Schultze* 2010.

„Graubereiche zwischen den autokratischen und demokratischen Herrschaftstypen“ (Beichelt 2001a) oder „Autoritarismen mit Attributen“ (Maćków/Wiest 2005) beschrieben werden.

Im gesamten Kontext der postkommunistischen Transformationsforschung kam der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Zivilgesellschaft als entscheidendem Mitgestalter der Demokratisierung vor Ort eine wichtige Bedeutung zu. Die demokratiestützende Rolle einer vitalen Zivilgesellschaft wurde zuallererst aus ihrer historischen Entwicklungslinie abgeleitet, die sich überwiegend aus der Gegenüberstellung ihrer liberalen und republikanischen Diskurse herausformte. Während republikanische Ansätze die Zivilgesellschaft als eine politische, mit dem Staat eng verflochtene Gesellschaft darstellten, zeichnete sich die liberale Sichtweise durch eine deutliche Trennung der Zivilgesellschaft vom Staat aus. Dabei hob sie deutlich die Funktion der Zivilgesellschaft hervor, die politische Macht zu kontrollieren bzw. die Bürger vor derer Willkür zu schützen.⁴⁴

In den 1980er und- 1990er Jahren griff eine neue Forschungsdynamik den zivilgesellschaftlichen Diskurs auf. So wurde die Zivilgesellschaft aus der theoretischen Perspektive des Kommunitarismus primär als netzwerkartige, freiwillige Form des Gemeinschaftslebens dargestellt, durch welche sich die sozial veranlassten Individuen zum größten Teil identifizieren (vgl. Sandel 1998; Walzer 1995, 1992). Andere fassten im Rahmen der Pluralismusdebatten die Zivilgesellschaft als pluralistische Struktur der unterschiedlichen, zum Teil auch konkurrierenden, gesellschaftlichen Interessen auf (vgl. Truman 1951; Streek 1987; Sölter 1993). Die Ansätze der deliberativen Demokratie wiederum beschrieben sie als Raum für öffentliche Kommunikation und Kritik (vgl. Habermas 1992). Schließlich galt die Zivilgesellschaft auch als Träger des sozialen Kapitals, aus welchem das notwendige soziale Vertrauen, Normen sowie Netzwerke in jeder Gesellschaft hervorgehen (vgl. Putnam et al. 1993; Edwards/Foley 1998). Für die Etablierung des modernen zivilgesellschaftlichen Konzepts waren ebenfalls jene Forschungsarbeiten wichtig, welche die Zivilgesellschaft vom ähnlichen bzw. häufig auch synonym verwendbaren Konzept des Dritten Sektors abgrenzen. Betont wurde vor allem der deutlich höhere Stellenwert der politischen Dimension innerhalb des Konzepts der Zivilgesellschaft im Vergleich zum überwiegend ökonomisch geprägten Konzept des Dritten Sektors (vgl. Salamon/Anheier 1999; Anheier 2001; Priller/Zimmer 2004; Zimmer 2007a).

Im Rahmen der modernen Demokratieforschung hat sich mittlerweile ein grundsätzlicher Konsens darüber etabliert, dass die Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung durch eine Reihe spezifischer Wesensmerkmale gekennzeichnet ist. Darunter ist in erster Linie die weitverbreitete Interpretation der Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre zwischen den Individuen, dem Staat und dem Markt zu nennen. Diese lässt sich entweder bereichsspezifisch in Form der freien bürgerlichen Assoziationen realisieren (vgl. Lane 2010; Gosewinkel 2010; Kocka 2002; Barber 1995; Edwards 2013; Bauerkämper 2003, Anheier 2001; Weßels 2004) oder handlungsspezifisch durch den bestimmten Typus des sozialen, auf demokratischen Normen und Verhaltensmustern basierenden Handelns (vgl. Gosewinkel/Rucht 2004; Reichardt 2004; Zimmer/Hallmann 2005; Priller 2011). Außerdem werden in der modernen Politikforschung solche Wesensmerkmale einer demokratiestützenden Zivilgesellschaft betont, wie ihre ausgeprägte normative Grundlage, ihre politische Komponente, ihre Akzentsetzung auf freiwilligem bürgerschaftlichem Engagement sowie

⁴⁴ Zur Entwicklungsgeschichte des Zivilgesellschaftsbegriffs zwischen den liberalen und republikanischen Ansätzen vgl. Beyme, von 2000, Klein 2001; Fein/Matzke 1997; Keane 1998; Arato/Cohen 1992; Adloff 2005; Baker 1998; Bauerkämper 2003; Kocka 2004; Puhle 1991; Rawls 2005; Putnam et al. 1993; Etzioni 2000; Krause/Malowitz 1998; Zimmer 2010; Schade 2002; Hegel 1970; Diamond 1994; Simsa 2001; Mercer 2002; Gellner 1995; Peruzotti/Plot 2013; Reichardt 2006.

die herausragende Bedeutung des bestehenden Beziehungsformats zu staatlichen Politikakteuren bei der Umsetzung ihrer demokratieorientierten Aufgaben.⁴⁵

Mehrere Forschungsarbeiten widmen sich explizit der Frage, welche Bedeutung den zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Erfolgssicherung der Demokratisierungsprozesse vor Ort genau zukommt. Am weitesten verbreitet ist in der modernen Demokratieforschung die Ansicht, dass die Zivilgesellschaft eine unabdingbare Voraussetzung darstellt, um eine nichtdemokratische politische Ordnung abzulösen. In diesem Kontext werden die zentralen Funktionen und Aufgaben der Zivilgesellschaft in der Gesellschaft thematisiert, wie Sicherung grundlegender Freiheitsrechte, Artikulation und Vertretung gesellschaftlich relevanter Interessen in der Politik, Schutz der Individuen gegen die Willkür der politischen Machtakteure, Kontrolle der Regierung und Verinnerlichung bzw. Förderung der demokratischen Werte in der Gesellschaft.⁴⁶ Dennoch vertreten einzelne Autoren die Ansicht, dass die Zivilgesellschaft ebenfalls unterschiedliche „Schattenseiten“ entwickeln könne, welche unter bestimmten Bedingungen den Demokratisierungsprozess beeinträchtigen. Als Beispiele dafür werden u. a. einzelne kommerzielle, gesellschaftsferne Dominanzstrukturen, antidemokratische Bürgerinitiativen oder rechtsradikale informelle Netzwerke genannt, welche sich im Verlauf des zivilgesellschaftlichen Agierens entwickeln können (vgl. Reichardt 2006; Gosewinkel/Rucht 2004; Bauerkämper 2003; Croissant et al. 2000; Simsa 2001; Freise 2004; Lauth/Merkel 1997a; Stepanenko 2006).

Eine intensive Auseinandersetzung fand innerhalb der Politikwissenschaft in Bezug auf einzelne problematische Aspekte der osteuropäischen Zivilgesellschaften statt, welche zum großen Teil aus ihrer kommunistischen Vergangenheit hervorgingen. Zu unterstreichen sind die Arbeiten von *Howard* (2003), *Uhlin* (2009), *Weßels* (2004), *Maćków* (2005), *Fein und Matzke* (1997), *Freise* (2004a), *Buzogány und Frankenberger* (2007), *Ekiert und Foa* (2012), *Fischer et al.* (Hg.) (2010).

Eine wichtige Anpassung des Diskurses der Zivilgesellschaft an Sondermerkmale der postkommunistischen Demokratisierungsprozesse erfolgte mit dem strukturalistisch-funktionalistischen Konzept, welches die bereits erwähnten Demokratietheoretiker *Merkel, Lauth, Croissant, Puhle* und *Thiery* vorschlugen. Hiernach stellt die Zivilgesellschaft eine dynamische und offene Konstellation dar, deren Zusammensetzung sich an die selbst im raschen Wandel befindlichen Transformationsbedingungen postkommunistischer Länder anpasst und somit auch jene Akteure mit einschließt, die nur situativ zu einem gegebenen Zeitpunkt zivilgesellschaftlich agieren (vgl. Lauth 2003; Lauth/Merkel 1997a; Croissant et al. 2000; Merkel/Puhle 1999; Thiery 2004).

Im Rahmen der Forschung zur demokratieförderlichen Rolle der Zivilgesellschaft kommt dem NGO-Sektor eine Sonderrolle zu. Dies wird vor allem durch die in der modernen Politikwissenschaft weit verbreitete Auffassung bedingt, dass NGOs den eigentlichen Kern der Zivilgesellschaft als Mitgestalter der Demokratisierung vor Ort darstellen. Argumentiert wird diese überragende Bedeutung der NGOs durch ihren höheren Organisations- und Institutionalierungsgrad im Vergleich zu anderen Gruppen zivilgesellschaftlicher Akteure bzw. auch durch ihre spezifischen

⁴⁵ Vgl. Priller/Zimmer 2004; Priller 2011, 2004; Zimmer 2010, 2007a; Wegmann 2009; Al-Amin 2008; Lauth 2003; Gosewinkel et al. 2004; Anheier 2001; Lane 2010, 2006; Weßels 2004; Simsa 2001; Klein 2007; Klein et al. 2010; Evers 2011; Speth 2011; Freise 2004; Bauerkämper 2003; Kocka 2004; Hildemeier/Kocka (Hg.) 2000; Akkaya 2012; Mercer 2002; Jünemann/Knodt 2007; Gellner 1994; Howard 2003; Mai 2013; Chambers 2002; Dathe 2011; Knodt/Finke (Hg.) 2005; Lang et al. 2010; Lenk/Rölle 2007; Lynen von Berg/Hirsland 2004; Münkler 2003, 2000; Thiery 2004.

⁴⁶ Vgl. Diamond 1999, 1994; Putnam et al. 1993; Linz/Stephan 1996; Schmitter 1993; Gawrich/Lapins 2006; Freise 2004, 2004a; Lauth/Merkel 1997, 1997a; Bauerkämper 2003; Zimmer 2010; Weßels 2004; Lauth 2003; Raik 2006a; Arenhövel 2000; Kohler-Koch 2008; Uhlin 2009; Freise 2004; Merkel 2004; Merkel (Hg.) 2000; Beichelt/Merkel 2014; Beichelt/Kraatz 2000; Merkel/Puhle 1999; Croissant et al. 2000; Fein/Matzke 1997; Klein 2001; Merkel/Croissant 2000; Hahn-Fuhr/Worschech 2014; Forbirg 2002; Pauge 2006; Edwards 2013; Keane 1998; Keane (Hg.) 2006; Kocka 2003; Öberg/Svensson 2012; Rose 2009; Sölter 1993; Behringer 2007.

Funktionen, welche für die Sicherung einer zivilgesellschaftlichen Komponente der Demokratisierungsprozesse vor Ort von wichtiger Bedeutung sind. Diese Funktionen umfassen beispielsweise Advocacy und Lobbying von partikulären gesellschaftlichen Interessen in der Politik oder die sogenannte „Watchdog“-Funktion der NGOs, die sich im systematischen Monitoring des politischen Geschehens bzw. des Regierungshandelns vor Ort zeigt.⁴⁷ Neben dieser zuversichtlichen Sicht machte sich in der politikwissenschaftlichen Literatur ebenfalls die Meinung breit, dass die in ihrer Mehrheit strukturell schwachen NGOs der postkommunistischen Gesellschaften extensiv dazu neigen, sich im Überlebenskampf um Fördermittel immer mehr entsprechend den Erwartungen der ausländischen Geldgeber oder auch der nationalen Regierungsakteure zu professionalisieren. Dies führt zur Abkoppelung der NGOs von eigentlichen lokalen Interessen der Bevölkerung, weswegen ihre demokratieförderliche Rolle kritisch hinterfragt wird (vgl. Lutsevych 2013; Frantz/Martens 2006; Martens 2002; Hahn-Fuhr/Worschech 2014).

Unter den Ländern Osteuropas begleitet seit 1991 ein permanent hohes Forschungsinteresse das Beispiel der Demokratisierung in der Ukraine. Einer Großzahl der Publikationen diskutiert unterschiedliche Besonderheiten und Schwachstellen der Ukraine auf ihrem Weg zu einer konsolidierten Demokratie. Besonders oft wird dabei auf die folgenden Gestaltungsprobleme der ukrainischen Demokratie verwiesen: die Persistenz der alten kommunistischen Eliten, weitgehende Oligarchisierung der Politik, Gleichzeitigkeit der politischen und wirtschaftlichen Reformprozesse, verspätete Verfassungsgebung, häufige institutionelle Krisen wegen der unklaren Kompetenzordnung auf der höheren politischen Entscheidungsebene, Persistenz der kommunistischen Denkmuster und niedriges politisches Engagement ukrainischer Gesellschaft, starke regionale, historisch bedingte Unterschiede in der Dynamik der Demokratisierung, Neigung zum autoritär geprägten Modell des Präsidentialismus und mangelhafter Schutz der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte.⁴⁸ Darüber hinaus widmen sich mehrere Forschungsstudien einer präziseren Darstellung der wichtigsten Etappen der Demokratisierung in der Ukraine, welche sie zum großen Teil mit Amtszeiten der einzelnen Präsidenten voneinander abgrenzen. Die Vorbereitung und Ermöglichung des friedlichen Regimewechsels in der Ukraine Ende der 1980er Jahre und die mit der Erklärung ihrer Unabhängigkeit einhergehenden Liberalisierungs- und Institutionalisierungsprozesse in Richtung eines demokratischen Ordnungsmodells diskutieren beispielsweise *Kolodii* (2009), *Bos* (2010), *Mildner* (1994), *Kappeler* (1994), *Schneider* (2005), *Beichelt* (2001a), *Riabchuk* (2009), *Helmerich* (2003), *Kuzio* (2000), *Ott* (1997) u. a. in ihren Arbeiten.

Bemerkenswert ist die Zahl der Publikationen, welche sich mit der zehnjährigen Ära des Präsidenten Kutschma (1994–2004) als einer Zeit der demokratischen Stagnation bzw. der Rückkehr der Ukraine zum semi-autoritären Regierungsmodell auseinandersetzen.⁴⁹ In diesem Kontext thematisiert eine Mehrzahl an Publikationen, u. a. bekannter Ukraine-Experten wie *Kuzio*, *Wilson*, *Simon*, *Gawrich* und *D’Anieri* die sogenannte „Orange Revolution“, welche einen friedlichen

⁴⁷ Vgl. Martens 2002; Frantz 2002; Frantz/Zimmer (Hg.) 2002; Zimmer 2002; Frantz/Martens 2006; Salamon 1996; Hirsch 1999; Heins 2002a; Voss 2007; Willets 1996; Walk 2011; Mercer 2002; Waldenhof 2003; Akkaya 2012; Weyrauch 2008; Theiler 2012; Uhlin 2009; Raik 2006a; Lane 2006; Dicklitch 2001; Fowler 1994; Lenzen 2001; Ociepka 2010; Wegmann 2009.

⁴⁸ Zu Besonderheiten der demokratischen Transformation in der Ukraine vgl. Bos 2010; Maćków 2011; Gallina 2002; Helmerich 2003; Kolodii 2009; Mildner 1994; Kempe 2003; Franzen et al. (Hg.) 2005; Tereshchenko 2005; Beichelt 2001a; D’Anieri 2010, 2000; D’Anieri et al. 1999; Zimmer 2008; Lüdemann 2005; Schneider 2005; Kuzio 2016, 2014, 2010, 2010a, 2005, 2005a, b, 2000, 1997; Kuzio et al. (Hg.) 1999; Åslund 2009; Riabchuk 2009, 2005; Stubler 2009.

⁴⁹ Vgl. Wolczuk 2005; Schneider 2005; Ott 1997; Pleines 2005; Bos 2010; Durkot 2005; Zimmer 2008, 2007; Simon 2009; Morozenko 2005; Kramer 2008; Guggenberger 2008; Kubicek 2009, 2002a; Riabchuk 2009; Katchanovski 2008; Åslund 2009; Kuzio 2005, 2005a; Kuzio et al. (Hg.) 1999; Lüdemann 2005; Way 2005, 2004; Wilson 2000; Whitmore 2004; Prizel 1997; Sahn 2001; Zon 2005.

demokratischen Umbruch in der ukrainischen Gesellschaft 2004/2005 sicherte und somit die Herrschaft Kutschmas beendete, als Beispiel für eine bisher nicht dagewesene zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen ein korruptes Regime bzw. als einmalige Chance der Ukraine auf Konsolidierung ihrer stark abgeschwächten Demokratie.⁵⁰ Die darauffolgende Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos (2004–2010) stellen sie hingegen, trotz hoher Erwartungen, wegen der ständigen institutionellen Machtkämpfe zwischen dem Präsidenten und der Regierung bzw. der nichterfüllten Hoffnungen auf schnelle Reformen als eine Phase der Enttäuschung im ukrainischen Demokratisierungsprozess dar. Dies ermöglichte letztendlich den Weg zur Präsidentschaftswahl des pro-russischen oligarchenfreundlichen Kandidaten Viktor Janukowitsch 2010.⁵¹ Als häufiges Beispiel für misslungene demokratische Konsolidierung in Zeiten von Juschtschenko wird das Scheitern der Verfassungsreform 2004 genannt, welche eine parlamentarisch-präsidiale Regierungsform in der Ukraine einführen sollte (vgl. Guggenberger 2008; Schneider 2005; Simon 2009, 2006; Wilson 2010).

Die darauffolgenden Präsidentschaftsjahre Janukowitschs (2010–2014) beschreiben mehrere Autoren als eine neue Welle der Re-Autoritarisierung des ukrainischen Regierungssystems, welche durch weitgehende Einschränkungen der Menschenrechte, Meinungs- und Medienfreiheit, eine politisch abhängige Justiz und weitgreifende Oligarchisierung der Politik markiert wurde (vgl. Kubicek 2015; Bos 2010; Stewart 2010; Wilson 2014a, 2013, 2010; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012; Åslund 2014; Rechberger 2011; Simon 2011; Gatskova/Gatskov 2012). Mit großem Interesse wurde somit der demokratische Umbruch infolge der *Euromajdan*-Revolution 2013/2014 mitverfolgt. Eine aktive politikwissenschaftliche Auseinandersetzung erfolgte vor allem rund um die Frage, ob und wie der plötzliche Niedergang des Janukowitsch-Regimes infolge der Revolution den Weg zur ausstehenden demokratischen Konsolidierung in der Ukraine freiräumte.⁵² Positiv wird vor diesem Hintergrund oft die neue Reformdynamik bewertet, mit welcher der neugewählte Präsident Poroschenko in seinen ersten Amtsjahren den Kampf gegen Korruption bzw. den Prozess der Erneuerung des gesamten politischen Machtapparats nach einem demokratischen europäischen Modell in Gang setzen wollte. Als kritisch betrachten eine Reihe der Publikationen den weiterhin starken Einfluss informeller Oligarchennetzwerke auf Politikgestaltung und generelle Langsamkeit der Schlüsselreformen.⁵³

Die Diskussion über die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Sicherung der Ziele der Demokratisierung stellt einen wichtigen Aspekt in der gesamten Forschung zum demokratischen Wandelprozess in der Ukraine 1994–2015 dar. Die Orange Revolution⁵⁴ löste ein erhöhtes Forschungsinteresse am demokratieförderlichen Potenzial der ukrainischen Zivilgesellschaft aus und die neue Mobilisierungsdynamik der zivilgesellschaftlichen Szene im Verlauf der *Euromajdan*-Revolution verschärfte dieses noch mal. In mehreren Publikationen wird die *Euromajdan*-Revolution

⁵⁰ Vgl. Kuzio 2016, 2010, 2010a, 2005a; Gawrich 2006; Simon 2009, 2005, 2005a; Paushkouskaya 2005; Bos 2010; Katchanovski 2008; Riabchuk 2009; Laverty 2008; Wilson 2006, 2005; Durkot 2005; Besters-Dilger (Hg.) 2011; D'Anieri (Hg.) 2010, D'Anieri 2001; McFaul 2010; Kubicek 2009; Nemyria 2005; Solonenko 2015.

⁵¹ Vgl. Gumeniuk 2011; Bos 2010; Stewart 2010; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012; Wilson 2010; Bredies 2011, 2011a; Pleines 2011, 2007; Stykow 2010; Sushko/Prystaiko 2013.

⁵² Zu *Euromajdan*-Revolution vgl. Wilson 2014; Marples/Mills 2018; Onuch 2014; Shapovalova/Burlyuk (Hg.) 2018, Faslini 2018; Krasynska/Martin 2017; Pishchikova/Ogryzko 2014; Shapovalova 2017; Solonenko 2015; Burluik et al. 2017; Stepanenko 2015; Gatskova/Gatskov 2015; Kuzio 2016; Kvit 2014; Biermann et al. 2014.

⁵³ Vgl. Diuk 2014; Solonenko 2016; Chromiec/Koenig 2015; Härtel 2015; Stein 2015; Stepanenko 2015; Kuzio 2016; Kudelia 2014; Yablonskyi et al. 2014; Wilson 2014a.

⁵⁴ Zur Rolle der Zivilgesellschaft während und nach der Orangen Revolution im Kontext der Demokratisierungsprozesse in der Ukraine vgl. Kuzio 2016, 2010, 2010a; Bilan/Bilan 2011; Stewart 2009b; Raik 2006a; Kuts/Palyvoda 2006; Solonenko/Jarabik 2008; Pauge 2006; Stepanenko 2006; Bogomolov/Lytvynenko 2009; Kloka 2005; Nemyria 2005; Paushkouskaya 2005.

als entscheidender Anstoß für die Herausbildung einer neuen, auf europäischen demokratischen Werten basierende zivilgesellschaftliche Kultur genannt, welche die generelle gesellschaftliche Bereitschaft steigerte, die Verantwortung für den Erfolg des weiteren Demokratisierungsprozesses mitzuübernehmen (vgl. Burlyuk et al. 2017; Shapovalova/Burlyuk (Hg.) 2018; Falsini 2018; Kvit 2014; Biermann et al. 2014; Solonenko 2015; Åslund 2014; Shapovalova 2017; Udovyk 2017; Gatskova/Gatskov 2015; Stepanenko/Pylynskyi (Hg.) 2015).

Auffällig hoch ist dabei die Zahl der Arbeiten, welche NGOs die wichtigste Demokratisierungskraft unter unterschiedlichen Akteuren der ukrainischen Zivilgesellschaft zuweisen bzw. die entsprechenden politischen, wirtschaftspolitischen, gesellschaftlichen und strukturellen Kontextbedingungen, die ihre Möglichkeiten und Grenzen zur Einflussnahme auf die Demokratisierungspolitik vor Ort bestimmen, thematisieren. Vor diesem Hintergrund sind die Arbeiten von *Stewart, Palyvoda, Holota, Melnyk, Solonenko, Worschesch, Stepanenko, Lutsevych* und *Maksymenko* zu unterstreichen.⁵⁵

In der aktuellen Politikforschung zu Themen der ukrainischen Zivilgesellschaft fällt eine klare Tendenz auf, sich viel stärker Formen des zivilgesellschaftlichen Handelns außerhalb der NGO-Ebene zuzuwenden, welche im Verlauf der *Euromajdan*-Revolution bzw. in den ersten Jahren danach ihr Potenzial zur Einflussnahme auf die Politik bzw. zur Mobilisierung der ukrainischen Gesellschaft rund um einzelne demokratische Ziele und Ideen bewiesen. Darunter sind beispielsweise soziale Bewegungen, Bürgergruppen und Netzwerke, Freiwilligeninitiativen, Aktionsplattformen, neue pro-demokratische Medieninitiativen, lokale *grassroots*-Initiativen etc. zu nennen (vgl. Burlyuk et al. 2017; Falsini 2018; Shapovalova/Burlyuk 2018; Shapovalova 2017; Worschech 2017a, 2016). Es bleibt somit eine interessante Forschungsfrage, wie die Struktur der ukrainischen Zivilgesellschaft sich als Akteur der Demokratisierungsprozesse fortentwickeln wird bzw. ob NGOs weiterhin ihre prioritäre Rolle im Bereich der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf Politikinhalt erhalten können. Grundsätzlich kann man behaupten, dass der zivilgesellschaftliche Diskurs rund um das Thema der demokratischen Transformation in der Ukraine in der Forschung seit der Orangen Revolution kontinuierlich an Bedeutung gewinnt. Insbesondere seit dem demokratischen Machtwechsel Ende 2014 zeigt die ukrainische Zivilgesellschaft eine durchaus positive Entwicklungsdynamik als aktive Gestaltungskraft der demokratischen Reformen vor Ort. Umso mehr bietet es sich an, sich dem aktuellen Stand der Forschung in Bezug auf die Themen zuzuwenden, welche die Einflusskraft der externen Zivilgesellschaftsförderung durch internationale Akteure wie die EU auf Demokratisierungsprozesse in osteuropäischen Ländern diskutieren.

1.6.2 Literaturübersicht und Forschungsstand in Bezug auf den theoretischen und inhaltlichen Rahmen der Arbeit im Themenbereich der externen EU-Förderung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung Osteuropas am Beispiel der Ukraine

Das Thema der EU-Förderung für zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in der Ukraine bindet mehrere Aspekte aus dem Forschungsfeld der externen EU-Demokratieförderung in ihrer östlichen Nachbarschaft zusammen.⁵⁶

⁵⁵ Vgl. Worschech 2017a, 2016; Melnyk et al. 2016; Kuts/Palyvoda 2006; Stepanenko 2006; Kobzar 2006; Vinnikov et al. 2012; Wilson 2006; Maksymenko 2005; Stewart 2013, 2013a, 2009b; Raik 2006a; Sushko/Prystaiko 2013; Bondarchuk 2008; Bilousov 2014; Solonenko 2015; Gatskova/Gatskov 2015, 2012; Shapovalova 2010; Palyvoda/Holota 2010; Lutsevych 2013; Komarova et al. 2013; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012; Kobets/Ruda 2014; Naniwska 2001; Ritvo 2014; Yablonskyi et al. 2014; Kozak 2002; Chernyavskaya 2009.

⁵⁶ Mit der östlichen Nachbarschaft der EU werden in dieser Arbeit vor allem die drei osteuropäischen Länder gemeint – die Ukraine, die Republik Moldau und Belarus. Dabei werden mit den „östlichen EU-Nachbarstaaten“ neben diesen

In erster Linie wird der Bereich der EU-Förderung der Zivilgesellschaft in einem Drittstaat wie der Ukraine in den theoretischen Kontext der externen Demokratisierung bzw. der Zivilgesellschaftsförderung als eine der Dimensionen eingebettet. Aus gesamten Fülle an wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit der externen Demokratieförderung als komplexes Forschungsfeld auseinandersetzen, berücksichtigt diese Arbeit primär die Publikationen, welche die Bedeutung der externen Zivilgesellschaftsförderung zur Unterstützung der Demokratisierung vor Ort ausdrücklich thematisieren, wie die Arbeiten von *Youngs, Shapovalova, Freyburg, Freise, Sandschneider, Börzel, Risse, Gawrich, Beichelt, Kneuer, Merkel, Beichelt, Blomberg* u. a.⁵⁷ Diese Thematisierung erfolgt in der Mehrzahl der Publikationen infolge der grundsätzlichen Differenzierung zwischen *bottom-up*-Ansätzen, welche die Stärkung der Demokratie von der zivilgesellschaftlichen Ebene heraus begründen, und *top-down*-Ansätzen der externen Demokratieförderung, welche die Hilfsmaßnahmen primär via Regierungskanäle verleiht und dabei an klare Bedingungen der Konditionalität geknüpft ist. In letzter Zeit wird ebenfalls immer häufiger über eine dritte funktionale Ebene der externen Demokratieförderung gesprochen, die sich in horizontalen, in der Regel transgouvernementalen netzwerkartigen Kooperationen innerhalb einzelner politikspezifischen Bereiche offenbart und sich durch unterschiedliche Governance-Ansätze begründen lässt. Diese Perspektive stellt die externe Demokratieförderung als Prozess einer „externen Governance“ dar, welcher sich als Transfer der demokratischen Normen und Werte via genannten Netzwerkkanälen entwickelt (vgl. Börzel/Böttger 2012; Börzel 2018; Börzel/Risse 2009; Schimmelfennig 2014; Lavenex/Schimmelfennig 2011).

Die aktuelle Forschung zur externen Demokratieförderung in Osteuropa zeichnet sich durch das kontinuierlich zunehmende Interesse an der Fortentwicklung des theoretischen Rahmens für die Interpretation *bottom-up*-orientierter Instrumente, Möglichkeiten und Grenzen der externen Unterstützung der Zivilgesellschaft aus. Darunter sind insbesondere die Beiträge von *Worschech, Merkel, Hahn-Fuhr, Beichelt, Ishkanian, Shapovalova, Youngs, Schimmelfennig* und *Raik* zu erwähnen.⁵⁸ Grundsätzlich besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass die externe Zivilgesellschaftsförderung sich dann positiv auf Demokratisierung auswirkt, wenn durch sie zivilgesellschaftliche Akteure bei der Ausübung ihrer spezifischen Funktionen der Demokratisierung gefördert bzw. in ihren internen Kapazitäten gestärkt werden (vgl. Worschech/Hahn-Fuhr 2014; Beichelt/Merkel 2014; Börzel 2010a; Börzel et al. 2008; Shapovalova/Youngs 2013, 2012). Gleichzeitig behaupten die Politikwissenschaftlerinnen *Hahn-Fuhr* und *Worschech*, dass man die dritte Dimension der externen Zivilgesellschaftsförderung bei der Einschätzung ihrer Effizienz für Demokratieförderung vor Ort ebenfalls mitberücksichtigen sollte; und zwar anhand der Frage danach, wie dadurch diejenigen gesellschaftlichen Zielgruppen profitieren, an die sich die geförderte zivilgesellschaftliche Arbeit letztendlich richten sollte, wie beispielsweise Bürger, öffentliche Verwaltung, politische Parteien, Medien etc. Somit wird verhindert, dass die Förderung der zivilgesellschaftlichen Akteure ausschließlich deren institutionellen Zwecken dient, ohne sich direkt auf die Demokratisierung auszuwirken (vgl. Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 14-15, 24-27). Selbst die

Ländern auch die drei weiteren Teilnehmer der Initiative der Östlichen Partnerschaft – Armenien, Aserbaidschan und Georgien – umfasst (vgl. Kap. 8.2.2).

⁵⁷ Vgl. hierzu Youngs 2010, 2001; Youngs/Pishchikova 2013; Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012; Sandschneider 2003; Freise 2004; Kneuer 2009, 2007; Beichelt 2012, 2007; Erdmann/Kneuer 2009; Beichelt/Merkel 2014; Merkel 2010a; Gawrich et al. 2010; Reiber 2009; Schimmelfennig 2014, 1994; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Börzel/van Hüllen 2011; Kelley 2004; Sahn 2004; Casier 2011; Blomberg 2010. Zu Theorien der externen Demokratieförderung vgl. u.a. Rakner et al. 2007; Carothers/Ottaway 2000; Burnell 2000.

⁵⁸ Vgl. insbesondere Beichelt/Merkel 2014; Beichelt 2012; Ishkanian 2014, 2007; Worschech 2018; Hahn-Fuhr/Worschech 2014; Schimmelfennig 2014; Raik 2006a.

Wirkungskraft der externen Zivilgesellschaftsförderung auf die Demokratisierung begründet die Großzahl der Publikationen durch die Logik der Sozialisation, welche die Gesellschaft bzw. ihre einzelnen Zielgruppen zur Übernahme der demokratischen Werte, Normen, Verhaltensmuster und Kultur infolge unterschiedlicher „sanfter“ Bildungs-, Überzeugungs- und Aufklärungsmaßnahmen zu bewegen versucht. Der Einsatz von Sozialisation im Kontext der externen Demokratieförderung wurde beispielsweise in Arbeiten von *Schimmelfennig* (2014, 1994), *Schimmelfennig* und *Scholtz* (2007), *Börzel* und *Risse* (2003), *Risse* (2004), *Lavenex* und *Schimmelfennig* (2011) thematisiert.

Gleichzeitig zeichnet sich auf diesem Forschungsgebiet in letzter Zeit immer deutlicher eine Tendenz ab, die Möglichkeiten und Effizienz der externen Einflussnahme auf Zivilgesellschaften in Zielen der Demokratieförderung kritisch zu hinterfragen. Die eventuellen negativen Auswirkungen externer Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Szene auf innerpolitische Demokratisierung werden beispielsweise durch Konzepte wie „geteilte Zivilgesellschaften“ (Hahn-Fuhr/Worschech 2014; Worschech 2018), „NGO-cracy“ (Lustevych 2013) oder „(Un)Civil Societies“ (May/Milton 2005) umkreist. Im Kern wird hiermit die Tendenz zur Herausbildung geschlossener Netzwerke durch höchst professionalisierte NGOs kritisiert, welche sich zunehmend nach den Erwartungen externer Geldgeber professionalisieren bzw. sich gleichzeitig von lokalen Interessen distanzieren, was sich eher negativ als positiv auf Demokratisierung vor Ort auswirkt.⁵⁹

Unter allen externen Förderakteuren, welche sich um die Unterstützung der Demokratisierung in osteuropäischen Ländern vor Ort bemühen, zeichnet sich die EU durch ein besonders hohes Forschungsinteresse aus. Einen Überblick über das Agieren der EU als außenpolitischen Akteurs, der sich in seiner Kooperation mit Drittstaaten primär auf Instrumente und Strategien der externen Demokratieförderung stützt, bieten die Arbeiten von *Börzel*, *Risse*, *Schimmelfennig*, *Lavenex*, *Beichelt*, *Jünemann*, *Knodt*, *Youngs*, *Wetzel*, *Orbie*, *Bredies*, *Worschech* u. a.⁶⁰

Zur Begründung der Interessen und Motive der EU für die Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in ihren Nachbarstaaten wird diese oft als „normative Kraft“ (Manners 2002; Jünemann/Knodt 2007, 2006; Johansson-Nogués 2007; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Kotzian et al. 2011; Bredies 2009; Niemann/Gerd 2011) oder ähnlich als „transformative Kraft“ (Börzel/Lebanidze 2017; Börzel 2010, 2009; Börzel/Risse 2009) bezeichnet. Diese unterstreichen die Möglichkeiten der EU, Fortschritte der Demokratisierung in ihren Nachbarländern infolge der Übertragung von Werten und Normen der europäischen demokratischen Ordnung zu beeinflussen. Einen wichtigen Beitrag zur Fortentwicklung des modernen Diskurses der externen EU-Demokratieförderung leistet die Berliner Kolleg-Forschergruppe „Transformative Power of Europe“, die unter der Leitung von Prof. Dr. Tanja A. Börzel aus mehrdimensionaler interdisziplinärer Perspektive zu unterschiedlichen Fragen auf diesem Themengebiet forscht.⁶¹ Die Forschungsarbeit des Kollegs diskutiert auch die Effizienzprobleme und Schwachstellen einer solcher „transformativen Kraft“ der EU in ihren Nachbarstaaten, welche beispielsweise aus der mangelnden Perspektive des EU-Beitrittes oder auch aus der Schwäche pro-demokratischer Kräfte mit einem starken Willen zur Reformumsetzung hervorgehen (vgl. Börzel/Lebanidze 2017; Börzel/van Hüllen 2011; Börzel 2010).

⁵⁹ Eine frühere Auseinandersetzung mit diesem Thema erfolgte ebenfalls in Arbeiten von Youngs 2001a; Sandschneider 2003; Al-Amin 2008; Freise 2004; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005; Raik 2006a; Kneuer 2007; Zürn/Checkel 2005.

⁶⁰ Vgl. Worschech 2018; Börzel 2010; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Schimmelfennig 2011; Magen/Risse (Hg.) 2009; Emerson et al. 2005; Manners 2002; Jünemann/Knodt 2007, 2006, 2006a; Keukeleire/Delreux 2014; Meyer-Resende 2009; Obydenkova 2012; Youngs 2010, 2001, 2001a; Youngs (Hg.) 2010; Orbie (Hg.) 2009; Beichelt 2007a; Bredies 2009; Graff (Hg.) 2006; Grimm 2006; Simonis 2011; Stratenschulte 2007; Vachudová 2005.

⁶¹ Mehr Informationen sind auf der offiziellen Website der Kolleg-Forschergruppe einzusehen unter: Freie Universität Berlin (2018): Kolleg-Forschergruppe "The Transformative Power of Europe". Online verfügbar unter <http://www.polsoz.fu-berlin.de/en/v/transformeurope/index.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.

Aktive politikwissenschaftliche Diskussion auf der Ebene der externen Demokratieförderung der EU findet ebenfalls in Bezug auf die Frage statt, was konkret die EU unter der „Demokratisierung“ versteht. In dem politikwissenschaftlichen Konsens, dass grundsätzlich das Modell einer „traditionellen“ liberalen Demokratie die Logik der EU als externen Demokratieförderers bestimmt, konkretisieren einzelne Autoren unterschiedliche Sichtweisen auf ein demokratisches Regime aus der EU-Perspektive. Einer verbreiteten Meinung zufolge orientiert sich die EU bei der Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in anderen Ländern am Modell der schon oben erwähnten „eingebetteten“ Demokratie. Indem dieses Modell zwischen den Dimensionen der Zivilgesellschaft, der Menschenrechte und den komplexen Fragen des Rechtsstaates unterscheidet, lässt es sich besonders treffend an den spezifischen Handlungskontext der EU als einen externen Demokratieförderer anpassen (vgl. Rabinovych 2016; Wetzel 2015; Wetzel/Orbie 2012, 2011; Keukeleire/Delreux 2014; Beichelt 2007). Ähnlich bietet auch *Casier* (2011) an, das grundlegende EU-Demokratiemodell aus den Elementen sowohl der formellen Demokratie, welche sich primär in freien und gerechten Wahlen bei der funktionierenden horizontalen Gewaltenteilung offenbart, als auch der substantiellen Demokratie, welche ebenfalls eine demokratiestützende Zivilgesellschaft bzw. notwendige gesellschaftliche Kontrolle über die Regierung impliziert, zusammenzusetzen.

Andere Publikationen erklären das EU-Demokratieverständnis großteils durch das Konzept *good governance*, welches auf Prinzipien der Transparenz, der Berechenbarkeit und der Partizipation des Regierungshandelns beruht. Gleichzeitig wird in der modernen Forschung zur externen Demokratieförderung betont, dass der Begriff von *good governance* deutlich enger als jener der liberalen Demokratie aufzufassen ist, sodass beide Begriffe nicht miteinander gleichzusetzen sind (vgl. Schimmelfennig 2011; Börzel 2009; Börzel et al. 2008; Börzel/van Hüllen 2011; Merkel 2010a; Theiler 2012; Freyburg et al. 2009, 2007).

In einer weiteren Reihe von Arbeiten erfolgt die Präzisierung des Begriffs der externen Demokratisierung durch die EU durch die Gegenüberstellung mit dem ähnlichen Begriff der externen Europäisierung. Dennoch ist externe Europäisierung deutlich umfassender als externe Demokratisierung zu interpretieren, weil diese neben der Verbreitung demokratischer Normen, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ebenfalls eine tiefgehende Markt- und Wirtschaftsintegration voraussetzt.⁶² Somit machte sich die Ansicht breit, dass externe Demokratisierung durch die EU einen Teil der externen Europäisierung bildet. Zu beachten gilt jedoch, dass mehrere Instrumente der Europäisierung auf die funktionale Ebene der externen Demokratieförderung der EU übertragen wurden. Dies erklärt die hohe Relevanz der Literatur zu Methoden und Instrumenten der externen Europäisierung für den Themenkomplex der externen EU-Demokratieförderung in den Osteuropaländern (vgl. Beichelt 2012; Schimmelfennig 2009; Börzel 2010, 2000; Börzel/van Hüllen 2011).

Unter den Instrumenten, mit welchen die EU sich gleichzeitig extern um Europäisierung und Demokratisierung in Osteuropa bemüht, nennt die Literatur zur Politikforschung am häufigsten die Instrumente der *top-down*-orientierten Konditionalität und der *bottom-up*-orientierten Sozialisation.⁶³

⁶² Zum Begriff der externen Europäisierung bzw. seiner Gegenüberstellung mit dem Begriff der externen Demokratieförderung, u. a. in der östlichen EU-Nachbarschaft, vgl. Börzel/Risse 2012; Börzel 2010; Gawrich et al. 2010; Schimmelfennig 2009; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005; Schimmelfennig et al. 2003; Grabbe 2006; Hughes et al. 2002; Bauer et al. 2007; Emerson/Noutcheva 2005; Featherstone/Radaelli (Hg.) 2003; Fischer/Pleines 2009.

⁶³ Vgl. Börzel/van Hüllen 2011; Börzel/Risse 2012, 2009; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Epstein/Sedelmeier 2008; Grabbe 2006; Reinhard 2010; Kratochvil/Lippert 2008; Schimmelfennig 2014, 2009; Beichelt 2007, 2007a; Freyburg et al. 2009a; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005; Bredies 2009; Emerson et al. 2005; Youngs 2001, 2001a; Freyburg/Solveig 2009; Kotzian et al. 2011; Ridder/Kochenov 2011; Schimmelfennig/Scholtz 2010, 2007.

In letzter Zeit findet auch auf der Ebene der externen Demokratieförderung der EU eine aktive Diskussion darüber statt, inwiefern die netzwerkbasieren, horizontalen Formen der sektorenspezifischen Kooperationen, welche sich mit dem Governance-Ansatz erfassen lassen, als wichtige Ergänzung oder gar Alternative zu konditionalitäts- und sozialisationsbasierten Methoden der Demokratieförderung fungieren können. In diesem Kontext bewährte sich beispielsweise das Drei-Ebenen-Modell der externen Demokratieförderung der EU von *Lavenex* und *Schimmelfennig* (2011), in dem sie zwischen konditionalitätsbasierten Leverage-, sozialisationsbasierten Linkage- und einem Governance-Modell der externen Demokratieförderung unterscheiden. Die Fortentwicklung der Governance-Ansätze innerhalb des modernen Diskurses der externen EU-Demokratieförderung erfolgt seit den 2000er Jahren im konzeptionellen Rahmen der „externen EU-Governance“; insbesondere dank der Arbeiten von *Lavenex*, *Schimmelfennig*, *Youngs* und *Börzel* wurde es zu einem wichtigen Bestandteil der wissenschaftlichen Diskussionen über die Perspektiven der externen Unterstützung der EU für Demokratisierung in Nachbarstaaten ohne klare Beitrittsperspektive.⁶⁴

Seit Mitte der 2000er Jahre findet die theoretische Auseinandersetzung mit der Logik, den Instrumenten und Auswirkungen der externen Demokratieförderung der EU in Osteuropa primär im institutionellen Kontext der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) statt. Eine Mehrzahl der Publikationen stellt die ENP als gezielte Strategie der Demokratisierung an sich dar, mit welcher eine gleichzeitige Förderung der gesellschaftlichen Verankerung der demokratischen Normen und Werte sowie die Umsetzung der zentralen demokratischen Reformen angestrebt wird. Aus der Perspektive der ENP wird die Förderung der Demokratie ebenfalls im Gesamtkontext der „Neighbourhood Europeanization“ mitbetrachtet. Darunter versteht man einen umfassenden Prozess des demokratischen Normtransfers aus der EU in ihre Nachbarstaaten, ohne naheliegende Perspektive einer EU-Mitgliedschaft (vgl. Börzel 2010, 2009; Börzel/van Hüllen 2011; Gawrich et al. 2010; Scott/Likaanen 2010; Grabbe 2006).⁶⁵ Seit 2009 richtet sich das zunehmende Forschungsinteresse ebenfalls auf die Frage, welchen tatsächlichen Mehrwert die Östliche Partnerschaft als eine neue Dimension der ENP für die Kooperation der EU mit ihren östlichen Nachbarn anbietet bzw. wie dieser sich in der Praxis bisher entfaltet.⁶⁶

Gleichzeitig prägen die zunehmenden Diskussionen über die Frage danach, welche Rolle lokale zivilgesellschaftliche Akteure als Adressaten der Hilfsmittel bzw. Partner der EU vor Ort bei der Umsetzung einzelner demokratieorientierter Ziele spielen, die gesamte Forschung bezüglich der ENP bzw. der Östlichen Partnerschaft als Strategie der EU-Demokratieförderung in Osteuropa. Die zivilgesellschaftliche Demokratieförderung der östlichen EU-Nachbarschaft etabliert sich somit zu einem wichtigen Gebiet im Rahmen der externen Europäisierungs- und Demokratisierungsforschung

⁶⁴ Zum Governance-Ansatz in der externen Demokratieförderung durch die EU vgl. Börzel/Böttger (Hg.) 2012; Börzel/van Hüllen 2011; Freyburg et al. 2009, 2007; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Lavenex 2008, 2004; Lavenex et al. 2009, 2008, 2007; Simonis/Elbers (Hg.) 2011; Kohler-Koch et al. (Hg.) (2008); Barbé et al. 2009; Cardwell 2009; Dimitrova/Dragneva 2009; Gänzle 2008; Jachtenfuchs 2002; Kahl 2007.

⁶⁵ Zur weiteren Begründung der ENP als Demokratisierungsstrategie siehe auch Stewart 2011; Beichelt 2007, 2007a; Shapovalova/Youngs 2014, 2012; Burlyuk 2014; Wetzel 2015; Wetzel/Orbie 2012; Youngs 2001a; Youngs (Hg.) 2008; Freyburg et al. 2009a, 2007; Emerson et al. 2005; Emerson/Youngs (Hg.) 2009; Gordon/Sasse 2008; Grant 2011; Hinc et al. 2008; Johansson-Nogués 2007; Kaczynski/Kaźmierkiewicz 2005; Kratochvil/Lippert 2008; Lippert 2008, 2007; Nikolov 2008; Raik 2011, 2006; Reinhard 2010; Schäffer/Tolksdorf 2009; Schimmelfennig/Scholtz 2007; Wallace 2009; Ridder/Kochenov 2011; Baracani 2004; Bredies 2009; Bosse 2008; Böttger 2010; Dannreuther 2006; Marchetti 2008; Herdina 2009; Koopmann 2006; Lavenex et al. 2007; Mahncke/Gstühl 2008; Petrov 2007; Streb 2008; Whitman/Wolff (Hg.) 2010.

⁶⁶ Vgl. Hug 2015; Böttger 2014; Shapovalova/Youngs 2014, 2012; Shapovalova 2010a, 2009; Korosteleva 2012; Balfour 2011; Stewart 2011; Gromadzki et al. 2011; Böttger 2014; Wallace 2009; Blockmans/Konstanyan 2013; Konstanyan 2014; Adamski 2009; Ciancara 2008; Delcour 2011; Drescher 2009; Kentchadze 2009, Longhurst 2009; Raik 2012; Schäffer/Tolksdorf 2009; Wojna/Gniazdowski (Hg.) 2009; Lankosz et al. 2009; Scott 2012.

im postsowjetischen Raum. Mehrere Publikationen setzen sich mit den Möglichkeiten und Perspektiven der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in ihren östlichen Nachbarländern auseinander. Eine wichtige Diskussionsfrage bleibt in diesem Kontext, ob und wie die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Fragen der Demokratisierung diese mit amtierenden Regierungen in den Ländern ersetzen kann, welchen eine klare EU-Beitrittsoption verwehrt bleibt.⁶⁷ Die Gründung des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft bzw. die Einführung neuer programmatischer Förderinstrumente der EU seit 2011, welche sich explizit auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in Nachbarstaaten richten, wie *Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF)* und *Non-State Actors & Local Authorities (NSA&LA)*, führte zu neuen wissenschaftlichen Debatten. Diese beschäftigten sich mit den Stärken und Schwächen der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU als Strategie der Demokratisierung in östlichen Nachbarländern. Die meisten davon finden aus der Perspektive der NGOs statt. Dies bestätigt wiederum, dass die EU in ihrer Handlungslogik als externer Demokratieförderer dazu tendiert, die Zivilgesellschaft *quasi* mit den NGOs gleichzusetzen bzw. ihre Förderprogramme primär an diese zu richten.⁶⁸

Gefragt wird ebenfalls nach innerstaatlichen Faktoren und Motiven, welche die Dynamik, Instrumentenwahl und Handlungslogik der EU als externen Förderers zivilgesellschaftlicher Akteure in Osteuropa bestimmen. Hiermit wird auch auf das Konzept von *domestic opportunity structures* zurückgegriffen, mit welchem ein solches Verhältnis zwischen innerstaatlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontextbedingungen auf der einen, und der Logik bzw. Effizienz der EU-Fördermaßnahmen für zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung vor Ort auf der anderen Seite aufgearbeitet wird (vgl. Börzel 2010a; Knill/Lehmkuhl 2002; Börzel/Risse 2009; Poloni-Staudiger 2008; Meyer 2004; Nentwich 1996).

Auf dem Forschungsfeld der externen Demokratisierung ihrer östlichen Nachbarn durch die EU wird das Beispiel der Ukraine durch ein permanent hohes Interesse begleitet. Eine Mehrzahl von Publikationen widmet sich seit der Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens 1994 bis in die Gegenwart politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, Strategien und Prioritäten der externen EU-Demokratieförderung in der Ukraine, wie in Arbeiten von *Wolczuk, Kuzio, Solonenko, Shapovalova, Gawrich* oder *Beichelt*.⁶⁹ Die Mehrheit solcher Publikationen setzt sich allerdings schwerpunktmäßig mit der Kooperation der EU mit der ukrainischen Regierung auf dem Gebiet der Demokratisierung im institutionellen Rahmen von ENP und der Östlichen Partnerschaft auseinander, ohne dabei ausführlich auf die Förderung der Zivilgesellschaft einzugehen. Dies hängt großteils damit zusammen, dass die EU bis Mitte der 2000er Jahre in ihrer Demokratieförderung der Ukraine die regierungsadressierten Instrumente der demokratischen Konditionalität der *bottom-up*-gerichteten Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure eindeutig

⁶⁷ Zur Aufwertung der Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Dimension der externen Demokratieförderung der EU in ihren osteuropäischen Nachbarländern seit Mitte der 2000 siehe Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012; Falkenhain/Solonenko 2012; Schimmelfennig 2014; Stewart 2009a; Freyburg et al. 2009a; Böttger 2010; Blomberg 2010; Blomberg et al. 2010; Bousac et al. 2012; Jünemann/Knodt 2007, 2006, 2006a; Dimitrova 2009; Dimitrova et al. 2009; O'Dowd/Dimitrova 2011; Emerson et al. 2010; Scott/Likaanen 2010; Raik 2006a; Rihackova 2014, 2008.

⁶⁸ Vgl. Kirova/Freitzer 2015; Falkenhain/Solonenko 2012; Börzel 2010a; Shapovalova/Youngs 2014, 2012; Rihackova 2014; Bousac et al. 2012; Gromadzki et al. 2011; Gumeniuk/Tessier-Stall 2010; Lada 2011; Stewart 2009a; Kotzian et al. 2011; Vanormelingen 2011; Kempe 2011; Hahn-Fuhr/May 2012; Konstanyan 2014; Hale/Ursu 2011; Kaca et al. 2011; Böttger 2009.

⁶⁹ Vgl. Rabinovych 2016; Shulga 2015; Böttger 2014; Wolczuk 2014, 2009, 2004; Fedirko 2013; Langbein/Wolczuk 2011; Lupu 2010; Malyhina 2009; Malek 2011; Martyniuk 2009, 2009a; Melnykovska 2008; Shapovalova 2010a, 2008; Solonenko 2013, 2012, 2011, 2010, 2009, 2007, 2006, 2005; Solonenko/Jarabik 2008; Sushko et al. 2012; Vahl 2003; Zolkina 2013; Beichelt 2007, 2007a; Dimitrova/Dragneva 2009; Gawrich 2006; Guggenberger 2006; Kempe 2011, 2008; Kobzar 2006; Kubicek 2005; Piel et al. 2005; Tereshchenko 2005.

bevorzugte. Selbst die Förderung der Zivilgesellschaft bzw. NGOs wurde dabei eher als Ergänzung der EU-Kooperation mit der Regierung überwiegend in sozialen und nicht politischen demokratieorientierten Fragen, gesehen. Eine Auseinandersetzung mit der EU-Förderung ukrainischer NGOs im Rahmen der Programme *EIDHR* und *TACIS* findet somit in einer überschaubaren Zahl an Publikationen, wie von *Kempe* (1998), *Bailer* (2000), *Kobzar* (2006), *Solonenko* (2010, 2006), *Stewart* (2009a), *Holden* (2009), *Raik* (2006a), *Gumeniuk* (2011), *Shapovalova* (2010), *Shapovalova* und *Youngs* (2014, 2012), statt.

Seit Mitte der 2000er Jahre ist eine kontinuierliche Aufwertung der Bedeutung der Zivilgesellschaft als Adressat der Demokratieförderung in der Ukraine durch die EU im institutionellen Rahmen der ENP, bzw. seit 2009 ebenfalls durch die Initiative der Östlichen Partnerschaft, zu beobachten. Insbesondere in Anbetracht der elementaren Rolle, die die ukrainische Zivilgesellschaft für die Ermöglichung des friedlichen demokratischen Umbruchs infolge der Orangen Revolution 2004/2005 spielte, wurden in der politikwissenschaftlichen Forschung mit einem neuen Interesse die Fragen nach Perspektiven und Grenzen der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU aufgegriffen. Dabei geht es um Ziele der weiteren Demokratisierung des Landes, u. a. als Alternative zu mangelnden Erfolgen der *top-down*-orientierten Instrumente der demokratischen Konditionalität in der Kooperation mit der ukrainischen Regierung. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen während der Präsidentschaftsjahre Viktor Juschtschenkos (2005–2010) erfolgt in Arbeiten von *Gawrich*, *Solonenko*, *Stewart*, *Rihackova* u. a.⁷⁰ Der eindeutige Schwerpunkt solcher Publikationen liegt weiterhin auf der Förderung von NGOs, welche auch nach der Orangen Revolution ihre prioritäre Bedeutung als Kooperationspartner der EU in Zielen der Demokratieförderung von der zivilgesellschaftlichen Ebene aus behalten konnten.

Das steigende Forschungsinteresse bezüglich der zivilgesellschaftlichen Dimension der externen EU-Demokratieförderung in der Ukraine setzte sich auch in den Amtszeiten des Präsidenten Janukowitsch fort, wo ukrainische NGOs sich immer stärker im Kampf gegen die voranschreitende Stagnation der Demokratisierung mobilisierten und dabei zunehmend nach entsprechender Unterstützung bei externen Förderakteuren suchten. Einzelne Publikationen gehen dabei auf die Logik, Instrumente und Ziele der EU-Förderung für die ukrainische Zivilgesellschaft und insbesondere NGOs im Rahmen der sowohl schon bestehenden als auch neuen programmatischen Förderinstrumente, wie *NCSF* oder *NSA&LA*, ein.⁷¹ Seit der *Euromajdan*-Revolution bzw. der damit einhergehenden wesentlichen Aufwertung der Zivilgesellschaft als innerpolitischen Mitgestalters der Demokratisierungsprozesse werden die Fragen nach dem Mehrwert der verstärkten Förderung durch die EU mit neuer Forschungsdynamik aufgegriffen. Nennenswert sind in diesem Kontext die Arbeiten von *Pishchikova* und *Ogryzko* (2014), *Lutsevych* (2013), *Shapovalova* und *Youngs* (2014, 2013, 2012), *Rihackova* (2014), *Webb et al.* (2016), *Worschech* (2018), *Buzogány* (2018). Dennoch fällt die Zahl der Forschungsarbeiten, welche sich mit der externen Zivilgesellschaftsförderung der Ukraine durch die EU seit der *Euromajdan*-Revolution bis Ende 2015 beschäftigen, vergleichsweise gering aus. Dies kann u. a. darauf zurückgeführt werden, dass mit dem demokratischen Umbruch 2013/2014 die EU zwar ihre politische und finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteure der ukrainischen Zivilgesellschaft ausweitete, jedoch keine wesentlichen institutionellen Änderungen im

⁷⁰ Vgl. hierzu *Gawrich et al.* 2010; *Raik* 2011, 2006a; *Solonenko* 2010, 2007; *Bosse* 2008; *Shapovalova* 2010; *Shapovalova/Youngs* 2012; *Stewart* 2009a, 2008; *Sushko et al.* 2012; *Lada* 2011; *Lovitt/Rihackova* 2008; *Rihackova* 2014, 2008; *Gumeniuk/Tessier-Stahl* 2010.

⁷¹ Vgl. *Solonenko* 2013, 2011, 2010; *Shapovalova* 2010; *Rihackova* 2014; *Lada* 2011; *Kohut* 2012, 2011; *Shapovalova/Youngs* 2014, 2012; *Sushko et al.* 2012; *Gumeniuk* 2011; *Kempe* 2011, *Vanormelingen* 2011.

bestehenden Förderrahmen einführte, welche neue Analysen in der politikwissenschaftlichen Forschung anregen würden.

1.7. Forschungsinteresse

Neben den erwähnten Publikationen, die einen Überblick über politische Bedeutung, Instrumente und Logik der EU als Förderer der ukrainischen Zivilgesellschaft verleihen, untersuchen nur wenige Arbeiten die Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft im Rahmen einzelner programmatischer Instrumente der EU innerhalb einzelner Demokratisierungsbereiche. Als wenige Beispiele dafür können die bereits erwähnten Arbeiten von *Shapovalova* und *Youngs* (2014, 2012), *Pishchikova* und *Ogryzko* (2014), *Vanormelingen* (2011) und *Solonenko* (2010) genannt werden. Dennoch beschränken sich auch diese Publikationen auf eine verallgemeinernde Darstellung der Bedingungen, Förderprioritäten und Umfang der Förderung der NGOs durch die einzelnen Programminstrumente der EU, ohne sich in deren konkrete Ergebnisse zu vertiefen oder diese auch anhand unterschiedlicher Projektbeispiele präziser zu analysieren. Es bleibt somit schwierig, anhand des aktuellen Forschungsstandes die Abläufe und Ergebnisse der EU-Förderung auf der mikropolitischen Ebene der einzelnen ukrainischen NGOs über einen längeren Zeitraum hinaus mitzuverfolgen. So, wie auch *Worschech* (vgl. 2018: 3) bemerkte, fehlt es an Analysen, welche die externe Förderung prodemokratischer Zivilgesellschaften in autoritären politischen Kontexten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Ukraine differenziert analysieren würden.

Dass eine Aufarbeitung der Probleme und Erfolge der Förderung ukrainischer NGOs durch einzelne EU-Programminstrumente bis jetzt nur in einem beschränkten Rahmen stattfand, kann auf unterschiedliche Umstände zurückgeführt werden. Vor allem wird die EU-Förderung der NGOs in der Ukraine mit dem Problem einer mangelnden Transparenz bezüglich der Informationen hierzu konfrontiert. So bleibt es für die Öffentlichkeit wenig durchsichtig, wie die Entscheidungen der EU-Vertretung vor Ort innerhalb einzelner Projektausschreibungen zugunsten konkreter NGOs getroffen werden. Ebenso wenig transparent sind die Informationen über tatsächliche Ergebnisse der Projektförderung ukrainischer NGOs durch die EU. Dieses Problem kann großteils auf kulturelle und mentale Besonderheiten der ukrainischen Gesellschaft vor dem Hintergrund ihrer kommunistischen Vergangenheit zurückgeführt werden. So ist den ukrainischen NGO-Experten eine eher zurückhaltende bzw. misstrauische Haltung im Umgang mit Drittpersonen eigen. Dementsprechend sehen viele ukrainische NGOs die Berichte ihrer EU-geförderten Projekte oft als interne, urheberrechtlich geschützte Dokumentation an, welche nicht oder nur unter bestimmten Umständen an die Öffentlichkeit weitergegeben wird. Befürchtet wird vor allem, dass die darin enthaltenen Ideen, Konzepte und Inhalte von anderen NGOs missbraucht werden. Denn immerhin konkurrieren die ukrainischen NGOs oft untereinander um externe Fördermittel (vgl. Interview Zolkina 2015; Interview Lynnyk 2015; Interview Schreiber 2015). Auffällig ist auch die Neigung ukrainischer NGOs, detaillierte Ergebnisse ihrer EU-Projekte viel mehr in geschlossenen Expertennetzwerken bzw. internen Projektberichten, als mit der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Hinzu kommt auch das Problem einer mangelnden Kultur im ukrainischen NGO-Sektor, ihre Arbeitsfortschritte systematisch und regelmäßig zu dokumentieren, weswegen es oft schwerfällt, an präzise Informationen bezüglich der Ergebnisse ihrer EU-geförderten Projekte zu gelangen (vgl. Kap. 14.4).

Es bleibt somit schwierig, empirisch nachzuverfolgen, welche NGO-Projekte innerhalb der einzelnen EU-Programminstrumente in einem bestimmten Zeitraum in der Ukraine gefördert wurden – und mit welchen Erfolgen (vgl. Interview Palyvoda 2015; Interview Sushko 2015; Interview Taran

2015; Interview Chernikov 2015). Ebenfalls schwierig lassen sich die Unterschiede zwischen den einzelnen programmatischen Förderinstrumenten der EU in der Projektförderung der ukrainischen NGOs ermitteln. Erklärt wird dies u. a. damit, dass auch die EU selbst einzelne Programminstrumente, wie *EDIHR*, *NCSF* oder *NSA&LA*, nur selten in öffentlichen Diskussionen über Ergebnisse der NGO-Förderung in der Ukraine betont. Stattdessen bevorzugt sie den allgemein gehaltenen Begriff „EU-gefördert“. Hiermit scheint die EU die klare Absicht zu verfolgen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bewusst primär auf Ergebnisse und Inhalte, nicht aber auf den technischen und institutionellen Rahmen der Projektförderung ukrainischer NGOs zu lenken (vgl. Interview de Mercey 2015). Es besteht somit eine gewisse „Forschungslücke“ in Bezug auf die Frage, wie sich die EU-Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft in Zielen der Demokratisierung auf der mikropolitischen Ebene der geförderten NGOs bzw. im Rahmen der einzelnen hierfür vorgesehenen Programminstrumente der EU gestaltet. Die vorliegende Arbeit will somit ihren Beitrag leisten, diese „Lücke“ infolge der Durchführung einer detaillierten empirischen Forschung anhand eines ausgewählten Kreises ukrainischer, politisch orientierter NGOs, welche 1994–2015 in ihrer Projektarbeit zugunsten der Demokratisierung vor Ort von der EU unterstützt wurden, zu schließen. Im Verlauf der angebotenen Forschung soll ermöglicht werden, die Fragen danach zu beantworten, welche NGOs, mit der Einsetzung welcher Programminstrumente, im Laufe welcher Projekte und mit welchen Ergebnissen, die EU entlang einzelner Entwicklungsphasen der Demokratisierung in der Ukraine 1994–2015 förderte. Dadurch soll die abschließende Frage dieser Arbeit, ob die EU mit ihrer Förderung die ukrainischen NGOs im Zeitraum 1994–2015 tatsächlich als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung stärken konnte, empirisch zu beantworten sein.

2

Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen der Demokratisierung in postkommunistischen Ländern Osteuropas

2.1 Der Begriff der „Demokratisierung“ aus der Perspektive der postkommunistischen Transformationsforschung

Die aktive politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Fragen der Demokratisierung in den letzten Jahrzehnten ist eine Folge der Dritten Demokratisierungswelle⁷², welche alleine nach 1989 die Auflösung der nichtdemokratischen Regimes in 78 Ländern herbeiführte und dabei ihren Kulminationspunkt im Zusammenbruch der kommunistischen Welt fand (vgl. Merkel/Thiery 2010: 186; Nohlen 2001: 507). Niemals zuvor hatte der Prozess der Demokratisierung so viele Länder unterschiedlicher Kulturen und Entwicklungsstände auf einmal erfasst, wie es innerhalb der Dritten Demokratisierungswelle der Fall war (vgl. Beyme, von/Nohlen 1995: 636). In diesem Kontext bezeichnete der demokratische Regimewechsel im postsozialistischen Mittel- und Osteuropa⁷³ ein Experiment, das in der Geschichte ohne Beispiel ist: der Aufbau demokratischer Ordnungen, rechtsstaatlicher Institutionen, privatwirtschaftlich organisierten Märkte und eine Rückkehr dieser Länder in ein freies und pluralistisches Europa nach Jahrzehnten totalitärer Unterdrückung, Abschottung und Stagnation (vgl. Plasser/Ullram 1993: 9). Gleichzeitig stellte dieses Ereignis mehrere Herausforderungen an die politikwissenschaftliche Forschung, die Voraussetzungen, den Verlauf und die gesamte Problematik der Demokratisierungsprozesse aufzuarbeiten, welche mit dem Epochenbruch 1989–1991 eingeleitet wurden (vgl. Merkel/Thiery 2010: 186; Reiber 2009: 217).

In den 1990er Jahren bildete sich die politische Transformationsforschung als spezifische Dimension innerhalb der gesamten Demokratisierungsforschung heraus, die sich primär auf die Problematik der postkommunistischen Übergangssysteme fokussierte. Die moderne Transformationsforschung konzentriert sich in diesem Sinne auf das Erforschen von Faktoren, Prozessen und Ergebnissen innerhalb komplexer Veränderungen zugunsten der Demokratisierung, wobei der mögliche Beitrag seitens zivilgesellschaftlicher Akteure ebenfalls mitberücksichtigt wird (vgl. Akkaya 2012: 52; Egger 2006: 155-156; Sandschneider 1995: 16). Die Entwicklungsdynamik der Transformationsforschung wird dabei durch ihre drei wichtigsten Theoriestränge – system-, prozess- und akteursorientierte Ansätze – weitergetragen.⁷⁴

Im transformationstheoretischen Rahmen erklärt seit 1989 der Begriff der „demokratischen Transformation“, welcher komplexe sozioökonomische und politische Wandelprozesse in Mittel- und

⁷² *Huntington* zufolge werden insgesamt drei Wellen in der Weltgeschichte der Demokratisierung unterschieden, wobei die Dritte Welle als die größte gilt. Sie begann mit dem Ende der Diktatur 1974 in Portugal und endete mit der Gründung von unabhängigen Staaten im postsowjetischen Raum (vgl. Huntington 1991: 16-21). Zur Begründung der Wandelprozesse innerhalb der Dritten Welle der Demokratisierung siehe ebenfalls O'Donnell/Schmitter 1986; O'Donnell et al. 1991; Linz/Stephan 1996; Przeworski 1991; Przeworski et al. 2000.

⁷³ Der postsozialistische und der postkommunistische Raum werden als Sammelbegriffe für insgesamt 27 Länder Mittel- und Osteuropas oft synonym verwendet. Dennoch wird in der modernen Transformationsforschung grundsätzlich zwischen den ehemals totalitär regierten kommunistischen Ländern der ehemaligen Sowjetunion – auf einer, und den autoritär regierten postsozialistischen Ländern Mitteleuropas – auf der anderen Seite unterschieden (vgl. Beichelt 2001a: 3; 2004: 114).

⁷⁴ Ausführlicher zu einzelnen der erwähnten Theoriestränge vgl. Merkel 1996: 314-321, 2010: 84; Lauth 2007: 146-148; Merkel/Thiery 2010: 190-192; Segbers 1998; Rakner et al. 2007: 7-10; Przeworski 1986: 52-62, 1991: 62-64; Dahl 1971: 3-16; Diamond 1999: 65.

Osteuropa explizit betont, die Demokratisierung (vgl. Nohlen 2001: 507; Weingarz 2003: 19-21).⁷⁵ Somit gilt im postkommunistischen Kontext grundsätzlich die synonyme Verwendung der beiden Begriffe – der „Demokratisierung“ und der „demokratischen Transformation“ (vgl. Pridham et al. 1997: 1-2; Merkel/Thiery 2010: 187). Mit der Etablierung des Transformationsbegriffs wurde ebenfalls eine Trennlinie zwischen dem Begriff der post-autoritären „Transition“, der bis Ende der 1980er Jahre meistens für die südeuropäischen und lateinamerikanischen Länder gebraucht wurde, und dem Begriff „Transformation“ der post-totalitären postkommunistischen Länder, gezogen (vgl. Weingarz 2003: 19; Maćków 2009: 38-39; Plasser/Ulram 1993: 10-11). Im späteren Verlauf etabliert sich der Begriff der „Transition“ zur Bezeichnung des Übergangs von einem autoritären zu einem demokratischen System ausschließlich innerhalb der politischen Sphäre. Die „Transformation“ wird hingegen als allgemeiner Oberbegriff für alle Formen und Facetten des demokratischen Wandels auf unterschiedlichen Handlungsebenen, wie wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller, verwendet (vgl. Merkel/Puhle 1999: 105; Merkel/Thiery 2010: 188-189; Nohlen 2001: 507; Wolf 1998: 43).⁷⁶ Somit ist die Transformation weiterhin als grundlegender Wechsel „von politischen Regimes, gesellschaftlichen Ordnungen und wirtschaftlichen Systemen“ definiert (vgl. Merkel 2010: 15).

Synonym zum Begriff der „demokratischen Transformation“ existiert ebenfalls der Begriff „Systemwechsel“, welcher die mehrdimensionalen Änderungen eines politischen Systems infolge seines Übergangs zu einer demokratischen Herrschaftsstruktur erfasst (vgl. Beyme, von/Nohlen 1991: 690-700). Grundsätzlich wird der Begriff „Systemwechsel“ in der Transformationsforschung dann eingesetzt, wenn das Intervall zwischen der Auflösung alter und dem Aufbau neuer politischer Systeme deutlich betont werden muss (vgl. Merkel 2010: 94-95). Somit unterstreicht – trotz der weit verbreiteten synonymen Anwendung der beiden Bezeichnungen – der Begriff „Systemwechsel“ um den Grad der Veränderung einiges stärker, während mit der „demokratischen Transformation“ auch ein entwicklungsoffener Wandlungsprozess ohne zwingende Etablierung einer funktionierenden Demokratie bezeichnet werden kann (vgl. Weingarz 2003: 28).

Neben den erwähnten Begriffen der Transformation, des Systemwechsels und der Demokratisierung macht die moderne Transformationsforschung Gebrauch von weiteren Begriffen, um den Übergang zu einem neuen politischen System zu bezeichnen; zum Beispiel Systemwandel, Regimewandel oder Regimewechsel. Dies zeigt, dass die moderne Transformations- und Demokratieforschung über keine einheitliche Terminologie zur begrifflichen Erfassung des Transformationsphänomens verfügt. Je nach Sichtweise verwenden Autoren und Wissenschaftler die genannten Begriffe in verschiedenen Variationen sowohl als Synonyme als auch als voneinander deutlich abgrenzbare Konzepte.⁷⁷ Dabei wird in dieser Arbeit weiterhin „Demokratisierung“ als komplexer Oberbegriff bevorzugt, um einen allmählichen Wandel der postkommunistischen Länder Osteuropas in Richtung der konsolidierten Demokratien zu bezeichnen.

⁷⁵ Zur Entwicklungsgeschichte bzw. der Spezifik des Begriffs der postkommunistischen Transformation vgl. auch Sandschneider 1995; Weingarz 2003; O'Donnell/Schmitter 1986; Merkel 2010, 2000, 1999.

⁷⁶ Ausführlicher zum Begriff der Transition bzw. den Grundlagen der Transitionsforschung vgl. O'Donnell/Schmitter 1986; O'Donnell et al. 1991; Huntington 1991.

⁷⁷ Zu einzelnen Unterschieden zwischen den genannten Begriffen vgl. insbesondere Merkel 1996: 12; Nohlen 2001: 508; Merkel/Puhle 1999: 104.

2.2 Demokratisierung und moderne Demokratiedebatten

Die Demokratisierung der mittel- und osteuropäischen Länder bedeutet im politischen Bereich auf jeden Fall die Transformation in Richtung Demokratie (vgl. Schneider 1997: 18). Somit stellt sich die Frage nach den Kriterien, anhand derer „Demokratie“ definiert werden kann.

Begründet von antiken Philosophen wie Platon und Aristoteles, erleben die theoretischen Debatten über Demokratie ihre Renaissance in den Zeiten der Aufklärung. Seither wurden sie immer mehr von dem Prinzip der Gewaltenteilung (*Locke, Montesquieu*) und dem Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit (*Tocqueville*) geprägt (vgl. Lauth 2010: 98; Munck 2011: 333). Unter Berücksichtigung der Gesamtheit der Demokratiekonzepte schränkt sich diese Arbeit auf das Demokratieverständnis aus der Perspektive der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung ein. Hiermit wird es möglich, den Demokratiebegriff optimal an den Kontext der gesamten Wandelprozesse von einem autokratischen⁷⁸ zu einem demokratischen politischen System anzupassen, und somit später zur Erklärung der Erfolge der Demokratisierung in einem postkommunistischen Land wie der Ukraine zu nutzen. Entscheidend ist hierbei die Diskussion über die institutionellen Anforderungen an das „demokratische Minimum“, welches eine Unterscheidung zwischen konsolidierten Demokratien und nichtdemokratischen bzw. eingeschränkt demokratischen Regimes erlaubt (vgl. Merkel/Puhle 1999: 106). In diesem Kontext haben sich mittlerweile zwei zentrale Sichtweisen etabliert, ab wann ein System als demokratisch gilt. Die erste davon – die minimalistische – sieht alleine das Vorhandensein formeller Strukturen der Demokratie, die durch freie und gerechte Wahlen und eine politische Agendakontrolle gesichert werden, als ausreichende Bedingung, um ein politisches Regime als demokratisch aufzufassen (vgl. Diamond 2002: 25; Huntington 1991: 7; Linz/Stepan 1996: 3; Putnam et al. 1993: 9). Demokratien, die diesen Minimalanforderungen entsprechenden, nennt man somit auch „Wahldemokratien“ (vgl. Merkel 2004: 34).

Der anderen Sichtweise, die oft als „prozeduralistisch“ bezeichnet wird, fasst die freien und gerechten Wahlen zwar als eine notwendige, dennoch noch lange nicht als eine hinreichende Bedingung für eine funktionierende Demokratie auf. Stattdessen wird eine funktionierende Demokratie als liberaler Rechts- und Verfassungsstaat interpretiert, der sich vor allem in der Gewährung grundsätzlicher Freiheiten und Rechte offenbart (vgl. Pridham et al. 1997: 1-2; Merkel/Thiery 2010: 187).⁷⁹ Aus einer solchen prozeduralistischen Perspektive bezeichnet *Maćków* (vgl. 2011: 10; 2009: 30) das Minimum der Demokratie als ein System, in dem freie und faire Wahlen mit konstitutionellen Garantien bürgerlicher Freiheiten zusammenkommen. Ähnlich sieht *Lauth* (vgl. 2010: 100) neben fairen und freien Wahlen ebenfalls die demokratische Partizipation an der politischen Herrschaft, welche sich in Dimensionen „der politischen Freiheit, der politischen Gleichheit und der politischen und rechtlichen Kontrolle“ findet, als Kernelement eines demokratischen Systems.

⁷⁸ „Autokratie“ wird in dieser Arbeit als der von *Lauth* (vgl. 2010: 102) vorgeschlagene Sammelbegriff für alle sowohl autoritären als auch totalitären (also nicht-demokratische) Regimes verwendet.

⁷⁹ Als Väter der rechtsstaatlichen liberalen Demokratie, die ihren Anfang im 17. Jahrhundert nimmt, werden John Locke, Charles-Louis de Montesquieu, Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill gewürdigt. Der moderne Rechtsstaat zeichnet sich durch die Ausübung der politischen Herrschaft auf Grund und im Rahmen des Rechts, das durch die legitimen politischen Entscheidungen zustande kommt, aus. Von prinzipieller Bedeutung sind dabei die Trennung von Staat, Gesellschaft und individueller Privatsphäre bzw. die Gewährung der demokratischen Bürger- und Freiheitsrechte (vgl. Merkel/Croissant 2000: 13-16; Schmidt 2008: 63-142). Zum modernen Konzept der liberalen rechtsstaatlichen Demokratie vgl. auch Rawls 1998, 2011; Sartori 1992; Lijphart 2011, 1999; Dahl 1971; Dahrendorf 1983.

Ausschlaggebend für prozeduralistische Demokratieansätze ist der Demokratiebegriff von Robert Dahl (1971), der zugrunde der meisten Arbeiten über die demokratische Transition liegt bzw. weitgehend in der postkommunistischen Demokratisierungsforschung angewandt wird (vgl. Rakner et al. 2007: 6-7; Krennerich 2002: 57; Beichelt 2001: 5-6). Mit seinem formell-demokratischen Konzept einer verfassungsstaatlichen Polyarchie⁸⁰ führt Dahl die Existenz des umfassenden politischen Wettbewerbs (*contestation*) mit der gleichzeitigen Sicherung grundlegender politischer Freiheiten, die sich vor allem als ausgebaute Partizipationsmöglichkeiten des Großteils der erwachsenen Bevölkerung an der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten und der Wahl von Volksvertretern zeigen (*participation*), zusammen (vgl. Schmidt 2008: 212-213; Krouse 1982: 441). Das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Informationsfreiheit, Organisations- und Versammlungsfreiheit und politischer Pluralismus sollen hierbei die optimale Entfaltung der demokratischen Regeln sichern (vgl. Dahl 1971: 17-33; Diamond 1996: 21).

Dieses breit angelegte Demokratieverständnis passen Croissant und Thiery (2001: 20-22) an den Kontext der modernen Transformationsforschung mithilfe eines Demokratiekonzepts an, in dem sie die vertikale Dimension der Herrschaftslegitimation und Kontrolle mit der horizontalen Dimension des liberalen Rechtsstaats zusammenführen. Die vertikale Dimension zeigt sich in erster Linie durch Übertragung der politischen Entscheidungsmacht an die infolge der freien und gerechten Wahlen gewählten Mandatsträger. Dies beinhaltet die Rechte der politischen Organisation und Kommunikation, wie Meinungs-, Presse-, Informations- und Assoziationsfreiheit. Die horizontale Dimension setzt hingegen eine klare Gewaltentrennung in Exekutive, Legislative und Judikative, bei gleichzeitiger Sicherung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte voraus. Ergänzend dazu wird auch die dritte Dimension – die Kontrolle der Macht durch eine öffentliche Agenda – unterschieden. Diese sorgt dafür, dass die reale Gestaltungsmacht durch legitim gewählte Mandatsträger ausgeübt wird. Als Bekräftigung dieses Konzepts leitet Beichelt (2001a: 6-7) das Modell einer „liberalen Demokratie postsozialistischer Herkunft“ anhand von drei Kriterien ab: den freien Wahlen, Gewährung politischer Rechte und der Existenz des Verfassungsstaates, wo „im Rahmen der Verfassung, und nicht über die Verfassung gestritten wird“.⁸¹

Im Kontext der modernen postkommunistischen Transformationsforschung wird solches weit gefasste Verständnis einer liberalen rechtsstaatlichen Demokratie häufig durch das Konzept einer „eingebetteten“ Demokratie (*embedded democracy*) konkretisiert (vgl. Merkel 2004, 2004a). Dieses Konzept beruht auf der Idee, dass es sich bei modernen Demokratien um komplexe Institutionenarrangements handelt, in welche die erläuterten Prinzipien der politischen Gleichheit, Freiheit und Kontrolle innerhalb fünf wechselseitig abhängiger Teilregimes „eingebettet“ werden, die ihre Wirkung innerhalb der entsprechenden sozio-ökonomischen Bedingungen und der Staatlichkeit entfalten (vgl. Merkel 2004: 36). Eine genauere Begründung des Konzepts, das weiterhin als Orientierungsmodell bei der Interpretation des Begriffs der Demokratisierung herangezogen wird, bietet Kap. 2.4 an.

⁸⁰ Dahl (vgl. 1980: 221) zufolge gibt es keine vollkommenen demokratischen Systeme, sondern bestenfalls „die Polyarchien“, die sich dem Idealtypus der Demokratie annähern und somit als ihre Vorstufen zu interpretieren sind.

⁸¹ Zum modernen Verständnis einer liberal geprägten Demokratie vgl. auch Lipset 1959; Lijphart 2011, 1999, 1991; Schneider 2009; Hillenbrand 2001; Schmitter 1994; Schmidt 2008, Sartori 1992; Przeworski et al. 2000; Pridham 2000.

2.3 Die Phasen der Demokratisierung

In der modernen Transformationsforschung hat sich mittlerweile ein weitgehender Konsens darüber etabliert, dass, abgesehen von der Form des Übergang von einem nichtdemokratischen zu einem demokratischen Regime, der gesamte Systemwechsel sich hauptsächlich in drei Phasen unterteilen lässt: 1) Liberalisierung, oder die Ablösung des nicht-demokratischen Regimes, 2) Institutionalisierung der Demokratie, 3) Konsolidierung der Demokratie (vgl. Freise 2004: 33; Merkel 2010: 94; Linz/Stepan 1996: 38; Lauth/Merkel 1997a: 13).

Im Rahmen der Transformationsforschung leitet den Übergang von einem nicht-demokratischen zu einem demokratischen Regime grundsätzlich die allmähliche Öffnung des autoritären bzw. totalitären Systems ein, was primär als Konsequenz seiner eingeschränkten Leistungsfähigkeit bzw. der dadurch bedingten schnell sinkenden gesellschaftlichen Akzeptanz zu verstehen ist (vgl. Linz/Stepan 1996: 3-4; Huntington 1991: 48; Gliedtsch/Ward 2006: 911).⁸² Der unflexible, geschlossene und antilibérale Charakter der Regierungsführung, Erpressungen von Bürgerrechten bzw. die Nichteinführung oder Suspendierung freier Wahlen sind wesentliche systeminterne Beweggründe für Legitimationskrisen der autokratischen Systeme auf lange Sicht (vgl. Merkel 2010: 59-60, 94-98; Merkel/Thiery 2010: 200). In der Regel geht der Auflösung des alten Regimes eine vorsichtige wirtschaftliche bzw. gesellschaftspolitische Liberalisierung bzw. die Erweiterung der davor stark begrenzten individuellen Bürgerrechte voraus, durch die das abgeschwächte Regime sich um den eigenen Machterhalt bemüht (vgl. Waldenhof 2003: 21; Lauth/Merkel 1997a: 13). Grundsätzlich gilt, dass nichtdemokratische Regimes dann zusammenbrechen, wenn sie sich über längere Zeit gegenüber einer hinreichend einflussreichen Koalition gesellschaftlicher Kräfte, die nach Inklusion ins politische Leben verlangen, nicht legitimieren können, während eine wohl organisierte Opposition bzw. alternative Eliten bereitstehen. Die Chancen auf eine erfolgreiche Demokratisierung hängen somit direkt mit vorautoritären demokratischen Traditionen einer organisierten Zivilgesellschaft bzw. der Mobilisierungsfähigkeit gesellschaftlicher Sektoren des bestehenden nichtdemokratischen Regimes zusammen (vgl. Merkel/Puhle 1999: 68; 84-93; 102-103; McAdam et al. 2001: 265-268; Merkel 2010: 94). Auf der systemexternen Ebene können den Zerfall des autokratischen Regimes diverse Einflüsse aus dem Ausland, wie die Niederlage in einem militärischen Konflikt mit den demokratischen Staaten oder der Wegfall der externen Unterstützung, wie es beispielsweise im Fall des Zusammenbruchs der Sowjetunion zu beobachten war, bewirken (vgl. Merkel 2010: 100; Merkel/Thiery 2010: 199; Merkel/Puhle 1999: 81).

Die Phase der Liberalisierung mündet in die Institutionalisierung der Demokratie. Hauptsächlich wird unter der demokratischen Institutionalisierung die formelle Etablierung der Demokratie infolge der Errichtung von legitimen demokratischen Institutionen verstanden, zu denen freie Wahlen, Parlamente, Regierungen, Verfassungsgerichte sowie sonstige Organe der unabhängigen Justiz gehören (vgl. Maćków 2005: 93). In der Regel fängt diese Phase mit der Ankündigung und Vorbereitung demokratischer Wahlen an und wird mit dem Inkrafttreten einer demokratischen Verfassung, welche eine kontinuierliche Arbeit der neuen demokratischen

⁸² *Merkel* (vgl. 1999: 129) unterscheidet zwischen den folgenden Verlaufsformen der Ablösung des alten Regimes: von Regimeeliten gelenkter Systemwechsel; von unten erzwungener Systemwechsel; ausgehandelter Systemwechsel; Regimekollaps; Zerfall und Neugründung der Staaten. *Maćków* (vgl. 2009: 40) spricht vom spontanen Übergang, der von der gesellschaftlichen Ebene aus in Gang gesetzt wird, und der gelenkten Systemumwandlung, wo die politische Führung weiterhin die Kontrollmacht behält.

Institutionen ermöglicht, abgeschlossen (vgl. Merkel/Puhle 1999: 104-106; Rakner et al. 2007: 7-8). Die Institutionalisierung ist erfolgreich, wenn die Minimalerfordernisse der sozioökonomischen Entwicklung erfüllt, die Existenz wenigstens potenziell demokratischer funktionsfähiger Eliten gesichert bzw. die notwendige gesellschaftliche Unterstützung für die Etablierung der demokratischen Institutionen gegeben ist (vgl. Merkel/Puhle 1999: 93-110; 131-133; Geddes 1999: 115).

Mit der Institutionalisierung ist die neue Demokratie zwar errichtet, aber noch nicht stabilisiert. Erst eine erfolgreiche Phase der Konsolidierung stellt das effiziente Handeln der neuetablierten demokratischen Strukturen auf Dauer. Beide Phasen überlappen sich und lassen sich in der Realität nicht immer voneinander trennen (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 14; Rakner et al. 2007: 7-8). Dabei gibt es in der Transformationsforschung wesentliche Meinungsunterschiede, was konkret unter dem Begriff der „Konsolidierung“ zu verstehen ist (vgl. Merkel 2007: 414; Schneider 2009: 3-7; Schedler 1998: 101). Als gemeinsamer Nenner der häufigsten Begriffsinterpretationen tritt allerdings ihre ausgeprägte Orientierung auf die Stabilisierung und Legitimationssicherung des etablierten demokratischen Verhaltensrahmens hin auf (vgl. Gunther et al. 1995: 7). In diesem Kontext wird mit der Konsolidierung grundsätzlich der entscheidende Prozess der Absicherung einer erfolgreichen Systemtransformation bezeichnet, welcher über die endgültige Form, Stabilität und Dauerhaftigkeit eines neu institutionalisierten demokratischen Systems entscheidet (vgl. Merkel/Puhle 1999: 63, 133). Im Vordergrund des Konsolidierungsprozesses steht somit die Existenz- und Stabilitätssicherung der im Laufe der Institutionalisierung der Demokratie erreichten Erfolge (vgl. Merkel/Puhle 1999: 63-64; Schedler 1998: 95-96; Gunther et al. 1995: 8). Als weiteres Bindeglied der meisten Konsolidierungskonzepte fungiert die Kategorie der politischen Legitimität. Im Kontext der Konsolidierungsprozesse setzt die Legitimität einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens darüber voraus, dass demokratische Institutionen, Verfahren und Regeln für die Regulierung des gesellschaftlichen Lebens bzw. für die Lösung der möglichen Krisensituationen am besten geeignet sind bzw. dementsprechend ausgebaut werden sollen (vgl. Linz/Stepan 1996: 5; O'Donnell/Schmitter 1986: 78-80; Merkel/Puhle 1999: 133).⁸³ In der Praxis bedeutet dies, dass sich die politischen Eliten in einer konsolidierten Demokratie dauerhaft an die demokratischen Normen binden (vgl. Merkel/Puhle 2003: 22). Als Einflussfaktoren auf den Ablauf bzw. den Erfolg der gesamten Konsolidierung gelten somit die Art des Regimewechsels, das allgemeine sozio-ökonomische Entwicklungsniveau, vorautoritäre Demokratieerfahrungen, die Stärke der demokratischen politischen Eliten und institutionelle Ausgestaltung des neuen Regimes (vgl. Beichelt 2001: 10; Merkel/Puhle 1999: 180; Rakner et al. 2007: 11-12).

In moderner Transformationsforschung bewährte sich weitgehend das von *Lauth* und *Merkel* vorgeschlagene Modell, zwischen vier miteinander verbundenen Ebenen der Konsolidierung zu unterscheiden: der konstitutionellen, der repräsentativen, der integrativen und der zivilkulturellen Ebenen (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 14). Die erste Stufe – der konstitutionellen Konsolidierung – bezieht sich auf die Makroebene der wichtigsten Verfassungsinstitutionen wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament, Judikative und Wahlsystem. Die konstitutionelle Konsolidierung setzt den Minimalkonsens politischer Eliten hinsichtlich der fundamentalen demokratischen Spielregeln voraus (vgl. Merkel/Thiery 2010: 203; Merkel 2010: 110; Merkel 2007: 416; Schneider 1997: 21). Die zweite Ebene – die repräsentative Konsolidierung – erstreckt sich auf die Mesoebene des Akteurshandelns und beinhaltet die Herausbildung stabiler intermediärer Strukturen der

⁸³ Ausführlicher zur Kategorie der politischen Legitimität als Voraussetzung der demokratischen Konsolidierung vgl. Lipset 1959; McFaul/Stoner-Weiss 2004: 220; Gunther et al. 1995: 5; Schmitter 1993: 4.

Interessenpräsentation durch Parteien und Interessenverbände, die zwischen Gesellschaft und Staat vermitteln (vgl. Merkel/Puhle 1999: 161; Merkel/Thiery 2010: 205). Mit der dritten integrativen Ebene der Konsolidierung werden die Anreize zum extrakonstitutionellen, gegen die Demokratie gerichteten Handeln potenzieller Vetomächte, wie Militär, Großgrundbesitzer, Unternehmer, radikaler Bewegungen und sonstiger informeller Gruppen, welche bei mangelndem Vertrauen gegenüber der Regierung eine hohe Destabilisierungsgefahr in sich bergen, minimiert (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 14). Die Konsolidierung der drei erwähnten Ebenen macht die Demokratie überlebensfähig. Gleichzeitig schafft dies die entscheidenden Voraussetzungen für die Konsolidierung der Bürgergesellschaft als vierte Ebene. Die Konsolidierung der Bürgergesellschaft unterteilt Merkel in zwei Kategorien: Konsolidierung der Zivilkultur auf der einen und die der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite. Während Zivilkultur sich auf die Einstellungen und Werte der Bürger bezieht, bezeichnet Zivilgesellschaft viel stärker den Aspekt des Bürgerhandelns in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat (vgl. Merkel 2010: 125; 1999: 146). Unumstritten bleibt, dass die Stabilität demokratischer Systeme nur mit kontinuierlicher Unterstützung aus der Bevölkerung, die eine vitale Bürgergesellschaft voraussetzt, auf Dauer gesichert ist. Die Herausbildung einer demokratiefundierenden Zivilkultur und Zivilgesellschaft als soziokulturellen Unterbaus der Demokratie schließt auch deren Konsolidierung ab (vgl. Merkel 2007: 416-417; Merkel/Thiery 2010: 205-206).

Erst mit der Konsolidierung aller vier Ebenen gewinnt das demokratische Regime an einer soliden Krisenresistenz. Eine universale Formel für konsolidierte Demokratie gibt es nicht: In jedem einzelnen Fall werden die Konsolidierungsprozesse durch spezifische strukturelle Kontexte der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ebenen geprägt und hierbei nach den Kriterien der Staatlichkeit, der politischen Partizipation, der Rechtsstaatlichkeit, der politischen Stabilität und der sozialen Integration ausgewertet (vgl. Merkel 2007: 414-417; 424-425). Nur eine empirische Forschung kann letztendlich die Frage beantworten, wann die Institutionen eines neuen demokratischen Systems aufgebaut bzw. seine Spielregeln verinnerlicht sind (vgl. Maćków 2009: 38-41; Merkel/Thiery 2010: 206).

2.4 Die „eingebettete“ Demokratie als Basismodell der Demokratisierung

Im Folgenden wird das Konzept einer „eingebetteten“ Demokratie (*embedded democracy*) als solches dargestellt, welches sich im Rahmen der modernen Transformationsforschung als Basismodell für die Systematisierung bzw. Analyse der Demokratisierungsprozesse im postkommunistischen Raum weitgehend bewährt. Dies legt „eingebettete“ Demokratie innerhalb dieser Arbeit als grundlegendes Orientierungsmodell bei der Definition und Analyse der zentralen Dimensionen der postkommunistischen Demokratisierung eines osteuropäischen Landes wie der Ukraine fest.

Das von den Transformationstheoretikern *Puhle*, *Merkel*, *Croissant* und *Lauth* erarbeitete Konzept beruht auf der Idee, dass es sich bei funktionsfähigen liberalen Demokratien um komplexe mehrdimensionale Gefüge an Institutionen, Mechanismen und Prinzipien handelt, welche sowohl intern als auch extern „eingebettet“ sind. Auf der internen Ebene erfolgt die „Einbettung“ innerhalb von fünf wechselseitig verschränkten Teilregimen: A. Demokratisches Wahlregime; B. Politische Partizipationsrechte; C. Bürgerliche Freiheitsrechte; D. Horizontale Gewaltenteilung; E. Effektive Regierungsgewalt. Diese Einbettung setzt voraus, dass die Teilregimes sich gegenseitig bedingen, unterstützen und kontrollieren. Darüber hinaus werden die verschränkten Teilregimes auch in einen bestimmten Kreis externer Einflussbereiche „eingebettet“, wodurch ein demokratisches Regime an

Stabilität und Sicherheit gewinnt. Als solche externen „Einbettungsringe“ präsentieren sich vor allem der sozioökonomische Kontext, die Zivilgesellschaft und die Einbindung des Landes ins Gefüge der internationalen Beziehungen (vgl. Croissant 2010a: 95-96; Merkel 2004: 44-46; 2004a: 9, 2010: 31-35; Croissant/Thiery 2001: 22).

Die unten stehende Tabelle zeigt den Vorschlag einer schematischen Darstellung der Teilregimes bzw. externen Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie samt ihren wichtigsten Kriterien im von *Merkel, Lauth* und *Croissant* diskutierten Modell.

Tab. 4: Das Modell einer „eingebetteten“ Demokratie

Dimension I. Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie	
Teilregime	Kriterien
A. Demokratisches Wahlregime	<ol style="list-style-type: none"> 1. Aktives Wahlrecht 2. Passives Wahlrecht 3. Freie und gerechte Wahlen 4. Gewählte Mandatsträger
B. Politische Partizipationsrechte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Meinungs-, Rede-, Presse- und Informationsfreiheit 2. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Demonstrations- und Petitionsrecht)
C. Bürgerliche Freiheitsrechte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Individuelle Schutzrechte gegen staatliche und private Akteure 2. Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht und Gleichbehandlung
D. Horizontale Gewaltenteilung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Gewaltenteilung und Interdependenz von Legislative, Exekutive und Judikative 2. Unabhängige Justiz
E. Effektive Regierungsgewalt	<ol style="list-style-type: none"> 1. Machtausübung ausschließlich durch die demokratisch legitimierten Machträger (keine Vetoplayer) 2. Transparenz der öffentlichen Macht
Dimension II. Externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie	
F. Externe „Einbettungsringe“	<ol style="list-style-type: none"> 1. Sozio-ökonomische Kontextbedingungen 2. Zivilgesellschaft 3. Internationale und regionale Integration

Quelle: Eigene Zusammenfassung in der Anlehnung an Croissant/Thiery 2001; Merkel 2010: 31-35, 2004, 2004a.

Mit einer klaren Einbeziehung der Zivilgesellschaft als wichtigen „Einbettungsring“ für jede funktionierende Demokratie bietet dieses Konzept einen passenden theoretischen Rahmen, um die Fragen nach gewissen Zusammenhängen zwischen der externen EU-Förderung der Zivilgesellschaft in Osteuropa, und tatsächlichen Auswirkungen solcher Förderung auf laufende Demokratisierungsprozesse vor Ort systematisch aufzuarbeiten (vgl. Rabinovych 2016; Wetzel 2015; Wetzel/Orbie 2012, 2011; Keukeleire/Delreux 2014). Außerdem verbindet dieses Demokratieverständnis die zwei wichtigsten Dimensionen einer liberalen, europäischen demokratischen Ordnung – ein demokratisches Wahlregime und ein Rechtsstaat, der sich vor allem in der Wahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte sowie einer gegenseitigen Gewaltenteilung

ausdrückt. Nachstehend werden die wichtigsten Teilregimes bzw. externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie skizziert.

Demokratisches Wahlregime

Unter den fünf Teilregimes kommt dem demokratischen Wahlregime im Modell einer „eingebetteten“ Demokratie eine zentrale Bedeutung zu. Die demokratischen Wahlen bilden eine entscheidende Grundlage der Volkssouveränität, weil sie den Zugang zu den wichtigsten Positionen der politischen Macht über einen offenen Wettbewerb an den Willensausdruck des Volkes knüpfen. Als demokratisch gilt das Wahlregime grundsätzlich dann, wenn die aktiven und passiven Wahlrechte gesichert, die Mandatsträger tatsächlich gewählt werden und der gesamte Wahlgang als gerecht, frei und korrekt charakterisiert werden kann (vgl. Merkel 2004a: 8).

Politische Partizipationsrechte

Das Teilregime der politischen Partizipationsrechte schließt die Wahlen an die bestehenden pluralistischen Interessen an und gilt somit als unentbehrliche Voraussetzung eines jeden demokratischen Wahlvorgangs. Dies setzt die grundlegenden Rechte voraus, welche den Bürgern ausreichende Möglichkeiten zur Formulierung, Artikulation und gleichberechtigten Berücksichtigung ihrer Präferenzen sichern. Darunter fallen vor allem die Rechte der Meinungs- und Redefreiheit bzw. des Assoziations-, Demonstrations- und Petitionsrechts. Die Sicherung dieser Rechte fördert die Öffentlichkeit als autonome politische Handlungssphäre. Deren Einhaltung zeigt sich in der Praxis in einem ausgeprägten Pluralismus der privaten Medien neben den öffentlichen, der Abwesenheit politisch motivierter Restriktionen in Bezug auf die Verbreitung öffentlicher Informationen, dem Fehlen von Einschränkungen bei der Vereinigung der Bürger in politische Organisationen oder einzelne Interessengruppen etc. (vgl. Merkel 2004: 38-39; Merkel 2004a: 8).

Bürgerliche Freiheitsrechte

Mit dem dritten Teilregime der bürgerlichen Freiheitsrechte werden die demokratischen Wahlen bzw. politische Partizipationsrechte ergänzt. Sie bilden die Dimension des Rechtsstaates im Modell einer „eingebetteten“ Demokratie (vgl. Merkel 2004a: 9). Rechtsstaatlichkeit meint hier vor allem die Einschränkung staatlicher Macht durch ihre Bindung an das geltende Recht, in dessen Mittelpunkt die grundlegenden bürgerlichen Freiheitsrechte stehen. Diese Rechte umfassen in erster Linie die individuellen Schutzrechte der Individuen gegen die willkürliche Staatsmacht. Hierzu gehört das Recht auf Leben, individuelle Freiheit und Eigentum bzw. Schutz gegen illegale Verhaftung, Exil, Terror, Folter oder unrechtmäßige Eingriffe des Staates in ihre Privatsphäre (vgl. Merkel 2004: 40).

Die Förderung der Menschenrechte stellt eine Priorität der externen Demokratieförderung dar. Dabei legt die EU die Menschenrechte als universale, angeborene Rechte, welche die Individuen gegen jede Art der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, politischen oder religiösen Überzeugungen schützen (vgl. Europäisches Parlament/Rat der EU 2012).⁸⁴

⁸⁴ Zum Bereich der Menschenrechte zählt die EU ebenfalls die Rechte, die hier unter den „politischen Partizipationsrechten“ zusammengefasst wurden, wie Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit (vgl. Europäisches Parlament/Rat der EU 2012: C326/398). In dieser Arbeit wird allerdings zwischen den „bürgerlichen Freiheitsrechten“ und „politischen Partizipationsrechten“ als einzelnen Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie unterschieden.

Horizontale Gewaltkontrolle

Das vierte Teilregime der horizontalen Verantwortlichkeit sichert die Prinzipien der Gewaltenteilung bzw. Gewaltkontrolle. Dies setzt gleichzeitig die institutionelle Autonomie bzw. wechselseitige Interdependenz von Legislative, Exekutive und Judikative voraus (vgl. Merkel 2004a: 9). Als entscheidende Voraussetzung für die Ermöglichung einer ständigen gegenseitigen Kontrolle zwischen den einzelnen Machtzweigen gilt das Vorhandensein einer unabhängigen Justiz, die eine kritische Überprüfung der Rechtshandlungen der Exekutive und Legislative ermöglicht (vgl. Merkel 2004: 40-41).

Effektive Regierungsgewalt

Mit dem fünften Teilregime wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Regierungsmacht tatsächlich den gewählten Repräsentanten zu gewähren. Dies wirkt gleichzeitig dem übermäßigen politischen Einfluss der sogenannten „Vetoplayer“ entgegen. Darunter versteht man die Akteure, welche keiner direkten demokratischen Verantwortlichkeit unterliegen, wie beispielsweise den Vertretern der Militär- oder der Polizeikräfte (vgl. Merkel 2004a: 9).

Externe Kontextbedingungen der „eingebetteten“ Demokratie

Die externe Einbettung setzt voraus, dass eine jede Demokratie in ein spezifisches Umfeld „eingebettet“ ist, welches ihre Existenz mitbestimmt, mitfördert und stabilisiert. Vor allem drei „externe Einbettungsringe“ sind im Sinne des Konzepts für Entwicklungsdynamik eines demokratischen Regimes von Bedeutung: sozio-ökonomische Kontextbedingungen, eine demokratiestützende Zivilgesellschaft und internationale sowie regionale Integration des Landes (vgl. Merkel 2004: 44-46).

Der erste Einbettungsring verweist auf den direkten Zusammenhang zwischen dem Stand der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes und der Sicherung eines stabilen bzw. nachhaltigen demokratischen Regimes (vgl. Merkel 2004: 45). Mit dem zweiten Einbettungsring wird eine funktionierende Demokratie in eine gut entwickelte Zivilgesellschaft extern eingebettet. Die Eindeutigkeit des Zusammenhangs zwischen Zivilgesellschaft und demokratischem Regime wird durch ihre wichtigsten Funktionen der Demokratisierung, wie Schutz-, Kommunikations-, Sozialisations- oder Vermittlungsfunktion, begründet. Infolge der Übernahme dieser Funktionen sorgt die Zivilgesellschaft für eine gegenseitige Kontrolle und Ausbalancierung zwischen den einzelnen Staatsgewalten bzw. generiert gesellschaftliche Inklusion, Toleranz, Vertrauen und Kooperation (vgl. ebd.: 47). Der dritte Einbettungsring hebt die Bedeutung der externen Einbettung von Staaten in internationale oder regionale wirtschaftliche oder politische demokratische Organisationen, wie beispielsweise EU und NATO, für die nachhaltige Sicherung einer stabilen demokratischen Ordnung hervor (vgl. ebd.).

2.5 Die zentralen Schwachstellen der postkommunistischen Demokratien Osteuropas

Um die gesamte Komplexität der aktuellen Probleme auf dem Gebiet der Demokratisierung osteuropäischer Länder wie der Ukraine zu verstehen, bietet sich eine kurze Darstellung der Besonderheiten der postkommunistischen Systemtransformation an. Hierbei soll berücksichtigt werden, dass der Systemwechsel in verschiedenen postkommunistischen Subregionen je nach Ausprägung der Transformationstendenzen in Richtung Demokratie verschiedene Formen annimmt. Daher konzentriert sich diese Arbeit vor allem auf die Spezifik der Systemtransformation innerhalb der osteuropäischen Ländergruppe, zu welcher auch die Ukraine gehört (vgl. Beichelt 2001a: 3).

Die Transformationspraxis der postsowjetischen Länder zeigt, dass es zwischen einem erfolgreichen Abschluss der Institutionalisierungsphase und der Etablierung einer konsolidierten Demokratie keinen Automatismus gibt. Im Gegenteil: In den meisten Staaten der Dritten Demokratisierungswelle, einschließlich der Ukraine, erwies sich die Hürde einer konsolidierten Demokratie als zu hoch, weswegen der gesamte Übergang zur Demokratie vorerst mit der Phase der Institutionalisierung abgeschlossen wurde (vgl. Merkel/Puhle 1999: 133; Rakner et al. 2007: 11). Aus diesem Grunde sind sich die Theorien der demokratischen Konsolidierung einig, dass sich im Laufe des Systemwechsels statt konsolidierter Demokratien in postkommunistischen Ländern sowohl verschiedenartige Subtypen des autoritären Regimes, als auch sogenannte „hybride“ Regimes als zwischen dem Autoritarismus und der Demokratie angesiedelte Mischformen etablieren konnten (vgl. Maćków 2009: 38-39; Lauth 2010: 108).⁸⁵ Mehrere junge osteuropäische Demokratien wie die Ukraine oder Belarus sind tatsächlich in einer „Grauzone“ zwischen Autoritarismus und liberal-rechtsstaatlicher Demokratie stehen geblieben (vgl. Beichelt 2001a: 5, 2004: 114; Merkel/Puhle 1999: 63; Merkel/Croissant 2000: 3-4; Maćków 2005: 92).

Als Erklärungsansatz für die Transformationsdynamik innerhalb solcher „hybriden“ Regimes wird in Bezug auf Osteuropa besonders oft das Konzept einer „defekten“ Demokratie herangezogen. Hiernach offenbart sich eine Demokratie vor allem dann als „defekt“, wenn sie einem oder mehreren Wesensmerkmalen einer rechtsstaatlichen Demokratie nicht entspricht (vgl. Beichelt 2004: 114; Croissant/Thiery 2001: 23, 29; Merkel/Puhle 1999: 63; Croissant 2010a: 95). Dabei sind insbesondere die Defekte entlang drei zentraler Dimensionen einer funktionierenden rechtsstaatlichen Demokratie von Geltung: des universellen Wahlrechts, des effektiven Regierungsmonopols der demokratischen legitimierten Repräsentanten und des liberalen Rechts- bzw. Verfassungsstaates. Von einer „defekten“ Demokratie kann dementsprechend dann gesprochen werden, wenn mindestens eines dieser Teilregimes signifikante Mängel aufweist (vgl. Merkel/Croissant 2000: 8-13; Merkel 2011: 37-39). Besonders oft zeichnen sich die neuen postkommunistischen Demokratien auf ihrem Transformationsweg durch häufiges Versagen bei der Sicherung manipulationsfreier demokratischer Wahlen, Einschränkungen der bürgerlichen und politischen Rechte und asymmetrische Machtverteilung zugunsten der Exekutive, auf Kosten des Parlaments und der Justiz, aus, was eine effektive horizontale Gewaltenteilung verhindert (vgl. Lauth 2007: 150; Croissant 2010a: 97; Croissant/Thiery 2001: 15-26).⁸⁶ Hiermit blieben die osteuropäischen Staaten in ihrer

⁸⁵ Als „hybrid“ wird in der Transformationsforschung in der Regel ein noch nicht-konsolidiertes Übergangsregime bezeichnet, das zwar die zentralen formellen Kriterien einer Demokratie trifft, sich dennoch im Hinblick auf das Fehlen von einigen demokratischen Strukturen und eingeübten Verhaltensregeln noch nicht konsolidieren konnte (vgl. Maćków 2009: 38-39; Lauth 2010: 108). Zu einzelnen Kriterien, welche für die Einstufung eines politischen Systems als „hybrid“ genutzt werden, vgl. Croissant/Thiery 2001: 13-15.

⁸⁶ Ausführlicher zu Ausprägungen, Wesensmerkmalen und unterschiedlichen Formen der defekten Demokratien vgl. Merkel/Croissant 2000: 8-13; Croissant/Thiery 2001: 26-29; Croissant 2010a: 98; Rakner et al. 2007: 13-14.

Demokratisierung weit hinter den europäischen rechtsstaatlichen Standards stehen und wurden zu Recht als typische Beispiele solcher „defekten“ Demokratien dargestellt. Die moderne Transformationsforschung charakterisiert sie auch als sogenannte „Wahldemokratien“, da sie ihre demokratische Qualität primär durch ein funktionierendes Wahlregime ausdrücken (vgl. Maćków 2005: 100; Diamond 2002: 25; Croissant/Thierry 2001: 10). Dass in den ehemaligen Ländern der Sowjetunion einschließlich der Ukraine solche „defekte Wahldemokratien“ entstanden, hängt mit einer Reihe spezifischer Gründe zusammen, welche unten skizziert werden.

Im Gegensatz zu postsozialistischen Staaten konnten sich die ehemaligen sowjetischen Republiken nicht auf ein bestehendes Staatsgebilde mit einer gewachsenen nationalen Identität stützen (vgl. Beichelt 2004: 114). Nach einer langen totalitären Phase fehlte es ihnen primär am Fundament der demokratischen politischen bzw. zivilgesellschaftlichen Kultur, um den eingeschlagenen Demokratisierungsweg erfolgreich zu gehen. Stattdessen wurden diese Staaten dauerhaft mit mehreren Folgen ihres „kommunistischen Erbes“ konfrontiert: Darauf folgende Identitätskrisen bei der Nationsbildung, eine insgesamt wirtschaftlich enttäuschende Entwicklung durch die anhaltende Blockierung der marktwirtschaftlichen Wohlstandsentwicklung, fehlender Wechsel der politischen Eliten, wirtschaftliche Krisen, Korruption, stark überfrachtete bürokratische Apparate, politische Inkompetenz, überproportionaler Einfluss der Exekutive, häufiger Umgang der rechtsstaatlichen Prinzipien in täglichen Regierungsgeschäften und Persistenz der pro-kommunistischen Stimmungen in der Gesellschaft sind als einige solcher Ausprägungen des Postkommunismus zu nennen (vgl. Gläßner 1994: 94-95; Maćków 2005: 91-104; Merkel 2010: 428-430). So konstatiert *Beichelt* (vgl. 2001: 14) die Tatsache, dass in osteuropäischen Ländern mit kommunistischen Vergangenheit, einschließlich der Ukraine, alle drei zentralen Kriterien des formal-demokratischen Regimes – Wahlen, politische Rechte und Verfassungsstaat – nach dem demokratischen Systemwechsel nicht verwirklicht werden konnten. Stattdessen führte die Akkumulation wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme dort zu erheblichen Konsolidierungsdefiziten, welche die Perspektive eines liberalen Verfassungs- und Rechtsstaates in Frage stellten (vgl. Maćków 2005: 101-104).

Mehrere solcher Defizite hängen mit historischen Bedingungen des gesamten Transformationsprozesses zusammen. Schon in den Jahren des Spätkommunismus wurden systematische Fehler begangen, welche die ganzen darauffolgenden Demokratisierungsprozesse Osteuropas bis in die Gegenwart beeinträchtigen. Ein entscheidendes Problem bestand darin, dass die politische Transformation als Wechsel von Diktatur zu Demokratie nicht gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Transformation als Wechsel von Kommando- zur Marktwirtschaft ablief. So fehlten während der Impulse für den Umbau der politischen Strukturen Ende der 1980er Jahre die erforderlichen Schritte der wirtschaftlichen Liberalisierung: der schnelle Übergang zur Marktwirtschaft war mit Gorbatschows langsamen Reformschritten nicht vereinbar (vgl. Brzeziński 1989: 93-96; Merkel 2007: 413-414). Gleichzeitig konnte ohne die Etablierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die einen tief greifenden ökonomischen Wandel infolge der parallel laufenden Prozesse der Liberalisierung, Privatisierung und Stabilisierung voraussetzt, das demokratische politische Institutionensystem nicht auf Dauer gesichert werden (vgl. Gläßner 1994: 192; Maćków 2005: 91-93). Darin zeigt sich der „dilemmatische Kern“ der postkommunistischen Transformation als notgedrungenes Zusammenspiel von Demokratisierung, Wirtschaftsumbau und Nationalstaatsbildung als drei Reformbereichen, von denen jeder sowohl einer eigenen Entwicklungslogik folgte, als auch mit den restlichen zwei hochgradig interdependent war (vgl. Merkel 2011: 28; Merkel 2007: 413-414). Diese Funktionslogik des postkommunistischen Systemwechsels wird auch als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991) genannt. Dieses

Gleichzeitigkeitsdilemma resultierte aus dem totalitären Charakter des sowjetsozialistischen Staates, der jahrzehntelang nach uneingeschränkter Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft, Kultur und des Sozialen strebte und daher einen über den politischen Systemwechsel weit hinausgehenden gewaltigen Modernisierungsprozess notwendig machte. Dieser wiederum konnte im Hinblick auf die fehlenden, aber notwendigen sozial- und wirtschaftsstrukturellen Voraussetzungen nicht gesichert werden (vgl. Maćków 2005: 89-90; Offe 1991: 283; Merkel 2011: 28-29; Gläßner 1992: 192-195). Stattdessen führte der simultane Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft dazu, dass weder Demokratie noch Marktwirtschaft vollständig implementiert wurde. In Verbindung mit der weitgehenden wirtschaftlichen Stagnation, die Ende der 1980er Jahre begann und mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur noch vertieft wurde, bedingte diese ambitionierte Reformpolitik lediglich eine weitere Destabilisierung der gesamten Transformationslage (vgl. Weingarz 2003: 27; Egger 2006: 189-190; Gläßner 1994: 119).

Auch auf der politischen Ebene haben die Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse der 1980er und 1990er Jahre die notwendige Dynamik nicht entwickeln können, um in eine erfolgreiche Konsolidierung der neu etablierten Demokratien zu resultieren. In diesem Kontext wird das Problem der hohen Kontinuität kommunistischer Eliten in den Transformationsprozessen hervorgehoben. Statt eines grundlegenden Wechsels der politischen Eliten wurde dieser zum größten Teil aus den informellen Netzwerken ehemaliger kommunistischer Funktionäre gesichert, welche zur Umgestaltung des politischen Systems dieselben kommunistischen Praktiken und Instrumente einsetzten bzw. die Rückstände des Sowjetsystems in das politische Denken und die Organisation der neugegründeten Staaten übertrugen (vgl. Beyme, von 1994: 190; Merkel/Puhle 1999: 113; Plasser/Ullrich 1993: 11). Tatsächlich verkörperten die „neuen“ Eliten nichts anderes als die alte Oligarchie, welche sich nach dem Systemwechsel als eine Art Fortsetzung der totalitären Zentrale offenbarte. Die Umgehung des Rechts zugunsten eigener Interessen und eine enge Verkopplung von Wirtschaft und Politik wurden zu „Markenzeichen“ der voranschreitenden Oligarchisierungsprozesse. Als Folge sichern informelle Kompromisse innerhalb der Oligarchie zumeist politische Stabilität in den postkommunistischen Ländern. Neben der Oligarchisierung der Politik erschwert dies auch der politischen Opposition, ihre Kritik- und Kontrollfunktionen gegenüber der Regierung auszuüben, wobei es zu häufigen Manipulationen der Medien und Öffentlichkeit kommt (vgl. Maćków 2005: 105-107). Das führte zu mehreren gescheiterten Experimenten rund um die Gründung der neuen politischen Institutionen und einer verspäteten Verfassungsgebung in den postsowjetischen Ländern (vgl. Helmerich 2003: 14-16). Dabei sollten die wirtschaftlichen und politischen Strukturen nicht einfach reformiert, sondern komplett neu gegründet werden. Im Gegensatz zu autoritären Systemen konnten die Reformprozesse in den ehemals totalitär regierten Systemen sich auf keine rechtsstaatlichen Prinzipien und kapitalistischen Wertevorstellungen stützen (vgl. Frantz 2000: 182; Offe 1998: 18).

Als nächste große Herausforderung für die Demokratisierungsprozesse im postsowjetischen Osteuropa zeigte sich die strukturelle Schwäche der etablierten Wahlregimes (vgl. Beichelt 2001a: 2-3). Statt einer grundlegenden Wahlreform modifizierte man nach 1991 tatsächlich die kommunistische Praxis der Wahlen in vielen Hinsichten und verwendeten diese weiter. Zudem war das monolithische kommunistische Parteiensystem ein schlechtes Fundament für die Entwicklung stabiler und funktionsfähiger Parteiensysteme in postsowjetischen Ländern. Stattdessen bildeten sich stark fragmentierte und gesellschaftlich nur schwach verankerte Parteiensysteme heraus, was die Machtstellung des Präsidenten bzw. weitere Zentralisierung der wichtigsten politischen Entscheidungskompetenzen bei der Exekutive begünstigte (vgl. Merkel/Croissant 2000: 22-24). Unter diesen Umständen etablierte sich in osteuropäischen Ländern ein starker Präsidialismus,

welcher die für den erfolgreichen Ablauf der demokratischen Reformen unentbehrliche Diversifizierung politischer Strukturen verhinderte bzw. die verfassungsrechtlich etablierten Kompetenzordnungen in Interessen des Präsidenten systematisch verletzte (vgl. Gawrich/Lapins 2006: 11; Helmerich 2003: 15-16).

Die mangelnde gesellschaftliche Unterstützung ihrer Prozesse und Akteure schwächte die postkommunistische Demokratisierung ebenfalls. Wegen der eher negativ ausfallenden ökonomischen Entwicklung sowie auch der Intransparenz und Willkür der Politik konnten sich die etablierten institutionellen Ordnungen nicht auf eine weitgehende Akzeptanz in der Bevölkerung stützen. Stattdessen verbreitete sich schnell eine Abneigung gegen politische und wirtschaftliche Eliten, welche in postkommunistischen Gesellschaften als Hauptverantwortliche für den wirtschaftlichen Rückstand und häufige politische Krisen gesehen wurden (vgl. Beichelt 2001a: 33-35).

Neben den grundsätzlich kaum vorhandenen historischen Erfahrungen der gesellschaftlichen Selbstorganisation entwickelten auch die Grundideen einer liberalen Demokratie in den postsowjetischen Gesellschaften nicht die benötigte Anziehungskraft. Der Verlust sozialer Sicherheit und Privilegien bei einer großen Bevölkerungszahl konnte durch den Gewinn von *bis dato* kaum bekannte individuelle politische Rechte nicht sofort kompensiert werden (vgl. Gläßner 1994: 274; Egger 2006: 176-177). Die lose organisierten Massenbewegungen und zerstreuten Oppositionsparteien, welche den „gesellschaftlichen Kern“ der Transformation bildeten, konnten alleine nicht genug Druckkraft entwickeln, um die kommunistisch geprägten Eliten zu tief greifenden Reformen zu veranlassen (vgl. Backes 2009: 13-17; Mommsen 2009: 165-166; Merkel/Croissant 2000: 23-24). Selbst das Spektrum oppositioneller Akteure aus dem Bereich der Zivilgesellschaft war in den kommunistischen Staaten deutlich enger als in den autoritär regierten mitteleuropäischen Ländern, u. a. wegen der systematischen Entmachtung und Ausschaltung der Opposition als Teil der totalitären Ideologie (vgl. Merkel/Puhle 1999: 86; Maćków 2009: 30-31).

Auch mehrere Jahre nach der Etablierung der neuen unabhängigen Staaten im postsowjetischen Raum zeigten die kommunistischen Denk- und Verhaltensmuster eine hohe Persistenz. Die Bevölkerung demonstrierte mehr Interesse an der Verbesserung ihrer Arbeits- und Sozialrechte, die ihr Alltagsleben bestimmten, als an der Fortentwicklung ihrer politischen Bürgerrechte (vgl. Ociepka 2010: 271). Dieses Phänomen ist auch als sogenanntes „Volunteer's Dilemma“ bekannt, welches als Folge einer verbreiteten Haltung der postsowjetischen Gesellschaften entsteht und wie folgt formuliert werden kann: Lohnt es sich, etwas zu tun, oder könnte es auch jemand anderes – zum Beispiel der fürsorgliche Staat – erledigen? (vgl. Gläßner 1994: 315; Maćków 2005: 89-90). Das tief verwurzelte Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, das aus kommunistischen Zeiten geerbt wurde, führte gleichzeitig zur Favorisierung interpersoneller, informaler Freunde-, Bekannten- und Familiennetzwerken in postkommunistischen Gesellschaften, welche auf individuelle Probleme fixiert waren und somit kaum zum Aufbau einer politisch aktiven Zivilgesellschaft beitrugen (vgl. Offe 1998: 13). Außerdem förderte dieser Rückzug ins Private die Verbreitung des Klientelismus und der Korruption als alltägliche Form der Problemlösung in der Gesellschaft. Die daraus resultierende Entfremdung vom politischen Leben beeinträchtigte somit die Entwicklung einer stabilen zivilgesellschaftlichen Grundlage für laufende Demokratisierungsprozesse (vgl. Beyme, von 1994: 70, 353; Frantz 2000: 162-163; Gläßner 1994: 182). Solche diametralen Unterschiede zwischen den kollektiven kommunistischen und individualistischen Werten einer rechtsstaatlichen Demokratie forderten einen grundlegenden Bewusstseinswandel in osteuropäischen Gesellschaften (vgl. Gläßner 1994: 180). Dennoch kann es ebenfalls eine Frage von Jahrzehnten sein, bis dieser vollzogen wird (vgl. Maćków 2005: 104).

Die gebotene Übersicht über zentrale Schwachstellen der postkommunistischen Demokratien Osteuropas erklärt, warum diese auch 20 Jahre nach ihrer Etablierung als fragile und schwach institutionalisierte Systeme gesehen wurden (vgl. Maćków 2011: 8-10).

2.6 Zusammenfassende Bemerkungen

Dieses Kapitel stellte die Begriffe der Demokratisierung bzw. der Demokratie aus der Perspektive der postkommunistischen Transformationsforschung dar. Unter Berücksichtigung einer Vielfalt an Konzepten und Begriffen, mit denen der Prozess des Übergangs von einem nicht-demokratischen zu einem demokratischen Regime bezeichnet wird, bevorzugt die vorliegende Arbeit den Begriff „Demokratisierung“. Je nach Länderspezifika und Hauptgegenstand der Demokratisierung nimmt diese unterschiedliche Ausformungen an, welche mit einem der vielen, oft auch synonym verwendbaren Konzepte wie Systemwechsel, Systemwandel, Regimewandel, Transformation, Transition etc. bezeichnet werden können (vgl. Pridham/Vanhanen 1994: 2; Weingarz 2003: 25-26; Sandschneider 1996: 23-25). Da für die Ziele der unten angebotenen Untersuchung dieser Arbeit die präzise theoretische Verortung der Spezifika des Transformationsprozesses in der Ukraine nicht notwendig ist, ist es sinnvoll, den allgemeineren Begriff „Demokratisierung“ den anderen erwähnten Konzepten vorzuziehen. Dabei gilt „Demokratisierung“ als loser Oberbegriff für die Erklärung der Transformation zu einer demokratischen Regierungsform und der damit verbundenen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Wandlungsprozesse. So erlaubt dieser Begriff, sich nicht nur auf den tatsächlichen Übergang von einem nicht-demokratischen zu einem demokratischen Regime zu konzentrieren, sondern auch den gesamten demokratischen Wandel als einen offenen, komplexen Prozess mit seinen ganzen Höhen und Tiefen in einem osteuropäischen Land wie der Ukraine zu erfassen; dies gilt abgesehen davon, ob dieser sich bis jetzt konsolidieren konnte. Gleichzeitig bildet Demokratisierung auch ein Synonym zum Begriff der „demokratischen Transformation“, welcher den tatsächlichen Übergang von einem totalitären kommunistischen zu einem demokratischen Regime bezeichnet.

Das in der Transformationsformung häufig verwendete Konzept einer „eingebetteten Demokratie“ definiert die wichtigsten Dimensionen eines erfolgreichen Demokratisierungsprozesses (vgl. Merkel 2004, 2004a). Es sagt aus, dass eine funktionierende Demokratie sowohl intern innerhalb ihrer einzelnen miteinander eng verflochtenen Teilregimes als auch extern in eine Reihe der für ihre Entwicklungsdynamik ausschlaggebenden Kontextbedingungen „eingebettet“ ist. Als interne Teilregimes einer solchen Demokratie sind demokratische Wahlen, bürgerliche Freiheitsrechte, politische Partizipationsrechte, horizontale Gewaltenteilung und effektive Regierungsgewalt aufzufassen. Die zentralen externen Kontextbedingungen sind somit um eine funktionierende Zivilgesellschaft, sozio-ökonomischen Kontext und die internationale Integration des Landes gruppiert.

Im Weiteren unterteilt man, anhand eines in der Transformationsforschung weit verbreiteten Modells, den Prozess der Demokratisierung formell in drei Phasen: Liberalisierung, Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie. Während die ersten zwei Phasen die institutionellen Grundlagen einer demokratischen Ordnung bilden, gilt diese erst mit ihrer Konsolidierung als völlig funktionsfähig. Eine erfolgreiche Konsolidierung setzt neben den etablierten demokratischen Institutionen und Parteien auch eine fortentwickelte demokratische Kultur und eine starke Zivilgesellschaft voraus. Dabei bleibt die Frage, wo die osteuropäischen postsowjetischen Länder auf der Skala der demokratischen Konsolidierung platziert werden können,

umstritten. Es hat sich die Ansicht bewährt, diese Länder als „defekte“ Demokratien aufzufassen, welche sich zwar durch die Etablierung eines mehr oder minder demokratischen Wahlregimes auszeichnen, jedoch in Bezug auf eine oder mehrere Dimensionen eines liberalen Rechts- und Verfassungsstaates die notwendigen Forderungen nicht erfüllen.

Die abschließende Darstellung der Besonderheiten der Demokratisierung in postsowjetischen Ländern Osteuropas machte deutlich, dass diese Ländergruppe von Beginn ihrer Transformation in Richtung konsolidierte Demokratien mit erheblichen Hürden zu kämpfen hatte, welche in mehreren Hinsichten mit den langen totalitären Zeiten zusammenhängen. Das Fehlen einer längeren vorautoritären Tradition des demokratischen Regierens und der demokratischen Kultur, sowie der Machterhalt der alten kommunistischen Eliten sind als ausschlaggebende Gründe für die Langsamkeit der Transformationsprozesse in diesen Ländern zu verstehen.

3

Gestaltung und Wesensmerkmale der Demokratisierungsprozesse in der Ukraine (1991–2015)

Dieses Kapitel bietet eine Übersicht über die Besonderheiten der Demokratisierung in der Ukraine entlang drei vorab definierter Zeitphasen (1994–2005; 2005–2010; 2010–2015). Solche Informationen sind wichtig, um die Dynamik der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in der Ukraine in Zielen der Demokratisierung besser zu verstehen. Wie im späteren Verlauf dieser Arbeit gezeigt wird, bestimmt das Beziehungsformat zu staatlichen politischen Institutionen bzw. die aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Lage im Staat die Möglichkeiten und Grenzen der EU-Förderung für ukrainische NGOs großteils mit.

Die Ukraine befindet sich seit 1991 auf dem Weg der demokratischen Transformation, welche sich in mehrfacher Hinsicht als äußerst komplex erweist. Durch die Zersplitterung in mehrere parallellaufende und sich zum Teil gegenseitig blockierende Teilprozesse konfrontierte den ukrainischen Systemwechsel von Anfang an das oben erwähnte „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (vgl. Kap. 2.5). So beinhaltete er schon Ende der 1980er Jahre nicht nur die Demokratisierung bzw. den Aufbau des Staates, sondern auch die Neugründung der marktwirtschaftlichen Beziehungen, die Bildung der Nation und Wiederbelebung der Zivilgesellschaft (vgl. Bos 2010: 527; Gallina 2002: 38; Helmerich 2003: 12-14; Kolodii 2009: 154). Hierbei erwies sich der Druck, die politische und wirtschaftliche Transformation auf einmal und auf eine möglichst schnelle Weise voranzutreiben, von Anfang an als Hemmfaktor für die Umsetzung der ausstehenden Reformen, was das Land in ein politisches und ökonomisches Übergangschao stieß. Dieses nutzten vor allem kommunistische Eliten, um nach 1991 weiterhin an der Macht zu bleiben bzw. die staatlichen Wirtschaftsobjekte zu privatisieren, während die national-demokratischen Eliten sich primär um die Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit bzw. der Nationsbildung bemühten (vgl. Mildner 1994: 24-25; Kolodii 2009: 154-155). Auf der anderen Seite sind die Gründe für die relative Rückständigkeit im Transformationsprozess in der Ukraine für ein postkommunistisches Land typisch; beispielsweise eine längere Regimephase (1917–1991), eine insgesamt komplizierte nationale Vergangenheit, kaum vorhandene rechtsstaatliche und demokratische Traditionen, strukturelle Schwäche der neuetablierten politischen Strukturen, tief verwurzelte Korruption, unterentwickelte Zivilgesellschaft und fehlende Erfahrungen staatlicher Eigenständigkeit.⁸⁷

Wegen der Geschwindigkeit bei der Reformumsetzung zählt die Ukraine zu den weniger erfolgreichen Fällen im postkommunistischen Raum, welche die hohe Hürde der demokratischen Konsolidierung nicht nehmen konnten. Auch während der Unabhängigkeit blieben sowohl die Verwaltungsstrukturen wie auch die politische Kultur des Landes vom sowjetischen Erbe stark geprägt. Daher konnte keine notwendige gesellschaftliche Akzeptanz der Demokratisierungsprozesse gesichert werden, wobei vieles von Anfang an außerhalb der formalen Institutionen und im Gegensatz zu formellen Regeln stattfand (vgl. Zimmer 2007: 184; D’Anieri 2000: 45-46; Kolodii 2009: 159-161; Helmerich 2003: 14-17; Bos 2010: 565-567). Somit sieht die Forschung die ukrainische Demokratie zu Recht als „defekt“ an (vgl. Merkel 2010). So ist auch nach Abschluss der wichtigsten

⁸⁷ Zur Übersicht der zentralen Schwachstellen des gesamten Transformationsprozesses in der Ukraine vgl. Kempe 2003: 46; Tereshchenko 2005: 55; Shapovalova 2010a: 64-66; Reinhard 2010: 204; Helmerich 2003: 12-16; 213-222; Bos 2010.

Institutionalisierungsprozesse Ende der 1990er Jahre weiterhin von einer „fragilen Demokratie“ (Merkel 2010) oder einem „blockierten Fall der Entwicklung zur Demokratie“ (Helmerich 2003) in der Ukraine die Rede.

Ausschlaggebend für die gesamte demokratische Transformation der Ukraine ist die variierende Intensität bzw. Ungleichzeitigkeit der Prozesse zwischen den west- und ostukrainischen Regionen. Diese Differenzen sind vor allem historisch bedingt, da die verschiedenen Landesteile der Ukraine über die längste Zeit der Geschichte Bestandteile anderer Staaten waren. Über Jahrhunderte stand die Ukraine im Schatten der benachbarten Staaten Polen und Russland, die das ukrainische Territorium in zwei voneinander unabhängige Entwicklungsregionen aufteilten. Unbestritten bleibt, dass die lange Polonisierungs- und Russifizierungspolitik einschließlich der nach 1917 betriebenen Sowjetisierung, der Einfluss der katholischen und orthodoxen Kirche sowie die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung eine religiöse, sozio-kulturelle und ethnische Trennungslinie zwischen der russisch geprägten Ostukraine und den westlichen Regionen einschließlich des Zentrums zogen (vgl. Zimmer 2007: 184; Bos 2010: 528, 566; Mildner 1994: 27; Lüdemann 2005: 180).⁸⁸ Diese Differenzen prägen die Demokratisierungsdynamik der Ukraine bis in die Gegenwart.

Die östlichen Gebiete des Landes waren bis 1917 Teil des Russischen Zarenreichs und wurden dann zum Teil der Sowjetunion. Als Folge betrieben diese seit Mitte der 1920er Jahre eine grausame sowjetische Politik der Entnationalisierung des ukrainischen Volkes mit zahlreichen Repressionen, einschließlich der Massenvernichtungen der ukrainischen Kultureliten und des Völkermords von 1932/1933 aufgrund der Hungernot. Das erklärt die intensive Russifizierung der Ostukraine, in der gegenwärtig eine große russische Minderheit lebt bzw. die Mehrheit der Bevölkerung Russisch als Muttersprache spricht. Darüber hinaus führte die lange russische Herrschaft, in der die Russische Orthodoxe Kirche eine dominante Rolle spielte, in allen Lebensbereichen zur Einschränkung jeglicher Strukturen bürgerlicher Selbstorganisation, fehlender Rechtsstaatlichkeit und einer ablehnenden Haltung der Bevölkerung zum Staat (vgl. Mildner 1994: 9-14; Bos 2010: 528-529; Zimmer 2007: 177).

Der Westen des Landes gehörte hingegen nie zum zaristischen Imperium. Stattdessen waren die westukrainischen Gebiete von 1569 bis 1772 Teil des polnisch-litauischen Großreichs. Mit den drei polnischen Teilungen (1772, 1775, 1795) wurde das ukrainische Territorium zwischen Russland und Österreich aufgeteilt, wobei an Österreich-Ungarn der kleinere Teil – Galizien und Bukowina – fiel. Als Teil des Habsburger Reichs konnte die Ukraine bis 1918 am generellen Entwicklungsweg Mitteleuropas teilnehmen und somit die wichtigen Bausteine der mitteleuropäischen politischen Kultur bzw. einer bürgerlichen Gesellschaft übernehmen. Dies ermöglichte in den Zeiten des Österreich-Ungarns die Einleitung eines eigenen Nationsbildungsprozesses – eine Entwicklung, die wegen der repressiven Politik Russlands in der Ost-, Süd- und der Zentralukraine nicht möglich war. In der Zwischenzeit gehörte der westliche Teil zu Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien, während der östliche Teil permanent unter sowjetischer Herrschaft stand. Daher unterdrückte die Sowjetisierung der Westukraine, welche mit dem Zweiten Weltkrieg eingeleitet wurde, das nationale Bewusstsein der Westukrainer zwar, rottete es aber nicht aus (vgl. Mildner 1994: 11-13; Bos 2010: 528).

⁸⁸ Als Ausgangspunkt der ukrainischen Geschichte gilt im ukrainischen Bewusstsein die Kiewer Rus des 9. bis 12. Jahrhunderts. Nach dem Untergang von Rus durch den Mongolensturm im 13. Jahrhundert wurden die Fürstentümer Galizien und Wolhynien zu den Zentren der ukrainischen Entwicklung. In den nächsten Jahrhunderten waren für die Herausbildung der ukrainischen Kultur und der Identität insbesondere die Kosakenzeiten prägend (vgl. Bos 2010: 528-529). Zu den wichtigsten historischen Entwicklungslinien in der Ukraine vgl. Golczewski (Hg.) 1993; Kappeler 1994; Kolodii 2009.

Diese unterschiedlichen historischen Entwicklungen erklären zum Teil die verspäteten Bestrebungen des ukrainischen Volkes zur Autonomie. Bis auf einen gescheiterten Versuch der Gründung einer unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik (*Ukrainska Narodna Respublika*) 1917 im Osten und der kurzfristigen Unabhängigkeitserklärung der Ukraine während der Donaumonarchie 1918, konnte der ukrainische Staat sich in den gegenwärtigen Grenzen erst 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion wiederfinden. Bis heute offenbaren sich die historisch geprägten regionalen Unterschiede in verschiedenen politischen Kulturen: Während der Westen sich von der kommunistischen Vergangenheit distanziert, ukrainische Sprache und Kultur pflegt und seine Zukunft eher in der EU sieht, kann der Osten sich nur schwer von seinen immer noch starken Bindungen zu Russland, der Nostalgie der sowjetischen Zeiten und von alten kommunistischen Denkmustern lösen (vgl. Lüdemann 2005: 180; Bos 2010: 527-530; Mildner 1994: 13).

3.1 Einleitung und erste Jahre der postkommunistischen Demokratisierung in der Ukraine (1991–1994)

Die Wiederbelebung der antikommunistischen Oppositionskräfte 1986–1991 im Westen der Ukraine gilt als wichtiger Baustein des demokratischen Systemwechsels. Ein wichtiger Anstoß hierfür war die Nuklearkatastrophe in Tschernobyl am 26. April 1986, welche die Verantwortungslosigkeit der sowjetischen Herrschaft dem ukrainischen Volk gegenüber zeigte. Als Folge mobilisierten sich die intellektuellen Kreise, meist vertreten durch ehemalige Dissidenten, Schriftsteller und Künstler, im Rahmen eines breiten öffentlichen Diskurses. Dort übten sie offene Kritik an kommunistischen Verbrechen und der Russifizierung der ukrainischen Nation, regten eine intensive Auseinandersetzung mit der ukrainischen Geschichte an bzw. förderten die Wiederbelebung der ukrainischen Sprache, Kultur und Literatur in zahlreichen neugebildeten Klubs, Gesellschaften und Aktivistengruppen vor Ort (vgl. Mildner 1994: 15-18; Kolodii 2009: 142-143; Bos 2010: 529-530; Kappeler 1994: 245-246). Auf der politischen Ebene führte diese Mobilisierung 1989 zur Bildung der antikommunistischen nationalen Bewegung „Ruch“.⁸⁹ Als Zusammenschluss zahlreicher oppositioneller Gruppen und Kulturvereinigungen, primär im westukrainischen Lwiw unter dem Vorsitz des bekannten ukrainischen Schriftstellers Ivan Dratsch, setzte sich „Ruch“ für die Abschaffung der verfassungsrechtlich verankerten führenden Rolle der Kommunistischen Partei, völlige Unabhängigkeit der Ukraine und marktwirtschaftliche Verhältnisse ein (vgl. Mildner 1994: 19; Schneider 2005: 22, 109; Kappeler 1994: 250; Bos 2010: 529-530). Bei den Wahlen des Obersten Rates der Ukraine trat „Ruch“ 1990 als ein demokratischer Block gegen die Kommunistische Partei auf und gewann insgesamt 26,0 % aller Mandate (vgl. Schneider 2005: 23). Obwohl infolge der Wahlen weiterhin eine kommunistisch-sozialistische Parlamentsmehrheit bestand, regte der Erfolg von „Ruch“ die Gründung mehrerer neuer, kleinerer demokratischer Oppositionsparteien an. Das gab einen wichtigen Anstoß in Richtung Demokratisierung (vgl. Schneider 2005: 109; Kolodii 2009: 145-146; Kuzio/Wilson 1994: 132).

Der Entschluss, den mühsamen Weg in die Unabhängigkeit einzuschlagen, entstand als Ergebnis eines historischen Kompromisses zwischen der Bewegung „Ruch“ und einer Gruppe von „Nationalkommunisten“, die aus den Reihen der alten sowjetischen Elite unter der Führung von Leonid Krawtschuk – einem langjährigen Spitzenfunktionär der Kommunistischen Partei und damaligen Parlamentsvorsitzenden – hervorgegangen waren. Die Ukraine verdankt Krawtschuk zu einem beachtlichen Teil die Vorbereitung und Erklärung ihrer Unabhängigkeit: Nachdem er eine

⁸⁹Auf Ukrainisch bedeutet „Ruch“ („Pyx“) eine „Bewegung“.

Zwischenposition zwischen „souveränen Kommunisten“ und „nationalen Demokraten“ einnahm, schlug er einen kompromisslosen Unabhängigkeitskurs ein (vgl. Schneider 2005: 23; Kolodii 2009: 151-153; Helmerich 2003: 80-83). Unter seinem Vorsitz und unter dem Druck der nationaldemokratischen Opposition erklärte der Oberste Sowjet der Ukraine am 16. Juli 1990 seine Souveränität, was den Weg zur Unabhängigkeitserklärung ebnete. Mit den Präsidentschaftswahlen am 1.12.1991, wo Krawtschuk sich mit einer sicheren Mehrheit gegen den Kandidaten von „Ruch“, den bekannten Dissidenten Viacheslav Tschornowil, durchsetzen konnte, fand gleichzeitig auch das nationale Referendum statt. Dabei sprachen sich 90,9 % der ukrainischen Wähler für die Unabhängigkeit aus (vgl. Bos 2010: 530, 537; Mildner 1994: 21-24; Schneider 2005: 23-24; Kolodii 2009: 141). Das Volksreferendum markierte den offiziellen Endpunkt der Liberalisierungsphase. Mit der darauffolgenden Unabhängigkeitserklärung vom 24. August 1991, die durch den „Moskauer Putsch“ angeregt wurde, trat die neue ukrainische Demokratie auf den Weg ihrer Institutionalisierung (vgl. Guggenberger 2006: 9; Franzen et al. 2005: 31; Schneider 2005: 22).

Formal begann die Institutionalisierungsphase 1991 mit der Etablierung erster postkommunistischer Institutionen und wurde mit den ersten demokratischen Parlamentswahlen 1994 bestätigt (vgl. Wolczuk 2004: 92). Allerdings erschwerten mehrere Faktoren den praktischen Ablauf der demokratischen Institutionalisierungsprozesse. Erstens verzichtete man von Anfang an auf die Neugründung der demokratischen politischen Institutionen. Stattdessen kam es bloß zur Reformierung des sowjetischen politischen Systems der Ukraine. Deswegen konnten die veralteten kommunistischen Denk- und Arbeitsweisen ihren Einfluss auf das politische und gesellschaftliche Leben weiterhin beibehalten (vgl. Riabchuk 2009: 264-266; Helmerich 2003: 14-16). Zweitens erfolgte die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung in der Ukraine primär „von oben“, ohne die Bürger miteinzubeziehen. Auch die vom sowjetischen System stark geprägte ukrainische Gesellschaft demonstrierte wenig Reife bzw. Interesse daran, die Demokratisierung vor Ort voranzutreiben. Stattdessen zeigte sie weiterhin eine apathische Einstellung gegenüber dem sozialpolitischen Engagement bzw. fehlendes Verständnis für grundlegende Bestandteile einer demokratischen Ordnung (vgl. Helmerich 2003: 14; Durkot 2005: 187; Kolodii 2009: 154; Paushkouskaya 2005: 13). Diese politische Passivität der ukrainischen Bevölkerung wurde nicht zuletzt durch die kritische Wirtschaftslage in den ersten Jahren der unabhängigen Ukraine bedingt. Voranschreitende Korruption, starke Verzögerung bei der Einführung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die zunehmende Oligarchisierung wichtiger Strukturen der nationalen Wirtschaft durch den Einfluss alter kommunistischer Eliten bremsen die erhofften Wirtschaftsreformen wesentlich (vgl. Pleines 2005: 11-15, 18-32; Schneider 2005: 26). Wegen der wachsenden Armut zeigte sich die Bevölkerung an der Sicherung ihres wirtschaftlichen Überlebens und nicht am sozialpolitischen Engagement interessiert (vgl. Kolodii 2009: 154-155). Drittens schwächte zwischen 1991 und 1994 eine anhaltende institutionelle politische Krise die Aussichten auf eine erfolgreiche Demokratisierung. Trotz hoher Erwartungen demonstrierte Krawtschuk eine deutliche Entscheidungsschwäche in allen wichtigen Fragen, welche für die Sicherung der demokratischen Institutionalisierung der Ukraine von Bedeutung waren. Nachdem die von Krawtschuk geleiteten nationaldemokratischen Kräfte aufgrund ihrer Unentschlossenheit eine neue Verfassung nicht in Gang setzen konnten, verloren sie immer mehr an Vertrauenswürdigkeit (vgl. Bos 2010: 537; Kolodii 2009: 151-153; Helmerich 2003: 88-90; Riabchuk 2009: 264). Die generelle Enttäuschung der Ukrainer gegenüber den Ergebnissen des eingeschlagenen Unabhängigkeitskurses resultierte ebenfalls im langsamen Bedeutungsverlust der Nationalbewegung „Ruch“. So konnte sich „Ruch“ nach der Unabhängigkeitserklärung weder einen festen programmatischen Kern erarbeiten, noch zu einer effizienten Dachorganisation der nationalen Oppositionskräfte werden, und blieb somit

nur noch in der Westukraine politisch relevant (vgl. Pleines 2005: 63-67; Kolodii 2009: 146-148; Schneider 2005: 25). Neben der generellen Marginalisierung der nationaldemokratischen Kräfte entflammte ein institutioneller Kampf zwischen dem Präsidenten Krawtschuk und dem amtierenden Premierminister bzw. einflussreichen Oligarchen Leonid Kutschma um die Machtverteilung im Wirtschaftsbereich. Außerdem begab sich der Präsident in ein langwieriges Konkurrenzverhältnis zum politisch, sprachlich, regional und kulturell stark fragmentierten Parlament, in dem seit 1991 Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Nationalisten, Zentristen und Rechtszentristen zusammensaßen. Somit versagte Krawtschuk dabei, unterschiedliche politische Interessen im ukrainischen Parlament zu integrieren und die Umsetzung der Reformen durch eine starke nationale Exekutive voranzutreiben. Hinzu kam die deutlich verspätete Verfassungsgebung, die erst 1996 in eine neue Verfassung mündete. Unter solchen Umständen gestaltete sich die Demokratisierung der Ukraine 1991–1994 als äußerst schwierig (vgl. Schneider 2005: 25; Helmerich 2003: 14-16, 90-94; Guggenberger 2008: 5; Beichelt 2001a: 20; Riabchuk 2009: 263-267).

3.2 1994–2005: Jahre der Präsidentschaft von Leonid Kutschma

Die politische Krise unter Präsident Krawtschuk führte zur generellen Enttäuschung mit den Ergebnissen des eingeschlagenen Unabhängigkeitskurses und stärkte die russlandfreundlichen, kommunistisch geprägten Stimmungen in der Gesellschaft (vgl. Schneider 2005: 25; Wolczuk 2004: 92). Als Folge gewann bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 1994 der sichere Favorit der prorussisch gesinnten ost- und südukrainischen Regionen des Landes – der damalige Ministerpräsident Leonid Kutschma. Während seiner Amtszeit, welche mit seiner Wiederwahl 1999 bis 2004 andauerte, ereigneten sich die wichtigsten Institutionalisierungsprozesse der ukrainischen Demokratie (vgl. Ott 1997: 83; Pleines 2005: 64-67; Bos 2010: 537-539).

Zur gleichen Zeit bedeutete die Amtszeit Kutschmas eine Entfernung der Ukraine von den demokratischen Standards hin zu einem zunehmend autoritär geprägten Staat, in dem der Präsident die formellen Regeln und administrativen Ressourcen extensiv zur Legitimierung der informellen Praktiken seiner Machtausübung nutzte (vgl. Durkot 2005: 187; Zimmer 2007: 184, Pleines 2005: 11-12; 84-87). So kennzeichnete die Marginalisierung des Parlaments, der Justiz und der politischen Parteien zugunsten der offen autoritär werdenden präsidentialen Macht den von ihm in Gang gesetzten Reformkurs. Die abnehmende politische Kontrolle gegenüber der Regierung, die sich langsam *quasi* in Präsidentskabinette umwandelte, begleitete diese Prozesse. Der permanente Konfrontationszustand des Präsidenten mit der Legislative bezüglich der institutionellen Ordnung, die Aufwertung der Präsidentsverwaltung zu einer Art „zweiten Regierung“ im politischen Alltag bzw. die Instrumentalisierung der Justiz zur Erpressung präsidentenkritischer Politiker machten den Alltag des Kutschma-Regimes aus (vgl. Simon 2009: 307-308; Schneider 2005: 26; Ott 1997: 83; Gallina 2002: 38; Pleines 2005: 68-72).

Wegen der darauffolgenden latenten institutionellen Krisen, die sich meistens auf der Linie Präsident-Parlament abspielten und in der Regel durch die Verstärkung autoritärer Züge begleitet wurden, zog sich die Institutionalisierungsphase in der Ukraine vergleichsweise lange hin. So konnte mit der Verfassungsgebung von 1996 kaum von einem etablierten demokratischen Regierungssystem die Rede sein. Stattdessen markierte die neue Verfassung mit ihren zahlreichen Unklarheiten in der Kompetenzordnung sowie der herausragenden Machtstellung des Präsidenten den Anfang eines eher autoritär als demokratisch geprägten Systems (vgl. Ott 1997: 93; Beichelt 2001a: 20-23; Helmerich 2003: 216-219; Guggenberger 2006: 9).

De facto errichtete der Präsident Kutschma ein semi-autoritäres hybrides politisches System, das unter starkem Einfluss der wenigen finanz- und wirtschaftsstarken Oligarchenclans stand. Zu Recht wurde die Ukraine in den Kutschma-Zeiten unter den am meisten korrupten Ländern der Welt platziert (vgl. Kramer 2008: 114; Morozenko 2005: 171; Pleines 2005: 72; Simon 2009: 307). In der politischen Wirklichkeit etablierten die Oligarchen als „eigentlichen Herrn der Ukraine“ ihre Diktatur. Diese verfügten oft über eigene politische Parteien, übten wichtige Ämter innerhalb der Verwaltungsstrukturen aus und konnten die Arbeit des Parlaments durch mehrere Kanäle beeinflussen (vgl. Katchanovski 2008: 363). Zum größten Teil förderte der Präsident Kutschma diese Strukturen der Schattenwirtschaft durch die aktive Kooperation mit sogenannten „regionalen Seilschaften“. So wurden einflussreiche regionale Politiker in nationale Ämter in Kiew gerufen, um die Unternehmer zu fördern, mit denen sie durch Seilschaften verbunden waren. Als Gegenleistung sicherte sich die Präsidialadministration oft die Unterordnung der regionalen Exekutivorgane (vgl. Pleines 2005: 67). Die staatliche Medienlenkung bzw. systematische Unterdrückung der oppositionellen Journalisten gehörte zum politischen Alltag (vgl. Pashkouskaya 2005: 6; Kubicek 2009: 331). Auch Manipulationen während der Wahlkämpfe und Fälle der Erpressung oppositioneller Gegenkandidaten nahmen seit Mitte der 1990er Jahre stark zu, sodass von demokratischen und gerechten Wahlen nicht mehr die Rede sein konnte (vgl. Pleines 2005: 72; Simon 2009: 308, 2005: 225; Bos 2010: 538). Somit präsentierte sich die Ukraine unter Kutschma als Staat, in dem die Macht primär den korrupten informellen Netzwerkstrukturen gehörte, während die Legislative und Judikative dem Präsidenten untergeordnet waren. Unter solchen Umständen konnte der von Kutschma angestrebte Kurs in Richtung einer funktionierenden Marktwirtschaft bzw. institutionalisierten Demokratie nicht mehr gelingen (vgl. Morozenko 2005: 172-173; Schneider 2005: 27; Simon 2009: 307-309).⁹⁰

Das institutionelle Chaos, das die politische Wirklichkeit in der Ukraine nach der Unabhängigkeitserklärung prägte, zögerte die Verfassungsgebung wesentlich hinaus. Die Ukraine war der letzte Nachfolgestaat der Sowjetunion, der eine neue demokratische Verfassung in Gang setzte. Generell durchzogen den gesamten Prozess der Verfassungsentwicklung wesentliche Legitimationsdefizite und ein ständiger Interessenkonflikt zwischen dem Präsidenten und dem Parlament rund um die Kompetenzverteilung (vgl. Helmerich 2003: 54-56; Bos 2010: 530). Die am 28. Juni 1996 mit Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedete Verfassung feierte man als einen notgedrungenen Kompromiss zwischen der Exekutive und der Legislative, von dem die Beilegung des politischen Konflikts erhofft wurde. Das präsidentiell-parlamentarische Mischsystem wurde als eine Übergangslösung gewählt. Auf der einen Seite blieben die Funktionen der Regierungsbildung weiterhin dem direkt vom Volk gewählten Präsidenten vorbehalten, auch weil sich die starken parlamentarischen Mehrheiten in der Ukraine noch nicht bilden konnten. Auf der anderen Seite war das Hauptkriterium eines parlamentarischen Regierungssystems – die Ablösbarkeit des Parlaments durch die Regierung – gesichert (vgl. Schneider 2005: 63-64; Ott 1997: 87; Pashkouskaya 2005: 7; Bos 2010: 533-534; Helmerich 2003: 54).

Diese Verfassungsordnung ergab *de facto* eine semipräsidentiale Republik, die wegen der herausragenden Stellung des Präsidenten eher einem präsidentialen System ähnelte (vgl. Tereshchenko 2005: 83; Schneider 2005: 64).⁹¹ Der in allgemeinen, freien und gerechten Wahlen gewählte Präsident fungierte laut Verfassung nicht nur als Staatsoberhaupt, sondern auch als Chef der gesamten Organe

⁹⁰ Zu weiteren Problemstellen bzw. Wesensmerkmalen des Regierungssystems in den Zeiten der Präsidentschaft von Leonid Kutschma vgl. Riabchuk 2009; Kubicek 2009; Katchanovski 2008.

⁹¹ Ausführlicher zum Konzept des Semipräsidentialismus vgl. Duverger 1980; Soldner 2010.

der Exekutive, ohne dass er für die Ergebnisse ihrer Tätigkeit verantwortlich wurde. Der Kompetenzkatalog des Präsidenten umfasste außerdem: das exklusive Vorschlagsrecht des Präsidenten für den Posten des Regierungschefs, die Ernennungskompetenz für die Mitglieder des Ministerkabinetts, direkte Mitwirkungsrechte am legislativen Prozess der Verkhovna Rada der Ukraine, weitreichende Kontrollkompetenzen über die Arbeit der Regierung, das Auflösungs- und Vetorecht gegenüber dem Parlament bzw. die Dominanz im Bereich der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. In der Praxis ging die tatsächliche Macht des Präsidenten über seine Verfassungsrechte weit hinaus (vgl. Schneider 2005: 191-193).⁹²

Die Stärkung der autoritär geprägten Machtstellung des Präsidenten sicherte u. a. eine systematische Schwächung der legislativen Macht des Parlaments Verkhovna Rada. Wichtige Gründe dafür sind der lose Charakter der Wahlblöcke, starke Polarisierung der Parteien entlang politischer und sozialer Konfliktlinien sowie die hohe Fragmentierung des etablierten Mehrparteiensystems bei genereller programmatischer und struktureller Schwäche der politischen Parteien, welche unter einem traditionell hohen Einfluss der Oligarchen bzw. großer Unternehmer standen (vgl. Schneider 2005: 109, 153; Kolodii 2009: 156-157; Zimmer 2008: 283; Riabchuk 2009: 266-267). Ähnlich instrumentalisierte der Präsident auch die nationale Regierung, offiziell als Ministerkabinetts bezeichnet, in seinen eigenen Interessen (vgl. Pleines 2005: 68-69; Helmerich 2003: 67-70). So strebte Kutschma im politischen Alltag *de facto* die Rolle des Regierungschefs an, indem er die Regierungsangelegenheiten, insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik, jederzeit an sich ziehen konnte und auch sonst die Regierung hinsichtlich ihrer Besetzung und des Arbeitsprogramms dominierte (vgl. Guggenberger 2008: 5-6; Ott 1997: 91). Wegen zahlreicher strittiger Aspekte bezüglich der herrschenden Kompetenzordnung, die in der Verfassung von 1996 keine Lösung erfuhren, nahmen die Konfrontationen zwischen Präsidenten, Parlament und Regierung bzw. die daraus folgenden institutionellen Krisen Systemcharakter an. Die Konfliktparteien nutzten die Verfassung extensiv als Gegenstand politischer Kalkulationen bzw. Instrument der Machtsicherung aus (vgl. Beichelt 2001a: 20; Pleines 2007: 7-11).

Somit ging aus den Jahren der demokratischen Institutionalisierung eine spezifische politische Pseudokultur in den Regierungskreisen heraus. Die Unantastbarkeit der Staatsgewalt, der Missbrauch administrativer Ressourcen und die Persistenz der Traditionen des sowjetischen Parlamentarismus prägten den politischen Alltag. Auf der gesellschaftlichen Ebene führte die zunehmende staatliche Kontrolle über zivilgesellschaftliche Aktivitäten bei insgesamt mangelndem Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zu einer spezifischen politischen Kultur des passiven Abwartens, welche die Beständigkeit des kommunistischen Einflusses bewies. Dabei bildeten sich private interessenbasierte Netzwerke im Wirtschaftsbereich viel häufiger als zivilgesellschaftliche Organisationen heraus (vgl. Beichelt 2001a: 18-21; Guggenberger 2008: 2-4).

Die Gesamtheit aller erwähnten Stolpersteine auf dem Weg zu einer erfolgreichen Systemtransformation liefert somit eine ausreichende Erklärung, warum sich im Zeitraum 1994–2004 in der Ukraine ein hybrides politisches System dort etablierte, wo auf der Schnittstelle zwischen präsidentialer und parlamentarischer Regierungsform die demokratischen Institutionen und autoritäre Praxis koexistierten (vgl. Helmerich 2003: 218-219; Kolodii 2009: 160-161; Pashkouskaya 2005: 7-14; Riabchuk 2009: 266-273; Åslund 2009: 238). Wegen der häufigen politischen Selbstblockaden innerhalb Kutschmas Machtapparats, der gesellschaftlich nicht unterstützt wurde, gab es keine Chance auf eine Konsolidierung der Demokratie (vgl. Gallina 2002: 40; Helmerich 2003: 217-219;

⁹² Zur Machtstellung des Präsidenten innerhalb der etablierten Verfassungsordnung vgl. ebenfalls Helmerich 2003: 38-42, 57-65; Pleines 2005: 64-68; Ott 1997: 88; Bos 2010: 534.

Beichelt 2001a: 29). So spricht *Zimmer* (vgl. 2008: 276) von der Ukraine unter Kutschma als einem „neopatrimonialen Staat“, in dem alle rechtlichen und administrativen Rahmen zur Sicherung der Interessen des Präsidenten benutzt wurden.

3.3 2005–2010: Präsident Viktor Juschtschenko und die verzögerte Konsolidierung der ukrainischen Demokratie

Trotz des voranschreitenden Autoritarismus hinterließ das Kutschma-Regime immer noch Spielräume für die Tätigkeit der zahlreichen oppositionellen Gruppierungen, deren aktive Entwicklung Ende der 1990er Jahre die Konsolidierungsprozesse der ukrainischen Demokratie mit einleitete. Die Mobilisierung der politischen Opposition fand vorrangig im Rahmen der Bewegung „Ukraine ohne Kutschma“ statt und wurde mit der Wiederwahl des Präsidenten Kutschma infolge der stark falsifizierten Wahlen 1999, die gleichzeitig den Höhepunkt seiner autoritären Alleinherrschaft markierten, forciert. Angeführt von Viktor Juschtschenko, der aus der Rolle eines erfolgreichen Premierministers 1999–2001 in das Oppositionslager wechselte, gewann die Oppositionsbewegung insbesondere nach den Parlamentswahlen 2002 immer mehr an Bedeutung, während die Popularität Kutschmas und seiner Oligarchen mit zunehmenden Korruptionsvorwürfen sank (vgl. Simon 2009: 308-309; Bos 2010: 538). Außerdem führte der grausame Mord am bekannten ukrainischen Journalisten und Mitbegründer der ukrainischen Website Grigori Gongadze im September 2000, in welchen Hinweisen zufolge Präsident Kutschma selbst involviert gewesen sein könnte, zu einer entschlossenen Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen die massive staatliche Unterdrückung der Meinungs- und Medienfreiheit (vgl. Wilson 2006: 21; Kuzio 2005a: 29-30, 2005b: 119-120).

Den Umbruchpunkt in Richtung einer demokratischen Konsolidierung nach mehrjähriger Stagnation gab die Orange Revolution, die sich als friedliche Massenprotestaktion des ukrainischen Volks gegen ein korruptes und autoritäres Präsidialregime offenbarte (vgl. Gawrich 2006: 50-51; Simon 2005: 225, 2005a: 23-27).⁹³ Auslöser der Revolution waren die massiv gefälschten Präsidentschaftswahlen 2004 zugunsten des Wunschnachfolgers von Kutschma, Viktor Janukowitsch. Janukowitsch, der zu dieser Zeit auch amtierender Ministerpräsident war bzw. weitgehende Unterstützung ostukrainischer Oligarchen genoss, rekrutierte seine Wähler vorwiegend in den östlichen und südöstlichen Regionen der Ukraine. Als sein Gegner trat der überwiegend von westukrainischen Wählern unterstützte Viktor Juschtschenko auf (vgl. Pashkouskaya 2005: 15; Bos 2010: 540; Kramer 2008: 112; Katchanovski 2008: 355; Riabchuk 2009: 273-274).

Die Wahlkampagne Juli–Oktober 2004 krönten zahlreiche Fälle von Bestechungen, Drohungen und Manipulationen der Medien. Mehrere Aktionen waren darauf gerichtet, die Gewalttätigkeit seitens der Opposition zu simulieren, um diese später durch die Einschaltung des Staatsapparats auszublenden (vgl. Kuzio 2010: 383-387; Pashkouskaya 2005: 15-16; Katchanovski 2008: 358, 365). Um den Sieg Janukowitschs sicherzustellen, wurden die angekündigten Wahlergebnisse schon nach dem ersten Wahlgang mehrfach unter Vermittlung der Präsidialverwaltung manipuliert, sodass er gegenüber Juschtschenko einen leichten Vorrang gewinnen konnte (vgl. Pashkouskaya 2005: 15-16; Bos 2010: 540). Unmittelbarer Auslöser der friedlichen Massenproteste waren aber die erheblichen Wahlfälschungen in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 21. November 2004, infolge derer Janukowitsch zum offiziellen Sieger erklärt wurde. Sowohl die Opposition als auch internationale Wahlbeobachtungsmissionen wiesen

⁹³ Für eine ausführliche Darstellung der Ausgangsbedingungen und des Ablaufs der Orangen Revolution vgl. auch Templin 2008; Bredies (Hg.) 2005; Katchanovski 2008; Åslund (Hg.) 2006.

offensichtliche Manipulationen bei der Stimmenauszählung unter Einbeziehung der Regierungsbeamten vor (vgl. Pashkouskaya 2005: 16-20; Simon 2009: 311, 2005: 224; Bos 2010: 540). Um gegen die Wahlfälschungen zu protestieren bzw. den Rücktritt der korrupten Regierung anzufordern, versammelten sich im Herbst 2004 mehrere Millionen Ukrainer in Kiew bzw. in ukrainischen Regionen. Entscheidend war, dass neben den politischen und wirtschaftlichen Eliten zum Teil auch die Streit- und Sicherheitskräfte auf die Seite der Opposition übergingen und somit die Proteste mit unterstützten (vgl. Simon 2009: 311; Pashkouskaya 2005: 20; Gawrich 2006: 50-51). Infolge dieser Protestaktionen gab das Oberste Gericht der Wahlanfechtungsklage Juschtschenkos statt und erklärte die Stichwahl am 21. November 2004 wegen der Wahlfälschung für ungültig, bzw. ordnete die Neuwahlen für den 26.12.2004 an. Nach der Wahlwiederholung stand Viktor Juschtschenko mit 56,3 % der Stimmen um 15 % vor seinem Rivalen Viktor Janukowitsch (41,3 %) (vgl. Pashkouskaya 2005: 16; Bos 2010: 540).

Der von einem überraschenden Solidaritätsimpuls getragene Sieg der Orangen Revolution traf als eindeutiger Sieg über das autoritäre Regime und die Korruption weltweit auf Zuspruch und wurde als eine klare Bekennung der Ukraine zur europäischen Kulturtradition gefeiert (vgl. Kubicek 2009: 325; Laverty 2008: 156). Mit der friedlichen Machtübergabe an das orange politische Lager eroberten sich die Ukrainer ihr Recht auf freie Wahlen, forderten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und meldeten den europäischen Anspruch ihres Landes an. Es war auch ein Sieg der ukrainischen Zivilgesellschaft, die unter der Führung einer neuen demokratischen Elite unerwartet zu einem mächtigen Akteur der Demokratisierung aufsteigen konnte. Unbestritten stehen wichtige Errungenschaften der Revolution in Richtung der demokratischen Konsolidierung im Vordergrund, zum Beispiel politische Rechte, einschließlich der Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit, Entpolitisierung der Behörden, eine stärkere gesellschaftliche Kontrolle über die Politik und Stärkung des Instituts der demokratischen Wahlen (vgl. Templin 2008: 11-13; Katchanovski 2008: 356-359; Kubicek 2009: 323-324; Wilson 2006: 21; Gawrich 2006: 50-51; Pashkouskaya 2005: 20, 23-24; Simon 2009: 312, 319-320; 2005: 224; Durkot 2005: 190).

Das öffentliche Vertrauen sowohl der ukrainischen Zivilgesellschaft, wie auch der politischen Parteien, welches Juschtschenko mit der Orangen Revolution erworben hatte, machte die Chancen auf eine erfolgreiche Konsolidierung der ukrainischen Demokratie viel realistischer (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 34). Diese hohen Erwartungen an eine demokratische Erneuerung der Ukraine erfüllte er allerdings nicht. Juschtschenko offenbarte sich schnell als schwaches Staatsoberhaupt und konnte die meisten, von ihm im Laufe der Orangen Revolution versprochenen Punkte nicht umsetzen (vgl. Laverty 2008: 155). Auch das pro-demokratische „orangene“ politische Lager, das vor allem durch die Zusammenführung der Partei „Vaterland“ Yuliia Tymoschenkos mit der Partei „Unsere Ukraine“ Viktor Janukowitschs entstand, scheiterte schon kurz nach seiner Gründung an internen Konflikten, gegensätzlichen Interessen und ideologischen Unterschieden. Die meisten davon entflammten zwischen dem Präsidenten Juschtschenko und der Regierungschefin Yuliia Tymoschenko. Diese Konfrontation, die heftige gegenseitige Korruptionsvorwürfe begleiteten, führte letztendlich zur Entlassung des Kabinetts Tymoschenkos, bereits im September 2005. Hiermit war die Spaltung innerhalb des orangenen politischen Lagers nicht mehr aufzuhalten (vgl. Laverty 2008: 155; Morozenko 2005: 171; Simon 2005: 227-228; Kubicek 2009: 329-331).

Unter diesen Bedingungen war die politische Rückkehr von Viktor Janukowitschs keine Überraschung mehr. So gewann seine Partei der Regionen nach den Parlamentswahlen 2006 mit 32 % der Stimmen gegenüber den 22 % von Tymoschenkos „Vaterland“ und lediglich 14 % für Juschtschenkos „Unsere Ukraine“ den größten Anteil an Mandaten innerhalb der neuen Verkhovna Rada (vgl. Kropatcheva 2007: 78; Simon 2005: 228). Somit kam es zur Regierungskoalition aus der

Partei der Regionen, den Sozialisten und den Kommunisten bei gleichzeitiger Verdrängung der „orangen“ Parteien von Tymoschenko und Juschtschenko ins Oppositionslager. Zum Regierungschef wurde Viktor Janukowitsch ernannt, während die alten kommunistischen Eliten die Kontrollmacht über die Arbeit des Parlaments langsam wiedergewannen (vgl. Morozenko 2005: 171; Bos 2010: 541; Kramer 2008: 113; Katchanovski 2008: 352; Simon 2009: 320).

Die Zusammenarbeit zwischen Janukowitsch und dem Präsidenten Juschtschenko hielt dennoch nicht lange an. Aufgrund fehlender Fraktionsdisziplin kam es im Werchowna Rada zu verfassungswidrigen Übertritten Abgeordneter aus der „orangen“ Opposition zur Regierungskoalition. Dies führte im April 2007 zur Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten. Die darauffolgenden vorgezogenen Parlamentswahlen konnten allerdings nicht die erhoffte Stabilisierung in die Arbeit des Parlaments zurückbringen: Die am 8. Dezember 2008 neugebildete Regierungskoalition aus dem Block Yuliia Tymoschenkos, der Fraktion Viktor Juschtschenkos „Unsere Ukraine“ und dem Block Volodymyr Lytvyns verfügte in Hinblick auf die ernsthaften internen Spaltungen innerhalb der Fraktionen zu keinem Zeitpunkt über eine echte parlamentarische Mehrheit (vgl. Simon 2009: 314-315; Kramer 2008: 113-114; Kubicek 2009: 327; Katchanovski 2008: 359).

Als neue Regierungschefin wurde mit knapper Stimmenmehrheit Yuliia Tymoschenko wiedergewählt. Ihre Regierungsarbeit gestaltete sich aber wegen der fortdauernden Konflikte mit Präsident Juschtschenko als äußerst schwierig. Vor allem der von Tymoschenko angestrebte Kurs auf eine Erweiterung der Kompetenzen des Premierministers, welche durch die Verfassungsreform festgesetzt wurden, stieß auf einen entschlossenen Widerstand Juschtschenkos, der sich hingegen für die Stärkung des Präsidentenamts einsetzte. Die Tatsache, dass Juschtschenko und Tymoschenko sich als Gegner in dem bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf sahen, verschärfte die Konfliktlinie ebenfalls. Sowohl die „Partei der Regionen“ als auch die interne Opposition der Partei des Präsidenten, „Unsere Ukraine“, blockierten die Regierungsarbeit innerhalb der Regierungskoalition systematisch. Im Endeffekt führten diese Spannungen dazu, dass Juschtschenkos Partei „Unsere Ukraine“ aus der Mehrheitskoalition austrat (vgl. Simon 2009: 317, 2005a: 19, Bos 2010: 541; Kramer 2008: 114).

Problematisch gestaltete sich nach dem Machtwechsel der Orangen Revolution ebenfalls der Prozess der verfassungsrechtlichen Konsolidierung. Noch vor der Orangen Revolution wurde die Verfassungsreform, welche die häufigen institutionellen Auseinandersetzungen auf der Linie Präsident-Regierung beenden konnte, aktiv diskutiert. Das Kernelement der neuen Verfassungsgedanken bestand in der Aufwertung der politischen Rolle des Parlaments auf Kosten der präsidentialen Macht (vgl. Guggenberger 2008: 6-7; Schneider 2005: 59-60). Die Orange Revolution öffnete den Weg für eine umfassende Verfassungsreform. Nachdem alle Wahlblöcke sich für eine regierungsbildende Funktion der parlamentarischen Mehrheit ausgesprochen haben, wurde am 8.12.2004 das „Gesetz über die Änderungen der Verfassung“ verabschiedet. Von dem Gesetz, das erst am 1. Januar 2006 in Kraft trat, wurde die komplexe Umwandlung des politischen Systems in Richtung einer überwiegend parlamentarischen Republik mit einem geschwächten Präsidenten erwartet. Die Reform machte dementsprechend das Parlament *de jure* zum Organ mit den größten innenpolitischen Kompetenzen (vgl. Pleines 2005: 60-64; Simon 2009: 313; Bos 2010: 532-533; Riabchuk 2009: 273).

Die Umsetzung der Verfassungsreform führte jedoch zu einem neuen institutionellen Chaos. Mehrere Zweideutigkeiten in Bezug auf die neue Kompetenzordnung erlaubten dem Präsidenten weiterhin, verfassungsändernde Vorschriften zum eigenen Nutzen auszulegen bzw. seinen Machtstatus zu stärken. Statt des Parlamentarismus begünstigte die Verfassungsreform in

Wirklichkeit ein klares Übergewicht zugunsten des Präsidenten innerhalb einer präsidentenparlamentarischen Republik (vgl. Schneider 2005: 66). Im Laufe der folgenden Jahre legte die Verfassungsreform den Keim für permanente Konflikte zwischen präsidentialer Machtausübung und parlamentarischer Mitentscheidungskompetenz bzw. dem Ministerkabinett. So kam es drei Jahre nacheinander – im Herbst 2005, August 2006 und Dezember 2007 – zum Regierungswechsel (vgl. Simon 2009: 313-316, 318-319; Wilson 2010: 141; Wittschorek 2002: 30).

Diese kurze Skizze der mit der Orangen Revolution eingeleiteten politischen Entwicklungen zeigt, dass die pro-demokratischen Kräfte des „orangen“ politischen Lagers die Chance auf Konsolidierung der politischen Ordnung verpassten. Von allen Hauptmerkmalen einer „eingebetteten“ Demokratie erfüllte die „orange“ Ukraine in Wirklichkeit nur das Kriterium eines funktionierenden Wahlregimes. Insbesondere in der Sicherung einer unabhängigen Judikative bzw. der effektiven Regierungsgewalt zeigten sich erhebliche Defizite (vgl. Engel 2008: 43; Katchanovski 2008: 363; Wilson 2010: 141; Wittschorek 2002: 30). Besonders problematisch war, dass auch fünf Jahre nach der Orangen Revolution die Oligarchisierung der Macht nach dem alten Handlungsmuster des Kutschma-Regimes nicht aufhörte: Weiterhin blieb die Korruptionsbekämpfung das Hauptdilemma der post-orangen Ära, auch wenn die Tymoschenko-Regierung sie zum Schwerpunkt ihres Programms machte. Nicht nur die Macht der alten Wirtschaftsoligarchen blieb erhalten, sondern es tauchten in den „orangen“ Reihen immer neue Oligarchen auf. Weiterhin prägten die geringe Gebundenheit der staatlichen Behörden an das geltende Recht und das sinkende Vertrauen der Bevölkerung in die objektive Rechtsprechung die Verfassungswirklichkeit negativ (vgl. Kubicek 2009: 331-332; Katchanovski 2008: 364; Engel 2008: 43; Bos 2010: 528, 541-545; Kramer 2008: 113). Tatsächlich blieb die Ukraine Viktor Juschtschenkos weiterhin eine hybride Demokratie mit hoher Korruption (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 34-36). Zu Recht bemerkt *Riabchuk* (2009: 273), dass die Orange Revolution eher „Ukraine’s departure from authoritarianism“ als „advent of liberal democracy“ markiere.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Orange Revolution trotz ihrer wichtigen Errungenschaften im Bereich der Medienfreiheit, Stärkung der Zivilgesellschaft und demokratischen Wahlen eine konsolidierte demokratische Ordnung in der Ukraine nicht etablieren konnte. Hohe politische Turbulenz, gravierende Probleme auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit, die Beharrlichkeit alter Strukturen bzw. der Funktionsmuster des Kutschma-Regimes offenbarten eine markante Kluft zwischen Reformervorstellungen und den tatsächlichen Entwicklungen in der Amtszeit Juschtschenkos (vgl. Simon 2009: 310-320; Kramer 2008: 113; Bos 2010: 540; McFaul 2010: 191; Templin 2008: 13; Reinhard 2010: 204).

3.4 2010–2015: Präsidentschaft von Viktor Janukowitsch und demokratischer Umbruch infolge der *Euromajdan*-Revolution

Die weitreichende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Demokratisierung in der Ukraine steigerte in der ukrainischen Gesellschaft die Sehnsucht nach einer „starken Hand“. In den Präsidentschaftswahlen 2010 gewinnt Viktor Janukowitsch, der sich mit seinen russlandfreundlichen, primär an ostukrainische Regionen gerichteten Wahlversprechen einer schnellen wirtschaftlichen Stabilisierung durchsetzen konnte. Die Wiederwahl Viktor Janukowitschs kann wiederum als ein Symbol für das Versagen der „orangen“ politischen Kräfte gedeutet werden, die notwendigen Reformen in der Ukraine durchzusetzen (vgl. Diuk 2014: 85; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 34-36).

Mit dem Amtsantritt von Janukowitsch im Januar 2010 wurde die orange Parlamentsmehrheit endgültig aufgelöst, die Regierung Yulia Tymoschenko gestürzt und ein Kurs in Richtung eines autoritären Präsidentialregimes mit einer starken Machtvertikale zugunsten der Exekutive eingeschlagen. Die Einschränkung politischer und bürgerlicher Freiheiten, politische Repressionen, Druck und Kontrolle auf Akteure der Zivilgesellschaft, politisch abhängige Judikative und voranschreitende Korruption waren die Anzeichen dafür. Die Verfassungsreform von 2006 wurde außer Kraft gesetzt, sodass die alte Verfassung von 1996 erneuert und somit die präsidential-parlamentarische Regierungsform wiedereingeführt wurde. *De facto* machte das den Präsidenten und seine Präsidentialadministration zum alleinigen Machtzentrum im Staat, welches das Verfassungsrecht für seine eigenen Interessen instrumentalisierte (vgl. Bos 2010a: 86-88; Luchterhandt 2010: 5-6; Kempe 2011a: 314; Stewart 2010: 1-3; Gumeniuk 2011: 2; Diuk 2014: 85; Kudelia 2014: 21-23; Onuch 2014: 45). Wie *Kudelia* (2014: 22) es treffend bemerkt: „Yanukovich as president had never been shy about coercion.“ Das Parlament wurde hingegen als eine „voting machine“ marginalisiert, wo die vom Präsidenten vorab getroffenen Entscheidungen in Gesetze umgewandelt wurden (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 15). Nach der Verhaftung Yuliia Tymoschenkos aus politischen Motiven und der dadurch bedingten deutlichen Schwächung der gesamten Opposition als einer Kontrollmacht gegenüber der amtierenden Regierung, sprach man zu Recht von einem kompletten „rollback of democracy“ in der Ukraine (vgl. ebd.: 16). Laut den Einschätzungen von Freedom House wandelte dies die Ukraine von einem „freien“ zu einem „teilweise freien“ Land um (vgl. Freedom House 2012: 3).

Die Parlamentswahlen am 28. Oktober 2013 konnten schon allein wegen der stark manipulierten Wahlkampagne nicht mehr als demokratisch eingestuft werden. In ihrem Abschlussbericht verwies die OSZE auf häufigen Missbrauch der administrativen Ressourcen, zahlreiche Bestechungsversuche der Wähler, stark beschnittene Zugangsmöglichkeiten der oppositionellen Parteien zu nationalen Medien, häufige Druckausübung, Diskriminierung und Einschüchterungen gegenüber oppositioneller Kandidaten. Die Gerechtigkeit der Wahlen wurde zudem wegen der Nichtteilnahme Yuliia Tymoschenkos – zu der Zeit Anführerin der ukrainischen Opposition – am Wahlprozess in Frage gestellt. Sie war zuvor aus politischen Motiven zu sieben Jahren Haftstrafe für die Unterzeichnung der Gasvereinbarungen 2009 mit Russland verurteilt worden. Auch die Stimmzählung wurde zum Teil zugunsten von Janukowitschs Partei manipuliert, sodass im neuen Parlament die Regierungsmehrheit hinter der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei gesichert werden konnte (vgl. OSCE 2013: 1-3, 15-16; Omelchenko 2013: 8-10; Razumkov Centre 2013: 2-5).

Solche Entwicklungen zeigten, dass die Ukraine unter Janukowitsch in allen wichtigen Schritten versagte, die eine europäisch geprägte demokratische Ordnung ermöglichen sollten. Stattdessen herrschte ein „hybrides Übergangsregime“, in dem mit der Etablierung der zentralen demokratischen Institutionen die Konsolidierung der Demokratie zwar formell abgeschlossen, aufgrund systematischer Verletzungen der wichtigsten Prinzipien eines Rechtsstaates jedoch nicht vollendet werden konnte (vgl. Freedom House 2013). Die weitgehende Schwächung der ukrainischen Wirtschaft löste eine zunehmende Korruption, welche aus Janukowitsch nahestehenden Kreisen von Politikern und Oligarchen hervorging, aus. So sollen allein zwischen 2010 und 2013 ca. 10 Billionen US-Dollar aus öffentlichen Geldern in die Taschen des Präsidenten und seiner Familienangehörigen geflossen sein (vgl. Åslund 2014: 66). Zu Recht stufen *Börzel* und *van Hüllen* die Ukraine unter Janukowitsch als „failing democratic state“ ein (vgl. Börzel/van Hüllen 2011: 14).

Unter solchen Bedingungen wächst das Streben der Bevölkerung nach einem Machtwechsel, welcher die Korruption und systematische Unterdrückung der grundlegenden Freiheitsrechte in der

Ukraine beenden würde. Im November 2013 traf die Regierung die Entscheidung, das längst angestrebte Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU vorerst nicht zu unterzeichnen. Die ukrainische Öffentlichkeit erkannte hiermit die Strategie der Regierung, die gesamte europäische Integration des Landes auf Eis zu legen. Als Folge gingen am 21. November 2013 mehrere Aktivisten auf die Straßen, um gegen die Abkehr vom europäischen Kurs des Landes, systematische Verletzung der grundlegenden Werte einer europäischen rechtsstaatlichen Ordnung und die korrupte Macht zu demonstrieren. Hiermit begann die sogenannte „*Euromajdan-Revolution*“, die sich von Kiew aus in das ganze Land ausbreitete und trotz massiver gewaltsamer Unterdrückungen seitens des Regierungsapparats, welche mehrere Leben kosteten, immer mehr Bürger im Zeitraum November 2013 bis Februar 2014 mobilisierte (vgl. Yablonskyi et al. 2014: 19; Kudelia 2014: 28-29; Diuk 2014: 83; Krasynska/Martin 2017: 426).⁹⁴ Infolge der Proteste konnte Janukowitsch durch oppositionelle Parteien dazu bewegt werden, in die Rückkehr zur parlamentarisch-präsidentialen Regierungsreform im Sinne der gescheiterten Verfassungsreform von 2004 einzuwilligen (vgl. Kudelia 2014: 29). Wenige Tage danach, am 21. Februar 2014, verließ Janukowitsch das Land, was den Weg zur schnellen Gründung einer neuen proeuropäischen Regierung, hauptsächlich aus den Reihen der Opposition aus Zeiten Janukowitschs, ebnete (vgl. European Commission 2014f: 2). Am 21. März 2014 unterzeichnete die neue Regierung das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU, was einen neuen Reformkurs in Richtung einer europäischen liberalen Demokratie einleitete (vgl. Åslund 2014: 70). Somit präsentierte sich die *Euromajdan-Revolution* als „Geburt einer neuen Ukraine“, welche sich durch ausgeprägte proeuropäische Stimmungen, eine politisch aktive Zivilgesellschaft mit einem hohen Mobilisierungspotenzial und neue politische Eliten auszeichnete (vgl. Diuk 2014: 83-88).

Am 25. Mai 2014 wählte eine absolute Mehrheit 54,7 % der Stimmen den Unternehmer Petro Poroschenko zum Präsidenten der Ukraine (vgl. Diuk 2014: 88). Poroschenko versprach einen entschlossenen Kampf gegen die Korruption und eine schnelle Umsetzung der demokratischen Reformen, wie diese durch das Assoziierungsabkommen mit der EU vorgesehen waren – insbesondere in den Bereichen Justiz, Inneres, öffentliche Verwaltung und Sicherheitskräfte. Im Dezember 2014 entstand unter der Führung von Arsenii Yatseniuk die zweite Postmajdan-Regierung, welche viel Wert auf zivilgesellschaftliche Expertise legte und gleichzeitig ca. 200 neue Fachexperten, großteils aus dem zivilgesellschaftlichen Sektor, in unterschiedliche Ministerien einberief (vgl. Solonenko 2016: 8). In diesem Sinne wurde die neue Regierung als „the most professional, reform-minded and EU-oriented“ bezeichnet, die die Ukraine seit 1991 gebildet hatte (vgl. Chromiec/Koenig 2015: 11). Das vorgelegte Regierungsprogramm sah vier Arbeitsblöcke vor: Deregulierung, Debürokratisierung, Dezentralisierung und Deoligarchisierung des gesamten Staatsapparats (vgl. ebd.: 1).

Die Bilanz der Arbeit der neuen Regierung bis Ende 2015 fiel ambivalent aus. Wesentliche Erfolge konnten im Bereich der Deregulierung der ukrainischen Wirtschaft genannt werden, indem mehrere bürokratische Hürden für Unternehmen bzw. ausländische Investoren abgebaut wurden (vgl. Chromiec/Koenig 2015: 5). Deutlich langsamer gestalteten sich die Reformen beim Abbau des überfrachteten Bürokratieapparats bzw. der geplanten Dezentralisierung des gesamten Staatsapparats infolge einer weitgehenden Kompetenzstärkung der lokalen Exekutiveebene. Trotz der Verabschiedung mehrerer hierfür benötigter Gesetze, einschließlich einzelner Verfassungsänderungen, fehlte es weiterhin an personellen und administrativen Kapazitäten und am politischen Konsens auf höherer Politikebene, um die Reformen effizient zu sichern (vgl. ebd: 5-6).

⁹⁴ Zum genaueren Ablauf der Proteste während der *Euromajdan-Revolution* vgl. u. a. Diuk 2014; Kudelia 2014; Onuch 2014; Krasynska/Martin 2017.

Bescheidener als erwartet fielen außerdem die Fortschritte im Bereich der Deoligarchisierung bzw. der damit einhergehenden Reformen für die Bekämpfung der Korruption aus. Zwar wurde eine Reihe von Anti-Korruptionsbehörden wie beispielsweise das nationale Anti-Korruptionsbüro gegründet bzw. einige wichtige Gesetzesinitiativen verabschiedet, um das systematische Vorgehen gegen die Korruption auf allen Verwaltungsebenen zu ermöglichen. Dennoch fehlte es auch hier an einem notwendigen Konsens auf oberster Regierungsebene bzw. den notwendigen Ressourcen, um die gesamten Versprechen in Bezug auf die Bekämpfung der Korruption einzuhalten (vgl. Stein 2015: 2-3). Somit betitelte man die Regierungsarbeit gegen Ende 2015 als „Ernüchterung nach einem Jahr Lustrationsprozess“, da Fortschritte durch persönliche Interessen innerhalb der *Postmajdan*-Regierung systematisch ausgebremst wurden (vgl. ebd.: 2). Insbesondere in Bezug auf den Kampf gegen Großkorruptionsfälle etablierte sich schon Anfang 2015 ein ziemlicher Stillstand. Auf der Ebene der mittleren Ministerialbürokratie wurde die ambitionierte Anti-Korruptionsagenda ebenfalls als eine Bedrohung gesehen, was den benötigten Reformwillen in der Politik wiederum schwächte (vgl. Härtel 2015: 2).⁹⁵

Zusammenfassend kann behauptet werden, dass die Regierung in den ersten Jahren nach der *Euromajdan*-Revolution wichtige Schritte in Gang setzte, um mehrere notwendige Reformen, die eine stabile demokratische Ordnung ermöglichen würden, inhaltlich vorzubereiten. Die meisten Erfolge konnten vor allem hinsichtlich der Verabschiedung notwendiger Reformgesetzgebungen beobachtet werden. Dennoch zeigten sich schon im ersten Jahr der Nach-Janukowitsch-Ära sowohl internationale als auch nationale Beobachter einig, dass das Reformtempo des Landes viel zu niedrig war (vgl. Härtel 2015: 2). Dafür gab es mehrere Gründe: Trotz einer bisher nicht dagewesenen Erneuerung des Staatsapparats um viele neue, hochqualifizierte Kräfte und dem deutlich gestiegenen Reformdruck der zivilgesellschaftlichen Akteure, konnte sich nach der Revolution keine neue konsolidierte Machtordnung mit starkem Reformwillen etablieren (vgl. ebd.). Stattdessen hatte die neue Regierung weiterhin mit mehreren Hürden zu kämpfen, welche aus den Zeiten Janukowitschs mitgeerbt wurden. Dazu gehören: die Persistenz des politischen Einflusses der Oligarchen, die an einem schnellen Reformersfolg nicht interessiert waren; Schwäche der demokratischen Institutionen und politischer Kultur; unzureichende Mechanismen der Kommunikation und Koordination zwischen nationalen und lokalen Politikakteuren; Mangel an administrativen Kapazitäten und entsprechend ausgebildeten Fachkräften in den Reihen der Exekutivorgane, um die Reformumsetzung vor Ort effizient voranzutreiben (vgl. Solonenko 2016: 6-9; Härtel 2015: 2-6). Die Demokratisierung entfaltete sich somit als „numerous reform efforts with mixed results“ (vgl. Solonenko 2016: 3). Als Bremsfaktor auf dem Weg der Demokratisierung zeigte sich ebenfalls das sinkende Vertrauen der ukrainischen Gesellschaft in die Reformfähigkeit der neuen Regierung, welches u. a. auf den sinkenden Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit zurückzuführen ist (vgl. Gatskova 2015: 2). Unbestritten bleibt dennoch, dass die Ukraine trotz dieser Probleme nach der *Euromajdan*-Revolution einen politischen Neuanfang schaffte, welcher zu mehreren unumkehrbaren demokratischen Reforminitiativen führte (vgl. Härtel 2015: 4).

⁹⁵ Zu den wichtigsten Schritten der *Postmajdan*-Regierung bei der Bekämpfung der Korruption vgl. Stein 2015: 2-7.

3.5 Zusammenfassende Bemerkungen

Dieses Kapitel bot eine Übersicht über zentrale Etappen der demokratischen Transformation in der Ukraine im Untersuchungszeitraum 1994–2015.

In Anlehnung an das oben diskutierte Drei-Phasen-Modell der Demokratisierung (vgl. Kap. 2.3), konnte angenommen werden, dass die Liberalisierungsphase im gesamten Demokratisierungsprozess in der Ukraine mit der Unabhängigkeitserklärung von 1991 zu Ende ging, und somit den weiteren Weg der Institutionalisierung eröffnete. Dieser gestaltete sich allerdings als äußerst schwierig, weil das Land seit Beginn der Präsidentschaft Leonid Kutschmas immer weiter in Richtung eines autoritär geprägten Regierungsmodells abrutschte. In formaler Hinsicht konnten die Abrisse der ukrainischen Demokratie mit der Verfassungsgebung 1996 und der dadurch begründeten politischen Ordnung jedoch institutionalisiert werden.

Die einmalige Chance auf demokratische Konsolidierung bat sich dabei mit der sogenannten „Orangen“ Revolution, wo infolge der friedlichen Massenproteste die neuen demokratisch gesinnten Kräfte unter der Führung des Präsidenten Juschtschenko die Macht übernahmen. Dennoch verpassten diese ihre Chance. Stattdessen schwächten unüberbrückbare Gegensätze zwischen der Regierung und dem Präsidenten und eine instabile Verfassungsordnung die weitere Demokratisierungsdynamik stark, weswegen es 2010 zur Rückkehr der pro-russischen, von Oligarchen gesteuerten politischen Klans mit Präsident Janukowitsch an der Spitze kam. Die Jahre seiner Präsidentschaft (2010–2014) sind zu Recht als tief greifende Stagnation des demokratischen Prozesses in der Ukraine angesehen, der durch systematische Korruption, eine politisch manipulierbare Judikative und Verletzungen der grundlegenden bürgerlichen Freiheitsrechte markiert wird. Das frühzeitige Ende des korrupten Regimes Janukowitschs traf gegen Ende Februar 2014 ein, infolge der sogenannten „Euromajdan“-Revolution, in der Millionen Ukrainer gegen die Korruption bzw. für eine europäische Zukunft des Landes protestierten. Die Revolution ermöglichte einen politischen Neuanfang in der Ukraine, indem der Präsident Poroschenko und die neue Regierung die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss der ausstehenden Reformen und somit eine Aussicht auf Konsolidierung der demokratischen Ordnung schufen. Bis Ende 2015 zeigte sich die Bilanz der Reformen bzw. des verkündeten Kampfs gegen die Korruption dennoch als bescheiden. Für die Umsetzung der meisten Reformvorhaben mangelte es vor allem an administrativen Kapazitäten. Somit präsentiert sich die Konsolidierung der ukrainischen Demokratie gegen Ende 2015 weiterhin als ein offener Prozess.

Kaum ein Konzept hat in den letzten Jahrzehnten in der Politik, der Öffentlichkeit und den Wissenschaften so erfolgreich Karriere gemacht wie das der Zivilgesellschaft (vgl. Gosewinkel et al. 2004: 11; Priller 2011: 11). So gut wie überall – sei es bei sozialen Bewegungen, NGOs, Verbänden oder politischen Parteien – wird von der Zivilgesellschaft gesprochen (vgl. Klein 2001: 13). Was genau unter „Zivilgesellschaft“ zu verstehen ist, ist dennoch nicht immer klar: so vielfältig und schillernd wie den Zivilgesellschaftsbegriff verwendet der moderne politikwissenschaftliche Diskurs kaum einen anderen Begriff (vgl. Lauth 2003: 32).

Neben dem weitgehenden Konsens darüber, dass die Zivilgesellschaft eine grundsätzlich vom Staat autonome und positiv normativ aufgeladene Sphäre darstellt, weist eine ganze Fülle an Beschreibungen auf zahlreiche definitorische Grauzonen des Konzepts hin. Besonders oft sind Widersprüchlichkeiten hinsichtlich von Zielen, normativ-ideologischen Verfärbungen, des politischen Gehalts bzw. des Verhältnisses der Zivilgesellschaft zu anderen Sphären der gesellschaftlichen Interaktion zu finden (vgl. Weißels 2004: 173; Simsa 2001: 23).⁹⁶ Zu Recht bezeichnen Autoren das Zivilgesellschaftskonzept als „*passepartout* innerhalb der modernen politikwissenschaftlichen Diskurse“ (Klein 2007: 8), „a catchy advertising slogan“ (Keane 1998: 36); als „elastisches“ (Behringer 2007: 204), „höchst unscharfes“ (Weißels 2004: 173) oder „facettenreiches“ (Zimmer 2010: 152) Konzept. Diese Unschärfe des Zivilgesellschaftsbegriffs resultiert sowohl aus der Heterogenität der von ihm beschriebenen Phänomene als auch aus der Komplexität ihrer Funktionen: Je nach Kontext wird „Zivilgesellschaft“ als analytisches Instrument, politische Strategie, gesellschaftliche Norm oder Form der sozialen Aktion eingesetzt (vgl. Bauerkämper 2003: 10; Simsa 2001: 23-24). Als Folge verzichtet die Transformationsforschung auf einen universellen, idealen Typus der Zivilgesellschaft und fordert stattdessen von ihren Begriffsbestimmungen einen hohen Grad an Universalisierung bzw. Anpassungsfähigkeit an diverse politische und gesellschaftliche Problemlagen, weswegen die konzeptionellen Grundlagen der Zivilgesellschaftsforschung besonders schwer zu konsolidieren bleiben (vgl. Klein 2007: 8; Anheier et al. 2011: 120; Lauth/Merkel 1997a: 12-13).

Das folgende Kapitel unternimmt den Versuch, unter Einbeziehung der wichtigsten Interpretationen des Begriffs der Zivilgesellschaft seine prägenden Merkmale zu begründen. Dafür bietet sich an, nicht nur die wichtigsten Aspekte der westlichen Debatte zum Zivilgesellschaftskonzept darzustellen, sondern dieses von anderen politikwissenschaftlichen Ansätzen, welche sich auf das zivilgesellschaftliche Handeln stützen, abzugrenzen. Besondere Aufmerksamkeit kommt der transformationstheoretischen Bedeutung der Zivilgesellschaft als Akteurs der Demokratisierung im postkommunistischen Kontext zu.

⁹⁶ Zur Problematik der Definition der Zivilgesellschaft vgl. Lane 2010: 294; Dimitrova 2009: 2; Lynen von Berg/Hirsland 2004: 15; Behringer 2007: 2004, Edwards 2013: 2; Gensicke 2011.

4.1 Die normativ-historischen Grundlagen des modernen Zivilgesellschaftsdiskurses

Der moderne zivilgesellschaftliche Diskurs geht zum größten Teil aus der Renaissance des Zivilgesellschaftskonzepts im Kampf um Demokratie und Freiheit in den totalitär regierten Staaten Ost- und Mitteleuropas seit den 1980er Jahren hervor (vgl. Waldenhof 2003: 37). Die normativ-theoretische Begründung der damit verbundenen Demokratisierungsprozesse der kommunistischen Welt suchte man vorrangig im westlich geprägten Verständnis der Zivilgesellschaft, das über die Jahrhunderte im Mittelpunkt der europäischen Diskussion über Politik und Gesellschaft stand (vgl. Kocka 2004: 66; Gosewinkel 2010: 1). Daher ist ein kurzer Überblick über den westlichen Entwicklungspfad des Begriffs der Zivilgesellschaft unabdingbar, um dessen Bedeutung innerhalb der postkommunistischen Transformationsprozesse offenzulegen.⁹⁷

4.1.1 Der republikanische versus den liberalen Strang des zivilgesellschaftlichen Diskurses

Eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des Zivilgesellschaftsdiskurses spielten historische Kontroversen und normative Verflechtungen zwei zentraler Stränge der politischen Denktradition: des republikanischen Strangs als eines Tugenddiskurses auf der einen und des Strangs des politischen Liberalismus als eines Interessendiskurses auf der anderen Seite (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 15; Kocka 2003: 34; Klein 2001: 278).

Der republikanische Strang, der von der frühen Neuzeit bis weit in die liberale Theoriebildung das Verständnis der Zivilgesellschaft prägte, baut in erster Linie auf dem Konzept der „bürgerlichen Gesellschaft“ als einer mit dem Staat eng verbundenen politischen Gesellschaft auf (vgl. Beyme, von 2000: 51; Klein 2001: 274). Das Modell einer politisch verfassten Gesellschaft geht in die Antike zurück: So verstand Aristoteles unter *societas civilis* eine öffentliche Gemeinschaft der gleichberechtigten und zum Zwecke eines tugendhaften Lebens miteinander verbundenen Bürger, welche mit der Politik und dem Staat identisch ist (vgl. Fein/Matzke 1997: 10-11, 53; Simsa 2001: 27).⁹⁸ In der späteren Auffassung Montesquieus, einem der Väter der republikanischen Staatstheorie, fasst dieser die Zivilgesellschaft nicht nur als politische Organisation, sondern auch als Träger einer unabhängigen politischen Macht auf (vgl. Adloff 2005: 29).⁹⁹ Hiermit rückt er einen aktiven, durch eine hohe Partizipationsbereitschaft am politischen Leben gekennzeichneten Bürger ins Zentrum einer republikanischen Gesellschaft. Ihre politische Prägung sichern freie Assoziationen, deren Rolle als intermediärer Vermittlungsstrukturen zwischen Staat und Bürger seit Montesquieu systematisch begründet wurde (vgl. Münkler 2003: 23; Baker 1998: 82; Adloff 2005: 33). Ferner rückte der politische Zusammenhang von Assoziation, Gemeinwohlorientierung und Bürgertugend ins Zentrum der Debatte über die bürgerliche Gesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert (vgl. Hoffmann 2001: 307-308). Mit der Auflösung der ständischen Ordnung im 18. Jahrhundert erhebt der republikanische Diskurs das Bürgertum zum Ideal der Aufklärung. Das Bürgertum, das sich aus stark heterogenen sozialen und politischen Klassen, vorrangig aber aus dem unternehmerischen Wirtschaftsbürgertum (*bourgeoise*) und dem akademischen Bildungsbürgertum zusammensetzte, entwickelte sich im 19.

⁹⁷ Für eine allgemeine Übersicht über die historische Evolution des Begriffs vgl. Merkel/Lauth 1998; Beyme, von 2000; Keane 1998; Arato/Cohen 1992; Adloff 2005; Klein 2001.

⁹⁸ Diese seit der Antike bestehende Gleichstellung der „politischen Gesellschaft“ mit dem Staat wird erst seit dem Mittelalter infolge der allmählichen Trennung der bürgerlichen im Sinne der zivilen Gesellschaft vom Staat relativiert (vgl. Fein/Matzke 1997: 53).

⁹⁹ Zur genaueren Darstellung der Entwicklungsgeschichte bzw. der Merkmale des Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft, u. a. in der Abgrenzung zu den Begriffen des Bürgertums und der Bürgerlichkeit siehe auch Kocka 1988; Lichtblau 1978; Puhle 1991, Klein 2001.

Jahrhundert zu einer umfassenden gesellschaftlichen Mittelschicht – einer „bürgerlichen Gesellschaft“, die zum Hauptträger der zivilgesellschaftlichen Werte und Tugenden aufging (vgl. Bauerkämper 2010: 6, 2003: 15; Kocka 2004: 67, 72-73; Puhle 1991: 9-10).

Auch wenn eine solche „bürgerliche Gesellschaft“ als Projekt der vom Bürgerengagement getragenen politischen Gesellschaft ihre Anziehungskraft bis in die Gegenwart behält, gab erst die strikte Differenzierung zwischen Staat und Gesellschaft sowie die Betonung der individuellen Autonomie den entscheidenden Anstoß für die Entwicklung des modernen zivilgesellschaftlichen Diskurses innerhalb der liberalen Denktradition (vgl. Kocka 2004: 66; Klein 2001: 21-31).¹⁰⁰ Zu Recht spricht *Bauerkämper* (vgl. 2003: 8) bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft „von einem antidiktatorischen Kampfbegriff zu einem weltweiten Postulat der Durchsetzung einer liberalen und demokratischen Gesellschaftsordnung“.¹⁰¹ Für die Entwicklung eines modernen liberalen Zivilgesellschaftsbegriffs war insbesondere die Ersetzung des für die republikanische Denktradition typischen Dualismus von Staat und bürgerlicher Gesellschaft durch den Tripartismus von Markt, Staat und Zivilgesellschaft von Bedeutung; dies ist auf die Verbreitung kapitalistisch geprägter marktwirtschaftlicher Verhältnisse zurückzuführen (vgl. Klein 2001: 24; Etzioni 2000: 403-404). Somit bildet die Zivilgesellschaft neben der Verfassungsstaatlichkeit und funktionierender Marktwirtschaft die dritte Säule, auf die sich liberale Freiheit stützt (vgl. Adloff 2005: 78).

Angeregt von liberalen Denkern der Aufklärung, wie Adam Ferguson, John Locke, Immanuel Kant oder Georg Wilhelm Friedrich Hegel, entwickelte sich seit dem 17. Jahrhundert das liberale Modell der entpolitisierten bürgerlichen Gesellschaft als einer autonomen, freien Sphäre, die sich auf die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und des kulturellen, religiösen und ethnischen Pluralismus stützt. Gleichzeitig ist sie als utopischer Zukunftsplan des friedlichen Zusammenlebens politisch reifer Bürger zu betrachten (vgl. Kocka 2004: 66; Abele 2006: 26-27; Klein 2001: 274). Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts entsteht das sogenannte „liberale Bürgertum“, das einer modernen liberaldemokratischen Zivilgesellschaft zugrunde gelegt wird (vgl. Zimmer 2010: 155). In der Abgrenzung zur republikanischen Tradition, meint eine liberale *civil society* einen staatlich unabhängigen Raum, in dem die Teilnahme am politischen Leben von individuellen Entscheidungen des einzelnen Bürgers abhängig gemacht wird (vgl. Laubinger 2009: 86).¹⁰² Gerade die einzelnen Bürger, die sich in einem liberalen Staat als Privatpersonen mit eigenen wirtschaftlichen Interessen verhalten, bilden die wichtigsten Struktureinheiten der *civil society* (vgl. Arato/Cohen 1992: 219-220; Hegel 1970: 339-343). Die individuellen Bürgerrechte, die von John Locke begründet, von Alexis de Tocqueville präzisiert und von Immanuel Kant als „Menschenrechte“ fortentwickelt wurden, werden somit zum normativen Kernpunkt einer jeder liberalen Gesellschaft. Betont wird die Rolle der Bürgerrechte als Garantie für das notwendige Maß an Toleranz, Zusammenhalt, Freiheit und Frieden innerhalb der pluralen Gesellschaftsverhältnisse (vgl. Adloff 2005: 7-8, 22, 30, 36-37; Schade 2002: 8-10, 15-17).¹⁰³ Selbst der zivilgesellschaftliche Raum ist vor allem dafür da, um die Freiheits- und

¹⁰⁰ Für den Überblick über die Entwicklung der liberalen Ansätze innerhalb des zivilgesellschaftlichen Diskurses vgl. Dahrendorf 1983; Rawls 2005; Putnam et al. 1993; Krause/Malowitz 1998; Arato/Cohen 1992; Etzioni 2000.

¹⁰¹ Zwar wird in der deutschen Sprache heutzutage grundsätzlich zwischen „bürgerlicher“ und „ziviler“ Gesellschaft unterschieden, dennoch werden die beiden Begriffe oft synonym verwendet. Als Trennlinie zwischen den beiden Begriffen wird u. a. die Annahme herangezogen, dass „Zivilgesellschaft“ sowohl eine normative als auch eine empirische Ebene beinhaltet, während die moderne Interpretation einer „bürgerliche Gesellschaft“ diese beiden Ebenen auseinanderhält (vgl. Bauerkämper 2010: 3-8; Akkaya 2012: 41).

¹⁰² Der englische Begriff der *civil society* wurde 1797 von *Ferguson* in politisch-soziale Sprache des Liberalismus eingeführt (vgl. Weßels 2004: 173).

¹⁰³ Zur Kantschen Philosophielinie im Liberalismus siehe auch Kant 1986 und Bialas/Häßler (Hg.) 1996.

Gleichheitsrechte vorstaatlichen Eingriffen zu schützen und den Bürgern somit die Gestaltung des eigenen bzw. des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen (vgl. Croissant et al. 2000: 10-11).

Aus liberaler Sicht zeigt sich das zivilgesellschaftliche Handeln erst dann höchst wirksam, wenn dieses sich innerhalb freier bürgerlicher Assoziationen organisiert. Das assoziative Element ist entscheidend, um eine nötige Schwelle von Toleranz, Vertrauen, gegenseitiger Verantwortlichkeit und Kompromissbereitschaft zu erreichen und somit die demokratische Qualität einer Gesellschaft zu sichern (vgl. Zimmer 2007a: 212; Croissant et al. 2000: 12). Diese überragende demokratieförderliche Rolle der gesellschaftlichen Assoziationen begründete Alexis *de Tocqueville* (vgl. 2011 [1835]). Am Beispiel der amerikanischen Bürger zeigte er, wie das Engagement innerhalb unzähliger Vereine zur Lösung der sozialen und politischen Fragen, der Freiheit und Gleichheit in einer Gesellschaft beiträgt (vgl. Hoffmann 2001: 303). Die freien Vereinigungen fasste er somit als „Schulen der Demokratie“, wo demokratische Verhaltensmuster eingeübt werden, auf (vgl. Merkel/Puhle 1999: 169). Das bürgerschaftliche Engagement stellt hiermit eine wichtige Bürgerpflicht dar (vgl. Zimmer 2010: 156).

Indem eine liberal verfasste Gesellschaft weitgehende Autonomie gegenüber dem Staat voraussetzt, hält sie eine politische Zivilgesellschaft für obsolet: Die Politik bleibt für den Staat reserviert, während die Zivilgesellschaft sich als Sphäre des öffentlichen Einwirkens von außen auf die politischen Strukturen gestaltet (vgl. Klein 2001: 86).¹⁰⁴ In diesem Licht bezeichnet der bekannte liberale Ziviltheoretiker Larry *Diamond* (1994: 5) die Zivilgesellschaft als „The realm of organized social life that is voluntary, self-generating, (largely) self-supporting, autonomous from the state, and bound by a *legal order* or set of shared rules“. Trotz dieser grundsätzlichen Unabhängigkeit von staatlicher Macht hält die liberale Denktradition die Existenz der Zivilgesellschaft nur in einem bestimmten Verhältnis zum Staat für denkbar, in dem die zivilgesellschaftlichen Akteure die politische Macht systematisch kontrollieren und einer gesellschaftlichen Kritik unterziehen (vgl. Zimmer 2010: 155; Mercer 2002: 7). Somit setzt eine starke Zivilgesellschaft genug Kapazitäten voraus, um die staatlichen Akteure herauszufordern (vgl. Gellner 1995: 32).

Erst seit Beginn des 19. Jahrhunderts lässt sich eine liberale „civil society“ in nennenswertem Umfang nachweisen. Sie zeichnet sich durch Meinungsfreiheit, religiöse Toleranz, Rechtsgleichheit, Parteipluralismus, allgemeines Wahlrecht, Pressefreiheit, ein öffentlich beratendes Parlament als Repräsentativorgan sowie einen relativ unparteiischen Beamtenapparat aus (vgl. Akkaya 2012: 42-43). Eine klare Differenzierung zwischen Staat und Zivilgesellschaft sehen auch die späteren liberalen Ansätze als entscheidendes Element der Politik (vgl. Peruzotti/Plot 2013: 8-12). So wird seit Ende des 19ten Jahrhunderts die Zivilgesellschaft in ihrer liberalen Verfassung *de facto* zum zentralen Begriff, um die kritische Einstellung zum Staat seitens der für die eigenen Freiheitsrechte kämpfenden Bürgerkreise auszudrücken (vgl. Reichardt 2006: 139-140).

Somit tragen sowohl die im politischen Liberalismus begründete Trennung von Staat und Zivilgesellschaft als auch das republikanische Modell einer politischen Gesellschaft kontinuierlich die Entwicklungsgeschichte des zivilgesellschaftlichen Diskurses. Den ersten Versuch einer systematischen Integration dieser beiden Theoriestränge unternahm erst Hegel im 19. Jahrhundert im Rahmen seines ausgearbeiteten Modells einer repolitisierten bürgerlichen Gesellschaft; dort brachte er innerhalb der freien Assoziationen die Interessen des *bourgeois* als Wirtschaftsbürgers und des *citoyen* als über die Eigeninteressen hinaus schauenden und somit gemeinwohlorientierten Bürgers zusammen (vgl. Klein 2001: 275; Adloff 2005: 33). Dieses Kompromissmodell legte auch den

¹⁰⁴ Eine solche Autonomie der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat wurde ursprünglich noch von *Hegel* (vgl. 1970: 339) begründet.

normativen Grundstein für die Entwicklung des Diskurses der Zivilgesellschaft seit der zweiten Hälfte des 20sten Jahrhunderts, nicht nur in West-, aber auch in Osteuropa, wo politische Partizipation der Bürger als wichtiger Schutzmechanismus ihrer Freiheitsrechte galt.

4.1.2 Die Wiederbelebung des zivilgesellschaftlichen Diskurses in den 1980er und 1990er Jahren

Aus Sicht der Demokratietheorie spielte das Konzept der Zivilgesellschaft lange Zeit keine Sonderrolle, bis es in den 1980er Jahren in den Dissidentenkreisen Ostmitteleuropas wiederentdeckt wurde (vgl. Zimmer 2010: 152). Seine normative Gestaltung als antikommunistischer Diskurs stand jedoch in einem engen Spannungs- bzw. Austauschverhältnis mit den westlichen Demokratiedebatten.

Eine besondere Belebung findet in diesem Kontext das Konzept der Zivilgesellschaft innerhalb der kritischen Schule Ende der 1980er-, Anfang der 1990er Jahre. Die Vertreter der kritischen Schule, unter ihnen vor allem Jürgen Habermas, Andrew Arato, Jean Louise Cohen und John Keane, legen die Zivilgesellschaft als autonomen, von der Wirtschaft und dem Staat abgegrenzten Raum der politisch aktiven Bürger aus (vgl. Fein/Matzke 1997: 19-20).¹⁰⁵ Das demokratieförderliche Potenzial der Zivilgesellschaft begründet seit Beginn der 1990er Jahre Jürgen Habermas' Ansatz der deliberativen Politik, welche auf politische Partizipation freier Bürger setzt und dabei zwischen dem politischen Liberalismus und dem Republikanismus zu vermitteln versucht (vgl. Klein 2001: 25; Barber 1995: 281).¹⁰⁶ Das deliberative Modell präsentiert die Zivilgesellschaft in erster Linie als ein zwischen der Regierung und dem privaten Sektor angesiedelter unabhängiger Raum der sozialen Kommunikation, in dem kommunikatives Handeln die einzelnen Bürger in Zielen der Vertretung ihrer Interessen vor dem Staat mit der politischen Öffentlichkeit als Ort politischer Bürgerteilnahme vernetzt, und welche somit auch politisch mobilisiert werden.¹⁰⁷ Damit agieren die zivilgesellschaftlichen Akteure als Kommunikationsstrukturen innerhalb einer freien öffentlichen Sphäre, welche jenseits des Staates und der Wirtschaft einen Raum für freie Debatte, Beratung und Teilhabe an demokratischer Willensbildung anbietet (vgl. Croissant et al. 2000: 14-17). In diesem Licht sieht *Habermas* den wichtigsten Auftrag der Zivilgesellschaft darin, mit der Kraft der Kommunikation die Resonanz, welche gesellschaftliche Problemlagen im privaten Lebensbereich finden, aufzunehmen und an die politische Öffentlichkeit weiterzugeben (vgl. Habermas 1990: 343-352). In diesem Zusammenspiel stehen die zivilgesellschaftlichen Akteure oft in einem Spannungsverhältnis zum Staat, der ihre Handlungen sowohl einschränkt als auch ermöglicht (vgl. Keane 1988: 6).

Von wichtiger Bedeutung waren für osteuropäische Ziviltheoretiker die *kommunitaristischen* Ansätze, welche das Primat des Kollektivs hervorheben und somit die Menschen primär als soziale Wesen auslegen. Zentral war dabei die Frage, wie viel Gemeinschaft die liberal-demokratischen Gesellschaften zu ihrem Zusammenhalt benötigen (vgl. Adloff 2005: 63; Beyme, von 2000: 58;

¹⁰⁵ Ausführlicher zur kritischen Schule siehe Arato/Cohen 1992; Keane 1988, 1998; Habermas 2012, 2011, 1992; Chambers 2002.

¹⁰⁶ Zu wichtigen Merkmalen des Ansatzes der deliberativen Demokratie vgl. Dryzek 2000; Öberg/Svensson 2012; Habermas 1992; Schade 2002.

¹⁰⁷ Vgl. hierzu Habermas 1996: 367-373; Klein 2001: 380; Öberg/Svensson 2012: 251; Adloff 2005: 79-80; Reichardt 2006: 141; 2004: 75; Barber 1995: 281. Unter der „politischen Öffentlichkeit“ versteht *Habermas* (vgl. 1996: 367-373) die zwischen dem Staat und dem privaten Sektor vermittelnden intermediären Strukturen, deren Tätigkeit aus den Perspektiven verschiedener Akteure, wie der Massenmedien, der großen Medienagenturen, des Marktes und der einzelnen politischen Akteure beobachtet und mitbeeinflusst wird.

Schade 2002: 8-10).¹⁰⁸ Daher standen im Mittelpunkt der Interpretation der Zivilgesellschaft die autonomen netzwerk- und kooperationsartigen Formen des Gemeinschaftslebens, welche sich innerhalb freiwilliger gesellschaftlicher Vereinigungen entfalten und die Förderung von sozialer Verantwortung, Kommunikation und Solidarität unter den Individuen vorantreiben (vgl. Abele 2006: 34-35; Reichardt 2004: 69-70). Die Partizipation in sozialen Organisationen ist aus dieser Sicht eine wichtige Kraft der Konfliktschlichtung bzw. der Sicherung der demokratischen Entwicklung einer pluralen Gesellschaft (vgl. Croissant et al. 2000: 13; Adloff 2005: 66).

Auch *die Pluralismustheoretiker* gingen von der Notwendigkeit der Ordnung des sozialen Lebens innerhalb einer möglichst großen Bandbreite freier bürgerschaftlicher Gemeinschaftsformen aus, um eine für Demokratie unentbehrliche Vielfalt gesellschaftlich relevanter Meinungen und Interessen zu sichern. Zentral war somit die Ansicht, dass in den demokratischen Gesellschaften alle um die politische Berücksichtigung konkurrierenden Interessen innerhalb einzelner freier Assoziationen organisierbar sind, sodass keine gesellschaftliche Gruppe vernachlässigt werden muss (vgl. Croissant et al. 2000: 13; Fein/Matzke 1997: 21). Im Gegensatz zu den kommunitaristischen Ansätzen mit ihrem Fokus auf kleineren Gemeinschaftsformen, setzte das pluralistische Konzept den Akzent zugunsten großer sozialer Formationen. Diese sieht es als intermediäre Strukturen der organisierten kollektiven Interessen an, welche Anliegen der Bürger an die Regierung weitergeben bzw. in Konfliktsituationen zwischen den beiden Seiten vermitteln. Diese Perspektive fordert von der Zivilgesellschaft eine offene und höchst pluralistische Struktur, welche die Integration diverser Interessen innerhalb der größeren sozialen Gruppen ermöglicht (vgl. Streek 1987: 471-472; Sölter 1993: 172). Fraglich bleibt dennoch, inwiefern solche größeren Organisationen die Interessen von Individuen als Akteuren der Demokratisierung tatsächlich mitberücksichtigen können (vgl. Abele 2006: 31).

Seit Anfang der 1990er Jahre wird die normative Dimension des zivilgesellschaftlichen Handelns außerdem zunehmend durch das Konzept des „sozialen Kapitals“ erklärt (vgl. Akkaya 2012: 51). Hiermit fassten *Putnam et al.* (vgl. 1993: 167) jene Merkmale der sozialen Organisation zusammen, welche die Koordination der sozialen Interaktionen erleichtern und somit die Effizienz der Gesellschaft im Ganzen steigern. In erster Linie ist darunter das soziale Vertrauen, die sozialen Normen und die sozialen Netzwerke zu nennen. Dabei geht der Sozialkapitalansatz davon aus, dass solche Merkmale primär innerhalb bürgerlicher Vereinigungen akkumuliert sind bzw. in einer engen Verbindung mit der Bereitschaft zum Engagement jedes einzelnen Bürgers stehen (vgl. Zimmer 2007a: 214; Putnam et al. 1993: 167). Somit wird bürgerlichen Vereinigungen eine wichtige vertrauensbildende bzw. sozialintegrative Funktion innerhalb der Gesellschaft zugeschrieben, die sich in der Förderung von Kommunikation, Kooperation, Hilfsbereitschaft und gegenseitigen Verpflichtungen zeigt und dadurch die Entwicklung einer für jede demokratische Ordnung unentbehrlichen zivilen Kultur ermöglicht (vgl. Adloff 2005: 72-73; Zimmer/Hallmann 2005: 116). Letztere, wiederum, baut auf dem „moralischen Minimalkonsens“ auf, der sich in den Prinzipien der Toleranz, Kompromissbereitschaft, Gerechtigkeit und der Nichtanwendung physischer Gewalt offenbart und nicht zuletzt mit den sozial-psychologischen Merkmalen des Individuums zusammenhängt (vgl. Edwards/Foley 1998: 134-135; Klein 2001: 92). Gerade durch die Bereitstellung dieser zivilen Tugenden schafft das soziale Kapital auch die Ausgangsbedingungen für die Partizipation der Bürger am politischen Leben und trägt somit zur Aufrechterhaltung der

¹⁰⁸ Zur Entwicklung der Debatte zwischen dem Liberalismus und Kommunitarismus vgl. Rawls 1975; Sandel 1998; Taylor 1993; Schade 2002. Die allgemeinen Grundlagen der kommunitaristischen Ansätze des zivilgesellschaftlichen Diskurses werden in den Arbeiten von Sandel 1998; Walzer 1995, 1992 und Honneth (Hg.) 1993 diskutiert.

Demokratiegrundlagen bei (vgl. Abele 2006: 33-34; Zimmer/Priller 2007: 25). Dennoch wird die Effizienz des Sozialkapitalansatzes in Hinblick auf die Schwierigkeiten, die uneingeschränkt vertrauensbildende Wirkung des sozialen Engagements in freiwilligen Vereinigungen empirisch zu belegen, häufig kritisch hinterfragt (vgl. Zimmer 2007a: 214).

4.2 Die Wesensmerkmale des modernen Diskurses der Zivilgesellschaft

Trotz der erwähnten Schwierigkeiten, einen einheitlichen Zivilgesellschaftsbegriff zu definieren, weist die Fülle seiner konzeptionellen Ausführungen eine Reihe an jenen allgemeingültigen, besonders häufig diskutierten Merkmalen auf, deren Zusammenspiel *de facto* den modernen zivilgesellschaftlichen Diskurs in der Politikwissenschaft ausmacht. Insbesondere die Darstellung der Zivilgesellschaft als intermediären Sphäre zwischen Staat und Bürgern, die Betonung der normativen Dimension des Begriffs im Kontext der Demokratiedebatte und die herausragende Rolle des bürgerschaftlichen Engagements als einer treibenden Kraft der zivilgesellschaftlich gesteuerten Demokratisierung sind darunter zu erwähnen. Vereinfacht erfassen die moderne Interpretation der Zivilgesellschaft drei Begriffe: Assoziation, Vertrauen und Engagement (vgl. Weßels 2004: 185). Im Weiteren folgt ein Versuch, solche typischen Merkmale des modernen zivilgesellschaftlichen Diskurses darzustellen.

4.2.1 Zwischen Staat, Markt und Familie: die Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre der freiwilligen gesellschaftlichen Selbstorganisation

Abgesehen von zahlreichen Interpretationen des Zivilgesellschaftsbegriffs, definiert die soziologische und politikwissenschaftliche Forschung diesen als einen intermediären Bereich der gesellschaftlichen Selbstorganisation, der zwischen der individuellen Privatsphäre, dem Staat und der Wirtschaft liegt und sich grundsätzlich auf das soziale und politische Leben außerhalb der politischen Staatssphäre bezieht.¹⁰⁹ So wird die Zivilgesellschaft als „eine zwischen den Individuen und dem Staat angesiedelte Zwischensphäre“ (Lane 2010: 294) oder als „der Zwischenraum des sozialen Handelns“ (Gosewinkel 2010: 3) bezeichnet.

Solche Interpretation der Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre setzen sowohl ein Mindestmaß an Autonomie als auch eine gewisse Abhängigkeit der Zivilgesellschaft im Verhältnis zum Staat bzw. einzelnen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens voraus. So ist festzuhalten, dass eine vitale Zivilgesellschaft ohne Prinzipien der freien Marktwirtschaft bzw. des demokratischen Regierens, welche durch den Staat gesichert werden, nicht zu denken wäre (vgl. Bauerkämper 2003: 10; Lane 2010: 294-295; Reichardt 2004: 61-62). In diesem Sinne bemerkt *Anheier* (2001), dass die Zivilgesellschaft als Grenzzieher zwischen der Marktwirtschaft und der Demokratie agiert und hiermit die Existenz der modernen Gesellschaften möglich macht.

In den Versuchen, zahlreiche Konzeptualisierungen der Zivilgesellschaft als einer intermediären Sphäre zu strukturieren, wird im modernen politikwissenschaftlichen Diskurs häufig die Differenzierung zwischen bereichs- und handlungslogischen Begriffsdefinitionen eingesetzt (vgl. Reichardt 2004: 61; Gosewinkel et al. 2004: 11). Die bereichsbezogenen Definitionen interpretieren die Zivilgesellschaft als intermediärer Sozialraum zwischen Staat, Wirtschaft und dem privaten Bereich, der sich vorrangig durch freie bürgerliche Assoziationen als institutionellen Rahmen des

¹⁰⁹ Vgl. Bauerkämper 2003: 9; Merkel/Puhle 1999: 161; Kocka 2004: 66; Lane 2010: 294; Gosewinkel 2010: 3; Anheier 2001; Barber 1995: 281.

nicht-profitorientierten sozialen Handelns zur Geltung bringt (vgl. Gosewinkel 2010: 7; Akkaya 2012: 48; Reichardt 2004: 61). Sie gehen von einem engen Zusammenhang zwischen dem assoziativen Sektor und bürgerschaftlichem Engagement aus, der seit Zeiten *Tocquevilles* als einer der Bausteine der Demokratie diskutiert wird (vgl. Weßels 2004: 196). Diese tatsächliche Gleichsetzung der Zivilgesellschaft mit dem Assoziationswesen führt den Begriff der „zivilgesellschaftliche Organisationen“ für die Bezeichnung seiner einzelnen Struktureinheiten ein. Darunter fallen die Organisationen, welche sich durch formale Struktur, organisatorische Unabhängigkeit vom Staat, eigenständige Verwaltung, gemeinnützige Ausrichtung und freiwilliges Engagement auszeichnen (vgl. Priller 2011: 14-15; Zimmer/Hallmann 2005: 114). In der Praxis meint dies Verbände, Vereine, Stiftungen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und andere Organisationsformen, die die Zivilgesellschaft zu einem Raum der Selbstorganisation der Bürger in Zielen des freiwilligen Engagements werden lassen (vgl. Priller 2011: 14-15; Reichardt 2004: 61; Akkaya 2012: 48).

Aus dieser Perspektive definieren *Linz* und *Stepan* (1996: 7) die Zivilgesellschaft als jenen Bereich, in dem „self-organizing and relative autonomous groups, movements and individuals attempt to articulate values, to create associations and solidarities, and to advance their interests“. Ähnlich beschreiben *Lauth* und *Merkel* (vgl. 1997: 12) die Zivilgesellschaft als eine Vielzahl pluraler, auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen, die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und organisieren.

Die handlungslogische Sicht findet die treibende Kraft der gesamten zivilgesellschaftlichen Prozesse hingegen nicht innerhalb der Domäne der freiwilligen Assoziationen, sondern in konkreten Handlungen (vgl. Gosewinkel/Rucht 2004: 51-52). Indem die handlungslogischen Definitionen von den Grundannahmen über förderliche Qualitäten des sozialen Handelns in Bezug auf die Einübung demokratischer Lernprozesse bzw. die Stabilisierung der Demokratie ausgehen, konstruieren sie die Zivilgesellschaft als Muster des kollektiven Handelns und Verhaltens (vgl. Gosewinkel 2010: 8; Reichardt 2004: 61-62). So bezeichnet *Theiler* (2012: 1) die Zivilgesellschaft als „the sum of all fields of social interaction that are partially autonomous from the state and its affiliated agencies and are not aimed at economic profit“. Als demokratieförderlich wird jedoch nur ein spezifischer Typus des sozialen Handelns betrachtet: Es geht ausschließlich um die friedlichen Formen des sozialen Handelns, die das allgemeine Wohl im Auge behalten und den Bürgern neben der Selbstorganisation auch die Möglichkeiten zum Agieren im öffentlichen Raum bereitstellen (vgl. Priller 2011: 14). Die Hauptkraft, welche dieses Handlungsformat sichert, wird mit dem Begriff der „Zivilität“ umschrieben, die sich vorrangig auf die Mikro-Ebene der Einstellungen und des Verhaltens von BürgerInnen bezieht (vgl. Zimmer/Hallmann 2005: 115). Darunter ist eine bestimmte Kultur des Denkens, Handelns und Kommunizierens zu verstehen, welche sich in erster Linie an den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Vernunft orientiert (vgl. Gosewinkel 2004: 12; Gosewinkel/Rucht 2004: 49). Als Folge liegen zivilem Verhalten die Werte der Toleranz, des gegenseitigen Respekts bzw. der Anerkennung von Differenz, der Gewaltfreiheit, der Kompromissbereitschaft und der Orientierung an Kommunikation zugrunde (vgl. Priller 2011: 14; Gosewinkel/Rucht 2004: 38; Reichardt 2004: 61-62). Hiermit wird die Zivilität als eine nicht verhandelbare Verhaltensnorm mit konstitutiver Bedeutung für jede demokratische Gesellschaft aufgefasst (vgl. Schmitter 1993: 4; Bauerkämper 2003: 10; Zimmer 2007a: 215).

Die soziale Wirklichkeit einer modernen Zivilgesellschaft zeigt jedoch, dass diese sich überwiegend sowohl durch klare Organisationsstrukturen als auch durch einzelne Typen des sozialen Verhaltens präsentiert (vgl. Kocka 2003: 32; Zimmer/Hallmann 2005: 114). Infolgedessen sehen mehrere moderne Konzeptualisierungen der Zivilgesellschaft ihre bereichs- und

handlungsspezifischen Definitionen in einem direkten Zusammenhang zueinander.¹¹⁰ Die EU führt in ihrer Interpretation des Zivilgesellschaftsbegriffs ebenfalls seine bereichs- und handlungslogischen Definitionen zusammen und zählt somit Gewerkschaften, Arbeiter- und Berufsverbände, Kirchen, Universitäten und Medien dazu (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 7).¹¹¹

4.2.2 Das zivilgesellschaftliche Akteursspektrum

Ebenfalls keine deutliche Antwort liefern die meisten Interpretationsarten einer Zivilgesellschaft auf die Frage, welche Akteure dieser genau zuzuordnen sind (vgl. Salamon/Anheier 1999: 3).

Bei der weit verbreiteten Annahme, dass die gemeinnützigen NGOs den institutionellen Kern der modernen Zivilgesellschaft bilden, bleibt jedenfalls offensichtlich, dass in jedem demokratisch regierten Land auch die anderen Akteursformen dem zivilgesellschaftlichen Rahmen hinzugezählt werden (vgl. Priller/Zimmer 2004: 105-106; Wegmann 2009). Besonders häufig fallen darunter die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Medien, Vereine, kulturelle und religiöse gesellschaftliche Vereinigungen, lokale bzw. kommunale Netzwerke, die eigenständigen Bürgerinitiativen oder auch die einzelnen Bürger (vgl. Linz/Stepan 1996: 7-8; Whitehead 2002: 68).

Je nach entsprechenden Kriterien der Klassifizierung unterscheidet man zwischen zwei Sichtweisen, wann ein Akteur als zivilgesellschaftlich einzuordnen ist: Der ersten Sichtweise liegt das Kriterium der nicht-profitorientierten, freiwilligen und staatlich relativ autonom organisierten Formen des sozialen Handelns zugrunde (vgl. Lauth 2003: 32; Al-Amin 2008: 8). In diesem Kontext schlagen *Gosewinkel et al.* (vgl. 2004: 11) vor, all die sozialen Akteure als Teil der Zivilgesellschaft zu betrachten, die weder der staatlichen Sphäre noch dem Markt zuzurechnen sind, und auch nicht in der Privatsphäre liegen. Somit nennen sie darunter in erster Linie die freien Assoziationen, NGOs und soziale Bewegungen, welche in besonderer Verdichtung und Intensität das soziale und politische Handeln prägen. Aus dieser Perspektive nennt *Weyrauch* (2008: 1) unter den Akteuren der Zivilgesellschaft „think tanks and research associations, human rights advocacy bodies and other promotional groups; foundations and other philanthropic bodies; trade unions and worker’s co-operatives, community-based organisations; faith-based organisations; cross-national policy dialogue groups; networks“. Seinerseits fasst *Mai* (vgl. 2013: 3) die Bürgerinitiativen, Vereine, NGOs und Verbände als wichtigste Akteure der Zivilgesellschaft zusammen.

Die zweite Sichtweise legt das schon erwähnte Kriterium der Zivilität des Handelns als Hauptmerkmal eines zivilgesellschaftlichen Akteurs aus. Ein solcher funktional angelegter Ansatz erlaubt eine möglichst breite Interpretation des zivilgesellschaftlichen Bereichs, die auch ethnische Gruppen, Kirchen oder Unternehmen dazuzählt (vgl. Lauth 2003: 32; Al-Amin 2008: 8). Hiernach legen *Salamon* und *Anheier* (1999: 3) „hospitals, universities, social clubs, professional organizations, day care centres, environmental groups, family counselling agencies, sport clubs, job training centers, human rights organizations and many more“ als Organisationen der Zivilgesellschaft aus. Außerdem können aus dieser Sicht auch die Institutionen der Marktwirtschaft als Teil der Zivilgesellschaft dargestellt werden, falls diese die gemeinwohlorientierten Aktivitäten des zivilgesellschaftlichen Charakters betreiben (vgl. Lane 2010: 295). Forscher der postkommunistischen Zivilgesellschaften bevorzugen das Kriterium der Zivilität des Handelns häufig, indem sie die ehemaligen kommunistischen, staatlich gesteuerten Organisationen – wie

¹¹⁰ Vgl. Linz/Stepan 1996: 7, 17; Kocka 2003: 32; Bauerkämper 2003: 9; Gosewinkel 2010: 3; Schmitter 1993: 4.

¹¹¹ Ausführlicher zur EU-Interpretation des Zivilgesellschaftsbegriffs vgl. Europäische Kommission 2001: 19; Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2009: C77/157.

Gewerkschaften, Frauen- oder Kulturorganisationen – wegen ihrer wichtigen Rolle beim Systemwechsel Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre in den zivilgesellschaftlichen Akteurskreis mitaufnehmen (vgl. Skovajsa 2008: 49-52). Somit rechnet diese Sichtweise der zivilgesellschaftlichen Domäne auch jene Akteure zu, welche ihrem Verhalten bzw. Handeln nach nur situativ oder unter bestimmten Umständen als Teil der Zivilgesellschaft agieren.

4.2.3 Bürgerschaftliches Engagement als prägendes Merkmal der Zivilgesellschaft

Eine jede demokratische Zivilgesellschaft ist auch eine partizipative Gesellschaft, die auf die Arbeit der engagierten Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist (vgl. Weßels 2004: 188-190; Dathe 2014: 41). In diesem Kontext gehen die meisten Konzepte von freiwilligem und nicht-profitorientiertem Engagement als einem Wesensmerkmal der Zivilgesellschaft aus (vgl. Priller 2011; Dathe 2011; Speth 2011; Anheier et al. 2011; Simsa 2001; Weßels 2004). Ob als Ehrenamt im sozialen Bereich oder als freiwillige Arbeit innerhalb einzelner Bürgerinitiativen öffnet das bürgerschaftliche Engagement einen breiten Handlungsspielraum für diverse Formen der bürgerlichen Mitgestaltung bzw. politischer Partizipation außerhalb der staatlichen Sphäre. Dies fördert Basiswerte einer demokratischen Ordnung, wie gegenseitiges Vertrauen, Normen der Reziprozität, soziale Teilhabe bzw. aktive Nutzung von Bürgerrechten (vgl. Klein 2007: 20-21, 261; Lauth/Merkel 1997a: 18). In Hinblick auf diese Bedeutung wird das bürgerschaftliche Engagement auch als Kern der Zivilgesellschaft aufgefasst (vgl. Schwertmann 2005: 58).

Ähnlich wie bei dem Zivilgesellschaftsbegriff zeichnet sich das „bürgerschaftliche Engagement“ durch eine Vielzahl kontroverser Definitionen bzw. Interpretationsarten aus.¹¹² Wie auch Evers (vgl. 2011: 144) bemerkt, lebt die Zivilgesellschaft gerade von Auseinandersetzungen um die inhaltliche Bestimmung dessen, welche Art des Engagements im Namen welcher Werte und gesellschaftlicher Projekte positiv zu werten ist. Allgemein gesehen wird das bürgerschaftliche Engagement als ziviler Ort der friedlichen Kooperation der Bürger innerhalb diverser sozialer Vereinigungen beschrieben (vgl. Behringer 2007: 204). In jeder einzelnen Situation liegt ihm aber ein bestimmtes individuelles Handeln zugrunde, dass sich u. a. durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht, Ausrichtung auf das Gemeinwohl und den individuellen Anspruch auf Einbezug in Entscheidungsprozessen auszeichnet (vgl. Priller 2011: 13-14; Speth 2011: 97; Klein et al. 2010: 27). Die Staatsferne, Transparenz und die Prägung durch Übernahme der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit sind weitere Wesensmerkmale des Konzepts. Betont wird auch das Stattfinden dieser Tätigkeit im öffentlichen Raum, wodurch die vielfältigen Teilhabemöglichkeiten in den zivilgesellschaftlichen Organisationen die politische Dimension des Engagements sichern (vgl. Priller 2011: 13-14; Speth 2011: 98).

Als „klassische“ Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements gelten die ehrenamtliche Mitgliedschaft in diversen NGOs, Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, politischen Gremien, Vereinen bzw. freiwillige Mithilfe in karitativen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen oder sozialen Organisationen. Ferner zählen alle Formen der direkten Beteiligung der Bürger an Protestaktionen, sozialen Bewegungen oder innerhalb von Bürgerinitiativen dazu (vgl. Heinz 2006: 17; Zimmer 2010: 154). Als Gründe für das niedrige

¹¹² Mit dem Begriff „bürgerschaftlich“ werden hier auch die Begriffe „ehrenamtlich“ und „zivilgesellschaftlich“ zusammen mit dem Begriff „Engagement“ synonym verwendet (vgl. Heinz 2006: 19).

Gesamtniveau des Engagements in den postkommunistischen Ländern wie der Ukraine gelten besonders: Eine schlechte Wirtschaftslage, Abneigung der Bürger gegen jede Form der Bindung an Assoziationen, die bedeutende Rolle privater Freundschaftsnetzwerke, allgemeine Enttäuschung mit der Politik sowie fehlende historische Erfahrungen einer demokratischen Kultur und eines gesellschaftlichen Kampfes für bürgerliche Freiheiten (vgl. Howard 2003: 73-74, 90, 121-145; 2011: 134-142; Lauth 2003: 46-47; Croissant et al. 2000: 24).

4.2.4 Zivilgesellschaft als ein normatives Konzept

Der normative Kern jeder funktionierenden Zivilgesellschaft bleibt all ihren verbreiteten Interpretationsarten enthalten (vgl. Bauerkämper 2003: 10). Die Gemeinwohl- und Demokratieorientierung der Zivilgesellschaft artikuliert sich im gemeinsamen Bekenntnis aller gesellschaftlichen Gruppen zu den Werten der Toleranz, Freiwilligkeit, Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 15; Fein/Matzke 1997: 54-55; Gosewinkel 2010: 3; Zimmer 2007a: 215; Schmitter 1993: 14-15; Walzer 2002: 37-40; Simsa 2001: 25). Solcher „Minimalkonsens“ sichert wiederum den notwendigen Grad an „innerer Demokratie“ innerhalb der Institute der Zivilgesellschaft, welche sich von einer bestimmten Form des zivilen Umgangs der Bürger miteinander ableitet (vgl. Zimmer 2007a: 215; Van Deth 2008: 326).

In der sozialen Praxis spiegeln sich diese Werte in bestimmten Mustern des demokratischen Verhaltens wider, die auch durch einzelne Bestandteile des Konzepts des sozialen Kapitals, wie gegenseitiges Vertrauen zwischen den Bürgern bzw. den staatlichen Akteuren gegenüber, Kooperationsbereitschaft, Gemeinwohlorientierung und friedliche Formen der Konfliktregelung umschrieben werden (vgl. Bauerkämper 2003: 9; Kocka 2004: 6).¹¹³ Diese gemeinsame Wertebasis der zivilgesellschaftlichen Akteure hat für die Interpretation ihrer Rolle bei der Verwirklichung der Aufgaben demokratischer Transformation eine entscheidende Bedeutung (vgl. Akkaya 2012: 49).

4.2.5 Das Verhältnis zum Staat als ein wichtiges Charakteristikum der Zivilgesellschaft

Ohne die grundsätzliche Autonomie des zivilgesellschaftlichen Raums des Staates zu bestreiten, geht der moderne politikwissenschaftliche Diskurs davon aus, dass die Zivilgesellschaft nur unter Einnahme einer bestimmten Stellung zum Staat funktionsfähig ist (vgl. Mercer 2002: 7; Simsa 2001: 28-29; Chambers 2002: 90; Mai 2013: 2). Dabei kann die Stellung dem Staat gegenüber sowohl das Format eines dichotomen Konfliktverhältnisses wie auch eines integrativen Kooperationsverhältnisses annehmen (vgl. Jünemann/Knodt 2007: 262; Mai 2013: 2-6).

Die historisch bedingte Rolle der Zivilgesellschaft als „celebrity of democratic resistance and transition“ in den ehemals autoritär regierten Gesellschaften begründet oftmals die mit der Formel „civil society versus the state“ umschriebene Dichotomie zwischen Staat und Zivilgesellschaft (vgl. Linz/Stepan 1996: 9). So spricht *Lauth* (vgl. 2003: 45) von einem immanenten staatskritischen Potenzial innerhalb der postautoritären Transformationsgesellschaften, das mit der Herausbildung eines fundamentalen Misstrauens gegenüber dem Staat droht. *Gellner* (vgl. 1994: 5) macht die Stärke der Zivilgesellschaft davon abhängig, ob sie den Staat herausfordern bzw. diesen von der Usurpation der Macht abhalten kann. Auch in den postsowjetischen Staaten führten die häufigen Unterschiede in der Arbeitskultur und der Wahrnehmung sozial-politischer Problemlagen, aber auch das mangelnde

¹¹³ Hier wird der Zusammenhang mit dem oben erläuterten Konzept des sozialen Kapitals klar erkennbar (vgl. Kap. 4.1.2).

gesellschaftliche Vertrauen in öffentliche Institutionen zu einem konfrontativen Staat-Zivilgesellschaft-Verhältnis (vgl. Weyrauch 2008: 9).

Beim integrativen Verhältnis geht man hingegen von einem sich gegenseitig stützenden Kooperationsverhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in einer demokratischen verfassten Gesellschaft aus. Dies wird durch eine enge funktionale Verflechtung der Zivilgesellschaft mit staatlichen Strukturen auf allen Politikebenen bedingt, wie beispielsweise: die Verleihung von zivilgesellschaftlicher Expertise, die Repräsentanz der Interessen des zivilgesellschaftlichen Sektors in den Organen der Exekutive und der Legislative, das Vorhandensein sicherer Kanäle staatlicher Finanzierung der Zivilgesellschaft, die Anerkennung der Sonderrolle der Zivilgesellschaft bei der Integration pluralistischer gesellschaftlicher Interessen in der politischen Willensbildung bzw. durch die Kontrollfunktion der Zivilgesellschaft gegenüber den Regierungsakteuren (vgl. Lauth 2003a: 225; Klein 2001: 31; Mai 2013: 4-6; Simsa 2001: 30-31). Grundsätzlich handeln die zivilgesellschaftlichen Akteure immer mit Blick auf den Staat, allein schon, weil sie sich mit öffentlichen Belangen befassen bzw. einzelne Funktionen im sozialen Bereich für die Regierung übernehmen (vgl. Böttger 2010: 116). Außerdem können Organisationen, die in die Gesamtstruktur der staatlichen Institutionen involviert oder eng mit ihnen verbunden sind, zivilgesellschaftliche Aktivitäten ausüben wie, beispielsweise, Bürgerkomitees bei den Ministerien oder staatliche Bildungseinrichtungen (vgl. Uhlin 2009: 273). Der konstruktive Dialog mit dem Staat ist auch deswegen unentbehrlich, weil die Regierung den Rahmen für rechtliche Regulierung der Zivilgesellschaft schafft bzw. die Kriterien eines Rechts- und Verfassungsstaates sichert, welche die freiwilligen Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation *per se* ermöglichen (vgl. Kocka 2004: 71; Hildemeier/Kocka 2000: 24; Howard 2003: 160). Nicht ungerechtfertigt ist somit die Annahme, dass eine starke Zivilgesellschaft auch einen starken Staat voraussetzt, der sein Gewaltmonopol sichern sowie den gesellschaftlichen Raum schützen kann (vgl. Götze 2004: 202).

Die gesellschaftspolitische Praxis relativiert diese auf der theoretischen Ebene häufig vorzufindende Gegenüberstellung von Dichotomie und Kooperation beider Bereiche allerdings stark. Normalerweise geht es in liberal geprägten Demokratien um beides: sowohl um kritische Partnerschaft bis zur möglichen Opposition zum Staat, als auch um gegenseitige Hilfe bzw. die auf Kooperation gerichtete Vermittlung zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen (vgl. Jünemann/Knodt 2007: 262; Kocka 2004: 71).

4.2.6 Politische Ausrichtung als Merkmal der Zivilgesellschaft

Abgesehen vom bestehenden Verhältnis zum Staat war der Zivilgesellschaftsbegriff in seiner gesamten Entwicklungsgeschichte auf eine politische Praxis hin orientiert, von der er sich abzugrenzen suchte, die er zu überwinden oder zu verbessern galt (vgl. Zimmer 2007a: 215). Eine politische Dimension der Zivilgesellschaft, die in erster Linie mit der politischen Öffentlichkeit, der Förderung von politischer Partizipation und der demokratischen Bildung der Bürger in eine enge Verbindung gebracht wird, ist mittlerweile unbestritten (vgl. Evers 2011: 142; Schmitter 1993: 6-14). Als bewiesen gilt, dass die Zivilgesellschaft sowohl die Bereitschaft der Bürger steigert, sich an der Politik zu beteiligen, als auch ihre Einflussnahme auf politische Beschlüsse ermöglicht (vgl. Putnam 1995: 67; Forbirtg 2002: 5). Die Lösung vieler Probleme des öffentlichen Lebens ist somit ohne die Teilnahme der nicht-staatlichen Akteure nicht mehr denkbar (vgl. Fein/Matzke 1997: 43). Allgemein gesehen, fasst der moderne zivilgesellschaftliche Diskurs das Politische recht weit (vgl. Klein 2001: 31). In der Regel bezieht es sich auf jegliche Formen der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft

bzw. des freiwilligen Engagements der Bürger für Politikgestaltung vor Ort (vgl. Jansen 2005: 163; Lang et al. 2010: 4).

Ein genaueres Maß des politischen Gehalts einer Zivilgesellschaft interpretiert ihr moderner Diskurs verschiedenartig (vgl. Simsa 2001: 28-29; Klein 2001: 30; Behringer 2007: 204). Die oben angeführten Kontroversen zwischen dem republikanischen Modell einer politischen Gesellschaft und der liberal geprägten Interpretation der Zivilgesellschaft als einer staatlich bzw. politisch unabhängigen Sphäre der freien Bürger lassen sich auch in der Diskussion über das Politische innerhalb einer Zivilgesellschaft wiedererkennen. So ist der liberal geprägten Sichtweise zufolge die Trennung zwischen der politischen Gesellschaft als Sammelbegriff für Akteure, welche in einem offenen Wettbewerbskampf um politische Macht stehen, und der Zivilgesellschaft als einer Vielzahl der Formen sozialer Selbstorganisation von entscheidender Bedeutung (vgl. Linz/Stepan 1996: 7). Diese Abgrenzung ist dennoch nicht optimal, weil sie einzelne Akteure, wie beispielsweise politische Parteien, zwischen der politischen und zivilen Gesellschaft nicht genau verorten kann (vgl. Klein 2001: 87). Der anderen Sichtweise zufolge, welche am ehesten einer republikanischen Tradition folgt, fungiert die Zivilgesellschaft auch als Basis einer politischen Gesellschaft, welche u. a. die politischen Parteien, das Wahlrecht und die Wahlen miteinbeziehen kann (vgl. Linz/Stepan 1996: 8-9). Dies erlaubt, die Zivilgesellschaft als Sphäre des politischen Lebens aufzufassen, in der die Bürger in Zielen der Mitgestaltung der Gesellschaft politisch aktiv werden (vgl. Mai 2013: 2-6). Durch die tägliche Auseinandersetzung mit aktuellen politischen und sozialen Belangen auf der einen, wie auch durch die Förderung der politischen Partizipation und somit auch der demokratischen Legitimation der Regierungsmacht auf der anderen Seite, erkennt dies die Zivilgesellschaft sogar als integraler Teil des bestehenden politischen Systems an (vgl. Jünemann/Knodt 2007: 262; Kocka 2004: 71). Somit „existiert die Zivilgesellschaft nicht neben den Strukturen der Politik, sondern ist in sie eingebettet“ (Mai 2013: 2).

Auch die Transformationsforschung, die im besonderen Maße durch das politische Handeln der Dissidenten- bzw. Bürgerrechtsbewegungen in Ost- und Mitteleuropa geprägt wurde, hebt die Ausrichtung der Zivilgesellschaft auf Angelegenheiten der öffentlichen Politik stark hervor (vgl. Klein 2001: 87). Alleine durch die Einbeziehung in die Prozesse des Aufbaus einer demokratischen Ordnung öffnet das zivilgesellschaftliche Handeln aus der transformationstheoretischen Sicht einen Raum des Politischen, wo vorwiegend kollektive Akteure öffentliche Interessen organisieren und artikulieren (vgl. Croissant et al. 2000: 17). Solcher Betonung des politischen Charakters der Zivilgesellschaft kommt eine wichtige funktionale Bedeutung, die unpolitischen Formen der gesellschaftlichen Vereinigungen von denen der zivilgesellschaftlichen auszugrenzen, zu (vgl. Klein 2001: 87). Auch diese Arbeit geht von einer engen funktionalen Verflechtung der zivilgesellschaftlichen Sphäre mit der politischen aus. Denn erst unter Betrachtung des zivilgesellschaftlichen Geschehens in einem breit angelegten politischen Kontext wird die Rolle der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung ersichtlich.

4.2.7 Dritter Sektor und Zivilgesellschaft

In letzter Zeit wird das Konzept der Zivilgesellschaft immer häufiger mit Bezug auf den Ansatz des Dritten Sektors verwendet bzw. sogar mit diesem gleichgesetzt (vgl. Kocka 2004: 76; Priller/Zimmer 2004: 108; Gosewinkel et al. 2004: 16). In diesem Kontext ist eine klare Abgrenzung zwischen den beiden Konzepten wichtig, um die theoretischen Akzente dieser Arbeit richtigzustellen.

Den Ansatz des Dritten Sektors führte zu Beginn der 1970er der amerikanische Soziologe *Etzioni* ein, woraufhin ihn zu Beginn primär Wirtschaftswissenschaftler nutzten, um auf die Existenz des nicht-profitorientierten Sektors als einer institutionellen Alternative gegenüber Markt und Staat aufmerksam zu machen. Insbesondere hebt dieser Ansatz die Fähigkeit der Organisationen des Dritten Sektors hervor, betriebswirtschaftliche Effizienz mit Gemeinwohlorientierung zu verbinden und so die positiven Seiten des Marktes und des Staates synergetisch zu verknüpfen (vgl. Zimmer/Priller 2007: 18; Priller/Zimmer 2004: 107). In funktionaler Hinsicht fungiert der Dritte Sektor-Ansatz auch als allgemeine Abgrenzung des zivilgesellschaftlichen Bereichs im Sinne der verschiedenartigen Formen der sozialen Selbstorganisation, wie NGOs, soziale Gruppen, bürgerliche Initiativen oder Vereine, vom Staat und Markt (vgl. Salamon/Anheier 1999: 4; Abele 2006: 51).

Trotz unterschiedlicher Begriffsinterpretationen ist der Dritte Sektor in erster Linie als Zusammenschluss privater Organisationen zu verstehen. Der besondere Akzent liegt dabei auf den NGOs, welche mit ihrer gemeinnützigen Tätigkeit Alternativen zur staatlichen Erbringung gesellschaftlich nützlicher Leistungen anbieten bzw. wichtige Mobilisierungs- und Integrationsfunktionen in der Gesellschaft außerhalb der staatlichen Macht ausüben (vgl. Salamon/Anheier 1999: 4; Priller/Zimmer 2004: 108; Zimmer 2007a: 213). In diesem Kontext bezeichnet man den Dritten Sektor auch als „der organisatorische Kern“ (Zimmer/Priller 2007: 26) oder als der „institutionelle Rahmen“ (Reimer 2005: 15) der Zivilgesellschaft. So interpretiert auch die Europäische Union den Dritten Sektor als einen sich vorrangig durch die Organisationen artikulierenden Teil der Zivilgesellschaft und bezeichnet diesen als „organisierte Zivilgesellschaft“ (vgl. Zimmer/Priller 2007: 26). Außerdem wird der Begriff der „organisierten Zivilgesellschaft“ oft in Debatten über den Dritten Sektor benutzt, um seine enge Affinität mit der Zivilgesellschaft zu unterstreichen (vgl. Evers 2011: 136).

Die sich schon alleine aus dieser kurzen Beschreibung ergebenden Merkmale des Dritten Sektors-Konzepts begründen seine mittlerweile fast selbstverständlich gewordene Gleichsetzung mit dem Zivilgesellschaftskonzept (vgl. Evers 2011: 136). Wie die Zivilgesellschaft erstreckt sich der Dritte Sektor strukturell auf den zwischen Staat und Markt angesiedelten intermediären Bereich und sichert seine Existenz zu einem entscheidenden Teil durch das bürgerliche Engagement bzw. die freiwillige Arbeit (vgl. Gosewinkel et al. 2004: 16; Zimmer/Priller 2007: 17). Beide Konzepte heben die Rolle des assoziativen Moments für die Sicherung der demokratischen Qualität der Gesellschaft hervor und überschneiden sich daher funktional auf der Ebene der zwischen Bürger, Staat und Gesellschaft vermittelnden freiwilligen Vereinigungen, wie NGOs, gemeinnützige Einrichtungen, Stiftungen, Vereine oder Verbände (vgl. Zimmer 2007a: 212; Priller/Zimmer 2004: 105). Außerdem weisen die Dritte-Sektor-Organisationen auch durch die Wahrnehmung von Funktionen gesellschaftlicher Kontrolle wichtige zivilgesellschaftliche Komponenten auf (vgl. Priller/Zimmer 2004: 106).

Trotz dieser zahlreichen Gemeinsamkeiten wird innerhalb dieser Arbeit die Ansicht vertreten, dass eine Reihe abweichender Merkmale einer kompletten Gleichsetzung des Zivilgesellschaftskonzepts mit dem des Dritten Sektors widerspricht. Erstens zeichnen sich die Unterschiede auf wissenschaftstheoretischer Ebene ab: Während der Begriff der Zivilgesellschaft mit

seiner ausgeprägten normativen Dimension am ehesten dem Gebiet der politischen Theorie zugeordnet wird, ist der Begriff „der Dritte Sektor“ mit seiner empirischen Orientierung auf die Organisationen am ehesten mit dem Bereich der Organisationssoziologie identifizierbar (vgl. Reimer 2005: 15; Zimmer 2007a: 212, 215). Zweitens weisen die beiden Konzepte auch strukturelle Unterschiede auf. Während das zivilgesellschaftliche Akteursspektrum über die Organisationsebene hinausgeht, setzt sich der intermediäre Bereich des Dritten Sektors ausschließlich mit den assoziativ gebundenen Formen von Engagement und Partizipation auseinander (vgl. Gosewinkel et al. 2004: 16). Drittens unterscheiden sich beide Konzepte in Hinblick auf den Stellenwert, welcher der politischen Dimension zukommt. So konzentriert sich das Konzept der Zivilgesellschaft auf die gesellschaftspolitische Ebene des bürgerschaftlichen Engagements. Hingegen rücken die Diskussionen um den Dritten Sektor stärker die ökonomischen Faktoren des nicht-profitorientierten Sektors in den Vordergrund (vgl. Klein 2001: 261; Zimmer/Priller 2007: 26). In diesem Kontext wird der Dritte Sektor oft mit dem wirtschaftlich betonten Begriff des „Nonprofit-Sektors“ synonym verwendet (vgl. Simsa et al. 2004: 16; Frantz/Martens 2006: 18). Dies thematisiert im Gegensatz zum Diskurs der Zivilgesellschaft die politische und somit auch die demokratietheoretische Dimension innerhalb des Konzepts des Dritten Sektors nicht hinreichend (vgl. Zimmer 2007a: 213). Solche Unterschiede erklären, warum diese Arbeit, die sich mit den Fragen der Demokratieförderung aus der politikwissenschaftlichen Sicht auseinandersetzt, den Diskurs der Zivilgesellschaft dem des Dritten Sektors bevorzugt.

4.3 Die Zivilgesellschaft als Akteur der postkommunistischen Demokratisierung

Große Aufmerksamkeit widmet die postkommunistische Transformationsforschung den Fragen danach, wie sich eine postautoritäre Zivilgesellschaft durch die Demokratisierung neu formt bzw. wie sie die Konsolidierung der Demokratie mitträgt (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 13).

Wie schon angedeutet, geht das moderne Verständnis der Zivilgesellschaft zum großen Teil aus der „Renaissance“ der liberal geprägten westeuropäischen Grundlagen des zivilgesellschaftlichen Diskurses im 20sten Jahrhundert hervor (vgl. Simsa 2001: 23-24; Gosewinkel 2010: 1). Unter Einbeziehung der klassischen Konzepte der Ideengeschichte wandelten dissidente Intellektuelle wie Václav Havel, Bronislaw Geremek, Adam Michnik oder György Konrád den Begriff der Zivilgesellschaft zum Synonym jeglicher Opposition gegen das totalitäre Regime, die sowjetische Hegemonie und Einparteiendiktatur um. Zugleich machten sie ihn auch zum zentralen Kampfbegriff für die individuelle Freiheit, gesellschaftliche Autonomie und politische Selbstbestimmung im Kontext der gesamten Demokratisierungsbewegungen Mitteleuropas in den späteren 1980er und Anfang der 1990er Jahre (vgl. Kocka 2004: 67; Arenhövel 2000: 57; Klein 2001: 20; Jobert 2008: 88; Beyme, von 2000: 57-62, Lauth 2003: 35; Merkel 2010: 465; Kubicek 2002: 603; Weßels 2004: 185). De facto wurde die Zivilgesellschaft zu jener „konkreten Utopie“, welche der erstarrten Utopie des Staatssozialismus entgegengesetzt war (Beyme, von 2000: 58). In diesem Kontext bezeichnen *Edwards* und *Foley* (1998: 125) die Zivilgesellschaft als „a third way between reform of Communist Regime from above and open revolt from below“. Dieses antitotalitäre Verständnis der Zivilgesellschaft zeichnet sich somit durch eine besonders starke sozial-ethische Dimension, welche die imperativen Normen der Toleranz, Pluralismus und Menschenwürde sicherten, aus (vgl. Reichardt 2006: 140; Kocka 2004: 67; Klein 2001: 83).

Das folgende Unterkapitel erläutert die normativ-theoretische Rolle, Problemstellen und Sondermerkmale des zivilgesellschaftlichen Handelns auf dem Gebiet der Demokratisierung in einem postkommunistischen Transformationsland.

4.3.1 Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für Demokratisierung

Die moderne Transformations- und Demokratieforschung sieht die Zivilgesellschaft als wichtigen Einflussfaktor auf die Demokratisierung eines Landes. Wie genau sich dieser Einfluss offenbart, bleibt dennoch eine umstrittene Frage. Je nach Sichtweise platziert diese den Einfluss der Zivilgesellschaft zwischen einer demokratieförderlichen und einer demokratiehinderlichen Rolle. Ein wichtiger Aspekt ist zudem, ob die Zivilgesellschaft die Demokratisierung mit vorantreibt oder sich selbst erst im Zuge der Demokratisierung entwickelt (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 22; Freise 2004: 60-63; Arato/Cohen 1992: 48-58).

Die absolute Mehrzahl der Demokratie- bzw. Demokratisierungskonzepte stützt sich auf das Argument der positiven Rolle der Zivilgesellschaft in Demokratisierungsprozessen, das insbesondere seit Ende der 1990er Jahre aktiv diskutiert wird (vgl. Diamond 1999; Putnam et al. 1993; Linz/Stepan 1996; Pauge 2006: 30; Baker 1998: 81). Mittlerweile etablierte sich in der Politikwissenschaft ein grundlegender Konsens darüber, dass eine funktionierende Demokratie eine starke Zivilgesellschaft benötigt, welche die demokratischen Institutionen und Legitimation der politischen Macht sichert und sich auf die Prinzipien der Freiwilligkeit, Interessenpluralität und Toleranz stützt (vgl. Gawrich/Lapins 2006: 12; Freise 2004: 40-45; Lauth/Merkel 1997: 16, 23; 1997a: 19-22). *De facto* legt diese Perspektive die Zivilgesellschaft als Synonym für „mehr Demokratie“ aus und schöpft die Argumentation hierfür aus so gut wie allen maßgeblichen Theorietraditionen des politischen Denkens, von John Locke bis Jürgen Habermas (vgl. Zimmer 2002: 9; Lauth 2003: 40). Dies unterstellt der Demokratisierung der Zivilgesellschaft die Orientierung an Zielen allein deswegen, weil nur mithilfe demokratischer Freiheitsrechte die grundlegenden Prinzipien für die Sicherung eines freien zivilgesellschaftlichen Raums wie Toleranz, Gerechtigkeit oder die Nichtanwendung physischer Gewalt gesichert werden können (vgl. Arenhövel 2000: 60; Weßels 2004: 193-195).

Auch die postkommunistische Transformationsforschung betrachtet eine vitale Zivilgesellschaft in der Regel als unabdingbare Voraussetzung bzw. wichtigen Handlungsspielraum für die Prozesse der Ablösung einer nichtdemokratischen und der Sicherung einer demokratischen Ordnung (vgl. Mercer 2002: 7; Merkel/Puhle 1999: 84-86; Linz/Stepan 1996: 9-11; Lauth 2003a: 224; Skovajsa 2008: 49; Raik 2006a: 4; Zimmer 2010: 148). Es wird betont, dass in den schwachen postkommunistischen Ländern die Zivilgesellschaft die demokratische Partizipationskultur stärkt, eine pluralistische Interessenvermittlung befördert und durch die Übernahme von Sozialaufgaben den schwachen Staatsapparat entlastet (vgl. Fein/Matzke 1997: 52-55). Von daher erkennt die transformationstheoretische Perspektive die Zivilgesellschaft neben einer politischen Gesellschaft, der Marktwirtschaft, der Rechtsstaatlichkeit und einer funktionierenden Staatsbürokratie als eine der fünf Kernbereiche der Demokratisierung an (vgl. Reinhard 2010: 202-203; Weßels 2004: 174). Die hohen Erwartungen an Zivilgesellschaften in jungen postkommunistischen Demokratien entspringen zum großen Teil dem kollektiven Gedächtnis Europas, wo die Zivilgesellschaften als wichtige Förderer der demokratischen Transformation in ihren zahlreichen Facetten, wie der Bildung einer demokratischen Regierung, Sicherung der Bürger- und Menschenrechte oder Durchführung demokratischer Wahlen in Mittel- und Osteuropa, agierten (vgl. Kohler-Koch 2008: 11; Al-Amin 2008: 10; Lauth 2003a: 223).

Dieser optimistischen Sicht stehen eine Menge demokratieskeptischer Konzepte gegenüber, die den positiven Zusammenhang zwischen der Existenz der Zivilgesellschaft und der Demokratie entweder relativieren, oder gar verneinen (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 21; Uhlin 2009: 272). Die Engfassung der Zivilgesellschaft als ausschließlich demokratieförderlichen Akteur wird damit für unzulässig gehalten, weil diese die mittlerweile offensichtlich gewordene „dunkle Seite“ der zivilgesellschaftlichen Wirklichkeit ignoriert (vgl. Croissant et al. 2000: 37; Lauth/Merkel 1997a: 21). Dieser Auffassung zufolge neigen insbesondere stark differenzierte Zivilgesellschaften zur Bildung eigener Dominanzstrukturen mit hierarchischen Machtverhältnissen, die sich eng mit dem kommerziellen Sektor bzw. Freundschafts- und Familiennetzwerken verzahnen und sich somit der demokratischen Kontrolle entziehen. Insbesondere terroristische Organisationen, rechtsradikale Netzwerke oder einzelne Gruppierungen der organisierten Kriminalität, die sich durchaus noch als Teil der Zivilgesellschaft charakterisieren lassen, sind hier zu nennen (vgl. Croissant et al. 2000: 39; Simsa 2001: 34-35; Reichardt 2004: 61, 63-66). Im Endeffekt können solche Strukturen politische und gesellschaftliche Konfliktlinien polarisieren und dementsprechend die gesamte Regierungseffizienz des Landes systematisch beeinträchtigen (vgl. Gosewinkel/Rucht 2004: 50; Lauth 2003: 40). Auch innerhalb der Transformationsforschung gibt es keine Einigkeit über die demokratieförderliche Seite der Zivilgesellschaft (vgl. Freise 2004: 57; Bauerkämper 2003-16-18; Lauth 2003a). Doch auch wenn diese kritischen Stimmen nicht ganz unbegründet sind, behaupten immer noch nur sehr wenige Autoren, dass mit einer schwachen Zivilgesellschaft die Chancen auf Demokratisierung besser werden (vgl. Howard 2003: 44).

Ohne die erwähnten negativen Seiten der Zivilgesellschaft zu bestreiten, geht diese Arbeit von einer primär demokratiestützenden Rolle des zivilgesellschaftlichen Handelns in einem Transformationsland wie der Ukraine aus, welche je nach Transformationsphase, qualitativen Merkmalen der Zivilgesellschaft wie auch diversen externen Faktoren variieren kann (vgl. Lauth 2003: 44).

4.3.2 Funktionen der Zivilgesellschaft in Bezug auf Demokratisierung

Den positiven Beitrag der Zivilgesellschaft zur Demokratisierung erklären zu einem großen Teil ihre klassischen Funktionen, welche ihre theoretische Ergründung in den Werken von John Locke bis Jürgen Habermas finden (vgl. Arenhövel 2000: 62). Diese schreiben der Zivilgesellschaft traditionell Funktionen, wie Schutz vor Übergriffen des Staates in die Privatsphäre, Kontrolle der staatlichen Macht, demokratisch-partizipatorische Sozialisierung, Rekrutierung demokratischer Eliten, Herstellung der Öffentlichkeit und Habitualisierung demokratischer Verhaltensweisen zu (vgl. Freise 2004: 48).

Die moderne Transformationsforschung gruppiert die Aufgaben, welche den zivilgesellschaftlichen Akteuren in Sachen der Demokratisierung zugeschrieben werden, grundsätzlich rund um die fünf folgenden Funktionen: Vermittlungsfunktion, Kontroll- und Schutzfunktion, Kommunikations- und Sozialisierungsfunktion, Integrationsfunktion und die Erbringung sozialer Dienstleistungen (vgl. Merkel 2004; Croissant et al. 2000). Alle Funktionen der Zivilgesellschaft sind eng miteinander verbunden (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 57-58). Zu beachten ist dennoch, dass die Effizienz der Demokratisierungsfunktionen der Zivilgesellschaft mit mehreren Aspekten zusammenhängt. In diesem Kontext werden in postkommunistischen Ländern oft folgende Störfaktoren für die Entfaltung des gesamten demokratieförderlichen Potenzials zivilgesellschaftlicher Akteure genannt: die mangelnde Anbindung der gesellschaftlichen Gruppen

an politische Parteien, historische Traditionen einer „anti-staatlichen“ Zivilgesellschaft bzw. die ethnisch-religiösen Segmentierung (vgl. Croissant et al. 2000: 38).

Die unten dargebotene Übersicht über die Spezifik dieser Funktionen soll erleichtern, im späteren Verlauf der Untersuchung die Ziele und Prioritäten der EU bei der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratisierung in der Ukraine als einem postkommunistischen Transformationsland besser zu verstehen.

Vermittlungsfunktion

Die Funktion der Vermittlung zwischen Bürgern und Staat gilt als eine der wichtigsten Demokratisierungsfunktionen der Zivilgesellschaft. Theoretisch greift sie auf den Ansatz der intermediären Gesellschaftsstrukturen als Bindeglieder zwischen Bürgern und Staat, der noch von Montesquieu begründet wurde, zurück (vgl. Croissant et al. 2000: 39; Merkel 2004: 46). Der demokratieförderliche Sonderwert dieser Funktion wird primär in der Aggregation, Artikulation und Vertretung gesellschaftlicher Interessen einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft begründet, weswegen sich neue Kanäle für das gesellschaftspolitische Handeln bzw. die Kommunikation mit dem Staat entwickeln (vgl. Fein/Matzke 1997: 40-42; Uhlin 2009: 271, 275; Schmitter 1993: 10-14; Al-Amin 2008: 10). Dieser Funktion macht die Zivilgesellschaft zum Vermittler zwischen zwei grundsätzlich voneinander getrennten Sphären – den sozialen Netzwerken auf der einen und den zentralen politischen Institutionen auf der anderen Seite (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 46-47). Im Idealfall führt dies zur Entstehung eines festen institutionellen Zusammenhangs zwischen politischen Entscheidungsfindungen und der Willensbildung in der Zivilgesellschaft, was langfristig eine angemessene Berücksichtigung unterschiedlicher, sozial relevanter Interessen und Forderungen in der Politik ermöglicht (vgl. Diamond 1999: 242-243; Klein 2001: 379).

Kontroll- und Schutzfunktion

Die transformationstheoretischen Perspektive fasst die noch von John Locke begründete Kontroll- und Schutzfunktion in Bezug auf individuelle Freiheit und Eigentumsrecht jedes einzelnen Bürgers gegenüber dem Staat als wichtigsten Beitrag der Zivilgesellschaft zur demokratischen Konsolidierung auf (vgl. Croissant et al. 2000: 38; Arenhövel 2000: 61-62; Merkel/Puhle 1999: 166). Sie betrachtet die zivilgesellschaftlichen Strukturen als Teil des gesamten Systems der „checks and balances“, in dem diese politische Prozesse bzw. das Handeln politischer Institutionen kritisch beobachten, wichtige Informationen darüber an die Öffentlichkeit liefern bzw. diese für oder gegen aktuelle Beschlüsse mobilisieren (vgl. Forbirt 2002: 5-6; Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 21). In diesem Kontext bezeichnet *Gellner* (vgl. 1994: 5) die Zivilgesellschaft als die Gesamtheit nicht-staatlicher Institutionen, welche über die notwendige Macht verfügen, um ein Gegengewicht zum Staat zu bilden und somit dessen überproportionale Dominanz in der Gesellschaft zu verhindern. Somit kann die Zivilgesellschaft mit der Erfüllung der Kontroll- und Schutzfunktion sowohl die Berechenbarkeit der Regierung steigern als auch undemokratischen Entscheidungen eine breite gesellschaftliche Zustimmung entziehen und von daher die Rückkehr zum Autoritarismus verhindern (vgl. Diamond 1999: 239, 242-243; Uhlin 275-276).

Kommunikations- und Sozialisierungsfunktion

Diesen beiden Funktionen der Zivilgesellschaft ermöglichen die Sicherung breiter gesellschaftlicher Akzeptanz der Werte und Institutionen einer Demokratie.

Großteils in den Ideen der deliberativen Politik Jürgen Habermas' begründet, richtet sich die Kommunikationsfunktion auf die Entschärfung gesellschaftspolitischer Konfliktlinien infolge ihrer kritischen Thematisierung in der Öffentlichkeit (vgl. Arenhövel 2000: 62; Merkel/Puhle 1999: 166). Dafür informiert die Zivilgesellschaft die Bürger über das aktuelle politische Geschehen bzw. stellt ihnen gleichzeitig einen Freiraum für Debatten, gegenseitige Beratungen und Teilhabe an demokratischer Willensbildung zur Verfügung (vgl. Croissant et al. 2000: 14; Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 21). Dadurch trägt sie soziale Probleme aus der privaten in die politische Sphäre, weswegen mit der Zeit eine demokratische Öffentlichkeit entsteht (vgl. Akkaya 2012: 51). Es geht hiermit um die Schaffung einer institutionalisierten öffentlichen Sphäre (vgl. Merkel 2004: 47).

Die Sozialisierungsfunktion zeigt sich hingegen in der Förderung bzw. Generierung der wichtigsten Werte einer demokratischen politischen Kultur, welche innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen erlernt werden können. Toleranz, Kompromissbereitschaft und Verzicht auf Gewalt sind darunter in erster Linie zu nennen (vgl. Forbirg 2002: 7; Diamond 1999: 239-243, 1994: 8). Die normative Begründung hierfür findet sich in der von Alexis de Tocqueville aufgestellten Interpretation zivilgesellschaftlicher Vereinigungen als „Schulen der Demokratie“, welche für demokratische Bildung bzw. Schaffung der Voraussetzungen für die Entstehung demokratisch gesinnter politischer Eliten in der Gesellschaft sorgen (vgl. Akkaya 2012: 50; Merkel 2004: 47). Dies ist möglich, indem zivilgesellschaftliche Organisationen die demokratischen Normen und Werte, wie Toleranz, gegenseitiges Vertrauen, Ehrlichkeit und Integrität, in ihrer alltäglichen Praxis an die Bürger zu vermitteln versuchen (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 47; Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 18-20; Weßels 2004: 186; Reichardt 2004: 73-74). Von einer erfolgreichen Sozialisierung spricht man somit, wenn demokratisches Denken und Verhalten gesellschaftlich internalisiert und weitgehend akzeptiert wird (vgl. Arenhövel 2000: 61-62; Merkel/Puhle 1999: 84-86; Uhlin 2009: 275-276).

Integrationsfunktion

Im Kontext der Legitimationssicherung einer konsolidierten Demokratie wird immer wieder die Funktion der sozialen Integration der Zivilgesellschaft hervorgehoben. Ihre Begründung findet sich großteils in den oben erläuterten kommunitaristischen Ansätzen (vgl. Kap. 4.1.2). Das Kernelement dieser Funktion besteht in der Fähigkeit der Zivilgesellschaft, innerhalb ihrer Strukturen diverse soziale Gruppen zu integrieren und somit gesellschaftlich konkurrierende Interessen anzugleichen. Im Endeffekt steigert das die Chancen auf Entschärfung und Verhinderung vorhandener oder potenzieller gesellschaftlicher Konfliktlinien, welche einer demokratischen Ordnung entgegenwirken (vgl. Forbirg 2002: 6-7). In den postkommunistischen Ländern, wo die Strukturierung von Teilen der Gesellschaft entlang unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Konfliktlinien weitverbreitet ist, kann die Integrationsfunktion eine wichtige Bedeutung entfalten (vgl. Croissant et al. 2000: 39).

Erbringung von Dienstleistungen und Entlastung des Staatsapparats

Nicht selten übernehmen zivilgesellschaftliche Akteure einzelne Funktionen des Sozialstaates, indem sie den Staatsapparat in der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen in diversen Bereichen unterstützen oder auch als eigenständige Dienstleistungsanbieter fungieren. Insbesondere in den

postkommunistischen Ländern, wo der Staat oft bei der Sicherung notwendiger sozialer Standards versagt, erfährt diese Funktion eine besondere Bedeutung (vgl. Forbirtg 2002: 8; Lauth 2003a: 229). Außerdem gewinnen zivilgesellschaftliche Akteure während der Übernahme diverser sozialer Aufgaben an spezialisiertem Fachwissen und Netzwerken, auf die der Staat für die Lösung öffentlicher Probleme oder in Krisensituationen zurückgreifen kann (vgl. Heinz 2006: 34).

4.3.3 Einfluss der Zivilgesellschaft auf einzelne Phasen der Demokratisierung

In verschiedenen Phasen des demokratischen Systems übernehmen die Akteure der Zivilgesellschaft unterschiedliche Rolle und Aufgaben.

Die Phase der *Liberalisierung* wird als „Boomphase“ der Zivilgesellschaft betrachtet. Diese Beschneidung des staatlichen Repressionsapparats führt zur steigenden Mobilisierungsbereitschaft der Bürger und somit auch zum rasanten Anstieg zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, welche sich um den notwendigen politischen Druck für die Initiierung des Systemwechsels bemühen (vgl. Croissant et al. 2000: 33). Die zivilgesellschaftlichen Akteure nehmen zum autoritären Regime eine prinzipielle Konfrontationshaltung ein. Sie fungieren als Bürger- und Menschenrechtsanwälte, artikulieren öffentliche Interessen und versuchen, den Herrschaftsanspruch des autoritären Systems zu dementieren (vgl. Klein 2001: 93; Lauth/Merkel 1997: 33-34). Die Rolle der Zivilgesellschaft darf in der Liberalisierungsphase dennoch nicht überschätzt werden. Wie die Praxis der demokratischen Transformation zeigt, stellt die Zivilgesellschaft weder eine ausreichende noch in jedem Einzelfall eine notwendige Bedingung für den Übergang eines autoritären zu einem demokratischen Regime dar. Trotz der unbestritten förderlichen Wirkung der Zivilgesellschaft auf Liberalisierungsprozesse haben Akteure der Zivilgesellschaft nur selten allein einen Systemwechsel verursacht (vgl. Schmitter 1993: 6; Fein/Matzke 1997: 37). Außerdem zeigt sich die Einflussstärke zivilgesellschaftlicher Akteure auf den Systemwechsel als von mehreren diversen Faktoren abhängig, wie zum Beispiel von vorautoritären Traditionen einer demokratischen Kultur, dem Ausmaß der Repressionen innerhalb des totalitären Apparats oder dem Einfluss der externen Akteure zu Beginn der Liberalisierung (vgl. Klein 2001: 92; Fein/Matzke 1997: 36-38).

Im Gegensatz zur Liberalisierungsphase zeichnet die Phase der Institutionalisierung ein Rückgang der Aktivitäten der Zivilgesellschaft aus. Die Schwächung der Zivilgesellschaft, die schon am Ende der Liberalisierung eintritt, hängt in dieser Phase vor allem damit zusammen, dass die neu etablierten politischen Institutionen anstelle der Zivilgesellschaft die führende Rolle in weiteren Transformationsprozessen übernehmen (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 24-26; Klein 2001: 94). Als Folge ist grundsätzlich davon auszugehen, dass mit der Etablierung demokratischer Institutionen die Bedeutung der Zivilgesellschaft vorerst zurückgeht (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 45). Auf der anderen Seite findet in dieser Phase die Transformation der Zivilgesellschaft von einer Gegenmacht zum nichtdemokratischen Regime zu einem positiven Mitgestalter der neuen sozialen und politischen demokratischen Ordnung statt (vgl. Fein/Matzke 1997: 38; Klein 2001: 93). Hiermit eröffnet sich ein neuer Spielraum für zivilgesellschaftliche Akteure, um Demokratisierung vor Ort zu beeinflussen (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 45).

Die Konsolidierungsphase wertet die Zivilgesellschaft erneut als einen der Schlüsselakteure für Stabilisierung, Effizienzsicherung und Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung auf (vgl. Putnam et al. 1993: 89; Schmitter 1993: 4-5). Einer demokratiestützenden Zivilgesellschaft mit hohem Maß an zivilem Engagement und sozialem Vertrauen kommen innerhalb der Konsolidierungsphase wichtige Funktionen zu wie die Förderung demokratischer Standards des zivilen Verhaltens, Eröffnung der Kanäle für politische Partizipation, Artikulation von Interessen

diverser sozialer Gruppen, gesellschaftliche Politikkontrolle und Sicherung demokratischer Bürgerrechte. Infolge der Übernahme dieser Funktionen baut die Zivilgesellschaft das Legitimationsdefizit der repräsentativen Demokratie ab und verhindert deren Rückkehr zum Autoritarismus (vgl. Weßels 2004: 186-192; Van Deth 2008: 325; Schmitter 1993: 14-15; Kubicek 2002: 603; Freise 2004: 62; Eisele 2005: 6; Mercer 2002: 8). Dies erklärt, warum in der modernen Transformationsforschung die Rolle einer vitalen Zivilgesellschaft für die Konsolidierung der Demokratie noch wichtiger als für die Initiierung des Systemwechsels ausfällt (vgl. Schmitter 1993: 7-8). Insbesondere in dem Fall, wenn politische Akteure die Aufgaben der Institutionalisierung nicht effizient vollenden konnten, steigen die Erwartungen an die Zivilgesellschaft in der Phase der demokratischen Konsolidierung (vgl. Lauth 2003a: 223). Der genaue Beitrag der Zivilgesellschaft hierzu kann aber je nach zugrundeliegendem Konsolidierungsverständnis, bestehenden gesellschaftlichen Konfliktlinien, sowie Struktur und Funktionen der Zivilgesellschaft stark variieren (vgl. Croissant et al. 2000: 36-37).

In den ersten Jahren der Konsolidierung kann die Zivilgesellschaft an ihrer herausragenden Bedeutung für die Demokratisierung verlieren. Das ist als Konsequenz ihres eigenen Erfolgs zu verstehen: das alte Regime ist überwunden, die Freiheitsrechte bleiben grundsätzlich gewährt, mit der Herstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Abhaltung demokratischer Wahlen schrumpfen die Handlungsspielräume der zivilgesellschaftlichen Akteure temporär (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 26; Croissant et al. 2000: 34-36; Klein 2001: 94-95; Fein/Matzke 1997: 38; Schmitter 1993: 14). Dabei sieht die moderne Transformationsforschung den positiven Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Konsolidierung der Demokratie nicht immer als selbstverständlich. So kann diese bestehende Konfliktlinien in der Gesellschaft sogar vertiefen oder sich strukturell als schwach und unbedeutend erweisen, ohne die Demokratisierungsdynamik weiterhin deutlich mitbestimmen zu können (vgl. Croissant et al. 2000: 18; Simsa 2001: 34-35; Klein 2001: 95). Außerdem merken *Beichelt* und *Merkel* (vgl. 2014: 49-52) an, dass manche postsowjetische Länder, wie beispielsweise die Republik Moldau, die Ukraine, Georgien oder Armenien, nach der Einleitung der Konsolidierung erneut in eine Phase der demokratischen Stagnation rutschten, wo mit dem Voranschreiten semiautoritärer Züge der Regierung die Rolle der Zivilgesellschaft allmählich marginalisiert wurde. In diesem Kontext erscheint der Begriff der (Ent)-Demokratisierung der postsowjetischen Räume als durchaus angebracht, um auch 20 Jahre nach dem Zerfall der kommunistischen Welt noch auf erhebliche Gefahren für freie demokratische Ordnungen in Osteuropaländern hinzuweisen (vgl. Gasimov 2011).

4.3.4 Problematische Aspekte der postkommunistischen Zivilgesellschaften im Kontext der demokratischen Transformation

Die Herausbildung funktionsfähiger Zivilgesellschaften stellte eine große Herausforderung für Demokratisierungsprozesse in Osteuropa dar (vgl. Weßels 2004; Lane 2010; Howard 2003).

Allein schon wegen der fehlenden historischen bzw. gesellschaftlichen Voraussetzungen konnten die zivilgesellschaftlichen Akteure in postsowjetischen Gesellschaften ihre Funktionen der Demokratisierung im traditionellen Sinn nicht wahrnehmen. Weder die liberale Dimension der Menschen- und Bürgerrechte noch die westeuropäische Praxis der Bildung autonomer sozialer Interessengruppen waren hier üblich (vgl. Uhlin 2009: 273-274; Lane 2010: 296; Fein/Matzke 1997: 55; Hall 1995: 22). In der postkommunistischen Wirklichkeit konnten die westlichen Ideen des zivilgesellschaftlichen Diskurses nur teilweise imitiert werden (vgl. Kocka 2004: 76; Merkel/Croissant 2000: 23-24).

Die politische und strukturelle Schwäche, welche die Handlungslogik der osteuropäischen Zivilgesellschaften in Fragen der Demokratisierung prägte, ist großteils auf die besondere Restriktivität kommunistischer Regimes gegenüber jeglichen Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation zurückzuführen. In diesem Kontext gewährte das totalitäre System der Sowjetunion durch den hohen Institutionalierungsgrad der autokratischen Herrschaft der Zivilgesellschaft noch weniger Freiräume, als dies in den autoritären Ländern Mitteleuropas der Fall war (vgl. Croissant et al. 2000: 21-23; Merkel 2000: 22). In den überorganisierten kommunistischen Gesellschaften, wo der Staat *de facto* die Fürsorge für alltägliche soziale Probleme übernahm, soziale Aktivitäten als bürgerliche Pflicht von oben anordnete und die Versammlungsfreiheit unterdrückte, konnte sich weder ein freies Wir-Bewusstsein, noch ein deutliches Interesse an sozialer Selbstorganisation entwickeln (vgl. Fein/Matzke 1997: 48-49; Abele 2006: 54; Merkel 2006: 36-38). Hinzu kam auch die durch die lange kommunistische Phase erzwungene Homogenisierung, welche den gesellschaftlichen Pluralismus und politischen Wettbewerb systematisch blockierte (vgl. Weßels 2004: 175). Liberale Freiheitsrechte wurden durch eine kollektivistische Sicht auf die Individualrechte ersetzt, wonach diese vom Staat bestimmt und von sozialen Gruppen bzw. Klassen ausgeübt werden mussten (vgl. Lane 2010: 296). Unter solchen Umständen konnten sich nur die an den Staat eng angebandenen sozialen Gruppen und Netzwerke ihre Existenz einwandfrei sichern (vgl. ebd.: 311).

Hier sind auch die spürbare Indifferenz bzw. niedrige Bereitschaft der sowjetischen Bevölkerung gegenüber jeglicher Form der gesellschaftlichen Mobilisierung und des Engagements verwurzelt. In erster Linie steht dieses Problem mit dem tief gehenden Misstrauen gegenüber jeglicher öffentlichen Institution in Verbindung. Dieses Misstrauen ist als Folge einer starken Politisierung des öffentlichen Lebens und der hiermit verbundenen Zwangsmitgliedschaft in den staatlich gesteuerten Organisationen zu betrachten (vgl. Howard 2003: 121-122; 2011: 139-140; Uhlin 2009: 274). In diesem Kontext spricht *Howard* (2011: 139) von „the legacy of mistrust of communist organizations“ als einem Phänomen der osteuropäischen Zivilgesellschaften. Die meisten Bürger fühlten sich nur noch innerhalb geschlossener, informeller Familien- und Freundschaftsnetzwerke geborgen, die während der wirtschaftlichen Not auch als eine Art Überlebenshilfe dienten (vgl. Howard 2011: 140-141; Uhlin 2009: 274; Weßels 2004: 186).

Nach Übernahme einer führenden Rolle in der Bekämpfung des Kommunismus sollten die Zivilgesellschaften Mittel- und Osteuropas sowohl den versäumten Entwicklungsprozess nachholen, wie auch sich in funktionaler bzw. ideologischer Hinsicht neu erfinden (vgl. Fein/Matzke 1997: 55; Forbirtg 2002: 2). Die enorme Persistenz sowjetischer Gesellschaftsmuster hinderte die Wahrnehmung dieser Aufgaben jedoch systematisch. Die Erwartung, dass der Systemübergang von der Expansion der Zivilgesellschaft begleitet werden würde, scheiterten vor allem am passiven und staatsanhänglichen Sowjetmenschen, der sich auch nach dem Kollaps des Regimes nicht von seiner politischen Apathie befreite (vgl. Maćków 2005: 60-69, 91; Plasser/Ulram 1993: 11).

Auch die soziale Differenzierung genügte in den postsowjetischen Gesellschaften der früheren Transformationsphase nicht, um die für eine demokratische Zivilgesellschaft notwendige Interessenheterogenität bzw. wenig polarisierte Klassenkultur mit einer staatlich unabhängigen Mittelschicht zu produzieren (vgl. Weßels 2004: 175-179). Das führte u. a. zu grundsätzlichen Unterschieden zwischen dem postkommunistischen und dem westeuropäischen Modell der Zivilgesellschaft hinsichtlich ihrer aktiven Akteure. So zählen zum postkommunistischen zivilgesellschaftlichen Akteursspektrum häufig auch die ehemals kommunistischen Vereinigungen, die noch vor 1989 entstanden, wie Gewerkschaften, Frauen-, Kultur- oder Jugendorganisationen (vgl. Skovajsa 2008: 49-50).

Die Persistenz der sowjetischen Mentalität erklärt auch das auffällig niedrige bürgerschaftliche Engagement nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, was eine schnelle Verankerung der demokratischen Kultur in der Gesellschaft verhinderte. Die Probleme der rechtlichen Regulierung zivilgesellschaftlicher Arbeit, das „negative“ kollektive Gedächtnis über die Zwangsmitgliedschaft in öffentlichen Organisationen während kommunistischer Zeiten, die allgemeine gesellschaftliche Enttäuschung über politische und ökonomische Entwicklungen sowie die schlechte materielle Lage vieler Bürger sind einige der Gründe dafür (vgl. Fein/Matzke 1997: 42; Ociepka 2010: 270; Howard 2003: 122-145, 2011: 139-142; Freise 2004a: 5-6). Somit konnte in der Ära des Postkommunismus das gegenseitige Misstrauen zwischen Gesellschaft und Staat nicht sofort überwunden werden. Während der Staat, der in den paternalistisch organisierten postkommunistischen Gesellschaften weiterhin als hauptverantwortlich für das Wohlergehen jedes einzelnen Bürgers galt, bei der Sicherung elementarster sozialer Bedürfnisse versagte, sank das Vertrauen der Bevölkerung in die öffentlichen Instanzen (vgl. Bowser 2001: 12-14). Als Folge empfanden die Bürger informelle private Netzwerke und Verbindungen weiterhin als bequeme Form der Erfüllung eigener privater Bedürfnisse bzw. als wichtige Quellen sozi-psychologischer Unterstützung und bevorzugten sie dem öffentlichen Engagement eindeutig (vgl. Howard 2011: 140-141; Stepanenko 2006: 584). Dabei sollten zivilgesellschaftliche Akteure weiterhin außerhalb der Politikgestaltung agieren, was nicht zuletzt mit der Schwäche der politischen Opposition und des gesamten Parteiensystems in den Transformationsgesellschaften zusammenhing (vgl. Bowser 2001: 12). Somit entwickelte sich eine ausgeprägte Trennung der Zivilgesellschaft vom Staat, welche die mittel- und osteuropäische postkommunistische Transformationsforschung weitgehend thematisiert (vgl. Freise 2004: 50). Allein schon wegen der traditionell bedeutenden Rolle der Regierung im gesellschaftlichen Leben erwies sich diese Dichotomie auf der Linie Staat-Zivilgesellschaft als echter Hemmfaktor für postkommunistische Demokratisierungsprozesse (vgl. Dimitrova 2009: 3; Eisele 2005: 6).

Als nicht unproblematisch zeigt sich innerhalb des postsowjetischen Diskurses der Zivilgesellschaft auch die asymmetrische Akzentsetzung auf den Sektor der NGOs, welche im Rahmen der postkommunistischen Transformation oft politisch beeinflussbar waren oder sich immer mehr nach den Erwartungen ausländischer Geldgeber richteten (vgl. Stepanenko 2006: 575). Somit wird vom postsowjetischen Phänomen der „un-Civil Society“ als System der „government organized NGOs (GONGOs) and Donor Organized NGOs“ gesprochen, die in der Verfolgung eigener spezifischer Interessen von der lokalen Bevölkerung auf Distanz gehen (vgl. Bowser 2001: 13; Stepanenko 2006: 583). Man kann demnach behaupten, dass die Institutionalisierungsprozesse im Verlauf der postkommunistischen Transformation auf politischer Ebene keine entsprechende Entwicklung und Mobilisierung der Zivilgesellschaft begleitete (vgl. Lada 2011: 2-3). Trotz der weitgehenden Trennung der Zivilgesellschaft vom Staat bedeutete diese noch nicht, dass die Zivilgesellschaften sich als wirksame oppositionelle Kraft zu den neuen nationalen Regierungen in postkommunistischen Transformationsgesellschaften positionieren konnten. Dafür fehlte es ihnen an effizienten Strukturen bzw. an entsprechender gesellschaftlicher Unterstützung.

4.3.5 Die Anpassung des Zivilgesellschaftskonzepts an den Kontext der postkommunistischen Transformationsforschung

Die instabilen bzw. sich schnell ändernden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontextbedingungen der postkommunistischen Transformation forderten ebenfalls eine Fortentwicklung des konzeptionellen Rahmens, in dem die Zivilgesellschaften als Akteure der Demokratisierung betrachtet wurden (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 15-16). Das ursprüngliche antikommunistische Konzept der Zivilgesellschaft, welches im Kampf um Demokratie seit den 1980er Jahren auf die Formel „civil society against the state“ (Baker 1998: 82) setzte, konnte zwar die Legitimation des postkommunistischen Systemwechsels ideologisch begründen, aber noch nicht die Rolle der Zivilgesellschaft darin erfassen (vgl. Klein 2001: 85; Lane 2010: 300).

Eine Antwort hierauf gibt die Transformationsforschung in dem von den Politikwissenschaftlern Wolfgang Merkel, Hans-Joachim Lauth und Aurel Croissant vorgeschlagenen funktionalistisch-strukturalistischen Konzept der Zivilgesellschaft. Die Kernaussage des Konzepts lautet:

Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler (auch konkurrierender), auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen (Im Einzelfall auch einzelne „Bürger“), die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 16).

Im Mittelpunkt des Konzepts steht die funktionalistische Betrachtungsweise der Zivilgesellschaft. Die Zugehörigkeit zum zivilgesellschaftlichen Akteursspektrum wird anhand der Ausübung konkreter Funktionen der Demokratisierung bestimmt. Von daher fungieren auch jene Akteure als Teil der Zivilgesellschaft, die nur in bestimmten Kontexten zivilgesellschaftlich aktiv werden und daneben andere Funktionen betreiben, wie beispielsweise Wirtschaftsverbände oder Bildungseinrichtungen. Entscheidend bleibt die Gemeinschaftsbezogenheit bzw. Orientierung des Handelns zivilgesellschaftlicher Akteure an den Prinzipien der Gewaltfreiheit und der Toleranz als normativen Minimalkonsens des Konzepts (vgl. Croissant et al. 2000: 18; Lauth/Merkel 1997a: 17; Lauth 2003a: 225).

In strukturalistischer Hinsicht präsentiert sich die Zivilgesellschaft auch hier als eine zwischen dem Privaten und dem Staat angesiedelte intermediäre Handlungssphäre, in der kollektive Akteure ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren (vgl. Merkel/Puhle 1999: 161; Thiery 2004: 1135; Croissant et al. 2000: 16). Hiermit fasst der Kreis der zivilgesellschaftlichen Akteure eine Vielzahl heterogener und daher auch höchst unterschiedlicher freiwillig gegründeter Organisationen und Assoziationen zusammen (vgl. Lauth/Merkel 1997a: 16-17; Merkel/Lauth 1998: 7). NGOs, Verbände, Interessengruppen, kulturelle und religiöse Vereinigungen, Bildungs- und Informationseinrichtungen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Bürgerrechtsgruppen sind hiernach typische Akteure der Zivilgesellschaft (vgl. Croissant et al. 2000: 17).

Mit der Zusammenführung der funktionalistischen und strukturalistischen Betrachtungsweisen führt das angebotene Konzept *de facto* alle zuvor genannten Wesensmerkmale einer modernen Zivilgesellschaft zusammen. Dies erfasst auch die Zwischenstellung zwischen Staat und Privatem, eine relativ weitgehende Autonomie gegenüber dem Staat, die Gemeinwohlorientierung bzw. eine ausgeprägte normative Dimension, das Agieren in der

Öffentlichkeit und somit die politische Ausrichtung der Zivilgesellschaft (vgl. Lauth 2003: 224; Lauth/Merkel 1997a: 16). Von daher wird dem Konzept eine besondere Flexibilität bzw. Anpassungsfähigkeit an bestehende Kontextbedingungen eines postkommunistischen Systemwechsels zugesprochen, weswegen es auch als „offenes und dynamisches“ Konzept der Zivilgesellschaft gilt (vgl. Croissant et al. 2000: 9, 16).

Auf der anderen Seite führt diese funktionalistisch geprägte Sicht zu häufigen Überlappungen zwischen der zivilen, politischen und wirtschaftlichen Gesellschaft, indem auch auf mehreren Ebenen gleichzeitig tätige Akteure, wie Gewerkschaften, Berufs- und Unternehmerverbände dem zivilgesellschaftlichen Akteurskreis zugeordnet werden können (vgl. Croissant et al. 2000: 17). Zwar erscheint diese breit angelegte Sichtweise auf die Zivilgesellschaft sinnvoll, um unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale der instabilen Transformationsgesellschaften einen zivilgesellschaftlichen Akteurskreis je nach aktuellen Kontextbedingungen optimal zu bestimmen; dennoch kann ein so stark situationsbezogener Ansatz deutlich erschweren, den langfristig angestrebten Einfluss externer Akteure wie der EU auf die postkommunistischen Zivilgesellschaften einer systematischen Analyse zu unterziehen. Aus diesem Grund legt die vorliegende Arbeit bei der Definition der Zivilgesellschaft den Fokus auf jene Akteure, deren Handeln nicht nur situativ im Fall der Übernahme einzelner öffentlicher Funktionen der Demokratisierung, sondern hauptsächlich und permanent zivilgesellschaftlichen Charakter trägt.

Somit lautet die Definition der Zivilgesellschaft, in Anbetracht der angeführten Ausführungen zu ihren wichtigsten Wesensmerkmalen bzw. in Anlehnung an den funktionalistisch-strukturalistischen Ansatz der modernen Transformationsforschung, innerhalb dieser Arbeit wie folgt:

Die Zivilgesellschaft ist ein intermediärer, zwischen dem Staat, dem Markt und der Privatsphäre angesiedelter Bereich, wo infolge sozialer Interaktionen unterschiedliche Formen der freiwilligen, nicht-profitorientierten und selbstorganisierten Vereinigungen zustande kommen, in deren Rahmen die Bürger ehrenamtliche gemeinwohlorientierte Tätigkeiten betreiben bzw. ihre kollektiven Interessen öffentlich artikulieren und vertreten.

Vereinfacht setzt diese Perspektive die Existenz einer Zivilgesellschaft schon dort voraus, wo freie kollektive Akteure unabhängig vom Staat zugunsten des Gemeinwohls der Bürger agieren. Aktive Akteure der Zivilgesellschaft sind aber nur jene, welche weder dem Markt noch dem Staat oder der Privatsphäre zuzuordnen sind und sich ausschließlich freiwilligen, nicht-profitorientierten bzw. staatlich relativ unabhängigen Tätigkeiten widmen. Von daher geht es gerade um jene Akteure der Zivilgesellschaft, welche auf einmal sowohl bereichs-, als auch handlungslogisch zivilgesellschaftlich agieren und in der Regel über eine gewisse Organisationsstruktur besitzen. Auf der einen Seite erlaubt diese Sichtweise, neben den NGOs auch mehrere andere sozial aktive Akteure der Demokratisierung in die zivilgesellschaftliche Domäne aufzunehmen, wie soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, kommunale bzw. lokale soziale Netzwerke. Auf der anderen Seite zieht dies auch eine klare Trennlinie zu jenen Akteuren, welche sich in Anbetracht ihres Tätigkeitsprofils meistens im Bereich des Marktes oder des Staates bewegen, wie Unternehmen, Kliniken oder Bildungseinrichtungen. Wichtig ist, dass mit der vorgeschlagenen Definition auch die normative und politische Dimension der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung hervorgehoben wird.

4.4 Zusammenfassende Bemerkungen

Dieses Kapitel thematisierte die Entwicklung und Besonderheiten des modernen Diskurses einer demokratisch gesinnten Zivilgesellschaft. Der Akzent lag auf der Begründung der Bedeutung einer Zivilgesellschaft für das Gelingen der postkommunistischen demokratischen Transformation. Vor diesem Hintergrund wurden die wichtigsten Funktionen der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung, wie Vermittlungs-, Kommunikations-, Sozialisations-, Schutz- und Kontrollfunktion, erläutert. Ebenfalls wurden Wesensmerkmale einer modernen Zivilgesellschaft, wie ihre politische Ausrichtung, Zwischenstellung zwischen Staat und Markt, eine ausgeprägte normative Dimension, Akzentsetzung auf bürgerschaftlichem Engagement etc. dargestellt.

In Anbetracht der angebotenen Erläuterungen konnte festgehalten werden, dass die Zivilgesellschaft sich mittlerweile weitgehend als bedeutende Voraussetzung der postkommunistischen Demokratisierung bewährte. Unter Berücksichtigung der gesamten Vielfalt an Konzepten der Zivilgesellschaft wurde ebenfalls konkretisiert, welche ihrer Interpretationen den Forschungszielen dieser Arbeit am besten entspricht.

5

NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure: ihre Wesensmerkmale und Bedeutung für Demokratisierung

Wie schon oben begründet, beschränkt sich der empirische Teil dieser Arbeit hinsichtlich der ganzen Breite zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Ebene der NGOs. Der unten angebotene Überblick über die spezifischen Merkmale bzw. die Funktionen der NGOs soll ferner ihre tatsächliche bzw. potenzielle Bedeutung als Teilnehmer der innerstaatlichen Demokratisierungsprozesse bzw. Adressaten der externen Demokratieförderung in osteuropäischen EU-Nachbarländern veranschaulichen.

Seit Ende des Kalten Kriegs konnten NGOs sich zu wichtigen Akteuren der nationalen und internationalen Politik entwickeln, die aus dem öffentlichen Leben nicht mehr wegzudenken sind (vgl. Frantz/Martens 2006: 9-12; Hirsch 1999: 2). Schon in den 1990er Jahren kamen den NGOs mit Blick auf ihr demokratieförderliches Potenzial viele Erwartungen beim Voranbringen der demokratischen Transformation zu (vgl. Frantz/Martens 2006: 16-17; Hirsch 1999: 1; Lenzen 2001: 5; Walk 2011: 1). Damals entwickelten sich NGOs zu einem prominenten Forschungsgegenstand vieler sozialwissenschaftlicher Perspektiven, wie der Dritten-Sektor-, Bewegungs- und Protest-, Demokratie- und Partizipations-, Netzwerk- und Verbändeforschung bzw. der sich allmählich herausbildenden eigenständigen NGO-Forschung (vgl. Frantz 2002: 51; Akkaya 2012: 63; Martens 2002: 54).

Mittlerweile spricht man immer deutlicher von einer tief greifenden „NGO-sierung der Politik“ – einer Tendenz, die nicht nur NGOs als den institutionellen Kern der Zivilgesellschaft aufwertet, sondern oft auch die Zivilgesellschaft mit den NGOs *quasi* gleichsetzt (vgl. Frantz/Martens 2009: 12; Priller/Zimmer 2004: 105). So werden NGOs auf der weltpolitischen Ebene, die zunehmend durch Globalisierungstendenzen geprägt wird, immer häufiger als zentrale Bindeglieder einer internationalen Zivilgesellschaft und somit auch als wichtige transnational agierende Akteure der Demokratisierung aufgefasst (vgl. Martens 2002: 35; Akkaya 2012: 64).¹¹⁴

Diese Arbeit betrachtet NGOs als integralen bzw. funktionalen Teil der Zivilgesellschaft und somit unmittelbar im Kontext des erörterten zivilgesellschaftlichen Diskurses. In Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit sieht diese NGOs als nationale, außerhalb der gesamten Debatte über ihre Rolle als Teil der globalen und internationalen Zivilgesellschaft. Im Weiteren werden die wichtigsten Merkmale und Funktionen der NGOs als Akteure der demokratischen Transformation vorgestellt bzw. ihre Attraktivität als Adressaten der externen Demokratieförderung begründet. Im Kontext der externen Zivilgesellschaftsförderung sind vor allem die hoch professionalisierten, sozial oder politisch gerichteten NGOs von Bedeutung, da sie besonders oft eine ausgeprägte Affinität zu Zielen und Prinzipien der externen Demokratieförderung aufweisen (vgl. Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 31-33; Stewart 2009b: 185-186).

¹¹⁴ Zur Rolle der NGOs in der internationalen und globalen Politik bzw. den Konzepten einer internationalen und globalen Zivilgesellschaft siehe Frantz/Zimmer (Hg.) 2002; Zimmer 2002; Hirsch 1999; Frantz/Martens 2006: 70-121; Lenzen 2001; Heins 2002; Akkaya 2012; Demirovic 2000.

5.1 NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung: Begriffserklärung

Grundsätzlich erwähnte den Begriff „NGO“ in seinem heutigen Gebrauch zum ersten Mal Artikel 71 der Charta der Vereinten Nationen, ohne diesen jedoch zu konkretisieren. Dabei beginnt die Entstehung der ersten nationalen humanitär und sozial orientierten Organisationen als Formen des bürgerschaftlichen Engagements schon im 18. Jahrhundert, der ersten internationalen föderativen Verbände im 19. Jahrhundert. Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es zum kontinuierlichen Zuwachs an NGOs weltweit (vgl. Hirsch 1999: 4; Martens 2002: 27-32; Walk 2011: 3).¹¹⁵ Eine Mehrzahl der modernen NGOs entwickelt sich als Resultat der Ausdifferenzierungs- und Institutionalisierungsprozesse innerhalb der neuen sozialen Bewegungen, in deren Rahmen sich Bürger seit den 1960er bis in die 1980er Jahre aktiv um diverse Themen wie Frauen, Atomkraft oder Menschenrechte, weltweit erfolgreich mobilisierten (vgl. Frantz/Martens 2006: 55-56; Hirsch 1999: 5).

Wie für den Begriff der Zivilgesellschaft gibt es auch für den Begriff NGO keineswegs eine einheitlich anerkannte Auslegung. Die auffällig mangelnde Trennschärfe des Begriffs fällt in erster Linie auf seine Vielseitigkeit zurück. So werden konkrete Begriffsdefinitionen je nach wissenschaftlichem Teilbereich bzw. speziellem Forschungskontext quasi neu ergründet (vgl. Akkaya 2012: 60-63; Voss 2007: 26-27; Martens 2002: 31; Frantz 2002: 53). Dies erklärt auch eine Menge synonyme Bezeichnungen der NGOs als Zivilgesellschaftsorganisationen, Freiwilligensektor, Interessensgruppen, Dritte-Sektor-Organisationen oder Non-Profit-Organisationen (vgl. Frantz/Martens 2006: 22-23).¹¹⁶

Grundsätzlich kann man zwischen einer allgemeineren und einer spezifischeren Interpretation des NGO-Begriffs unterscheiden. Der allgemeineren Interpretation zufolge wird der NGO-Begriff als Sammelbecken für eine Vielzahl heterogener Akteure mit unterschiedlichen Merkmalen und Zielen betrachtet, die ein freiwillig bestimmter, weder rein politischer noch rein wirtschaftlicher Organisationszweck vereint. Bei diesem Ansatz besteht dennoch die Gefahr, NGOs zu einem Begriff für alle nichtstaatlichen Organisationen zu machen (vgl. Frantz/Martens 2006: 22-23; Akkaya 2012: 60; Brühl 2003: 19). Daher folgt die überwiegende Zahl der NGO-Definitionen der Logik eines spezifischen Ansatzes. Demnach fassen NGOs nur jene gemeinwohlorientierten und formalen gesellschaftlichen Akteure zusammen, die jenseits des Staates und des Marktes liegen. Dies schließt Wirtschaftsverbände, professionelle Vereinigungen oder Gewerkschaften nicht mit ein (vgl. Roth 2000). Innerhalb dieser Definitionsgruppe wird die Ansicht favorisiert, dass, in Hinblick auf die erörterte Heterogenität des NGO-Begriffs, dieser durch die Summe seiner typischen Merkmale konkretisiert werden soll, die rund um deren Ziele, Aktionsradius, Mitgliedschaft oder Autonomiegrad gruppiert werden (vgl. Voss 2007: 31; Münkler 2003: 30; Frantz/Martens 2006: 49). Nicht selten gehen die auf diesem Wege entstandenen NGO-Definitionen den Weg der negativen Abgrenzung, indem sie in erster Linie offenbaren, was NGOs nicht sind. Besonders häufig heben diese Definitionen die Nicht-Gewinnorientierung, Gewaltfreiheit und die Nichtstaatlichkeit der NGOs gegenüber dem Staat hervor (vgl. Frantz/Martens 2006: 22; Wegmann 2009). So beschreibt

¹¹⁵ Zur Entwicklungsgeschichte der NGOs als Akteure der nationalen bzw. internationalen Politik vgl. Wegmann 2009; Willets 1996; Frantz/Martens 2006: 52-56.

¹¹⁶ Die Gleichstellung der NGOs mit den Non-Profitorganisationen (NPO) ist dabei aufgrund der vielen gemeinsamen Merkmale besonders häufig. Dennoch wird diese eher kritisch betrachtet, allein weil die NPO-Forschung primär durch eine betriebswirtschaftliche Logik geleitet wird, während die Gesamtspezifik der NGOs am besten aus der Perspektive der Dritten Sektor- bzw. der Zivilgesellschaftsforschung aufgefasst werden kann (vgl. Voss 2007: 21). Zur genaueren Abgrenzung zwischen dem NPO- und NGO-Begriff vgl. auch Zimmer/Priller 2007: 34.

Willems (1996: 6) eine NGO als „any non-profit making, non-violent, organised group of people who are not seeking governmental office.“ Ähnlich sieht Hirsch (1999: 2-3) NGOs in erster Linie als „freiwillige Zusammenschlüsse, die staats- und parteiunabhängig sind, nicht gewinnorientiert und auch nicht an den Eigeninteressen ihrer Mitglieder orientiert sind“. Salamon (vgl. 1996: 22-26) fasst NGOs seinerseits als formell verfasste, private und somit im institutionellen Sinne vom Staat unabhängige, nicht gewinnorientierte, selbstverwaltete und unter Einbeziehung von ehrenamtlicher Arbeit funktionierende Organisationen.

Aus diesen Definitionen der NGOs lässt sich letztendlich ein „Set“ ihrer typischen Merkmale feststellen, welche sie von anderen Gruppen der zivilgesellschaftlichen Akteure unterscheiden. Der öffentliche Charakter ihrer Tätigkeit, das Vorhandensein einer formalen Struktur, die Zuwendung zu Zielen des Gemeinwohls, ein bestimmter Grad an Professionalisierung und die institutionelle Unabhängigkeit vom Staat sind darunter in erster Linie zu nennen (vgl. Clarke 1998; Wegmann 2009; Hirsch 1999; Heins 2002a: 41-44; Frantz/Martens 2006: 49-50).

In Anknüpfung an solche typischen Merkmale der NGOs definiert die vorliegende Arbeit diese zusammenfassend als formale, professionalisierte Organisationsstrukturen der nicht-staatlichen privaten Sphäre, die grundsätzlich gemeinwohl- und von daher nicht ausschließlich profitorientierte Ziele verfolgen und dabei auch politisch aktiv werden. Der Akzent der Untersuchung liegt auf nationalen NGOs, die mit dem Staat zwar ein Kooperationsverhältnis für die Ermöglichung ihrer politischen Arbeit eingehen, dennoch weder staatliche Mitglieder zulassen noch komplett abhängig von staatlicher Finanzierung sind.

Ähnlich wie die Definitionen der NGOs sind auch deren Typen und Formen zahlreich. In diesem Kontext kann auch über das Problem der „Über-Typologisierung“ der NGOs gesprochen werden, welche aus einer Unzahl von Differenzierungskriterien hinsichtlich ihrer Organisation bzw. Arbeitsweise resultiert (vgl. Martens 2002: 39). Einige Typologien stützen sich auf das Kriterium der betroffenen Politikbereiche. Am meisten wird dabei zwischen den „weichen“ Politikfeldern, wie Umwelt, Menschenrechte oder Entwicklung differenziert (vgl. Walk 2011: 3). Andere, dagegen, ordnen die NGO-Landschaft nach Form, Charakter der Aktivitäten, Art der Mitgliedschaft, räumlichen Maßstäben der Arbeit, Zielsetzungen, Strategien, Zielgruppen oder Verhältnis zum Staat (vgl. Voss 2007: 26; Martens 2002: 39). So unterscheidet man beispielsweise je nach Organisationsform zwischen akademischen Think Tanks, Entwicklungsagenturen, Stiftungen, sozialen Bürgerorganisationen und anderen Organisationsformen (vgl. Clarke 1998: 37). Dem geografischen Radius erfolgt eine Aufteilung der NGOs in lokale, regionale, nationale und internationale Organisationen; dem Arbeitscharakter nach – in eher lobbying- oder projektarbeitsorientierte NGOs (vgl. Martens 2002: 39; Hirsch 1999: 4; Roth 2000). Oft dient zur Typologisierung der NGOs das Kriterium des Verhältnisses zum Staat. Hiernach unterscheidet man zwischen NGOs ausschließlich privater Natur und den NGOs, die auch Staaten oder deren Funktionsträger als Mitglieder zulassen, durch staatliche Initiativen zustande kommen oder zum größten Teil durch den Staat mitfinanziert werden. Dementsprechend gelten solche „NGO-Abweichler“ auch als *quasi*-NGOs bzw. als GONGOs (Government Organized NGOs) (vgl. Martens 2002: 39-44; Akkaya 2012: 65).

5.2 Spezifische Merkmale der NGOs

Unter allen prägenden Merkmalen der NGOs sind hiermit vor allem drei hervorzuheben, welche ihren Charakter als Akteure der innerstaatlichen Demokratisierungsprozesse mitprägen: Professionalisierung, Nicht-Profitorientiertheit und Nicht-Staatlichkeit. Im Weiteren werden die genannten Merkmale vereinzelt kurz skizziert.

Professionalisierung

Die zunehmende Professionalisierung der NGOs resultiert aus ihrer permanenten Notwendigkeit, die notwendige Arbeitseffizienz und somit ihr strukturelles Überleben dauerhaft zu sichern. Grundsätzlich wird unter der Professionalisierung die Schaffung hauptamtlicher Beschäftigungsstrukturen neben dem bestehenden Ehrenamt gemeint. Zu berücksichtigen ist aber, dass mit der Beschäftigung des entsprechend qualifizierten, bezahlten Personals nicht nur das erfolgreichere Organisationsmanagement und eine stärkere fachliche Spezialisierung, aber auch erhebliche Erhaltungskosten verbunden sind. In der Praxis bedingt dies die zunehmende Abhängigkeit der NGOs von Spenden- und Projektgeldern. Im Endeffekt kann dadurch die Rückbindung der NGOs an die lokale Bevölkerung gestört werden oder ganz verloren gehen, sodass der Aspekt der Professionalisierung häufig auch kritisch hinterfragt wird. Auf der anderen Seite deutet das Vorhandensein eines festen Stabs professioneller Mitarbeitern auf die organisatorische Dauerhaftigkeit der NGOs hin, wodurch diese sich auch von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den sozialen Bewegungen unterscheiden (vgl. Frantz/Martens 2006: 59-60, 127; Martens 2002: 34-36; Lane 2006: 19; Gawrich/Lapins 2006: 30; Voss 2007: 32).

Nicht-Profitorientiertheit

Als Akteure der Zivilgesellschaft wird von den NGOs erwartet, dass diese nicht profit-orientiert agieren und von daher in erster Linie öffentliche Gemeinwohlinteressen verfolgen (vgl. Voss 2007: 33). Von daher werden sie auch als arbeitende „Moralunternehmen“ bezeichnet (vgl. Hirsch 1999: 3). Dennoch nimmt in letzter Zeit die Sichtweise zu, dass NGOs wegen der mit der Erhaltung eines professionalisierten Mitarbeiterstabs verbundenen Kosten auch kommerzielle Nebentätigkeiten betreiben müssen und von daher nicht nur eigennützig, sondern durchaus auch in eigenen Privatinteressen agieren. Dieser kommerzielle Aspekt gilt dennoch als eher unproblematisch, solange die erwirtschafteten Gelder ausschließlich für die Arbeit der NGOs und somit für die Ermöglichung ihrer gemeinwohlorientierten Aufgaben sozialpolitischen Charakters genutzt werden (vgl. Voss 2007: 31; Frantz/Martens 2006: 23, 26).

Nicht-Staatlichkeit

Allgemein betrachtet gelten NGOs als öffentliche Akteure, die weder durch staatliche Initiativen zustande kommen noch einer politischen Partei angehören (vgl. Walk 2011: 3-4). Diese Nicht-Staatlichkeit schließt eine überwiegend vom Staat abhängige Finanzierung, staatliche Mitglieder, einschließlich politischer Parteien, Ansprüche auf Ablösung der Regierung, Besetzung von Staatsämtern bzw. politische Kontrolle von NGOs seitens des Staates grundsätzlich aus (vgl. Willets 1996: 3-4; Walk 2011: 4; Voss 2007: 29, 31-33; Akkaya 2012: 60). Eine absolute Autonomie ist

damit dennoch nicht gemeint, alleine weil die professionalisierten und auf Dauer gestellten Strukturen der NGOs sowohl auf staatliche Mitfinanzierung als auch auf funktionale Vernetzungen mit Akteuren aus Parteien und Regierung nicht verzichten können (vgl. Martens 2002: 35; Mai 2013 4-6; Hirsch 1999: 2). So bewegen sich viele NGOs in einer Grauzone zwischen politischer Autonomie und finanzieller Abhängigkeit von staatlichen Geldgebern. Das enge Verhältnis zum Staat wird zudem durch die ausgeprägte politische Dimension der Arbeit der NGOs als Akteure der Zivilgesellschaft gefördert. Insbesondere in Bereichen der Entwicklungs- und Friedenspolitik werden die NGOs neben staatlichen Politikakteuren aktiv (vgl. Akkaya 2012: 65). Außerdem bieten NGOs alternative politische Eliten an, bemühen sich um eine systematische Einflussnahme auf politische Entscheidungen zugunsten partikulärer gesellschaftlicher Interessen oder übernehmen öffentliche Aufgaben des Staates, wie beispielsweise im Sozialbereich (vgl. Mercer 2002: 9; Dicklitch 2001: 28, 34; Walk 2011: 2-6; Frantz 2002: 62; Zimmer 2002: 11).

5.3 Spezifische Aufgaben und Funktionen der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung

Die häufige Bevorzugung der NGOs als Empfänger externer Demokratieförderung erklärt sich sowohl durch ihre nachgewiesene funktionale Flexibilität als auch ihre Wirksamkeit als Akteure der demokratischen Transformation vor Ort (vgl. Waldenhof 2003: 47-49; Frantz/Martens 2006: 17; Willets 1996: 10; Akkaya 2012: 69). So bezeichnet die Demokratieforschung unter allen Akteuren der Zivilgesellschaft die NGOs als „institutional vehicles“ für eine effiziente Transformation in Richtung liberal geprägter demokratischer und moderner Gesellschaften (vgl. Mercer 2002: 12). In der politischen Wirklichkeit der Transformationsländer werden NGOs mittlerweile als Protagonisten der Zivilgesellschaft aufgefasst, welche politische Änderungen in Richtung einer demokratischen Ordnung effizient initiieren können. In diesem Kontext treffen auf NGOs insbesondere die folgenden demokratieförderlichen Funktionen zu: Pluralisierung der institutionellen politischen Arena, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, Stärkung der gesellschaftlichen Legitimation politischer Macht, Aufspüren akuter Problemlagen, Politikforschung und Politikformulierung, Vermittlung der Fachexpertise, Erarbeitung entsprechender politischer Lösungsansätze bzw. Überwindung der gesellschaftspolitischen Konfliktlinien (vgl. Martens 2002: 26; Al-Amin 2008: 14; Waldenhof 2003: 79; Theiler 2012: 1; Weyrauch 2008: 4-5; Raik 2006a: 2-4). Im Kontext der Demokratisierungsprozesse spielen die politisch aktiven NGOs eine besonders wichtige Rolle. Denn, im Vergleich zu NGOs mit Arbeitsschwerpunkten in anderen Bereichen, wie beispielsweise Umwelt oder soziale Dienstleistungen, verfügen die politisch orientierten NGOs über fachliche Kapazitäten, um gezielt institutionelle Aspekte einzelner Domänen der Demokratisierung zu beeinflussen (vgl. Uhlin 2009: 277). Dabei gilt nur das Handeln jener NGOs als demokratieförderlich, die auch intern von demokratischen Prinzipien geleitet werden (vgl. Dicklitch 2001: 30).

Als Teil der Zivilgesellschaft übernehmen NGOs alle typischen Funktionen der Demokratisierung wie Kontroll-, Schutz-, Vermittlungs-, Kommunikations- oder Sozialisationsfunktion (vgl. Kap. 4.3.2). Dabei nehmen diese Funktionen bei NGOs spezifische Merkmale an, die sie von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Fragen der Demokratisierung unterscheiden. Durch die Veranschaulichung dieser Sondermerkmale soll ferner die Handlungslogik der NGOs als Akteure der Demokratisierung konkretisiert werden.

Die *Vermittlungsfunktion* kommt in der Arbeit von NGOs in Form von Aufgaben der Themensetzung (Agenda Setting) und Themenanwaltschaft (Advocacy) zum Ausdruck. Agenda Setting setzt die Fähigkeit der NGOs voraus, relevante Probleme und Interessen verschiedener

Bevölkerungsgruppen, für welche geeignete Lösungen gefunden werden müssen, zu definieren und zu artikulieren. Unter „Advocacy“ versteht man hingegen das Agieren der NGOs als Vertreter einzelner gesellschaftlich relevanter Interessen vor der Regierung bzw. in der Öffentlichkeit (vgl. Raik 2006a: 13-14; Frantz/Martens 2006: 57). In diesem Sinne handeln NGOs oft als *pressure groups*, indem sie in Zielen der Interessenvertretung die öffentliche Meinung rund um konkrete Themen mobilisieren. Damit wollen sie die politischen Akteure in ihren Entscheidungen beeinflussen. Dabei kann es sowohl um allgemein gemeinwohlorientierte Themen wie Menschenrechte oder Umwelt, als auch um Partikularinteressen einzelner Bevölkerungsgruppen gehen (vgl. Voss 2007: 26-28; Akkaya 2012: 61; Frantz 2002: 63). In diesem Sinne ist die Definition von Lane (2006: 13) besonders treffend, welcher Advocacy als die Fähigkeit der NGOs „to respond the changing need, issues und interests of the community and country“ beschreibt. Oft setzen NGOs in ihren Advocacy-Zielen verschiedene Formen von Lobbying ein, was die Lenkung der Aufmerksamkeit der Politikvertreter auf informelle, meist auf interpersonellen Kontakten basierende Weise voraussetzt (vgl. Voss 2007: 28; Frantz/Martens 2006: 58). Um der Zivilgesellschaft eine deutliche Stimme in den Advocacy-Aktivitäten zu verleihen, nehmen sie zusätzlich auch öffentliche Kampagnen und Protestaktionen, symbolhafte und plakative Aktivitäten und diverse Formen der Medienarbeit in Anspruch (vgl. Frantz 2002: 54-55; Dicklitch 2001: 29).

Indem NGOs das politische Bürgerengagement in der Gesellschaft unterstützen, sorgen sie auch für die Förderung der wichtigsten Tugenden einer demokratischen Gesellschaft und erfüllen hiermit die Funktion der *Sozialisierung* (vgl. Dicklitch 2001: 29). Neben Bildungs- und Aufklärungsarbeit setzt diese auch die Vermittlung politischer Fachexpertise voraus. Die politischen Akteure, wie beispielsweise nationale Ministerien oder Parlamente, nutzen diese, um vor allem eine kritische Einschätzung der eigenen politischen Strategien und Erfolge in der Öffentlichkeit zu ermöglichen (vgl. Frantz/Martens 2006: 59).

Die Wahrnehmung der zivilgesellschaftlichen *Kontroll-* und *Schutzfunktion* stellt NGOs oft als sogenannte „Watchdogs“ dar: Durch systematisches Monitoring erkennen NGOs die Problem- bzw. Lückenstellen in der staatlichen Regulierung bzw. zeigen diese frühzeitig der Öffentlichkeit auf. Eine solche Kontrolle der Regierung erlaubt zugleich, diese von möglichen Tendenzen der Autoritarisierung abzuhalten (vgl. Frantz 2002: 63; Dicklitch 2001: 30).

Die Sicherstellung der *Kommunikationsfunktion* hebt die Fähigkeit der NGOs zur informationellen Aufklärung der Öffentlichkeit in sozialpolitischen Fragen hervor. Aufgrund der Nähe der NGOs zur Bevölkerung nutzen Regierungsinstitutionen deren Austausch von Informationen und Expertise, um gesellschaftlich relevante Probleme richtig einzuschätzen bzw. passende Lösungen für diese zu finden (vgl. Frantz 2002: 57-58; Akkaya 2012: 67). Für einen besseren Kommunikations- und Informationsaustausch greifen die NGOs auf unterschiedliche Formen des Networkings bzw. der Netzwerkbildung sowohl mit Akteuren der Politik als auch mit anderen NGOs oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren zurück (vgl. Abele 2006: 49; Akkaya 2012: 67). Demokratiedebatten unterstreichen auch die hohe funktionale Flexibilität der NGOs als *Erbringer öffentlicher Dienstleistungen*, von denen die meisten sich auf soziale Fragen beziehen. In dieser Funktion genießen NGOs zudem oft mehr Vertrauen in der Bevölkerung als der Staat selbst (vgl. Abele 2006: 36; Lane 2006; Frantz/Martens 2006: 61).

Da NGOs in dieser Arbeit als integraler Teil der Zivilgesellschaft in Betracht kommen, werden ihre Funktionen dementsprechend in einen unmittelbaren Zusammenhang mit allgemeinen Funktionen der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung gebracht. Die unten stehende Tabelle stellt eine Übersicht ihrer wichtigsten Funktionen als Akteure der Zivilgesellschaft bzw. Teilnehmer an demokratischen Prozessen dar.

Tab. 5: Die wichtigsten Funktionen der NGOs als Akteure der Demokratisierung

<i>Funktion</i>	<i>Indikatoren</i>
Vermittlungsfunktion (Advocacy-Funktion und Agenda-Setting Funktion)	Definition und Artikulation aktueller Probleme und Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen; Vertretung der artikulierten Interessen vor der Regierung mit dem Ziel der Einflussnahme auf politische Entscheidungen und Gesetzgebung; Mobilisierung der öffentlichen Meinung rund um einzelne Interessenlagen bzw. für oder gegen einzelne Politikentscheidungen
Kontroll- und Schutzfunktion (Watchdog-Funktion)	Monitoring des Regierungshandelns; Lieferung von Informationen über die Problemstellen in der staatlichen Politik an die Öffentlichkeit
Sozialisationsfunktion	Demokratische Bildungsarbeit, Förderung der wichtigsten Tugenden einer demokratischen Gesellschaft und einer demokratischen politischen Kultur; Verankerung des demokratischen Denkens, Normen und Verhaltens; Förderung des ehrenamtlichen Engagements; Politikforschung und Analyse
Kommunikationsfunktion	Kritische Thematisierung und Aufklärung sozialpolitischer Fragen in der Öffentlichkeit; Kommunikation der zur Lösung anstehenden Probleme an die Regierung; Networking mit den Vertretern der Politik bzw. untereinander
Entlastung des Staatsapparats	Erbringung einzelner öffentlicher Dienstleistungen mit Bezug auf soziale oder administrative Angelegenheiten

Quelle: eigene Darstellung¹¹⁷

5.4 Zusammenfassende Bemerkungen

Dieses Kapitel erklärte den Begriff der NGOs als Akteure der Zivilgesellschaft. Vor allem hob es die spezifischen Merkmale der NGOs als Teilnehmer der demokratischen Prozesse vor Ort hervor, wie ihre Nicht-Profitorientiertheit, Nicht-Staatlichkeit, ein gewisser Grad an Professionalisierung, das Vorhandensein einer formell organisierten Struktur, die wichtige Bedeutung der Freiwilligenarbeit etc. Außerdem wurden fünf Funktionen von NGOs auf dem Tätigkeitsfeld der Demokratisierung kurz beschrieben, welche für die Ziele der empirischen Untersuchung dieser Arbeit von Bedeutung sind. Zu beachten gilt jedoch, dass das Agieren der NGOs als Akteure der Demokratisierung mit einzelnen kritischen Aspekten verbunden ist. So können NGOs aufgrund ihrer politisch orientierten Aufgaben enge Verflechtungen mit staatlichen Politikakteuren entwickeln. Dies kann ihr wichtiges Merkmal der Staatsunabhängigkeit leicht gefährden (vgl. Frantz/Martens 2006: 17). Zu berücksichtigen ist auch, dass NGOs sich von der lokalen Bevölkerung bzw. derer Bedürfnisse manchmal distanzieren können. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn NGOs ihre Arbeit zunehmend nach den Erwartungen ausländischer Geldgeber richten, um im Konkurrenzkampf um externe Fördermittel wettbewerbsfähig zu bleiben (vgl. Mercer 2002: 16). Trotz dieser einzelnen „Schattenseiten“ des NGO-Sektors liegt dieser Arbeit die Überzeugung zugrunde, dass diese im innerstaatlichen Demokratisierungsprozess eine wichtige Rolle übernehmen.

¹¹⁷ Bezug nehmend auf die Darstellung der wichtigsten Funktionen der Zivilgesellschaft bzw. der NGOs als ihrer Akteure auf dem Feld der Demokratisierung (vgl. Kap. 4.3.2 und Kap. 5.3).

6

NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in der Ukraine

Das folgende Unterkapitel erläutert die rechtlich-politischen, gesellschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Kontextbedingungen, welche für die Entwicklungsdynamik der ukrainischen Zivilgesellschaft als Akteur demokratischer Prozesse 1994–2015 entscheidend waren. Außerdem liefern solche Kontextbedingungen wichtige Hinweise in Bezug auf die Voraussetzungen ukrainischer NGOs für die Kooperation mit der EU, welche später durch das Konzept der innerstaatlichen Opportunitätsstrukturen (*domestic opportunity structures*) theoretisch präzisiert werden (vgl. Kap. 10). Somit liefern die rechtlich-politischen Kontextbedingungen der Arbeit ukrainischer NGOs Informationen, was das bestehende Verhältnis der NGOs zum Staat als einer der drei Opportunitätsstrukturen angeht. Aus den Angaben zu gesellschaftspolitischen Kontextbedingungen der ukrainischen Zivilgesellschaft kann wiederum auf die nächste relevante Opportunitätsstruktur – den grundsätzlichen Willen der NGOs zur Kooperation mit einem externen Akteur wie der EU – geschlossen werden. Die wirtschaftspolitischen Kontextbedingungen hängen hingegen eng mit der Ausstattung der NGOs mit notwendigen Kapazitäten zusammen, welche die Möglichkeiten und Grenzen ihrer demokratieorientierten Zusammenarbeit mit der EU großteils mitbestimmen. Somit wird im Folgenden der ukrainische NGOs-Sektor anhand seines Verhältnisses zum Staat, seiner Ausstattung mit technischen bzw. fachlichen Kapazitäten sowie der Bedingungen, die seinen Willen zur Kooperation mit ausländischen Partnern bestimmten, entlang jeder der drei Zeitphasen der Untersuchung dargestellt.

6.1 Ukrainische Zivilgesellschaft als Mitgestalter der Demokratisierung vor Ort: rechtlich-politische, gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Entwicklungsbedingungen

Die ukrainische Zivilgesellschaft ist eine junge Zivilgesellschaft (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 30). Auf dem Wege zur Konsolidierung konfrontierten fast alle für eine postkommunistische Gesellschaft typischen Hürden ihre Entwicklungsdynamik. Insbesondere fallen darunter das niedrige bürgerschaftliche Engagement, hohe Abhängigkeit von externen Fördermitteln, wirtschaftliche Schwäche, die Persistenz kommunistischer Muster des sozialen Verhaltens, die weit verbreiteten informellen korrupten Netzwerke und tief greifende soziokulturelle Konfliktlinien auf (vgl. Lane 2006: 7-8; Gawrich/Lapins 2006: 13; Howard 2003: 121-145; Stepanenko 2006: 586-593; USAID 2012: 1). Die Herausbildung einer starken demokratischen Zivilgesellschaft erschwerten in der Ukraine großteils mangelnde historische Traditionen des zivilgesellschaftlichen Engagements. Nur in den westukrainischen Regionen traten seit dem 19. Jahrhundert einzelne Formen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus auf, die allerdings in den sowjetischen Zeiten ausgeblendet blieben. Dabei zerstörte der Kommunismus alle Rudimente der ohnehin schwachen Zivilgesellschaft der östlichen und südlichen Regionen (vgl. D’Anieri et al. 1999: 141; Bendel/Kropp 1998: 52).

Erst mit dem Wiederaufleben oppositioneller Kräfte gegen Ende der 1980er Jahre konnten sich neben den einzelnen staatlich gesteuerten bürgerlichen Vereinigungen, wie kommunistischen Jugendorganisationen oder Gewerkschaften, auch die ersten Formen einer unabhängigen Zivilgesellschaft in der Ukraine etablieren (vgl. Kolodii 2009: 142-143; Riabchuk 2005: 6-7). In

erster Linie hängen diese mit der Mobilisierung zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen rund um die Nationalbewegung „Ruch“ („Bewegung“) zusammen. Gerade der Ruch-Bewegung, die sich an die einigermaßen erhalten gebliebenen Wurzeln der zivilgesellschaftlichen Kultur in der Westukraine anlehnen konnte, ist die Aufschwungsphase der ukrainischen Zivilgesellschaft und der damit verbundene rasante Anstieg zivilgesellschaftlicher Organisationen einschließlich der NGOs Anfang der 1990er Jahre zu verdanken (vgl. Pauge 2006: 32-34; Nanivska 2001; Stepanenko 2006: 574). Selbst den Systemwechsel stieß das Umschwenken kommunistischer Eliten deutlich mehr an als der überwältigende Druck zivilgesellschaftlicher Akteure (vgl. Pauge 2006: 33-34). Gleich nach der Umbruchsituation nahm die gesellschaftliche Mobilisierung rasch ab, was sich auch in einem schnellen Bedeutungsverlust von „Ruch“ in den ersten Jahren der Unabhängigkeit zeigte (vgl. Helmerich 2003: 22; Kuzio 2000: 63).

Zahlreiche Differenzen zwischen den östlichen und westlichen Regionen des Landes prägten die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft maßgeblich. Bis zum Ende des 19ten Jahrhunderts konnte sich in der Westukraine eine entwickelte zivilgesellschaftliche Kultur bilden. In erster Linie wird dies auf den Aufstieg des neuen nationalen Bewusstseins der Ukrainer im späten 19. Jahrhundert zurückgeführt. Dieses führte zu einer höheren Bereitschaft der Westukrainer zur bürgerlichen Selbstorganisation durch die Bildung kleinerer Bürgervereine auf lokaler Ebene. Solche Vereine wurden häufig „kruzhky“ („Kreise“) genannt und können auch als erste Formen der zivilgesellschaftlichen Organisationen gedeutet werden. Im Osten des Landes, welcher im 19. Jahrhundert noch dem russischen Zarenreich unterstand, gab es hingegen so gut wie keinen Spielraum für bürgerlichen Aktivismus. Außerdem wurde im Westen des Landes erst nach dem Zweiten Weltkrieg das sowjetische Regime etabliert. Als Folge konnten sich zivilgesellschaftliche Vereinigungen auf eine deutlich längere historische Tradition stützen, als dies im Osten des Landes der Fall war (vgl. Stewart 2009b: 179-180).

6.1.1 In der ersten Zeitphase der Demokratisierung (1994–2005)

Eine kontinuierliche Verschlechterung der Lage der ukrainischen Zivilgesellschaft kennzeichnete die Amtsjahre Präsident Kutschmas. Der präsidentielle Autoritarismus zu dieser Zeit, der auf Kosten der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit voranschritt, führte zu massiven Einschränkungen in der Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure. Unter Bedingungen der Unterdrückung grundlegender bürgerlicher Freiheiten behandelte der Staat zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend als vom Ausland manipulierte „Staatsfeinde“ und unterzog sie dementsprechend systematischen Kontrollen (vgl. Laverty 2008: 156; Pauge 2006: 34-37, 42-43). Politische Verfolgung von Journalisten, massiver Druck auf unabhängige Medien, Blockierung des Zugangs zu öffentlichen Informationen für gesellschaftliche Akteure etc. waren politischer Alltag. Vor diesem Hintergrund findet ein effizienter Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Regierung kaum noch statt. *De facto* begab sich die Zivilgesellschaft in einen Konfrontationszustand mit dem Staat und konzentrierte sich auf die Sicherung der eigenen institutionellen und politischen Autonomie (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 55; Laverty 2008: 156). Frantz/Martens 2006: 59-60, 127). Darüber hinaus belasteten häufige Wirtschaftskrisen bzw. tief greifende Konfliktlinien entlang regionaler, ethnischer und sprachlicher Unterschiede zwischen westlichen und östlichen bzw. südlichen Regionen des Landes den Weg zu einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft stark mit (vgl. Helmerich 2003: 21-22; Pauge 2006: 34-37). Unter solchen Bedingungen entwickelte sich ein stark atomisiertes System zivilgesellschaftlicher Organisationen, von denen die meisten jedoch in der Praxis nicht aktiv wurden (vgl. Stepanenko 2006: 574). Gleichzeitig behaupteten sich auch mehrere ehemals kommunistische Organisationen

mit ihrer hohen Affinität zur Kooperation mit dem Regierungssektor als wichtiges Segment der sich neu formenden Zivilgesellschaft (vgl. ebd.).

Die schwere finanzielle und wirtschaftliche Lage auf der einen, als auch die steigende Unzufriedenheit der ukrainischen Bevölkerung mit dem proautoritären Kutschma-System auf der anderen Seite förderte generell eine höhere Bereitschaft zu Protestaktionen bzw. zum zivilgesellschaftlichen Aktivismus in der Bevölkerung (vgl. Vinnikov et al. 2012: 18). Diese resultierte 2000–2001 in der breiten öffentlichen Kampagne „Ukraine ohne Kutschma“, welche durch die skandalöse Ermordung des regimekritischen Journalisten Grigori Gongadze ausgelöst wurde und zu Massendemonstrationen in mehreren Regionen des Landes führte. Diese Kampagne machte deutlich, dass sich der zivilgesellschaftliche Aktivismus unter bestimmten Voraussetzungen als wirksame Kraft der Demokratisierung in der Ukraine erweisen kann (vgl. Kuzio 2005a: 42, 2005b: 120-121). Auch wenn die Proteste den Staatsapparat an sich noch nicht beeinflussen konnten, so führten sie jedenfalls zur Erweckung eines neuen politischen Bewusstseins der ukrainischen Zivilgesellschaft (vgl. Pauge 2006: 38-39; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 34). Dieses manifestierte sich später in der friedlichen Orangen Revolution 2004, mit der vorerst das Ende des jahrelangen Konfrontationszustandes der Gesellschaft gegen den Staat und gleichzeitig der „Geburtstag der Zivilgesellschaft“ des Landes gefeiert wurde (vgl. Stepanenko 2006: 592).¹¹⁸ Im Laufe der Revolution erwies sich die ukrainische Zivilgesellschaft „als vitaler und handlungsfähiger als vielfach im In- und Ausland vermutet worden war (Simon 2009: 312)“. Zum überwiegenden Teil trieben zahlreiche studentische Netzwerke, Bewegungen und Organisationen die Revolution voran. Die Jugendorganisation PORA ist ein aussagekräftiges Beispiel für eine erfolgreiche Mobilisierung der ukrainischen Zivilgesellschaft rund um Ziele der Demokratie (vgl. McFaul 2010: 215-216; Laverty 2008: 151).

6.1.2 In der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010)

Mit der Orangen Revolution machten große Teile der ukrainischen Gesellschaft die Erfahrung, im politischen Prozess durch spontane Protestaktionen Änderungen herbeiführen zu können (vgl. Stewart 2013: 4; Kuts/Palyvoda 2006: 39). Dies gab den Anstoß zu einer neuen zivilgesellschaftlichen Kultur, welche sich auf ein wesentlich stärkeres gesellschaftliches Vertrauen stützen konnte bzw. in der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen eine neue Dynamik auslöste (vgl. Stewart 2009b: 182-183; Raik 2006a: 11-12). Die Stärkung politischer Grundfreiheiten und der demokratischen Wahlen sowie der neue Kurs der Regierung auf mehr Transparenz und Offenheit gegenüber der Gesellschaft förderten ein generell besseres Klima für die Kooperation der NGOs mit dem Staat (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 40). Selbst die NGOs erhielten dadurch zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten an der Politik, wie beispielsweise infolge ihrer Einbeziehung in die Arbeit mehrerer neu gegründeter bürgerlicher Beratungsgremien bei Ministerien und lokalen Exekutivorganen vor Ort (vgl. ebd.: 43).

Dennoch erfüllte sich die Hoffnung darauf, dass die Zivilgesellschaft nach der Revolution eine führende Rolle in der Sicherung notwendiger Demokratisierungsprozesse übernehmen würde, nicht. Weiterhin zeigte die Regierung wenig Bereitschaft, auf die politische Expertise der Zivilgesellschaft zuzugreifen bzw. diese gerecht zu bezahlen. Kaum Lösungsansätze gab es vonseiten der ukrainischen Regierung ebenso bezüglich der Überwindung der tiefgreifenden strukturellen Schwäche des zivilgesellschaftlichen Sektors (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 35). *De facto*

¹¹⁸ Zur Orangen Revolution siehe ebenfalls Kap. 3.3.

blieb die Zivilgesellschaft aus den Prozessen des postrevolutionären Wiederaufbaus in den Amtszeiten des Präsidenten Juschtschenko ausgeschlossen (vgl. Lavery 2008: 156).

Auch wirtschaftspolitische Kontextbedingungen waren für die Herausbildung effizienter zivilgesellschaftlicher Strukturen in der Ukraine wenig fördernd. Zwar gab die Revolution den nötigen Impuls für die langsame Herausbildung der neuen ukrainischen Mittelklasse. Diese machte allerdings bis zum Ende der Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos nicht mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus. Fast 40 % aller ukrainischen Bürger lebte 2006 hingegen von weniger als 2 Dollar am Tag (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 55; Bilan/Bilan 2011: 85). Wenig günstig gestalteten sich ebenso die gesellschaftspolitischen Kontextbedingungen für die ukrainische Zivilgesellschaft. Zum großen Teil lag dies daran, dass mit der Revolution die meisten politischen und wirtschaftlichen Strukturen gleich blieben, ohne sich dem Einfluss der Zivilgesellschaft öffnen zu wollen (vgl. Stewart 2013a). Außerdem war auch in der postorangen Phase die Bereitschaft der ukrainischen Bevölkerung zum regelmäßigen Engagement innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen weiterhin niedrig (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 35; Bilan/Bilan 2011: 79). Viel höher zeigte sich hingegen die Bereitschaft der Ukrainer zum zivilgesellschaftlichen Engagement im Rahmen spontaner Protestinitiativen, Aktionen der Bürgerbewegungen oder kleineren Bürgerinitiativen auf lokaler oder kommunaler Ebene (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 39; Stewart 2013: 4). Solche spontanen Formen des bürgerlichen Aktivismus konnten jedoch im gesamtnationalen Rahmen die strukturelle Schwäche der ukrainischen Zivilgesellschaft nicht lösen (vgl. Solonenko/Jarabik 2008: 84). Der Zerfall der Orangen Koalition, der 2006 die Rückkehr Viktor Janukowitschs *quasi* vorbereitete, zerstörte die einmalige Chance auf die Durchsetzung erstrebter politischer Reformen und somit auch auf die zivilgesellschaftliche Konsolidierung *de facto* (vgl. Pauge 2006: 44-45; Stepanenko 2006: 595).

6.1.3 In der dritten Zeitphase der Demokratisierung (2010–2015)

Die Amtszeit des Präsidenten Janukowitsch zeichnete sich durch eine deutliche Rivalität zwischen der Regierung und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus. Die Machtusurpation durch Exekutive, Unterdrückung oppositioneller Politiker und unabhängiger Medien, Einschränkungen der Bürgerrechte und die allgemeine Stagnation demokratischer Institutionen führten zu einer zunehmenden Polarisierung der Beziehungen zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft (vgl. Stewart 2013: 3). So signalisierten die meisten führenden Politiker eine zurückhaltende bis ablehnende Einstellung zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. Stewart 2013a).

In den ersten Jahren nach der Wahl Janukowitschs ist eine deutliche Verschlechterung der Versammlungsfreiheit zu beobachten. Mehr als 89 % aller bürgerlichen Anträge auf Durchführung von Demonstrationen oder Protestaktionen wurden durch entsprechende Gerichtsentscheide abgelehnt (vgl. Solonenko 2015: 224). Die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit in der Ukraine zeigte sich in der gewaltsamen Auflösung des sogenannten „Steuermajdan“ – einer friedlichen Welle der Bürgerproteste im November 2013 gegen das neue Steuergesetzbuch, das kleinere und mittlere Unternehmer diskriminierte (vgl. Stewart 2013a). Solche Entwicklungen schwächten die ukrainische Zivilgesellschaft insoweit, dass deren Entwicklungszustand im Rating von *Freedom House* 2013 nur mit 2,75 Punkten von möglichen 7 bewertet wurde (vgl. Freedom House 2013). Unerwarteterweise ging aus diesem Konfrontationszustand aber auch eine neue Mobilisierungskraft für verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure hervor (vgl. Gumeniuk 2011: 3; Palyvoda/Holota 2010: 53). Da immer mehr Ukrainer keine Zukunft für sich in der autoritärer werdenden Ukraine Janukowitschs sahen, stieg auch ihre Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement an (vgl. Stewart 2013a). Somit führte das autoritär geprägte Janukowitsch-Regime zu einer neuen Welle des zivilgesellschaftlichen

Aktivismus für die Verbesserung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes (vgl. Stewart 2013a; Solonenko 2012: 6). So werden die Jahre 2010–2011 als „springtime of civil society“ in der Ukraine bezeichnet, wo nicht nur NGOs, sondern auch Journalisten und aktive Bürger sich vorwiegend innerhalb der einzelnen, häufig auch chaotischen und erst auf lokaler Ebene organisierten Protestaktionen, im Kampf gegen das restriktive Regime mobilisierten (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 16). Sehr schnell kam es dabei zur Entstehung einer neuen Protestkultur, in der die Bürger immer mehr Bereitschaft zeigten, den Staat herauszufordern bzw. die Regierung zu monitoren. So vereinigten sich im Oktober 2011 ca. 50 NGOs in einer progressiven Bürgerbewegung „Chesno“ („Ehrlich“), welche aktiv gegen Wahlfälschungen und Korruptionsfälle im Zusammenhang mit den anstehenden Parlamentswahlen 2012 vorging (vgl. Lutsevych 2013: 13–14; Zanuda 2011). Medienorganisationen und Journalisten mobilisierten sich ihrerseits im Rahmen der Kampagne „Stop Censorship“, um gegen den politischen Druck auf die Medien aktiv vorzugehen (vgl. USAID 2012: 3). Auch die proeuropäischen NGOs bildeten ihre eigene Koalition, um den gesellschaftlichen Druck auf die Regierung bei wichtigen Entscheidungen der europäischen Integration, wie beispielsweise die Unterzeichnung des EU-Ukraine-Abkommens, zu steigern (vgl. Yablonskyi et al. 2014: 18). Die Mobilisierung der Bürger fand vermehrt auch innerhalb kleinerer Bürgergruppen und Bürgerinitiativen statt, um sich vor Ort für die Lösung akuter sozialpolitischer Herausforderungen wie prekäre Wirtschaftslage, steigende Kommuntarife oder verbreitete Korruption einzusetzen (vgl. USAID 2012: 3; Yablonskyi et al. 2014: 18, 20).

Trotz dieser positiven Entwicklungen blieb der Einfluss der Zivilgesellschaft auf demokratische Reformen in den Zeiten Janukowitschs noch sehr begrenzt (vgl. Solonenko 2012: 6). Hierfür mangelte es an der Kooperation der NGOs mit dem Staat. Die meisten zivilgesellschaftlichen Akteure hemmte ihre Angst vor der Regierung, die zur Problemlösung immer häufiger auf Gewalt zurückgriff, in ihrer demokratieorientierten Arbeit (vgl. Stewart 2013: 5). Im gesamtnationalen Rahmen war die Mehrheit der Bevölkerung viel zu wenig über die Rolle und Arbeit der NGOs informiert, was sich auf die Zahlen des bürgerschaftlichen Engagements ebenfalls negativ zurückschlug (vgl. Yablonskyi et al. 2014: 14–15). Schon in den letzten Monaten vor Ausbruch der gesellschaftspolitischen Krise Ende 2013, welche letztendlich in die *Euromajdan*-Revolution mündete, wurde jeglicher Dialog zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft und der ukrainischen Regierung *de facto* abgebrochen (vgl. ebd.: 31). Kurz vor seinem Absturz versuchte Janukowitsch noch, eine regierungsfreundliche Marionettenzivilgesellschaft zu gründen. Zu diesem Zweck setzte er im Januar 2016 die Änderungen zum Gesetz „Über die bürgerlichen Vereinigungen“ durch, welches den NGOs ihre politische Tätigkeit *quasi* untersagte. Dabei wurde der Begriff „politisch“ sehr weit aufgefasst, sodass mehrere demokratische NGOs in eine direkte Existenzgefahr gerieten (vgl. ebd.: 28, 63).

Die Kulmination der autoritären Unterdrückung der ukrainischen Zivilgesellschaft zeigte sich in der *Euromajdan*-Revolution. Schon eine Woche nach Ausbruch der Proteste, am 30. November 2013, wurden mehrere teilnehmende Studenten brutal von der ukrainischen Polizei „Berkut“ zusammengeschlagen. Später eskalierte die Situation. Am 22. Januar wurde der erste Teilnehmer der Majdan-Proteste getötet. Schon am 20. Februar lag die Zahl der erschossenen und ermordeten Protestierenden bei 100 Personen (vgl. Solonenko 2015: 225). Um die Proteste zu unterdrücken, verabschiedete die Regierung diskriminierende Gesetze, welche das Demonstrationsrecht *quasi* aussetzten bzw. die Arbeit der NGOs durch deren Einstufung als „ausländische Agenten“ im Wesentlichen erschwerten. Solche Maßnahmen der Regierung führten allerdings zu einer immer wachsenden Unterstützung der Proteste nicht nur in Kiew, sondern auch in den ukrainischen Regionen, bis das autoritäre Regime Janukowitschs letztendlich abgesetzt wurde (vgl. ebd.).

Die *Euromajdan*-Revolution brachte eine neue Entwicklungsdynamik in die ukrainische Zivilgesellschaft. Nachdem in den revolutionären Protesten nicht mehr NGOs, sondern spontane Aktionsplattformen, Bürgernetzwerke und Freiwilligeninitiativen eine führende Rolle übernommen hatten, wandelte sich auch das generelle Wahrnehmungsbild der ukrainischen Zivilgesellschaft. So definieren seit 2014 nicht mehr NGOs die ukrainische Zivilgesellschaft, sondern ein offenes, dynamisches und komplexes Zusammenwirken unterschiedlicher kleinerer, zivilgesellschaftlicher Gruppen und Bürgerbewegungen. Mehrere davon bildeten oder konstruierten sich im Verlauf der Revolution neu, um nach dem Machtwechsel die Demokratisierung in der Ukraine aktiv mitzutragen (vgl. Worschech 2017a, 2016; Stewart 2013a). Auch die politische Bedeutung der NGOs wurde im Verlauf der Revolution aufgewertet. Dies führte sowohl zur Entstehung neuer NGOs als auch zur grundsätzlichen Stärkung des Vertrauens der Ukrainer in NGOs als Teilnehmer demokratischer Prozesse vor Ort (vgl. Yablonskyi et al. 2014: 8, 14).

6.2 NGOs als Akteure der Demokratisierung in der Ukraine (1994–2015)

Das folgende Unterkapitel analysiert die Entwicklung der NGOs als Akteure der Demokratisierung in der Ukraine entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung. Die Analyse berücksichtigt vor allem die rechtlich-politischen, wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Kontextbedingungen, welche die Arbeit des NGO-Sektors in der Ukraine 1994–2015 bestimmten. Der Akzent liegt auf jenen Aspekten, welche Informationen über einzelne Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation ukrainischer NGOs mit einem externen Akteur wie der EU in Aufgaben der Demokratisierung liefern. Insbesondere die Ausstattung mit Kapazitäten, das bestehende Verhältnis der NGOs zum Staat und ihr grundsätzlicher Wille, eine europäische demokratische Ordnung vor Ort zu fördern, werden dabei hervorgehoben. Daraus soll letztendlich der Entwicklungszustand einzelner innerstaatlicher Opportunitätsstrukturen – oder *domestic opportunity structures* – des ukrainischen NGO-Sektors ersichtlich werden, welche den Charakter und Erfolg dessen Förderung durch die EU großteils bestimmen (vgl. Kap. 10).

6.2.1 Die Entwicklung des ukrainischen NGO-Sektors in der ersten Zeitphase der Demokratisierung (1994–2005)

6.2.1.1 Politische und gesellschaftliche Kontextbedingungen für die Entwicklung des NGO-Sektors

Mit der Verabschiedung des Gesetzes „Über die Vereinigungen der Bürger“ 1992 wie auch dem Gesetz „Über die Gemeinnützigkeit und gemeinnützige Organisationen“ 1997 bekam der NGO-Sektor in der Ukraine eine rechtliche Grundlage. Dies führte zur Gründung mehrerer neuer NGOs in den kommenden Jahren (vgl. Bilan/Bilan 2011: 78). So wurden 2003 insgesamt schon 35 Tausend NGOs gezählt, während es 1991 nur 319 waren (vgl. Kobzar 2006: 20). Die meisten aktiven NGOs entstanden in der Hauptstadt Kiew, wirtschaftlich wohlhabenden Regionen, wie Donezk oder Dnipropetrowsk, oder Städten mit einem hohen kulturellen und intellektuellen Potenzial, wie beispielsweise Lwiw (vgl. Kozak 2002: 30; Nanivska 2001: 8).

Den raschen Anstieg der Zahlen der NGOs begleitete allerdings kein Ausbau ihrer Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen. Dafür gab es im *quasi*-autoritären Staatsapparat Kutschmas zu wenig Spielraum (vgl. Kobzar 2006: 20). Insbesondere die NGOs, die sich für politische Fragen der Demokratisierung einsetzten, gerieten schnell unter ständige Beobachtung bzw. steigenden Druck seitens der Regierung (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 43). Neben häufigen staatlichen

Überprüfungen wurden die politisch aktiven NGOs fast komplett aus allen wichtigen Kooperationsformaten zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren ausgeschlossen. Zum Beispiel gingen Politiker auf die gesetzlich vorgeschriebenen Konsultationen mit Vertretern der NGOs sehr selektiv und intransparent ein. Beraten wurde dabei meistens in einem geschlossenen Kreis regierungsfreundlicher NGO-Experten, wobei politische Themen in der Regel vermieden wurden (vgl. ebd.: 51-52).

Die absolute Tiefe im Dialog zwischen den NGOs und der ukrainischen Regierung zeichnete sich gegen Ende 2003 ab, als die Kommunisten und regierungstreuen Parteien eine umfassende Informationskampagne gegen politisch aktive NGOs einleiteten. Die Kampagne verfolgte das Ziel, jegliche Finanzierung der politisch orientierten NGOs aus ausländischen Quellen zu verwehren, um sie in ihrem Kampf gegen mögliche Wahlfälschungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 zu hemmen (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 51; Wilson 2006: 22). So wurde die Kooperation der meisten NGOs mit der Regierung *quasi* aufs Eis gelegt. Nur 30 % aller NGOs hatten zum Ende der Kutschma-Zeit in irgendeiner Form mit dem Staat kooperiert (vgl. Maksymenko 2005: 5).

Auch die Quoten des gesellschaftlich-politischen Engagements blieben unter Präsident Kutschma sehr niedrig, was die Fortentwicklung des NGO-Sektors mit beeinträchtigte. Großteils hing dies mit dem gesellschaftlich verbreiteten Bild der NGOs als verschlossene und auf die Durchsetzung eigener spezifischer Interessen fokussierte Strukturen zusammen, welches durch die paternalistische Denkweise des *homo-sovieticus* getragen wurde und das Vertrauen der Bürger in die Institute der Zivilgesellschaft schwächte (vgl. Kozak 2002: 35; Stepanenko 2006: 575-576, 583; Vinnikov et al. 2012: 18). So gehörten 1994 mehr als 82 % aller ukrainischen Bürger keiner einzigen zivilgesellschaftlichen Organisation an (vgl. Bilan/Bilan 2011: 79). Unmittelbar beschäftigt waren dabei im NGO-Sektor nur ca. 1 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung (vgl. Vinnikov et al. 2012: 10). Mehrere NGOs agierten zudem informell, um hohe Steuern zu sparen, weswegen ihre Arbeit außerhalb der Aufmerksamkeit der ukrainischen Öffentlichkeit blieb (vgl. USAID 2005: 260).

6.2.1.2 Wirtschaftspolitische Lage und strukturelle Besonderheiten des ukrainischen NGO-Sektors

Die Wirtschaftslage des ukrainischen NGO-Sektors bleibt unter Präsident Kutschma äußerst prekär. Das angespannte Verhältnis zum Staat zeigte sich auch in den niedrigen Anteilen staatlicher Finanzierung im Gesamtbudget der NGOs, die in den Zeiten Kutschmas oft nicht einmal 1 % überstiegen (vgl. Vinnikov 2008: 5). Auch die Kooperation mit Vertretern der Wirtschaft hatte zu diesen Zeiten noch nicht das Ausmaß erreicht, um für die NGOs eine sichere Quelle der Finanzierung zu bedeuten (vgl. Palyvoda/Kikot 2006: 12). Das erklärt, warum NGOs sich immer stärker ausländischen Geldgebern zuwandten. Gegen Ende der 1990er Jahre wurde der ukrainische NGO-Sektor zu mehr als der Hälfte aus externen Quellen finanziert (vgl. Bailer 2000: 12-14). In den 2000er Jahren waren Zuschüsse internationaler Organisationen die Haupteinkommensquelle der Mehrheit der NGOs in der Ukraine (vgl. Stewart 2009b: 184, 186; Maksymenko 2005: 5).

Trotz der zunehmenden Finanzierung aus dem Ausland waren die meisten NGOs weiterhin mit tiefgreifenden strukturellen Problemen konfrontiert. Während die Gesamtzahl der registrierten NGOs in der Ukraine bei ca. 40 000 lag, waren davon kurz vor der Orangen Revolution nicht mehr als 10 % aktiv (vgl. Stepanenko 2006: 581). Auch von diesen 10 % konnten sich nur wenige NGOs als professionalisierte Organisationen mit entsprechend qualifiziertem Personal und nachhaltig orientiertem strategischen Denken positionieren (vgl. European Commission 2003: 14). Der absoluten Mehrheit der NGOs mangelte es dafür an elementaren institutionellen und fachlichen Kapazitäten (vgl. Maksymenko 2005: 5; USAID 2005: 260).

Mit der Zeit etablierte sich ein kleinerer Kreis größerer und ressourcenstärkerer NGOs, welche über mehr oder minder klare Strukturen und fest angestelltes Personal verfügten bzw. ihre Arbeit strategisch durchdachten. Diese NGOs konnten am besten die notwendigen Voraussetzungen für eine systematische Kooperation mit ausländischen Geldgebern erfüllen. Die meisten davon setzten sich mit diversen politisch-orientierten Aspekten der Demokratisierung auseinander und hatten ihren Sitz in der Hauptstadt Kiew (vgl. Kozak 2002: 30; Nanivska 2001: 8). Die NGOs in den Regionen präsentierten sich hingegen häufig als geschlossene, wenig transparente „one-men-show“-Strukturen, denen es oft auch am eigenen Büro fehlte. Dadurch konnten diese von Förderangeboten ausländischer Partner viel seltener profitieren (vgl. USAID 2005: 260).

Unter insgesamt 40 000 zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche 2004 registriert wurden, waren nur 10 % tatsächlich aktiv (vgl. Maksymenko 2005: 5). Die meisten davon beschäftigten sich mit sozialen Themenbereichen, wie Kinder-, Jugend- oder Sozialschutz. Für politisch orientierte NGOs gab es hingegen im *quasi* autoritären Kutschma-Staat kaum Spielraum. Die wenigen NGOs, die sich doch Themen der Demokratisierung wie Menschenrechtsschutz und politische Bildung widmeten, konzentrierten sich dabei auf die Aufgaben von Lobbying der Gesetzgebung, Verleihung von Expertise, Trainings- und Bildungsmaßnahmen zu einzelnen Politikthemen (vgl. Palyvoda/Kikot 2006: 9; Maksymenko 2005: 2-3).

6.2.2 Die Entwicklung des ukrainischen NGO-Sektors in der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010)

6.2.2.1 Politische und gesellschaftliche Kontextbedingungen für die Entwicklung des NGO-Sektors

Die Stärkung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, welche in der Ukraine mit der Orangen Revolution einherging, wertete ebenso die politische Rolle der NGOs als Kontrollmächte gegenüber der Regierung, Vertreter gesellschaftlicher Interessen und Mitgestalter demokratischer Reformen vor Ort auf. Zugleich stärkte die Revolution das Vertrauen der Bürger in die NGOs als demokratische Akteure bzw. Anbieter neuer Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung unter den jungen Menschen (vgl. Stewart 2009b: 182, 190; Sushko/Prystaiko 2013: 579; Kuts/Palyvoda 2006: 40; Raik 2006a: 11-12). Viel intensiver als zuvor griffen politische Entscheidungsträger seit 2005 auf das Beratungsangebot der NGOs als Träger der fachspezifischen Expertise im Gesetzgebungsprozess zurück (vgl. Palyvoda/Holota 2012: 38). Häufiger als zuvor nahmen die Politiker in ihrer Rhetorik Bezug auf NGOs, betonten die Wichtigkeit einer besseren Kooperation mit ihnen und unterstützten ihre einzelnen Initiativen für Demokratisierung (vgl. USAID 2010: 209-211). Die neuen Kommunikationskanäle mit Politikakteuren nutzten die NGOs primär zur Intensivierung ihrer Arbeit im Bereich der Interessenvertretung und Advocacy (vgl. Bondarchuk 2008: 5; Stewart 2009b: 183). Die Bereiche der Menschenrechte, der demokratischen Aufklärungsarbeit und der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen entwickelten sich zu Arbeitsschwerpunkten (vgl. Palyvoda/Holota 2012: 21-23; Stewart 2009b: 192). Außerdem stieg mit der Orangen Revolution die Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft der ukrainischen NGOs untereinander, wie beispielsweise bei der gemeinsamen Projektumsetzung, deutlich an (vgl. USAID 2010: 210; Kuts/Palyvoda 2006: 38). 2007 wurde ein neues Regierungskonzept zur Förderung der Zivilgesellschaft verabschiedet. In einigen Hinsichten galt das Konzept als Erfolg, da es zur Intensivierung der Kommunikation zwischen dem Staat und den NGOs im Rahmen der vorgesehenen Bürgerräte bzw. Beratungsgremien führte. So gut wie in allen Verwaltungsgebieten der Ukraine

wurden unter Einbeziehung von insgesamt 576 lokalen Exekutivorganen entsprechende Aktionspläne zur Umsetzung des Konzepts verabschiedet (vgl. Bilousov 2014: 109; USAID 2010: 207).

Allerdings erfüllte auch die Zeit nach der Orangen Revolution die Erwartungen auf die Herausbildung einer konsolidierten Zivilgesellschaft im politisch aktiven Sektor nicht vollständig. Dem an häufigen Regierungskrisen leidenden Staat fehlte es vor allem an notwendigen administrativen Kapazitäten, um NGOs stärker in politische Prozesse einzubinden (vgl. Stewart 2009b: 181; Solonenko 2015: 223). Zum Beispiel lehnte die Verkhovna Rada der Ukraine die meisten legislativen Vorschläge im Rahmen des erwähnten Konzepts zur Verbesserung der Lage ukrainischer NGOs letztendlich ab. Auch von den erarbeiteten Aktionsplänen zur Umsetzung des Konzepts in den ukrainischen Regionen wurden weniger als ein Drittel implementiert (vgl. USAID 2010: 205-207). Somit hatten NGOs weiterhin mit vielen administrativen Hürden zu kämpfen, wie der hohen Besteuerung, mangelnder Transparenz in staatlichen Projektausschreibungen, eingeschränktem Zugang zu öffentlichen Informationen, zahlreichen Ungenauigkeiten in der rechtlichen Regulierung ihrer gewinnorientierten Leistungen etc. (vgl. Stewart 2009b: 189). Ebenfalls fehlte es an einem rechtlichen Rahmen, welcher die Kontrollmöglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Akteure über die Regierung reglementieren könnte (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 49).

Schon kurz nach der Orangen Revolution klagten die NGOs über das niedrige Interesse des Staates an einer vertieften Kooperation (vgl. Stewart 2009b: 184). Laut einer Studie der NGO „Creative Centre „Counterpart“ in Kiew, erfolgte in den ersten Jahren nach der Revolution doppelt so häufig eine Initiative zur Kooperation seitens der NGOs, als vonseiten staatlicher Politikakteure (vgl. Palyvoda/Kikot 2006: 11). Zudem zeigten sich die Politikakteure oft unzureichend informiert über die Spezifik des ukrainischen NGO-Sektors, seine rechtliche Regulierung, die Spielräume und den Nutzen der Zusammenarbeit mit diesem (vgl. Palyvoda/Kikot 2006: 11; Kuts/Palyvoda 2006: 40). Zusätzlich erschwerte gegenseitiges Misstrauen das Kooperationsverhältnis auf beiden Seiten. So wurden die NGOs in Politikkreisen auch nach der Revolution nicht selten weiterhin als „ausländische Agenten“ wahrgenommen. Ihrerseits konnten die NGOs sich vom negativen Bild der autoritär geprägten Regierung aus den Zeiten Kutschmas nicht sofort befreien (vgl. Stewart 2009b: 189). Nicht funktionsfähig blieb auch die Mehrheit der zahlreichen Bürgerräte, welche 2007–2008 als Beratungsgremien in Ministerien und lokalen Verwaltungsbehörden gegründet wurden. Dies verringerte die Chancen der NGOs, ihre Fachexpertise in die Politikgestaltung systematisch miteinzubringen, deutlich (vgl. Solonenko 2015: 223). Oft klagten sie auch darüber, dass die staatlichen Behörden auf ihre Expertise zurückgriffen, ohne ein entsprechendes *feed back* zu hinterlassen bzw. die Weiterverwendung der gelieferten Informationen mit ihnen zu besprechen. Es fehlte somit am notwendigen institutionellen Rahmen, um den Austausch von Expertise auf beiden Seiten in Zielen einer effizienteren Politikgestaltung zu instrumentalisieren (vgl. USAID 2010: 209; Stewart 2009b: 189). Ein Störfaktor im Dialog mit der Regierung war auch die niedrige Kooperationspartnerschaft der NGOs untereinander. Da die NGOs oft um externe Fördermittel konkurrierten, gingen sie eher ungern auf gemeinsame Koalitionen oder Netzwerke ein, um mit einer konsolidierten Stimme gegenüber der Regierung aufzutreten (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 38; Stewart 2009b: 191). Als Folge solcher Entwicklungen konnte in den Amtszeiten des Präsidenten Juschtschenko nur die Hälfte der NGOs ein Kooperationsverhältnis mit staatlichen Politikakteuren vorweisen (vgl. Stewart 2009b: 184, 192).

Auch auf gesellschaftspolitischer Ebene konnte von einer spürbaren Aufwertung der Rolle der NGOs noch nicht gesprochen werden. Zwar stieg mit der Revolution die Zahl der Volontäre im NGO-Sektor im Vergleich zu den Zeiten davor deutlich an (vgl. USAID 2010: 208). Ein regelmäßiges Engagement innerhalb der NGOs wurde dennoch 2005 von weniger als 20 % aller Bürger betrieben

– deutlich weniger als in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern zu dieser Zeit (vgl. Guggenberger 2006: 9). Zum großen Teil hing dies mit der Persistenz des Denkmusters *homo sovieticus* in der ukrainischen Gesellschaft zusammen. Solches Denken zeigte sich in der allgemeinen sozialpolitischen Passivität, dem generellen Misstrauen gegenüber jeglicher Art formaler Organisationen und somit der Favorisierung informeller interpersoneller Netzwerke. Hinzu kam die allgemeine Enttäuschung der ukrainischen Gesellschaft von den mangelnden Reformfortschritten und somit auch wenig Glauben daran, die aktuelle Situation durch sozialpolitisches Engagement ausbessern zu können (vgl. Gatskova/Gatskov 2012: 25). Die Bevölkerung zweifelte auch daran, ob NGOs allein schon angesichts ihrer schweren Wirtschaftslage einen qualitativen Beitrag zu Politik leisten könnten (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 39).

Die komplizierte Kooperation mit dem Regierungssektor führte zur Aufwertung der Zusammenarbeit der ukrainischen NGOs mit der EU bzw. den einzelnen EU-Staaten. Nicht zuletzt hing dies mit der Aufwertung der Ziele und Themen der europäischen Integration im gesellschaftspolitischen Diskurs infolge der Orangen Revolution zusammen. Hiermit nahm die Attraktivität der Projektausschreibungen der Europäischen Kommission für ukrainische NGOs zu, auch wenn die gesamte Komplexität der Bewerbungsverfahren immer noch die Mehrheit der NGOs von der Teilnahme abhielt (vgl. Stewart 2009b: 190-192; Raik 2006a: 18-19).

6.2.2.2 Wirtschaftspolitische Lage und strukturelle Besonderheiten des ukrainischen NGO-Sektors

Trotz der politischen Aufwertung der NGOs in den Amtszeiten Präsident Juschtschenkos blieb ihre wirtschaftliche Lage noch sehr fragil. Der Anstieg der staatlichen Finanzierung für den NGO-Sektor nach der Orangen Revolution fiel letztendlich zu gering aus, um seine strukturellen Probleme effizient lösen zu können (vgl. Stewart 2009b: 188-189; USAID 2010: 206). So waren im Staatshaushalt 2006 nur 0,05 % des Gesamtbudgets für die direkte Finanzierung des NGOs-Sektors eingeplant (vgl. Vinnikov 2008: 5). Selbst der Anteil der staatlichen Finanzierung betrug insgesamt nicht mehr als 2 % des Gesamtbudgets der zivilgesellschaftlichen Organisationen, während diese Zahl in den mittelosteuropäischen Nachbarn der Ukraine schon bei ca. 30-40 % lag (vgl. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2009: C77/159). Als Folge lebten 2006 mehr als ein Viertel aller NGOs von weniger als 5000 Dollar im Jahr (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 38). Auch mit einer besseren finanziellen Unterstützung aus der Wirtschaft konnten die meisten NGOs nach der Orangen Revolution nicht rechnen. Die meisten Unternehmen zeigten eine Affinität für bestimmte politische Ansichten bzw. Einflussgruppen und wollten somit die politisch orientierten NGOs, welche das Regierungshandeln kontrollierten bzw. auch kritisierten, bewusst nicht finanzieren (vgl. Stewart 2009b: 187-188). Als Folge erwies sich die Struktur der Finanzierung im NGO-Sektor 2005–2010 als höchst instabil. Zwischen 60 % und 75 % der gesamten Budgetkosten der NGOs wurden ausschließlich dank der ausländischen Geldgeber beglichen (vgl. Vinnikov 2008: 1; Kuts/Palyvoda 2006: 12). Zum erhofften *boom* der Finanzierung aus dem Ausland kam es für die ukrainischen NGOs jedoch nicht. Stattdessen ging die Unterstützung der ausländischen Partner in der Amtszeit Präsident Juschtschenkos sogar zurück. Immer weniger Bereitschaft zeigten externe Akteure beispielsweise für die Mitfinanzierung der institutionellen Entwicklung der NGOs im Laufe der Projektförderung. Stattdessen erwarteten sie von den NGOs mehr Eigeninitiative bei der Begleichung administrativer Projektkosten. Außerdem reagierten manche Geldgeber negativ auf die zunehmende Politisierung des NGO-Sektors, welche durch die Orange Revolution ausgelöst worden war (vgl. Shapovalova 2010: 7; Stewart 2009b: 191-192). Im Kampf um externe Förderung konzentrierten sich die meisten NGOs zudem auf kleinere, kurzfristig angelegte Projekte mit einer Durchschnittsdauer von nicht mehr als 6

Monaten. Dies machte es für sie weiterhin schwierig, ihre Arbeit auf nachhaltig orientierte, langfristige Strategien zu stützen (vgl. Palyvoda/Holota 2010: 33; Stewart 2009b: 188).

Alleinige Unterstützung aus dem Ausland konnte somit das Problem der unzureichenden Kapazitäten der meisten NGOs in der Ukraine nicht lösen (vgl. Stewart 2009b: 192). Nur die Minderheit der ukrainischen NGOs, überwiegend mit Sitz in der Hauptstadt Kiew, konnte auf notwendige Ressourcen, Erfahrungen und Kommunikationskanäle mit unterschiedlichen Interaktionsebenen zurückgreifen, um an die Finanzierung externer Partner zu gelangen (vgl. Stewart 2013: 3; Lada 2011: 2; Solonenko 2010: 15-16). Die Mehrheit der ukrainischen NGOs verfügte hingegen nicht einmal über ausreichend qualifiziertes Personal, um in den komplizierten Bewerbungsverfahren um ausländische Fördermittel wettbewerbsfähig zu bleiben (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 12). 60 % aller registrierten NGOs in der Ukraine blieben somit, Angaben des ukrainischen Statistikamtes zufolge, in den ersten Jahren nach der Revolution *de facto* inaktiv (vgl. Vinnikov et al. 2012: 10). Negativ schlug auf die Professionalität des ukrainischen NGO-Sektors auch der Wechsel mehrerer Experten und Aktivisten in die Politik zurück, welcher nach der Orangen Revolution zu beobachten war (vgl. Stewart 2009b: 184; Shapovalova 2010: 7).

Die komplizierte wirtschaftliche Lage der ukrainischen NGOs erklärt, warum sie die neuen Möglichkeiten des politischen Dialogs bzw. der Einflussnahme auf die Politik, welche ihnen mit der Orangen Revolution eröffnet wurden, nicht mit der erwarteten Intensität nutzen konnten.

6.2.3 Die Entwicklung des ukrainischen NGO-Sektors in der dritten Zeitphase der Demokratisierung (2010–2015)

6.2.3.1 Politische und gesellschaftliche Kontextbedingungen für die Entwicklung des NGO-Sektors

Die Lage der NGOs in der Ukraine unter Janukowitsch fällt ziemlich ambivalent aus. Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, dass die ukrainische Regierung an einem grundlegenden Neustart ihrer Beziehungen mit den NGOs interessiert gewesen wäre. Die Mobilisierung der Bürger innerhalb der *Steuermajdan*-Proteste 2010 (vgl. Kap. 6.1.3) zeigte der Regierung, dass das Potenzial des zivilgesellschaftlichen Aktivismus nicht unterschätzt werden durfte. Als Folge verabschiedete die Ukraine 2012 das neue Gesetz „Über bürgerliche Vereinigungen“ zusammen mit einer Reihe weiterer legislativer Vorschläge, welche förderliche Bedingungen für die Teilnahme zivilgesellschaftlicher Akteure an Formulierung, Implementierung und Monitoring der Staatspolitik zu schaffen versprochen (vgl. Bilousov 2014: 110-111; Vinnikov et al. 2012: 20; Stewart 2013: 3). Im Mittelpunkt der dafür vorgesehenen Maßnahmen stand die Gründung einzelner Bürgerräte in ukrainischen Fachministerien bzw. lokalen Behörden. Solche Bürgerräte waren als Plattformen für die Kommunikation bzw. den Austausch von Fachexpertise zwischen den beiden Seiten gedacht und sollten somit die Stimme der Zivilgesellschaft in der Politik deutlicher machen (vgl. Stewart 2013a; Bilousov 2014: 110; USAID 2010: 207, 2012: 2-5). Auch im Ministerkabinet der Ukraine wurde ein Koordinationsrat zusammen mit NGO-Experten gegründet, um die Implementierung des neuen Annäherungskurses der Regierung in die Zivilgesellschaft zu sichern (vgl. USAID 2012: 5). Die weiteren legislativen Verbesserungen betrafen eine Vereinfachung der Gründungsordnung der NGOs, die Zulassung einzelner unternehmerischer Tätigkeiten zur Finanzierung ihrer nicht gewinnorientierten Aktivitäten und die Erleichterung ihres Zugangs zu öffentlichen Informationen in Zielen der Regierungskontrolle (vgl. Stewart 2013a, 2013: 3).

In der Praxis blieb die Mehrheit dieser legislativen Erneuerungen dennoch nur auf dem Papier stehen. Die tatsächliche Kooperation der Regierung mit den NGOs litt sowohl unter der weiterhin

zurückhaltenden bis ablehnenden Einstellung ukrainischer Politiker gegenüber Akteuren der Zivilgesellschaft, als auch unter den unzureichenden Kapazitäten der meisten NGOs bezüglich einer effizienten Zusammenarbeit mit dem staatlichen Politiksektor (vgl. Bilousov 2014: 110; Stewart 2013: 3). Die neugegründeten Bürgerräte an der Spitze mit dem erwähnten Koordinationsrat des Ministerkabinetts zeigten sich als intransparente Strukturen, in denen nur noch formale Nachbesprechungen der bereits getroffenen politischen Entscheidungen stattfanden (vgl. Lutsevych 2013: 11; Stewart 2013a; Komarova et al. 2013: 14). Die Beratungen mit den NGOs trugen dort meistens einen rein formalen Charakter, während ihre Vorschläge kaum oder nur am Rande berücksichtigt wurden (vgl. Yablonskyi et al. 2014: 9, 34). Aber auch die NGOs zeigten sich nicht ausreichend motiviert, von ihrem neuen Beratungsrecht gegenüber der Regierung aktiv Gebrauch zu machen. So mangelte es der Großzahl der politisch aktiven NGOs an Vertrauen, dass die Regierung tatsächlich an der Stärkung ihrer Rolle in Politikprozessen interessiert war (vgl. USAID 2012: 1). Letztendlich konnte nur ein geschlossener Kreis regierungsfreundlicher NGO-Experten mit einem meistens nicht politischen Tätigkeitsprofil direkt von solchen neuen Kooperationsmöglichkeiten mit der Regierung profitieren (vgl. Stewart 2013a; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 50).

Hingegen wurde die Existenz mehrerer prodemokratischer, regierungskritischer NGOs unter Janukowitsch direkt gefährdet. Staatlich gesteuerte Kontroll- und Einschüchterungsversuche, Untersuchungen durch Sicherheitsbehörden und steigendes Manipulationsrisiko seitens der Regierung gestalteten die Alltagspraxis der NGOs, welche sich inhaltlich mit der Stagnation demokratischer Prozesse unter Janukowitsch befassten. In dieser Lage suchten die NGOs verstärkt nach entsprechender Unterstützung aus dem Ausland (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 45; Freedom House 2013; Komarova et al. 2013: 14; Solonenko 2015: 224). Politische Kreise sahen diese Intensivierung der Kooperation der NGOs mit dem Westen allerdings als zunehmende Bedrohung für die Stabilität des Janukowitsch-Regimes (vgl. Stewart 2013a). Dies führte zur weiteren Distanzierung der Politikakteure von den NGOs als extern finanzierten Strukturen. In Regierungskreisen sah man NGOs nicht selten als potenzielle Konkurrenten um politische Macht (vgl. Ritvo 2014: 28; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 45-47). Diese Entwicklungen förderten seit 2010 die Gründung mehrerer regierungskonformer NGOs – den sogenannten „governmental NGOs“, oder „GoNGOs“ (vgl. European Commission 2014b: 21).

Auch ihrerseits zeigten die NGOs eine immer größere Zurückhaltung in der Kooperation mit dem Staat. Allein in Hinblick auf die Intransparenz staatlich ausgeschriebener Projekte, diskriminierende Steuermaßnahmen, verbreitete Korruption und kaum vorhandene staatliche Finanzierung sahen sich die meisten prodemokratischen NGOs eher in einer Konfrontation als in der Kooperation mit den Regierungsstrukturen (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 48, 50; USAID 2012: 2; Stewart 2009b: 189). Unter solchen Umständen gaben 2012 nur 16 % der ukrainischen NGOs an, ihre Aktivitäten mit der Regierung zu koordinieren (vgl. USAID 2012: 5). Die wenigen Schritte der Zusammenarbeit mit staatlichen Politikakteuren, wie im Rahmen der gemeinsamen öffentlichen Kampagnen oder der gemeinsamen Erbringung sozialer Dienstleistungen, kamen in der absoluten Mehrheit der Fälle aufgrund einer Initiative der NGOs zustande (vgl. Freedom House 2013; Palyvoda/Holota 2012: 49-52).

Trotz der steigenden Rolle spontaner Protestbewegungen und Freiwilligeninitiativen in den Zeiten Präsident Janukowitschs konnten die NGOs ihre herausragende Stellung im ukrainischen zivilgesellschaftlichen Sektor beibehalten (vgl. Stewart 2013a). Das gesellschaftliche Image der NGOs als Akteure demokratischer Prozesse fiel allerdings zweideutig aus. Auf der einen Seite stieg die gesellschaftliche Akzeptanz ihrer Arbeit im sozialpolitischen Bereich seit 2011 leicht an. Nicht zuletzt hing dies mit der Verbesserung der Kommunikation mit der ukrainischen Öffentlichkeit via

Medien und sozialen digitalen Netzwerken über die Ziele und Inhalte ihrer Arbeit seit 2011 zusammen (vgl. USAID 2012: 7; Stewart 2013a). Auf der anderen Seite stieß die sogenannte *donor-driven* Arbeitsweise der NGOs, welche durch ihre starke Abhängigkeit von ausländischer Finanzierung bedingt war, auf ziemliches Misstrauen bei der Bevölkerungsmehrheit. Denn dadurch neigten die NGOs in der Tat viel mehr dazu, ihre Arbeit vorrangig nach den Erwartungen ausländischer Geldgeber, und nicht den aktuellen sozialpolitischen Problemen vor Ort, zu richten. Dementsprechend gerieten die NGOs häufig in gesellschaftliche Kritik, als intransparente, geschlossene Kreise der NGO-Eliten oder sogar als „ausländische Agenten“, welche ihre finanziellen Interessen über die gesellschaftlichen stellten (vgl. Lutsevych 2013: 6-7, 17-18; Stewart 2013a). Die Tatsache, dass mehrere spontane Protestaktionen seit 2010 auch ohne aktive Unterstützung der größeren NGOs stattfanden, stärkte dieses Bild (vgl. Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 36-37).

Auch die Bereitschaft der Ukrainer, sich für NGOs zu engagieren, blieb weiterhin gering. Neben ihrem mangelnden Vertrauen hielten auch mehrere andere Faktoren, wie die schlechte Wirtschaftslage, Stagnation demokratischer Institutionen, fehlende Reformbereitschaft der ukrainischen Regierung und die Angst vor politischer Verfolgung die meisten Ukrainer davon ab, sich für die freiwillige Arbeit in den NGOs zu entscheiden (vgl. Stewart 2013: 3-4; Stewart 2013a). Oft mangelte es in der ukrainischen Bevölkerung einfach an den Kenntnissen über bestehende Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort. Weit verbreitet blieb unter den Ukrainern auch die pessimistische Haltung, von der zivilgesellschaftlichen Ebene aus nichts in der Politik ändern zu können (vgl. Komarova et al. 2013: 8-9). Hinzu kommt die generelle politische Passivität der Ukrainer. Viel mehr bevorzugten sie, sich in kommunalen Gemeinden oder karitativen Vereinen als in den politisch aktiven NGOs zu engagieren (vgl. Komarova et al. 2013: 8-10; Ritvo 2014: 27-28). Als Folge waren insgesamt nur 5 % der Bevölkerung 2013 Mitglieder einer ukrainischen NGO (vgl. Omelchenko 2013: 34). Die Experten sprachen dabei vom Paradox der ukrainischen Zivilgesellschaft: Während die Zahl an NGOs zunahm, sanken derer Mitgliederzahlen (vgl. ebd.).

Die *Euromajdan*-Revolution wertete die Rolle der ukrainischen NGOs als Träger wichtiger Fachexpertise bzw. aktive Mitgestalter demokratischer Reformen vor Ort auf. Zur wichtigen Aufgabe der neugewählten Regierung wurde beispielsweise die Revision ineffizienter Kooperationsstrukturen mit NGOs einschließlich der oben erwähnten Bürgerräte (vgl. European Commission 2014b: 21, 2014c). Zu deutlichen Fortschritten auf diesem Gebiet kam es dennoch in den ersten Jahren nach der Revolution noch nicht. Viel wichtiger als die Verbesserung der institutionellen Zusammenarbeit mit den NGOs waren für die Regierung schnelle Erfolge bei demokratischen Schlüsselreformen, welche der Bevölkerung während der Revolution versprochen worden waren (vgl. Interview Chernikov 2015). Auch weitere Faktoren, wie fehlende Gesetzgebung in Verbindung mit einzelnen Fragen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, unzureichender Medienpluralismus und die allgemein schwere Wirtschaftslage beeinträchtigten nach der Revolution die Kooperation der Regierung mit den ukrainischen NGOs (vgl. European Commission 2014b: 21).

6.2.3.2 Wirtschaftspolitische Lage und strukturelle Besonderheiten des NGO-Sektors

Fehlende Reformbereitschaft der ukrainischen Regierung, zunehmende Korruption und Oligarchisierung der Politik führten zu anhaltenden Wirtschaftskrisen des Landes in Zeiten der Präsidentschaft Janukowitschs (vgl. Stewart 2013a). Dies wiederum spiegelte sich negativ auf die wirtschaftliche Situation der NGOs wider. Die Mehrheit von ihnen blieb weiterhin mit solchen Problemen wie unzureichenden Kapazitäten, diskriminierenden steuerrechtlichen Vorschriften,

niedrigen Löhnen und abnehmender Bereitschaft der Bürger, sich für NGOs zu engagieren bzw. für deren Zwecke zu spenden, konfrontiert (vgl. USAID 2012: 4; Stewart 2013a). Insbesondere mangelte es den ukrainischen NGOs an Finanzmitteln, um ihre administrativen Fixkosten zu begleichen, die chronischen Schwachstellen ihres Organisationsmanagements zu überwinden bzw. ihre Arbeit strategisch nach langfristig angelegten Prioritäten auszurichten (vgl. Ritvo 2014: 27; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012: 10, 18; Palyvoda/Holota 2012: 89). Wie auch in den beiden anderen Zeitphasen, konnten die meisten NGOs während der Präsidentschaft Janukowitschs kaum mit finanzieller Unterstützung seitens des Staates rechnen. Beispielsweise konnten sie 2013 nur bis zu 8 % ihrer gesamten Ausgaben durch staatliche Fördermittel begleichen (vgl. Omelchenko 2013: 34). Die besten Chancen auf Unterstützung der Regierung hatten staatsloyale NGOs, während die politisch tätigen NGOs, welche sich mit Fragen der Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auseinandersetzten, aus der staatlichen Finanzierung komplett ausgeschlossen wurden (vgl. Lutsevych 2013: 12). Ähnlich hatten solche NGOs kaum mit Unterstützung aus dem Privatsektor zu rechnen. Nicht zuletzt hing dies mit der tiefgehenden Oligarchisierung der Politik zusammen. So befürchteten viele Unternehmer, durch die Unterstützung der politisch aktiven NGOs in die Finanzierung „oppositioneller“ Projekte zu „unpopulären“ Themen der Demokratisierung verwickelt zu werden und dadurch ihre engen Verflechtungen zur Regierung zu gefährden (vgl. USAID 2012: 4; Lutsevych 2013: 5-6; Stewart 2013a). Dafür unterstützten Wirtschaftsakteure häufig regierungskonforme Projekte aus dem Bereich Soziales oder gründeten eigene NGOs innerhalb ihrer Interessen (vgl. Stewart 2013a).

Als Folge blieb den politisch orientierten NGOs in Zeiten von Präsident Janukowitsch nichts anderes übrig, als sich stärker ausländischen Geldgebern zuzuwenden (vgl. USAID 2012: 4; Stewart 2013a). Ihre institutionelle Entwicklung wurde großteils durch größere, regional aufgestellte Projekte zum Aufbau von Kapazitäten bzw. einzelnen Maßnahmen der technischen Unterstützung durch externe Förderer getragen (vgl. Shapovalova 2010: 7; USAID 2012: 2). Dennoch konnte die Förderung aus dem Ausland auch in dieser Zeitphase der Demokratisierung die zahlreichen Probleme der ukrainischen NGOs nicht vollständig lösen (vgl. Palyvoda/Holota 2012: 85). Für eine effiziente Teilnahme an Demokratisierungsprozessen vor Ort fehlte es den meisten NGOs weiterhin an institutionellen Kapazitäten und Möglichkeiten, zusammen mit Regierungsakteuren in der Politik mitzuwirken (vgl. Stewart 2013: 3). Als unzureichend empfanden die meisten NGOs auch das Trainings- und Bildungsangebot der ausländischen Förderpartner zu Schlüsselthemen des Organisations- und Projektmanagements, der politischen Kommunikation und der Interessenvertretung gegenüber Regierungsakteuren (vgl. USAID 2012: 3, 6). Ein verbreitetes Problem war außerdem der akute Personalmangel unter den NGOs. Dies lag vor allem an den niedrigen Gehältern im NGO-Sektor, begrenzten Möglichkeiten zur beruflichen Weiterqualifizierung innerhalb der NGOs bzw. auch am häufigen Wechsel hochqualifizierter zivilgesellschaftlicher Experten in die Politik. Dementsprechend verfügten 2011 weniger als 50 % der ukrainischen NGOs über fest angestelltes Personal. Dabei standen einer ukrainischen NGO im Durchschnitt nur 4 Mitarbeiter zur Verfügung (vgl. Palyvoda/Holota 2012: 4-6, 34-35, 89). Mangelhaft fiel auch die Kooperationsbereitschaft der politisch orientierten NGOs untereinander aus, was ihre institutionelle Fortentwicklung zum Teil mit beeinträchtigte. Die ideologischen Differenzen, unzureichende Kommunikationskanäle, die Konkurrenz um Fördermittel und eine häufig kritische Haltung der NGOs untereinander erschwerten die Bildung von Netzwerken, Koalitionen oder sonstiger nachhaltig orientierter Kooperationsformate (vgl. USAID 2012: 5; Stewart 2013: 4-5).

Seit 2011 ist ein kontinuierliches Wachstum der Anzahl offiziell registrierter NGOs in der Ukraine zu beobachten. Zum Teil wurde dieses durch die Vereinfachung der Gründungsverfahren

von NGOs gefördert (vgl. Stewart 2013: 5). Allein 2012 wurden insgesamt ca. 72 000 NGOs gezählt, auch wenn nicht mehr als 9 % davon im Sinne der regelmäßigen Durchführung von Projekten tatsächlich aktiv waren (vgl. NISD 2012: 5, 9). Die größten und aktivsten NGOs konzentrierten sich weiterhin in der ukrainischen Hauptstadt, wo sie traditionellerweise die besten Ausgangsbedingungen für die Kommunikation und Kooperation mit ausländischen Geldgebern hatten (vgl. Stewart 2013: 3). Eine überragende Mehrheit der NGOs präsentierte sich dabei als kleine Organisationen mit bis ca. 30 Mitarbeitern und war primär in den Bereichen politische Bildung, Menschenrechte, Kinder, Jugend und Soziales aktiv (vgl. Stewart 2013: 2; Solonenko 2015: 221).

Die ersten Jahre nach der *Euromajdan*-Revolution änderten wenig an der wirtschaftlichen Lage bzw. der Struktur des NGO-Sektors. Zwar griffen staatliche Politikakteure nach der Revolution bei der Vorbereitung und Umsetzung notwendiger demokratischer Reformen immer mehr auf die Expertise bzw. das Kooperationsangebot der NGOs zurück. Eine deutliche Erweiterung der finanziellen Unterstützung konnte der Staat den NGOs jedoch allein schon wegen der weiterhin schweren Wirtschaftslage nicht bieten. Als Folge bezogen die meisten NGOs ihre Finanzmittel weiterhin aus externen Quellen und blieben mit den alten Fragen konfrontiert, wie sie ihre Arbeit nachhaltig ausrichten bzw. diese auf ausreichend Kapazitäten stützen können (vgl. European Commission 2014c: 2-3).

6.3 Zusammenfassende Bemerkungen

Dieses Kapitel bot eine Übersicht über entscheidende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen, welche die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft bzw. der NGOs als vitalen Teil dieser während der einzelnen Phasen der ukrainischen Demokratisierung im Untersuchungszeitraum 1994–2015 prägten. Daraus ergab sich eine Reihe wichtiger Erkenntnisse, welche auf die einzelnen innerstaatlichen Opportunitätsstrukturen der ukrainischen NGOs mit der EU 1994–2015 hindeuteten. Abgesehen von der Zeitphase der Demokratisierung konnte somit gezeigt werden, dass die wenigen ressourcenstarken und hochprofessionalisierten NGOs ihren Sitz traditionellerweise in der Hauptstadt Kiew hatten. Die absolute Mehrheit der ukrainischen NGOs war hingegen permanent mit Problemen der unzureichenden institutionellen und fachlichen Kapazitäten, mangelnder Kommunikation und Kooperation mit Akteuren der Politik sowie Schwächen in der rechtlichen Regulierung ihrer Arbeit konfrontiert. Die dargebotene Übersicht verdeutlichte außerdem die permanent starke Abhängigkeit des ukrainischen NGO-Sektors von ausländischen Förderakteuren, u. a. der EU. Dies sah sowohl die ukrainische Gesellschaft als auch die Politik zum Teil kritisch, weil es gleichzeitig eine zunehmende Professionalisierung der NGOs anhand der Ziele und Erwartungen ausländischer Förderakteure bedeutete.

7.1 Der Begriff der externen Demokratieförderung

Die externe EU-Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure ordnet diese Studie dem theoretischen Kontext der externen Demokratieförderung zu. Von daher bietet sich eine kurze Darstellung dieses Konzepts an.

Das in letzter Zeit kaum noch überschaubare Spektrum an Publikationen zu verschiedensten Aspekten der externen Demokratieförderung verbindet die allgemeine Auffassung, dass die externe Demokratieförderung eine wichtige Rolle in den internen Demokratisierungsprozessen von Ländern übernehmen kann (vgl. Beichelt 2012: 9). Insbesondere im Kontext der Transformationsprozesse seit Ende der 1980er Jahre wuchs das wissenschaftliche Interesse an Möglichkeiten zur Unterstützung der Demokratisierung von außen. Als Ergebnis entwickelte sich die externe Demokratieförderung zu einem komplexen Forschungsbereich, der aus unterschiedlichen Perspektiven, wie den internationalen Beziehungen, der internationalen Entwicklungshilfe oder der Demokratie- und Transformationsforschung, beleuchtet wird (vgl. Beichelt 2012; Erdmann/Kneuer (Hg.) 2014; Kneuer 2007; Jünemann/Knodt 2007; Youngs 2010, 2001). Mit Blick auf die Forschungsziele dieser Arbeit betrachtet diese das facettenreiche Konzept weiterhin ausschließlich aus der Perspektive der Transformationsforschung.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/1990 beginnen die westlichen Akteure, die Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in den neugebildeten Staaten Mittel- und Osteuropas sowohl als ihre moralische Verpflichtung, als auch als Weg zur Stabilitäts- und Friedenssicherung in Europa zu sehen. Als Folge entwickelten sich die externen Faktoren der Demokratisierung zum wichtigen Bestandteil der gesamten postsowjetischen Transformationsforschung (vgl. Freise 2004: 11-25; Stewart 2009: 646). Zentral war dabei die Frage, unter welchen Bedingungen Vernetzungen zwischen externen und einheimischen Akteuren die innerstaatlichen Regimes ändern können, sodass diese liberaler, stabiler oder freier als zuvor werden (vgl. Beichelt 2012: 1).

Aus transformationstheoretischer Sicht sind die Wirkungsmechanismen der externen Demokratieförderung noch nicht eindeutig klar. Auch wenn im postsowjetischen Systemwechsel die externen Einflüsse deutlich zu beobachten sind, bleibt ihre Effizienz teilweise umstritten (vgl. Sandschneider 2003: 45; Kneuer 2007: 22). Selbst in der Transformationsliteratur präsentiert sich die Demokratisierung als ein interner Prozess, der zum größten Teil durch innerstaatliche Akteure und Faktoren getragen wird (vgl. Stewart 2009: 646; Nohlen 2001: 508; Merkel 2010a: 151; Raik 2006: 36; Freise 2004: 25-29). Den externen Akteuren werden hingegen oft nur begrenzte Einflussmöglichkeiten auf die Demokratisierung vor Ort zugesprochen. Meist geht es dabei nur darum, die schon vorangehenden Transformationsprozesse je nach internen Bedingungen bzw. der Kooperationsbereitschaft einheimischer Eliten zu beschleunigen oder zu verstärken (vgl. Freise 2004: 38; Reiber 2009: 213). Außerdem beeinträchtigen externe Faktoren, wie ungünstige regionale Kontextbedingungen, Anpassungsprobleme auf Nehmerseite oder mangelnde Transparenz der Fördermaßnahmen, den Erfolg der externen Demokratieförderung (vgl. Sandschneider 2003: 46-47).

Selbst die Begriffsdefinitionen der externen Demokratieförderung variieren je nach gegebenen Kontextbedingungen bzw. den konkreten Vorstellungen externer Akteure (vgl. Merkel 2010a: 151-152; 158; Sandschneider 2003: 20-21, 31-34, 45-49; Freise 2004: 19; Erdmann/Kneuer 2009: 320). Allgemein formuliert können darunter all jene nicht-militärischen Maßnahmen, Strategien und Instrumente zusammengefasst werden, welche einen gewissen Beitrag zu Prozessen der Demokratisierung bzw. der demokratischen Konsolidierung in Drittländern zu leisten versuchen (vgl. Jünemann/Knodt 2007: 261). Entscheidend ist dabei, dass die auf Demokratisierung gerichtete externe „Einmischung“ in jedem Fall auch legitim ist, wenn sie auf Zustimmung ihrer Adressaten stößt (vgl. Freise 2004: 32). Unterschiede gibt es auch in Bezug auf die Frage nach Erfolgskriterien einer von außen gesteuerter Demokratisierung eines Landes. So sieht *Sanschneider* (vgl. 2003: 3) eine erfolgreiche externe Demokratisierung schon dann, wenn dadurch die Minimalkriterien einer demokratischen Ordnung, vor allem durch eine Änderung politischer Entscheidungsgrundmuster, erreicht werden. Ihrerseits weist *Reiber* (vgl. 2009: 214) jeder externen nicht-militärischen Maßnahme eine demokratisierende Rolle zu, sobald diese in einem Zielland die Demokratie direkt mitgestaltet, stärkt oder vertieft.

Seinerseits bietet *Merkel* (2010: 439) eine verhältnismäßig weit aufgestellte Definition in Bezug auf die Akteure und Adressaten der externen Demokratieförderung:

„Demokratieförderung umfasst das Gesamt aller Handlungen externer Akteure, seien sie privat oder öffentlich, unilateral oder multilateral, die international darauf gerichtet sind, autoritäre Herrschaftsformen und Regierungsweisen zu überwinden, indem sie all jene Institutionen, Organisationen, Bewegungen und Initiativen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Ziellandes unterstützen, die einen Beitrag zur Demokratisierung leisten.“

In Bezug auf Osteuropa bestehen die Ziele der externen Demokratieförderung in der Regel in der Förderung des demokratischen Verfassungs- und Regierungssystems mit Akzent auf politischem Pluralismus und Wettbewerb, Steigerung von politischer Partizipation, Schutz von Menschen- und politischen Rechten, Rechtsstaatlichkeit und einer demokratischen politischen Kultur (vgl. Freise 2004: 22; Sandschneider 2003: 38-40). In der Praxis definiert man drei zentrale Zielebenen für die externe Einflussnahme: wirtschaftliche Beziehungen, politische Beziehungen und Zivilgesellschaft. Als Förderakteure treten dabei besonders häufig internationale Organisationen, Nationalstaaten, politische Parteien, ausländische NGOs oder Medien auf (vgl. Stewart 2009: 648; Freise 2004: 30). Die Handlungsschwerpunkte der externen Akteure variieren dabei auch je nach aktueller Phase der postsowjetischen Transformation stark: von der Unterstützung der demokratisch gestimmten Opposition in der Phase der Liberalisierung, über die Teilnahme an der Implementierung demokratischer Institutionen in den Jahren der Demokratisierung, bis hin zur Verbreitung demokratischer Werte in möglichst großen Teilen der Bevölkerung im Zuge der demokratischen Konsolidierung (vgl. Sandschneider 2003: 29-35, Raik 2006: 37-38; Freise 2004: 38-40).

In den sich schnell ändernden Transformationsgesellschaften Osteuropas hängt der Erfolg der externen Demokratisierung von mehreren spezifischen Faktoren ab. Auf der Nehmerseite fallen darunter vor allem interne strukturelle Bedingungen, wie Existenz förderungswürdiger demokratischer Eliten, Entwicklungszustand der Zivilgesellschaft, aktuelle Fortschritte der demokratischen Transformation und die Aufnahmefähigkeit für Hilfsmittel. Auf der Geberseite kommt es hingegen viel mehr auf solche Aspekte wie allgemeine Verhandlungsmacht, Instrumentenwahl, Motive, Zahlungsbereitschaft, Klarheit und Intensität der Förderung an (vgl. Reiber 2009: 220-222, 230; Sandschneider 2003: 10, 33-34; Freise 2004: 29-30). Grundsätzlich

gelten die Bedingungen für die externe Demokratisierung im postsowjetischen Osteuropa als günstig, da die Nachfrage nach externen Hilfsmitteln permanent hoch bleibt (vgl. Merkel 2010: 450-452; Nohlen 2001: 508).

7.2 Der Dreiebenen-Ansatz der externen Demokratieförderung

Die Komplexität der Domäne der externen Demokratieförderung zeigt sich auch im höchst differenzierten Spektrum ihrer Ansätze.¹¹⁹ Diese Arbeit beschränkt sich auf den sogenannten „Dreiebenen-Ansatz“ der externen Demokratieförderung, um ihre Funktionslogik in postkommunistischen Ländern Osteuropas zu begründen. Dem Ansatz zufolge bestimmt das Zusammenspiel von insgesamt drei Faktorenbündeln die Dynamik der extern betriebenen Demokratisierung: die Ziele, Kanäle und Instrumente der Förderung (vgl. Schimmelfennig 2014; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Freyburg et al. 2009a). Je nach Förderziel kann sich die Demokratieförderung an die politische Ebene, gesellschaftliche Ebene oder einzelne politikspezifische Regelungsbereiche wenden. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Ziele der Förderung: Während diese sich auf der politischen Ebene auf die Förderung demokratischer Institutionen und Regeln, wie beispielsweise bürgerliche und politische Rechte oder das Wahlregime, konzentrieren, steht auf der gesellschaftlichen Ebene die Verbreitung der demokratischen politischen Kultur unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft im Zentrum der Förderung. Ihrerseits widmen sich die Instrumente, welche auf der Ebene der einzelnen Politikbereiche eingesetzt werden, der Förderung von demokratischer Governance (vgl. Schimmelfennig 2014: 218; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 888-890).

Hinsichtlich der Art der Demokratieförderung unterscheidet man primär zwischen der *top-down*-, der *bottom-up*- oder der horizontalen Demokratieförderung. Als *top-down* gelten jene Instrumente, welche sich an die politische Ebene der demokratischen Institutionen richten und somit von der intergouvernementalen Interaktionslogik geleitet werden (vgl. Schimmelfennig 2014: 218). Die *bottom-up*-Demokratisierung stützt sich hingegen auf transnationale Interaktionskanäle. Dabei geht es sowohl um die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure als auch um den Schutz der Menschenrechte, Förderung der Hochschulbildung, des demokratischen Bewusstseins und des Bürgerengagements (vgl. Schimmelfennig 2014: 218; Gawrich et al. 2010: 1219). Die horizontale Demokratieförderung setzt hingegen transgouvernementale Kooperation auf der funktionalen Ebene der einzelnen Politiksektoren voraus (vgl. Schimmelfennig 2014: 218).

Die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Instrumenten der externen Demokratieförderung wird primär aus der Perspektive der rationalistisch-konstruktivistischen Debatte diskutiert. Diese unterscheidet grundsätzlich zwischen den Instrumenten der Konditionalität, welche sich auf die institutionelle politische Ebene der *top-down*-orientierten Demokratieförderung richten, und denen der Sozialisation, welche primär im Bereich der *bottom-up*-Demokratisierung im breiteren gesellschaftlichen Kontext eingesetzt werden (vgl. Schimmelfennig 2014: 218; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 888-890; Freyburg et al. 2009a: 170-171; Beichelt/Merkel 2014: 54-55). Die Unterscheidung zwischen den konditionalitäts- und sozialisationsbasierten Instrumenten der Demokratieförderung ist auch für die Forschungsziele dieser Arbeit entscheidend. Der Einsatz der Konditionalität macht die externen Hilfsmaßnahmen von konkreten Reformfortschritten auf dem

¹¹⁹ Für den Überblick über die wichtigsten Ansätze der externen Demokratieförderung siehe Sandschneider 2003; Reiber 2009; Beichelt 2012; Freyburg et al. 2009a; Schimmelfennig 2014; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Erdmann/Kneuer 2009; Börzel/Risse 2009b, 2003, 2000; Börzel et al. 2008; Börzel/van Hüllen 2011.

Gebiet der Demokratisierung abhängig (vgl. Merkel 2010a: 163). Das Ziel ist es, die Kosten-Nutzen-Kalkulation der Akteure durch materielle oder politische Anreize oder Sanktionen zu verändern (vgl. Schimmelfennig et al. 2002: 1-2).¹²⁰ Der *bottom-up*-Ansatz hingegen basiert auf der Prämisse, dass eine funktionierende Demokratie erst dann gelingt, wenn sie vom Volk ausgeht. Somit ist es notwendig, dass die Werte der Demokratie vor allem auf Bürgerebene verankert sind (vgl. Merkel 2010a: 170; Schimmelfennig 2014: 218). Deswegen wird der Akzent auf die finanzielle, organisatorische, technische und politische Unterstützung verschiedener Akteure der Zivilgesellschaft bzw. der Organe der örtlichen Selbstverwaltung gesetzt (vgl. Youngs 2001: 42-45; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 18-19).

Die Aufteilung in *top-down*- oder *bottom-up*-orientierte Instrumente der externen Demokratieförderung ist allerdings nicht immer eindeutig (vgl. Freyburg et al. 2009a: 171). Viele können sich sowohl an die Zivilgesellschaft als auch an politische Institutionen richten. Darunter werden vor allem die Maßnahmen der direkten materiellen Förderung, der Bildung, der Beratung und die kognitiven Maßnahmen des politischen Dialogs genannt (vgl. Reiber 2009: 216). Auch die Maßnahmen der *top-down*-gerichteten Konditionalität schließen eine indirekte Förderung der Zivilgesellschaft nicht aus. So können externe Akteure zum Beispiel die Förderung der Zivilgesellschaft in ihre Kooperationsprogramme mit der Regierung miteinfügen (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 55-56; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 890).

7.3 Die Zivilgesellschaft als Objekt der externen Demokratieförderung in Osteuropa

Innerhalb der letzten Jahrzehnte hat sich die Zivilgesellschaft zu einem entscheidenden Akteur der externen Demokratieförderung fortentwickelt. Der Fall Osteuropas liefert ein klares Beispiel dafür. Zusammen mit dem schnell wachsenden Interesse am Demokratisierungspotenzial einer funktionierenden Zivilgesellschaft in der postkommunistischen Transformationsforschung rückte die Unterstützung der Zivilgesellschaft Mitte der 1990er Jahre ins Zentrum der externen Förderaktivitäten in Osteuropa (vgl. Ishkanian 2007: 2-4; Freise 2004: 11). Ziemlich früh erkannten die externen Förderer, dass es den schwachen postsowjetischen Gesellschaften an historischen Erfahrungen bezüglich bürgerlicher Mobilisierung als auch der demokratischen politischen Kultur mangelte; und dass die neu etablierte Demokratie somit nur durch den Ausbau einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft mit der notwendigen gesellschaftlichen Untermauerung nachhaltig gesichert werden konnte (vgl. Freise 2004: 13, 66).¹²¹ Dies erklärt auch das schnell wachsende Interesse an den Möglichkeiten und Grenzen der Förderung der Zivilgesellschaft für die Liberalisierung des politischen Lebens, der Sicherung der Grundprinzipien des guten Regierens bzw. die Einbeziehung gesellschaftlicher Interessen in die Politik seitens der externen Akteure in Osteuropa (vgl. Youngs 2001a: 15).

Sowohl in der Transformationsforschung als auch im theoretischen Rahmen der externen Demokratieförderung besteht mittlerweile ein grundsätzlicher Konsens über die unentbehrliche Rolle einer vitalen Zivilgesellschaft für die Sicherung bzw. gesellschaftliche Legitimierung eines demokratischen Regimes (vgl. Merkel 2010: 439; Raik 2006a: 1; Kneuer 2007: 60). Mit den farbigen Revolutionen in der Ukraine und Georgien stieg der Glaube an das Potenzial der gezielten externen Unterstützung der Zivilgesellschaften für den Erfolg der Demokratisierung, insbesondere in Bezug

¹²⁰ Zu einzelnen Formen der Konditionalität siehe Reinhard 2009: 197-198; European Parliament 2009: 1; Merkel 2010: 455-456, 2010a: 162-163; Beichelt 2012: 3; Börzel/Risse 2009: 7-9.

¹²¹ Die Problematik der postsowjetischen Gesellschaften wurde schon in Kap. 4.3.4 ausführlicher diskutiert.

auf die Stärkung der politischen Bürgerpartizipation, Menschenrechte, Meinungs- und Medienfreiheit, wesentlich an (vgl. Beichelt 2012: 8). In der Praxis präsentiert sich die externe Förderung der Zivilgesellschaft als ein „Set“ von Maßnahmen, welche die zivilgesellschaftlichen Zielgruppen in der Wahrnehmung ihrer Funktionen der Demokratisierung unterstützen (vgl. Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 22). Das Ziel der externen Förderung der Zivilgesellschaft wird somit in jedem Einzelfall in ihren Funktionen der Demokratisierung ergründet (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 57-58). Die Dynamik der externen Zivilgesellschaftsförderung wird aus der Perspektive folgender drei Faktoren analysiert: der innerstaatlichen Rolle der Zivilgesellschaft für die Demokratisierung, dem Charakter ihrer Interaktionen mit dem externen Förderer und den eigentlichen Ergebnissen der Förderung (vgl. Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 27-29).

Die Dynamik externer Hilfsmaßnahmen variiert je nach Transformationsphase. So kommt in Phasen der Liberalisierung bzw. Demokratisierung der externen Förderung der Zivilgesellschaft eine eher zweitrangige Bedeutung zu, die sich vor allem in der Mobilisierung der gesellschaftlichen Opposition, u. a. durch die Unterstützung autonomer, regierungskritischer NGOs zeigt (vgl. Raik 2006a: 4-7). Dafür wenden sich die externen Förderer zunehmend zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Phase der Konsolidierung zu, um die gesellschaftliche Einbettung der demokratischen Normen bzw. Sozialisationsmuster zu sichern (vgl. Freise 2004: 40). Wie *Merkel* (vgl. 1996: 35-36) betont, kann die Demokratie erst nach der Verbreitung, Akzeptanz und Internalisierung der neuen demokratischen Regeln und Normen in der Gesellschaft als konsolidiert gelten. Wie genau diese Internalisierung der demokratieprägenden Werte stattfindet, wird im Rahmen der externen *bottom-up*-Demokratisierung meistens aus konstruktivistischer Perspektive erklärt (vgl. Youngs 2001: 41-42). Im Sinne des Konstruktivismus sind die Interessen und Werte von Akteuren ausschließlich sozial konstruiert. Von daher wird die Aneignung demokratischer Normen und Werte als Ergebnis ihrer Sozialisation ausgelegt. Mit der Sozialisation ist vor allem „the process of inducting actors into the norms and rules of a given community“ gemeint (vgl. Zürn/Checkel 2005: 1046). Das gesamte Interaktionsfeld der Sozialisationsprozesse erstreckt sich auf drei Ebenen: die politische Elite, die intermediäre Ebene der Zivilgesellschaft und eine breitere gesellschaftliche Ebene. Den zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt in dieser Bandbreite der Akteure eine besonders wichtige Rolle bei der Sicherung der Sozialisation zu (vgl. Solonenko 2009: 717; Beichelt 2012: 8). Dementsprechend übernehmen die Akteure die demokratischen Werte und Praktiken erst dann, wenn diese infolge der sozialen Interaktionen ausgetauscht und folglich internalisiert werden. Für die zivilgesellschaftliche Ebene der Sozialisationsprozesse sind vor allem solche Interaktionen wie finanzielle Hilfsmaßnahmen, Austauschprogramme und Dialog in verschiedenen Bereichen, diverse Trainings- und Bildungsmaßnahmen, soziale Kontakte auf Bürgerebene etc. von Bedeutung (vgl. Freyburg et al. 2009a: 170-171; Beichelt 2012: 3-4).¹²² Infolge solcher Interaktionen werden die Normen insofern übernommen, wie diese unter Berücksichtigung der einheimischen Identitäten, sozialen Muster und Werte für angemessen und legitim gehalten werden (vgl. Schimmelfennig 2004: 5-8). Als erfolgreich gilt die Sozialisation dann, wenn die Motivation der Akteure zum Handeln viel mehr von internationalisierten Identitäten, Normen, Werten und den daraus resultierenden sozialen Erwartungen als durch rationale Eigeninteressen entspringt (vgl. Börzel/Risse 2012: 7; Schimmelfennig 2004: 6).

Im Rahmen der ENP werden die „sanften“ Methoden der Sozialisation als jene Strategie diskutiert, welche neuen Alternativen zur Unterstützung der demokratischen Entwicklungen der EU-

¹²² Zur Methode der Sozialisation aus konstruktivistischer Perspektive vgl. auch Wendt 1994, 1992; Schimmelfennig 1994; Risse 2004.

Nachbarländer ohne eine ausdrückliche Perspektive der EU-Mitgliedschaft bieten können. So wurden die Strategien von *social learning* und *persuasion* als solche angesehen, welche zur Verbesserung des politischen Dialogs mit den ENP-Ländern führen können. Die Transformationskraft solcher Maßnahmen bleibt dennoch umstritten; mangelnde Kapazitäten und der Wille auf der Seite der Regierungsakteure sind unter den häufigen Gründen dafür zu nennen (vgl. Börzel 2010: 18; 2009: 4-5).

Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte konnte die externe Demokratieförderung zu einem wichtigen Bestandteil der europäischen Außenpolitik aufsteigen (vgl. Emerson et al. 2005: 172; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 885-888). Das besondere Interesse der EU an der Demokratieförderung in den Drittstaaten offenbart sich vor allem in der distinktiven rechtlich-politischen Natur der EU als einer „normativen Macht“. Mit diesem Konzept wird die universale Geltung der inneren Grundprinzipien der europäischen liberalen Demokratie, wie Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und fundamentale Grundfreiheiten, als Basis der EU-Kooperation mit Drittstaaten impliziert.¹²³ Insbesondere Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind zu einem einheitlichen normativen Kern der EU zusammengewachsen, um das demokratische Westeuropa vom östlichen Europa klar zu unterscheiden (vgl. Manners 2002: 243; Europäische Union 2007: C306/11). Die Motivation der EU für den Export des Modells des legitimen demokratischen Regierens nach außen ist auch durch das Interesse der zugehörigen Staaten bedingt, von politischen Systemen mit gleichen Wertvorstellungen umkreist zu sein und so die Stabilität Europas zu sichern (vgl. Kotzian et al. 2011: 996; Jünemann/Knodt 2006: 288; Bredies 2009: 11-12).

Das Ziel, die universale Geltung der Grundsätze der liberalen Demokratie weltweit zu fördern, setzte die EU schon in den frühen 1990er Jahren auf die außenpolitische Agenda (vgl. Smolnik 2008: 15-17; Raik 2006: 39-40). Mit dem Maastricht-Vertrag 1992 übernahm die EU auch die rechtliche Verpflichtung, zur Konsolidierung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in ihren Beziehungen mit Drittstaaten beizutragen. Somit eröffnete der Maastricht-Vertrag eine Phase der aktiven EU-Demokratieförderung als entscheidenden Mechanismus der gesamten EU-Außenpolitik (vgl. Börzel/Risse 2009a: 22; Smolnik 2008: 16; Casier 2011: 960). Schon seit 1995 enthalten alle bilateralen Verträge der EU mit Drittstaaten bindende Demokratie- und Menschenrechtsklauseln. Dies erklärt die Übernahme bzw. Einhaltung westlicher Standards von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowohl zum Ziel als auch zu einer unentbehrlichen Bedingung für institutionelle Beziehungen der Drittstaaten mit der EU (vgl. Youngs 2001: 18; Schimmelfennig et al. 2003: 322). Die EU definierte die Demokratie außerdem als wichtigstes Kriterium für die Mitgliedschaft in der EU, was u. a. die Aufwertung der externen Demokratieförderung in der Transformationsforschung seit Mitte der 1990er Jahre bewirkte (vgl. Merkel 2010a: 157; Beichelt/Merkel 2014: 42-43).

Im Laufe der 2000er Jahre entwickelte sich die Förderung von Demokratie, guter Regierungsführung und Menschenrechten zur bestimmenden Konstante der europäischen Außenpolitik, welche auch primärrechtlich sowohl im Vertrag von Nizza als auch im Vertrag von Lissabon festgelegt und präzisiert wurden (vgl. Kotzian et al. 2011: 995; Smolnik 2008: 16-17). In diesem Kontext spricht man auch vom „democracy mainstreaming“ der EU als entscheidendem Diskurs in ihren außenpolitischen Beziehungen (vgl. Jünemann/Knodt 2007: 260). Die Förderung der Demokratie rückte ebenfalls in den Mittelpunkt der Kooperation der EU mit ihren osteuropäischen

¹²³ Zum Konzept der „normativen Kraft der EU“ vgl. Manners 2002; Jünemann/Knodt 2007; Johansson-Nogués 2007; Lavenex/Schimmelfennig 2011.

Nachbarn, u. a. der Ukraine. Von daher bietet sich ein genauerer Überblick über die Inhalte an, welche die EU den Begrifflichkeiten der Demokratie bzw. Demokratisierung zuschreibt.

8.1 Das Demokratiekonzept aus der Perspektive der externen Demokratieförderung der EU

Trotz der wachsenden Rolle der Demokratieförderung in der EU-Außenpolitik gibt es keinen Konsens darüber, was genau darunter zu verstehen ist. So behandelt der Diskurs in der EU gleichzeitig die Förderung von Demokratie, *good governance* und Menschenrechte auf einmal, ohne dass der Demokratiebegriff ausreichend präzisiert wird. Dies hängt damit zusammen, dass es keine klare bzw. allgemein akzeptable Definition des Demokratiebegriffs in der EU gibt (vgl. Wetzel/Orbie 2011: 711; Meyer-Resende 2009: 8-9; European Parliament 2005; Schimmelfennig 2011: 729-732). Dennoch teilen die vielen theoretischen Ansätze, die sich den Fragen der externen Demokratieförderung durch die EU widmen, grundsätzlich die Meinung, dass diese in ihrem außenpolitischen Handeln über den Rahmen des „traditionellen“ Modells der liberalen Demokratie, die sich auf die Werte des Sozialstaates bzw. einer partizipativen demokratischen Ordnung stützt, nicht hinausgeht (vgl. Schimmelfennig 2011: 728). In der Konkretisierung von *Casier* (vgl. 2011: 957) verbindet der EU-Demokratiebegriff sowohl die Elemente der formellen als auch der substantiellen Demokratie. Während die formelle Demokratie durch freie demokratische Wahlen bzw. die Gewaltenteilung definiert wird, impliziert die substantielle Demokratie gesellschaftliche Kontrolle über die Regierung, Transparenz und Berechenbarkeit der Regierungsführung bzw. aktive politische Partizipation der Bürger außerhalb der Wahlen.

Der entscheidende Referenzrahmen für den EU-Demokratiebegriff leitet sich vom Demokratieverständnis der Vereinten Nationen ab (vgl. Meyer-Resende 2009: 29-30). Wie in der Resolution der Generalversammlung von 2004 angegeben, bestehen folgende essenzielle Bestandteile der Demokratie:

“Respect for human rights and fundamental freedoms, inter alia, freedom of association and peaceful assembly and of expression and opinion, and the right to take part in the conduct of public affairs, directly or through freely chosen representatives, to vote and to be elected at genuine periodic free elections by universal and equal suffrage and by secret ballot guaranteeing the free expression of the will of the people, as well as a pluralistic system of political parties and organizations, respect for the rule of law, the separation of powers, the independence of the judiciary, transparency and accountability in public administration, and free, independent and pluralistic media (United Nations General Assembly 2004: 1-2)”.

Die theoretische Einbettung eines solchen breit angelegten Demokratiediskurses in den institutionellen Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, u. a. in Osteuropa, macht häufig Gebrauch vom Modell einer „eingebetteten“ Demokratie, das schon oben ausführlich aus Perspektive der Transformationsforschung diskutiert wurde (vgl. Kap. 2.4). Einer weit verbreiteten Ansicht zufolge lassen sich die wichtigsten Bestandteile einer liberalen Demokratie optimal innerhalb der einzelnen Teilregimes der „eingebetteten“ Demokratie, wie demokratische Wahlen, politische Partizipationsrechte oder bürgerliche Freiheitsrechte, gruppieren (vgl. Wetzel/Orbie 2011; Beichelt 2007; Keukeleire/Delreux 2014). In der Projektion auf die institutionelle Ebene der ENP konkretisieren folgende fünf Schwerpunkte die Dimensionen einer solchen „eingebetteten“ Demokratie, welche in ihrer Gesamtheit oft auch durch den Begriff der *deep and sustainable democracy* erfasst werden: 1) Wahlen auf nationaler Ebene, 2) Medienfreiheit, Versammlungs- und

Vereinigungsfreiheit, 3) Menschenrechte, 4) unabhängiges Gerichtswesen, 5) Qualität der öffentlichen Verwaltung und Transparenz (vgl. European Commission 2011b; Babayan 2015). Außerdem erlaubt das Modell die externen Kontextbedingungen, in welche die einzelnen Teilregimes „eingebettet“ sind, wie Zivilgesellschaft, Strukturen der öffentlichen Verwaltung oder wirtschaftssoziale Umstände, mitzuberechnen und somit ihre Bedeutung für einzelne Fortschritte der Demokratisierung richtig einzuschätzen (vgl. Wetzel/Orbie 2011: 706). Dies bestätigt wiederum, warum diese Arbeit, die sich mit der Ebene der externen zivilgesellschaftlich orientierten Demokratieförderung der EU auseinandersetzt, das Modell der „eingebetteten“ Demokratie für die Interpretation zentraler Ergebnisse der folgenden empirischen Forschung bevorzugt.

Für die Forschungsziele dieser Arbeit ist es außerdem von Bedeutung, die Förderung von Demokratie von zwei weiteren ähnlichen und häufig auch *quasi* synonym verwendbaren Begriffen klar abzugrenzen: *good governance* auf der einen und Europäisierung auf der anderen Seite.

Grundsätzlich fasst Governance die Formen, Mechanismen und Institutionen der Koordination zusammen, durch welche gesellschaftliche Sachverhalte unter Einsetzung nicht-hierarchischer, partizipativer und kooperativer Steuerungsmethoden kollektiv geregelt werden (vgl. Börzel 2009: 1-4; Mayntz 2004: 66).¹²⁴ Entscheidend sind die Prinzipien, auf welche sich solche Koordination stützt: Transparenz der öffentlichen Informationen, Berechenbarkeit des Verhaltens staatlicher Entscheidungsträger und Partizipation der nicht-staatlichen Akteure an politischen Prozessen (vgl. Schimmelfennig 2011: 730). Somit stellt die Förderung der *good governance* ein wichtiges Ziel der externen EU-Demokratieförderung im Osteuroparaum dar (vgl. Stewart 2009: 649; Merkel 2010a: 158). Mit dem Demokratiebegriff ist *good governance* dennoch nicht gleichzusetzen: Dafür schließt das *good-governance*-Konzept eine Reihe von Konstanten einer liberalen Demokratie wie beispielsweise demokratische Wahlen nicht ein. Deswegen findet es überwiegend in einem deutlich engeren Kontext der institutionellen Regierungsebene Verwendung (vgl. Schimmelfennig 2011: 730).

Genauso wenig ist es gerechtfertigt, wenn die Begriffe „Demokratie“ und „Europäisierung“ gleichgesetzt werden. Grundsätzlich bedeutet „Europäisierung“ den Prozess der Institutionenbildung auf europäischer Ebene (vgl. Börzel/Risse 2000: 3). In ihrer präziseren Formulierung bezeichnet die Europäisierung „domestic impact of Europe and the EU in the sense that EU members and non-members adapt and change domestic institutions in response to EU rules and regulations“ (vgl. Börzel/Risse 2012: 6). In der Projektion auf die EU-Nachbarstaaten ist die Europäisierung als Prozess der Verbreitung von EU-Normen, Regeln und Praktiken anzusehen. So spricht man auch von der „externen Europäisierung“, die nicht nur die Förderung liberaler Demokratien über EU-Grenzen hinaus, sondern auch die regionale Wirtschafts- und Marktintegration infolge der Übernahme des EU-Rechts in mehreren Politiksektoren voraussetzt (vgl. Schimmelfennig 2009: 22-23; Börzel 2010). Das langfristige Ziel der Europäisierung ist die Konvergenz mit modernen europäischen Normen und Werten, einschließlich derer der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen. Von daher ist die Demokratisierung nur als ein Teil der Europäisierung anzusehen (vgl. Beichelt 2012: 2; Emerson et al. 2005: 175; Börzel/Risse 2000: 3). Zu beachten ist dennoch, dass einige Methoden der Europäisierung in die Forschung der externen Demokratieförderung der EU integriert wurden (vgl. Beichelt 2012: 2). Von daher werden im Kontext der Europäischen Nachbarschaft die Methoden der externen Demokratieförderung öfters mit denen

¹²⁴ Detailliert zum Governance-Ansatz als theoretischen Rahmen zur Erklärung der externen Förderung demokratischer Reformen durch internationale Akteure wie die EU vgl. auch Börzel 2009, 2007; Börzel et al. 2008; Kohler-Koch/Eising 1999; Tömmel 2008; Cardwell 2009, Mayntz 2009.

der externen Europäisierung gleichgesetzt (vgl. Schimmelfennig 2009: 18-21). Auch in Osteuropa wird bei der Analyse der externen EU-Unterstützung für demokratische Reformen öfters Bezug auf die Instrumente der Europäisierung wie beispielsweise Konditionalität oder Sozialisation genommen (vgl. Bauer et al. 2007: 405-406).

8.2 Die Interessen der EU an der Demokratisierung in Osteuropa: Europäische Nachbarschaftspolitik und Östliche Partnerschaft

Mit dem Ende des Kalten Kriegs rückten mehrere junge Transformationsstaaten an die Grenze der EU. Zusammen mit zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Kooperationsmöglichkeiten brachte die neue Nachbarschaft auch ernsthafte sicherheitspolitische Herausforderungen für den Westen mit sich, wie defekte politische Regimes, schwache Zivilgesellschaften, stagnierende Transformationswirtschaften, illegale Migration oder eingefrorene Konflikte. Als Antwort darauf bemühte sich die EU seit den 1990er Jahren kontinuierlich um ein Beziehungsformat zum postkommunistischen Raum, das seine Anbindung an den demokratischen Westen, umfassende demokratische Transformation und Stabilisierung fördern würde (vgl. Ehrke 2007: 5-10; Drescher 2009: 15-18; Börzel/van Hüllen 2011: 7).

Bis zur EU-Osterweiterung 2004 positionierte sich die EU als ein eher zurückhaltender Demokratisierungsakteur im postsowjetischen Osteuropa (vgl. Gawrich/Lapins 2006: 14; Raik 2006: 39-40; Wolczuk 2009: 187). So wurden bis in die frühen 2000er Jahre die meisten EU-Gelder nicht für Demokratisierung, sondern für technische Hilfen bei der Umsetzung von Wirtschaftsreformen bzw. für die Unterstützung sozialer und humanitärer Projekte ausgegeben (vgl. Raik 2006: 40; Longhurst 2009: 10; Shapovalova/Youngs 2014: 86-87).

Erst mit der EU-Osterweiterung um zehn neue Staaten weitete die EU ihr Interesse am postkommunistischen Osteuropa deutlich aus. So zeichnete sich schon in der Planungsphase der Erweiterung seit Mitte der 1990er Jahre die Erforderlichkeit einer Neuregelung bzw. Stärkung der Beziehungen der EU mit ihren neuen osteuropäischen Nachbarländern ab (vgl. Stewart 2011: 607; Raik 2006: 41). Als praktisches Ergebnis daraus entsteht die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die ein neues Format der Kooperation zwischen der erweiterten EU und ihren sechzehn Nachbarländern bestimmte bzw. in seinem Rahmen die Ziele der politisch orientierten Demokratisierung deutlich aufwertete (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 86). Mit der Herausbildung der Östlichen Partnerschaft als einer Sonderdimension der ENP in Bezug auf ihre europäischen Nachbarn, werden seit 2009 die Aufgaben der Demokratisierung in der osteuropäischen Region erneut aufgewertet.

8.2.1 Der Ansatz der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) stellt eine außenpolitische Initiative der Europäischen Kommission dar, welche seit 2004 das Kooperationsformat der EU mit ihren Nachbarländern in Zielen der Förderung von Demokratie, Wohlstand und Sicherheit festlegt (vgl. Europäische Kommission 2004, 2003). Ihre Entstehung geht direkt auf die Folgen der EU-Osterweiterung und die dadurch bedingten Änderung der EU-Außengrenzen zurück. Die dadurch verursachte neue sicherheitspolitische Lage forderte von der EU eine erhebliche Stärkung ihrer Beziehungen zu den Nachbarländern in politischer, wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und kultureller Hinsicht. Vor allem ging es darum, mögliche neue Trennlinien in Europa zu verhindern (vgl. Europäische Kommission 2003: 3-4; 2004: 2, 6; Ehrke 2007: 12; Schimmelfennig 2009: 18-19; Kempe 2003:

277). Das besondere Interesse der EU richtete sich dabei auf die osteuropäischen Länder, die sich in unmittelbarer EU-Nachbarschaft fanden: Belarus, die Republik Moldau und insbesondere die Ukraine. Die Notwendigkeit, die einzelnen neuen, östlichen Nachbarn mit ihrer potenziellen Instabilität bzw. Heterogenität in eine mit dem europäischen Friedensraum kompatible Region zu transformieren, gilt als der eigentliche funktionale Grund für die Errichtung der ENP (vgl. Beichelt 2007a: 207-208, 2007: 2-3; Kempe 2003: 275-277).

Die konzeptionelle Begründung für die ENP findet sich im Konzept eines „größeren Europas“, das die Europäische Kommission 2003 präsentiert (vgl. Europäische Kommission 2003). Das Hauptziel des Konzepts bestand in der Errichtung einer Zone der guten Nachbarschaft östlich von der EU bzw. im südlichen Mittelmeerraum als eines „Ringes von Freunden“, welche die grundlegenden europäischen Werte teilen und sich durch enge, friedliche und kooperative Beziehungen in Richtung einer zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Integration in die EU bewegen sollten (vgl. Europäische Kommission 2003: 3-4, 2004: 5-6; Prodi 2002: 4; Dannreuther 2006: 186). Als langfristige Folge daraus sollte ein erweiterter Raum gemeinsamen Wohlstands, geteilter Werte, politischer Stabilität und funktionierender Rechtsstaatlichkeit entstehen, weswegen auch die neue EU-Nachbarschaft zahlreiche Vorteile aus der EU-Erweiterung ziehen würde (vgl. Europäische Kommission 2003: 9, 2004: 3).

Die praktische Umsetzung dieser Vision stützte sich auf drei Instrumente der EU-Kooperation mit den Nachbarstaaten – der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Demokratieförderung und der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und Inneres (vgl. Gawrich et al. 2010: 1212-1214). Zum einen bot die ENP den Nachbarländern eine vertiefte wirtschaftliche Integration durch die Förderung umfassender marktwirtschaftlicher Reformen an (vgl. Europäische Kommission 2004: 4; 15-17). Zum Zweiten eröffnete die ENP einen Raum für intensivere Zusammenarbeit zur Konfliktprävention bzw. zur Bekämpfung sicherheitspolitischer Bedrohungen, wie Terrorismus, illegale Einwanderung, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Drogen- und Waffenhandel (vgl. Europäische Kommission 2003: 12; 2004: 17-18). Zum Dritten wurde eine Intensivierung der politischen, kulturellen, sozialen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorgeschlagen. Zum Vierten bot man konkrete Programme zur Unterstützung der demokratischen Reformen vor Ort (vgl. Europäische Kommission 2004: 13).

Gleichzeitig zog die ENP eine klare Trennlinie zur Erweiterungspolitik, indem sie den Teilnehmerstaaten, einschließlich den osteuropäischen, keine ausdrückliche Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft in Sicht stellte (vgl. Dannreuther 2006: 187). Von daher wird das gesamte ENP-Modell oft als „everything but institutions“ charakterisiert, das in der Praxis ständig zwischen der engen Einbindung in den europäischen Integrationsprozess und der Ablehnung einer vollen Mitgliedschaft balancieren muss (vgl. Prodi 2002; Freyburg/Richter 2009: 43).¹²⁵

Trotz der Verweigerung der Beitrittsperspektive stützte sich die Umsetzung der ENP 2004–2015 zum großen Teil auf das Modell der politischen Konditionalität, welche grundsätzlich bei den Beitrittskandidaten zur Wohlstands- und Stabilitätsförderung eingesetzt wurde. Hiernach hing der Integrationsfortschritt von den konkreten Erfolgen bei der Übernahme demokratischer Werte bzw. der Umsetzung vorab gegenseitig festgelegter Reformziele und Maßstäbe ab (vgl. Gordon/Sasse 2008: 17; Raik 2006: 41; Schimmelfennig 2009: 19-20).¹²⁶ Die bilateral abgestimmten Aktionspläne, welche an der Spitze des gesamten institutionellen Gefüges der ENP stehen, fixierten die Ziele

¹²⁵ Der Zusammenhang zwischen der fehlenden Beitrittsperspektive und den Erfolgsaussichten der externen Demokratieförderung der EU in ihrer osteuropäischen Nachbarschaft vgl. Kap. 1.1.

¹²⁶ Das Prinzip der politischen Konditionalität wird u. a. in Kap. 7.2 diskutiert.

wiederum. Diese Dokumente formulieren die aktuellen kurz- und mittelfristigen Handlungsprioritäten entlang einzelner Politikbereiche, wie politischer Dialog, Vorbereitung auf den EU-Binnenmarkt, Justiz und Inneres, Energie, Verkehr etc. Als Belohnung für die Reformumsetzung sah man finanzielle Hilfen bzw. einzelne wirtschaftliche und politische Anreize, wie beispielsweise Liberalisierung der Visumpolitik oder die Aufhebung der Handelseinschränkungen, vor (vgl. Europäische Kommission 2004: 3; Börzel et al. 2008: 15). Im Endeffekt sollte die Umsetzung der Aktionspläne zu einer Art „privilegierten Partnerschaft“ führen, welche sich auf eine gegenseitige Verpflichtung zu Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvollem Regieren, der Achtung der Menschenrechte, gut-nachbarschaftlichen Beziehungen der Marktwirtschaft und der nachhaltigen Entwicklung stützt (vgl. Europäische Kommission 2004: 3). Zur Finanzierung der ENP-Ziele wurde 2007 die *European Neighbourhood Policy (ENPI)* ins Leben gerufen. Ihre länderspezifischen Aspekte regelten die einzelnen Nationalen Indikativen Programme (vgl. European Parliament/Council of the EU 2006a; European Commission/ENPI 2011, 2011a; Gordon/Sasse 2008: 13-14). 2014 wurde das ENPI ins *European Neighbourhood Instrument (ENI)* transformiert (vgl. European Parliament/Council of the EU 2014).

Die Funktionslogik der ENP gewährleisten zum großen Teil zwei grundlegende Prinzipien – der Differenzierung und der gemeinsamen Verantwortung (vgl. Europäische Kommission 2004: 8). Das Differenzierungsprinzip bedeutet die Berücksichtigung der zum Teil erheblichen Differenzen zwischen einzelnen Teilnehmerländern der ENP, wenn es um die Definition der Inhalte und Geschwindigkeit ihrer Integration in die EU geht (vgl. Dannreuther 2006: 191-192; European Commission 2011b: 2-4). Dadurch musste vor allem die Entwicklung der ENP zu einem „one-size-fits-all“-Integrationsmodell verhindert werden (vgl. Börzel et al. 2008). Den einzelnen ENP-Teilnehmerstaaten werden somit je nach ihren länderspezifischen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Kapazitäten auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene ausdifferenzierte Anreiz- und Motivationsstrukturen angeboten, die solche Unterschiede mit kalkulieren (vgl. Bredies 2009: 13; Europäische Kommission 2003: 16, 2011: 2). Beispielsweise setzte die EU unter Einbeziehung des Differenzierungsprinzips in ihren osteuropäischen Nachbarn den Akzent auf die Förderung der demokratischen Transformation vor Ort (vgl. Beichelt 2007: 2-3; Gordon/Sasse 2008: 11). Das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung setzt hingegen voraus, dass eine optimale Umsetzung länderspezifischer Prioritäten der ENP erst in der gemeinsamen Anerkennung gegenseitiger Interessen und der gemeinsamen Bekennung zu universellen Werten der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gewährleistet werden kann (vgl. Europäische Kommission 2004: 8; Burlyuk 2014: 34).

8.2.2 Östliche Partnerschaft als Dimension der ENP

Die Umsetzung der ENP sah sich in den östlichen europäischen Nachbarländern der EU mit größeren Komplikationen konfrontiert (vgl. Arcipowska/Wojna 2011). Diese waren vor allem mit der Tatsache nicht einverstanden, dass die ENP sie in eine Nachbarschaftskategorie mit nicht-europäischen Ländern zusammenführte, ohne ihre Ansprüche auf eine Vollmitgliedschaft in der EU mitzuberücksichtigen (vgl. Hinc et al. 2008: 15). Gleichzeitig verlangten die politischen Entwicklungen in dieser Region nach einer stärkeren Ausdifferenzierung der Ziele und Instrumente der ENP. Insbesondere die Orange Revolution in der Ukraine, die Rosenrevolution in Georgien und der russisch-georgische Krieg 2008 machte ein neues Beziehungsformat der EU zu Osteuropa- und Kaukasusländern notwendig, welches ihre langfristig bestehende Perspektive des EU-Beitrittes entsprechend würdigte (vgl. Longhurst 2009: 15-17). In diesem Kontext gewinnt seit 2006 die Idee,

die östlichen EU-Nachbarn aus dem Format der ENP herauszunehmen bzw. die bilaterale Kooperation mit ihnen zu intensivieren, immer mehr an Aufmerksamkeit (vgl. European Commission 2008: 2; Martyniuk 2009a: 9-11).

Als Folge unterbreiten die Regierungen Polens und Schwedens im Mai 2008 einen Vorschlag zur Schaffung einer östlichen Dimension der ENP, welche engere Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn im Osten ermöglichen würde (vgl. Martyniuk 2009a: 13-14; Lang 2008: 1, Drescher 2009: 10-11; Kempe 2011: 2). In Anknüpfung an den schwedisch-polnischen Vorschlag arbeitete die Europäische Kommission die Initiative „Östliche Partnerschaft“ aus, die sich anfänglich an sechs Länder – die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und Belarus – richtete. Offiziell beim EU-Gipfel in Prag am 7. Mai 2009 angenommen, richtete sich die Initiative an die Schaffung förderlicher Bedingungen für eine erweiterte politische bzw. eine vertiefte wirtschaftliche Integration zwischen der EU und den Teilnehmerländern, um diese in konsolidierte Demokratien mit marktorientierten Wirtschaften umzuwandeln (vgl. Council of the European Union 2009: 6; Secretariat of the Council of the EU 2009: 2-5). Die Gründung der Östlichen Partnerschaft galt zudem als Gegenantwort auf die Mittelmeerunion, mit welcher kurz davor, im Juli 2008, ein Sonderbeziehungsformat der EU mit ihren südlichen Nachbarn eingeführt worden war (vgl. Balfour 2011: 30). Daraus resultierte die Differenzierung in „ENP East“ und „ENP South“, was zum ersten Mal den Kreis der europäischen EU-Nachbarn klar definierte (vgl. Fedorchenko 2009: 8; Longhurst 2009: 15-19).

Grundsätzlich stellt die Östliche Partnerschaft als spezifische östliche Dimension innerhalb der ENP dar, welche die bilateralen Beziehungen der Teilnehmerländer zur EU deutlich stärkt und hierbei auch ein neues multilaterales Kooperationsformat einführt (vgl. Longhurst 2009: 18-19; Raik 2011: 3). Aus dieser Perspektive fungiert sie als „eine verstärkte Version der ENP“ für die östlichen Nachbarn (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 92). Auf der bilateralen Kooperationsebene mit der EU bot diese den Partnerländern den Aufbau von neuen und vertieften vertraglichen Beziehungen im Rahmen von Assoziierungsabkommen an (vgl. Europäische Kommission 2012: 4). Außerdem durften die Teilnehmerländer mit einer verstärkten wirtschaftlichen Integration mit Perspektive auf eine vertiefte und umfassende Freihandelszone mit der EU rechnen (vgl. Council of the EU 2009: 7; Europäische Kommission 2012: 4). Eine stärkere Unterstützung bot die EU den Ländern der Region in Fragen des Aufbaus von demokratischen Institutionen und ihrer Kapazitäten an. Dies sollte u. a. ein effektiveres Vorgehen gegen Probleme der Korruption, organisierter Kriminalität und illegaler Migration ermöglichen (vgl. Council of the EU 2009: 7; Shapovalova 2009: 4-5). Ebenfalls sollte die Reisemobilität der Bürger durch eine weitgehende Visaliberalisierung mit einer langfristigen Perspektive auf Aufhebung der Visumpflicht gefördert werden. Intensiviert wurde ferner die Zusammenarbeit der EU mit den Teilnehmerländern der Östlichen Partnerschaft in diversen sektorenspezifischen Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung mit einem Sonderakzent auf Energiesicherheit (vgl. Europäische Kommission 2012: 4; Council of the EU 2009: 8-9). Die Sicherung der gestellten Ziele der bilateralen Kooperation erfolgte im Rahmen der Östlichen Partnerschaft durch die Erweiterung der Finanzierungsmittel bzw. eine stärkere Differenzierung der bilateralen Kooperationsdynamik. Letztere wurde mithilfe des sogenannten Prinzips „more for more“ erreicht. Demnach hing das Maß der EU-Unterstützung von den jeweiligen Erfolgen der einzelnen Teilnehmerländer der Initiative in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ab (vgl. European Commission 2012c: 1-2; Balfour 2011: 31; Shapovalova 2009: 2-3).

Ergänzend zur bilateralen Kooperation zwischen der EU und den Partnerländern wurde die multilaterale Dimension der Östlichen Partnerschaft als Grundlage für mehrdimensionale regionale Integration der Partnerstaaten untereinander eingeführt. Ihr primäres Ziel war es, den Informations-

und Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmerländern der Östlichen Partnerschaft zu fördern, um ihnen eine bessere gegenseitige Unterstützung in Zielen demokratischer Reformen zu ermöglichen (vgl. Council of the EU 2009: 8; Shapovalova 2009: 4). Die Kooperation fand innerhalb vier thematischer Plattformen statt: Demokratie und gute Regierungsführung; wirtschaftliche Integration und Konvergenz, Energiesicherheit und zwischenmenschliche Kontakte. In ihrem Rahmen erfolgten regelmäßige Treffen auf verschiedenen Ebenen, wie der Außenminister, der Staats- und Regierungschefs oder der höheren Beamten der Teilnehmerländer (vgl. Council of the EU 2009: 8-9). Außerdem gründete man eine parlamentarische Versammlung unter den Staaten der Östlichen Partnerschaft – *EU-Neighbourhood East Parliamentary Assembly*, gekürzt als *EURONEST* bekannt (vgl. Council of the EU 2009: 10).

Die Effizienz der Östlichen Partnerschaft als Politik der *top-down*-orientierten Demokratieförderung der EU in Osteuropa wird dennoch sehr ambivalent eingeschätzt. Zum einen wurde ihr eine wesentliche Stärkung des EU-Engagements in Zielen der Demokratisierung im Vergleich zum vorläufigen ENP-Format abverlangt (vgl. Schäffer/Tolksdorf 2009: 1). Die Demokratisierung rückte eindeutig in den Mittelpunkt der Initiative und wurde etwas konsolidierter bzw. engagierter. Außerdem stärkte man zur Erreichung der Ziele den Bilateralismus, gründete die multilateralen thematischen Plattformen und rückte die Perspektive einer Assoziation samt Freihandelszone mit der EU an die Spitze der Anreizstruktur für die östlichen Nachbarn (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 5-6, 2014: 87; Navasardyan 2011: 4; Stewart 2011: 609; Council of the EU 2009: 5-10). Auf der anderen Seite stellte die Initiative weder eine klare Beitrittsperspektive in Sicht, noch versprach sie eine Aufhebung der Visumpflicht. Von daher ist die Initiative auch als „ENP Plus“ bekannt, da diese ebenfalls keine Mitgliedschaft in der EU möglich machte (vgl. Gromadzki 2011: 2; Balfour 2011: 32). Dementsprechend kritisierten Länder mit einer relativ positiven Integrationsdynamik, wie beispielsweise die Ukraine oder Georgien, die Östliche Partnerschaft für ihren fehlenden Mehrwert (vgl. Shapovalova 2009: 3-4; Schäffer/Tolksdorf 2009: 1-2; Fedorchenko 2009: 6-8). Auch auf multilateraler Ebene zeigte die Partnerschaft fragliche Stellen auf, wie in Bezug auf die Inhalte einzelner Leitinitiativen oder deren Verhältnis zu bilateralen Komponenten der Partnerschaft (vgl. Kentchadze 2009: 3; Wallace 2009: 5-6). Dies erklärt die wachsende Unzufriedenheit mit der Östlichen Partnerschaft, welche sich insbesondere seit ihrem Gipfel 2013 breit machte (vgl. Böttger 2014; Blockmans/Konstanyan 2013; Emerson 2014).

8.2.3 ENP als Strategie der Demokratieförderung in Osteuropa

Nach den demokratischen Umbrüchen, welche durch die Revolutionen in der Ukraine und Georgien herbeigeführt wurden, stieg die EU *de facto* zum Schlüsselakteur der Demokratisierung in der Osteuroparegion auf (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 88-89). Die ENP wurde dabei als tatsächlicher Anfang der aktiven Unterstützung durch die EU für demokratische Transformationsprozesse in ihrer osteuropäischen Nachbarschaft, unter anderem auf zivilgesellschaftlicher Ebene, gesehen (vgl. ebd.). Im gesamten Diskurs der ENP gilt die Demokratie als ihr normativer und funktionaler Kern, der den Weg zur Annäherung der Nachbarländer an die EU ebnete (vgl. Beichelt 2007, 2007a). Zahlreiche ENP-Dokumente verweisen auf die ausdrückliche Rolle demokratischer Werte als gemeinsame normative Grundlage, Wegweiser für Reformen bzw. entscheidendes Förderziel der EU in ihren Nachbarländern.¹²⁷ Als Folge bildet die Platzierung demokratischer Werte an der Spitze der

¹²⁷ Vgl. Europäische Kommission 2012, 2004, 2003; European Commission: 2015, 2014f, 2013, 2012e, 2012g, 2011b, 2006, 2004.

politischen und wirtschaftlichen Kooperation das auffälligste Unterscheidungsmerkmal der ENP zu allen vorherigen Beziehungsformaten der EU mit ihren Nachbarn (vgl. Gordon/Sasse 2008: 19; European Commission 2013: 15). Im Prinzip geht es dabei um dieselben Werte, welche im politischen Teil der Kopenhagener Kriterien als Orientierungsmaßstab für die Reformunterstützung in den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten seit 1993 dienten. In erster Linie sind darunter die Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, gutes Regieren und Menschenrechte mit Akzent auf politischem Pluralismus, Meinungsfreiheit, Schutz der nationalen Minderheiten und das Diskriminierungsverbot aufgrund von Geschlecht, politischer Überzeugung, Religion oder Nationalität zu nennen (vgl. European Council 1993; Europäische Union 2000; Buşcaneanu 2013: 2-4). In diesem Kontext fungiert die ENP als „Instrument der Demokratisierung“ (Beichelt 2007: 2), „democratization tool“ (Gawrich et al. 2010: 1212) oder als „force for good“ (Barbé/Johansson-Nogués 2008: 81) der EU. Die Ausweitung des politischen Dialogs, der *people-to-people*-Kontakte und der Mechanismen demokratischer Konditionalität sind häufige Beispiele für die Demokratisierungsziele der ENP in Osteuropa (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 89).

Die prioritäre Rolle der Aufgaben der Demokratisierung bestätigt auch die Tatsache, dass für sie die meisten verfügbaren ENPI-Finanzmittel ausgegeben wurden (vgl. Gordon/Sasse 2008: 19). Auch mit der Umbenennung des ENPI ins ENI 2014 bleiben die Ziele, die in Zusammenhang mit der Förderung der Demokratie stehen, im Vordergrund (vgl. European Parliament/Council of the EU 2014: L77/30). Im Rahmen des reformierten Instruments bestimmte man zusätzlich 18 Billionen Euro, welche unter der verstärkten Anwendung des Prinzips „more for more“ zu erteilen sind bzw. im Fall der Verletzung demokratischer Prinzipien auch jederzeit verweigert werden können (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 99).

Unter allen ENP-Staaten gelten die osteuropäischen Staaten als jene, in denen die Förderung der demokratischen Konsolidierung und somit die Abwendung eines neuen Autoritarismus die erste Priorität der EU darstellt (vgl. Beichelt 2007a: 207-208; Dannreuther 2006: 194-195). Die demokratischen Revolutionen in Georgien und der Ukraine bzw. die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen durch den russisch-georgischen Krieg verstärkten diese Ziele erneut (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 3; Duleba et al. 2008: 13). In diesem Kontext fasste man die ENP in Osteuropa immer deutlicher als „transformative power“ auf (Börzel/van Hüllen 2011). Hiermit wird der Anspruch der EU klar erkennbar, die Kernbereiche der „eingebetteten“ Demokratie je nach aktuellen innerstaatlichen Bedingungen und Bedürfnissen zu fördern (vgl. Beichelt 2007: 3-7; Wetzl/Orbie 2011: 711).

Trotz den ambitionierten Zielsetzungen wies die Umsetzung der Demokratisierungspolitik der ENP im Zeitraum 2004–2015 insgesamt ziemlich bescheidene Erfolge in Osteuropa auf. Die Ziele der Aktionspläne in Bezug auf die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind nur sehr eingeschränkt verwirklicht worden. Stattdessen ist seit 2005 die langsame Verschlechterung demokratischer Indikatoren in der Osteuroparegion zu beobachten (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 91).

Die umfassende Reform der ENP 2011 legt die Förderung einer „vertieften und tragfähigen Demokratie“ als Orientierungsrahmen der externen Demokratieförderung der EU fest (vgl. European Commission 2011b: 2-4). Neben den Bereichen, welche inhaltlich den einzelnen Teilregimen einer „eingebetteten“ Demokratie entsprechen, wie demokratische Wahlen, Schutz der Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit, hebt dies auch die Aufgaben der Korruptionsbekämpfung, der Reform des Sicherheitssektors bzw. der demokratischen Kontrolle der Streit- und Sicherheitskräfte hervor (vgl. ebd.: 4). Zugleich erfolgte die Konzipierung einer solchen „vertieften und tragfähigen Demokratie“ als Weg zur politischen Assoziation, wirtschaftlichen Integration und einer stärkeren Partnerschaft

mit den Zivilgesellschaften der EU und ihren Nachbarstaaten (vgl. European Commission 2013: 2; Wetzel 2015; Babayan 2015).

Die Relevanz der Aufgaben der externen Demokratieförderung der ENP zeigt sich auch in einem breiten Spektrum an Instrumenten, welche eine enge Kooperation zwischen der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament ausarbeitete (vgl. Stewart 2009a: 265-266). Dabei unterscheiden sich solche Instrumente der EU in ihrer Funktionslogik nicht wesentlich von denen, die in Bezug auf die Beitrittskandidaten angewandt werden. Von daher gruppieren sich diese grundsätzlich immer entlang zwei großer Kategorien: die *top-down*-Instrumente, welche sich zum größten Teil auf die Prinzipien der demokratischen Konditionalität stützen, und die *bottom-up*-Instrumente, welchen die Logik der Sozialisation zugrunde liegt (vgl. Buşcaneanu 2013: 5; Freyburg et al. 2007; Youngs 2001). Seit einiger Zeit wird allerdings auch die Förderung der Demokratisierung innerhalb der einzelnen Politiksektoren im Umgang der zentralen Regierungsinstitutionen aus theoretischer Perspektive der Governance-Forschung immer weiter diskutiert (vgl. Lavenex/Schimmelfennig 2011; Lavenex et al. 2009; Lavenex 2008, 2004; Youngs 2009).

8.2.4 Die Modelle der externen Demokratieförderung innerhalb der ENP

Um die Logik der ENP als Politik der externen EU-Demokratieförderung in ihrer Nachbarschaft zu erläutern, bietet sich ferner an, die hierfür vorgesehenen Instrumente und Strategien genauer darzustellen. Dafür greift diese Arbeit auf den entsprechenden Typisierungsvorschlag *Lavenex*‘ und *Schimmelfennigs* (2011) zurück. Die beiden Politikwissenschaftler bieten an, zwischen drei Modellen der externen Demokratieförderung zu unterscheiden: dem Leverage-Modell, welches sich auf die konditionalitätsbasierten *top-down*-Instrumente stützt; dem Linkage-Modell, das die Logik der Sozialisation auf breiterer gesellschaftlicher Ebene bevorzugt; und dem Governance-Modell, welchem der sektorenspezifische Ansatz der funktionalen Kooperationen zugrunde liegt. Diese Typisierung bietet somit entsprechende Freiräume, um unter den vielzähligen Instrumenten, mit welchen die EU osteuropäische Länder wie die Ukraine zu demokratisieren versucht, jene herauszuheben, die sich primär an die Akteure der Zivilgesellschaft richten. Um die Besonderheiten in der Funktionslogik solcher zivilgesellschaftlich orientierten Instrumente zu erläutern, werden diese im Weiteren mit jenen innerhalb der beiden anderen Modelle – des Leverage-Modells und des Governance-Modells – verglichen und diskutiert.

8.2.4.1 Das Leverage-Modell der externen Demokratieförderung im Rahmen der ENP

Das Leverage-Modell der externen Demokratieförderung richtet sich primär an die Förderung institutioneller Reformen innerhalb des bestehenden politischen Systems mittels *top-down*-basierter Instrumente der Konditionalität (vgl. Schimmelfennig 2014: 218-220). In der Praxis gestaltet sich diese Art der Förderung als ein Verhandlungsprozess: die EU setzt die Übernahme demokratischer Regeln und Verfahren als Bedingungen fest, welche die Zielstaaten zu erfüllen haben, um Gegenleistungen zu erhalten. Im Fall der Nichterfüllung wird meistens jegliche weitere Unterstützung entzogen (vgl. Freyburg et al. 2009a: 171-172; Schimmelfennig 2014: 218-220). Eine solche Vorgehensweise wird durch die rationalistische Logik der Konsequenzen gestützt. Hiernach ist die externe Demokratieförderung als ein Prozess der Kosten-Nutzen-Abwägung zu sehen, und zwar zwischen der Attraktivität der Anreize auf der einen, und der Größe der Adoptionskosten auf der anderen Seite. Dementsprechend ändern die Zielländer ihr Verhalten erst dann, wenn der materielle Anreiz groß genug ist bzw. die Adoptionskosten nicht zu hoch ausfallen (vgl. Schimmelfennig 2004:

5; Börzel/Risse 2012: 5). Die Wahrscheinlichkeit der Übernahme demokratischer EU-Regeln steigt somit mit der Größe der angebotenen Anreize und ist dann am höchsten, wenn diese über den anfallenden Adoptionskosten liegen bzw. den Kontextbedingungen der Zielländer angemessen bleiben (vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 12-16; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 893-895).

Anders als bei der Beitrittskonditionalität stützt die ENP ihre Konditionalität in erster Linie nicht auf die erfolgreiche Übernahme des EU-Rechts, sondern auf das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten und Kriterien der Demokratie, Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit unter Einsetzung des Differenzierungsprinzips (vgl. Ridder/Kochenov 2011: 590; Grabbe 2006: 7-38; Epstein/Sedelmeier 2008: 798-799). Hierfür handelt die EU auf der bilateralen Ebene mit den ENP-Ländern soziale und finanzielle Anreize aus, die als Gegenleistung für erfolgreiche Reformumsetzung bzw. die Übernahme liberaler demokratischer Normen dienen (vgl. Schimmelfennig et al. 2003: 322). Statt der „goldenen Karotte“ der Mitgliedschaft bietet die ENP einzelne Anreize in Form von finanziellen Hilfen, Zugang zum Binnenmarkt und der langfristigen Perspektive der Teilnahme an allen vier Grundfreiheiten der EU, das heißt am freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital (vgl. Europäische Kommission 2003: 10; Dannreuther 2006: 191). So kann eine erfolgreiche Umsetzung des Aktionsplans seitens der osteuropäischen ENP-Partner zum Beispiel zur Eröffnung der Verhandlungen über ein neues Assoziierungsabkommen, eine Liberalisierung der Visumpolitik, Ausweitung finanzieller Hilfsmaßnahmen oder Stärkung der bilateralen institutionellen Beziehungen führen (vgl. Börzel/van Hüllen 2011: 14; Kratochvil/Lippert 2008: 54; Reinhard 2010: 205; European Commission 2010a; European Commission/EuropeAid 2009: 1-2).

Inwiefern die Konditionalitätspolitik in den Osteuropaländern effizient sein kann, bleibt eine umstrittene Frage. Im Rückblick auf die Erfolgsgeschichte der EU-Osterweiterung erscheint die vollständige Mitgliedschaftsoption als der glaubwürdigste Anreiz und somit das erfolgreichste Instrument der Demokratisierung der Drittländer durch die EU. Ohne eine klare Beitrittsoption kann die Konditionalitätspolitik den Erwartungen der osteuropäischen Länder, welchen grundsätzlich ein Anspruch auf die Mitgliedschaft zusteht, nicht entsprechen. Auch der politische Wille reformbedürftiger Länder zur Demokratisierung fällt deutlich schwächer aus, wenn die Beitrittsperspektive nicht vorhanden ist (vgl. Wallace 2009: 3; Stewart 2008: 296; Schimmelfennig/Scholtz 2007: 2-3, 15; Schimmelfennig 2014: 223; Beichelt 2007a: 213; Börzel/van Hüllen 2011: 8; Gawrich/Lapins 2006: 14). Wie es auch *Emerson et al.* (2005: 215) bemerkten: „Enlargement fatigue trumping democracy.“ Die ENP hingegen gründet auf der Prämisse, dass sie keine Erweiterung, sondern eine schrittweise Annäherung der Nachbarstaaten an die EU bedeutet (vgl. Koopmann 2006: 28; Lippert 2007: 43). So wird sie als „Beitrittsverhinderungspolitik“ bezeichnet (vgl. Stratenschulte 2007: 23). Auch das Spektrum der Politikbereiche, welche durch Konditionalität in Richtung demokratischer Reformen zu bewegen sind, stellt der ENP-Rahmen viel zu weit auf, um in jedem davon erfolgreich sein zu können (vgl. Hinc et al. 2008: 7). Außerdem steht dieses Modell der Konditionalität in Bezug auf die Länder der Östlichen Partnerschaft als eine „One Size Fits All“-Politik in Kritik, welche Fortschritte in der Demokratisierung zwischen den südlichen und östlichen EU-Nachbarn nicht berücksichtigt (vgl. Börzel et al. 2008; Börzel/van Hüllen 2011: 16). Dieses Modell unterstützt die Zivilgesellschaft nur indirekt, indem es beispielsweise die Watchdog-Funktionen der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit der Stärkung demokratischer Institutionen des Landes mitentwickelt (vgl. Schimmelfennig 2014: 221-223).

8.2.4.2 Das Governance-Modell der Demokratieförderung der EU im Rahmen der ENP

In letzter Zeit wird das Governance-Modell zunehmend als alternativer Rahmen der Demokratieförderung durch die EU in ihrer osteuropäischen Nachbarschaft diskutiert. Dieses Modell setzt Demokratieförderung durch funktionale Zusammenarbeit im Rahmen der einzelnen Politiksektoren voraus.¹²⁸ Die Übernahme demokratischer Regeln verläuft als Prozess der Annäherung einzelner Politikbereiche der Drittstaaten an die rechtlich-politischen Standards der EU im Rahmen horizontaler transgouvernementaler Netzwerke. Letztere entstehen infolge der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen der EU und denen der Nachbarstaaten unterhalb zentraler Regierungsstrukturen in den einzelnen Politiksektoren (vgl. Freyburg et al. 2009a: 170; 2007: 7-12; Schimmelfennig 2014: 224; Lavenex 2008: 938-943). Im Zentrum der Förderung stehen die Prinzipien der demokratischen Governance, u. a. der Transparenz, Verantwortlichkeit und Partizipation (vgl. Freyburg et al. 2009a: 182-183; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 887, 895-898).

Insbesondere im Rahmen der ENP, wo die sektorale Zusammenarbeit immer mehr aufgewertet wird, gilt der *Governance*-Ansatz oft als alternativer Rahmen für externe Europäisierungs- und Demokratisierungsprozesse in den ENP-Ländern (vgl. Lavenex 2008; Lavenex/Schimmelfennig 2010; Freyburg et al. 2009a; Gänzle 2008). Der Mehrwert des Ansatzes besteht darin, dass seine Effizienz nicht von einer ausdrücklichen Beitrittsperspektive abhängig ist, weil sektorale Kooperation auch in nicht-demokratischen Regimes relevant bleibt (vgl. Schimmelfennig 2014: 226). In der Projektion auf die Außenbeziehungen der EU mit den ENP-Staaten wird von der „externen Governance der EU“ gesprochen, was die Anpassung einheimischer Politikbereiche an das EU-Recht als Grundlage der Unterstützung für demokratische Reformen unterstreicht (vgl. Lavenex/Schimmelfennig 2010: 793-796).¹²⁹ Im ENP-Kontext beschreibt man die Funktionslogik der externen Governance am häufigsten als externe „Netzwerk-Governance“. Diese Bezeichnung hebt hervor, dass in den ENP-Staaten die Normübertragung am ehesten auf indirekte Weise durch horizontale, flexible und freiwillige Netzwerkkoperationen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf der funktionalen Ebene einzelner Politikbereiche gesichert werden kann. Die zivilgesellschaftlichen Akteure spielen für die Sicherung solcher Kooperationsformen eine wichtige Rolle (vgl. Lavenex 2008: 943-946).¹³⁰ Ob diese dadurch in den ENP-Ländern auch unmittelbar gestärkt werden, bleibt fraglich. In der Regel nehmen die Governance-basierten Kooperationen nur indirekt Einfluss auf die Zivilgesellschaft. So führt eine erfolgreiche Übertragung der Normen der *democratic governance* auch dazu, dass die Autonomie, Watchdog-Funktion und Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure in den einzelnen Politiksektoren gestärkt werden, ohne dass diese als direkte Objekte der Förderung fungieren (vgl. Schimmelfennig 2014: 225-226).

¹²⁸ Grundsätzlich wird „Governance“ als Sammelbegriff für horizontale Formen, Mechanismen und Institutionen der Koordination und Steuerung verstanden, durch welche gesellschaftliche Sachverhalte auf eine nicht-hierarchische Weise kollektiv geregelt werden. Von daher kommt den Methoden der Partizipation, der Kooperation bzw. der Inklusion der Akteure der Zivilgesellschaft in gesellschaftspolitischen Prozessen eine wichtige Bedeutung zu. Vgl. dazu Börzel 2009: 1-4; Mayntz 2009: 13-15; Grande 2009: 77; Tömmel 2008: 413; Cardwell 2009: 34-36.

¹²⁹ Für einen detaillierten Überblick über die Sondermerkmale des Konzepts der externen EU-Governance vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier 2004; Freyburg et al. 2007; Youngs 2009.

¹³⁰ Zur Rolle der Zivilgesellschaft innerhalb des Ansatzes der externen Governance vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier 2004: 675-676; Lavenex 2008: 939-947; Freyburg et al. 2007: 7-12, 23; Kohler-Koch/Eising 1999: 3-13; Youngs 2009: 895-915.

8.2.4.3 Das Linkage-Modell der externen Demokratieförderung durch die EU im Rahmen der ENP

Im Gegensatz zu den beiden oben beschriebenen Modellen ist das Linkage-Modell ein klassisches Modell der *bottom-up*-Demokratieförderung durch Vermittlung der Zivilgesellschaft. Es richtet sich direkt an zivilgesellschaftliche Akteure mit dem Ziel, ihre Rolle in Demokratisierungsprozessen zu steigern und dadurch die gesellschaftlichen Grundlagen der Demokratie zu stärken (vgl. Lavenex/Schimmelfennig 2011: 886, 890; Schimmelfennig 2014: 227; Freyburg et al. 2009a: 172). Von daher ist dieses Modell für die theoretische Begründung der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in der Ukraine zu bevorzugen.

Es sichert die Demokratieförderung durch zwei Handlungsebenen: Innerhalb der ersten Ebene treten die Akteure der Zivilgesellschaft als direkte Adressaten der Förderung auf. Das endgültige Ziel der Förderung ist die Demokratie selbst. Als Folge werden zivilgesellschaftliche Akteure primär in ihren Funktionen der Demokratisierung, insbesondere als Vermittler demokratischer Werte, Träger des sozialen Kapitals, Kritiker der öffentlichen Macht und Interessenvertreter der Bürger in der Politik, gefördert (vgl. Schimmelfennig 2014: 227-228). In diesen Zielen erhalten zivilgesellschaftliche Organisationen technische und finanzielle Hilfe unter der Bedingung, dass diese in Zielen der Anpassung an liberal-demokratische Normen eingesetzt wird. Außerdem werden Seminare, Konferenzen und Treffen für die Akteure der Zivilgesellschaft organisiert, um ihre Kapazitäten als Teilnehmer am politischen Leben zu stärken (vgl. Lavenex/Schimmelfennig 2011: 891; Schimmelfennig 2014: 227).

Die zweite Handlungsebene beinhaltet hingegen die indirekte Förderung der Zivilgesellschaft infolge des Austausches mit demokratischen Ländern. Diesen Ansatz der Demokratieförderung ergründet primär die Modernisierungstheorie, wonach die Demokratie im direkten Zusammenhang mit dem sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsniveau eines Landes steht. Dementsprechend veranlasst ein steigender Wohlstand und Bildungsstatus die Bürger dazu, mehr bürgerliche und politische Rechte einzufordern. Die Förderung der Zivilgesellschaft ist somit eine indirekte Folge transnationaler Interaktionen mit den EU-Ländern, wie in den Bereichen des Handels, Investitionen, Entwicklungshilfe, Bildung, Kultur oder Medien (vgl. Schimmelfennig 2014: 227; Lavenex/Schimmelfennig 2011: 890-892; Freyburg et al. 2009a: 174-175).

Von den beiden Handlungsebenen ausgehend misst das Linkage-Modell die Effizienz der Demokratieförderung an zwei Kriterien: an der Intensität der direkten Unterstützung prodemokratisch gestimmter Organisationen der Zivilgesellschaft durch die EU auf der einen und der Intensität bzw. Frequenz der Kontakte zwischen den Zielländern und der EU in verschiedenen Politikbereichen auf der anderen Seite (vgl. Lavenex/Schimmelfennig 2011: 891-892).

Die Handlungslogik des Linkage-Modells bestimmen die Instrumente der Sozialisation. So bezeichnet man das Linkage-Modell auch als „bottom-up socialization of society“ (vgl. Schimmelfennig 2014: 218). Zur Erklärung der Funktionslogik der *bottom-up*-Demokratisierung der EU dient primär die konstruktivistische Perspektive der Sozialisationstheorie (vgl. Youngs 2001: 42; Freyburg et al. 2009a: 172). Hiernach präsentiert sich die EU als „gigantic socialisation agency“, welche die Zielländer zur Inkorporation demokratischer Normen, Praktiken und Regeln zu bewegen versucht (vgl. Börzel/Risse 2012: 7). Somit stellen die Normen das wichtigste Instrument der Sozialisation dar, mithilfe welcher die Adressaten der externen Förderung zu bestimmten Verhaltensmustern durch Kritik oder Lob motiviert werden (vgl. Kelley 2004: 428).

Den Transfer und die Sozialisation der Normen sichern im ENP-Kontext primär die Methoden des sozialen Lernens. Wie *Schimmelfennig* (2009: 8) bemerkt: „Socialisation comprises all EU efforts to „teach“ policies – as well as the ideas and norms behind them – to outsiders.“ Von daher stellt der

Kontext der ENP die Sozialisation auch als "social learning model" dar (Schimmelfennig 2004: 2). Der Erfolg eines solchen Lernprozesses wird durch die „Logik der Angemessenheit“ bestimmt: Die Akteure in den ENP-Staaten adoptieren die europäischen Normen und Werte erst dann, wenn sie diese als legitim wahrnehmen und gleichzeitig für angemessen halten (vgl. Börzel/Risse 2009: 10; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 18-19). Indem die Akteure ihre Motivation zum Handeln in erster Linie von internalisierten Identitäten und Normen ableiten, entscheiden sie sich in jedem einzelnen Fall für jene Handlungsoption, welche ihres Erachtens nach das höchste Maß an Legitimität und Angemessenheit bietet. Von daher steigt die Wahrscheinlichkeit der Übernahme der Normen zusammen mit ihrer Legitimität (vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 9-10). Entscheidend ist zudem, inwiefern die Regierungen und Gesellschaften in den Zielländern sich mit der EU-Demokratie als attraktivem Ordnungsmodell identifizieren können und wollen. Von daher hängt die Wahrscheinlichkeit der Übernahme von EU-Normen davon ab, ob diese auf die notwendige gesellschaftliche Resonanz stoßen (vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 19-20; Emerson et al. 2005: 175). Das erklärt auch, warum die EU in den Ländern mit einer klaren Präferenz für eine EU-Mitgliedschaft die meisten Erfolge im Bereich der Demokratisierung erzielen kann (vgl. Börzel/Risse 2012: 8).

Unter unterschiedlichen Formen der internationalen Sozialisation kommen im ENP-Rahmen besonders häufig die Elemente der Argumentation und der sozialen Beeinflussung zum Einsatz. Im Rahmen der Argumentation werden politische Eliten von der Notwendigkeit überzeugt, die Normen zu übernehmen (vgl. Beichelt/Merkel 2014: 56). Innerhalb der sozialen Beeinflussung bewegen soziale Anreize wie beispielsweise positiver internationaler Ruf oder Popularität, versus soziale Strafmaßnahmen wie öffentliche Kritik oder Nicht-Beachtung, die Akteure zur Normübernahme (vgl. Schimmelfennig 2004: 7). Um die ENP-Länder für ihre Erfolge in der Umsetzung demokratischer Kriterien zu loben oder umgekehrt öffentlich zu kritisieren, werden beispielsweise solche Instrumente wie Fortschrittsberichte, gemeinsame Gipfel, thematische Dialoge oder Expertentreffen eingesetzt (vgl. Börzel/Risse 2012: 8).

In der Praxis sozialisiert die Ausweitung der Kommunikationskanäle zwischen gesellschaftlichen Gruppen der ENP- und EU-Ländern innerhalb einzelner Politiksektoren die EU-Normen ebenfalls (vgl. Buşcaneanu 2013: 17). Hierzu dienen Maßnahmen zur Verbesserung der Reisemobilität, Austauschprogramme im Bereich der Bildung, Forschung, Kultur, Jugend und Zivilgesellschaft bzw. die Förderung direkter Mensch-zu-Mensch-Kontakte auf der Bürgerebene (vgl. European Commission 2006: 5-6; Raik 2006a: 30). Die Bildungsprogramme TEMPUS und ERASMUS MUNDUS können als einzelne Beispiele der Sozialisation der EU im ENP-Raum gesehen werden (vgl. Buşcaneanu 2013: 17-18).

Für die Sicherung der Ziele der Sozialisation schreibt die EU der mesopolitischen Ebene der Zivilgesellschaft eine zentrale Bedeutung zu (vgl. Schimmelfennig 2009: 12-13, 20; Bredies 2009: 10). Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist aus dieser Perspektive eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Transfer universell gültiger Normen, Werte und Prinzipien aus der EU (vgl. European Commission 2006: 7-8). Die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure, Unterstützung ihrer Foren und Netzwerke bzw. der dezentralisierten Kooperationsprogramme untereinander stellt somit einen wichtigen Teil der EU-Sozialisation im Nachbarschaftsraum dar (vgl. Youngs 2001: 41-45; Emerson et al. 2005: 175). In Anbetracht des Ziels dieser Arbeit, den Einfluss der EU auf die Demokratisierungsprozesse in einem osteuropäischen Land durch die NGOs zu verstehen, nimmt diese nur Bezug auf die erste Ebene des Linkage-Modells, die sich mit der gezielten Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen auseinandersetzt.

8.3 Zusammenfassende Bemerkungen

Dieses Kapitel machte ersichtlich, dass die externe Demokratisierung durch die EU sich in Osteuropa grundsätzlich als ein Prozess der Übernahme ihrer demokratiebasierten Werte und Normen gestaltet. Je nach Instrumentenwahl bzw. Akteursebene der Adressaten der Förderung kann die Normübertragung theoretisch in die drei folgenden Modelle eingebettet werden: Leverage-Modell, welches mittels demokratischer Konditionalität die nationalen Regierungen zur Normübernahme zu bewegen versucht; Governance-Modell, wo die Anpassung an EU-Normen durch funktionale Kooperationen innerhalb der einzelnen Politikbereiche gesichert wird; und Linkage-Modell, das demokratische Normen überwiegend via Kanälen der Zivilgesellschaft in der Gesellschaft verankert (vgl. Schimmelfennig 2011). Da diese Arbeit sich mit Fragen zivilgesellschaftlicher Demokratieförderung durch die EU in Osteuropa auseinandersetzt, liegt der Fokus weiterhin auf dem Linkage-Modell. Dieses versteht die Demokratisierung als einen Prozess der Sozialisation demokratischer Normen auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Die Voraussetzung ist, dass zivilgesellschaftliche Adressaten der Förderung infolge verschiedener *soft measures* mit einer hohen Frequenz unterschiedlicher sozialer Interaktionen, wie öffentliche Veranstaltungen, Mensch-zu-Mensch-Austauschprogramme oder diverse Trainings- und Bildungsmaßnahmen, zur Normübernahme bewegt werden. Die folgende empirische Untersuchung zeigt, dass die EU die sanfte Logik der Sozialisation weitgehend in ihrem projektorientierten Förderansatz in Bezug auf Akteure der ukrainischen Zivilgesellschaft zugunsten einzelner Ziele der Demokratisierung 1994–2015 einsetzte.

9

Zivilgesellschaft als Adressat der externen Demokratieförderung der EU in Osteuropa: Instrumente und Förderlogik

9.1 Stärkung der Zivilgesellschaft als Priorität der EU in Osteuropa

Eine starke und vitale Zivilgesellschaft gilt im gesamten europäischen Demokratiediskurs als wichtige Kategorie für eine nachhaltige Sicherung der liberalen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freien Marktwirtschaft (vgl. Dimitrova 2009: 3). Innerhalb der externen Demokratieförderung der EU in Osteuropa ist die Stärkung der Zivilgesellschaft dennoch eine relativ neue Dimension (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 100). Erst vor dem Hintergrund ihrer wichtigen Rolle im postsowjetischen Systemwechsel begann die Zivilgesellschaft in der Osteuroparegion, sich seit den 1990er Jahren als Kooperationspartner der EU in ihren Bemühungen um Demokratisierung stufenweise fortzuentwickeln (vgl. Stewart 2009a: 263; Freise 2008: 4). So begann die EU 1991 damit, die zivilgesellschaftlichen Organisationen im GUS-Raum durch unterschiedliche TACIS-Programme finanziell und fachlich zu unterstützen (vgl. Guggenberger 2006: 4).¹³¹ Zu einer der Förderprioritäten der EU konnte die Zivilgesellschaft allerdings erst im Laufe der Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) aufsteigen. Diese erkennt eine vitale Zivilgesellschaft zu einer der zentralen Erfolgsbedingungen auf dem Weg zu einem stabilen „ring of friends“ in der EU-Nachbarschaft an (vgl. European Parliament/Council of the EU 2006: 4; Europäische Kommission 2003: 21-22). Als Folge eröffneten sich im Rahmen der ENP mehrere neue Kanäle der Finanzierung bzw. Sozialisierung innerhalb der bilateralen, regionalen und grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme (vgl. Böttger 2010: 119-120).

Die Tendenz zur Aufwertung der Zivilgesellschaft als Dimension der externen Demokratieförderung der EU im Osteuroparaum wächst seit Mitte 2000er Jahre erneut. Zum einen hängt dies mit den unzureichenden Erfolgen der konditionalitätsbasierten *top-down*-Demokratisierung in den europäischen ENP-Ländern zusammen, womit sich die Frage nach alternativen *bottom-up*-Fördermechanismen neu stellte (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 100; 2012: 12). Zum Zweiten erfuhr die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure als wichtiger politischer Entscheidungsträger auch innerhalb der EU-internen Entwicklung seit den 2000er Jahren eine wesentliche Aufwertung (vgl. Stewart 2009a: 263). So kam in Brüssel immer häufiger die Frage auf, ob unter Ausschluss der Beitrittsoption die *bottom-up*-Ebene der Zivilgesellschaft nicht mehr Freiräume für die Demokratieförderung als die Regierungsebene bieten würde (vgl. Stewart 2009a: 263; Schimmelfennig 2009: 5-6). Die zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden somit zunehmend zu wichtigen Adressaten der EU-Unterstützung in Osteuropa. Die erste umfassende Reform der ENP im Jahr 2006 legte den Akzent auf den Ausbau der Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Akteure bzw. eine Stärkung ihrer Teilnahme an der Umsetzung der ENP vor Ort (vgl. European Commission 2006: 7).

Mit der Östlichen Partnerschaft trat die EU 2009 in eine neue Etappe der Demokratieförderung durch die Förderung der Zivilgesellschaft (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 87). Um die Konsultations- und Kommunikationswege zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren der

¹³¹ Für die Ziele und institutionellen Grundlagen des Programms TACIS vgl. Kap. 9.4.1.1.

Teilnehmerländer der Initiative untereinander und mit der EU auszubauen, wurde das Zivilgesellschaftliche Forum der Östlichen Partnerschaft gegründet (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 92-93; EaP CSF 2012, 2012a). 2011 war ein Umbruchjahr in der Kooperation der EU mit den Zivilgesellschaften ihrer Nachbarländer. Mit der Verabschiedung einer umfassenden Reform der ENP setzte sich die EU „eine Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und nicht nur mit den Regierungen“ in ihren Nachbarländern zum Ziel (vgl. Europäische Kommission 2013: 3; European Commission 2011b: 4). Dem neuen Partnerschaftsformat wurde eine engere Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure in die Formulierung und Umsetzung demokratischer Reformen vor Ort, u. a. im Rahmen einzelner sektorenspezifischer Programme der ENP, zugrunde gelegt. Eine Förderung des strukturierten Dialogs der Zivilgesellschaft mit der Regierung, Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihren Beiträgen zur Gestaltung und Kontrolle der öffentlichen Politik sowie Aufstockung der finanziellen Mittel zur Stärkung ihrer Akteure wurden in den Vordergrund der neuen Reformstrategie gerückt (vgl. European Commission 2011a: 5; Europäische Kommission 2012: 5-8). Als Ergebnis dieser Entwicklungen sollte die Zivilgesellschaft zum direkten Mitgestalter der demokratischen Reformprozesse werden. Der Aufbau der dafür benötigten Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen sollte mithilfe des neuen Programms der EU-Kommission – *Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF)* gefördert werden. Außerdem beteiligte sich die Kommission an der Finanzierung der Initiative eines speziellen Fonds für die Direktförderung kleinerer Akteure der Zivilgesellschaft – *European Endowment for Democracy (EED)* (vgl. European Commission 2011b: 4-5).¹³²

Trotz des gesamten breiten Spektrums der Akteure, welche die EU unter den Begriffen „Zivilgesellschaft“ und „zivilgesellschaftliche Organisationen“ zusammenfasst, sind es in Osteuropa in der Regel die größeren und ressourcenstärkeren NGOs, an die sich die finanzielle Hilfe der EU im Rahmen ihrer Agenda der externen Demokratieförderung richtet.¹³³ Von daher schränkt sich auch die empirische Untersuchung dieser Arbeit auf die Ebene der NGOs ein. Dennoch muss die umfassende Interpretation des Zivilgesellschaftsbegriffs durch die EU, welche weit über den Rahmen der NGOs hinausgreift, dabei stets im Auge behalten werden. Denn mit der Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung verfolgt die EU das Ziel, diese wiederum zur Stärkung anderer zivilgesellschaftlichen Akteure zu befähigen, beispielsweise kleinere zivilgesellschaftliche Selbstinitiativen, kommunale Bürgervereine oder soziale Bewegungen (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Narisanu 2013; European Commission/EuropeAid 2012: 7). Von daher sind NGOs im Kontext der folgenden theoretischen Überlegungen als entscheidender, aber nicht als der einzige Teil der Zivilgesellschaft anzusehen, der von der EU-Förderung profitieren kann.

¹³² Ausführlicher zum Programm *NCSF* vgl. Kap. 9.4.1.3; zu *EED* Kap. 9.4.2.3.

¹³³ Zur Konkretisierung des Zivilgesellschaftsbegriffs aus der Sicht der EU vgl. Kap. 4.2.1; zur Favorisierung der NGOs als Adressaten der externen Demokratieförderung in Osteuropa vgl. Kap. 1.4.2.

9.2 Theoretischer Ansatz der EU zur Förderung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in der osteuropäischen Nachbarschaft

Vor dem Hintergrund mehrerer Literatur- und Dokumentenquellen, welche sich mit Fragen der externen zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung der EU in den östlichen Nachbarländern auseinandersetzen, geht diese Arbeit von zwei zentralen Dimensionen aus: der eigentlichen Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure an sich auf der einen, und ihrer Aufwertung als Mitgestalter demokratischer Prozesse vor Ort auf der anderen Seite.¹³⁴ Der EU-Kommission zufolge ist es somit wichtig, zwischen „support to civil society organisations“ und „support through/via civil society organisations“ zu differenzieren (vgl. European Commission/EuropeAid 2011a: 2).

Bei der ersten Dimension handelt es sich um eine interne Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche sich als Akteure der Demokratisierung erweisen oder erweisen könnten (vgl. Börzel et al. 2008: 10; European Commission/EuropeAid 2011a: 2). Dabei geht die EU von der unverzichtbaren Rolle einer vitalen Zivilgesellschaft für eine gelungene Demokratisierung aus, welche diese infolge der Ausübung einzelner wichtiger Funktionen wie Vermittlungs-, Kommunikations- und Sozialisationsfunktion wahrnimmt (vgl. Kap. 4.3.2). In der funktionalen Hinsicht setzt diese Stärkung vor allem die Erweiterung einzelner Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Akteure voraus, welche wiederum ihre Möglichkeiten und Grenzen zur Ausübung der Funktionen der Demokratisierung bestimmen (vgl. European Commission 2012b; Hahn-Fuhr/Worschech 2014; Shapovalova/Youngs 2012; Börzel 2010a). Somit kann die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in ihren Kapazitäten einen positiven externen Einfluss auf die Prozesse der Demokratisierung haben. So behaupten *Beichelt* und *Merkel* (vgl. 2014: 57-61), dass die Unterstützung der Demokratisierungsfunktionen von NGOs die Stärkung einzelner Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie bedingen kann. Umgekehrt kann die externe Förderung einzelner Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie eine Stärkung einzelner Funktionen der NGOs bedingen. Diesen Zusammenhang stellen sie folgenderweise dar:

Abb. 2: Einfluss der Stärkung einzelner Funktionen der NGOs auf einzelne Bereiche der Demokratisierung

Kontroll- und Schutzfunktion (Watchdog-Funktion)	↔	Politische Partizipationsrechte Menschenrechte Horizontale Berechenbarkeit
Vermittlungsfunktion (Advocacy/Agenda-Setting-Funktion)	↔	Demokratisches Wahlregime Politische Partizipationsrechte
Sozialisationsfunktion	↔	Menschenrechte Politische Partizipationsrechte
Kommunikationsfunktion	↔	Politische Partizipationsrechte Effektive Regierungsgewalt

Quelle: Beichelt/Merkel 2014: 59.

¹³⁴ Diese Aufteilung lässt sich u. a. am Beispiel folgender Quellen beobachten: Börzel et al. 2008; Börzel 2010a; Lada 2011; European Commission/EuropeAid 2014, 2012a, 2011a; European Commission 2012b; Rihackova 2014; Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012; EU Neighbours Info Centre 2014; Bousac et al. 2012; Webb et al. 2016; Kirova/Freitzer 2015; Charniakovich 2013.

Die Bedeutung der Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure rückt insbesondere mit der Reform der ENP 2011 und den damit in Gang gesetzten neuen Förderinstrumenten für zivilgesellschaftliche Akteure, wie *Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF)* und *Non-State-Actors & Local Authorities (NSA&LA)*, in den Vordergrund der Demokratisierungsagenda der EU in Osteuropa (vgl. Kap. 9.4.1.3 und Kap. 9.4.2.2). Man differenziert dabei immer deutlicher zwischen den Kapazitäten der NGOs, welche ihre institutionelle Entwicklung bzw. technischen Möglichkeiten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben bestimmen, und jenen, die ihr Handeln als Mitgestalter der Politik- und Reformagenda der Demokratisierung vor Ort prägen. Unter Letztere sind vor allem die Maßnahmen gefasst, welche die NGOs in ihren Funktionen der Kommunikation mit politischen Akteuren, Interessenvertretung und Politikanalyse unterstützen (vgl. Interview Nerisanu 2013; European Commission 2011a: 3). Bei der Stärkung der internen Kapazitäten der NGOs setzt die EU in der Regel auf die Förderung ihrer Projekte innerhalb der dafür konzipierten programmatischen Instrumente. Im Fall der Ukraine umfasst dies die Projekte der lokalen NGOs, welche im Rahmen der geografischen, wie *TACIS* und später *ENPI (NCSF)*, bzw. der thematischen Förderprogramme der EU, wie *EIDHR* oder *NSA&LA*, zustande kamen (vgl. Kap. 11.3). Zum einen geht es dabei um die großen, in der Regel regional aufgestellten Projekte der technischen Hilfe, welche sich unmittelbar mit dem Aufbau interner Kapazitäten der NGOs auseinandersetzen und in der Regel im Rahmen des Verfahrens *calls for tenders* entstanden. Zum anderen werden die Kapazitäten der NGOs im Laufe der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte mittrainiert, welche im Rahmen entsprechender *calls of proposals* der einzelnen Förderprogramme als *action grants* zustande kamen und sich einzelnen Themen der Demokratisierung widmen.¹³⁵ Zum Dritten setzt die EU auf unterschiedliche kurzfristig angelegte Maßnahmen der Kommunikation und Kooperation mit lokalen NGOs, um diese fachlich zu unterstützen. Darunter fallen beispielsweise Konsultationen der EU-Vertretung zu aktuellen *calls for proposals*, Trainings, gemeinsame Expertengespräche und Fachberatungen zu unterschiedlichen Fragen des Projekts-, Finanz- und Organisationsmanagements (vgl. European Commission 2012b: 6-7, 2014d; Webb et al. 2016: 6; European Commission/EuropeAid 2012c: 7-9; EU Neighbourhood Info Centre 2014: 3). Dennoch stellen diese Maßnahmen nur einen kleinen Teil der Gesamtarbeit der EU dar, welche zur Fortentwicklung der Kapazitäten der NGOs in den Ländern der Östlichen Partnerschaft eingesetzt wird (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Tyshchenko 2015; Interview Tymoshchuk 2015). Von daher gehen spätere Analysen nicht mehr ausführlicher auf diese ein.

Die zweite Dimension der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU setzt hingegen auf stärkere Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure in Prozessen der Demokratisierung vor Ort. Es geht somit um die Förderung der Demokratie via Einsatz der Zivilgesellschaft. Aus dieser Perspektive erkennt die EU sie schrittweise als Teilnehmer an demokratischen Reformen und somit als Partner und Berater in der Umsetzung ihrer Demokratisierungsagenda in den östlichen Nachbarn an. Unterstützt werden somit die einzelnen Aktivitäten der NGOs, welche Einfluss auf Prozesse der Demokratisierung vor Ort nehmen. Dementsprechend steht die Unterstützung der Kommunikation und Kooperation der NGOs mit nationalen und lokalen Politikakteuren innerhalb einzelner Politikbereiche der Demokratisierung im Vordergrund (vgl. European Commission/EuropeAid 2011a: 2; European Commission 2012b: 4, 2012a: 7-8; 2006: 7; Shapovalova/Youngs 2012: 13, 2014: 99-101; Rabinovich 2016: 21; Börzel et al. 2008: 10-11). Seit der Reform der ENP erklärt das schon erwähnte Konzept „der Partnerschaften mit den Zivilgesellschaften“ diese Form der NGO-Förderung. Solche Partnerschaften sollten weit über technische Hilfsmaßnahmen hinausgehen und eine

¹³⁵ Die zentralen Verfahren und Formen der Projektförderung der NGOs der Drittstaaten durch die EU werden in Kap. 9.3 ausführlicher diskutiert.

strukturierte Teilnahme der NGOs am politischen Dialog bzw. an der Gestaltung demokratischer Reformen von der nationalen bzw. europäischen politischen Entscheidungsebene aus fördern (vgl. Kap. 9.1). Die Gründung des Forums der Östlichen Partnerschaft bzw. die neuen Programme zur finanziellen Förderung der NGOs, wie *NCSF* und *NSA&LA*, baten neue Spielräume für NGOs als Mitgestalter der Demokratisierungsprozesse zusammen mit nationalen Regierungen vor Ort (vgl. European Commission 2011a: 15; 2011b: 5-7). Zu den Ergebnissen dieser Förderung zählen alle EU-geförderten Aktivitäten der NGOs, welche sich positiv auf die Demokratisierung auswirkten. Unter den Formen solcher Aktivitäten ist es allerdings wichtig, zwischen der Förderung der Projektarbeit der NGOs auf der einen, und sonstigen Förderaktivitäten auf der anderen Seite zu unterscheiden. Im ersten Fall geht es um die einzelnen umgesetzten EU-geförderten Projekte, welche meistens im Rahmen der Verfahren *calls for proposals* oder *calls for tenders* der einzelnen Förderinstrumente der EU, wie *NCSF*, *NSA&LA* oder *EIDHR*, zustande kamen (vgl. European Commission 2011a: 15; 2011b: 5-7).¹³⁶ Die folgende empirische Untersuchung dieser Arbeit behandelt alle 25 Projekte der ukrainischen NGOs, die als Beispiele für solche thematisch orientierten Projekte mit Bezug auf Fragen der Demokratisierung fungieren (vgl. Kap. 12.3.1). Als sonstige Aktivitäten werden hiermit jegliche Formen der Zusammenarbeit der EU mit NGOs außerhalb des Projektformats aufgefasst, insofern diese sich auf die Förderung einzelner demokratischer Prozesse, welche in dieser Arbeit mit dem Konzept der „eingebetteten“ Demokratie umkreist sind, richten. Als solche können beispielsweise kurzfristig eingesetzte Maßnahmen der Sozialisation und Kooperation unter Einbeziehung der EU-Akteure, wie Konsultationen, Fachgespräche, Trainings, Konferenzen und gemeinsame Publikationen zu einzelnen Themen der Demokratisierung, gelten. Außerdem können solche Maßnahmen auch infolge der Einbeziehung lokaler NGOs in bilaterale und regionale Kooperationsprogramme innerhalb von ENP, die sich primär an Regierungsakteure richten, zustande kommen. Insbesondere in jenen Programmbereichen, wo ein intensiver gesellschaftlicher Austausch auf internationaler und nationaler Ebene vorausgesetzt wird, wie Bildung, Forschung, Mensch-zu-Mensch-Kontakte, Kultur und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, bieten sich lokalen NGOs Möglichkeiten zur Mitwirkung (vgl. Interview de Mercey 2015 und Kap. 9.4.1.2). Auch die Maßnahmen zur politischen Unterstützung der NGOs durch die EU, wie deren Teilnahme am Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft oder an Verhandlungen der EU mit nationalen Regierungen zu Fragen der europäischen Integration, können den Einfluss der NGOs auf die innerstaatliche Demokratisierungsdynamik stärken (vgl. Kap. 9.4.2). Die thematischen Schwerpunkte der Förderung durch die EU richten sich auf die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, der politischen Partizipationsrechte, unabhängigen Justiz, der Effizienz und Transparenz der öffentlichen Verwaltung und der demokratischen Wahlen. Die unten stehende Tabelle zeigt, welche Ziele der Demokratisierung die EU im Einklang mit einzelnen Teilregimes und Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie verfolgt, um mit ihren einzelnen Programminstrumenten die zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung zu stärken.

¹³⁶ Die einzelnen Programminstrumente der EU zur externen Zivilgesellschaftsförderung werden in Kap. 9.4 beleuchtet.

Tab. 6: Thematische Schwerpunkte und Ziele der einzelnen Programminstrumente der EU zur externen Demokratieförderung in Osteuropa in Bezug auf NGOs

Programminstrument	Schwerpunkte der Förderung	Förderziele in Bezug auf NGOs
<i>Technical Assistance to the Commonwealth of Independent State (TACIS)</i>	Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit; Reform der öffentlichen Verwaltung; Justizreform; Stärkung der Zivilgesellschaft	Erweiterung der Kapazitäten der NGOs; gezielte Projektförderung der NGOs mit dem Ziel, ihren Beitrag zum gesellschaftspolitischen Leben zu steigern
<i>European Neighbourhood Policy Instrument (ENPI)</i>	Förderung der Rechtsstaatlichkeit und des guten Regierens mit Akzent auf eine effiziente öffentliche Verwaltung, unabhängige Justiz und Korruptionsbekämpfung; Förderung der demokratischen und gerechten Wahlen; Schutz der partizipativen Bürgerrechte; Stärkung der Zivilgesellschaft	Stärkung der Kapazitäten der NGOs; Aufwertung der Rolle der NGOs bei der Formulierung und Umsetzung der ENP vor Ort; Erweiterung der Teilnahme der NGOs an Maßnahmen der Sozialisation via Mensch-zu-Mensch-Kontakten mit dem EU-Raum bzw. sektorenspezifischen Kooperationsprogrammen der ENP mit der Regierung
<i>European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR)</i>	Förderung eines effizienten Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Aufwertung der Rolle der Zivilgesellschaft in demokratischen Prozessen	Gezielte Projektförderung der NGOs mit dem Ziel, ihre Rolle als Mitgestalter der Menschenrechtspolitik und kritische Beobachter der nationalen Politik zu stärken
<i>Non-State Actors and Local Authorities (NSA&LA) (of Development Cooperation Instrument (DCI))</i>	Förderung der partizipativen und inklusiven sozialen bzw. wirtschaftlichen Entwicklung des Landes; Stärkung der Kapazitäten und der Teilnahme der nicht-staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure an der Politik; Stärkung des politischen Bürgerengagements	Förderung der NGOs-Projekte durch das Verfahren „call for proposals“; Erweiterung der Kapazitäten der NGOs für Politikberatung, politische Forschung und Interessenvertretung gegenüber der Regierung
<i>Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF) (ENP-East)</i>	Stärkung der politischen Rolle bzw. der Teilnahme der Zivilgesellschaft in östlichen EU-Nachbarn an demokratischen Reformen	Erweiterung der Kapazitäten der NGOs zur Unterstützung der demokratischen Reformen durch das Verfahren „calls for proposals“, insbesondere in Fragen der Einflussnahme auf die Regierung, Planung und Implementierung der Maßnahmen der ENP vor Ort; Mitfinanzierung der anderen EU-Förderprogrammen für lokale NGOs
<i>European Endowment for Democracy (EED)</i>	Förderung von prodemokratischen Aktivisten, Medien, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrem Einsatz für demokratische Transition	Schnelle, flexible und direkte finanzielle Unterstützung der NGOs im Umgang der Regierung mit den Aufgaben der Demokratisierung

Quelle: Shapovalova/Youngs 2014: 104-105 und eigene Darstellung¹³⁷

¹³⁷ Bezug nehmend auf folgende Quellen: Bailer 2000; Holden 2009; Sushko et al. 2012: 46-47; European Commission 2012f, 2010, 2010b, c; European Commission/EIDHR 2010, 2000; European Commission/EuropeAid 2012, 2012a, b; Delegation of the EU to Ukraine 2012c; European Commission/ENPI 2011a.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die EU mit ihrer Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteure in ihren Nachbarländern den Anspruch erhebt, sie in zweifacher Hinsicht zu fördern – indem sie diese in der Ausübung ihrer einzelnen Funktionen der Demokratisierung stärkt und sie befähigt, sich vor Ort für die notwendigen Änderungen zugunsten laufender der Demokratisierungsprozesse einzusetzen. Insbesondere die Reform der ENP von 2011 und die dadurch eröffneten neuen Fördermöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure, wie *NCSF* oder *NSA&LA*, verdeutlichen den Anspruch der EU, NGOs stärker in die Mitgestaltung der demokratischen Reformen vor Ort einzubeziehen und ihnen hiermit gleichzeitig zu ermöglichen, sich fachlich und institutionell fortzuentwickeln. Auffällig ist dabei, dass die EU in Zielen solcher zweidimensionalen Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung am häufigsten auf das Format der Projektförderung zurückgreift. Im Laufe der Projektarbeit ermöglicht sie den NGOs, einzelne positive Veränderungen entlang definierter Bereiche der „eingebetteten“ Demokratie, wie politische Partizipationsrechte, Menschenrechte oder demokratische Wahlen, herbeizuführen. Auch die eigentliche Stärkung der Zivilgesellschaft wird als ein solcher Bereich mitbetrachtet:

„With *project grants* we try to strengthen civil society but *through* civil society, so that one actor of civil society can strengthen another actor.“ (Interview de Mercey 2015: 5)

Auf der anderen Seite fördern die Projektarbeiten im Laufe ihrer Umsetzung die NGOs der einzelnen Projektaktivitäten in ihren internen institutionellen und fachlichen Kapazitäten mit, welche ihre Möglichkeiten und Grenzen bei der Ausübung von Demokratisierungsaufgaben großteils bestimmen. Außerdem erlauben die EU-Projekte, welche überwiegend im Rahmen des Verfahrens *calls for proposals* zustande kommen, größere Finanzmittel über einen längeren Zeitraum von durchschnittlich 2-3 Jahren hinaus einzusetzen. Dies wiederum fördert eine nachhaltige und systematische Unterstützung der NGOs in ihrer demokratieorientierten Arbeit (vgl. Interview Holota 2014; Interview de Mercey 2015, Interview Nerisanu 2013). Aus diesen Gründen schränkt sich die vorliegende Arbeit auf die empirische Ebene der direkten Projektförderung ukrainischer NGOs durch die EU ein. Im Folgenden werden zentrale Dimensionen und Instrumente der projektorientierten EU-Förderung von NGOs in Osteuropa zugunsten der dortigen Demokratisierung dargestellt.

9.3 Zentrale Dimensionen und Formen der direkten EU-Projektförderung von NGOs in Osteuropa

Die EU setzt insgesamt zwei Formate der NGO-Förderung als Akteure der Demokratisierung der Drittstaaten auf vertraglicher Basis voraus: *action grants* und *service contracts* (vgl. Interview Nerisanu 2013; Interview de Mercey 2015; European Commission 2013b, 2016). Bei *grants* geht es um die Förderung derjenigen Projekte, welche in der Regel im Rahmen eines speziellen Bewerbungsverfahrens, das als *calls of proposals* bekannt ist, zustande kommen (vgl. European Commission 2016: 153-155). Das Verfahren *calls of proposals* stellt zumeist ein zweistufiges Bewerbungsverfahren dar, das im Rahmen eines bestimmten Bereichs der Demokratisierung, wie Rechtsstaatlichkeit oder Menschenrechte, stattfindet. Im ersten Schritt reichen die NGOs bei der EU-Vertretung vor Ort ihre *concept notes*, wo sie die wichtigsten Ziele und Aufgaben ihrer Projektideen darstellen, ein. Im zweiten Schritt fordert die Vertretung die aufgrund ihrer *concept notes* vorausgewählten NGOs auf, ihre vollständigen Projektanträge einzureichen. Entscheidend für die endgültige Bewilligung eines Projektantrages durch die EU ist das Vorhandensein notwendiger

finanzieller, administrativer und fachlicher Kapazitäten, welche eine professionelle und effiziente Projektumsetzung versprechen. Die Entscheidung selbst trifft ein spezielles Evaluationskomitee, über dessen Zusammensetzung die *contracting authority* entscheidet (vgl. European Commission 2013b: 119-123, 2016: 171-177).¹³⁸

Auf der Ebene der NGOs gewährt die EU vor allem zwei Formen von *grants* – *action grants* auf der einen, und *operational grants* auf der anderen Seite. *Action grants* gelten als die gängigste Form der direkten Projektförderung der NGOs durch die EU. Ihr Kern besteht in einer konkreten nicht gewinnorientierten Tätigkeit („action“), welche im Einklang mit bestimmten politischen Zielen der EU steht. Bei *operational grants* handelt es sich hingegen um die Finanzierung einer bestimmten Körperschaft mit dem Ziel, durch ihre Arbeit die Umsetzung konkreter politischer Ziele der EU zu fördern (vgl. European Commission 2013b: 108, 111). In beiden Fällen übernimmt die EU einen Anteil der gesamten Projektkosten, welcher oft bis 90 % reicht. Die restlichen Projektausgaben sind dann durch finanzielle Zuschüsse anderer Geldgeber oder durch die geförderten NGOs selbst zu begleichen (vgl. ebd.: 111). Außerdem gibt es *direct grants*, welche außerhalb des Verfahrens *calls for proposals* direkt an NGOs erteilt werden. Beispielsweise erhielt das *Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)* in Form eines solchen *direct grant* die Unterstützung für das „Reanimation Package of Reforms“ (vgl. Interview de Mercey 2015).¹³⁹

In Form von *service contracts* setzt die EU hingegen die Projekte der technischen Hilfe um, welche im Rahmen entsprechender *calls for tenders* bewilligt wurden: ein Verfahren, wo *EuropeAid* nach einem geeigneten Erbringer bestimmter Dienstleistungen im Austausch gegen entsprechende Bezahlung sucht (vgl. European Commission 2016: 75).

Sowohl unter den *calls for proposals* als auch unter den *calls for tenders* wird ferner zwischen *local calls* und *centralized calls* unterschieden. *Local calls* richten sich an ein bestimmtes Land und werden direkt durch die Vertretung der EU vor Ort verwaltet. *Centralized calls*, bekannt auch als *global calls*, sind universell und werden direkt von der EU-Kommission in Brüssel aus verwaltet (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Nerisanu 2013). Dennoch ist diese Form der NGO-Projektförderung in den östlichen EU-Nachbarn deutlich weniger verbreitet, weil die meisten NGOs sich in diesen Ländern für die Umsetzung solch umfassender Projekte nicht die benötigten Kapazitäten aufweisen (vgl. Rihackova 2014: 17). In den Ländern der Östlichen Partnerschaft haben sich außerdem die sogenannten *regional calls for proposals* bewährt, wo NGOs aus allen Ländern der Region in der Regel unter Leitung einer ausländischen Beratungsagentur ein Konsortium bilden, um ein regionales Projekt umzusetzen. Solche regional aufgestellten Projekte werden oft als entsprechende *service contracts* konstituiert, wie dies beispielsweise im Fall des unten untersuchten EU-Projekts „Civil Society. Dialogue for Progress“ (NCSF, 2012–2015) war (vgl. Interview Volochii 2015; Interview Nerisanu 2013).

Die Verwaltung der beiden Bewerbungsverfahren – *calls for proposals* und *calls for tenders* – erfolgt sowohl von der EU-Kommission in Brüssel als auch von der lokalen Ebene der einzelnen EU-Vertretungen in den Förderländern aus. Die Hauptkompetenz für die Abwicklung aller technisch-organisationalen Fragen, welche mit der zivilgesellschaftlich orientierten Projektförderung zusammenhängen, liegt dabei seit 2001 in Brüssel bei der Generaldirektion für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DG DEVCO), ebenfalls als *EuropeAid* bekannt. Diese verwaltet alle Finanzmittel aus dem EU-Budgetrahmen bzw. aus dem Finanzrahmen des Europäischen

¹³⁸ Für genauere Angaben zum Evaluations- und Auswahlverfahren der eingereichten Projektanträge durch die EU vgl. European Commission 2016: 177-185.

¹³⁹ Ausführlicher zum Projekt „Reanimation Package of Reforms“ vgl. Shevchenko 2015.

Entwicklungsfonds (EDF) für entwicklungspolitische Ziele. Die Kooperation mit der Zivilgesellschaft geschieht dabei innerhalb der Direktion für internationale Kooperation und Entwicklungspolitik in der Unterabteilung für zivilgesellschaftliche Organisationen und Assoziationen.¹⁴⁰

Die Verwaltung zivilgesellschaftlicher EU-Projekte erfolgt unter dem Einsatz unterschiedlicher Managementformen. Bis 2014 wurden in Bezug auf NGOs vor allem drei davon angewendet: *direct centralised management*, *indirect centralised management* und *joint management*. Im ersten Fall agierte die EU als direkter Vertragspartner der begünstigten NGOs (vgl. European Commission 2013a: 8-9). Dies bedeutet, dass die EU nicht nur als Finanzierer auftrat, sondern durch ihre Vertretung vor Ort mit lokalen NGOs an den bewilligten Projekten aktiv zusammenarbeitete. Somit übernahm die EU-Kommission durch ihre Vertretung vor Ort auch die unmittelbare Verantwortung für das gesamte Bewerbungsverfahren innerhalb der ausgeschriebenen *calls for proposals* bzw. *calls for tenders* – von ihrer öffentlichen Bekanntgabe bis zur Unterzeichnung des jeweiligen Vertrags mit den begünstigten zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. ebd.: 10). Dadurch wird diese Form als direkte Förderung der NGOs durch die EU aufgefasst. In Ländern der Östlichen Partnerschaft bzw. der Ukraine veranschlagt die direkte Projektförderung traditionell die meisten EU-Fördermittel für lokale NGOs (vgl. Interview Schreiber 2015).

Die zwei weiteren Formen – *indirect centralised management* und *joint management* – umfassen hingegen solche Förderfälle, in denen die EU gegenüber den geförderten NGOs nicht als direkter Vertragspartner agierte. In der Regel trat die EU hier vor allem als Hauptfinanzierer auf, während die Implementierung des Projekts vor Ort zum größten Teil einem anderen Akteur überlassen wurde. Im Fall des *indirect centralised management* ging es überwiegend um größere ausländische Beratungsagenturen oder NGOs mit Sitz in einem der EU-Mitgliedstaaten und einem entwickelten Beziehungsnetz zu EU-Institutionen, welche sich lokale NGOs als Kooperationspartner bei der Projektumsetzung nach in der Regel eigenständigen Verfahren aussuchten (vgl. European Commission 2013b: 8; Rihackova 2014: 18). Ähnlich trat auch in den Förderfällen des *joint management* die EU meistens als Hauptfinanzierer auf, während die unmittelbare Projektimplementierung vor Ort einer weiteren internationalen Organisation, wie beispielsweise den Vereinten Nationen, der OSZE, der Weltbank oder dem Europarat, im institutionellen Rahmen einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung zufiel. Auch in diesen Fällen erfolgte die Auswahl projektausführender NGOs vor Ort bzw. die gesamte Projektumsetzung nach internen Regeln der gegebenen internationalen Organisation. Als Folge ist in den Fällen von *joint management* von einer indirekten Förderung der NGOs durch die EU auszugehen, da die lokalen NGOs mit dieser nur als Bezieher ihrer Finanzmittel in Verbindung stehen (vgl. European Commission 2013b: 9; Rihackova 2014: 18).

Seit 2014 werden die drei genannten Formen des Projektmanagements für die NGOs unter zwei Formen – *direct management* und *indirect management* – zusammengefasst. Das *direct management* meint grundsätzlich die Förderfälle, in denen die EU die direkte Verwaltung aller Budgetfragen übernimmt, während entweder die Europäische Kommission selbst oder Delegationen der EU vor Ort die Projekte umsetzen (vgl. European Commission 2016: 13-17). Alle sonstigen Managementformen umfasst der Begriff *indirect management*. Dementsprechend erfasst dieser Projekte, welche die Implementierung des Förderbudgets an eine europäische Entwicklungs- oder

¹⁴⁰ Diese Informationen sind der offiziellen Website von DG DEVCO entnommen. Siehe unter: European Commission (2017): Development and Cooperation – EuropeAid. Brussels. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/europeaid/home_en, zuletzt geprüft am 11.11.2017.

Beratungsagentur mit dem Sitz in einem der EU-Staaten oder an eine weitere internationale Organisation übertragen und die somit früher unter die Managementformen *indirect centralized management* bzw. *joint management* fielen. Außerdem gehören auch Projekte dazu, deren Implementierung die EU einem EU-Staat oder seinen Akteuren delegiert. In allen Fällen des *indirect management* übernimmt die EU finanzielle Kontrolle jeglicher Projektausgaben und beteiligt sich direkt an der Evaluation ihrer Ergebnisse (vgl. European Commission 2016: 13-14). In der Praxis der EU-Projektförderung in Osteuropa hat sich der Modus des *indirect management* insbesondere für größere Projekte der technischen Hilfe bewährt, welche im Rahmen von *calls for tenders* ausgeschrieben wurden und in Form eines *service contract* mit der projektausführenden NGO zustande kamen. Solche Projekte eröffnen häufig die Möglichkeiten für *regranting* – ein Verfahren, wo größere NGOs als direkte Projektvertragspartner der EU kleinere NGOs refinanzieren, um diesen die Umsetzung ihrer eigenen lokalen Projektinitiativen zu ermöglichen (vgl. Interview de Mercey 2015).

9.4 Programminstrumente der EU zur direkten Förderung von NGOs in Osteuropa

Die EU-Förderung von NGOs in den Drittländern erfolgt im Rahmen ihrer einzelnen programmatischen Instrumente der externen Demokratieförderung, welche sich grundsätzlich entlang zwei Kategorien gruppieren lassen: thematische Instrumente auf der einen und geografische auf der anderen Seite (vgl. European Commission/EuropeAid 2012: 8-9; Webb et al. 2016; Vanormelingen 2011). Geografische Instrumente geben vor allem den finanziellen Förderrahmen für NGOs in Drittländern vor. In Bezug auf Osteuropa stellten im Zeitraum 1994–2007 das Programm *Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States (TACIS)* und im Zeitraum 2007–2013 das *European Neighbourhood Policy Instrument (ENPI)* die wichtigsten geografischen Instrumente zur Förderung der Zivilgesellschaft dar. 2014 erfolgte die Transformation des ENPI in das *European Neighbourhood Instrument (ENI)*, was eine wesentliche Aufstockung der Finanzmittel in Zielen der Unterstützung der Zivilgesellschaft mit sich brachte (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 12).

Im Gegensatz zu den geografischen haben die thematischen Förderinstrumente keinen geografischen Akzent, sondern stehen grundsätzlich allen Ländern offen. Entscheidend für die Gewährung der EU-Finanzierung ist ein Bezug auf den vorgegebenen thematischen Rahmen der Förderung (vgl. Interview Nerisanu 2013). Die thematischen Programme verbindet, dass sie grundsätzlich bei der Förderung einzelner NGO-Projekte nach dem oben erläuterten Verfahren *calls for proposals* arbeiten, welche sowohl von der EU-Kommission als auch von einzelnen Delegationen der EU vor Ort ausgerufen werden können. Die Finanzierung wird in der Regel in zwei bis drei Förderjahre-Zyklen gewährt (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 12; European Commission/EuropeAid 2012: 38). Das *European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR)* stellt das größte solcher thematischen Instrumente der EU für die Zivilgesellschaften in Osteuropa dar (vgl. Interview Nerisanu 2013).

Mit der Aufwertung der zivilgesellschaftlichen Dimension der externen Demokratieförderung der EU, welche mit der Reform der ENP 2011 einherging, wurde das Instrumentarium der EU zur Förderung von NGOs deutlich diversifiziert. Außer dem EIDHR kamen auch Programme wie *Non-State Actors & Local Authorities (NSA&LA)*, *European Endowment for Democracy (EED)* und *Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF)* hinzu. Außerdem führte die Gründung des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft zur Instrumentalisierung der politischen

Dimension der EU-Unterstützung für die NGOs in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (vgl. Kap. 9.4.2).

Während die Generaldirektion der EU-Kommission für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung *EuropeAid* die Koordination bzw. das finanzielle Management aller Förderprogramme grundsätzlich sichert, implementieren die Vertretungen der EU in den Förderländern diese vor Ort. Letztere beraten NGOs hinsichtlich der laufenden Bewerbungsverfahren bei der EU, bieten Trainings und Informationsveranstaltungen in Fragen des Projektmanagements an, verwalten die eingegangenen Bewerbungen und kontrollieren letztendlich die Qualität der umgesetzten Projekte (vgl. European Commission 2016: 184).

Die folgende Abbildung stellt die wichtigsten geografischen und thematischen Programminstrumente der EU zur Förderung der Zivilgesellschaften in ihrer Nachbarschaft, einschließlich der Ukraine, dar.

Abb. 3: Zentrale Programminstrumente der EU zur externen Zivilgesellschaftsförderung in Osteuropa

1. *Geografische Instrumente*
 - 1.1. *TACIS-Förderrahmen*
 - a) *TACIS Democracy Programme*
 - b) *TACIS Institution Building Partnership Programme (TACIS (IBPP))*;
 - 1.2. *ENPI-Förderrahmen*
 - a) *Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF)*
2. *Thematische Instrumente*
 - 2.1. *European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR)*
 - 2.2. *NSA&LA (Non-State-Actors & Local Authorities)*
 - 2.3. *EED (European Endowment for Democracy)*

Quelle: eigene Darstellung

Im Folgenden werden die einzelnen geografischen und thematischen Förderinstrumente, in deren Rahmen die NGOs der osteuropäischen EU-Nachbarn und somit der Ukraine 1994–2015 projektorientiert gefördert wurden, kurz dargestellt.

9.4.1 Geografische Programminstrumente

9.4.1.1 TACIS

Im Zeitraum 1992–2007 erfolgte die EU-Förderung von NGOs grundsätzlich im institutionellen Rahmen des *TACIS*-Programms (vgl. Bailer 2000: 12). Insgesamt beliefen sich die Ausgaben im Rahmen von *TACIS* in Zielen der Demokratieförderung in der Ukraine, Belarus und der Republik Moldau auf 1731 Millionen Euro im Zeitraum 1991–2005 (vgl. Raik 2006a: 15). Grundsätzlich galt *TACIS* nicht als ein EU-Förderprogramm, das sich primär den politischen Zielen der Demokratisierung, wie diese hier im konzeptionellen Rahmen der „eingebetteten“ Demokratie begründet wurde, widmete. Stattdessen richtete sich der Schwerpunkt der Förderung auf Wirtschaftsreformen und soziale Fragen (vgl. Stewart 2009a: 275; European Commission/EuropeAid

2002: 4-6; European Commission 2002: 33; Buzogány 2018: 194). Zugleich betonte man, dass der Erfolg der angestrebten Reformen erst im Kontext einer demokratischen und offenen Gesellschaft, welche die Menschenrechte achtet bzw. durch eine aktive Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen gekennzeichnet ist, möglich sei. Dadurch definierte der *TACIS*-Förderrahmen die Stärkung der Demokratie als eines seiner Ziele bzw. fasste sie mit dem Aufgabenspektrum „institutionelle, rechtliche und administrative Reformen“ zusammen (vgl. Council of the European Union 2000: L12/2). Die Stärkung der Zivilgesellschaft stellte eine der Handlungsprioritäten von *TACIS* im Bereich der Demokratieförderung dar (vgl. ebd.: L12/7). Im Fokus der Förderung standen fachliche und technische Kapazitäten der lokalen NGOs. Das Programm förderte sowohl Mikroprojekte der lokalen NGOs, die direkt vor Ort durch zuständige Vertretungen der EU-Kommission verwaltet wurden, als auch Makroprojekte, welche sich grundsätzlich auf die Förderung der NGO-Partnerschaften mit den EU-Staaten richteten (vgl. Braithwaite et al. 1998: 5; Smith 2001: 50).

Für eine gezielte Förderung der zivilgesellschaftlichen Akteure entstand 2002 im institutionellen Rahmen von *TACIS* das Programm „IBPP – Institution Building Partnership Programme – Support to Civil Society and Local Initiatives“. Es richtete sich primär auf die Stärkung der Kapazitäten der NGOs und lokaler Behörden auf dem Weg zu einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Gefördert wurden in der Regel kleinere Projekte mit einem Gesamtbudget zwischen 40.000 und 200.000 Euro und einer Durchschnittsdauer von 18-24 Monaten, welche innerhalb der jährlichen *calls for proposals* bewilligt wurden. Der thematische Akzent der Förderung richtete sich allerdings an die Bereiche Soziales, Umweltpolitik, wirtschaftliche Entwicklung und effiziente Stadtverwaltung. Als typisch bewährten sich beispielsweise die *IBPP*-Projekte, die sich mit Fragen der Frauenrechte, Erwachsenenbildung, Beschäftigungspolitik und Umwelt auseinandersetzten (vgl. European Commission/EuropeAid 2002: 4-6). Dies bedeutet, dass Fragen der politischen Dimension der Demokratisierung wie demokratische Wahlen, politische Partizipations- oder Menschenrechte nicht zu den häufigen Themen der *TACIS*-Förderung gehörten. Dennoch ist das Programm *TACIS* (*IBPP*) als jenes Programm zu verstehen, wo die meisten Projekte der NGOs in ehemaligen Ländern der Sowjetunion einschließlich dieser in der Ukraine mit einem bestimmten Bezug auf politische Aspekte der Demokratisierung im *TACIS*-Rahmen zustande kamen (vgl. Interview Palyvoda 2015).

9.4.1.2 *European Neighbourhood Policy Instrument (ENPI)*

2007 ersetzte das Instrument der ENP (*ENPI*) das *TACIS*-Programm. Das *ENPI* wertete die Ziele der Demokratieförderung wesentlich auf, indem für sie 30 % des verfügbaren Gesamtbudgets bestimmt wurden. Die NGOs in den ENP-Ländern konnten davon ebenfalls in mehreren Hinsichten profitieren (vgl. Europäisches Parlament/Rat der EU 2006: L310/4-5; Shapovalova/Youngs 2014: 89). Zum einen hatten sie die Möglichkeit, als Berater bzw. als Träger fachspezifischer Expertise in die Implementierung und das Monitoring der einzelnen regionalen und länderspezifischen bilateralen *ENPI*-Kooperationsprogramme der EU mit nationalen Regierungen, wie technische Entwicklung, Soziales, Kultur, Medien, Jugend, Bildung, Umwelt, Transport, Reform der Sicherheitsbehörden und der öffentlichen Verwaltung, einbezogen zu werden. Dadurch verfolgte die EU vor allem das Ziel, die Kommunikation der NGOs mit nationalen und lokalen Politikakteuren vor Ort zu allen wichtigen Reformfragen zu stärken und somit ihrer Stimme ein zusätzliches politisches Gewicht zu verleihen (vgl. European Commission/EuropeAid 2012: 37; Rihackova 2014: 6-7). Zum Zweiten bot sie den NGOs die Möglichkeiten, bei der Formulierung und Umsetzung einzelner programmatischer

Dokumente der ENP in ihren Ländern, wie Länderstrategiepapiere, Nationale Indikative Programme, Jahresarbeitsprogramme etc., als Fachberater mitzuwirken. In der Praxis kam diese Form der Teilnahme der NGOs an der ENP in den östlichen EU-Ländern dennoch kaum zum Einsatz, weil es dafür sowohl an Erfahrung als auch an den dafür benötigten institutionalisierten Kanälen der Kommunikation zwischen lokalen NGOs und der EU fehlte (vgl. Gumenuik/Tessier-Stall 2010: 8-12). Zum Dritten wurde im Rahmen von *ENPI* ein regionales Programm explizit für östliche EU-Nachbarländer – *ENPI Eastern Regional Programme* – gegründet. Dieses sollte die regionale Kooperation der NGOs in der Länderregion untereinander im Rahmen multilateraler Plattformen der Östlichen Partnerschaft stärker fördern (vgl. European Commission 2014).

Trotz dieser Möglichkeiten konnte in den Jahren 2007–2011 dennoch nicht von einer effizienten Förderung der NGOs als Akteure der Demokratisierung im Rahmen des ENPI ausgegangen werden. In der Praxis gestalteten sich die meisten ENPI-Programme als regierungszentrierte, *top-down*-orientierte Instrumente der Demokratieförderung, an denen die NGOs nur formell als Berater der Regierung beteiligt waren. Die wenigen Erfolge im Bereich der EU-Förderung vonseiten der NGOs bezogen sich primär auf deren Teilnahme innerhalb einzelner Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bzw. des erwähnten multilateralen regionalen Kooperationsprogramms „ENPI East“ (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 89; European Commission 2011: 27-28). Im Gegensatz zu den thematischen Förderprogrammen der EU unterstützte sie die NGOs im *ENPI*-Rahmen viel mehr in ihrem Dialog mit staatlichen Akteuren als in der Umsetzung ihrer einzelnen Projekte.

2014 wird ENPI in *European Neighbourhood Instrument (ENI)* umbenannt. Der finanztechnische ENI-Rahmen 2014–2020 bestätigte die prioritäre Rolle der externen Zivilgesellschaftsförderung erneut. Dennoch blieb das System der Förderung von NGOs grundsätzlich unverändert (vgl. European Commission 2014; European Parliament/Council of the EU 2014).

9.4.1.3 *Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF) unter dem ENPI*

Ein großer Schritt für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Dimension in der Demokratieförderung der EU in Osteuropa erfolgte 2011 mit der Gründung einer neuen Fazilität zur Unterstützung der Zivilgesellschaft – *Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF)* im institutionellen Rahmen von *ENPI* (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 13; Rihackova 2014: 10-11). Das Zivilgesellschaftliche Forum hatte die Schaffung der Fazilität angeregt und sie wurde folglich von der EU-Kommission als Teil der Reform der ENP 2011 umgesetzt (vgl. Bousac et al. 2012: 9). Mit der neuen Fazilität brachte die EU ihre Bereitschaft zum Ausdruck, mit den Zivilgesellschaften der ENP-Länder eine festere Partnerschaftsbeziehung aufzubauen (vgl. Solonenko 2013: 7).

Die Initiative wurde zuerst für die Jahre 2011–2013 mit einem anfänglichen Budget von ca. 37 Millionen Euro für alle östlichen EU-Nachbarn angelegt. Dies verdoppelte die EU-Finanzierung für zivilgesellschaftliche Akteure in dieser Länderregion *quasi* (vgl. European Commission 2012: 5). Im Gegensatz zu mehreren anderen Instrumenten der EU-Demokratieförderung richtete sich *NCSF* ausschließlich an Organisationen der Zivilgesellschaft. Das zentrale Ziel bestand in der Stärkung der NGOs als unmittelbare Teilnehmer demokratischer Reformen. Dies bedeutete, dass die NGOs mit mehr Unterstützung der EU für den Aufbau ihrer institutionellen und fachlichen Kapazitäten bzw. in ihrem Dialog mit nationalen Regierungen rechnen durften (vgl. European Commission/EuropeAid 2014: 4, 2012b; European Commission 2011a: 1). Hierfür waren unterschiedliche Formen der Förderung vorgesehen, um die NGOs in ihren Funktionen der Interessenvertretung, des Monitorings

öffentlicher Finanzen, der öffentlichen Politik, der politischen Kommunikation und der Einflussnahme auf den Gesetzgebungsprozess zu stärken (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 94-95, 101; Rihackova 2014: 10-11; European Commission 2011a: 9-10). Die finanzielle Hilfe ging dabei direkt an die NGOs ohne die Vermittlung durch nationale Regierungen. Gefördert wurden in der Regel sowohl national als auch regional ausgerichtete Projekte mit einem Budget zwischen 25.000 Euro und 1 Million Euro, wobei die EU bis 90 % der Projektkosten übernahm (vgl. Lada 2011: 3; Shapovalova/Youngs 2014: 95). Ein beträchtlicher Teil der *NCSF*-Finanzierung floss in gemeinsame *calls for proposals* mit der EIDHR oder in die Zusatzfinanzierung für Projekte, welche schon im Rahmen der Programme *NSA&LA* und *EIDHR* umgesetzt wurden (vgl. Rihackova 2014: 10-11).

In Zielen der NGO-Förderung definierte die Initiative primär drei zentrale Elemente: 1). Ausbau der NGO-Kapazitäten im Bereich der Teilnahme an demokratischen Reformen bzw. der Regierungskontrolle; 2) die Finanzierung regionaler und nationaler Projekte der NGOs; 3) Förderung einer stärkeren Teilnahme der NGOs am Dialog zwischen den Regierungen und der EU in Bezug auf Planung, Implementierung und Monitoring der EU-Förderprogramme vor Ort (vgl. European Commission 2011a: 3; Shapovalova/Youngs 2014: 95). Die Förderung berücksichtigte die spezifischen Bedürfnisse der NGOs und implizierte vor allem diverse Trainings, Mentoring, Coaching, Studientouren bzw. Twinning-Projekte für zivilgesellschaftliche Organisationen (vgl. Bousac et al. 2012: 30; European Commission/EuropeAid 2014: 11-12). Im Mittelpunkt der kapazitätsbildenden Maßnahmen für NGOs standen Strategien bzw. Methoden der Politikanalyse, Interessenvertretung, des sektorenspezifischen Dialogs mit Politikakteuren und Netzwerkbildung mit unterschiedlichen Akteursebenen im nationalen und europäischen Rahmen (vgl. Bousac et al. 2012: 30; Hale/Ursu 2011: 2-4; European Commission/EuropeAid 2013: 31).

Insgesamt förderte das Programm 2011–2014 100 bilaterale und regionale Projekte der NGOs in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (vgl. European Commission/EuropeAid 2014: 11). Es wurde 2014 um zwei Jahre erweitert. Der Förderakzent lag dabei auf einer dreidimensionalen Stärkung der NGOs: als Akteure der demokratischen Reformen, als Teilnehmer des Dialogs mit nationalen Regierungen über die Umsetzung einzelner bilateraler ENP-Programme vor Ort und als Erbringer öffentlicher Dienstleistungen (vgl. European Commission/EuropeAid 2014: 11; Shapovalova/Youngs 2014: 96). Seit 2011 positioniert sich *NCSF* immer deutlicher als eines der wichtigsten Instrumente der EU für die Förderung der NGOs in Osteuropa.

9.4.2 Thematische Programminstrumente

9.4.2.1 European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR)

Das *European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR)* gilt als das älteste und größte thematische Instrument der externen Demokratieförderung der EU, unter anderem in Osteuropa. Seit 2007 sorgt es weltweit für den Schutz der Menschenrechte und die Förderung rechtsstaatlicher Demokratie durch die Kooperationen sowohl mit Regierungen als auch mit Zivilgesellschaften der einzelnen Länder (vgl. European Parliament 2009: 4).¹⁴¹ Die thematischen Schwerpunkte der Förderung beziehen sich auf die Sicherung von objektiver Wahlbeobachtung und politischen Pluralismus, die Stärkung der Zivilgesellschaft bzw. den Schutz von Menschenrechten und

¹⁴¹ Das Instrument ersetzte 2007 die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte, die noch 1994 vom Europäischen Parlament ins Leben gerufen worden war (vgl. Europäisches Parlament/Rat der EU 2006: L386/2; Stewart 2009a: 264).

Grundfreiheiten (vgl. Europäisches Parlament/Rat der EU 2006: L386/4-5; European Commission 2010c: 5). Allein im Zeitraum 2007–2013 betrug das *EIDHR*-Budget ca. 1,1 Billionen Euro, mit denen in der Regel Akteure der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsaktivisten und die Wahlbeobachtungsmissionen der EU weltweit gefördert wurden (vgl. Bousac et al. 2012: 16). *EIDHR* sieht sowohl globale als auch lokale *calls for proposals* vor (vgl. Vanormelingen 2011: 12).

Die Förderpraxis des *EIDHR* stuft die Stärkung der Zivilgesellschaft als eine der Basisvoraussetzungen für die Sicherung von Demokratiegrundlagen wie politischer Partizipation und Pluralismus, des Diskriminierungsverbots und des Gleichstellungsprinzips ein. Somit waren diese von Anfang an eine Förderpriorität (vgl. European Commission 2010c: 1, 16; Stewart 2009a: 264). 2007–2010 kamen ca. 40 % der Gesamtfördermittel im Rahmen von *EIDHR* NGOs zu (vgl. Rihackova 2008: 157). Dies machte zivilgesellschaftliche Akteure zur größten Zielgruppe der finanziellen *EIDHR*-Förderung: Bis zu 90 % aller im *EIDHR*-Rahmen geförderten Projekte mit einem Budget zwischen 10.000 Euro und 300.000 Euro wurden 2007–2010 durch NGOs oder sonstige zivilgesellschaftliche Organisationen ausgeführt (vgl. European Commission 2010c: 14; Stewart 2009a: 264).

Die Förderung von NGOs erfolgt im Rahmen des Instruments primär in Zielen ihrer stärkeren Einbeziehung in den Schutz der Menschenrechte, Kontrolle von Regierungsakteuren und Mitgestaltung der Demokratisierungsprozesse vor Ort (vgl. European Commission/EuropeAid 2012: 30; Stewart 2009a: 265). Die Mehrheit der NGOs wurden seit 2007 im Format lokaler Mikroprojekte gefördert, welche durch die Vertretungen der EU-Kommission vor Ort verwaltet wurden (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 2). Die finanziellen und technischen Vorgaben für die Förderung lokaler NGOs, die Höhe der Beihilfen, Fristen für die Einreichung von Projektanträgen bzw. die Projektdauer, legen *EIDHR*-Jahresaktionsprogrammen fest bzw. konkretisieren länderspezifische Strategiepapiere (vgl. Europäisches Parlament/Rat der EU 2006: 6). Den meisten lokalen NGOs kommt im Rahmen des Programms jedoch keine direkte Förderung zu. Die Mehrzahl der Kosten fällt im Rahmen von Makroprojekten an, welche unter der Vermittlung anderer internationaler Organisationen wie dem Europarat, Agenturen der Vereinten Nationen oder großen internationalen NGOs im Bereich der Medienförderung und Menschenrechte ausgeführt werden (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 88).

Das Sondermerkmal der Förderung im *EIDHR*-Rahmen besteht darin, dass die NGOs auf die EU-Finanzierungsmittel außerhalb der Zustimmung, Vermittlung und Kontrolle seitens der Regierung zugreifen können (vgl. Kotzian et al. 2011: 1003). Seit 2007 weitete das reformierte *EIDHR* die direkte Unterstützung für NGOs kontinuierlich aus. Außerdem liefen länderspezifische Programme für die östlichen EU-Nachbarn an. Allein für die sechs östlichen EU-Staaten – Armenien, Azerbaijan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine – stellte man 2012 3.450.000 Euro bereit (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 90). In der *EIDHR*-Praxis profitieren meistens die stärkeren hochprofessionalisierten NGOs der Hauptstädte von der Förderung. Die Gründe dafür sind im Fall der EU als externen Förderer typisch: die komplizierten Bewerbungsverfahren und das Prinzip der Mitfinanzierung, das von den NGOs die eigenständige Übernahme von bis 20 % der Gesamtprojektkosten einfordert (vgl. ebd.: 92).

9.4.2.2 *Non-State Actors and Local Authorities in Development (NSA&LA)*

2007–2014 setzte die Europäische Kommission das thematische Programm „*Non-State Actors and Local Authorities in Development*“, das unter dem *Development Cooperation Instrument (DCI)*¹⁴² finanziert wurde, um. Das Programm konzentrierte sich primär auf die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der EU-Drittstaaten, um dort eine stabile demokratische Ordnung zu ermöglichen. In diesem Kontext kommt eine wichtige Bedeutung den Aufgaben zu, welche sich auf die Stärkung der Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Akteure und lokaler Behörden als wichtige Teilnehmer demokratischer Prozesse konzentrierten (vgl. European Commission/EuropeAid 2012b: 4; Shapovalova/Youngs 2014: 90). Die Organisationen der Zivilgesellschaft förderte das Programm primär als Teilnehmer wirtschafts- und sozialpolitischer Prozesse, wie im Fall der Sicherung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung oder Bekämpfung der Armut vor Ort (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 90, 2012: 4, 15-16). Ein weiteres Ziel des Programms bestand darin, das öffentliche Bewusstsein zu entwicklungspolitischen Themen zu stärken. Außerdem richtete sich das Programm an die Förderung der Kommunikation und Netzwerkbildung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, für eine effizientere Zusammenarbeit in Zielen der Demokratisierung vor Ort (vgl. European Commission/EuropeAid 2012b: 4). Insgesamt waren für zivilgesellschaftliche Organisationen ca. 85 % des Programmbudgets eingeplant (vgl. Vanormelingen 2011: 8). Zugleich wurden den NGOs diverse kapazitätsbildende Maßnahmen zur nachhaltigen Förderung ihrer institutionellen Entwicklung angeboten (vgl. European Commission/EuropeAid 2012b: 12).

Die Verleihung entsprechender *grants* in einer Höhe von bis zu einer Million Euro erfolgte 2011–2015 im Rahmen des Programms. Das Bewerbungsverfahren fand in der typischen Form von *calls for proposals* statt, welche die EU-Vertretungen vor Ort koordinieren (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 90). Gefördert wurden generell lokal ausgerichtete Projekte mit einer Mindestdauer von 18 Monaten (vgl. European Commission/EuropeAid 2012b: 7-9). Die Bedingungen für die Bewilligung der beantragten Projekte waren an einzelne Projektaktivitäten geknüpft. Als solche wurden beispielsweise Maßnahmen der Politikberatung, der Interessenvertretung, des Informations- und Erfahrungsaustausches, der Politikforschung, des Networkings, der Engagementförderung bzw. unterschiedliche Bildungs- und Trainingsmaßnahmen für die NGOs bestimmt (vgl. European Commission 2012b: 10). Finanzielle Zuschüsse erhielten die NGOs unter dem Prinzip der Mitfinanzierung, sodass sie zwischen 10 und 50 % der anfallenden Projektkosten selbst zu übernehmen hatten (vgl. Vanormelingen 2011: 8; European Commission/EuropeAid 2012b: 5).

Seit 2014 trägt das Programm den Namen „*Civil Society Organisations-Local Authorities (CSO-LA)*“, und erhielt eine Verlängerung bis 2020. In dieser neuen Fassung setzt es den Akzent auf die Aufwertung der NGOs als Akteure der Governance und der sozialen Entwicklung, wodurch ein inklusiver partizipativer Ansatz der Politikgestaltung unter breiter Teilnahme nicht-staatlicher Akteure stärker gefördert werden soll (vgl. European Commission 2014d: 10).

9.4.2.3 *European Endowment for Democracy (EED)*

Das *European Endowment for Democracy (EED)* wurde im Oktober 2012 gemäß der gemeinsamen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst, Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten als eine autonome private Förderstiftung mit eigenem Rechtsstatus gegründet. Sein

¹⁴² Ausführlicher zu DCI vgl. European Parliament/Council of the EU 2006.

Ziel ist es, in der EU-Nachbarschaft die prodemokratischen Aktivisten, Medien, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrem Einsatz für die demokratische Transition stärker zu fördern. Die Unterstützung der Initiative seitens der EU erfolgt u. a. als Teil des Reformprogramms der ENP von 2011, das sich der Förderung von „deep democracy“ in EU-Nachbarländern mithilfe zivilgesellschaftlicher Akteure verpflichtete (vgl. European Commission 2012g: 5, 2013a: 2; Bousac et al. 2012: 31). Vom anfänglichen Gesamtbudget des *EED* in Höhe von 14 Millionen Euro stellte die EU eine beachtliche Summe – 6 Millionen Euro – aus den Mitteln des *ENPI* bereit (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 96). Somit betrachtet die EU *EED* ebenfalls als eines ihrer umfassenden Projekte der externen Zivilgesellschaftsförderung (vgl. Interview de Mercey 2015).

Die Förderung richtet sich in erster Linie an Staaten mit einer schwachen Demokratisierungsdynamik und mit dem geografischen Akzent auf unmittelbare EU-Nachbarn (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 97). Der Mehrwert des *EED* besteht in einem besonders flexiblen und schnellen Charakter der Förderung, der im Gegensatz zu anderen Förderinstrumenten der EU die Unterstützung kleinerer bzw. ressourcenschwächerer zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie nicht-registrierte NGOs, Journalisten, Blogger, soziale Bewegungen etc., ermöglicht. Dies schaffte für die EU gute Voraussetzungen, um auf die sich schnell ändernden politischen Umstände aktiv zu reagieren bzw. auch dort möglichst nah mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenzuarbeiten, wo die anderen EU-Instrumente noch nicht oder gar nicht einsatzbereit waren (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 97, 2012: 10, 13; Lada 2011: 3). *EED* fungiert somit als alternativer Mechanismus der Förderung kleinerer zivilgesellschaftlicher Akteure. Das Programm fördert die NGOs sowohl direkt als auch indirekt via anderen NGOs und politischen Stiftungen der EU-Staaten. Ihrer Natur nach stellt die *EED* eine zuschussgewährende Institution dar, deren Finanzierungsmittel sowohl aus freiwilligen finanziellen Zuwendungen der EU-Mitgliedstaaten als auch aus Fördermitteln der EU-Kommission bestehen (vgl. Council of the European Union 2011: 3-4; European Commission 2013a: 2; European Commission/EuropeAid 2013: 30).

Die folgende empirische Untersuchung behandelt die Förderung der ukrainischen NGOs im Rahmen der *EED* nicht weiter. Der Grund hierfür ist, dass die *EED* sich in der Ukraine auf kleinere Akteure der Zivilgesellschaft wie Bürgerinitiativen, einzelne zivilgesellschaftliche Aktivisten oder lokale Medien, und nicht auf die gut etablierten und ressourcenstärkeren NGOs mit Sitz in der Hauptstadt Kiew, welche im Mittelpunkt des empirischen Forschungsinteresses dieser Arbeit stehen, konzentriert (vgl. Kap. 11.3.3.1).

9.4.2.4 Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft als politische Dimension der Förderung von NGOs durch die EU in Osteuropa

In Bezug auf die politische Dimension der EU-Förderung von NGOs in den östlichen Nachbarländern gewinnt seit November 2009 das Zivilgesellschaftliche Forum der Östlichen Partnerschaft an Bedeutung (vgl. European Commission 2008: 11; Europäische Kommission 2012: 17). Das Forum wurde als horizontale Plattform für die Kooperation sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch zivilgesellschaftlicher Organisationen aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft sowohl untereinander als auch mit denen der EU-Mitgliedstaaten konzipiert. Ein wichtiges Anliegen des Forums besteht zudem in der Förderung der direkten Kommunikation teilnehmender NGOs mit EU-Institutionen in Brüssel. Die Mission des Forums zeigt sich darin, das Gewicht zivilgesellschaftlicher Organisationen in der nationalen Politik zu steigern. Somit sollen diese zu mit nationalen Regierungen gleichberechtigten *stakeholdern* in Prozessen der Planung, Umsetzung und Evaluation der Ziele der Östlichen Partnerschaft sowohl auf nationaler als auch auf

europäischer Ebene werden (vgl. European Commission 2008: 14; EaP CSF 2012a: 7; 2009: 2, 7, 2012a: 2; Martyniuk 2009: 70; Kempe 2011: 2; Hahn-Fuhr/May 2012: 1). Insbesondere die Arbeitseffizienz zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich der Regierungskontrolle, der Interessenvertretung, des Menschenrechtsschutzes und der Förderung demokratischer Wahlen sollte durch ihre Teilnahme am Forum gestärkt werden (vgl. EaP CSF 2012a: 3-5, 2009: 1).

Diese Teilnahme steht grundsätzlich allen interessierten zivilgesellschaftlichen Organisationen der Länder der Östlichen Partnerschaft bzw. der EU offen (vgl. European Commission 2009: 4). Das Forum finanziert sich durch Zuschüsse sowohl der einzelnen EU-Programminstrumente zur Demokratieförderung wie *NCSF*, *EIDHR* oder *EED*, als auch der Regierungen oder privaten Stiftungen der EU-Staaten (vgl. EaP CSF 2012a: 6). Selbst die Kommission übernimmt eine eher bescheidene Rolle in der Arbeit des Forums, indem sie einzelne Aktivitäten mitfinanziert oder -verwaltet (vgl. European Commission 2009: 6; Kostanyan 2014: 2).

Das Forum weist eine komplexe Organisationsstruktur auf. An seiner Spitze steht die Generalversammlung, die jährlich bis zu 320 zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft bzw. der EU zusammenführt (vgl. Lada 2011: 2; Kostanyan 2014: 6-7). Die thematische Arbeit des Forums ist innerhalb von fünf Arbeitsgruppen organisiert: Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung; Wirtschaftsintegration und Konvergenz; Umwelt, Klima und Energiesicherheit; zwischenmenschliche Kontakte und sozialer Dialog. Das zentrale Organ des Forums – der Lenkungsausschuss – koordiniert die Arbeitsgruppen, repräsentiert das Forum nach außen und sichert seine interne Kommunikation (vgl. Kostanyan 2014: 10-16; Shapovalova/Youngs 2014: 93). In den Arbeitsgruppen arbeiten zivilgesellschaftliche Organisationen der Länder der Östlichen Partnerschaft, ebenfalls in Kooperation mit Partnerorganisationen aus den EU-Ländern, die thematischen Projekte aus (vgl. Yahorau 2011: 6-7). Außerdem bieten die Arbeitsgruppen Möglichkeiten zur Beratung und Evaluation der Arbeit vier multilateraler Plattformen der Östlichen Partnerschaft (vgl. EaP CSF 2012a: 2; European Commission 2009: 3-4, 6). Unter allen Arbeitsgruppen ist die größte die erste Gruppe, die sich den Fragen der Demokratie widmet. Das deutet auch auf die herausragende Bedeutung der Fragen der Demokratisierung innerhalb des Forums hin (vgl. Kostanyan 2014: 10). Mit ihrer Tätigkeit bemüht sich diese Arbeitsgruppe, die Öffnung der nationalen Politik für eine aktivere Partizipation der Zivilgesellschaft im Bereich der Demokratisierung zu fördern (vgl. EaP CSF 2009: 2).

Im Rahmen des Forums gründeten alle Partnerstaaten nationale Plattformen, um die am Forum teilnehmenden nationalen NGOs stärker sowohl untereinander als auch mit EU-Institutionen bzw. nationalen Regierungsakteuren zu vernetzen (vgl. European Commission 2009: 3-4; Kostanyan 2014: i). Die Plattformen richten ihre Stellungnahmen, Politikempfehlungen, Fahrpläne und Konzeptpapiere an nationale Regierungsakteure, um die zivilgesellschaftliche Stimme im nationalen politischen Willensbildungsprozess geltend zu machen. Den Fragen der europäischen Integration kommt dabei besondere Aufmerksamkeit zu (vgl. EaP CSF 2012; Yahorau 2011: 6-7; Delcour 2011: 13). Seit 2012 hat das Forum auch einen ständigen Teilnehmerstatus bei allen intergouvernementalen multilateralen Plattformen der Östlichen Partnerschaft (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 93; 2012: 10). Außerdem bewährte es sich als Kanal der Sozialisierung, durch welchen die EU-Normen zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure aus dem EU-Raum auf diejenigen der Länder der Östlichen Partnerschaft übertragen werden konnten (vgl. Kostanyan 2014: 3-4). Dennoch fehlte es dem Forum sowohl an institutionellen Kapazitäten als auch am Willen seiner Teilnehmer bzw. der Akteure der nationalen Regierungen, sich über eine reine Kommunikationsplattform hinaus zu einem effizienten Akteur der innerstaatlichen Demokratisierung fortzuentwickeln (vgl. Bousac et al. 2012: 21-22; Yahorau 2011: 5-7; Kostanyan 2014: i).

Diese Arbeit behandelt die Förderung ukrainischer NGOs durch die EU im Rahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft nicht weiter empirisch. Der Grund hierfür ist, dass die Förderung der NGOs in seinem Rahmen meistens nicht die Form einer Projektförderung annimmt, auf welche sich diese Untersuchung einschränkt. Die angebotene Darstellung der Ziele und Handlungslogik des Forums dient somit zur Vervollständigung des Gesamtbildes der demokratieorientierten Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU.

9.5 Zusammenfassende Bemerkungen

Dieses Kapitel stellte die wichtigsten Ansätze, Formen und Instrumente der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in ihren östlichen Nachbarländern in Zielen der Demokratisierung dar. Aus dieser Darstellung ergibt sich, dass die EU ihre Förderung für NGOs im östlichen ENP-Raum grundsätzlich entlang zwei Dimensionen gestaltet: durch interne Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung an sich auf der einen, und durch die Eröffnung neuer Spielräume für NGOs, Entwicklungen innerhalb einzelner Bereiche der Demokratisierung aktiv mitzubeeinflussen, auf der anderen Seite. Zugleich wurde gezeigt, dass diese beiden Förderdimensionen im Rahmen der direkten finanziellen Projektförderung der NGOs durch die EU aufeinandertreffen. So ermöglicht die Umsetzung der EU-geförderten Projekte den lokalen NGOs, sich in ihren institutionellen und fachlichen Kapazitäten fortzuentwickeln, welche wiederum ihre Möglichkeiten und Grenzen bestimmen, die einzelnen Funktionen der Demokratisierung, wie Interessenvertretung, Regierungskontrolle, Sozialisations- oder Kommunikationsfunktion, wahrzunehmen. Dabei tragen die EU-geförderten Projekte auch zur Demokratisierung des Landes bei, indem sie sich mit ihren einzelnen Aspekten inhaltlich auseinandersetzen.

Der EU-Förderung osteuropäischer NGOs im Bereich der Demokratisierung liegen geografische und thematische Ansätze zugrunde. Beim geografischen Ansatz gilt die Zugehörigkeit der NGOs zu einer bestimmten Länderregion als Hauptkriterium für die Gewährung der Finanzierung. In Bezug auf die östlichen EU-Nachbarländer zeigte sich dieser Ansatz 1994–2015 in Form von zwei Förderinstrumenten – *TACIS* und *ENPI*. Im institutionellen Rahmen des *ENPI* kam es 2011 zur Gründung der speziellen Fazilität *NCSF* zur Projektförderung von Akteuren der Zivilgesellschaft vor Ort in Fragen der Demokratisierung. Dem thematischen Ansatz zufolge werden NGOs unabhängig von der geografischen Region innerhalb unterschiedlicher Bereiche der Demokratisierung gefördert. Für die NGOs in den östlichen EU-Nachbarländern waren 1994–2015 drei thematische EU-Programminstrumente von Relevanz – *EIDHR*, *NSA&LA* und *EED*. Sowohl im Rahmen der thematischen als auch der geografischen Instrumente erfolgt die finanzielle Projektförderung der NGOs in der Regel im Rahmen eines mehrstufigen Projektförderverfahrens, welches weitgehend unter der Bezeichnung *calls for proposals* bekannt ist. Außerdem stärkt die Gründung eines Zivilgesellschaftlichen Forums seit der Einleitung der Östlichen Partnerschaft die politische Dimension der EU-Förderung von NGOs in den Teilnehmerländern. Das Forum bildet eine Plattform für NGOs aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft, wo sie sich national und international in Zielen einer effizienteren Einflussnahme auf die Politik der Demokratisierung bzw. der europäischen Integration in ihren Ländern vernetzen.

10

***Domestic opportunity structures* als Erklärungsansatz für Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation ukrainischer NGOs mit der EU**

Um die empirische Auseinandersetzung mit der Fragestellung dieser Arbeit zu ermöglichen, ist es im Weiteren notwendig, die einzelnen Kontextbedingungen, welche die Dynamik bzw. Handlungslogik der EU als externen Förderer der NGOs in der Ukraine als ihrem östlichen Nachbarn bestimmen, darzustellen. Vor allem in Bezug auf die Frage, welche NGOs vom Förderangebot der EU in ihrer östlichen Nachbarschaft am ehesten Gebrauch machen, ist es wichtig, diese Bedingungen zu konkretisieren. Denn um später ein objektives Bild davon zu vermitteln, wie die EU die Demokratisierung in der Ukraine infolge der Unterstützung ihrer zivilgesellschaftlichen Akteure zu beeinflussen versucht, ist es wichtig, zuerst die Frage zu beantworten, welche lokalen NGOs grundsätzlich über objektive Chancen auf EU-Förderung verfügen bzw. wie sie diese nutzen.

Diese Aufgabestellung löst die vorliegende Arbeit mithilfe des Konzepts sogenannter „innerstaatlicher Opportunitätsstrukturen“ – *domestic opportunity structures*. Das Forschungsgebiet der europäischen Integration nutzte dieses Konzept weitgehend, um die Wirkung der Europäisierung auf die innerstaatlichen institutionellen Strukturen der EU-Länder zu erläutern. In diesem Kontext werden solche Opportunitätsstrukturen meistens durch bestehende Konstellationen innerstaatlicher Akteure, ihre Interessen, Erwartungen und Überzeugungen definiert. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen somit die Änderungen, welche innerhalb solcher politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Opportunitätsstrukturen infolge ihrer Teilnahme an europäischen Integrationsprozessen herbeigeführt werden (vgl. Knill/Lehmkuhl 2002; Börzel/Risse 2009, 2003; Poloni-Staudiger 2008).

Im Rahmen dieser Arbeit ermöglicht das Konzept der *domestic opportunity structures* die spezifischen Kontextbedingungen zu berücksichtigen, die zu einem erheblichen Teil mitbestimmen, welche NGOs auf die Kooperation mit der EU in einem osteuropäischen Land wie der Ukraine am ehesten eingehen. Außerdem kann das Konzept behilflich sein, um weitere Aspekte in Bezug auf die Handlungslogik der EU als externen Förderer der ukrainischen Zivilgesellschaft zu begründen, wie die Instrumentenwahl, Förderprioritäten etc. Denn immerhin sind diese großteils innerstaatliche Faktoren, welche die Ziele und Erfolge der EU bei der Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in ihren Nachbarländern bestimmen. Im Weiteren werden der Sinn bzw. die Relevanz des Konzepts vor dem Hintergrund der Fragestellung dieser Arbeit erörtert.

10.1 Das Konzept *domestic opportunity structures* und dessen Anwendung auf die Ebene der NGOs

Zur theoretischen Begründung des Konzepts *domestic opportunity structures* dient der Ansatz sogenannter „politischer Opportunitätsstrukturen“, welcher sich in den späten 1960er-, frühen 1970er Jahren im Rahmen der Forschung zu sozialen Bewegungen entwickelte (vgl. Nentwich 1996: 2). Ursprünglich richtete dieser sich auf die Erklärung soziopolitischer Bedingungen für die Entstehung

des kollektiven Handelns wie in Form von Protesten oder sozialen Bewegungen (vgl. ebd.).¹⁴³ So definiert *Tarrow* (1994: 19) politische Opportunitätsstrukturen als „consistent – but not necessarily formal or permanent – dimensions of the political environment that provide incentives for people to take collective action by affecting their expectation of success or failure“. Auf solche politischen Opportunitätsstrukturen sind, zum Beispiel, die spezifischen Möglichkeiten für bürgerliche Mobilisierung, der Charakter des kollektiven Handelns, die Auswahl der Instrumente zur Einflussnahme sozialer Akteure auf Politik etc. zurückzuführen (vgl. Meyer/Miknoff 2004: 1457). Von sozialen Bewegungen ist das Konzept in die Forschung zu allen möglichen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements übergegangen (vgl. Nentwich 1996: 2).

Als entscheidendes Element der politischen Opportunitätsstrukturen versteht man traditionell den Grad der Offenheit der nationalen politischen Institutionen gegenüber den Einflüssen seitens sozialer Bewegungen oder NGOs (vgl. Sikkink 2005; Nentwich 1996; Meyer/Miknoff 2004). So bezeichnet *McCauley* (2010: 317) die Grundessenz politischer Opportunitätsstrukturen als Anreize „that signal non-state actors toward possible venues for action“. Ferner werden Faktoren wie der Zugang zu Entscheidungsträgern, Stabilität der vorhandenen politischen Konstellationen, das Vorhandensein oder Fehlen potenzieller Unterstützer auf politischer Ebene, die aktuellen Konfliktlinien innerhalb der Eliten bzw. die Gesamtkapazitäten der amtierenden Regierung mit angeführt (vgl. *Tarrow* 1988: 429; *Schnyder* 2015: 694).

Auch in der Projektion auf die NGO-Ebene stützt sich das Konzept auf die Grundannahme, dass alle Aktivitäten der NGOs durch bestimmte Opportunitätsstrukturen gefördert oder gehemmt werden, welche aus den aktuellen institutionellen und normativen Kontextbedingungen ihrer Arbeit hervorgehen (vgl. *Dany* 2012: 74). In seiner klassischen Auslegung bezieht sich das Konzept allerdings nur auf eine festgesetzte Konstellation der Faktoren der nationalen makropolitischen Ebene, ohne auf die Besonderheiten einzelner zivilgesellschaftlicher Akteursformen wie NGOs oder soziale Bewegungen einzugehen. Aus diesem Grund ist das Konzept zu breit und unspezifisch gesehen, um u. a. auf die Ebene der einzelnen NGOs angewandt zu werden, welche innerhalb eines bestimmten Politikfelds agieren. In diesem Kontext diskutiert die Fachliteratur weitgehend die Notwendigkeit, eine Unterscheidung zwischen einer weiten und einer *issue*-spezifischen Interpretation des Begriffs durchzuführen (vgl. *Schnyder* 2015; Meyer/Miknoff 2004; Nentwich 1996). Während der Begriff sich in seiner weiten Interpretation aus den oben angeführten makropolitischen Faktoren zusammensetzt, berücksichtigt der *issue*-spezifische Ansatz jene Aspekte des bestehenden politisch-institutionellen Umfelds, welche für die Entstehung und Funktionsweise bestimmter sozialer Akteure im Rahmen eines spezifischen Politikfelds von besonderer Relevanz sind (vgl. *Schnyder* 2015: 693, 695; Meyer/Miknoff 2004: 1458; Sikkink 2005: 157). So können sich, in Bezug auf NGOs, solche Opportunitätsstrukturen in der Ausstattung mit konkreten materiellen und fachlichen Ressourcen, der politischen Ausrichtung und thematischen Arbeitsschwerpunkten der NGOs, der Art und den Möglichkeiten der NGO-Finanzierung, dem Zugang zu Medien oder der gesellschaftspolitischen Stellung der NGOs offenbaren. Ebenfalls kann die Form der Partizipation von NGOs an der nationalen Politik als eine solche Opportunitätsstruktur auftreten. Beispielsweise werden die Möglichkeiten der NGOs zur Einflussnahme auf Politikinhalt dadurch bestimmt, ob sie im Verhältnis zu Regierungsakteuren als bloße Beobachter ihres Handelns, Verleiher von Fachexpertise oder Kooperationspartner bei der Durchsetzung gemeinsamer Aufgaben agieren (vgl. *Dany* 2012: 74; Meyer/Miknoff 2004: 1470). Da diese Arbeit sich mit einer spezifischen Gruppe von

¹⁴³ Zu den Grundsätzen des Konzepts vgl. Nentwich 1996; Meyer/Miknoff 2004; *Tarrow* 1988; Sikkink 2005; Goldstone 2004.

NGOs beschäftigt, die sich mit der politischen Dimension nationaler Demokratisierungsprozesse auseinandersetzt, ist der *issue*-spezifische Ansatz des Konzepts politischer Opportunitätsstrukturen eindeutig zu bevorzugen, um die einzelnen, hier relevanten *domestic opportunity structures* zu erklären.

10.2 *Domestic opportunity structures* für die Kooperation ukrainischer NGOs mit der EU in Bereichen der Demokratisierung

Innerhalb dieser Arbeit wird das Konzept von *domestic opportunity structures* auf den Bereich der Förderung ukrainischer NGOs durch externe Akteure wie die EU projiziert. Die Heranziehung des Konzepts verfolgt vor allem das Ziel, die Möglichkeiten und Bedingungen zu erörtern, unter welchen die Zusammenarbeit der ukrainischen NGOs mit externen Demokratieförderern wie der EU zustande kommt. Hiermit sollen klare Selektionskriterien für die Auswahl jener NGOs entstehen, welche im empirischen Teil dieser Arbeit als Kooperationspartner der EU einer weiteren Analyse unterzogen werden. Außerdem können solche spezifischen Kontextbedingungen ebenfalls die Setzung der Ziele und Prioritäten der EU bei der Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft mit erklären.

Unter Berücksichtigung des *issue*-spezifischen Ansatzes werden für die Ableitung relevanter Opportunitätsstrukturen die spezifischen lokalen Kontextbedingungen analysiert, in welche die ukrainischen NGOs als Akteure der demokratischen Prozesse eingebettet sind. Hierbei geht es um sowohl rechtlich-politische als auch wirtschaftspolitische bzw. gesellschaftspolitische Umweltbedingungen. Auch die EU hat mittlerweile die Notwendigkeit erkannt, sich in ihrem Handeln zur Unterstützung der NGOs möglichst nah am lokalen Kontext zu orientieren, um diesem die erwartete Effizienz zu sichern (vgl. Bousac et al. 2012: 6). Darüber hinaus wird für die Ableitung relevanter *domestic opportunity structures* die Literatur hinsichtlich der Frage analysiert, welche Bedingungen den Erfolg der Kooperation zwischen der EU und den NGOs mitbestimmen.¹⁴⁴

Im Endergebnis werden insgesamt drei zentrale Opportunitätsstrukturen aufgestellt, welche für die Ermöglichung der Kooperation der NGOs in der Ukraine mit der EU im Bereich der Demokratieförderung von Bedeutung sind: 1) Das Verhältnis der NGOs zum Staat und die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die nationale Politik; 2) Ausstattung der NGOs mit den Kapazitäten bzw. vorhandene Voraussetzungen für die Sicherung der Nachhaltigkeit der Förderung; 3) das Vorhandensein des politischen Willens der NGOs zur Aufnahme der Kooperationsbeziehungen mit externen Akteuren wie der EU. Im Weiteren wird begründet, wie jede dieser Opportunitätsstrukturen die Möglichkeiten der NGOs zur Aufnahme der Kooperation mit der EU beeinflusst bzw. wie diese auch Ziele, Charakter und die Dynamik des Handelns der EU als Akteur der Demokratisierung in diesen Ländern mitprägen.

10.2.1 Das Verhältnis der NGOs zum Staat und ihre Möglichkeiten der Einflussnahme auf nationale Politik

In der Projektion auf die Ebene der EU-Förderung der NGOs in osteuropäischen EU-Nachbarstaaten wie der Ukraine bestimmt das Verhältnis der jeweiligen NGO zum Staat in mehrfacher Hinsicht ihre Möglichkeiten und Motivation zur Unterstützung aus Brüssel. Zum einen wird die Kooperation mit dem Staat oft als eine der zentralen Förderbedingungen der EU gegenüber den NGOs aufgestellt (vgl. Börzel 2010a: 4). So setzen mehrere *calls of proposals* die Kooperation mit dem Staat voraus und

¹⁴⁴ Bezug nehmend auf Bousac et al. 2012; Rihackova 2014; Kirova/Freitzer 2015; Börzel 2010a; Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012.

streben ihre Verbesserung an (vgl. Interview de Mercey 2015). Diese Fokussierung auf die Zusammenarbeit mit dem Staat hängt eng damit zusammen, dass die EU bei der Förderung der Zivilgesellschaft sehr häufig immer noch *top-down*-orientiert vorgeht und somit die NGOs zur Kooperation mit dem Staat zu bewegen versucht (vgl. Lutsevych 2013: 18). In der Praxis heißt das, dass der Erfolg der Projektbewerbungen der NGOs bei der EU auch durch das bestehende Verhältnis der NGOs zum Staat bzw. ihre fachlichen Kapazitäten mitbestimmt wird, auf welche sie sich in Zielen des politischen Dialogs, der Regierungskontrolle und der Zusammenarbeit mit einzelnen staatlichen Politikakteuren innerhalb unterschiedlicher Aufgaben der Demokratisierung stützen können (vgl. EU Neighbourhood Info Centre 2014: 2).

Zum anderen setzt der Staat die wichtigsten rechtlich-politischen Kontextbedingungen für das Agieren der NGOs als Teilnehmer demokratischer Prozesse fest, indem er die Entwicklung der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auf nationaler Ebene bestimmt. Außerdem gibt der Staat den bürokratischen Rahmen für die Arbeit der NGOs, wie die Fragen der Gründung, Registrierung und Besteuerung, vor. Ebenfalls kommt es in mehreren Hinsichten auf die Responsivität staatlicher Politikakteure an, ob die NGOs in der Ausübung ihrer klassischen Aufgaben der Interessenvertretung bzw. Advocacy den erwarteten Erfolg haben können (vgl. Solonenko 2015: 223; Kocka 2004: 71).

In theoretischen Ausführungen zu politischen Opportunitätsstrukturen gilt die Offenheit des politischen Systems gegenüber dem Einfluss aus den Reihen der Zivilgesellschaft und somit das bestehende Verhältnis auf der Linie Staat-Zivilgesellschaft als eines der zentralen Kriterien, welche die Funktionalität der zivilgesellschaftlichen Akteure mitbestimmen (vgl. McCauley 2010, Nentwich 1996; Meyer/Miknoff 2004). Zum großen Teil erklärt das die politische Dimension als festen Bestandteil der Grundsubstanz zivilgesellschaftlicher Akteure: Weil die zivilgesellschaftlichen Akteure sich mit öffentlichen Belangen beschäftigen, können sie ihre Aufgaben nur mit Blick auf den Staat bzw. unter Einnahme einer bestimmten Stellung zu den staatlichen Akteuren wahrnehmen (vgl. Böttger 2010: 116; Mercer 2002: 7). Es ist hier somit von Bedeutung in welcher Rolle, wie beispielsweise Beobachter, Experten oder gleichgestellte Kooperationspartner bei der Erbringung öffentlicher Leistungen, die NGOs im Verhältnis zu den staatlichen Akteuren auftreten (vgl. Dany 2012: 74). Die Formen der Kooperation mit dem Staat können sehr vielfältig sein: im Rahmen von Konsultationen, der Teilnahme an gemeinsamen Organen wie Bürgerräten oder gemeinsamen Arbeitsgruppen, bei der Vermittlung öffentlicher Informationen, der Verleihung von fachlicher Expertise etc. (vgl. Vinnikov et al. 2012: 19). In Bezug auf die Ebene einzelner sozialer Akteure wie der NGOs bringt die Gesamtheit spezifischer Ressourcen und institutioneller Regeln diese Offenheit der politischen Institutionen, welche die Einflussnahme der NGOs auf die nationale Politik bestimmt, zum Ausdruck (vgl. Kitschelt 1986: 57; Nentwich 1996: 2, 4; Meyer/Miknoff 2004: 1458). Der Grad dieser Offenheit hängt davon ab, ob die NGOs in einem eher kooperativen oder konfrontativen Verhältnis zum Staat stehen. Dies wiederum übt einen direkten Einfluss auf die Arbeitsschwerpunkte, Methoden und Instrumente, welche die NGOs zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nutzen, aus (vgl. Schnyder 2015: 697). Somit stellt das Verhältnis der NGOs zum Staat bzw. deren Einflussmöglichkeiten auf die nationale Politik eine wichtige Opportunitätsstruktur, welche die Möglichkeiten der ukrainischen NGOs zur Kooperation mit der EU zu einem großen Teil beeinflusst, dar. Die Verbesserung der Bedingungen, welche die Teilnahme der zivilgesellschaftlichen Akteure an politischen Prozessen in Zielländern fördern, ist von daher ein wichtiges Ziel der EU als externer Demokratieförderer (vgl. Wichmann 2007: 35-36).

10.2.2 Die Ausstattung der NGOs mit Kapazitäten bzw. die Möglichkeiten für die Sicherung der Nachhaltigkeit ihrer Projektarbeit

Neben dem bestehenden Verhältnis zu staatlichen Politikakteuren tritt die Ausstattung mit Kapazitäten als eine weitere wichtige Opportunitätsstruktur auf, welche die Dynamik der EU-Kooperation mit den ukrainischen NGOs zu einem großen Teil mitbestimmt. Eine ausreichende Ausstattung mit Kapazitäten ist entscheidend für den Erfolg der NGOs bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen im politischen Feld (vgl. McCauley 2008: 265, 268). Dementsprechend steht die Erweiterung ihrer Kapazitäten ganz oben auf der Prioritätenliste der EU im Bereich der Förderung der Zivilgesellschaft in Ländern der Östlichen Partnerschaft. Mit der Förderung der Kapazitäten der NGOs verfolgt die EU vor allem das Ziel, ihre demokratischen und organisatorischen Strukturen zu stärken und dadurch ihr politisches Gewicht zu steigern (vgl. European Commission 2011a: 9; Börzel 2010a: 2-3).

Gleichzeitig bildet die Ausstattung mit Kapazitäten eine entscheidende Voraussetzung dafür, ob und inwiefern die NGO sich in einem osteuropäischen Land auf die Kooperation mit der EU einlassen kann. So zeigt die Praxis der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure durch die EU in den Teilnehmerländern der ENP, dass von den zahlreichen Fördermöglichkeiten der EU vor allem die ressourcenstarken NGOs Gebrauch machen. Die NGOs, denen es hingegen an Ressourcen und organisationalen Kapazitäten mangelt, können sich meistens nicht auf die Kooperation mit der EU einlassen (vgl. Börzel 2010a: 3-4). Nicht zuletzt hängt dies mit spezifischen Eigenschaften, welche für die EU als Förderakteur in der Europäischen Nachbarschaft typisch sind, zusammen. Zum einen, ist die Teilnahme an EU-Förderprogrammen für NGOs häufig mit hohen bürokratischen Hürden verbunden. Allein der Bewerbungsprozess rund um das entsprechende *call of proposals* der EU-Kommission gestaltet sich als ein mehrstufiges Verfahren, das den NGOs von der Konzeptualisierung der Projektidee bis zur Einreichung des fertigen Projektantrags starke Ressourcen abverlangt. So setzt eine erfolgreiche Projektbewerbung bei der EU meistens entsprechend qualifiziertes Fachpersonal voraus, welches erforderliche Denkmuster, Kompetenzen und spezifisches Wissen mitbringt (vgl. Bousac et al. 2012: 17). Außerdem zeichnen sich die meisten der geförderten Projekte durch ein hohes Budget aus, dessen Teil in der Regel von den NGOs selbst zu tragen ist. Dabei übernimmt die EU in der Regel nur 5-7 % der anfallenden Kosten für technisch-administrative Abläufe bei der Projektumsetzung. Dies wiederum heißt, dass nur NGOs mit einer bestimmten finanziellen Grundlage die kostenintensiven Projekte erfolgreich verwalten und umsetzen können. Als Folge haben die größeren bzw. ressourcenstarken NGOs mit ausreichend qualifiziertem fachlichen Personal die besten Chancen, ein EU-Projekt zu gewinnen. Hingegen halten schwache Kapazitäten, Mangel an hochprofessionalisiertem Fachpersonal und ständige Unterfinanzierung viele NGOs davon ab, sich bei der EU um entsprechende Förderung zu bewerben (vgl. Börzel 2010a: 4; Shapovalova/Youngs 2014: 92-93, 100).

Bei den NGOs, die von der EU-Förderung in der Ukraine am meisten direkt profitieren, handelt es sich in der Regel um hochprofessionalisierte politisch oder sozial orientierte NGOs der Hauptstadt Kiew. Diese Selektion ist dadurch bedingt, dass in den insgesamt strukturell schwachen osteuropäischen Zivilgesellschaften nur eine Minderheit der stärksten NGOs die notwendigen Kapazitäten mitbringt, um mit der EU effizient zu kooperieren (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 13, Charniakovich 2013: 2; Beichelt/Merkel 2014: 53-54; Lada 2011: 2; Solonenko 2010: 15-16; Stewart 2013: 3). Außerdem neigen auch die ausländischen Arbeitgeber dazu, ihre Arbeit primär auf einen begrenzten Kreis von NGOs der Hauptstadt Kiew zu konzentrieren (vgl. Stewart 2013: 3). Die absolute Mehrheit der lokal tätigen NGOs bringen allerdings nicht die notwendigen Voraussetzungen

mit, um den Kampf um EU-Fördermittel mit den komplizierten und zeitintensiven Bewerbungsverfahren, langen Einwilligungszeiten, Forderungen nach Projektmitfinanzierung bzw. sehr guten Englischkenntnissen zu gewinnen (vgl. Bousac et al. 2012: 24). Zum großen Teil hängt dies mit den in der Regel hohen Budgets EU-geförderter Projekte, bei denen die NGOs selbst auch einen gewissen Teil der Kosten tragen müssen, zusammen (vgl. Bousac et al. 2012: 25).

Die Ausstattung der NGOs mit den notwendigen Kapazitäten sieht die EU zudem als eine der zentralen Voraussetzungen, ihrer Förderung eine nachhaltige demokratieförderliche Wirkung zu verleihen. Dabei stellt die Nachhaltigkeit eines der zentralen Kriterien, an welchen die EU die Effizienz der geleisteten Projektförderung für lokale NGOs misst. So fordert sie die geförderten NGOs am Schluss ihrer EU-Projekte in der Regel auf, darzulegen, was zur Sicherung der Nachhaltigkeit der erreichten Ergebnisse unternommen wurde (vgl. European Commission 2004a: 22, 114). Laut der Europäischen Kommission, bezieht sich der Begriff der Nachhaltigkeit (*sustainability*) auf die Frage, ob die positiven Auswirkungen der geleisteten Projektarbeit ebenfalls nach Abschluss der externen Finanzierung bestehen bleiben (vgl. ebd.: 49). Dabei nennt die EU-Kommission folgende Faktoren, welche die Nachhaltigkeit der demokratieorientierten Förderung von NGOs prägen: 1) Kontinuität der Ziele des Projekts; 2) Sicherung der politischen Unterstützung; 3) institutionelle Kapazitäten; 4) sozio-kulturelle Faktoren; 5) finanzielle Nachhaltigkeit; 6) technische Aspekte; 7) Auswirkungen auf sektorenübergreifende Bereiche, wie Gleichstellung von Frauen und Männern, Einflüsse auf Umwelt und gutes Regieren (vgl. ebd.: 133).

In Zielen der Bequemlichkeit der empirischen Untersuchung wird „Nachhaltigkeit“ in zweifacher Hinsicht definiert: als institutionelle und als finanzielle Nachhaltigkeit. Die finanzielle Nachhaltigkeit zeigt sich im Vorhandensein notwendiger Voraussetzungen, um den NGOs die Fortsetzung der einzelnen Ziele und Aufgaben ihrer EU-geförderten Projekte nach Projektschluss finanziell zu ermöglichen. Die institutionelle Nachhaltigkeit fasst alle Aspekte bis auf finanzielle Nachhaltigkeit zusammen (vgl. European Commission 2004a: 45). Im Mittelpunkt stehen die Aufgaben, welche den projektausführenden NGOs notwendige politische Unterstützung bzw. institutionelle Kapazitäten sichern, sodass die erreichten Projektergebnisse sich auch nach Ende der Projektfinanzierung weiterhin positiv auf die Demokratisierung vor Ort auswirken (vgl. ebd.).

10.2.3 Der Wille der NGOs zur Kooperation mit der EU als einem externen Förderakteur

Nur die Ausstattung mit Kapazitäten an sich bringt wenig, wenn es den NGOs am notwendigen Willen fehlt, von diesen Kapazitäten aktiv Gebrauch zu machen und mit der EU zusammenzuarbeiten (vgl. Börzel 2010a: 2). Wie die Recherche dieser Arbeit zeigt, gibt es auch in der Ukraine mehrere ressourcenstarke NGOs mit einem Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Demokratisierung, welche zwar aktiv mit den staatlichen Behörden kooperieren, allerdings an der gezielten Förderung aus der EU wenig Interesse haben oder sich viel lieber anderen internationalen Partnern zuwenden. Als solche NGOs können in der Ukraine beispielsweise *Centre UA*, *Institute of World Policy* oder *International Centre for Policy Studies* in Kiew genannt werden (vgl. Interview Chernikov 2015). Es stellt sich somit die Frage, unter welchen Bedingungen NGOs den notwendigen Willen und das Interesse an der Förderung aus der EU mitbringen.

Die Analyse der Literatur zum Thema der zivilgesellschaftlich orientierten Demokratieförderung durch die EU in Ländern der Östlichen Partnerschaft, u. a. in der Ukraine, zeigt, dass der Wille der NGOs zur Kooperation von mehreren Faktoren abhängt. Zum einen sind hier oft die Ziele, strategische Ausrichtung und thematischen Arbeitsschwerpunkte der NGOs entscheidend. In erster Linie sind es die politisch orientierten NGOs, welche sich mit den einzelnen Aufgaben der

Demokratisierung beschäftigen und somit das notwendige Interesse an der Förderung aus der EU mitbringen. Besonders häufig bemühen sich um eine Förderung aus der EU diejenigen NGOs, deren Arbeitsschwerpunkte eine hohe Affinität zu einzelnen Förderprioritäten der EU im funktionalen Rahmen der ENP demonstrieren. Beispielsweise geht es im Fall der NGOs in Kiew meistens um Themenblöcke wie Korruptionsbekämpfung, Transparenz der öffentlichen Verwaltung, Menschenrechte und Aufbau von Kapazitäten der Akteure der Zivilgesellschaft.

Ferner ist das Bekenntnis der NGOs zu den EU-Werten, welche den normativen Kern der ENP in Osteuropa prägen, mitentscheidend dafür, wie hoch ihre Motivation zur Kooperation mit der EU ausfällt. Von daher zeigen im Fall der Ukraine die „pro-europäischen“ NGOs, welche sich für die europäische Integration des Landes einsetzen und dementsprechend das Modell der europäischen liberalen Demokratie teilen, am häufigsten den Willen zur Kooperation mit der EU. Ein Beweis dafür ist, dass die absolute Mehrheit der NGOs, welche die Grants der EU-Kommission erhielten, gleichzeitig Mitglieder des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft sind. Oft hängt der Wille der NGOs, Gebrauch von den Fördermöglichkeiten aus Brüssel zu machen, damit zusammen, ob hierfür eine Kooperation mit dem Staat gefragt ist. In den osteuropäischen Ländern hält die Unabdingbarkeit einer Partnerschaft mit staatlichen Akteuren die NGOs oft von der Kooperation mit der EU ab, da es ihnen dafür an Ressourcen oder Motivation fehlt.

Nicht zuletzt hängt der Wille der NGOs, mit der EU zu kooperieren, auch mit ihrem Zugang zu Information über laufende Fördermöglichkeiten bzw. mit ihren Kenntnissen über die Besonderheiten der Bewerbungsverfahren zusammen. Wiederum zeigt das Beispiel der Ukraine, dass die NGOs, die sich an den regelmäßigen Konsultationen der Vertretung der EU in Kiew zu laufenden Projektausschreibungen beteiligen, am schnellsten den notwendigen Willen aufbringen, sich um eine entsprechende Bewerbung zu bemühen. Von daher sind die NGOs aus Kiew wegen ihrer unmittelbaren Nähe zur Vertretung der EU-Kommission auch sonderlich aktiv (vgl. Interview Palyvoda 2015; Interview Zolkina 2015). Wie hoch die Bereitschaft der NGOs zur Kooperation mit der EU ist, hängt oft mit dem gesellschaftspolitischen Klima bzw. den Interessen, Bedürfnissen und Einstellungen der lokalen Bevölkerung in Bezug auf einzelne Fragen der Demokratisierung zusammen. Die gesellschaftspolitische Umwelt entscheidet zudem über das Vertrauen der Bevölkerung zu den NGOs bzw. ihren allgemeinen Stellenwert in der breiten Öffentlichkeit. Von daher leitet sich diese Opportunitätsstruktur in dieser Arbeit zu einem großen Teil von den gesellschaftspolitischen Kontextbedingungen ab.

10.3 Zusammenfassende Bemerkungen

Dieses Kapitel stellte drei zentrale innerstaatliche Opportunitätsstrukturen – *domestic opportunity structures* – auf, welche hier als Erfolgsindikatoren in Bezug auf die EU-Förderung ukrainischer NGOs konzipiert wurden. Dies umfasst die schon vorhandenen Konstellationen innerstaatlicher Bedingungen, welche die Fortschritte und Grenzen der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU mitbestimmen. In Anbetracht des Forschungsinteresses dieser Arbeit werden solche Opportunitätsstrukturen aus dem Kontext der Förderung von NGOs durch die EU in ihren östlichen Nachbarländern wie der Ukraine abgeleitet. In erster Linie soll dies zeigen, welche NGOs und unter welchen Bedingungen vom Förderangebot der EU am ehesten Gebrauch machen können und wollen. Solche Opportunitätsstrukturen sind: das bestehende Verhältnis der NGOs zu staatlichen Politikakteuren, ihre Ausstattung mit notwendigen institutionellen und fachlichen Kapazitäten bzw. ihr grundsätzlicher Willen zur Kooperation mit einem externen Akteur wie der EU. Somit haben

ressourcenstarke, hochprofessionalisierte NGOs mit guten Kontakten zu Akteuren der Politik und einer hohen Affinität zu europäischen Werten der Demokratie die besten Chancen auf Förderung aus der EU. Die Mehrzahl solcher NGOs ist in der Regel in den Hauptstädten der EU-Nachbarländer platziert. Dies verdeutlicht auch das Beispiel der Ukraine, wo unabhängig von der Zeitphase der Demokratisierung überwiegend die NGOs der Hauptstadt mit gut ausgebauten institutionellen und fachlichen Kapazitäten von der EU gefördert wurden (vgl. Kuts/Palyvoda 2006: 12; Lada 2011: 2; Solonenko 2010: 15-16; Stewart 2013: 3).

Kapitel 6 diskutierte einzelne rechtlich-politische, wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Kontextbedingungen der Arbeit des ukrainischen NGO-Sektors entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung. Die Analyse ermöglicht, auf den generellen Entwicklungszustand der drei genannten Opportunitätsstrukturen im ukrainischen NGO-Sektor zu schließen. So zeigen die rechtlich-politischen Kontextbedingungen direkt auf das bestehende Verhältnis der NGOs zum Staat hin, während ihre wirtschaftspolitische Lage Informationen über ihre Ausstattung mit notwendigen Kapazitäten liefert. Der gesellschaftspolitische Kontext verweist wiederum auf das Interesse der ukrainischen NGOs, mit der EU als externem Akteur zusammenzuarbeiten. Die darauffolgende empirische Untersuchung überprüft, wie bzw. inwiefern die genannten Opportunitätsstrukturen die Kooperation der einzelnen ukrainischen NGOs mit der EU tatsächlich mitbestimmen.

11

Zivilgesellschaft als Adressat der Demokratieförderung durch die EU in der Ukraine

Das folgende Kapitel stellt die Förderung ukrainischer NGOs durch die EU entlang einzelner Zeitphasen der Demokratisierung systematisch dar. In diesem Sinne werden zuerst die institutionellen Grundlagen der externen Demokratieförderung durch die EU in der Ukraine dargestellt. Danach liegt der Akzent auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, indem die wichtigsten Facetten der EU-Unterstützung für die ukrainische Zivilgesellschaft bzw. die NGOs als wichtige Akteure in unterschiedlichen Bereichen der Demokratisierung entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung skizziert werden.

11.1 Demokratieförderung als Priorität der bilateralen Beziehungen der EU zur Ukraine

Die Demokratieförderung prägte seit 1994 die Dynamik der europäischen Integration der Ukraine. Schon im Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen, dessen Inkrafttreten 1998 die Beziehungen der EU zur Ukraine letztendlich institutionalisierte, legte die EU die Unterstützung der demokratischen Konsolidierung als ein wichtiges Ziel fest (vgl. The European Communities 1998: L49/5). In diesem Sinne vereinbarte man neben den marktwirtschaftlichen Reformen ebenfalls Reformen der zentralen politischen Institutionen, der öffentlichen Verwaltung und der Justiz, für deren Umsetzung die *TACIS*-Programme der EU Finanzierungen bereitstellten (vgl. Gnedina 2005: 17; Raik 2006a: 15; Kobzar 2006: 16).

Die praktische Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens gestaltete sich in den Amtszeiten des Präsidenten Leonid Kutschma allerdings als äußerst langwierig: dieser konnte weder die notwendigen institutionellen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen innerhalb des politischen Machtapparats schaffen, noch einen breiten Konsens zugunsten seiner Hauptziele unter den politischen Eliten herstellen, welche in ihrem Denken noch großteils kommunistisch geprägt waren (vgl. Wolczuk 2009: 192-197). Es fehlte an Visionen, Mechanismen und Strategien, welche eine effiziente Unterstützung demokratischer Prozesse seitens der EU vor Ort sicherstellen würden (vgl. Solonenko 2005: 60, 2011: 122; Kuzio 2006: 89; Vahl 2003: 1-4). Außerdem richteten sich die meisten EU-Hilfsmaßnahmen für die Ukraine bis zur EU-Erweiterung 2004 viel mehr auf wirtschaftliche und soziale Reformen als auf den institutionellen Aufbau einer Demokratie (vgl. Solonenko 2009: 713; Gnedina 2005: 17-18; Solonenko/Jarabik 2008: 85-86). Dementsprechend gilt 1998 – 2004 als die Zeit der „deklaratorischen Europäisierung“, in der trotz der ständigen Betonung der pro-europäischen Wahl der Ukraine kaum Reformen gemäß den Erwartungen der EU stattfanden (vgl. Wolczuk 2009: 197). Die durch den finanztechnischen Rahmen von *TACIS* vorgesehenen Strategien zur Unterstützung der Demokratisierung in der Ukraine wurden in ihrer Wirkung durch den hohen Grad an Korruption bzw. wegen der engen Interessenverflechtung zwischen Politik und Wirtschaft ebenfalls systematisch blockiert (vgl. Kempe 2003a: 61).

Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik und den damit vorgesehenen Mechanismen der demokratischen Konditionalität schien die EU-Demokratieförderung in der Ukraine an klaren Fortschritten gewonnen zu haben. Den demokratischen Wandel, welchen die Orange Revolution herbeiführte, wollte die EU mit klaren Vorteilen für die Ukraine auf ihrem Weg der europäischen

Integration auszeichnen (vgl. Dannreuther 2006: 184-185). Die ENP stellte eine Art privilegierte Partnerschaft der EU mit der Ukraine her, die auf ähnlichen Instrumenten der Beitrittskonditionalität beruhte, welche auch für Beitrittskandidaten eingesetzt wurden. Dies brachte die weitere politische und finanzielle Unterstützung der Ukraine durch die EU in direkte Abhängigkeit von ihren Fortschritten bei der Umsetzung der einzelnen demokratischen Reformen. Der angestrebte Reformkurs sollte vor allem durch die Sicherung stabiler politischer Institutionen, eines effizienten Schutzes der Menschenrechte und demokratischer Grundfreiheiten, der Rechtsstaatlichkeit, der Prinzipien des guten Regierens und einer funktionierenden Marktwirtschaft eine europäische demokratische Ordnung ermöglichen (vgl. Linkevičius 2008: 66; Solonenko 2009: 712-722; Shapovalova/Youngs 2012: 3). Sowohl der Aktionsplan zwischen der Ukraine und der EU, der als grundlegendes Dokument für die Umsetzung der Ziele der ENP für 2005–2008 galt, als auch das nationale Richtprogramm 2007–2010, das die Anwendung des finanztechnischen Rahmens des Instruments ENPI in der Ukraine regelte, definierten die Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates als erste Priorität der bilateralen Beziehungen der EU zur Ukraine. Der Fokus lag dabei auf Reformen des Staatsdienstes, der öffentlichen Finanzen und Verwaltung, der Justiz und des Gerichtswesens. Dabei sollte ein aktiver Kampf gegen Korruption die Reformen begleiten (vgl. Europäische Kommission 2006a: 4-6; European Commission 2005; Gawrich et al. 2010: 1218-1219). Im politischen Dialog zwischen der EU und Kiew gewannen die Fragen nach einer Stärkung der Medien- und Meinungsfreiheiten bzw. der Sicherung demokratischer, freier und gerechter Wahlen ebenfalls an besonderer politischer Brisanz (vgl. Gordon/Sasse 2008: 23). Als zentrale Anreize für die Reformumsetzung galten die Perspektiven der Liberalisierung des Visumsregimes, der tief greifenden wirtschaftlichen Integration, einschließlich der Errichtung einer Freihandelszone der Ukraine mit der EU, der kontinuierlichen Aufstockung finanzieller Hilfsmittel, engerer Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen bzw. der Intensivierung der Mensch-zu-Mensch-Kooperationen in den Bereichen Zivilgesellschaft, Bildung und Kultur. Hiermit wurden die Jahre 2004–2005 zum Wendepunkt in der Kooperation der EU mit der Ukraine zugunsten der Demokratisierung (vgl. Solonenko/Jarabik 2008: 81-86; Wolczuk 2009: 187, 200). Mit diesem Angebot an klaren Konditionalitätsmechanismen konnte die EU zum ersten Mal die innerstaatlichen demokratischen Reformen in der Ukraine aktiv mitgestalten (vgl. Solonenko 2011: 120-123).

Nach der Orangen Revolution stärkte die EU ihr Ziel der Demokratieförderung in der Ukraine deutlich. Zum ersten Mal formulierte sie klare Forderungen an die Ukraine, an deren Erfüllung die weitere Unterstützung der Demokratisierung geknüpft war (vgl. Gawrich et al. 2010: 1228; Baracani 2004: 18-20). Allerdings fiel die tatsächliche Umsetzung der Demokratisierungsagenda der ENP in der Ukraine auch in den Amtsjahren des Präsidenten Juschtschenko eher bescheiden aus. Trotz des mit der Orangen Revolution eingeleiteten demokratischen Systemwandels verweigerte die EU der Ukraine weiterhin eine klare Beitrittsperspektive. Die EU, welche nach 2004 in eine sogenannte „Erweiterungsmüdigkeit“ verfiel, wollte auf Aspirationen der Ukraine, EU-Mitglied zu werden, vorerst nicht eingehen. Als Folge wird der Ukraine die Kooperation mit der EU weiterhin im Standardrahmen der ENP angeboten wurde (vgl. Börzel/van Hüllen 2011: 14-17). Dies erklärt, warum die von der EU angebotene Anreizstruktur, welche die Ukraine zu den erwarteten Reformen bewegen sollte, sich letztendlich als schwach erwies (vgl. Shapovalova 2010a: 64, 75; Petrov 2007: 12-13; Dannreuther 2006: 185). Die Strategie der ENP, die Demokratisierung in der Ukraine mit *quasi* denselben Methoden zu unterstützen, welche bei anderen Beitrittskandidaten angewandt wurden, ohne jedoch eine EU-Mitgliedschaft in Sicht zu stellen, akzeptierte die ukrainische Regierung jahrelang nicht. Stattdessen betrachtete Kiew das ENP-Format, das das Land in eine Reihe mit mittelmeer- und nordafrikanischen Staaten stellte, als eine temporäre Übergangsphase in ihren

Beziehungen mit der EU (vgl. Malyhina 2009: 26-27; Wolczuk 2009: 198). Somit entwickelte sich die verwehrte Beitrittsperspektive zum echten Stolperstein bei der Umsetzung der Demokratisierungsziele der ENP in der Ukraine. Weder die Mechanismen der demokratischen Konditionalität noch der Sozialisation konnten unter Verwehrung der Option einer EU-Mitgliedschaft die notwendige Wirkungskraft entfalten, um die dringend benötigten demokratischen Reformen in der Ukraine effizient zu fördern (vgl. Solonenko/Jarabik 2008: 81-82; Stewart 2009: 650).

Mit Sorge betrachtete die EU die beunruhigenden Entwicklungen in der Ukraine, welche trotz der Errungenschaften der Orangen Revolution die weitere Demokratisierung des Landes belasteten. Häufige institutionelle Krisen, welche aus der Rivalität zwischen dem Präsidenten Juschtschenko und dem Ministerkabinett hervorgingen, der stark eingeschränkte Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Politikgestaltung, eine niedrige politische Kultur, mangelnde Fortschritte im Bereich der Korruptionsbekämpfung und ein grundsätzlich fehlender politischer Konsens hinsichtlich entscheidender Reformanliegen begründeten den gerechtfertigten Zweifel der EU daran, ob sich die ukrainische Regierung tatsächlich an ihren europäischen Integrationskurs hält (vgl. Shapovalova 2008: 4-6; Raik 2006a: 8; Malyhina 2009: 25; Stewart 2009: 650). Ähnlich wie in Zeiten des Präsidenten Kutschma konnte auch Juschtschenko die Implementierung der EU-geförderten Reformen vor Ort nicht gewährleisten (vgl. Gawrich 2006: 56). Es fehlte außerdem an Koordinationsmechanismen zwischen den Außen-, Justiz- und Wirtschaftsministerien der Ukraine, um die von der ENP vorgegebenen Reformziele umzusetzen (vgl. Wolczuk 2009: 202). Auch die angebotenen Mechanismen der demokratischen Konditionalität entpuppten sich in ihrer Anwendungspraxis als zu unkonkret und vage, da es ihnen häufig an klaren Verknüpfungen zwischen den angebotenen Anreizen und gestellten Forderungen an die Ukraine fehlte (vgl. Gawrich et al. 2009: 14; Solonenko/Jarabik 2008: 89-90). Kritisiert wurde der Aktionsplan der Ukraine mit der EU auch dafür, dass seine Klauseln keine rechtliche Bindungskraft für die ukrainische Regierung besaßen (vgl. Gordon/Sasse 2008: 23). Als Folge konnten zwischen 2005 und 2007 nur 11 von 73 Prioritäten des Aktionsplans umgesetzt werden (vgl. Wolczuk 2009: 207). Unter diesen Umständen zeigte sich die EU auch nach der Orangen Revolution als ein eher schwacher externer Demokratieförderer in der Ukraine (vgl. Johansson-Nogués 2007: 186-187; Solonenko 2009: 711, 717; Stewart 2008: 303).

2007 nahm die EU die Verhandlungen über das neue Assoziierungsabkommen auf, welches neue Hoffnungen auf eine bessere Kooperation der EU mit der Ukraine in Fragen der Demokratisierung weckte. Das neue Abkommen sollte das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit der Ukraine nach Ablauf seiner zehnjährigen Geltungsfrist ersetzen (vgl. Shulga 2015: 34). Bis zum Abschluss der Verhandlungen sollte eine spezielle Assoziierungsagenda den weiteren Ablauf der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine regeln. Dies setzte die einzelnen Reformen in Richtung einer tief greifenden politischen Assoziation und wirtschaftlichen Integration als zentrales Ziel des geplanten Assoziierungsabkommens fest. Den darin enthaltenen Mechanismen der demokratischen Konditionalität lagen wiederum die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der fundamentalen Grundfreiheiten, der Transparenz, Berechenbarkeit und Bürgernähe in der Arbeit der Regierungsinstitute zugrunde. Als Sonderprioritäten galten die Bekämpfung der Korruption, die Reformen der Justiz, des Gerichtswesens, des Wahl- und Verfassungsrechts bzw. eine umfassende Verwaltungsreform nach EU-Standards (vgl. Sushko et al. 2012: 18; European Commission 2010a: 6-12, 2012e: 8, 2014f: 4-5). Die weitere Unterstützung der demokratischen Transformation sollte u. a. mithilfe einer Intensivierung der Sozialisationsprozesse zwischen der Ukraine und den EU-Ländern erfolgen, wobei ein besonderer Akzent auf die Mensch-zu-Mensch-Kontaktebene infolge der Intensivierung der zivilgesellschaftlichen Kooperation lag (vgl. Shapovalova 2008: 14). Im Gegensatz zu den ENP-

Aktionsplänen zeichneten sich die Bestimmungen der Assoziierungsagenda durch eine bindende Rechtskraft aus, was ihnen mehr Effizienz in der Förderung der Demokratisierungsprozesse vor Ort versprach (vgl. ebd. 10).

Der Verhandlungsprozess über das neue Assoziierungsabkommen gestaltete sich allerdings deutlich langsamer, als dies am Anfang erhofft wurde: Es fehlte sowohl am Interesse einzelner EU-Mitgliedstaaten, der Ukraine eine assoziierte Partnerschaft mit der EU zu gewähren, als auch an einer gemeinsamen Vision zwischen der Ukraine und der EU darüber, welche Form die angebotene Assoziation letztendlich annehmen sollte. Während Kiew unter dem Begriff der „Assoziation“ eine EU-Mitgliedschaftsoption verstehen wollte, interpretierte die EU diesen als eine Art Sonderpartnerschaft, welche der Ukraine zwar eine verstärkte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit, aber noch keine klare Beitrittsperspektive in Sicht stellte (vgl. Solonenko/Jarabik 2008: 88; Shulga 2015: 34-36).

Die nächste Entwicklung in den EU-Ukraine-Beziehungen brachte 2009 die Initiative der Östlichen Partnerschaft, mit welcher die EU die prioritäre Bedeutung ihrer östlichen Nachbarn für die Sicherung der Demokratie auf dem europäischen Kontinent klar unterstrich (vgl. Council of the European Union 2009; European Commission 2008). Auf der Ebene der Demokratieförderung bedeutete die Initiative eine Erweiterung der Perspektive der politischen Assoziation auf alle sechs Teilnehmerländer (vgl. Kap. 8.2.2). Das im Rahmen der Initiative gegründete Zivilgesellschaftliche Forum versprach den ukrainischen NGOs seinerseits mehr politisches Gewicht bei der Vorbereitung und Implementierung notwendiger Schritte der Demokratisierung im Dialog mit Akteuren der nationalen und europäischen Politik sowie mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft bzw. den EU-Mitgliedstaaten (vgl. Council of the European Union 2009; EaP CSF 2010, 2011, 2011a, 2012, 2012a). Auf der Ebene der EU-Kooperation mit der ukrainischen Regierung wurde die Östliche Partnerschaft dennoch dafür kritisiert, der Ukraine als Vorreiterin der europäischen Integration unter den östlichen EU-Nachbarn keinen „Mehrwert“ angeboten zu haben. Zwar machte die Östliche Partnerschaft die Ukraine von einem „Nachbarland“ zu einem „Partnerland“ der EU und somit auch zum ersten Land unter den östlichen EU-Nachbarn, welchem sowohl eine politische Assoziation als auch eine wirtschaftliche Integration angeboten wurde (vgl. Solonenko 2011: 120). Dennoch stand die Ukraine 2009 ohnehin bereits in einem Verhandlungsprozess über eine Art politische Assoziation mit der EU bzw. die Errichtung einer Freihandelszone mit der EU (vgl. Shapovalova 2009: 5; Adamski 2009: 68). Stattdessen wünschte sich die Ukraine einen solchen „Mehrwert“ vor allem in der Gewährung einer klaren Mitgliedschaftsperspektive, welche ihr allerdings weiterhin verwehrt blieb (vgl. Shapovalova 2009: 3). Dadurch mangelte es der ukrainischen Regierung an der Motivation, um an den multilateralen und bilateralen Kooperationsangeboten der Östlichen Partnerschaft mit erwarteter Intensität teilzunehmen (vgl. Raik 2011: 5-6). Hinzu kam, dass die Östliche Partnerschaft sich viel mehr auf regionale Kooperationsprojekte ihrer Teilnehmerländer untereinander als auf bilaterale Kooperation der EU mit Akteuren der ukrainischen Regierung und der Politik zur Unterstützung demokratischer Reformen konzentrierte (vgl. Drescher 2009: 26). Zugleich legten die häufigen innerpolitischen Krisen den Verhandlungsprozess über das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine 2009–2011 *quasi* lahm (vgl. Gromadzki 2011: 3).

Die Stagnation des Demokratisierungsprozesses in der Ukraine, welche für die Amtsjahre des Präsidenten Janukowitsch 2010–2014 typisch war, führte zu neuen Spannungen im Dialog der EU mit Kiew, u. a. in Fragen der Demokratisierung (vgl. Raik 2011: 6). Mit Sorge beobachtete die EU die steigende politische Abhängigkeit der ukrainischen Justiz, das Ausbleiben der Reformen der öffentlichen Verwaltung, die Einschränkungen der Meinungs-, Versammlungs- und Medienfreiheit

und die voranschreitende Korruption (vgl. Stewart 2011: 612; Bousac et al. 2012: 10). Mit den zahlreichen Wahlmanipulationen, welche internationale Beobachter während der Parlamentswahlen im Oktober 2012 registrierten, verlor die Ukraine endgültig ihre Rolle als Vorreiterin der Östlichen Partnerschaft (vgl. Solonenko 2012: 2-3). Trotz dieser Umstände wurde der Verhandlungsprozess über das neue Assoziierungsabkommen 2011 noch abgeschlossen. Im März 2012 initiierte die EU das Abkommen nach einer Zögerphase seitens der EU letztendlich. Dies eröffnete den Weg zu seiner Unterzeichnung (vgl. ebd.: 3).

Am 21. November 2013 verweigerte Präsident Janukowitsch unerwartet die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und brachte somit die gesamte europäische Perspektive der Ukraine in Gefahr. Dies löste die sogenannte *Euromajdan*-Revolution aus, wo infolge mehrwöchiger, massiver Bürgerproteste ein Machtumsturz zugunsten neuer pro-demokratischer Regierungskräfte gelang. Die neue Regierung unter Arsenii Yatseniuk unterzeichnete das Assoziierungsabkommen letztendlich im März 2014 (vgl. European Commission 2014f: 2; Wolczuk 2014: 1). Dies leitete ein neues Kapitel in der externen Demokratieförderung durch die EU in der Ukraine ein, das sich vor allem durch komplexe Anpassungen der ukrainischen Gesetzgebung an Standards des EU-Rechts in zahlreichen Politiksektoren auszeichnete. Eine engere Kooperation mit der EU wurde in Bereichen des politischen Dialogs, der Sicherheits- und Außenpolitik, der Justiz und Inneres, der Wahrung der Menschenrechte, der fundamentalen Grundfreiheiten und sonstiger europäischer Demokratiewerte ermöglicht (vgl. Sushko et al. 2012: 12; Petrov et al. 2015: 2-3). Das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ist das größte Vertragswerk, welches die EU je mit einem Drittstaat unterzeichnete (vgl. Petrov et al. 2015: 2). Seitdem bestimmt es die Hauptdynamik in der Förderung demokratischer Reformen in der Ukraine durch die EU, wobei für die Finanzierung ihrer Ziele ebenfalls neue Räume zur Verfügung gestellt wurden (vgl. European Commission 2014b, 2014f: 2). Die systematische Umsetzung bietet der Ukraine eine neue Form der verstärkten politischen Assoziation und wirtschaftlichen Integration in die EU, welche von der Freihandelszone bis zur Teilnahme an Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes reicht (vgl. Petrov et al. 2015: 2-3). Der Vertragstext stärkte außerdem die Instrumente der Konditionalität. So sah sich die ukrainische Regierung in seinem Rahmen mit einer deutlicheren Präzision als zuvor mit Forderungen nach konkreten Reformfortschritten bzw. der Einhaltung demokratischer EU-Werte in politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Regulierungsfeldern konfrontiert. Die Wirkungskraft der vorgesehenen Konditionalitätsmechanismen stärkt zudem die Tatsache, dass der Vertrag für die ukrainische Regierung rechtlich bindend ist (vgl. ebd.: 3-4).

11.2 Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft durch die EU (1994–2015): politisch-rechtliche Relevanz

11.2.1 In der ersten Zeitphase der Demokratisierung (1994–2005)

Schon seit Anfang der 1990er Jahre legte die EU die Stärkung der Zivilgesellschaft als eines der Ziele ihrer Demokratisierungsagenda in der Ukraine fest. Die meisten Maßnahmen zur Demokratieförderung in der Ukraine setzte die EU dennoch primär via amtlich vorgegebenen Regierungskanälen ein, während die Kooperation mit der Zivilgesellschaft eine eher zweitrangige Bedeutung spielte (vgl. Kempe 1998: 52; Stewart 2009a: 275). So wurden zwischen 1998 und 2005 in Zielen der Stärkung der Zivilgesellschaft nur ca. 2 % der Gesamtkosten der EU zur Förderung der ukrainischen Demokratie vor Ort ausgegeben (vgl. Raik 2006a: 17). Generell war das für die Kooperation mit der Ukraine entscheidende Programm *TACIS* viel mehr auf Handels- und

Investitionsförderung als auf die Unterstützung der Demokratisierung in ihrem politischen Sinne gerichtet (vgl. Shapovalova 2010: 3). Dementsprechend förderte es die zivilgesellschaftlichen Akteure primär in Fragen des Sozialen, wie Unterstützung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen, Maßnahmen des Gesundheitsschutzes, der Kinder-, Frauen- und Jugendhilfe. Die politisch orientierten Projekte der Zivilgesellschaft genossen hingegen eine deutlich geringere Aufmerksamkeit im institutionellen Förderrahmen von *TACIS*. Ähnlich war es mit der Förderung der ukrainischen NGOs im Rahmen des Programms *EIDHR*, dessen eindeutiger Vorrang sozialen Themen galt. Hinderlich zeigten sich für die Ziele der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in der Ukraine auch der Mangel an Instrumenten der rechtlichen Regulierung ausländischer Förderfinanzmittel auf der einen und an Kommunikation der Akteure der Zivilgesellschaft mit der EU auf der anderen Seite (vgl. Stewart 2009a: 275; European Commission/EuropeAid 2002: 4-6; European Commission 2001: 33; Kempe 2003a: 61; Solonenko 2010: 15-16).

Erst seit Ende der 1990er Jahre gewinnt die Kooperation mit der ukrainischen Zivilgesellschaft für die EU an Bedeutung, was zu einer Ausweitung der Finanzierung führt (vgl. Pishchikova/Ogryzko 2014: 15). Anfang der 2000er Jahre begann die EU damit, die Förderung der Zivilgesellschaft als eine eigenständige Dimension ihrer Demokratisierungsstrategie in der Ukraine zu formen (vgl. Kobzar 2006: 26). Schon das Nationale Richtprogramm 2002–2003 der EU-Kommission für die Ukraine widmet den Fragen der Förderung von „Zivilgesellschaft, Bildung und Training“ ein eigenständiges Kapitel und stellt diesen Zielen insgesamt 16 Millionen Euro zur Verfügung (vgl. European Commission 2001: 2).

11.2.2 In der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010)

Die Orange Revolution führte zur Aufwertung der Bedeutung der Zivilgesellschaft als treibende Reformkraft und somit wichtigen Partners der EU in Fragen der örtlichen Demokratieförderung in der Ukraine (vgl. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2009: C77/159-C77/161; Raik 2011: 5-6; Gawrich et al. 2010: 1220). Die Stärkung der Kapazitäten bzw. der politischen Rolle der Zivilgesellschaft entwickelte sich somit zur Handlungspriorität der EU in der Ukraine. Der institutionelle Rahmen der ENP erkannte die Förderung der Zivilgesellschaft als unabdingbare Bedingung für die Sicherung der Menschenrechte, der demokratischen Grundfreiheiten bzw. der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine an (vgl. European Commission 2005: 7; Europäische Kommission 2006: 19, 2006a: 6).

Diese Aufwertung der Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft für die EU resultierte in neuen Möglichkeiten der politischen und finanziellen Förderung ihrer Akteure im Rahmen des ENP (vgl. Bosse 2008: 51). Vielen dieser Möglichkeiten offenbarten sich als Kanäle der Sozialisation, wo via „Mensch-zu-Mensch“-Kontakten der Transfer europäischer, demokratischer Normen und Werte zwischen den EU-Ländern und der ukrainischen Gesellschaft gefördert wurde. Die EU-Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bzw. der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Jugend sind als erfolgreiche Beispiele solcher sozialisationsbasierten Methoden der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in der Ukraine zu nennen (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 3; Solonenko 2009: 718, 2010: 14-15, 2011: 121).

Wichtige Änderungen brachte die Orange Revolution auch für die Förderung ukrainischer NGOs durch die EU. *De facto* markiert das Jahr 2006 einen offiziellen Anfang der tatsächlichen Kooperation zwischen den ukrainischen NGOs und der EU, wo nach dem Ende der autoritären Ära Präsidenten Kutschmas endlich die hierfür erforderlichen Ausgangsbedingungen gesichert werden konnten (vgl. Stewart 2009a: 277, 2008: 300-304). Schon der ENP-Aktionsplan von 2005 bezeichnet

NGOs als wichtige Akteure der Demokratisierung, welche die Partizipation der Bürger an der Politik ermöglichen (vgl. European Commission 2005: 7; Raik 2006a: 18). Es folgten zunehmend lautere Stimmen aus Brüssel, welche für eine stärkere Einbeziehung der ukrainischen NGOs in das Monitoring und die Umsetzung der ENP vor Ort bzw. in die Verhandlungen der EU mit der ukrainischen Regierung über das neue Assoziierungsabkommen warben. Auch die EU-Vertretung in Kiew bat den NGOs regelmäßige Konsultationen bzw. Informationsveranstaltungen zu bestehenden Fördermöglichkeiten an (vgl. Stewart 2009a: 276; Solonenko 2010: 14-16). Zugleich erweiterte die EU die Finanzierung für den NGO-Sektor. Während die EU-Kommission in Zielen der NGO-Förderung zwischen 1998 und 2004 insgesamt 16,4 Millionen Euro zur Verfügung stellte, stieg diese Summe allein in den zwei Jahren von 2004 und 2006 auf 10 Millionen Euro (vgl. Kobzar 2006: 19). 2007 wurde das geografische Instrument *ENPI* als grundlegender finanztechnischer Rahmen für die Förderung der NGOs in östlichen EU-Nachbarländern festgelegt. Mit der Gründung des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft eröffnet sich 2009 auch eine neue politische Dimension der Förderung ukrainischer NGOs, die verstärkt auf Maßnahmen der Sozialisation, des Networkings und der Kommunikation der NGOs mit verschiedenen Interaktionsebenen setzt. Die direkte Projektförderung der ukrainischen NGOs fand jedoch weiterhin primär im EIDHR-Rahmen statt (vgl. Sushko et al. 2012: 46-47).

Abgesehen von diesen einzelnen positiven Tendenzen reichten die gesamten EU-Fördermaßnahmen in den Jahren der Präsidentschaft Juschtschenkos weder aus, noch waren sie effizient genug, um die ukrainische Zivilgesellschaft dauerhaft als einen Akteur der Demokratisierung zu stärken. Trotz einer gewissen Erweiterung der Finanzierung für NGOs blieb diese weitgehend unzureichend. Beispielsweise betrug die Finanzierung der NGOs nur 0,37 % der Gesamtsumme der finanziellen Hilfe durch die EU, welche sie der Ukraine 2007–2009 zur Unterstützung der Demokratisierung zur Verfügung stellte (vgl. Solonenko 2010: 14). In der Praxis bedeutete das, dass nur 1,42 % der Gelder aus dem Budget der beiden wichtigsten EU-Programme für externe Demokratieförderung in der Ukraine – *EIDHR* und *ENPI* – 2007–2009 zur Finanzierung der Projekte ukrainischer NGOs ausgegeben wurden (vgl. Lada 2011: 2).

Auch andere Faktoren, wie eingeschränkte Reisemobilität für ukrainische Bürger in die EU, verwehrt Perspektive eines EU-Beitrittes, mehrere Lücken in Fragen der rechtlichen Regulierung der EU-Finanzierung für ukrainische NGOs, unerfüllte Erwartungen der EU in Bezug auf schnelle demokratische Reformen in der Ukraine und die weiterhin stark ausgeprägte strukturelle Schwäche der ukrainischen Zivilgesellschaft spiegelten sich auf die Qualität und Effizienz der EU-Förderung ukrainischer NGOs 2005–2010 wider (vgl. Guggenberger 2006: 20; Solonenko 2010: 14-17; Stewart 2009a: 276-277; Bosse 2008: 49). Letztendlich änderte sich auch in der Juschtschenko-Zeit nichts am Vorrang von Regierungsinstituten als Hauptempfänger der EU-Fördermittel in Zielen der Demokratieförderung (vgl. Solonenko 2010: 14). Somit blieb die EU in ihren Bemühungen um die *bottom-up*-Demokratisierung der Ukraine 2005–2010 den USA immer noch stark unterlegen (vgl. Raik 2006a: 15-17; Lovitt/Rihackova 2008: 3).

11.2.3 In der dritten Zeitphase der Demokratisierung (2010–2015)

In der Amtszeit Viktor Janukowitschs versuchte die EU erneut, ihre Kooperation mit der ukrainischen Zivilgesellschaft auf eine qualitativ neue Basis zu stellen. In Anbetracht der zunehmenden Unterdrückung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten bzw. der allgemeinen Stagnation des demokratischen Prozesses in der Ukraine gewann die Förderung der Zivilgesellschaft an Bedeutung für die EU. Dies zeigte sich vor allem in der Erweiterung der finanziellen und technischen Hilfe der

EU für die ukrainische Zivilgesellschaft (vgl. European Commission 2014b: 19-28; Solonenko 2012: 4; Shapovalova 2010a: 72-73; Raik 2011: 7-8). Seit 2012 erhielt die Ukraine in Zielen der Entwicklung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung die meisten EU-Gelder unter allen Ländern der Östlichen Partnerschaft (vgl. Rihackova 2014: 8).

Der Einfluss der EU auf die zivilgesellschaftliche Entwicklungsdynamik in der Ukraine machte sich insbesondere auf der Ebene der europäischen Integration breit, wo die Kiewer NGOs tatsächlich zu „Anwärtern“ der Annäherung an die EU heranwuchsen. Sie monitorten systematisch die Dynamik der europäischen Integration des Landes und setzten sich für wichtige Schritte wie den Abschluss eines Assoziierungsabkommens oder eine Liberalisierung der Visumpolitik aktiv ein. Dies führte auch zur Verbesserung der direkten Kommunikation der EU-Vertretung in Kiew bzw. der höheren EU-Beamten in Brüssel mit ukrainischen NGOs über aktuelle Probleme und Fortschritte der Demokratisierung vor Ort (vgl. Stewart 2013: 6; Shapovalova 2010a: 72-73).

2011 war ein wichtiges Jahr in Bezug auf die Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft durch die EU. Innerhalb der Reform der ENP machte die EU die Stärkung der Teilnahme der NGOs an Demokratisierungsprozessen vor Ort zu einer wichtigen Bedingung ihrer weiteren Kooperation mit der ukrainischen Regierung in Richtung einer politischen Assoziation. Die Reform sah den Aufbau sogenannter „Partnerschaften mit Zivilgesellschaften“ vor, welche insbesondere den zivilgesellschaftlichen Akteuren in EU-Nachbarländern mit autoritär gefärbten politischen Regimes eine nachhaltige finanzielle Förderung und politische Unterstützung versprachen (vgl. European Commission 2011b: 5; Lada 2011: 2-3; Kohut 2012: 10). Auf regionaler Ebene wurden folgende Ziele gesetzt: die Stärkung der Kooperation der EU mit Akteuren der ukrainischen Zivilgesellschaft im Rahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft, die Förderung ihrer aktiveren Teilnahme an multilateralen thematischen und grenzüberschreitenden Projekten der Länder der Östlichen Partnerschaft bzw. an den schon bestehenden Kultur-, Bildungs-, Jugend- und Forschungsaustauschprogrammen auf der „Mensch-zu-Mensch“-Kontaktenebene mit EU-Staaten. Auf bilateraler Ebene hingegen ging es um die Erweiterung der Möglichkeiten für direkte finanzielle, technische und ideelle Förderung der Akteure der Zivilgesellschaft vor Ort durch die Vermittlung der EU-Vertretung in Kiew. Hierzu eröffnete die EU der ukrainischen Zivilgesellschaft neben den Mechanismen von *EIDHR* und *ENPI* neue Förderinstrumente im Rahmen der Programme *NSA&LA*, *EED* und *NCSF*. Auch die ukrainische Zivilgesellschaft zeigte immer mehr Interesse an der engen Kooperation mit der EU, um diese zur Aufwertung ihrer innerpolitischen Bedeutung zu nutzen. Häufiger als zuvor fanden in diesem Kontext Informationstagungen, runde Tische und Konsultationen der EU-Vertreter in Kiew mit ukrainischen NGOs statt, um diese über laufende Programme und Projektausschreibungen und die damit zusammenhängenden Bewerbungsverfahren zu informieren (vgl. Kohut 2012: 10).

Eine weitere starke politische Botschaft an die ukrainische Zivilgesellschaft ging von der EU im Rahmen des geplanten neuen Assoziierungsabkommens aus. Dieses war das erste Abkommen der EU mit einem Drittstaat, welches ein eigenständiges Kapitel über die Zivilgesellschaft beinhaltete und sie dabei in ihrer Bedeutung für die Demokratieförderung vor Ort mit einer demokratischen Regierung *quasi* gleichsetzte (vgl. Solonenko 2013: 6; Shapovalova 2010a: 73). Das Abkommen leitete im April 2015 eine bilaterale zivilgesellschaftliche Plattform ein, welche der ukrainischen Zivilgesellschaft eine zusätzliche Stimme in den Verhandlungen der EU mit der ukrainischen Regierung rund um seine Inhalte und deren Umsetzung verleihen sollte. Außerdem fungierte die Plattform als Organ der zivilgesellschaftlichen Kontrolle über einzelne Regierungsfortschritte bei der Umsetzung der Reformen im Sinne des Abkommens (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 11, 2014: 98;

Sushko et al. 2012: 47-49; EaP CSF 2014).¹⁴⁵ Dies förderte eine Verbesserung des komplizierten Dialogs der ukrainischen NGOs mit der damaligen Regierung, welche die zivilgesellschaftliche Expertise aus ihren Entscheidungsprozessen systematisch ausklammerte (vgl. Kohut 2012: 10). Vor diesem Hintergrund ist die Ära Janukowitschs als solche zu deuten, in der der Ausbruch des zivilgesellschaftlichen Aktivismus, welcher als Reaktion auf die stagnierende Demokratisierung stattfindet, letztendlich in die Intensivierung der *bottom-up*-Demokratieförderung der EU in der Ukraine mündete.

Mit dem Zusammenbruch des Janukowitsch-Regimes erkennen die EU-Akteure in den zahlreichen neuen bürgerlichen Bewegungen und Initiativen der zivilgesellschaftlichen Aktivisten, welche durch die *Euromajdan*-Revolution herbeigeführt wurden, neues Potenzial für die Demokratisierung vor Ort (vgl. Burlyuk et al. 2017; Shapovalova/Burlyuk 2018). Um dieses zu nutzen, beteiligt sich die EU seit Anfang 2014 an der Unterstützung mehrerer Projekte der zivilgesellschaftlichen Szene, welche im institutionellen Rahmen von *EED* und *NCSF* mit ausgeführt werden. Insbesondere geht es um die Projektförderung im Bereich unabhängiger Medien, Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Ausarbeitung und Umsetzung einer neuen Reformagenda für die Ukraine bzw. die Mobilisierung der Bürger als Teilnehmer des politischen Prozesses.¹⁴⁶

Ebenfalls wandelten sich die thematischen Schwerpunkte der Förderung ukrainischer NGOs durch die EU nach der *Euromajdan*-Revolution. Der Förderakzent verlagerte sich zugunsten der Projekte, welche sich mit Themen des Monitorings bzw. der Transparenzkontrolle lokaler Verwaltungen bzw. der Organe der lokalen Selbstverwaltung auseinandersetzten. Hiermit strebte die EU an, ihre Förderung für NGOs immer mehr nach tatsächlichen lokalen Förderbedürfnissen in ukrainischen Regionen auszurichten bzw. diese stärker in die lokale Politikgestaltung zu involvieren (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Nerisanu 2013; Interview Zolkina 2015). Die Marginalisierung der Bedeutung der NGOs auf nationalpolitischer Ebene, welche in Zeiten des Präsidenten Janukowitsch klar zu beobachten war, bedingte die Aufwertung der Handlungsebene der lokalen Politik ebenfalls (vgl. Interview Tymoshchuk 2015; Interview Zolkina 2015). Gleichzeitig konkretisierte und spezifizierte die EU ihre Forderungen an die ukrainischen NGOs im Bereich der Projektförderung. Mehr als zuvor wurden die ukrainischen NGOs mit der Forderung konfrontiert, ihren Projektbewerbungen einen systematischen Ansatz und klare Umsetzungsstrategien zugrunde zu legen. Dies zeigt, dass die EU NGOs nach der *Euromajdan*-Revolution immer mehr als direkte Mitgestalter demokratischer Reformprozesse betrachtete bzw. von deren Projekten möglichst konkrete bzw. genau messbare Ergebnisse vor Ort erwartete (vgl. Interview Zolkina 2015; Interview de Mercey 2015).

Zur Einführung neuer programmatischer Förderinstrumente der EU für die ukrainische Zivilgesellschaft kam es in den ersten Jahren nach der *Euromajdan*-Revolution jedoch nicht. Stattdessen setzte man vor allem die 20 EU-Projekte weiter um, welche innerhalb von insgesamt 3 *calls for proposals* im Rahmen der beiden 2011 gegründeten EU-Förderinstrumente – *NCSF* und *NSA&LA* – eingeleitet wurden (vgl. Interview de Mercey 2015: 1). Als größtes EU-Projekt in den ersten Jahren nach der Revolution gilt das Projekt „Reanimation Package of Reforms“, das als umfassende zivilgesellschaftliche Expertenkoalition in Zielen der Vorbereitung und Umsetzung demokratischer Schlüsselreformen in der Ukraine konzipiert wurde (vgl. Kap. 12.3.1). Mit der EU-

¹⁴⁵ Zu den Möglichkeiten und Grenzen der Einbeziehung der NGOs in die Implementierung des Assoziierungsabkommens vgl. ebenfalls Sushko et al. 2012: 47-52.

¹⁴⁶ Für einen detaillierten Überblick über die wichtigsten durch *EED* geförderten Projekte siehe online unter European Endowment for Democracy (2018): We support. Brussels. Online verfügbar unter <https://www.democracyendowment.eu/we-support/?country=15>, zuletzt geprüft am 1.02.2018.

Finanzierung konnte die Koalition sich als wirksames Instrument der zivilgesellschaftlichen Teilnahme insbesondere an solchen entscheidenden Reformen wie der Justiz, des Wahlrechts, der öffentlichen Verwaltung und der Dezentralisierung bewähren.¹⁴⁷

Innerhalb der bestehenden EU-Förderinstrumente für ukrainische NGOs kam es ebenfalls zu einzelnen institutionellen Änderungen, welche eine Erweiterung der Finanzierung begleitete. So startete im Rahmen des *ENI* das Programm „Annual Action Plan 2014 Civil Society Support Programme“, um die ukrainischen NGOs stärker in ihren institutionellen Kapazitäten sowie ihrem Dialog mit Politikakteuren zu fördern und ihnen gleichzeitig neue Handlungsräume für Monitoring und Mitwirkung an der Umsetzung einzelner demokratischer Reformen der nationalen Regierung zu bieten (vgl. European Commission 2014b: 19-28). Die finanzielle Förderung für NGOs erlebte auch im programmatischen Rahmen von *NSA&LA* eine Erweiterung, wo seit 2014 die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen ein eigenes thematisches Programm erhielt (vgl. European Commission 2014d).¹⁴⁸ Die gestärkten Finanzierungsmöglichkeiten sollten laut dem Fahrplan der EU für die Kooperation mit der ukrainischen Zivilgesellschaft 2014–2020 mehr als zuvor zur Verbesserung der innenpolitischen bzw. der rechtlichen Arbeitsbedingungen der NGOs dienen. Bezüglich der fachlichen Kapazitäten der NGOs lag der Förderakzent stärker auf ihrer politischen Kommunikation, dem Monitoring der Regierung und der Mitwirkung an Reformen (vgl. European Commission 2014c: 13-15).

11.3 Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU entlang einzelner Zeitphasen der Demokratisierung (1994–2015)

Die Ukraine gilt als deutliches Beispiel dafür, dass die EU sich in den Transformationsgesellschaften Osteuropas unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren primär an die NGO-Ebene wendet. In der Regel geht es dabei um einen begrenzten Kreis der NGOs, welche die Anforderungen hinsichtlich Struktur, Ausstattung mit Kapazitäten und Professionalität erfüllen, um sich auf eine systematische und nachhaltige Kooperation im Bereich der Demokratisierung mit der EU einzulassen (vgl. Kobzar 2006: 22; Lada 2011: 1-2). Ferner folgt ein Überblick über die EU-Förderung ukrainischer NGOs entlang drei Zeitphasen der Demokratisierung im Rahmen der einzelnen Programminstrumente. Wie schon oben begründet, untersucht dies vor allem die vier Förderinstrumente *TACIS (IBPP)*, *EIDHR*, *NSCF* und *NSA&LA*, da diese eine direkte Projektförderung der ukrainischen NGOs in Form von *action grants* bzw. *service contracts* im Untersuchungszeitraum 1994–2015 ermöglichten.

11.3.1 In der ersten Zeitphase der Demokratisierung (1994–2005)

Die EU fing seit den späten 1990er Jahren an, den ukrainischen NGO-Sektor gezielt zu fördern (vgl. Kobzar 2006: 23). Diese erfolgte grundsätzlich im Rahmen von zwei Instrumenten: *TACIS* und *EIDHR*. Eine Stärkung ihrer Kapazitäten sowie die Aufwertung der innenpolitischen Rolle der NGOs wurden von beiden Instrumenten als wichtige Aufgaben in der Ukraine definiert (vgl. European Commission 2003: 5, 14-15). Unten stellt eine Übersicht die Logik und Erfolge der Förderung ukrainischer NGOs durch die beiden Programme 1994–2005 dar.

¹⁴⁷ Vgl. Reanimatsiyni Paket Reform (2018): *Priorytety reform (Reformprioritäten)*. Online verfügbar unter <https://rpr.org.ua/priorytety-reform-2017/>, zuletzt geprüft am 10.03.2018.

¹⁴⁸ Das Programm *NSA&LA* wurde 2014 in *Civil Society Organisations – Local Authorities (CSO-LA)* umbenannt. Der zeitliche Rahmen des Programms *CSO&LA* wurde bis 2020 festgelegt. Vgl. European Commission 2014d.

11.3.1.1 EU-Förderung der ukrainischen NGOs im Rahmen von TACIS

Das Programm TACIS erkannte die Stärkung der NGOs als Grundvoraussetzung für die Bildung einer demokratischen Gesellschaft an und setzte sie somit auf eine Bedeutungsebene mit der Förderung der Rechtsstaatlichkeit (vgl. Bailer 2000: 21; Holden 2009: 94). Die meiste Unterstützung richtete sich allerdings an die ukrainischen NGOs, die sich primär mit sozialen, und nicht politischen Fragen auseinandersetzten (vgl. European Commission 2001: 26-27; 33; Shapovalova 2010: 3).¹⁴⁹ Der Akzent richtete sich auf die Verlinkung der ukrainischen NGOs mit europäischen NGOs bzw. die Erweiterung ihrer institutionellen Kapazitäten (vgl. Raik 2006a: 17).

Die Projekte des politischen NGO-Sektors konnten sich seit 1996 um finanzielle Unterstützung im Rahmen des speziellen *TACIS*-Förderprogramms für demokratische Mikroprojekte bewerben. Dieses gewährte eine Finanzierung für insgesamt ein Jahr in einer Höhe bis 10.000 Euro (vgl. Bailer 2000: 21-22). Die meisten Fördermaßnahmen richteten sich auf die Erweiterung der Kapazitäten der NGOs bzw. die Förderung ihres Networkings und ihrer Kommunikation sowohl untereinander als auch mit den NGOs der EU-Länder (vgl. European Commission 2003: 15; Stewart 2009a: 274). Als häufige Förderprojekte fanden Seminare, Informationskampagnen, Trainings und sonstige Fortbildungsveranstaltungen statt. Die meisten davon setzten sich mit Themen der Meinungs- und Medienfreiheit, Menschenrechte und Effizienzförderung der öffentlichen Verwaltung auseinander (vgl. Bailer 2000: 5-7, 17, 21-22). Außerdem förderte das *TACIS*-Programm *BISTRO* 2002-2006 einige Projekte zur Unterstützung der NGOs als Berater und Kooperationspartner der Regierung bei der Umsetzung demokratischer Reformen (vgl. Predstavnytstvo Europeiskoi Komisii v Ukraini 2003: 6).¹⁵⁰

Darüber hinaus erfolgte 2002–2008 eine Stärkung der NGOs als Mitgestalter sozialer, wirtschaftlicher und politischer Transformationsprozesse durch das *TACIS*-Programm „IBPP – Institution Building Partnership Programme – Support to Civil Society and Local Initiatives“. Auch hier lag der Sonderakzent auf der Erweiterung der Kapazitäten und Stärkung der Kooperation der NGOs untereinander bzw. mit dem Staat. In der Praxis wurde dennoch eine Priorität zugunsten derjenigen NGOs gesetzt, die sich vor allem mit Fragen der Umweltpolitik und der sozialen Entwicklung auseinandersetzten (vgl. European Commission/EuropeAid 2002: 7; Delegation of the European Commission to Ukraine 2008: 1). Dementsprechend adressierte die Förderung vor allem Projekte in Bereichen des Gesundheitswesens, der Gleichstellungspolitik, des Sozialschutzes, des Kinderrechteschutzes und der lokalen Entwicklung.¹⁵¹ In der politischen Domäne der demokratischen Transformation erfuhr hingegen eine deutlich geringere Zahl an Projekten Unterstützung. Die wenigen Beispiele dafür betreffen die Stärkung des Menschenrechteschutzes in der Ukraine und der Advocacy-Kompetenzen lokaler NGOs. Die *grants* im Rahmen des *IBPP*-Programms reichten von 100.000 bis 200.000 Euro, wovon die EU bis zu 80 % übernahm; umgesetzt wurden die meisten Projekte durch zivilgesellschaftliche Konsortien, welche größere NGOs oder Beratungsagenturen mit

¹⁴⁹ Insgesamt wurden im *TACIS*-Rahmen drei thematische Schwerpunkte für die Projektförderung der ukrainischen NGOs definiert: 1) Reform der öffentlichen Verwaltung und Justizreform; 2) Privatsektor und wirtschaftliche Entwicklung; 3) Unterstützung in Bezug auf die sozialen Folgen der Transition (vgl. Raik 2006a: 15).

¹⁵⁰ Das Ziel des *TACIS BISTRO*-Programms bestand in der Gewährung einer möglichst schnellen Hilfe für die kleineren Projekte in der Ukraine und Russland mit einer Höchstdauer von 12 Monaten und einem Gesamtbudget von 40.000 bis zu 200.000 Euro. Das Finanzierungsverfahren koordinierte in der Ukraine die spezielle *TACIS-BISTRO*-Programmfazilität in der EU-Vertretung in Kiew (vgl. Tsentri myru, konversii ta zovnishnoi polityky 2006: 3).

¹⁵¹ Zur Auflistung der wichtigsten Projekte, welche im *TACIS*-Rahmen umgesetzt wurden, siehe unter: Delegation of the European Commission to Ukraine (2008b): Civil Society Portal: Database of EU-Funded Civil Society Projects, 15 September 2008. Kiev. Online verfügbar unter <http://delukr.sdv.com.ua/page49152.html>, zuletzt geprüft am 16.02.2015.

Sitz in der EU leiteten (vgl. Predstavnytstvo Evropeiskoi Komisii v Ukraini 2004: 5; Shapovalova/Shumylo 2008: 273). Zwischen 2002 und 2007 förderte das Programm die Umsetzung von insgesamt 43 Projekten; 14 weitere wurden auch nach Inkrafttreten des *ENPI* 2007 fortgesetzt. Trotz dieser Relevanz der *TACIS*-Projektförderprogramme für die Ziele der Demokratieförderung erschwerten die ungünstigen politischen Kontextbedingungen ihre Implementierung häufig (vgl. Solonenko 2010: 14-16; Stewart 2009a: 275).¹⁵²

Die Einschätzung der *TACIS*-Förderung für NGOs fällt ambivalent aus. Auf der einen Seite wird die Effizienz des Programms hinsichtlich der Förderung des Networkings, der Mensch-zu-Mensch-Kontakte und der politischen Kommunikation positiv bewertet (vgl. Bailer 2000: 11-17; Holden 2009: 95). Auf der anderen Seite kritisierten die ukrainischen NGOs seine mangelnde Flexibilität bzw. generelle Langwierigkeit des Förderverfahrens. So wurde die Projektfinanzierung meistens nur durch die Vermittlung von Regierungskanälen an die NGOs erteilt. Dabei verlangten die *TACIS*-Programme in der Regel von den NGOs, ihre Projekte in der Kooperation mit einem weiteren NGO aus einem EU-Land umzusetzen oder einen Teil der Projektkosten selbst zu übernehmen. Solche Forderungen hielten viele ukrainische NGOs von der Teilnahme ab (vgl. Bailer 2000: 12; Stewart 2009a: 275). Vergleichsweise gering fiel auch die Finanzierung aus, welche *TACIS* für die NGO-Förderung bereitstellte. So kamen zwischen 2004 und 2006 von dem gesamten *TACIS*-Budget in Höhe von 212 Millionen Euro nur 10 Millionen Euro der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 87).

11.3.1.2 EU-Förderung der ukrainischen NGOs im Rahmen von EIDHR

Seit 1999 förderte auch das *EIDHR* die ukrainischen NGOs. Im Gegensatz zu *TACIS* erlaubte das Programm eine direkte Gewährung finanzieller Unterstützung an die NGOs via EU-Vertretungen in Kiew ohne Vermittlung der Regierung. Ebenfalls fiel die Forderung nach der Mitfinanzierung bzw. der Umsetzung des Projekts in Kooperation mit einer weiteren NGO weg, was das gesamte Finanzierungsverfahren vereinfachte (vgl. Kobzar 2006: 24; Gumeniuk 2011). Dies erklärt, warum *EIDHR* 1994–2005 mehr Effizienz bei der Förderung ukrainischer NGOs als *TACIS* zugesprochen wurde (vgl. Raik 2006a: 17).

Grundsätzlich konnten sich die ukrainischen NGOs am *EIDHR* sowohl durch die regional aufgestellten Makroprojekte in der Kooperation mit europäischen Partnerorganisationen als auch durch eigene lokale Mikroprojekte beteiligen. Im Zeitraum 1999–2005 bevorzugten die ukrainischen NGOs dennoch das *EIDHR*-Programm für Mikroprojekte. Das lag daran, dass es den meisten ukrainischen NGOs an notwendigen Kapazitäten mangelte, um an größeren *EIDHR*-Makroprojekten mit einem Durchschnittsbudget von ca. 300.000 Euro teilzunehmen. Die *EIDHR*-Mikroprojekte richteten sich hingegen auf eine schnelle finanzielle Unterstützung vor allem der kleineren und strukturell schwächeren NGOs, um Transformationsprozesse von der lokalen Ebene aus besser zu unterstützen (vgl. Shapovalova 2010: 3; European Commission/EIDHR 2001: 5). Die zugänglichen *EIDHR*-Projektlisten zeigen, dass das Programm im Zeitraum 1999–2005 in Politikbereichen der Demokratisierung primär die Projekte ukrainischer NGOs mit folgenden Themenakzenten förderte: unabhängige Medienberichterstattung, Trainings zu Fragen des Menschenrechtsschutzes, Stärkung der lokalen Selbstverwaltung und NGO-Entwicklung. Dennoch förderte auch das *EIDHR* sozial

¹⁵² Zu einzelnen Projekten vgl. Delegation of the European Commission to Ukraine (2008b): Civil Society Portal: Database of EU-Funded Civil Society Projects, 15 September 2008. Kiev. Online verfügbar unter <http://projects.delukr.sdv.com.ua/projects>, zuletzt geprüft am 16.02.2015; Delegation of the European Union to Russia 2002: 5, 7, 8, 12.

orientierte Projekte deutlich häufiger als Projekte zu politischen Aspekten der Demokratisierung (vgl. European Commission/EIDHR 2000: 50, 51, 121, 130, 132; European Commission/EIDHR 2001: 158-159, 160-165).¹⁵³

11.3.2 In der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010)

2005–2010 trägt das Programm *EIDHR* die Dynamik der EU-Förderung ukrainischer NGOs großteils. Außerdem ersetzt 2007 der neue finanztechnische Förderungsrahmen *ENPI* diesen von *TACIS*. Im Folgenden wird der rechtlich-politische Kontext und die Bedeutung von *EIDHR* und *ENPI* für die Förderung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung erörtert.

11.3.2.1 ENPI als finanztechnischer Rahmen der Förderung ukrainischer NGOs

Im Rahmen von *ENPI* wurden die NGOs 2007–2010 in der Regel nicht in Form von Projekten direkt gefördert. Die meisten Finanzmittel gingen hingegen an nationale Regierungsstellen und lokale Behörden. So erfolgte die Förderung ukrainischer NGOs primär innerhalb bilateraler und regionaler sektorenspezifischer *ENPI*-Projekte der EU mit nationalen und lokalen Regierungsakteuren in den Schwerpunkten Wirtschaft oder Soziales (vgl. European Commission/ENPI 2011, 2011a). Einzelne Erfolge zeigten sich beispielsweise in der Teilnahme ukrainischer NGOs als Berater und Partner der Regierung an regionalen *ENPI*-Programmen in den Bereichen Jugend, Kultur, Bildung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Energie, Umwelt und lokale Entwicklung. Außerdem hatten NGOs die Möglichkeit, sich neben den Akteuren der Regierung als Fachberater an der inhaltlichen Gestaltung strategischer Dokumente der ENP, wie Länderstrategiepapiere, nationale Richtlinienprogramme oder jährliche Aktionspläne, zu beteiligen (vgl. Gumenuik/Tessier-Stahl 2010: 2-4). Diese Ziele definierten auch die einzelnen Politikbereiche, in denen ein stärkerer Einsatz der NGOs für die inhaltliche Mitgestaltung benötigter Reformen durch den *ENPI*-Rahmen begrüßt wurde, wie Reform der öffentlichen Verwaltung, Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, Sicherung einer unabhängigen Justiz und der Menschenrechte (vgl. ADVANCE Transcarpathian Advocacy and Development Centre 2009). Dennoch bot *ENPI* den ukrainischen NGOs kaum Möglichkeiten, bei der Umsetzung der ENP vor Ort mitzuwirken. Auch die bürokratischen Anforderungen der *ENPI*-Programme fielen oft zu hoch aus, um eine zahlreiche Teilnahme ukrainischer NGOs an diesen zu fördern (vgl. Gumenuik/Tessier-Stahl 2010: 4). In Anbetracht dieser Tatsachen ist das *ENPI* 2005 – 2010 nicht Teil der Auswahl der EU-Programminstrumente, welche im Rahmen der folgenden empirischen Untersuchung behandelt werden.

11.3.2.2 EU-Förderung der ukrainischen NGOs im Rahmen von EIDHR

Bis 2011 war *EIDHR* unbestritten das wichtigste Instrument der EU-Förderung für ukrainische NGOs (vgl. Interview de Mercey 2015). Die Umgestaltung des *European Initiative for Democracy and Human Rights* zum *European Instrument for Democracy and Human Rights* brachte 2007 auch Änderungen des Programms in Bezug auf NGOs. Vor allem die NGOs, die sich primär den Themen der Wahlen, Menschenrechte und Soziales widmeten, wurden als Förderzielgruppen von *EIDHR* aufgewertet. Die Finanzierung für NGOs stieg ebenso (vgl. Stewart 2009a: 276; Shapovalova/Youngs

¹⁵³ Für die vollständigen Listen der *EIDHR*-Projekte im Zeitraum 2000–2001 vgl. European Commission/EIDHR 2000/2001: 155-167.

2012: 4-5). Die Mehrheit der *EIDHR*-geförderten Projekte blieb aber auch in dieser Zeitphase der Demokratisierung eher sozial als politisch orientiert. So widmeten sich 2005–2008 von 11 *EIDHR*-Projekten ukrainischer NGOs insgesamt nur vier politisch betonten Themen der Demokratisierung, wie Justiz, Grundfreiheiten und Schutz der grundlegenden Freiheitsrechte.¹⁵⁴

2007–2008 setzte sich *EIDHR* als absoluter Vorreiter für die EU-Förderung demokratischer Projekte der ukrainischen NGOs durch (vgl. Bosse 2008: 51-52). Dennoch blieb sowohl die Finanzierung als auch die Zahl der im Rahmen des Programms geförderten NGOs in der Amtszeit Juschtschenkos vergleichsweise niedrig (vgl. Shapovalova 2010a: 63-64). In einigen Fällen überstieg das Budget nur eines NGO-Projekts, das von den USA gefördert wurde, die zweijährige *EIDHR*-Finanzierung für NGOs (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 91). Insgesamt stellte das *EIDHR*-Programm der Ukraine 2007–2010 mehr als 3 Millionen Euro zur Verfügung, wovon auch die ukrainischen NGOs profitierten (vgl. Lada 2011: 2). Die Schwerpunkte der NGO-Förderung lagen auf den Themen der Menschenrechte, der Stärkung demokratischer Institutionen, der politischen Bürgerpartizipation, der unabhängigen Justiz und institutionellen Entwicklung der NGOs als Akteure der Demokratisierung (vgl. European Commission/EIDHR 2010: 24, 27, 49, 58, 68, 101, 104, 107, 150, 238, 249, 284, 300, 323). Somit lassen sich die meisten *EIDHR*-geförderten Projekte dieser Zeitphase grundsätzlich zwei thematischen Blöcken – Menschenrechtsschutz und allgemeine Unterstützung des demokratischen Prozesses – zuordnen (vgl. Pyzhov 2006: 14). Zu den häufigen Projektaktivitäten gehörten Trainings, Seminare, Kampagnen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins und Networking-Maßnahmen.¹⁵⁵

11.3.2.3 Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft als politische Dimension der EU-Förderung für ukrainische NGOs

Neue Teilnahmemöglichkeiten für NGOs an der Demokratisierung in der Ukraine eröffnete 2009 die Gründung des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft. Seit dem ersten Treffen des Forums waren die ukrainischen NGOs aktive Teilnehmer (vgl. Solonenko 2010: 14-15). Die Teilnahme an den jährlichen Gipfeltreffen des Forums ermöglichte ihnen, ihre Ziele und Aufgaben zur Unterstützung der Demokratisierung in den Ländern der Östlichen Partnerschaft mitzugestalten. Die notwendigen Spielräume bot den ukrainischen NGOs beispielsweise die Arbeitsgruppe des Forums „Demokratie, Menschenrechte, Good Governance und Stabilität“ (vgl. EaP CSF 2009, 2010). Insgesamt konnten sich 44 ukrainische NGOs an den jährlichen Gipfeltreffen des Forums 2009 und 2010 direkt beteiligen (vgl. Lada 2011: 2).¹⁵⁶ Anzumerken ist dennoch, dass es dem Forum in den ersten Jahren nach seiner Gründung sowohl an entsprechenden institutionellen Strukturen, als auch an eingespielten Kommunikations- und Arbeitsstrategien für seine Teilnehmer fehlte, um seinen Aufgaben der Demokratisierung effizient nachzugehen. Das Forum präsentierte sich 2009–2010 somit in erster Linie als eine Plattform zur Kommunikation und Networking der NGOs untereinander. Erst die Gründung der nationalen Plattform des Forums 2011 in der Ukraine schuf für die beteiligten NGOs die Voraussetzungen, um ihren Dialog und die Kooperation mit der nationalen Regierung über

¹⁵⁴ Ausführlicher dazu vgl. Delegation of the European Commission to Ukraine (2008b): Civil Society Portal: Database of EU-Funded Civil Society Projects, 15 September 2008. Kiev. Online verfügbar unter <http://projects.delukr.sdv.com.ua/projects>, zuletzt geprüft am 16.02.2015.

¹⁵⁵ Für einen vollen Überblick der von *EIDHR* geförderten Projekte vgl. European Commission/EIDHR 2010: 24, 27, 49, 58, 68, 101, 104, 107, 150, 182, 238, 249, 271, 284, 300, 322, 323, 340, 343.

¹⁵⁶ Zur Auflistung der ukrainischen NGOs, welche sich am Forum 2009 beteiligt haben, vgl. European Commission 2009a.

Fragen der demokratischen Reformen und europäischen Integration zu intensivieren (vgl. Interview Sushko 2015; Interview Tyshchenko 2015).

11.3.3 In der dritten Zeitphase der Demokratisierung (2010–2015)

In der dritten Zeitphase der Untersuchung erweiterten drei neue Programme die Spielräume für die EU-Förderung ukrainischer NGOs: *NSA&LA*, *NCSF* und *EED*. Auch *EIDHR* führte 2010–2015 zu mehreren neuen demokratieorientierten Projekten ukrainischer NGOs. Während *EIDHR* sich weiterhin auf die Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte und Demokratieförderung in ihrer weiteren Bedeutung fokussierte, widmeten sich die Programme *NSA&LA* und *NCSF* der Stärkung der Transparenz, Effizienz und der institutionellen Grundlagen des demokratischen Regierens unter aktiver Teilnahme der Akteure der Zivilgesellschaft (vgl. European Commission 2013c, 2014 a, c, d). Eine Übersicht über die Logik und Bedeutung der genannten Programme für die Förderung der ukrainischen NGOs 2010–2015 folgt weiter unten.

11.3.3.1 Die EU-Förderung der ukrainischen NGOs im finanztechnischen Rahmen von ENPI: NCSF und EED

2011 wurden die Fördermöglichkeiten der ukrainischen NGOs im finanztechnischen Rahmen von *ENPI* durch die Eröffnung zwei neuer Programme – *NCSF* und *EED* – erweitert.¹⁵⁷ Der direkten Projektförderung ukrainischer NGOs kamen dabei die meisten Möglichkeiten innerhalb des Programms *NCSF* zu. Neben der direkten Projektförderung stellte das Programm den ukrainischen NGOs ein breites Angebot an Maßnahmen zur Erweiterung ihrer organisationalen bzw. technischen Kapazitäten zur Verfügung. Solche Maßnahmen waren häufig: Unterstützung beim Entwurf von Projektanträgen und in Fragen des Projektfinanzmanagements, Trainings- und Bildungsmaßnahmen für NGO-Mitarbeiter in Bereichen der politischen Analyse, Lobbying und Advocacy, Monitoring und Kontrolle der staatlichen Politik bzw. Förderung der Netzwerkbildung ukrainischer NGOs mit potenziellen Kooperationspartnern sowohl auf der nationalen als auch auf der EU-politischen Ebene (vgl. Delegation of the European Union to Ukraine 2012c; European Commission/EuropeAid 2012b: 5; Lada 2011: 3).¹⁵⁸ Insgesamt wurden für ukrainische NGOs in der dritten Zeitphase drei *calls for proposals* in Höhe von je 3 Millionen Euro im März 2012, April 2013 und Mai 2014 ausgeschrieben (vgl. European Commission 2014c: 12). Zwei davon erfolgten gemeinsam mit dem Programm *NSA&LA*, um die Kapazitäten der beiden Programme für mehr Effizienz bei der NGO-Förderung durch die EU zusammenzubinden (vgl. European Commission 2013c; Delegation of the European Union to Ukraine 2012c: 2).

Den meisten Erfolg in Bezug auf die Förderung der NGOs als Akteure der Demokratisierung zeigte *NCSF* infolge der Umsetzung zwei größerer, regional ausgerichteter Projekte in der Ukraine – des Projekts „Strengthening capacities of the National Platforms of the Eastern Partnership Civil Society Forum“ (Dezember 2012–Juni 2014) und des Projekts “Strengthening Non-State Actors Capacities to Promote Reform and Increase Public Accountability” (Dezember 2012–Dezember 2015). Die beiden Projekte richteten sich auf die institutionelle und fachliche Stärkung lokaler

¹⁵⁷ Die Förderlogik der beiden Instrumente wurde schon früher in Kap. 9.4.1.3 und in Kap. 9.4.2.3 beschrieben.

¹⁵⁸ Zu konkreten Anforderungen an die Organisationen der Zivilgesellschaft, welche sich in der Ukraine am Programm beteiligen können, vgl. Delegation of the European Union to Ukraine 2012c: 1-2.

zivilgesellschaftlicher Akteure in den Ländern der Östlichen Partnerschaft als Mitgestalter der Demokratisierungsprozesse vor Ort (vgl. EaP CSF 2013; Malerius 2015; O.A. 2016).¹⁵⁹

Nach der *Euromajdan*-Revolution folgte die Integration des *NCSF* in den neuen Finanzrahmen des *ENI* 2014–2020 mit dem Anspruch, neben der direkten finanziellen Förderung die Teilnahme der Zivilgesellschaften der Förderländer am politischen Dialog mit der EU zu stärken (vgl. Pishchikova/Ogryzko 2014: 15; European Commission 2014c: 12-15). Im Rahmen des *ENI* entstand ein spezielles *ENI East Regional Programme 2015*, das sich mit besonderer Aufmerksamkeit der Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure widmete (vgl. European Commission 2014). So folgte der „Civil Society Support Programm Annual Action Plan 2014“, welcher die Ziele und Aufgaben des *NCSF* mitübernahm (vgl. European Commission 2014b: 19).

Neben *NCSF* unterstützte die EU die ukrainischen zivilgesellschaftlichen Akteure ebenfalls durch das Programm *EED*, welches die EU-Kommission als dreijähriges *ENPI*-Projekt „Support to the European Endowment for Democracy“ von der EU-Kommission förderte. Insgesamt stellte der *ENPI*-Rahmen 5 Millionen Euro zur Verfügung, welche zwischen 2013 und 2015 für das *EED* ausgegeben wurden (vgl. European Commission/EuropeAid 2013: 30). Die Analyse der vor 2015 bewilligten Projekte im Rahmen des *EED* zeigt, dass die meisten davon sich nicht auf die Projektförderung der auf eine operative Unterstützung einzelner Aktivitäten zivilgesellschaftlicher *grassroots*-Initiativen, zivilgesellschaftlicher Aktivisten, Journalisten, kleinerer lokaler Medien, sozialer Bewegungen und nicht-registrierter NGOs richteten, welche zum größten Teil schon nach 2015 erfolgte (vgl. Council of the European Union 2011: 3).¹⁶⁰ Aus diesen Gründen sind die *EED*-geförderten Projekte von der weiteren empirischen Untersuchung dieser Arbeit, die sich auf die Ebene der NGOs einschränkt, ausgenommen.

11.3.3.2 Die EU-Förderung der ukrainischen NGOs im Rahmen von *EIDHR*

In der Amtszeit Janukowitschs verdoppelte die EU ihre Förderung für die ukrainische Zivilgesellschaft im Rahmen des Programms *EIDHR* (vgl. Stewart 2011: 614). Die Aufstockung der Mittel begleiteten Änderungen in der Förderstrategie des *EIDHR*. Während das *EIDHR* sich bis 2010 grundsätzlich auf die Förderung der Mikroprojekte kleinerer lokaler NGOs in verschiedenen Regionen des Landes konzentrierte, nahm es ab 2010 ebenfalls die Förderung größerer und hochprofessionalisierter NGOs und Think Tanks in Kiew auf, wie beispielsweise *OPORA*, *Centre for Political and Legal Reform* oder *Ilko Kucheriv „Democratic Initiatives“ Foundation*. Solche NGOs sollten dabei primär in den Aktivitäten gefördert werden, die ihre Kapazitäten in Bereichen Advocacy und Kommunikation mit Akteuren der Politik zu stärken versprachen (vgl. Shapovalova 2010: 3-4). Neben den traditionellen Förderbereichen, wie Stärkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, förderte das *EIDHR* seit 2010 in der Ukraine zunehmend Projekte zur Sicherung der freien, gerechten und demokratischen Wahlen und politischer Partizipationsrechte wie Meinungs-, Medien- und Versammlungsfreiheit. Aufgewertet wurden zudem die Projektthemen, welche in Verbindung mit der Erweiterung zivilgesellschaftlicher Kontrolle bzw. der gesellschaftlichen Unterstützung von Justizreformen und der Verfassung als Handlungsprioritäten des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens standen (vgl. Delegation of the European Union to Ukraine 2012b: 1; European Commission 2012a: 6-7, 2014a). Zur Erreichung der genannten Ziele kamen folgende

¹⁵⁹ Die beiden Projekte werden im empirischen Teil der Arbeit ausführlicher in Kap. 13.5.2.2.2 dargestellt.

¹⁶⁰ Mehr zu diesem wie auch anderen Projekten, welche im *EED*-Rahmen finanziert wurden, vgl. European Endowment for Democracy (2018): We support. Brussels. Online verfügbar unter <https://www.democracyendowment.eu/we-support/>, zuletzt geprüft am 1.02.2018.

Maßnahmen zum Einsatz: Unterstützung der öffentlichen Wahlbeobachtungsmissionen und Advocacy-Kampagnen für gerechte und demokratische National- und Lokalwahlen, Beratungen für Bürger zum Thema der Wahlen bzw. ihren Rechten als Wähler, Monitoring von Rechtsverletzungen vor und nach den Wahlen, Veröffentlichung der analytischen Studien zur aktuellen Wahlproblematik, Trainings- und Bildungsmaßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins in Bezug auf die Themen der Demokratie und Menschenrechte, Förderung von Kooperationen zwischen Wahlexperten und Wahlbeobachtern auf nationaler Ebene bzw. mit den einzelnen Ländern der Östlichen Partnerschaft, Bildung nationaler und transnationaler NGO-Netzwerke und Plattformen zur Förderung der demokratischen Wahlen etc. (vgl. European Commission 2014a: 2-4; Delegation of the EU to Ukraine 2012b: 3; European Commission 2012a: 11). Insgesamt standen für diese Ziele 2012 und 2013 im *EIDHR*-Rahmen 2.400.000 Euro zur Verfügung. Das durchschnittliche Projektbudget variierte zwischen 50.000 und 300.000 Euro und sah eine Anteilnahme der EU in Höhe von 50 % bis 95 % vor (vgl. Delegation of the EU to Ukraine 2012b: 3).

Nach der *Euromajdan*-Revolution wurde die Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft im Rahmen von *EIDHR* als Förderpriorität für den Zeitraum 2013–2017 wiederbestätigt bzw. durch neue finanzielle Mittel erneut erweitert (vgl. Pishchikova/Ogryzko 2014: 15-16; European Commission 2014a: 1). Dies führte zu mehreren neuen Projekten im Bereich der Menschenrechte bzw. der demokratischen Wahlen, weswegen *EIDHR* nach 2014 seine bedeutende Rolle für die Förderung ukrainischer NGOs behielt.

11.3.3.3 Die EU-Förderung der ukrainischen NGOs im Rahmen von NSA&LA

Die Unterstützung der ukrainischen NGOs war seit 2011 ein Schwerpunkt des EU-Programms „Non-State-Actors and Local Authorities“ (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 90). Der Akzent lag dabei auf der Erweiterung der Kapazitäten der NGOs bzw. der Förderung ihres Dialogs über die Gestaltung und Umsetzung zentraler demokratischer Reformen mit nationalen Politikakteuren (vgl. Delegation of the European Union to Ukraine 2012b: 2). In erster Linie unterstützte dies die sozial- und wirtschaftspolitisch orientierten NGOs und NGO-Netzwerke, welche sich als Anbieter öffentlicher Dienstleistungen für die ukrainische Bevölkerung fortentwickeln wollten und hierzu nach neuen Möglichkeiten zur Kooperation und Kommunikation mit nationalen und lokalen Politikakteuren suchten. Gleichzeitig sollte das Programm eine engere Zusammenarbeit der NGOs mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft fördern (vgl. Gumenuik 2011: 12; Delegation of the European Union to Ukraine 2012a: 1; 2012c, d). In diesen Zielen stellte man im Rahmen des Programms bis 2014 insgesamt 600.000 Euro zur Unterstützung der Projekte ukrainischer NGOs zur Verfügung (vgl. Delegation of the EU to Ukraine 2012c: 3). Für die Förderung kamen Projekte zwischen 200.000 und 400.000 Euro infrage, wobei die EU 50 % bis 90 % der gesamten Projektkosten übernahm (vgl. European Commission/EuropeAid 2012b: 6-7). Priorisiert wurden Projekte mit Schwerpunkt auf der Netzwerkbildung ukrainischer NGOs mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Politik. Der Vorteil des Programms bestand darin, dass sich die ukrainischen NGOs in seinem Rahmen komplett eigenständig und somit ohne einen weiteren Projektpartner bei der EU um Förderung bewerben konnten (vgl. European Commission/EuropeAid 2012b: 7).¹⁶¹ Mit der Verlängerung des Programms für 2014–2020 wendeten sich seine Prioritäten zugunsten wirtschafts- und sozialpolitischer Aspekte der Demokratisierung, wie der Stärkung der

¹⁶¹ Zu konkreten Anforderungen an die Organisationen der Zivilgesellschaft, welche sich in der Ukraine am Programm beteiligen können, vgl. Delegation of the European Union to Ukraine 2012c: 2.

NGOs bei der Sicherung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, der Armutsbekämpfung und Erbringung sozialer Dienstleistungen für die Bevölkerung (vgl. Pishchikova/Ogryzko 2014: 15; European Commission 2014d: 5). Dies erklärt, warum die Relevanz des Programms für die Förderung der NGOs als Teilnehmer politischer Prozesse der Demokratisierung nach 2014 allmählich nachließ.

11.3.3.4 Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft als politische Dimension der EU-Förderung für ukrainische NGOs

Die Amtszeit des Präsidenten Janukowitsch führte zur Aufwertung der politischen Unterstützung ukrainischer NGOs durch die EU im Rahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft. Insgesamt beteiligten sich seit 2010 jährlich ca. 20 ukrainische NGOs am zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft (vgl. Solonenko 2013: 7, 2011: 128-129).

Mit dem Ziel, im Rahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft eine konsolidierte Stimme der ukrainischen Zivilgesellschaft zu schaffen, entstand im Januar 2011 in Kiew die nationale Plattform des Forums. Das Hauptziel der Plattform bestand in der Förderung eines regelmäßigen Dialogs der Vertreter ukrainischer zivilgesellschaftlicher Organisationen sowohl untereinander als auch mit der Regierung, dem Parlament und den Vertretern der europäischen Institutionen. Die thematischen Schwerpunkte richteten sich auf die Umsetzung der bilateralen und multilateralen Komponente der Östlichen Partnerschaft bzw. einzelner proeuropäischer demokratischer Reformen, wie sie im Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU festgelegt wurden (vgl. Kohut 2011: 7; European Commission 2014f: 9-10; Solonenko 2011: 129). Zu den wichtigen Instrumenten der Plattform zählen jährliche Konferenzen, Sitzungen ihrer vier Arbeitsgruppen, die analog zu den Arbeitsgruppen des Forums geschaffen wurden, und die Teilnahme ihrer Vertreter an den Regierungstreffen bzw. Gipfeln der Östlichen Partnerschaft. Außerdem agierte die Plattform durch die Verbreitung verschiedener Dokumente wie Stellungnahmen, Aufrufe an die Regierung oder regelmäßige Digests zu diversen Themen der europäischen Integration in der Ukraine (vgl. EaP CSF 2012, 2011; Kohut 2011: 9-10). In der Überzeugung, dass das geplante Assoziierungsabkommen mehrere Reformen in der Ukraine verwirklichen würde, beteiligte sich die Plattform seit 2012 an den Konsultationen der EU-Vertretung in Kiew über den Fahrplan zum Vilnius-Gipfel der Östlichen Partnerschaft 2013. In dessen Rahmen erhoffte sie sich die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, arbeitete hierzu Empfehlungspapiere aus und führte Treffen mit hochrangigen Vertretern der EU durch (vgl. Kohut 2011: 11-12; Interview Andrii Kohut 2015; EaP CSF 2014).

Im Protest gegen die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU engagierte sich die Plattform seit November 2013 für die *Euromajdan*-Revolution. Die Plattform organisierte Freiwilligenhilfe für die Teilnehmer der Proteste, führte öffentliche Debatten über die europäische Zukunft der Ukraine durch und unterbreitete Expertenvorschläge in Bezug auf die anstehenden Reformen in Schlüsselbereichen der Demokratisierung wie die Reform des Gerichtswesens, des Wahlrechts, der Verwaltung, der Dezentralisierung, der regionalen Entwicklung und Bekämpfung der Korruption (vgl. EaP CSF 2014). Außerdem übernahm die Plattform die führende Rolle in der Vervollständigung und Gründung der bilateralen zivilgesellschaftlichen EU-Ukraine-Plattform im Sinne des Assoziierungsabkommens, das am 7. November 2014 ins Leben gerufen wurde (vgl. ebd.).

Seit 2012 bewährte sich die Plattform zunehmend als Instrument der konsolidierten Teilnahme ukrainischer NGOs am Regierungskurs der europäischen Integration (vgl. Lada 2011: 2). Ihre Arbeit kritisierten die teilnehmenden NGOs jedoch immer wieder für die schwache Führung und

schlechte Koordination (vgl. Interview Sushko 2015; Interview Lynnyk 2015; Interview Tyshchenko 2015).

11.4 Zusammenfassende Bemerkungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass alle Instrumente der EU zur Unterstützung der ukrainischen NGOs entlang einzelne Zeitphasen der Demokratisierung bzw. Dimensionen der Förderung auf folgende Weise gruppierbar sind:

Tab. 7: Überblick über zentrale Dimensionen und Programminstrumente der EU zur Förderung der Zivilgesellschaft in der Ukraine entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung

<i>Dimension</i>	<i>Programminstrumente der EU zur Förderung der Zivilgesellschaft in der Ukraine</i>		
	<i>Erste Zeitphase (1994–2005)</i>	<i>Zweite Zeitphase (2005–2010)</i>	<i>Dritte Zeitphase (2010–2015)</i>
Geografische Dimension	<i>TACIS</i>	<i>TACIS und ENPI</i>	<i>ENI</i>
Thematische Dimension	<i>EIDHR</i>	<i>EIDHR</i>	<i>EIDHR, NSA&LA, NCSF, zum Teil auch EED</i>
Politische Dimension	---	<i>Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft</i>	<i>Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft</i>

Quelle: eigene Darstellung

Unter den drei festgelegten Zeitphasen der Demokratisierung kann die erste Zeitphase (1991–2005) mit Sicherheit als solche gewertet werden, in welcher der Beitrag der EU zur Demokratisierung durch die Akteure der ukrainischen Zivilgesellschaft am geringsten ausfiel. Weder *TACIS* noch *EIDHR* platzierten in dieser Phase die Förderung von NGOs unter ihren Förderschwerpunkten in der Ukraine. Zu beachten ist auch, dass sich die *TACIS*- bzw. *EIDHR*-Projekte mit ukrainischen NGOs viel häufiger mit der Stärkung ihrer Kapazitäten als Anbieter sozialer Dienstleistungen als mit der Stärkung ihrer Rolle in demokratischen Prozessen vor Ort auseinandersetzten (vgl. Shapovalova 2010: 3; Stewart 2009a: 275).

Ambivalent fällt die allgemeine Einschätzung der EU-Förderung ukrainischer NGOs auch in der zweiten Zeitphase der Demokratisierung (2005–2010) aus: Auf der einen Seite gilt die Orange Revolution informell als tatsächlicher Beginn der EU-Kooperation mit den ukrainischen NGOs zugunsten der Demokratieförderung vor Ort. Mehrere Möglichkeiten der finanziellen Förderung und politischen Unterstützung aus der EU standen den ukrainischen NGOs im Rahmen der Instrumente *ENPI*, *EIDHR* und später auch des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft zur Verfügung. Auf der anderen Seite hielten ihre strukturellen Probleme bzw. die instabile rechtlich-politische Lage sogar die stärksten NGOs davon ab, von diesen Möglichkeiten aktiv Gebrauch zu machen (vgl. Stewart 2009b: 189, 2009a: 275; Lupu 2010: 22; Lada 2011: 1-2). Nur wenige NGOs konnten sich als Berater und Partner der Regierung in Fragen der Vorbereitung und Umsetzung der von der EU geforderten demokratischen Reformen teilweise durchsetzen. Trotz aller Erwartungen kam es auch seitens der EU zu keiner deutlichen Stärkung ihres Interesses an der Kooperation mit

NGOs in Fragen der Demokratisierung. Sogar bei Themen, die in Zusammenhang mit der Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft standen, bevorzugte Brüssel, mit der Regierung und nicht den NGOs vor Ort im Dialog zu bleiben (vgl. Stewart 2009a: 276; Solonenko 2009: 718, 2010: 14).

In der dritten Zeitphase der Demokratisierung kommt es zur spürbaren Verschlechterung des politisch-rechtlichen Klimas für politisch aktive NGOs in der Ukraine, welche in Regierungskreisen meistens als vom Ausland gelenkte Strukturen wahrgenommen wurden. Entsprechend gering gestalteten sich für ukrainische NGOs die Spielräume, ihre Expertise in politische Prozesse miteinzubringen (vgl. Lada 2011: 2). Unter solchen Umständen sah die EU die Notwendigkeit ein, ihre Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Ukraine zu erweitern, um der demokratischen Stagnation des Landes effizienter entgegenzuwirken. Als Folge rief sie neue EU-Programme der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung wie *NCSF*, *NSA&LA* und *EED* für die ukrainischen NGOs ins Leben. Gleichzeitig weitete die EU Finanzmittel im Rahmen schon bestehender Mechanismen wie *EIDHR* und *ENPI* aus. Zugleich bemühten sich die ukrainischen NGOs, die Kommunikationsräume im Rahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft aktiver in Zielen der Einflussnahme auf die nationale Politik von europäischer Ebene aus zu nutzen. Dies intensivierte in der Ukraine seit 2010 trotz der systematischen Unterdrückung demokratischer Freiheiten die Kooperation politisch orientierter NGOs mit der EU. Dies zeigte sich u. a. in einer deutlich höheren Zahl an EU-geförderten demokratischen Projekte der NGOs im Vergleich zu den zwei vorhergehenden Zeitphasen dieser Untersuchung. Die *Euromajdan*-Revolution wertete die politische Relevanz der Förderung ukrainischer NGOs für die EU ein weiteres Mal auf. Zu neuen Instrumenten der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in der Ukraine kam es nach der *Euromajdan*-Revolution jedoch nicht: Weiterhin wurde der Ton der Unterstützung für NGOs primär durch den Rahmen der Programme *EIDHR* und *NCSF* angegeben.

12

Gegenstand und methodologische Grundlagen der empirischen Untersuchung

Das folgende Kapitel stellt den Gegenstand und die methodologischen Grundlagen der angebotenen Untersuchung detailliert dar. Dies beantwortet Fragen nach der Operationalisierung der Variablen, Auswahl der Fallbeispiele, Erhebung der empirischen Daten, Auswertungs- und Analysemethoden. Dadurch werden die Grundvoraussetzungen für die darauffolgende empirische Auseinandersetzung mit ausgewählten Fallbeispielen dieser Untersuchung geschaffen.

12.1 Operationalisierung der unabhängigen und abhängigen Variablen der Untersuchung

Wie schon oben erwähnt, ist *die unabhängige Variable* dieser Arbeit als Gesamtheit der Programminstrumente der EU sowie deren Formen und Maßnahmen zur Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung im gegebenen Zeitraum der Untersuchung (1994–2015) definiert. Als *abhängige Variable* dieser Untersuchung dient die Wirkung der EU-Förderung auf die Stärkung ukrainischer NGOs als Akteure der Demokratisierung. In Anlehnung an die erläuterten theoretischen Überlegungen zur Handlungslogik der EU als externen Förderer der Zivilgesellschaften in ihrer östlichen Nachbarschaft weist diese Stärkung sowohl eine interne, als auch eine externe Dimension auf (vgl. Kap. 1.4.4). Unter Berücksichtigung dieser beiden Dimensionen werden innerhalb der abhängigen Variablen insgesamt zwei Subvariablen definiert:

- Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung
- Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung

Die erste Subvariable analysiert die ausgewählten NGOs als einzelne Fallbeispiele auf die Frage hin, ob die EU-Förderung sie in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung stärkte. Auf empirischer Ebene zeigt sich diese Stärkung primär als Prozess der Erweiterung bzw. der Stärkung der jeweiligen Kapazitäten der NGOs, welche in Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer einzelnen Funktionen der Demokratisierung stehen. Die andere Subvariable richtet sich hingegen auf die Frage, wie sich die EU-Förderung ukrainischer NGOs auf einzelne Prozesse der Demokratisierung auswirkte. Es geht somit um die Darstellung jener Ergebnisse der EU-geförderten Projekte der untersuchten NGOs, welche Entwicklungen innerhalb der einzelnen Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie positiv beeinflussten (vgl. Kap. 12.1.2).

12.1.1 Operationalisierung der unabhängigen Variablen

Als einzelne Ausprägungen der unabhängigen Variablen stehen vier Programminstrumente der EU im Vordergrund, die die Projektarbeit ukrainischer NGOs in einzelnen Zeitphasen der Untersuchung finanziell unterstützten und von daher hier von empirischem Interesse sind: *TACIS (TACIS (IBPP))*, *EIDHR*, *NCSF (ENPI)* und *NSA\$LA*.

Wie schon oben angedeutet, schränkt sich die angebotene Untersuchung auf die direkte Projektförderung ukrainischer NGOs durch die EU ein. Diese offenbart sich in zwei Formen: die *action grants*, welche im Rahmen des Verfahrens *calls for proposals* zustande kamen, und *service contracts*, welche innerhalb entsprechender *calls for tenders* bewilligt und umgesetzt wurden (vgl. Kap. 1.4.6). Tab. 1 bot bereits eine Übersicht über die wichtigsten Programminstrumente der EU zur externen Zivilgesellschaftsförderung in den osteuropäischen EU-Nachbarn als einzelne Ausprägungen der unabhängigen Variablen. An dieser Stelle bietet sich nun an, eine Operationalisierung der unabhängigen Variablen entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung vorzunehmen, wie die unten stehende Tabelle zeigt:

Tab. 8: Operationalisierung der unabhängigen Variablen „Gesamtheit der Programminstrumente der EU sowie deren Formen und Maßnahmen zur Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung“ entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung

Zeitphase	Programminstrumente der EU zur Förderung der NGOs in der Ukraine	Form der Förderung
I	TACIS (IBPP)	<i>calls for proposals/action grants</i> <i>calls for tenders/service contracts</i>
	EIDHR	<i>calls for proposals/action grants</i>
II	TACIS (IBPP)	<i>calls for proposals/action grants</i> <i>calls for tenders/service contracts</i>
	EIDHR	<i>calls for proposals/action grants</i>
III	EIDHR	<i>calls for proposals/action grants</i>
	NCSF(ENPI)	<i>calls for proposals/action grants</i> <i>calls for tenders/service contracts</i>
	NSAŞLA	<i>calls for proposals/action grants</i>

Quelle: eigene Darstellung Bezug nehmend auf die Angaben aus Kap. 9.4.

Für die weitere Operationalisierung der unabhängigen Variablen sind auch die Maßnahmen von Bedeutung, welche den NGOs im Rahmen der genannten Förderinstrumente zur Verfügung stehen. Eine Liste solcher Maßnahmen verfasste die EU selbst jedoch nicht. Wie die Analyse der empirischen Daten zu ausgewählten Fallbeispielen bzw. der EU-Dokumentation im Zusammenhang mit untersuchten Programminstrumenten zeigte, überlässt die EU die Wahl der Form, des Umfangs und der Kombinationen der Umsetzungsmethoden geförderter Projekte grundsätzlich den NGOs selbst, solange sie dabei die Werte, Ziele und Prioritäten der EU als externen Demokratieförderer mitberücksichtigen. Spätestens bei der Verfassung einzelner *concept notes*, mit welchen NGOs sich um entsprechende Projektfördermittel bewerben, ist erkennbar, auf welche Handlungsstrategien und damit verbundene Maßnahmen sie setzten, um die formulierten Projektziele zu erreichen. Dennoch geben manche Dokumente der EU zu genannten Förderinstrumenten Beispiele für typische Maßnahmen und Handlungsstrategien vor, an denen die NGOs sich im Laufe der strategischen und konzeptionellen Planung ihrer Projekte orientieren können. Ebenso ist es möglich, anhand von Berichten schon umgesetzter EU-Projekte, die hiermit untersucht wurden, einzelne Formen der

Maßnahmen zu erkennen, die die EU im Laufe der Implementierung einzelner *calls for proposals* oder *calls for tenders* in ukrainischen NGOs im Zeitraum 1994–2015 intensiv förderte. Diese Angaben ermöglichen es, solche häufig angewandten Formen der Projektmaßnahmen innerhalb von acht Typen zu gruppieren, welche die folgende Tabelle abbildet:

Tab. 9: Die Typen häufig eingesetzter Maßnahmen innerhalb der einzelnen Programminstrumente der EU zur Förderung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung in der Ukraine

Typen häufiger Maßnahmen der externen NGO-Förderung durch die EU	Beispiele für häufig eingesetzte Formen der Maßnahmen
Wissenstransfer	Bildungsmaßnahmen wie Trainings, Seminare, Workshops, Fachtagungen, Schulungen, Studientouren, Online-Kurse, Mentoring, Coaching etc.
Austausch von Expertise/Politikanalyse und Forschung	Abgabe von Politikempfehlungen in Form von verfassten Reformstrategien, Stellungnahmen zu einzelnen Fragen, Aufrufen an die Regierung etc.; Produkte der Politikforschung wie Studien, Politikanalysen, Handbücher, Monografien, wissenschaftliche Beiträge in Zeitschriften etc.; Austausch von Fachwissen/ <i>best practices</i> im Rahmen von Projektveranstaltungen bzw. infolge der Teilnahme an speziellen Fachexpertengruppen der Organe der Exekutive/Legislative; Politikmonitoring durch soziologische Meinungsumfragen, Expertenbefragungen, Experteninterviews, Beobachtungen, Analyse der Dokumentation politischer Akteure hinsichtlich der Implementierung der Gesetzgebung/Reformen etc.
Verbreitung von Informationen/Medienarbeit	Presse- und Medienarbeit in Form von Presseartikeln, Online-Beiträgen, Experteninterviews für die Presse, Auftritte im Fernsehen/Radio; Verbreitung von Informationen in Form von Informationsnewsletters, Broschüren, Banners, Plakaten, in Sozialnetzwerken bzw. in Form von Videowerbung
Networking/Informationsaustausch	Informations-/Meinungs-/Erfahrungsaustausch im Rahmen unterschiedlicher Veranstaltungsformate wie Konferenzen, Dialogforen, Debatten, Podiumsdiskussionen, Round-Table-Gespräche, Networking-Events; Austausch infolge der Zusammenarbeit an gemeinsamen Projektaktivitäten, wie Facharbeitsgruppen, Trainings-/Seminaren etc.
Netzwerkbildung	Bildung von institutionalisierten Formaten der Kommunikation/Kooperation der zivilgesellschaftlichen Akteure untereinander bzw. mit staatlichen Politikakteuren wie Plattformen, Netzwerken, Koalitionen, Konsortien etc.
Advocacy/Lobbying	Öffentliche Informations- und Advocacy-Kampagnen; Ansprache/Überzeugungsgespräche mit Politikakteuren; Abgabe von Politikempfehlungen; Medienarbeit in Zielen der Vertretung/des Schutzes von einzelnen gesellschaftlichen Interessen
Mitwirkung an der Gesetzgebung/derer Implementierung	Entwurf von Gesetzen, Gesetzänderungsvorschlägen oder Begleitgesetzgebung zur Unterstützung der Implementierung der einzelnen Rechtsakte; Annahme/Berücksichtigung der entworfenen Rechtsakte durch Legislativorgane
Institutionelle Fortentwicklung	Aufbau von neuen/Verbesserung von bestehenden Strukturen der NGOs; Gründung/Betreuung von neuen zivilgesellschaftlichen Strukturen/Initiativen; Anstellung von neuem Personal/Beschäftigung von externen Experten; Langfristige Änderungen in Strategien, Methoden und Zielen der Arbeit der NGOs; Einführung von neuen/Verbesserung von bestehenden Dienstleistungen der NGOs

Maßnahmen der Engagementförderung	Organisation/Unterstützung der Aktionen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus, wie Demonstrationen, Proteste, Bürgerfeste, plakative oder symbolische Aktionen; Schaffung von neuen/Stärkung von bestehenden institutionellen Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement, wie Bürgerinitiativen, Bürgernetzwerke, neue NGOs, zivilgesellschaftliche Koalitionen etc.; Eröffnung neuer/Stärkung der bestehenden rechtlich-politischen Möglichkeiten für die Mitwirkung der Bürger an der Gestaltung/Implementierung der Politik vor Ort, wie infolge der Verabschiedung der förderlichen Gesetzgebung, Vereinfachung der Rechtsordnung zur Gründung der Bürgervereine und NGOs etc.
-----------------------------------	---

Quelle: eigene Darstellung¹⁶²

Im Verlauf der Auswertung und Analyse der Daten innerhalb dieser Arbeit zeigte sich, dass die vier genannten Programminstrumente der Anwendung aller neun Typen von Projektmaßnahmen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und Häufigkeit, 1994–2015 offenstanden. Somit ist es durchaus berechtigt, solche Typen bei der Operationalisierung der unabhängigen Variablen mitzuberücksichtigen. Die oben angeführten Formen solcher Maßnahmen sind jedoch als Orientierungsbeispiele zu interpretieren. Wie schon erwähnt, gibt sie die EU selbst nicht vor, stattdessen sind sie primär als Entscheidungen der NGOs im Verlauf der eigentlichen Projektarbeit aufzufassen.

12.1.2 Operationalisierung der abhängigen Variablen

Die abhängige Variable wird auf Basis der vorab theoretisch abgeleiteten Kriterien operationalisiert. Diese Kriterien sollen ermöglichen, die einzelnen qualitativen Änderungen, die infolge des Einsatzes der analysierten EU-Förderinstrumente für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratisierung in der Ukraine eintreten, den entsprechenden Subvariablen der abhängigen Variablen zuzuordnen. Jede der beiden Subvariablen benötigt eine Gruppe solcher Kriterien. In Bezug auf die erste Subvariable bieten sich Kriterien zur Systematisierung und Einordnung der einzelnen Ergebnisse der EU-Förderung an, welche auf die interne Stärkung der NGOs bei der Wahrnehmung ihrer einzelnen Aufgaben bzw. Funktionen der Demokratisierung verweisen. Die zweite Subvariable wird durch die Kriterien operationalisiert, anhand derer der Zusammenhang zwischen der EU-Förderung der untersuchten ukrainischen NGOs und ihren externen Auswirkungen auf die Demokratisierung, nach dem Konzept der „eingebetteten“ Demokratie, ersichtlich wurde. Diese beiden Gruppen von Kriterien liegen später den einzelnen Auswertungskategorien zugrunde, welche im Sinne der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse für die abschließende Auswertung und Analyse der vorhandenen empirischen Daten benötigt werden.

Die nachfolgenden Kapitel leiten die beiden Gruppen von Kriterien aus dem theoretischen Rahmen dieser Arbeit ab und erläutern diese.

¹⁶² Bezug nehmend auf European Commission 2011a: 1-3; European Commission/EuropeAid 2011a, o.D.: 25-26; European Commission 2014b: 24-28, 2014c: 13-16, 17-24; 2013c: 11-12; 2012b: 6-7, 10; 2012d: 7-12; 2012f: 9-10; 2011: 2-3, 6-7; 2010b: 5; 2003a.

12.1.2.1 Ableitung der Kriterien für interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung

12.1.2.1.1 Vorgehensweise bei der Ableitung der Kriterien

Die Ableitung dieser Kriterien erfolgte primär auf der Basis der verfügbaren Dokumentation der EU, welche die Aufgaben, Maßnahmen und Förderlogik der untersuchten EU-Programminstrumente für die Stärkung der NGOs in den Ländern der Östlichen Partnerschaft bzw. konkret in der Ukraine darstellt. Außerdem berücksichtigte sie die Inhalte aus den Leitfäden und Arbeitsprogrammen zu einzelnen Verfahren der *calls for proposals* bzw. *calls for tenders*, welche im Rahmen dieser Förderprogramme ukrainischer NGOs im untersuchten Zeitrahmen ausgeschrieben wurden.¹⁶³ Darüber hinaus wurden Facharbeiten und Evaluationsstudien mitverwendet, welche sich mit unterschiedlichen Aspekten der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in ihren östlichen Nachbarländern bzw. in der Ukraine auseinandersetzen.¹⁶⁴ Das Endergebnis dieser Dokumentenanalyse fasst die wichtigsten Ziele der EU in Bezug auf die Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung in der Ukraine im Rahmen der einzelnen hierfür bestimmten Programminstrumente auf folgende Weise zusammen:

Tab 10: Ziele der einzelnen Programminstrumente der EU zur Förderung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in der Ukraine

Programm-Instrument der EU	Wichtigste Ziele in Bezug auf die Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung
<i>Geografische Programminstrumente der EU zur Förderung von NGOs in der Ukraine</i>	
TACIS	Erweiterung der Kapazitäten der NGOs; Einbeziehung der NGOs als Berater in die Arbeit der Regierung; Erweiterung der Advocacy-Kompetenzen der NGOs; Verlinkung der ukrainischen NGOs untereinander bzw. mit europäischen Partnerorganisationen; Förderung der Kommunikation der NGOs mit der Öffentlichkeit und Politikakteuren
ENPI	Erweiterung der Kapazitäten und technische Unterstützung der NGOs; Unterstützung der NGOs im Dialog mit staatlichen Akteuren; Förderung der Projekte der NGOs im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit; Einbeziehung der NGOs als Fachexperten und Berater in die Formulierung und Umsetzung der Inhalte, bilateraler und regionaler Kooperationsprogramme der ENP
NCSF (ENPI)	Stärkung der Kapazitäten der NGOs, insbesondere in Bereichen Projekt- und Organisationsmanagement; Erweiterung der fachlichen Kapazitäten der NGOs in Bereichen der Interessenvertretung, Regierungskontrolle, Formulierung und Umsetzung der einzelnen Politikinhalte, Intensivierung des Dialogs der NGOs mit dem Staat; Bildung der NGO-Netzwerke als wichtiger Advocacy-Instrumente; Unterstützung der NGOs in der Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen;

¹⁶³ Bezug nehmend auf Inhalte bzgl. der Aufgaben und Ziele der EU für die Stärkung der Akteure der Zivilgesellschaft in der Ukraine in folgenden Quellen: European Commission 2015a, 2014, 2014a, b, c, d, e, f, 2013c, 2012a, b, d, f, 2011, 2011a, 2010, 2010 b, c, 2009, 2003a; European Commission/EuropeAid 2014, 2014a, 2013, 2012, 2012a, b, 2011a, 2002, o.D.; Delegation of the European Commission to Ukraine 2012b, c, d, 2011, 2009, 2002.

¹⁶⁴ Darunter sind vor allem die folgenden Arbeiten gemeint: Pyzhov 2006; Bailer 2000; Braithwaite et al. 1998; Bousac et al. 2012; Rihackova 2014; Bekeshkina/Kaźmierkiewicz 2012; Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012; Palyvoda/Holota 2010; Lada 2011, Webb et al. 2016; Kirova/Freitzer 2015; Solonenko 2010, 2013.

	Unterstützung der NGOs als Förderer des öffentlichen Bewusstseins für Bedeutung und Inhalte eines demokratischen Regimes bzw. als Vermittler der demokratischen Werte
<i>Thematische Programminstrumente der EU zur Förderung von NGOs in der Ukraine</i>	
<i>EIDHR</i>	Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft in der Förderung der Menschenrechte und der demokratischen Reformen durch gezielte Projektförderung; Erweiterung der technisch-organisationalen Kapazitäten der NGOs; Stärkung der fachlichen Kapazitäten der NGOs in Bereichen des Monitorings der nationalen Politik, der Wahlbeobachtung und öffentlicher Interessenvertretung; Förderung des Dialogs der NGOs untereinander bzw. mit dem Staat; Förderung der NGO-Netzwerke, NGO-Plattformen bzw. Interaktionen zwischen NGOs und Medien, Partnerorganisationen in der EU bzw. Wahlbeobachtungsmissionen; Unterstützung der NGOs in ihrer öffentlichen Aufklärungsarbeit über die Themen der Demokratie mit Akzent auf demokratischen Wahlen und Menschenrechten
<i>TACIS (IBPP)</i>	Stärkung der NGOs in ihren technischen Kapazitäten bzw. Förderung ihrer institutionellen Entwicklung; Unterstützung der Netzwerkbildung auf der Ebene der lokalen NGOs; Unterstützung der Netzwerkbildung der lokalen NGOs mit Verwaltungsbehörden vor Ort in Zielen der Kooperation in unterschiedlichen Reformbereichen; Einbeziehung der lokalen NGOs in die Formulierung und Umsetzung der Reformen der öffentlichen Verwaltung, wirtschaftlichen Entwicklung, Sozialpolitik, Umwelt und städtischer Entwicklung
<i>NSA\$LA</i>	Förderung der Projekte, Trainings- und Bildungsmaßnahmen zur Erweiterung der fachlichen Kapazitäten der NGOs für Politikberatung, Politikforschung, Unterrichtung zu politischen Themen, Interessenvertretung vor der Regierung etc.; Förderung der Kommunikation und Networking der NGOs mit Akteuren der Politik, Wirtschaft bzw. anderen Akteuren der Zivilgesellschaft der nationalen und europäischen Ebene; Unterstützung der bildungspolitischen Initiativen der NGOs für die Bürger zu Demokratiethematen; Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Aktivismus bzw. der politischen Partizipation der Bürger; Unterstützung der NGOs als Anbieter von öffentlichen Dienstleistungen für die Bevölkerung
<i>Politische Dimension der EU-Förderung von NGOs in der Ukraine</i>	
<i>EaP CSF</i>	Aufwertung der NGOs als Akteure der nationalen Reformprozesse; Förderung der Kommunikation der NGOs mit dem Staat bzw. mit den EU-Institutionen; Förderung des Networkings der nationalen NGOs untereinander bzw. mit den NGOs in anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft

Quelle: eigene Zusammenstellung¹⁶⁵

Die durchgeführte Dokumenten- und Literaturanalyse weist darauf hin, dass die EU als Akteur der externen Demokratieförderung die interne Stärkung der NGOs zu einem großen Teil als einen Aufbauprozess ihrer Kapazitäten auffasst. Grundsätzlich geht die EU davon aus, dass die NGOs nur unter ausreichender Ausstattung mit Kapazitäten einen realen Einfluss auf die Politik und Gesellschaft gewinnen und somit auch ihre Funktionen der Demokratisierung effizient wahrnehmen können (vgl. European Commission/EuropeAid 2011a, 2012: 12, 2012a: 9-10, 2009: 3; European Commission/ENPI EAST 2012, 2012a; European Commission 2014b: 24-26, 2012d: 2, 2011a: 3, 7-10). Dabei stellen die „Kapazitäten“ einen Sammelbegriff für fachliche, technische und organisationale Fähigkeiten, Ressourcen und Möglichkeiten der NGOs, welche ihnen eine effiziente Wahrnehmung ihrer Funktionen und Aufgaben im Bereich der Demokratisierung sichern. Von einer

¹⁶⁵ In Anlehnung an European Commission/EuropeAid 2014, 2012a, b, c; Delegation of the EU to Ukraine 2012b, c, d; European Commission 2012f, 2003a, 2010a, c, 2012a, d, f, 2013; Europäische Kommission 2006.

Stärkung der NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung spricht man somit dann, wenn die Fördermaßnahmen der EU die Kapazitäten der NGOs erweitern und sie dadurch in der Wahrnehmung ihrer einzelnen Funktionen der Demokratisierung stärkt. Als Folge gewinnen sie an Einfluss im politischen Leben und können auch die laufenden Prozesse der Demokratisierung effizienter beeinflussen.¹⁶⁶ Somit legte die EU die Erweiterung der Kapazitäten, welche im EU-internen Gebrauch meistens durch den Begriff *capacity building* beschrieben wird, als einen wichtigen Bestandteil der beiden zentralen Verfahren ihrer Projektdirektförderung für NGOs in den Nachbarländern – *calls of proposals* und *calls for tenders* – fest. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass die einzelnen *calls for proposals* meistens einen ausgeprägten thematischen Fokus auf einen der Kernbereiche der Demokratisierung setzen. Hiermit versucht die EU, die Stärkung der Kapazitäten der NGOs in Bezug mit der Wahrnehmung ihrer einzelnen Funktionen und Aufgaben im Bereich der Demokratisierung – wie Interessenvertretung, Regierungskontrolle, demokratische Bildung etc. – zu verbinden. Die *calls for tenders* hingegen sehen allein schon den Aufbau der Kapazitäten der NGOs als ein Ziel an sich. Oft sind solche Projekte als *capacity building plans* konstituiert, ohne einen konkreten Themenschwerpunkt in Bezug auf Demokratisierung zu setzen (vgl. European Commission/EuropeAid 2011a: 5-9; European Commission 2011a: 12).

Eine universale Definition des Begriffs des *capacity building* gibt es dennoch nicht (vgl. European Commission/EuropeAid 2011a: 1). In Bezug auf die Ebene zivilgesellschaftlicher Organisationen versteht die Europäische Kommission darunter vor allem einen Prozess, der sich in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren auf die Konsolidierung der Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf personeller, organisationaler und sektoraler Ebene richtet; dadurch unterstützt er diese in ihrer Entwicklung, Anpassung an bestehende Kontextbedingungen und Wahrnehmung ihrer Rolle innerhalb der relevanten Strukturen des Regierens (vgl. ebd.). Die personelle Ebene der Kapazitäten setzt sich mit der Förderung von bestimmten Interessen, Grundeinstellungen, Motivationsgründen, technischen Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten des Personals der NGOs auseinander. Auf organisationaler Ebene geht es grundsätzlich um die Unterstützung der NGOs in Fragen des Organisationsmanagements bzw. der Verwaltung ihrer Strukturen und Ressourcen. Auf institutioneller Ebene werden die Kapazitäten trainiert, welche den NGOs bei der Interessenvertretung, Kooperation und Netzwerkbildung mit den anderen Akteuren helfen (vgl. ebd.: 2).

Im Kontext der EU-Förderung für die zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung fällt allerdings auf, dass die EU ihre Maßnahmen des *capacity building* grundsätzlich auf zwei zentrale Kategorien der Kapazitäten der NGOs verteilt – die institutionellen Kapazitäten auf der einen und die fachlichen Kapazitäten auf der anderen Seite.¹⁶⁷ Der Aufbau institutioneller Kapazitäten richtet sich auf die personelle und organisationale Ebene der NGOs. Der Fokus der Unterstützung liegt auf der Ausstattung mit technischen Ressourcen bzw. Kenntnissen und Fertigkeiten im Bereich Organisations-, Projekt- und Finanzmanagement. Die *fachlichen Kapazitäten* meinen hingegen in der Regel die Maßnahmen, die die NGOs in ihren klassischen Funktionen der Demokratisierung, wie Interessenvertretung, Regierungskontrolle oder Kommunikation, stärken. Bei der Förderung dieser

¹⁶⁶ Diese Verallgemeinerung folgt aus der Analyse von folgenden Quellen: Bousac et al. 2012; Bailer 2000; Lada 2011; European Commission/EuropeAid 2012 a, b; Delegation of the EU to Ukraine 2012b, c, d, 2010a, c, 2012a, d, f, 2013; Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012; Webb et al. 2016; Rihackova 2014; Kirova/Freitzer 2015; Börzel 2010a.

¹⁶⁷ Diese verallgemeinernde Aufteilung ergibt sich aus der Analyse der folgenden Quellen: EU Neighbourhood Info Centre 2014: 2; European Commission 2014b: 24-28, 2014c: 13-16, 17-24, 2013c: 11-12, 2012b: 6-7, 10, 2012d: 7-12, 2012f: 9-10, 2011a: 3, 2010b: 5, 2003a; European Commission/EuropeAid 2014: 1-4, 2011a: 1-3, 2012b: 11-12, o.D. 25-26, Lavenex/Schimmelfennig 2011, Schimmelfennig 2014, Börzel 2010a.

Gruppe von Kapazitäten ist eine Voraussetzung also, dass die NGOs im Endergebnis an mehr Einfluss als Mitgestalter, Planer und Mitumsetzer der staatlichen Politik bzw. Reformagenda gewinnen. Die notwendige Expertise wird dabei durch diverse Bildungs-, Trainings-, Beratungsmaßnahmen bzw. einzelne Veranstaltungsformate wie Konferenzen, Foren, Treffen etc. übermittelt. Auf der praktischen Ebene geht es hiermit um die Entwicklung der Fähigkeiten bezüglich Kommunikation, Interessenvertretung und Kooperation mit staatlichen Akteuren in verschiedenen Tätigkeitsfeldern (vgl. European Commission 2011a: 9).

Diese Unterteilung der Kapazitäten der NGOs ist insbesondere vor dem Hintergrund der Forschungsziele dieser Arbeit sinnvoll, weil dadurch eine gezielte Auseinandersetzung mit der Erweiterung jener Fähigkeiten, Möglichkeiten und Kenntnisse der NGOs ermöglicht wird, welche ihnen die Ausführung ihrer einzelnen Aufgaben bzw. Funktionen der Demokratisierung erleichtern. Zur Vereinfachung der folgenden empirischen Untersuchung werden die fachlichen Kapazitäten entlang vier Kategorien gruppiert, welche jeweils in einem bestimmten Zusammenhang mit einer der Funktionen der Demokratisierung stehen. Die erste davon bezieht sich auf alle Kapazitäten, die den NGOs mehr Gewicht in der nationalen Politik sichern. Dazu zählen alle Fertigkeiten, Kenntnisse und Möglichkeiten, welche den Dialog der NGOs mit dem Staat verbessern und diese gleichzeitig in ihren Aufgaben der Kontrolle der Regierung bzw. Interessenvertretung stärken. Die Kapazitäten, welche die Möglichkeiten zur Kommunikation und zum Networking der NGOs mit verschiedenen Interaktionsebenen erweitern, bilden die nächste Kategorie. Die dritte Kategorie umfasst die Kapazitäten, dank welcher die NGOs sich stärker als Agenten der Sozialisation positionieren können. Dabei geht es zu einem großen Teil um Aufgaben der demokratischen Bildung, Verbreitung der demokratischen Werte und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Abschließend werden die Kapazitäten mit angeführt, welche die NGOs als Erbringer diverser Dienstleistungen schulen. Die folgende Tabelle stellt die wichtigsten Kriterien der internen Stärkung der NGOs in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung dar. Dabei benennt sie die einzelnen Kriterien anhand der Formen der Kapazitäten der NGOs, welche im Zusammenhang mit entsprechenden Funktionen der Demokratisierung zivilgesellschaftlicher Akteure stehen.

Tab 11: Kriterien für interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung

Benennung des Kriteriums	Zentrale Förderstrategien/häufige Typen der Förderaktivitäten	Funktionen der Demokratisierung
Institutionelle Stärkung	Kompetenzerweiterung des Personals in Fragen Organisations-/Finanz-/Projektmanagement; Stärkung der bestehenden/Aufbau von neuen Organisationsstrukturen	Funktionsübergreifend
Stärkung der Einflussnahme der NGOs auf Politik bzw. ihrer Kooperation mit dem Staat	Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich Advocacy und Lobbying von Gesetzgebung bzw. bestimmten gesellschaftspolitischen Interessen; Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Monitoring des Politikgeschehens/Regierungskontrolle; Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Formulierung/Umsetzung der Gesetzgebung	Vermittlungsfunktion; Kontroll- und Schutzfunktion

Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Kommunikation/ Networking	Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Kommunikation/des Networkings mit Politikakteuren; Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Kommunikation/des Networkings mit Akteuren der Zivilgesellschaft; Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit	Kommunikationsfunktion
Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Sozialisation und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements	Stärkung der Kapazitäten der NGOs in Bezug auf demokratische (politische) Bildungsarbeit bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung; Stärkung der Kapazitäten der NGOs bei der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements	Sozialisationsfunktion
Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Dienstleistungserbringung	Stärkung der Kapazitäten der NGOs als Anbieter öffentlicher Dienstleistungen	Entlastung vom Staatsapparat/ Erbringung von Dienstleistungen

Quelle: eigene Darstellung¹⁶⁸

Die Tabelle gibt insgesamt fünf Kriterien der NGOs vor, nach welchen im Weiteren ihre interne Stärkung als Akteure der Demokratisierung bewertet wird. Im Folgenden werden die einzelnen Kriterien inhaltlich präzisiert.

12.1.2.1.2 Erläuterungen zu einzelnen Kriterien für interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung

Institutionelle Stärkung der NGOs

Unter der institutionellen Stärkung der NGOs wird grundsätzlich die Stärkung ihrer finanziellen, organisationalen und personellen Kapazitäten verstanden. Diese erkennt man an der technischen Ausstattung, den verfügbaren Budgetmitteln, dem Vorhandensein von qualifiziertem Personal und dem Entwicklungsstand der inneren Organisationsstrukturen der NGOs (vgl. European Commission/EuropeAid 2014: 1-4, 2011a: 1-2). In den Ländern der Östlichen Partnerschaft besteht hinsichtlich dieser Gruppe von Kapazitäten der NGOs ein besonders hoher Förderbedarf. Die intransparenten Struktur- und Arbeitsweisen, mangelnde Fachkompetenzen des Personals, unzureichende technische Ausstattung und Budgetmittel für administrative Ausgaben stellen die traditionellen Schwächen der NGOs dieser Länderregion dar und halten sie von der effizienten Teilnahme an Demokratisierungsprozessen vor Ort ab. Somit betrachtet die EU die Stärkung der institutionellen Kapazitäten der NGOs als wichtige Priorität im Kontext ihrer Förderung als Mitgestalter von Demokratisierungsprozessen (vgl. European Commission/EuropeAid 2012a: 7, 9; Shapovalova/Youngs 2014: 92-95).

Es ist allerdings anzumerken, dass die Erweiterung der technischen Ausstattung bzw. direkte finanzielle Hilfe nicht als Priorität der projektorientierten Förderung der EU für die NGOs in ihren

¹⁶⁸ Bezug nehmend auf: EU Neighbourhood Info Centre 2014: 2; European Commission/EuropeAid 2012a, b, c; Lavenex/Schimmelfennig 2011; Schimmelfennig 2014; European Commission/EuropeAid 2014, 2013, 2011a, 2012a, b, c; Börzel 2010a; Bousac et al. 2012; Bailer 2000; Lada 2011; European Commission/EuropeAid 2012 a, b; Delegation of the EU to Ukraine 2013, 2012b, c, d, 2012a, d, f, 2010a, c; Shapovalova/Youngs 2014, 2013, 2012; Webb et al. 2016; Rihackova 2014; Kirova/Freitzer 2015; European Commission 2012b, 2011a.

Drittstaaten gilt. In der Regel begleichen die EU-grants nicht mehr als 5-7 % der gesamten operationalen Budgetkosten der NGOs, die im Laufe der Projektumsetzung anfallen (vgl. Bousac et al. 2012: 17). Viel stärker konzentriert sich die EU auf die Förderung der organisationalen Kapazitäten der NGOs, welche grundsätzlich auf die Verbesserung ihrer inneren Organisationsstruktur und des Managements abzielen (vgl. European Commission/EuropeAid 2014: 1-4, 2011a: 1-2). In diesem Zusammenhang sind Fachkompetenzen des Personals in drei Schlüsselbereichen – Organisations-, Projekt- und Finanzmanagement – von entscheidender Bedeutung. Beispielsweise sind in Bezug auf den Bereich des Organisationsmanagements Fähigkeiten für strategische Koordination, Finanzplanung und Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit, Verwaltung interner Arbeitsabläufe und Sicherung der Arbeitseffizienz der Strukturen der NGOs gefragt (vgl. Maksymenko 2005: 6; Vinnikov et al. 2012: 7). Beim Projektmanagement stehen hingegen die Kenntnisse und Erfahrungen der NGOs im Vordergrund, welche sich mit verschiedenen Phasen der Projektarbeit der NGOs, wie Konzeptualisierung der Projekte, Ausarbeitung und Stellung von Projektanträgen, Verwaltung und Umsetzung der Projekte, Zusammenfassung und Analyse der Projektergebnisse etc., auseinandersetzen (vgl. European Commission/EuropeAid 2011a: 3-4; Bousac et al. 2012: 17). Vor diesem Hintergrund kann der gesamte Prozess der Projektumsetzung als „a major learning and capacity building process *per se*“ gesehen werden (Bousac et al. 2012: 17). Außerdem können jegliche Entwicklungen der inneren Strukturen und arbeitstechnischen Verfahren der NGOs die Effizienz und Transparenz ihrer Arbeit positiv beeinflussen. Die institutionelle Unterstützung der NGOs erfolgt u. a. in Form von Bildungsmaßnahmen zur Kompetenzerweiterung, wie Trainings, Seminare, Mentoring, Coaching, Austausch von Informationen bzw. *best practices*, Networking und Netzworkebildung mit unterschiedlichen Interaktionsebenen etc. (vgl. European Commission 2011a: 3-4; European Commission/EuropeAid 2014: 4, 2013: 31). Außerdem bieten die EU-Vertretungen vor Ort spezielle Beratungen, Trainings und Konsultationen für interessierte NGOs rund um das Thema der Bewerbung um eine EU-Finanzierung bzw. des Managements zivilgesellschaftlicher EU-geförderter Projekte an (vgl. European Commission/EuropeAid 2012: 36).

Stärkung der Einflussnahme der NGOs auf Politik bzw. ihrer Kooperation mit dem Staat

Die Stärkung der NGOs als Teilnehmer der nationalen Politik und somit wichtiger Elemente des demokratischen Regierens stellt eine der zentralen Prioritäten der EU in der Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren der Länder der Östlichen Partnerschaft, u. a. der Ukraine, dar (vgl. European Commission 2011a; Bousac et al. 2012: 5-6). Dies erklärt, warum die EU mit den Formaten der ENP und der Östlichen Partnerschaft dem Aufbau fachlicher Kapazitäten der NGOs eine besonders wichtige Stellung einräumte. Hiermit verfolgt die EU das Ziel, die lokalen NGOs als Vertreter der bürgerlichen Interessen, Vermittler zwischen der Gesellschaft und dem Staat, Kontrollmächte gegenüber der Regierung, Fachexperten und Berater in politischen Geschäften und Gestalter einer bürgernahen Politik zu stärken (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 93-101; European Commission 2011a: 3, 2012b: 10, 2014d: 10-11). Insbesondere seit der Gründung der ENP fördert die EU zu diesen Zwecken diejenigen Projekte der NGOs, die ihre Kommunikation mit der Regierung anregen, bezieht sie in diverse Formate ihres Dialogs mit nationalen Regierungen über wichtige Reformfragen ein und bietet ihnen innerhalb der einzelnen Förderprogramme Möglichkeiten zur Weiterbildung im Bereich der Politikformulierung und Umsetzung (vgl. Shapovalova/Youngs 2014: 94-95, 100-104; European Commission 2011a: 3; European Commission/EuropeAid 2011a: 4-5; 2013: 31, 2014d: 10-11).

Mit der Einleitung der Östlichen Partnerschaft setzt sich die EU zum Ziel, den Einfluss der NGOs auf die nationale Politik in ihren östlichen Nachbarländern von der europäischen Ebene aus zu stärken. Hierfür stellte die Europäische Kommission die NGOs in allen politischen Fragen, die Bezug auf die Ziele der Östlichen Partnerschaft nehmen, mit den nationalen Regierungen gleich. Dies bedeutete auch eine stärkere Teilnahme der NGOs an Entwurf, Implementierung und Monitoring diverser programmatischer Dokumente, welche die Kooperationsdynamik der Länder der Östlichen Partnerschaft mit der EU bestimmen; beispielsweise Länderstrategiepapiere, nationale indikative Programme, Aktionspläne etc. (vgl. Hahn-Fuhr/May 2012: 1; Shapovalova/Youngs 2014: 92-93, 99-100; 2012: 10; Bousac et al. 2012: 20). Außerdem wendet die EU die einzelnen Mechanismen der Konditionalität an, indem sie die Fortschritte ihrer Kooperation mit Akteuren der Regierung in einen direkten Zusammenhang mit der rechtlich-politischen Lage der NGOs bringt (vgl. Bousac et al. 2012: 14-15). Als Teil dieser Strategie bewährten sich u. a. Treffen der hochrangigen EU-Politiker mit den NGO-Vertretern, um diese in den Augen der nationalen Regierungen aufzuwerten.¹⁶⁹

Die Einflussnahme der NGOs auf die nationale Politik definieren hiermit drei zentrale Merkmalsausprägungen.¹⁷⁰ Das erste Merkmal bezieht sich auf die Stärkung der NGOs in ihrer Funktion der Interessenvertretung und der damit zusammenhängenden Aktivitäten von Lobbying und Advocacy. Dabei geht es grundsätzlich um die Formulierung, Artikulation und Durchsetzung von bestimmten gesellschaftspolitischen Interessen gegenüber Entscheidungsträgern der nationalen oder lokalen Politikebenen. Die dadurch angestrebten Änderungen bündelt die EU in der Regel in Form von Gesetzesentwürfen, Verbesserungsvorschlägen zur bestehenden Gesetzgebung, Politikempfehlungsschreiben oder Aufrufen an die Regierung zusammen. Außerdem unterstützt die EU auch die Lobbyingarbeit der NGOs, welche sich auf die Sicherung einer effizienten Umsetzung der verabschiedeten Gesetzgebung richtet (vgl. European Commission 2012f: 5; European Commission/EuropeAid 2012b: 10-12; Gumeniuk/Tessier-Stall 2010: 8-12). Die unmittelbare Lobbyingarbeit im Rahmen der entsprechenden EU-Förderung erfolgt in der Regel durch unterschiedliche Gesprächsformate mit an der Politikgestaltung beteiligten Akteuren wie nationalen Abgeordneten, Vertretern der nationalen Regierung, Organen der lokalen Selbstverwaltung und örtlichen Verwaltungsbehörden. Gleichzeitig kommt ein breites Spektrum kommunikativer Techniken und Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit zum Einsatz, um wichtige Themen in den politischen Prozess einzubringen oder politische Entscheidungen zu beeinflussen. Darunter sind öffentliche Kampagnen bzw. verschiedene Formen der Medien- und Pressearbeit wie Auftritte im Fernsehen, Zeitungsartikel, Nutzung der sozialen Netzwerke bzw. von Internetportalen als Instrumente der Kommunikation zu nennen (vgl. European Commission/EuropeAid 2014: 4-5, 10, 2013: 31, 2011a: 4-5; Voss 2007: 80, 86).

Das zweite Merkmal richtet sich auf die Förderung der Kapazitäten der NGOs, die ihnen eine effizientere Teilnahme an der Politikformulierung ermöglichen. Meistens geht es dabei um die Einbeziehung der NGOs als Berater und Fachexperten in die Analyse aktueller politischer

¹⁶⁹ Zum Beispiel war die Teilnahme des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und Ratspräsidenten Herman van Rompuy am Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft im Dezember 2011 ein klares Signal für die Regierung in Kiew, dass die Kooperation in Brüssel am besten zusammen mit der Teilnahme der Zivilgesellschaft gelingen kann (vgl. Bousac et al. 2012: 17).

¹⁷⁰ Die Ableitung der drei genannten Merkmalsausprägungen erfolgte unter besonderer Berücksichtigung folgender EU-Dokumente bzw. Facharbeiten, welche auf die Förderung der Kapazitäten der NGOs in der Ukraine im Bereich der Einflussnahme auf die Politik bzw. des politischen Dialogs eingehen: Delegation of the EU to Ukraine 2014: 1, 2012c: 1, 2012d: 1; European Commission 2015a, 2014: 3, 2014b: 24-27, 2014c: 7-9, 2014d: 10-11, 2013c: 10-12; Lada 2011; Kobets/Ruda 2014; Bousac et al. 2012; Shapovalova/Youngs 2014, 2012; Falkenhain/Solonenko 2012; Solonenko 2010; Kirova/Freitzer 2015.

Tatbestände bzw. in die Ausarbeitung entsprechender Gesetzgebungen zusammen mit Akteuren der Politik. Das hierfür vorbestimmte Spektrum möglicher Aktivitäten ist sehr weit und reicht von der Teilnahme der NGO-Experten an öffentlichen Anhörungen in den Ministerien, parlamentarischen Ausschusssitzungen bzw. sonstigen Kooperationsformaten mit Akteuren der Politik bis hin zu ihrer direkten Mitwirkung am Entwurf von Gesetzgebungsakten. Außerdem setzt die EU sich zum Ziel, die NGOs dabei mit ihren *calls for proposals* zu unterstützen, ihre eigenen Gesetzentwürfe und politischen Empfehlungen zu entwickeln (vgl. European Commission 2012f: 5-6, 10).

Das dritte Merkmal, das hier als „Regierungskontrolle“ dargestellt wird, bezieht sich auf die Aktivitäten des Monitorings der Regierungsakteure bei der Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen oder Reformen, welche in Zusammenhang mit einzelnen Zielen der Demokratisierung stehen, wie beispielsweise die Transparenz der öffentlichen Finanzen (vgl. European Commission 2014: 8, 2012f: 4-5, 10; European Commission/EuropeAid 2012b: 4-5). Die Ergebnisse solcher Monitorings stehen in der Regel öffentlich zur Diskussion oder sind in entsprechenden Politikempfehlungen für Akteure der Legislative und Exekutive verarbeitet. Diese können die NGOs wiederum als Instrumente für Advocacy in ihrem Austausch mit politischen Akteuren einsetzen. Das Antrainieren von Kenntnissen, die die NGOs in Fragen der Beschaffung und Verwaltung von Informationen, der Politikanalyse und Politikmonitoring unterstützen, steht hier im Mittelpunkt der Förderung (vgl. Bousac et al. 2012: 30).

Um diese Gruppe von Kapazitäten der NGOs zu fördern, setzt die EU im ENP-Raum zunehmend auf Ressourcen der Bildung, der Beratung und der Kommunikation. Besonders häufig kommt es im Rahmen einzelner EU-Programminstrumente zur externen Förderung von NGOs zu solchen Maßnahmen wie Trainings, Seminare, Workshops bzw. Informations- und Erfahrungsaustausch mit Politikakteuren im Rahmen von Konferenzen, Round-Table-Diskussionen, Foren und sonstige Veranstaltungen der geförderten Projekte. Darüber hinaus legt die EU viel Wert auf die Ressourcen der Vernetzung, Koalitions-, Plattformen- und Netzwerkbildung der lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Nachbarländern mit staatlichen Akteuren, um dadurch ihre nachhaltige Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen der Demokratisierung zu fördern (vgl. European Commission/EuropeAid 2011a: 4-6; European Commission 2014d: 11, 2011).

Stärkung der Kommunikation und des Networkings der NGOs mit verschiedenen Interaktionsebenen

Mit der Förderung der Kommunikation und des Networkings der NGOs mit verschiedenen Interaktionsebenen verfolgt die EU in den Staaten der Östlichen Partnerschaft das Ziel, die NGOs mit potenziellen Kooperationspartnern bzw. Trägern wichtiger fachlicher Expertise zu vernetzen bzw. unter ihnen den Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu verschiedenen politischen Tätigkeitsfeldern anzuregen. Im Vordergrund steht die Kommunikationsförderung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Akteuren der nationalen und europäischen Politik und Medienvertretern. Außerdem dienen solche Maßnahmen auch dem Ziel, die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber der Arbeit der NGOs zu erhöhen. Insbesondere im Kontext der Einflussnahme auf die Staatspolitik übernehmen die Maßnahmen im Bereich der Kommunikation und des Networkings der NGOs mit Vertretern der Politik eine wichtige Rolle (vgl. Kobets/Ruda 2014: 35-36). Die vorgeschlagene Klassifizierung schreibt diesem Kriterium insgesamt zwei Merkmale zu: Erstens geht es dabei um den Aufbau der Kanäle der politischen Kommunikation mit staatlichen Akteuren, was häufig auch mit dem Begriff *policy dialogue* beschrieben wird. Dies setzt u. a. Networking und Bildung von eventuellen Netzwerken, Kommunikationsplattformen, Koalitionen und sonstigen Formen des Informationsaustausches zwischen den NGOs und nationalen Politikakteuren voraus (vgl. European

Commission/EuropeAid 2012c: 8; European Commission 2012b: 7, 2014: 2, 8). Zweitens setzt dies die Kommunikation und das Networking mit anderen NGOs oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren, der Öffentlichkeit, Fachexperten und den Bürgern voraus. Wichtig ist dabei die Bildung einzelner Netzwerkformate der NGOs mit den genannten Interaktionsebenen, welche die Kommunikation untereinander nachhaltig zu fördern versprechen.¹⁷¹

Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Sozialisation und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements

In diese Kategorie fallen alle Kapazitäten, die die NGOs in ihrer Funktion der Sozialisation stärken. In der Praxis geht es dabei darum, das öffentliche Bewusstsein für demokratische Werte und politische Kultur zu erweitern und somit die Bürger zu einer aktiveren Teilnahme am politischen Leben des Landes zu bewegen. Die theoretische Begründung dieser Dimension der Arbeit der NGOs findet sich in dem bereits vorgestellten Modell des Social Linkage, welches die gesellschaftliche Übernahme bzw. Akzeptanz der europäischen demokratischen Normen, Werte und Verhaltensmuster mittels verschiedener Strategien der sozialen Beeinflussung und Argumentation erklärt (vgl. Kap. 8.2.4.3). Dementsprechend versucht die EU, die lokalen NGOs mit ihren *calls for proposals* innerhalb der einzelnen programmatischen Förderinstrumente zur klaren Bekennung bzw. der Übernahme von europäischen demokratischen Werten zu motivieren bzw. diese im Rahmen der bewilligten Projekte in den Fokus zu rücken. Außerdem geht es hier auch darum, durch NGOs Kanäle für die Bürger zu sichern, um mit Regierungsstellen zu interagieren bzw. sich aktiver in das politische Leben des Landes einzubringen (vgl. European Commission/EuropeAid 2012c: 5-8). Als Folge kommen diesem Kriterium hiermit zwei zentrale Merkmale zu: Das erste davon bezieht sich auf die Förderung des demokratischen Bewusstseins und Verbreitung von demokratischen Werten infolge des Einsatzes verschiedener Maßnahmen der demokratischen politischen Bildung und Sozialisation, zum Beispiel öffentliche Veranstaltungen, Forschungsarbeit und Herausgabe von Studienarbeiten, Informationsarbeiten, Broschüren etc. Die hiermit umfassten Kapazitäten bezeichnen die einzelnen programmatischen Instrumente der EU u. a. als „building public policy literacy“ (vgl. European Commission 2012f: 11). Dies setzt auch Bereiche der Politikforschung und Politikanalyse sowie die Stärkung des Bewusstseins der Politikakteure für die Bedeutung einer öffentlichen Diskussion und Kommunikation mit den Bürgern über demokratieorientierte Themen voraus (vgl. ebd.). Der Sinn der demokratischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit besteht darin, die Attraktivität der Demokratie zu steigern (vgl. Gawrich 2014: 54). Das zweite Merkmal umfasst dabei die Fähigkeiten und Ressourcen der NGOs, sich als Initiatoren und Förderer des zivilgesellschaftlichen Engagements zu positionieren (vgl. Mai 2013: 6). Dabei geht es darum, die Bürger sowohl zu kurzfristigen Aktionen des bürgerschaftlichen Aktivismus zusammenzubringen als auch ihnen die notwendigen Bedingungen anzubieten, um sich dauerhaft zivilgesellschaftlich für die Demokratieförderung vor Ort zu engagieren.

Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der öffentlichen Dienstleistungserbringung

Dieses Kriterium setzt die Förderung jener Kapazitäten der NGOs voraus, welche diese in ihrer Funktion als Anbieter diverser öffentlicher Dienstleistungen trainieren (vgl. Kap. 4.3.2). Meistens

¹⁷¹ Die Ableitung der genannten Merkmale dieses Kriteriums erfolgt u. a. auf der Basis folgender Quellen: European Commission/EuropeAid 2011a, 2012c; European Commission 2012c, d, e, 2010a; Delegation of the EU to Ukraine 2012b, d; Bousac et al. 2012: 17.

erfasst dies im Kontext der politischen Dimension der Demokratisierung die Fähigkeiten, Kenntnisse und Ressourcen, welche die NGOs in der Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen unterstützen, insofern diese sich auf die Demokratisierung vor Ort auswirken. Innerhalb der unten analysierten Fallbeispiele fällt auf, dass die ukrainischen NGOs sich dabei insbesondere auf die Erteilung von Fachberatungen bzw. Rechtsberatungen für bedürftige Bürger fokussieren, um diese beim Schutz ihrer Rechte bzw. ihrer Interessen gegenüber den staatlichen Behörden zu unterstützen. Die Unterstützung der NGOs in der Erbringung von Dienstleistungen an die Bevölkerung stellt insbesondere seit der Gründung von NCSF und NSAŞLA 2011 eine hohe Priorität der EU in ihrem Auftreten als externer Unterstützung der Demokratisierung in Osteuropa dar (vgl. European Commission 2012f: 4).

12.1.2.2 Ableitung der Kriterien für externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung¹⁷²

Im Weiteren folgt die Erarbeitung der Kriterien, an denen im Laufe der empirischen Untersuchung die externen Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierungsprozesse festgemacht werden können. Die Ableitung dieser Kriterien erfolgt auf Basis des dargestellten Konzepts einer „eingebetteten“ Demokratie, welches diese Arbeit als Orientierungsmodell bei der Auslegung des Begriffs der Demokratisierung heranzieht. Wie bereits oben diskutiert, zeigt sich das Konzept als eine gut geeignete Interpretationsbasis für den Demokratiebegriff, auf welchen sich die EU in ihrem Handeln als externer Unterstützer der Demokratisierungsprozesse in Osteuropa stützt (vgl. Kap. 8.1). So lässt sich die Grundlogik der externen Demokratieförderung der EU ihrer östlichen Nachbarn zum einen grundsätzlich auf die Förderung der fünf zentralen Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie zusammenführen. Das spiegelt sich in der entsprechenden Dokumentation der EU sowohl zu konzeptionellen Grundlagen der ENP bzw. der Östlichen Partnerschaft als auch zu den einzelnen thematischen Instrumenten der Demokratieförderung wie *EIDHR*, *TACIS* oder *NSAŞLA* wider.¹⁷³ Zum anderen legt dieses Konzept den Begriff der Demokratisierung besonders weit aus, indem es die fünf definierten Teilregimes der Demokratie funktional in eine Reihe externer Kontextbedingungen, wie Zivilgesellschaft, öffentliche Verwaltung, Staatlichkeit oder sozioökonomische Faktoren, einbettet (vgl. Croissant/Thiery 2001; Merkel 2004a: 7-9, 2010: 31-35, 2013: 221). Solche externen Faktoren haben sich wiederum als wichtige Adressaten der externen Demokratieförderung der EU bewährt. So werden diese in ihrer Bedeutung für die Sicherung eines demokratischen Regimes mit den einzelnen Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie *quasi* gleichgesetzt (vgl. Wetzel 2015: 4, 7; Keukeleire/Delreux 2014: 141).

Für die Aufstellung der benötigten Kriterien eignet sich bevorzugt das Modell einer „eingebetteten“ Demokratie in ihrer Interpretation von Anna Wetzel (2015). Diese passt sowohl die Teilregimes als auch die externen Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie explizit an den Kontext der externen Demokratieförderung der EU in ihrer osteuropäischen Nachbarschaft, einschließlich der Ukraine an.

Für die Ziele dieser Untersuchung sind zwei der vier Domänen der externen Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie von Bedeutung.¹⁷⁴ Die erste Domäne bezieht

¹⁷² Gekürzt werden diese im Verlauf der empirischen Untersuchung u.a. als „Kriterien der Demokratisierung“ genannt.

¹⁷³ Vgl. hierzu European Commission 2015, 2014a, b, c, f, 2013, 2012a, b, c, e, g, 2011b, 2010a, c, 2006, 2005, 2003, European Commission/ENPI 2011, 2011a, 2006, 2006a; European Commission/ENPI EAST 2012, 2012a; European Commission/EuropeAid 2014a, 2012, 2012a, 2002.

¹⁷⁴ Insgesamt analysiert Wetzel (vgl. 2015: 7-8) vier Domänen der externen Kontextbedingungen: Staatlichkeit, sozioökonomischer Entwicklungskontext, administrative Kapazitäten und eine aktive Zivilgesellschaft.

sich auf die Präsenz einer aktiven Zivilgesellschaft als wichtige Bedingung für die Sicherung einer stabilen demokratischen Ordnung. Im Fokus der EU steht dabei die Förderung der Zivilgesellschaft als Akteur von politischen Prozessen, und zwar durch die Stärkung ihres Einflusses auf die Gestaltung und Umsetzung einzelner nationaler Politikbereiche (vgl. Wetzel 2015: 8). Die zweite Domäne setzt das Vorhandensein einer effizient und transparent funktionierenden öffentlichen Verwaltung voraus. Um diese zu fördern, setzt die EU Maßnahmen zum Ausbau der Kapazitäten des bürokratischen Apparats des Landes auf allen Ebenen ein (vgl. ebd.). Die anderen externen „Einbettungsringe“, wie das ursprüngliche Modell einer „eingebetteten“ Demokratie sie vorschlägt (vgl. Kap. 2.4), sind im Rahmen der angebotenen Untersuchung weniger relevant. Zwar spielt sowohl der sozioökonomische Kontext als auch die internationale und regionale Integration des Förderlandes eine durchaus wichtige Rolle, wenn es um die Sicherung einer stabilen demokratischen Ordnung geht. Dennoch stehen diese beiden Einbettungsringe im Rahmen der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in der Ukraine deutlich weniger im Fokus als die Förderung einer effizienten öffentlichen Verwaltung oder einer starken Zivilgesellschaft. Auch mit der Darstellung der Themen und Ziele der ausgewählten Projektfallbeispiele dieser Untersuchung wird ersichtlich, dass weder der sozioökonomische Kontext noch die Staatlichkeit zu den wichtigen Zielen der externen EU-Förderung von ukrainischen NGOs 1994-2015 gehörten (vgl. Anhang 1, Tab. 1-3).

Vor dem Hintergrund der angeführten Überlegungen schlägt die unten angebotene Tabelle einzelne Kriterien der Demokratisierung entlang des Modells einer „eingebetteten“ Demokratie in seiner Interpretation von Anna Wetzel (2015) vor. In Zielen der inhaltlichen Konkretisierung der einzelnen Kriterien wurden auch die Studien zur Demokratieanalyse der *Bertelsmann Stiftung* und von *Freedom House* herangezogen, welche für die Einschätzung der Demokratielage in osteuropäischen Ländern oft angewandt werden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016, 2012; Freedom House 2016).

Tab. 12: Kriterien für externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung

I. Kriterien in Bezug auf einzelne Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie	
Teilregimes	Kriterien
A. Demokratisches Wahlregime	<ol style="list-style-type: none"> 1. Sicherung eines regulären gerechten, korrekten, fairen demokratischen Wahlvorgangs; 2. Sicherung einer objektiven Wahlbeobachtung; 3. Schutz der passiven Wahlrechte als universalen Stimmrechts aller Wähler; 4. Schutz der passiven Wahlrechte bzw. der politischen Konkurrenz im Wahlkampf; 5. Vergabe von politischen Ämtern an die gewählten Mandatsträger
B. Politische Partizipationsrechte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, u. a. auf der Ebene der politischen Parteien; 2. Meinungs-, Medien- und Pressefreiheit, gesichert durch Präsenz einflussreicher privater Medien neben den öffentlichen, die Abwesenheit von politisch motivierter Zensur oder jeglicher politischer Zensur von Medien
C. Bürgerliche Freiheitsrechte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Allgemeines Diskriminierungsverbot; 2. Schutzrechte für Leben, Eigentum, und Freiheit; 3. Schutz gegen unrechtmäßige Verhaftung; Exil, Terror, Folter oder ungerechtfertigte Eingriffe in das Privatleben; 4. Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht und Gleichbehandlung

D. Horizontale Gewaltenteilung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wechselseitige Kontrolle und Interdependenz der Legislative, Judikative und Exekutive; 2. Unabhängige Justiz mit der ausschließlichen Kompetenz der richterlichen Überprüfung der Legislative und Judikative
E. Effektive Regierungsgewalt	<ol style="list-style-type: none"> 1. Machtausübung ausschließlich durch demokratisch legitimierte Machsträger (keine Vetoplayer); 2. Demokratische Kontrolle über das Militär und die Polizei; 3. Effizienz und Transparenz der Arbeit der zentralen demokratischen Institutionen der politischen Entscheidungsfindung (Parlament, Regierung, Verfassung)
H. Kriterien in Bezug auf externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie	
Externe Kontextbedingungen	Kriterien
F. Stärkung der öffentlichen Verwaltung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Aufbau von Kapazitäten bzw. Förderung der Arbeitseffizienz der Organe der öffentlichen Verwaltung auf lokaler und nationaler administrativer Ebene; 2. Bekämpfung der Korruption auf allen Ebenen der öffentlichen Macht
G. Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Förderung der Kommunikation zwischen den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren; 2. Erweiterung der institutionellen und fachlichen Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung; 3. Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure in ihren Funktionen der Interessenvertretung gegenüber den staatlichen Organen bzw. der Regierungskontrolle; 4. Förderung der Teilnahme der zivilgesellschaftlichen Akteure an der Politikformulierung 5. Förderung der Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure als Vermittler der demokratischen Werte und Bildung

Quelle: eigene Darstellung¹⁷⁵

12.1.2.2.1 Erläuterungen zu einzelnen Kriterien in Bezug auf die Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie

Demokratisches Wahlregime

Das demokratische Wahlregime bildet eines der Kernelemente der „eingebetteten“ Demokratie bzw. eine zentrale Priorität der externen Demokratieförderung der EU in ihrer Nachbarschaft, einschließlich der Ukraine (vgl. European Commission 2014c: 3, 2014f: 5, 2013: 4, 6). Dies bringt die Sicherung freier, gerechter und demokratischer Wahlen vor den Hintergrund einer „eingebetteten“ Demokratie in eine direkte Verbindung mit der Gewährleistung von vier zentralen Bedingungen. Die erste davon bezieht sich auf die Sicherung des aktiven Wahlrechts als eines universalen Stimmrechts für alle Wähler, einschließlich der Vertreter der nationalen Minderheiten bzw. der sozial schwachen oder benachteiligten Bevölkerungsschichten. Die zweite beinhaltet eine ungehinderte Ausübung des passiven Wahlrechts als eines universellen Rechts, bei einer Wahl zu kandidieren und gewählt zu werden. Eine weitere Bedingung setzt die Ermöglichung einer objektiven Wahlbeobachtung und somit auch den Zugang internationaler Wahlbeobachter zu Wahllokalen voraus. Als erfolgreich und demokratisch gelten die Wahlen dann, wenn eine anschließende Besetzung der politischen Ämter durch tatsächlich gewählte Mandatsträger erfolgt (vgl. Merkel 2004a: 8; Wetzel 2015: 6; Bertelsmann

¹⁷⁵ U. a. Bezug nehmend auf Croissant/Thierry 2001; Merkel 2013: 221, 2010: 31-35, 2004a: 9; Wetzel 2015.

Stiftung 2016: 18). Für die Erfüllung solcher Bedingungen ist es außerdem wichtig, dass im Wahlkampf ein Pluralismus konkurrierender politischer Kräfte bestehen bleibt bzw. dass die Medien zu allen Wahlkandidaten bzw. kandidierenden politischen Parteien einen einheitlich freien Zugang genießen. Weitere wichtige Voraussetzungen sind die Unparteilichkeit, ein effizientes und transparentes Arbeiten der zentralen Wahlbehörden bzw. aller Wahllokale des Landes bei der Registrierung der Wähler, Gewährleistung ihrer Stimmabgabe am Tag der Wahlen sowie Transparenz bei der anschließenden Auszählung der Stimmen. Auch jeglicher politische Druck auf die Wähler oder Wahlkandidaten in Zielen der Einflussnahme auf den Wahlausgang ist mit einem demokratischen und gerechten Wahlvorgang nicht vereinbar (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016: 18; Freedom House 2016). Außerdem betont die EU die Wichtigkeit einer umfassenden Wahlbeobachtung, um ein notwendiges Vertrauen der Bürger in die Institution der demokratischen Wahlen aufzubauen (vgl. European Commission 2014c: 3, 2014f: 5, 2013: 4, 6).

Politische Partizipationsrechte

Politische Partizipation definiert man allgemein als Teilhabe der Bürger an der politischen Meinungs- und Willensbildung (vgl. Eicher/Beichelt 2006: 307). Innerhalb des Konzepts einer „eingebetteten“ Demokratie definieren sie primär die Rechte der politischen Kommunikation und Organisation, welche den Bürgern Möglichkeiten zur Artikulation und Vertretung ihrer Interessen und Präferenzen gegenüber politischen Akteuren sichern. Konkret meint dies die Meinungs- und Redefreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit bzw. das Demonstrations- und Petitionsrecht (vgl. Merkel 2004: 38-39).

Die Meinungsfreiheit setzt das Recht jeder Person auf freie Meinungsäußerung voraus. Dieses Recht schließt die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und die Freiheit, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben ein (vgl. Europarat/Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2010: 11). Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zeigt sich im Recht jeder Person, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln bzw. zusammenzuschließen. Dies gewährleistet auch das Recht auf friedliche Demonstrationen (vgl. ebd. 12).

Das entsprechende politisch-rechtliche Klima des Staates ermöglicht eine freie Ausübung der politischen Partizipationsrechte, indem es genügend Freiräume für freie Medien lässt. Die Unterbindung der politisch motivierten Zensur als Form der Medienkontrolle und der entwickelte Medienpluralismus, der sich im Vorhandensein einflussreicher privater Medien neben den öffentlichen zeigt, sind wichtige Bedingungen dafür. Außerdem wird vom Staat der absolute Verzicht auf jegliche Mittel der Druckausübung wie Verhaftungen, Drohungen oder Einschüchterungen gegen Medienvertreter, zivilgesellschaftliche Aktivisten und sonstige Bürger erwartet, die ihre Meinung frei äußern, sich frei versammeln oder sich innerhalb von einzelnen Interessengruppen vereinigen wollen (vgl. Merkel 2004a: 8, 2004: 39; Bertelsmann Stiftung 2016: 19).

Die Sicherung der Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit stellt einen festen Bestandteil der Demokratieförderung der EU in ihren östlichen Nachbarländern, einschließlich der Ukraine, dar (vgl. European Commission 2015: 6, 2013: 7, 2011b: 2; European Commission/EuropeAid 2011: 5). Eine besondere Rolle räumt die EU dabei der Förderung von pluralistischen, kompetenten und politisch unabhängigen Medien als Kontrollmächten der Regierung, Antreibern von demokratischen Reformen und Freiräumen für öffentliche Debatten im institutionellen Rahmen der ENP ein (vgl. European Commission 2013: 7, 2015: 6).

Bürgerliche Freiheitsrechte

Die grundlegenden bürgerlichen Freiheitsrechte erfassen im Konzept einer „eingebetteten“ Demokratie die Dimension eines funktionierenden Rechtsstaates. Dies meint den Vorrang des geltenden Rechts als einer höheren Einschränkungsmacht gegenüber den Organen der Exekutive und Legislative. Im Mittelpunkt eines jeden Rechtsstaates stehen die konstitutionellen Grundrechte als Schutzrechte des Individuums gegen willkürliche Staatsmacht, die hiermit mit dem Begriff „Menschenrechte“ umfasst werden (vgl. Merkel 2004a: 9, 2004: 39-40; Eicher/Beichelt 2006: 314). Innerhalb der angebotenen Kriterien bietet sich eine Unterteilung der hiermit gemeinten Rechte in drei Gruppen an. Die erste davon bezieht sich auf das Recht der Gleichstellung aller Menschen durch die Sicherung des allgemeinen Diskriminierungsverbots aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion, ethnischer Herkunft, der Rasse, der politischen oder sonstigen Anschauung, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status. Die zweite Gruppe umfasst die grundlegenden Menschenrechte wie das Recht auf Leben, individuelle Freiheit und Eigentum. Man versteht darunter auch das Recht auf Schutz gegen illegale Verhaftung, Exil, Terror, Folter oder unrechtmäßige Eingriffe des Staates in die Privatsphäre (vgl. Europarat/Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2010: 6-7; Merkel 2004: 39-40).

Die letzte Gruppe setzt die Rechte voraus, die aus der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz hervorgehen. Der dadurch gewährleistete gleiche Zugang zum Recht äußert sich vor allem im Recht auf ein faires und öffentliches Verfahren in einem unabhängigen und unparteiischen Gericht. Jeder angeklagten Person steht das Recht zu, über die Gründe der gegen sie erhobenen Beschuldigungen rechtzeitig und ausführlich unterrichtet zu werden bzw. über ausreichend Zeit und Möglichkeiten zur Vorbereitung ihrer Verteidigung zu verfügen. Außerdem steht jeder Person das Recht auf die Erhebung einer wirksamen Beschwerde bei einer innerstaatlichen Instanz im Fall der Verletzung ihrer Menschenrechte zu (vgl. Europarat/Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 2010: 9-10; Bertelsmann Foundation 2016: 21; Merkel 2004: 40).

Die Förderung der Menschenrechte im genannten Sinn bildet eine absolute Priorität der EU als externer Demokratieförderer in der Ukraine. Der Akzent liegt auf der Sicherung der Gleichstellungs- und Gleichbehandlungsgebote in ihren zahlreichen Formen unter besonderer Berücksichtigung der Frauen- und Kinderrechte. Die Stärkung der öffentlichen Aufmerksamkeit bzw. Förderung des politischen Dialogs zu Themen des Menschenrechtesschutzes stellen dabei wichtige Aufgaben der demokratieförderlichen Arbeit der EU in Osteuropa dar. Dies betont auch die entscheidende Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure als Anwärtler auf die Menschenrechte (vgl. European Commission 2015: 6, 2011c: 5, 2010d: 4).

Horizontale Berechenbarkeit und Gewaltenteilung

Das vierte Teilregime der horizontalen Berechenbarkeit sichert die Prinzipien der Gewaltenteilung und der Gewaltenteilung innerhalb einer demokratischen Ordnung. Darunter versteht man sowohl die horizontale Autonomie als auch die wechselseitige Kontrolle zwischen der Legislative, Exekutive und Judikative. Dies setzt voraus, dass die zentralen Machtzweige zwar institutionell voneinander getrennt sind, durch ihre gegenseitige Kontrolle allerdings in einer ständigen funktionalen Interdependenz zueinander stehen, ohne dabei einander zu dominieren (vgl. Merkel 2004a: 9, 2004: 40-41). Als eine entscheidende Voraussetzung für die Ermöglichung einer ständigen gegenseitigen Kontrolle zwischen den einzelnen Machtzweigen gilt das Vorhandensein einer unabhängigen und funktionsfähigen Justiz, das eine kritische Überprüfung der Arbeit der Exekutive und Legislative

erlaubt (vgl. Merkel 2004: 40-41; Wetzel 2015: 6). Eine unabhängige Justiz zeigt sich in erster Linie im Vorhandensein eines ausdifferenzierten institutionellen Gerichtssystems, das seine Arbeit ausschließlich nach dem geltenden Recht richtet. Nur so kann die Unbestechlichkeit der Justizorgane bzw. die Unparteilichkeit der Richter gegenüber politischer Machtorgane gesichert werden (vgl. Bertelsmann Foundation 2016: 20).

Im institutionellen Rahmen der ENP legte die EU von Anfang an die Reformen zugunsten einer effizienten und unabhängigen Justiz als wichtige Priorität fest. In der Ukraine setzte sie den Akzent darauf, die häufige Praxis der ukrainischen Exekutivorgane, die Justiz politisch zu beeinflussen, zu unterbinden. Ein weiteres wichtiges Anliegen der EU auf diesem Feld bezieht sich auf die Sicherung der erforderlichen Geltungskraft von Menschenrechten und Grundfreiheiten in den Gerichten, Strafverfolgungsbehörden und Strafvollzugsanstalten der Ukraine (vgl. European Commission 2013: 7; European Commission/ENPI 2011a: 10).

Effektive Regierungsgewalt

Als effektiv gilt im Modell einer „eingebetteten“ Demokratie eine Regierungsmacht dann, wenn sie ausschließlich in den Händen ihrer demokratisch gewählten Vertreter liegt. Dies bedeutet, dass alle sonstigen Akteure aus den Regierungsangelegenheiten ausgeschlossen bleiben. Dies wirkt jeglichem übermäßigen politischen Einfluss seitens der sogenannten „Vetoplayer“ wie Vertretern der Polizei, des Militärs oder der einflussreichen Wirtschaftsakteure entgegen (vgl. Merkel 2004a: 9). Insbesondere in Osteuropa, wo der Einfluss der Oligarchen und einzelner Businessgruppen auf politische Prozesse traditionell hoch ist, stellt die Sicherung einer effizienten Regierungsgewalt eine Grundvoraussetzung dar, um das Geltungsmonopol der Spielregeln eines transparenten demokratischen Prozesses zu ermöglichen (vgl. Eicher/Beichelt 2006: 323-328). Dies fordert von zentralen demokratischen Institutionen wie Regierung, Parlament oder Verfassung wiederum ein notwendiges Maß an Effizienz und Transparenz in ihrer Arbeit, um potenzielle Vetoplayer von der politischen Entscheidungsfindung fernzuhalten. Somit ergänzt diese Untersuchung die von Wolfgang Merkel (2004a: 9) vorgeschlagenen Kriterien der effektiven Regierungsgewalt um ein weiteres Kriterium, das als „Effizienz und Transparenz der zentralen politischen Institutionen“ formuliert wird. Wie es auch die folgende empirische Untersuchung zeigt, räumt die EU diesem Ziel eine wichtige Bedeutung in der projektorientierten Direktförderung der ukrainischen NGOs ein. Somit setzt sich die ENP beispielsweise dafür ein, eine ungehinderte demokratische Kontrolle über die Sicherheits- und Militärkräfte in den EU-Nachbarländern durch entsprechende Reformen zu fördern (vgl. European Commission 2013: 7, 2011b: 3-4).

12.1.2.2.2 Erläuterungen zu einzelnen Kriterien in Bezug auf externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie

Stärkung der öffentlichen Verwaltung

Die zweite hiermit relevante Domäne der externen Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie wird in Anlehnung an den konzeptionellen Vorschlag von Wetzel (2015: 7) als „Kapazität der öffentlichen Verwaltung“ zusammengefasst. Die hiermit zusammenhängenden Kriterien implizieren die Förderung einer effizienten, transparenten und berechenbaren öffentlichen Verwaltung als unentbehrliche Voraussetzung jeder demokratischen Ordnung sowohl auf der nationalen als auch auf der lokalen Politikebene (vgl. Wetzel 2015: 7).

Die EU betrachtet einen transparenten und effizienten Verwaltungsapparat als Grundvoraussetzung des demokratischen Regierens. Eine Reform der Verwaltungsstrukturen der nationalen und lokalen Ebene stellt somit eine der Förderprioritäten der EU in mehreren ENP-Ländern dar. Eine besonders hohe Zahl entsprechender Reformvorschläge bezieht sich auf die Bekämpfung der Korruption innerhalb von Verwaltungsstrukturen. Insbesondere in den für die Korruption besonders leicht anfälligen Bereichen wie Staatseinkäufe, lokale Finanzverwaltung, Reprivatisierung oder Umstrukturierung der staatlichen Unternehmen strebt die EU notwendige Verbesserungen an (vgl. European Commission 2015: 6; European Commission/EuropeAid 2014a: 48-50). Außerdem verbindet sie die Effizienz der öffentlichen Verwaltung unmittelbar mit der Qualität der Arbeit der Regierung bzw. des Parlaments als richtungsweisende Akteure im gesamten Staatsapparat (vgl. European Commission 2015: 6). Ausweitung der Kapazitäten der Ministerien bzw. der Organe der lokalen Selbstverwaltung in Fragen der Politikentwicklung, Erbringung von administrativen Dienstleistungen und Management der öffentlichen Finanzen bilden dabei die Bereiche, in denen die EU in den meisten ENP-Ländern einschließlich der Ukraine einen hohen Handlungsbedarf sieht (vgl. European Commission 2015: 5-6, 2013: 7; European Commission/EuropeAid 2014a: 48; European Commission/ENPI 2011a: 12). Dabei setzt diese auf eine aktive Teilnahme der zivilgesellschaftlichen Akteure als Mitgestalter und Umsetzer solcher Reformen vor Ort (vgl. Börzel et al. 2008: 10-11; European Commission 2015: 6). Bildungs- und Beratungsmaßnahmen für das Arbeitspersonal, Projektförderung, technische und finanzielle Hilfen sind die typischen Formen der Maßnahmen, welche die EU zur Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung in der Ukraine einsetzt (vgl. European Commission 2014e: 7).

Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung

Wie schon oben erwähnt, stützt die EU ihre Förderung der Zivilgesellschaft auf einen besonders breiten Ansatz. Die einzelnen zivilgesellschaftlichen Akteure sieht sie nicht nur als direkte Adressaten der Förderung, sondern auch als Kooperationspartner der EU bei der Gestaltung, Umsetzung und dem Monitoring der einzelnen Reformen (vgl. Kap. 9.2). Insbesondere in den EU-Nachbarländern wie der Ukraine, wo es zu häufigen und zum Teil auch tief greifenden politischen Änderungen kommt, betont die EU im institutionellen Rahmen der ENP die unverzichtbare Rolle einer funktionierenden Zivilgesellschaft als entscheidende Erfolgsbedingung für die Demokratisierung vor Ort (vgl. European Commission 2011b: 5). Somit setzt sich die EU dafür ein, die Zivilgesellschaften der Nachbarländer als Teilnehmer des politischen Dialogs, Vertreter von öffentlichen Interessen, kritische Beobachter der Regierung, Initiatoren von wichtigen Reforminitiativen und Beschützer der Menschenrechte stärker zu fördern (vgl. European Commission 2015a, 2014: 3, 2014b: 24-27, 2014c: 7-9, 2014d: 10-11, 2013c: 10-12, 2011a: 15, 2011b: 4-5, 2010c: 4, 2006: 7; Delegation of the EU to Ukraine 2014: 1, 2012c: 1, 2012d: 1). Dies spiegelt sich auch in der Handlungslogik der einzelnen geografischen und thematischen Programminstrumente der EU wider, mit welchen sie diesen Zielen nachgeht. In der Regel sind diese so konstituiert, dass sie die zivilgesellschaftlichen Akteure als Adressaten der Förderung nicht nur intern in ihren Kapazitäten stärken, sondern sie zu einem nachhaltigen Engagement für die Ziele der Demokratisierung vor Ort befähigen. Dies bedeutet somit, dass die EU die Zivilgesellschaft als eine der entscheidenden externen Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie betrachtet. Auch die Übersicht der ausgewählten EU-geförderten Projekte, welche im Laufe der vorliegenden Untersuchung ausgewertet werden, zeigt, dass die Förderung der Demokratie via der Kooperation bzw. mit der Vermittlung der lokalen NGOs vor Ort ein wichtiges Anliegen der EU in der Ukraine darstellt. Dabei interpretiert die EU die

Zivilgesellschaft weit über den institutionellen Rahmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen hinaus. So setzt sich aus der EU-Perspektive eine demokratiestützende Zivilgesellschaft aus einem breiten Spektrum der Akteure zusammen, welchem neben den NGOs auch unterschiedliche Formen der selbstorganisierten Bürgernetzwerke, Bürgerbewegungen, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen oder auch einzelne Individuen angehören, sobald sie sich in einer relativen Unabhängigkeit vom Staat für die Artikulation und Vertretung bestimmter gesellschaftlicher Interessen und Werte mobilisieren (vgl. Wetzel 2015: 7-8; European Commission 2011b: 19; Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2009: C77/157; Shapovalova/Youngs 2012: 7).

An dieser Stelle empfiehlt sich die Konkretisierung weiterer Regeln, nach welchen im Laufe der Auswertung der empirischen Daten ein bestimmter Akteur als zivilgesellschaftlich einzustufen ist. Ein solcher Schritt ist allein schon deswegen notwendig, weil die ukrainischen NGOs die äußerst weit aufgestellte Sichtweise der EU auf die Zivilgesellschaft nicht immer teilen, sondern diese in der Regel deutlich enger interpretieren. Aus diesen Gründen wird somit vorgeschlagen, sich bei der Ableitung solcher Zuordnungsregeln auf eine Reihe von schon vorab theoretisch begründeten Wesensmerkmalen der Zivilgesellschaft zu stützen, wie sie u. a. in ihrer bevorzugten Definition innerhalb dieser Arbeit enthalten sind (vgl. Kap. 4.3.5). Hiernach gehören zur Zivilgesellschaft vor allem jene Akteure, deren Handeln nicht nur situativ im Fall der Übernahme von einzelnen öffentlichen Funktionen der Demokratisierung, sondern hauptsächlich und permanent zivilgesellschaftlichen Charakter trägt und dadurch die aktuellen Demokratisierungsprozesse mitbeeinflusst. Erstens beinhaltet dies, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure in einer grundsätzlichen Gemeinwohl- und Demokratieorientierung handeln bzw. sich dabei auf die Prinzipien der Freiwilligkeit, Nicht-Profitorientiertheit und zu einem großen Teil der Ehrenamtlichkeit stützen. Zweitens setzt dies eine vorhandene politische Ausrichtung in der Tätigkeit eines zivilgesellschaftlichen Akteurs voraus. Diese bedeutet, dass ein Akteur der Zivilgesellschaft in einem bestimmten Verhältnis zu der politischen Öffentlichkeit steht bzw. die Partizipation der Bürger an der Politik mitbeeinflusst. Drittens wird hiermit die Zivilgesellschaft durch einen bestimmten Grad der bürgerlichen Mobilisierung, ob in Form einer bestimmter bürgerlichen Vereinigung, einer spontanen Bürgerinitiative oder einer Bürgerbewegung, für einzelne Ziele der Demokratisierung definiert (vgl. Kap. 4.2.3). Unter Berücksichtigung dieser zentralen Bedingungen reduziert sich der Kreis der zivilgesellschaftlichen Akteure, die eine Demokratie extern einbetten und somit deren Entwicklung mitprägen, auf jene, welche dauerhaft und nachhaltig demokratieförderlich handeln. Die Akteure, die nur gelegentlich im oben definierten Sinne zivilgesellschaftlich agieren, wie Kirchen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen oder auch Gewerkschaften, werden hiermit nicht mit eingeschlossen.

12.2 Fallauswahl

Das folgende Unterkapitel bildet die einzelnen Fallbeispiele als Analyseeinheiten der Untersuchung heraus. Die Auswahl der Fälle erfolgt unter denjenigen politisch orientierten NGOs, welche sich im Zeitrahmen 1994-2015 mit einzelnen Themen der Demokratisierung, wie diese hier innerhalb des Modells einer „eingebetteten“ Demokratie präsentiert werden, auseinandersetzen. Als wichtige Auswahlkriterien für ukrainische NGOs als Fallbeispiele zieht die Untersuchung die vorab definierten Opportunitätsstrukturen (*domestic opportunity structures*) heran, welche laut den oben angeführten Annahmen die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation ukrainischer NGOs mit der EU großteils mitbestimmen (vgl. Kap. 10).

Unter einer Vielzahl von Fallforschungsdesigns bevorzugt diese Arbeit hiermit mit Blick auf die Fragestellung das *typical case design*. Diesem Design liegt die Analyse von einer oder mehreren Fallstudien zugrunde, welche typische Beispiele für eine bestimmte Art des kausalen Verhältnisses darstellen (vgl. Seawright/Gerring 2008: 297; Gerring 2007: 91). Zum einen eignet sich diese Form des Fallstudiendesigns am besten, wenn die Forschungsfrage vor allem nach Kausalitäten sucht, welche die aufgestellten Hypothesen der Arbeit bestätigen oder widerlegen. Zum Zweiten ermöglicht dies im Laufe einer präziseren Analyse einer Mehrzahl von Fällen auch, die gesamte Heterogenität des Forschungsgegenstandes möglichst nah zu erfassen. Dies spricht dem *typical case design* ein hohes Maß an Repräsentativität bzw. Generalisierungskraft für eine bestimmte Art der kausalen Verhältnisse zu (vgl. Seawright/Gerring 2008: 299; Gerring 2007: 89).

Die Auswahl von typischen Fällen für diese Untersuchung erfolgt in drei Phasen: In der ersten Phase wird die geografische Einschränkung der Untersuchung auf die Region Kiew begründet. Die zweite Auswahlrunde definiert den endgültigen Kreis der NGOs als einzelne Fallbeispiele. In der dritten Phase wird konkretisiert, welche EU-geförderten Projekte der ausgewählten NGOs im Weiteren genauer untersucht werden.

12.2.1 Vorauswahl der NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung: Einschränkung auf die Region Kiew

Zur Auswahl der NGOs als einzelne Fallbeispiele der Untersuchung berücksichtigt diese vorerst die gesamte Landschaft der ukrainischen, lokal-politisch orientierten NGOs, welche sich mit einzelnen Aspekten der Demokratisierung im Sinne einer „eingebetteten“ Demokratie im Zeitrahmen 1994-2015 auseinandersetzen, mit. Zur Erleichterung der empirischen Untersuchung wird zuerst geprüft, ob die Grundgesamtheit der infrage kommenden NGOs durch die geografische Einschränkung reduziert werden kann, ohne die Aussagekraft der Forschungsergebnisse für die aktuelle Fragestellung dadurch zu minimieren. Hierfür muss man vor allem beachten, innerhalb welcher Regionen des Landes die NGOs sich am häufigsten auf passende Opportunitätsstrukturen stützen können, um ihre Kooperation mit der EU zu fördern (vgl. Kap. 10). Zum Zweck dieser Analyse erfolgte eine Untersuchung der Sekundärliteratur sowie den empirischen Informationsquellen dieser Arbeit auf Hinweise darüber, wie sich in verschiedenen Regionen des Landes die Situation der NGOs bezüglich ihrer Ausstattung mit notwendigen Kapazitäten, ihren Einflussmöglichkeiten auf die nationale Politik bzw. ihren Willen zur Kooperation mit einem westlichen Akteur wie der EU gestaltet. Begleitend dazu wurde anhand der Listen EU-geförderter Projekte in der Ukraine innerhalb der untersuchten Förderinstrumente wie *EIDHR*, *NSAŞLA* und *NCSF* die Frage aufgearbeitet, in welchen Regionen die größte Zahl solcher Projekte zustande kam.¹⁷⁶

Im Endeffekt ergab diese Analyse, dass die absolute Mehrheit der NGOs, die auf eine Kooperation mit der EU eingehen, ihren Sitz in den größeren Städten der West- und Zentralukraine haben und mit einer besonders hohen Dichte in der Region Kiew konzentriert sind. In erster Linie hängt dies mit der bewiesenen Tatsache zusammen, dass in den osteuropäischen EU-Ländern vor allem die hochprofessionalisierten, fest etablierten und relativ ressourcenstarken NGOs aus dem politischen und sozialen Bereich von der EU-Förderung profitieren. Dies wiederum erklärt sich dadurch, dass in den grundsätzlich strukturell schwachen postkommunistischen Zivilgesellschaften meistens nur die größeren und stärkeren NGOs die notwendigen Voraussetzungen mitbringen, um

¹⁷⁶ Zur Auflistung der EU-geförderten Projekte siehe u. a. European Commission 2014a; Delegation of the EU to Ukraine 2016, 2015, 2014b, c, 2008a; Predstavnytstvo Evropejskoi Komisii v Ukraini (o.D.).

den hohen Anforderungen der EU-Förderprogramme gerecht zu werden. In Bezug auf die Ukraine sind dies meistens die NGOs mit Sitz in Kiew, die sich auf eine notwendige materielle Ausstattung und ausreichend fachlich qualifiziertes Personal stützen können, um im Kampf um EU-Fördermittel konkurrenzfähig zu bleiben (vgl. Bousac et al. 2012: 23-27; Solonenko 2010: 15-16; Lada 2011: 2; Shapovalova/Youngs 2012: 2).

Wegen dieser Bevorzugung der NGOs in Kiew hinsichtlich der genannten Opportunitätsstrukturen, zeichnete sich seitens der EU seit Mitte der 1990er Jahre immer deutlicher eine Tendenz ab, sich in der Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft auf einen ausgewählten Kreis von NGOs aus Kiew zu konzentrieren, die sich mit verschiedenen politischen Aspekten der Demokratisierung auseinandersetzen. In der Regel ging es hier um die NGOs, welche über eine mehr oder minder klare Struktur bzw. fest angestelltes Personal verfügten, ihre Arbeit strategisch durchdachten und sich am ehesten auf die notwendigen organisationalen und technischen Kapazitäten stützen konnten, um den Fördervoraussetzungen der EU entgegenzukommen (vgl. USAID 2005: 260; Kuts/Palyvoda 2006: 12; Stewart 2013: 2; Lada 2011: 2; Solonenko 2010: 15-16). Außerdem konnten solche NGOs sich von Anfang an eine bessere Ausgangslage für die Kooperation mit der EU erkämpfen, da sie wegen ihrer Lage in Kiew automatisch über bessere Bedingungen für die Kommunikation, Beratung bzw. den Informationsaustausch mit der EU durch ihre Vertretung vor Ort verfügten. Als Folge nahmen sie tendenziell häufiger an aktuellen Bewerbungsverfahren teil als die NGOs anderer Regionen des Landes (vgl. Stewart 2013: 3).

Der Mehrheit der NGOs aus ukrainischen Regionen fehlte es hingegen an den notwendigen Kapazitäten, um den bürokratischen Hürden der EU-Förderinstrumente wie komplizierte Bewerbungsverfahren, gute Englischkenntnisse oder Forderung nach einer Mitfinanzierung der Projekte gerecht zu werden. Als Folge bildete sich ein limitierter Kreis der stärksten NGOs und Think Tanks heraus, welche für die EU als Fachexperten, kritische Beobachter der öffentlichen Politik, Informationsträger und Berater bei der Reformförderung attraktiv waren (vgl. Shapovalova/Youngs 2012: 13-15, 2014: 93, 100; Bousac et al. 2012: 24-26; Charniakovich 2013: 2; Lada 2011: 2). Dies bestätigt die Annahme, dass die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation ukrainischer NGOs mit der EU zu einem großen Teil durch die Konstellationen bestimmter *domestic opportunity structures* definiert werden. Dabei sind es meistens die NGOs der Hauptstadt Kiew, welche neben den klaren materiellen und fachlichen Vorteilen auch bezüglich der zwei weiteren Opportunitätsstrukturen – der Einflussmöglichkeiten auf die nationale Politik bzw. des Willens zur Kooperation mit externen Förderakteuren wie der EU – in der Regel besser als die NGOs in den anderen Regionen des Landes abschneiden. So verfügen die NGOs in Kiew wegen ihrer unmittelbaren Nähe zu den politischen Institutionen über vergleichsmäßig gute Kommunikationsmöglichkeiten mit Vertretern aus der Politik. Im Vergleich zu den NGOs in den Regionen stehen den NGOs der ukrainischen Hauptstadt meist mehr Ressourcen zur Verfügung, um das politische Geschehen möglichst nah zu beobachten, sich als Experten und Berater an der Arbeit staatlicher Organe zu beteiligen bzw. die Inhalte der Gesetzgebung aktiv mitzubeeinflussen (vgl. Interview Holota 2015; Interview de Mercey 2015; Interview Palyvoda 2015). Somit haben sie von vorneherein die besseren Chancen auf eine Förderung aus der EU, da diese häufig die Kooperation mit dem Staat voraussetzt (vgl. Börzel 2010a: 4). Außerdem bringen die NGOs in Kiew im Durchschnitt häufiger den notwendigen politischen Willen für die Kooperation mit der EU mit, als dies im Fall der süd- oder ostukrainischen NGOs zu beobachten ist. So sehen sich die meisten NGOs in Kiew auch als pro-europäisch, indem sie die europäischen Werte teilen bzw. sich für die europäische Integration des Landes einsetzen. Von daher erfolgt für diese NGOs die Förderung aus Kiew in enger Übereinstimmung mit den eigenen Orientierungswerten. Darüber hinaus legen die NGOs in Kiew ihren Arbeitsschwerpunkt besonders

oft auf Fragen der Demokratisierung, was wiederum mit potenziell besseren Möglichkeiten für die Einflussnahme auf die nationale Politik von der Hauptstadt aus zusammenhängt (vgl. Interview Holota 2015). Mit der Fokussierung auf das Arbeitsfeld der Demokratisierung wächst gleichzeitig die Motivation, sich für EU-Fördermittel im Rahmen entsprechender Projekte zu bewerben, da diese vorwiegend in Zielen der Unterstützung der Demokratisierungsprozesse ausgeschrieben werden.

Die Akzentsetzung der EU auf die NGOs in Kiew kann auch durch bestimmte regionale Differenzen zwischen den ukrainischen NGOs hinsichtlich ihres Tätigkeitsprofils begründet werden. Schon seit den 2000er Jahren ist im Osten des Landes die Tendenz zu beobachten, sich überwiegend den Arbeitsbereichen Jugend, Kinder und Soziales zuzuwenden. Die politischen Fragen spielen hier hingegen eine eher zweitrangige Rolle. Interessanterweise überwiegen auch im Westen des Landes die NGOs, welche sich mit verschiedenen sozialen und nicht politischen Belangen beschäftigen. Dies hat mit der langen historischen Tradition der zivilgesellschaftlichen Akteure zu tun, sich primär für soziale Anliegen einzusetzen (vgl. Maksymenko 2005: 3). Die politisch orientierten NGOs gehen im Westen hingegen Fragen der Demokratisierung viel mehr im lokalen als im gesamtnationalen Kontext nach. So setzten sie sich viel mehr mit Fragen der regionalen Entwicklung, kommunalen Selbstverwaltung und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als mit nationalen Aspekten der Demokratisierung wie etwa Menschenrechten oder demokratischen Wahlen auseinander (vgl. Interview Holota 2015). Anders als im Osten und Westen des Landes konzentrieren sich die NGOs in der Zentralukraine und insbesondere in Kiew viel mehr auf solche Arbeitsfelder wie Menschenrechte, Einflussnahme auf Gesetzgebungsprozesse, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Wahlen oder Korruptionsbekämpfung. Dementsprechend spielen sie dadurch eine wichtigere Rolle in den Demokratisierungsprozessen als die NGOs anderer Regionen des Landes (vgl. ebd.).

Ferner zeigte es sich im Laufe der empirischen Recherche, dass sich die Förderlogik der EU in Bezug auf NGOs anderer Regionen nicht viel von jener in Kiew unterscheidet. So setzt die EU auch in den Regionen auf die Kooperation mit den stärkeren und größeren NGOs, die in Fragen ihrer Ausstattung mit Kapazitäten, des bestehenden Verhältnisses zu staatlichen Behörden und des vorhandenen Willens zur Kooperation den EU-geförderten NGOs in Kiew sehr nahekommen. Zum Beispiel bildete sich auch im westlichen Lviv ein Kreis pro-europäischer, ressourcenstärkerer NGOs heraus, welche am häufigsten Auswahlverfahren zu Projekten wie *Europäischer Dialog*, *OPORA* oder *Centre for Political and Judicial Research* bei der EU gewinnen. Wie die NGOs in Kiew verfügen sie über ein gut ausgebautes Kontaktnetz mit lokalen und nationalen Behörden, betrachten die demokratischen Reformen in einem engen Zusammenhang mit den Zielen der europäischen Integration des Landes und setzen sich aktiv für die europäischen Werte vor Ort ein. Eine ähnliche Situation herrscht auch im Osten des Landes. Hier werden ebenfalls die stärkeren westorientierten NGOs wie *Human Rights Protection Group in Kharkiv* oder *Committee of Voters of Ukraine (CVU) in Donezk* von der EU gefördert. Erst in den letzten Jahren steigt die Anzahl auch weniger bekannter und kleinerer regionaler NGOs, welche, zum großen Teil auch durch das Verfahren des *re-granting*, von der EU mitgefördert werden (vgl. Interview der Mercey 2015; Interview Lynnyk 2015). Daraus ist zu schließen, dass die Analyse der Kooperation der NGOs aus anderen Regionen des Landes mit der EU nicht unbedingt qualitativ neue empirische Befunde in Bezug auf die Fragestellung dieser Arbeit hervorbringen würde. In Anbetracht der angeführten Überlegungen schränkt sich der empirische Teil dieser Arbeit bei der Auswahl der NGOs als einzelne Fallbeispiele der Untersuchung somit auf die Region Kiew ein.

12.2.2 Begründung für die Auswahl von 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung

In der zweiten Auswahlphase wurde zuerst der Kreis der NGOs in der Region Kiew definiert, bei denen die notwendigen Ausgangsbedingungen für eine Kooperation mit der EU vorlagen. Dazu dienten die verfügbaren Listen und Register der NGOs, die sich in Kiew im Zeitrahmen 1994–2015 mit politisch besetzten Themen der Demokratisierung wie Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Wahlen etc. auseinandersetzten.¹⁷⁷ Davon kamen diejenigen Organisationen in die Vorauswahl, welche zumindest den vorläufigen Einschätzungen nach die notwendigen Voraussetzungen für eine Kooperation mit der EU mitbrachten. Zur Erleichterung dieser Selektion dienten die definierten Kriterien der innerstaatlichen Opportunitätsstrukturen, durch welche die grundsätzlichen Ausgangsbedingungen bzw. Möglichkeiten der NGOs für eine Kooperation mit der EU festgelegt wurden (vgl. Kap. 10). Dementsprechend wurden hierfür die vorausgewählten NGOs in Bezug auf ihre Ausstattung mit institutionellen und fachlichen Kapazitäten, die Spezifik ihres Tätigkeitsprofils in Politikbereichen der Demokratisierung und das grundsätzliche Interesse an der Kooperation mit der EU analysiert. Die Informationen hierfür entstammen den einzelnen Internetseiten der NGOs, den öffentlichen verfügbaren Jahrestätigkeitsberichten, Pressemitteilungen zu ihrer Arbeit in den Medien sowie den Hinweisen der Interviewpartner im Rahmen der durchgeführten Expertengespräche.

Dieses Auswahlverfahren ermöglichte es, mehrere NGOs aus der weiteren empirischen Analyse auszuschließen, welche die notwendigen Bedingungen für eine Kooperation mit der EU offensichtlich nicht mitbringen. So ergab die Recherche, dass einige der politisch tätigen NGOs in Kiew kaum in den Medien erwähnt wurden, nicht über eigene Websites verfügten oder ihre Tätigkeit nur in einem kurzen Zeitraum ausübten. Das wiederum deutet auf die Begrenztheit ihrer Kapazitäten hin. Außerdem konnte einigen NGOs ein fehlender oder jedenfalls unzureichender Willen zur externen Förderung bzw. Kooperation mit ausländischen Akteuren unterstellt werden, da in den zu ihrer Arbeit verfügbaren Informationen keine Hinweise hierzu zu finden waren. So konzentrierte sich beispielsweise eine Reihe von NGOs, welche grundsätzlich über ein gut ausgebautes Netz an Kapazitäten verfügten, von vorneherein auf die Förderung aus den Mitteln amerikanischer Stiftungen und nahm deswegen bewusst nicht an laufenden Auswahlverfahren der EU-Vertretung in Kiew teil.

Der Ausschluss solcher NGOs ermöglichte es, einen überschaubaren Kreis von 60 infrage kommenden Organisationen zu bilden. In der abschließenden Auswahlphase wurde die erhaltene Liste der NGOs auf die Frage hin abgearbeitet, welche davon tatsächlich mit der EU im gegebenen Zeitrahmen kooperierten. Hierzu dienten zum einen Hinweise auf EU-geförderte Projekte auf den Internetseiten und in den verfügbaren Tätigkeitsberichten dieser NGOs. Durch diese Vorgehensweise – Bestimmung eines potenziellen NGOs-Kreises aufgrund der definierten Opportunitätsstrukturen auf der einen und die Auswahl aus diesem Kreis von NGOs, die tatsächlich mit der EU kooperierten auf der anderen Seite – ergab sich eine Reihe interessanter Erkenntnisse. Zum einen ermöglichte es, in der Landschaft der politisch aktiven NGOs in Kiew auf jene Organisationen aufmerksam zu werden, welche vor dem Hintergrund der definierten Opportunitätsstrukturen viel Potenzial für eine Kooperation mit der EU mitbringen, dieses jedoch unterschiedlichen Gründen nicht nutzen können oder wollen. Beispielsweise lehnte die EU-Vertretung in Kiew die Projektbewerbungen des *Ukrainian Centre for Independent Political Research*¹⁷⁸ mehrmals ab. Dabei gehört die Organisation

¹⁷⁷ Diese Listen wurden von der Expertin der NGO „Europe without Barriers“ Maryana Kuzio als interne Dokumentation der Organisation zur Verfügung gestellt und sind per Anfrage einsehbar.

¹⁷⁸ Ausführlicher zum Tätigkeitsprofil der NGOs siehe Ukrainskyi Nezalezhnyi Tsentri Politychnykh Doslidzhen 2016.

zum Kreis der stärksten politisch orientierten NGOs in Kiew, auf deren Expertise ukrainische politische Institutionen systematisch zurückgreifen bzw. welche durch mehrfache Bewerbungen bei der EU ihren klaren Willen zur Kooperation bekundeten (vgl. Interview Tyshchenko 2015). Weitere interessante Fälle beziehen sich auf eine Reihe von NGOs, welche sich zwar aktiv für die europäischen Werte einsetzen bzw. auch die für die Kooperation mit der EU notwendigen Kapazitäten mitbringen, sich jedoch lieber auf die Förderung durch andere ausländischen Akteure einlassen. Als solche Organisationen können beispielsweise das *International Centre for Policy Studies*¹⁷⁹ oder das *Institute of World Policy*¹⁸⁰ genannt werden. Ferner ermöglichte diese Vorgehensweise, eine Reihe von NGOs aus der weiteren Analyse auszuschließen, die mit der EU nur in einem sehr begrenzten Rahmen kooperierten. Dazu gehören zum Beispiel die NGOs, die die EU nur einmalig im Rahmen eines kleineren Projekts förderte, zu welchem letztendlich kaum oder keine Informationen mehr zu ermitteln sind.¹⁸¹

Das Endergebnis ist eine Liste von insgesamt 15 NGOs als passende Fallbeispiele für die vorgenommene empirische Untersuchung. Auf der theoretischen Ebene können diese NGOs als *most typical cases* auf dem Feld der EU-Förderung zugunsten der politisch aktiven NGOs in der Region Kiew bezeichnet werden. Dieser Vorschlag erhebt allerdings keinen Anspruch darauf, alle NGOs mit einzuschließen, die von der EU in politischen Bereichen der Demokratisierung im gegebenen Zeitrahmen unterstützt wurden. Allerdings ist eine solche Auswahl ausreichend, um zu überprüfen, ob die EU mit ihrer Unterstützung durch direkte Projektförderung tatsächlich zur Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung in der Ukraine beitragen konnte.

Die unten angeführte Tabelle demonstriert, wie sich die ausgesuchten 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung in den thematischen Schwerpunkten ihrer Arbeit auf die entsprechenden Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie beziehen. Dies begründet die Relevanz der ausgesuchten NGOs für die Fragestellung dieser Arbeit.

Tab. 13: Arbeitsschwerpunkte und Funktionen der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung in Bereichen der Demokratisierung¹⁸²

Name der NGO	Arbeitsschwerpunkte	Relevante Funktionen der Demokratisierung
<i>Agency for Legislative Initiatives (ALI)</i>	Demokratische Wahlen; Verfassungsreform; Reform der öffentlichen Verwaltung; Transparenz der öffentlichen Finanzen; lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion

¹⁷⁹ Ausführlicher zum Tätigkeitsprofil der NGO siehe Mizhnarodnyi Tsentr Perspektyvnykh Doslidzhen (2018): Pro MTSPD. Kyiv. Online verfügbar unter <http://icps.com.ua/en/>, zuletzt geprüft am 02.01.2018.

¹⁸⁰ Zum Tätigkeitsprofil der NGO vgl. Institute of World Policy 2015: 4-6.

¹⁸¹ Der anfänglich definierte Kreis der hier in Frage kommenden Organisationen betrug noch 3 weitere Organisationen. Über die demokratischen EU-geförderten Projekte von zwei davon - *Youth Innovation Centre* „Media-M“ und *Human Rights Union* – konnten dennoch kaum oder gar keine Informationen ermittelt werden. Die andere Organisation – *Institute for Economic Research and Policy Consulting* – hatte zum Ende des zeitlichen Rahmens dieser Untersuchung ihre Projekte mit der EU noch nicht vollständig abgeschlossen. Aus diesen Gründen wurden die drei genannten Organisationen aus der weiteren empirischen Untersuchung der Arbeit ausgeschlossen.

¹⁸² Die Namen der NGOs sind in alphabetischer Reihenfolge abgebildet. In Zielen der Bequemlichkeit der Untersuchung wurden alle Namen der Organisationen auf Englisch aufgefasst. Zu den Angaben über wichtigste Kontaktdaten und Internetseiten der NGOs siehe Anhang 3.

<i>Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (UMDPL)</i>	Menschenrechtsschutz in der Arbeit der Organe der inneren Sicherheit	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion
<i>Creative Centre "Counterpart" (CCC)</i>	Entwicklung der Zivilgesellschaft; Förderung der fundamentalen Grundfreiheiten	Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Centre EIDOS</i>	Korruptionsbekämpfung; Förderung der Transparenz der öffentlichen Macht bzw. der öffentlichen Finanzen; Reform des Gerichtswesens; politische Bildung der Bürger; demokratische Wahlen; Schutz der politischen Bürgerrechte	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	Presse- und Meinungsfreiheit; Korruptionsbekämpfung; Förderung des bürgerlichen politischen Aktivismus	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)</i>	Verfassungsreform; Reform der öffentlichen Verwaltung; Rechtsstaatlichkeit; Korruptionsbekämpfung; Menschenrechte und Justizreform	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Resource Center HURT (HURT)</i>	Entwicklung der Zivilgesellschaft; Menschenrechte bzw. politische Partizipationsrechte; Förderung der lokalen Demokratie	Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Civil Society Institute (CSI)</i>	Dezentralisierung und Stärkung der regionalen Politikebene, Förderung der politischen Partizipation und bürgerlicher Freiheitsrechte	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Civic Network OPORA (OPORA)</i>	Demokratische Wahlen und Wahlrechte; Monitoring der Regierungseffizienz; Reform der Wahlgesetzgebung bzw. der öffentlichen Verwaltung	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Committee of Voters of Ukraine (CVU)</i>	Demokratische Wahlen bzw. Wahlrechte; effiziente Regierungsgewalt; Expertise in Fragen der Legislative bzw. der Wahlgesetzgebung	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Ilko Kucheriv "Democratic Initiatives" Foundation (DIF)</i>	Förderung der demokratischen Wahlen und der europäischen Werte in der Ukraine; Stärkung des Parlamentarismus; Verfassungsreform; Reform der öffentlichen Verwaltung und des Gerichtswesens	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Initiative Centre to Support Social Action "ISAR Ednannia" (Ednannia)</i>	Förderung des bürgerschaftlichen Engagements; Stärkung der Einflussnahme der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Politik und Reformen der Demokratisierung	Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Internews Ukraine</i>	Presse- und Medienfreiheit; politische Bildung bzw. Verbreitung der europäischen demokratischen Werte in der Ukraine	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion
<i>Ukrainian Helsinki Human Rights Union (UHHRU)</i>	Schutz der Menschenrechte und der bürgerlichen Grundfreiheiten	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion; Dienstleistungserbringung
<i>Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)</i>	Schutz der Menschenrechte und der bürgerlichen Grundfreiheiten	Kontroll- und Schutzfunktion; Vermittlungsfunktion; Kommunikationsfunktion; Sozialisationsfunktion; Dienstleistungserbringung

Quelle: eigene Darstellung¹⁸³

¹⁸³ Anhand der Informationen der offiziellen Internetseiten der NGOs (siehe Anhang 3).

Fünf Organisationen dieser Fallauswahl gelten als Denkfabriken: *Laboratory for Legislative Initiatives (ALI)*, *Ilko Kucheriv "Democratic Initiatives" Foundation (DIF)*, *Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)*, *Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)* und *Centre EIDOS*. Allerdings ist anzumerken, dass ukrainische Denkfabriken selten als reine Forschungseinrichtungen einzustufen sind, sondern gleichzeitig auch zahlreiche Aufgaben im Bereich Advocacy, Förderung der Bürgerteilnahme an der Politik, politischer Kommunikation und der demokratischen politischen Bildung übernehmen (vgl. Melnyk et al. 2016: 4). Dies hängt großteils damit zusammen, dass in den postkommunistischen Transformationsgesellschaften Osteuropas die Nachfrage bzw. das Interesse seitens staatlicher Akteure an den klassischen Produkten und Dienstleistungen der Denkfabriken tendenziell eher gering ist. So war die engere Zusammenarbeit des Staates mit den NGOs als Trägern der Fachexpertise, Analytikern des politischen Geschehens, Vertretern öffentlicher Interessen bzw. Mitgestaltern von Politikentscheidungen von gesellschaftlicher Ebene aus in keiner der drei definierten Zeitphasen der ukrainischen Demokratisierung eine Selbstverständlichkeit. Viel häufiger als staatliche Akteure sind Medien, internationale Geldgeber und andere zivilgesellschaftliche Organisationen Abnehmer von Produkten der ukrainischen analytischen Zentren (vgl. ebd.: 5). Um zu überleben bzw. sich den erstrebten Einfluss auf die Politikgestaltung zu sichern, arbeiteten sich die meisten ukrainischen analytischen Zentren in mehrere andere Aufgabenfelder außerhalb der reinen Forschungsarbeit ein. Insbesondere sind hier Aufgaben des Veranstaltungs- bzw. Projektmanagements, der Öffentlichkeitsarbeit, der Dialogförderung der Zivilgesellschaft mit den staatlichen Akteuren und der demokratischen bürgerlichen Bildung zu nennen (vgl. Interview Golota 2015; Interview Chernikov 2015). Somit prägt ein hybrides Verständnis den Begriff einer Denkfabrik in der Ukraine (vgl. Melnyk 2016 et al.: 4). Zum Beispiel bezeichnet sich *Centre EIDOS* als eine „analytical and resource organisation“, *Ilko Kucheriv "Democratic Initiatives" Foundation (DIF)* als „analytical and enlightening organization“ und *Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)* – als „a think-and-act tank“.¹⁸⁴ Das Verständnis für dieses Sondermerkmal des ukrainischen Think-Tanks-Sektors ist notwendig, da dieses erlaubt, innerhalb dieser Untersuchung diese Art der ukrainischen Denkfabriken zusammen mit anderen Formen der NGOs als geeignete Fallbeispiele zu behandeln.

Innerhalb der dargestellten 15 Fallbeispiele lassen sich somit vier Formen von NGOs beobachten: Die erste davon kann als „hybride NGOs“ bezeichnet werden; solche NGOs agieren gleichzeitig sowohl als Denkfabriken, als auch als Advocacy-NGOs, welche regelmäßig mit der breiten Öffentlichkeit kommunizieren und sich nach außen grundsätzlich sehr offen zeigen (*ALI*, *CPLR*, *DIF*, *EIDOS*, *CEDEM*). In der Regel sehen solche NGOs ihre Arbeit als politisch relevant und konzentrieren sich auf die politische Dimension der Demokratisierungsprozesse. Die zweite Form betrifft die NGOs, die sich eng mit Fragen der Menschenrechte bzw. ihres Schutzes befassen (*UHHRU*, *ULAF*, *UMDPL*). Die dritte Form hingegen umfasst die NGOs, welche sich auf Fragen der Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung spezialisieren und sich bewusst aus stark politisch betonten Tätigkeitsbereichen heraushalten (*CCC*, *Ednannia*, *HURT*). Die vierte Form beschreibt die typischen Advocacy-NGOs, welche sich für einzelne Bereiche der Demokratisierung wie demokratische Wahlen oder Korruptionsbekämpfung einsetzen (*CVU*, *OPORA*, *CSI*, *Internews Ukraine*).

¹⁸⁴ Vgl. Centre EIDOS (2017): About Centre: Who we are. Kiev. Online verfügbar unter <http://eng.eidos.org.ua/pro-nas/>, zuletzt geprüft am 13.02.2017; Ilko Kucheriv "Democratic Initiatives" Foundation (2017): About foundation. Kiev. Online verfügbar unter <http://dif.org.ua/about>, zuletzt geprüft am 7.07.2017; Centre for Democracy and Rule of Law (2017): Who we are. Kiev. Online verfügbar unter <http://cedem.org.ua/en/who-we-are/>, zuletzt geprüft am 7.07.2017.

12.2.3 Arbeitsprofil der 15 ausgewählten NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung im Bereich der Demokratisierung¹⁸⁵

Agency for Legislative Initiatives (ALI)

Die *Agency for Legislative Initiatives* (ukr. *Лабораторія Законодавчих Ініціатив*) gilt als eine der größten und bekanntesten ukrainischen NGOs. Seit 2000 setzt sie sich mit einem breiten Aufgabenspektrum zugunsten der demokratischen Transformation auseinander. Dabei kann sich die Organisation auf eine besonders lange Tradition der politischen Kommunikation stützen. Insbesondere für das ukrainische Parlament Verkhovna Rada hat sich die NGO als wichtiger Berater bzw. Träger fachspezifischer Expertise auf verschiedenen Gebieten der Gesetzgebung wie Wahlen, lokale Selbstverwaltung oder Verfassungsreform bewährt. Die Förderung der demokratischen politischen Kultur sowohl in der Bevölkerung, als auch auf der Ebene der politischen Institutionen stellt ebenso einen wichtigen Arbeitsbereich der Organisation dar (vgl. *Laboratoriia Zakonodavchyh Initsiatyv* 2011). Seit der *Euromajdan*-Revolution und dem dadurch herbeigeführten Machtwechsel konzentriert sich die Organisation auf Fragen der Verfassungsreform, Stärkung des ukrainischen Parlamentarismus und der bürgerlichen Partizipation an der Politik (vgl. Interview Ihor Kohut 2015: 3).

Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (UMDPL)

Die *Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement* (ukr. *Асоціація Українських моніторів дотримання прав людини в діяльності правоохоронних органів*) wurde 2010 mit dem Ziel gegründet, eine effiziente öffentliche Kontrolle über die Einhaltung der Menschenrechte in den Polizei- und Vollstreckungsbehörden zu fördern. Zu den Kernaufgaben der Organisation gehört das Monitoring stattgefunder bzw. die Prävention möglicher Verletzungen der Menschenrechte der ukrainischen Bürger, die von der Polizei festgenommen wurden, auf das entsprechende Rechtsurteil in Untersuchungshaft warten oder in den Gefängnissen ihre Strafen aussitzen. Ein wichtiges Anliegen der Organisation besteht außerdem in der Verbesserung der Gesetzgebung zu Themen der Menschenrechte in den Vollstreckungsbehörden. Außerdem bietet sie diverse Bildungsmaßnahmen für ukrainische Bürger zu Fragen des Schutzes ihrer Rechte vor der Polizei und in Vollstreckungsbehörden an (vgl. *Association of Ukrainian monitors of human rights observance in law enforcement activity* 2014a: 3-5).

Creative Centre „Counterpart“ (CCC)

Das *Creative Centre „Counterpart“* (ukr. *Творчий Центр «Каунтерпарт»*) gilt als eine der ältesten und stärksten ukrainischen NGOs im Bereich der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Akteure. Seit 1996 setzt sich das Zentrum schwerpunktmäßig mit dem Ausbau der institutionellen und fachlichen Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen bzw. mit der Unterstützung diverser Formen der bürgerlichen Selbstorganisation auf der lokalen und kommunalen Ebene auseinander. Hierfür führt das Zentrum Trainings-, Bildungs- und Beratungsmaßnahmen für zivilgesellschaftliche Organisationen durch; fördert ihre Kommunikation und Vernetzung sowohl untereinander als auch mit staatlichen Politikakteuren; setzt Projekte mit einem Fokus auf dem Aufbau von Kapazitäten der

¹⁸⁵ Die NGOs werden in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet.

zivilgesellschaftlichen Akteure um; verwaltet Förderprogramme der internationalen Geldgeber für die ukrainische Zivilgesellschaft vor Ort; beobachtet, forscht und analysiert zu Themen in Verbindung mit der ukrainischen Zivilgesellschaft als demokratischen Akteur (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2017).

Centre EIDOS

Die ukrainische NGO *Centre EIDOS* (ehem. *Centre for Political Studies and Analysis*, ukr. *Центр ЕЙДОС*) setzt sich seit 2007 mit der Stärkung der Zivilgesellschaft als Teilnehmer demokratischer Prozesse, der Förderung der demokratischen politischen Kultur und der Unterstützung von Reformen in Richtung einer funktionierenden liberalen Demokratie auseinander. Die thematischen Arbeitsschwerpunkte beziehen sich auf die Steigerung der Effizienz, Transparenz und Berechenbarkeit politischer Institutionen mit einem Sonderakzent auf der Bekämpfung von Korruption und der Entwicklung der lokalen Demokratie. Dafür setzt das Zentrum unterschiedliche Formate der Projekt-, Bildungs- und Forschungsarbeit, der politischen Kommunikation, des Monitorings und der Analyse der nationalen Politik ein (vgl. *Tsentr politychnykh studii i analyky* 2014: 8).

Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)

Das *Centre for Democracy and Rule of Law* (ukr. *Центр демократії і верховенства права*) ist ukrainische Denkfabrik, in deren Reihen sich seit 2004 mehrere Fachexperten und Juristen für Menschenrechte und die fundamentalen Grundfreiheiten in der Ukraine einsetzen. Der Sonderakzent richtet sich dabei auf die Meinungs- und Medienfreiheit. Die Organisation konnte sich mehrfach als erfolgreiche Anwältin ukrainischer Journalisten und Medien im Dialog mit der Regierung und Behörden der öffentlichen Verwaltung bewähren. In seiner Arbeitspraxis greift das Zentrum auf zahlreiche Maßnahmen der Einflussnahme auf die Politik wie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, Vermittlung von Fachexpertise, Förderung der öffentlichen Kommunikation über Fragen der Medien- und Menschenrechtspolitik und Mitwirkung an der nationalen Gesetzgebung in Bezug auf die Gewährung fundamentaler Grundfreiheiten zurück (vgl. *Media Law Institute* 2015: 2-4).

Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)

Das *Centre for Political and Legal Reforms* (ukr. *Центр Політико-Правових Реформ*) ist eine ukrainische Denkfabrik, die sich seit 1996 schwerpunktmäßig mit der Förderung institutioneller Reformen in Richtung einer liberalen Demokratie beschäftigt. Mit diesem Ziel setzt sich das Zentrum aktiv mit der Analyse der nationalen Politik bzw. der Ausarbeitung und dem Lobbying von Gesetzes- bzw. Gesetzänderungsvorschlägen auseinander. Die thematischen Forschungsschwerpunkte liegen auf den Reformen der öffentlichen Verwaltung, der Justiz, der administrativen Dienstleistungserbringung und der Verfassung. Außerdem widmet sich das Zentrum intensiv Themen, die in Zusammenhang mit der Bekämpfung der Korruption auf allen Verwaltungsebenen stehen. Zu den häufigen Arbeitsformen der Organisation zählen die politische Forschung und Analyse, Erteilung von Fachexpertise, Monitoring der Arbeit politischer Institutionen und politische Bildungsarbeit (vgl. *Tsentr Polityko-Pravovykh Reform* 2015: 2).

Das *Centre for Political and Legal Reforms* arbeitet mit der EU-Vertretung in Kiew schon seit seiner Gründung 1996 zusammen. Regelmäßig interessierte sich die EU für Monitorings des Zentrums über die Umsetzung zentraler Schritte der europäischen Integration des Landes. Die EU-Vertretung in Kiew lädt die Experten des Zentrums häufig zu entsprechenden Gesprächen, Expertenrunden etc. ein. Mehrmals trat das Zentrum auch als Kooperationspartner anderer NGOs in deren EU-geförderten Projekten auf (vgl. Interview Tymoshchuk 2015: 1).

Civil Society Institute (CSI)

Das *Civil Society Institute* (ukr. *Інститут Громадянського Суспільства*) richtet seine Arbeit seit 1997 auf die Förderung ukrainischer zivilgesellschaftlicher Akteure als aktive Teilnehmer der demokratischen Prozesse bzw. der politischen Entscheidungsfindung, primär von der kommunalen und regionalen Ebene aus. In diesen Zielen setzt sich das Institut insbesondere mit der Entwicklung der lokalen Demokratie und lokalen Selbstverwaltung auseinander. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld des Instituts bezieht sich dabei auf den Entwurf entsprechender Gesetzesvorschläge zu verschiedenen Aspekten der Reformen der Dezentralisierung und der Kommunalpolitik in der Ukraine. Außerdem widmet es sich verschiedenen Formen der politischen Bildungsarbeit für die Bürger der ukrainischen Regionen als Voraussetzung für eine bürgernahe Politikgestaltung vor Ort (vgl. Instytut Hromadianskoho Suspilstva 2016: 1).

Civic Network OPORA

Das *Civic Network OPORA* (ukr. *Громадянська мережа ОПОРА*) ist eine ukrainische NGO, die seit 2005 ihre Arbeit in erster Linie auf die Unterstützung der demokratischen Ordnung in der Ukraine durch die Stärkung des Einflusses der ukrainischen Zivilgesellschaft auf die nationale und regionale Politik richtet. In ihrer Arbeitspraxis vernetzten sich mehrere ukrainische NGOs und Aktivisten, die sich um einen größeren politischen Einfluss in Bereichen demokratischer Wahlen, der Korruptionsbekämpfung und der kommunalen Entwicklung bemühen. Hierfür werden Instrumente des Monitorings des Regierungshandelns, der Interessenvertretung im Dialog mit der Regierung, der Politikforschung und Analyse, der politischen und rechtlichen Bildung und der Mitwirkung an der nationalen Gesetzgebung eingesetzt. Besonders bekannt wurde die Organisation durch ihre hochqualitative Arbeit als Beobachter der nationalen und kommunalen Wahlen.¹⁸⁶

Committee of Voters of Ukraine (CVU)

Das *Committee of Voters of Ukraine (CVU)* (ukr. *Комітет Виборців України*) setzt sich seit 1994 für eine demokratische Transformation in der Ukraine ein. Der Fokus richtet sich dabei auf die Stärkung der bürgerlichen Partizipation an der Gestaltung und Kontrolle der nationalen Politik. Der absolute Arbeitsschwerpunkt der Organisation liegt auf der Förderung demokratischer und gerechter Wahlen. Die Mitwirkung an der ukrainischen Wahlgesetzgebung, zivilgesellschaftliches Monitoring der Wahlprozesse, bürgerliche Beratung und Fachexpertise für staatliche Politikorgane in Bezug auf die Themen der Wahlen auf nationaler und regionaler Ebene und die Förderung eines effizienteren Schutzes der Wählerrechte stellen die Kernaufgaben der NGO dar. Die Organisation ist mittlerweile

¹⁸⁶ Vgl. hierzu Civil Network OPORA (2018): About us. (*Official website*). Kiev. Online verfügbar unter <https://www.oporaua.org/pro-nas>, zuletzt geprüft am: 20.03.2020.

als Autorin mehrerer Gesetzentwürfe im Bereich des Wahlrechts bekannt (vgl. Komitet Vybortsiv Ukrainy 2016: 1-3).

Ilko Kucheriv "Democratic Initiatives" Foundation (DIF)

Die *Ilko Kucheriv "Democratic Initiatives" Foundation (DIF)* (ukr. *Фонд Демократичних Ініціатив імені Ілька Кучеріва*) ist eine der führenden Denkfabriken in der Ukraine. Seit 1992 widmet sich die Organisation dem Aufbau eines demokratischen ukrainischen Staates. Hierfür übernimmt sie ein breites Spektrum an Aufgaben im Bereich der Fachberatung und Expertise für Akteure der Politik und der Zivilgesellschaft über wichtige Themen des sozial-politischen Lebens des Landes. Dabei gilt die Organisation als eine der ältesten und bekanntesten ukrainischen Denkfabriken im Bereich der öffentlichen Meinungsforschung, insbesondere in Bezug auf Themen der nationalen und kommunalen Wahlen (vgl. Fond Demokratychnykh Initsiatyv imeni Ilka Kucheriva 2016).

Initiative Centre to Support Social Action "ISAR Ednannia"

Das *Initiative Centre to Support Social Action "ISAR Ednannia"* (ukr. *Ініціативний центр Сприяння Активності та Розвитку громадського почину "Єднання"*) beschäftigt sich seit 1999 mit Fragen der institutionellen Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratisierung in der Ukraine. Die Organisation steht der Kooperation mit allen zivilgesellschaftlichen Organisationen offen, die zur Steigerung der Lebensqualität in der Ukraine in verschiedenen Bereichen beitragen wollen. Hierfür bietet *ISAR „Ednannia“* interessierten NGOs verschiedene kapazitätsbildende Maßnahmen an. Darunter sind Trainings, Beratungsrunden zu Möglichkeiten der Projektfinanzierung aus einheimischen und internationalen Quellen, Vermittlung von Kontakten zu nationalen Regierungsstellen bzw. lokalen Verwaltungsbehörden, Foren zur Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen und fachliche Unterstützung der NGOs in Fragen des Organisations-, Finanz- und Projektmanagements zu nennen. Die Aufwertung der NGOs als Mitgestalter demokratischer Schlüsselreformen stellt dabei eine wichtige Arbeitspriorität der NGO dar (vgl. Initiative Center to Support Social Action "Ednannia" 2016: 2-3).

Internews Ukraine

Internews Ukraine (ukr. *Інтерньюз Україна*) ist die führende NGO im Bereich der Förderung der Meinungs- und Medienfreiheit in der Ukraine. Die Mission der Organisation besteht darin, europäische Werte in der ukrainischen Gesellschaft mithilfe von unabhängigen und erfolgreichen Medien zu fördern. Dazu engagiert sich die NGO für eine Verbesserung der rechtlichen Regulierung der Arbeit ukrainischer Medien und Journalisten und fördert ihren Dialog mit Akteuren der Politik und der Zivilgesellschaft vor Ort. Außerdem unterstützt sie die Gründung neuer Medien. Zu den häufigsten Formen der Tätigkeit der Organisation gehören Trainings- und Bildungsmaßnahmen, Projektarbeit, Organisation diverser öffentlicher Veranstaltungen unter aktiver Teilnahme von Vertretern der Politik und Medien, öffentliche Kampagnen, Herausgabe von Studien und Analysen im Themenbereich der Medien etc. (vgl. Internews Ukraine 2016).

Resource Center HURT

Das *Resource Center HURT* (ukr. *Ресурсний Центр ГУРТ*) ist eine der führenden ukrainischen NGOs im Bereich der Förderung der Zivilgesellschaft als demokratischer Akteur. Hierfür bietet das Zentrum seit 1995 ein breites Spektrum an kapazitätsbildenden Maßnahmen für NGOs an, erleichtert ihnen den Zugang zu unterschiedlichen Quellen öffentlicher Informationen und fördert deren Vernetzung und Kooperation sowohl untereinander als auch mit Akteuren der Politik und Wirtschaft. In diesen Zielen organisiert das Zentrum diverse kapazitätsbildende Projekte, Veranstaltungen, Trainings und Seminare für lokale NGOs, zivilgesellschaftliche Aktivisten und kommunale Bürgerinitiativen (vgl. *Resource Center GURT* 2015). Eine weitere wichtige Arbeitsdimension der NGO besteht in der Sammlung und Verbreitung von Informationen unter zivilgesellschaftlichen Akteuren über aktuelle Möglichkeiten ihrer Förderung aus unterschiedlichen Quellen (vgl. Interview Zaviiska 2016).

Ukrainian Helsinki Human Rights Union (UHHRU)

Die *Ukrainian Helsinki Human Rights Union* (ukr. *Українська Гельсінська Спілка з прав людини*) gilt als älteste und bekannteste ukrainische NGO im Bereich des Menschenrechtsschutzes. Gegründet 2004, agiert die NGO als Vereinigung von insgesamt 30 kleineren nationalen und regionalen Menschenrechtsorganisationen der Ukraine.¹⁸⁷ Die zentrale Aufgabe der Union besteht in der Gewährleistung des Menschenrechtsschutzes bzw. der Grundfreiheiten ukrainischer Bürger, u. a. vor Gericht bzw. in ihrem Dialog mit dem Staat. In diesem Kontext betreibt die Union ein ständiges Monitoring aktueller Menschenrechtsverletzungen, analysiert die bestehende Gesetzgebung und arbeitet entsprechende Gesetzesänderungen oder alternative Gesetzesentwürfe im Bereich des Menschenrechtsschutzes aus. Außerdem berät die Union interessierte Bürger über die ihnen zustehenden Rechte und bietet ihnen ein breites Angebot an Bildungsmaßnahmen zu Themen des Menschenrechtsschutzes an (vgl. *Ukrainian Helsinki Human Rights Union* 2012: 3-7).

Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)

Die *Ukrainian Legal Aid Foundation* (ukr. *Українська Фундація Правової Допомоги*) ist eine ukrainische NGO, die seit 2011 an der Förderung der notwendigen Bedingungen für die Gewährung einer kostenlosen, allgemein zugänglichen rechtlichen Hilfe für ukrainische Bürger arbeitet. Zugunsten dieses Zweckes ist die Organisation bemüht, zivilgesellschaftliche Organisationen, Anwälte und Juristen, welche an der Erteilung kostenloser rechtlicher Hilfe für Bürger interessiert sind, miteinander zu vernetzen. Außerdem führt die Organisation eine umfassende Bildungsarbeit rund um Fragen des Rechtsschutzes für Bürger bzw. nicht-staatliche Akteure durch, indem sie unterschiedliche Trainings, Seminare und Konferenzen organisiert (vgl. *Ukrainska Fundatsiia Pravovoi Dopomohy* 2016).

¹⁸⁷ Für die vollständige Liste der dazugehörigen NGOs siehe *Ukrainian Helsinki Human Rights Union* (2018): *Members of the Union*. Kiev. Online verfügbar unter <https://helsinki.org.ua/en/members-of-the-union/>, zuletzt geprüft am 20.03.2018.

12.2.4 Bezugnahme der ausgewählten NGOs auf die abgeleiteten Kriterien der Demokratisierung bzw. einzelne Zeitphasen der Untersuchung

Die beiden folgenden Tabellen ordnen die Arbeitsschwerpunkte der 15 ausgewählten NGOs den einzelnen Teilregimes bzw. externen Kontextbedingungen innerhalb des Modells der „eingebetteten“ Demokratie zu. Diese Zuordnung ist erforderlich, um im späteren Verlauf der Untersuchung die einzelnen Projektergebnisse, welche auf eine gewisse Förderung der Demokratisierung in der Ukraine vor Ort hinweisen, besser strukturieren und zusammenfassen zu können.

Tab. 14: Bezugnahme der Tätigkeitsprofile der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung auf einzelne Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie¹⁸⁸

Teilregime A <i>Demokratisches Wahlregime</i>	Teilregime B <i>Politische Partizipations- rechte</i>	Teilregime C <i>Bürgerliche Freiheitsrechte</i>	Teilregime D <i>Horizontale Gewalten- kontrolle</i>	Teilregime E <i>Effektive Regierungsgewalt</i>
Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation	Centre for Political and Legal Reforms	Centre for Political and Legal Reforms		Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation
Agency for Legislative Initiatives	Internews Ukraine	Civil Society Institute		Agency for Legislative Initiatives
Committee of Voters of Ukraine	Centre EIDOS	Resource Center HURT	Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation	Centre for Political and Legal Reforms
Centre EIDOS	Creative Centre “Counterpart”	Creative Centre “Counterpart”		Centre EIDOS
Civic Network OPORA	Centre for Democracy and Rule of Law	Ukrainian Helsinki Human Rights Union	Centre for Political and Legal Reforms	Centre for Democracy and Rule of Law
Centre EIDOS	Ukrainian Legal Aid Foundation	Ukrainian Legal Aid Foundation	Centre EIDOS	Civil Society Institute
	Civil Society Institute	Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement		Civic Network OPORA
	Ukrainian Helsinki Human Rights Union			Committee of Voters of Ukraine

Quelle: eigene Darstellung

Diese Übersicht zeigt eine hohe Präsenz aller fünf Kernbereiche der „eingebetteten“ Demokratie unter den Arbeitsschwerpunkten der 15 ausgesuchten NGOs. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Bereichen der politischen Partizipationsrechte bzw. der bürgerlichen Freiheitsrechte. Ebenfalls gehörte die Förderung externer Bedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie – der Stärkung der öffentlichen Verwaltung und der Förderung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung – zu den Arbeitsprioritäten der meisten ausgewählten NGO-Fallbeispiele. Dies zeigt die folgende tabellarische Übersicht:

¹⁸⁸ Die angebotene Zuordnung erfolgte aufgrund der Angaben über einzelne NGOs in Tab. 13, dem Anhang 1 bzw. in Kap. 12.2.3 dieser Arbeit.

Tab. 15: Bezugnahme der Tätigkeitsprofile der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung auf einzelne externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie

Externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie	
1. Stärkung der öffentlichen Verwaltung	2. Stärkung der Zivilgesellschaft
Centre EIDOS; Centre for Democracy and Rule of Law; Centre for Political and Legal Reforms; Civil Society Institute; Civic Network OPORA; Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation; Agency for Legislative Initiatives; Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement	Creative Centre „Counterpart“; Resource Center HURT; Initiative Centre to Support Social Action "Ednannia"; Agency for Legislative Initiatives

Quelle: eigene Darstellung

Im Weiteren folgt eine Übersicht der NGOs, welche während der einzelnen Zeitphasen der Untersuchung von der EU projektorientiert gefördert wurden.

Tab. 16: Die EU-Förderung der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung innerhalb einzelner Zeitphasen der Demokratisierung in der Ukraine

Erste Zeitphase (1994–2005)	Zweite Zeitphase (2005–2010)	Dritte Zeitphase (2010–2015)
1. ISAR “Ednannia” 2. Resource Center HURT 3. Creative Centre “Counterpart”	1. ISAR “Ednannia” 2. Resource Center HURT 3. Creative Centre “Counterpart”	1. Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation 2. ISAR “Ednannia” 3. Agency for Legislative Initiatives 4. Centre for Political and Legal Reforms 5. Centre EIDOS 6. Civil Society Institute 7. Civic Network OPORA 8. Committee of Voters of Ukraine 9. Centre for Democracy and Rule of Law 10. Creative Centre “Counterpart” 11. Ukrainian Legal Aid Foundation 12. Ukrainian Helsinki Human Rights Union 13. Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement

Quelle: eigene Darstellung

Diese Tabelle bestätigt grundsätzlich die Dynamik der EU-Unterstützung für politisch orientierte ukrainische NGOs, die in Kap. 11.2 und Kap. 11.3 diskutiert wurde. So folgt aus der Tabelle, dass die absolute Mehrheit der ausgewählten NGOs in der dritten Zeitphase der

Untersuchung (2010–2015) von der EU direkt gefördert wurde. Dies hängt vor allem mit der Gründung der beiden neuen Instrumenten der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung der EU – *NCSF* und *NSA&LA* – im Jahr 2011 zusammen, was zu mehreren neuen EU-Projekten der ukrainischen NGOs führte. Außerdem stieg das Interesse der EU an der Unterstützung ukrainischer NGOs als Akteure der Demokratisierung seit 2010 erheblich an, nachdem mit dem Amtsantritt von Präsident Janukowitsch die demokratischen Grundfreiheiten deutlich eingeschränkt wurden. Ebenso beginnen die lokalen NGOs während der demokratischen Stagnation zum Schutz der Demokratie mit der EU zu kooperieren (vgl. Interview Holota 2015). Dies resultierte u. a. in einer deutlich höheren Zahl von Projekten, die die Kiewer NGOs im Zeitraum 2010–2015 mithilfe der Förderung aus der EU implementierten.

Gleichzeitig fällt die niedrige Zahl EU-geförderter Projekte in der ersten und zweiten Zeitphase der Untersuchung auf. Dies bestätigt, dass im finanztechnischen Rahmen der *TACIS*-Programme die Förderung von NGOs in politischen Feldern der Demokratisierung keine Priorität war. Außerdem zeigt es ein weiteres Mal, dass auch die Orange Revolution zu keinem deutlichen Anstieg der EU-Förderung im Rahmen des *ENPI* zugunsten der ukrainischen Zivilgesellschaft führte. Die Einplanung von *ENPI*-Kosten in der Ukraine in Zielen der Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure begann tatsächlich erst Ende 2010 im programmatischen Rahmen von *NCSF* (vgl. Interview Palyvoda 2015; Interview Schreiber 2015).

12.2.5 Zwischenfazit

Aus der getroffenen Auswahl ukrainischer NGOs als einzelne Fallbeispiele dieser Untersuchung ergeben sich einige interessante Erkenntnisse. So zeigt sich im Tätigkeitsprofil der NGOs eine klare Akzentsetzung zugunsten von Themen der Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, demokratischer Wahlen, lokaler Demokratie, einer starken Zivilgesellschaft bzw. einer transparenten öffentlichen Verwaltung auf nationaler und regionaler Ebene. Alle fünfzehn ausgesuchten Organisationen sind als ressourcenstärkere NGOs der ukrainischen Hauptstadt einzustufen, die ihre Arbeit in der Regel auf mehrjährige Berufserfahrung stützen. Auffällig ist auch, dass alle NGOs aktiv um die Einflussnahme auf staatliche Politikakteure bemüht sind und somit auf diverse Maßnahmen der politischen Kommunikation, Erteilung von Fachexpertise für Institutionen der Legislative und Exekutive, Mitwirkung an der nationalen Gesetzgebung und Mobilisierung der öffentlichen Meinung rund um wichtige politische Themen setzen. Ausgeprägt zeigte sich bei allen 15 NGOs auch der Willen zur Kooperation mit der EU. So demonstrieren sie ein klares Bekenntnis zu den Werten einer liberalen, demokratischen europäischen Ordnung und wurden in der Vergangenheit mindestens einmal von der EU unterstützt. Somit lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die ausgewählten NGOs bezüglich aller drei definierten *domestic opportunity structures* – der Ausstattung mit Kapazitäten, der Kooperation mit dem Staat und dem Willen zur Zusammenarbeit mit externen Akteuren wie der EU – gut abschneiden. Dies zeigt wiederum, dass die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation der ukrainischen NGOs mit der EU sich zu einem entscheidenden Teil durch den Entwicklungszustand ihrer innerstaatlichen Opportunitätsstrukturen bestimmen lassen.

Darüber hinaus demonstrierte die getroffene Auswahl an NGOs, dass die EU vor allem drei ihrer Formen in der Ukraine unterstützt: Die erste Form bilden die Advocacy-NGOs. In der Regel setzen sich solche NGOs mit einem oder mehreren Spezialgebieten der Demokratisierung auseinander, wo sie primär um Mobilisierung der öffentlichen Meinung bzw. Einflussnahme auf die politische Willensbildung bemüht sind. In der Ukraine sind vor allem die Themen der Menschenrechte, der demokratischen Wahlen und der politischen Partizipationsrechte mit einem

Fokus auf Medienfreiheit relevant (vgl. Interview Holota 2015; Interview Lynnyk 2015; Interview Shvets 2017). Innerhalb der getroffenen Auswahl sind als solche Advocacy-NGOs beispielsweise *CVU*, *OPORA* oder *Internews* zu nennen. Die zweite Form umfasst die ukrainischen Denkfabriken. Diese agieren in der Ukraine allerdings sehr selten als reine Forschungseinrichtungen, indem sie ausschließlich Aufgaben der Politikforschung und Politikanalyse auf Anfrage einzelner Politikakteure betreiben. Viel häufiger fungieren sie in ihrer Funktionslogik als „hybride Denkfabriken“, da sie sich sowohl mit der Forschungstätigkeit als auch mit Aufgaben der Interessenvertretung und Advocacy auseinandersetzen (vgl. Melnyk et al. 2016: 4). Die Herausbildung eines ganzen Sektors dieser Art von Denkfabriken in der Ukraine hängt vor allem damit zusammen, dass der Staat für sie sehr selten als direkter Auftraggeber auftrat (vgl. ebd.: 6). Außerdem war die staatliche Finanzierung ukrainischer Denkfabriken meistens mit geringem Gewinn und hohen bürokratischen Hürden verbunden. Von daher waren sie gezwungen, sich um Finanzierungen durch die europäischen und amerikanischen Förderinstitutionen und Organisationen zu bemühen, die allerdings nur sehr selten rein analytische Projekte in der Ukraine fördern. Stattdessen erwarteten sie von NGOs, mehrere Arten von Tätigkeiten und Aufgaben in ihre Projekte zu integrieren, um deren gesellschaftspolitische Relevanz vor Ort zu steigern. Als Folge übernahmen die ukrainischen Denkfabriken immer häufiger diverse Aufgaben außerhalb ihres klassischen Tätigkeitsbereichs wie die Organisation diverser Trainings, Seminare, öffentlicher Veranstaltungen etc. (vgl. Interview Golota 2015). Seit 2014 gewinnen solche „hybriden Denkfabriken“ in der Ukraine immer mehr an Bedeutung als politische Akteure der Demokratisierung, auch wenn ihr unmittelbarer Einfluss auf die politische Willensbildung noch sehr begrenzt war (vgl. Melnyk et al. 2016: 4-5). Innerhalb der getroffenen Auswahl von NGOs können als solche Denkfabriken *CPLR*, *DIF*, *CEDEM*, *CSI* und *EIDOS* genannt werden.

Die dritte Form der NGOs, welche 1994–2015 systematisch von der EU-Förderung profitierte, umfasst die NGOs, welche sich gezielt mit der Entwicklung der institutionellen und fachlichen Kapazitäten der Akteure der Zivilgesellschaft auseinandersetzten (vgl. Interview Ruda 2015; Interview Hubar 2015; Interview Sheihus 2015; Interview Zaviiska 2016). Als Beispiele für diese Form von NGOs sind vor allem *ISAR* „*Ednannia*“, *Creative Centre* „*Counterpart*“ und *Resource Center HURT* zu nennen.

12.3 Datenerhebung

Die Datenerhebung im Rahmen der angebotenen empirischen Untersuchung erfolgte mithilfe von zwei Methoden – der Durchführung von Interviews und der Analyse der Projektdokumentation. Unter den zahlreichen Formen von Interviews bevorzugt diese Arbeit vor dem Hintergrund ihrer Forschungsziele die Form der Experteninterviews. Dabei wurden sowohl leitfadengestützte Experteninterviews mit den Experten der 15 ausgewählten NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung als auch explorative Experteninterviews mit Fachexperten auf dem Gebiet der EU-Förderung für ukrainische NGOs durchgeführt.

Die Analyse der Projektdokumentation erfolgte überwiegend auf der Basis narrativer Projektberichte und der „grauen Literatur“ der ausgewählten NGOs zu Projekten mit der EU. Außerdem wurden Informationen aus Newslettern der EU-Ukraine-Beziehungen, Jahresberichten der Organisationen und Mitteilungen in Internetseiten der NGOs zu ihren EU-geförderten Projekten ausgewertet.

12.3.1 Zusammenstellung der Liste ausgewählter EU-geförderter Projekte der 15 ukrainischen NGOs als einzelne Fallbeispiele der Untersuchung

Im Folgenden führt eine Liste demokratischer Projekte der 15 ausgesuchten NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung diejenigen Projekte auf, die von der EU gefördert wurden bzw. eine passende informationelle Basis bieten, um den Forschungsfragen dieser Arbeit empirisch anzugehen. Im Fokus der Untersuchung stehen die Formen der direkten EU-Projektförderung ukrainischer NGOs, in denen diese als direkte Empfänger der EU-Gelder und somit als *beneficiaries* fungieren. Konkret geht es dabei um zwei Formen der Projekte: *action grants*, die im Rahmen des Verfahrens *calls for proposals* zustande kamen und *service contracts*, welche durch entsprechende *calls for tenders* gefördert wurden (vgl. Kap. 9.3). Während *action grants* als häufigste Form der NGO-Förderung der EU in der Ukraine gelten, kommen *service contracts* in deutlich weniger Fällen vor (vgl. Interview Schreiber 2015). Dies liegt nicht zuletzt daran, dass diese Form der Förderung meistens für größere regionale Projekte, die durch Konsortien von NGOs unterschiedlicher Länder der Östlichen Partnerschaft unter der Führung einer größeren ausländischen NGO, Stiftung oder Beratungsagentur ausgeführt werden, zum Einsatz kommt. Von daher traten lokale NGOs in solchen Projekten nur selten als direkte Empfänger von Fördergeldern und somit als unmittelbare Projektvertragspartner der EU vor Ort auf (vgl. Interview Volochii 2015).

Als wichtiges Auswahlkriterium der Projekte fungierte ihr Bezug auf einen der definierten Bereiche der Demokratisierung, wie sie das Konzept der „eingebetteten“ Demokratie beschreibt. Vor diesem Hintergrund wurde eine Reihe von Projekten, welche sich schwerpunktmäßig mit der Thematik der europäischen Integration auseinandersetzten, nicht in die endgültige Projektliste mitaufgenommen. Der Grund hierfür ist, dass solche Projekte sich meistens auf politische Bildungsarbeit zugunsten der Bürger zu unterschiedlichen Themen der europäischen Integration konzentrierten, ohne sich jedoch einem bestimmten Thema der Demokratisierung im Sinne einer „eingebetteten“ Demokratie stärker zuzuwenden. Ein Beispiel für ein solches Projekt ist die Informationskampagne „Building Europe in Ukraine“, die die NGO *Internews Ukraine* seit 2013 ausführt. Sie führte im Rahmen der Kampagne mehrere öffentliche Veranstaltungen, Straßenaktionen und Seminare für interessierte Bürger durch, in denen es ausschließlich um die rechtlichen Grundlagen, Ziele und Perspektiven der Integration der Ukraine in die EU als außenpolitischen Kurs des Landes ging (vgl. Interview Sushytska 2015; Euukrainecoop 2013a).

In den Fällen, in denen die NGOs in derselben Zeitphase der Demokratisierung zwei oder mehrere thematisch nahe Projekte umsetzten, bevorzugt die weitere empirische Analyse das Projekt, über das mehr Informationen vorlagen, welche auf seine erfolgreiche Einwirkung auf Prozesse der Demokratisierung in der Ukraine hindeuteten. Meistens waren das gleichzeitig die Projekte, welche über einen längeren Zeitraum hinaus bzw. mithilfe größerer Finanzmittel als andere infrage kommende Projekte umgesetzt wurden oder für mehr Resonanz in den lokalen Medien sorgten.¹⁸⁹ Ein wichtiges Entscheidungskriterium zwischen thematisch ähnlichen Projekten war auch der Umfang der vorhandenen Dokumentation bzw. der durch die Interviews erhaltenen Informationen. Eine Reihe thematisch relevanter Projekte konnte aufgrund eines Mangels an empirischem Material nicht analysiert werden. Zu einem großen Teil hängt dies mit den intransparenten und verschlossenen

¹⁸⁹ Diese Auswahl zwischen zwei oder mehreren EU-geförderten Projekten war in den Fällen folgender NGOs notwendig: *Committee of Voters of Ukraine (CVU)*, *Civil Network OPORA*, *Agency for Legislative Initiatives (ALI)* und *Creative Centre „Counterpart“ (CCC)*.

Arbeitsweisen einiger NGOs zusammen.¹⁹⁰ Im Anschluss an diese Überlegungen wurde eine Projektliste mit insgesamt 25 Projekten ausgearbeitet, die durch die 15 ausgesuchten NGOs implementiert wurden. Die unten stehende Tabelle bietet einen Überblick über Titel, Zeitrahmen, programmatische Förderinstrumente, eventuelle Kooperationspartner und Höhe der Finanzierung der Projekte.¹⁹¹

Tab. 17: Liste der demokratischen EU-geförderten Projekte der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung entlang einzelner Zeitphasen der Demokratisierung in der Ukraine

<i>Erste Zeitphase (1994–2005)</i>						
Organisation	Projekt	Zeitrahmen	Instrument	Projektform ¹⁹²	Kooperationspartner	Projektkosten in Euro ¹⁹³
<i>Resource Center HURT</i>	Social NGOs Network Capacity Building Initiative: Improvement of Social Service in Ukraine ¹⁹⁴	12/2003-05/2005	<i>TACIS (IBPP)</i>	Action grant/ local call	Ost-West-Institute for Social Management, Germany	---
<i>Creative Center „Counterpart“</i>	TOLOKA: Ensuring the Implementation of Territorial Community Rights Guaranteed by the Law "On Local Self-government in Ukraine" ¹⁹⁵	01/2002-01/2005	<i>EIDHR</i>	Action grant/ local call	Committee of Voters of Ukraine, Kiev; Civil Society Institute, Kiev	---
	Voters Education and Mobilisation Project: Towards Achievements of an Equal Field for All Candidates in Ukrainian Presidential Elections 2014 ¹⁹⁶	06/2004-02/2005	<i>TACIS (IBPP)</i>	Action grant/ local call	---	76.674
<i>ISAR „Ednannia“</i>	NGO Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions	07/2003-12/2004	<i>TACIS (IBPP)</i>	Service contract/ regional call	Ministry of Ukraine on Family, Children and Youth; TRANSTEC S.A., Belgium	1.500.000
<i>Zweite Zeitphase (2005–2010)</i>						
<i>ISAR „Ednannia“</i>	Strengthening Civil Society	06/2005-06/2008	TACIS	Service contract/ regional call	Ministry of Ukraine for Family, Youth and Sports, Kiev; TRANSTEC S.A., Belgium	---

¹⁹⁰ Als Beispiele fallen hierfür vor allem die Organisationen *Human Rights Foundation* und *Youth Center Media-M* auf. Die beiden Organisationen verfügten über eine lange Geschichte der von der EU geförderten Projektarbeit. Dennoch konnten zu ihren Projekten keine Informationen, auch nicht auf Anfrage, ermittelt werden.

¹⁹¹ Die Auflistung der Organisationen erfolgt in alphabetischer Reihenfolge. Die Projekte gleicher NGOs werden in ihrer zeitlichen Reihenfolge – vom früheren bis zum späteren – angeführt.

¹⁹² Die Formen der direkten Projektförderung der ukrainischen NGOs durch die EU wurden schon in Kap. 9.3 diskutiert.

¹⁹³ Die genaue Angabe der Projektkosten war bei einzelnen hier untersuchten Projektfällen aufgrund der mangelnden Angaben nicht möglich.

¹⁹⁴ Im Weiteren wird die Abkürzung „Social NGOs Network Capacity Building Initiative“ verwendet.

¹⁹⁵ Im Weiteren wird die Abkürzung „Toloka-Project“ verwendet.

¹⁹⁶ Im Weiteren wird die Abkürzung „Voters Education and Mobilisation Project“ verwendet.

<i>Resource Center HURT</i>	Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights	10/2008-09/2010	<i>EIDHR</i>	Action grant/ local call	“Media-M” Youth Innovation Centre, Ukraine	184.160
<i>Creative Centre „Counterpart“</i>	Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection	03/2009-03/2011	<i>EIDHR</i>	Action grant/ local call	---	199.984
	Improving Access of the Rural Population to Justice	12/2005-03/2008	<i>EIDHR</i>	Action grant/ local call	Civil Society Institute, Kiev	445.562
	Building Community Media Centers in the Rural Area	03/2007-08/2008	<i>EIDHR</i>	Action grant/ local call	Centre for Civic Initiatives, Perechyn, Ukraine	----
<i>Dritte Zeitphase (2010–2015)</i>						
<i>Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation (DIF)</i>	National exit polls 2012 and sociological monitoring of parliamentary election campaign in Ukraine ¹⁹⁷	09/2012-03/2013	<i>EIDHR</i>	Action grant/ local call	Kiev International Institute of Sociology; Razumkov Centre, Kiev	82.584
	Civic monitoring of electoral processes as a means of raising electoral awareness and ensuring free and fair elections ¹⁹⁸	01/2014-07/2015	<i>EIDHR</i>	Action grant/ local call	Kiev International Institute of Sociology; Razumkov Centre, Kiev; Warsaw Institute for Public Affairs, Poland	205.000
<i>ISAR “Ednannia”</i>	Civil Society: Dialogue for Progress	12/2012-12/2015	<i>NCSF</i>	Service contract/ regional call	Konsortium der NGOs unter der Leitung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. ¹⁹⁹	3.400.000
<i>Agency for Legislative Initiatives (ALI)</i>	All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education	07/2012-01/2014	<i>NSA</i>	Action grant/ local call	Centre EIDOS, Kiev	---
	Strengthening capacities of the National Platforms of the Eastern Partnership Civil Society Forum (EaP CSF)	12/2012-06/2014	<i>NCSF</i>	Action grant/ regional call	Office for Democratic Belarus, Belgium u. a. ²⁰⁰	1.016.690
<i>Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)</i>	Improvement of the quality of administrative services through strengthening civil	01/2013-01/2015	<i>NCSF</i>	Action grant/ local call	Democratic “Initiatives” Foundation, Kiev u. a. ²⁰²	217.457

¹⁹⁷ Im Weiteren wird für die Bezeichnung des Projekts die Abkürzung „National exit polls 2012“ verwendet.

¹⁹⁸ Im Weiteren wird für die Bezeichnung des Projekts die Abkürzung „Civic monitoring of electoral processes“ verwendet.

¹⁹⁹ Unter den weiteren Teilnehmern des Konsortiums sind folgende zu nennen: Transtec, S.A. Belgium; Assembly of Pro-Democratic NGOs of Belarus, Lithuania; European Integration, Armenia; Azerbaijani Youth Euro-Atlantic Organisation, Azerbaijan; ACT, Belarus; International Center on Conflict and Negotiation, Georgia; Institute for Development and Social Initiatives, Moldova (vgl. Leiser 2007: 1).

²⁰⁰ Unter anderen NGOs sind die folgenden zu nennen: Centre for Economic and Social Development (CESD), Azerbaijan; Open Society Georgia Foundation (OSGF), Georgia; Assembly of Pro-Democratic NGOs of Belarus, Lithuania; Yerevan Press Club (YPC), Armenia (vgl. EaP CSF 2013).

²⁰² Unter anderen NGOs sind die folgenden zu nennen: Foundation of Local Democracy (Kharkiv); Centre of Information Consulting (Lwiw); Center for Support of Civic and Cultural Initiatives “Tamarisk” (Dnipropetrovsk).

	society's impact on public policy ²⁰¹					
	Spidometer "Ukraine-EU": Constitutional and Judicial Reforms ²⁰³	01/2014-01/2015	<i>EIDHR</i>	Action grant/local call	---	257.510
<i>Centre EIDOS</i>	Creation and implementation of public funds utilization monitoring system "Open Budget" ²⁰⁴	01/2014-07/2016	<i>NCSF</i>	Action grant/local call	NGO" Philosophy of the Heart", Ukraine, u.a. ²⁰⁵	269.500
<i>Civil Society Institute (CSI)</i>	Regional Policy in Ukraine: Public Monitoring of Regional Development Strategies ²⁰⁶	02/2014-04/2016	<i>NCSF</i>	Action grant/local call	Polissya Foundation for International and Regional Studies, Chernihiv	200.082
<i>Civic Network OPORA</i>	European practices and standards for Ukrainian elections	01/2014-12/2015	<i>EIDHR</i>	Action grant/local call	European Partnership for Democracy, Brussels	264.000
<i>Committee of Voters of Ukraine (CVU)</i>	Legal support and education for vulnerable groups of population	08/2012-07/2015	<i>EIDHR</i>	Action grant/local call	---	245.350
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	Reanimation Package of Reforms	06/2014-11/2015	<i>EIDHR</i>	Action grant/local call	Centre EIDOS, Kiev; UMDPL, Kiev	214.587
<i>Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)</i>	Access to justice through free and high-quality standards of human rights protection	10/2012-10/2014	<i>EIDHR</i>	Action grant/local call	NGO „Right on Protection“, Kiev	159.790
<i>Ukrainian Helsinki Human Rights Union (UHHRU)</i>	Increasing opportunities for vulnerable groups to defend their rights	09/2012-09/2014	<i>EIDHR</i>	Action grant/local call	---	214.587
<i>Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (UMDPL)</i>	Civic oversight of the administrative service delivery by law enforcement bodies ²⁰⁷	01/2013-12/2014	<i>NCSF</i>	Action grant/local call	Kharkiv Municipal NGO "Kharkiv Institute for Social Research"	226.989
<i>Internews Ukraine</i>	Eastern Partnership Media Watch	03/2013-03/2015	<i>NCSF</i>	Service contract/regional call	"Yeni Nesli" Union of Journalists, Azerbaijan, u.a. ²⁰⁸	---

Quelle: eigene Darstellung²⁰⁹

²⁰¹ Im Weiteren wird für die Bezeichnung des Projekts die Kurzform „Improvement of the quality of administrative services“ verwendet.

²⁰³ Im Weiteren wird für die Bezeichnung des Projekts die Abkürzung „Spidometer „Ukraine-EU“ verwendet.

²⁰⁴ Im Weiteren wird für die Bezeichnung des Projekts die Abkürzung „Open Budget“ verwendet.

²⁰⁵ Unter anderen NGOs sind die folgenden zu nennen: Centre of Civic Advocacy, Ukraine; Kharkiv Agency of Citizen Journalism "MOST", Ukraine; Sumy regional NGO "Bureau of Politics Analysis", Ukraine (vgl. Tarnai 2016: 3).

²⁰⁶ Im Weiteren wird die Abkürzung „Regional Policy in Ukraine“ verwendet.

²⁰⁷ Im Weiteren wird die Abkürzung „Civic oversight of the administrative service delivery“ verwendet.

²⁰⁸ Unter anderen NGOs sind Association Green Wave, Georgia; Yerevan Press Club, Armenia; Independent Journalism Center, Moldova (vgl. Internews Ukraine 2013).

²⁰⁹ Bezug nehmend auf die Angaben aus den narrativen Projektberichten, Interviewgesprächen und sonstigen empirischen Materialien der Arbeit, welche hiermit ausgewertet und analysiert wurden.

12.3.2 Experteninterviews als Datenerhebungsmethode

Unter den möglichen Formen von Interviews werden für die Ziele dieser Arbeit die Experteninterviews bevorzugt.²¹⁰ Für diese Auswahl spricht eine Reihe von Gründen: Zum einen hat sich diese Form von Interviews in der fallstudienbezogenen Politikforschung weitgehend als effiziente Datenerhebungsmethode bewährt (vgl. Blatter et al. 2007: 62; Bogner et al. 2014: 1; Jahn 2006: 195). Das Hauptziel solcher Interviews besteht in der Generierung spezifischer Informationen über ein zu untersuchendes Phänomen, welche sich aus den anderen Quellen nicht oder nur eingeschränkt ermitteln lassen (vgl. Kaiser 2014: 31).

Das Hauptmerkmal dieser Interviewform besteht in ihrer Ausrichtung auf einen Experten als Träger relevanter Informationen. Grundsätzlich definierten sich Experte über Position, Status sowie über das ihnen zugeschriebene Wissen (vgl. Kaiser 2014: 38). Als Experte gilt meistens, wer sich durch inhaltliches Wissen und fachliche Kompetenz zu einem spezifischen, für den Forscher interessanten Themenbereich auszeichnet, möglicherweise auch über vorrangige Zugangsmöglichkeiten zu wichtigen Informationsquellen in Bezug auf die Forschungsfrage verfügt oder auch an der Ausarbeitung, Umsetzung und Kontrolle bestimmter Lösungsansätzen mitwirkt, welche im Zusammenhang mit dem Forschungsgegenstand stehen (vgl. Pickel/Pickel 2009: 453; Behrens/Hennig 2010: 250). Im Zentrum des Forschungsinteresses stehen dabei nicht die Experten selbst, sondern ihre fachspezifischen Kenntnisse über den zu untersuchenden Sachverhalt (vgl. Hildebrandt 2015: 241; Jahn 2006: 195).

Im Rahmen dieser Arbeit wurden zwei Formen von Experteninterviews – leitfadengestützte und explorative Experteninterviews – durchgeführt. Die Befragung der Experten der 15 untersuchten NGOs erfolgte in leitfadengestützten Interviews. Diese Interviewform erhebt Informationen mithilfe eines durch Vorstudien und theoretische Vorüberlegungen ausgearbeiteten Leitfadens. Dieser Leitfaden bringt alle für das Interview relevanten Themenblöcke und Anhaltspunkte in eine Struktur der entsprechenden Fragenkomplexe zusammen, aus welcher das theoretische Erkenntnisinteresse bzw. die eingesetzte Strategie der empirischen Untersuchung klar hervorgeht (vgl. Riesmeyer 2011: 224; Gläser/Laudel 2009: 143). Im Gegensatz zum standardisierten Fragebogen bildet der Leitfaden lediglich ein Gerüst, welches dem Interviewer viel Freiraum für die situationspezifische Gesprächsgestaltung überlässt (vgl. Jahn 2006: 195; Gläser/Laudel 2009: 142). Die Leitfadenstruktur soll auch eine Abwechslung zwischen fokussierten Phasen des Interviews, in denen Informationen von dem Interviewten abgefragt werden, und narrativen Phasen, in denen der Interviewte von seinen Erfahrungen berichtet, sichern (vgl. Blatter et al. 2007: 62).²¹¹ Dazu dienen verschiedene Formen von Fragen wie Erfahrungs-, Wissens-, Hintergrund- und Meinungsfragen (vgl. Gläser/Laudel 2009: 123).

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung besteht der Leitfaden aus insgesamt 5 Fragenblöcken. Diese richteten sich zum einen darauf, Informationen zu den Arbeitsschwerpunkten der befragten NGOs im Bereich der Demokratisierung, ihre Geschichte der Kooperation mit der EU entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung und die Bedeutung der EU als externen Förderer für sie zu ermitteln. In den anderen Frageblöcken wurden die Interviewpartner konkret zu den hierdurch analysierten EU-geförderten Projekten befragt.

²¹⁰ Zu Sondermerkmalen der Experteninterviews als einer Datenerhebungsmethode in der qualitativen Sozialforschung vgl. Gläser/Laudel 2009: 107-111.

²¹¹ Zu den weiteren spezifischen Forderungen an die Gestaltung der Leitfäden für die Experteninterviews siehe Gläser/Laudel 2009: 116.

Neben den leitfadengestützten Interviews wurden innerhalb dieser Arbeit auch explorative Interviews eingesetzt. Diese Interviewform erwies sich als geeignet, um auch Experten außerhalb des untersuchten NGO-Kreises zu befragen, welche über spezifische Kenntnisse über die Kooperation der EU mit der ukrainischen Zivilgesellschaft verfügen. Im explorativen Forschungsinterview dient Expertenwissen entweder der allgemeinen Informationssammlung zu einem wenig erforschten Themenaspekt, der Vorbereitung einer systematischen Hauptuntersuchung oder der Identifikation relevanter Experten (vgl. Kaiser 2014: 35). Innerhalb dieser Interviewform erfolgt die Befragung nicht durch einen umfassend strukturierten Leitfaden, sondern das Gespräch richtet sich auf das Sammeln fachspezifischer Informationen, welche für die Auseinandersetzung mit den aufgestellten Forschungsfragen von Bedeutung sind (vgl. ebd.: 30). Solche Interviews wurden in dieser Arbeit mit einzelnen zivilgesellschaftlichen Experten geführt, welche sich mit Fragen der externen Förderung ukrainischer NGOs durch externe Akteure wie die EU auf dem Handlungsfeld der Demokratisierung fachlich auseinandersetzen.

12.4 Qualitative Inhaltsanalyse als Analyse- und Auswertungsmethode

Die Untersuchung erfolgt im Rahmen der empirischen qualitativen Sozialforschung. Grundsätzlich versteht man unter der empirischen Sozialforschung eine Gesamtheit von Methoden, Techniken und Instrumenten zur wissenschaftlich korrekten Durchführung von Untersuchungen des menschlichen Verhaltens und weiterer sozialer Phänomene (vgl. Häder 2015: 12).²¹² Während solche Untersuchungen sowohl auf quantitativen als auch auf qualitativen Forschungsmethoden basieren können, bevorzugt diese Arbeit eindeutig den qualitativen Ansatz. Im Gegensatz zu quantitativen Methoden, welche ihren Fokus auf die Erfassung kausaler Zusammenhänge in der sozialen Wirklichkeit durch das systematische Messen von Merkmalen und deren Häufigkeiten im Rahmen von variablenzentrierten Forschungsdesigns richten, grenzt sich die qualitative Forschung von stark standardisierten Methoden ab. Stattdessen setzt sie auf eine vertiefende Beschreibung des Untersuchungsgegenstands unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven in einem offenen, kommunikativen und interaktiven Forschungsprozess anhand einer in der Regel kleineren Zahl fallzentrierter Studien (vgl. Blatter et al. 2007: 126-128; Flick 2007: 26; Lamnek 2010: 31).²¹³ Dabei bietet die reflexive Auseinandersetzung des Forschers mit einzelnen Fallbeispielen Möglichkeiten zur Herausarbeitung neuer Erklärungsfaktoren und Ergebnisse in Bezug auf die gestellte Forschungsfrage, welche mit dem bisherigen Forschungsstand konfrontiert werden können (vgl. Behrens/Hennig 2010: 247). Somit eignet sich das qualitative Verfahren auch für die Aufarbeitung der Fragestellung dieser Arbeit, da diese vorrangig durch eine tief gehende Analyse der EU-Förderung für eine Reihe politisch orientierter NGOs als einzelne Fallbeispiele bearbeitet wird.

Unter der Vielzahl der Analyse- und Auswertungsmethoden innerhalb der qualitativen Sozialforschung stützt sich diese Arbeit auf die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse, die sich vor allem mit der systematischen Analyse der im Rahmen sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte anfallenden Textinhalte auseinandersetzt. Gegenstand der Analyse kann hierbei grundsätzlich jede Art der fixierten Kommunikation sein, wie z. B. Transkripte von Interviews, Dokumenten,

²¹² Ausführlicher zur Entstehungsgeschichte und Hauptmerkmalen der empirischen qualitativen Sozialforschung siehe Flick 2007: 22-39, 26-38 und Lamnek 2010: 2-6; 19-25.

²¹³ Zum präzisieren Vergleich bzw. zur Abgrenzung der quantitativen und qualitativen Methoden vgl. Lamnek 2010: 6-19; Blatter et al. 2007: 24-30; Behrens/Hennig 2010: 245-247; Flick 2007: 23-30, 39-56.

Zeitungsartikeln, Internetmaterialien etc. (vgl. Mayring 2000: 1, 4; Mayring/Fenzl 2014: 543).²¹⁴ Somit behandelt die qualitative Inhaltsanalyse die auszuwertenden Texte als Material, in dem Daten enthalten sind (vgl. Gläser/Laudel 2009: 196). Das eigentliche Instrumentarium der qualitativen Inhaltsanalyse stellt ein klares theoriegeleitetes System von Auswertungskategorien dar, das in einem Wechselverhältnis zwischen Theorie und konkretem Material entwickelt wird (vgl. Mayring 1995: 49).

Für die Auswahl dieser Methode spricht vor allem die Tatsache, dass sich auf der Ebene der politikwissenschaftlichen Forschung die qualitative Inhaltsanalyse mittlerweile vor allem für das systematische Durcharbeiten größerer Mengen von Textdaten aus Experteninterviews bzw. verschiedenartiger Dokumentation bewährte, welche eben vorrangig die empirische Quellenbasis dieser Arbeit bilden (vgl. Kaiser 2014: 90; Pickel/Pickel 2009: 449; Mayring/Fenzl 2014: 545). Vor allem in Hinblick auf ihre zwei Prinzipien ist diese Methode besonders dazu geeignet, die großen Textmengen im Rahmen der empirischen Sozialforschung konsequent aufzuarbeiten. Das erste Prinzip besteht im theoriegeleiteten Vorgehen: Das Kategoriensystem, das zugrunde jedes Aufarbeitungs- und Auswertungsverfahrens von Daten innerhalb der qualitativen Inhaltsanalyse liegt, wird vor allem aufgrund der in den theoretischen Vorüberlegungen konzipierten Informationen über Untersuchungsvariablen und ihre Kausalmechanismen aufgestellt. Dies stellt sicher, dass die Endergebnisse der Untersuchung mit denen dieser zugrundeliegenden konzeptionellen Überlegungen zusammenhängen (vgl. Kaiser 2014: 92; Lamnek 1995: 200; Gläser/Laudel 2009: 198). Das zweite Prinzip besteht in der grundsätzlichen Offenheit des Forschungsprozesses. Hierunter versteht man vor allem eine offene Kategorienbildung, wodurch die einzelnen Kategorien im Laufe der Bearbeitung der Informationen aus den auszuwertenden Texten ergänzt, präzisiert oder überarbeitet werden können (vgl. Gläser/Laudel 2009: 198). Somit gilt die qualitative Inhaltsanalyse als eine Methode, die zwei einander widersprechende methodologische Prinzipien – Offenheit und theoriegeleitetes Vorgehen – zusammenführt, um empirische Daten möglichst präzise entlang der gestellten Forschungsfragen aufzuarbeiten (vgl. ebd.: 28-29).

In den meisten bestehenden inhaltsanalytischen Verfahren verweisen die Bücher über die Methoden der empirischen Sozialforschung vielfach auf das von Philipp Mayring entwickelte Verfahren der sogenannten „themenanalytischen qualitativen Inhaltsanalyse“ (vgl. Kaiser 2014: 90; Lamnek 1995: 207-218; Häder 2015: 452). Diese Form der Inhaltsanalyse hat sich insbesondere in politikwissenschaftlichen Studien, wo u.a. problemzentrierte Interviews als Methode der Datenerhebung fungieren, als ein besonders häufig gebrauchtes Orientierungsmodell für die Datenanalyse bewährt (vgl. Kaiser 2014: 90; Pickel/Pickel 2009: 449). In seiner klassischen Ausführung präsentiert es sich als eine streng regelgeleitete Methode der Interpretation, Analyse und Auswertung von Textdateien entlang eines komplexen Systems von Kategorien (vgl. Mayring/Fenzl 2014: 546). Im praktischen Ablauf zergliedern Forscher nach dieser Methode das Gesamtmaterial und ordnen es infolge drei zentraler Schritte – Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung – systematisch anhand theoriegeleitet deduktiv entwickelten oder aus dem Material induktiv abgeleiteten Kategorien, gliedern und deuten es (vgl. Mayring 2010: 602, 1995: 50-51; Mayring/Fenzl 2014: 547; Bortz/Döring 2006: 332). Trotz der herausragenden Bedeutung des inhaltsanalytischen Modells Mayrings für den Bereich der sozialwissenschaftlichen empirischen Forschung wurde dieses in seiner gesamten Komplexität in kaum einer politikwissenschaftlichen

²¹⁴ Zur Abgrenzung der qualitativen Inhaltsanalyse von anderen gängigen Methoden der empirischen Sozialforschung wie Globalauswertung, objektive Hermeneutik, die Grounded Theory oder unterschiedlichen sprachwissenschaftlichen Auswertungsmethoden vgl. u. a. Lamnek 1995; Häder 2015: 452-453; Flick 2007: 436-456.

Analyse, für die Experteninterviews eine Rolle spielten, angewandt. Zum einen hängt dies mit der besonderen Aufwendigkeit dieses Verfahrens zusammen. Dabei können einige seiner Arbeitsphasen im Fall vieler politikwissenschaftlicher Untersuchungen weggelassen werden, ohne dass dadurch die Qualität der Untersuchung beeinträchtigt wäre (vgl. Kaiser 2014: 90-91; Flick 2007: 408). Zum anderen steht dieses Verfahren für seine starke Orientierung an standardisierten quantitativen Methoden der Sozialforschung in Kritik. So konzentriert es sich im praktischen Ablauf *de facto* viel mehr auf die Erhebung und quantitative Analyse von Kategorienhäufigkeiten als auf die Extraktion von Informationen (vgl. Gläser/Laudel 2009: 196). Als Folge bewährte sich in der Anwendungspraxis von Mayrings qualitativer Inhaltsanalyse in politikwissenschaftlichen Studien eine selektive Vorgehensweise. Diese besteht darin, dass sie die einzelnen Aspekte des Modells berücksichtigt bzw. zum Teil als Basis heranzieht, um das konkrete, an die gegebene Forschungsarbeit optimal angepasste inhaltsanalytische Ablaufmodell herauszuarbeiten (vgl. Kaiser 2014: 90-91). Mit Blick auf die breite Verwendung von Experteninterviews in der Datenerhebung berücksichtigt auch diese Arbeit die wichtigsten Prinzipien im Verfahren Mayrings nur selektiv bei der Anwendung der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse.

In Anlehnung an die oben angeführten Überlegungen, wird in Zielen dieser Untersuchung das Ablaufmodell zur qualitativen Inhaltsanalyse von *Gläser* und *Laudel* (2009) bevorzugt, um die erhobenen empirischen Daten auszuwerten bzw. zu analysieren. Hierfür sprechen die folgenden Gründe: Zum einen konzentriert sich die Methode von *Gläser* und *Laudel* auf die Aufarbeitung empirischer Daten, welche primär durch qualitative Experteninterviews erhoben wurden, was im Fall der vorliegenden Untersuchung gilt. Zum anderen demonstriert diese Vorgehensweise besondere Flexibilität bei der Auswertung und Interpretation der auszuwertenden Informationen dank des Verfahrens der Extraktion, welches eine möglichst weite Berücksichtigung aller in Bezug auf die Fragestellung relevanten Informationen ermöglicht. Zum Dritten erlaubt dieses Modell eine offene Kategorienbildung. Diese beinhaltet, dass die vorab theoretisch abgeleiteten Kategorien im Laufe der Aufarbeitung des empirischen Materials noch einmal präzisiert bzw. verändert werden können (vgl. Gläser/Laudel 2009: 198, 203; Kaiser 2014: 99; Mayring 1995: 49). Diese Offenheit der Kategorien ist für die Ziele dieser Untersuchung von großer praktischer Bedeutung. Denn die inhaltliche Komplexität der analysierten Forschungsfälle macht es schwierig, diese den von Anfang an vorgegebenen, theoretisch abgeleiteten Kategorien genau zuzuordnen. Dass die Kategorien aber offengehalten werden, ermöglicht, ihre einzelnen Dimensionen bis zum Ende der empirischen Untersuchung möglichst nah am empirischen Material zu orientieren.

In unmittelbarer Anlehnung an das inhaltsanalytische Verfahren von *Gläser* und *Laudel* (2009) bzw. unter Berücksichtigung der einzelnen Ausführungen aus den Modellen der qualitativen Inhaltsanalyse von *Mayring* (2000) und *Kaiser* (2014), beschränkt sich der Ablauf der empirischen Untersuchung innerhalb dieser Arbeit auf die sechs folgenden Schritte: Sichtung und Fixierung des Materials; Darstellung der relevanten Fallbeispiele; Extraktion der empirischen Daten; Strukturierung und Auswertung der Ergebnisse; Analyse und Interpretation der Ergebnisse. Die folgenden Kapitel stellen die theoretischen Überlegungen hinter den einzelnen genannten Arbeitsschritten genauer dar.

13.1 Kategorienbildung

In Anlehnung an die oben angeführten Überlegungen werden im Weiteren die Auswertungskategorien gebildet, entlang welcher das empirische Material der Arbeit nach dem inhaltsanalytischen Verfahren systematisiert, ausgewertet und analysiert wird. In der Regel präsentieren sich solche Auswertungskategorien als einzelne Kurzformulierungen, welche eng am Ausgangsmaterial orientiert sind bzw. auf die Dimensionen und Merkmalsausprägungen der Untersuchungsvariablen hinweisen (vgl. Mayring/Fenzl 2014: 544; Kaiser 2014: 121).

Der inhaltsanalytische Ansatz von *Gläser* und *Laudel* (2009) leitet diese Auswertungskategorien aus den beiden Variablen der Untersuchung auf der einen, und den Annahmen über Kausalmechanismen zwischen ihnen auf der anderen Seite ab (vgl. Gläser/Laudel 2009: 202). Jede Kategorie setzt sich in der Regel aus Definitionen, Zeitdimensionen, Sachdimensionen, Kausaldimensionen und Indikatoren der einzelnen Variablen zusammen. Die Zeitdimension hält fest, wann die im Text berichteten Merkmalsausprägungen gegolten haben. Die Sachdimensionen nehmen die einzelnen Merkmalsausprägungen der Variablen auf. In der Regel werden diese als konkrete Handlungen, Ereignisse und Regeln erfasst. Anhand der Kausaldimensionen erfolgt die Erfassung der im empirischen Material enthaltenen Informationen über Ursachen und Wirkungen von Merkmalsausprägungen. Informationen darüber, warum eine spezifische Merkmalsausprägung auftrat, werden in der Dimension „Ursachen“ aufgenommen. Die Dimension „Wirkungen“ erfasst Informationen darüber, wie eine Variable für die Forschungsfrage relevante Sachverhalte beeinflusste. Der Bezug der relativ abstrakten Variablendimensionen auf das empirische Material wird außerdem durch die Aufstellung entsprechender Indikatoren gesichert (vgl. Gläser/Laudel 2009: 206-207). Im Sinne der qualitativen Inhaltsanalyse findet die Kategorienbildung nach dem Prinzip der Offenheit statt. Das bedeutet, dass die Kategorien bzw. ihre Merkmalsausprägungen im Verlauf der Untersuchung überarbeitet bzw. um neue, zusätzliche Kategorien erweitert werden können, welche direkt in den relevanten Textstellen auftauchen (vgl. Kaiser 2014: 99; Mayring 1995: 49; Gläser/Laudel 2009: 198).

Die Kategorien, die entlang der unabhängigen Subvariablen „Gesamtheit der Programminstrumente der EU sowie deren Formen und Maßnahmen zur Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung im gegebenen Zeitraum der Untersuchung (1994–2015)“ gebildet wurden, stellte bereits Kap. 12.1 dar. Im Folgenden ist jedoch noch zu zeigen, wie sich die Kategorienbildung entlang der abhängigen Variablen der Untersuchung gestaltete bzw. auch die gebildeten Kategorien samt ihrer einzelnen Merkmalsausprägungen, Dimensionen und Indikatoren genauer zu veranschaulichen.

Im nächsten Schritt werden die Auswertungskategorien entlang jeder der Subvariablen der abhängigen Variablen „Wirkung der EU-Förderung auf die Stärkung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung“ abgeleitet bzw. tabellarisch dargestellt. Als Grundlage hierfür dienen die vorab abgeleiteten Kriterien, welche zur Evaluation der Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure

der Demokratisierung durch EU-Förderung definiert wurden (vgl. Kap. 12.1.2.1).²¹⁵ Zur Ermöglichung einer präzisen Extraktion im Rahmen des oben diskutierten inhaltsanalytischen Verfahrens wurden die abgeleiteten Kategorien durch ihre einzelnen Merkmalsausprägungen, Dimensionen und Indikatoren konkretisiert.

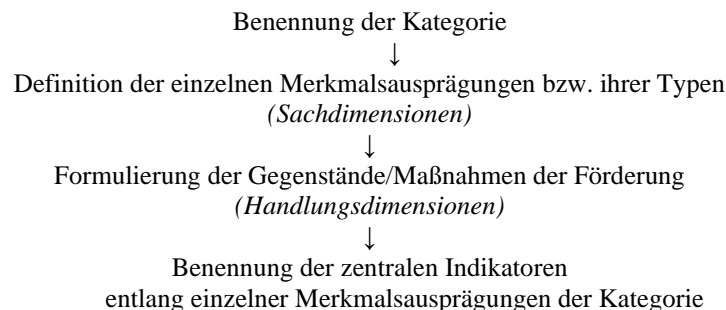
13.1.1. Bildung der Kategorien entlang der Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“

13.1.1.1. Vorgehensweise bei der Bildung der Kategorien

Die folgenden Auswertungskategorien untersuchen das empirische Material auf die Frage hin, ob die ausgesuchten ukrainischen NGOs durch eine Förderung der EU bei der Wahrnehmung ihrer einzelnen Aufgaben der Demokratisierung 1994–2015 unterstützt wurden. Jede dieser Auswertungskategorien setzt sich aus einzelnen Sach- und Handlungsdimensionen zusammen und wird ferner durch entsprechende Indikatoren ergänzt. Die Wirkungsdimension wird hiermit nicht explizit behandelt, weil die Wirkung der eingesetzten Fördermaßnahmen erst im Laufe der späteren Untersuchung definierbar ist.

Grundsätzlich lässt sich die Vorgehensweise bei der Formulierung der entsprechenden Kategorien dieser abhängigen Subvariablen in folgenden Schritten zusammenfassen:

Abb. 4: Vorgehensweise bei der Bildung der Kategorien entlang der Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“



Quelle: eigene Darstellung

Die einzelnen Auswertungskategorien wurden dabei als Kurzfassungen der vorab abgeleiteten „Kriterien der internen Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung“ formuliert. Somit entstanden die vier folgenden Kategorien: 1) institutionelle Kapazitäten; 2) Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; 3) Kommunikation/Networking; 4) Sozialisation/Engagementförderung.²¹⁶ Ihre jeweiligen Merkmalsausprägungen konkretisieren jede der benannten Auswertungskategorien. Diese Merkmalsausprägungen gelten im Sinne des

²¹⁵ Das hat u. a. zu bedeuten, dass für die inhaltliche Konkretisierung der einzelnen Kategorien auch die Quell- und Informationsbasis herangezogen wurde, welche für die Ableitung der genannten Kriterien benutzt wurde.

²¹⁶ Entlang des Kriteriums „Dienstleistungserbringung“ wurde keine Kategorie gebildet, weil keine der hiermit untersuchten NGOs in dieser Funktion im Rahmen ihrer EU-Projekte gefördert wurde. Vgl. hierzu ebenfalls Kap. 1.4.4.

inhaltsanalytischen Verfahrens von *Gläser* und *Laudel* (2009) gleichzeitig als einzelne Sachdimensionen der Auswertungskategorien, da sie auf entsprechende Tatbestände hindeuten, welche diesen zugrunde liegen.

Die vier gebildeten Kategorien werden ferner mit den einzelnen Typen häufiger Fördermaßnahmen verlinkt, welche im Rahmen der EU-geförderten Projekte der ausgesuchten NGOs eingesetzt wurden und gleichzeitig als ihre Handlungsdimensionen gelten.²¹⁷ Die Zuordnung passender Fördermaßnahmen zu jeder der Kategorien ermöglicht die empirische Aufarbeitung der Frage, wie genau die EU zur Stärkung der NGOs in ihren Funktionen der Demokratisierung beiträgt. Zu berücksichtigen ist, dass an dieser Stelle nur die Gruppen häufig eingesetzter Fördermaßnahmen thematisiert wurden. Die Auswahl konkreter Fördermaßnahmen erfolgt durch die projektausführenden NGOs selbst, die diese somit sowohl anhand des Charakters, der Ziele und Maßstäbe ihrer Projekte als auch durch den aktuellen Entwicklungszustand entsprechender Opportunitätsstrukturen, welche bereits in Kap. 10 dargestellt wurden, bestimmen. Beispielsweise entscheiden die institutionellen Kapazitäten der NGOs darüber, inwiefern die NGOs ihre Projekte durch entsprechende Bildungs- und Beratungsmaßnahmen unterstützen können. Ebenso entscheidet das Verhältnis der NGOs zu Politikakteuren darüber, inwiefern sie für die Umsetzung ihrer Projektideen auf die Kooperation mit einzelnen politischen Institutionen wie Regierung, Parlament oder einzelne Organe der lokalen Selbstverwaltung zurückgreifen können.²¹⁸

Aufgrund der relativ hohen Zahl einzelner Fallbeispiele in der Untersuchung bot es sich an, die Merkmalsausprägungen der einzelnen Kategorien entsprechend zu typisieren. Grundsätzlich meint die Typisierung eine Gruppierung von Fällen in eine oder mehrere Dimensionen. Dafür teilt man die Merkmalsausprägungen der einzelnen Kategorien in Intervalle ein, sodass das stetige Merkmal in ein diskretes transformiert wird (vgl. *Gläser/Laudel* 2009: 255; *Mayring* 1995: 84). Diese Typisierung der Merkmalsausprägungen erfolgte aufgrund der Analyse der empirischen Informationen, welche im Rahmen des Extraktionsverfahrens empirischer Daten dieser Untersuchung ermittelt wurden (vgl. Kap. 13.3). Jede der abgeleiteten Merkmalsausprägungen wird abschließend mit entsprechenden Indikatoren verlinkt. Diese sind als Orientierungsregeln zu verstehen, welche eine präzise Zuordnung des empirischen Materials zu den einzelnen Kategorien bzw. ihren Merkmalsausprägungen im Laufe des Auswertungsverfahrens ermöglichen sollen. Die Indikatoren sind somit als abstrakte Kurzregeln formuliert. Sie konkretisieren, welche qualitative Änderung jedes der infrage kommenden Projektergebnisse besitzen muss, um für die jeweiligen Merkmalsausprägungen der auszuwertenden Kategorie als zutreffend eingestuft zu werden.

Es folgt eine tabellarische Darstellung der vier gebildeten Auswertungskategorien. Im Sinne des inhaltsanalytischen Verfahrens wurden die vorgeschlagenen Kategorien vorerst offengehalten, sodass deren Überarbeitung bzw. Präzisierung im Laufe der Auswertung des empirischen Materials möglich bleibt. Wie schon oben angedeutet, stellt diese Offenheit eine wichtige Voraussetzung für die möglichst volle Erfassung der empirischen Informationen, welche Auskunft über die zentrale Fragestellung dieser Arbeit liefern, dar (vgl. Kap. 12.4.1). Die unten angeführten Tabellen führen allerdings bereits endgültige Fassungen der genannten Kategorien in der Form auf, in der diese für die abschließende Auswertung und Analyse der empirischen Daten eingesetzt wurden.

²¹⁷ Die einzelnen Typen solcher Fördermaßnahmen wurden in Tab. 9 dargestellt.

²¹⁸ Zu Beispielen für häufig eingesetzte Formen solcher Maßnahmen siehe Tab. 9.

13.1.1.2 Darstellung der einzelnen gebildeten Kategorien

Im Folgenden werden die vier gebildeten Kategorien tabellarisch dargestellt bzw. inhaltlich erläutert. Die erste Kategorie „institutionelle Kapazitäten“ fasst alle Inhalte der untersuchten Projektdokumentation zusammen, welche die Auswirkungen der umgesetzten Projekte auf die Entwicklung innerer Organisationsstrukturen bzw. Fachkompetenzen des Personals der untersuchten NGOs veranschaulichen.²¹⁹

Tab. 18: Darstellung der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“

Sachdimensionen		Handlungsdimensionen	Indikator
Merkmalsausprägung	Typen der Merkmalsausprägung	Typen häufiger Fördermaßnahmen	
Institutionelle Entwicklung	Stärkung der institutionellen Struktur/des Managements der NGO	Wissenstransfer/Bildungsmaßnahmen	Nachhaltige Verbesserungen im institutionellen Aufbau und Management der NGO
	Förderung der institutionellen/finanziellen Nachhaltigkeit der Arbeit der NGO	Institutioneller Aufbau/strategische Fortentwicklung	
Personalentwicklung	Kompetenzerweiterung des Personals in Fragen des Organisations-/Projektmanagements	Wissenstransfer/Bildungsmaßnahmen	Stärkung bzw. Erweiterung der Fachkompetenzen des Personals der NGO in Fragen des Projekts-, Organisations- und Finanzmanagements
	Neues Personal	Institutioneller Aufbau/strategische Fortentwicklung	

Quelle: eigene Darstellung

Laut dieser Darstellung weist die Kategorie der „institutionellen Kapazitäten“ zwei Merkmalsausprägungen auf. Die „institutionelle Entwicklung“ fasst die Ergebnisse der untersuchten Projekte zusammen, die auf die Stärkung der inneren Organisationsstrukturen der NGOs bzw. ihres Managements hindeuten, wie infolge der Gründung neuer Gremien, Einbeziehung der NGO in neue institutionalisierte Formate der Kooperation und Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, der Übernahme neuer Arbeitstechniken oder Strategien etc. Außerdem sind später die Projektergebnisse von Bedeutung, die ihre Nachhaltigkeit sowohl in institutioneller als auch finanzieller Hinsicht zu sichern versprechen, wie dank der Ermöglichung einer Anschlussfinanzierung für die im Rahmen der Projekte eingeleiteten Initiativen, Förderung von Bewerbungen für weitere thematisch ähnliche Projekte etc. Im Mittelpunkt der zweiten Merkmalsausprägung „Personalentwicklung“ stehen hingegen Maßnahmen, mit welchen die Kompetenzen des NGO-Personals in den Bereichen Projekt-, Finanz- sowie Organisationsmanagement gestärkt oder erweitert wurden; beispielsweise infolge der Vorbereitung von Bildungs- und Trainingsmaßnahmen zu diesen Themen für unterschiedliche Projektzielgruppen, des Austausches von Fachexpertise im Rahmen einzelner Projektaktivitäten mit den Experten anderer NGOs etc.

²¹⁹ Der Begriff der institutionellen Kapazitäten wurde in Kap. 12.1.2.1 genauer erläutert.

Die nächste Kategorie dient zur Analyse der Wirkung umgesetzter EU-Projekte auf die Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Einflussnahme auf Politik bzw. der Kooperation mit staatlichen Politikakteuren.²²⁰ Letztere umfassen sowohl Institutionen der nationalen, als auch der lokalen Ebene. Unter den nationalen Politikakteuren sind vor allem die folgenden von Bedeutung: nationale Ministerien, das Ministerkabinett der Ukraine, die Präsidentialadministration und das Parlament Verkhovna Rada der Ukraine. Auf der lokalen Ebene werden hingegen die Akteure der lokalen Exekutive und Legislative in Betracht gezogen. Als Organe der lokalen Exekutive gelten in der Ukraine die Behörden der vier Verwaltungsebenen – der 24 Gebiete und der Autonomen Republik Krim; der Stadtkreise, in welche die einzelnen Gebiete unterteilt werden; der Städte; der Dörfer bzw. der sogenannten „Staddörfer“, die auf Ukrainisch als „selyshcha“ bekannt sind. Dementsprechend werden diese als Gebietsverwaltungen, Stadtkreisverwaltungen und Exekutivkomitees der Stadt-, Dorfs- und Staddorfsräte bezeichnet. Auf der Ebene der lokalen Legislative unterscheidet man zwischen Gebietsräten, Stadtkreisstadträten, den Stadt-, Dorfs- und Staddorfsräten. Alle lokalen Legislativorgane zählen gleichzeitig zum System der Organe der lokalen Selbstverwaltung der Ukraine. Außerdem werden die Exekutivkomitees von Stadt-, Dorfs- und Staddorfsräten in der Ukraine ebenfalls als Organe der lokalen Selbstverwaltung aufgefasst (vgl. Morgner 2009: 2-7).²²¹

Tab. 19: Darstellung der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“

Sachdimensionen		Handlungsdimensionen	Indikator
Merkmalsausprägung	Typen der Merkmalsausprägung	Typen häufiger Fördermaßnahmen	
<i>Interessenvertretung und Advocacy</i>	Einfluss auf öffentliche Meinungsbildung Interessenvertretung/ Lobbying der Gesetzgebung gegenüber den Politikakteuren	Advocacy/Lobbying Verbreitung von Informationen/ Medienarbeit Networking/ Informationsaustausch Netzwerkbildung	Formulierung, Artikulation und Vertretung der einzelnen gesellschaftlichen Interessen in der Öffentlichkeit bzw. gegenüber den politischen Entscheidungsträgern
<i>Politikmonitoring/ Regierungskontrolle</i>	Monitoring der Entwicklungen innerhalb der einzelnen Politikdomänen Beobachtung/Analyse des Regierungshandelns in Bereichen der Demokratisierung	Austausch von Expertise/ Politikanalyse und Forschung Networking/ Informationsaustausch	Monitoring der Entwicklungen bzw. des Handelns der nationalen/lokalen Exekutivorganen innerhalb der einzelnen Politikdomänen in Zielen der Regierungskontrolle
<i>Mitgestaltung/ Umsetzung der Gesetzgebung</i>	Mitwirkung an der Formulierung der Gesetzgebung	Mitwirkung an der Formulierung/ Umsetzung der Gesetzgebung	Entwurf der Gesetzgebung oder Verleihung der Fachexpertise in Zielen ihrer Änderung;

²²⁰ Die Kriterien, welche die Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Einflussnahme auf Politik bzw. der Kooperation mit staatlichen Politikakteuren aufzeigen, wurden in Kap. 12.1.2.1 diskutiert.

²²¹ In Zielen der Bequemlichkeit der Untersuchung wird in ihrem Verlauf in der Regel der Sammelbegriff „lokale Politikakteure“ verwendet; die Organe der lokalen Legislative werden als „Organe der lokalen Selbstverwaltung“, die Organe der lokalen Exekutive – als „lokale Verwaltungsbehörden“ aufgeführt. Zu weiteren Informationen bzgl. des Systems der lokalen Verwaltung und Selbstverwaltung in der Ukraine vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 1997.

	Mitwirkung an der Umsetzung der Gesetzgebung	Austausch von Expertise/ Politikanalyse und Forschung	Förderung der Implementierung der verabschiedeten Gesetzgebung vor Ort durch nationale/lokale Exekutivorgane
<i>Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit</i>	Gemeinsame Projektaktivitäten Förderung von langfristiger Kooperation mit Politikakteuren	Netzwerkbildung Mitwirkung an der Formulierung/Umsetzung der Gesetzgebung Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen Networking/ Informationsaustausch	Systematische/nachhaltig orientierte Mitarbeit der NGOs mit staatlichen Politikakteuren innerhalb der einzelnen Projektaufgaben

Quelle: eigene Darstellung

Die Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ umfasst zwei Gruppen von Projektaktivitäten: Die erste davon steht in Zusammenhang mit der Lenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit bzw. der Mobilisierung der öffentlichen Meinung in Bezug auf einzelne Aspekte der Demokratisierung, beispielsweise infolge von Informationskampagnen, Medien- und Pressearbeit, Verbreitung unterschiedlicher Projektinformationen in der Bevölkerung etc. In der Regel setzen NGOs solche Advocacy-Maßnahmen als Instrumente des öffentlichen Drucks auf Politikakteure ein, um diese zu gewünschten politischen Entscheidungen bzw. zur Annahme bestimmter Gesetzgebungen zu bewegen. Somit stehen solche Maßnahmen in enger Relation mit den Maßnahmen, die mit dem Indikator „Einfluss auf politische Entscheidungsträger/Lobbying von Gesetzgebung“ zusammenhängen und in den untersuchten Projekten zu einem großen Teil auf direkte Überzeugungsarbeit der Politiker, ob im Rahmen von Projektveranstaltungen oder infolge direkter bilateraler Gespräche, setzen.

Die zweite Merkmalsausprägung „Politikmonitoring/Regierungskontrolle“ enthält diejenigen Projektergebnisse, durch welche die NGOs sich auf dem Feld des Monitorings des Handelns nationaler und lokaler Regierungsakteure innerhalb der einzelnen Bereiche der Demokratisierung weiterentwickelten. So wurden zum Beispiel in einer Mehrzahl der Projektfälle, die ein kritisches Auseinandersetzen mit den Ergebnissen der Regierungsarbeit in Bezug auf einzelne Demokratisierungsfelder voraussetzten, Monitorings der damit zusammenhängenden politischen Entwicklungen und Problemlagen angefertigt. Solche Politikmonitorings dienten im Projektverlauf als Grundlage, um konkrete Fortschritte oder Versäumnisse der Arbeit der Regierungsinstitute zu ermitteln, diese öffentlich bekanntzugeben oder genauer zu diskutieren.

Die Merkmalsausprägung „Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung“ erfragt vor allem die Fähigkeiten und Kenntnisse des NGO-Personals, die sie zur Erarbeitung ihrer Gesetzentwürfe oder Gesetzverbesserungsvorschläge einsetzen. Viele Projektfälle schulten diese Fähigkeiten u. a. dank des Austauschs von Expertise zu Fragen der Gesetzgebung zwischen den projektausführenden NGOs und nationalen oder lokalen Legislativ- bzw. Exekutivorganen, wie im Rahmen der speziellen Fachexpertengruppen der federführenden Ministerien oder während der einzelnen Projektveranstaltungen, indirekt mit. Eine Übernahme der im Rahmen des Projekts entwickelten Gesetzgebung gilt ebenfalls als wichtiger Erfolgsindikator für die Kompetenzen des Personals im Bereich der Mitwirkung an der Gesetzgebung. Außerdem wurden unter dieser Merkmalsausprägung

Projektaktivitäten des Personals projektausführender NGOs analysiert, die sich auf die Verbesserung der Umsetzung bestehender nationaler oder lokaler Gesetzgebungen richten. Dazu zählen zum Beispiel der Entwurf von Begleitgesetzgebungen, die Erteilung von Fachexpertise an die Vertreter der Exekutive zu Fragen der Gesetzimplementierung, das Initiieren von Politikforschungen oder Analysen, welche Wege zu einer effizienteren Umsetzung der vorgenommenen Reformvorhaben aufzeichnen etc.

Die letzte Merkmalsausprägung dieser Kategorie selektiert jene Projektaktivitäten aus, die die Kooperation der projektausführenden NGOs mit nationalen oder lokalen Politikakteuren voraussetzen, wie infolge der Durchführung gemeinsamer Aktivitäten, der Gründung gemeinsamer Netzwerke, Plattformen, Koalitionen oder sonstiger Kooperationsgremien. Solche Projektergebnisse sind insbesondere dann für die interne Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung von Bedeutung, wenn sie deren Kooperation mit Akteuren der Politik auch nach Projektschluss weiterhin fördern.

Die dritte Auswertungskategorie setzt eine Fortentwicklung der Kapazitäten der NGOs voraus, die ihre systematische Kommunikation bzw. ihr Networking mit unterschiedlichen Interaktionsebenen fördern.²²²

Tab. 20: Darstellung der Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“

Sachdimensionen		Handlungsdimensionen	Indikator
Merkmalsausprägung	Typen der Merkmalsausprägung	Typen häufiger Fördermaßnahmen	
<i>Politische Kommunikation</i>	Dialog mit Akteuren der nationalen/lokalen Politik Netzwerkbildung mit nationalen/lokalen Politikakteuren	Networking/ Informationsaustausch Öffentlichkeits- /Medienarbeit Netzwerkbildung Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen	Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit nationalen/lokalen Politikakteuren bzw. Bildung der institutionalisierten Formen für systematische Kommunikation und Networking miteinander
<i>Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit</i>	Dialog und Netzwerkbildung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren Öffentlichkeitsarbeit	Networking/ Informationsaustausch Verbreitung von Informationen/Medienarbeit Netzwerkbildung Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen	Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit anderen NGOs oder sonstigen Akteuren der Zivilgesellschaft bzw. Bildung institutionalisierter Formen für systematische Kommunikation und Networking miteinander

Quelle: eigene Darstellung

²²² Die Kriterien, welche für die Ableitung der Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“ herangezogen wurden, wurden in Kap. 12.1.2.1 erläutert.

Die angebotene Darstellung unterscheidet grundsätzlich zwischen zwei Dimensionen als einzelnen Merkmalsausprägungen der Kategorie „Kommunikation/Networking“. Die erste davon bezieht sich auf den politischen Dialog und das Networking mit Politikakteuren. Somit sind alle Projektergebnisse von Relevanz, in denen die NGOs unterschiedliche Strategien der Kommunikation mit politischen Akteuren nutzten, um vom Austausch von Informationen, Meinungen, Fachwissen und Erfahrungen mit ihnen zu profitieren bzw. nützliche Kontakte in Politikkreisen zu knüpfen. Besonders oft meint dies vor allem direkte Gespräche mit Politikern im Rahmen einzelner Veranstaltungen oder Aktivitäten des Projekts, wie infolge der gemeinsamen Teilnahme an Trainings, Seminaren, Konferenzen oder Round-Table-Gesprächen.

Diese Art der Kommunikation überschneidet sich zum großen Teil mit den Aufgaben der Advocacy. Dennoch hat nicht jede Art des Dialogs mit Politikakteuren ebenfalls zum Ziel, eine bestimmte politische Entscheidung oder einen Gesetzgebungsakt durchzusetzen. In mehreren Projektfällen ging es in der Kommunikation mit Politikakteuren lediglich um den Austausch von Informationen oder eine Kontaktaufnahme. Somit kann die Kommunikation in Zielen der Advocacy als Teil der politischen Kommunikation gesehen werden. Auch die Bildung gemeinsamer Kooperationsnetzwerke, Koalitionen, Plattformen oder Fachexpertengruppen zwischen den NGOs und unterschiedlichen Politikakteuren untersteht dieser Merkmalsausprägung.

Mit der zweiten Merkmalsausprägung dieser Kategorie werden die Aktivitäten analysiert, die den Austausch von Meinungen, Erfahrungen und Informationen der projektausführenden NGOs mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren fördern. Von Interesse sind vor allem die Maßnahmen, durch die es zur Schaffung stabiler Kommunikationskanäle in Zielen der weiteren Zusammenarbeit zwischen den projektausführenden NGO und anderen NGOs oder sonstigen Akteuren der Zivilgesellschaft kam. In der Regel setzt dies die Gründung von institutionalisierten Räumen für Kommunikation und Networking voraus, wie zivilgesellschaftliche Plattformen, Netzwerke, Koalitionen oder Konsortien mit anderen NGOs. Auf der anderen Seite werden unter dieser Merkmalsausprägung die Projektergebnisse analysiert, welche die Kompetenzen der NGOs in ihrer Kommunikation mit der Öffentlichkeit stärken. Darunter sind primär unterschiedliche Formen der Öffentlichkeitsarbeit wie Medien- und Pressearbeit, Verbreitung von Informationsmaterialien oder öffentliche Veranstaltungen zu verstehen.

Die letzte Kategorie der untersuchten Subvariablen setzt sich mit den Auswirkungen der projektorientierten Förderung durch die EU auf Möglichkeiten und Fähigkeiten der NGOs, sich dem breiten Spektrum der Aufgaben der Sozialisation zu widmen, auseinander.²²³

²²³ Die Kriterien, welche der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“ zugrunde gelegt wurden, sind in Kap. 12.1.2.1 dargestellt.

Tab. 21: Darstellung der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“

Sachdimensionen		Handlungsdimensionen	Indikator
Merkmalsausprägung	Typen der Merkmalsausprägung	Typen häufiger Fördermaßnahmen	
<i>Förderung des demokratischen Bewusstseins</i>	Demokratische Aufklärungs- und Bildungsarbeit Politikforschung und -analyse	Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen Austausch von Expertise/ Politikanalyse und Forschung Verbreitung von Informationen/ Medienarbeit	Wissenstransfer in Bezug auf demokratieorientierte Themen
<i>Engagementförderung</i>	Förderung der Mitwirkung der Bürger an der Politik Förderung des demokratieorientierten Engagements der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure	Netzwerkbildung Advocacy/Lobbying Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen Maßnahmen der Engagementförderung	Verbesserung der institutionellen und rechtlich-politischen Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement

Quelle: eigene Darstellung

Wie die oben angeführte Tabelle veranschaulicht, wurden innerhalb dieser Auswertungskategorie ebenfalls zwei Merkmalsausprägungen definiert. Mit der ersten Merkmalsausprägung sind die Projektaktivitäten von Interesse, die mit der Förderung des demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung bzw. unter den Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenhängen und somit die Kompetenzen der NGOs im Bereich der demokratischen Bildungsarbeit herausfordern. Grundsätzlich umfasst diese Untersuchung auch alle Maßnahmen des Wissenstransfers, des Informationsaustausches, der Politikforschung und Analyse, insofern diese die Popularisierung der demokratischen Werte, Verbreitung von politikspezifischen Wissen zu einzelnen Demokratiethematen und eine allgemeine Stärkung des Verständnisses der Projektzielgruppen für die Bedeutung und Bestandteile eines demokratischen politischen Regimes mit sich bringen.

Die zweite Merkmalsausprägung hängt mit den Kompetenzen der NGOs zusammen, die zivilgesellschaftliches Engagement demonstrieren. Darunter ist sowohl das Engagement organisierter Formen der Zivilgesellschaft wie anderer NGOs, Freiwilligeninitiativen oder Bürgervereine als auch der einzelnen zivilgesellschaftlichen Aktivisten oder interessierten Bürger zu verstehen. Von Bedeutung sind somit jegliche Fördermaßnahmen, welche die institutionellen und rechtlich-politischen Voraussetzungen für dieses Engagement zu verbessern versprechen, wie die Bildung neuer zivilgesellschaftlicher Initiativen, Vereine oder NGOs, Verabschiedung der für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure förderlicher Gesetzgebungen, Sicherung der politischen Unterstützung für einzelne Initiativen etc.

13.1.2 Bildung der Kategorien entlang der Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“

Die nächste Gruppe von Kategorien erfasst qualitative Änderungen entlang der Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf die Demokratisierung“. Als theoretische Grundlage für die Bildung der Kategorien dienten die abgeleiteten Kriterien der Demokratisierung, wie sie in Anlehnung an das Konzept der „eingebetteten“ Demokratie in Kap. 12.1.2.2 vorgeschlagen wurden. Somit werden die Kategorien nach den einzelnen Teilregimes bzw. externen Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie benannt. Die Merkmalsausprägungen der Kategorien stellen Kurzfassungen der definierten Kriterien der „eingebetteten“ Demokratie, wie sie in Tab. 12 präsentiert wurden, dar. Zusätzlich konkretisieren entsprechende Hinweise aus den methodologischen Grundlagen der schon oben erwähnten Studien der Bertelsmann Stiftung und Freedom House zur Analyse der Demokratisierungsfortschritte in verschiedenen Länderregionen, einschließlich Osteuropa, die Inhalte der einzelnen Sachdimensionen (vgl. Bertelsmann Foundation 2016; Freedom House 2016). Außerdem werden Angaben aus einzelnen EU-Dokumenten mitberücksichtigt, welche die Förderschwerpunkte der EU in Bezug auf Dimensionen der „eingebetteten“ Demokratie in den östlichen EU-Nachbarländern präzisieren (vgl. Kap. 12.1.2.2).

Jeder der Merkmalsausprägungen liegt ein bestimmter Sachverhalt zugrunde, welcher auf qualitative Änderungen innerhalb der definierten Kategorien hindeutet. Somit sind die Merkmalsausprägungen ebenfalls als ihre Sachdimensionen aufzufassen. Neben den Sachdimensionen beinhalten die aufgestellten Kategorien auch Wirkungsdimensionen, die als erwartete Ergebnisse der Förderung formuliert wurden. Diese erwarteten Ergebnisse weisen somit auf einzelne Tatbestände hin, deren Umsetzung zu den gewünschten Ergebnissen der Förderung führt.

Auf Grundlage der genannten theoretischen Vorüberlegungen wurden insgesamt 7 Kategorien gebildet, anhand welcher abschließend die Auswertung und Analyse der Ergebnisse der untersuchten Projekte hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf einzelne Dimensionen einer „eingebetteten“ Demokratie erfolgte. Im Sinne des inhaltsanalytischen Verfahrens wurden auch hier alle Kategorien offengehalten. Dies sicherte den Spielraum für eventuelle Änderungen, Überarbeitungen oder Ergänzungen der Merkmalsausprägungen und ihrer Sachdimensionen innerhalb der einzelnen Kategorien während der Bearbeitung der empirischen Basis dieser Untersuchung. Aufgrund der Breite und Vielschichtigkeit der durch die gebildeten Kategorien erfassten Sachverhalte erscheint diese Offenheit der Auswertungskategorien als notwendige Bedingung, um das empirische Material möglichst genau auf die Forschungsfrage dieser Untersuchung hin zu analysieren. Die unten angeführten Tabellen führen allerdings schon die endgültigen Fassungen der formulierten Kategorien auf, welche letztendlich zur Auswertung der empirischen Basis dieser Arbeit herangezogen wurden. Da die Kategorien inhaltlich mit den einzelnen Dimensionen einer „eingebetteten“ Demokratie übereinstimmen, welche schon oben ausführlich diskutiert wurden, werden sie hier nicht mehr weiter präzisiert. Zu beachten ist, dass die Kategorien sowohl entlang der fünf eigentlichen Teilregimes als auch entlang beider externer Kontextbedingungen des Modells einer „eingebetteten“ Demokratie gebildet wurden; diese Differenzierung wird im Auswertungsverfahren vorerst nicht betont, da sie nur im abschließenden Analyseverfahren der gewonnenen empirischen Daten an Bedeutung gewinnt. Zu beachten ist ferner, dass die Merkmalsausprägungen der Kategorie „Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung“ mithilfe der definierten Kriterien „interne Stärkung der ukrainischen NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung“ gebildet wurden (vgl. Kap. 12.1.2.1).

An dieser Stelle ist auch anzumerken, dass die Kategorie, die dem Kriterium „Stärkung der öffentlichen Verwaltung“ entsprechen würde, hier um eine weitere Dimension – „Stärkung der lokalen Selbstverwaltung“ – ergänzt wurde. Diese Ergänzung erwies sich im Laufe der Bearbeitung des empirischen Materials als sinnvoll, da in einer Großzahl der hiermit untersuchten Projekte die Stärkung der Verwaltung auf lokaler und regionaler Ebene in unmittelbarem Zusammenhang mit der Stärkung der Organe der lokalen Selbstverwaltung betrachtet wurde. Dabei setzten sich mehrere NGOs in ihren demokratieorientierten EU-Projekten, die diese Arbeit untersucht, intensiv mit der Stärkung der lokalen Demokratie vor Ort in enger Zusammenarbeit mit Organen der lokalen Selbstverwaltung auseinander (*CSI, EIDOS, OPORA* etc.).

Abschließend ist zu betonen, dass bei der Aufstellung der Kategorien auf eine Benennung ihrer Handlungsdimensionen bewusst verzichtet wurde. Der Grund hierfür besteht darin, dass für jede der abgeleiteten Kategorien grundsätzlich alle vorab definierten Typen häufiger Fördermaßnahmen durch die EU, wie sie Tab. 9 abbildet, als deren Handlungsdimensionen auftreten können. Daraus folgt die Annahme, dass diese typischen Fördermaßnahmen, wie sie in Tab. 9 definiert sind, in jeder der 7 Kategorien grundsätzlich zu bestimmten qualitativen Änderungen zugunsten einer Stärkung der einzelnen Dimensionen einer „eingebetteten“ Demokratie führen können, sobald sie sich inhaltlich klar auf eine Merkmalsausprägung der gegebenen Auswertungskategorie beziehen.

Die auf diese Weise gebildeten sieben Auswertungskategorien werden im Folgenden tabellarisch dargestellt:

Tab. 22: Darstellung der Auswertungskategorie „demokratisches Wahlregime“

Merkmalsausprägungen (Sachdimensionen)	Erwartete Ergebnisse/Erfolgsindikatoren der Förderung (Wirkungsdimensionen)
Gerechte und demokratische Wahlen	Gerechter Wahlkampf für alle Kandidaten; Ausreichende politische Konkurrenz im Wahlkampf; Gerechter und gleicher Zugang zu Medien für alle Wahlkandidaten; Kein politischer Druck auf Wahlkandidaten und Wähler; Gerechter, freier und geheimer Wahlvorgang in den Wahllokalen am Tag der Abstimmung; Transparente und gerechte Verfahren der Registrierung von Wählern bzw. Wahlkandidaten; Objektive und unparteiliche Stimmzählung; Objektive Monitorings und Darstellung der Wahlergebnisse durch Medien und zivilgesellschaftliche Akteure; Effizienz und Unparteilichkeit der Wahlkommission;
Passives/aktives Wahlrecht	Ein universelles Stimmrecht für alle Wähler; Ein universelles Recht, bei einer Wahl zu kandidieren und gewählt zu werden;
Objektive Wahlbeobachtung	Ungehinderte Arbeit der Wahlbeobachtung durch nationale und internationale Wahlbeobachterkommissionen, zivilgesellschaftliche Akteure und Medien; Ausreichend kompetente Wahlbeobachter;
Gewählte Mandatsträger	Gerechte Verteilung der politischen Ämter zwischen den Wahlgewinnern

Quelle: eigene Darstellung²²⁴

²²⁴ Bezug nehmend auf Tab. 12; European Commission 2014c: 3, 2014f: 5, 2013: 4, 6, 2011b: 3; Bertelsmann Stiftung 2016: 18-19; Freedom House 2016; Merkel 2004a: 8; Wetzel 2015: 6.

Tab. 23: Darstellung der Auswertungskategorie „politische Partizipationsrechte“

Merkmalsausprägungen (Sachdimensionen)	Erwartete Ergebnisse/Erfolgsindikatoren der Förderung (Wirkungsdimensionen)
Meinungsfreiheit/Medienfreiheit	Recht auf freie Meinungsäußerung; Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; Effiziente Gesetzgebung in Zusammenhang mit der Sicherung der Meinungs- und Medienfreiheit; Pluralismus der unabhängigen Medien; Vorhandensein von einflussreichen privaten Medien neben den öffentlichen; Keine politisch motivierte Zensur; Kein politischer bzw. physischer Druck auf Vertreter der Medien, zivilgesellschaftliche Aktivisten oder Bürger seitens des Staates bzw. der einflussreichen Interessengruppen in Zielen der Einschränkung ihrer Meinungsfreiheit;
Versammlungsfreiheit	Das Recht jeder Person, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln, u. a. im Rahmen einer Demonstration;
Vereinigungsfreiheit	Keine Unterdrückung oder Einschüchterung der Bürger in der Ausübung ihrer Demonstrations- und Petitionsrechte

Quelle: eigene Darstellung²²⁵

Tab. 24: Darstellung der Auswertungskategorie „bürgerliche Freiheitsrechte“

Merkmalsausprägungen (Sachdimensionen)	Erwartete Ergebnisse/Erfolgsindikatoren der Förderung (Wirkungsdimensionen)
Allgemeines Diskriminierungsverbot	Geltung des allgemeinen Verbots jeglicher Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Religion, ethnischer Herkunft, der Rasse, der politischen oder sonstigen Ansichten etc.
Schutz der Rechte für Leben, Eigentum und Freiheit	Schutz gegen unrechtmäßige Verhaftung; Exil, Terror, Folter oder ungerechtfertigte Eingriffe in das Privatleben Recht jeder Person auf eine wirksame Beschwerde im Fall einer Verletzung ihrer Menschenrechte;
Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht	Recht auf ein faires Gerichtsverfahren; Recht der angeklagten Person auf eigene Verteidigung im Gerichtsverfahren; Vorhandensein einer effizienten Gesetzgebung bzw. institutioneller Strukturen im Bereich der Gewährung und des Schutzes der Menschenrechte

Quelle: eigene Darstellung²²⁶

²²⁵ Bezug nehmend auf Tab. 12; European Commission 2015: 6, 2013: 7, 2011b: 2, 5; European Commission/EuropeAid 2011: 5; Europarat/Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2010: 11-12; Merkel 2004a: 8, 2004: 39; Bertelsmann Stiftung 2016: 19; Freedom House 2016.

²²⁶ Bezug nehmend auf: Tab. 12; European Commission 2015: 6, 2013: 8, 2011b: 5; 2011c: 5, 2010d: 4; Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2010: 6-7; Bertelsmann Foundation 2016: 21; Freedom House 2016; Merkel 2004a: 9, 2004: 39-40; Eicher/Beichelt 2006: 314.

Tab. 25: Darstellung der Auswertungskategorie „horizontale Gewaltkontrolle“

Merkmalsausprägungen (Sachdimensionen)	Erwartete Ergebnisse/Erfolgsindikatoren der Förderung (Wirkungsdimensionen)
Gewaltentrennung	Ausgeprägte institutionelle Differenzierung, klare Kompetenzabgrenzung, wechselseitige Kontrolle und Interdependenz zwischen den Organen der Legislative, Judikative und Exekutive;
Unabhängige Justiz	Ernennung und Beförderung der Richter aufgrund von objektiven Kriterien; Unparteilichkeit der Richter gegenüber den politischen Entscheidungsträgern oder einzelnen Interessengruppen; Unbestechlichkeit der Organe der Judikative; Vorhandensein eines ausdifferenzierten institutionellen Systems der Jurisprudenz bzw. der Gerichte; Orientierung der Arbeit der Judikative am objektiven Rechtsrahmen eines Strafgesetzbuches, Strafprozesskodexes etc.; Autonomie der Organe der Judikative zur Interpretation und kritischen Überprüfung der bestehenden Gesetzgebung; Einhaltung der Menschenrechte in Gerichten und Justizvollstreckungsbehörden

Quelle: eigene Darstellung²²⁷

Tab. 26: Darstellung der Auswertungskategorie „effektive Regierungsgewalt“

Merkmalsausprägungen (Sachdimensionen)	Erwartete Ergebnisse/Erfolgsindikatoren der Förderung (Wirkungsdimensionen)
Keine „Vetoplayer“ in der Politik;	Ausschluss des politischen Einflusses der „Vetoplayer“ wie der Polizei, Militär, einflussreichen Businessgruppen etc.
Demokratische Kontrolle über das Militär und Polizei;	Eine klare Unterordnung aller Organe des Militärs und der Polizei unter die demokratisch legitimierten Institutionen der Exekutive;
Transparenz und Effizienz der zentralen politischen Institutionen	Transparenz und Effizienz der Verfahren der höheren Institutionen der nationalen Gesetzgebung und politischer Entscheidungsfindung (Parlament, Regierung, Verfassung)

Quelle: eigene Darstellung²²⁸

²²⁷ Bezug nehmend auf: Tab. 12; European Commission/ENPI 2011a: 10; European Commission 2015: 5, 2011b: 3, 2013: 7; Bertelsmann Foundation 2016: 20; Merkel 2004a: 9, 2004: 40-41; Wetzel 2015: 6.

²²⁸ Bezug nehmend auf: Tab. 12; European Commission 2015: 6, 2011b: 3, 5, 2013: 7; Merkel 2004a: 9; Eicher/Beichelt 2006: 323-328.

Tab. 27: Darstellung der Auswertungskategorie „Qualität der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung“

Merkmalsausprägungen (Sachdimensionen)	Erwartete Ergebnisse/Erfolgsindikatoren der Förderung (Wirkungsdimensionen)
<p>Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/der Organe der lokalen Selbstverwaltung</p> <p>Kampf gegen Korruption</p>	<p>Erweiterung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung im Bereich der Politikgestaltung bzw. der Politikumsetzung; Sicherung des förderlichen legislativen Rahmens für eine effiziente und transparente Arbeit der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung; Erweiterung der Kapazitäten und Transparenzförderung in der Verwaltung der öffentlichen Finanzen; Effizienzförderung der Organe der öffentlichen Verwaltung in der Erbringung administrativer Dienstleistungen;</p> <p>Bekämpfung der Korruption auf allen Ebenen der öffentlichen Macht; Sicherung der institutionellen Mechanismen der Vorbeugung und Kontrolle der Korruption</p>

Quelle: eigene Darstellung²²⁹

Tab. 28: Darstellung der Auswertungskategorie „Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung“

Merkmalsausprägungen (Sachdimensionen)	Erwartete Ergebnisse/Erfolgsindikatoren der Förderung (Wirkungsdimensionen)
<p>Aufbau von Kapazitäten</p> <p>Stärkung des Einflusses auf die Politik/ der Kooperation mit dem Staat</p> <p>Kommunikation/ Networking</p> <p>Sozialisation/ Engagementförderung</p> <p>Entlastung des Staatsapparats/Erbringung von Dienstleistungen</p>	<p>Aufbau von Kapazitäten der Organisationen der Zivilgesellschaft zum Zweck der Demokratisierung;</p> <p>Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure in ihren Funktionen der Interessenvertretung/Advocacy bzw. der Regierungskontrolle; Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure in ihrer Kooperation mit staatlichen Politikakteuren bzw. in ihrer Teilnahme an der Formulierung und Umsetzung der Politik;</p> <p>Förderung der Kommunikation der NGOs mit den Bürgern, anderen NGOs oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren in politischen Fragen der Demokratisierung; Förderung des Networkings und der Vernetzung der NGOs mit staatlichen Akteuren, anderen NGOs oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren;</p> <p>Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure in ihrer Funktion der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bzw. des demokratischen Bewusstseins in der Öffentlichkeit;</p> <p>Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure als Anbieter öffentlicher Dienstleistungen vor Ort</p>

Quelle: eigene Darstellung²³⁰

²²⁹ Bezug nehmend auf: Tab. 12; European Commission 2015: 5-6, 2014e: 7, 2013: 7, 2011b: 3, 5; European Commission/ENPI 2011a: 12; European Commission/EuropeAid 2014a: 48-50; Börzel et al. 2008: 10; Wetzel 2015: 7.

²³⁰ Bezug nehmend auf: Tab. 12; European Commission 2015a, 2015: 6, 2014: 3, 2014b: 24-27, 2014c: 7-9, 2014d: 10-11, 2013c: 10-12, 2012b: 7-10, 2011a: 15, 2011b: 4, 2010c: 4, 2006: 7; Delegation of the EU to Ukraine 2014: 1, 2012c: 1, 2012d: 1; European Commission/EuropeAid 2014a: 48.

13.2 Darstellung der einzelnen EU-geförderten Projekte der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung (1994–2015)

Im Sinne des dargestellten Verfahrens der qualitativen Inhaltsanalyse folgt im nächsten Schritt eine kurze Beschreibung der einzelnen EU-geförderten Projekte der 15 ausgesuchten NGOs als Fallbeispiele dieser Untersuchung. Die angebotene Darstellung gruppiert die Fälle anhand der drei untersuchten Zeitphasen – 1994–2005; 2005–2010; 2010–2015 (vgl. Kap. 1.4.3). Die Darstellung der wichtigsten Informationen über die analysierten Projekte erfolgt u. a. unter Miteinbeziehung ihrer Inhalte in Hinblick auf einzelne Kriterien der Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung. Dies soll ihre Systematisierung für die abschließenden Datenanalysen erleichtern (vgl. Tab. 11 und Tab. 12).

13.2.1 In der ersten Zeitphase der Untersuchung (1994–2005)

In Bezug auf die erste Zeitphase dieser Untersuchung erfolgte anhand der oben definierten Auswahlkriterien eine Auswahl von insgesamt vier Projekten im Bereich der Demokratisierung, welche durch drei verschiedene NGOs ausgeführt wurden. Diese geringe Zahl an empirisch relevanten EU-geförderten Projekten bestätigt die zuvor geäußerte Beobachtung, dass im Zeitraum 1994–2005 sowohl die EIDHR als auch TACIS sich bei der Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in der Ukraine viel mehr der Kooperation mit staatlichen als mit zivilgesellschaftlichen Akteuren widmeten, um die Demokratisierung vor Ort zu fördern (vgl. Kap. 11.2.1 und 11.3.1.1).

Die unten dargestellte Tabelle bietet eine kurze Übersicht über die wichtigsten Angaben zu den ausgesuchten Projekten. Drei der vier Projekte wurden im Programmrahmen von *TACIS (IBPP)* ausgeführt. Die Thematik dieser Projekte bestätigt allerdings die Tatsache, dass die politische Dimension der Demokratisierung im Sinne des hier viel diskutierten Modells einer „eingebetteten“ Demokratie keine eindeutige Förderpriorität in der Kooperation der EU mit ukrainischen NGOs im *TACIS*-Rahmen darstellte. Vielmehr lag der Akzent auf der Erweiterung der Kapazitäten der NGOs bzw. der Stärkung der lokalen Selbstverwaltung – die Bereiche, die sich im konzeptionellen Rahmen einer „eingebetteten“ Demokratie als deren externe Kontextbedingungen beschreiben lassen (vgl. Kap. 2.4). Die Übersicht über die vier angebotenen Projektbeispiele bestätigt auch die Tatsache, dass die EU-Förderung sich viel mehr auf sozial als politisch orientierte NGOs fokussierte. Das zeigt wiederum, dass der zivilgesellschaftliche Sektor nicht der erste Ansprechpartner der EU in Fragen der Demokratieförderung in der Ukraine in diesem Zeitraum war. Ähnlich gestaltete sich die Unterstützung für NGOs im Rahmen des *EIDHR*-Programms – die Förderung von externen Kontextbedingungen der Demokratie, wie der institutionellen Stärkung der NGOs oder der kommunalen Organe der Selbstverwaltung, war auch hier eine Priorität. Dennoch wurden in dieser Phase auch Projekte mit einem Schwerpunkt auf „klassischen“ *EIDHR*-Förderbereichen wie der demokratischen Bildung und Menschenrechten ausgeführt.²³¹

²³¹ Neben dem einen hiermit analysierten EIDHR-Projekt „Ensuring the Implementation of Territorial Community Rights Guaranteed by the Law “On Local Self-government in Ukraine” des *Creative Centre “Counterpart” (CCC)* waren noch zwei weitere EIDHR-Projekte auffällig, welche durch die 15 untersuchten NGOs umgesetzt wurden: das Projekt „Know Your Rights and Be Able to Protect them: Improving Access of the Rural Population to Legal Mechanisms of their Rights Protection“, ausgeführt 2004–2005 vom CCC, und das Projekt “Democracy in Action”, das 2004 das *Resource Centre HURT* umsetzte (vgl. Interview Zaviiska 2016; Interview Playvoda 2015). Aufgrund der mangelnden Daten konnten sie dennoch in diese empirische Untersuchung nicht miteinbezogen werden.

Alle drei NGOs, die die ausgesuchten Projekte implementierten, konnten sich schon in dieser früheren Zeitphase der ukrainischen Demokratisierung auf relativ gut ausgebaute *domestic opportunity structures* stützen; diese waren, wie aus den bereits dargestellten Überlegungen hervorgeht, für die Ermöglichung einer effizienten Kooperation der NGOs in den osteuropäischen Ländern wie der Ukraine mit der EU ausschlaggebend. Beispielsweise verfügte das *Creative Center „Counterpart“ (CCC)*, welches zwei der vier angeführten Projekte implementierte, zu Beginn der 2000er Jahre im Gegensatz zu den meisten anderen NGOs in Kiew, die in den Zeiten der Präsidentschaft Kutschmas oft an institutioneller Schwäche litten, über ein gut ausgebautes System institutioneller und fachlicher Kapazitäten (vgl. Interview Palyvoda 2015). Außerdem bewies das Zentrum schon damals seinen ausgeprägten Willen zur Kooperation: So nahm es seit den 1990er Jahren nicht nur an laufenden *calls for proposals* der EU-Kommission teil, sondern verwaltete auch aus eigener Initiative heraus über mehrere Jahre das TACIS-Programm für ukrainische NGOs in der Ukraine (vgl. Interview Palyvoda 2015).

Bezug nehmend auf einzelne Kriterien der internen Stärkung der NGOs in der Ausübung ihrer einzelnen Aufgaben der Demokratisierung zeigt die unten angebotene Projektübersicht einen deutlichen Fokus auf die Förderung von Kapazitäten im Bereich der Kooperation mit staatlichen Akteuren, der Kommunikation und der Sozialisation mit Akzent auf den Aufgaben der demokratischen Bildung. Dies bestätigt u. a. die Übersicht über die wichtigsten Aufgabenfelder und Aktivitäten im Laufe der praktischen Umsetzung der ausgesuchten Projekte (vgl. Anhang 1, Tab. 1).

Tab. 29: Darstellung der EU-geförderten Projekte der ausgewählten ukrainischen NGOs in der ersten Zeitphase der Untersuchung (1994–2005)

NGO	Titel, Zeit- und Programmrahmen des Projekts	Hauptziel des Projekts	Bezug auf einzelne Kriterien zur internen Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung	Bezug auf einzelne Kriterien für externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung
<i>Resource Center HURT</i>	“Social NGOs Network Capacity Building Initiative. Improvement of Social Service in Ukraine”, 12/2003–05/2005, TACIS (IBPP)	Stärkung der sozial-orientierten NGOs in ausgewählten Regionen der Ukraine bei der Erbringung von sozialen Dienstleistungen	Institutionelle Kapazitäten; Kommunikation/ Networking	Förderung der externen Kontextbedingungen der Demokratie/ Stärkung der Zivilgesellschaft
<i>Creative Centre “Counterpart”</i>	“Ensuring the Implementation of Territorial Community Rights Guaranteed by the Law “On Local Self-government in Ukraine”, 01/2002–01/2005, EIDHR	Stärkung der lokalen Demokratie in der Ukraine infolge der Erweiterung der Kompetenzen und Rechte der Organe der lokalen Selbstverwaltung ²³²	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagement-förderung	Förderung der externen Kontextbedingungen der Demokratie/ Stärkung der öffentlichen Verwaltung

²³² In der Ukraine werden die Gemeindeorgane in Form von Räten bzw. meistens auch dazugehörigen Verwaltungsbehörden auf folgenden kommunalen Verwaltungsebenen unterschieden: Dörfern, Dorfsiedelungen, Städte bzw. manchmal auch Stadtbezirke. Die größeren Dörfer können mit den naheliegenden kleineren Dörfern auch Dorfkreise bilden. Außerdem bilden die einzelnen größeren Städte zusammen mit den herumliegenden Siedlungen sogenannte Stadtkreise („rajony“), welche ferner auch einzelne Verwaltungsgebiete („oblasti“) formen (vgl. Morgner 2009: 2-4). Im

	“Voters Education and Mobilisation Project: Towards Achievements of an Equal Field for All Candidates in Ukrainian Presidential Elections 2004”, 06/2004–02/2005, <i>TACIS (IBPP)</i>	Stärkung des Bewusstseins der Wähler für die ihnen zustehenden Rechte, Verfahren und Prozesse im Vorgang der demokratischen Wahlen	Institutionelle Kapazitäten; Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Demokratisches Wahlregime
<i>ISAR</i> „Ednannia“	“NGO Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions”, 07/2003–12/2004, <i>TACIS (IBPP)</i>	Aufbau von Kapazitäten der lokalen NGOs bzw. deren stärkere Einbindung in Demokratisierungsprozesse vor Ort	Institutionelle Kapazitäten; Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking	Förderung der externen Kontextbedingungen der Demokratie/ Stärkung der Zivilgesellschaft

Quelle: eigene Darstellung Bezug nehmend auf die folgenden Quellen: Resource Center GURT 2009; Komanda proektu TOLOKA o.D.; Creative Centre „Counterpart“ 2012; Leiser 2004.

13.2.2 In der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010)

Im Rahmen der zweiten Untersuchungsphase wurden insgesamt fünf Projekte ausgesucht. In der unten angebotenen Projektauswahl fällt der höhere Anteil an Projekten, die im *EIDHR*-Rahmen umgesetzt wurden, auf. Dies hängt direkt mit der wesentlichen finanziellen Ausweitung der EU-Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft, nachdem diese sich seit der Orangen Revolution als vielversprechender Teilnehmer der anstehenden demokratischen Reformen zeigte, im *EIDHR*-Rahmen zusammen (vgl. Kap. 11.3.2.2). Die getroffene Projektauswahl bestätigt zudem eine ausgeprägte Orientierung des *EIDHR* zugunsten von Themen der Menschen- und Zivilrechte bei der Unterstützung ukrainischer NGOs in dieser Zeitphase. So widmeten sich die ausgesuchten Projekte der Förderung von Kinderrechten, bürgerlichen Wirtschafts- und Sozialrechten in ländlichen Gebieten, dem Recht auf gleichen Zugang zur Justiz bzw. der Meinungsfreiheit. Im konzeptionellen Rahmen einer „eingebetteten“ Demokratie entspricht diese thematische Projektausrichtung in erster Linie den Teilregimes der bürgerlichen Freiheitsrechte bzw. der politischen Partizipationsrechte.

Im Gegensatz zum *EIDHR* war 2005–2010 nur ein einziges *TACIS*-Projekt für die Ziele dieser Untersuchung von Relevanz. Dies erklärt vor allem die Ersetzung des finanztechnischen Rahmens von *TACIS* durch das Instrument der ENP (*ENPI*) 2007 (vgl. Kap. 11.3.2.1). Dementsprechend wurden in diesem Zeitraum nur noch die *TACIS*-Projekte durchgeführt, welche vor 2007 in Gang gesetzt worden waren. Eine interessante Beobachtung dabei ist, dass das einzige hier untersuchte *TACIS*-Projekt „Strengthening Civil Society“ (2005–2008) von *ISAR* „Ednannia“ eine Fortsetzung des früheren Projekts selbiger NGO aus der ersten Untersuchungsphase „NGO Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions“ (2003–2004) darstellt (vgl. Interview Hubar 2015). Gleichzeitig weist die Bewilligung zwei thematisch ähnlicher Projekte nacheinander auf eine prioritäre Bedeutung der Stärkung der Zivilgesellschaft an sich als Förderziel der EU in der Ukraine 1994–2010 im *TACIS*-Rahmen hin. Diese Tendenz, nach erfolgreichem Abschluss des einen ein neues, ähnliches Projekt

Rahmen des geschilderten Projekts sind die Gemeinden der Dörfer, Dorfsiedlungen, Städte, Stadtbezirke und Stadtkreise gemeint.

derselben NGO zu bewilligen, war typisch für die EU in ihrem Bemühen um eine zivilgesellschaftlich orientierte Demokratieförderung in der Ukraine.

Ein Blick auf die NGOs, welche die ausgesuchten Projekte implementierten, gewährt eine weitere interessante Beobachtung: Alle drei hier einbezogenen NGOs führten auch in der ersten Zeitphase Projekte durch, welche durch die EU unterstützt wurden.²³³ Ein vergleichsweise hohes Niveau an fachlichen Kapazitäten, ausgeprägtes Interesse an der Förderung aus der EU bzw. eingeübte Wege der Kommunikation mit staatlichen Politikakteuren sorgten für eine günstige Konstellation aller drei genannter *domestic opportunity structures* der Organisationen, welche für ihre Kooperation mit der EU bestimmend sind. Insbesondere gilt dies für die NGO *Creative Centre „Counterpart“*, die insgesamt drei von fünf ausgesuchten Projekten in dieser Zeitphase der Untersuchung umsetzte. Auch die NGO *ISAR „Ednannia“* konnte im Laufe seines ersten EU-geförderten Projekts „NGO Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions“ (2003–2004) beweisen, dass sie sich auf ausreichend Kapazitäten stützt, um die in der Regel hoch angesetzten Budgets der EU-geförderten Projekte effizient zu verwalten. Seit den 2000er Jahren zeigt sich immer deutlicher eine Entwicklung zugunsten der Herausbildung eines bestimmten Kreises ukrainischer NGOs, welche sich systematisch auf die Kooperation mit der EU einließen. Außerdem kann dies auch auf ein gewisses „Vertrauensverhältnis“ zwischen diesen NGOs und der Vertretung der EU in Kiew zurückgeführt werden, welches sich im Verlauf ihrer EU-geförderten Projekte entwickelte bzw. mit für den Erfolg ihrer weiteren Projektbewerbungen bei der EU sorgte (vgl. Interview Palyvoda 2015; Interview Holota 2015).

Bezug nehmend auf die abgeleiteten Gruppen von Kriterien zur Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung durch die EU lässt sich festhalten, dass die ausgesuchten Projekte in erster Linie die Kapazitäten der projektausführenden NGOs im Bereich der Einflussnahme auf Politik, der Kooperation mit staatlichen Akteuren, der Kommunikation mit unterschiedlichen Interaktionsebenen und der Sozialisation stärkten. Der Wissenstransfer durch unterschiedliche Bildungs- und Trainingsmaßnahmen, Interessenvertretung gegenüber politischen Entscheidungsträgern, Entwurf einer alternativen Gesetzgebung und Monitoring des politischen Geschehens bildeten dabei die Schwerpunkte der hierzu eingesetzten Projektmaßnahmen. Der thematische Akzent der Projekte vor dem Hintergrund einer „eingebetteten“ Demokratie richtete sich primär auf eine systematische Förderung ihrer externen Kontextbedingungen wie einer starken Zivilgesellschaft in ihrem weiten Sinne oder einer effizienten öffentlichen Verwaltung vor Ort. Dennoch erfolgte hier, im Gegensatz zur ersten Untersuchungsphase, eine Aufwertung der Themen der politischen Partizipations- bzw. Menschenrechte als Förderschwerpunkte, wie die unten stehende Tabelle auch veranschaulicht.

²³³ So führte *Resource Center HURT* 2003–2004 ein EIDHR-Projekt „Democracy in Action“ durch, das in diese Projektauswahl aufgrund der fehlenden Informationen nicht aufgenommen werden konnte (vgl. Interview Zaviiska 2016).

Tab. 30: Darstellung der EU-geförderten Projekte der ausgewählten ukrainischen NGOs in der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010)

NGO	Titel, Zeit- und Programmrahmen des Projekts	Hauptziel des Projekts	Bezug auf einzelne Kriterien zur internen Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung	Bezug auf einzelne Kriterien für externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung
<i>ISAR</i> „Ednannia“	“Strengthening Civil Society”, 06/2005–06/2007, TACIS (IBPP)	Stärkung der lokalen NGOs als Anbieter öffentlicher Dienstleistungen und Mitgestalter der Demokratisierungsprozesse vor Ort	Institutionelle Kapazitäten; Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/Networking	Förderung der externen Kontextbedingungen der Demokratie/ Stärkung der Zivilgesellschaft
<i>Resource Center HURT</i>	“Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights”, 10/2008–09/2010, EIDHR	Stärkung der Rolle der lokalen NGOs im Schutz der Kinderrechte in der Ukraine	Institutionelle Kapazitäten; Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking	Bürgerliche Freiheitsrechte
<i>Creative Centre</i> „Counterpart“	“Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection”, 03/2009–03/2011, EIDHR	Stärkung der ökonomischen bzw. sozialen Rechte der Einwohner der ländlichen Gegenden	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/Engagementförderung	Förderung der externen Kontextbedingungen der Demokratie/ Stärkung der Zivilgesellschaft
	“Improving Access of the Rural Population to Justice”, 12/2005–12/2008, EIDHR	Verbesserung des Schutzes der Menschen- und Zivilrechte in ländlichen Gegenden	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Sozialisation/ Engagementförderung; Kommunikation/Networking	Bürgerliche Freiheitsrechte
	“Building Community Media Centers in Rural Areas”, 03/2007–08/2008, EIDHR	Schaffung von kommunalen Medienzentren zur Förderung der Meinungs- und Medienfreiheit in ländlichen Gegenden vor Ort	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Sozialisation/ Engagementförderung; Kommunikation/Networking	Politische Partizipationsrechte

Quelle: eigene Darstellung unter Bezugnahme auf folgende Quellen: Leiser 2007; Resource Center HURT 2009; Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2007; Bayda/Pyzhov 2008; Creative Centre „Counterpart“ 2007.

13.2.3 In der dritten Zeitphase der Untersuchung (2010–2015)

Die dritte Zeitphase der Untersuchung zeichnet sich durch eine spürbare Ausweitung der EU-Projektfinanzierung für ukrainische NGOs aus. Der ausschlaggebende Grund hierfür war die schon oben diskutierte Aufwertung der Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft für die EU in Fragen der Demokratieförderung in der Ukraine seit 2010 (vgl. Kap. 11.2.3 und 11.3.3). Allein die Einführung von *NCSF* und *NSA&LA* als zwei weitere zivilgesellschaftlich orientierte Förderinstrumente der EU sorgte für eine ganze Reihe an neuen Projekten ukrainischer NGOs. Das zeigt auch die unten

angebotene Projektauswahl der 13 NGOs, welche hier innerhalb der dritten Zeitphase untersucht wurden. Auffällig ist dabei die hohe Zahl an Projekten, die sich thematisch mit Themen auseinandersetzten, die im hier diskutierten Modell einer „eingebetteten“ Demokratie ihren sogenannten „externen Kontextbedingungen“ zugeordnet werden können, wie Effizienzstärkung der öffentlichen Verwaltung auf lokaler Ebene oder der Aufbau der Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Akteure als Akteure der Demokratisierung vor Ort (vgl. Kap. 2.4). Somit kann behauptet werden, dass die EU 2010–2015 die Förderung solcher externen Kontextbedingungen in ihrer Bedeutung mit der Förderung der eigentlichen institutionellen Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie wie demokratische Wahlen oder bürgerliche Freiheitsrechte *de facto* gleichsetzte.

Neben der Einführung neuer Förderinstrumente, stieg auch die Zahl an EU-Projekten an, welche im Rahmen von *EIDHR* gefördert wurden. Dies steht in Verbindung mit einer weiteren Aufstockung der Finanzierung innerhalb dieses Förderinstrumentes in Zielen der Demokratieförderung in der Ukraine während der Amtszeit von Präsident Janukowitsch (vgl. Stewart 2011: 614). Darüber hinaus wertete die Förderung im Rahmen von *EIDHR* seit 2010 die größeren und stärkeren NGOs als Adressaten auf. So bewährte sich in der *EIDHR*-Förderlogik die Kooperation mit ressourcenstärkeren ukrainischen NGOs seit 2010 immer mehr als geeigneter Weg, um den wachsenden Gefahren im Zusammenhang mit der rückgängigen Entwicklung des demokratischen Prozesses in Zeiten des Präsidenten Janukowitsch entgegenzutreten. Gleichzeitig kam es zu einer stärkeren thematischen Differenzierung der *EIDHR*-Projekte innerhalb dieser Kernbereiche der Demokratisierung wie demokratische Wahlen, Menschenrechte und Grundfreiheiten. Außerdem bestätigt die unten angeführte Auswahl an *EIDHR*-Projekten die schon erwähnte Tendenz in der EU-Förderung ukrainischer NGOs seit 2010, diese als Mitgestalter und Umsetzer der von der EU geforderten demokratischen Reformen vor Ort stärker einzubeziehen. Ein aussagekräftiges Beispiel dafür stellt das *EIDHR*-Projekt „Reanimation Package of Reforms“ dar, das in seiner Ausführung durch die NGO *Centre of Democracy and Rule of Law (CEDEM)* den Anstoß zur Herausbildung einer ganzen Plattform zivilgesellschaftlicher Akteure in Zielen der gemeinsamen Expertenarbeit an den proeuropäischen Reformen kurz nach dem Zusammenbruch des Janukowitsch-Regimes gab (vgl. Shevchenko 2015).

In Bezug auf die Auswirkungen der untersuchten Projekte auf interne Kapazitäten der projektausführenden NGOs fällt innerhalb der angebotenen Projektauswahl eine klare Favorisierung der Aktivitäten auf, bei denen es um eine gezielte Einflussnahme auf die nationale und lokale Politik zugunsten der einzelnen Aufgaben der Demokratisierung ging. Ein hoher Anteil solcher Aktivitäten fand in Form unterschiedlicher Advocacy- und Lobbyingarbeiten des Projektteams zugunsten der Annahme der im Projektrahmen entwickelten Gesetzgebung statt. Hierfür griff man aktiv sowohl auf die Medienarbeit in Zielen der Mobilisierung der öffentlichen Meinung rund um einzelne Projektthemen als auch auf direkte Kommunikation mit Politikakteuren zurück.

Tab. 31: Darstellung der EU-geförderten Projekte der ausgewählten ukrainischen NGOs in der dritten Zeitphase der Untersuchung (2010–2015)

NGO	Name, Zeit- und Programmrahmen des Projekts	Hauptziel des Projekts	Bezug auf einzelne Kriterien zur internen Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU als Akteure der Demokratisierung	Bezug auf einzelne Kriterien für externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung
<i>Ilko Kucheriv</i> <i>“Democratic Initiatives” Foundation (DIF)</i>	“National exit polls 2012 and sociological monitoring of parliamentary election campaign in Ukraine”, 05/2012–12/2012, <i>EIDHR</i>	Unterstützung der demokratischen, gerechten und freien Parlamentswahlen 2012 durch Förderung einer effizienten öffentlichen Kontrolle über den Wahlvorgang	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Demokratisches Wahlregime
	“Civil monitoring of electoral processes as a means of raising electoral awareness and ensuring free and fair elections”, 01/2014–07/2015, <i>EIDHR</i>	Erforschung der öffentlichen Meinung zu Themen der Wahlen im Rahmen eines öffentlichen soziologischen Konsortiums als eines Zusammenschlusses der führenden Denkfabriken	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Demokratisches Wahlregime
<i>ISAR</i> <i>“Ednannia”</i>	“Civil Society: Dialogue for Progress”, 12/2012–12/2015, <i>NCSF</i>	Stärkung der institutionellen Kapazitäten der NGOs bzw. ihrer Kommunikation und Kooperation mit staatlichen Politikakteuren	Institutionelle Kapazitäten; Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Externe Kontextbedingungen der Demokratie/ Stärkung der Zivilgesellschaft
<i>Agency for Legislative Initiatives (ALI)</i>	“All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education”, 11/2012–06/2013, <i>NSA&LA</i>	Förderung von mehr Transparenz und Gerechtigkeit in den Staatseinkäufen im Bildungsbereich auf der regionalen Ebene	Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking	Externe Kontextbedingungen der Demokratie/Effizienz der öffentlichen Verwaltung
	“Strengthening capacities of the National Platforms of the Eastern Partnership Civil Society Forum”, 12/2012–06/2014, <i>NCSF</i>	Stärkung der nationalen Plattformen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft als Akteure der Demokratisierung	Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking	Externe Kontextbedingungen der Demokratie/Stärkung der Zivilgesellschaft
<i>Centre For Political And Legal Reforms (CPLR)</i>	“Improvement of the quality of administrative services through strengthening civil society’s impact on public policy”, 01/2013–01/2015, <i>NCSF&NSA</i>	Verbesserung der Qualität der administrativen Dienstleistungen in ukrainischen Regionen durch die Stärkung der Akteure der lokalen Zivilgesellschaft als ihrer Anbieter vor Ort	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Externe Kontextbedingungen der Demokratie/ Effizienz der öffentlichen Verwaltung

	“Spidometer “Ukraine-EU”: Constitutional and Judicial Reforms”, 01/2014–12/2015, <i>EIDHR</i>	Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kontrolle über die Umsetzung der demokratischen Reformen der ukrainischen Regierung	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Horizontale Gewalten- kontrolle; Effektive Regierungsgewalt
<i>Centre EIDOS</i>	“Creation and Implementation of Public Funds Utilization Monitoring System “Open Budget”, 01/2014–07/2016, <i>NCSF</i>	Einführung eines Systems zur öffentlichen Kontrolle bzw. Förderung von mehr Transparenz in Bezug auf öffentliche Ausgaben der lokalen Verwaltungen	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Externe Kontext- bedingungen der Demokratie/ Effizienz der öffentlichen Verwaltung
<i>Civil Society Institute (CSI)</i>	“Regional Policy in Ukraine: Public Monitoring of Regional Development Strategies”, 02/2014–12/2015, <i>NCSF</i>	Förderung von mehr Effizienz bei der Planung und Umsetzung der Strategien der regionalen Entwicklung in der Ukraine	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Externe Kontextbedingungen der Demokratie/ Effizienz der öffentlichen Verwaltung
<i>Civic Network OPORA</i>	“European practices and standards for Ukrainian elections”, 01/2014–12/2015, <i>EIDHR</i>	Verbesserung der nationalen Gesetzgebung im Bereich der Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlen	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Demokratisches Wahlregime
<i>Committee of Voters of Ukraine (CVU)</i>	“Legal support and education for vulnerable groups of population”, 08/2012–07/2015, <i>EIDHR</i>	Förderung eines besseren Schutzes der grundlegenden Rechte und Freiheiten der Bürger aus den sozial verletzlichen Bevölkerungsgruppen	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Demokratisches Wahlregime; Bürgerliche Freiheitsrechte
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	“Reanimation Package of Reforms”, 09/2012–09/2014, <i>EIDHR</i>	Vorbereitung und Umsetzung der demokratischen Reformen in Bereichen Kampf gegen Korruption, Dezentralisierung, Justiz und Sicherheit	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Demokratisches Wahlregime; Horizontale Gewaltenkontrolle; Effektive Regierungsgewalt
<i>Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)</i>	“Access to justice through free and high-quality standards of human rights protection”, 10/2012–10/2014, <i>EIDHR</i>	Gründung eines Systems der kostenlosen bürgerlichen Rechtshilfe und Rechtsberatung für sozial verletzte Bevölkerungsgruppen	Institutionelle Kapazitäten; Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Bürgerliche Freiheitsrechte
<i>Ukrainian Helsinki Human Rights Union (UHHRU)</i>	“Increasing opportunities for vulnerable groups to defend their rights”, 09/2012–09/2014, <i>EIDHR</i>	Unterstützung der verletzlichen bzw. sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten im Schutz ihrer Rechte vor dem Gericht bzw. in ihren Rechtsstreiten mit staatlicher Gewalt	Institutionelle Kapazitäten; Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking;	Bürgerliche Freiheitsrechte

			Sozialisation/ Engagementförderung	
<i>Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (UMDPL)</i>	“Civic oversight of the administrative service delivery by law enforcement bodies”, 01/2013–12/2014, NCSF	Förderung von mehr öffentlicher Kontrolle und Transparenz im Bereich der administrativen Dienstleistungserbringung seitens des ukrainischen Innenministeriums bzw. seiner einzelnen Struktureinheiten	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Externe Kontextbedingungen der Demokratie/ Effizienz der öffentlichen Verwaltung
<i>Internews Ukraine</i>	Eastern Partnership Media Watch, 03/2013-03/2015, NCSF	Förderung der Medienfreiheit in den Ländern der Östlichen Partnerschaft	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/ Networking; Sozialisation/ Engagementförderung	Politische Partizipationsrechte

Quelle: eigene Darstellung

13.3 Methodische Vorbereitung des Auswertungsverfahrens: Extraktion der Daten

Die methodische Vorbereitung des Auswertungsverfahrens fängt hiermit mit der Sichtung, inhaltlichen Bewertung und Fixierung des auszuwertenden Materials an. Hierfür ist zunächst ein Überblick darüber vonnöten, welche Informationen die Experteninterviews bzw. die zur Analyse herangezogene Textdokumentation erbracht haben bzw. inwiefern diese sich in Bezug auf die Fragestellung der Arbeit als relevant und objektiv präsentieren (vgl. Kaiser 2014: 99). Dafür werden die durchgeführten Interviews entsprechend transkribiert bzw. das Material aus der Dokumentation nach konkreten Fallbeispielen sortiert. Ferner erhalten alle als relevant eingestuften Textpassagen Hinweise oder Überschriften, welche bereits theoretische Qualität besitzen und einen Bezug auf die abgeleiteten Kategorien aufweisen. Danach folgt die Sortierung des Materials nach den einzelnen thematischen Informationsblöcken (vgl. Jahn 2006: 196; Kaiser 2014: 104). Dies ermöglicht die Fixierung des relevanten Materials, welches sich direkt auf die Fragestellung dieser Arbeit bezieht und das es somit auszuwerten gilt (vgl. Gläser/Laudel 2009: 208; Kaiser 2014: 103).

Für das Herausfiltern der benötigten Informationen aus dem empirischen Material wurde das Verfahren der Extraktion angewandt. Dieses entnimmt die benötigten Informationen dem Text Schritt für Schritt. Im Gegensatz zum Verfahren der Kodierung im inhaltsanalytischen Modell von Mayring, indiziert die Extraktion die Texte nicht, sondern die relevanten Informationen werden den entsprechenden Auswertungskategorien systematisch zugeordnet und extrahiert (vgl. Gläser/Laudel 2009: 196-197).²³⁴ Dies verhindert, dass wichtige Informationen übersehen werden. Außerdem ermöglicht die Extraktion die Ergänzung des ursprünglichen Kategoriensystems um weitere relevante

²³⁴ Das Verfahren der Extraktion wird in einem systematischen Vergleich von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zum Verfahren der Kodierung ausgearbeitet, welches im Mittelpunkt des inhaltsanalytischen Modells von Mayring steht. Hiermit werden konkrete Textstellen den deduktiv abgeleiteten Kategorien infolge einer regelgeleiteten Interpretation zugeordnet. Ausführlicher zum Verfahren der Kodierung vgl. Mayring/Fenzl 2014: 544-546; Bortz/Döring 2006: 330; Mayring 2010: 603.

Informationen, welche erst während der Bearbeitung in den Textinhalten auftauchen (vgl. ebd.: 203). Im praktischen Verlauf der Extraktion werden zuerst die Analyseeinheiten als kleinste Textbestandteile mit einem ausreichend präzise formulierten Inhalt definiert. Im Fall der Experteninterviews haben sich als solche vor allem einzelne Absätze bewährt (vgl. Kaiser 2014: 105). Auch die Übersicht über das vorhandene empirische Material dieser Arbeit weist am häufigsten auf Absätze als geeignetste Analyseeinheit hin. Ferner wird für jeden Absatz explizit entschieden, ob er relevante Informationen enthält, die den entsprechenden Auswertungskategorien zugeordnet werden können (vgl. Gläser/Laudel 2009: 202). Zum systematischen Ermöglichen der Textbearbeitung dienen Extraktionstabellen, die das relevante Material entsprechenden Auswertungskategorien zuordnen. Im Endergebnis der Extraktion entsteht ein umfangreiches Rohmaterial mit allen relevanten Informationen in Bezug auf einzelne Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorien beider Variablen (vgl. ebd.: 216).

Für die Extraktion der benötigten Inhalte aus dem empirischen Material anhand des erläuterten inhaltsanalytischen Verfahrens wurden einzelne Extraktionstabellen gebildet. Dabei existiert für jede der definierten Kategorien der beiden Variablen eine eigene Extraktionstabelle. Die für jede der Auswertungskategorien relevanten Informationen wurden entlang ihrer Merkmalsausprägungen sortiert. Im Vordergrund standen dabei Aussagen über die Sach- und Wirkungsdimensionen der einzelnen Merkmalsausprägungen. Unten ist ein Auszug aus einer der erstellten Extraktionstabellen abgebildet (vgl. Gläser/Laudel 2009: 221-224).

Tab. 32: Auszug aus der Extraktionstabelle für die Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“

Akteur	Titel, Zeit- und Programmrahmen des Projekts	Merkmalsausprägung	Relevanter Sachverhalt/umgesetzte Aufgaben (Sach- und/oder Wirkungsdimensionen)	Quelle
Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation (DIF)	“Civic monitoring of electoral processes as a means of raising electoral awareness and ensuring free and fair elections”, 01/2014– 07/2015, EIDHR	Interessenvertretung/ Advocacy	Das öffentliche soziologische Konsortium nutzte die öffentliche Meinungsforschung als effizientes Instrument, um der ukrainischen Regierung mehrere aktuelle gesellschaftspolitische Problemlagen bewusst zu machen bzw. sie zu entsprechenden Handlungen zu veranlassen. Somit konnte DIF von ihrer Zusammenarbeit im Konsortium mehrfach im Bereich Advocacy der wichtigen gesellschaftlichen Interessen bzw. Lobbying der einzelnen Vorschläge zur Änderung oder Verbesserung der Gesetzgebung im Dialog mit den Institutionen der nationalen und lokalen Politik profitieren. Einsetzung von <i>policy papers</i> als Advocacy-Instrumenten: Manche <i>policy papers</i> , die im Projekt entworfen wurden, wurden auch berücksichtigt, so beispielsweise das Paper “Special status of some Donbas regions: what to do with occupied territories?” hat empfohlen, den Rechtsstatus der von Separatisten umkämpften Territorien als “vorübergehend besetzt” zu definieren, was die Verkhovna Rada im März 2015 auch machte.	Interview Zolkina 2015 Barbeliuk 2015: 28

		Die Ergebnisse jeder Umfrage wurden an diversen Konferenzen, Pressekonferenzen und Round-Table-Diskussionen präsentiert bzw. auf der Website der Organisation regelmäßig veröffentlicht. Insgesamt fanden im Rahmen des Projekts 10 Pressekonferenzen bzw. 4 Round-Table-Gespräche statt, wo die Ergebnisse der durchgeführten Meinungsumfragen diskutiert wurden.	Barbeliuk 2015: 2-4
		Die Expertenbefragungen und die regelmäßigen Diskussionen zu deren Ergebnissen im Rahmen von diversen Round Table-Veranstaltungen dienten auch als eine Art von Plattformen, wo die entsprechenden Empfehlungen an die Regierung und die Zivilgesellschaft formuliert wurden, wie mit den akuten sozial-politischen Fragen in der Ukraine umzugehen ist.	Barbeliuk 2015: 28
		Die ukrainische Regierung zeigte zwar eine gewisse Offenheit zur Kooperation mit <i>DIF</i> im Rahmen des Konsortiums, dennoch noch sehr wenig Interesse, seine Expertise aktiv zu nutzen. Nur wenige der im Rahmen des Projekts entworfenen Papers und Politikempfehlungen wurden letztendlich durch die Regierung in ihren Entscheidungen mitberücksichtigt.	Barbeliuk 2015: 32

Quelle: eigene Darstellung

Bei situativen Schwierigkeiten wegen der genauen Verortung der Informationen innerhalb der einzelnen Auswertungskategorien kamen die vorab abgeleiteten Extraktionsregeln zum Einsatz. Diese Regeln halfen z. B. bei Entscheidungen darüber, ob bestimmte Informationen der Kategorie „Kommunikation/Networking“ oder „Sozialisation/Engagementförderung“ zuzuordnen waren. So wurden nach den definierten Regeln Projektveranstaltungen der Kategorie „Sozialisation/Engagementförderung“ beispielsweise erst dann zugeordnet, wenn in ihrem Mittelpunkt der Wissenstransfer zu einzelnen Themen in Verbindung mit Demokratie und Demokratisierung stand; sollte die Bekanntgabe oder der Austausch von Informationen im Vordergrund der Veranstaltungen stehen, so wurden solche Projekteinhalte der Kategorie „Kommunikation/Networking“ zugeordnet.

13.4 Strukturierung und Auswertung der Informationen

Im Anschluss an das Verfahren der Extraktion wurden die erhaltenen Rohdaten sortiert und komprimiert. Dieser Arbeitsschritt beinhaltet vor allem die Strukturierung der Daten nach inhaltlichen Punkten. Dafür führt man die zusammengehörigen Informationen zu jeder der Merkmalsausprägungen der definierten Variablen innerhalb der Extraktionstabellen zusammen. Daraufhin werden die Daten nach inhaltlichen Punkten entlang einzelner Tabellenspalten strukturiert, indem verstreute bzw. bedeutungsgleiche Informationen zusammengefasst, bedeutungslose Aussagen weggelassen bzw. verschiedenartige Informationen beibehalten werden (vgl. Gläser/Laudel 2009: 225-226). Im Grunde genommen geht es bei der Strukturierung darum, die Themen, Aspekte und Inhalte, welche die vorab entwickelten Kategorien umrahmen, aus dem

extrahierten Material herauszufiltern und unter jeder einzelnen Kategorie zusammenzufassen (vgl. Mayring 1995: 83; Kaiser 2014: 107; Pickel/Pickel 2009: 461). Dies schafft die notwendige Basis für die anschließende Auswertung der Daten. Im Zentrum des Auswertungsverfahrens steht somit die Rekonstruktion der untersuchten Fälle, indem die von ihnen erfassten Kausalmechanismen zwischen Ursachen und Effekten aufgeklärt werden (vgl. Gläser/Laudel 2009: 251).

Die vorliegende Untersuchung strukturiert die empirisch ermittelten Informationen in zwei Schritten. Im ersten Schritt werden die zentralen forschungsrelevanten Ergebnisse aus den extrahierten Daten in einzelne Auswertungstabellen überführt. Als Folge entsteht für jede Merkmalsausprägung jeder der Auswertungskategorien eine einzelne Auswertungstabelle, welche relevante Projektergebnisse aufgrund der extrahierten Informationen in einer möglichst kurzen und prägnanten Form darstellt. Dabei wurden solche Auswertungstabellen für jede der Zeitphasen der Untersuchung angefertigt. Dementsprechend wurden insgesamt 27 solcher Auswertungstabellen zusammengestellt. Eine davon, welche sich auf die Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ in der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010) bezieht, ist an dieser Stelle als Beispiel angeführt.

Tab. 33: Beispiel einer Auswertungstabelle für die Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ in der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010)

Akteur	Projekt	Zusammenfassung der relevanten Ergebnisse
ISAR „Ednannia“	Strengthening Civil Society	<p><i>Gespräche</i> mit lokalen Behörden über die Notwendigkeit einer stärkeren Finanzierung der sozial-orientierten NGOs; Nutzung der im Projektrahmen gegründeten Zentren der sozialen Partnerschaft als <i>Plattformen</i> für Advocacy-Arbeit der lokalen sozial-orientierten NGOs gegenüber den lokalen Behörden; <i>Informationskampagne</i> gegen das neue Gesetz der Verkhovna Rada der Ukraine über die Freiwilligenarbeit wegen seiner Unvollständigkeiten; <i>Gespräche</i> mit Abgeordneten der Verkhovna Rada bzw. den Vertretern des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik mit dem Ziel, diese in diverse Lobbying-Aktivitäten zur Durchsetzung des entworfenen Gesetzentwurfes über die Freiwilligenarbeit bzw. der sonstigen Änderungen zur Gesetzgebung im Bereich der sozialen Dienstleistungserbringung einzubeziehen; Nutzung der <i>Konferenzen</i> und sonstiger <i>öffentlichen Veranstaltungen</i> zur Präsentation der im Projekt entworfenen Gesetzgebung;²³⁵ <i>Überzeugungsarbeit</i> mit zehn Pilotstädten mit dem Ziel, diese zur Gründung spezieller Lenkungsausschüsse innerhalb ihrer Stadträte für Sozialreformfragen bzw. Nachhaltigkeitssicherung der Sozialpolitik vor Ort zu bewegen;²³⁶ <i>Lobbying-Arbeit</i> mit Stadträten der 10 Pilotstädte zugunsten des Entwurfs bzw. der Annahme eines Plans zur Lösung der aktuellen sozialen Probleme unter der Berücksichtigung der Praktiken aus dem EU-Ausland.²³⁷</p>

²³⁵ Beispielsweise im Rahmen der internationalen Konferenz unter der Leitung des damaligen Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik der Ukraine zu unterschiedlichen Reformfragen des Sozialsystems der Ukraine am 13.06.2006 in Kiew.

²³⁶ Trotz der grundsätzlichen Bereitschaft, solche Lenkungsausschüsse zu gründen, ist die Umsetzung solcher Pläne an den mangelnden institutionellen und finanziellen Kapazitäten der Organe der lokalen Selbstverwaltung gescheitert (vgl. Leiser 2007: 44).

²³⁷ Die Städte haben die entsprechenden Pläne zwar vorgelegt, dennoch zu wenig Bereitschaft gezeigt, um diese im Endergebnis umzusetzen (vgl. Leiser 2007: 41).

<i>Resource Center HURT</i>	Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights	Gründung einer <i>Koalition der NGOs</i> für gemeinsame Advocacy-Tätigkeiten im Bereich des Kinderrechtsschutzes; Durchführung einer <i>öffentlichen Kampagne</i> zur Stärkung der lokalen NGOs als Anbieter von Dienstleistungen für sozial bedürftige Kinder bzw. für mehr Effizienz für staatliche Instrumente des Kinderrechtsschutzes; Aussetzung einer Verordnung des Ministerkabinetts infolge einer <i>öffentlichen Kampagne</i> als solcher, die den Kinderrechtsschutz vor Ort beeinträchtigt; Durchführung einer Trainingsreihe für die am Projekt teilnehmenden NGOs zu Strategien der Interessenvertretung.
<i>Creative Centre „Counterpart“</i>	Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection	Öffentliche <i>Präsentationen</i> der im Projekt entworfenen Raum- und Nutzungsplanung der Bodenflächen in den Dörfern unter Einbeziehung ihrer Einwohner; <i>Beratungsgespräche</i> mit einzelnen der am Projekt tätigen Dorfräten mit dem Ziel, diese zur Annahme der im Projekt entworfenen Raum- und Bodennutzungspläne zu bewegen.
	Improving Access of the Rural Population to Justice	Lobbying der im Rahmen des Projekts entworfenen Gesetzgebung durch unterschiedliche <i>Gesprächsformate</i> mit lokalen und nationalen Abgeordneten; ²³⁸ <i>Medienarbeit</i> und Projektveranstaltungen zur Thematisierung der entworfenen Gesetzgebung in der Öffentlichkeit; Kommunikation mit nationalen Abgeordneten über bestehende Probleme und ihre möglichen Lösungen in Rechtsschutzfragen der Projektzielgruppen; Anregung der <i>öffentlichen Diskussion</i> in Medien über Probleme der nationalen Gesetzgebung im Bereich der Sicherung des erforderlichen Schutzes der Bürgerrechte in ukrainischen Dörfern.
	Building Community Media Centers in Rural Areas	Nutzung der neugegründeten Medienzentren als Räume für Definition der Interessen und Probleme der sozial schwachen und verletzlichen Bevölkerungsschichten der ländlichen Gegenden in der Ukraine; <i>Arbeit mit Medien</i> vor Ort zur Lenkung der Aufmerksamkeit der lokalen Politiker und Öffentlichkeit auf ermittelte Probleme der Projektzielgruppen; <i>Trainingsreihe</i> für Projektzielgruppen zur Nutzung der Medien als Instrumente der Interessenvertretung.

Quelle: eigene Darstellung

Die Strukturierung der extrahierten Daten innerhalb der einzelnen Auswertungstabellen schaffte die notwendige Basis, um ihre abschließende Analyse entlang der Fragestellung dieser Arbeit vorzunehmen.

13.5 Analyse der zentralen Ergebnisse der empirischen Untersuchung

Die Analyse der erhaltenen Daten erfolgt in drei Schritten. Im ersten Schritt werden thematische Vergleiche, Übereinstimmungen und Abweichungen innerhalb der einzelnen Auswertungskategorien durchgeführt und festgestellt. Im zweiten Schritt werden die notwendigen analytischen Konzeptualisierungen unternommen. Hierfür werden die Ergebnisse der Beobachtung in theoretische Begriffe und Konzepte übersetzt bzw. eine Zusammenhangsanalyse zwischen den Merkmalsausprägungen der einzelnen Variablen durchgeführt. Anschließend werden theoretische

²³⁸ Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet: Gesetzesentwurf „Über die Änderungen des Gesetzes der Ukraine über die Schiedsgerichte“ und „Über die Änderungen und Verbesserungen zum bürgerlichen Gesetzbuch der Ukraine“. Der erste davon wurde in der Verkhovna Rada der Ukraine registriert, aber nicht angenommen (Vgl. Bayda/Pyzhov 2008: 11).

Schlussfolgerungen gezogen, indem die gefundenen Kausalmechanismen mit den Untersuchungshypothesen in Verbindung gebracht werden (vgl. Jahn 2006: 197; Kaiser 2014: 115).

13.5.1 Analyse der Daten entlang einzelner Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“

Im Folgenden werden die ausgesuchten NGOs auf die Frage hin untersucht, inwiefern die EU-Förderung diese in ihren institutionellen und fachlichen Kapazitäten fortentwickelte, welche ihre Handlungseffizienz im Bereich der Demokratisierung bestimmen. Die Analyse erfolgt entlang jeder der vorab abgeleiteten Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ bzw. jeder der drei Zeitphasen der Untersuchung. Als Ausgangsbasis für die Analyse dienen die vorab gebildeten Auswertungstabellen, welche die wichtigsten extrahierten Daten für jede der abgeleiteten Auswertungskategorie systematisch darstellen. Die gesamte Analyse erfolgt in drei Schritten: Im ersten Schritt wird die Typisierung der Projektergebnisse entlang einzelner Typen der Merkmalsausprägungen jeder Auswertungskategorie, so wie diese in Tab. 18-21 dargestellt wurden, durchgeführt. Aufgrund der verhältnismäßig hohen Zahl an Fallbeispielen dieser Untersuchung ist dieser Schritt wichtig, um die häufig vorkommenden Projektergebnisse entlang ihrer einzelnen Typen zu gruppieren und diese somit auf die abschließende Datenanalyse vorzubereiten. Diese Typen der Projektergebnisse werden in tabellarischer Form ebenfalls mit den typischen Formen der für ihre Verwirklichung eingesetzten Fördermaßnahmen bzw. Handlungsstrategien verlinkt. Diese Zuordnung erfolgt in unmittelbarer Anlehnung an die häufigen Gruppen der Fördermaßnahmen, die innerhalb der programmatischen EU-Instrumente der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung in der Ukraine verwendet werden (vgl. Tab. 9).

Im nächsten Schritt werden die Ergebnisse der EU-Förderung der 15 NGOs entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung mit entsprechenden Merkmalsausprägungen bzw. ihren Typen innerhalb der jeweiligen Auswertungskategorie in Verbindung gebracht. Als wichtige Zuordnungskriterien treten dabei die vorab abgeleiteten Typen der Projektergebnisse auf, die mit einzelnen Typen der Merkmalsausprägungen der jeweiligen Auswertungskategorie zusammenhängen. Diese Darstellung ermöglicht es, Aussagen darüber zu treffen, welche NGOs mit der EU-Förderung in einzelnen Zeitphasen der Untersuchung in der Ausübung ihrer einzelnen Funktionen bzw. Aufgaben der Demokratisierung gestärkt wurden. Im abschließenden Schritt werden die zentralen Ergebnisse der EU-Förderung für diese Subvariable entlang der drei Zeitphasen der Untersuchung skizziert.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses der vorgeschlagenen Analyse die Frage steht, ob eine Stärkung der NGOs in ihren Aufgaben und Funktionen der Demokratisierung infolge ihrer Förderung durch die EU stattfand. Auf eine weitere inhaltliche Präzisierung hinsichtlich der Thematik der umgesetzten Maßnahmen, wie Bezeichnungen der entworfenen oder verabschiedeten Gesetzgebung, der durchgeführten Trainings- und Bildungsmaßnahmen, herausgegebenen Publikationen oder stattgefundenen Veranstaltungen, wird in diesem Teil der Arbeit bewusst verzichtet. Solche Konkretisierungen sind erst im folgenden Unterkapitel von Nutzen, soweit sie Aussagen über externe Auswirkungen der geleisteten Projektarbeit auf den Demokratisierungsprozess in der Ukraine bekräftigen oder bekräftigen können.

13.5.1.1 Analyse der Ergebnisse entlang der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“

13.5.1.1.1 Ableitung der zentralen Typen der Projektergebnisse entlang einzelner Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“

Die unten dargestellte Tabelle definiert insgesamt vier Typen der zutreffenden Projektergebnisse für jede der beiden Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“ bzw. bringt sie in Verbindung mit den entsprechenden Formen der hierfür häufig eingesetzten Maßnahmen. Dies macht ersichtlich, dass die meisten Projektergebnisse, die auf eine mögliche institutionelle Fortentwicklung der NGOs infolge der Umsetzung EU-geförderter Projekte hinweisen, mit den dadurch bedingten Änderungen im institutionellen Aufbau, den Strategien und Methoden des Organisationsmanagements und der Förderung institutioneller und finanzieller Nachhaltigkeit der weiteren Arbeit der NGOs zusammenhängen. Die Fortentwicklung der Kapazitäten der NGOs im Bereich Personal wurde oft im Verlauf der Vorbereitung und Umsetzung der einzelnen Bildungs- und Trainingsmaßnahmen im Bereich Organisations- und Projektmanagement gefördert. Außerdem schulte die Abwicklung anderer Projektaufgaben wie Gründung und Betreuung einzelner zivilgesellschaftlicher Initiativen oder Netzwerke, der Entwurf der einzelnen Veranstaltungen und Förderprogramme für die Projektteilnehmer etc. gleichzeitig die Kompetenzen des Personals. In dieser Hinsicht fassten mehrere NGOs die ausgeführten EU-Projekte als ständiges „learning-by-doing“ auf (vgl. Interview Palyvoda 2015; Interview Holota 2015; Interview Sheihus 2015; Interview Taran 2015; Interview Volochii 2015). Die Anstellung von neuem Personal oder die Beschäftigung externer Experten für die Projektarbeit wurden ebenfalls als ein Typ der Projektergebnisse zusammengefasst, die die personellen Ressourcen der NGOs förderten. So merkte auch Ihor Sheihus, Geschäftsführer der NGO „ISAR „Ednannia“, an:

„Wir können nicht andere trainieren und dabei uns selbst nicht weiterentwickeln. Die EU hat uns in vielerlei Hinsicht geholfen, unsere Struktur und Management als Organisation auszubessern, indem wir Schritt für Schritt die einzelnen geförderten Projekte umsetzten.“
(Interview Sheihus 2015/eigene Übersetzung aus dem Russischen)

Die unten stehende Tabelle empfiehlt die Typisierung der Projektergebnisse bzw. der damit zusammenhängenden Förderstrategien und Maßnahmen entlang der Typen der Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“.

Tab. 34: Typisierung der Projektergebnisse bzw. der damit zusammenhängenden Förderstrategien und Maßnahmen entlang der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“

Merkmalsausprägung 1: institutionelle Entwicklung	
<i>Typ 1.1: Stärkung der institutionellen Struktur/des Managements der NGO</i>	
Typ der Projektergebnisse	Typische Formen der umgesetzten Förderstrategien und Maßnahmen
Institutioneller Aufbau	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung der NGO-Struktur um neue Gremien; • Einbeziehung der NGO in institutionalisierte Formate der Kooperation mit anderen staatlichen/zivilgesellschaftlichen Akteuren

Fortentwicklung des Organisationsmanagements	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung von bestehenden/Einführung von neuen Methoden, Techniken und Instrumente der Arbeit der NGO; • Änderung von Strategien, Zielsetzungen und Aufgabenfeldern der NGO
<i>Typ 1.2: Förderung der institutionellen/finanziellen Nachhaltigkeit der Arbeit der NGO</i>	
Förderung der institutionellen Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichung von neuen thematisch ähnlichen Projekten; • Fortbestehen der im Projektrahmen gegründeten Strukturen, wie Netzwerke, Koalitionen, zivilgesellschaftliche Initiativgruppen etc.; • Weiterverwendung der Projektproduktion, wie Publikationen, Bücher, Projektmethodologie, Konzepte für Trainings- und Bildungsprogramme etc.; • Fortsetzung/Vertiefung der Thematik des Projekts in weiterer Arbeit der NGO
Förderung der finanziellen Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherung der Finanzierung für den Erhalt der zentralen Ergebnisse der Projektarbeit; • Diversifizierung/Verbesserung von Finanzierungsmöglichkeiten für die weitere Arbeit der NGO
Merkmalsausprägung 2: Personalentwicklung	
<i>Typ 2.1: Kompetenzerweiterung des Personals in Fragen des Organisations-/Projektmanagements</i>	
Bildungs- und Beratungsmaßnahmen zu Themen Organisations-/Projektmanagement	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung von/Teilnahme an Bildungsmaßnahmen zu Themen Organisations-/Projektmanagement wie Seminare, Workshops, Trainings, Studienfahrten, Beratungen etc.
Kompetenzstärkung infolge der Umsetzung der einzelnen Projektaufgaben	<ul style="list-style-type: none"> • Kompetenzerweiterung in Fragen des Projektmanagements infolge der Teilnahme der NGOs am Bewerbungsverfahren um EU-Projektfördermittel/Konzipierung und Umsetzung der bewilligten EU-Projektanträge; • Gründung, Beratung und Unterrichtung von einzelnen zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen, Koalitionen, Netzwerken, Plattformen
<i>Typ 2.2: neues Personal</i>	
Anstellung von neuem Fachpersonal	<ul style="list-style-type: none"> • Anstellung von neuem Fachpersonal infolge der EU-Förderung
Beschäftigung von externen Experten	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung der externen Experten/Fachkräfte für die Umsetzung der Projektarbeit

Quelle: eigene Darstellung

Die nächste Tabelle veranschaulicht entlang jeder der Zeitphasen der Untersuchung, welche der 15 untersuchten NGOs im Laufe ihrer Projektförderung durch die EU in ihren institutionellen Kapazitäten gestärkt wurden. Dafür wurden die NGOs anhand der vorhandenen Ergebnisse ihrer Projektförderung durch die EU, wie diese in entsprechenden Auswertungstabellen dargestellt wurden, in Verbindung mit einzelnen Merkmalsausprägungen und ihren Typen gebracht.

Tab. 35: Die EU-Förderung der einzelnen NGOs entlang der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“ innerhalb der drei Zeitphasen der Untersuchung

Merkmalsausprägung	Typ der Merkmalsausprägung	Typen der Projektergebnisse	Geförderte NGOs entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung		
			Phase I (1994–2005)	Phase II (2005–2010)	Phase III (2010–2015)
<i>Institutionelle Entwicklung</i>	Stärkung der institutionellen Struktur/des Managements der NGO	a) Institutioneller Aufbau	---	---	DIF, CEDEM, ULAF, UHHRU
		b) Fortentwicklung des Organisationsmanagements	CCC	Ednannia	DIF, EIDOS, CEDEM, CPLR, Internews
	Förderung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse/der weiteren Arbeit der NGO	a) Förderung der institutionellen Nachhaltigkeit	CCC, HURT, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, CPLR, EIDOS, CEDEM, CVU OPORA, UHHRU, ULAF, Internews
		b) Förderung der finanziellen Nachhaltigkeit	CCC, HURT, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, CEDEM, CPLR, EIDOS, CVU, OPORA, UHHRU, ULAF, Internews
<i>Personalentwicklung</i>	Kompetenzerweiterung des Personals der NGO in Fragen des Organisations-/Projektmanagements	a) Bildungs- und Beratungsmaßnahmen zu Themen Organisations-/Projektmanagement	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia	ALI, OPORA, CVU, ULAF, Ednannia
		b) Kompetenzstärkung infolge der Umsetzung der einzelnen Projektaktivitäten	HURT, CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	ALI, Ednannia, CPLR, EIDOS, CSI, CVU, CEDEM, UHHRU, UMDPL, Internews
	Neues Personal	a) Anstellung von neuem Fachpersonal	---	---	UHHRU
		b) Beschäftigung von externen Experten	---	HURT, Ednannia	CVU, Ednannia, DIF

Quelle: eigene Darstellung

13.5.1.1.2 Analyse der zentralen Ergebnisse entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung

a) Erste Zeitphase (1994–2005)

Die analysierten Projekte dieser Zeitphase der Untersuchung waren für alle drei NGOs – *Creative Center* „*Counterpart*“, *Resource Center HURT* und *ISAR* „*Ednannia*“ – die ersten, die sie mithilfe der EU-Förderung implementierten. Somit fassten alle drei NGOs ihre EU-Projekte als wichtige Schritte in der Fortentwicklung ihrer Kompetenzen in Bereichen des Organisations- und Projektmanagements, welche zu Beginn der Projektarbeit bei allen drei Organisationen noch nicht ausreichend ausgebaut waren, auf (vgl. Interview Sheihus 2015; Interview Zaviiska 2016; Interview Palyvoda 2015). Beispielsweise bezeichnete sich die *ISAR* „*Ednannia*“ (weiter *Ednannia*) am Anfang seines Projekts als eine „noch recht kleine und unerfahrene Organisation“ (Interview Sheihus 2015/*eigene Übersetzung aus dem Russischen*). Somit hatte die Organisation den Erfolg der einzelnen Projektschritte dem ständigen Austausch mit dem zum Zeitpunkt der Projektumsetzung deutlich erfahreneren Projektpartner – der belgischen NGO *TRANSTEC* – zu verdanken (vgl. Interview Hubar 2015). Ebenfalls empfand das *Resource Center HURT* (weiter *HURT*) sowohl das gesamte Bewerbungsverfahren bei der EU, als auch die eigentliche Projektarbeit als einen „umfassenden Lernprozess“, der für den Erfolg seiner späteren bei der EU eingereichten Projektanträge mitentscheidend war (vgl. Interview Zaviiska 2016). Seinerseits bestätigte das *Creative Centre* „*Counterpart*“ (weiter *CCC*), im Laufe des Projekts *TOLOKA* seine Fähigkeiten im Bereich der Konzipierung und Umsetzung größerer Projekte mit einer umfassenden Auslandsfinanzierung gestärkt zu haben. Damit konnte das Zentrum seine Kooperation mit der EU-Vertretung in Kiew auf eine gute Vertrauensbasis stützen bzw. die Förderung der EU für weitere Projekte gewinnen (vgl. Interview Palyvoda 2015).

Die Personalentwicklung der drei NGOs gestaltete sich zum großen Teil als ein ständiger „learning-by-doing“-Prozess im Laufe der Abwicklung einzelner Projektaktivitäten. Zum Beispiel sahen alle drei untersuchten Projekte umfassende Bildungs-, Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen zu unterschiedlichen Fragen des Projekts- und Organisationsmanagements für die am Projekt teilnehmenden NGOs vor (vgl. *Resource Center HURT* 2009: 6; *Creative Centre* „*Counterpart*“ 2003: 27, 2004: 11-12; Leiser 2004: 44-46). Dies motivierte das Personal der untersuchten NGOs, sich selbst als Trainer und Berater zu unterschiedlichen Fragen der Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure weiterzubilden, den Austausch mit externen Experten hierzu zu suchen (*Ednannia*) oder eigene Arbeitsstrategien zum Teil kritisch zu überdenken (*CCC*).

Weniger effizient zeigte sich die Projektförderung durch die EU bei allen drei Organisationen im Bereich der *institutionellen Entwicklung*. Dies hing vor allem damit zusammen, dass es dem Personal dieser drei NGOs zum Zeitpunkt der Projektimplementierung noch am notwendigen Fachwissen mangelte, um ihre EU-Projekte ebenfalls für den institutionellen Aufbau ihrer Organisationen einzusetzen. Erst das *CCC* konnte sein Projekt „*Voters Education and Mobilisation Project*“ (*TACIS* (*IBPP*), 2004–2005) dafür nutzen, um sich klare Strategien für die Arbeit mit Zielgruppen in der ländlichen Gegend auf zivilgesellschaftlicher Ebene in der Ukraine zu erarbeiten bzw. diese in der späteren Arbeit der NGO weiterzuverwenden (vgl. *Creative Centre* „*Counterpart*“ 2004: 11).

Alle hiermit untersuchten Projektfälle schufen die Voraussetzungen, um ihre Ergebnisse für mehr Nachhaltigkeit in der demokratieorientierten Arbeit der projektausführenden NGOs einzusetzen. Alle drei NGOs konnten sich nach Projektabschluss erfolgreich um weitere Projektfördermittel bei der EU bewerben und somit in der zweiten Zeitphase der Untersuchung ihre

nächsten Projekte mithilfe der EU-Förderung umsetzen. Außerdem unternahmen die NGOs *Ednannia* und *CCC* einzelne Schritte, um die weitere Arbeit der im Rahmen ihrer EU-Projekte gegründeten zivilgesellschaftlichen Strukturen wie lokaler Initiativgruppen (*CCC*) oder der Zentren der sozialen Partnerschaft (*Ednannia*) in den Pilotregionen zu sichern. Hierfür bemühten sich beide sowohl um eine Anschlussförderung bei anderen internationalen Organisationen oder ausländischen NGOs, als auch um fachliche und organisationale Unterstützung für diese im Projektrahmen entstandenen Strukturen, um ihre Arbeit nachhaltig zu fördern (vgl. Creative Centre „Counterpart“ 2003: 27, 2004: 12; Interview Hubar 2015).

b) Zweite Zeitphase (2005–2010)

Ähnlich wie in der ersten wurden in der zweiten Zeitphase der Untersuchung die institutionellen Kapazitäten der ukrainischen NGOs während der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte überwiegend durch die Stärkung der Fachkompetenzen des Personals gefördert. Der institutionelle Aufbau bzw. die Fortentwicklung des Organisationsmanagements war hingegen keine Förderpriorität. Dennoch konnten alle drei NGOs im Rahmen ihrer EU-Projekte einzelne zivilgesellschaftliche Strukturen bilden, an deren Arbeit sie sich systematisch sowohl während den Projekten als auch nach Projektschluss beteiligten und dadurch in der eigenen institutionellen Entwicklung profitieren konnten. Beispielsweise gründete das *CCC* im Rahmen seines Projekts „Building Community Media Centers in Rural Areas“ drei Medienzentren, welche mit finanzieller und technischer Unterstützung lokaler Wirtschaftsakteure bzw. der Gemeinderäte ihre Arbeit nach Ablauf des Projekts noch eine Zeit lang fortsetzen konnten (vgl. Shutov 2008: 27). Außerdem entstanden im Rahmen der hiermit untersuchten Projekte auch weitere zivilgesellschaftliche Strukturen, wie zwei Zentren der sozialen Partnerschaft bzw. 21 Mini-Informationszentren der sozialen Partnerschaft (Projekt „Strengthening Civil Society“ von *Ednannia*), drei Koalitionen der lokalen NGOs für Kinderrechtsschutz (Projekt „Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights“ von *HURT*) und drei Büros für Information und Beratung für lokale NGOs in Fragen des Projektmanagements (Projekt „Improving Access of the Rural Population to Justice“ von *CCC*), die in ihrer Arbeit auch nach Projektende nachhaltig unterstützt wurden. Im Fall von *Ednannia* hat der Erfolg des umgesetzten Projekts „Strengthening Civil Society“ ebenfalls dazu geführt, dass die EU-Vertretung in Kiew die Organisation für die Umsetzung des thematisch ähnlichen regionalen *NCSF*-Projekts „Civil Society. Dialogue for Progress“ (2012–2015) in der Ukraine auswählte. Daraus folgt, dass alle hiermit untersuchten drei NGOs ihre EU-Projekte für die Sicherung der Nachhaltigkeit ihrer demokratieförderlichen Arbeit einsetzen konnten.

Ausgeprägt zeigte sich der Einfluss der EU-Förderung auf die Fortentwicklung der fachlichen Kompetenzen des Personals der drei untersuchten NGOs im Bereich des Organisations- und Projektmanagements. Die meisten Projektfälle schulten diese mit, indem das NGO-Personal unterschiedliche Bildungs- und Trainingsprogramme zu Themen des Organisations- und Projektmanagements konzipierte bzw. durchführte. Die Experten des *CCC* beteiligten sich ebenfalls an speziellen Trainingsreihen für Trainer, um sich auf die Implementierung ihrer EU-geförderten Projekte vorzubereiten (vgl. Tvorchy Tsentr Kaunterpart 2011: 18; Shutov 2008: 14-15). Auch im Laufe der anderen Projektaufgaben konnte sich das Personal aller drei NGOs auf diesem Feld fachlich fortentwickeln. So setzten zwei der drei NGOs im Rahmen ihrer EU-Projekte einzelne Förderprogramme für zivilgesellschaftliche Mikroprojekte um, in deren Rahmen die lokalen NGOs zu allen Zyklen des Projektmanagements geschult wurden (vgl. Tvorchy Tsentr Kaunterpart 2011: 6; Resursnyi Tsentr *HURT* 2010: 9). Außerdem gründeten und betreuten die drei NGOs andere

zivilgesellschaftliche Strukturen, wie NGO-Koalitionen (*HURT*), Medienzentren (*CCC*) oder Zentren der sozialen Partnerschaft (*Ednannia*), welche im Rahmen ihrer EU-Projekte entstanden. *Ednannia* merkte zudem an, dass sein Personal sich infolge der Umsetzung des EU-Projekts „Strengthening Civil Society“ neue Techniken im Bereich der Evaluation der Projektarbeit aneignen konnte (vgl. Leiser 2007: 36-40).

Zusammenfassend lässt sich für alle drei NGOs feststellen, dass die Umsetzung der EU-geförderten Projekte sich positiv auf die Fortentwicklung der Fachkompetenzen ihres Personals im Bereich des Projekts- und Organisationsmanagements auswirkte. Änderungen in ihrer Struktur oder ihrem Managementsystem führten ihre EU-geförderten Projekte jedoch, ähnlich wie in der ersten Zeitphase der Untersuchung, kaum herbei.

c) Dritte Zeitphase (2010–2015)

In der dritten Zeitphase der Untersuchung konnten insgesamt 7 von 13 untersuchten NGOs Ergebnisse in Bezug auf die Stärkung ihrer institutionellen Struktur bzw. des Organisationsmanagements infolge der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte vorweisen. Zum einen sicherten sie ihren institutionellen Aufbau infolge der Einbeziehung der NGOs in fest etablierte Kooperationsformate mit anderen zivilgesellschaftlichen oder auch staatlichen Akteuren. Beispielsweise übernahm *Ilko Kucheriv „Democratic Initiatives“ Foundation* (weiter *DIF*) die Rolle des Finanz- und Kommunikationsmanagers für das zivilgesellschaftliche soziologische Konsortium, das im Rahmen seines Projekts „Civil monitoring of electoral processes“ (2014–2015, *EIDHR*) zur Erforschung der öffentlichen Meinung durch führende ukrainische Think Tanks gegründet wurde (vgl. Kiev International Institute of Sociology 2012). Auch das *Centre for Democracy and Rule of Law* (weiter *CEDEM*) konnte sich institutionell im Laufe seines EU-geförderten Projekts fortentwickeln, indem die Organisation sich an *Reanimation Package of Reforms* als einer Koalition von NGO-Experten in Zielen der Reformförderung in der Ukraine aktiv beteiligte, ihre Arbeit finanziell verwaltete bzw. strategisch steuerte.²³⁹ Ihrerseits nahm die *Ukrainian Helsinki Human Rights Union* (weiter *UHHRU*) am Konsortium der NGOs für kostenlose Rechtshilfe, das durch ihr EU-Projekt „Increasing opportunities for vulnerable groups to defend their rights“ (2012–2014, *EIDHR*) zustande kam, aktiv teil (vgl. Interview Shcherbatiuk 2015).

Zur Fortentwicklung des Organisationsmanagements kam es im Rahmen der untersuchten Projekte auch durch Änderungen in der strategischen Ausrichtung der NGO (*CPLR*), die Integration neuer Techniken, Tools und Software in die NGO-Arbeit (*EIDOS*), oder durch das systematische Management der neugegründeten zivilgesellschaftlichen Netzwerkstrukturen (*CEDEM*, *DIF*, *UHHRU*).

Ähnlich wie in den zwei ersten Zeitphasen der Untersuchung förderte die geleistete EU-Projektarbeit viel mehr die Kompetenzstärkung des Personals für Organisations- und Projektmanagement als die tatsächliche Fortentwicklung der institutionellen Strukturen der projektausführenden NGOs. Auch in dieser Untersuchungsphase beteiligte sich das Personal der NGOs im Rahmen ihrer EU-Projekte intensiv an der Konzipierung, Organisation und Durchführung zahlreicher Bildungs- und Beratungsmaßnahmen für andere NGOs, zivilgesellschaftliche Aktivisten, lokale oder nationale Politikakteure als Projektzielgruppen; dabei war das Thema des Managements

²³⁹ Die Koalition setzte sich aus einem Koordinationsrat aus 350 Experten aus 25 unterschiedlichen Reformfachbereichen, einem Lenkungsausschuss und einem Sekretariat zusammen, der für die Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy-Aktivitäten grundsätzlich verantwortlich war. Die inhaltliche Arbeit an einzelnen Reformen wurde den Facharbeitsgruppen überlassen (vgl. Shevchenko 2015: 15-16).

der zivilgesellschaftlich orientierten Projekte zugunsten der Demokratisierung häufig eine Priorität (*Ednannia, CPLR, EIDOS, CSI, CVU, ULAF*). In manchen Fällen hatte das NGO-Personal ebenfalls die Möglichkeit, sich bei der Abwicklung der einzelnen Projektaufgaben neue innovative Techniken für Organisation und Monitoring der demokratieorientierten Projektarbeit anzueignen (*CPLR, EIDOS, Ednannia, CVU*). Mehreren NGOs gelang es ebenfalls, ihre Fachkenntnisse für Organisations- und Finanzmanagement durch die Verwaltung und fachliche Betreuung zivilgesellschaftlicher Strukturen wie Konsortien (*DIF, UHHRU, Ednannia*), Koalitionen (*CEDEM*), Plattformen (*ALI*), Assoziationen auf der NGO-Ebene (*CSI*) oder Online-Kooperationsnetzwerke (*ULAF*), die im Rahmen dieser Projekte entstanden, zu erweitern. Auch sonstige Aktivitäten wie der Austausch auf Expertenebene mit erfahrenen Projektpartnern (*Ednannia, OPORA*) oder die Unterstützung sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure in ihren demokratieorientierten Aktivitäten (*ULAF, Ednannia*) wirkten sich positiv auf die Kompetenzstärkung des NGO-Personals aus. Manche NGOs merkten ebenfalls an, allein infolge der Teilnahme am komplizierten Bewerbungsverfahren um EU-Fördermittel bzw. des gesamten Prozesses der Organisation und Umsetzung der kostenintensiven und in der Regel langfristig angelegten lokalen oder regionalen EU-Projekte ihre Kompetenzen im Bereich des Projektmanagements wesentlich erweitert zu haben (*OPORA, CEDEM, CPLR*) (vgl. Interview Shvets 2017; Interview Tymoshchuk 2015; Interview Shevchenko 2016).

13.5.1.1.3 Zusammenfassende Bemerkungen für die Analyse entlang der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“

Die unten stehende Tabelle fasst die Ergebnisse darüber zusammen, wie alle 15 untersuchten NGOs während der einzelnen Zeitphasen im Laufe ihrer EU-Projekte in ihren institutionellen Kapazitäten gefördert wurden. Dabei ist für jede der NGOs ersichtlich, entlang welcher Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“ sie gestärkt wurde.

Tab. 36: Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren institutionellen Kapazitäten

NGO	Merkmalsausprägungen und ihre Typen			
	1. Institutionelle Entwicklung		2. Personalentwicklung	
	Stärkung der institutionellen Struktur/des Managements der NGO	Förderung der institutionellen/ finanziellen Nachhaltigkeit der Arbeit der NGO	Kompetenz-erweiterung des Personals in Fragen des Organisations-/Projektmanagements	Neues Personal
Erste Zeitphase (1994–2005)				
HURT	---	+	+	---
CCC	+	+	+	---
Ednannia	---	+	+	+
Zweite Zeitphase (2005–2010)				
Ednannia	+	+	+	+
HURT	---	+	+	---
CCC	---	+	+	---
Dritte Zeitphase (2010–2015)				
DIF	+	+	+	---

Ednannia	+	+	+	---
ALI	---	+	+	---
CPLR	+	+	+	---
EIDOS	---	+	+	---
CSI	---	+	+	---
OPORA	---	+	+	---
CEDEM	+	+	+	---
CVU	+	+	+	---
ULAF	+	+	+	---
UHRU	+	+	+	+
UMDPL	-	+	+	-
Internews	+	+	+	-
Insgesamt	9	15	15	2

Quelle: eigene Darstellung

Die angebotene Übersicht zeigt, dass alle 15 untersuchten NGOs im Verlauf ihrer EU-geförderten Projekte entlang beider Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „institutionelle Kapazitäten“ gestärkt wurden. Auffällig ist dabei, dass alle NGOs im Laufe der Förderung ihrer Projekte durch die EU ihrer Tätigkeit im Bereich der Demokratisierung in institutioneller oder finanzieller Hinsicht mehr Nachhaltigkeit gewährleisten konnten. Diese zeigte sich in dreifacher Hinsicht: in weiteren erfolgreichen Projektbewerbungen der NGOs bei der EU, einer Erweiterung der Finanzierung der NGOs für ihre künftige Arbeit zugunsten der Demokratisierung oder zum Erhalt der im Projektrahmen gegründeten zivilgesellschaftlichen Strukturen bzw. Kooperationsformate mit unterschiedlichen Interaktionsebenen, auch nach Projektschluss. Dadurch kam die absolute Mehrheit der untersuchten EU-Projektfälle der Forderung der EU nach, mit der Umsetzung der Projekte nachhaltig die einzelnen Aspekte der Demokratisierung vor Ort zu fördern.

Bemerkenswert war zudem der Einfluss der EU-Projekte auf die Stärkung der Kompetenzen des NGO-Personals im Bereich des Organisations- und Projektmanagements bei allen 15 untersuchten NGOs. In mehreren Fällen wurde diese Kompetenzstärkung herbeigeführt, indem das NGO-Personal unterschiedliche Bildungs- und Trainingsmaßnahmen für die Projektzielgruppen erarbeitete und durchführte. Auch die sonstigen Projektaktivitäten, wie Betreuung der im Rahmen der EU-Projekte entstandenen Netzwerke, Initiativgruppen oder sonstiger zivilgesellschaftlicher Strukturen, Veranstaltung von Förderprogrammen für die kleineren lokalen NGOs oder Austausch auf der Fachexpertenebene über unterschiedliche Fragen des Projekts- und Organisationsmanagements stärkten diese Kompetenzen des Personals. Deutlich seltener kam es im Laufe der EU-Projekte zur Anstellung von neuem Fachpersonal oder externen Experten. Nicht zuletzt kann dies dadurch erklärt werden, dass die Budgets der EU-geförderten Projekte nur in Ausnahmefällen die Deckung der technischen oder administrativen Kosten der projektausführenden NGOs vorsehen (vgl. Interview Taran 2015).

Gleichzeitig zeigt diese Übersicht, dass eine eigentliche Stärkung der institutionellen Strukturen bzw. des inneren Managements der NGOs nur in wenigen Fällen stattfand. In manchen Fällen konnten die EU-Projekte die NGOs zum kritischen Überdenken ihrer Arbeitsstrategien, Übernahme neuer Arbeitstechniken oder zur Erweiterung des Tätigkeitsprofils um neue Arbeitsbereiche bewegen.

13.5.1.2 Analyse der zentralen Ergebnisse entlang der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“

13.5.1.2.1 Ableitung der zentralen Typen der Projektergebnisse entlang der einzelnen Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“

Die unten stehende stellt die Typen der relevanten Projektergebnisse für die Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ dar. Grundsätzlich konnten während der Bearbeitung der extrahierten Daten je vier Typen der Projektergebnisse pro Merkmalsausprägung dieser Kategorie definiert werden. In Bezug auf die Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ wurden die Projektergebnisse typisiert, die auf die Aktivitäten der untersuchten NGOs zugunsten der Definition, Artikulation und Vertretung von partikulären gesellschaftlich-politischen Interessen gegenüber der Öffentlichkeit bzw. den politischen Entscheidungsträgern umgesetzt wurden. Die Projektmaßnahmen, welche sich mit dem kritischen Beobachten, Festhalten und der öffentlichen Darstellung der Entwicklungen bzw. des Regierungshandelns zusammenhingen, wurden der Merkmalsausprägung „Politikmonitoring/Regierungskontrolle“ zugerechnet. Die Mehrheit der untersuchten Projektfälle setzte sich ebenfalls mit dem Entwurf von Gesetzgebungen oder Gesetzänderungen auseinander, wodurch staatliche Legislativ- und Exekutivorgane die Projektteams häufig als Experten und Berater in Fragen der Formulierung oder auch der Umsetzung der Gesetzgebung miteinbezog. Die dadurch entstandenen Ergebnisse wurden somit unter der Merkmalsausprägung „Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung“ eingeordnet. Die letzte Merkmalsausprägung dieser Auswertungskategorie – „Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit“ – umfasste die Projektaktivitäten, welche in unmittelbarer, kontinuierlicher Zusammenarbeit des NGO-Personals mit unterschiedlichen Akteuren der nationalen oder lokalen Politik zustande kamen.

Tab. 37: Typisierung der Projektergebnisse bzw. der damit zusammenhängenden Förderstrategien und Maßnahmen entlang der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“

Merkmalsausprägung 1: Interessenvertretung/Advocacy	
<i>Typ: 1.1: Einfluss auf öffentliche Meinungsbildung</i>	
Typ der Projektergebnisse	Typische Formen der umgesetzten Förderstrategien und Maßnahmen
Interessendefinition und Artikulation	<ul style="list-style-type: none"> • Definition der einzelnen gesellschaftlich relevanten Problemlagen/Interessen durch Monitorings- und Forschungsarbeit, öffentliche Meinungs- und Expertenbefragungen, Austausch mit unterschiedlichen Projektzielgruppen etc. im Rahmen unterschiedlicher Projektveranstaltungen; • Formulierung/Artikulation der einzelnen gesellschaftlich relevanten Problemlagen/Interessen in Form von Stellungnahmen, Gesetzentwürfen, Aufrufen an die Regierung, Publikationen, Auftritten in den Medien etc.
Lenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit/ Mobilisierung der politischen Öffentlichkeit um definierte Interessenlagen	<ul style="list-style-type: none"> • Informationskampagnen; • Medienarbeit- und Pressearbeit; • Nutzung der öffentlichen Veranstaltungen wie Konferenzen, Foren, Seminaren zur öffentlichen Meinungsbildung; • Protestaktionen, symbolische und plakative Aktionen; • Verbreitung von Newsletters, Banner, Projektbroschüren etc.

<i>Typ 1.2: Interessenvertretung//Lobbying der Gesetzgebung gegenüber den Politikakteuren</i>	
Interessenvertretung	<ul style="list-style-type: none"> • Artikulation der definierten Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern bzw. der Öffentlichkeit; • Sicherung des institutionellen Rahmens für die Vertretung der artikulierten Interessen, u. a. durch die Bildung von Advocacy-Gruppen und Koalitionen
Gezielte Advocacy-Arbeit zugunsten der Annahme von Gesetzgebungen/ Durchsetzung von politischen Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> • Advocacy-Kampagnen zur Lenkung der Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger auf entworfene Gesetzgebung; • Bilaterale Überzeugungsgespräche mit Politikern; • Verbreitung von Informationen über entworfene Gesetzgebung in Politikkreisen; • Abgabe von Politikempfehlungen, Stellungnahmen, Aufrufen an Regierung etc.; • Bildung von zivilgesellschaftlichen Advocacy-Koalitionen; • Nutzung der öffentlichen Projektveranstaltungen bzw. der Medien zur Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger
Merkmalsausprägung 2: Politikmonitoring/Regierungskontrolle	
<i>Typ 2.1: Monitoring der Entwicklungen innerhalb der einzelnen Politikdomänen</i>	
Monitoring von Problemlagen/ Entwicklungen innerhalb der einzelnen Politikdomänen	<ul style="list-style-type: none"> • Interviews, Meinungs- und Expertenumfragen als Instrumente des Politikmonitorings; • Analysen von Gesetzgebungsakten bzw. verfügbaren Dokumentation der politischen Institutionen
Weiterverwendung der Ergebnisse der durchgeführten Monitoring-Studien	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenfassung und Verwendung von Monitoring-Ergebnissen in Form von Berichten, Präsentationen, Projektentwürfen etc. in weiterer NGO-Arbeit; • Bezugnahme auf Monitoring-Ergebnisse im Rahmen der öffentlichen Veranstaltungen, wissenschaftlichen Publikationen, Auftritten in den Medien innerhalb und außerhalb der EU-geförderten Projektarbeit
<i>Typ 2.2: Beobachtung/Analyse des Regierungshandelns im Bereich der Demokratisierung</i>	
Monitoring der Regierungsarbeit innerhalb der einzelnen Politikdomänen	<ul style="list-style-type: none"> • Systematisches Beobachten der Arbeit der Regierungsakteure in Bezug auf Vorbereitung/Umsetzung der (Reform)gesetzgebung innerhalb der einzelnen Politikdomänen; • Zusammenfassen der Monitoring-Ergebnisse in Form von entsprechenden Fortschrittsberichten, Publikationen etc.
Öffentliche Darstellung/Besprechung der Monitoring-Ergebnisse als Instrument der Regierungskontrolle	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Veranstaltungen, wie (Presse)konferenzen, Round-Table-Gespräche, Seminare etc. unter der Bezugnahme auf die Ergebnisse der umgesetzten Monitorings des Regierungshandelns; • Einbeziehung der Monitoring-Ergebnisse in Publikationen/Auftritten in den Medien der NGO-Experten
Merkmalsausprägung 3: Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung	
<i>Typ 3.1: Mitwirkung an der Formulierung der Gesetzgebung</i>	
Entwurf/Annahme von Gesetzgebung	<ul style="list-style-type: none"> • Die im Projektrahmen vorbereiteten Entwürfe von nationalen/lokalen Gesetzen, Änderungsgesetzen zur bestehenden nationalen/lokalen Gesetzgebung, Regierungsverordnungen und sonstigen Formen der Gesetzgebungsakte; • Annahme der angestrebten Gesetzgebung durch Organe der Legislative/Exekutive
Austausch von Fachexpertise zu Fragen der Gesetzgebung	<ul style="list-style-type: none"> • Expertenaustausch mit Vertretern der Legislative/Exekutive im Rahmen der gemeinsamen Fachkommissionen/Arbeitsgruppen für Gesetzgebung; • Verfasste/abgegebene Empfehlungsschreiben, Stellungnahmen, Analysen etc. zu einzelnen Akten der Gesetzgebung
<i>Typ 3.2: Mitwirkung an der Umsetzung der Gesetzgebung</i>	
Verleihung der Fachexpertise in Fragen der Umsetzung der Gesetzgebung	<ul style="list-style-type: none"> • Fachberatungen für nationale/lokale Politikakteure bei der Umsetzung der Gesetzgebung; • Entwurf von Strategien/Plänen zur Umsetzung der Gesetzgebung

Sicherung von Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Gesetzgebung	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf/Vorlage von Begleitgesetzen zur Umsetzung der nationalen Gesetzgebung vor Ort; • Initiierung von Gremien, Arbeitsgruppen oder Fachkommissionen bei nationalen/lokalen Politikakteuren für Umsetzung der Gesetzgebung vor Ort
Merkmalsausprägung 4: Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit	
<i>Typ 4.1: Förderung von langfristiger Kooperation mit Akteuren der Politik</i>	
Entstehung von neuen Formaten für Networking/Kooperation mit staatlichen Politikakteuren	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung von gemeinsamen Gremien mit staatlichen Politikakteuren wie Bürgerräte, Fachkommissionen, interministeriale Arbeitsgruppen, Plattformen etc.; • Bildung von neuen zivilgesellschaftlichen Strukturen wie Netzwerken, Koalitionen oder Plattformen, welche Kooperation mit staatlichen Politikakteuren (mit)beinhalten/voraussetzen
Förderung der dauerhaften Unterstützung der einzelnen Politikakteure für NGO-Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Herstellung von stabilen Kooperationskanälen mit einzelnen politischen Akteuren; • Systematisches Beziehen der Fachexpertise der NGO in die Arbeit der einzelnen Politikorgane
<i>Typ 4.2: Gemeinsame Projektaktivitäten mit Akteuren der Politik</i>	
Gemeinsame Projektaufgaben im Bereich der Demokratisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsam entworfene Gesetzgebung; • Gemeinsam durchgeführte öffentliche Projektveranstaltungen; • Kooperation innerhalb der gemeinsamen Bildungsmaßnahmen der Projekte; • Kooperation innerhalb der Gründung/Betreuung von neuen zivilgesellschaftlichen Institutionen, Initiativen etc.
Neue Möglichkeiten für gelegentliche Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung von Kontaktnetzen mit an der gelegentlichen Zusammenarbeit interessierten Politikakteuren; • Definition von Interessen, Themen- und Aufgabenfelder für künftig mögliche, gelegentliche Zusammenarbeit

Quelle: eigene Darstellung

Die nächste Tabelle zeigt, welche NGOs infolge der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte in Kapazitäten der Kooperation mit staatlichen Akteuren bzw. der Einflussnahme auf die Politik gestärkt wurden. Somit wurden die einzelnen NGOs in Verbindung mit entsprechenden Typen der Projektergebnisse entlang einzelner Merkmalsausprägungen in Verbindung gebracht, welche auf eine solche Stärkung dieser Kategorie der NGO-Kapazitäten hindeuten.

Tab. 38: Die EU-Förderung der einzelnen NGOs entlang der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ innerhalb der drei Zeitphasen der Untersuchung

Merkmalsausprägung	Typ der Merkmalsausprägung	Typen der Projektergebnisse	Geförderte NGOs entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung		
			Phase I (1994–2005)	Phase II (2005–2010)	Phase III (2010–2015)
Interessenvertretung (Advocacy)	Einfluss auf öffentliche Meinungsbildung	Interessendefinition und Artikulation	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, Internews

		Lenkung/Mobilisierung der öffentlichen Meinung um definierte Interessenlagen	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF,ALI, CPLR,EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, UHHRU, UMDPL, Internews	
	Interessenvertretung/ Lobbying der Gesetzgebung gegenüber den staatlichen Organen	Interessenvertretung gegenüber den staatlichen Politikakteuren	HURT, CCC	Ednannia, HURT, CCC	DIF,Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS,OPORA CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, Internews	
		Gezielte Advocacy-Arbeit zugunsten der Annahme von Gesetzgebung/ Durchsetzung von politischen Entscheidungen	CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA,CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	
<i>Politik-Monitoring/ Regierungskontrolle</i>	Politikmonitoring	Monitoring von Problemlagen/ Entwicklungen innerhalb der einzelnen Politikdomänen	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Internews, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, ULAF	
		Darstellung/ Verwendung der Monitoring-Ergebnisse in der weiteren Arbeit der NGO	CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Internews, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA,CVU	
	Regierungskontrolle	Monitoring der Arbeit der Regierung innerhalb der einzelnen Politikdomänen	CCC	Ednannia, HURT, CCC	DIF, UMDPL, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CEDEM, UHHRU, UMDPL	
		Öffentliche Darstellung/ Besprechung der Ergebnisse von Monitorings als Instrumente der Regierungskontrolle	CCC	Ednannia, HURT, CCC	DIF, UMDPL, Internews, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CEDEM, UHHRU, UMDPL	
	<i>Mitgestaltung/ Umsetzung der Gesetzgebung</i>	Mitgestaltung der Gesetzgebung	Entwurf von Gesetzgebung	CCC, Ednannia	Ednannia, CCC	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU
			Austausch von Fachexpertise zu Fragen der Gesetzgebung	CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CEDEM, Internews
Mitwirkung an der Umsetzung der Gesetzgebung		Verleihung der Fachexpertise in Fragen der Umsetzung der Gesetzgebung	---	CCC	CEDEM, CSI, EIDOS, CPLR	
		Sicherung von förderlichen Rahmenbedingungen	---	CCC	CEDEM, CSI, EIDOS, CPLR	

		für die Umsetzung der Gesetzgebung			
Kooperation mit Akteuren der Politik innerhalb gemeinsamer Projektarbeit	Förderung von langfristig angelegter Kooperation mit Politikakteuren	Entstehung von neuen Kooperationsformaten	HURT, Ednannia	HURT	CPLR, CSI, OPORA, CEDEM
		Förderung der dauerhaften Unterstützung der einzelnen Politikakteure für die Arbeit der NGO	HURT, Ednannia	HURT	CPLR, EIDOS, CSI, CEDEM, ULAF
	Förderung von situativer/gelegentlicher Kooperation in Fragen der Demokratisierung	Gemeinsame Projektaufgaben	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, CCC, HURT	Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UMDPL
		Neue Möglichkeiten für künftige gelegentliche Zusammenarbeit	HURT, CCC, Ednannia	CCC, Ednannia	Ednannia, ALI, CPLR, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UMDPL

Quelle: eigene Darstellung

13.5.1.2.2 Analyse der zentralen Ergebnisse entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung

a) Analyse der Ergebnisse für die erste Zeitphase der Untersuchung (1994–2005)

Merkmalsausprägung 1: Interessenvertretung/Advocacy

Aus der angebotenen Übersicht ergibt sich, dass alle drei hiermit untersuchten NGOs sich innerhalb ihrer Projekte der Vertretung und dem Lobbying einzelner gesellschaftlicher Interessen widmeten. In drei von vier Fällen ging es grundsätzlich um Lobbying der einzelnen Maßnahmen, welche den sozial schwachen Bevölkerungsschichten in den ukrainischen Regionen einen besseren Schutz ihrer Interessen versprachen, zum Beispiel infolge der Erweiterung der Kapazitäten der lokalen NGOs als Anbieter sozialer Dienstleistungen (*HURT, Ednannia*) oder der Stärkung der Wählerrechte solcher Bevölkerungsgruppen (*CCC*). Außerdem setzte das *CCC* mit seinem Projekt „TOLOKA“ eine umfassende Lobbying-Arbeit für eine bessere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure wie bürgerlicher Initiativgruppen oder lokaler NGOs in die lokale Selbstverwaltung der Pilotregionen um (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003). Zur Interessenartikulation und Vertretung gegenüber der gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit setzten die NGOs unterschiedliche Veranstaltungen wie Round-Table-Gespräche (*HURT*), öffentliche Präsentationen, Anhörungen und Expertenvorträge für lokale und nationale Abgeordnete (*CCC*), Konferenzen (*Ednannia*) oder auch gezielte Informationskampagnen (*CCC*) ein. Die Überzeugungsarbeit von Politikern fand in der Regel in Form von Fach- und Beratungsgesprächen statt, um diese zur Annahme der vorab entworfenen Gesetzgebung (*CCC, Ednannia*), zu mehr Kooperation mit lokal orientierten NGOs in sozialpolitischen Fragen (*HURT, Ednannia*) oder mehr Engagement zugunsten der Stärkung der Kapazitäten solcher NGOs (*Ednannia, HURT*) zu bewegen (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 17-18; Creative Centre „Counterpart“ 2003: 27; Resource Center HURT 2009: 6; Leiser 2004: 43).

Der Ausbau der Kompetenzen für Advocacy fand zudem im Laufe der Umsetzung anderer Bildungs- und Fördermaßnahmen für die lokalen NGOs, welche sich für einzelne Projektaktivitäten engagierten, statt. Ein gutes Beispiel dafür ist das CCC, das im Rahmen seiner beiden Projekte die lokalen NGOs als Teilnehmer bei der Konzipierung und Umsetzung eigenständiger Informationskampagnen unterstützte (*Projekt „Voters Education and Mobilisation“*) oder auch die gebildeten Initiativgruppen der Pilotgemeinden zu Techniken und Strategien der Interessenvertretung in der lokalen Politik schulte (*Projekt „Toloka“*) (vgl. Creative Centre „Counterpart“ 2004: 4-5; Tvorchyi Tsentra Kaunterpart 2003: 27).

Merkmalsausprägung 2: Politikmonitoring/Regierungskontrolle

Aus der dargestellten Tabelle ergibt sich, dass alle drei NGOs der zweiten Zeitphase der Untersuchung sich mit dem Monitoring der aktuellen Entwicklungen oder der relevanten Gesetzgebung in Bezug auf einzelne politische oder sozialpolitische Themen auseinandersetzten. Die Durchführung solcher Monitorings am Anfang der Projekte empfanden alle drei NGOs als eine wichtige Bedingung dafür, die innerhalb ihrer Themenbereiche relevanten Probleme nicht zu übersehen bzw. die geplanten Projektaufgaben effizient zu lösen (vgl. Interview Hubar 2015; Interview Palyvoda 2015; Interview Zaviiska 2016). Beispielsweise fertigte das HURT im Vorfeld seiner Projektarbeit eine Monitoring-Studie zu den wichtigsten Problemen, mit denen die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten in der Ukraine konfrontiert waren, an (vgl. Resource Center HURT 2009: 6). Ähnliche Monitorings führte ebenfalls das CCC durch, um die Schwierigkeiten rund um die Sicherung der Wählerrechte der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten und den sich dadurch ergebenden Handlungsbedarf zu definieren (vgl. Creative Centre „Counterpart“ 2004). Aufgaben der unmittelbaren Regierungskontrolle kamen in den untersuchten Projektfällen seltener vor. Nicht zuletzt kann damit erklärt werden, dass die NGOs sich in der semiautoritären Ukraine des Präsidenten Leonid Kutschma von Regierungskritik meistens fernhalten wollten. Erst das Projekt „TOLOKA“ des CCC führte eine Revision der Implementierung der bestehenden Gesetzgebung im Bereich der lokalen Selbstverwaltung durch, um entsprechende Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Dennoch ging es auch in diesem Fall vor allem um Monitoring-Aktivitäten auf lokaler Politikebene, ohne auf die hiermit verbundene Arbeit der nationalen Regierung einzugehen (vgl. Tvorchyi Tsentra Kaunterpart 2003: 19). Ein weiteres Beispiel für die Aufgaben der Regierungskontrolle ist das Monitoring zentraler Schwachstellen in der rechtlich-politischen Regulierung des Bereichs der sozialen Dienstleistungen, das Ednannia in Zielen der Erarbeitung entsprechender Verbesserungsvorschläge an die ukrainische Regierung in dem EU-geförderten Projekt „NGO Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions“ anfertigte. Allerdings wurde auch hier das Regierungshandeln erst am Beispiel ausgewählter Modellregionen des Projekts untersucht, ohne die nationale Politikebene direkt miteinzubeziehen (vgl. Leiser 2004: 35, 43).

Merkmalsausprägung 3: Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung

In beiden Projekten, in denen das Element der Mitwirkung an der Gesetzgebung anzutreffen war, war dieses auf die Erarbeitung der Gesetze bzw. den Austausch von Expertise zu bestimmten Fragen der Gesetzgebung beschränkt. Die Annahme der Gesetze ist auf nationaler Ebene in keinem der EU-Projekte dieser Zeitphase erfolgt. So konnte das CCC zwar die drei Anhörungen in der Verkhovna Rada der Ukraine zum vorgelegten Entwurf des Gesetzes „Über lokale Selbstverwaltung“ initiieren. Für die Annahme des Gesetzes fehlte es jedoch am notwendigen politischen Willen der

Parlamentsmehrheit (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 28). Ebenfalls konnte *Ednannia* nur erreichen, dass einzelne Ministerien den im Projektrahmen vorgelegten Gesetzentwurf „Über soziale Dienstleistungen“, welcher die Kompetenzen der lokalen NGOs als Anbieter sozialer Dienstleistungen zu stärken versprach, berücksichtigten (vgl. Leiser 2004: 43). Erfolgreicher gestaltete sich die Einflussnahme auf die Gesetzgebung der lokalen Ebene: Im Rahmen des Projekts „Toloka“ brachten die Experten des CCC durch Fachgespräche bzw. geleistete methodische Unterstützung einzelne Stadträte der Modellregionen zur Verabschiedung einer Reihe von Rechtsakten, welche lokale Politikakteure beim Aufbau der Selbstverwaltung vor Ort stärker fördern sollten wie Gesetzesregelungen über lokale Initiativen, Formen und Organe der bürgerlichen Selbstorganisation, typische Satzungen der Stadträte bzw. der territorialen Gemeinden etc. (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 21, 28). Begleitend hierzu setzte das CCC eine Trainingsreihe für lokale Abgeordnete zu unterschiedlichen Fragen in Verbindung mit dem Entwurf und der Annahme solcher Begleitgesetzgebung um (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 17-18).

Merkmalsausprägung 4: Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit

In Bezug auf die letzte Merkmalsausprägung dieser Auswertungskategorie konnten bei allen drei NGOs innerhalb ihrer EU-Projekte einzelne Aktivitäten definiert werden, welche in enger Kooperation mit staatlichen Politikakteuren zustande kamen oder auch langfristig angelegte Kooperationsformate in Gang setzten. Darunter ist vor allem die Zusammenarbeit in Fragen der Gesetzgebung hervorzuheben. So arbeitete das CCC im Rahmen seines Projekts „TOLOKA“ beispielsweise an einem gemeinsamen Entwurf des neuen Gesetzes der Ukraine „Über lokale Selbstverwaltung“ mit den Abgeordneten des damaligen Ausschusses für Staatsbau und lokale Selbstverwaltung der Ukraine eng zusammen (vgl. Interview Palyvoda 2015). Auch *Ednannia* kooperierte mit dem ukrainischen Arbeitsministerium beim Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der rechtlich-politischen Regulierung der Freiwilligenarbeit in der Ukraine im Rahmen der speziell hierfür eingesetzten Arbeitsfachgruppe (vgl. Leiser 2004: 43). Ebenfalls gingen die NGOs die situative Kooperation mit staatlichen Akteuren infolge der Umsetzung unterschiedlicher Bildungs- und Fördermaßnahmen für Akteure der lokalen Politik und Zivilgesellschaft an, zum Beispiel bei der Umsetzung des Förderprogramms für Mikroprojekte lokaler, sozial orientierter NGOs (*Ednannia*) oder den Trainingsreihen für Abgeordnete der Stadt- und Stadtkreisräte über die Teilnahme an Gesetzgebungsprozessen (CCC). Den Experten von *Ednannia* und des CCC zufolge gingen aus diesen situativen Kooperationsformaten mehrere Ideen und Anregungen für weitere Kooperationsmöglichkeiten mit denselben Politikakteuren nach Abschluss der EU-Projekte hervor. Zum Beispiel setzte *Ednannia* seine Kooperation mit dem Jugend- und Familienministerium der Ukraine im Rahmen des Projekts „NGO Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions“ in seinem nächsten EU-geförderten Projekt fort (vgl. Interview Hubar 2015).

Das Element der Förderung langfristig angelegter Kooperationen mit Politikakteuren ist vor allem bei zwei der untersuchten NGOs – *HURT* und *Ednannia* – erkennbar. Das *HURT* kontaktierte beispielsweise die lokalen Behörden der Pilotregionen gezielt, um diese in eine systematische Kooperation mit lokalen NGOs im Sozialbereich einzubeziehen. Den Experten von *HURT* kam dabei die Rolle der Vermittler und Vernetzer zu, wodurch sie sich in ihren Fähigkeiten der Zusammenarbeit mit Politikakteuren ebenfalls fortentwickeln konnten (vgl. Interview Zaviiska 2016). *Ednannia* hingegen leitete in seinem EU-Projekt die Kooperation mit insgesamt 40 Vertretern der lokalen Verwaltungsbehörden der Pilotregionen innerhalb der speziellen Koordinationsräte der Zentren der sozialen Partnerschaft, welche als Vernetzungsgremien zwischen den Akteuren der lokalen Politik

und Zivilgesellschaft konstituiert wurden, ein (vgl. Leiser 2004: 36). Außerdem trainierten die *Ednannia*-Experten ihre Kompetenzen zur Kooperation mit staatlichen Politikakteuren, indem sie eine Trainingsreihe für Vertreter der lokalen NGOs und Behörden zu Strategien der Kommunikation und Kooperation miteinander organisierten (vgl. ebd.: 43).

Gleichzeitig zeigt die oben angebotene tabellarische Übersicht, dass innerhalb der untersuchten Projekte viel mehr mit lokalen als mit nationalen Akteuren kooperiert wurde. Dies kann wiederum anhand des angespannten Verhältnisses zivilgesellschaftlicher Akteure zu den autoritär geprägten Regierungskreisen in den Zeiten des Präsidenten Leonid Kutschma erklärt werden. Es ist auch anzumerken, dass ein staatlicher Politikakteur nur in einem Projekt – „NGO Development: Ukraine, Kyiv and Selected Regions“ von *Ednannia* – als offizieller Kooperationspartner des Projekts fungierte. Auch gestaltete sich die Kooperation mit Familien- und Jugendministerium in diesem Fall als äußerst schwierig und schränkte sich im Endeffekt auf sporadische Beratungen und Gespräche miteinander ein. Als Grund nennen die NGOs häufige Personalwechsel und Zeitmangel im Ministerium, um solche Projektkooperationen systematisch anzugehen (vgl. Leiser 2004: 6).

b) Analyse der Ergebnisse für die zweite Zeitphase der Untersuchung (2005–2010)

Merkmalsausprägung 1: Interessenvertretung/Advocacy

In der zweiten Untersuchungsphase kam es zur spürbaren Stärkung der Elemente der Interessenvertretung und Advocacy innerhalb der untersuchten Projektfälle. Alle drei hier untersuchten NGOs setzten innerhalb ihrer EU-geförderten Projekte die Maßnahmen um, die sowohl die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf bestimmte gesellschaftspolitische Lagen stärkten, als auch die einzelnen Gesetzgebungsakte oder politischen Entscheidungen gegenüber den nationalen oder lokalen Organen der Legislative und Exekutive durchzusetzen versuchten. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung rund um die vorab definierten Interessenlagen erfolgte zum größten Teil mithilfe öffentlicher Veranstaltungen wie Konferenzen, Round-Table-Gespräche oder öffentliche Präsentationen (*CCC*, *Ednannia*), unterschiedlicher Formen der Medienarbeit zur Artikulation der definierten Interessen (*CCC*, *Ednannia*) oder auch gezielter Informationskampagnen (*Ednannia*, *HURT*). Außerdem dienten unterschiedliche zivilgesellschaftliche Strukturen, welche im Rahmen der EU-Projekte zustande kamen, als institutionalisierte Räume für die Definition der aktuellen gesellschaftspolitischen Interessenlage und ihre Vertretung. Darunter sind z. B. lokale NGO-Koalitionen für Kinderrechtsschutz (*HURT*), zivilgesellschaftliche Initiativgruppen (*CCC*), Zentren der sozialen Partnerschaft (*Ednannia*) und zivilgesellschaftliche Medienzentren (*CCC*) zu nennen.

Das Lobbying der innerhalb der Projekte entworfenen Gesetzgebungen oder sonstiger Politikentscheidungen zugunsten bestimmter gesellschaftlicher Interessen erfolgte überwiegend durch direkte Ansprache politischer Akteure (*Ednannia*, *CCC*). Zum Beispiel führte *Ednannia* im Rahmen seines Projekts „Strengthening Civil Society“ eine Reihe von Gesprächen mit Stadtverwaltungen und Stadträten der zehn Pilotstädte durch, um diese zur Erweiterung der Finanzierung sozial orientierter NGOs bzw. zur Gründung spezieller Lenkungsausschüsse für die Lösung der Sozialreformfragen vor Ort zu bewegen. Auch wenn die Gespräche aufgrund der mangelnden Kapazitäten auf der Seite der lokalen Politikakteure nicht zum erwünschten Erfolg führten, so konnten sie doch die Fähigkeiten der Projektteams zur Interessenvertretung auf der lokalen Politikebene trainieren (vgl. Leiser 2007: 44; Interview Hubar 2015). Auch das *CCC* leistete viel Überzeugungsarbeit bei lokalen Politikakteuren vor Ort. In bilateralen Beratungsgesprächen versuchten beispielsweise seine Experten, die Gemeinderäte in Pilotdörfern zur Übernahme der

sogenannten „Raum- und Bodennutzungspläne“ zu bewegen, welche im Rahmen des Projekts „Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection“ vorgeschlagen wurden (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2008: 3-4). Außerdem führten sie eine Gesprächsreihe mit Abgeordneten sowohl der Verkhovna Rada der Ukraine als auch der einzelnen Stadträte in den Projektpilotregionen durch, um diese zur Annahme der Gesetzesvorschläge zur Stärkung des Bürgerrechtsschutzes in ländlichen Gebieten, die im Rahmen des weiteren EU-Projekts des CCC „Improving Access of the Rural Population to Justice“ entworfen wurden, zu bewegen (vgl. Bayda/Pyzhov 2008: 11). Darüber hinaus wurden Informations- und Advocacy-Kampagnen zur Einflussnahme auf die Meinung politischer Entscheidungsträger eingesetzt. So konnte *Ednannia* mit seiner Informationskampagne im Rahmen des Projekts „Strengthening Civil Society“ den notwendigen öffentlichen Druck auf Abgeordnete der Verkhovna Rada der Ukraine aufbauen, um die Annahme des neuen Gesetzes über die Freiwilligenarbeit vom 21.02.2007, das zivilgesellschaftliche Kreise aufgrund seiner einzelnen Regelungen für ineffizient hielten, zu verhindern (vgl. Leiser 2007: 40). Ebenfalls führte das *HURT* eine *Advocacy*-Kampagne im Laufe der Umsetzung seines Projekts „Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights“ zur Verbesserung der sozialen Dienstleistungserbringung im Bereich des Kinderrechtsschutzes durch, die gleichzeitig die Aussetzung einer umstrittenen Regierungsverordnung in diesem Bereich bewirkte (vgl. Interview Zaviiska 2016). In manchen Fällen konnte das Personal der projektausführenden NGOs seine Fachkenntnisse der Advocacy im Laufe der Vorbereitung und Durchführung von Trainingsmaßnahmen für andere lokale NGOs oder sonstige Projektzielgruppen, in denen es explizit um Techniken und Strategien der Interessenvertretung innerhalb der einzelnen Politikdomänen ging, erweitern (*CCC*, *HURT*).

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass in der zweiten Zeitphase der Untersuchung dem Bereich der Interessenvertretung und Advocacy eine wichtige Rolle innerhalb der untersuchten Projektfälle zukam. Dies ist u. a. auf die günstigeren Voraussetzungen für den Dialog mit staatlichen Politikakteuren zurückzuführen, welche mit dem demokratischen Durchbruch infolge der Orangen Revolution herbeigeführt wurden.

Merkmalsausprägung 2: Politikmonitoring/Regierungskontrolle

Die Dimension des Politikmonitorings bzw. der Regierungskontrolle war allen fünf hiermit analysierten Projektfällen eigen. Die entsprechenden Monitoring-Arbeiten wurden in der Regel noch im Vorfeld der Projektarbeit angefertigt, um aktuelle Entwicklungen bzw. Problemlagen innerhalb der einzelnen Themenbereiche wie Arbeit der lokale NGOs an der Sicherung sozialer Dienstleistungen vor Ort (*Ednannia*), Gewährleistung des angemessenen Rechtsschutzes für sozial bedürftige Kinder (*HURT*), Sicherung der wichtigsten politischen Partizipations-, Wirtschafts- und Sozialrechte für die Vertreter der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen oder der Bewohner der ländlichen Gegenden (*CCC*) zu beobachten.

Elemente der Regierungskontrolle waren hingegen in vier von fünf Projektfällen erkennbar. Dabei ging es in der Regel um das kritische Beobachten des Handelns der nationalen oder lokalen Exekutivorgane innerhalb der genannten Themenbereiche. Analysiert wurde außerdem die Angemessenheit und Qualität der nationalen und lokalen Gesetzgebung vor dem Hintergrund der definierten gesellschaftspolitischen Problemlagen und Interessen, um die Erarbeitung entsprechender Änderungs- oder Verbesserungsvorschläge anzustoßen (*HURT*, *Ednannia*, *ISAR*, *CCC*). Diese Monitoring-Arbeiten fanden in Publikationen (*CCC*, *Ednannia*), Medienauftritten (*HURT*, *CCC*), im Rahmen der öffentlichen Veranstaltungen (*Ednannia*, *CCC*, *HURT*) oder der einzelnen Trainings- und Bildungsprogramme (*CCC*, *Ednannia*) der genannten Projekte häufig Berücksichtigung. Die

öffentlichen Darstellungen der Monitoring-Ergebnisse erlaubten es, die politischen Entscheidungsträger auf definierte Problemlagen bzw. den damit verbundenen Handlungsbedarf aufmerksam zu machen.

Merkmalsausprägung 3: Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung

In allen drei Fallbeispielen dieser Untersuchungsphase unternahmen die projektausführenden NGOs einzelne Schritte, um an der thematisch relevanten Gesetzgebung mitzuwirken. Zwei von drei NGOs erarbeiteten im Rahmen ihrer EU-geförderten Projekte eigenständige Gesetzesvorschläge (*CCC*) oder Verbesserungsvorschläge für die bestehende Gesetzgebung (*Ednannia*). Ebenfalls fand im Rahmen der untersuchten EU-Projekte der Austausch von Wissen und Expertise in Fragen der Gesetzgebung innerhalb einzelner Politikdomänen mit nationalen oder lokalen Politikakteuren statt, zum Beispiel im Rahmen der speziellen Arbeitskommissionen der nationalen Ministerien (*Ednannia*), der gemeinsamen Rechtskonsultationen mit lokalen Behörden (*HURT*) oder infolge der Abgabe von Handlungsempfehlungen an nationale und lokale Politikakteure (*HURT*, *Ednannia*). Zur Annahme der im Projektrahmen entworfenen Gesetzgebung oder Gesetzänderungsvorschläge durch Verkhovna Rada der Ukraine kam es dennoch in keinem der fünf Projektfälle.

Wesentlich weniger ausgeprägt war hingegen der Aspekt der Mitwirkung der drei NGOs an der Umsetzung der Gesetzgebung vor Ort. Im Fall des *CCC* erteilte dieses den Pilotgemeinden des Projekts „Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection“ methodische und technische Unterstützung, um ihnen beim Entwurf und der Umsetzung eigener Pläne der Raum- und Bodennutzung in ländlichen Gegenden als einer der wichtigsten Projektaufgaben zu helfen (vgl. Tvorchy Tsentr Kaunterpart 2008: 3-4). Ebenfalls versuchten einzelne NGOs das Handeln der Regierungsakteure bei der Implementierung relevanter Gesetzgebungsakte in einzelnen Bereichen durch die Abgabe von entsprechenden Politikempfehlungen (*HURT*, *Ednannia*) oder Änderungsvorschlägen zur bestehenden Gesetzgebung (*CCC*) zu beeinflussen.

Merkmalsausprägung 4: Kooperation mit Akteuren der Politik innerhalb gemeinsamer Projektarbeit

Die situative Kooperation mit Politikakteuren fand in drei der fünf untersuchten Projektfälle statt. Besonders eng arbeiteten die Experten von *Ednannia* mit dem damaligen Ministerium der Ukraine für Familie, Jugend und Arbeit zusammen, welches eine spezielle Projektgruppe für die Kooperation mit dem Projektteam gründete. Im Mittelpunkt stand dabei die Vorbereitung von Konferenzen, Seminaren und Trainingsprogrammen für Mitarbeiter der lokalen Verwaltungsbehörden und NGOs der zehn Pilotstädte des Projekts zum Thema des Projektmanagements (vgl. Leiser 2007: 36; Interview Ruda 2015). Das *CCC* konzentrierte sich innerhalb seiner EU-Projekte hingegen auf die Zusammenarbeit mit Organen der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokalen Verwaltungsbehörden. Eine Kooperation erfolgte dabei beispielsweise beim Entwurf von speziellen Plänen der Raum- und Bodennutzungsplanung zur Stärkung der wirtschaftssozialen Rechte der Bürger (*Projekt „Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection“*) oder bei der Herausgabe gemeinsamer Medienprodukte (*Projekt „Building Community Media Centers in Rural Area“*) (vgl. Tvorchy Tsentr Kaunterpart 2008: 9-11; Shutov 2008: 32).

Drei der fünf untersuchten EU-Projekte förderten ebenfalls langfristige Kooperationen mit Politikakteuren. So gründete das *HURT* beispielsweise in jedem der Stadträte der zehn Pilotstädte seines EU-Projekts sogenannte „Koordinationsräte für Kinderrechtsschutz“ unter breiter Teilnahme von lokalen NGOs, welche auch nach dem Projektabschluss ihre Arbeit fortsetzen konnten (vgl.

Interview Zaviiska 2016). Seinerseits kümmerte sich das CCC im Projekt „Building Community Media Centers in Rural Areas“ darum, die Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokale Verwaltungsbehörden in allen Pilotgemeinden für eine technische und finanzielle Unterstützung der gegründeten Medienzentren zu gewinnen, um ihre Tätigkeit zugunsten der Medien- und Meinungsfreiheit in ländlichen Gegenden nach Ablauf der EU-Förderung weiterhin zu sichern (vgl. Shutov 2008: 32). *Ednannia* hingegen konnte im Laufe seiner engen Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Ukraine für Familie, Jugend und Arbeit gut eingespielte Kommunikations- und Kooperationswege mit mehreren seiner Mitarbeiter herstellen, um diese in ihren späteren Projektaktivitäten weiterhin zu nutzen (vgl. Interview Sheihus 2015; Interview Ruda 2015).

Grundsätzlich kann am Beispiel der untersuchten EU-geförderten Projekte festgehalten werden, dass sich in der zweiten Untersuchungsphase die Spielräume der NGOs für eine Kooperation mit Politikakteuren im Vergleich zu denen der ersten Untersuchungsphase vergrößerten. Dennoch war es weiterhin problematisch, das Interesse seitens der Politikakteure bzw. notwendige institutionelle Kapazitäten zu sichern, um die eingeleiteten Kooperationen nach dem Schluss der Projektfinanzierung auf dem qualitativ gleichen Niveau fortzusetzen (vgl. Interview Zaviiska 2016; Interview Hubar 2015).

c) Analyse der Ergebnisse für die dritte Zeitphase der Untersuchung (2010–2015)

Merkmalsausprägung 1: Interessenvertretung/Advocacy

Alle 13 NGOs der dritten Untersuchungsphase setzten sich in ihren EU-Projekten in verschiedenem Maße mit den Aufgaben der Interessenvertretung bzw. Advocacy auseinander.

Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung sicherten in 14 der 15 untersuchten Projektfälle grundsätzlich drei Formen von Maßnahmen: Erstens nutzten die NGOs unterschiedliche Formen der Medien- und Pressearbeit wie Beiträge in Print- und Onlinemedien, Auftritte in Radio- und Fernsehsendungen, Nutzung der sozialen Netzwerke, Verbreitung von Sozialwerbung etc. Zweitens wurden unter den Akteuren der Politik und Zivilgesellschaft gezielt relevante Informationen in Form einzelner Projektprodukten wie Leaflets, Projektnewsletters, Informationsbroschüren etc. verbreitet. Drittens kamen öffentliche Veranstaltungen, vor allem Pressekonferenzen und Round-Table-Gespräche als institutionalisierte Räume für die Artikulation und Begründung der definierten Interessenlagen zum Einsatz. Die meisten der untersuchten NGOs griffen auf eine Kombination solcher Maßnahmen zurück, um eine notwendige öffentliche Resonanz in Bezug auf einzelne Politikthemen hervorzurufen. Wie Maria Zolkina, die Programmdirektorin des *DIF* es bezüglich des Projekts „Civil monitoring of electoral processes“ (EIDHR, 2014–2015) kommentierte:

„Wir haben versucht, die Ergebnisse unserer umfassenden Projektforschungsarbeit mithilfe der Medien möglichst weit zu verbreiten, um dadurch die notwendige öffentliche Resonanz hervorzurufen. Denn unserer Erfahrung nach ist gerade die öffentliche Resonanz eines der wichtigsten Instrumente, die Politikakteure auf die Probleme aufmerksam zu machen, welche sie sonst lieber gar nicht wahrnehmen würden...“ (Interview Zolkina 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

In Einzelfällen stärkt eine Kombination solcher Maßnahmen innerhalb von komplexen Informationskampagnen das öffentliche Bewusstsein für einzelne Problemlagen. In der Regel wurden solche Kampagnen in Projekten umgesetzt, die sich für Änderungen der Gesetzgebung oder

umfassende Reformen innerhalb einzelner Politikdomänen wie der Erbringung von administrativen Dienstleistungen (*CPLR*, *UMDPL*), Justizreform (*CEDEM*), Wahlrechte und Wahlrechtsreform (*OPORA*, *CVU*) oder Kontrolle der öffentlichen Finanzen (*EIDOS*) einsetzten. Auch auf regionaler Ebene fanden solche Kampagnen innerhalb mancher Projekte statt. Zum Beispiel veranstaltete *EIDOS* begleitend zu seiner nationalweiten Advocacy-Kampagne auch sieben kleinere regionale Advocacy-Kampagnen unter dem Titel „Transparente Städte“, um dadurch eine effiziente zivilgesellschaftliche Kontrolle der öffentlichen Finanzen vor Ort zu fördern (vgl. Interview Taran 2015).

In mehreren Projektfällen setzten die NGOs Instrumente der Meinungsforschung und des Politikmonitorings in Advocacy-Zielen ein. Zum Beispiel wurden mehrere Meinungs- und Expertenumfragen, welche die DIF innerhalb ihres EU-Projekts „Civil monitoring of electoral process“ durchführte, im Rahmen von insgesamt 10 Pressekonferenzen und vier Round-Table-Gesprächen thematisiert bzw. in einer Reihe von *policy papers* festgehalten, welche anschließend unter den Akteuren der Zivilgesellschaft und der Politik verbreitet wurden (vgl. Barbeliuk 2015: 2-4). Auch die *Agency for Legislative Initiatives (ALI)* nutzte in ihrem regionalen EU-Projekt die Ergebnisse des in seinem Rahmen angefertigten Monitorings zu aktuellen Fortschritten im Bereich der europäischen Integration, um öffentliche Diskussionen auszulösen (vgl. EaP CSF 2013: 12). Ähnlich bemühte sich das *CPLR* in seinem EU-Projekt „Spidometer „Ukraine-EU““ darum, mit der öffentlichen Darstellung der Ergebnisse umgesetzter Monitorings der aktuellen Fortschritte der ukrainischen Regierung bei der Umsetzung einzelner demokratischer Reformen die Öffentlichkeit auf den hier noch bestehenden Handlungsbedarf aufmerksam zu machen (vgl. Kuibida/Sereda 2016: 50-53). Letztendlich nutzte das *CVU* in seinem hiermit diskutierten EU-Projekt „Legal support and education for vulnerable groups of population“ die Präsentationen der durchgeführten Monitorings, um die ukrainische Öffentlichkeit auf das Problem der niedrigen Wahlbeteiligung der Frauen in der Ukraine hinzuweisen (vgl. Lynnyk 2015: 12).

Manche NGOs verbreiteten ihre Publikationen oder sonstige Produkte der Politikforschung und Analyse unter zivilgesellschaftlichen Politikexperten bzw. in lokalen und nationalen Politikkreisen, um deren Meinung in Bezug auf einzelne gesellschaftspolitische Themen gezielt zu prägen (*DIF*, *CPLR*, *EIDOS*, *CSI*, *CEDEM*, *Internews*). Beispielsweise verbreitete die *DIF* im März 2015 in der Verkhovna Rada der Ukraine ihr Konzeptpapier „Special status of some Donbas regions: what to do with occupied territories?“. Letztendlich stimmte die Mehrheit der Abgeordneten für dessen Vorschlag ab, den Status der von Separatisten umkämpften Gebiete als „vorübergehend besetzt“ zu definieren (vgl. Barbeliuk 2015: 28).

Deutlich ausgeprägt war innerhalb der untersuchten Projekte das Element des Lobbyings der Gesetzgebung oder sonstiger politischer Entscheidungen gegenüber den nationalen und lokalen Politikakteuren. 10 der insgesamt 13 analysierten NGOs setzten sich für die Annahme der im Rahmen ihrer EU-Projekte entworfenen Gesetzgebung ein oder bemühten sich, die politischen Entscheidungsträger in ihrer Meinung zu beeinflussen, um diese zum erwünschten Handeln zugunsten der artikulierten politischen Interessen zu bewegen. Dabei setzten die meisten NGOs auf unterschiedliche Advocacy-Strategien. Der Akzent lag auf direkten Überzeugungsgesprächen mit Politikern. Die Beispiele für solche Gespräche sind zahlreich: So stellte *EIDOS* im Rahmen seines Projekts „Open Budget“ gezielt Kontakte mit insgesamt 300 Abgeordneten der Verkhovna Rada der Ukraine her, um diese zur Unterstützung des Gesetzentwurfs zur Neuregulierung von öffentlichen Ausgaben zu bewegen. Außerdem nutzte die Organisation ihre eingespielten Kontakte zu einzelnen Vertretern der ukrainischen Regierung, um sie von der Übernahme der im Projekt entworfenen Software als einer nationalen Strategie zur Transparenzkontrolle im Bereich der öffentlichen

Finanzen zu überzeugen (vgl. Tarnai 2016: 54). *OPORA* konnte seinerseits im Rahmen des Projekts „European practices and standards for Ukrainian elections“ insgesamt 30 bilaterale Gespräche mit Spitzenpolitikern der Verkhovna Rada der Ukraine führen, weswegen sein Gesetzentwurf zur Reform des Kommunalwahlrechts letztendlich auf die Tagesordnung der Verkhovna Rada der Ukraine gesetzt wurde (vgl. Shvets 2015: 10). Das *CEDEM* veranstaltete im Rahmen seines Projekts „Reanimation Package of Reforms“ sogenannte „advocacy meetings“ mit Abgeordneten, Fraktionsvorsitzenden und der Geschäftsführung der Verkhovna Rada der Ukraine kurz vor der Abstimmung zu eingebrachten Reformgesetzen, um die Chancen auf ihre Annahme zu steigern (vgl. Shevchenko 2015: 10, 14). Verbreitet waren zudem Gespräche mit zuständigen Fachministerien, um diese als Unterstützer der angestrebten Gesetzesvorhaben gegenüber der Verkhovna Rada bzw. des Ministerkabinetts der Ukraine zu gewinnen, beispielsweise das Innenministerium (*OPORA*; *ULAF*), Justizministerium (*CPLR*, *ULAF*), Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (*CPLR*), Finanzministerium (*EIDOS*), Ministerium für regionale Entwicklung (*CSI*) etc.

Die direkte Ansprache von Politikern kombinierten mehrere NGOs mit diversen Methoden der indirekten Einflussnahme auf ihre Meinung. Am häufigsten formulierten sie hierfür Politikempfehlungen, welche an unterschiedliche Politikakteure wie Ministerien, Regierungsmitglieder, den Präsidenten, Abgeordnete der Verkhovna Rada der Ukraine, Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokale Verwaltungen adressiert waren. Diese nahmen unterschiedliche Formen an, wie Stellungnahmen (*CPLR*, *ALI*), Briefe (*CEDEM*), Aufrufe an Regierungsakteure (*EIDOS*), *open letters* oder *open statements* (*CEDEM*). Zum Beispiel unterbreitete die *ALI* im Rahmen ihres Projekts „All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education“ individuelle Politikempfehlungen an insgesamt 58 unterschiedliche territoriale Organe der Ukraine für Bildung, zum Beispiel Abteilungen für Bildung der Stadtkreis- und Gebietsverwaltungen oder Ausschüsse für Bildung der Stadt- und Gebietsräte (vgl. Kanevskyi 2013a). Einige NGOs formulierten ihre Politikempfehlungen in Form von *policy papers* oder Fachbroschüren, um diese anschließend unter nationalen und lokalen Organen der Exekutive und Legislative zu verbreiten (*CSI*, *EIDOS*, *CPLR*). Außerdem bezogen die meisten Projektfälle Politikakteure in unterschiedliche Veranstaltungsformate der Projekte mit ein, um mit ihnen über die Bedeutung der vorgeschlagenen Gesetzgebung zu diskutieren und somit ihre Unterstützung zu gewinnen. In diesem Sinne bewährten sich insbesondere Formate wie Pressekonferenzen (*CPLR*, *EIDOS*, *CEDEM*, *Internews*, *DIF* u. a.), Expertentreffen (*CPLR*, *EIDOS*, *CSI*), Briefings (*CEDEM*), politische Frühstücke (*CEDEM*, *OPORA*), öffentliche Konferenzen (*CEDEM*, *EIDOS*, *OPORA*) und Round-Table-Gespräche (*CEDEM*, *EIDOS*, *OPORA*, *CSI*, *DIF*, *CPLR*) sowohl auf der nationalen als auch auf der regionalen Ebene. Einzelne NGOs griffen in ihren Projekten extensiv auf Ressourcen der Sozialwerbung und sozialen Netzwerke zurück, um einzelne Politikzielgruppen zu erreichen (*CPLR*, *OPORA*, *EIDOS*).

In den größeren hier untersuchten EU-Projekten setzten die NGOs ebenfalls umfassende Advocacy-Kampagnen zum Lobbying der entworfenen Gesetzgebungen um (*CPLR*, *EIDOS*, *CEDEM*, *OPORA*, *CVU*). In der Regel verbanden solche Kampagnen die schon genannten üblichen Advocacy-Strategien wie direkte Ansprache von Politikern, Verbreitung von Informationen, Medienarbeit, Diskussionen innerhalb öffentlicher Veranstaltungen etc. mit anderen spezifischen Advocacy-Techniken, um mehr Effizienz in der Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger zu erreichen. Beispielsweise nutzten die *CPLR*-Experten ihre Teilnahme an speziellen Arbeitsgruppen für Reformfragen im Bereich der administrativen Dienstleistungserbringung, welche vom Justizministerium bzw. vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eingesetzt wurden, um Lobbying-Arbeit zugunsten ihrer entworfenen Gesetzgebung zu betreiben. Dadurch konnte das Projektteam die beiden Ministerien von der Relevanz des Gesetzentwurfs „Über die

Gebühren für administrative Dienstleistungen“ überzeugen, was seine Bewilligung im Ministerkabinett der Ukraine beschleunigte (vgl. Zhurba 2015: 6). Außerdem bildete das *CPLR* im Rahmen desselben Projekts ein spezielles Advocacy-Netzwerk aus NGO-Experten, um die zentralen Forderungen des Projekts zugunsten einer weitgehenden Dezentralisierungsreform im Bereich der administrativen Dienstleistungserbringung in der Ukraine gegenüber den politischen Entscheidungsträgern konsolidiert durchzusetzen (vgl. Interview Tymoshchuk 2015). Das *CEDEM* griff seinerseits auch auf solche Advocacy-Methoden zurück, wie am Tag der Abstimmung zu eingebrachten Gesetzentwürfen in der Verkhovna Rada der Ukraine unter den Abgeordneten spezielle Infografiken als Kurzdarstellungen ihrer Inhalte zu verbreiten. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projekts „Reanimation Package of Reforms“ mehrfach improvisierte Theaterstücke, symbolische Bürgeraktionen oder kleinere Demonstrationen zur Unterstützung der einzelnen Reformvorhaben organisiert (vgl. Shevchenko 2015: 12).

In manchen Projektfällen schufen die NGOs die institutionellen Voraussetzungen, um die eingeleitete Advocacy-Arbeit nicht nur während der Projektzeit, sondern auch nach deren Schluss fortsetzen zu können. In der Regel ging es um die Bildung zivilgesellschaftlicher Plattformen oder Koalitionen, in deren Rahmen sich NGO-Experten gemeinsamen Advocacy-Aufgaben widmeten. Ein treffendes Beispiel hierfür stellt die Koalition *Reanimation Package for Reforms* aus insgesamt 350 zivilgesellschaftlichen Experten, welches das *CEDEM* in Zielen einer gemeinsamen Arbeit am Entwurf und Lobbying demokratischer Schlüsselreformen mitbegründete, dar (vgl. Shevchenko 2015: 15-16). Unter den weiteren zivilgesellschaftlichen Koalitionen, welche als Advocacy-Instrumente fungierten, sind folgende zu nennen: das öffentliche soziologische Konsortium (*Projekt „Civil monitoring of electoral processes“* von *DIF*), die NGO-Initiative zur Förderung der Transparenz und Gerechtigkeit bei der Abwicklung der Staatseinkäufe im Bereich Bildung (*Projekt „All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education“* von *ALI*), die Koalition von 24 NGOs „On the responsible parliament!“ zur Förderung transparenter Ausgaben (*Projekt „Open Budget“* von *EIDOS*) und die zivilgesellschaftliche *Online-Plattform* *PROBONO* für kostenlose Rechtshilfe und Beratung (*Projekt „Access to justice through free and high-quality standards of human rights protection“* von *ULAF*). Außerdem bildete das *CEDEM* im Rahmen des Projekts „Reanimation Package of Reforms“ Advocacy-Netzwerke mit anderen führenden ukrainischen NGOs, wie *OPORA*, *CVU* oder *Internews* in Fragen der Wahlreform oder mit dem *CPLR*, um gemeinsam die eingeleitete Reform der öffentlichen Verwaltung durchzusetzen (vgl. Shevchenko 2015: 12-13).

Zwei weitere NGOs – *ALI* und *Internews* – nutzten außerdem den sogenannten „boomerang-Effekt“ als Advocacy-Methode, um ukrainische Regierungsakteure von der europapolitischen Ebene aus zu beeinflussen. Hiernach führten die NGOs Überzeugungsgespräche und Konsultationen zuerst mit EU-Akteuren in Brüssel, vor allem mit dem Europaparlament und der Europäischen Kommission, damit diese dann im Dialog mit der ukrainischen Regierung die Meinung der zivilgesellschaftlichen Akteure miteinbeziehen konnten. Dies erfolgte zum Beispiel in Bezug auf einzelne Regierungsschritte zugunsten der europäischen Integration (*ALI*) oder der Sicherung der Meinungs- und Medienfreiheit in der Ukraine (*Internews*) (vgl. Interview Andrii Kohut 2015; Interview Ermolenko 2015).

Infolge der umgesetzten Advocacy-Aktivitäten konnten insgesamt 6 der 13 NGOs aus der dritten Untersuchungsphase eine Verabschiedung einzelner Gesetzgebungsakte oder Gesetzänderungsvorschläge, welche sie im Rahmen ihrer EU-geförderten Projekte entwarfen, durch die Verkhovna Rada der Ukraine veranlassen (*CPLR*, *EIDOS*, *CSI*, *OPORA*, *CEDEM*, *ULAF*). Einzelne NGOs erreichten hingegen, dass ihre Gesetzentwürfe durch Organe der Legislative bzw. der

Exekutive zum Teil berücksichtigt, in andere Gesetzgebungsakte überführt oder zur Anregung öffentlicher Diskussionen über bestehende Reformbedürfnisse in einzelnen Politiksektoren genutzt wurden (*OPORA, CVU, CPLR*). Somit lässt sich eine generell positive Entwicklung in Bezug auf die Fortentwicklung der fachlichen Kapazitäten der 13 untersuchten NGOs dieser Untersuchungsphase feststellen; diese Kapazitäten bestimmen über ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten im Bereich der Interessenvertretung und Advocacy.

Merkmalsausprägung 2: Politikmonitoring/Regierungskontrolle

Elemente des Politikmonitorings bzw. der Regierungskontrolle waren in 13 von insgesamt 16 Projektfällen präsent. Das heißt, dass insgesamt 9 NGOs ihre Kapazitäten in diesem Bereich infolge der Umsetzung der EU-Projekte auf eine Weise trainieren konnten.

Das Monitoring aktueller Entwicklungen bzw. Problemlagen innerhalb der einzelnen Politikdomänen erfolgte mit der Einsetzung von zwei zentralen Strategien: Die erste davon umfasste die Durchführung von Interviews, öffentlichen Meinungs- und Expertenbefragungen und Analysen der Presse- und Mediendaten, um Informationen über die herrschenden Stimmungen und Wahrnehmungen der Gesellschaft in Bezug auf einzelne Politikfragen zu ermitteln (*DIF, CVU, OPORA, Internews*). Die andere Methode hingegen konzentrierte sich auf die Analyse des bestehenden rechtlich-politischen Rahmens zur Regulierung der einzelnen Politikdomänen. In erster Linie wurden hierfür relevante Gesetzgebungsakte oder sonstige Dokumentationen ausgewertet, die sich mit der Arbeit der Regierung auseinandersetzten, wie Regierungsberichte, Evaluationsstudien anderer Träger zur Arbeit der Regierung etc. (*ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CEDEM, ULAF, UHHRU*). In der Regel ging es dabei um die Festhaltung der Fortschritte der Regierung bei der Umsetzung einzelner Reformen, beispielsweise bei der Annahme der benötigten Gesetzgebung, Unterbreitung von notwendigen Änderungs- und Verbesserungsvorschlägen bezüglich der aktuellen Gesetzgebung, Vorbereitung von entsprechenden Plänen und Strategien zur Umsetzung der verabschiedeten Reformgesetzgebung etc. Zum Beispiel beteiligte sich das *CEDEM* im Rahmen seines Projekts „Reanimation Package of Reforms“ bzw. das *CPLR* im Rahmen seines Projekts „Spidometer „Ukraine-EU“ an komplexen Monitorings des Regierungshandelns bei der Vorbereitung und Umsetzung mehrerer demokratischer Schlüsselreformen wie Justiz-, Wahl-, Verwaltungs- oder Verfassungsreform. Am Schluss der meisten Monitoring-Arbeit formulierten die NGOs in der Regel entsprechende Empfehlungen an die Regierung oder erarbeiteten auch eigenständige Gesetzentwürfe. In manchen Fällen wurden die Ergebnisse solcher Monitorings sowie der damit zusammenhängenden Politikempfehlungen an Regierungsakteure in entsprechende Produkte der Politikanalyse wie Fortschritts- und Evaluationsberichte, Präsentationen und *policy papers* verarbeitet und anschließend im Rahmen unterschiedlicher Projektveranstaltungen bzw. in den Medien öffentlich dargestellt und diskutiert (*Internews, CVU, DIF*). Die Sicherung der Öffentlichkeit solcher Monitorings machte diese zu Instrumenten der Kontrolle über die nationalen bzw. lokalen Exekutiv- und Legislativorgane in ihrem Handeln, das sich auf die Umsetzung der gestellten Ziele der Demokratisierung richtete.

Die Monitorings deckten mehrere Schwächen in der Arbeit der politischen Akteure innerhalb einzelner bereichsspezifischer Fragen auf: bei der Sicherung transparenter Staatseinkäufe (*ALI, CPLR*), Gewährleistung der Menschenrechte in der Arbeit der Rechtsvollstreckungsbehörden (*ULAF, UHHRU*), Erteilung administrativer Dienstleistungen in den ukrainischen Regionen (*UMDPL, CPLR*), Einhaltung der geltenden Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlordnung (*OPORA*), Sicherung einer effizienten öffentlichen Finanzkontrolle (*EIDOS*), Einhaltung der grundlegenden Wählerrechte unter verschiedenen Bevölkerungsgruppen (*OPORA, CVU*), Sicherung

eines angemessenen Rechtsschutzes für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen (*CVU, UHHRU, ULAF*) etc. Dies definierte die Problemfelder, in denen der Handlungsbedarf besonders hoch war. Insbesondere ging es dabei um wie die Probleme im Zusammenhang mit dem mangelnden Zugang zur Justiz oder unzureichenden institutionellen Mechanismen für kostenlose Rechtshilfe und Rechtsberatung für Bürger aus den sozial schwächeren oder verletzlichen Bevölkerungsgruppen (*CVU, UHHRU, ULAF*), niedrige Wahlbeteiligung der einzelnen Bürgerschichten (*OPORA, CVU*), Schwierigkeiten bei der Gewährung von angemessener Qualität der häufigen administrativen Dienstleistungen vor Ort (*CPLR, UMDPL*), mangelnde institutionelle und finanzielle Kapazitäten für die Sicherung der regionalen Entwicklung (*CSI*), häufige Verletzungen der Meinungs- und Medienfreiheit in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (*Internews*) u. a.

Insgesamt 8 NGOs verwendeten die Ergebnisse der umgesetzten Monitorings nach dem Ende ihrer EU-Projekte weiter. Das bedeutet, dass die NGOs die erhobenen Daten zugrunde neuer Publikationen, Veranstaltungen oder Projekte legten. Maria Zolkina, Managerin des EU-Projekts „Civil monitoring of electoral processes“ des DIF bestätigt dies:

„Der Wert unseres EU-Projekts „Civil monitoring of electoral processes“ besteht vor allem darin, dass es uns die Durchführung von zahlreichen Monitorings der öffentlichen Meinung ermöglichte, welche wir wiederum in hochwertige analytische Projekte umwandeln bzw. im Rahmen unserer anderen, insbesondere der kleineren regionalen Projekte, erfolgreich einsetzen konnten. Somit ermöglicht uns die EU-Förderung, die notwendige analytische Basis für weitere Forschungen, Projekte, Präsentationen, Trainings etc. unserer Organisation zu erarbeiten.“ (Interview Zolkina 2015/eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen)

Insgesamt zeigt die durchgeführte Analyse, dass Monitoring der politischen Entwicklungen bzw. des Regierungshandelns in unterschiedlichen Bereichen der Demokratisierung ein wichtiger Teil fast aller EU-Projekte, die in der dritten Zeitphase dieser Untersuchung ausgewertet wurden, darstellte. Daraus lässt sich schließen, dass die EU-geförderte Projektarbeit sich grundsätzlich positiv auf die Watchdog-Funktion der untersuchten NGOs auswirkte.

Merkmalsausprägung 3: Mitwirkung an der Formulierung/Umsetzung der Gesetzgebung

In der dritten Zeitphase der Untersuchung konnten sich insgesamt 8 von 13 NGOs im Rahmen ihrer EU-geförderten Projekte an der Formulierung oder auch der Umsetzung der Gesetzgebung innerhalb einzelner Domänen der Demokratisierung beteiligen. Dabei ging es sowohl um die Erarbeitung eigenständiger Gesetzentwürfe (*ALI, CPLR, EIDOS, CVU, OPORA, CEDEM, ULAF*) als auch um Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zu einzelnen Gesetzen (*ALI, CPLR, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU*) oder zur ukrainischen Verfassung (*CEDEM, OPORA, CVU*). In der Regel richteten sich die entworfenen Rechtsakte an die Verkhovna Rada der Ukraine. Dennoch erarbeiteten die NGOs auch Rechtsakte für die Organe der Exekutive, wie Vorschläge für die Verabschiedung von Resolutionen des Ministerkabinetts der Ukraine (*CPLR*), Handlungsstrategien für die regionale Entwicklung der Gebietsverwaltungen (*CSI*) oder Erlasse des Ministerkabinetts (*EIDOS*). Eine Reihe von NGOs konnte dabei die Annahme der einzelnen Gesetze oder Änderungsgesetze, welche sie im Rahmen ihrer EU-Projekte entwarfen, durch die Verkhovna Rada bewirken (*ALI, CPLR, EIDOS, OPORA, CEDEM, ULAF*). In Einzelfällen wurde die vorgeschlagene Gesetzgebung zum Teil in den neuen Gesetzen der Verkhovna Rada der Ukraine oder einzelnen Regierungsentscheidungen inhaltlich übernommen (*CPLR*) oder zumindest mitberücksichtigt (*CVU*).

Die Kompetenzen der projektausführenden NGOs in Fragen der Mitwirkung an der Gesetzgebung wurden auch auf anderen Wegen gestärkt. Darunter sind vor allem zwei Formen der Maßnahmen zu nennen: Erstens beteiligten sich einzelne Projektteams als Experten innerhalb spezieller Fachkommissionen oder Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Gesetzes- und Reformvorschläge für einzelne Politikbereiche, welche in der Regel im Rahmen der zuständigen Fachministerien oder lokaler Gebietsverwaltungen eingesetzt wurden. So nahm das *CPLR* beispielsweise im Rahmen des Projekts „Improvement of the quality of administrative services“ an der Arbeitsgruppe des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung bzw. der Arbeitsgruppe des Ministeriums für regionale Entwicklung teil. Ziel der beiden Arbeitsgruppen war es, gemeinsam einzelne Verbesserungsvorschläge für die nationale Gesetzgebung im Bereich der Dezentralisierung bzw. der Erbringung administrativer Dienstleistungen zu erarbeiten. Im Endeffekt wurden die Änderungsvorschriften zum Gesetz der Ukraine „Über administrative Dienstleistungen“ vorgelegt (vgl. Zhurba 2015: 4-6; Interview Tymoshchuk 2015). *OPORA* hingegen nahm an der Arbeitsgruppe der Abgeordneten der Verkhovna Rada zur Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen für die Gesetzgebung der Ukraine im Bereich der Kommunalwahlen bzw. an der Arbeitsgruppe für Fragen der Wahlreform beim ukrainischen Ministerkabinett teil (vgl. Interview Shvets 2017). Auch das *CSI* war Teil mehrerer Arbeitsfachkommissionen, die bei allen 24 Gebietsverwaltungen zum Entwurf einzelner Strategien der regionalen Entwicklung auf Basis der entsprechenden schon bestehenden Staatsstrategie eingesetzt wurden (vgl. Romanenko 2016: 17-19). Die Experten des *CEDEM* konnten sich insgesamt an Arbeitsgruppen von sechs Ministerien im Rahmen des Projekts „Reanimation Package of Reforms“ beteiligen bzw. diese dadurch zur Übernahme von insgesamt 9 unterschiedlichen Gesetzentwürfen bewegen.²⁴⁰

Zweitens formulierten einzelne NGOs entsprechende Empfehlungen an Organe der ukrainischen Legislative und Exekutive zur Optimierung des rechtlichen Regulierungsrahmens für einzelne Politikbereiche. Beispielsweise unterbreitete das *CPLR* im Rahmen seines Projekts „Spidometer „Ukraine-EU“ eine Reihe von Empfehlungen an die ukrainische Regierung bezüglich der Umsetzung von Justizreformen und Reformen der Staatsanwaltschaft der Ukraine. Als Teil eines weiteren hier untersuchten EU-Projekts – „Improvement of the quality of administrative services“ – gab das *CPLR* in Form von Stellungnahmen und Erklärungen an nationale und lokale Organe der Exekutive eine Reihe von Empfehlungen zur Qualitätssteigerung der administrativen Dienstleistungen für die ukrainischen Bürger vor Ort ab, welche die neugegründete Regierungskoalition zum Teil im Koalitionsvertrag vom 21.11.2014 berücksichtigte (vgl. Zhurba 2015: 5).

In einzelnen Fällen unternahmen die projektausführenden NGOs ebenfalls einzelne Schritte, um die Umsetzung der Gesetzgebung vor Ort zu sichern (*CSI*, *EIDOS*, *CEDEM*). Ein gelungenes Beispiel dafür bildet das Projekt „Open Budget“ von *EIDOS*. Dem Projektteam gelang es, die Verkhovna Rada zur Annahme einer Reihe von Begleitgesetzen zur Sicherung der Implementierung des Gesetzes „Über öffentliche Ausgaben“ zu bewegen. Außerdem erreichte es, dass das Ministerkabinett in seinem entsprechenden Erlass die Übernahme des im Rahmen des Projekts entworfenen Software-Systems „Open Budget“ zur öffentlichen Finanzkontrolle als einer seiner Handlungsprioritäten anordnete bzw. gleichzeitig das entsprechende Implementierungskonzept verabschiedete (vgl. Tarnai 2016: 9). Auf lokaler Ebene bewegte dies insgesamt 41 Stadträte zur

²⁴⁰ Darunter sind das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Ministerium für regionale Entwicklung, Justizministerium, Bildungsministerium, Ministerium für Energie und Kohlindustrie, und Finanzministerium der Ukraine zu nennen (vgl. Shevchenko 2015: 21).

Annahme der entsprechenden Haushaltsreglemente, die die Umsetzung des Open-Budget-Konzepts vor Ort regelten. Im Endeffekt konnte das Projektteam 43 lokale Verwaltungsbehörden zur Übernahme der entwickelten Software als *e-governance*-Instrument zur Kontrolle ihrer öffentlichen Finanzen bewegen (vgl. ebd.: 33).

Manche NGOs bestätigten, sich auch nach Projektschluss mit der Förderung einer effizienteren Umsetzung der nationalen und lokalen Gesetzgebung, welche im Rahmen ihrer EU-Projekte entworfen wurde, auseinander zu setzen. So erklärte das *CEDEM*, sich nach Abschluss seines EU-Projekts weiterhin auf die Verbesserung der Umsetzung mehrerer Reforminitiativen im Bereich der Justiz- und Verwaltungsreform, die die Organisation in der NGO-Koalition „Reanimation Package of Reforms“ mitbewirken konnte, konzentrieren zu wollen. Expertenaustausch, Zuarbeit der lokalen Verwaltungsbehörden und präzises Monitoring der Implementierungsfortschritte sollen hierzu dienen (vgl. Shevchenko 2015: 17-18). Ähnlich setzte sich das *CSI* als Priorität, nach dem Abschluss des Projekts „Regional Policy in Ukraine“ weiterhin mit 24 Gebietsverwaltungen zusammenzuarbeiten, um diese bei der Umsetzung der im Projekt entworfenen einzelnen Strategien der regionalen Entwicklung zu unterstützen (vgl. Romanenko 2016: 12).

Merkmalsausprägung 4: Kooperation mit Akteuren der Politik innerhalb gemeinsamer Projektarbeit

Der demokratische Umbruch infolge der *Euromajdan*-Revolution eröffnete neue Räume und Perspektiven für die Zusammenarbeit der ukrainischen NGOs mit nationalen und lokalen Politikakteuren (vgl. Kap. 6.2.3). Dies zeigte sich ebenfalls am Beispiel der 13 hier analysierten NGOs, welche in der dritten Zeitphase dieser Untersuchung von der EU gefördert wurden.

In Bezug auf die situative Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Projektaufgaben überwog in dieser Phase die Kooperation mit nationalen Fachministerien (*Ednannia*, *CPLR*, *CSI*, *OPORA*, *CEDEM*, *ULAF*). In manchen Fällen ging es dabei um die Zusammenarbeit zwischen den Projektteams und den Fachministerien innerhalb der einzelnen Arbeitsfachgruppen, welche in Zielen der Erarbeitung von Reform-, Gesetz- oder Gesetzesänderungsvorschlägen temporär gebildet wurden. Beispielsweise beteiligte sich das *CPLR* an drei, das *CEDEM* an sechs solcher Arbeitsfachgruppen der einzelnen Ministerien (vgl. Shevchenko 2015: 21; Zhurba 2015: 4-6). In anderen Fällen ging es um die Kooperation mit Fachministerien innerhalb der einzelnen Programmpunkte der EU-Projekte, zum Beispiel: gemeinsame Trainings- und Seminarprogramme zu Fragen der Erweiterung von Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Akteure mit dem Ministerium für Jugend und Familie (*Ednannia*), gemeinsame Tutorials und Fachberatungen für lokale Akteure der Politik und Zivilgesellschaft in Fragen der Gründung von Bürgerbüros für kostenlose Rechtshilfe mit dem ukrainischen Innenministerium (*ULAF*) oder gemeinsame Organisation von Arbeitsfachkommissionen für regionale Entwicklung innerhalb der ukrainischen Gebietsverwaltungen (*CSI*). Neben den Fachministerien arbeiteten die NGOs in Einzelfällen auch mit dem Ministerkabinett der Ukraine zusammen, wie mit dem Büro des Vizepremierministers bei der Erarbeitung gemeinsamer Gesetzesvorschläge zur Stärkung der Organe der lokalen Selbstverwaltung in der Erbringung administrativer Dienstleistungen (*CPLR*) oder der Arbeitsgruppe für Reformfragen der Wahlgesetzgebung des Ministerkabinetts (*OPORA*).

Auf lokaler Ebene kooperierten die NGOs in den meisten Fällen mit Gebietsverwaltungen. So arbeitete das *CVU* in seinem EU-Projekt „Legal support and education for vulnerable groups of population“ mit einzelnen Justizabteilungen der ukrainischen Gebietsverwaltungen zusammen, um gemeinsam Maßnahmen für die Sicherung kostenloser Rechtshilfe und Rechtsberatung für sozial verletzte Bevölkerungsgruppen umzusetzen (vgl. Lynnyk 2015: 6-7). *EIDOS* stieß seinerseits die

Kooperation mit insgesamt 43 lokalen Stadtkreis- und Gebietsverwaltungen an, um diese bei der Übernahme und Umsetzung der Software „Open Budget“ zur transparenten öffentlichen Kontrolle über lokale Ausgaben zu unterstützen (vgl. Tarnai 2016: 21-23).

Die nächste Dimension der Zusammenarbeit mit staatlichen Politikakteuren innerhalb der untersuchten Projektfälle betraf die Ebene der nationalen und lokalen Organe der Legislative. Hierfür wurde überwiegend mit der Verkhovna Rada der Ukraine zusammengearbeitet. Zum Beispiel arbeiteten *CEDEM*-Experten zusammen mit anderen Experten der Koalition „Reanimation Package of Reforms“ mit insgesamt 262 Abgeordneten der Verkhovna Rada der Ukraine an der Vorbereitung unterschiedlicher Gesetzesinitiativen zusammen (vgl. Shevchenko 2015: 20). Ausgeprägt war die Kooperation mit der Verkhovna Rada der Ukraine ebenfalls im Projekt „European practices and standards for Ukrainian elections“ von *OPORA*. Die Experten der NGO beteiligten sich an einer speziellen Arbeitsgruppe der Verkhovna Rada der Ukraine, die sich mit dem Entwurf einzelner Verbesserungs- und Änderungsvorschläge für das Gesetz der Ukraine „Über die Kommunalwahlen“ auseinandersetzte. Darüber hinaus fand eine Kooperation mit den Abgeordneten der Verkhovna Rada der Ukraine im Rahmen einer Advocacy-Kampagne statt, mit welcher *OPORA* die im Rahmen des Projekts entworfenen Änderungen zum Strafgesetzbuch, welche eine strafrechtliche Verantwortung für Verstöße gegen die Wahlrechtsordnung einführen sollten, durchzusetzen versuchte (vgl. Shvets 2015: 7). Zwei weitere NGOs – *ULAF* und *UMDPL* – arbeiteten innerhalb ihrer EU-Projekte mit dem Büro des Hohen Beauftragten der Ukraine für Menschenrechte zusammen, um die zivilgesellschaftlichen NGOs und Aktivisten für Menschenrechte zu unterstützen (*ULAF*) oder auch gemeinsame Expertentreffen und Präsentationen zu organisieren (*UMDPL*).

Auf der Ebene der lokalen Legislativorgane fand in Einzelfällen ebenfalls eine Kooperation statt. Zu nennen sind hier vor allem zwei NGOs – *CSI* und *EIDOS*. So stieß *CSI* innerhalb des Projekts „Regional Policy in Ukraine“ eine Kooperation mit insgesamt 24 Gebietsräten der Ukraine an, um mit ihnen an der Organisation der geplanten Arbeitsfachgruppen für den Entwurf von Strategien für die regionale Entwicklung auf der Ebene der Gebietsverwaltungen zusammenzuarbeiten (vgl. Romanenko 2016: 12-14). *EIDOS* hingegen konnte im Rahmen seines Projekts „Open Budget“ die Kooperation mit insgesamt 41 Stadträten in Gang setzen, um diese zur Annahme der entsprechenden Reglemente zur Übernahme der im Projekt entworfenen Software zur öffentlichen Finanzkontrolle zu bewegen (vgl. Tarnai 2016: 4).

In Einzelfällen konnten solche Kooperationen auch nach Projektabschluss erhalten bleiben. Einerseits nutzten die NGOs die dadurch entstandenen Kontakte zu Politikakteuren, um mit ihnen gelegentlich nach Projektabschluss zusammenzuarbeiten, insbesondere bei der Organisation und Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen, Bildungs- und Trainingsmaßnahmen oder im Rahmen diverser Lobbying-Aktivitäten zugunsten der einzelnen Gesetzinitiativen (*ALI*, *CPLR*, *Ednannia*, *OPORA*, *CVU*, *CEDEM*, *ULAF*, *UMDPL*). Darunter soll das Beispiel des *CEDEM* betont werden, das seine im Projektverlauf hergestellten Kontakte mit dem Nationalen Rat für Reformen und der Verkhovna Rada der Ukraine auch nach dem Projektabschluss nutzen konnte, um die einzelnen Reformvorhaben der NGO-Koalition „Reanimation Package of Reforms“ weiterhin durchzusetzen (vgl. Shevchenko 2015: 17). In manchen Fällen entwickelten sich aus der projektbezogenen Zusammenarbeit langfristig angelegte Kooperationsformate. So stieß das Projekt „Reanimation Package of Reforms“ (*CEDEM*) die Bildung einer speziellen Abgeordnetengruppe „Club of Reforms“ an, die weiterhin mit Experten der durch das Projekt gegründeten Koalition von NGO-Experten an unterschiedlichen demokratischen Reformen zusammenarbeitete (vgl. ebd.: 21). Die *ULAF* leitete infolge der Projektumsetzung eine systematische Kooperation mit dem Büro des Hohen Beauftragten der Ukraine für Menschenrechte ein, um sich mit seiner Unterstützung für einen

effizienteren Schutz der Menschenrechte in ukrainischen Rechtsvollstreckungsbehörden einzusetzen (vgl. Interview Sioma 2015). *OPORA* bestätigte dabei, nach dem Schluss des EU-Projekts „European practices and standards for Ukrainian elections“ mit einem Kreis interessierter Abgeordneter der Verkhovna Rada der Ukraine im Bereich einer Kommunalwahlreform weiterhin zusammenzuarbeiten (vgl. Interview Shvets 2017). In den meisten Fällen konnte dennoch empirisch nicht nachverfolgt werden, wie beständig die in ihrem Rahmen eingeleiteten Kooperationen mit staatlichen Politikakteuren waren. Dafür wäre eine weitere Analyse der Tätigkeit der NGOs nach Ablauf des Projekts mithilfe von empirischen Angaben notwendig, die im Rahmen dieser Untersuchung nicht zur Verfügung standen.

13.5.1.2.3 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Die unten angeführte Tabelle fasst die Ergebnisse der durchgeführten Analyse entlang der Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“, ihre einzelnen Merkmalsausprägungen und ihre Typen noch einmal zusammen.

Tab. 39: Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren Kapazitäten der Einflussnahme auf Politik bzw. der Kooperation mit dem Staat

NGO	Merkmalsausprägungen und ihre Typen							
	Interessenvertretung/ Advocacy		Politikmonitoring/ Regierungskontrolle		Mitgestaltung/ Umsetzung der Gesetzgebung		Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit	
	Einfluss auf öffentliche Meinungs- bildung	Interessen- vertretung/ /Lobbying der Gesetz- gebung gegenüber den Politik- akteuren	Monitoring der Entwick- lungen innerhalb der einzelnen Politik- domänen	Beobach- tung/ Analyse des Regie- rungs- handelns	Mit- wirkung an der Formu- lierung der Gesetz- gebung	Mit- wirkung an der Umset- zung der Gesetz- gebung	Ein- leitung von lang- fristigen Koope- rationen	Gemein- same Projekt- aktivi- täten
Erste Zeitphase (1994–2005)								
HURT	+	+	+	---	---	---	+	---
CCC	+	+	+	+	+	+	---	+
Ednannia	+	+	+	---	+	---	+	+
Zweite Zeitphase (2005–2010)								
Ednannia	+	+	+	+	+	---	+	+
HURT	+	+	+	+	---	---	+	---
CCC	+	+	+	+	+	+	+	+
Dritte Zeitphase (2010–2015)								
DIF	+	+	+	+	+	---	---	---
ALI	+	+	+	+	+	---	---	+
Ednannia	+	---	+	---	---	---	---	+
CPLR	+	+	+	+	+	---	+	+
EIDOS	+	+	+	+	+	+	+	+
CSI	+	+	+	+	+	+	+	+
OPORA	+	+	+	+	+	---	+	---
CEDEM	+	+	+	+	+	+	+	+

CVU	+	+	+	---	+	---	---	+
ULAF	+	+	+	---	+	---	+	+
UHHRU	+	+	+	---	+	---	---	---
UMDPL	+	+	+	+	---	---	---	+
Inter- news	+	+	+	+	---	---	---	---
Insgesamt	15	15	15	12	12	4	9	10

Quelle: eigene Darstellung

Von Interesse sind dabei insbesondere folgende Erkenntnisse: Erstens wurden alle 15 NGOs mindestens in einer der Untersuchungsphasen infolge der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte in Kapazitäten gefördert, die sie bei der Ausübung von Aufgaben der Interessenvertretung und Advocacy unterstützten. Auffällig ist dabei, dass alle NGOs entlang der drei Zeitphasen der Untersuchung innerhalb ihrer EU-Projekte Tätigkeiten betrieben, bei denen um gezielte Einflussnahme auf die Meinung der (politischen) Öffentlichkeit ging. Bis auf den Fall von *Ednannia* in der dritten Untersuchungsphase bewegte ihre geleistete Projektarbeit ebenfalls alle NGOs in allen drei Zeitphasen dazu, sich in Fragen der Interessenvertretung gegenüber politischen Entscheidungsträgern fortzuentwickeln. In den meisten Fällen ging es dabei um Lobbying der Gesetzgebung oder der einzelnen politischen Entscheidungen gegenüber den nationalen bzw. lokalen Legislativ- und Exekutivorganen. Am häufigsten setzten die NGOs als Advocacy-Instrumente unterschiedliche Formen der Medien- und Pressearbeit, gezielte Verbreitung von Informationen unter Projektzielgruppen, öffentliche Projektveranstaltungen, direkte Ansprache von Politikern und gezielte Informations- bzw. Advocacy-Kampagnen ein.

Stark ausgeprägt war ebenfalls das Element des Politikmonitorings. Alle untersuchten NGOs konnten im Laufe ihrer EU-Projekte ihre Kompetenzen auf diesem Gebiet erweitern. Meistens ging es um die Anfertigung von Monitoring-Studien oder die Umsetzung komplexer Monitoring-Kampagnen in Bezug auf aktuelle Entwicklungen und Problemstellen in der rechtlich-politischen Regulierung der einzelnen Politikdomänen. 12 von 15 NGOs setzten solche Politikmonitorings zugleich in Zielen der Regierungskontrolle ein, indem sie deren Ergebnisse öffentlich kommunizierten. Dadurch schafften die NGOs zusätzliche Möglichkeiten, die Regierung auf den bestehenden Handlungsbedarf innerhalb der angesprochenen Themen hinzuweisen.

Drei Viertel aller untersuchten NGOs setzten sich in ihren Projekten mit dem Entwurf von Gesetzen, Änderungsgesetzen oder Empfehlungen in Bezug auf die Verbesserung der schon vorhandenen Gesetzgebung innerhalb der einzelnen Domänen der Demokratisierung auseinander. Vier NGOs konnten in ihren Projekten außerdem einzelne Schritte unternehmen, die auf die Sicherung der Implementierung der in ihrem Rahmen entworfenen Gesetzgebung oder Reforminitiativen vor Ort gerichtet waren. Das zeigt, dass die Einbeziehung der NGOs in die Politikumsetzung vor Ort in der Ukraine grundsätzlich wenig verbreitet war. Nicht zuletzt lässt dies sich auf die Resistenz der nationalen und lokalen Exekutivorgane zurückzuführen, die NGOs als Kooperationspartner in Fragen der Reformimplementierung wahrzunehmen (vgl. Interview Shvets 2017; Interview Palyvoda 2015; Interview Taran 2015). Das erklärt, warum in Bezug auf die letzte Merkmalsausprägung dieser Kategorie – der Kooperation mit Akteuren der Politik innerhalb gemeinsamer Projektaufgaben – weniger NGOs relevante Ergebnisse aufweisen konnten als in Bezug auf die restlichen drei Merkmalsausprägungen. In den Projektfällen, in denen es zur Kooperation mit

staatlichen Politikakteuren kam, gestaltete sich diese primär innerhalb gemeinsamer Aufgaben wie dem Entwurf der Gesetzgebung, der Vorbereitung einzelner Veranstaltungen, Trainings- und Bildungsprogramme oder Sicherung gemeinsamer Unterstützung für einzelne zivilgesellschaftliche Initiativen, die infolge der Projektarbeit zustande kamen. Insgesamt konnten zehn NGOs einzelne Aktivitäten in Kooperation mit staatlichen Akteuren im Rahmen ihrer EU-Projekte umsetzen; neun davon konnten auch die benötigten Voraussetzungen schaffen, um die eingeleiteten Kooperationen nach dem Projektabschluss weiterhin fortzusetzen.

13.5.1.3 Analyse der zentralen Ergebnisse der Untersuchung entlang der Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“

13.5.1.3.1 Ableitung der zentralen Typen der Projektergebnisse entlang einzelner Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“

Die unten stehende Tabelle bietet eine Übersicht über die zentralen Typen der Projektergebnisse, die die ausführenden NGOs in ihren Fähigkeiten der Kommunikation bzw. des Networkings mit Akteuren der Politik bzw. der Öffentlichkeit fortentwickelten. Insgesamt wurden pro Typ jeder Merkmalsausprägung zwei Typen zutreffender Projektergebnisse definiert. Im Bereich der politischen Kommunikation waren die Ergebnisse von Relevanz, welche Elemente des Informations- und Erfahrungsaustausches bzw. des Networkings mit Akteuren der nationalen oder lokalen Politikebenen beinhalteten. Außerdem wurden in Einzelfällen die Kapazitäten der NGOs in diesem Bereich trainiert, indem sie unterschiedliche Trainings- und Bildungsmaßnahmen für Projektzielgruppen zum Thema der politischen Kommunikation veranstalteten und dadurch ihre Fachkenntnisse auf diesem Gebiet automatisch erweiterten. In Bezug auf die Dimension der Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. der Öffentlichkeit erfassen die definierten Typen der zutreffenden Projektergebnisse meistens die Aktivitäten, welche sich unterschiedlichen Formen der Öffentlichkeitsarbeit auf der einen bzw. des Dialogs und der Netzwerkbildung mit anderen NGOs, zivilgesellschaftlichen Initiativen oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren auf der anderen Seite widmeten.

Tab. 40: Typisierung der Projektergebnisse bzw. der damit zusammenhängenden Förderstrategien und Maßnahmen entlang der Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“

Merkmalsausprägung 1: politische Kommunikation	
<i>Typ 1.1: Dialog mit Akteuren der nationalen/lokalen Politik</i>	
Typ der Projektergebnisse	Typische Formen der umgesetzten Förderstrategien und Maßnahmen
Austausch/Networking mit nationalen/lokalen Politikakteuren	<ul style="list-style-type: none"> • Informations-, Meinungs- oder Erfahrungsaustausch mit nationalen/lokalen Politikakteuren infolge ihrer Teilnahme an einzelnen Projektveranstaltungen wie Konferenzen, Trainings etc. • Kommunikationsförderung mit nationalen/lokalen Politikakteuren infolge gemeinsamer Umsetzung der einzelnen Projektaufgaben wie Trainingsprogramme, Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure in ihrem demokratischen Engagement, Teilnahme an gemeinsamen Strukturen/Gremien etc.

Bildungsmaßnahmen/strategische Fortentwicklung im Bereich der politischen Kommunikation	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung- und Beratungsmaßnahmen zum Thema der politischen Kommunikation wie Trainings, Seminare etc.; • Verbesserung/Aneignung von neuen Strategien und Methoden der politischen Kommunikation infolge der umgesetzten Projektarbeit
<i>Typ 1.2: Netzwerkbildung mit nationalen/lokalen Politikakteuren</i>	
Bildung der Netzwerke mit nationalen/lokalen Politikakteuren infolge der Projektarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung von institutionalisierten Formen der Kommunikation bzw. des Networkings mit nationalen/lokalen Politikakteuren in Form von Koalitionen, Netzwerken, Plattformen etc.
Vernetzung innerhalb der einzelnen Politikorgane	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung der NGO-Experten in unterschiedliche Gremien der staatlichen Politikorgane wie Arbeitsgruppen, Bürgerräte, Fachkommissionen etc. in Zielen ihrer Zusammenarbeit an einzelnen Politikfragen
Merkmalsausprägung 2: Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit	
<i>Typ 2.1: Dialog und Netzwerkbildung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren</i>	
Austausch/Networking mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren	<ul style="list-style-type: none"> • Informations-, Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren infolge der gemeinsamen Teilnahme an einzelnen Aktivitäten und Veranstaltungen des Projekts; • Kontaktaufnahme mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft in Zielen der demokratieförderlichen Zusammenarbeit
Bildung der Netzwerke mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung der institutionalisierten Netzwerke mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Zielen der weiteren Kommunikation oder Zusammenarbeit, u. a. in Form von NGO-Koalitionen, Plattformen, Expertengruppen etc.; • Einbeziehung der NGO-Experten in schon bestehende institutionalisierte Formen der Kommunikation auf der zivilgesellschaftlichen Ebene wie Netzwerke, Koalitionen, Plattformen
<i>Typ 2.2: Öffentlichkeitsarbeit</i>	
Medien- und Pressearbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Auftritte im Fernsehen und Radio, Publikationen in Print- und Onlinemedien; • Nutzung der sozialen Werbung und sozialen Netzwerke als Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit
Verbreitung von Informationen /Informationskampagnen	<ul style="list-style-type: none"> • Verbreitung von Informationen zum Projekt in Form von Borschüren, Leaflets, Projektnewsletters, Banners, Plakaten etc.
Austausch mit der Öffentlichkeit im Rahmen der Projektveranstaltungen	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung der einzelnen Projektveranstaltungen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Abläufe/Ergebnisse der Projektarbeit wie Konferenzen und Pressekonferenzen, Round-Table-Gespräche, Foren, Seminare etc.

Quelle: eigene Darstellung

Die nächste Tabelle veranschaulicht, welche NGOs innerhalb jeder der Zeitphasen der Untersuchung entlang einzelner Typen der beiden Merkmalsausprägungen dieser Auswertungskategorie im Laufe der Umsetzung ihrer EU-Projekte gefördert wurden. Im Anschluss daran werden die Ergebnisse nach einzelnen Zeitphasen der Untersuchung dargestellt. Dies soll zeigen, wie die 15 ausgesuchten NGOs in ihrer Funktion der Kommunikation mit unterschiedlichen Interaktionsebenen durch die entsprechende EU-Projektförderung gestärkt wurden.

Tab. 41: Die EU-Förderung der einzelnen NGOs entlang der Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“ innerhalb der drei Zeitphasen der Untersuchung

Merkmalsausprägung	Typ der Merkmalsausprägung	Typen der Projektergebnisse	Geförderte NGOs entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung		
			Phase I (1994–2005)	Phase II (2005–2010)	Phase III (2010–2015)
<i>Politische Kommunikation</i>	Dialog/ Networking mit Akteuren der nationalen/ lokalen Politik	Austausch/Networking mit nationalen/lokalen Politikakteuren	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UMDPL, Internews
		Bildungsmaßnahmen mit Bezug auf die Themen der politischen Kommunikation	Ednannia	Ednannia	Ednannia, OPORA, CVU, CPLR, EIDOS, CEDEM
	Netzwerkbildung mit Akteuren der nationalen/ lokalen Politik	Bildung der Netzwerke mit nationalen/lokalen Politikakteuren infolge der Projektarbeit	CCC, Ednannia	Ednannia	CPLR, CEDEM
		Vernetzung innerhalb der einzelnen Politikorgane	CCC	Ednannia, CCC	EIDOS, CSI, OPORA, CEDEM
<i>Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren/ der Öffentlichkeit</i>	Dialog, Networking und Netzwerkbildung mit anderen NGOs/ sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren	Austausch/Networking mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, CSI, EIDOS, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews
		Netzwerkbildung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren	CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CEDEM, ULAF, UHHRU, Internews
	Öffentlichkeitsarbeit	Medien- und Pressearbeit	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews
		Verbreitung von Informationen/ Informationskampagnen	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews
		Austausch mit der Öffentlichkeit im Rahmen von Projektveranstaltungen	CCC, HURT, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UMDPL, Internews

Quelle: eigene Darstellung

13.5.1.3.2 Analyse der zentralen Ergebnisse entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung

a) Analyse der Ergebnisse für die erste Zeitphase der Untersuchung (1994–2005)

Merkmalsausprägung 1: politische Kommunikation

Die hier analysierten EU-Projekte der ersten Zeitphase der Untersuchung räumten der Kommunikation mit politischen Akteuren keine prioritäre Bedeutung ein. Nicht zuletzt lässt sich auf den eher sozial als politisch orientierten Charakter der untersuchten Projekte zurückführen. Die meiste Kommunikation mit Politikakteuren fand auf der lokalen Politikebene statt. So kommunizierten die NGOs in jedem der vier Projektfälle mit lokalen Politikern oder Mitarbeitern der lokalen Verwaltungen in Form von bilateralen Beratungsgesprächen (*HURT*) oder innerhalb einzelner Projektveranstaltungen wie Round-Table-Gespräche (*CCC*, *Ednannia*), Studienbesuche (*Ednannia*) oder gemeinsame Trainingsprogramme (*Ednannia*), über die Projekthalte. Das Networking der NGO-Mitarbeiter mit lokalen Politikakteuren fand ebenfalls infolge der gemeinsamen Teilnahme an einzelnen zivilgesellschaftlichen Initiativen im Rahmen der EU-Projekte, wie an zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen zum Ausbau der lokalen Selbstverwaltung im Projekt „Toloka“ des *CCC* oder an Zentren der sozialen Partnerschaft im Projekt „NGO-Development“ von *Ednannia*, statt. In manchen Fällen wurde die Kommunikation mit der lokalen Politikszene automatisch mitgefördert, indem die Projektextperten eine Vermittlungsrolle zwischen lokalen Behörden und den lokalen NGOs übernahmen, um ihre Kooperation in sozial orientierten Themen zu fördern (*Ednannia*, *HURT*).

In deutlich geringerem Umfang kommunizierten die Experten der projektausführenden NGOs mit Politikakteuren der nationalen Ebene. Im Projekt „Toloka“ schränkte sich diese Kommunikation auf einzelne Gespräche mit Abgeordneten der Verkhovna Rada der Ukraine infolge einer Advocacy-Kampagne des Projektteams für die Annahme der im Projektrahmen entworfenen Gesetzgebung ein (vgl. Komanda proektu TOLOKA o.D.: 20-22). Die Experten von *Ednannia* konnten ihrerseits im Projekt „NGO Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions“ im Rahmen gemeinsamer Treffen bzw. Trainingsprogramme mit den Mitarbeitern des Ministeriums für regionale Entwicklung der Ukraine auf der einen und des Ministeriums für Jugend und Familie der Ukraine auf der anderen Seite kommunizieren (vgl. Leiser 2004: 56).

Merkmalsausprägung 2: Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit

Die Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren war eine der wichtigsten Dimensionen aller hiermit untersuchten EU-Projekte der ersten Zeitphase. Alle Projektfälle förderten den Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch der projektausführenden NGOs vor allem mit anderen lokalen NGOs bzw. zivilgesellschaftlichen Aktivisten als einzelnen Projektzielgruppen im Rahmen unterschiedlicher Veranstaltungsformate wie Round-Table-Gespräche (*HURT*, *CCC*, *Ednannia*), Trainingsreihen (*HURT*, *CCC*, *Ednannia*), Open-Space-Events (*HURT*), öffentliche Projektpräsentationen (*CCC*) etc. Im Rahmen des Projekts „Toloka“ fand ebenfalls eine intensive Kommunikation mit zwei weiteren NGOs als unmittelbaren Projektpartnern des *CCC* – *Committee of Voters of Ukraine (CVU)* und *Civil Society Institute (CSI)* – statt.

Die Netzwerkbildung als Form der Kommunikationsförderung der NGOs untereinander war in zwei Fällen zu beobachten – infolge der Gründung der zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen im

Projekt „Toloka“ des CCC und der sogenannten „Zentren der sozialen Partnerschaft“ im Projekt „NGO Development – Ukraine, Kyiv und Selected Regions“ von *Ednannia*. So bezog man die Experten von *Ednannia* Teil einer systematischen Kommunikation mit mehreren lokalen NGOs, die sich an den genannten Zentren beteiligten, im Rahmen einzelner Betreuungsmaßnahmen wie Beratungsgespräche, Studienreisen oder auch im Laufe der Verwaltung spezieller zivilgesellschaftlicher Makroprojektprogramme, mit ein (vgl. Leiser 2004: 52-56). Wie es auch Olena Hubar, die Managerin des Projekts bestätigte, bewährten sich die gegründeten Zentren der sozialen Partnerschaft als stabile Kommunikationskanäle zwischen *Ednannia* und lokalen sozial orientierten NGOs der fünf Teilnehmerstädte des Projekts (vgl. Interview Hubar 2015). Ähnlich motivierte dies im Fall von Projekt „Toloka“ das Projektteam des CCC im Laufe der Betreuung lokaler zivilgesellschaftlicher Initiativgruppen dazu, mehrere Kontakte mit lokalen NGOs der Teilnehmerstädte des Projekts zu knüpfen bzw. diese auch nach Ablauf des Projekts weiterhin zu pflegen. In der Praxis war es aber schwierig, die Kommunikation nach dem Ende der EU-Projektfinanzierung auf einem gleichen hohen Niveau aufrechtzuerhalten (vgl. Interview Palyvoda 2015).

Der Austausch mit der Öffentlichkeit erfolgte überwiegend durch die Verbreitung von Projektnewsletters (*CCC, Ednannia, HURT*), Beiträgen auf Projektwebsites (*Ednannia, CCC*) und Publikationen in Medien (*CCC, Ednannia, HURT*). Außerdem führte das CCC im Rahmen seines Projekts „Voters Education and Mobilisation“ eine Reihe von lokalen Informationskampagnen in fünf Pilotstädten durch, um die Bürger über ihre Rechte als Wähler bzw. sonstige Themen in Verbindung mit demokratischen Wahlen zu unterrichten (vgl. Palyvoda 2005: 6-11).

b) Analyse der Ergebnisse für die zweite Zeitphase der Untersuchung (2005–2010)

Merkmalsausprägung 1: politische Kommunikation

Auch in der zweiten Untersuchung fand die meiste Kommunikation mit Politikakteuren innerhalb EU-geförderter Projekte auf der lokalen Ebene statt. So kommunizierten die NGOs in allen hiermit analysierten Projektfällen mit Organen der lokalen Selbstverwaltung, Stadtkreis- oder Gebietsverwaltungen. Den institutionellen Raum für diese Kommunikation baten einerseits gemeinsame Projektveranstaltungen wie Konferenzen (*Ednannia, HURT, CCC*), *open space events* bzw. Round-Table-Gespräche (*Ednannia*) oder auch Kommunikationsforen (*HURT*). Andererseits wurden unterschiedliche Trainings-, Bildungs- und Beratungsmaßnahmen in thematischer Verbindung mit einzelnen Projektaufgaben als Rahmen für den Informations- und Erfahrungsaustausch miteinander genutzt. Beispielsweise entwarf *Ednannia* im Projekt „Strengthening Civil Society“ eine spezielle Seminarreihe für die Mitarbeiter der 24 ukrainischen Gebietsverwaltungen zum Thema der Kooperation in sozialpolitischen Fragen mit zuständigen Fachministerien. Außerdem fanden Fachberatungsgespräche mit insgesamt 10 Pilotstädten statt, um diese zur Bildung sogenannter Facharbeitergruppen mit lokalen NGOs für die Förderung ihrer Zusammenarbeit im sozialpolitischen Bereich vor Ort zu motivieren. Parallel hierzu erfolgten 600 Konsultationen für Mitarbeiter der Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. der Stadtkreisverwaltungen der 10 Pilotstädte des Projekts zum Thema der Organisation der Sozialarbeit (vgl. Leiser 2007: 44). Die Gesamtheit solcher Beratungs- und Bildungsmaßnahmen zusammen mit den durch das Projekt gebotenen Möglichkeiten zum informellen Austausch sorgte dafür, dass das *Ednannia*-Projektteam sich in ihren Kompetenzen in der Kommunikation mit lokalen Politikakteuren im Laufe der Projektarbeit fortentwickeln konnte (vgl. Interview Hubar 2015).

Ähnlich gestaltete sich die Förderung der Kapazitäten von *HURT* im Bereich der lokal orientierten politischen Kommunikation durch sein Projekt „Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights“. Hier verbanden die Projektextperten zahlreiche Konsultationen für die Mitarbeiter der Organe der lokalen Selbstverwaltung mit einer Reihe von regionalen Konferenzen bzw. einem regionalen Kommunikationsforum, um zusammen mit lokalen Behörden über die Verbesserung des Schutzes der Kinderrechte in ukrainischen Regionen zu diskutieren (vgl. Interview Zaviiska 2016).

Manche Projektfälle sicherten viele Räume für die Kommunikation mit Organen der lokalen Selbstverwaltung bzw. den Mitarbeitern der lokalen Verwaltungen, indem die Projektteams diese auch in die Umsetzung anderer Projektaufgaben außerhalb des üblichen Formats der gemeinsamen Bildungs- oder Diskussionsveranstaltungen involvierten, zum Beispiel im Fall des *CCC* bei der Konzipierung der Raum- und Bodennutzungspläne im Projekt „Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection“ oder bei der Betreuung der zivilgesellschaftlicher Medienzentren in seinem weiteren Projekt „Building Community Media Centers in Rural Areas“. *Ednannia* gründete seinerseits insgesamt sechs gemeinsame Arbeitsfachgruppen mit Experten der Organe der lokalen Selbstverwaltung in Pilotstädten für Sozialpolitik, um mit ihnen einzelne Problemstellen in der rechtlich-politischen Regulierung der Sozialarbeit in ukrainischen Regionen im Rahmen des EU-Projekts „Strengthening Civil Society“ anzugehen (vgl. Leiser 2007: 35).

Die Kommunikation mit nationalen Politikakteuren war in dieser Untersuchungsphase ebenfalls wenig ausgeprägt. Nur im Projekt „Strengthening Civil Society“ von *Ednannia* fand eine Kommunikation mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales statt, indem die Projektextperten an einer Arbeitsgruppe des Ministeriums für Reformfragen im Bereich der Sozialarbeit teilnahmen. Außerdem wurde im Laufe des Projekts im Rahmen einzelner Projektveranstaltungen wie Open Space Events, Round-Table-Gesprächen, öffentlichen Anhörungen zu unterbreiteten Gesetzinitiativen und Konferenzen miteinander kommuniziert (vgl. Leiser 2007: 16-18).

Merkmalsausprägung 2: Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit

In der zweiten Untersuchungsphase fällt im Vergleich zur ersten eine neue Intensität auf, mit welcher die von der EU geförderten NGOs sich mit anderen NGOs vernetzten bzw. institutionalisierte Formate in Zielen der Kommunikation auch nach Projektabschluss miteinander angingen. Zum Teil ist diese Entwicklung auf die Aufwertung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierungsprozesse nach der Revolution in Orange in der Ukraine zurückzuführen. Denn dadurch stieg auch die Bereitschaft der NGOs, miteinander zugunsten demokratischer Reformen zu kommunizieren bzw. zu kooperieren, deutlich an.

Alle drei hiermit untersuchten NGOs – *Ednannia*, *HURT* und *CCC* – bildeten im Rahmen ihrer EU-Projekte unterschiedliche Netzwerkformen zur Kommunikation mit anderen lokalen NGOs oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Zum Beispiel entstand im Rahmen des Projekts „Strengthening Civil Society“ von *Ednannia* eine Assoziation der Zentren der sozialen Partnerschaft, die in seinem Rahmen gegründet wurde. Außerdem vernetzte sich das Projektteam mit lokalen NGOs innerhalb der schon oben erwähnten Arbeitsgruppen für Fragen der lokalen Sozialpolitik in jeder der zehn Pilotstädte des Projekts, die gemeinsam mit Vertretern der Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokalen Verwaltungsbehörden gebildet wurden (vgl. Leiser 2007: 35). *HURT* hingegen kommunizierte mit mehreren lokalen NGOs im Rahmen der Koalitionen zivilgesellschaftlicher Organisationen, welche im Projekt „Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children

Rights“ als Instrumente zur Kommunikation und Advocacy zu allen Fragen bezüglich des Schutzes von Kinderrechten in den Pilotstädten des Projekts gegründet wurden. Darüber hinaus regte das *HURT*-Projektteam zusammen mit anderen NGOs die Bildung einer speziellen Expertengruppe an, um dadurch die vom Projekt aufgegriffene Problematik in diesem Politikfeld gemeinsam anzugehen (vgl. Resursnyi Tsentr *HURT* 2010a). Letztendlich dienten die Medienzentren im Rahmen des Projekts „Building Community Media Centers in Rural Areas“ bzw. die vier Beratungs- und Informationszentren des Projekts „Improving Access of the Rural Population to Justice“ als Räume des Informationsaustausches und Networkings der lokalen NGOs untereinander sowie mit Experten des *CCC* (vgl. Shutov 2008: 8-9).

Neben der Bildung solcher Netzwerke als institutionalisierter Kommunikationsräume kamen in allen Projektfällen auch einzelne Projektveranstaltungen zum Austausch mit anderen NGOs und sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Einsatz. Dabei handelte es sich um öffentliche Konferenzen (*Ednannia*, *HURT*, *CCC*), *open space events* (*HURT*, *Ednannia*), informelle Projekttreffen (*CCC*), öffentliche Präsentationen und Diskussionen (*CCC*), einzelne Trainingsreihen bzw. Beratungsgespräche für andere NGOs als Projektteilnehmer (*Ednannia*, *HURT*, *CCC*). Zum Beispiel beteiligten sich an unterschiedlichen Veranstaltungen des Projekts „Building Community Media Centers in Rural Areas“ des *CCC* insgesamt 35 unterschiedliche NGOs; alleine im Rahmen des Trainingsprogramms des Projekts fand ein Austausch der *CCC*-Experten mit insgesamt 60 Vertretern der lokalen NGOs der Pilotstädte, die sich vor Ort für Meinungs- und Medienfreiheit einsetzten, statt (vgl. Shutov 2008: 33).

Die Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der untersuchten Fallbeispiele gestaltete sich meistens als Mischung aus Medien- und Pressearbeit, Verbreitung von projektrelevanten Informationen in der Öffentlichkeit und öffentlichen Diskussionen im Rahmen der Konferenzen, *open space events* oder sonstiger Projektveranstaltungen. So publizierte *HURT* im Rahmen seines Projekts „Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights“ insgesamt 20 Beiträge in unterschiedlichen regionalen Print- und Online-Medien; das Team des *CCC* konnte seinerseits Abläufe des Projekts „Building Media Centers in Rural Areas“ in insgesamt 17 Publikationen der nationalen und lokalen Medien thematisieren (vgl. Shutov 2008: 24). Zudem verbreiteten alle NGOs in der Öffentlichkeit Projektnewsletters und berichteten auf speziellen Projektwebsites über aktuelle Fortschritte. In Einzelfällen wurden außerdem lokale Informationskampagnen umgesetzt, um einzelne Aspekte und die Bedeutung von Themen wie demokratische Wahlen (*CCC*) oder die Sicherung des Kinderrechtsschutzes (*HURT*) öffentlich zu kommunizieren.

c) Analyse der Ergebnisse für die dritte Zeitphase der Untersuchung (2010–2015)

Merkmalsausprägung 1: politische Kommunikation

Innerhalb der meisten EU-Projekte der dritten Untersuchungsphase fand ein Austausch der Projektteams mit Akteuren der nationalen und lokalen Politik infolge ihrer Teilnahme an unterschiedlichen Projektveranstaltungen statt. 15 der insgesamt 16 Projektfälle legten einen starken Akzent auf die Teilnahme der Politikakteure an einzelnen Projektaktivitäten. In der überwiegenden Zahl der Fälle ging es dabei um Expertendiskussionen im Round-Table-Format (*DIF*, *ALI*, *CPLR*, *EIDOS*, *CSI*, *CVU*, *CEDEM*), Expertenfachgespräche mit zuständigen Fachausschüssen (*CEDEM*, *OPORA*, *EIDOS*, *CVU*), Projekt(abschluss)konferenzen (*CPLR*, *EIDOS*, *CEDEM*, *ULAF*, *CVU*, *OPORA*), multilaterale Konsultationen (*ALI*, *Ednannia*), Kommunikationsforen (*CPLR*), Teilnahme an öffentlichen Anhörungen der einzelnen Ausschüsse in der Verkhovna Rada der Ukraine (*EIDOS*,

CPLR) oder Projektpräsentationen für einzelne Ministerien (*EIDOS*). Die bilateralen Gespräche mit einzelnen Entscheidungsträgern der Politik, die im Rahmen der Advocacy-Kampagnen zur Unterstützung der einzelnen Reform- oder Gesetzinitiativen von einer Reihe von Projekten geführt wurden, können ebenfalls als eine der häufig angewandten Formen der politischen Kommunikation innerhalb der untersuchten EU-Projekte dieser Zeitphase gewertet werden. Insbesondere solche NGOs wie *CEDEM*, *OPORA* und *EIDOS* suchten Gespräche mit ukrainischen Politikern, wie Speaker bzw. Vizespeaker, Abgeordneten oder Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden der Verkhovna Rada der Ukraine, um die im Projektrahmen entworfenen Gesetze durchzusetzen (vgl. Interview Tymoshchuk 2015; Interview Shvets 2017; Interview Taran 2015).

Unter den Vertretern der nationalen Politikebene, die sich an diversen Veranstaltungen der untersuchten Projekte beteiligten, überwogen Abgeordnete der Verkhovna Rada der Ukraine (*DIF*, *CPLR*, *EIDOS*, *OPOR*, *CVU*, *CEDEM*, *ULAF*, *UHHRU*) und Mitarbeiter der einzelnen Fachministerien (*Ednannia*, *EIDOS*, *CPLR*, *CEDEM*, *CSI*, *ULAF*, *UHHRU*, *CSI*). Im Laufe der Umsetzung der einzelnen Projekte kommunizierten die NGOs auch mit anderen Akteuren der Legislative bzw. der Exekutive, zum Beispiel direkt mit dem Ministerkabinett der Regierung der Ukraine (*EIDOS*), dem Büro des Hohen Beauftragten für Menschenrechte der Verkhovna Rada der Ukraine (*UMDPL*, *CPLR*), dem Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (*DIF*), dem Nationalen Reformrat der Ukraine (*CEDEM*) oder der Präsidentialadministration (*EIDOS*) im Rahmen gemeinsamer Projektveranstaltungen.

Neun der 13 hiermit untersuchten NGOs standen während ihrer EU-Projekte auch mit lokalen Politikakteuren im ständigen Dialog. Die Kommunikation auf der Ebene der Organe der lokalen Selbstverwaltung führten sie überwiegend mit Abgeordneten einzelner Stadtkreis- und Gebietsräte (*EIDOS*, *UMDPL*, *OPORA*, *CSI*, *CPLR*). Auf der Ebene der lokalen Verwaltung bevorzugten die NGOs die Kommunikation mit Gebietsverwaltungen (*CSI*, *EIDOS*, *CVU*, *CPLR*). In Zielen des Informationsaustausches mit lokalen Politikakteuren wurden am häufigsten kleinere regionale Expertendiskussionen bzw. Round-Table-Gespräche durchgeführt (*ALI*, *EIDOS*, *CSI*, *OPORA*, *CEDEM*). Beispielsweise fanden im Rahmen des Projekts „Open Budget“ von *EIDOS* insgesamt 8 Round-Table-Gespräche, 12 regionale Pressekonferenzen und ein Kommunikationsforum mit lokalen Abgeordneten und Leitern der Haushaltsabteilungen der Stadtkreis- und Gebietsverwaltungen in Pilotgebieten statt. Das *CSI* veranstaltete seinerseits 25 Round-Table-Diskussionen in allen ukrainischen Verwaltungsgebieten mit insgesamt 100 Vertretern der lokalen Verwaltungsbehörden (vgl. Romanenko 2016: 3-4).

Neben der Teilnahme an einzelnen Projektveranstaltungen kamen in dieser Phase der Untersuchung häufig diverse Netzwerkformate zum Einsatz, um eine nachhaltige Kommunikation der projektausführenden NGOs mit Politikakteuren zu fördern. Dabei sind vor allem zwei Formen solcher netzwerkartigen Kommunikationen zu unterstreichen: Erstens wurden Mitarbeiter der politischen Institutionen in schon vorab im Projektverlauf gebildete Netzwerke involviert, um zusammen mit Experten der projektausführenden NGOs bzw. der anderen am Projekt teilnehmenden NGOs an einzelnen Aufgaben zugunsten der Demokratisierung zusammenzuarbeiten. Das größte Beispiel hierfür ist die schon mehrmals erwähnte NGO-Koalition „Reanimation Package of Reforms“, die im Rahmen des hiermit untersuchten Projekts des *CEDEM* zustande kam. In ihrem Rahmen fand ein regelmäßiger Austausch mit insgesamt 226 Abgeordneten über unterschiedliche Reformvorhaben statt. Dies führte zur Bildung eines informellen Netzwerks aus insgesamt 17 Abgeordneten der Verkhovna Rada der Ukraine, ihren wissenschaftlichen Mitarbeitern bzw. den Mitarbeitern der Parlamentsverwaltung zur Förderung ihrer Kommunikation und Kooperation mit der NGO-Koalition „Reanimation Package of Reforms“ – dem sogenannten „Club of Reforms“ (vgl.

Shevchenko 2015: 21). Das *CPRL* gründete seinerseits im Rahmen seines Projekts „Improvement of the quality of administrative services“ ein zivilgesellschaftliches regionales Netzwerk, um einen Dialog und die Kooperation zugunsten der Qualitätssteigerung administrativer Dienstleistungen in der Ukraine vor Ort zwischen lokalen NGOs, lokalen Verwaltungsbehörden und Organen der lokalen Selbstverwaltung zu fördern (vgl. Zhurba 2015: 17). Zweitens vernetzten sich die NGO-Experten mit zuständigen Fachministerien, indem sie sie an ihren einzelnen Gremien beteiligten (*CPLR, CEDEM, EIDOS, CSI*). In der Regel ging es dabei um ministeriale Arbeitsgruppen oder Fachkommissionen, welche in Zielen der Erarbeitung politikspezifischer Gesetz- und Gesetzesänderungsvorschläge bzw. der Förderung des Austausches von Politikfachexpertise mit Vertretern der Zivilgesellschaft entstanden.

Neben Projektveranstaltungen nutzten die meisten NGOs der dritten Untersuchungsphase auch Instrumente der indirekten Kommunikation mit Politikern. Besonders bewährte sich dabei die Verbreitung von relevanten Projektinformationen und Materialien in lokalen und nationalen Politikkreisen, wie Handbücher, wissenschaftliche Publikationen, Projektnewsletter, Policy Papers etc. (*CSI, EIDOS, CPLR, CVU, CEDEM*). Zum Beispiel konnte *EIDOS* während seines Projekts „Open Budget“ insgesamt 430 Exemplare seines Handbuchs über unterschiedliche *tools* und *best practices* im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle unter mehreren Organen der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokalen Verwaltungen verbreiten (vgl. Tarnai 2016: 48).

In Einzelfällen sicherten Projekte die politische Kommunikation, indem Vertreter von politischen Institutionen an einzelnen Trainings- und Seminarprogrammen der Projekte teilnahmen. Zum Beispiel organisierte das *CPLR* eine Trainingsreihe für Vertreter der Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokalen Verwaltungsbehörden zum Thema der Effizienz von administrativen Dienstleistungen vor Ort (vgl. Zhurba 2015: 15). Ähnlich führte *EIDOS* für insgesamt 215 Staatsbeamte der lokalen Verwaltungen eine Seminarreihe durch, in der unterschiedliche Fragen zur Gesetzgebung im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle besprochen wurden (vgl. Tarnai 2016: 53). Die Experten von *Ednannia* trainierten ihre Kompetenzen im Bereich des politischen Dialogs auch dadurch, indem sie in ihrem Projekt „Civil Society. Dialogue for Progress“ eine Trainingsreihe aus insgesamt 20 Einheiten für einen NGO-Kreis zum Thema des politischen Dialogs in Zielen der Reformförderung veranstalteten (vgl. Interview Volochii 2015).

Merkmalsausprägung 2: Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit

Ähnlich wie in den zwei ersten Zeitphasen der Untersuchung stärkte die dritte Phase die Kapazitäten der NGOs im Bereich der Kommunikation bzw. des Networkings mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft entlang drei zentraler Dimensionen. Zum einen setzten mehrere NGOs den Akzent auf Informations-, Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit anderen NGOs oder zivilgesellschaftlichen Experten im Rahmen einzelner Aktivitäten ihrer EU-Projekte. Pressekonferenzen, Round-Table-Gespräche, Expertendiskussionen, Konferenzen und Trainings wurden dafür besonders oft genutzt. Beispielsweise veranstaltete *DIF* insgesamt 21 Round-Table-Gespräche und 23 Pressekonferenzen im Rahmen seines Projekts „Civil monitoring of electoral processes“; das *CPLR* zehn Pressekonferenzen, drei Round-Table-Diskussionen und zwei größere internationale Konferenzen während des Projekts „Improvement quality of administrative services“ (vgl. Barbeliuk 2015: 17; Zhurba 2015: 9-12). Neben diesen Veranstaltungsformaten organisierten die NGOs auch Networking-Events und Informationstreffen für NGO-Experten (*Ednannia*), *press breakfasts* und *policy briefings* (*CEDEM, EIDOS*) oder Kommunikationsforen (*CPLR, EIDOS*).

Auffällig war in der dritten Untersuchungsphase außerdem die Intensität, mit der die projektausführenden NGOs Networking und Netzwerkbildung mit anderen NGOs oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Laufe ihrer EU-geförderten Projekte betrieben. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die EU mit der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Dimension in Osteuropa seit 2011 Networking und Netzwerkbildung der NGOs untereinander als wichtige Voraussetzung für die Bewilligung von EU-Projektgeldern ansetzte (vgl. Interview Lynnyk 2015; Interview Kohut 2015). In jedem der hiermit untersuchten Projekte dieser Zeitphase fand enges Networking mit anderen NGOs statt, das sich im Nachhinein häufig als nachhaltige netzwerkartige Kooperation weiterentwickelte. Als Netzwerke bildeten die NGOs innerhalb der 15 EU-Projekte Konsortien, regionale Netzwerke, NGO-Koalitionen und zivilgesellschaftliche Plattformen. Unter Konsortien sind hier drei zu nennen: das öffentliche soziologische Konsortium, das *DIF* im Rahmen seines Projekts „Civil monitoring of electoral processes“ gründete; das NGO-Konsortium im Rahmen des regionalen Projekts „Civil Society. Dialogue for Progress“, in dem *Ednannia* die Rolle des Projektmanagers in der Ukraine übernahm; und das NGO-Konsortium für die Erteilung kostenloser Rechtshilfe, das im Projekt der *UHHRU* „Increasing opportunities for vulnerable groups to defend their rights“ entstand. Netzwerke, an denen mehrere lokale NGOs teilnahmen, bildeten drei der untersuchten NGOs – *CSI*, *CPLR* und *CEDEM* – primär auf der regionalen Ebene, um die Projektarbeit in ausgewählten ukrainischen Regionen einzuleiten bzw. diese für nachhaltige Verbesserungen innerhalb der einzelnen Politikdomänen konsequent zu nutzen. So gründete das *CPLR* im Rahmen seines Projekts „Improvement of the quality of administrative services“ ein regionales NGO-Netzwerk, um das zivilgesellschaftliche Engagement für die Stärkung der lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure als Anbieter administrativer Dienstleistungen in den Regionen von Lwiw, Kharkiw und Dnipropetrowsk zu fördern (vgl. Interview Tymoshchuk 2015). Das *CSI* hingegen regte ein Netzwerk aus lokalen NGOs und Politikakteuren an, welches sich für eine nachhaltige und effiziente Politik der regionalen Entwicklung einsetzen sollte (vgl. Romanenko 2016: 20). Auch das *CEDEM* organisierte ein Netzwerk regionaler NGOs zur Unterstützung des Projekts „Reanimation Package of Reforms“, um die dadurch eingeleiteten Reforminitiativen von der lokalen Ebene aus voranzutreiben (vgl. Shevchenko 2016: 17-18).

Koalitionen auf der Ebene der NGOs wurden überwiegend in Zielen der Zusammenarbeit innerhalb einzelner Projektaufgaben wie Lobbying der Gesetzgebung oder Umsetzung öffentlicher Kampagnen gegründet. So verfolgte *ALI* beispielsweise das Ziel, infolge der Gründung der Koalition „Gerechte Staatseinkäufe im Bildungsbereich“ im Rahmen des EU-Projekts „All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education“ gemeinsam das Regierungshandeln bei der Abwicklung von Staatseinkäufen im Bereich der Bildung zu monitoren (vgl. Kanevskyi 2013: 5). In dem anderen EU-Projekt der NGO, in dem es um die Stärkung der nationalen Plattformen des Forums der Östlichen Partnerschaft ging, vereinigte *ALI* mehrere demokratieorientierte NGOs in eine Koalition, um die Bevölkerung über aktuelle Fortschritte im Bereich der europäischen Integration zu unterrichten (vgl. Interview Kohut 2015). Die zivilgesellschaftliche Koalition „Reanimation Package of Reforms“ positionierte sich gleichzeitig als eine Koalition der NGOs für Entwurf, Lobbying und Umsetzung einzelner Reformvorhaben, was von mehreren Advocacy- und Informationskampagnen begleitet wurde. Auch *EIDOS* gründete in seinem Projekt „Open Budget“ zusammen mit regionalen Projektpartnern eine „Nationale Koalition für transparente öffentliche Ausgaben“, um in ukrainischen Regionen vor Ort neue Möglichkeiten für eine effizientere zivilgesellschaftliche Kontrolle über öffentliche Finanzen zu bieten (vgl. Tarnai 2016: 31). Zur Bildung einer zivilgesellschaftlichen Plattform kam es im Projekt „Access to justice through free and high-quality standards of human rights protection“, wo die *ULAF* mehrere zivilgesellschaftliche Aktivisten, NGO-Experten und

Juristen im Rahmen der Online-Plattform PROBONO für die Erteilung kostenloser Rechtshilfe und Beratung für sozial schwächere Bürger gründete (vgl. Interview Sioma 2015).

Das Element des Networkings mit anderen NGOs innerhalb der einzelnen Projektaktivitäten war ebenfalls im Fall von allen 13 NGOs zu beobachten, und zwar auf unterschiedlichen Interaktionsebenen. Am intensivsten fand Networking der projektausführenden NGOs mit Projektpartnern aus den Reihen der NGOs statt. So gaben einige NGOs an, durch den ständigen Austausch von Fachwissen zu Projektthemen sowie von Erfahrungen im Bereich des Projektmanagements mit anderen NGOs ihre Kommunikationsfähigkeiten ausgebessert zu haben. Beispielsweise konnte *OPORA* im Projekt „European practices and standards for Ukrainian elections“ die Kooperation mit einem erfahrenen und in der EU gut vernetzten Partner – der NGO „European Partnership for Democracy (EPD)“ – dafür nutzen, Projektinhalte mit der Öffentlichkeit in den EU-Ländern bzw. einzelnen EU-Institutionen zu kommunizieren (vgl. Shvets 2015: 15). Verbreitet war die Praxis des Networkings mit kleineren lokalen NGOs, um sich mit ihnen über die Bedeutung und den Nutzen ihrer Teilnahme an einzelnen Projektaktivitäten auszutauschen und diese in einzelne Projektveranstaltungen einzubeziehen (*CPLR, EIDOS, CSI, ALI, CEDEM, CVU, OPORA*). In manchen Fällen führten die Projekte zur Bildung von festen Partnerschaften der untersuchten NGOs dieser Zeitphase untereinander, in denen sie sich gegenseitig fachliche Unterstützung leisteten. Zum Beispiel arbeite das *CPLR* zusammen mit *DIF* an einer Monitoring-Studie über die öffentliche Meinung zum Thema der Qualität administrativer Dienstleistungen in der Ukraine zusammen (vgl. Interview Tymoshchuk 2015). *UMDPL* organisierte mit dem *CPLR* zwei gemeinsame Konferenzen, die sich mit der Thematik ihrer beiden Projekte – rechtlich-politische Regulierung der administrativen Dienstleistungserbringung in der Ukraine – auseinandersetzten (vgl. Pyvovarov 2015: 2-3). Das *CEDEM* kooperierte seinerseits im Projekt „Reanimation Package of Reforms“ mit insgesamt fünf NGOs, die zur selben Zeit projektorientiert von der EU gefördert wurden: *Internews, CVU, CPLR, DIF* und *EIDOS* (vgl. Sekretariat Reanimatsiinoho Paketu Reform 2015: 4). Auch *OPORA* kooperierte im Rahmen seines Projekts „European practices and standards for Ukrainian elections“ ausgiebig mit dem *CVU*, um gemeinsam Projektinhalte in Bezug auf die Wahlbeobachtung zu gestalten (vgl. Interview Lynnyk 2015). Viel kommuniziert wurde zwischen *ULAF* und *UHHRU* in ihren beiden EU-Projekten mit einem Fokus auf der Rechtsschutzsicherung für sozial verletzte Bevölkerungsgruppen (vgl. Interview Sioma 2015). Somit zeichnete sich 2010–2015 eine klare Tendenz seitens der ukrainischen EU-geförderten NGOs ab, stärker miteinander zu kooperieren.

Die meisten untersuchten NGOs verbanden in ihren EU-Projekten gleichzeitig die drei häufigsten Formen der Öffentlichkeitsarbeit – Verbreitung von Projektinformationen, Medien- und Pressearbeit sowie Kommunikation mit der Öffentlichkeit innerhalb öffentlicher Projektveranstaltungen. So nutzte *DIF* die Ergebnisse der zahlreichen Meinungs- und Expertenbefragungen gleichzeitig für die Erstellung von Presseartikeln, als Informationsbasis für Auftritte der *DIF*-Experten im Fernsehen und Radio bzw. zum Meinungs- und Informationsaustausch mit anderen ukrainischen und ausländischen NGOs, Think Tanks und zivilgesellschaftlichen Experten im Rahmen einer Reihe von Pressekonferenzen und Round-Table-Diskussionen (vgl. Interview Zolkina 2015). Projektrelevante Informationen verbreiteten die NGOs in der Regel in Projektnewsletters, Projektbulletins, Projektinfografiken, Projektabschlussberichten bzw. Beiträgen auf den Projektwebsites. Beispielsweise setzte das *CVU* die Website „Verteidige Dein Recht!“ für das Projekt „Legal support and education for vulnerable groups of population“ in Gang, welche im Jahr ca. 140 000 Besucher zählt (vgl. Lynnyk 2015: 6). Hinzu kamen Beiträge über einzelne Projektaktivitäten auf den Websites der geförderten NGOs, Websites anderer NGOs und in sozialen

Netzwerken. Neben den eigenen Projektveranstaltungen beteiligten sich die Experten der geförderten NGOs ebenfalls an Veranstaltungen anderer NGOs, um dort über die Themen, Ergebnisse und Erkenntnisse ihrer EU-geförderten Projekte zu berichten (*DIF, CPLR, EIDOS*).

Die meiste Medienarbeit gestaltete sich dabei in Form von Beiträgen für Printmedien bzw. Auftritten der Projektpersonen im Fernsehen und Radio. Zum Beispiel beleuchteten insgesamt 39 Artikel sowie 10 Reportagen in nationalen und regionalen Printmedien die Arbeit des Projekts „Open Budget“ von *EIDOS* (vgl. Tarnai 2016: 26). Zum Projekt „Regional Policy in Ukraine“ wurde in der Presse insgesamt 190 Mal berichtet; das Projekt „Reanimation Package of Reforms“ des *CEDEM* registrierte ca. 5100 Erwähnungen in den Medien (vgl. Shevchenko 2015: 24). Einzelne NGOs setzten außerdem Sozialwerbung ein, um die Öffentlichkeit zu erreichen (*CPLR, OPORA*). Beispielsweise klärte *OPORA* mit seiner Videobotschaft „How to change the voting address“ auf, wie man von seinem Stimmrecht in einem Wahllokal außerhalb seines ständigen Wohnsitzes in der Ukraine Gebrauch machen kann (vgl. Shvets 2015: 4). Manche NGOs sorgten in ihren EU-Projekten ebenfalls dafür, dass Medienvertreter sich regelmäßig an einzelnen Projektveranstaltungen beteiligten, um über diese zu berichten (*DIF, EIDOS, CEDEM, CPLR*). So waren beim Kommunikationsforum „E-Governance-2016“ im Rahmen des Projekts „Open Budget“ von *EIDOS* insgesamt 22 Journalisten präsent, die über das Event berichteten (vgl. Tarnai 2016: 39). *ALI* kooperierte im Projekt „Strengthening capacities of the National Platforms of the EaP CSF“ mit 60 Journalisten (vgl. Interview Andrii Kohut 2015).

In Einzelfällen war der Einfluss der umgesetzten EU-Projekte auf die Kapazitäten der NGOs im Bereich der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit besonders bemerkbar. So wie Viktor Tymoshchuk, der Geschäftsführer des *CPLR* über das Projekt „Improvement of the quality of administrative services“ erklärte:

„Vor diesem EU-Projekt kommunizierten wir wenig mit der ukrainischen Gesellschaft. Wir schränkten uns auf den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern ein, um diesen unsere analytischen Produkte zu vermitteln. Mithilfe des Projekts haben wir für uns die Kommunikation mit der Öffentlichkeit neu entdeckt. Wir haben angefangen, hier für uns ganz neue Sachen auszuprobieren, wie komplexe Inhalte unserer Politikanalysen in einfache Broschüren, soziale Videowerbung, Handbücher etc. zu transformieren, um diese dann mit der Gesellschaft zu kommunizieren. Das Projekt hat uns dazu bewegt, mit den Medien viel aktiver zusammenzuarbeiten, um mit ihrer Hilfe der Gesellschaft unsere Arbeit zu vermitteln. Unbestritten sind unsere Kapazitäten im Bereich der Kommunikation dank dem Projekt wesentlich gewachsen.“ (Interview Tymoshchuk 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

13.5.1.3.3 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse für die Auswertungskategorie „Kommunikation/Networking“

Die Analyse zeigt, dass die meisten untersuchten NGOs sich infolge der Umsetzung ihrer EU-Projekte 2010–2015 in ihren Kapazitäten der Kommunikation und des Networkings mit unterschiedlichen Interaktionsebenen fortentwickeln konnten. Die folgende Tabelle fasst die Förderungsdynamik der 15 NGOs in Form ihrer Kapazitäten zusammen.

Tab. 42: Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren Kapazitäten der Kommunikation bzw. des Networkings

NGO	Merkmalsausprägungen und ihre Typen			
	Politische Kommunikation		Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren/der Öffentlichkeit	
	Dialog/Networking mit Akteuren der nationalen/lokalen Politik	Netzwerkbildung mit nationalen/lokalen Politikakteuren	Dialog und Netzwerkbildung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren	Öffentlichkeitsarbeit
Erste Zeitphase (1994–2005)				
HURT	+	---	+	+
CCC	+	+	+	+
Ednannia	+	---	+	+
Zweite Zeitphase (2005–2010)				
Ednannia	+	+	+	+
HURT	+	---	+	+
CCC	+	---	+	+
Dritte Zeitphase (2010–2015)				
DIF	+	---	+	+
Ednannia	+	+	+	+
ALI	+	---	+	+
CPLR	+	+	+	+
EIDOS	+	---	+	+
CSI	+	---	+	+
OPORA	+	+	+	+
CEDEM	+	+	+	+
CVU	+	---	+	+
ULAF	+	---	+	+
UHHRU	+	---	+	+
UMDPL	+	---	+	+
Internews	+	---	+	+
Insgesamt (NGOs)	15	5	15	15

Quelle: eigene Darstellung

In Bezug auf die Merkmalsausprägung „politische Kommunikation“ lag der Akzent auf dem Dialog und Austausch mit lokalen und nationalen Politikakteuren im Rahmen von Projektveranstaltungen, infolge der Umsetzung gemeinsamer Projektaktivitäten oder gezielter Verbreitung einzelner Projektinformationsmaterialien in Politikkreisen. In der Mehrheit der untersuchten Fälle suchten die NGOs die Kommunikation zu Abgeordneten der Verkhovna Rada der Ukraine bzw. einzelnen Fachministerien auf der nationalen und Abgeordneten der Stadtkreis- bzw. Gebietsräte oder Mitarbeitern der lokalen Verwaltungsbehörden auf der lokalen Ebene. Eine interessante Beobachtung ist dabei, dass diese Art des politischen Dialogs am aktivsten durch die NGOs betrieben wurden, die sich in der zivilgesellschaftlichen Szene der Ukraine als hoch professionalisierte bzw. ressourcenstarke Advocacy-NGOs bewährten, wie *CEDEM*, *EIDOS*, *OPORA*, *CVU* oder *CPLR*.

Zur institutionellen Vernetzung und Netzwerkbildung zwischen den projektausführenden NGOs und Politikakteuren kam es allerdings eher selten. Nicht zuletzt kann dies auf das mangelnde

Interesse bzw. auch die unzureichenden institutionellen Kapazitäten auf der Seite der ukrainischen Politikakteure zurückgeführt werden, welche für eine Institutionalisierung der Kommunikation mit Akteuren der Zivilgesellschaft erforderlich wären. So bemerkte der Experte Andrii Kohut, Manager des Projekts „Strengthening capacities of the National Platforms of the EaP CSF“ von *ALI*, dass die damalige ukrainische Regierung sich bewusst aus Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche im Rahmen des Projekts zum Thema der Umsetzung der einzelnen Programme der Östlichen Partnerschaft stattfanden, heraushielt (vgl. Interview Andrii Kohut 2015). Ähnlich kritisierte Stefan Malerius, der Manager des regionalen NCSF-Projekts „Civil Society. Dialogue for Progress“, ukrainische Ministerien bzw. Abgeordnete der Verkhovna Rada der Ukraine dafür, sich nicht ausreichend für das Format sogenannter *multistakeholder dialogues* mit zivilgesellschaftlichen Akteuren während des Projekts interessiert zu haben. Bis auf wenige Ausnahmen fanden solche Dialoge in der Ukraine so gut wie nicht statt (vgl. Interview Malerius 2015). Auf die Schwierigkeiten in der Kommunikation mit Politikakteuren wiesen auch andere NGOs, wie *CVU*, *EIDOS* und *UMDPL*, hin (vgl. Interview Pernykoza 2017; Interview Lynnyk 2015; Interview Taran 2015).

Eine Förderung der Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. der Öffentlichkeit lässt sich in allen Projektfällen dieser Untersuchungsphase beobachten. Auffällig ist dabei die Tendenz zur Bildung unterschiedlicher Netzwerkformen der NGOs untereinander, wie zivilgesellschaftlicher Koalitionen, Plattformen, Konsortien oder regionaler NGO-Netzwerke. Eine interessante Beobachtung war ebenfalls, dass viele untersuchter NGOs aktiv im Rahmen ihrer gleichzeitig laufenden EU-geförderten Projekte untereinander kooperierten. Außerdem demonstrierten die analysierten Projektfälle die zunehmende Bedeutung von Kommunikation und Kooperation für die NGOs, die von der EU gefördert wurden, mit lokalen NGOs außerhalb der Hauptstadt Kiew, um die durch ihre EU-Projekte eingeleiteten Initiativen in den einzelnen ukrainischen Regionen fortzusetzen.

13.5.1.4 Analyse der Ergebnisse entlang der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“

13.5.1.4.1 Ableitung der zentralen Typen der Projektergebnisse entlang einzelner Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“

Die unten angeführte Tabelle verlinkt die zentralen Typen der Merkmalsausprägungen der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“ mit den typischen Projektergebnissen, die ihnen entsprechen.

Aus der angebotenen Übersicht ergibt sich, dass sich jedem Typ der Merkmalsausprägung dieser Kategorie jeweils zwei Typen von Projektergebnissen zuordnen lassen. In Bezug auf die Merkmalsausprägung „Förderung des demokratischen Bewusstseins“ wurden innerhalb der untersuchten Projektfälle am häufigsten unterschiedliche Maßnahmen eingesetzt, die den Wissenstransfer zu demokratieorientierten Themen förderten, wie diverse Bildungs- und Trainingsmaßnahmen, Verbreitung von Informationen, Unterrichtung im Rahmen der Projektveranstaltungen etc. Im Rahmen der zweiten Merkmalsausprägung „Engagementförderung“ waren Projektergebnisse von Relevanz, welche klare Indizien für eine Förderung des bürgerschaftlichen Aktivismus oder die Stärkung des demokratieorientierten Engagements der Akteure der Zivilgesellschaft beinhalteten.

Tab. 43: Typisierung der Projektergebnisse bzw. der damit zusammenhängenden Förderstrategien und Maßnahmen entlang der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“

Merkmalsausprägung 1: Förderung des demokratischen Bewusstseins	
<i>Typ 1.1: Demokratische Aufklärungs- und Bildungsarbeit</i>	
Typ der Projektergebnisse	Typische Formen der umgesetzten Förderstrategien und Maßnahmen
Bildungsmaßnahmen zu demokratieorientierten Themen	<ul style="list-style-type: none"> • Organisation und Durchführung von Trainings, Seminaren, Schulungen, Workshops und sonstigen Bildungsmaßnahmen zu demokratieorientierten Themen für interessierte Zielgruppen
Aufklärungsarbeit in Zielen der Stärkung des demokratischen Bewusstseins	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung der öffentlichen Veranstaltungen in Zielen der Unterrichtung der Bürger über Themen im Zusammenhang mit der Demokratie/Demokratisierung; • Verbreitung von Informationen in Form von Newsletters, Broschüren, Handbüchern etc. zur Förderung der demokratischen Werte und des Wissens in demokratieverwandten Themen unter den Akteuren der Zivilgesellschaft/der Bevölkerung
<i>Typ 1.2: Politikforschung und Analyse</i>	
Wissenschaftliches Publizieren	<ul style="list-style-type: none"> • Herausgabe von wissenschaftlichen Artikeln, Studien, Büchern etc.
Vertiefung/Austausch von Fachwissen/Expertise in Zielen der Politikforschung	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung von externen Experten/Wissenschaftlern in laufende Projektarbeit; • Förderung des Wissensaustausches und Networkings zwischen den Wissenschaftlern, Experten der NGOs, Mitarbeitern der Fachministerien etc. in Zwecken der Politikforschung
Merkmalsausprägung 2: Engagementförderung	
<i>Typ 2.1: Förderung der Mitwirkung der Bürger an der Politik</i>	
Unterstützung des bürgerschaftlichen Aktivismus	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von symbolischen oder plakativen Aktionen, Straßen- und Projektaktionen, Kampagnen, Bürgerfesten und sonstigen Formen des bürgerschaftlichen Aktivismus vor Ort
Schaffung von förderlichen Rahmenbedingungen für eine bessere Mitwirkung der Bürger/zivilgesellschaftlicher Aktivisten an der Politik	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von neuen institutionellen Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement, wie Bürgernetzwerke, Bürgerinitiativen, Vereine etc.; • Verbesserung der rechtlich-politischen Bedingungen für demokratieorientiertes Engagement der Bürger vor Ort, wie durch die Verabschiedung der förderlichen Gesetzgebung, Initiieren der Bürgerräte oder sonstiger Vermittlungsgremien zwischen den Bürgern und den nationalen/lokalen politischen Institutionen; • Förderung der Mitgliedschaft der Bürger in zivilgesellschaftlichen Organisationen mit dem Ziel, sich für Demokratisierung einzusetzen
<i>Typ 2.2: Förderung des demokratieorientierten Engagements der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure</i>	
Stärkung der institutionellen Möglichkeiten der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure für demokratisches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Eröffnung von neuen Möglichkeiten der Perspektiven und Arbeitsfelder für demokratisches Engagement infolge der umgesetzten Projektarbeit für NGOs/sonstige zivilgesellschaftliche Akteure; • Stärkung der fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der NGOs im Bereich des demokratischen Engagements wie infolge von unterschiedlichen Bildungs-, Beratungs- und Trainingsmaßnahmen; • Einbeziehung der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure in neue Formate der Kooperation untereinander in Zielen eines gemeinsamen Engagements im Bereich der Demokratisierung wie zivilgesellschaftliche Netzwerke, Koalitionen, Kooperationsplattformen etc.
Verbesserung von rechtlich-politischen Rahmenbedingungen für demokratisches Engagement der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Änderungen/Verbesserungen der rechtlichen Regulierungsrahmen für einzelne Bereiche des demokratieorientierten zivilgesellschaftlichen Engagements durch Annahme von entsprechender Gesetzgebung, Anregung der politischen Diskussionen etc.; • Sicherung der notwendigen Unterstützung seitens der Politikakteure für die Weiterpflege des im Rahmen des Projekts eingeleiteten Engagements der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Quelle: eigene Darstellung

Die nächste Tabelle veranschaulicht, wie die 15 NGOs in ihren Funktionen der Sozialisation bzw. der Engagementförderung im Laufe ihrer EU-Projekte unterstützt wurden.

Tab. 44: Die EU-Förderung der einzelnen NGOs entlang der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“ innerhalb der drei Zeitphasen der Untersuchung

Merkmalsausprägung	Typen der Merkmalsausprägung	Typen der Projektergebnisse	Geförderte NGOs entlang einzelner Phasen		
			Phase I (1994–2005)	Phase II (2005–2010)	Phase III (2010–2015)
Förderung des demokratischen Bewusstseins	Demokratische Bildungs- und Aufklärungsarbeit	Bildungsmaßnahmen zu demokratieorientierten Themen	HURT CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL
		Unterrichtung/ Verbreitung von Informationen in Zielen der Stärkung des demokratischen Bewusstseins	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL
	Politikforschung und Analyse	Wissenschaftliches Publizieren	CCC, Ednannia	Ednannia, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL
		Vertiefung/Austausch von Fachwissen/Expertise in Zielen der Politikforschung	---	Ednannia	DIF, Ednannia, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL
Engagementförderung	Förderung der Mitwirkung der Bürger an der Politik	Unterstützung des bürgerschaftlichen Aktivismus		CCC	DIF, CSI, OPORA, CEDEM, Internews
		Schaffung von förderlichen Rahmenbedingungen für eine bessere Mitwirkung der Bürger/ zivilgesellschaftlicher Aktivisten an der Politik	CCC, Ednannia	Ednannia, CCC	Ednannia, EIDOS, CSI, OPORA, CEDEM, UMDPL
	Förderung des demokratieorientierten Engagements der NGOs/ sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure	Stärkung der institutionellen/rechtlich-politischen Möglichkeiten der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure für demokratisches Engagement	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, Internews
		Verbesserung von rechtlich-politischen Rahmenbedingungen für demokratisches Engagement der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Organisationen	Ednannia	HURT, CCC	Ednannia, ALI, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, Internews

Quelle: eigene Darstellung

Die folgenden Ausführungen analysieren die Förderung der NGOs in ihren Kapazitäten der Sozialisation bzw. Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements entlang einzelner Zeitphasen dieser Untersuchung.

13.5.1.4.2 Analyse der zentralen Ergebnisse entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung

a) Analyse der Ergebnisse für die erste Zeitphase der Untersuchung (1994–2004)

Merkmalsausprägung 1: Förderung des demokratischen Bewusstseins

In der ersten Untersuchungsphase setzten alle drei analysierten NGOs in ihren EU-Projekten einzelne Maßnahmen der öffentlichen demokratischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit ein. Die Bildungsarbeit richtete sich an lokale NGOs, zivilgesellschaftliche Aktivisten und lokale Politikakteure und erfolgte in Form von einzelnen Trainingsprogrammen (*HURT*, *CCC*, *Ednannia*), Beratungsgesprächen (*HURT*, *CCC*) und Schulungen (*CCC*). Alle Projektfälle setzten sich mit der Durchführung solcher Bildungs- und Trainingsmaßnahmen das Ziel, ihren Teilnehmern die Bedeutung einer starken lokalen Demokratie näherzubringen bzw. die Möglichkeiten für deren Mitgestaltung vor Ort bewusst zu machen. Dementsprechend setzten sich solche Maßnahmen mit Themen wie Stärkung der lokalen Selbstverwaltung (*CCC*), Wege zur Kooperation der lokalen NGOs mit Organen der lokalen Selbstverwaltung für Demokratiestärkung vor Ort (*HURT*, *Ednannia*) oder Sicherung der Wählerrechte für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen in ukrainischen Regionen (*CCC*) auseinander. Zum Beispiel führte das *CCC* allein im Rahmen seines Projekts „Toloka“ 39 Trainings bzw. 55 Konsultationen für lokale NGOs, lokale Abgeordnete und zivilgesellschaftliche Aktivisten in Pilotstädten durch, in denen es um unterschiedliche Aspekte der lokalen Demokratie ging (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 27-28). In seinem anderen Projekt „Voters Education and Mobilisation Project“ führte das *CCC* eine *Election Training School* für lokale NGOs und Aktivisten durch, um diese zur Umsetzung eigenständiger Informationskampagnen zur Förderung von gerechten und demokratischen Wahlen vor Ort zu befähigen (vgl. Creative Centre „Counterpart“ 2004: 2). Darüber hinaus nutzten die NGOs unterschiedliche öffentliche Veranstaltungen wie Konferenzen (*CCC*, *Ednannia*) oder öffentliche Debatten (*HURT*) dazu, um die Projektzielgruppen bzw. die interessierte Öffentlichkeit zu genannten Themen aufzuklären bzw. ihnen einen Raum für die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren unterschiedlichen Facetten zu bieten. Häufig wurden auch diverse Informationsmaterialien wie Projekt- und Informationsnewsletter (*CCC*, *Ednannia*, *HURT*), Beiträge auf den Websites der NGOs bzw. speziellen Projektwebsites (*CCC*, *Ednannia*), Leaflets und Broschüren (*CCC*) unter den Projektzielgruppen verbreitet, um ihr Bewusstsein für einzelne Aspekte der Demokratie zu stärken.

Alle drei NGOs setzten sich in ihren EU-Projekten mit den Aufgaben der Politikforschung und -analyse auseinander. So analysierten sie beispielsweise noch im Vorfeld aller fünf Projekte aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und Problemlagen innerhalb ihrer Themenschwerpunkte. Die zentralen Ergebnisse solcher Analysen verarbeiteten die NGOs in analytischen Studien (*Ednannia*), Broschüren (*CCC*) oder Handbüchern (*CCC*) (vgl. Creative Centre „Counterpart“ 2004: 7; Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 29-30).

Merkmalsausprägung 2: Engagementförderung

Das Element der Engagementförderung war ebenfalls in allen fünf analysierten Projektfällen der ersten Untersuchungsphase präsent. Der Akzent lag dabei auf dem Einsatz unterschiedlicher Formen der Förderung des demokratieorientierten Engagements der Akteure der Zivilgesellschaft, welche zugleich den Bürgern vor Ort bessere Mitwirkungsmöglichkeiten an der lokalen Politik versprachen. So kann die Koalition der sozial orientierten NGOs, welche *HURT* im Projekt „Social NGOs Network Capacity Building Initiative“ gründete, als ein Versuch gedeutet werden, einen besseren Rahmen für zivilgesellschaftliches Engagement zugunsten einer gerechteren und effizienteren Sozialpolitik in sechs Pilotstädten vor Ort zu schaffen (vgl. Ressource Centre *HURT* 2009). Auch die lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen, welche das *CCC* im Rahmen des Projekts „Toloka“ in Gang setzte, wurden als Formen der bürgerlichen Selbstorganisation gestaltet, um an der lokalen Selbstverwaltung in Kooperation mit Politikakteuren mitzuwirken (vgl. Interview Palyvoda 2015). *Ednannia* hingegen förderte die lokalen NGOs in ihrem sozial orientierten Engagement auf Basis der im Projekt gegründeten Zentren der sozialen Partnerschaft. So sorgten solche Zentren für neue Möglichkeiten einer besseren Kommunikation der NGOs sowohl untereinander als auch mit lokalen Politikakteuren. Zugleich bot dies den lokalen NGOs neue Freiräume, ihre eigenen Projektideen umzusetzen (vgl. Leiser 2004: 11-13). Ferner bemühte sich das *CCC* in seinem Projekt „Voters Education and Mobilisation“ um die Stärkung der Kapazitäten jener lokalen NGOs, welche sich für die Mobilisierung potenzieller Wähler und die Sicherung von gerechten und demokratischen Wahlen vor Ort engagierten (vgl. Creative Center „Counterpart“ 2004: 2-4).

Somit unternahmen NGOs in allen der vier untersuchten Projektfällen einzelne Schritte, um das zivilgesellschaftliche Engagement innerhalb der jeweiligen Politikdomänen zu stärken.

b) Analyse der Ergebnisse für die zweite Zeitphase der Untersuchung (2005–2010)

Merkmalsausprägung 1: Förderung des demokratischen Bewusstseins

In der zweiten Zeitphase der Untersuchung setzten sich alle hiermit analysierten NGOs innerhalb ihrer EU-Projekte ebenfalls mit der Förderung des demokratischen Bewusstseins ihrer Zielgruppen auseinander. Unter den hierfür eingesetzten Bildungsmaßnahmen überwogen komplexe Trainingsprogramme, in denen neben dem politikspezifischen Wissenstransfer gleichzeitig das Verständnis für wichtige Facetten einer funktionierenden Demokratie vermittelt wurde. Zum Beispiel, erfolgten in allen fünf untersuchten Projektfällen Trainings für lokale NGOs bzw. lokale Behörden, in denen es um die Bedeutung der Kommunikation bzw. der Kooperation zivilgesellschaftlicher Akteure mit nationalen und lokalen Politikakteuren als wichtige Erfolgsbedingung für die Demokratisierung vor Ort ging. *Ednannia* arbeitete in seinem Projekt „Strengthening Civil Society“ eine spezielle Strategie zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für europäische Standards der Sozialarbeit und Sozialpolitik aus, die neben Trainings auch *awareness raising seminars* für lokale NGOs zur Planung und Management der lokalen Sozialpolitik nach europäischen Standards organisierte. Die Strategie sah zudem Studientouren für Vertreter der Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokalen Verwaltungsbehörden der zehn Pilotstädte des Projekts nach Brüssel, gegenseitige Studienbesuche der am Projekt teilnehmenden lokalen NGOs untereinander bzw. ein umfassendes Beratungsangebot für die zehn Stadträte der Pilotstädte über unterschiedliche Lösungsansätze sozialer Probleme vor Ort vor (vgl. Interview Volochii 2015; Interview Malerius 2017). Eine ähnliche Strategie legte *HURT* seinem Projekt „Strengthening the

Role of Civil Society in Protection of Children Rights” zugrunde. Um das Bewusstsein der Akteure der lokalen Zivilgesellschaft und Politik in den Pilotstädten für die Bedeutung eines effizienten lokalen Systems des Kinderrechtsschutzes zu stärken, setzte *HURT* eine Mischung aus Trainings, Seminaren, Studientouren nach Kiew und speziellen Fachberatungsgesprächen für Mitarbeiter der Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokalen Verwaltungsbehörden ein (vgl. Interview Zaviiska 2016). Ähnlich versuchte das *CCC* im Rahmen des Projekts „Citizen Initiative for Economic Social Rights Protection“ durch Trainingsprogramme bzw. Beratungsangebote der drei gegründeten Informationsbüros vor Ort die lokale Bevölkerung, NGOs und lokale Behörden zu unterschiedlichen Themen bezüglich des Schutzes der bürgerlichen Sozial- und Wirtschaftsrechte zu unterrichten (vgl. Kuprii 2008: 3-4). In seinen anderen EU-Projekten griff das *CCC* auf Trainings, Workshops, Seminare, Beratungsgespräche und Informationskampagnen zurück, um den Projektzielgruppen die bestehenden Probleme bzw. deren möglichen Lösungsansätze im Bereich Menschen- und Bürgerrechtsschutz bewusst zu machen (Projekt „Improving Access of the Rural Population to Justice“) oder die Meinungs- und Medienfreiheit in ukrainischen Regionen zu stärken (Projekt „Building Community Media Centers in Rural Areas“).

Neben den genannten Bildungs- und Beratungsmaßnahmen stärkten weitere Maßnahmen das demokratische Bewusstsein: die Verbreitung unterschiedlicher Informationsmaterialien über Ziele, Themen und Erfolge der EU-Projekte in Form von Informationsbroschüren (*CCC*), Projektnewsletters (*CCC*, *Ednannia*, *HURT*), Booklets und Projektbulletins (*CCC*). Auch die einzelnen Projektveranstaltungen, u. a. Round-Table-Gespräche (*Ednannia*), Konferenzen (*Ednannia*, *CCC*, *HURT*) oder *open space events* (*HURT*), trugen zur öffentlichen Aufklärung über die Bedeutung der von EU-Projekten gesetzten thematischen Akzente zur Sicherung einer demokratischen Denk- und Lebensweise in der ukrainischen Bevölkerung bei. Als eine verbreitete Praxis bewährte sich innerhalb der fünf Projekte die Veröffentlichung von Beiträgen in Onlinemedien, lokalen Zeitungen, auf den Websites der NGOs oder auch speziellen Projektwebsites als Kommunikationsmittel über den demokratischen Mehrwert der geführten Projekte mit der Öffentlichkeit.

Zu unterstreichen ist auch die Arbeit im Bereich der Politikforschung und Analyse, die in dieser Untersuchungsphase vier von fünf analysierten Projekten eigen war. Die durchgeführten Politikanalysen erschienen u. a. in Form von kleineren Handbüchern, um deren Inhalte interessierten Bürgern verständlich zu vermitteln (*CCC*, *Ednannia*). Solche Handbücher wurden nach Abschluss der EU-Projekte ebenfalls weiterhin in Studien- und Bildungszielen der projektausführenden NGOs mit der Öffentlichkeit zu unterschiedlichen demokratierelevanten Themen eingesetzt. Außerdem gaben sie Informationsbroschüren (*CCC*), wissenschaftliche Publikationen (*CCC*) und komplexe analytische Studien (*Ednannia*, *CCC*) heraus, welche anschließend unter interessierten NGOs, zivilgesellschaftlichen Aktivisten, nationalen und lokalen Akteuren als Informations- und Studienmaterialien verbreitet wurden.

Diese Übersicht zeigt, dass die EU-geförderte Projektarbeit aller drei NGOs, welche innerhalb der zweiten Untersuchungsphase analysiert wurde, eine ausgeprägte Bildungskomponente beinhaltet. Diese wurde zur Förderung des demokratischen Bewusstseins sowie zur Vermittlung demokratischer Werte unter den einzelnen Projektzielgruppen bzw. in der lokalen Öffentlichkeit eingesetzt. Da die meisten Projekte dieser Zeitphase der Untersuchung lokal ausgerichtet waren, überwogen in der in ihrem Rahmen umgesetzten demokratischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit die Themen, die in Zusammenhang mit der Stärkung der lokalen Demokratie und somit auch des Systems der lokalen Selbstverwaltung standen. Daraus kann auf eine gewisse Stärkung der

Kapazitäten der drei projektausführenden NGOs, welche ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten als Akteure der Sozialisation vorzugsweise in ukrainischen Regionen bestimmen, geschlossen werden.

Merkmalsausprägung 2: Engagementförderung

Ähnlich wie in der ersten geschah auch in der zweiten Untersuchungsphase die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements zum größten Teil innerhalb unterschiedlicher Netzwerke. Dies stellte für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Aktivisten, lokaler NGOs oder auch interessierter Bürger zugunsten der Ziele der Demokratisierung vor Ort institutionelle Räume zur Verfügung. So bildeten sich im Rahmen des Projekts „Strengthening Civil Society“ von *Ednannia* einzelne Arbeitsgruppen aus den Reihen der Vertreter der lokalen sozial orientierten NGOs, um den Erfahrungsaustausch und die Kooperation miteinander im sozialpolitischen Bereich zu fördern (vgl. Interview Volochii 2015). *HURT* hingegen vereinigte lokale NGOs in jeder der fünf Pilotstädte des Projekts „Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights“ in einzelne Koalitionen für einen gerechten Kinderrechtsschutz. Darüber hinaus unterstützte das Projektteam die lokalen NGOs, die sich für Kinderrechte einsetzten, in ihren Projektinitiativen vor Ort (vgl. Interview Zaviiska 2016).

Seinerseits förderte das CCC im Projekt „Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection“ das Engagement lokaler NGOs bzw. zivilgesellschaftlicher Aktivisten, indem es diese innerhalb von sogenannten „Kontrollräten“ zusammenführte, um mit ihrer Hilfe die Bürger in den ländlichen Gegenden systematisch über die ihnen zustehenden Sozial- und Wirtschaftsrechte zu unterrichten. Zugleich sollte dies den Bürgern vermitteln, wie sie diese Rechte, u. a. durch spezielle im Projektrahmen entstandene Mechanismen, besser schützen können. Auch die Informations- und Beratungsbüros, die im Projekt entstanden, widmeten sich der Unterstützung einzelner zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte, welche einen effizienteren Schutz der Rechte der lokalen Bevölkerung in allen Fragen der Raum- und Nutzungsplanung der Bodenflächen in den ländlichen Gegenden zu fördern versprachen (vgl. Kuprii 2008: 11-17). In seinem anderen Projekt „Improving Access of the Rural Population to Justice“ rief das CCC hingegen mithilfe entsprechender Informationskampagnen die lokalen NGOs zu mehr Engagement für einen effizienten Rechtsschutz der Einwohner der ländlichen Gegenden auf (vgl. Bayda/Pyzhov 2008: 4-6). In seinem dritten Projekt „Building Community Media Centers in Rural Areas“ gründete es einzelne lokale Initiativgruppen aus zivilgesellschaftlichen Aktivisten, NGOs und interessierten Bürgern, um sich gemeinsam für mehr Meinungs- und Medienfreiheit in Pilotstädten auf Basis der im Projekt gegründeten Medienzentren zu engagieren. Parallel hierzu erhielten solche Initiativgruppen im Rahmen einer Trainingsreihe Schulungen zu Themen der Strategien und Instrumente, welche sie in ihrem Engagement innerhalb der Medienzentren nutzen konnten (vgl. Shutov 2008: 8-9).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in allen Projekten dieser Zeitphase der Untersuchung bestimmte Voraussetzungen geschaffen wurden, um lokale NGOs in ihrem demokratieorientierten Engagement vor Ort zu unterstützen. Eine direkte Unterstützung des bürgerschaftlichen Aktivismus in den Formen, wie sie in Tab. 21 definiert wurden, fand in dieser Untersuchungsphase jedoch nicht statt.

c) *Analyse der Ergebnisse für die dritte Zeitphase der Untersuchung (2010–2015)*

Merkmalsausprägung 1: Förderung des demokratischen Bewusstseins

Eine Förderung des demokratischen Bewusstseins erfolgte in den meisten Projektfällen der dritten Untersuchungsphase sowohl mithilfe demokratischer Bildungs- und Aufklärungsarbeit als auch infolge der Politikforschung und -analyse.

Die Vermittlung von demokratischen Werten bzw. Wissen in Bezug auf einzelne Aspekte der Demokratie fand grundsätzlich innerhalb folgender Bildungsmaßnahmen statt: Trainings und Seminare (*DIF, Ednannia, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, ULAF, UMDPL, ALI*), Workshops (*CPLR*), E-Learning Kurse bzw. Online-Lernplattformen (*Ednannia, OPORA*), Schulen und Seminare für europäische Integration (*ALI*), Konsultationen (*Ednannia*), Förder- und Stipendienprogramme (*Ednannia*). Die Ergebnisse bezüglich der Stärkung des demokratischen Bewusstseins der Projektzielgruppen im Laufe solcher Bildungs- und Beratungsmaßnahmen sind in dieser Untersuchungsphase zahlreich: So fanden im Rahmen des Projekts „Civil Society. Dialogue for Progress“ (*Ednannia*) gleichzeitig 20 Policy-Dialogue Trainings, E-Learning-Kurse und Coaching für NGOs statt, um sie in ihren institutionellen und fachlichen Kapazitäten als Mitgestalter der Demokratisierungsprozesse vor Ort zu unterstützen. *ALI* hingegen veranstaltete für 60 Vertreter ukrainischer NGOs eine Sommerschule für europäische Integration im Projekt „Strengthening capacities of the National Platforms of the EaP CSF“; *EIDOS* schulte insgesamt 250 zivilgesellschaftliche Aktivisten bzw. Mitarbeiter lokaler Verwaltungsbehörden zu Techniken der öffentlichen Finanzkontrolle im Rahmen einer speziellen Seminarreihe des Projekts „Open Budget“; *OPORA* organisierte in seinem EU-Projekt einen intensiven Trainingskurs über die Grundlagen der ukrainischen Wahlgesetzgebung für 400 Langzeit- bzw. 5000 Kurzzeitwahlbeobachter in der Ukraine; *CVU* erteilte insgesamt ca. 3283 Telefonberatungen für Bürger zum Thema des Schutzes ihrer Rechte in administrativen Rechtsstreiten im Laufe des Projekts „Legal support and education for vulnerable groups of population“ etc. (vgl. Interview Malerius 2017; EaP CSF 2013, 2013a; Tarnai 2016: 4; Shvets 2015: 13; Lynnyk 2015: 3).

Eine weitere Dimension der Projektarbeit, welche in den meisten Projektfällen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Werte und Inhalte einer demokratischen Ordnung beitrug, entwickelte sich innerhalb der öffentlichen Projektveranstaltungen. Am häufigsten nahmen diese die Form von Expertendiskussionen, Round-Table-Gesprächen und Konferenzen, Netzwerk- und Open-Space-Events, Sommerschulen und Fachexpertenreisen an. Die meisten NGOs setzen in ihren Projekten mindestens zwei unterschiedliche Veranstaltungsformate um. Weitgehend bewährte sich dabei eine Kombination von Konferenzen, Pressekonferenzen und Round-Table-Gesprächen (*CPLR, EIDOS, CEDEM, OPORA, DIF*). Solche Veranstaltungen wurden in mehreren Hinsichten als Räume für demokratische Aufklärungs- und Bildungsarbeit mit unterschiedlichen Akteursebenen genutzt. Besonders häufig ging es dabei darum, die Ergebnisse der im Rahmen der Projekte durchgeführten Monitorings, Meinungsumfragen oder analytischen Studien zu präsentieren (*DIF, ALI*), *best practices* für demokratieorientiertes Handeln mit den anderen NGOs zu kommunizieren (*Ednannia*), sich auf Expertenebene innerhalb einzelner Themen der Demokratisierung fachlich auszutauschen (*Ednannia*) oder öffentliche Diskussionen über bestimmte Problemlagen der ukrainischen Demokratie zu initiieren (*DIF, ALI*). Beispielsweise fanden im Rahmen des Projekts „Reanimation Package of Reforms“, das vom *CEDEM* verwaltet wurde, insgesamt 200 Veranstaltungen statt, um öffentlich über die im Projekt eingeleiteten Initiativen für demokratische Reformen zu diskutieren (vgl. Shevchenko 2015: 23).

Außerhalb der Projektveranstaltungen setzte eine Reihe der untersuchten NGOs auf die Verbreitung unterschiedlicher Informationsmaterialien in der Öffentlichkeit, um diese über die vom Projekt umfassten Aspekte der Demokratisierung zu unterrichten. Neben Projektnewsletters, welche alle 13 NGOs im Laufe ihrer EU-Projekte nutzten, wurden demokratierelevante Projektinformationen ebenfalls via sozialen Netzwerken (*DIF, CPLR, OPORA, CEDEM*), Beiträgen auf den Websites der projektausführenden NGOs, Projektpartnern oder speziell eingerichteten Projektwebsites (*DIF, CPLR, EIDOS, OPORA*), Online-Digests (*ALI, Internews*), Publikationen in Online- und Printmedien, Auftritten im Fernsehen und Radio (*ALI, EIDOS*), Projektbulletins (*CSI, OPORA, CVU*), Leaflets mit infografischen Darstellungen zu einzelnen Projektinhalten (*CEDEM, EIDOS*) und Projektabschlussberichten (*ULAF, CVU, UMDPL*) verbreitet; u. a. im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen bzw. in elektronischer Form. Zum Beispiel, verbreitete das *CVU* in seinem Projekt „Legal support and education for vulnerable groups of population“ ca. 485 000 Informationsbooklets über Ziele und *best practices* des Projekts, um somit die Bürger auf das bestehende Angebot kostenloser juristischer Beratungen durch die im Projekt entstandenen stationären und mobilen Bürgerbüros für Rechtshilfe aufmerksam zu machen (vgl. Lynnyk 2015: 10).

In Einzelfällen setzten die NGOs außerdem Informationskampagnen um, um das Bewusstsein der lokalen Bevölkerung sowie der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort für unterschiedliche Aspekte einer demokratischen liberalen Ordnung zu stärken. So verfolgte das *CVU* mit seiner Informationskampagne im Rahmen des Projekts „Legal support and education for vulnerable groups of population“ das Ziel, ukrainische Bürger aus sozial schwächeren Verhältnissen über die ihnen zustehenden Möglichkeiten, ihre Rechte vor dem Gericht in Rechtsstreiten mit staatlichen Akteuren zu verteidigen, zu informieren (vgl. Interview Lynnyk 2015). Ähnlichklärte *EIDOS* mit seiner umfassenden Awareness-Kampagne die Bürger über Möglichkeiten und Instrumente einer effizienteren zivilgesellschaftlichen Kontrolle über öffentliche Ausgaben aus lokalen Budgets, die im Rahmen des Projekts „Open Budget“ entworfen wurden, auf (vgl. Tarnai 2016: 28).

12 der 13 NGOs, die in der dritten Untersuchungsphase analysiert wurden, setzten sich in ihren EU-Projekten mit Politikforschung und -analyse auseinander. Der Akzent lag dabei auf der Herausgabe von Informationsbroschüren und Handbüchern, welche die vorab durchgeführten Politikanalysen in eine prägnante und für einen breiten Leserkreis verständliche Form brachten (*CPLR, EIDOS, CSI, ULAF*). In den Projektfällen mit einem besonders deutlich ausgeprägten Element der Politikforschung wurden auch einzelne Monografien und umfassende analytische Studien (*CPLR, EIDOS, CVU, CSI, UMDPL, Internews*), praktische Ratgeber (*ULAF, CPLR*), *policy papers* (*DIF, EIDOS*) und Gesetzeskommentare (*CPLR*) herausgegeben. Beispielsweise veröffentlichte *DIF* im Rahmen des Projekts „Civil monitoring of electoral processes“ insgesamt zwölf *policy papers* und zwei Bücher, um diese dann im Rahmen von 23 Pressekonferenzen und 21 *Round-Table*-Gesprächen zu präsentieren und somit das öffentliche Bewusstsein für aktuelle soziopolitische Entwicklungen in der Ukraine nach der *Euromajdan*-Revolution zu stärken (vgl. Barbeliuk 2015: 30). Wissenschaftliches Publizieren war ebenfalls einer der Schwerpunkte des Projekts „Improvement of the quality of administrative services“, in dessen Rahmen *CPLR* drei Handbücher und eine umfassende Sammlung von analytischen und methodologischen Materialien herausgab. Die Literatur diskutierte unterschiedliche Reformvorschläge im Bereich der administrativen Dienstleistungserbringung und erklärte die bestehende Gesetzgebung hierzu (vgl. Zhurba 2015: 7, 13). Das *CSI* publizierte seinerseits zwei größere analytischen Studien und ca. 100 kürzere Analysen über die Politik der regionalen Entwicklung als Strategie der Demokratieförderung in der Ukraine (vgl. Romanenko 2016: 5).

Neben dem wissenschaftlichen Publizieren konnten mehrere NGOs der dritten Zeitphase der Untersuchung ihre Fähigkeiten zur Politikforschung und Analyse auch aufgrund anderer Projektaktivitäten fortentwickeln. Beispielsweise motivierten die einzelnen Projekte die ausführenden NGOs dazu, eigenständige Methodologien oder auch komplexe Softwaresysteme für das Monitoring und die Evaluation unterschiedlicher politischer Vorgänge auszuarbeiten. So entwarf das *CPLR* im Rahmen seines Projekts „Spidometer „Ukraine-EU“ ein spezielles Mess- und Evaluationsverfahren in Bezug auf aktuelle Fortschritte der ukrainischen Regierung bei der Umsetzung einzelner demokratischer Reformen; *EIDOS* entwickelte innerhalb des Projekts „Open Budget“ ein komplexes Verfahren zur Kontrolle der Transparenz öffentlicher Ausgaben für ukrainische Ministerien und lokale Verwaltungsbehörden; *Internews* bat in seinem Projekt „Eastern Partnership Media Freedom Watch“ eine spezielle Methodologie zur Messung des Entwicklungsstandes rund um die Medien- und Meinungsfreiheit in den Ländern der Östlichen Partnerschaft an; *ULAF* setzte im Projekt „Access to justice through free and high-quality standards of human rights protection“ eine spezielle Arbeitsfachgruppe ein, welche eine Methodologie zur Qualitätsanalyse der im Projektrahmen erbrachten kostenlosen Rechtshilfe erarbeitete.

Einzelne Projekte förderten außerdem den Austausch zu demokratierelevanten Themen auf der zivilgesellschaftlichen Fachexpertenebene. Ein Beispiel dafür bildet die regionale Expertengruppe innerhalb des Projekts „European practices and standards for Ukrainian elections“ von *OPORA*, deren Teilnehmer zusätzliche Freiräume zur Erforschung kommunalpolitischer Themen erhielten (vgl. Interview Shvets 2017). Auch *DIF* war infolge des Projekts „Civil monitoring of electoral processes“ in einen systematischen Austausch über Techniken und Methoden der öffentlichen Meinungsforschung mit anderen Partnern des gegründeten öffentlichen soziologischen Konsortiums involviert (vgl. Interview Zolkina 2015).

Grundsätzlich lässt sich behaupten, dass alle 13 EU-geförderten NGOs dieser Zeitphase der Untersuchung in ihren Kapazitäten für Vermittlung demokratischer Werte bzw. für demokratische Bildungs- und Aufklärungsarbeit mit unterschiedlichen Akteursebenen, wie Bürgern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Politikakteuren, im Verlauf ihrer EU-Projekte gestärkt wurden.

Merkmalsausprägung 2: Engagementförderung

Auch in der dritten Zeitphase der Untersuchung wurden in mehreren Projektfällen die institutionellen Voraussetzungen geschaffen, um die eingeleiteten Initiativen für zivilgesellschaftliches Engagement in den einzelnen Zielen der Demokratisierung nachhaltig zu sichern. So zeigte die Analyse dieser Untersuchungsphase, dass jene Projektfälle die besten Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement ermöglichten, in denen zivilgesellschaftliche Akteure innerhalb von institutionalisierten Netzwerkkooperationen untereinander, mit den Bürgern oder auch mit Akteuren der Politik kommunizieren bzw. kooperieren konnten. Zum Beispiel motivierte *DIF* mehrere lokale NGOs im Laufe des Projekts „Civil monitoring of electoral processes“ dazu, mit dem in seinem Rahmen gegründeten öffentlichen soziologischen Konsortium im Bereich der öffentlichen Meinungsforschung zusammenzuarbeiten und sich für seine Ziele zu engagieren (vgl. Interview Zolkina 2015). *ALI* eröffnete mit der allukrainischen Initiative „Für gerechte Staatseinkäufe im Bildungsbereich“, die durch das Projekt „All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education“ im November 2012 ins Leben gerufen wurde, mehreren regionalen NGOs bzw. zivilgesellschaftlichen Aktivisten neue Möglichkeiten, sich gemeinsam für die Korruptionsbekämpfung in diesem Politikbereich vor Ort einzusetzen (vgl. Interview Ihor Kohut

2015). Eine ähnliche Plattform unter dem Namen „Die nationale Koalition für transparente öffentliche Ausgaben“ gründete außerdem *EIDOS* im Rahmen des Projekts „Open Budget“. Diese richtete sich primär darauf, die Advocacy-Arbeit lokaler NGOs zugunsten eines effizienten öffentlichen Finanzkontrollsystems vor Ort zu fördern (vgl. Tarnai 2016: 31). Nennenswert ist auch das Netzwerk „Reanimation Package of Reforms“, in dem sich insgesamt 250 NGO-Experten innerhalb von 25 unterschiedlichen Reformschlüsselbereichen unter der Führung des *CEDEM* engagierten (vgl. Shevchenko 2015: 16). Ferner gründete *Internews* zusammen mit seinen NGO-Partnern im Projekt „Eastern Partnership Media Freedom Watch“ ein Netzwerk regionaler NGOs in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, um das zivilgesellschaftliche Engagement für die Medien- und Meinungsfreiheit in dieser Region zu intensivieren (vgl. Interview Ermolenko 2015).

Neben den NGO-Netzwerken riefen einzelne Projekten Kooperationsinitiativen ins Leben, welche direkt mit den Bürgern als Mitgestalter der Demokratie vor Ort zusammenarbeiteten. Darunter sind vor allem drei Beispiele zu nennen: Erstens ist das Projekt „Legal support and education for vulnerable groups of population“ des *CVU* zu erwähnen. Im Rahmen von 100 Bürgerbüros für kostenlose Rechtshilfe und Rechtsberatung, die im Rahmen des Projekts gegründet wurden, konnten sich mehrere NGOs und zivilgesellschaftliche Aktivisten für die Aufklärungsarbeit mit Bürgern aus sozial schwächeren Verhältnissen über Fragen des Zivil- und Menschenrechtsschutzes engagieren (vgl. Interview Lynnyk 2015). Zweitens verdient hier das Projekt „European practices and standards for Ukrainian elections“ Aufmerksamkeit, infolge dessen *OPORA* das Netzwerk der freiwilligen Wahlbeobachter wesentlich erweitern konnte (vgl. Interview Shvets 2017). Drittens ist das Projekt „Access to justice through free and high-quality standards for human rights protection“ zu unterstreichen, in dem *ULAF* in Kooperation mit *UHHRU* im Rahmen der Plattform *PROBONO* mehrere zivilgesellschaftliche Aktivisten, NGO-Experten und Juristen nachhaltig für die Erteilung von kostenloser Rechtshilfe für ukrainische Bürger aus sozial schwächeren Verhältnissen engagieren konnte (vgl. Interview Sioma 2015).

Neben dieser Erweiterung institutioneller Möglichkeiten für ein nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement wurde dieses auch infolge anderer Projektaktivitäten gefördert. Beispielsweise setzte *Ednannia* im Rahmen des regionalen *NCSF*-Projekts „Civil society. Dialogue for Progress“ eine Reihe von Trainings für lokale NGOs darüber um, wie sie ihre Kapazitäten zugunsten eines effizienteren Engagements für die Ziele der Demokratisierung stärken können (vgl. Interview Ruda 2015). Ähnlich richtete das *CPLR* Teile seines Trainings- und Seminarangebots im Projekt „Improvement of the quality of administrative services“ darauf, den NGOs unterschiedliche Möglichkeiten für ihr Engagement zugunsten eines transparenten und effizienten Systems der administrativen Dienstleistungserbringung vor Ort zu erläutern (vgl. Interview Tymoshchuk 2015). Seinerseits zeigte das *CSI* mehreren zivilgesellschaftlichen Aktivisten und lokalen NGOs mit ihrem Projekt „Regional Policy in Ukraine“ einen Weg, wie sie sich zusammen mit lokalen Verwaltungsbehörden vor Ort im Bereich der regionalen Entwicklungspolitik im Rahmen gemeinsamer Arbeitsfachgruppen besser engagieren können (vgl. Romanenko 2016: 22-23). *ALI* konnte für sein Projekt „Strengthening capacities of the National Platforms of the EaP“ mehrere lokale NGOs dafür gewinnen, an der Mitgestaltung und weiteren Arbeit der nationalen Plattform des zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft mitzuwirken (vgl. Interview Kohut 2015). In manchen Fällen wurden auch spezielle Informationskampagnen gestartet, um lokale NGOs bzw. Bürger vor Ort auf die Möglichkeiten hinzuweisen, sich für einzelne Aufgaben der Demokratisierung vor Ort zu engagieren, wie im Bereich der Förderung der öffentlichen Finanzkontrolle im Projekt „Open Budget“ von *EIDOS* oder zugunsten der Sicherung demokratischer Wahlen im Projekt „European practices and standards for Ukrainian elections“ von *OPORA*.

Deutlich seltener kam es in den untersuchten EU-Projektfällen zur direkten Unterstützung einzelner Aktionen des bürgerschaftlichen Aktivismus. Eine Reihe von symbolischen Protestaktionen, u. a. in Form von Theaterinszenierungen, wurde beispielsweise in Zielen des Lobbyings einzelner Reformgesetze im Rahmen des Projekts „Reanimation Package of Reforms“ des CEDEM organisiert (vgl. Shevchenko 2015: 23). Die meisten Möglichkeiten, sich innerhalb der Projektarbeit für einzelne Aufgaben der Demokratisierung zu engagieren, boten sich den Bürgern vor Ort dennoch im Rahmen der schon erwähnten zivilgesellschaftlichen Netzwerke oder Initiativen.

13.4.1.4.3 Zusammenfassende Bemerkungen in Bezug auf zentrale Ergebnisse der Analyse entlang der Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“

Die unten stehende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen, die auf die Auswirkungen der umgesetzten EU-Projekte auf die Möglichkeiten der 15 untersuchten ukrainischen NGOs hindeuten, sich mit der demokratischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit für unterschiedliche gesellschaftliche Zielgruppen sowie mit der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements auseinanderzusetzen. Aus der Übersicht folgt, dass alle 15 NGOs sich im Rahmen ihrer Projekte Aktivitäten widmeten, die sich mit der Stärkung des demokratischen Bewusstseins einzelner Projektzielgruppen auseinandersetzten. In der überwiegenden Zahl der Projektfälle verbanden die NGOs hierfür unterschiedliche Handlungsstrategien miteinander, wie Bildungs- und Beratungsmaßnahmen, demokratische Aufklärungsarbeit im Rahmen der öffentlichen Veranstaltungen, Verbreitung von Informationen zu Themen der Demokratie etc.

14 der 15 NGOs setzten sich infolge der Umsetzung ihrer EU-Projekte ebenfalls mit der Forschung, der Analyse und dem wissenschaftlichen Publizieren im thematischen Bereich der einzelnen Politikdomänen auseinander. Zugleich ermöglichten die EU-Projekte den meisten untersuchten NGOs, sich für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements zugunsten einzelner Aufgaben der Demokratisierung vor Ort einzusetzen. Auffällig ist dabei, dass der Fokus bei der Stärkung der NGOs oder sonstiger zivilgesellschaftlicher Organisationen auf ihrem demokratieorientierten Engagement lag. Selbst die Förderung einer direkten Mitwirkung der Bürger an der Politik infolge der Unterstützung des bürgerschaftlichen Aktivismus, beispielsweise in Form von Protesten, symbolischen oder plakativen Aktionen, fand innerhalb der untersuchten Projekte deutlich seltener statt. Viel häufiger konnten sich die Bürger innerhalb der vorab gebildeten zivilgesellschaftlichen Netzwerke oder Initiativen engagieren, insofern diese einer unmittelbaren Teilnahme der Bürger offen standen, wie durch die Zentren der sozialen Partnerschaft (*Ednannia*), Medienzentren (*CCC*), zivilgesellschaftliche Initiativgruppen (*CCC*), Netzwerke der Wahlbeobachter (*OPORA*) etc. Die angebotene Übersicht zeigt auch, dass sich in allen drei Zeitphasen der Untersuchung die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements innerhalb der analysierten Projekte mehr als „side effect“ der Umsetzung sonstiger Projektaktivitäten als das eigentliche Ziel an sich gestaltete. Die Aufgaben der demokratischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gingen einer gezielten Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements in den meisten Projektfällen eindeutig voraus.

Tab. 45: Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse für die EU-Förderung der untersuchten NGOs in ihren Kapazitäten der Sozialisation bzw. der Engagementförderung

NGO	Merkmalsausprägungen und ihre Typen			
	Förderung des demokratischen Bewusstseins		Engagementförderung	
	Demokratische Aufklärungs- und Bildungsarbeit	Politikforschung und Analyse	Förderung der Mitwirkung der Bürger an der Politik	Förderung des demokratieorientierten Engagements der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure
Erste Zeitphase (1994–2005)				
HURT	+	---	---	+
CCC	+	+	+	+
Ednannia	+	+	---	+
Zweite Zeitphase (2005–2010)				
Ednannia	+	+	---	+
HURT	+	---	---	+
CCC	+	+	+	+
Dritte Zeitphase (2010–2015)				
DIF	+	+	---	+
Ednannia	+	+	+	+
ALI	+	+	---	+
CPLR	+	+	---	+
EIDOS	+	+	+	+
CSI	+	+	+	+
OPORA	+	+	+	+
CEDEM	+	+	+	+
CVU	+	+	---	+
ULAF	+	+	+	+
UHHRU	+	+	+	+
UMDPL	+	+	+	+
Internews	+	+	+	+
Insgesamt	15	14	11	15

Quelle: eigene Darstellung

13.5.2 Analyse der empirischen Daten entlang einzelner Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“

Das folgende Unterkapitel diskutiert die Ergebnisse der EU-Projektförderung der 15 ausgesuchten NGOs, die sich auf einzelne Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie in der Ukraine auswirkten. Im Fokus stehen nachhaltig orientierte Projektergebnisse. Darunter sind die Projektergebnisse gemeint, die eine langanhaltende positive Wirkung auf einzelne Teilregimes oder externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie versprechen.²⁴¹ Welche Ergebnisse der untersuchten EU-Projekte der ukrainischen NGOs in ihren Auswirkungen auf die Demokratisierung als nachhaltig aufzufassen sind, kann allerdings erst mit der Aufarbeitung der vorhandenen empirischen Daten abschließend festgehalten werden. Dennoch ist es an dieser Stelle möglich,

²⁴¹ Zum Konzept der Nachhaltigkeit vgl. Kap. 10.2.2.

Orientierungsregeln aufzustellen, nach denen auf Nachhaltigkeit zu schließen ist. Zum einen leiten sich solche Regeln hier aus den vorab dargestellten theoretischen Vorüberlegungen zum Konzept der Nachhaltigkeit ab (vgl. Kap. 10.2.2). Zum anderen präzisiert die Verallgemeinerung der Informationen über einzelne Ergebnisse der 25 untersuchten EU-geförderten Projekte, die im Laufe des Auswertungsverfahrens innerhalb entsprechender Tabellen dargestellt werden, diese. Im Endeffekt entstanden daraus die vier folgenden Regeln:

- 1) Schaffung von Voraussetzungen, die eine Fortsetzung der Arbeit der im Rahmen der EU-Projekte gegründeten zivilgesellschaftlichen Strukturen, Netzwerke, Initiativen oder institutionalisierten Formen der Kommunikation/Kooperation zwischen Akteuren der Zivilgesellschaft und Politikakteuren zu ermöglichen versprechen;
- 2) Weiterverwendung der im Rahmen der EU-Projekte entstandenen Produkte im Bereich der Politikforschung, Politikanalyse, Bildungs- und Aufklärungsarbeit mit Projektzielgruppen in der künftigen Arbeit der NGOs zugunsten der Ziele der Demokratisierung;
- 3) Fortentwicklung/Vertiefung der von EU-Projekten angegangen Themen/Problemlagen in der späteren Tätigkeit der NGOs, u. a. infolge der Umsetzung thematisch ähnlicher Projekte, Einbeziehung der Projektthemen in langfristige Strategien und Ziele der Arbeit der NGOs etc.;
- 4) Nachhaltig geprägte Einflussnahme auf Inhalte der einzelnen Politikbereiche mit klarem Bezug auf die Demokratisierung bzw. deren Umsetzung, wie beispielsweise durch die Annahme der im Rahmen der EU-Projekte entworfenen Gesetzgebung, das Initiieren von nachhaltig geprägten Kooperations- bzw. Kommunikationskanälen mit Politikakteuren etc.

In Anlehnung an diese vorgeschlagenen Orientierungsregeln diskutiert die unten angebotene Analyse die wichtigsten Projektergebnisse entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung und Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie. Zuerst werden in tabellarischer Form die Projekte dargestellt, welche sich thematisch auf eine bestimmte Auswertungskategorie der Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“ beziehen. Ferner erfolgt eine Zuordnung der Projektinhalte, welche für eine bestimmte Auswertungskategorie relevant sind, zu ihren einzelnen Merkmalsausprägungen. Dafür werden die vorab abgeleiteten Indikatoren, wie Tab. 22–28 sie vorschlugen, zu Hilfe gezogen. Im Anschluss daran werden Typen häufiger Ergebnisse aufgestellt. Diese Typisierung soll die abschließende Verallgemeinerung und Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse der Analyse in Hinblick auf Fragestellung dieser Arbeit erleichtern.

13.5.2.1 Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse entlang einzelner Auswertungskategorien in Bezug auf die Teilregimes einer „eingebetteten Demokratie“

13.5.2.1.1 Auswertungskategorie „demokratisches Wahlregime“

Die folgende Tabelle zeigt, welche der hiermit untersuchten EU-Projekte der 15 NGOs sich als Fallbeispiele der Untersuchung auf das Teilregime der demokratischen Wahlen der „eingebetteten Demokratie“ auswirkten. Insgesamt widmeten sich diesem Themenbereich sechs der untersuchten EU-Projekte. Die meisten davon fanden in der dritten Zeitphase der Untersuchung statt.

Tab. 46: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „demokratisches Wahlregime“

Akteur	Projekt	Merkmalsausprägung	Nachhaltige Ergebnisse
Erste Zeitphase (1994–2005)			
<i>Creative Centre „Counterpart“ (CCC)</i>	Voters Education and Mobilisation Project, 2004–2005, TACIS (IBPP)	Passives/aktives Wahlrecht	Informationskampagnen/Election Education School; Weiterverwendung von herausgegebenen Publikationen; Anstieg der Wahlbeteiligung unter Frauen in Pilotgemeinden
Zweite Zeitphase (2005–2010)			
---	---	---	---
Dritte Zeitphase (2010–2015)			
<i>Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation (DIF)</i>	National exit polls 2012, 2012, EIDHR	Gerechte und demokratische Wahlen/ gewählte Mandatsträger	Bildung eines NGO-Netzwerks zur Durchführung von nationalen Exit-Polls; Bewilligung der neuen thematisch ähnlichen Projekte durch die EU; Weiterverwendung der Projektergebnisse in Zielen der Politikforschung/Öffentlichkeitsarbeit
	Civil monitoring of electoral processes, 2014–2015 EIDHR	Gerechte und demokratische Wahlen/gewählte Mandatsträger	Gründung des öffentlichen soziologischen Konsortiums zur Wahlforschung; Anregung von weiteren Projekten mit Partnern des Konsortiums; Weiterverwendung der Projektproduktion in späteren Projekten
<i>Civil Network OPORA</i>	European practices and standards for Ukrainian elections, 2014–2015, EIDHR	Gerechte und demokratische Wahlen; Objektive Wahlbeobachtung	Annahme einer Reihe von Gesetzen/Gesetzänderungen zur Verbesserung des ukrainischen Wahlrechts; Erweiterung des OPORA-Netzwerkes der Wahlbeobachter um neue Mitglieder; Fortsetzung des Themas der Kommunalwahlreform in weiterer Arbeit der NGO
<i>Committee of Voters of Ukraine (CVU)</i>	Legal support and education for vulnerable groups of population, 2012–2015, EIDHR	Passives/ aktives Wahlrecht	Förderung der Bürgerbüros für kostenlose Rechtsberatung, u. a. zum Thema der Wahlen; Nutzung der Projektwebsite „Verteidige Dein Recht!“ als einer Online-Plattform für Rechtshilfe und Rechtsberatung zum Thema der Wahlen; Verwendung der Projektmethodologie für weitere themenverwandte Projekte; Fortsetzung der Themen des Projekts in späteren Aktivitäten der NGO
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	Reanimation Package of Reforms, 2012–2014 EIDHR	Gerechte und demokratische Wahlen	Gründung einer Koalition der NGO-Experten u. a. für gemeinsame Arbeit an der Wahlreform; Durchsetzung der einzelnen Änderungen auf dem Gebiet des Kommunalwahlrechts; Fortentwicklung der Themen der Wahlrechtsreform in der weiteren Arbeit der Koalition „Reanimation Package of Reforms“

Quelle: eigene Darstellung

a) Erste Zeitphase (1994–2005)

Die Übersicht der ausgewerteten EU-Projekte zu demokratischen Wahlen zeigt, dass dieses Thema weder in der ersten noch in der zweiten Zeitphase der Untersuchung eine Priorität darstellte. Wie schon erwähnt, lagen die Förderakzente der EU in diesen ersten Zeitphasen eher auf der Stärkung von Akteuren der Zivilgesellschaft vor Ort sowie sozial-orientierten Projekten und waren in der Regel regional statt national aufgestellt (vgl. Kap. 11.2.1 und 11.2.2).

Das einzige thematisch relevante Projekt dieser Zeitphase – „Voters Education and Mobilisation Project“ –, das das CCC im Rahmen des Programms *TACIS (IBPP) 2004–2005* umsetzte, fand in fünf ukrainischen Städten – Uzhgorod, Perechyn, Kherson, Bakhchisaray und Lyubotyn – statt (vgl. Creative Center „Counterpart“ 2004: 4-5). Sein Hauptergebnis bestand im Anstieg der Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an den Präsidentschaftswahlen 2004 im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2002 in Pilotstädten.²⁴² Dazu führte die umfassende Bildungs- und Aufklärungsarbeit des Projekts. So erfolgte in jeder der fünf Pilotstädte eine Informationskampagne. Die Informationskampagnen richteten sich auf die Steigerung des Bewusstseins potenzieller Wähler aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten über die ihnen zustehenden Wählerrechte im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 und wurden in jeder der fünf Pilotgemeinden des Projekts umgesetzt (vgl. Creative Center „Counterpart“ 2004: 4-5). Außerdem fand im Rahmen des Projekts eine Trainings-Schule zum Thema der Wahlen statt. Ihr thematischer Fokus lag auf der nachhaltigen Stärkung des Bewusstseins potenzieller Wähler unter den sozial schwächeren Bevölkerungsschichten für die Bedeutung demokratischer Wahlen. In diesen Zielen wurden im Projekt spezielle Programme zur demokratischen Bildung und Mobilisierung potenzieller Wähler entworfen bzw. im Rahmen eines Handbuchs „Planning and Preparation of the Informational and Educational Campaigns“, das 2003 erschien, zusammengefasst (vgl. Creative Centre „Counterpart“ 2004: 7). Begleitend hierzu gab die NGO eine Reihe von Broschüren und sonstigen Publikationen heraus und verbreitete sie unter den Zielgruppen des Projekts.²⁴³ Diese Materialien sollten der weiteren Unterrichtung der lokalen Bevölkerung der Pilotstädte, insbesondere aus sozial schwächeren Schichten, zu demokratieorientierten Themen im Zusammenhang mit demokratischen Themen dienen. Dies stellte einen Versuch dar, den Projektergebnissen eine gewisse Nachhaltigkeit zu sichern. Inwiefern dies gelungen ist, ist allerdings empirisch schwierig nachweisbar. Dafür wären weitere Evaluationsstudien nach Ablauf der Projektarbeit erforderlich, wofür im Projektbudget keine Mittel mehr zur Verfügung standen (vgl. Interview Palyvoda 2015).

b) Dritte Zeitphase (2010–2015)

Zur Belegung des thematischen Diskurses der demokratischen Wahlen innerhalb der EU-Projektförderung der ukrainischen NGOs kommt es in der dritten Zeitphase der Untersuchung. Förderungen erfolgten primär im Programmrahmen von *EIDHR* und richteten sich an hochprofessionalisierte NGOs mit einer langen Arbeitstradition im Bereich der demokratischen Wahlen. Vor allem die *Ilko Kucheriv „Democratic Initiatives“ Foundation (DIF)* konnte von der EU-Förderung in dieser Zeitphase profitieren. Mit der Umsetzung seines ersten EU-geförderten Projekts

²⁴² Infolge dessen ist die Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen 2004 um 8,5 % in Bakhchisaray und um 10 % im Perechyn im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2003 angestiegen (vgl. Creative Centre „Counterpart“ 2004: 8).

²⁴³ Darunter sind vor allem das Informationsbooklet des Projekts (10 000 Exemplare) bzw. die Broschüren „Your Right on Choice: Practical Advice to a Voter“ (2003) und „Seven Steps to Make a Vote“ (je 1000 Exemplare) zu nennen (vgl. Creative Centre „Counterpart“ 2004: 7).

zur Durchführung des nationalen Exit-Polls bzw. eines soziologischen Monitorings der Parlamentswahlen 2012 leitete der Fond seine mehrjährige Kooperation mit der EU-Vertretung zur Förderung demokratischer Wahlen in der Ukraine ein. Das erwähnte Projekt diene vor allem der Etablierung eines festen Kooperationsnetzwerkes zwischen den Experten des Fonds und den beiden renommierten Akteuren der ukrainischen Zivilgesellschaft im Bereich der öffentlichen Meinungsforschung – des *Kiever Institute for Sociology* und des *Razumkov Centre*. Die erfolgreiche Abwicklung des nationalen Exit Polls 2012 führte zur Anschlussförderung weiterer ähnlicher Projekte der drei Kooperationspartner unter der Führung der *DIF* zu Themen der Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlen 2014.²⁴⁴ Gleichzeitig fasste man die Projektergebnisse von 2012 in der Studie „National Exit Polls 2012“ über die soziodemokratische Struktur der ukrainischen politischen Parteien bzw. Möglichkeiten zur nachhaltigen Stärkung der bürgerlichen Kontrolle über die Wahlen zusammen und verbreitete sie aktiv unter den Akteuren der Zivilgesellschaft (vgl. Interview Zolkina 2015). Auch nach Abschluss des Projekts zitierten Print- und Onlinemedien, Fernseh- und Radiosendungen seine Forschungsergebnisse zu gesellschaftspolitischen Trends der Wahlen 2012 mehrfach (vgl. ebd.).

Die Gewinnung der EIDHR-Finanzierung für die Umsetzung des nächsten umfassenden Projekts „*Civil monitoring of electoral processes*“ (2014-2015) kann ebenfalls als eine logische Fortsetzung der erfolgreichen EU-geförderten Arbeit der *DIF* im Bereich der Wahlforschung gedeutet werden. Das Projekt, das sich mit der Erforschung der öffentlichen Meinung über unterschiedliche politische Themen einschließlich der Wahlen in der Ukraine auseinandersetzte, setzte ein Kooperationsnetzwerk zwischen Experten des Fonds bzw. jenen des *Kiever Institute for Sociology* und *Razumkov Centre* um. Dieses trugen im Rahmen des Projekts den Namen „öffentliches soziologisches Konsortium“. Neben der EU konnte das *DIF* in die Finanzierung des Konsortiums ebenfalls zwei weitere Akteure – die *International Renaissance Foundation* und die *Botschaft der Niederlande* – miteinbeziehen, um seine Arbeit auch nach Projektschluss nachhaltig zu sichern (vgl. Barbeliuk 2015: 29). In der Praxis zeigte sich dies vor allem in drei Hinsichten: Zum einen wurden die Projektergebnisse aus zahlreichen Experten- und Meinungsumfragen zu Themen der Wahlen bzw. sonstigen aktuellen Probleme der demokratischen Entwicklung in der Ukraine im Rahmen zahlreicher öffentlicher Präsentationen, Diskussionen und sonstiger Projekte sowohl der *DIF*, als auch der zwei weiteren Mitglieder des Konsortiums weiterverwendet (vgl. Interview Zolkina 2015).²⁴⁵ Zum Zweiten nutzte die *DIF* die Kooperation mit dem *Razumkov Centre* bzw. *Kiever Institute for Sociology* alle drei Monate zur Umsetzung einer umfassenden öffentlichen Meinungsumfrage zu aktuellen Aspekten der Demokratisierung auch nach dem Projektschluss (vgl. Barbeliuk 2015: 29). Zum Dritten konnten die Ergebnisse des Projekts durch in eine Reihe von *policy papers* und Handbüchern verarbeitet und somit in der Zukunft weiterverwendet werden.²⁴⁶ Dadurch etablierte sich die öffentliche Meinungsforschung mit Akzent auf Themen der Wahlen als wichtiger Arbeitsbereich des Fonds.

²⁴⁴ Gemeint sind darunter die Projekte „National exit poll on 2014 presidential elections“ (Mai–August 2014) und „National exit poll on 2014 parliamentary elections“ (Oktober–Januar 2014) (vgl. Barbeliuk 2015: 33).

²⁴⁵ Im Kontext des Themas der demokratischen Wahlen sind die folgenden Expertenumfragen zu nennen: „Election 2014: expected and unexpected“ (Mai–Juni 2014), „Parliamentary elections 2014: assessments, predictions“ (Oktober–November 2014), „Local elections: Assessments and expectations“ (August–September 2005). Insgesamt wurden die Projektergebnisse im Rahmen von 23 Pressekonferenzen und 21 Round-Table-Gesprächen präsentiert (vgl. Barbeliuk 2015: 4-5).

²⁴⁶ Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts 12 *policy papers* herausgegeben, u.a. zu Themen der Kommunalwahlen 2015 bzw. der Präsidentschaftswahlen 2014 (vgl. Barbeliuk 2015: 30).

Im Gegensatz zur *DIF* setzte *OPORA* im EU-geförderten Projekt „European practices and standards for Ukrainian elections“ den Akzent auf Lobbying der entworfenen Gesetzgebungsakte zur Transparenz- und Gerechtigkeitsförderung in Präsidentschafts-, Parlaments- und Lokalwahlen in der Ukraine. Als wichtigen Erfolg feierte die NGO die Annahme der im Projekt erarbeiteten Änderungen zum Strafgesetzbuch im ukrainischen Parlament. Die führte zum ersten Mal eine strafrechtliche Verantwortung für Verstöße gegen die geltende Wahlgesetzordnung ein.²⁴⁷ Darüber hinaus konnte das *OPORA*-Projektteam die Verabschiedung ihrer Änderungsvorschläge zum Gesetz der Ukraine „Über die Wahl der Abgeordneten und des Präsidenten der Verkhovna Rada der Ukraine“²⁴⁸ bzw. zum Gesetz der Ukraine „Über die Kommunalwahlen“²⁴⁹ veranlassen. Die Änderungen stärkten die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure zur Kontrolle über nationale und lokale Wahlen in der Ukraine (vgl. Interview Shvets 2017).

Nachhaltig positiv wirkte sich das Projekt auf das bereits vorhandene *OPORA*-Wahlbeobachternetzwerk aus, indem es seinen Teilnehmern mehrere Trainings zur geltenden Wahlrechtsordnung bzw. möglichen Techniken der Wahlbeobachtung anbot. Im Laufe der Projektumsetzung konnte sich das Netzwerk um neue Mitglieder erweitern bzw. sich als „Markenzeichen“ von *OPORA* etablieren (vgl. Interview Shvets 2017).²⁵⁰ Außerdem setzte *OPORA* Instrumente zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kontrolle über die Wahlen, welche im Rahmen des Projekts entwickelt wurden, auch nach seinem Abschluss ein. Darunter sind vor allem eine digitale Karte, mit welcher registrierte Verletzungen der geltenden Wahlordnung veranschaulicht wurden,²⁵¹ eine *Online*-Lernplattform zur Schulung von *short term*-Wahlbeobachtern bzw. Wählern zu Fragen der Wahlgesetzgebung, mehrere Informationsvideos über die Möglichkeiten, typische Probleme im Bereich der Sicherung der Wählerrechte zu überwinden²⁵² sowie eine Reihe von Handbüchern für *short term*- und *long term*-Beobachter der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Ukraine zu nennen (vgl. Shvets 2015: 2-5). Zugleich führte das Projekt eine Reihe von Trainings für zivilgesellschaftliche Aktivisten durch, welche an der Wahlbeobachtung interessiert

²⁴⁷ Darunter: Anwendung von illegalen Methoden der Wahlkampfführung mit Angriffen gegen bestimmte Kandidaten; Bestechungen der Wähler; Missbrauch der administrativen Ressourcen im Wahlkampf; Verletzungen der Rechte der Wahlbeobachter; Verletzungen der Wahlordnung durch die Wähler am Tag der Wahlen; Fälschung der Wahldokumente etc. (vgl. Shvets 2015: 9).

²⁴⁸ Die wichtigsten der angenommenen Änderungen bezogen sich auf folgende Aspekte: Erweiterung der Rechte der zivilgesellschaftlichen Aktivisten, NGOs und sonstiger Vertreter der Zivilgesellschaft zur Wahlbeobachtung; Erweiterung der Mitgliedschaft der Wahlkommissionen auf der lokalen Ebene der Stadtkreise; Einführung der Pflicht für alle Wahlkandidaten, die für den Wahlkampf ausgegebenen Finanzmittel öffentlich darzulegen; unterschiedliche Maßnahmen zur Vorbeugung des Missbrauchs von administrativen Ressourcen im Wahlkampf (vgl. Shvets 2015: 7).

²⁴⁹ Darunter: Erweiterung des Schutzes der Wählerrechte für Binnenflüchtlinge; Erweiterung der Wahlbeobachtungsrechte der NGOs und sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure; Beseitigung der Stimmmöglichkeit „gegen alle“ in Kommunalwahlen, mehrere Regelungen in Bezug auf technische Fragen des Wahlverfahrens etc. (vgl. Shvets 2015: 8-11).

²⁵⁰ Das NGO-Netzwerk für objektive Wahlbeobachtung war eine unabhängige Initiative von *OPORA* für die Kooperation der führenden ukrainischen NGOs, welche sich aktiv mit der Wahlproblematik beschäftigen, wie *Committee of Voters of Ukraine (CVU)* oder *Ukrainian Centre for Independent Political Research (UCIPR)*. Das Netzwerk sollte die zivilgesellschaftliche Kontrolle über die Wahlvorgänge stärken bzw. den interessierten zivilgesellschaftlichen Aktivisten die Möglichkeiten zur Weiterbildung und Kompetenzstärkung im Bereich der Wahlbeobachtung bieten (vgl. Interview Shvets 2015).

²⁵¹ Insgesamt wurden mithilfe dieser „digitalen Karte“ 694 Verletzungen während des Präsidentschaftswahlkampfes bzw. 1114 Verletzungen während des Parlamentswahlkampfes registriert. Besonders oft ging es dabei um den Kauf von Wählerstimmen, Fälschung der Wahlergebnisprotokolle, Missbrauch der administrativen Ressourcen und Druckausübung auf die Medien, um den Wahlausgang zu beeinflussen (vgl. Shvets 2015: 2).

²⁵² Beispielsweise das Video „How to change the voting address“, welches Bürgern den Wechsel ihrer Wahllokaladresse und somit die Abgabe ihrer Stimmen am Tag der Wahlen ermöglichte (vgl. Shvets 2015: 4).

waren.²⁵³ Mit einer detaillierten Forschungsstudie über die Wahrnehmung der in der Ukraine umgesetzten Wahlrechtsreform konnte das *OPORA*-Projektteam einen dringenden Handlungsbedarf einsehen, die Bürger über die Inhalte der hiermit eingeleiteten neuen Wahlgesetzgebung besser zu informieren. Die Gesamtheit dieser Projektmaßnahmen führte *OPORA* zu der Annahme, mit den erreichten Ergebnissen das Bewusstsein in der ukrainischen Öffentlichkeit für die Bedeutung der demokratischen und gerechten Wahlen bzw. einer effizienten zivilgesellschaftlichen Kontrolle über deren Vorgänge gestärkt zu haben (vgl. Shvets 2015: 6).

Einen klaren Bezug auf das Teilregime „demokratische Wahlen“ wies auch das *EIDHR*-Projekt „*Legal support and education for vulnerable groups of population*“ auf, das das *Committee of Voters of Ukraine (CVU)* 2012–2015 umsetzte. Zum einen entstand im Projekt ein Netzwerk von Bürgerbüros für kostenlose Rechtshilfe und Rechtsberatung, in dem qualifizierte Juristen die Bürger ehrenamtlich zu allen Fragen des geltenden Wahlrechts in der Ukraine berieten. In erster Linie setzten sich die Bürgerbüros mit der Lösung administrativer Streitfälle zwischen Bürgern und staatlichen Behörden auseinander. Insgesamt fanden 307 kostenlose juristische Beratungen für Bürger überwiegend aus sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen statt, welche sich in ihren Wahlrechten verletzt sahen (vgl. Lynnyk 2015: 4). Somit leistete das Projekt den Bürgern juristische Hilfe, die weder einen Rechtsanwalt bezahlen konnten noch über die notwendigen Informationen verfügten, um sich an die zuständigen Verwaltungsgerichte zu wenden und so wegen der Verletzung ihrer Wählerrechte gegen den Staat zu klagen (vgl. Interview Lynnyk 2015). Außerdem erteilte die Projektwebsite „Protect your right!“ als Online-Plattform für kostenlose Rechtshilfe zu Themen der Wahlrechtsordnung bzw. der Wählerrechte Rechtsberatungen.²⁵⁴ So wurden ca. 10 % der 1482 kostenlosen telefonischen Rechtsberatungen, die mithilfe der Website stattfanden, zu Themen der Wahlen bzw. Wählerrechte durchgeführt (vgl. Lynnyk 2015: 4). Die Gründungen des Netzwerks der Bürgerbüros bzw. der Website „Protect your right!“ für kostenlose Rechtshilfe und Rechtsberatung können als die Schritte im Projekt gelten, welche zur nachhaltigen Förderung von demokratischen, freien und gerechten Wahlen in der Ukraine beitrugen (vgl. Lynnyk 2015: 11-12).²⁵⁵ Außerdem wurden im Projektverlauf mehrere Probleme im Zusammenhang mit der niedrigen Wahlbeteiligung von Bürgern mit Behinderung, Frauen, Rentner und Jugendlichen analysiert, in die Form entsprechender Evaluationsberichte gebracht sowie mit interessierten Akteuren der Politik und Zivilgesellschaft diskutiert, um gemeinsame Lösungen zu finden (vgl. Interview Lynnyk 2015).

Trotz dieser positiven Bilanz ergab sich mit dem Projektende das Problem, die Fortsetzung der eingeleiteten Arbeit finanziell zu sichern. Wie auch Nataliya Lynnyk, Programmmanagerin von *CVU*, festhielt:

“Das Netzwerk der Bürgerbüros für kostenlose Rechtshilfe ist an sich ein unikales Projekt. Denn ohne entsprechende Rechtshilfe haben die ukrainischen Bürger es sehr schwer, sich an zuständige Gerichte zu wenden. Die meisten Bürger, um ehrlich zu sein, würden für einen Anwalt auch weder bezahlen können noch so viel bezahlen wollen, um gegen die Verletzung ihrer Wählerrechte zu klagen. Auch die technischen Verfahren in ukrainischen Verwaltungsgerichten sind recht kompliziert zu verstehen. Deswegen ist es wichtig, solche

²⁵³ Darunter Trainings für insgesamt 24 regionale Trainer in Fragen der Wahlgesetzgebung und Methoden der Wahlbeobachtung; Trainings für Langzeitwahlbeobachter aus allen Regionen der Ukraine und *Election Summer Camp* für insgesamt 100 zivilgesellschaftliche Aktivisten im Bereich der Wahlbeobachtung (vgl. Shvets 2015: 3-4).

²⁵⁴ Vgl. Komitet Vybortsiv Ukrainy (2019): *Zahysty svoe pravo! (Verteidige dein Recht!)* Kyiv. Online verfügbar unter <https://administr-law.org.ua/>, zuletzt geprüft am 17.03.2019.

²⁵⁵ Die Bürgerbüros konnten auch nach dem Projektschluss ihre Arbeit in den Städten Rivne, Cherkassy, Ivano-Frankivsk und Dnipropetrovsk mithilfe freiwillig engagierter zivilgesellschaftlicher Aktivisten teils fortsetzen (vgl. Lynnyk 2015: 11).

Projekte in der Ukraine weiter zu fördern und ihre Praktiken landesweit auszuweiten. Es wäre mehr als schade, wenn solche höchst effizienten Instrumente wie unsere Bürgerbüros für kostenlose Rechtshilfe an einer mangelnden Finanzierung scheitern würden.“ (Interview Lynnyk 2015/eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen)

Das letzte untersuchte Projekt „Reanimation Package of Reforms“, welches das *Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)* 2012–2014 mit der Finanzierung des Programms *EIDHR* umsetzte, widmete sich ebenfalls der Förderung von demokratischen und freien Wahlen in der Ukraine. Hierfür setzte sich das Projekt mit dem Lobbying einer umfassenden Wahlreform als einer der 26 Schlüsselreformen, die im Rahmen des Projekts vorbereitet wurden, auseinander. Im Endeffekt erarbeitete die NGO einen Gesetzentwurf zur Reform des ukrainischen Kommunalwahlrechts, der mehr Transparenz in lokalen Wahlen versprach (vgl. Shevchenko 2015: 13). Zwar wurde das Gesetz nicht verabschiedet, dennoch gelang es der im Projekt gegründeten zivilgesellschaftlichen Expertenkoalition, das Komitee für Rechtspolitik und Justiz des ukrainischen Parlaments Verkhovna Rada dazu zu bewegen, einzelne seiner Schlüsselbestimmungen in den Gesetzentwurf „Über Kommunalwahlen“ vom 14.07.2015 zu übernehmen (vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 2015e). Darunter, zum Beispiel, eine Regelung, welche die Wahl der Bürgermeister in den Großstädten in zwei Runden vorschreibt (vgl. Shevchenko 2015: 13).

In Bezug auf nationale Parlaments- und Präsidentschaftswahlen konnten die Projektexterten die Annahme einer Regelung durchsetzen, die eine Neubesetzung der Zentralen Wahlkommission als höchstes Wahlgremium der Ukraine, u. a. aus den Reihen der Zivilgesellschaft, anordnete. Dieser Schritt schuf zusätzliche Garantien für die Unparteilichkeit und Gerechtigkeit der Wahlkommission (vgl. Shevchenko 2015: 13). Auch nach Projektschluss bestätigte das *CEDEM*, dass das *Reanimation Package of Reforms* sich weiterhin als Expertenkoalition mit Fragen der Wahlrechtsreform auseinandersetzte bzw. hierzu mehrere Gesetzentwürfe erarbeitete. Dennoch blieb die Wahlgesetzgebung ein höchst umstrittenes und sensibles Thema in der ukrainischen Politik, bezüglich dessen der Widerstand gegen rasante Änderungen auch nach der *Euromajdan*-Revolution traditionell hoch blieb. Dies erklärt, warum das Projekt auf diesem Reformgebiet deutlich geringere Erfolge als in den anderen Bereichen wie beispielsweise Justiz oder Verwaltung erzielte (vgl. Interview Shevchenko 2016).

13.5.2.1.2 Auswertungskategorie „politische Partizipationsrechte“

Die politischen Partizipationsrechte, wie sie sich im Rahmen des in dieser Arbeit diskutierten Modells einer „eingebetteten“ Demokratie durch Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit artikulieren, waren in keiner der Zeitphase der Untersuchung ein thematischer Förderschwerpunkt innerhalb der analysierten EU-Projekte. Nicht zuletzt ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, dass das Programminstrument *EIDHR*, in dessen Rahmen die meisten der 25 analysierten Projekte umgesetzt wurden, sich in der Ukraine schon immer deutlich mehr auf die Förderung von Menschenrechten konzentrierte. Die unten angebotene Übersicht weist somit nur auf zwei EU-geförderte Projekte der 15 untersuchten ukrainischen NGOs im Themenfeld der politischen Partizipationsrechte hin.

Tab. 47: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „politische Partizipationsrechte“

Akteur	Projekt	Merkmalsausprägung	Nachhaltige Ergebnisse
Erste Zeitphase (1994–2005)			
----	----	-----	
Zweite Zeitphase (2005–2010)			
<i>Creative Centre „Counterpart“</i>	“Building Community Media Centers in Rural Areas“, 2007–2008, EIDHR	Meinungs- und Medienfreiheit	Gründung/Betreuung von drei Medienzentren zur Förderung der Meinungs- und Medienfreiheit vor Ort; Sicherung eines dauerhaften Beratungsangebots der Trainer zur Medienarbeit für interessierte Bürger in Pilotgemeinden; Weiterpflege der Projektwebsite als Informationsressource über lokale Probleme/Entwicklungen in Pilotgemeinden
Dritte Zeitphase (2010–2015)			
<i>Internews</i>	“Eastern Partnership Media Freedom Watch“, 2013–2015, NCSF	Meinungs- und Medienfreiheit	Etablierung der <i>Online</i> -Plattform <i>Media Freedom Watch</i> als Instrument für systematisches Monitoring im Bereich der Medien- und Meinungsfreiheit in den Ländern der Östlichen Partnerschaft; Gründung eines Netzwerks der NGOs aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft zum Informationsaustausch und Kooperation in Fragen der Medienfreiheit; Herausgabe/Verbreitung von Studien/Publikationen

Quelle: eigene Darstellung

a) Zweite Zeitphase (2005–2010)

Das EU-Projekt „Building Community Media Centers in Rural Areas“, welches das *Creative Centre „Counterpart“* (CCC) 2007–2008 mithilfe der EIDHR-Finanzierung umsetzte, förderte in drei ukrainischen Pilotstädten das zivilgesellschaftliche Engagement für eine objektive Berichterstattung vor Ort. Der absolute Themenschwerpunkt lag dabei auf alltäglichen Problemen der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen in ukrainischen Regionen. In diesem Ziel gründete das Projekt in jeder der Pilotstädte ein sogenanntes lokales „Medienzentrum“, das interessierten Bürgern primär aus sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen die Arbeit mit lokalen Medien vor Ort ermöglichte. Zum Beispiel baten solche Zentren Unterstützung bei der Anfertigung unterschiedlicher Medienprodukte wie Leaflets, Bulletins, Booklets, Gemeindeneuletters, Video- und Fotoreportagen, Beiträge zu Radiosendungen oder Online-Beiträge für Projektwebsites an.²⁵⁶ Außerdem leisteten diese eine wichtige Bildungs- und Aufklärungsarbeit für interessierte Bewohner und NGOs der drei Pilotstädte über die Themen, welche die Rolle einer objektiven Berichterstattung und der lokalen Medien für das Gemeindeleben vor Ort offenlegten. Um in den Pilotstädten solche Bildungsangebote kontinuierlich auszubauen, entstanden spezielle regionale Projekttrainerteams (vgl. Shutov 2008: 13-15).

²⁵⁶ Im Laufe eines komplexen Auswahlverfahrens wurden insgesamt drei Gemeinden als Teilnehmer des Projekts ausgesucht: Dorf Chernechchyna, Stadtkreis Okhtyrka (Region Sumy), Stadtkreis Mena (Region Chernihiv) und Stadtkreis Perechyn (Region Transkarpatien). Die Medienzentren wurden entsprechend auf der Basis der lokalen NGOs – der NGO „Open World“ in Chernechchyna, der NGO „Mena Regional Development Agency“ und der NGO „Center for Civic Initiatives“ in Perechyn gegründet (vgl. Shutov 2008: 5).

Die Arbeit der Medienzentren wirkte sich letztendlich positiv auf die Infrastruktur der lokalen Medien aus. So wurden mit ihrer Unterstützung in jeder der Pilotgemeinden neue Zeitungen oder Radiosender gegründet oder auch die alten in ihrer Arbeit wiederbelebt. Das Projekt motivierte auch andere Dörfer der Pilotstadtkreise dazu, mit der Herausgabe ihrer eigenen lokalen Zeitungen anzufangen (vgl. ebd.: 25).²⁵⁷ Viele Bürger, u. a. aus den sozial schwächeren Schichten, erhielten dadurch die Möglichkeit, sich in ihren Interessen und Bedürfnissen besser zu artikulieren, die öffentliche Meinung vor Ort in Bezug auf unterschiedliche gesellschaftspolitische Themen mitzugestalten bzw. sich durch gemeinsame Medienarbeit stärker in das Gemeindeleben zu integrieren (vgl. ebd.).

Mit Projektschluss blieb allen Pilotstädten die Arbeit der Medienzentren erhalten. Um dies zu ermöglichen, setzte sich das Projektteam des CCC für entsprechende Vereinbarungen mit den Stadträten der Pilotstädte, welche auch nach dem Ende der Projektfinanzierung kostenlose Mieten der Büroräumlichkeiten für Medienzentren versprochen, ein. Außerdem organisierte das CCC-Projektteam eine Anschlussfinanzierung einzelner lokaler Wirtschaftsunternehmen für die künftigen Ziele der Medienzentren. Ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse war außerdem, dass die regionalen Trainerteams, die das Projekt in einzelnen Pilotstädten vor Ort umsetzten, sich auch nach Projektschluss bereit erklärten, die Medienzentren weiterhin fachlich mitzubetreuen (vgl. Shutov 2008: 27). Somit erfüllte die NGO im Projektverlauf die notwendigen Voraussetzungen, um die Medienzentren als nachhaltige zivilgesellschaftliche Initiativen zur Förderung der Meinungs- und Medienfreiheit in ukrainischen Regionen vor Ort aufzubauen.

b) Dritte Zeitphase (2010–2015)

Das regionale Projekt „Eastern Partnership Media Watch“ (2013–2015, NCSF), in dem die NGO „*Internews*“ als direkter Vertragspartner der EU-Kommission fungierte, richtete sich ebenfalls auf die Förderung der Meinungs- und Medienfreiheit in den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Der Akzent lag auf dem systematischen Monitoring aktueller Entwicklungen und Probleme im Bereich der Medien- und Meinungsfreiheit. Hierfür wurde im Projekt eine spezielle Methodologie – *Eastern Partnership Media Watch Index* – entworfen.²⁵⁸ Die Ergebnisse solcher Monitorings erschienen regelmäßig auf der Website „Eastern Partnership Media Watch“.²⁵⁹ Die Website diente außerdem als Plattform zum Austausch von Informationen, Erfahrungen und *best practices* zwischen den am Projekt teilnehmenden NGOs, Medienexperten und Journalisten über alle Fragen, welche mit der Gewährleistung der Medienfreiheit in den Ländern der Östlichen Partnerschaft zusammenhingen. Die zahlreichen Diskussionen im Projektverlauf führten außerdem zur Bildung eines informellen Netzwerks zwischen Journalisten, NGOs und zivilgesellschaftlichen Aktivisten im Bereich Medien aus allen sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft. Dies ermöglichte es, die Kräfte, Kenntnisse und Möglichkeiten vieler zivilgesellschaftlicher Akteure für ein gemeinsames Vorgehen gegen die weit verbreiteten Einschränkungen der Meinungs- und Medienfreiheit in dieser Länderregion zu bündeln. Hierzu setzte das Netzwerk beispielsweise Maßnahmen wie Protestaktionen, Abgabe gemeinsamer

²⁵⁷ So fingen auch zwei weitere Dörfer im Stadtkreis Okhtyrka – Soniachne und Chapkivka – infolge der Projektarbeit mit der Herausgabe ihrer lokalen Zeitungen an (vgl. Shutov 2008: 25).

²⁵⁸ Die Berechnungen der Medienfreiheit nach dem vorgeschlagenen Index wurden einmal alle drei Monate durch Medienvertreter, zivilgesellschaftliche Experten und Aktivisten durchgeführt (vgl. EaP Media Freedom Watch 2015: 5).

²⁵⁹ Vgl. hierzu auch EaP Media Freedom Watch (2018): Media Freedom Watch Project. (*Official website*). Online verfügbar unter <http://mediafreedomwatch.org>, zuletzt geprüft am 18.05.2018.

Erklärungen oder plakative und symbolische Bürgeraktionen ein (vgl. Pedchenko 2014: 2). In den Fokus solcher Netzwerkarbeit gerieten häufige Verletzungen der Rechte von Journalisten und Medienvertretern in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, wie zum Beispiel politisch motivierte Verfolgungen, Einsatz von körperlicher Gewalt und Einschüchterungen gegen Journalisten, Angriffe auf Redaktionsbüros der einzelnen Medien etc. Die Projekt- und Netzwerkteilnehmer engagierten sich außerdem für die Aufhebung weiterer Problemstellen, welche eine objektive und unabhängige Berichterstattung im östlichen EU-Nachbarschaftsraum verhinderten. Politisch motivierte Zensur, überproportional großer Einfluss der staatlichen Institutionen auf Medieninhalte bzw. zahlreiche Lücken in der rechtlichen Regulierung der Arbeit nationaler und lokaler Medien sind darunter insbesondere zu erwähnen (vgl. EaP Media Freedom Watch 2015: 5).

In den Jahren nach Projektschluss setzten sowohl die Website „Eastern Partnership Media Watch“ als auch das im Projektrahmen gebildete zivilgesellschaftliche Netzwerk zur Förderung der Medienfreiheit ihre Arbeit fort. Das Verfahren *Eastern Partnership Media Watch Index* entwickelte sich dabei zum glaubwürdigen Indikator für Meinungs- und Medienfreiheit in der Öffentlichkeit der Länder der Östlichen Partnerschaft weiter. Diverse Publikationen, Medienauftritte und Forschungsstudien auf diesem Themengebiet zitierten seine Ergebnisse. *Internews* griff außerdem nach dem Projektende mehrfach auf die umfassenden Studien zur aktuellen Lage rund um die Medienfreiheit in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, die im Projektverlauf angefertigt wurden, in seiner politischen Forschungs- und Bildungsarbeit zur Sicherung der Meinungs- und Medienfreiheit zurück (vgl. Interview Ermolenko 2015).²⁶⁰

13.5.2.1.3 Auswertungskategorie „bürgerliche Freiheitsrechte“

Der nächsten Kategorie „bürgerliche Freiheitsrechte“, welche vor allem den Schutz der grundlegenden Menschenrechte als eine der eindeutigen Handlungsprioritäten der EU in der Ukraine thematisiert, konnten insgesamt 5 Projektfälle von 5 ukrainischen NGOs zugeordnet werden:

Tab. 48: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „bürgerliche Freiheitsrechte“

Akteur	Projekt	Merkmalsausprägung	Nachhaltige Ergebnisse
Erste Zeitphase (1994–2005)			
	----	-----	
Zweite Zeitphase (2005–2010)			
<i>Resource Center HURT</i>	Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights, 2008–2010, <i>EIDHR</i>	Allgemeines Diskriminierungsverbot Schutz der Rechte für Leben, Eigentum und Freiheit	Bildung von NGO-Koalitionen in jeder der drei Pilotstädte für Stärkung des Kinderrechtsschutzes vor Ort; Bildung eines Koordinationsrates zwischen den Organen der lokalen Selbstverwaltung und den lokalen NGOs zu Fragen des Kinderrechtsschutzes in jeder der drei Pilotstädte; <i>regranting</i> von 5 kleineren Projekten zugunsten eines besseren Kinderrechtsschutzes der lokalen NGOs

²⁶⁰ Darunter ist vor allem die umfassende Studie „Eastern Partnership Media Freedom Landscape 2014“ zu nennen (vgl. EaP Media Freedom Watch 2015).

<i>Creative Centre „Counter-part“</i>	Improving Access of the Rural Population to Justice, 2005–2008, <i>EIDHR</i>	Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht	Gründung der vier Beratungs- und Informationsbüros für juristische Hilfe für die Bürger vor Ort; Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Probleme des bürgerlichen Rechtsschutzes in ländlichen Gegenden durch Trainings- und Informationsmaßnahmen
Dritte Zeitphase (2010–2015)			
<i>Committee of Voters of Ukraine (CVU)</i>	Legal support and education for vulnerable groups of population, 2012–2015, <i>EIDHR</i>	Allgemeines Diskriminierungsverbot Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht	Gründung eines Netzwerks der Bürgerbüros für Rechtshilfe und Rechtsberatung; Gründung und Weiterpflege der Website „Protect your right!“ als eine kostenlose Online-Beratungsplattform; Förderung des dauerhaften Engagements der NGOs für einen besseren Zugang der Bürger aus sozial schwächeren Verhältnissen zur Verwaltungsjustiz
<i>Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)</i>	Access to justice through free and high- quality standards of human rights protection, 2012–2014, <i>EIDHR</i>	Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht	Mitgründung eines Netzwerks von Büros für Bürgerrechtsschutz; Mitwirkung am Gesetz der Ukraine „Über kostenlose Rechtshilfe“; Pflege der Plattform PROBONO für kostenlose Rechtshilfe und Beratung; Gründung der NGO „PROBONO Clearing House“; Herausgabe der Publikationen zu Methoden und Ansätzen der kostenlosen Rechtshilfe
<i>Ukrainian Helsinki Human Rights Union (UHHRU)</i>	Increasing opportunities for vulnerable groups to defend their rights, 2012–2014, <i>EIDHR</i>	Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht	Gründung eines Netzwerks von 14 lokalen Büros für einen effizienteren Bürgerrechtsschutz; Unterstützung der PROBONO-Plattform für kostenlose Rechtshilfe und Beratung; Gründung eines Konsortiums aus 8 NGOs für kostenlose Rechtshilfe und Beratung

Quelle: eigene Darstellung

a) Zweite Zeitphase (2005–2010)

In der zweiten Zeitphase der Untersuchung wurden die Auswirkungen der EU-geförderten Projekte der ukrainischen NGOs auf den Bereich „bürgerliche Freiheitsrechte“ am Beispiel von zwei Projekten genauer untersucht.

Das erste Projekt „Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights“, dass das *Resource Center HURT* von 2008 bis 2010 mithilfe der *EIDHR*-Finanzierung durchführte, setzte sich mit der Stärkung des Kinderrechtsschutzes in drei Pilotstädten – Poltava, Lviv und Mykolaiv – auseinander. Hierfür unternahm die NGO drei Schritte: Zum einen bildete sie in jeder der drei Pilotstädte eine Koalition der lokalen NGOs für einen besseren Kinderrechtsschutz vor Ort. Im Laufe des Projekts beschäftigten sich diese Koalitionen grundsätzlich mit der Vorbereitung und Umsetzung von Advocacy-Kampagnen in ihren Städten für ein gerechteres System des Kinderrechtsschutzes. Zum Beispiel setzten sich die Koalitionen in Poltava und Mykolaiv infolge einer solchen Advocacy-Kampagne erfolgreich gegen eine geplante Verordnung der ukrainischen Regierung durch, laut welcher zusätzliche umstrittene Spezialeinrichtungen für Internatskinder gebaut werden sollten (vgl. Resursnyi Tsentr HURT 2010: 9). Zum Zweiten gab das Projekt den Anstoß zur Bildung von sogenannten „lokalen Koordinationsräten für Kinderrechtsschutz“. Diese fungierten als Kommunikations- und Kooperationsgremien zwischen lokalen NGOs und den Organen der lokalen Selbstverwaltung in jeder der drei Pilotstädte, um sich gemeinsam für einen effizienteren Kinderrechtsschutz einzusetzen. Zum Dritten wurden im Rahmen des Projekts fünf lokale NGOs,

welche sich mit Kinderrechten beschäftigen, bei der Umsetzung eigener Projekte fachlich und finanziell unterstützt. Dadurch kamen fünf Projekte zustande, die sich auf die Förderung von besseren Bildungschancen für Kinder aus sozial schwächeren Verhältnissen konzentrierten (vgl. Interview Zaviiska 2016).

Im zweiten Projekt dieser Untersuchungsphase – „Improving Access of the Rural Population to Justice“ des Zentrums CCC (2005–2008, EIDHR) – ging es um die Schaffung von Voraussetzungen, die Bewohner der ländlichen Gegenden der drei Pilotstadtkreise einen besseren Zugang zum Recht gewährleisten sollten. Im Vordergrund stand dabei die Gründung von vier Informations- und Beratungsbüros auf der Basis der lokalen Partnerorganisationen des Zentrums CCC in den Pilotstadtkreisen.²⁶¹ Neben den allgemeinen Beratungen zur Schlichtung der Rechtsstreitigkeiten vor Ort unterstützen die speziell vorab geschulten Rechtsberater der Büros jegliche Initiativen der Bürger zur Gründung nicht-staatlicher, zivilgesellschaftlicher Formen der Konfliktschlichtung, einschließlich der Schieds- oder Friedensgerichte (vgl. Bayda/Pyzhov 2008: 13). Parallel hierzu fanden mehrere Trainingsreihen für örtliche Verwaltungsbehörden, Organe der lokalen Selbstverwaltung, NGOs und zivilgesellschaftliche Aktivisten zu Themen der Menschenrechte, der Arbeit der unterschiedlichen Gerichtsformen und den Möglichkeiten eines effizienteren Rechtsschutzes der Bürger in ländlichen Gegenden statt. Diese Bildungsmaßnahmen begleitete die Herausgabe und Verbreitung von Handbüchern und Informationsmaterialien, um das öffentliche Bewusstsein für bestehende Probleme in diesem Themenbereich zu schärfen bzw. potenzielle Lösungsansätze aufzuzeigen (vgl. ebd.: 6-9). Zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse schuf man die Voraussetzungen, um die Arbeit der vier gegründeten Informations- und Beratungsstellen fortzusetzen. So setzte sich das Projektteam dafür ein, eine politische Unterstützung der Organe der lokalen Selbstverwaltung für die weitere Arbeit der Zentren zu gewinnen. Außerdem stellte es entsprechend gebildetes Fachpersonal bereit, um die Aufgaben der Zentren nach dem Projektende noch eine Zeit lang umzusetzen (vgl. ebd.: 14-15). Dennoch bleibt auch in diesem Projekt unklar, inwiefern und wie lange es dem CCC gelang, nach Abschluss der Projektfinanzierung die Zentren am Leben zu erhalten, da diese Frage empirisch nach 2008 kaum noch in den Medien oder verfügbaren Dokumentationen des CCC beleuchtet wurde.

b) Dritte Zeitphase (2010–2015)

Das schon oben einmal diskutierte EIDHR-Projekt „Legal support and education of vulnerable groups of population“ des *Committee of Voters of Ukraine (CVU)* setzte sich 2012–2015 für Menschenrechte ein, indem es einen besseren Zugang der sozial schwächeren Bürger zum Recht im Bereich der Verwaltungsjustiz förderte. Unter den nachhaltig wirkenden Projektergebnissen sind vor allem zwei zu nennen: die Gründung und Pflege von vier Bürgerbüros für kostenlose Rechtshilfe in ukrainischen Regionen auf der einen und die Einleitung der Online-Plattform „Verteidige dein Recht!“ zur Erteilung kostenloser Rechtsberatungen an sozial bedürftige Bürger auf der anderen Seite. Die Bürgerbüros, welche ihre Arbeit in den Städten Rivne, Cherkassy, Ivano-Frankivsk und Dnipropetrovsk auch nach Projektabschluss fortsetzten, konnten allein 2012–2015 ca. fünftausend Bürgern aus sozial schwächeren Schichten primäre und sekundäre Rechtshilfe zu unterschiedlichen Fragen der administrativen Rechtsprechung erteilen. Davon profitierten vor allem Rentner,

²⁶¹ Das Projekt wurde an folgenden Orten umgesetzt: Stadtkreis Bar (Region von Vinnytsia), Stadtkreis Bilhorod-Dnistrovsky (Region von Odessa), Stadtkreis Kolomyia (Region von Ivano-Frankivsk) (vgl. Bayda/Pyzhov 2008: 6).

Behinderte, Frauen und Jugendliche (vgl. Lynnyk 2015: 11).²⁶² Die abschließenden Projektstudien zeigten, dass im Laufe von 25 % solcher Beratungsgespräche die Bürger dazu überredet werden konnten, eine Klage bei dem zuständigen Verwaltungsgericht einzureichen (vgl. ebd.: 7). Dies führte in allen vier Gebieten, in denen öffentliche Bürgerbüros für Rechtshilfe und Beratung ihre Arbeit aufnahmen, zu deutlich mehr administrativen Rechtsstreiten auf die Initiative der Bürger hin. In manchen Fällen übernahmen die Juristen der Bürgerbüros auch die Vertretung der Interessen ihrer Klienten im Gericht (vgl. ebd.). Dies setzte ein Instrument in Gang, das verhinderte, dass die Bürger allein aufgrund ihres ihr fehlenden Wissens zu verfahrenstechnischen Fragen in Bezug auf die Arbeit der Verwaltungsgerichte oder wegen unzureichender finanzieller Möglichkeiten, sich einen Anwalt zu leisten bzw. die Gerichtsgebühren zu bezahlen, vom Schutz ihrer Rechte gegenüber staatlichen Akteuren abgehalten wurden (vgl. Interview Lynnyk 2015). Neben den Bürgerbüros erteilten Experten über die Projektwebsite „Protect your right!“ ca. fünftausend weitere Online- oder Telefonberatungen. Besonders oft wurden dabei Bürger beraten, die eine schnelle Rechtshilfe wegen eines bestehenden Verdachts auf eine Verletzung ihrer Rechte durch den Staat in gängigen Fragen des Arbeitsrechts, der sozialen Auszahlungen und der Erteilung von administrativen Dienstleistungen benötigten (vgl. Lynnyk 2015: 8-9). Gleichzeitig erreichten unterschiedliche Bildungs- und Informationsmaßnahmen des Projekts ca. 6 Millionen Bürger, um sie über die Möglichkeiten, ihre Rechte durch Instrumente der Verwaltungsjustiz besser zu schützen, zu informieren. Auftritte und Publikationen in den Medien, Verbreitung von Informationsmaterialien und öffentliche Diskussionsveranstaltungen, wo die im Rahmen des Projekts entworfene Gesetzgebung diskutiert wurde, sind unter solchen Maßnahmen in erster Linie zu nennen (vgl. Interview Lynnyk 2015; Lynnyk 2015: 8-12).²⁶³ Wie schon oben erwähnt, sorgte das CVU-Projektteam zugleich für die Erhaltung der Nachhaltigkeit der beiden zentralen Projektergebnisse – die Arbeit der Bürgerbüros für kostenlose Rechtshilfe und Rechtsberatung bzw. das Beratungsangebot via der Website „Protect your right!“ – in der Zukunft (vgl. Kap. 13.5.2.1.1). Dennoch gestaltete es sich ohne die EU-Finanzierung deutlich schwieriger, solche kostenlose Rechtshilfe für bedürftige Bürger auf diesem Spezialgebiet auf dem gleichen Niveau bzw. mit derselben Intensität anzubieten, wie dies im Verlauf des Projekts möglich war (vgl. Interview Lynnyk 2015).

Als nächstes zivilgesellschaftliches Projekt der EU in der Ukraine, das sich mit Fragen des Menschenrechtsschutzes auseinandersetzte, ist das Projekt „Access to justice through free and high-quality standards of human rights protection“ der *Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)* (2012–2014, *EIDHR*) zu nennen. Sein Hauptergebnis bestand in der Gründung eines Netzwerks von drei Büros für Bürgerrechtsschutz in den Städten Kharkiv, Bila Tserkva und Khmelnytskyi, welche sich in ihrer Arbeit an internationalen Standards des Menschenrechtsschutzes orientierten. Die Bürgerbüros erteilten kostenlose rechtliche Beratung und Hilfe, primär an Bürger aus sozial schwächeren oder verletzlichen Schichten, die sich einen Anwalt finanziell nicht leisten konnten. Außerdem übernahmen die Juristen der Büros die Vertretung der Interessen der Angeklagten vor Gericht. Als besonders effizient erwies sich die Arbeit der Büros zur Sicherung eines entsprechenden Rechtsschutzes für Bürger, die gerade von der Polizei festgenommen worden waren (vgl. Sioma

²⁶² Häufige Themen der Beratungsgespräche: verfahrenstechnische Fragen in Bezug auf die Arbeit der Verwaltungsgerichte und administrative Streitbeilegung; Verletzung der Wahl- und Arbeitsrechte der Bürger aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten; Informationsanfragen in Bezug auf die Arbeit der öffentlichen Verwaltungsbehörden, politischer Institutionen etc. (vgl. Lynnyk 2015: 4).

²⁶³ Darunter sind vor allem der Gesetzentwurf „Über einen besseren Zugang zur Verwaltungsjustiz für schutzbedürftige Bevölkerungsschichten“ und der Gesetzentwurf „Über die Sicherung des gleichen Zugangs zum Recht und zur Justiz“ gemeint (vgl. Lynnyk 2015: 5-9).

2015: 3). In diesen Fällen wurden die Büros durch polizeiliche Behörden laut den vorab unterzeichneten Kooperationsvereinbarungen über die Festnahme solcher Personen informiert und konnten ihnen somit eine schnelle juristische Hilfe zur Verfügung stellen. So bemerkte Mykola Sioma, der Projektmanager, in Bezug auf solche Fälle:

„Die rechtzeitige Einschaltung der Juristen unserer Büros hat die Willkür der polizeilichen Behörden im Umgang mit Personen, die gerade festgenommen wurden, deutlich reduziert. Denn zum Zeitpunkt ihrer Festnahme sind die ukrainischen Bürger in der Ukraine *quasi* rechtlos bzw. vor der physischen und psychischen Gewalt der Polizisten nicht geschützt, das ist eben die Realität hier... Umso wichtiger ist es, dass die Polizisten ab nun verpflichtet sind, unsere Büros über die Festnahmen zu informieren – denn alleine diese Tatsache hält sie von der Gewaltanwendung ab.“ (Interview Sioma 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

Noch im Laufe des Projekts übernahm der Staat alle drei Bürgerbüros und stellte sie als regionale Staatszentren für kostenlose sekundäre Rechtshilfe neu auf. Somit konnten diese ihre Arbeit mit staatlicher Finanzierung fortsetzen. Später wurden sie außerdem als Vorbilder einbezogen, um in jeder der 24 ukrainischen Verwaltungsgebiete ein solches regionales Staatszentrum für kostenlose Rechtshilfe zu gründen. Dadurch übte das Projekt einen nachhaltig positiven Einfluss auf das System der kostenlosen Rechtshilfe in der Ukraine aus (vgl. Sioma 2015: 3, 9). Hiermit entstand in der Ukraine zum ersten Mal ein staatlich gesteuertes System der kostenlosen Rechtshilfe (vgl. Interview Sioma 2015).

Darüber hinaus erfolgte im Rahmen des Projekts die Gründung der Online-Plattform PROBONO als ein Netzwerk zwischen den Rechtskanzleien, Rechtsberatungsfirmen und Rechtsexperten der NGOs im Bereich der kostenlosen Rechtshilfe und Rechtsberatung. Die Arbeitslogik der Plattform bestand im Sammeln, Ausselektieren und der Weitergabe von unterschiedlichen Rechtsfällen an die Juristen, die sich zur Erteilung kostenloser Rechtshilfe an die angeklagten oder klagenden Bürger bereit erklärten. Insgesamt engagierte die PROBONO-Plattform 70 Juristen ehrenamtlich, welche primär Bürger aus sozial schwächeren oder verletzlichen Verhältnissen, u. a. Frauen, Behinderte, Migranten, Studenten und Rentner, kostenlos zu unterschiedlichen Rechtsfragen berieten. Die Plattform stellte enge Kooperation mit mehreren juristischen Firmen in den ukrainischen Regionen her, damit diese die einzelnen Rechtsfälle mithilfe der regionalen Projektkoordinatoren zur Weiterbehandlung an interessierte Juristen vor Ort vermittelten (vgl. Sioma 2015: 4; Interview Sioma 2015). Nach Ablauf des Projekts setzte die PROBONO-Plattform ihre Arbeit fort. Ihr Erfolg führte dazu, dass auf ihrer Basis nach dem Projektschluss die NGO „PROBONO Clearing House“ gegründet wurde. Das Ziel der NGO bestand darin, in fünf Regionen der Ukraine mit der Hilfe von entsprechenden regionalen Koordinatoren den benötigten Rechtsschutz von Bürgern während einer Festnahme durch die Polizeibehörden bzw. später im Gericht zu gewährleisten. Ein Großteil der durch PROBONO-Juristen übernommenen Fälle bezog sich auf die Anfechtung von Gerichtsentscheidungen, Verstöße gegen die verfahrenstechnische Ordnung während Gerichtsanhörungen oder auch Verletzungen der wirtschaftssozialen Rechte der Bürger, zum Beispiel bei der Auszahlung von Renten und Gehältern, Regelung der Eigentumsrechte etc. (vgl. Interview Sioma 2015). Außerdem konstituierte sich die neu gegründete NGO als Trainer, Fachberater und Vertreter der Interessen aller Juristen, NGOs und zivilgesellschaftlicher Aktivisten, die sich als kostenlose Rechtshelfer engagierten bzw. die Einhaltung der Menschenrechte in Rechtsvollstreckungsbehörden, Gefängnissen und Untersuchungshaft kontrollierten (vgl. Interview Sioma 2015). Die dargestellten Projektaufgaben begleiteten verschiedene Maßnahmen der

Bildungs- und Aufklärungsarbeit der Bürger, lokalen Behörden und Akteuren der Zivilgesellschaft zum Thema der kostenlosen Rechtshilfe: Zwei internationale Konferenzen, eine Reihe von Round-Tables-Gesprächen, Tutorials und Trainings für lokale Behörden, NGOs, Juristen und zivilgesellschaftliche Aktivisten bzw. Herausgabe von methodischen Handbüchern²⁶⁴ sind hier zu nennen. Somit setzte das Projekt konkrete Aufgaben um, um das Bewusstsein der ukrainischen Bürger für die ihnen zustehenden Menschenrechte bzw. Möglichkeiten, diese zu schützen, nachhaltig über den Rahmen der Projektarbeit hinaus zu stärken.

Auch die *Ukrainian Helsinki Human Rights Union (UHHRU)* setzte sich in ihrem Projekt „Increasing opportunities for vulnerable groups to defend their rights“ (EIDHR, 2012–2014) schwerpunktmäßig mit der Verbesserung des Zugangs der Bürger aus sozial schwächeren Verhältnissen zur Justiz auseinander. In Kooperation mit dem oben analysierten EU-Projekt der *Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)* gründete sie ein Netzwerk von Bürgerstellen für kostenlose Rechtshilfe und unterstützte diese in ihrer Arbeit systematisch fachlich und finanziell auch über den Zeitrahmen des Projekts hinaus.²⁶⁵ Jährlich erteilten die 12 Bürgerstellen bis zu 12 000 Rechtsberatungen, um die Bürger dazu zu befähigen, sich weiterhin selbstständig für ihre Rechte einzusetzen. Die meisten Fälle betrafen auch Probleme rund bezüglich der sozialen und wirtschaftssozialen Bürgerrechte, wie die Auszahlung von Renten und Monatslöhnen oder die Sicherung von Eigentumsrechten. Besonders viele Rechtsfälle setzten sich auch mit dem Anfechten von Gerichtsentscheidungen oder Klagen wegen ihrer Nichtumsetzung auseinander. In den 30-40 Rechtsfällen pro Jahr, die sich durch eine besondere gesellschaftspolitische Relevanz auszeichneten, wurden ebenfalls Anwälte zur Verfügung gestellt bzw. die Interessen der Bürger vor Gericht vertreten. Die einzelnen strategisch wichtigen Fälle wurden dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte überreicht (vgl. Interview Shcherbatiuk 2015).

Alle Bürgerstellen setzten auch nach Projektschluss ihre Arbeit, zum großen Teil mithilfe der Finanzierung der USAID, fort. Außerdem gründete die *UHHRU* ein zivilgesellschaftliches Konsortium aus insgesamt 9 NGOs, die sich auf dem Gebiet der kostenlosen Rechtshilfe und Beratung engagieren und sich im institutionellen Rahmen des Konsortiums gegenseitig unterstützen (vgl. Interview Shcherbatiuk 2015). Dies kann als ein weiterer Schritt in Richtung steigender Nachhaltigkeit der geleisteten Projektarbeit gedeutet werden.

Neben der Arbeit der Bürgerstellen für kostenlose Rechtshilfe unterstützte das Projekt das schon oben beschriebene PROBONO-Netzwerk in seinen Aufgaben, Anwälte und Fachjuristen an die klagenden oder angeklagten Bürger aus sozial schwächeren Verhältnissen zu vermitteln (vgl. Kap. 13.5.2.1.3). Mit der Schaffung eines permanenten Konsortiums der Bürgerstellen für kostenlose Rechtshilfe bzw. der weiteren Unterstützung des PROBONO-Netzwerks brachte dieses Projekt somit zwei nachhaltige Erfolgsergebnisse hervor. Außerdem setzte sich die enge Kooperation zwischen *UHHRU* und *ULAF*, die im Rahmen ihrer hiermit beschriebenen EU-Projekte eingeleitet wurde, auch nach deren Abschluss fort, indem die beiden NGOs sich weiterhin gemeinsam um den Erhalt der Plattform PROBONO bzw. des Netzwerks der Bürgerstellen für Bürgerrechtsschutz kümmerten (vgl. Interview Sioma 2015).

²⁶⁴ Darunter ist vor allem das Handbuch „Annual Public Defender Office: Operation and Procedures“ bzw. der Monitoring-Bericht über die Einhaltung der Menschenrechte in den ukrainischen Rechtsvollstreckungsbehörden zu nennen, der unter insgesamt 60 NGOs erfolgreich verbreitet wurde (vgl. Sioma 2015: 4-9).

²⁶⁵ Dem Netzwerk gehörten insgesamt 12 Bürgerstellen für kostenlose Rechtshilfe in Regionen von Lugansk, Odessa, Lviv, Ternopil, Mykolaiv, Chernihiv, Sumy, Kharkiv, Kherson und Kyiv an (vgl. Interview Shcherbatiuk 2015).

13.5.2.1.4 Auswertungskategorie „horizontale Gewaltenkontrolle“

Die unten angebotene Tabelle zeigt, dass sich nur wenige der hiermit untersuchten EU-Projekte thematisch mit Aspekten der horizontalen Gewaltenkontrolle auseinandersetzen. Insgesamt konnten hierzu drei thematisch relevante Projekte identifiziert werden, welche in der zweiten bzw. dritten Zeitphase der Untersuchung umgesetzt wurden.

Tab. 49: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „horizontale Gewaltenkontrolle“

Akteur	Projekt	Merkmalsausprägung	Nachhaltige Ergebnisse
Erste Zeitphase (1994–2005)			
---	---	---	
Zweite Zeitphase (2005–2010)			
<i>Creative Centre „Counterpart“ (CCC)</i>	Improving Access of the Rural Population to Justice, 2005–2008, <i>EIDHR</i>	Unabhängige Justiz	Nachhaltige Förderung der Arbeit der bestehenden/Gründung von neuen Friedens- und Schiedsgerichten in den Pilotregionen; Steigerung des öffentlichen Bewusstseins in Pilotregionen für die Bedeutung von Schieds- und Friedensgerichten bzw. sonstigen zivilgesellschaftlichen Formen der Rechtsstreitbeilegung.
Dritte Zeitphase (2010–2015)			
<i>Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)</i>	Spidometer „Ukraine-EU“, 2014–2015, <i>EIDHR</i>	Unabhängige Justiz	Gründung einer speziellen Methodologie zur Messung der Reformfortschritte der ukrainischen Regierung „Reform-Spidometer“; Weiterpflege der Projektwebsite „EU-Ukraine-Reform-Spidometer“ nach dem Projektabschluss.
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	Reanimation Package of Reforms, 2014–2015, <i>EIDHR</i>	Unabhängige Justiz	Annahme einer Reihe der im Projekt entworfenen Gesetze im Bereich der Justizreform durch die Verkhovna Rada der Ukraine; Fortsetzung der im Projekt eingeleiteten Expertenarbeit an der Reform der ukrainischen Justiz nach dem Projektende.

Quelle: eigene Darstellung

a) Zweite Zeitphase (2005–2010)

Die Ergebnisse des schon oben analysierten Projekts „Improving Access of the Rural Population to Justice“ (2005–2008, *EIDHR*) des *Creative Centre „Counterpart“* beziehen sich in zwei Hinsichten auf das Teilregime „horizontale Gewaltenkontrolle“. Zum einen richteten die vier in seinem Rahmen gegründete Informations- und Beratungszentren ihre Arbeit darauf, die Pilotgemeinden des Projekts bei jeglichen Fragen und Plänen in Bezug auf die Gründung und Arbeit von Schieds-, Friedensgerichte oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Formen der Rechtsstreitbeilegung zu beraten bzw. fachlich zu unterstützen. Mit der Unterstützung der Zentren wurde beispielsweise ein neues Schiedsgericht im Landkreis der Stadt Kolomyia in der Region Ivano-Frankivsk gegründet sowie eine Reihe von Gerichtsverfahren im Schiedsgericht im Stadtkreis Belgorod-Dnestrovsk in der Region

Odessa juristisch betreut (vgl. Bayda/Pyzhov 2008: 12). Ferner gelang es dem Projektteam, das öffentliche Interesse für das Dienstleistungsangebot der gegründeten Informations- und Beratungszentren zu wecken bzw. ehrenamtliche Unterstützer für ihre Arbeit zu gewinnen. Dies ermöglichten u. a. die regelmäßige Verbreitung von Informations- und Bildungsmaterialien, Schulungen für zivilgesellschaftliche Menschenrechtsaktivisten und die Unterstützung einer Reihe von lokalen NGOs in ihren Initiativen der direkten Aufklärungs- und Bildungsarbeit der lokalen Bevölkerung (vgl. Bayda/Pyzhov 2008: 12-16). Für eine nachhaltige Effizienzsicherung solcher Zentren fehlte es jedoch am notwendigen Interesse und an personellen Ressourcen seitens der lokalen Verwaltungsbehörden bzw. der Organe der lokalen Selbstverwaltung, um diese entsprechend zu unterstützen (vgl. ebd.: 16). Außerdem erschwerte der mangelhafte rechtliche Rahmen, der alternative Systeme der Rechtsprechung wie Friedens- oder Schiedsgerichte vor Ort entsprechend regulieren würde, die Arbeit solcher Zentren. Zwar kam es im Rahmen des Projekts zum Entwurf von entsprechenden Gesetzentwürfen in diesem Bereich, für ihre Annahme fehlte es jedoch letztendlich am politischen Willen der ukrainischen Legislativorgane (vgl. ebd.: 11).²⁶⁶

b) Dritte Zeitphase (2010–2015)

Das nächste Projekt „Spidometer “Ukraine-EU”: constitutional and judicial reforms“ (2014–2015, *EIDHR*) des *Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)* setzte sich mit dem Monitoring und der Expertenanalyse der Arbeit der ukrainischen Regierung bei der Umsetzung einzelner demokratischer Schlüsselreformen auseinander. Hierfür entwickelte das Projektteam eine spezielle infografische Methodologie, welche die Effizienz der Arbeit der ukrainischen Regierung bei der Umsetzung demokratischer Schlüsselreformen mithilfe einer speziellen Messskala – des sogenannten „Reformspidometers“ – visualisierte. Im Anschluss daran verglich das Team die erhaltenen Ergebnisse mit europäischen rechtlichen und politischen Praktiken bzw. den Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates auf dem jeweiligen Reformgebiet, um entsprechende Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge für die ukrainische Regierung zu erarbeiten (vgl. Interview Tymoshchuk 2015).

Die Justizreform war dabei einer der Schwerpunkte des Projekts; die Prioritäten bezogen sich im Projekt auf die Reform des ukrainischen Gerichtswesens und der Staatsanwaltschaft. Die Bekämpfung der Korruption in ukrainischen Gerichten bzw. die Minimierung des politischen Einflusses seitens des Präsidialamtes und des Parlaments der Ukraine auf deren Arbeit bildeten dabei thematische Schwerpunkte der Monitoring- und Analysearbeiten (vgl. Kuibida/Sereda 2016: 27). Neben dem Monitoring der tatsächlichen Fortschritte der ukrainischen Regierung bei der Umsetzung von Justizreformen, erarbeiteten die Projektemperten außerdem einzelne Begleitgesetze, um deren rechtliche Grundlage auszubessern. Zwei davon wurden letztendlich im ukrainischen Parlament Verkhovna Rada der Ukraine verabschiedet.²⁶⁷ Dadurch konnte die Projektarbeit den langanhaltenden Reformprozess im Bereich Justiz und Gerichtswesen der ukrainischen Regierung nachhaltig unterstützen. Laut Viktor Tymoshchuk, dem Geschäftsführer des *CPLR*, diskutierte man in

²⁶⁶ Darunter folgende Gesetzentwürfe: „Über Friedensgerichte“, welche die Schlichtung der sozialen nicht-wirtschaftlich orientierten Rechtsstreite in Dörfern ihren Organen der lokalen Selbstverwaltung abnehmen sollten; das Gesetz „Über die Änderungen des Gesetzes der Ukraine über die Schiedsgerichte“ und „Über die Änderungen und Verbesserungen zum Bürgerliches Gesetzbuch der Ukraine“ (vgl. Bayda/Pyzhov 2008: 11).

²⁶⁷ Darunter der Entwurf des Gesetzes „Über die Änderungen zum Gesetz der Ukraine“ Über Justiz und Status der Richter“ und des Gesetzes „Zur Sicherung des Rechts auf ein gerechtes Gerichtsverfahren“. Die beiden Gesetze wurden vom ukrainischen Parlament Verkhovna Rada noch während der Umsetzung des Projekts angenommen (vgl. Kuibida/Sereda 2016: 41).

ukrainischen Regierungskreisen die analytischen Vermerke zur Justizreformstrategie 2015–2020 bzw. eine Reihe von weiteren Änderungs- und Verbesserungsvorschlägen für das ukrainische Gerichtssystem, die im Rahmen des Projekts entworfen wurden, aktiv. Sie wurden partiell bei einigen der nächsten Reformschritte mitberücksichtigt.²⁶⁸ Auch nach Abschluss des Projekts pflegte das CPLR-Projektteam sein wichtigstes Produkt – das infografische Mess- und Analyseverfahren der Reformfortschritte der Regierung in Form des „Reformspidometers“ – weiter. Mehrfach nutzten die Experten der NGOs das Verfahren auf dem Gebiet der Politikforschung und -analyse zu Themen der Justizreform in der Ukraine. Außerdem setzten sie die Website des Projekts auch nach seinem Schluss weiterhin als eine wichtige Informationsquelle in öffentlichen Diskussionen, Expertengesprächen und analytischen Publikationen des CPLR ein.²⁶⁹

Auch das Projekt „Reanimation Package of Reforms“ (2012–2014, *EIDHR*), welches das *Centre of Democracy and Rule of Law (CEDEM)* verwaltete, setzte sich mit der Reform der ukrainischen Justiz mit den gleichen Akzenten – Korruptionsbekämpfung in ukrainischen Gerichten und die Reform der ukrainischen Staatsanwaltschaft – auseinander. Im Verlauf unterschiedlicher Advocacy-Aktivitäten, von denen die meisten sich auf die Organisation von Medienkampagnen zur Unterstützung der Justizreform und den Entwurf der benötigten Reformumsetzung konzentrierten, zählte das Projekt insgesamt drei Erfolge: Erstens wurde das ukrainische Parlament Verkhovna Rada unter dem Druck der im Projekt initiierten zivilgesellschaftlichen Protestaktionen letztendlich zur Entscheidung bewegt, am 15. Juli 2015 mit der Reform der Staatsanwaltschaft zu beginnen bzw. die hierfür benötigten Verfassungsänderungen in Gang zu setzen (vgl. Shevchenko 2015: 8).²⁷⁰ Zweitens erarbeiteten die Experten des Projekts in Kooperation mit dem *CPLR* zwei Gesetzentwürfe, welche dem ukrainischen Justizsystem eine weitgehende Modernisierung nach europäischen Standards versprochen. Diese sollte zusammen mit der Einschränkung des Einflusses des Präsidenten und seiner Administration auf die Ernennung von Richtern und die Arbeit der Gerichte in Kraft treten. Infolge einer erfolgreichen Medienkampagne im Rahmen des Projekts verabschiedete die Verkhovna Rada die beiden Gesetzentwürfe, auch wenn der Präsident in der Praxis weiterhin einen überproportional großen Einfluss auf das gesamte ukrainische Justizsystem behielt (vgl. Shevchenko 2015: 10-11).²⁷¹ Daraufhin regte die zivilgesellschaftliche Koalition *Reanimation Package of Reforms* die Gründung einer Verfassungskommission an, in der unter Teilnahme ihrer Experten Änderungen der ukrainischen Verfassung unter Berücksichtigung von Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates erarbeitet wurden. Der Sinn der vorgeschlagenen Änderungen bestand darin, die politische Beeinflussbarkeit der ukrainischen Justiz zu minimieren. Auch wenn der notwendige politische Willen unter den ukrainischen Abgeordneten zur Annahme der entworfenen Verfassungsänderungen letztendlich nicht ausreichte, so konnte das *Reanimation Package of Reforms*

²⁶⁸ Beispielsweise wurden im Bereich der Justizreform wichtige Vorschläge zugunsten der allgemeinen Vereinfachung und Modernisierung der Arbeit der ukrainischen Gerichte bzw. der Ernennung der Staatsanwälte und der Richter im Rahmen eines offenen unabhängigen Bewerbungsverfahrens durch unabhängige Richterkommission gemacht. Die Mehrheit der entworfenen Verbesserungsvorschläge für die Umsetzung der Justizreform wurde jedoch wegen des fehlenden politischen Willens in der Ukraine hierzu nicht weiter behandelt (vgl. Interview Tymoshchuk 2015; Kuibida/Sereda 2016: 27-52).

²⁶⁹ Vgl. hierzu auch Tsentr Polityko-Pravovykh Reform (2016): Spidometer reform. (Spidometer der Reformen). Kyiv. Online verfügbar unter <http://eu.pravo.org.ua/>, zuletzt geprüft am 19.03.2018.

²⁷⁰ Der zentrale Punkt der Reform der Staatsanwaltschaft bezog sich auf die Einschränkung der Kompetenzen des Staatsgeneralanwalts auf den Bereich der kriminellen Justiz, um eine weitgehende Entpolitisierung dieses Amtes zu fördern (vgl. Shevchenko 2015: 8).

²⁷¹ Hiermit werden die Änderungsgesetze zu Gesetzen der Ukraine „Über das Gerichtssystem und den Status von Richtern“ bzw. „Über die Sicherung eines gerechten Gerichtsverfahrens“ gemeint (vgl. Shevchenko 2015: 10).

mit seiner Medienkampagne doch das öffentliche Interesse an unterschiedlichen Ansätzen zur Stärkung der Unabhängigkeit der ukrainischen Justiz wecken (vgl. ebd.).

Drittens konnte das Projektteam des *Reanimation Package of Reforms* die Verkhovna Rada der Ukraine zur Annahme ihres Entwurfs des Gesetzes zur Gründung eines speziellen „Staatsbüros für Ermittlungen“ im Einklang mit entsprechenden Empfehlungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bewegen (vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 2015d). Das Staatsbüro, das über eine exklusive Ermittlungskompetenz für besonders schwerwiegende Straftatbestände verfügte, schuf einen der wichtigsten Schritte der Reform der Staatsanwaltschaft (vgl. Shevchenko 2015: 9). Auch nach dem Ende der Projektfinanzierung bestätigte die Koalition *Reanimation Package of Reforms*, sich weiterhin für die Justizreform als eine der demokratischen Schlüsselreformen in der Ukraine engagieren zu wollen bzw. dafür auf die im Projekt erarbeiteten Konzepte zurückzugreifen (vgl. Interview Shevchenko 2016).

13.5.2.1.5 Auswertungskategorie „effiziente Regierungsgewalt“

Ähnlich wie im Fall der horizontalen Gewaltenkontrolle gehörte auch die Förderung der effizienten Regierungsgewalt als ein Teilregime innerhalb des Modells der „eingebetteten“ Demokratie nicht zu den thematischen Prioritäten der EU-Förderung ukrainischer NGOs als Akteure der Demokratisierung 1994–2015. Insgesamt konnten zwei Projekte mit dieser thematischen Ausrichtung festgestellt werden. Beide fanden in der dritten Zeitphase der Untersuchung statt.

Tab. 50: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „effiziente Regierungsgewalt“

Akteur	Projekt	Merkmalsausprägung	Nachhaltige Ergebnisse
Erste Zeitphase (1994–2005)			
---	---	---	---
Zweite Zeitphase (2005–2010)			
---	---	---	---
Dritte Zeitphase (2010–2015)			
<i>Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)</i>	Spidometer “Ukraine-EU”, 2014–2015, EIDHR	Effizienz der zentralen politischen Institutionen	Langfristige Nutzung der Methodologie „Reform-Spidometer“ zur Messung der Effizienz der Regierungsarbeit bei der Umsetzung der demokratischen Schlüsselreformen in der Arbeit der NGO; Wissenschaftliche Publikationen mit Bezug auf das Thema der Effizienz der Regierungsgewalt
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	Reanimation Package of Reforms, 2012–2014, EIDHR	Effizienz der zentralen politischen Institutionen	Initiierung einer Kommission für Verfassungsreform unter der Teilnahme der Experten der Koalition <i>Reanimation Package of Reforms</i> ; Durchsetzung einer Gesetzinitiative zur Einleitung der Verfassungsreform in der Ukraine

Quelle: eigene Darstellung

a) Dritte Zeitphase (2010-2015)

In der dritten Zeitphase der Untersuchung wurden das „Spidometer “Ukraine-EU”: constitutional and judicial reforms“ des *CPLR* und das „Reanimation Package of Reforms“ des *CEDEM* analysiert. Beide Projekte nahmen auf das Teilregime „effiziente Regierungsgewalt“ Bezug, indem sie sich mit der Förderung der Arbeitseffizienz von zentralen politischen Institutionen auseinandersetzten.

Im Projekt „Spidometer “Ukraine-EU”: constitutional and judicial reforms“ setzte sich das *CPLR* mit der Beobachtung der Entwicklungen im Bereich der Verfassungsreform als einer der Schlüsselprioritäten der Ukraine bei der Umsetzung ihrer Assoziierungsagenda mit der EU auseinander. Im Anschluss daran bewertete die NGO die Ergebnisse der Beobachtungen mithilfe des schon oben dargestellten infografischen Analyseverfahrens – eines sogenannten „Refomspidometers“ – kritisch.²⁷² Somit stellte das Projektteam seit Juni 2014 jedes halbe Jahr die Fortschritte in der Konzipierung und Umsetzung der ukrainischen Verfassungsreform dar und analysierte sie vor dem Hintergrund der hierzu erlassenen Empfehlungen der Venedig-Kommission, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf ihre Effizienz hin. Die Ergebnisse der verfassten Analysen wurden systematisch auf der Projektwebsite dargestellt bzw. in der abschließenden Projektstudie zu Schwächen und Stärken der Regierungsarbeit bei der Umsetzung der Reform zusammengefasst, die in Fachexpertenkreisen aktiv diskutiert bzw. in weiteren Forschungszwecken weiterverwendet wurden (vgl. Banchuk/Dmytrieva 2016: 7-25). Auch mit Abschluss des Projekts blieb seine Website erhalten und wurde systematisch um weitere Analysen zur Dynamik der ukrainischen Verfassungsreform bis 2018 ergänzt.²⁷³

Das nächste für dieses Themengebiet relevante Projekt „Reanimation Package of Reforms“, das vom *Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)* verwaltet wurde, setzte sich mit der Förderung einer effizienten Regierungsgewalt infolge der Verfassungsreform in der Ukraine auseinander. Hierfür bildete sich im Projekt eine spezielle Expertengruppe heraus, welche seit Anfang 2015 zahlreiche legislative Vorschläge für eine weitgehende Dezentralisierung der exekutiven Macht in der Ukraine erarbeitete. Im Fokus stand dabei der Entwurf verfassungsändernder Gesetzentwürfe, welche eine weitgehende Kompetenzübertragung auf regionale und lokale Verwaltungsebenen vorbereiten würden. Darüber hinaus führte das Projektteam eine umfassende Advocacy-Kampagne in den ukrainischen Regierungs- und Parlamentskreisen durch, um diese zur Bildung einer speziellen Verfassungskommission zu Fragen der Dezentralisierung zu bewegen. Letztendlich bildete sich eine solche Kommission im März 2015 zusammen mit sechs Teilnehmern aus der erwähnten Expertengruppe des *Reanimation Package for Reforms* (vgl. Shevchenko 2015: 10). Infolge ihrer Arbeit legte die Kommission der Verkhovna Rada der Ukraine den Entwurf des Gesetzes „Über die Eintragung der Änderungen zur Verfassung der Ukraine“ ebenfalls als „Gesetz über die Dezentralisierung“ bekannt, vor (vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 2015b). Das Höhere Verfassungsgericht der Ukraine bewertete das Gesetz positiv und die Verkhovna Rada verabschiedete es am 30. Juli 2015 erfolgreich. Seine Annahme setzte den Reformprozess der ukrainischen

²⁷² Eine umfassende Verfassungsreform wurde in der Ukraine mit der Rückkehr zur geänderten Version der ukrainischen Verfassung von 2004 und der dadurch eingeführten parlamentarisch-präsidentialen Regierungsform unmittelbar nach der *Euromajdan*-Revolution im Februar 2014 eingeleitet und durch zahlreiche Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates systematisch betreut. Der inhaltliche Fokus wurde dabei auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine weitgehende Dezentralisierung der Regierungsmacht, Entwicklung eines effizienten Modells eines gemischten Regierungsmodells, Verbesserung des Verfassungsschutzes für Menschenrechte und weitgehende Stärkung der Unabhängigkeit der Judikative gelegt (vgl. Banchuk/Dmytrieva 2016: 8-9).

²⁷³ Vgl. hierzu Tsentr Polityko-Pravovykh Reform (2016): *Spidometer reform. (Spidometer der Reformen)*. Kyiv. Online verfügbar unter <http://eu.pravo.org.ua/>, zuletzt geprüft am 19.03.2018.

Verfassung zugunsten einer weitgehenden Dezentralisierung offiziell in Gang (vgl. Shevchenko 2015: 14-15, 10-11).

Neben der Reform der ukrainischen Verfassung widmete sich das Projekt der Reform der zentralen Exekutivorgane, einschließlich des Ministerkabinetts. Dafür bereitete die Kommission den entsprechenden Gesetzentwurf vor und registrierte ihn in der Verkhovna Rada der Ukraine. Das Gesetz schrieb eine detaillierte Strukturreform des ukrainischen Regierungsapparats vor, um diesem mehr Transparenz und Effizienz in Prozessen der politischen Entscheidungsfindung und Sicherung der Reformumsetzung vor Ort in ukrainischen Regionen zu gewähren (vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 2015c). Auch für dieses Reformgesetz konnte der notwendige politische Willen nicht mobilisiert werden, sodass seine Annahme in der Verkhovna Rada letztendlich scheiterte. Dennoch sorgten zahlreiche öffentliche Diskussionen zur Reform des Regierungsapparats während unterschiedlicher Projektveranstaltungen wie Briefings, Round-Table-Gespräche oder Konferenzen für eine starke öffentliche Resonanz der hiermit geäußerten Reformideen. Dies machte den weiteren Reformprozess der ukrainischen Exekutive in den nächsten Jahren unumkehrbar (vgl. Interview Shevchenko 2016). Auch nach dem Projektende verharrten die Reformen der ukrainischen Verfassung bzw. des ukrainischen Regierungsapparats weit oben auf der Liste der Prioritäten der zivilgesellschaftlichen Fachexpertenkoalition *Reanimation Package of Reforms*, die ihre Arbeit aktiv fortsetzte (vgl. Interview Shevchenko 2016).²⁷⁴ 2016 begann das *CEDEM* mithilfe der Finanzierung durch die EU und die schwedische Regierung ebenfalls mit seinem Anschlussprojekt „Strengthening the Coalition of the Reanimation Package of Reforms“, das die eingeleitete Arbeit an der Reform der Dezentralisierung fortsetzte (vgl. *Reanimation Package of Reforms* 2016).

13.5.2.2 Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse entlang einzelner Auswertungskategorien in Bezug auf externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus den 25 untersuchten Projekten analysiert, welche sich auf beide der definierten externen Kontextbedingungen einer "eingebetteten" Demokratie – Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/der lokalen Selbstverwaltung und eine vitale Zivilgesellschaft – beziehen.

13.5.2.2.1 Auswertungskategorie „Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung“

Die Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung bildete den thematischen Schwerpunkt von insgesamt 7 der 25 hiermit untersuchten EU-geförderten Projekte der ukrainischen NGOs. Auffällig ist dabei, dass die meisten davon in der dritten Zeitphase der Untersuchung zustande kamen. Nicht zuletzt hängt dies mit der Einführung von neuen programmatischen EU-Förderinstrumenten – *NCSF* und *NSA&LA* – 2011 zusammen, die sich mit einer neuen Intensität den Fragen der Stärkung der öffentlichen Verwaltung vor Ort mithilfe der zivilgesellschaftlichen Akteure zuwandten.

²⁷⁴ Nach Ablauf des EU-geförderten Projekts wurden die einzelnen Arbeitsbereiche der *Reanimation Package of Reforms* durch unterschiedliche internationale Förderer wie USAID, UNDP Ukraine, die schwedische Regierung und andere unterstützt. Vgl. *Reanimation Package of Reforms* (2018): *Partnership and Support*. Kiev. Online verfügbar unter <http://rpr.org.ua/en/partnership-and-support/>, zuletzt geprüft am 2.03.2018.

Tab. 51: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung“

Akteur	Projekt	Merkmalsausprägung	Nachhaltige Ergebnisse
Erste Zeitphase (1994–2005)			
<i>Creative Centre „Counterpart“ (CCC)</i>	TOLOKA, 2002–2005, EIDHR	Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	Gründung der zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen zur Förderung einer effizienten lokalen Selbstverwaltung; Anregung von einzelnen Änderungen/Verbesserungen des Gesetzes der Ukraine „Über lokale Selbstverwaltung“; Vorbereitung/Durchsetzung der Annahme durch einzelne Organe der lokalen Selbstverwaltung von einer Reihe der Rechtsakte zur Umsetzung des Gesetzes der Ukraine „Über lokale Selbstverwaltung“ vor Ort
Zweite Zeitphase (2005–2010)			
---	---	---	---
Dritte Zeitphase (2010–2015)			
<i>Agency for Legislative Initiatives (ALI)</i>	All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education, 2012–2013, NSA	Kampf gegen die Korruption	Bildung einer nationalen NGO-Netzwerkinitiative für gerechte Staatseinkäufe im Bildungsbereich; Unterbreitung von Politikempfehlungen an 58 territoriale Organe für Bildung aufgrund der Ergebnisse einer Monitoring-Studie über Korruptionsrisiken in ihrer Arbeit; Fortsetzung des Themas der Korruptionsbekämpfung im öffentlichen Sektor in der späteren Arbeit der NGO
<i>Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)</i>	Improvement of the quality of administrative services, 2013–2015, NCSF&NSA	Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	Durchsetzung einer Reihe von Gesetzinitiativen zugunsten der Effizienzsteigerung der administrativen Dienstleistungserbringung in ukrainischen Regionen; Gründung eines informellen regionalen Netzwerks zwischen den NGO-Experten und Organen der lokalen Selbstverwaltung in Zielen der Zusammenarbeit für mehr Effizienz im Bereich der administrativen Dienstleistungen in Regionen vor Ort
<i>Centre EIDOS</i>	Open Budget, 2014–2016, NCSF	Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung; Kampf gegen Korruption	Entwurf einer Software zur Kontrolle der öffentlichen Ausgaben auf der lokalen Ebene „Open Budget“; Durchsetzung einer Reihe von Gesetzinitiativen zur Stärkung der bürgerlichen Kontrolle über die Transparenz der öffentlichen Ausgaben auf der Basis der Software „Open Budget“; Gründung eines zivilgesellschaftlichen Expertennetzwerks für eine effiziente Implementierung der Software „Open Budget“ in ukrainischen Regionen; Wissenschaftliches Publizieren zu Themen der öffentlichen Finanzkontrolle
<i>Civil Society Institute (CSI)</i>	Regional Policy in Ukraine 2014–2015, NCSF	Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	Erarbeitung von 22 Strategien für regionale Entwicklung und ihre Annahme durch 22 Gebietsverwaltungen; Weiterverwendung der Projektmethodologie für Monitoring und Analyse der Politik der regionalen Entwicklung in der späteren Arbeit der NGO; Wissenschaftliches Publizieren zu Projektthemen; Gründung eines Expertennetzwerks für regionale Entwicklung
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	Reanimation Package of Reforms, 2012–2014, EIDHR	Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung;	Durchsetzung der Annahme von einzelnen Verfassungsänderungen zur Ermöglichung einer Reform der Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung; Durchsetzung einer Gesetzinitiative zur Einleitung der Reform des Staatsdienstes in der Ukraine; Vorbereitung des rechtlichen Rahmens für die Einrichtung einer Reihe von Antikorruptionsbehörden in der Ukraine

		Kampf gegen Korruption	
<i>Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (UMDPL)</i>	Civic oversight of administrative service delivery by law enforcement bodies, 2013–2014, NCSF	Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/ lokalen Selbstverwaltung; Kampf gegen Korruption	Nutzung der Ergebnisse der umgesetzten Monitoring-Kampagnen über die Qualität der administrativen Dienstleistungen in Regionen für weitere Arbeit der NGO; Gründung eines Netzwerks der zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen für Monitoring der Qualität der administrativen Dienstleistungen des Innenministeriums bzw. des Staatsmigrationsdienstes der Ukraine in Regionen

Quelle: eigene Darstellung

a) Erste Zeitphase (1994–2005)

Das Projekt „TOLOKA“ (2002–2005, EIDHR) des *Creative Centre „Counterpart“ (CCC)* setzte sich mit der Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung auf lokaler Ebene auseinander. Im Mittelpunkt der Projektarbeit stand die Verbesserung der nationalen Gesetzgebung im Bereich der lokalen Selbstverwaltung. Gleichzeitig leistete das Projekt den Organen der lokalen Selbstverwaltung in fünf Pilotstädten – Kherson, Brovary, Kamianets-Podilsky, Berdiansk und Chernivtsi – notwendige fachliche Unterstützung bei der Umsetzung dieser Gesetzgebung vor Ort. In Zielen des Projekts bildete die NGO eine spezielle Expertengruppe, die mit dem Ausschuss der Verkhovna Rada der Ukraine für lokale Selbstverwaltung bei der Vorbereitung einer neuen Fassung des Gesetzes „Über lokale Selbstverwaltung“ erfolgreich zusammenarbeitete (vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 1997). Der Gesetzentwurf bat allen Stadt-, Dorfs-, Stadtkreis- und Gebietsräten an, ihre eigenen Verwaltungsorgane in Form von speziellen Ausschüssen zu gründen und diese mit umfangreichen Kompetenzen in einzelnen Kompetenzbereichen zu versehen. Dieser Schritt sollte für mehr Flexibilität und Effizienz im System der lokalen Selbstverwaltung in der Ukraine sorgen.²⁷⁵ Eine Verabschiedung des neuen Gesetzes in der vorgelegten Fassung fand jedoch in der Verkhovna Rada nicht statt. Hierfür fehlte auf der Seite der ukrainischen Regierung die notwendige Reformbereitschaft. Auch in Bezug auf zwei weitere Gesetzgebungsakte zur Effizienzstärkung der lokalen Selbstverwaltung, welche im Rahmen des Projekts entworfen wurden, konnte der notwendige politische Konsens in der Verkhovna Rada der Ukraine nicht hergestellt werden.²⁷⁶ Dennoch wurden die einzelnen Vorschläge aus der im Projekt entworfenen Gesetzgebung als Ergänzungen und Änderungen für das alte Gesetz der Ukraine „Über lokale Selbstverwaltung“ mitbenutzt. In öffentlichen Diskussionen im Rahmen zahlreicher Round-Table-Gespräche, Präsentationen und Konferenzen außerhalb des Projektrahmens, in denen es um die Reformbedürftigkeit der lokalen Selbstverwaltung in der Ukraine ging, standen außerdem mehrere davon zur Debatte (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 5).

Mehr Erfolge konnte das Projekt auf der Ebene der Mitwirkung an der Gesetzgebung zur Stärkung der lokalen Selbstverwaltung vor Ort vorzeigen. So entwarf das Projektteam mehrere Orientierungsmodelle für typische Formen der hierfür benötigten lokalen Rechtsakte. Zugleich

²⁷⁵ Zu weiteren Aspekten des Gesetzentwurfs vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 19-20.

²⁷⁶ Darunter der Gesetzentwurf der Ukraine „Über den Status der Abgeordneten der lokalen Räte“ und der Gesetzentwurf der Ukraine „Über einzelne Änderungen der nationalen Gesetzgebung zur Besteuerung der Organe der bürgerlichen Selbstorganisation“ (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 19-20).

erwarben die lokalen Abgeordneten infolge ihrer Teilnahme an einer Reihe von Trainings und Fachberatungsgesprächen spezifische Kenntnisse für die Erarbeitung und Verabschiedung einer solchen Gesetzgebung. Letztendlich konnten die Stadträte von vier Pilotstädten des Projekts die entsprechenden Rechtsakte vorbereiten und verabschieden (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 17).²⁷⁷

Neben der Arbeit im Bereich der Rechtsetzung beschäftigte sich das Projekt mit der Stärkung der Zivilgesellschaft als Mitgestalter der lokalen Selbstverwaltung vor Ort. Im Endergebnis wurden in jeder der fünf Pilotstädte sogenannte „zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen“ gebildet. Diese erwiesen sich als Formen der freiwilligen Zusammenarbeit zwischen lokalen Abgeordneten, zivilgesellschaftlichen Aktivisten und NGOs im Bereich der lokalen Selbstverwaltung. Im Laufe des Projekts engagierten sich diese Gruppen grundsätzlich für eine einfachere und effizientere rechtliche Regulierung der Arbeit der Organe der lokalen Selbstverwaltung und der kommunalpolitischen Formen der bürgerlichen Selbstorganisation vor Ort. Mehrere regionale Trainings und Schulungen, die die Experten des CCC und seiner regionalen Partnerorganisationen in Pilotstädten organisierten, bildeten die Teilnehmer solcher Initiativgruppen über unterschiedliche Mechanismen der bürgerlichen Teilnahme an der Kommunalpolitik und der Mitwirkung an der lokalen Selbstverwaltung regelmäßig aus.²⁷⁸ Zudem beschäftigten sich die Initiativgruppen mit dem Lobbying der Gesetzesvorschläge im Bereich der lokalen Selbstverwaltung gegenüber den Stadträten und setzten sich für die Gründung von neuen Formen der bürgerlichen Selbstorganisation, wie Bürgerausschüsse der einzelnen Stadtbezirke und Vorsitzendenräte der Organe der bürgerlichen Selbstorganisation in den Städten Chernivtsi, Brovary, Kamianets-Podilskyi, mit ein (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 23). Mit der Herausgabe von Projektnewsletters, methodischen Materialien und Publikationen in den Medien sorgten die zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen auch für eine Stärkung des Bewusstseins der lokalen Bevölkerung über aktuelle Entwicklungen und den bestehenden Handlungsbedarf der Kommunalpolitik vor Ort.²⁷⁹

In den nächsten Jahren nach Ablauf des Projekts setzten die gegründeten zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen ihre Arbeit, wenn auch in geringerem Umfang, ebenfalls noch eine Zeit lang fort. Eine Sicherung der institutionellen Nachhaltigkeit der erreichten Projektergebnisse scheiterte jedoch an der mangelnden Anschlussfinanzierung. Als Folge wurden die internen Verhältnisse zwischen den Teilnehmern der im Projekt entstandenen zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen immer loser, auch weil die qualifizierten Mitarbeiter des CCC diese nicht mehr koordinierten. Somit erfolgten die meisten Projektergebnisse, welche sich auf das System der lokalen Selbstverwaltung in Pilotgemeinden positiv auswirkten, im Verlauf der eigentlichen Projektarbeit (vgl. Interview Palyvoda 2015).

²⁷⁷ Darunter beispielsweise die Regelung „Über öffentliche Anhörungen“ der Stadträte von Brovary und Chernivtsi und das Statut „Über die territoriale Gemeinde“ der Stadträte von Kherson und Berdiansk (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 17).

²⁷⁸ Insgesamt fanden im Rahmen des Projekts 15 Trainings und 210 Fachberatungen für Organe der lokalen Selbstverwaltung zu Fragen ihrer institutionellen Entwicklung statt (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 27-28).

²⁷⁹ Darunter beispielsweise die Broschüre „An Abgeordnete der Stadt- und Dorfräte bzw. an zivilgesellschaftliche Aktivisten“ (2003) über die im Projektrahmen ausgearbeiteten Gesetzinitiativen zu unterschiedlichen Formen der bürgerlichen Selbstorganisation und das praktische Kommentar zum Gesetz der Ukraine „Über lokale Selbstverwaltung“ (2003) (vgl. Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2003: 29-30).

b) Dritte Zeitphase (2010–2015)

Das Projekt „All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education“ (2012–2014, NSA§LA) der *Agency for Legislative Initiatives (ALI)* setzte sich schwerpunktmäßig mit dem Kampf gegen die Korruption auf der Ebene von Staatseinkäufen im Bereich Bildung in ukrainischen Regionen auseinander. Hierfür gründete die NGO im Rahmen des Projekts im November 2012 in enger Kooperation mit dem damaligen *Centre for Political Studies and Analysis* (jetzt *Centre EIDOS*) eine allukrainische zivilgesellschaftliche „Initiative für gerechte Staatseinkäufe im Bildungsbereich“. Die Initiative präsentierte sich als Zusammenschluss regionaler Experten und NGOs, die sich intensiver der Förderung von Transparenz und Gerechtigkeit bei der Abwicklung von Staatseinkäufen im Bereich der Bildung in ihren Regionen vor Ort widmen wollten (vgl. Kanevskyi 2013: 5). Mithilfe der Initiative startete das Projektteam eine nationalweite Monitoring-Kampagne. In deren Rahmen wurden insgesamt 54 lokale Staatsorgane mit Zuständigkeit im Bereich Bildung einem Prüfverfahren auf Effizienz und Rechtmäßigkeit der von ihnen durchgeführten Staatseinkäufe unterzogen (vgl. Kanevskyi 2013: 4).²⁸⁰ Als Folge dokumentierte das Projektteam in vier Pilotregionen – Volyn, Donezk, Sumy und Kharkiv – sowie der autonomen Republik Krim zahlreiche systematisch begangene Verstöße gegen das geltende Recht, deckte Korruptionsfälle auf diesem Gebiet auf und dokumentierte diese entsprechend.²⁸¹ Die Ergebnisse der Monitoring-Kampagne wurden sowohl im Rahmen einer Reihe von Round-Table-Gesprächen in den ukrainischen Regionen thematisiert als auch in lokalen und nationalen Medien beleuchtet. Dies ermöglichte ihnen, die ukrainische Öffentlichkeit über die häufigsten Formen der Korruption im Bereich Bildung zu informieren. Zugleich verdeutlichten die Ermittlungen den akuten Mangel an effizienten Instrumenten der zivilgesellschaftlichen Kontrolle über die Ausgaben aus lokalen Budgets in ukrainischen Regionen (vgl. Kanevskyi 2013: 6). Die Ergebnisse der durchgeführten Monitorings ermöglichten dem *EIDOS*-Projektteam, unter allen untersuchten 58 lokalen Staatsorganen für Bildung bzw. allen Gebietsverwaltungen der Ukraine entsprechende Politikempfehlungen zu unterbreiten (vgl. Kanevskyi 2013a). Der weitere nachhaltige Erfolg des Projekts bestand im Erhalt der gegründeten „zivilgesellschaftlichen Initiative für gerechte Staatseinkäufe im Bildungsbereich“ auch nach Abschluss der Projektfinanzierung. Zum größten Teil ermöglichte dies die enge Kommunikation und Kooperation zwischen den beiden größten Partnern der Initiative – den NGOs *ALI* und *EIDOS*. Aufgrund fehlender Informationen lässt sich dennoch nicht ermitteln, inwiefern und wie lange die Initiative nach Projektschluss zum Kampf gegen die Korruption auf dem genannten Gebiet eingesetzt wurde.

Das zweite untersuchte Projekt – „*Improvement of the quality of administrative services*“ (2013–2015, *NCSF&NSA*) des *Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)* – kann durchaus als das erfolgreichste und ressourcenstärkste EU-finanzierte Projekt im Bereich der öffentlichen Verwaltung in dieser Zeitphase der Untersuchung gewertet werden. Das Projekt konzentrierte sich

²⁸⁰ Überprüft wurden grundsätzlich die Abteilungen für Bildung der Stadträte bzw. der Gebiets- und Stadtkreisverwaltungen der vier am Projekt beteiligten Gebiete (Sumy, Volyn, Charkiv, Donezk) (vgl. *Laboratoriia Zakonodavchikh Initsiatyv* 2014: 3). Die entsprechenden Politikempfehlungen wurden insgesamt 58 territorialen Organen mit Zuständigkeit im Bildungsbereich wie Abteilungen für Bildung der Stadtkreis- und Gebietsverwaltungen, Ausschüsse für Bildung der Stadt- und Gebietsräte etc. unterbreitet (vgl. Kanevskyi 2013a).

²⁸¹ Darunter beispielsweise folgende Verstöße: Kauf von Waren und Dienstleistungen für niedrigere Preise als die vom Staat offiziell bestimmten; bewusste Vermeidung der öffentlichen Wettbewerbsverfahren um die Aufträge für Staatseinkäufe; Anwendung von illegalen Praktiken, einen bestimmten Dienstleistungsanbieter im Umgang der anderen zu begünstigen oder zusätzliche rechtswidrige Abgaben von juristischen Personen zu verlangen, welche Staatsaufträge ausführen (vgl. *Laboratoriia Zakonodavchikh Initsiatyv* 2014: 3).

auf die Verbesserung der Qualität ausgewählter administrativer Dienstleistungen für die ukrainische Bevölkerung vor Ort (vgl. Interview Tymoshchuk 2015).²⁸² Im Mittelpunkt der Projektarbeit standen Monitoring und Analyse der aktuellen Lage rund um den Bereich der administrativen Dienstleistungen in der Ukraine, um letztendlich entsprechende Verbesserungsvorschläge in einen Rahmen der rechtlichen Regulierung zu erarbeiten. Letztendlich legte das Projektteam eine Neufassung des Gesetzes der Ukraine „Über die administrativen Dienstleistungen“ zusammen mit einer Reihe von Begleitgesetzen, die seine Implementierung vor Ort verbessern sollten, vor. Die Entwürfe sahen eine weitgehende Strukturreform des bestehenden institutionellen Systems für die Erbringung administrativer Dienstleistungen in den ukrainischen Regionen vor. Hierfür wurden zahlreiche Schritte in Richtung der Dezentralisierung, der Deregulierung und des Abbaus von bürokratischen Verfahren auf diesem Gebiet empfohlen.²⁸³ In der Praxis sollte dies primär durch eine Stärkung der Kompetenzen von sogenannten *one-stop-shops* gesichert werden. Diese fungierten als Servicestellen für die Erbringung administrativer Dienstleistungen aus erster Hand vor Ort und sollten u. a. zur Entlastung der Verwaltungsbehörden dienen (vgl. Interview Tymoshchuk 2015).

Parallel hierzu fand eine umfassende Advocacy-Kampagne statt, um die Öffentlichkeit auf die Reformbedürftigkeit des Sektors der administrativen Dienstleistungen aufmerksam zu machen bzw. die Organe der ukrainischen Legislative und Exekutive zur Übernahme der im Rahmen des Projekts entworfenen Gesetzgebung zu bewegen. Die Kampagne setzte sich aus mehreren Elementen, wie Medienarbeit und Sozialwerbung, informelle bilaterale Gespräche mit Politikern, Abgabe von Stellungnahmen und offizieller Aufrufe an Akteure der Regierung, öffentliche Veranstaltungen, Expertentreffen und Briefings, als Plattformen für die Überzeugungsarbeit der politischen Öffentlichkeit etc. zusammen (vgl. Interview Tymoshchuk 2015).²⁸⁴ Dies lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit im Projektverlauf systematisch auf akute Probleme des Sektors der administrativen Dienstleistungserbringung wie Korruption, überfrachtete Bürokratie, Arbeitskräftemangel, lange Wartezeiten und unzureichende politische Unterstützung von *one-stop-shops* als alternativen Dienstleistungsanbietern vor Ort (vgl. Centre for Legal and Political Reforms 2015: 10-11). Zugleich nahmen die Projektextperten an zwei ministerialen Arbeitsgruppen teil, die Vorschläge für eine weitgehende Strukturreform in diesem Sektor diskutierten.²⁸⁵

²⁸² Darunter beispielsweise Durchführung von Wohnanmeldungen, Ausgabe von Reisepässen, Erstellung von Führerscheinen etc. (vgl. Interview Tymoshchuk 2015).

²⁸³ Darunter: Gesetzesentwurf über die Änderungen zum Gesetz der Ukraine „Über administrative Dienstleistungen“; Entwurf des Gesetzes „Über lokale Wahlen auf der Basis der offenen Parteilisten“; Entwurf des Gesetzes „Über Änderungen zu einzelnen Rechtsakten zum Thema der Kompetenzerweiterung der Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. Optimierung der Erbringung von administrativen Dienstleistungen“; Entwurf des Gesetzes über „Die Dokumente zur Feststellung der Identität der ins Ausland reisenden Personen“; Entwurf des Gesetzes „Über Dezentralisierung und Vereinfachung des Systems der administrativen Dienstleistungen“; Änderungsvorschläge zum Gesetz der Ukraine „Über administrative Verfahren“; Entwurf einer Resolution des Ministerkabinetts der Ukraine zur „Auflistung der Dienstleistungen, welche durch *one-stop-shops* erbracht werden können“; einzelne Begleitgesetze „Zum Gesetz der Ukraine über administrative Dienstleistungen“; eine Reihe von Gesetzen zur Stärkung der Organe der lokalen Selbstverwaltung bei der Erbringung administrativer Dienstleistungen (vgl. Zhurba 2015: 1-6, 14-19; Interview Tymoshchuk 2015).

²⁸⁴ Zu den zentralen Ergebnissen der umgesetzten Medienarbeiten gehören 7 nationale und 3 regionale Pressekonferenzen, 35 Publikationen in den Medien, 17 Auftritte im Fernsehen und Radio und zwei soziale Videowerbungen zum Dienstleistungsangebot von *one-stop-shops*. Unter den öffentlichen Veranstaltungen sind zwei nationale Konferenzen – am 17.–18. April 2014 und am 18.–19. Dezember mit insgesamt 175 Teilnehmern – und 3 Round-Table-Gespräche mit 94 Teilnehmern nennenswert (vgl. Zhurba 2015: 2-4).

²⁸⁵ Darunter die Arbeitsgruppe des Justizministeriums und die Arbeitsgruppe des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in denen die Möglichkeiten der Umsetzung des Gesetzes über administrative Dienstleistungen bzw. einzelne Reformvorschläge auf diesem Gebiet besprochen wurden (vgl. Zhurba 2015: 6).

Trotz der umfassenden Advocacy-Kampagne verabschiedete die Verkhovna Rada der Ukraine den wichtigsten Gesetzentwurf des Projekts „Über administrative Dienstleistungen“ wegen eines fehlenden Konsenses letztendlich nicht (vgl. Interview Tymoshchuk 2015). Dennoch wurden mehrere andere im Rahmen des Projekts entworfene Gesetzinitiativen durchgesetzt.²⁸⁶ Außerdem verbreiteten sich unter den Abgeordneten der Verkhovna Rada der Ukraine, Mitarbeitern des Justizministeriums und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit bzw. lokalen Verwaltungsbehörden in Pilotregionen Politikempfehlungen für eine Effizienz- und Transparenzsteigerung der administrativen Dienstleistungserbringung vor Ort mithilfe der erwähnten *one-stop-shops*. Die Empfehlungen entstanden aufgrund von zwei größeren soziologischen Meinungsumfragen des Projektteams, in denen die ukrainischen Bürger sich zur Qualität der administrativen Dienstleistungen vor Ort äußerten. Außerdem führten die Projektextperten hierfür Analysen der Schwachstellen in den Inhalten und der Umsetzung der nationalen Gesetzgebung im Bereich der administrativen Dienstleistungserbringung am Beispiel der Arbeit von 30 ausgewählten *one-stop-shops* durch (vgl. Zhurba 2015: 13). Das Projekt zeichnete sich durch eine starke Forschungs- und Bildungskomponente aus, die in einer Reihe von Publikationen resultierte.²⁸⁷ Nennenswert ist auch das speziell entworfene Evaluationsverfahren für die Arbeit von *one-stop-shops*, das das CPLR auch nach Projektschluss weiterhin aktiv nutzte (vgl. Zhurba 2015: 2-3). Insgesamt fanden im Projektrahmen vier Workshops für ca. 100 Vertreter der lokalen NGOs, die sich mit Fragen rund um die Qualitätssteigerung der öffentlichen Verwaltung bzw. der administrativen Dienstleistungserbringung vor Ort beschäftigten, statt (vgl. Zhurba 2015: 2). Neben der Mitwirkung an der Gesetzgebung förderte das Projekt das Zusammenkommen eines informellen Netzwerks aus Mitarbeitern der Organe der lokalen Selbstverwaltung bzw. der lokalen Verwaltungsbehörden der Pilotstädte in Zielen der Kommunikation und Kooperation zur Bewältigung zahlreicher Probleme im Bereich der administrativen Dienstleistungserbringung in den ukrainischen Regionen (vgl. Zhurba 2015: 17).

Nach Projektabschluss setzte das CPLR seine Arbeit zugunsten der Förderung einer Reform der administrativen Dienstleistungen weiterhin fort. Die Beobachtung aktueller Entwicklungen, Entwurf und Lobbying der Gesetzgebung zugunsten einer weitgehenden Dezentralisierung und Deregulierung dieses Sektors standen hierbei im Zentrum der damit zusammenhängenden Aktivitäten (vgl. Interview Tymoshchuk 2015).

Das Projekt „*Open Budget*“ des Zentrums EIDOS (2014–2016, NCSF) kann als ein weiteres Projekt gewertet werden, das sich nachhaltig auf den Bereich der öffentlichen Verwaltung als einer externen Kontextbedingung der „eingebetteten“ Demokratie auswirkte.²⁸⁸ Drei Ergebnisse sind hier zu verzeichnen: Zum einen wurde im Rahmen des Projekts ein Softwareprogramm „*Open Budget*“ zum Risikomanagement und zur Transparenzkontrolle öffentlicher Finanzen auf der lokalen und nationalen Verwaltungsebene entwickelt. Das Programm richtete sich an Ministerien, lokale Verwaltungsbehörden, Organe der lokalen Verwaltungsbehörden und lokale NGOs, die sich für den

²⁸⁶ Darunter beispielsweise der Entwurf des Gesetzes „Über die Dokumente zur Feststellung der Identität der ins Ausland reisenden Personen“ und der Entwurf einer „Resolution des Ministerkabinetts der Ukraine zur „Auflistung der Dienstleistungen, welche durch *one-stop-shops* erbracht werden können“ (vgl. Zhurba 2015: 4-5).

²⁸⁷ Unter den wichtigsten Publikationen des Projekts sind die folgenden zu nennen: Handbücher „Administrative services for you. Manuel for citizen“ (2014), „How to properly fulfil the Law “On administrative services” – Handbook for officials“ (2014) bzw. der theoretische und praktische Kommentar zum Gesetz der Ukraine „Über administrative Dienstleistungen“ (2013) (vgl. Zhurba 2015: 7-10).

²⁸⁸ Das Projekt wurde in den vier Pilotregionen Lwiw, Kherson, Vinnytsia und Sumy umgesetzt (vgl. Tarnai 2016: 3).

Kampf gegen die Korruption in den ukrainischen Regionen einsetzen.²⁸⁹ Auf der lokalen Ebene erarbeitete die NGO im Rahmen der entwickelten Software das Programm „Citizen Budget“, welches letztendlich 43 ukrainische Stadträte und 7 Gebietsverwaltungen übernahmen.²⁹⁰ Mithilfe mehrerer innovativer *e-governance*-Tools ermöglichte diese Software eine transparente Visualisierung aller Prozesse, die mit der Planung und Verwendung lokaler Budgetmittel zusammenhingen. Dies führte einen neuen Rahmen für eine stärkere bürgerliche Kontrolle über öffentliche Ausgaben auf der lokalen Ebene ein und schränkte somit den Spielraum für korrupte Verfahren ein (vgl. Tarnai 2016: 13; Interview Taran 2015). So setzten die lokalen Behörden die neue Software zur Transparenzkontrolle über Staatseinkäufe in diversen Bereichen der Kommunalpolitik mit einem erhöhten Korruptionsrisiko, zum Beispiel Bildung, Gesundheit oder Energie, in mehreren ukrainischen Regionen ein.²⁹¹

Zum Zweiten entstand im Rahmen des Projekts der Entwurf eines neuen Gesetzes der Ukraine „Über öffentliche Ausgaben“, den die Verkhovna Rada der Ukraine nach einer erfolgreichen Advocacy-Kampagne letztendlich verabschiedete.²⁹² Das neue Gesetz verpflichtete den staatlichen Fiskaldienst der Ukraine dazu, seine Transaktionen mit lokalen und nationalen Budgetmitteln täglich online darzulegen. Außerdem verpflichtete das Gesetz alle Organe, welche Ausgaben aus dem öffentlichen Budget betätigen, zur Veröffentlichung ihrer Zahlungsdokumente auf dem speziell durch das Projektteam eingerichteten *E-Data*-Webportal „Über die Anwendung der öffentlichen Ausgaben“. Die Verwaltung des Portals übernahm das ukrainische Finanzministerium (vgl. Tarnai 2016: 6).²⁹³ Die Gesetzannahme gab dem Projektteam einen neuen Anstoß, weitere Änderungen der ukrainischen Gesetzgebung zugunsten von mehr Transparenz in den öffentlichen Finanzen im Verlauf des Projekts zu erarbeiten. In erster Linie zählt dazu das „Konzept des transparenten Budgets“, welches das Ministerkabinett der Ukraine letztendlich erfolgreich übernahm. Das Konzept bietet Ansätze zur Anwendung unterschiedlicher *e-governance*-Methoden für Risikomanagement und Transparenzkontrolle im Bereich der öffentlichen Finanzen. Mit der Verabschiedung des Konzepts entwickelte sich das *E-Data*-Webportal *quasi* zu einem staatlich anerkannten, offiziellen Instrument zur Visualisierung öffentlicher Ausgaben der lokalen und nationalen Exekutive in der Ukraine (vgl. ebd.: 4, 8).²⁹⁴ Auf der lokalen Ebene bewegte das Projekt insgesamt 9 Gebietsverwaltungen zur Verabschiedung spezieller Budgetreglemente. Diese erarbeiteten die Projektextperten des Zentrums *EIDOS* mit dem Ziel, einen klaren rechtlichen Rahmen für die Nutzung

²⁸⁹ Die Funktionsweise der entwickelten Software ist auf der Projektwebsite „Open Budget“ visualisiert. Siehe Centre EIDOS (2018): Visualisation System „Open Budget“. Kiev. Online verfügbar unter <https://openbudget.in.ua/?locale=en>, zuletzt geprüft am 24.04.2018.

²⁹⁰ Darunter die Gebietsverwaltungen von Lviv, Dnipropetrovsk, Donetsk, Zhytomyr, Odessa, Kiew und Sumy. Insgesamt haben 100 lokale Verwaltungen der Gebiets-, Stadt- und Stadtkreisebene sich auf der Projektwebsite „Open Budget“ registrieren lassen (vgl. Tarnai 2016: 21).

²⁹¹ Hierdurch wurden 67 journalistische Ermittlungen gestartet, infolge derer 20 Verletzungen dokumentiert wurden. 13 davon wurden durch die zuständigen Justizbehörden übernommen (vgl. Tarnai 2016: 4, 53).

²⁹² Im Rahmen der Advocacy-Kampagne wurden Kontakte mit insgesamt 300 Abgeordneten bzw. mit dem Finanzministerium, Ministerium für Wirtschaft und Handel, Ministerium für Infrastruktur, Ministerium für Jugend und Sport, Ministerkabinett der Ukraine, Rechnungskammer der Ukraine und Umweltministerium hergestellt (vgl. Tarnai 2016: 54).

²⁹³ Das Webportal ist unter Ministerstvo finansiv Ukrainy (2018): Edynyi Web-portal vykorystannia publichnykh koshtiv (*Das Web-Portal über die Anwendung von öffentlichen Geldern*). Kyiv. Online verfügbar unter www.spending.gov.ua, zuletzt geprüft am 10.04.2018.

²⁹⁴ Zur Übersicht über die zentralen Inhaltspunkte des Konzepts vgl. Kabinet Ministriv Ukrainy 2016.

der gesamten entwickelten Software zur bürgerlichen Transparenzkontrolle über öffentliche Finanzen auf der lokalen Ebene aufzustellen.²⁹⁵

Zum Dritten zeichnete sich das Projekt durch eine umfassende Awareness-Kampagne aus. Diese richtete sich darauf, Bürger, zivilgesellschaftliche Aktivist*innen, Vertreter der Organe der lokalen Selbstverwaltung und lokale NGOs über neue Möglichkeiten zu informieren, sich mithilfe der Software „Open Budget“ an der Kontrolle über lokale öffentliche Ausgaben vor Ort zu beteiligen.²⁹⁶ Insgesamt erfassten verschiedene Bildungsmaßnahmen des Projekts 850 Beamte der lokalen Verwaltung, Vertreter der lokalen NGOs und zivilgesellschaftliche Aktivist*innen. 265 zivilgesellschaftliche Aktivist*innen und Journalist*innen bzw. 215 lokale Beamte konnten ihre Kenntnisse im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle beispielsweise infolge ihrer Teilnahme am Trainings- und Seminarprogramm des Projekts zu Techniken und Methoden erweitern (vgl. Tarnai 2016: 28). Gleichzeitig kam im Rahmen des Projekts die „nationale Koalition für transparente öffentliche Ausgaben“ zustande, die sich aus lokalen NGOs zusammensetzte. Zum einen setzte sich die Koalition mit der Kontrolle der Umsetzung des neuen Gesetzes „Über öffentliche Ausgaben“ in ukrainischen Regionen auseinander. Zum anderen widmete sie sich diversen Advocacy-Aktivitäten zur Unterstützung der im Rahmen des Projekts entworfenen Tools zur Transparenzförderung der öffentlichen Finanzen auf der lokalen Ebene.²⁹⁷

Die Ergebnisse des Projekts lassen behaupten, dass dieses die Transparenz und Berechenbarkeit der öffentlichen Ausgaben vor allem auf der lokalen Verwaltungsebene in der Ukraine nachhaltig förderte. Nach Projektabschluss blieb auch die Projektwebsite „Open Budget“ erhalten. EIDOS-Experten aktualisierten ihre Inhalte systematisch und verwendeten sie weiterhin aktiv.²⁹⁸ Das *E-Data*-Webportal zur Visualisierung der öffentlichen Ausgaben übernahm nach dem Projektabschluss das staatliche Unternehmen „Golovfintex“. Dies sicherte seinen Erhalt für die Zukunft. Zudem setzte das *Centre EIDOS* seine Advocacy-Arbeit mit anderen lokalen Verwaltungsbehörden in mehreren ukrainischen Regionen auch nach Projektabschluss fort, um diese zur Übernahme der Projektsoftware „Open Budget“ zu motivieren. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektarbeit trug außerdem die Fortsetzung der systematischen Zusammenarbeit der Projektextperten mit dem ukrainischen Finanzministerium zur Umsetzung des Open-Budget-Konzepts auf den Ebenen der nationalen und lokalen Verwaltungen, auch nach dem Projektende, bei (vgl. Tarnai 2016: 50).

Das nächste untersuchte Projekt „*Regional Policy in Ukraine: Public Monitoring of Regional Development Strategies*“ (2014–2016, *NCSF*), das das *Civil Society Institute (CSI)* in Kooperation mit *Polissya Foundation for International and Regional Studies* umsetzte, richtete sich auf die Unterstützung der Arbeit lokaler Verwaltungsbehörden bei der Formulierung und Umsetzung der

²⁹⁵ Hiernach wurden in den Gebietsverwaltungen spezielle Kommissionen zur Transparenzkontrolle über die öffentlichen Finanzen unter der Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Akteuren gegründet bzw. mehrere Informationsquellen über die getätigten Ausgaben öffentlich gemacht (vgl. Tarnai 2016: 4).

²⁹⁶ Die Kampagne wurde durch 20 Artikel in den Printmedien, 10 Auftritte im Radio, 10 Experteninterviews im Fernsehen und Verbreitung von insgesamt 7 Broschüren mit einer Auflage von jeweils 1000 Exemplaren begleitet. Es fanden 13 Pressekonferenzen, 9 Round-Table-Gespräche, 2 Foren und 35 Seminare im Rahmen des Projekts statt. Als wichtigste Publikationen des Projekts sind die Handbücher „Public Tools for Monitoring and Evaluation of Budget Expenditures on the Local Level“ und „Open Budget Manual“ zu nennen, welche mindestens 1000 zivilgesellschaftliche Aktivist*innen, lokale Beamte und Vertreter der lokalen NGOs erreichten. Weitere Informationen in Tarnai 2016: 36, 52–53.

²⁹⁷ Der Koalition gehörten folgende ukrainische NGOs an: NGO „Centre of Civic Advocacy“, Sumy regional NGO „Bureau of Politics Analysis“ und NGO „Philosophy of the Heart“ (vgl. Tarnai 2016: 32).

²⁹⁸ Für weitere Informationen siehe Centre EIDOS (2018a): Open Budget Project. Description of the action. Kiev. Online verfügbar unter <https://www.openbudget.in.ua/?locale=en>, zuletzt geprüft am 18.03.2018.

Politik der regionalen Entwicklung. Im Fokus der Projektarbeit stand die Förderung von entsprechenden institutionellen und rechtlichen Bedingungen, welche eine wirksame Implementierung der „Staatsstrategie für regionale Entwicklung 2020“ in allen 24 Verwaltungsgebieten der Ukraine sicherstellen sollten (vgl. Kabinet Ministriv Ukrainy 2014). Hierfür wurde in allen 24 ukrainischen Gebietsverwaltungen je eine Arbeitsfachkommission eingesetzt, um die einzelnen Strategien der regionalen Entwicklung bis 2020 auf der Basis der erwähnten Staatsstrategie vorzubereiten. An diesen Fachkommissionen nahmen ebenfalls Vertreter der vorab ausgewählten 25 regionalen Think Tanks als Träger der zivilgesellschaftlichen Expertise teil. Zur Vorbereitung der Arbeit solcher Kommissionen erarbeitete das Projektteam eine spezielle Methodologie zur Analyse regionalpolitischer Zusammenhänge bzw. der sich daraus ergebenden regionalen Förderschwerpunkte. Im Rahmen einer Trainingsreihe konnten sich die Experten der 25 am Projekt teilnehmenden Think Tanks in der Anwendung dieser Methodologie üben. Mit dieser Vorgehensweise wurden in 22 Verwaltungsgebieten der Ukraine Strategien der regionalen Entwicklung vorbereitet und letztendlich von Gebietsräten erfolgreich verabschiedet (vgl. Romanenko 2016: 3-4, 6-7). Im nächsten Schritt richtete sich die Projektarbeit auf das Monitoring der Umsetzung der erarbeiteten Strategien der regionalen Entwicklung vor Ort. Aufgrund der Ergebnisse solcher Monitorings unterbreiteten die Projektteams entsprechende Politikempfehlungen bzw. Verbesserungsvorschläge an Akteure der lokalen und nationalen Politik (vgl. ebd.: 4).²⁹⁹ Zugleich fand eine Lobbying-Kampagne statt, um NGOs, zivilgesellschaftliche Akteure und lokale Politikakteure auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, zugunsten einer effizienteren Politik der regionalen Entwicklung vor Ort zusammenzuarbeiten bzw. dabei aktiv auf die im Projekt erarbeiteten Politikempfehlungen zurückzugreifen.³⁰⁰

Die genannten Projektaktivitäten wirkten sich positiv auf die Stärkung des Bewusstseins der lokalen Akteure der Zivilgesellschaft, Vertreter der lokalen Verwaltungen, Organe der lokalen Selbstverwaltung und der zuständigen Ministerien für die Möglichkeiten aus, die ihnen zur Gestaltung und zum Monitoring der Politik in der regionalen Entwicklung vor Ort zur Verfügung stehen (vgl. Interview Maksak 2015).³⁰¹ Die Ergebnisse der gesamten Forschungsarbeit des Projekts wurden insgesamt in 115 Publikationen analysiert, im Rahmen der Projektabschlusskonferenz öffentlich diskutiert bzw. später zur Fortbildung der Akteure der Zivilgesellschaft und lokalen Politik im Rahmen einer Trainingsreihe über strategische Planung und rechtliche Regulierung der Politik der regionalen Entwicklung vor Ort eingesetzt.³⁰² Das Projekt regte zudem die Gründung eines informellen Expertennetzwerks für regionale Entwicklung mit Teilnehmern aus insgesamt 22

²⁹⁹ Einzelne Politikempfehlungen wurden dem Ministerium für regionale Entwicklung der Ukraine und 22 Gebietsverwaltungen der Ukraine überreicht (vgl. Romanenko 2016: 4).

³⁰⁰ Im Rahmen der Kampagne wurden 44 Round-Table-Gespräche in 22 Regionen durchgeführt. Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts 900 Projektnewsletters, 1200 Bulletins über Projektarbeit und 500 Projektberichte unter der interessierten Öffentlichkeit bzw. regionalen Politikakteuren verbreitet (vgl. Romanenko 2016: 4-5).

³⁰¹ „Regionale Entwicklung“ wurde im Projekt sehr weit aufgefasst. Grundsätzlich wurde diese als ein Sammelbegriff für alle kommunalpolitischen Belange verwendet, welche die lokalen Verwaltungsakteure vor Ort zum Gemeinwohl der lokalen Bevölkerung übernehmen können, wie in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur, System der sozialen und administrativen Dienstleistungen, Bau- und Raumentwicklungspolitik, Handel etc. (vgl. Interview Maksak 2015).

³⁰² Unter den wichtigsten Publikationen des Projekts sind die Monografie „Die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen“ und der praktische Guide „Lokale und regionale Entwicklung. Die Teilnahme der Bürger in der lokalen Entwicklung“, die Studie „Aktuelle Fortschritte bei der Entwicklung der Strategien der regionalen Entwicklung 2020“ bzw. „Regional Policy in Ukraine: results of development and prospects of implementation of regional development strategies“ zu nennen. Außerdem wurden insgesamt ca. 100 analytische Vermerke zur Effizienz der Politik der regionalen Entwicklung in den einzelnen Verwaltungsgebieten der Ukraine angefertigt (vgl. Romanenko 2016: 5, 19-22). Die Abschlusskonferenz (Februar 2015) diente zur Vorstellung der im Rahmen des Projekts erarbeiteten 24 Strategien der regionalen Entwicklung und führte ca. 850 Vertreter der NGOs und Politikorgane zusammen (vgl. ebd.: 10).

Verwaltungsgebieten der Ukraine an. Dieses setzte seine Arbeit nach Abschluss des Projekts in Kooperation mit Gebietsverwaltungen vor Ort erfolgreich fort (vgl. Romanenko 2016: 23). Die Projektmethodologie nutzte das *CSI* außerdem bei der Konzeptualisierung seiner nächsten, ähnlichen Projekte im Bereich der regionalen Entwicklungspolitik, die sich zu absoluten Arbeitsprioritäten des Instituts etablierten (vgl. ebd.).³⁰³ Diese Schritte weisen auf eine erfolgreiche Sicherung der nachhaltigen Wirkung der erreichten Projektergebnisse auf die Fortentwicklung der Politik der regionalen Entwicklung in der Ukraine hin.

Die Reform der öffentlichen Verwaltung und der Kampf gegen die Korruption waren ebenfalls Themen des schon oben diskutierten Projekts „Reanimation Package of Reforms“ des *Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)*. Die von den Projektextperten entworfene Reform der öffentlichen Verwaltung richtete sich auf eine weitgehende Dezentralisierung des Apparats der Exekutive. Hierfür erarbeitete man im Projekt entsprechende Verfassungsänderungen, die die Kompetenzen der Organe der lokalen Verwaltung bzw. der Selbstverwaltung auf der Gemeinde-, Stadt-, Stadtkreis- und Gebietsebenen zu erweitern versprochen. Ihre Annahme im Parlament Verkhovna Rada der Ukraine feierte die NGO als einen der wichtigsten Projekterfolge.³⁰⁴ Parallel dazu setzte das Projektteam eine umfassende Reform des ukrainischen Staatsdienstes, welche eine weitgehende Restrukturierung und Vereinfachung seines gesamten bürokratischen Apparats voraussetzte, in Gang. Die Annahme eines entsprechenden Reformgesetzes „Über den Staatsdienst“ am 24. April 2015, das das Expertenteam des Projekts vorbereitete, ermöglichte dies (vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 2015a; Shevchenko 2015: 12).

Neben der Arbeit an der Reform der öffentlichen Verwaltung entwarf die Antikorruptions-Expertengruppe des Projekts eine Reihe von Gesetzentwürfen, welche den institutionellen und rechtlichen Rahmen für einen effizienteren Kampf gegen die Korruption auf allen Ebenen der Verwaltung in der Ukraine zu stärken versprochen. Die meisten der entworfenen Gesetze verabschiedete die Verkhovna Rada der Ukraine im Laufe einer aktiven Lobbying-Arbeit. Hiermit konnten sich in der Ukraine zum ersten Mal spezialisierte Institutionen für Korruptionsbekämpfung etablieren, welche auch auf der höheren politischen Ebene mit weitgehenden Ermittlungskompetenzen in Bezug auf Korruption ausgestattet wurden: das nationale Antikorruptionsbüro, die nationale Agentur für Korruptionsvorbeugung, das Staatsbüro für Ermittlungen auf dem Gebiet der Korruption und das Antikorruptionsstaatsanwaltschaftsbüro.³⁰⁵ Außerdem verabschiedete die Verkhovna Rada die vom Projektteam vorgelegten Änderungen zum Strafgesetzbuch der Ukraine, die die strafrechtliche Verantwortung für Korruptionsdelikte verschärfen (vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 2014). Abschließend gelang es dem Projektteam, einzelne Begleitgesetze im ukrainischen Parlament durchzusetzen, die die Transparenz und Zugänglichkeit von Informationen, die im Zusammenhang mit den Ermittlungen über mögliche Korruptionsdelikte von Bedeutung waren, zu verbessern versprochen (vgl. Verkhovna Rada Ukrainy 2014, 2014a, b, d).

Mit der eingeleiteten Reform des Staatsdienstes der Ukraine, Errichtung der Antikorruptionsbehörden bzw. Stärkung der rechtlichen Grundlagen für die Bekämpfung und Vorbeugung von Korruption leistete das Projekt „Reanimation Package of Reforms“ unbestritten einen wichtigen Beitrag zur Förderung von mehr Transparenz und Effizienz in der Arbeit der Organe

³⁰³ Beispielsweise verwendete das *CIS* die Methodologie des Projekts gleich nach seinem Schluss zur Konzipierung des ähnlichen Projekts „Improvement of principles of strategic development of territories“ (vgl. Romanenko 2016: 20).

³⁰⁴ Die Frage der Dezentralisierungsreform im Rahmen des Projekts „Reanimation Package of Reforms“ wurde in Kap. 13.5.2.1.5 vor dem Hintergrund der Projektergebnisse für die Kategorie der „effizienten Regierungsgewalt“ behandelt.

³⁰⁵ Zu Grundlagen der rechtlichen Regulierung der genannten Antikorruptionsorgane vgl. Shevchenko 2015: 6-9.

der öffentlichen Verwaltung in der Ukraine. Auch die Antikorruptions-Fachexpertengruppe des *Reanimation Package of Reforms* setzte nach dem Projektschluss ihre Arbeit fort. Der Akzent verlagerte sich dabei auf Monitorings der Implementierung der verabschiedeten Antikorruptions-Gesetzgebungsakte bzw. die fachliche Unterstützung der gegründeten Antikorruptions-Behörden (vgl. Interview Shevchenko 2016).

Das letzte Projekt „*Civic oversight of the administrative service delivery by law enforcement bodies*“ (2013–2014, *NCSF*) der *Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (UMDPL)* konzentrierte sich auf die Qualitäts- und Transparenzsteigerung von einzelnen Formen der administrativen Dienstleistungen für die ukrainische Bevölkerung. Hierfür organisierte die NGO eine nationale Monitoring-Kampagne, die ausgewählte administrative Dienstleistungen der einzelnen Organe des Innenministeriums bzw. des Staatsmigrationsdienstes auf die Einhaltung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte in ihrer Arbeit prüfte.³⁰⁶ Infolge der Monitoring-Kampagne kamen mehrere Verletzungen der geltenden Rechtsordnung bzw. der grundlegenden Menschenrechte zum Vorschein, welche die Behörden des Innenministeriums bei der Erbringung administrativer Dienstleistungen veranlassten. Die Ergebnisse wurden in einer Reihe von Monitoring-Berichten analysiert. Außerdem richtete sich die Kampagne auf die Stärkung des Bewusstseins der Bürger für ihre Rechte und Pflichten als Empfänger von administrativen Dienstleistungen bzw. für die ihnen zustehenden Möglichkeiten, sich für eine bessere Qualität solcher Dienstleistungen vor Ort einzubringen. Hierfür führte das Projektteam für lokale NGOs und zivilgesellschaftliche Menschenrechtsaktivisten Trainings und Seminare über unterschiedliche Methoden der Aufklärungsarbeit von Bürgern zu diesem Thema durch, verbreitete Leaflets und Informationsbroschüren unter den Projektzielgruppen, veranstaltete Konferenzen, Round-Table-Gespräche und Pressekonferenzen über aktuelle Probleme und Reformperspektiven im Bereich administrativer Dienstleistungen und gab eine Reihe von Expertenpublikationen heraus.³⁰⁷

Als wichtiges nachhaltiges Ergebnis des Projekts galt die Gründung eines Netzwerks zivilgesellschaftlicher Aktivisten mit dem Auftrag, gemeinsam die Monitoring-Kampagnen im Bereich der administrativen Dienstleistungen der Organe des Innenministeriums sowie des Staatsmigrationsdienstes in einzelnen Regionen der Ukraine durchzuführen (vgl. Pyvovarov 2015: 9). Außerdem nutzten *UMDPL*-Experten auch nach Abschluss des Projekts einzelne seiner Produkte der Politikforschung und Analyse, beispielsweise Publikationen oder die entworfene Methodologie zur Qualitätskontrolle der administrativen Dienstleistungen vor Ort, in ihrer weiteren Arbeit auf diesem Themengebiet. Ebenfalls positiv ist die Arbeit der speziellen Fachexpertengruppe zu werten, die in enger Kooperation zwischen *UMDPL* und dem *Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)* zustande kam, um den wissenschaftlichen Austausch auf diesem Fachgebiet zu fördern (vgl. Interview Pernykoza 2017).

³⁰⁶ Überprüft wurden dabei solche Dienstleistungen wie Ausgabe von National- und Reisepässen, Erstellung von Führerscheinen, Erteilung von Lizenzen für den Besitz von Waffen etc. Somit wurden insgesamt die Dienstleistungen, welche durch den Staatsmigrationsdienst, den staatlichen Autoinspektionsdienst und die Abteilung für öffentliche Sicherheit des Innenministeriums der Ukraine erbracht wurden, analysiert (vgl. Pyvovarov 2015: 4).

³⁰⁷ Unter den wichtigsten Publikationen des Projekts ist die Studie „Administrative services of the State Migration Service and the Ministry of Internal Affairs of Ukraine: analysis of the legal grounds for services provision“ und die Broschüre „You must know“, in der Bürgern unterschiedliche Möglichkeiten angeboten werden, ihre Kommunikation mit den staatlichen Migrationsbehörden zu erleichtern, zu nennen. Als wichtigste Veranstaltung des Projekts fand die Abschlusskonferenz „Improving the quality of administrative services through the strengthening the influence of civil society over the state policy in this sphere“ unter Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Aktivisten der NGO, Vertretern der politischen Organe und Journalisten aus insgesamt 40 ukrainischen Städten im Dezember 2014 statt (vgl. Pyvovarov 2015: 4, 6, 9).

13.5.2.2.2 Auswertungskategorie „Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung“

Die Analyse der Projektergebnisse, die sich positiv auf die Stärkung der Zivilgesellschaft auswirkten, erfolgt nach den vorab definierten Kriterien wie sie in Tab. 11 aufgeführt wurden. Somit ist die Stärkung der Zivilgesellschaft anhand insgesamt 5 analytischer Kriterien definiert: 1) institutionelle Stärkung der NGOs; 2) Stärkung der Einflussnahme der NGOs auf die Politik bzw. ihrer Kooperation mit dem Staat; 3) Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Kommunikation/Networking; 4) Stärkung der Kapazitäten der NGOs für Sozialisation und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements; 5) Stärkung der Kapazitäten der NGOs im Bereich der Dienstleistungserbringung (vgl. Kap. 12.1.2.1).

Insgesamt förderte die EU im Zeitraum der Untersuchung 1994–2015 fünf Projekte der hiermit untersuchten 15 ukrainischen NGOs, welche sich schwerpunktmäßig dem Themenbereich Zivilgesellschaft widmeten. Dabei fällt auf, dass drei davon durch dieselbe NGO – ISAR „Ednannia“ – umgesetzt wurden. Dies bestätigt die Tendenz seitens der EU, sich für die wiederholte Förderung derselben NGOs in der Ukraine zu entscheiden, nachdem diese sich einmal als zuverlässige Kooperationspartner bei der Projektabwicklung gezeigt hatten.

Tab. 52: Darstellung der zentralen Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Auswertungskategorie „Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung“

Akteur	Projekt	Merkmalsausprägung	Nachhaltige Ergebnisse
Erste Zeitphase (1994–2005)			
<i>Center HURT</i>	Social NGOs Network Capacity Building Initiative, 2003–2005, TACIS (IBPP)	Institutionelle Stärkung; Stärkung des Einflusses auf die Politik/der Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/Networking; Entlastung des Staatsapparats/Erbringung von Dienstleistungen	Gründung der sechs lokalen Koalitionen der sozial orientierten NGOs in Pilotstädten; Kompetenzstärkung der teilnehmenden NGOs als Anbieter der sozialen Dienstleistungen vor Ort bzw. in der Kommunikation mit lokalen Politikakteuren; Weiterpflege der im Projekt gegründeten Koalitionen nach seinem Abschluss
<i>ISAR „Ednannia“</i>	NGO Development, 2003–2004, TACIS (IBPP)	Institutionelle Stärkung; Stärkung des Einflusses auf die Politik/der Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/Networking; Entlastung des Staatsapparats/Erbringung von Dienstleistungen	Gründung von drei Zentren der sozialen Partnerschaft zur Stärkung der lokalen NGOs als Mitgestalter der Sozialpolitik bzw. Anbieter der sozialen Dienstleistungen vor Ort; Betreuung von 7 Mikroprojekten der lokalen NGOs im Sozialbereich; Stärkung der Bereitschaft der lokalen Verwaltungsbehörden in Pilotstädten zur Kooperation mit lokalen NGOs in sozialen Fragen; Fortsetzung des Engagements zugunsten der Stärkung der lokalen sozial-orientierten NGOs in ukrainischen Regionen
Zweite Zeitphase (2005–2010)			
<i>ISAR „Ednannia“</i>	Strengthening Civil Society, 2005–2008, TACIS (IBPP)	Aufbau von Kapazitäten; Stärkung des Einflusses auf die Politik/der Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/Networking;	Gründung von zwei weiteren Zentren der sozialen Partnerschaft bzw. 21 Mini-Zentren der sozialen Partnerschaft in Regionen; Gründung der Assoziation der Zentren der sozialen Partnerschaft;

		Entlastung des Staatsapparats/Erbringung von Dienstleistungen	Aufbau von institutionellen/fachlichen Kapazitäten der am Projekt teilnehmenden NGOs
Dritte Zeitphase (2010–2015)			
<i>ISAR</i> "Ednannia"	Civil Society: Dialogue for Progress, 2012–2015, NCSF	Aufbau von Kapazitäten; Stärkung des Einflusses auf die Politik/der Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/Networking	Aufbau von institutionellen/fachlichen Kapazitäten der teilnehmenden NGOs; Nutzung des regionalen Projektkonsortiums der NGOs für weitere zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern der Östlichen Partnerschaft in Zielen der Demokratisierung; Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen
<i>Agency for Legislative Initiatives (ALI)</i>	Strengthening capacities of the National Platforms of the EaP CSF, 2012–2014, NCSF	Aufbau von Kapazitäten; Stärkung des Einflusses auf die Politik/der Kooperation mit dem Staat; Kommunikation/Networking; Sozialisation/Engagementförderung; Entlastung des Staatsapparats/Erbringung von Dienstleistungen	Gründung des Sekretariats der ukrainischen nationalen Plattform des zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft; Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen; Weiterverwendung der Projektmethodologie zur Messung der Regierungsfortschritte im Bereich der europäischen Integration in der späteren Arbeit der NGO; Fortsetzung des Engagements zugunsten der institutionellen Fortentwicklung der ukrainischen nationalen Plattform des zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft nach dem Projektabschluss

Quelle: eigene Darstellung

a) Erste Zeitphase (1994–2005)

Das Projekt "Social NGOs Network Capacity Building Initiative. Improvement of Social Service in Ukraine" (2003–2005, TACIS) des Center HURT förderte einen Kreis lokaler NGOs, die überwiegend im Sozialbereich tätig waren, gezielt in ihren Kapazitäten für Organisations- und Projektmanagement. In diesem Ziel gründete das Projektteam in jeder der sechs teilnehmenden Städte des Projekts eine Koalition lokaler, sozial orientierter NGOs, um deren Kommunikation und Kooperation sowohl miteinander als auch mit Organen der lokalen Selbstverwaltung bzw. lokalen Verwaltungsbehörden im Bereich der sozialen Dienstleistungserbringung zu fördern. Die an den Koalitionen beteiligten NGOs nahmen zugleich an einem speziellen Trainingsprogramm des Projekts zu unterschiedlichen Aspekten der Arbeit im Bereich der sozialen Dienstleistungserbringung teil (vgl. Resource Center HURT 2009: 6). Die zum Projektschluss durchgeführten Evaluationsstudien zeigten, dass die meisten NGOs, die sich am Projekt beteiligten, infolge ihrer Teilnahme am Trainingsprogramm eine gewisse Stärkung in ihren Fähigkeiten als Dienstleistungsanbieter verzeichnen konnten. Mehrere davon merkten ebenfalls an, im Rahmen des Projekts ihre Kooperation mit lokalen Behörden verbessert bzw. ihre Arbeitsstrategien kritisch umgedacht zu haben. Außerdem zeigten Meinungsumfragen, dass Mitarbeiter der lokalen Verwaltungen im Verlauf des Projekts ihre Wahrnehmung der NGOs als Kooperationspartner im Sozialbereich, insbesondere in Fragen des Schutzes sozial verletzlicher Bevölkerungsschichten, verbesserten (vgl. ebd.). Somit lässt sich annehmen, dass das Projekt sich positiv auf die Kapazitäten der daran teilnehmenden NGOs im Bereich der Dienstleistungserbringung bzw. ihrer Kooperation mit Akteuren der Politik auswirkte. Außerdem trug das Projekt zur Erweiterung der Fähigkeiten der Experten des Zentrums HURT im Bereich der Konzipierung und des Managements der durch internationale Organisationen geförderten

Projekte bei. Dies motivierte *HURT* auch zu weiteren Bewerbungen um Projektförderung bei der EU (vgl. Interview Zaviiska 2016).

Das nächste untersuchte Projekt – „NGO-Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions“ (2003–2004, *TACIS (IBPP)*) von *Ednannia* –, das das erste von insgesamt drei umfassenden EU-Projekten war, welche *Ednannia* im Bereich der Stärkung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung im Zeitraum 2003–2015 implementierte. Wie auch das vorherige Projekt richtete sich dieses Projekt primär an sozial orientierte NGOs. Ihre Förderung erfolgte primär im Rahmen der sogenannten „Zentren der sozialen Partnerschaft“, die interessierte NGOs mit unterschiedlichen Trainings- und Beratungsmaßnahmen im Aufbau ihrer institutionellen Kapazitäten unterstützen bzw. sie mit lokalen Politikakteuren bzw. nationalen Ministerien vernetzten.³⁰⁸ Dafür gründeten alle drei Zentren der sozialen Partnerschaft sogenannte „Koordinationsräte“, welche insgesamt 40 am Projekt teilnehmende Vertreter der lokalen Verwaltungen mit denen der lokalen, sozial orientierten NGOs zusammenführten (vgl. Leiser 2004: 39). Außerdem setzten die Zentren gemeinsame Trainings, Studienbesuche und Round-Table-Gespräche zum Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren zu Fragen der sozialen Dienstleistungen bzw. Mitgestaltung der Sozialpolitik vor Ort um.³⁰⁹ Um die lokalen NGOs zu einer engeren Kooperation untereinander zu bewegen, wurde eine spezielle Datenbank der an der Kooperation interessierten NGOs gegründet sowie ein Trainingsprogramm zum Thema der Kommunikation und Vernetzung der NGOs untereinander in Gang gesetzt (vgl. ebd.: 40).

Zugleich betreuten die Zentren der sozialen Partnerschaft finanziell, informationell und methodisch insgesamt 7 Mikroprojekte lokaler NGOs in Pilotregionen, welche im Rahmen des Projekts zustande kamen und sich der Verbesserung der Lebensumstände von sozial schwächeren Bevölkerungsschichten vor Ort widmeten (vgl. Leiser 2004: 42). Darüber hinaus beteiligten sich die Projektextperten an der Fachgruppe des Arbeitsministeriums für den Entwurf eines neuen Gesetzes der Ukraine über die Freiwilligenarbeit. Zugleich legten sie im November 2004 einen eigenständigen Entwurf des neuen Gesetzes der Ukraine „Über soziale Dienstleistungen“ vor, um die bestehenden Lücken in der rechtlich-politischen Regulierung dieses Bereichs zu beheben (vgl. ebd.: 35).³¹⁰ Die am Ende des Projekts durchgeführten Umfragen zeigten, dass dieses die Vertreter der lokalen Verwaltung bzw. der Selbstverwaltung in den Pilotstädten in ihrer Bereitschaft, im sozialpolitischen Bereich mit lokalen NGOs enger zu kooperieren bzw. diesen einen Teil ihrer Kompetenzen für soziale Dienstleistungserbringung schrittweise zu übertragen, stärkte (vgl. ebd.: 34-36). Ebenfalls stieg im Laufe des Projekts die Bereitschaft vonseiten der lokalen NGOs als Teilnehmer, sich sowohl untereinander in Zielen der Umsetzung gemeinsamer Projekte zu vernetzen, als auch die durch das Projekt erworbenen Kenntnisse und Kontakte für eine bessere Kommunikation und Kooperation mit lokalen Politikakteuren zu nutzen (vgl. ebd.: 40).

Durch die genannten Aktivitäten trug das Projekt zur Stärkung von institutionellen und fachlichen Kapazitäten der lokalen NGOs als Anbieter sozialer Dienstleistungen bzw. Mitgestalter der Sozialpolitik vor Ort bei. Der Erhalt der Zentren der sozialen Partnerschaft auch nach dem Projektende schuf die Voraussetzungen, seinen Ergebnissen eine gewisse nachhaltige Wirkung auf

³⁰⁸ Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts drei „Zentren der sozialen Partnerschaft“ in jeder der Pilotregionen – Rivne, Kherson und Sumy – gegründet (vgl. Leiser 2004: 4).

³⁰⁹ Beispielsweise wurde eine Trainingsreihe zur Förderung der Partnerschaften und der Kommunikation zwischen den lokalen NGOs, Verwaltungen und Organen der lokalen Selbstverwaltung bzw. ein spezielles Trainingsprogramm für die Mitarbeiter des Ministeriums der Ukraine für Jugend und Familie über das Management der Projekte, welche gemeinsam mit lokalen NGOs ausgeführt wurden, angeboten (vgl. Leiser 2004: 42).

³¹⁰ Das Projekt wurde lediglich durch das Ministerium für Jugend und Familie bewilligt bzw. durch das Sozialministerium berücksichtigt, ohne dass eine weitere Übergabe an die Verkhovna Rada der Ukraine erfolgte (vgl. Leiser 2004: 35).

die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Sektors vor Ort zu verschaffen. Neben den erwähnten Erfolgen offenbarte dieses Projekt von *Ednannia* auch mehrere Schwachstellen in der Arbeit der sozial orientierten, lokalen NGOs in ukrainischen Regionen. Der unzureichende Willen der lokalen und nationalen Politikakteure, die NGOs stärker als Partner in die Lösung sozialpolitischer Probleme einzubeziehen, das Konkurrenzverhältnis zwischen einzelnen NGOs im Kampf um ausländische Fördermittel und mangelhafte rechtlich-politische Mechanismen zur Regulierung der sozialen Dienstleistungserbringung vor Ort sind als einige davon zu nennen.

b) Zweite Zeitphase (2005–2010)

Das nächste untersuchte Projekt – „Strengthening Civil Society“ (2005–2008, *TACIS (IBPP)*) stellte eine thematische Fortsetzung des vorherigen oben beschriebenen Projekts „NGO-Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions“ von *Ednannia* dar.³¹¹ Dabei lag der Akzent des Projekts auf der Sicherung der institutionellen und finanziellen Nachhaltigkeit der vorab gegründeten Zentren der sozialen Partnerschaft. Dafür erhielten die Zentren die Möglichkeit, an speziellen Trainingsprogrammen zu Themen des Projektmanagements teilzunehmen bzw. qualifizierte Beratungen über Fragen ihrer strategischen und finanziellen Planung zu erhalten (vgl. Leiser 2007: 31). Außerdem entstand im Projektverlauf die sogenannte „Assoziation der Zentren der sozialen Partnerschaft“. Diese band die Kapazitäten aller Zentren zusammen, um sie zur gemeinsamen Arbeit an der Lösung akuter sozialer Probleme zu nutzen (vgl. ebd.: 30). Außerdem entstanden im Rahmen des Projekts insgesamt 21 sogenannte „Minizentren der sozialen Partnerschaft“ auf Basis der einzelnen sozial orientierten lokalen NGOs in den Pilotregionen. Diese Minizentren fungierten als Informations- und Beratungsstellen für alle NGOs, die sich als Anbieter von sozialen Dienstleistungen stärker profilieren, eigene Projektideen im Sozialbereich umsetzen oder geeignete Kooperationspartner für ihre Sozialarbeit finden wollten (vgl. ebd.: 31).

Auch dieses Projekt zeichnete sich durch eine ausgeprägte Bildungs- und Aufklärungsarbeit, welche sich auf die Stärkung der Kapazitäten sozial orientierter NGOs richtete, aus. Das Angebot umfasste eine Vielzahl an Trainings, Seminaren, gegenseitigen Studienbesuchen und Fernstudienkursen im Rahmen des speziell entworfenen Bildungsprogramms für fünf Projektzielgruppen: Mitarbeiter der insgesamt 73 sozial orientierten lokalen NGOs, Trainer für die NGOs, Mitarbeiter der Zentren der sozialen Partnerschaft, 100 Vertreter der lokalen Behörden und ausgewählte Mitarbeiter des Sozialministeriums bzw. des Ministeriums für Jugend und Familie der Ukraine. Im Rahmen der Trainings bildeten die Teilnehmer spezielle Lerngruppen aus NGO-Experten, Juristen, Mitarbeitern der lokalen Behörden und für Sozialpolitik zuständigen Fachministerien, um ihren Austausch und die Kooperation miteinander zu fördern. Im thematischen Fokus des Bildungsprogramms standen Themen des Organisations-, Finanz- und Projektmanagements bzw. der politischen Kommunikation lokaler NGOs im sozialen Bereich (vgl. Leiser 2007: 36, 37-45). Das Trainingsprogramm brachte 13 NGOs dazu, eigene Mikroprojekte zugunsten der Verbesserung der Lebensumstände der einzelnen sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen vor Ort zu entwickeln bzw. unter finanzieller und fachlicher Unterstützung des Projektteams umzusetzen (vgl. ebd.: 45). Begleitend zu den genannten Bildungsmaßnahmen erschienen im Rahmen des Projekts eine Reihe von Publikationen, Newsletters und Broschüren, um seine Zielgruppen über den Verlauf der Projektarbeit und ihre Bedeutung für die Qualität des

³¹¹ Außerdem wurden im Rahmen des Projekts zwei neue Zentren der sozialen Partnerschaft in den Städten Donetsk und Chernivtsi gegründet (vgl. Leiser 2007: 9).

Soziallebens vor Ort zu unterrichten bzw. eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen des Projekts in der Öffentlichkeit anzuregen.³¹²

Neben diesen Aktivitäten setzte das Projektteam eine spezielle Arbeitsfachgruppe unter der Leitung von *Ednannia* ein, in der Vertreter der lokalen NGOs mit Rechtsexperten bzw. Mitarbeitern des Ministeriums für Jugend und Familie der Ukraine bzw. des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik an der Verbesserung der rechtlichen Regulierung des Bereichs der sozialen Dienstleistungen zusammenarbeiteten. In ihrem Rahmen wurden Verbesserungsvorschläge zum Gesetz der Ukraine „Über die Freiwilligenarbeit“ bzw. „Über die sozialen Dienstleistungen“ vorgelegt. Um deren Annahme zu bewirken, startete das Projektteam eine spezielle Advocacy-Kampagne. Die Round-Table-Diskussionen, Pressekonferenzen, Auftritte in den Medien und Verbreitung von Informationen forderten im Rahmen der Kampagne die Öffentlichkeit heraus, sich stärker mit den Problemen der lokalen NGOs als Anbieter sozialer Dienstleistungen vor Ort auseinanderzusetzen, auch wenn die Annahme des Gesetzes letztendlich mangels eines politischen Konsenses in der Verkhovna Rada der Ukraine scheiterte (vgl. Leiser 2007: 37-38). Insgesamt gaben bis zu 99 % von insgesamt 1000 am Projekt beteiligten NGOs in der abschließenden Befragung zum Projekt an, in seinem Verlauf ihre Kapazitäten im Bereich der Erbringung sozialer Dienstleistungen, der Konzipierung und des Managements sozialorientierter Projekte und der Kooperation mit nationalen und lokalen Politikakteuren bzw. mit anderen NGOs verbessert zu haben. Auch nach dem Projektende setzten die Zentren der sozialen Partnerschaft dank der entsprechenden politischen Unterstützung vor Ort bzw. des Engagements von Experten und Aktivisten ihre Arbeit fort. Außerdem trug das Projekt auch zur Sicherung der finanziellen und institutionellen Nachhaltigkeit einer Reihe der lokalen NGOs bei, indem es diese dazu beriet, sich als „social enterprises“ neu aufzustellen, um dadurch die Erbringung sozialer Dienstleistungen selbst finanzieren zu können (vgl.ebd.: 46).

c) Dritte Zeitphase (2010–2015)

Von 2012 bis 2015 setzte *Ednannia* sein drittes großes EU-Projekt – „*Civil Society. Dialogue for Progress*“, das als regionales Projekt der technischen Hilfe im Rahmen des Programms NCSF in allen sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft zustande kam, um.³¹³ Im Mittelpunkt stand diesmal die Förderung von NGOs unabhängig von ihrem Tätigkeitsprofil als Mitgestalter des gesellschaftspolitischen Lebens und der Demokratisierungsprozesse vor Ort (vgl. Interview Malerius 2015). Die Logik und wichtigsten Arbeitsfelder des Projekts spiegelten zum großen Teil die des oben dargestellten Projekts „Strengthening the Civil Society“ wider, das *Ednannia* 2005–2008 in der Ukraine implementierte. Im Vordergrund der Projektarbeit standen somit einzelne langfristig angelegte Trainingsprogramme zur Erweiterung der Kapazitäten der am Projekt teilnehmenden NGOs, welche im Durchschnitt zwischen sechs und neun Monaten dauerten und sich überwiegend

³¹² Zu den wichtigsten Publikationen des Projekts gehörten das Buch „Management of NGOs, selected theories and practical issues“, Jahrestätigkeitsberichte der Zentren der Sozialen Partnerschaft, das Handbuch über die Gründung und Verwaltung von *social enterprises*, Broschüren über *best practices* und *lesson learnt* des Projekts bzw. die in seinem Rahmen umgesetzten Mikroprojekte (vgl. Leiser 2007: 38).

³¹³ Das Projekt wurde durch ein Konsortium aus folgenden NGOs umgesetzt: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Germany; Transtec sa, Belgium; The Assembly of Pro-Democratic NGOs of Belarus (The Assembly), Lithuania; European Integration, Armenia; Azerbaijani Youth Euro-Atlantic Organisation (AYEAO), Azerbaijan; The International Educational NGO ACT, Belarus; International Centre on Conflict and Negotiation (ICCN), Georgia; Institute for Development and Social Initiatives (IDIS), Moldova; Initiative Centre to Support Social Action (ISAR Ednannia), Ukraine (vgl. Malerius 2015).

mit unterschiedlichen Aspekten des Projekt- und Organisationsmanagements, Kommunikation und Kooperation der NGOs untereinander bzw. mit Politikakteuren befassten.³¹⁴ Zugleich bat das Projekt eine Trainingsreihe für Trainer der NGOs, drei Online-Kurse zum Thema des Aufbaus von institutionellen Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure und spezielle Informationsveranstaltungen und Seminare für die NGOs, die EU-geförderte Projekte ausführten oder sich mit ihren Projektbewerbungen um entsprechende finanzielle Förderung bewerben wollten, an (vgl. Malerius 2015: 11). Insgesamt gaben 89 % aller am Projekt beteiligten NGOs in einer abschließenden Umfrage an, infolge ihrer Teilnahme an unterschiedlichen Trainings des Projekts ihre Kapazitäten im Bereich der institutionellen Entwicklung bzw. des politischen Dialogs gestärkt zu haben (vgl. ebd.: 9).

Weniger erfolgreich gestaltete sich die Projektarbeit im Bereich der Förderung einer besseren Kooperation mit dem Staat. Hierfür sah das Projekt das spezielle Format von „multistakeholder dialogues“ vor. Dem ursprünglichen Plan zufolge sollten dadurch zivilgesellschaftliche Initiativen, Netzwerke und Plattformen mit Politikakteuren zusammenkommen, um über wichtige Probleme der ukrainischen Demokratie zu diskutieren bzw. an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten. In der Praxis aber mangelte es stark am Interesse der Politikakteure, vor allem des Ministeriums für Familie und Jugend, des Ministeriums für regionale Entwicklung und des Sozialministeriums, um derartige Kooperationsformate effizient umzusetzen. Nicht zuletzt hing dies mit dem angespannten Verhältnis zwischen der ukrainischen Regierung und dem zivilgesellschaftlichen Sektor zusammen, welches für die Ukraine in der Amtszeit von Präsident Janukowitsch typisch war. Außerdem fehlte es an einer gemeinsamen Vision des Projektteams und der EU-Vertretung vor Ort, wie solche Dialogforen in der Praxis umzusetzen sind (vgl. Interview Malerius 2015).³¹⁵ Bessere Ergebnisse erzielte hingegen eine spezielle Trainingsreihe des Projekts zu den Themen *Advocacy* und *policy dialogue* für 20 NGOs, in der intensiv unterschiedliche Strategien von *Advocacy*-Arbeit und Bildung zivilgesellschaftlicher Netzwerke als Instrumente der Einflussnahme auf die Politik behandelt wurden (vgl. ebd.).

Die meisten Ergebnisse des Projekts, welche für die Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteure der Demokratisierung relevant waren, bezogen sich auf die Erweiterung der institutionellen und fachlichen Kapazitäten der beteiligten NGOs infolge eines umfassenden Trainings- und Beratungsangebots (vgl. Interview Ruda 2015). Zu erwähnen sind mehrere regionale Netzwerkevents mit Projektteams aus allen sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft, welche die am Projekt teilnehmenden NGOs als Akteure der Demokratisierung zur Intensivierung ihrer Kommunikation und Kooperation miteinander bewegten (vgl. Interview Malerius 2015; Interview Sheihus 2015). Zugleich leistete das Projekt seinen Beitrag zur Politikforschung und Analyse zum Thema der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung. So erschien im Rahmen des Projekts eine umfassende *mapping*-Studie, welche sich Problemen und Möglichkeiten im Bereich der Teilnahme der zivilgesellschaftlichen Akteure an der Formulierung und Umsetzung der Politik innerhalb ihrer einzelnen Domänen systematisch widmete (vgl. Kobets/Ruda 2014).

Neben *Ednannia* setzte auch die *Agency for Legislative Initiatives (ALI)* in dieser Phase der Untersuchung 2012–2014 ein regionales Projekt „*Strengthening capacities of the National Platforms*

³¹⁴ Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts sechs Trainings für je 30 Vertreter der NGOs und 4 regionale Trainings für 24 Trainer der NGOs zum Thema des Aufbaus der Kapazitäten der lokalen NGOs in den einzelnen Ländern der Östlichen Partnerschaft angeboten (vgl. O.A. 2016: 7).

³¹⁵ Insgesamt wurde in der Ukraine im Rahmen von solchen „multistakeholder dialogues“ nur eine Diskussion organisiert. Diese fand zwischen den ukrainischen NGOs und den Vertretern der wichtigsten EU-Institutionen in Brüssel zum Thema einer neuen zivilgesellschaftlichen EU-Ukraine-Plattform, deren Gründung im Rahmen des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU vorgesehen war, statt (vgl. Malerius 2015: 12-13).

of the Eastern Partnership Civil Society Forum” mit um, welches die EU im Rahmen des Programms *NCSF* finanzierte. Das Projekt richtete sich in der Ukraine primär auf den Aufbau von Kapazitäten der nationalen Plattform des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft, welche die Teilnahmemöglichkeiten der ukrainischen NGOs an der Mitgestaltung der Politik der europäischen Integration bzw. der Kontrolle der Regierung bei ihrer Umsetzung zu erweitern versprach (vgl. EaP CSF 2013: 10-11). Der zentrale Schritt in diese Richtung erfolgte mit der Gründung des Sekretariats der ukrainischen nationalen Plattform. Dieses setzte sich aus einem Projektkoordinator, einem Finanzmanager und einem PR-Manager zusammen und kümmerte sich um die meisten administrativen Aufgaben der Plattform (vgl. ebd.). Die institutionelle Weiterentwicklung der Plattform förderte das Projekt durch unterschiedliche Maßnahmen der Sozialisation und Bildung ebenfalls mit. Darunter sind zahlreiche Trainings für die an der Plattform teilnehmenden NGOs, Medienseminare für Journalisten zur Berichterstattung über Themen in Verbindung mit der Östlichen Partnerschaft, Herausgabe von Konzept- und Policy-Papieren über künftige Strategien und Instrumente der Arbeit der Plattform mit anschließenden Diskussionen im Rahmen der Projektkonferenzen und Round-Table-Fachdiskussionen zu nennen (vgl. Interview Andrii Kohut 2015; EaP CSF/REC Moldova 2013: 5). Außerdem führte das Projekt eine umfassende Monitoring-Kampagne durch, welche die Fortschritte der ukrainischen Regierung bei der Umsetzung des sogenannten „Fahrplans der Östlichen Partnerschaft bis zum Gipfeltreffen im Herbst 2013“ der Europäischen Kommission dokumentierte und analysierte (vgl. Europäische Kommission 2012). Die hierzu durch das Projektteam erarbeitete Monitoring-Methodologie verwendete die ukrainische nationale Plattform des Forums auch nach Projektende, um systematisch die Regierungsarbeit im Bereich der europäischen Integration kritisch zu bewerten (vgl. EaP CSF/REC Moldova 2013: 2). Gleichzeitig bot das Projekt interessierten NGOs Möglichkeiten, die Umsetzung des genannten Fahrplans durch die Regierung zu unterstützen. Zum Beispiel konnten die am Projekt beteiligten NGOs an insgesamt zehn Fachkonsultationen mit EU-Politikexperten zum Thema der Umsetzung des Fahrplans der Östlichen Partnerschaft teilnehmen, in denen entsprechende Handlungsvorschläge an die ukrainische Regierung erarbeitet wurden (vgl. Interview Andrii Kohut 2015).

Infolge dieser Schritte stärkte das Projekt den Einfluss der nationalen Plattform des zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft auf die Gestaltung des Kurses der europäischen Integration und der damit einhergehenden Reformen der ukrainischen Regierung zu einem gewissen Grad. Neben der Gründung des Sekretariats der Plattform leitete das Projekt neue Konsultations- und Kommunikationsmechanismen für ihre Teilnehmer sowohl mit der ukrainischen Regierung als auch mit der EU ein, welche auch nach dem Projektabschluss weiterverwendet werden konnten. Dennoch erwies sich die EU-Finanzierung als unzureichend, um als Ziel des Projekts dessen Ergebnisse im vorgenommenen Umfang nachhaltig zu sichern. Vor allem mangelte es an Geldern, um das Fachpersonal des Sekretariats der Plattform auf permanenter Basis einzustellen, da dieses seinen weit aufgestellten Aufgaben ausschließlich auf Basis der Freiwilligenarbeit nicht nachkommen konnte. Außerdem fehlte es schon im Verlauf des Projekts an Ressourcen für administrative Ausgaben, welche notwendig waren, um der Plattform eine effiziente Arbeit an der Umsetzung des oben erwähnten Fahrplans der Östlichen Partnerschaft zu ermöglichen (vgl. Interview Andrii Kohut 2015). So merkten einige zivilgesellschaftliche Experten an, dass es der Plattform an einer systematischen Finanzierung mangelte, um von einem reinen Kommunikationsforum zu einem effizienten Instrument zur Teilnahme der Zivilgesellschaft an Politikprozessen aufzusteigen (vgl. Interview Sushko 2015; Interview Taran 2015). Auch auf der Seite der nationalen Politikakteure mangelte es am Willen, um bei der Planung und Umsetzung des europäischen Integrationskurses regelmäßig die Expertise der Plattform zu nutzen (vgl. Interview Andrii Kohut 2015).

Das folgende Kapitel fasst die zentralen Ergebnisse der empirischen Untersuchung zusammen. Dabei werden zuerst die Ergebnisse für jede der Subvariablen der abhängigen Variablen analysiert. Der nächste Schritt diskutiert den Zusammenhang zwischen der unabhängigen und abhängigen Variablen. Abschließend folgt anhand der erhaltenen Ergebnisse eine Auseinandersetzung mit beiden Hypothesen der Arbeit. Die abschließenden Bemerkungen fassen die wichtigsten Erkenntnisse der Untersuchung noch einmal zusammen.

14.1 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Untersuchung entlang beider Subvariablen der abhängigen Variablen der Untersuchung

14.1.1 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Untersuchung in Bezug auf die abhängige Subvariable „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“

Das folgende Unterkapitel fasst die Ergebnisse der durchgeführten empirischen Forschung nach einzelnen Zeitphasen der Untersuchung zusammen, welche auf eine interne Stärkung der 15 untersuchten ukrainischen NGOs in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung hindeuten. Die Zusammenfassung dieser Ergebnisse erfolgt auf Basis der beiden unten stehenden Tabellen. Die erste davon fasst die Zahl der NGOs zusammen, welche entlang einzelner Auswertungskategorien der gegebenen Subvariablen und deren Merkmalsausprägungen im Laufe ihrer EU-geförderten Projektarbeit gestärkt wurden. Dies ermöglicht, einzusehen, mit welcher Intensität die EU die Kapazitäten der 15 untersuchten NGOs in den einzelnen Zeitphasen der Untersuchung durch direkte Projektförderung stärken konnte.

Tab. 53: Zusammenfassung der Ergebnisse der EU-Förderung der 15 ukrainischen NGOs in Bezug auf deren interne Stärkung in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung³¹⁶

Kategorie	Merkmalsausprägung	Typ der Merkmalsausprägung	Anzahl von geförderten NGOs nach Zeitphasen			
			I.	II.	III.	Gesamt
<i>Institutionelle Kapazitäten</i>	Institutionelle Entwicklung	Stärkung der institutionellen Struktur/des Managements der NGOs	1	1	7	9
		Förderung der institutionellen/finanziellen Nachhaltigkeit der Arbeit der NGO	3	3	13	15

³¹⁶ Bei der Interpretation der Angaben aus der Tabelle ist zu beachten, dass in der ersten Zeitphase der Untersuchung insgesamt 3, in der zweiten – 3 und in der dritten – 13 unterschiedliche NGOs von der EU gefördert wurden.

	Personal-entwicklung	Kompetenzerweiterung des Personals in Fragen des Organisations-/Projektmanagements	3	3	13	15
		Neues Personal	1	1	2	3
<i>Einfluss auf Politik/-Kooperation mit dem Staat</i>	Interessenvertretung/ Advocacy	Einfluss auf öffentliche Meinungsbildung	3	3	13	15
		Interessenvertretung//Lobbying der Gesetzgebung gegenüber den Politikakteuren	3	3	13	15
	Politikmonitoring/ Regierungskontrolle	Monitoring der Entwicklungen innerhalb der einzelnen Politikdomänen	3	3	13	15
		Beobachtung/Analyse des Regierungshandelns in Bereichen der Demokratisierung	1	3	8	12
	Mitgestaltung/ Umsetzung der Gesetzgebung	Mitwirkung an der Formulierung der Gesetzgebung	2	2	10	12
		Mitwirkung an der Umsetzung der Gesetzgebung	1	1	3	4
	Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit	Förderung von langfristiger Kooperation mit Politikakteuren	2	3	6	9
		Gemeinsame Projektaktivitäten	2	2	9	10
<i>Kommunikation/ Networking</i>	Politische Kommunikation	Dialog mit Akteuren der nationalen/lokalen Politik	3	3	13	15
		Netzwerkbildung mit nationalen/lokalen Politikakteuren	1	1	4	5
	Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit	Dialog und Netzwerkbildung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren	3	3	13	15
		Öffentlichkeitsarbeit	3	3	13	15
<i>Sozialisation/ Engagementförderung</i>	Förderung des demokratischen Bewusstseins	Demokratische Aufklärungs- und Bildungsarbeit	3	3	13	15
		Politikforschung und Analyse	2	2	13	14
	Engagementförderung	Förderung der Mitwirkung der Bürger an der Politik	1	1	9	11
		Förderung des demokratieorientierten Engagements der NGOs/sonstiger zivilgesellschaftlicher Akteure	3	3	13	15

Quelle: eigene Darstellung

Aus dieser Übersicht ergibt sich, dass es innerhalb jeder Auswertungskategorie mindestens eine Merkmalsausprägung gab, entlang welcher alle 15 untersuchten NGOs gefördert wurden. Im Bereich der institutionellen Kapazitäten lag der Schwerpunkt bei der Förderung der Kompetenzen des Personals im Bereich Projekt- und Organisationsmanagement. So konnten alle 15 NGOs im Laufe ihrer EU-Projekte einzelne Ergebnisse vorweisen, die auf eine Kompetenzstärkung ihres Personals in diesen Bereichen hindeuteten. Zugleich erfüllten alle 15 NGOs in ihren EU-geförderten Projekten bestimmte Voraussetzungen, welche in verschiedener Hinsicht eine nachhaltig positive Wirkung der erreichten Ergebnisse in Bezug auf die einzelnen Domänen der Demokratisierung institutionell bzw. finanziell zu sichern versprochen.

Bei der nächsten Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ fällt eine besonders gute Dynamik der Förderung von projektausführenden NGOs entlang der

Merkmalsausprägung „Interessenvertretung/Advocacy“ auf. So setzten alle 15 NGOs in ihren EU-Projekten einzelne Maßnahmen um, welche ihre Fähigkeiten trainierten, die öffentliche Meinung um partikulare gesellschaftspolitische Interessen zu mobilisieren, diese gegenüber politischen Entscheidungsträgern zu vertreten bzw. entsprechende Änderungen der Gesetzgebung einzufordern. Auch in Bezug auf die Merkmalsausprägung „Politikmonitoring/Regierungskontrolle“ waren die Kompetenzen der 15 NGOs damit konfrontiert, das aktuelle politische Geschehen innerhalb der einzelnen Themenbereiche der Demokratisierung systematisch zu beobachten, um die dadurch entstandenen Informationen für weitere Projektaktivitäten wie Politikforschung und Analyse oder öffentliche Kritik der Regierungsarbeit einzusetzen.

Alle 25 Projektfälle zeichneten sich im Weiteren durch eine ausgeprägte Komponente der Kommunikation sowohl mit nationalen und lokalen Politikakteuren als auch mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft und der interessierten Öffentlichkeit aus. Das Antrainieren der hierzu vorausgesetzten Kompetenzen fand meistens im Verlauf der Bildung unterschiedlicher Formen von Netzwerken, Plattformen, Arbeitsgruppen und Initiativen statt, welche den Austausch von Expertise, Informationen und Erfahrungen der projektausführenden NGOs mit anderen Interaktionsebenen auch über den Zeitrahmen der eigentlichen Projektarbeit hinaus förderten. Eine wichtige Rolle spielten bei allen Projekten öffentliche Veranstaltungen als Form der Kommunikation von Projektinhalten und Erfolgen mit der Öffentlichkeit. Eine ähnlich gute Dynamik wies die EU-Projektförderung der 15 ukrainischen NGOs in Bezug auf die Kapazitäten, die hier die Auswertungskategorie „Sozialisation/Engagementförderung“ erfasst, auf. Der Schwerpunkt lag auf den Maßnahmen der demokratischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit bzw. der Unterstützung anderer zivilgesellschaftlicher Akteure in ihrem demokratieorientierten Engagement.

Vergleichsweise hoch präsentiert sich die Zahl der Merkmalsausprägungen der einzelnen Auswertungskategorien, in denen zwei Drittel oder mehr aller untersuchten NGOs im Laufe ihrer EU-Projekte eine gewisse Stärkung der hiermit zusammenhängenden Kapazitäten verzeichneten. So setzten 12 der 15 NGOs in unterschiedlichen Zeitphasen der Untersuchung in ihren EU-Projekten Maßnahmen um, welche ihnen die Mitwirkung an der nationalen oder lokalen Gesetzgebung, Kontrolle des Regierungshandelns oder eine Kooperation mit nationalen oder lokalen Politikakteuren innerhalb einzelner Politikdomänen ermöglichten (Auswertungskategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“). Mehr als zwei Drittel aller NGOs widmeten sich dem Tätigkeitsfeld der Politikforschung und Analyse oder setzten sich für die Schaffung eines entsprechenden institutionellen oder rechtlich-politischen Rahmens ein, welcher eine stärkere Mitwirkung der Bürger an der Formulierung und Umsetzung politischer Inhalte vor Ort förderte (Kategorie „Sozialisation/Engagementförderung“).

In Bezug auf die restlichen Typen der Merkmalsausprägungen der einzelnen Auswertungskategorien konnten in weniger als zwei Drittel der Gesamtfälle deutliche, positive Auswirkungen der geleisteten Projektarbeit auf einzelne Kategorien von Kapazitäten der projektausführenden NGOs festgestellt werden. Besonders niedrig fällt diese Zahl in Bezug auf die Anstellung von neuem Personal im Laufe der Projektarbeit, wie die Merkmalsausprägung „Personalentwicklung“ der Kategorie „institutionelle Kapazitäten“ voraussetzt, aus: nur 3 von 15 NGOs konnten innerhalb der ihnen zur Verfügung stehenden Projektbudgets aus der EU die notwendigen Mittel für neues Personal finden. Das zeigt wiederum, dass die Projektförderlogik der EU die Deckung von administrativen und technischen Kosten, die im Verlauf der Projektarbeit anfallen, so gut wie nicht vorsieht (vgl. Interview Andrii Kohut 2015; Interview Taran 2015). Dies wiederum spiegelte sich zum Teil negativ auf die Gesamtbilanz der umgesetzten Projektarbeit wider. Beispielsweise konnten wegen des fehlenden Fachpersonals die anfänglich vorgenommenen Ziele im

Projekt „Strengthening capacities of the National Platforms of the EaP CSF“ der ALI letztendlich nicht im vollen Umfang umgesetzt werden, weil es hierfür am entsprechend qualifizierten Personal mangelte. Wie der Manager des Projekts Andrii Kohut bemerkte, war es schon zu Beginn klar, dass die ambitionierten Projektziele mit dem verfügbaren Personal nicht innerhalb des geplanten Zeitraums zu erfüllen waren. Der Experte betonte dabei, dass es sich hier um ein häufiges Problem in der direkten Projektförderung durch die EU handele: Um die Chancen auf finanzielle Förderung zu steigern, schreiben die ukrainischen NGOs in ihren Projektbewerbungen oft ein Aufgabenspektrum fest, welches allein schon aufgrund von mangelnden personellen oder institutionellen Ressourcen nicht realistisch zu sein scheint (vgl. Interview Andrii Kohut 2015).

Ferner zeigt die angebotene Tabelle auch einige wichtige Unterschiede in der Förderung der Kapazitäten projektausführender NGOs entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung. Die Übersicht verdeutlicht die kontinuierlich steigende Bedeutung jener Kapazitäten der ukrainischen NGOs in der EU-Förderung, die sie für politisch orientierte Aufgaben der Demokratisierung im Verlauf ihrer EU-Projekte einsetzen; beispielsweise Advocacy, Lobbying der Gesetzgebung, Monitoring der Regierung oder politische Kommunikation. Während in der ersten Zeitphase der Untersuchung (1994–2005) eine politische Kommunikation der projektausführenden NGOs so nur in sehr begrenztem Umfang bzw. meistens nur mit Akteuren der lokalen Politik vor Ort stattfand, kommt es in der zweiten Zeitphase (2005–2010) langsam auch zum politischen Dialog der NGOs mit nationalen Ministerien. In der dritten Zeitphase (2010–2015) steigt die politische Kommunikation sowie gezielte Advocacy-Arbeit mit politischen Entscheidungsträgern rasant. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die ukrainischen NGOs sich seit 2011 auf die Unterstützung der neuen EU-Förderinstrumente wie *NCSF* und *NSA&LA* stützen konnten, um nationale Demokratisierungsprozesse vor Ort zu fördern. In der ersten und zweiten Zeitphasen der Untersuchung waren es hingegen zum größten Teil noch sozial orientierte Themen, welche die *calls for proposals* des damaligen *TACIS*-Förderrahmens für zivilgesellschaftliche Akteure Osteuropas prägten. Dies bestätigt wiederum das Phänomen des Janukowitsch-Regimes in Bezug auf die EU-Förderung der ukrainischen NGOs: Während die innenpolitischen Demokratisierungsprozesse unter Präsident Janukowitsch stagnierten, behaupteten sich die ukrainischen NGOs immer deutlicher in ihrer Rolle als Kämpfer für die Demokratie vor Ort. Als Folge steigt auch das Interesse der EU an einer gezielten Förderung der NGOs in ihrer demokratieorientierten Arbeit seit 2010 an (vgl. Interview Tyshchenko 2015; Interview Nerisanu 2015). Mit der *Euromajdan*-Revolution entstanden außerdem neue Spielräume für NGOs, als Kooperationspartner und Berater nationaler und lokaler Politikakteure die anstehenden demokratischen Reformen mitzugestalten. Zum Beispiel setzten in der dritten Zeitphase der Untersuchung mehrere NGOs, wie *EIDOS*, *CEDEM*, *CPLR* und *OPORA*, in ihren EU-Projekten nach dem Regimewechsel 2013/2014 vermehrt auf aktive Ansprache der Abgeordneten der Verkhovna Rada der Ukraine, der Ministerien, der lokalen Verwaltungsbehörden bzw. Organe der lokalen Selbstverwaltung. Das häufigste Ziel dabei war es, eine Verabschiedung der im Rahmen ihrer Projekte erarbeiteten Gesetz- und Reformvorschläge durch Gesetzgeber zu bewirken. Außerdem stieg in der dritten Zeitphase der Untersuchung der Anteil von Projekten an, in denen NGOs politische Institutionen als direkte Partner ihrer EU-geförderten Projekte gewinnen bzw. mit ihnen nachhaltig orientierte Kooperationsnetzwerke gründen konnten.

Die nächste Tabelle fasst zusammen, welche Typen von Fördermaßnahmen innerhalb der einzelnen Auswertungskategorien in jeder der drei Zeitphasen der Untersuchung besonders oft zum Einsatz kamen.³¹⁷ Dies ermöglicht, auf typische Kombinationen von Aktivitäten bzw. Handlungsstrategien zu schließen, auf welche die ukrainischen NGOs in ihrer EU-geförderten Projektarbeit besonders häufig zurückgriffen.

Tab. 54: Die Einsetzung von einzelnen Typen der häufigen Maßnahmen zur externen Förderung der NGOs durch die EU in Bezug auf 15 Fallbeispiele der Untersuchung

Kategorie I „Institutionelle Entwicklung“				
Typen der häufigen Maßnahmen der externen NGO-Förderung durch die EU	NGOs, welche die Maßnahmen umsetzten			
	<i>I. Zeitphase</i>	<i>II. Zeitphase</i>	<i>III. Zeitphase</i>	<i>Gesamtzahl³¹⁸</i>
Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen	HURT CCC Ednannia	Ednannia, CCC	ALI, OPORA, CVU, ULAF, Ednannia	7
Institutionelle Fortentwicklung	HURT CCC Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	ALI, CEDEM, CSI, CPLR, CVU, DIF, Ednannia, EIDOS, OPORA, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	15
Kategorie II „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“				
Advocacy/ Lobbying	CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, OPORA, CVU, CSI, CEDEM, ULAF, UMPDL, UHHRU, Internews	15
Verbreitung von Informationen/ Medienarbeit	CCC, Ednannia, HURT	HURT, CCC, Ednannia	ALI, CEDEM, CSI, CPLR, CVU, DIF, Ednannia, CSI, EIDOS, OPORA, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	15
Networking/ Informationsaustausch	HURT, CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	ALI, CEDEM, CSI, CPLR, CVU, DIF, Ednannia, CSI, EIDOS, OPORA, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	15
Netzwerkbildung	HURT, CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews, CVU, OPORA	14
Mitwirkung an der Formulierung/ Umsetzung der Gesetzgebung	CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF	12
Austausch von Expertise/ Politikanalyse und Forschung	HURT, CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, Ednannia, CSI, OPORA,	15

³¹⁷ Die Bezeichnung von einzelnen Typen häufig eingesetzter Fördermaßnahmen bzw. ihre Zuordnung zu den einzelnen Auswertungskategorien entlang der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ wird den Tab. 9 und Tab. 18-21 entnommen.

			CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	
Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen	CCC	HURT, CCC	Ednannia, CPLR, EIDOS	5
Maßnahmen der Engagementförderung	CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	15
Kategorie III „Kommunikation/Networking“				
Networking/ Informationsaustausch	HURT, CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	ALI, CEDEM, CSI, CPLR, CVU, DIF, Ednannia, EIDOS, OPORA, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	15
Verbreitung von Informationen/Medienarbeit	HURT, CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	ALI, CEDEM, CSI, CPLR, CVU, DIF, Ednannia, EIDOS, OPORA, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	15
Netzwerkbildung	HURT, CCC, Ednannia	HURT, CCC, Ednannia	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	14
Wissenstransfer/Bildungsmaßnahmen	CCC, Ednannia	Ednannia, CCC	Ednannia, ALI	3
Kategorie IV „Sozialisation/Engagementförderung“				
Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL	14
Austausch von Expertise/ Politikanalyse und Forschung	CCC, Ednannia	Ednannia, CCC,	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, OPORA, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	13
Verbreitung von Informationen/ Medienarbeit	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT	ALI, CEDEM, CSI, CPLR, CVU, DIF, Ednannia, EIDOS, OPORA, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	15
Netzwerkbildung	HURT, CCC, Ednannia	Ednannia, HURT, CCC	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CVU, CEDEM, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	14
Advocacy/ Lobbying	CCC	Ednannia, HURT, CCC	DIF, Ednannia, ALI, CPLR, EIDOS, OPORA, CVU, CSI, CEDEM, ULAF, UMPDL, UHHRU, Internews	15
Maßnahmen der Engagementförderung	CCC, Ednannia, HURT	Ednannia, HURT CCC	DIF, ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CVU, CEDEM, OPORA, ULAF, UHHRU, UMDPL, Internews	15

Quelle: eigene Darstellung

Diese Übersicht zeigt, dass ausnahmslos alle 15 NGOs in ihrer Projektarbeit die vier folgenden Typen häufiger Fördermaßnahmen einsetzten: der institutionellen Entwicklung; der Advocacy und des Lobbyings; der Verbreitung von Informationen und Medienarbeit; des Networkings und Informationsaustausches; des Austausches von Expertise und der Politikforschung; Maßnahmen der Engagementförderung. Mehr als zwei Drittel aller NGOs setzten ebenfalls Maßnahmen der Netzwerkbildung, der Mitwirkung an der Formulierung bzw. der Umsetzung der Gesetzgebung, des Wissenstransfers und der Bildung ein. Eine interessante Beobachtung war dabei, dass viele NGOs dieselben Gruppen von Fördermaßnahmen gleichzeitig zur Umsetzung mehrerer Projektaufgaben mit unterschiedlicher Intensität einsetzten, welche wiederum unterschiedliche Kategorien ihrer Kapazitäten in Anspruch nahmen. Zum Beispiel wirkte sich die Umsetzung der Maßnahmen des Wissenstransfers bzw. der Bildung zum einen auf die Dynamik der institutionellen Kapazitäten aus, insofern diese die Schulung von Fachkenntnissen des Personals im Bereich des Organisations- und Projektmanagements voraussetzten. Zum Zweiten dienten diese Maßnahmen auch Zielen der demokratischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit entsprechender Projektzielgruppen. Zum Dritten wirkten sich diese positiv auf die Erweiterung der Kompetenzen der projektausführenden NGOs im Bereich der politischen Kommunikation, der Interessenvertretung, Arbeit mit der Öffentlichkeit, Lobbying und Advocacy bestimmter gesellschaftspolitischer Interessen aus.

Die unten stehende Tabelle zeigt, welche Typen von Fördermaßnahmen im Laufe der geleisteten Projektarbeit gleichzeitig zwei oder mehr Kategorien der Kapazitäten der projektausführenden NGOs positiv beeinflussten.

Tab. 55: Anwendung der einzelnen Typen häufiger Maßnahmen zur externen Förderung der NGOs durch die EU in Bezug auf die Auswertungskategorien der Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“

Typen häufiger Maßnahmen	Institutionelle Kapazitäten	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat	Kommunikation/ Networking	Sozialisation/ Engagementförderung
Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen	+	+	+	+
Austausch von Expertise/ Politikanalyse und Forschung	---	+	+	+
Verbreitung von Informationen/ Medienarbeit	---	+	+	+
Networking/Informationsaustausch	---	+	+	+
Netzwerkbildung	+	+	+	+
Advocacy/Lobbying	---	+	+	+
Mitwirkung an der Gesetzgebung/ ihrer Implementierung	---	+	+	---
Institutionelle Fortentwicklung	+	+	+	+
Maßnahmen der Engagementförderung	+	+	+	+

Quelle: eigene Darstellung

Abschließend war es möglich, auch die Formen innerhalb der genannten Typen solcher Fördermaßnahmen zu definieren, die die 15 untersuchten NGOs am häufigsten im Verlauf ihrer EU-Projekte einsetzten. Die Ableitung dieser Formen erfolgt zum einen anhand der *Tab. 9*, welche häufige Beispiele dafür anhand der ausgewählten Dokumentation der EU zu einzelnen Instrumenten der externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine formuliert. Zum anderen werden diese den Auswertungstabellen dieser Arbeit, in denen die empirischen Daten dieser Untersuchung nach einzelnen Auswertungskategorien der abhängigen Variablen der Untersuchung systematisiert wurden, entnommen (vgl. Kap. 13.4). Die unten angeführte Tabelle zeigt, wie viele NGOs in jeder der Untersuchungsphase die einzelnen Maßnahmen umsetzten.

Tab. 56: Darstellung von häufig angewandten Formen der typischen Maßnahmen zur externen Förderung der NGOs durch die EU entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung

Typen häufiger Fördermaßnahmen	Die häufig angewandten Formen im Rahmen der untersuchten Fallbeispiele	Gesamtanzahl der NGOs entlang einzelner Zeitphasen ³¹⁹		
		I.	II.	III.
<i>Wissenstransfer/ Bildungsmaßnahmen</i>	Trainings/Seminare	3	3	11
	Workshops/Schulungen	1	1	4
	Sommerschulen/Studientouren	2	2	2
	Konsultationen	2	3	7
<i>Austausch von Expertise/Politikanalyse und Forschung</i>	Expertenetzwerke/Expertengruppen	0	2	5
	Expertentreffen/Fachpräsentationen zu Forschungsergebnissen	3	3	12
	Wissenschaftliche Publikationen	1	2	13
	Entwurf von Software/Methodologien für Politikforschung/Analyse	0	0	8
	Monitoring/Analyse des politischen Geschehens/des Regierungshandelns	3	3	13
<i>Verbreitung von Informationen/ Medienarbeit</i>	Verbreitung von Broschüren/Projektnewsletters/Publikationen/sonstigen Informationsmaterialien	2	3	13
	Beiträge in Print- und Online-Medien	1	3	11
	Auftritte im Fernsehen/Radio	0	2	7
	Beiträge auf Projektwebsites/Websites der NGOs/in sozialen Netzwerken	1	3	13
<i>Networking /Informationsaustausch</i>	(Presse)konferenzen/Briefings	3	3	11
	Informelle Treffen/Arbeitstreffen	1	3	8
	Round-Table-Gespräche/Diskussionen	3	1	11
	Kommunikationsforen/ Networking-/Open-Space-Events	2	2	4
	öffentliche Präsentationen/Vorträge/Anhörungen/Debatten	2	1	4
	Informationskampagnen	1	2	3
	Networking mit Projektpartnern/Politikakteuren innerhalb gemeinsamer Projektaktivitäten	3	3	13

³¹⁹ Bei der Interpretation der Angaben aus der Tabelle ist zu beachten, dass in der ersten Zeitphase der Untersuchung insgesamt 3, in der zweiten – 3 und in der dritten – 13 unterschiedliche NGOs von der EU gefördert wurden.

<i>Netzwerkbildung</i>	zivilgesellschaftliche Koalitionen	1	1	2
	zivilgesellschaftliche Netzwerke/Initiativen	1	0	6
	zivilgesellschaftliche Konsortien	0	0	2
	zivilgesellschaftliche Plattformen/Online-Plattformen	0	1	3
	Arbeitsgruppen/Fachkommissionen/mit anderen NGOs oder Politikakteuren	1	1	4
<i>Advocacy/Lobbying</i>	Advocacy-Kampagnen	0	2	5
	Advocacy-Koalitionen/Netzwerke	1	1	6
	direkte Überzeugungsarbeit/Gespräche mit Politikakteuren	1	2	11
	Abgabe von Politikempfehlungen/Stellungnahmen	0	2	9
	Öffentlichkeitsarbeit zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung	3	3	13
<i>Mitwirkung an der Formulierung/Umsetzung der Gesetzgebung</i>	Entwurf von Gesetzen/Gesetzänderungsvorschlägen	2	1	8
	Annahme/Berücksichtigung der entworfenen Rechtsakte durch Gesetzgebungsorgane	1	0	6
	Teilnahme an Arbeitsgruppen zum Entwurf der Gesetzgebung zusammen mit Politikakteuren	1	1	4
	Entwurf von Strategien/Begleitgesetzen/Empfehlungen zur Gestaltung der einzelnen Reformen/Implementierung der einzelnen Rechtsakte	1	2	5
<i>Institutionelle Fortentwicklung</i>	neue/verbesserte Strategien/Methoden/Techniken in der NGO-Arbeit	1	1	3
	Gründung/Betreuung von zivilgesellschaftlichen Initiativen/Organisationen/Programmen	3	3	9
	Antrainieren von neuen Fachkenntnissen im Bereich Projekt-/Organisationsmanagement	3	3	13
	Sicherung der Anschlussfinanzierung für den Erhalt der Projektergebnisse	2	2	9
	Sicherung der institutionellen/rechtlich-politischen Grundlagen für die Fortsetzung der Projektarbeit	3	3	9
<i>Maßnahmen der Engagementförderung</i>	Unterstützung/Durchführung von Aktionen des bürgerlichen Aktivismus	0	0	2
	eingeleitete Initiativen der bürgerlichen Selbstorganisation (Zentren, Bürgerbüros, Bürgerberatungsstellen etc.)	2	3	5
	Unterstützung von anderen NGOs/sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren in ihrem demokratieorientierten Engagement	3	3	9

Quelle: eigene Darstellung

Diese Darstellung zeigt, dass sich innerhalb jedes der definierten Typen häufiger Fördermaßnahmen mindestens eine der Formen erkennen lässt, auf die die absolute Mehrheit der untersuchten NGOs in ihren EU-Projekten zurückgriffen. So setzten die meisten NGOs bei den Maßnahmen des Wissenstransfers bzw. der Bildung auf Trainings, Seminare und Konsultationen mit einzelnen Projektzielgruppen im Themenbereich ihrer Projekte. Die Aufgaben der Politikforschung und -analyse deckte die Mehrheit der 15 NGOs in Form von wissenschaftlichem Publizieren ab. Besonders häufig fertigten die EU-geförderten NGOs Fachbroschüren, *policy papers* und praktische Handbücher als Formen der Veröffentlichungen an, welche die komplexen Themen der Politik einem weiten Leserkreis möglichst verständlich präsentieren. Dies zeigt, dass die EU-geförderten NGOs das wissenschaftliche Arbeiten auch in Zielen der Kommunikation mit der Öffentlichkeit weitgehend

einsetzen. Komplexe Studien und Monografien gaben hingegen nur wenige NGOs in der dritten Zeitphase der Untersuchung im Rahmen ihrer EU-Projekte heraus. Meistens ging es dabei um Organisationen, die sich bereits vor ihrer Förderung durch die EU durch eine lange Arbeitstradition im Bereich der Politikanalyse in der Ukraine auszeichneten, wie *CPLR*, *EIDOS*, *DIF* und *CEDEM*.

Eine interessante Erkenntnis ist die hohe Zahl von NGOs, die sich in ihren Projektmaßnahmen im Bereich des Austausches von Fachexpertise bzw. der Politikforschung und Analyse auf diverse Formen komplexer Monitoring-Kampagnen oder systematische Monitoring-Studien zurückgriffen, um an die benötigten Informationen in Bezug auf einzelne Politikfragen zu gelangen. Meinungs- und Expertenbefragungen, Experteninterviews und Analyse der Gesetzgebung sind hier als häufige Formen solcher Monitoring-Maßnahmen zu nennen (*UMDPL*, *CVU*, *OPORA*, *DIF*, *CPLR*, *EIDOS*). Die Ergebnisse der Monitorings verarbeiteten die NGOs in der Regel in entsprechenden analytischen Produkten weiter, diskutierten sie auf der Fachexpertenebene bzw. setzten sie als Informationsbasis für ihre Bildungs- und Aufklärungsarbeit mit der Öffentlichkeit über Themen und Fortschritte der laufenden EU-Projekte ein.

Außerdem fällt auf, dass die absolute Mehrheit aller NGOs gleichzeitig mehrere Formen von Maßnahmen anwandte, um die Kommunikation der Inhalte und Fortschritte ihrer EU-Projekte mit der Öffentlichkeit oder einzelnen Projektzielgruppen zu sichern. Besonders häufig kamen in diesen Zielen unterschiedliche Informationen in Form von Broschüren, Projektnewsletters, sozialer Werbung, Beiträgen in Print- und Online-Medien, auf Projektwebsites, Websites der projektausführenden NGOs oder der Projektpartner zum Einsatz. Unter den sonstigen Maßnahmen zur Förderung des Networkings bzw. Informationsaustausches setzte die Mehrheit der untersuchten NGOs Formen von Round-Table-Gesprächen, Konferenzen und Pressekonferenzen ein. Ebenfalls weitverbreitet war das Element des engen Networkings bzw. der Netzbildung mit Projektpartnern, sonstigen NGOs oder Politikakteuren bei der Umsetzung gemeinsamer Aktivitäten. Eine interessante Erkenntnis war dabei, dass die 15 NGOs im Rahmen ihrer EU-Projekte in unterschiedlichen Zeitphasen der Untersuchung sehr eng untereinander kooperierten. Dies deutet auf eine Tendenz zur Herausbildung eines informellen Netzwerks der NGOs hin, welche von der EU gefördert wurden und sich im Rahmen dieser Förderung gegenseitig in ihrer Projektarbeit unterstützen. Die nächste Tabelle stellt dar, welche Kooperationen unter den 15 untersuchten NGOs innerhalb ihrer EU-geförderten Projekte zustande kamen. Unter den angeführten Kooperationen sind alle Interaktionen umfasst, die zwischen den 15 untersuchten NGOs untereinander im Rahmen ihrer EU-Projekte entstanden: von langfristiger Zusammenarbeit als Projektpartner zur situativen Teilnahme an einzelnen Projektveranstaltungen wie Konferenzen, Trainings oder Seminare der anderen NGOs.

Tab. 57: Übersicht über die Kooperationen der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung untereinander im Rahmen ihrer EU-geförderten Projekte

NGOs	Kooperationspartner unter den 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung		
	Erste Zeitphase (1994–2005)	Zweite Zeitphase (2005–2010)	Dritte Zeitphase (2010–2015)
HURT	---	---	---
Ednannia	---	---	---
CCC	CVU, CSI	CSI	---
DIF	---	---	CPLR, CEDEM, OPORA, CVU, ALI, Internews, OPORA, EIDOS

ALI	---	---	CPLR
CPLR	---	---	DIF, CEDEM, UMDPL
EIDOS	---	---	CEDEM
CSI	---	---	---
OPORA	---	---	CVU, DIF
CVU	---	---	CEDEM, OPORA
CEDEM	---	---	CPLR, UMDPL, EIDOS, CVU, DIF, Internews
ULAF	---	---	UHHRU
UHHRU	---	---	ULAF
UMDPL	---	---	CPLR, CEDEM
Internews	---	---	DIF, CEDEM

Quelle: eigene Darstellung

Aus der angebotenen Übersicht folgt, dass die meisten Kooperationen der 15 untersuchten NGOs miteinander im Rahmen der EU-geförderten Projekte der dritten Zeitphase dieser Untersuchung stattfanden. Dies ist u. a. auf die Tatsache zurückzuführen, dass die EU das Networking bzw. die Bildung von Synergien mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren seit 2011 zur einer der wichtigsten Voraussetzungen für die Bewilligung von EU-Fördergeldern innerhalb der zwei neuen Programminstrumente – *NCSF* und *NSA&LA* – erklärte (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Nerisanu 2013). Dabei zeigte eine ganze Reihe der untersuchten EU-Projektfälle mehrere thematische Ähnlichkeiten zueinander. Dies kann u. a. dadurch erklärt werden, dass mehrere der gewählten 25 Projekte innerhalb derselben *calls for proposals* bewilligt wurden. Beispielsweise waren in der dritten Zeitphase der Untersuchung Themen der Effizienzförderung der öffentlichen Verwaltung und der administrativen Dienstleistungserbringung, Sicherung der demokratischen Wahlen und Gewährung eines angemessenen Rechtsschutzes für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen jene Themenschwerpunkte, um welche sich einige der 16 hiermit untersuchten Projektfällen dieser Zeitphase gruppieren. Dadurch entstanden mehrere Anknüpfungspunkte, aus welchen sich situativ bezogene oder auch langfristig orientierte Kooperationen der EU-geförderten NGOs untereinander entwickelten. Außerdem stellten alle 13 NGOs auch aufgrund ihrer relativen Ressourcenstärke bzw. der bewährten Professionalität ihres Personals füreinander attraktive Kooperationspartner dar. Die Zusammenarbeit mit ähnlichen, ressourcenstarken NGOs minimierte zudem das Risiko, aufgrund von mangelnden Erfahrungen oder Ressourcen der Partner den Erfolg des Projekts zu gefährden (vgl. Interview Maksak 2015).

Ein weiteres Ergebnis der durchgeführten Analyse der Maßnahmen, welche die untersuchten NGOs in ihren Projekten besonderer häufig einsetzen, verwies auf die prioritäre Bedeutung der Bildung unterschiedlicher Formen institutionalisierter Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure sowohl untereinander als auch mit Politikakteuren. In der unten angeführten Tabelle wird festgehalten, welche Formen der Netzwerke durch welche NGOs entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung gegründet wurden.

Tab. 58: Die Darstellung der im Rahmen der untersuchten EU-Projekte gebildeten Kooperations- und Kommunikationsnetzwerke der projektausführenden NGOs mit sonstigen Akteuren der Zivilgesellschaft oder der Politik

Netzwerkform	NGOs	Zeitphase	Genaue Bezeichnung des Netzwerks
Zivilgesellschaftliche Koalitionen	HURT	I	Koalition der sozial orientierten NGOs für mehr Gerechtigkeit in der lokalen Sozialpolitik
	HURT	II	NGO-Koalition für gemeinsame Advocacy-Arbeit im Bereich des Kinderrechtsschutzes
	EIDOS	III	Nationale Koalition für transparente öffentliche Ausgaben; Advocacy-Koalition „On the responsible government!“
	CEDEM	III	Zivilgesellschaftliche Expertenkoalition „Reanimation Package of Reforms“
zivilgesellschaftliche Netzwerke/ Initiativen	CCC	I	Lokale Initiativgruppen zur Stärkung der lokalen Selbstverwaltung
	CCC	II	Zivilgesellschaftliche Initiativgruppen zur Teilnahme an kommunalpolitischen Entscheidungen in ländlichen Gegenden
	ALI	III	NGO-Initiative zur Förderung der Transparenz und Gerechtigkeit bei der Abwicklung der Staatseinkäufe im Bereich Bildung
	EIDOS	III	Netzwerk der regionalen NGO-Partner zur Umsetzung des Projekts „Open Budget“ in den Regionen
	CVU	III	Netzwerk der Bürgerstellen für kostenlose Rechtshilfe
	Internews	III	NGO-Netzwerk zur Förderung der Meinungs- und Medienfreiheit in den Ländern der Östlichen Partnerschaft
	CPLR	III	Regionales NGO-Netzwerk zur Kooperation im Bereich der administrativen Dienstleistungen
	UMDPL	III	Zivilgesellschaftliches Netzwerk zur Durchführung von Monitoring-Kampagnen über die Qualität der administrativen Dienstleistungen vor Ort
	OPORA	III	Zivilgesellschaftliches Netzwerk der lokalen Wahlbeobachter
zivilgesellschaftliche Konsortien	DIF	III	Öffentliches soziologisches Konsortium
	UHHRU	III	Konsortium der NGOs für kostenlose Rechtshilfe
zivilgesellschaftliche Plattformen/Online-Plattformen	UHHRU/ ULAF	III	Online-Plattform für kostenlose Rechtshilfe und Rechtsberatung PROBONO
zivilgesellschaftliche Arbeitsgruppen/ Fachkommissionen	HURT	II	Expertengruppe für Fragen der Sicherung eines besseren Kinderrechtsschutzes auf der lokalen Ebene; Koordinationsräte für Kinderrechtsschutz bei den Organen der lokalen Selbstverwaltung unter der Teilnahme der lokalen NGOs
	CCC	II	Informations- und Beratungszentren für Fragen des Rechtsschutzes der Bevölkerung in ländlichen Gegenden
	CCC	II	Zivilgesellschaftliche Kontrollräte zur Unterrichtung der Bürger vor Ort über ihre Wirtschafts- und Sozialrechte bzw. die Möglichkeiten ihres Schutzes
	Ednannia	II	Assoziation der Zentren der sozialen Partnerschaft, welche im Rahmen des Projekts „Strengthening Civil Society“ gegründet wurden
	Ednannia	II	Arbeitsprojektgruppen für die Kooperation der Organe der lokalen Selbstverwaltung und lokalen NGOs im Bereich der Sozialpolitik
	ALI	III	Sekretariat der ukrainischen nationalen Plattform des Forums der Östlichen Partnerschaft
	CSI	III	Arbeitsgruppen bei 24 ukrainischen Gebietsverwaltungen der Ukraine für Reformfragen der Politik der regionalen Entwicklung

Quelle: eigene Darstellung

Diese vermehrte Bildung unterschiedlicher Netzwerkformen innerhalb der untersuchten EU-geförderten Projekte bestätigt ein weiteres Mal, dass die EU als externer zivilgesellschaftlicher Demokratieförderer in der Ukraine viel Wert auf Kooperationen der lokalen NGOs miteinander legte. Zugleich bewährte sich die Netzwerkbildung innerhalb der untersuchten EU-geförderten Projekte als förderliche Bedingung, um den erreichten Projektergebnissen eine nachhaltige Wirkung auf Prozesse der einzelnen Politikdomänen der Demokratisierung zu verschaffen. Denn die meisten Netzwerke bildeten sich von vornherein mit der Intention, ihre Arbeit auch nach Projektabschluss fortzusetzen, was vielen davon letztendlich auch gelang (*EIDOS, CPLR, CEDEM, UMDPL, UHHRU, DIF* u. a.)

In Bezug auf die Maßnahmen, die die NGOs in Zielen von Advocacy oder Lobbying zugunsten der einzelnen gesellschaftspolitischen Interessen einsetzten, zeigte sich eine klare Tendenz zur Favorisierung der direkten Überzeugungsarbeit von Politikakteuren durch die projektausführenden NGOs, in Form von Gesprächen oder gemeinsamen Veranstaltungen. Häufig praktiziert waren diverse Advocacy-Aktivitäten wie Kampagnen, Medienarbeit oder Verbreitung von entsprechenden Informationen in Politikkreisen, mit denen die projektausführenden NGOs die nationalen und lokalen Organe der Legislative zur Annahme der im Rahmen ihrer EU-Projekte entworfenen Gesetze, Änderungs- oder Begleitgesetze zu bewegen versuchten (*CVU, OPORA, CPLR, EIDOS* u. a.).

Unter den häufig eingesetzten Maßnahmen der institutionellen Entwicklung überwogen in allen 15 NGO-Fällen die Maßnahmen, die das Antrainieren von Fachkompetenzen des Personals im Bereich des Organisations- und Projektmanagements bedeuteten, wie infolge der Konzipierung und Vorbereitung unterschiedlicher Trainings- und Bildungsmaßnahmen für einzelne Projektzielgruppen, Gründung und fachlichen Betreuung im Projektrahmen unterschiedlicher neuer zivilgesellschaftlicher Strukturen oder Netzwerke etc. Ebenfalls stark ausgeprägt waren Maßnahmen, welche die finanzielle und institutionelle Nachhaltigkeit der zentralen Ergebnisse der EU-Projekte auch nach deren Abschluss zu sichern versprachen. In der Regel ging es dabei um die Organisation einer Anschlussfinanzierung für die durch die EU-Projekte entstandenen zivilgesellschaftlichen Netzwerke, Strukturen oder Initiativen, Sicherung der weiteren Unterstützung ihrer Arbeit durch lokale oder nationale Politikakteure oder auch die Fortsetzung der von EU-Projekten eingeleiteten Aufgaben in den späteren Projekten der NGOs.

Der letzte Typ häufiger Fördermaßnahmen – „Maßnahmen der Engagementförderung“ – schuf in den untersuchten EU-Projekten meistens die nötigen Voraussetzungen, um die anderen NGOs in ihrem demokratieorientierten Engagement nachhaltig zu unterstützen. Das betraf überwiegend die Gründung und Betreuung neuer zivilgesellschaftlicher Strukturen, die den institutionellen Rahmen für ein solches Engagement zur Verfügung stellten, wie sogenannte Medienzentren (*CCC*), Zentren der sozialen Partnerschaft (*Ednannia*), Bürgerstellen für kostenlose Rechtshilfe (*CVU*), unterschiedliche Netzwerke oder Koalitionen zivilgesellschaftlicher Akteure etc. In deutlich weniger Fällen setzten die projektausführenden NGOs einen Akzent auf die direkte Unterstützung des bürgerlichen Aktivismus außerhalb des institutionellen Rahmens der zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie in Form von Protesten, symbolischen oder plakativen Bürgeraktionen etc. (*CEDEM, EIDOS*). Dies hängt u. a. mit der schon oben begründeten Handlungslogik der EU als externer Förderer der ukrainischen Zivilgesellschaft zusammen, die Kooperation mit lokalen NGOs jener mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren vorzuziehen (vgl. Kap. 1.4.2). Dabei sind es nicht die NGOs, sondern soziale Bewegungen, politische Parteien oder selbstorganisierte freiwillige Bürgergruppen, welche zur Durchsetzung von bestimmten gesellschaftspolitischen Interessen am ehesten auf unterschiedliche Formen des bürgerschaftlichen

Aktivismus wie Proteste oder Straßenaktionen in der Ukraine zurückgreifen (vgl. Interview de Mercey 2015).

Zusammenfassend lässt sich anhand der durchgeführten empirischen Analyse behaupten, dass die 25 untersuchten EU-Projekte die Stärkung der institutionellen und fachlichen Kapazitäten aller 15 NGOs in mehrfacher Hinsicht positiv beeinflussten. Alle NGOs wurden entlang der vier hier definierten Auswertungskategorien gefördert, auch wenn zum Teil wesentliche Unterschiede in Bezug auf den Charakter, die Intensität und Akzente der Förderung zu beobachten waren. Die Stärkung der projektausführenden NGOs in ihren internen Kapazitäten ist dabei nicht als das eigentliche Ziel, sondern als *side effect* im Verlauf der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte zu verstehen.

14.1.2 Typisierung und Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der empirischen Analyse entlang der abhängigen Subvariablen „Externe Auswirkungen der EU-Förderung von NGOs auf Demokratisierung“

Im Weiteren folgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung in Bezug auf die Frage, wie die ukrainischen NGOs infolge der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte extern zu einzelnen Prozessen der Demokratisierung beitragen konnten. Um diese Zusammenfassung zu erleichtern, bietet es sich an, ähnliche Projektergebnisse zuerst entsprechend zu typisieren. Innerhalb der einzelnen Typen werden dabei jene Projektergebnisse gruppiert, welche sich in ihrer Wirkung auf einzelne Prozesse der Demokratisierung durch eine gewisse Nachhaltigkeit auszeichnen (vgl. Kap. 10.2.3).³²⁰ Diese Bevorzugung nachhaltig orientierter Ergebnisse nimmt somit die kleineren, kurzfristig eingesetzten Fördermaßnahmen aus der weiteren empirischen Analyse aus, deren Rolle bei der Umsetzung einzelner Projektaufgaben mit seinem Abschluss endete. Beispielsweise entfallen viele einzelne Maßnahmen der Bildungs- und Aufklärungsarbeit der Bevölkerung wie Trainings, Seminare oder Konferenzen aus der Untersuchung und finden nur in ihrer Gesamtheit Berücksichtigung, insofern sie in ihrer Anwendung zu Änderungen im öffentlichen Bewusstsein bezüglich einzelner Politikfragen führten.

In Anlehnung an diese Vorgehensweise wurden alle hiernach relevanten Projektergebnisse insgesamt innerhalb von drei Typen gruppiert, die die unten stehende Tabelle präsentiert. Neben der Benennung der einzelnen Typen sind auch ihre gängigsten Formen dargestellt sowie Beispiele für die Maßnahmen mit angeführt, welche am häufigsten zu den genannten Ergebnissen führten. Die Typisierung erfolgte überwiegend auf Basis der Angaben aus den 27 Auswertungstabellen dieser Untersuchung, die die empirischen Informationen systematisierten und auf das Wesentliche reduzierten (vgl. Kap.13. 4).

³²⁰ Die Bedeutung des Nachhaltigkeitskriteriums für die Sicherung der konkreten externen Auswirkungen der EU-geförderten Projekte auf einzelne Prozesse der Demokratisierung wurde schon in Kap. 13.5.2 diskutiert.

Tab. 59: Typen häufiger Projektergebnisse in Bezug auf die abhängige Subvariable der Untersuchung „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“

Typen häufiger Projektergebnisse	Häufigste Formen	Beispiele für häufig eingesetzte Maßnahmen
Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse für weitere Arbeit der NGO innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	<p>Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit der Projektergebnisse</p> <p>Sicherung der institutionellen Nachhaltigkeit der Projektergebnisse</p>	<p>Diversifizierung der Finanzierungsquellen für die Fortsetzung der Arbeit der NGO als Mitgestalter der Demokratisierung im Verlauf der EU-Förderung; Sicherung der Anschlussfinanzierung bei der EU für weitere thematisch ähnliche Projekte;</p> <p>Anschließende Projektbewerbungen/neue bewilligte Projekte; Fortsetzung der Themen/Aufgaben/Initiativen der abgeschlossenen EU-Projekte zugunsten der Demokratisierung; Verbreitete Produkte der Politikforschung wie Monografien, Politikstudien, wissenschaftliche Beiträge; Nutzung der Ergebnisse der Meinungsumfragen/Politikanalysen für weitere demokratische Projekte; Weiterverwendung der im Projektrahmen entworfenen Methodologien/Softwares für Politikforschung und Analyse; Weitere Betreuung von/Mitarbeit an unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen des Projekts</p>
Nachhaltig orientierte Einflussnahme auf Inhalte, Umsetzung bzw. öffentliche Wahrnehmung der Politik innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	<p>Einflussnahme auf Gesetzgebung/ihre Implementierung</p> <p>Neue Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf die Politik</p> <p>Nachhaltig orientierte Änderungen im öffentlichen (politischen) Bewusstsein</p>	<p>Entworfenen/angenommene Gesetzentwürfe oder Änderungen zur bestehenden Gesetzgebung; Von politischen Entscheidungsträgern berücksichtigte Politikempfehlungen/<i>policy papers</i>;</p> <p>Neue Instrumente/Strategien der Regierungskontrolle/der Interessenvertretung, wie Advocacy-Koalitionen der NGOs, gemeinsame Fachexpertengruppen oder Netzwerke zwischen den NGOs und politischen Akteuren etc.</p> <p>Geleistete Medienarbeit, herausgegebene und verbreitete Produkte der Politikforschung und Analyse bzw. umgesetzte Kampagnen, falls diese zu bestimmten Änderungen im öffentlichen Bewusstsein führten</p>
Stärkung des institutionellen Rahmens für Kommunikation/ Kooperation/ Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteure innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	<p>Neue zivilgesellschaftliche Netzwerke</p> <p>Neue Formen/ Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements</p>	<p>Gebildete Netzwerke, Plattformen, Koalitionen, Konsortien, Fachexpertengruppen etc. der zivilgesellschaftlichen Akteure untereinander bzw. mit staatlichen Akteuren</p> <p>Förderung von neuen Strukturen/Institutionen zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements wie Initiativgruppen, Bürgernetzwerken, NGO-Netzwerken etc.</p>

Quelle: eigene Darstellung

Die Tabelle zeigt, dass die untersuchten Ergebnisse der EU-Projekte vor allem auf drei Aspekte hindeuten, welche den projektausführenden NGOs die Einflussnahme auf Demokratisierungsprozesse ermöglichten: Erstens ging es um die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, um die Arbeit der NGOs zugunsten der definierten Ziele der Demokratisierung, welche sie im Rahmen ihrer EU-geförderten Projekte einleiteten, nachhaltig zu sichern. Die meisten untersuchten Projekte schufen diese Voraussetzungen in verschiedener Weise, indem die NGOs sich im Anschluss um eine Finanzierung weiterer thematisch ähnlicher Projekte bei der EU oder anderen Förderern bewarben oder die Auseinandersetzung mit den Themen der abgeschlossenen Projekte in anderen Dimensionen fortsetzen konnten; beispielsweise durch die Betreuung der im Projektrahmen gegründeten zivilgesellschaftlichen Initiativen, Weiterverwendung der Produkte der Politikforschung und -analyse, die im Projektrahmen zustande kamen etc.

Zweitens wurden die Projektergebnisse typisiert, in denen die NGOs im Laufe der geleisteten Projektarbeit einen gewissen nachhaltigen Beitrag auf Formulierung, Umsetzung oder öffentliche Wahrnehmung bestimmter Politikinhalte in Bezug auf einzelne Bereiche der Demokratisierung leisteten. In erster Linie ging es bei der absoluten Mehrheit der untersuchten Projekte um die Gesetze, die im Rahmen der EU-Projekte entworfen und anschließend auch angenommen wurden. Außerdem fallen darunter abgegebene Politikempfehlungen, falls diese von Politikakteuren als deren Adressaten mitberücksichtigt wurden und somit einzelne politische Entscheidungen mitbeeinflussten. Auch die Ergebnisse der geleisteten Aufklärungs- und Bildungsarbeit fallen unter diesen Typ, falls sie zur Stärkung des Fachwissens einzelner Projektzielgruppen oder des öffentlichen Bewusstseins in Bezug auf einzelne Themen und Inhalte der EU-Projekte beitrugen. Da solche Änderungen sich empirisch nur sehr schwer nachprüfen lassen, wurden sie nur in den Projektfällen als gegeben gesehen, in denen Aufklärungs- und Bildungsarbeit in Zielen der Einflussnahme auf die Meinung einzelner Projektzielgruppen bzw. der Öffentlichkeit von Anfang an als Priorität festgelegt bzw. durch eine vergleichsweise hohe Zahl an hierfür bestimmten Maßnahmen systematisch begleitet wurde. Letztendlich zählen zu diesem Typ relevanter Projektergebnisse jegliche nachhaltig orientierten Formen der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf die Politik wie Advocacy-Koalitionen, Fachexpertengruppen oder Netzwerke unter Teilnahme der Akteure der Zivilgesellschaft und Politik, die im Rahmen des Projekts zustande kamen und auch nach seinem Schluss ihre Arbeit fortsetzten.

Der dritte Typ fasst die Projektergebnisse zusammen, welche zu neuen institutionellen Formen für Kommunikation, Kooperation und des Engagements zivilgesellschaftlicher Akteure untereinander führten. Die meisten davon beziehen sich auf unterschiedliche Netzwerkformate, wie sie schon in Tab. 58 diskutiert wurden, wie zivilgesellschaftliche Plattformen, Koalitionen, Konsortien etc. In manchen Fällen ging es auch um die Entstehung neuer zivilgesellschaftlicher Organisationen wie NGOs oder zivilgesellschaftliche Zentren.

Im nächsten Schritt ist tabellarisch dargestellt, welche NGOs entlang einzelner Auswertungskategorien die beschriebenen Typen relevanter Projektergebnisse hervorbrachten.

Tab. 60: Darstellung der Einflussnahme der Förderung der 15 ukrainischen NGOs durch die EU auf einzelne Bereiche der Demokratisierung entlang drei Zeitphasen der Untersuchung

Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“	Typen der (nachhaltig orientierten) Projektergebnisse		
	<i>Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse für weitere Arbeit der NGO innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung</i>	<i>Nachhaltig orientierte Einflussnahme auf Inhalte, Umsetzung bzw. öffentliche Wahrnehmung der Politik innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung</i>	<i>Stärkung des institutionellen Rahmens für Kommunikation/ Kooperation/Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteure innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung</i>
I. Zeitphase (1994–2005)			
Demokratisches Wahlregime	CCC	CCC	---
Politische Partizipationsrechte	---	---	---
Bürgerliche Freiheitsrechte	HURT	HURT	HURT
Horizontale Gewaltenkontrolle	---	---	---
Effiziente Regierungsgewalt	---	---	---
Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	CCC	CCC	CCC
Stärkung der Zivilgesellschaft	HURT, Ednannia	HURT, Ednannia	HURT, Ednannia
II. Zeitphase (2005–2010)			
Demokratisches Wahlregime	---	---	---
Politische Partizipationsrechte	CCC	CCC	CCC
Bürgerliche Freiheitsrechte	CCC, HURT	HURT	CCC, HURT
Horizontale Gewaltenkontrolle	CCC	CCC	CCC
Effiziente Regierungsgewalt	---	---	---
Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	---	---	---
Stärkung der Zivilgesellschaft	Ednannia	Ednannia	Ednannia
III. Zeitphase (2010–2015)			
Demokratisches Wahlregime	DIF, OPORA, CVU, CEDEM	DIF, OPORA, CVU, CEDEM	DIF, OPORA, CVU, CEDEM
Politische Partizipationsrechte	Internews	Internews	Internews
Bürgerliche Freiheitsrechte	CVU, ULAF, UHHRU	ULAF, UHHRU	CVU, ULAF, UHHRU
Horizontale Gewaltenkontrolle	CPLR, CEDEM	CPLR, CEDEM	CPLR, CEDEM
Effiziente Regierungsgewalt	CPLR, CEDEM	CPLR, CEDEM	CPLR, CEDEM
Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CEDEM, UMDPL	ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CEDEM, UMDPL	ALI, CPLR, EIDOS, CSI, CEDEM, UMDPL
Stärkung der Zivilgesellschaft	Ednannia, ALI	Ednannia, ALI	Ednannia, ALI

Quelle: eigene Darstellung

Unabhängig von der Zeitphase der Untersuchung weist diese Darstellung darauf hin, dass die meisten der 15 hiermit untersuchten EU-geförderten NGOs gleichzeitig alle drei genannten Typen von Projektergebnissen vorweisen konnten. Dies verwies ebenfalls auf die Etablierung einer bestimmten Handlungslogik innerhalb der untersuchten EU-Projekte: Um einzelne Dimensionen einer „eingebetteten“ Demokratie nachhaltig zu beeinflussen, wurden oft gleiche Kombinationen aus institutionellen und rechtlich-politischen Maßnahmen eingesetzt. In der Praxis resultierte dies besonders oft in einer Verbindung von Lobbying-Aktivitäten zugunsten der beanspruchten Änderungen auf der Ebene der Gesetzgebung mit der Mobilisierung einzelner zivilgesellschaftlicher Akteure innerhalb diverser Netzwerkformate mit dem Ziel, dadurch ihre nachhaltige Einflussnahme auf Politikinhalt innerhalb der entsprechenden Domänen der „Demokratisierung“ zu fördern.

Auffällig ist dabei, dass zwei Bereiche – der bürgerlichen Freiheitsrechte bzw. der Stärkung der Zivilgesellschaft – in allen drei Zeitphasen der Untersuchung, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, gefördert wurden. Am seltensten erfolgte laut der angebotenen Darstellung eine Förderung der Bereiche der politischen Partizipationsrechte und der effizienten Regierungsgewalt: Nur zwei NGOs führten Projekte mit diesen Themenschwerpunkten innerhalb aller drei Zeitphasen der Untersuchung aus.

Außerdem bestätigt die tabellarische Übersicht, dass weder in der ersten noch in der zweiten Zeitphase der Untersuchung Bereiche der Demokratisierung, die mit der Arbeit der zentralen politischen Institutionen verbunden sind wie demokratische Wahlen, horizontale Gewaltenkontrolle oder effiziente Regierungsgewalt, eine Priorität der EU-Förderung ukrainischer NGOs darstellten. Zugleich setzten die wenigen Projekte, die solche politisch betonten Themen behandelten, den Akzent auf die Ebene der lokalen und nicht der nationalen Politikakteure. Das bestätigt wiederum die schon oben diskutierten Probleme in der Kommunikation und Kooperation zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft und jenen der nationalen Politik; beispielsweise mit den Fachministerien oder der Verkhovna Rada der Ukraine in den autoritär gefärbten Jahren des Präsidenten Kutschma (vgl. Kap. 6.1.1 und 6.2.1). Somit betrachtete man die Zivilgesellschaft zur Zeit der Orangen Revolution in der Ukraine stets als Opposition zur politischen Macht. Vor allem mangelte es am entsprechenden Willen seitens der nationalen Politikakteure, die zivilgesellschaftlichen Akteure in Politikgestaltungsprozesse zugunsten der Demokratisierung miteinzubeziehen. Dies spiegelte sich letztendlich auf die thematischen Förderakzente wider, welche die Rahmen der Programme *TACIS* und *EIDHR* in der Ukraine in Zielen der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratisierung setzten: die sozial orientierten „sanften“ Themen gingen den politisch fokussierten Themen der Demokratisierung weit voraus (vgl. Kap. 11.3.1 und 11.3.2).

Gleichzeitig veranschaulicht die angebotene Tabelle eine wesentliche Aufwertung der politischen Dimension der Demokratisierung in den Akzenten der direkten EU-Projektförderung ukrainischer NGOs in der dritten Zeitphase der Untersuchung. Somit ist seit 2010 ein Anstieg an Projekten zu verzeichnen, die sich den Themen der demokratischen Wahlen, politischen Partizipationsrechte, horizontalen Gewaltenkontrolle oder der Effizienz der öffentlichen Verwaltung widmen. Dies beweist die schon oben erwähnte Tendenz ukrainischer NGOs, auf den voranschreitenden Rückfall der Demokratisierung in Zeiten der Präsidentschaft Janukowitschs mit einem stärkeren politischen Engagement zu reagieren, um den Annäherungskurs des Landes an die EU fortzusetzen bzw. die damit verbundenen demokratischen Reformen mitzufördern. Ein Beispiel dafür nennt Hannes Schreiber, der damalige politische Direktor der EU-Vertretung in Kiew:

„Während verschiedener Epochen gab es verschiedene Schwerpunkte der EU-Förderung. Also beispielsweise 2012, als die Wahl im Herbst war, gab es viele Vorschläge von NGOs für

Wahlbeobachtung, und das haben sie auch sehr professionell gemacht. Man bekam aufgrund der Beobachtung der Wahlen durch NGOs ein ganz klares Bild, was nicht so erfreulich war. Das hat es verhindert, dass die Leute ins Parlament kommen, die nicht gewählt wurden...“ (Interview Schreiber 2015).

Zugleich weitete die EU die Fördermöglichkeiten für ukrainische NGOs, welche sich für die Demokratisierung einsetzten, seit 2011 kontinuierlich aus. Die Einführung der neuen Förderinstrumente *NCSF* und *NSA§LA* sorgte neben der Aufstockung der Finanzierung innerhalb des EIDHR-Programms für eine ganze Reihe ressourcenstärkender EU-Projekte der ukrainischen NGOs, welche sich von der zivilgesellschaftlichen Ebene aus um eine systematische Einflussnahme auf einzelne Bereiche der „eingebetteten“ Demokratie bemühten. Auffällig hoch war dabei in der dritten Zeitphase der Untersuchung die Zahl der EU-geförderten Projekte, die sich auf Themen der Förderung demokratischer Wahlen bzw. der Stärkung der öffentlichen Verwaltung, zum größten Teil von der lokalen Ebene aus, fokussierten. Ferner zeigt sich zwischen 2010 und 2015 die Tendenz zur steigenden inhaltlichen Komplexität in der direkten Projektförderung ukrainischer NGOs durch die EU. So war den EU-geförderten Projekten dieser Zeitphase der Untersuchung eigen, thematisch mehrere Schlüsselgebiete der Demokratisierung gleichzeitig abzudecken. Auch die Themenschwerpunkte, Aufgaben sowie die zu deren Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen in Projekten wurden schon in ihrer Anfangsphase deutlich präziser reglementiert. Außerdem stiegen auch die Budgetmittel an, die die EU den NGOs zur Verfügung stellte (vgl. Interview Zolkina 2015).

Die unten angeführte Tabelle fasst zusammen, wie viele NGOs mit den Ergebnissen ihrer EU-geförderten Projekte zu positiven Änderungen innerhalb der einzelnen Domänen einer „eingebetteten“ Demokratie im Gesamtzeitraum der Untersuchung beitrugen. Dies konkretisiert die thematischen Schwerpunkte der zivilgesellschaftlich orientierten Demokratieförderung der EU in der Ukraine noch einmal.

Tab. 61: Anzahl der thematisch relevanten EU-Projekte der 15 untersuchten ukrainischen NGOs entlang einzelner Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“³²⁵

Auswertungskategorien	Gesamtzahl der thematisch relevanten Projekte	Anzahl der projektausführenden NGOs
I. Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie		
Demokratisches Wahlregime	6	5
Politische Partizipationsrechte	2	2
Bürgerliche Freiheitsrechte	5	5
Horizontale Gewaltkontrolle	3	3
Effiziente Regierungsgewalt	2	2
II. Externe Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie		
Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	7	7
Stärkung der Zivilgesellschaft	5	3

Quelle: eigene Darstellung

³²⁵ Zu berücksichtigen ist dabei, dass innerhalb des Programms TACIS insgesamt 4, EIDHR – 13, NCSF – 7 und NSA§LA – 2 Projekte zustande gekommen sind, welche von den untersuchten 15 ukrainischen NGOs umgesetzt wurden.

Diese Übersicht zeigt, dass die thematischen Prioritäten der hiermit untersuchten 25 EU-geförderten Projekte sich grundsätzlich vier folgenden Bereichen widmeten: demokratisches Wahlregime, bürgerliche Freiheitsrechte, Stärkung der öffentlichen Verwaltung bzw. der lokalen Selbstverwaltung und Stärkung der Zivilgesellschaft. Die höchste Zahl der Projekte innerhalb aller 7 genannten Dimensionen einer „eingebetteten“ Demokratie widmete sich der Stärkung der öffentlichen Verwaltung bzw. der lokalen Selbstverwaltung in der Ukraine. Auffällig hoch ist auch die Zahl der Projekte im Bereich der Stärkung der Zivilgesellschaft, der thematisch in allen drei Zeitphasen der Untersuchung präsent war. Dies zeigt, dass die EU der Förderung externer Kontextbedingungen der Demokratie in der Ukraine im Untersuchungszeitraum 1994–2015 eine prioritäre Bedeutung einräumte. Insbesondere in der dritten Zeitphase der Untersuchung zeichnete sich am Beispiel der analysierten Projekte eine klare Tendenz seitens der EU ab, die thematischen Förderschwerpunkte zugunsten externer Kontextbedingungen einer „eingebetteten Demokratie“ und nicht ihrer einzelnen Teilregimes zu setzen. Dies stärkte auch den Fokus auf die lokale Verwaltungsebene wesentlich, wo die meisten der ressourcenstärksten EU-geförderten Projekte durch Kiewer NGOs ausgeführt wurden. Dies bestätigt wiederum eine weitere Tendenz in der zivilgesellschaftlich orientierten Demokratieförderung der EU in der Ukraine: während die *calls for proposals* am häufigsten von ressourcenstarken und hochprofessionalisierten NGOs mit Sitz in Kiew gewonnen wurden, verlagerte sich die Umsetzung der bewilligten Projekte immer stärker auf die lokale Handlungsebene ukrainischer Regionen außerhalb der Hauptstadt (vgl. Interview de Mercey 2015).

Die hohe Zahl der Projekte im Bereich der Förderung demokratischer Wahlen bzw. der bürgerlichen Freiheitsrechte lässt sich zum größten Teil dadurch begründen, dass sie traditionell die thematischen Schwerpunkte des Instruments *EIDHR* in der Ukraine darstellten. Dabei bildete *EIDHR* den einzigen programmatischen Förderrahmen der EU für ukrainische NGOs, welchen sie für den gesamten Zeitrahmen der Untersuchung (1994–2015) systematisch einsetzte. Dementsprechend förderte die EU mit seiner Hilfe auch die meisten der analysierten 25 EU-Projekte in der Ukraine.

Zusammenfassend lässt sich behaupten, dass alle 15 hiermit untersuchten ukrainischen NGOs infolge ihrer projektorientierten Förderung durch die EU gewisse Ergebnisse verzeichnen konnten, welche sich auf die Entwicklungsdynamik innerhalb einzelner Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie in der Ukraine positiv auswirkten. Dabei waren alle 15 NGOs auch darum bemüht, im Laufe der Implementierung ihrer EU-Projekte der Forderung der EU nachzukommen, den erreichten Ergebnissen im Bereich der Demokratisierung eine nachhaltige Wirkung zu verschaffen. Hierfür sorgten die NGOs überwiegend für eine Fortsetzung der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Projektthemen in ihrer künftigen Arbeit bzw. sicherten das institutionelle Fortbestehen der im Projekt gegründeten institutionalisierten Formate der Kooperation und Kommunikation der NGOs mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft oder der Politik; dazu zählen zum Beispiel entstandene NGO-Netzwerke, Kooperationsgremien mit staatlichen Akteuren oder zivilgesellschaftliche Plattformen oder Initiativen. Dafür bemühten sich die projektausführenden NGOs noch im Verlauf der Projektarbeit um die Ermöglichung einer Anschlussfinanzierung, politische Unterstützung bzw. weiteres Engagement der zivilgesellschaftlichen Aktivisten und Experten für die Ziele solcher Strukturen.

14.2 Analyse der Zusammenhänge zwischen der unabhängigen Variablen und den abhängigen Subvariablen der Untersuchung

Die ermittelten Ergebnisse der Untersuchung darüber, wie die 15 NGOs als Fallbeispiele durch die Umsetzung EU-geförderter Projekte 1994–2015 sowohl in ihren internen Kapazitäten gestärkt wurden, als auch die Demokratisierung dadurch beeinflussten, ermöglichen es nun, den Zusammenhang zwischen der unabhängigen Variablen und den beiden abhängigen Variablen erfolgreich zu reflektieren. Die folgende Untersuchung bringt hierzu die programmatischen Förderinstrumente, wie sie in Kap. 12.1.1 als einzelne Dimensionen der unabhängigen Variablen kategorisiert wurden, in Zusammenhang mit den erreichten Ergebnissen entlang beider Subvariablen der abhängigen Variablen.

14.2.1 Analyse des Zusammenhangs zwischen der unabhängigen Variablen und der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung der ukrainischen NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“

Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der internen Stärkung der 15 untersuchten NGOs in ihren Kapazitäten infolge der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte und den einzelnen Programminstrumenten der EU zur Förderung ukrainischer NGOs als Kategorien der unabhängigen Variablen der Untersuchung genauer untersucht. Außerdem wird gezeigt, auf welche Typen der Fördermaßnahmen die projektausführenden NGOs sich innerhalb der einzelnen Programmförderinstrumente der EU stützten, um die definierten Projektziele zu erreichen.

Die unten stehende Tabelle stellt zunächst dar, wie viele der insgesamt 25 untersuchten EU-geförderten Projekte der 15 ukrainischen NGOs innerhalb der einzelnen Förderinstrumente der EU entlang einzelner Auswertungskategorien der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ in bestimmten qualitativen Eigenschaften gefördert wurden. Die Ergebnisse der einzelnen Auswertungskategorien präsentieren sich dabei entlang ihrer einzelnen Merkmalsausprägungen.

Tab. 62: Die Gesamtzahl der im Rahmen der einzelnen EU-Programminstrumente geförderten Projekte, welche zur Stärkung der einzelnen Kategorien von Kapazitäten der projektausführenden NGOs führten³²²

Auswertungs-kategorien ³²³	Merkmalsausprägungen	EU-Programminstrumente zur Förderung von NGOs			
		TACIS	EIDHR	NCSF	NSA&LA
Institutionelle Kapazitäten	Institutionelle Entwicklung	4	13	7	2
	Personalentwicklung	4	13	7	2
Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat	Interessenvertretung/ Advocacy	4	13	7	2
	Politikmonitoring/ Regierungskontrolle	4	13	7	2
	Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung	3	12	4	2

³²² Zu berücksichtigen ist dabei, dass innerhalb des Programms TACIS insgesamt 4, EIDHR – 13, NCSF – 7 und NSA&LA – 2 Projekte zustande gekommen sind, welche von den untersuchten 15 ukrainischen NGOs umgesetzt wurden.

³²³ Hiermit sind die Auswertungskategorien entlang der abhängigen Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ gemeint (vgl. Kap. 13.1.1).

	Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit	4	11	6	2
Kommunikation/ Networking	Politische Kommunikation	4	13	7	2
	Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit	4	13	7	2
Sozialisation/Engagementförderung	Förderung des demokratischen Bewusstseins	4	13	7	2
	Engagementförderung	4	13	7	2
Gesamtzahl der geförderten Projekte		4	13	7	2

Quelle: eigene Darstellung

Aus dieser Übersicht ergibt sich, dass die absolute Mehrheit EU-geförderter Projekte sich positiv auf die Stärkung der internen Kapazitäten der projektausführenden NGOs als Akteure der Demokratisierung vor Ort auswirkte. Dabei ergaben sich kaum merkbare Unterschiede in Bezug auf einzelne Programminstrumente, in deren Rahmen die EU die untersuchten Projekte der ukrainischen NGOs förderte. Das bedeutet, dass alle vier dargestellten Programminstrumente der EU die geförderten NGOs in allen vier Kategorien ihrer Kapazitäten, wie sie hier entlang der Subvariablen „Interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung“ definiert wurden, in verschiedenem Maße stärken konnten. Dabei wirkten sich die meisten Projektfälle unabhängig vom Programmrahmen ihrer EU-Förderung gleichzeitig auf alle Merkmalsausprägungen jeder der vier angeführten Auswertungskategorien aus. So zeigte sich, dass in drei von vier vorhandenen Auswertungskategorien alle 25 EU-Projekte zu positiven Ergebnissen innerhalb jeder einzelnen Merkmalsausprägung dieser Kategorien führten. Somit stärkten sie alle 15 NGOs entlang jeder der Merkmalsausprägungen der Kategorien institutionelle Kapazitäten, Kommunikation/ Networking, Sozialisation/Engagementförderung. Erst in Bezug auf eine einzige Kategorie – „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“ – zeigten sich einzelne Merkmalsausprägungen, bei denen die Förderung der Projekte durch bestimmte Förderprogramme keine wesentlichen Änderungen hervorbrachte. Zum Beispiel bewirkten einzelne Projekte innerhalb der drei Programme – *EIDHR*, *TACIS* und *NCSF* – keine Stärkung der NGOs entlang der Merkmalsausprägungen „Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung“ bzw. „Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit“ dieser Kategorie. Dennoch fällt die Zahl solcher Projekte relativ gering aus.

Die Darstellung zeigt, dass die *calls for proposals* innerhalb aller vier untersuchten Programminstrumente der EU zur Förderung der ukrainischen NGOs diesen einen breiten Spielraum überließen, innerhalb der bewilligten Projekte Maßnahmen der institutionellen Entwicklung mit denen der Einflussnahme auf die Politik, der Kommunikation mit unterschiedlichen Interaktionsebenen bzw. der Sozialisation zu kombinieren. Diese Gleichzeitigkeit der Förderung der NGOs in ihren unterschiedlichen Kapazitäten im Laufe der Umsetzung ihrer EU-Projekte hängt auch damit zusammen, dass die ukrainischen NGOs mehrere der Projektmaßnahmen auf einmal in unterschiedlichen Zielen einsetzten. Beispielsweise dienten in vielen Projektfällen die in ihrem Rahmen gebildeten zivilgesellschaftlichen Netzwerke, Trainings und Bildungsmaßnahmen gleichzeitig als Instrumente der Kommunikation mit unterschiedlichen Interaktionsebenen, der Kompetenzerweiterung des Personals in Fragen des Projekt- und Organisationsmanagements, der Bildungs- und Aufklärungsarbeit und der Einflussnahme auf Politikakteure.

Mit der Erkenntnis, dass jedes der vier EU-Programminstrumente die ukrainischen NGOs durch direkte Projektförderung gleichzeitig entlang aller vier definierten Kategorien ihrer Kapazitäten mit unterschiedlicher Intensität stärkte, entfällt der Bedarf, die Ergebnisse der durchgeführten Analysen innerhalb der Zeitphasen der Untersuchung weiterhin nach den einzelnen Kategorien auszuwerten. Stattdessen konkretisiert die folgende Tabelle, welche der NGOs die Förderinstrumente – *TACIS*, *EIDHR*, *NSA&LA* und *NCSF* – in jeder der drei Zeitphasen intern stärkten. Die unten stehende Tabelle fixiert diese Stärkung entsprechend mit dem Zeichen „+“ (vorhanden) oder „-“ (nicht vorhanden) und versteht sie somit als Stärkung entlang aller vier Kategorien der Kapazitäten der ukrainischen NGOs.

Tab. 63: Zusammenfassung der Stärkung der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung in ihren institutionellen und fachlichen Kapazitäten durch einzelne Förderinstrumente der EU

Geförderte NGOs	Programmatische Förderinstrumente der EU			
	<i>TACIS (IBPP)</i>	<i>EIDHR</i>	<i>NCSF</i>	<i>NSA&LA</i>
I. Zeitphase (1994–2005)				
HURT	+	-	-	-
CCC	+	+	-	-
Ednannia	-	-	-	-
Gesamtzahl der geförderten NGOs	2	1	0	0
II. Zeitphase (2005–2010)				
Ednannia	+	-	-	-
HURT	-	+	-	-
CCC	-	+	-	-
Gesamtzahl der geförderten NGOs	1	2	0	0
III. Zeitphase (2010–2015)				
DIF	-	+	-	-
Ednannia	-	-	+	-
ALI	-	-	+	+
CPLR	-	+	+	+
EIDOS	-	-	+	-
CSI	-	-	+	-
OPORA	-	+	-	-
CEDEM	-	+	-	-
CVU	-	+	-	-
ULAF	-	+	-	-
UHHRU	-	+	-	-
UMDPL	-	-	+	-
Internews	-	-	+	-
Gesamtzahl der geförderten NGOs	0	7	7	2

Quelle: eigene Darstellung

Diese Übersicht bestätigt, dass im Gesamtzeitraum der Untersuchung (1994–2015) EIDHR das Programminstrument der EU darstellte, in dessen Rahmen die meisten der 25 analysierten EU-Projekte der 15 ukrainischen NGOs zustande kamen. Dies zeigt wiederum, dass die EU in Zielen der externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine die meisten Finanzierungsmittel im institutionellen Rahmen des *EIDHR* zur Verfügung stellte (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Volochii 2015). In der ersten Zeitphase der Untersuchung übernahm noch das *TACIS (IBPP)* die führende Rolle in der Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU; schon in der zweiten Zeitphase wird das *EIDHR* allerdings zum wichtigsten Förderinstrument. Auch in der dritten Zeitphase der Untersuchung konnte das *EIDHR* seine zentrale Bedeutung für die Förderung ukrainischer Zivilgesellschaft bewahren: Insgesamt erhielten 7 von 13 NGOs, welche als Fallbeispiele der dritten Untersuchungsphase fungieren, im Rahmen des *EIDHR* Förderungen. Gleich viele NGOs wurden in der dritten Phase im Rahmen des *NCSF* seit 2011 ebenfalls gefördert. Das Programm *NSA§LA* diente zur Projektförderung von lediglich zwei der untersuchten ukrainischen NGOs im Zeitraum 2010–2015. Nicht zuletzt hängt das damit zusammen, dass dieses sich in der Ukraine deutlich mehr auf die Unterstützung lokaler Behörden und Organe der lokalen Selbstverwaltung als der zivilgesellschaftlichen Akteure richtete (vgl. Interview Volochii 2015). Schließlich wird am Beispiel der 25 EU-Projekte auch gezeigt, welche der definierten Typen häufiger Projektmaßnahmen am häufigsten eingesetzt wurden, um zur internen Stärkung der ausführenden NGOs beizutragen.

Tab. 64: Die Frequenz der Anwendung einzelner Typen häufiger Fördermaßnahmen in den EU-geförderten Projekten der 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung³²⁴

Typen häufiger Fördermaßnahmen	Programmatische Förderinstrumente der EU/Anzahl der NGOs, die einzelne Typen der häufigen Fördermaßnahmen einsetzen ³²⁵			
	<i>TACIS</i> (1994–2007)	<i>EIDHR</i> (1994–2015)	<i>NCSF</i> (2011–2015)	<i>NSA§LA</i> (2011–2015)
Wissenstransfer	3/3	10/10	7/7	2/2
Austausch von Expertise/ Politikanalyse und Forschung	3/3	10/10	7/7	2/2
Verbreitung von Informationen/Medienarbeit	3/3	10/10	7/7	2/2
Networking/Informationsaustausch	3/3	10/10	7/7	2/2
Netzwerkbildung	1/3	6/10	6/7	2/2
Advocacy/Lobbying	2/3	9/10	6/7	2/2
Mitwirkung an der Gesetzgebung/ihrer Implementierung	1/3	8/10	4/7	2/2
institutionelle Fortentwicklung	3/3	10/10	7/7	2/2
Maßnahmen der Engagementförderung	3/3	10/10	7/7	2/2

Quelle: eigene Darstellung

³²⁴ Zu beachten ist dabei, dass insgesamt im Rahmen des Programms *TACIS (IBPP)* – 3 ukrainische NGOs, *EIDHR* – 10, *NCSF* – 7 und *NSA§LA* – 2 ukrainische NGOs gefördert wurden. Somit ist in der angeführten Tabelle die Zahl vor dem Bindestrich als Zahl der NGOs zu verstehen, welche auf den jeweiligen Typ der häufigen Fördermaßnahmen in ihren EU-geförderten Projekten im Rahmen des diskutierten Programminstruments zurückgriffen; die Zahl nach dem Bindestrich zeigt hingegen die Gesamtzahl der NGOs, welche dadurch gefördert wurden.

³²⁵ Dies zeigt, wie viele NGOs aus der Gesamtzahl der NGOs, die in Rahmen des jeweiligen Förderinstruments gefördert wurden, dabei einzelne Gruppen von Fördermaßnahmen einsetzten.

Diese Übersicht zeigt, dass sich alle 15 NGOs innerhalb ihrer EU-Projekte unabhängig vom jeweiligen Programminstrument, in dessen Rahmen sie gefördert wurden, auf folgende sechs Gruppen typischer Fördermaßnahmen stützten: Wissenstransfer; Austausch von Expertise/Politikanalyse und Forschung; Verbreitung von Informationen/Medienarbeit; Networking/Informationsaustausch; institutionelle Fortentwicklung; Maßnahmen der Engagementförderung. Dies bestätigt, dass die EU in ihrer zivilgesellschaftlich orientierten Demokratieförderung in der östlichen Nachbarschaft primär auf *soft measures* setzt, welche zum größten Teil auf die Verbreitung der Werte der Demokratie bzw. Stärkung des demokratischen Bewusstseins in der Öffentlichkeit abzielen. Diese Handlungslogik entspricht somit dem schon oben diskutierten Modell des Social Linkage, welches häufig zur theoretischen Begründung des Auftretens der EU als externer Förderer zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratisierung einbezogen wird (vgl. Kap. 8.2.4.3).

Zusammenfassend lässt sich behaupten, dass alle vier untersuchten Programminstrumente der EU ihren Zielen, die zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung in der Ukraine durch eine gezielte direkte Förderung ihrer Projekte intern zu stärken, im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit (1994–2015) gerecht wurden. Diese Stärkung offenbarte sich primär als Erweiterung der fachlichen und institutionellen Kapazitäten der projektausführenden NGOs. Somit konnte gezeigt werden, dass alle 15 NGOs im Verlauf ihrer EU-geförderten Projekte ihre Fähigkeiten und Kompetenzen erweiterten oder stärkten, die sie in der Ausübung klassischer Funktionen der Demokratisierung wie Interessenvertretung, Regierungskontrolle, Kommunikation und Sozialisation unterstützten. Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung richtet sich allerdings ausschließlich auf die Frage, ob und durch welche Maßnahmen bzw. mit welcher Häufigkeit eine solche Stärkung infolge der Einsetzung einzelner EU-Förderinstrumente bzw. innerhalb der einzelnen Zeitphasen der Untersuchung stattfand, ohne deren Gesamteffizienz in Bezug auf die Rolle der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung vor Ort unmittelbar zu messen.

14.2.2 Analyse des Zusammenhangs zwischen der unabhängigen Variablen und der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“

Im Weiteren folgt eine Diskussion des Zusammenhangs zwischen den einzelnen programmatischen Förderinstrumenten der EU auf der einen und den Auswirkungen der in ihrem Rahmen geförderten Projekte ukrainischer NGOs auf einzelne Bereiche der Demokratisierung auf der anderen Seite. Hierfür wird zuerst angeführt, wie viele Projekte der 15 ukrainischen NGOs innerhalb jedes der vier EU-Programminstrumente gefördert wurden, die sich letztendlich positiv auf Prozesse im Zusammenhang mit einzelnen Kategorien einer „eingebetteten“ Demokratie auswirkten. Diese Analyse erfolgt entlang einzelner Zeitphasen der empirischen Untersuchung.

Tab. 65: Die Zahl der EU-geförderten Projekte der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung mit Bezug auf die Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie entlang einzelner EU-Programminstrumente zur externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine

Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie ³²⁶	Einzelne EU-Programminstrumente und die Zahl der in ihrem Rahmen geförderten Projekte			
	TACIS	EIDHR	NCSF	NSA&LA
I. Zeitphase (1994–2005)				
Demokratisches Wahlregime	1	0	0	0
Politische Partizipationsrechte	0	0	0	0
Bürgerliche Freiheitsrechte	0	0	0	0
Horizontale Gewaltenteilung	0	0	0	0
Effiziente Regierungsgewalt	0	0	0	0
Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	0	1	0	0
Stärkung der Zivilgesellschaft	2	0	0	0
II. Zeitphase (2005–2010)				
Demokratisches Wahlregime	0	0	0	0
Politische Partizipationsrechte	0	1	0	0
Bürgerliche Freiheitsrechte	0	3	0	0
Horizontale Gewaltenteilung	0	1	0	0
Effiziente Regierungsgewalt	0	0	0	0
Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	0	0	0	0
Stärkung der Zivilgesellschaft	1	0	0	0
III. Zeitphase (2010–2015)				
Demokratisches Wahlregime	0	5	0	0
Politische Partizipationsrechte	0	0	1	0
Bürgerliche Freiheitsrechte	0	3	0	0
Horizontale Gewaltenteilung	0	2	0	0
Effiziente Regierungsgewalt	0	1	0	0
Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	0	1	4	2
Stärkung der Zivilgesellschaft	0	0	2	0

Quelle: eigene Darstellung

Aus dieser Übersicht ergeben sich folgende Erkenntnisse in Bezug auf die vier angeführten EU-Förderinstrumente entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung: In der ersten Phase wurden die meisten EU-Projektgelder für die Förderung der ukrainischen NGOs im programmatischen Rahmen von TACIS ausgegeben, wobei der Akzent auf der allgemeinen Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure primär durch die Erweiterung ihrer Kapazitäten lag. Den Vorrang räumte die EU jedoch den sozial und nicht politisch orientierten NGOs ein. Dies hängt großteils damit zusammen, dass die Ukraine des Präsidenten Kutschma die politisch organisierte Zivilgesellschaft marginalisierte bzw. aus politischen Entscheidungsprozessen *quasi* ausschloss. Auf der anderen Seite ist dies auf die Spezifik des Programms TACIS zurückzuführen, das sich primär auf technische Hilfsmaßnahmen für NGOs aus dem Sozialbereich fokussierte (vgl. Kap. 9.4.1.1).

In der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010) stellte das Programm EIDHR *quasi* den einzigen projektorientierten Förderrahmen für ukrainische NGOs dar. Dies ist u. a. dadurch zu

³²⁶ Die Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie stimmen hiermit mit den einzelnen Auswertungskategorien entlang der abhängigen Subvariablen „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“ überein (vgl. Kap. 13.1.2).

erklären, dass das *TACIS*-Programm in der Ukraine formell nur noch bis 2007 lief, wo dieses dann durch das *ENPI* ersetzt wurde. Dennoch förderte die EU im Rahmen des *ENPI* die ukrainischen NGOs bis zur Einführung des Programms *NCSF* 2011 nicht einzeln. Denn erst die *NCSF* bildete den entsprechenden institutionellen Rahmen für eine direkte Projektförderung der NGOs als Akteure der Demokratisierung vor Ort aus den Mitteln des *ENPI* heraus. Somit unterstützte die EU Projekte der ukrainischen NGOs 2005–2010 immer noch überwiegend durch *EIDHR*. Dies erklärt die hohe Zahl an Projekten im Themenbereich der bürgerlichen Freiheitsrechte, die traditionell einen thematischen Schwerpunkt der *EIDHR*-Programme darstellen.

In der dritten Zeitphase der Untersuchung orientierten sich die thematischen Prioritäten der *EIDHR*-Projekte neben den bürgerlichen Freiheitsrechten wiederum stärker zugunsten der Förderung der demokratischen Wahlen. Insgesamt kamen im Rahmen von *EIDHR* 5 Projekte mit einem Schwerpunkt auf der Förderung demokratischer Wahlen zustande, welche NGOs mit einer langen Arbeitstradition im Themenbereich der Wahlen wie *OPORA*, *CVU*, *DIF* oder *CEDEM* umsetzten. Neben *EIDHR* förderte die EU im Rahmen des Programminstruments *NCSF* in der dritten Zeitphase der Untersuchung die gleiche Projektzahl ukrainischer NGOs. Der thematische Akzent des 2011 eingeführten Förderinstruments *NCSF* lag auf der Förderung der Bereiche, die hier als „externe Kontextbedingungen“ einer „eingebetteten“ Demokratie bezeichnet werden – und zwar der Stärkung der öffentlichen Verwaltung bzw. der lokalen Selbstverwaltung auf der einen bzw. der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung auf der anderen Seite. Auch die beiden untersuchten EU-Projekte, die im Rahmen von *NSA\$LA* zustande kamen, widmeten sich primär der Förderung der genannten „externen Kontextbedingungen“ der Demokratie, da sie sich mit der Effizienz- und Transparenzförderung der öffentlichen lokalen Verwaltung in der Ukraine auseinandersetzten. Diese Fokussierung auf den Bereich der öffentlichen Verwaltung war u. a. dadurch bedingt, dass dieser in Zeiten des Präsidenten Janukowitsch in einem besonders hohen Maße von Korruption betroffen war (vgl. Interview Tymoshchuk 2015).

Zugleich sah die EU mit dem voranschreitenden Rückfall der Demokratisierung in dieser Zeitphase ein, dass die Akteure der Zivilgesellschaft ohne eine entsprechende externe Förderung nicht in der Lage sein würden, den notwendigen Einfluss auf nationale und lokale Politikprozesse aufzubauen, um solchen Rückschritten entgegenzuwirken. Dies führte zu mehreren neuen EU-Projekten mit einem Fokus auf der Erweiterung der Kapazitäten der ukrainischen NGOs im Bereich der Einflussnahme auf einzelne Politikbereiche vor Ort. Die meisten davon erfolgten im Rahmen des Programms *NCSF*. Ein erfolgreiches Beispiel dafür bildet das regionale *NCSF*-Projekt „Civil Society. Dialogue for Progress“ (2012–2015), das in der Ukraine *Isar* „*Ednannia*“ ausführte (vgl. Kap. 13.5.2.2.2).

Ferner zeigt die folgende Tabelle, wie viele Projekte der 15 ukrainischen NGOs durch eine Förderung der vier EU-Programminstrumente zustande kamen, die zur Unterstützung der einzelnen Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie in der Ukraine führten. Diese Analyse erfolgt in Bezug auf einzelne Auswertungskategorien samt ihrer Merkmalsausprägungen der gegebenen abhängigen Subvariablen der Untersuchung „Etwaige externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung“, die ebenfalls als „Kategorien einer „eingebetteten“ Demokratie zu betrachten sind. Eine solche Darstellung ermöglicht es, die Unterschiede zwischen den thematischen Förderprioritäten der einzelnen Programminstrumente klarer zu definieren.

Tab. 66: Förderung der einzelnen Merkmalsausprägungen der Kategorien einer „eingebetteten“ Demokratie innerhalb der untersuchten EU-geförderten Projekte der 15 NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung durch einzelne Programminstrumente der EU³²⁷

Kategorien einer „eingebetteten“ Demokratie	Merkmalsausprägungen	Programminstrumente der EU zur Förderung der NGOs/ Anzahl der geförderten Projekte			
		TACIS (IBPP)	EIDHR	NCSF (ENPI)	NSA&LA
Demokratisches Wahlregime	Gerechte und demokratische Wahlen	1	5	0	0
	Passives/aktives Wahlrecht	1	1	0	0
	Objektive Wahlbeobachtung	0	1	0	0
	Gewählte Mandatsträger	0	2	0	0
Politische Partizipationsrechte	Meinungsfreiheit/ Medienfreiheit	0	1	1	0
	Vereinigungsfreiheit	0	0	0	0
	Versammlungsfreiheit	0	0	0	0
Bürgerliche Freiheitsrechte	Allgemeines Diskriminierungsverbot	0	1	0	0
	Schutz der Rechte für Leben, Eigentum und Freiheit	0	1	0	0
	Recht auf (gleichen Zugang) zum Recht	0	3	0	0
Horizontale Gewaltenkontrolle	Gewaltentrennung	0	0	0	0
	Unabhängige Justiz	0	3	0	0
Effiziente Regierungsgewalt	Keine „Vetoplayer“ in der Politik	0	0	0	0
	Demokratische Kontrolle über Militär und Polizei	0	0	0	0
	Transparenz und Effizienz der zentralen politischen Institutionen	0	2	0	0
Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung	Stärkung der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung/der Organe der lokalen Selbstverwaltung	0	2	4	1
	Kampf gegen Korruption	1	1	2	1
Stärkung der Zivilgesellschaft	Aufbau von Kapazitäten	3	0	2	0
	Stärkung des Einflusses auf Politik/der Kooperation mit dem Staat	3	0	2	0
	Kommunikation/Networking	3	0	2	0
	Sozialisierung/Engagementförderung	0	0	1	0
	Entlastung des Staatsapparats/Erbringung von Dienstleistungen	3	0	2	0

Quelle: eigene Darstellung

Diese Übersicht verdeutlicht die folgenden Erkenntnisse in Bezug auf die Förderung der einzelnen Bereiche der Demokratisierung im Rahmen der untersuchten EU-Projekte: Erstens wurden durch *EIDHR* (1994–2015) die meisten Förderbereiche einer „eingebetteten“ Demokratie im Vergleich zu den anderen drei Programminstrumenten abgedeckt. Die thematischen Förderprioritäten im Rahmen der untersuchten *EIDHR*-Projekte lagen dabei bei der Förderung demokratischer und gerechter Wahlen, beispielsweise infolge einer Reform des Wahlrechts (*CEDEM*), Unterbreitung von Gesetzinitiativen zur Optimierung des bestehenden Wahlrechts (*CVU*) oder zur Unterstützung einer objektiven Wahlbeobachtung (*OPORA*). Bei der Dimension der bürgerlichen Freiheitsrechte lag die

³²⁷ Dabei ist es davon auszugehen, dass im Rahmen von *TACIS* insgesamt fünf, *EIDHR* – dreizehn, *NCSF* – sieben und *NSA&LA* – zwei Projekte im Untersuchungszeitraum 1994–2015 gefördert wurden.

Förderpriorität der *EIDHR*-Projekte im Bereich der Sicherung eines gleichen Zugangs zum Recht für einzelne Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel für Einwohner der ländlichen Gegenden (*CCC*) oder Bürger aus sozial schwächeren Schichten (*CVU*, *UHHRU*, *ULAF*). Das Teilregime der „horizontalen Gewaltkontrolle“ kam innerhalb der *EIDHR*-Projekte in den Themen zum Ausdruck, die sich mit der Förderung einer unabhängigen und effizienten Justiz bzw. der dafür benötigten Reformen auseinandersetzten (*CEDEM*, *CPLR*). *EIDHR* war zudem das einzige Programminstrument, das den Bereich der effizienten Regierungsgewalt als eines der Teilregimes der „eingebetteten“ Demokratie innerhalb der untersuchten 25 Projekte thematisch deckte. Dabei ging es überwiegend um eine allgemeine Förderung der Effizienz und Transparenz politischer Institutionen, wie infolge der Reform des Kabinettsministers der Ukraine (*CEDEM*), der Reform der ukrainischen Verfassung (*CPLR*) oder einer weitgreifenden Dezentralisierungsreform (*CEDEM*). Die „klassischen“ Bereiche einer effizienten Regierungsgewalt, wie Verhinderung von „Vetoplayern“ in der Politik bzw. Sicherung einer demokratischen Kontrolle über Polizei und Militär, stellten im Rahmen der untersuchten EU-Projekte keine thematische Priorität dar. Relativ wenig vertreten war der Bereich der Stärkung der öffentlichen Verwaltung bzw. des Kampfs gegen die Korruption: Hier unterstützte *EIDHR* lediglich zwei NGOs in ihrer Projektarbeit – *CCC* und *CEDEM*. Auffällig ist außerdem, dass *EIDHR* keine Projekte mit thematischem Schwerpunkt auf der Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung in der Ukraine förderte. Das hängt u. a. damit zusammen, dass die EU die meisten Finanzmittel in diesen Zielen schon innerhalb anderer Programminstrumente zur externen Demokratieförderung, wie *TACIS* in der ersten und zweiten oder *NCSF* in der dritten Zeitphase der Untersuchung, zur Verfügung stellte.

Im Rahmen des *TACIS*-Programms (1994–2007) wurden in der Regel umfassende, langfristig angelegte Projekte gefördert, die sich vorzugsweise mit der Stärkung der Zivilgesellschaft im weiteren Sinne dieses Wortes auseinandersetzten. Der Förderakzent lag dennoch viel häufiger auf der Förderung der institutionellen Kapazitäten sowie der sozialen Dienstleistungserbringung durch NGOs als auf der Stärkung ihrer aktiven Teilnahme an politischen Prozessen der Demokratisierung. Dies lässt sich durch die schon erwähnte Förderlogik der *TACIS*-Programme begründen (vgl. Kap. 9.4.1.1).

Ähnlich wie *TACIS* setzte sich die Projektförderung durch die *NCSF* primär mit der Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Ukraine auseinander. Der Unterschied zu *TACIS*-Programmen bestand jedoch in der deutlichen Akzentsetzung zugunsten der Stärkung der politischen Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure als Mitgestalter der Demokratisierung vor Ort, wie infolge der Erweiterung der Kompetenzen lokaler NGOs im Bereich des politischen Dialogs und der Interessenvertretung gegenüber der Regierung. Im nächsten Bereich der externen Kontextbedingungen einer „eingebetteten“ Demokratie – Stärkung der öffentlichen Verwaltung/lokalen Selbstverwaltung – lagen die Prioritäten innerhalb der untersuchten *NCSF*-Projekte zugunsten des Aufbaus von Verwaltungskapazitäten, insbesondere der lokalen Politikebene (*CSI*, *EIDOS*, *CPLR*). Manche NGOs konnten im Rahmen ihrer *NCSF*-Projekte die Arbeit an der Stärkung nationaler und lokaler Verwaltungsorgane mit der Bekämpfung der Korruption verbinden, beispielsweise im Bereich der öffentlichen Finanzen (*EIDOS*), der administrativen Dienstleistungserbringung (*CPLR*) oder in den Reihen der Regierung (*CEDEM*). Dasselbe gilt auch für das Programm *NSAŞLA*, dessen Projektförderung ukrainischer NGOs sich ebenfalls primär auf den Aufbau von lokalen Verwaltungskapazitäten (*CPLR*) oder die Vorbeugung von Korruption in einzelnen Politikbereichen (*ALI*) richtete.

Die durchgeführte Untersuchung zeigte ferner, dass alle vier Programminstrumente der EU sich auf ähnliche Förderansätze stützen, um via ukrainischen NGOs positive Änderungen innerhalb

der einzelnen Bereiche der Demokratisierung zu fördern. Unabhängig vom Programm endeten so gut wie alle 25 untersuchten EU-Projekte mit Ergebnissen, die sich grundsätzlich den drei schon oben diskutierten Typen zuordnen lassen: 1) Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse für die weitere Arbeit der NGOs; 2) Nachhaltig orientierte Einflussnahme auf Inhalte, Umsetzung bzw. öffentliche Wahrnehmung der Politik und 3) Stärkung des institutionellen Rahmens für Kommunikation/Kooperation/Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteure innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung (vgl. Kap. 14.1.2). Die folgende Tabelle hält diese Erkenntnis fest. Sie zeigt, wie viele NGOs von der Gesamtzahl der NGOs, die innerhalb eines bestimmten Förderprogramms gefördert wurden, mit ihren Projekten Ergebnisse entlang dieser drei Typen erreichten.

Tab. 67: Anzahl der NGOs, welche mit ihren EU-Projekten zu definierten Typen der Ergebnisse mit einer nachhaltig förderlichen Wirkung auf einzelne Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie führten

Typen von Projektergebnissen	Anzahl der NGOs mit genannten Typen von Projektergebnissen/Gesamtanzahl der geförderten NGOs innerhalb der einzelnen EU-Programminstrumente			
	TACIS (IBPP)	EIDHR	NCSF (ENPI)	NSA&LA
Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse für weitere Arbeit der NGO innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	3/3	10/10	7/7	2/2
Nachhaltig orientierte Einflussnahme auf Inhalte, Umsetzung bzw. öffentliche Wahrnehmung der Politik innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	3/3	10/10	7/7	2/2
Stärkung des institutionellen Rahmens für Kommunikation/Kooperation/Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteure innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	3/3	10/10	7/7	2/2

Quelle: eigene Darstellung

Diese Übersicht bestätigt somit, dass alle vier Programminstrumente sich auf das gleiche Vorgehen stützten, um durch Projekte der ukrainischen NGOs einzelne Änderungen innerhalb der jeweiligen Bereiche der Demokratisierung nachhaltig zu fördern. Ein solches Vorgehen richtet sich letztendlich größtenteils darauf, die NGOs im Rahmen ihrer EU-geförderten Projekte dazu zu bringen, sich für einen bestimmten Bereich der Demokratisierung auch nach Ablauf des Projekts weiterhin zu engagieren bzw. dazu auch weitere Akteure der Zivilgesellschaft und der Politik zu bewegen. Hierzu diente im Verlauf der EU-Projekte in der Regel eine Förderung bestimmter institutioneller und rechtlich-politischer Bedingungen, die ein solches Engagement dauerhaft ermöglichen sollten, beispielsweise Bildung zivilgesellschaftlicher Netzwerke, Durchsetzung der im Projektrahmen entworfenen Gesetzgebung zugunsten der angestrebten Änderungen, Vorbereitung von weiteren thematisch ähnlichen Projekten etc.

Dass die Ergebnisse jedes der untersuchten Projekte sich entlang dieser drei Typen gruppieren lassen, hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass alle vier Förderprogramme sich *de facto* auf die gleichen Gruppen von Fördermaßnahmen stützen. Die Abweichungen zwischen den einzelnen Förderprogrammen betrafen dabei eher die Intensität und das Ziel, mit welchen die einzelnen

Maßnahmen in Zielen der Förderung von Änderungen innerhalb der einzelnen Bereiche der Demokratisierung eingesetzt wurden, nicht aber ihre Form. Während also innerhalb einer Gruppe von Projekten institutionalisierte Netzwerke erst als Hilfsmaßnahmen bei der Umsetzung anderer Projektziele entstanden, fassten andere Projekte sie als ihre zentralen Aktivitäten auf. Beispielsweise fungierte die Advocacy-Koalition der lokalen NGOs, die im NSA-Projekt „All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education“ des *ALI* gegründet wurde, als eine von mehreren Maßnahmen innerhalb einer umfassenden Kampagne für die Transparenz von Staatseinkäufen im Bereich Bildung. Im EIDHR-Projekt „Reanimation Package of Reforms“ des *CEDEM* richtete sich die gesamte Aktivität hingegen auf die Sicherung einer angemessenen Arbeit der umfassenden zivilgesellschaftlichen Expertenkoalition, die im Rahmen des Projekts in Zielen der Institutionalisierung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit zur Förderung von anstehenden demokratischen Reformen entstand. Vor dem Hintergrund der Fragestellung dieser Arbeit sind solche Abweichungen dennoch eher weniger relevant.

Die Analyse zeigt, dass sich für jedes der untersuchten EU-Programminstrumente ein bis drei Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie definieren lassen, deren Förderung innerhalb der entsprechenden *calls for proposals* für ukrainische NGOs kontinuierlich eine Priorität darstellte. So waren die Förderung demokratischer Wahlen, Menschenrechte und einer unabhängigen Justiz absolute Prioritäten der 13 untersuchten *EIDHR*-Projekte im Zeitraum 1994–2015; die Stärkung der öffentlichen Verwaltung bzw. der lokalen Verwaltung bewährte sich als eine Priorität der lokalen *calls for proposals* des Programms *NSA\$LA* in der Ukraine; *NCSF* hingegen setzte sich in der geförderten Projektarbeit schwerpunktmäßig mit Fragen der Stärkung der Zivilgesellschaft, Korruptionsbekämpfung und Effizienzsteigerung in Bezug auf die Arbeit von lokalen Verwaltungen auseinander. Es ergeben sich allerdings kaum Differenzen in der allgemeinen Handlungslogik der einzelnen Programminstrumente bei der Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft am Beispiel der 15 ausgewählten NGOs. Alle vier Instrumente stützten sich primär auf dieselben Typen der Fördermaßnahmen und bewirkten infolge ihrer Einsetzung auch gleiche Typen von Ergebnissen in Bezug auf einzelne Domänen der Demokratisierung.

Dies bestätigt die schon in der EU-Vertretung geäußerte Meinung, dass die Frage, welches Förderprogramm das jeweilige Projekt unterstützte, nur für interne administrative Abläufe der zivilgesellschaftlich orientierten Förderarbeit der EU-Kommission in Brüssel bzw. ihrer zuständigen Vertretung vor Ort von Bedeutung ist. Weder für die projektausführenden NGOs noch für die Öffentlichkeit war es innerhalb der untersuchten EU-Projekte von Bedeutung, im Rahmen welches Programminstruments das jeweilige Projekt umgesetzt wurde. Hingegen versuchte die EU, diese Angaben zum programmatischen Rahmen der NGO-Förderung bewusst als eine interne Angelegenheit der Vertragspartner des Projekts zu behandeln, um nach außen der Öffentlichkeit die Botschaft zu vermitteln, dass die Projekte vor allem „EU-gefördert“ sind und somit unabhängig von ihrem programmatischen Förderrahmen den gleichen europäischen Werten und Zielen folgen – die lokale Zivilgesellschaft zu stärken bzw. diese in die Gestaltung der Prozesse der Demokratisierung aktiv einzubeziehen (vgl. Interview de Mercey 2015).

Diese Erkenntnis erlaubt ferner anzunehmen, dass die Frage, welche konkreten externen Auswirkungen die EU-Projekte der ukrainischen NGOs auf die Demokratisierung vor Ort hatten, primär nicht mit der Frage zusammenhängt, in welchem Programmrahmen diese gefördert wurden. Viel wichtiger war hingegen die Frage, für welche Formen, welche Intensität und welchen Umfang von Fördermaßnahmen sich die NGOs zur Erreichung der gestellten Projektziele innerhalb des jeweiligen programmatischen Rahmens letztendlich entschieden. Das jeweilige Programminstrument ist dabei nur bei der Festlegung des thematischen Diskurses der eingeleiteten *calls for proposals* von

Bedeutung, nicht aber für die Logik und Bilanz der Projektumsetzung an sich. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Projekt mit thematischem Akzent auf demokratischen Wahlen im Rahmen von *EIDHR* und nicht einem anderen Förderprogramm gefördert wurde, besonders hoch.

Letztendlich kann zusammengefasst werden, dass die 15 untersuchten ukrainischen NGOs infolge der Umsetzung ihrer EU-geförderten Projekte einen bestimmten Einfluss auf einzelne Bereiche der Demokratisierung, die hier mit dem Modell einer „eingebetteten“ Demokratie umkreist wurden, nehmen konnten. Die meisten Änderungen betrafen die Bereiche der demokratischen Wahlen, der bürgerlichen Freiheitsrechte, der Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung und der öffentlichen Verwaltung, und konnten grundsätzlich entlang drei abgeleiteten Typen von Projektergebnissen gruppiert werden (vgl. Kap. 14.1.2).

14.3 Interpretation der Ergebnisse entlang beider Hypothesen der Untersuchung

Das folgende Unterkapitel zieht abschließend die dargestellten Ergebnisse der empirischen Untersuchung für die Überprüfung der beiden Hypothesen dieser Arbeit heran, um diese entlang der Fragestellung dieser Arbeit entsprechend zu interpretieren.

14.3.1 Interpretation der Ergebnisse entlang der Hypothese 1

Wie schon in Kap. 1.4.5 erwähnt, wurde die Hypothese 2 der Untersuchung wie folgt formuliert:

Wenn die EU die NGOs als Akteure der Demokratisierung fördert, dann stärkt sie sie intern in ihren einzelnen institutionellen und fachlichen Kapazitäten und ermöglicht ihnen dabei, im Laufe der Förderung ebenfalls extern zur Demokratisierung des Landes beizutragen. Dabei finden die beiden Prozesse im Laufe der Förderung eher gleichzeitig statt, ohne in einem direkten Kausalverhältnis zueinander zu stehen.

Die oben angeführten Diskussionen über die Zusammenhänge, die sich zwischen den unabhängigen und abhängigen Variablen dieser Untersuchung ermitteln lassen, bestätigen die angeführte Annahme, dass die EU die ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung im Untersuchungszeitraum 1994–2015 sowohl intern stärkte, als auch ihnen ermöglichte, im Verlauf ihrer EU-Projekte die Prozesse der Demokratisierung vor Ort mitzubeeinflussen. So zeigten die 15 NGOs als Fallbeispiele der empirischen Untersuchung einerseits, dass sie sich infolge ihrer Förderung durch die EU in ihren institutionellen und fachlichen Kapazitäten, die sie bei der Ausübung der einzelnen Aufgaben der Demokratisierung wie Advocacy, Regierungskontrolle, politische Bildungsarbeit etc. einsetzen, fortentwickeln konnten. Andererseits übten alle 15 hiermit untersuchten Organisationen einen gewissen Einfluss auf einzelne Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie aus. Dies erlaubt, davon zu sprechen, dass sich die EU-Förderung ukrainischer NGOs im Untersuchungszeitraum 1994–2015 positiv auf demokratische Prozesse auswirkte.

Eine andere Frage, die diese Hypothese aufwirft, fordert dazu auf, auch den Zusammenhang zwischen den beiden genannten Dimensionen der EU-Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung genauer zu untersuchen. Somit stellt sich die Frage, wie die im Laufe der EU-Projekte gestärkten Kapazitäten der NGOs die Demokratisierung extern beeinflussten: Führten sie schon im Laufe der Projektarbeit zu Ergebnissen, die sich positiv auf jeweilige Bereiche der „eingebetteten Demokratie“ auswirkten, oder entfalteten sie ihre demokratieförderliche Wirkung grundsätzlich erst nach Projektschluss in den weiteren Aktivitäten der NGOs? Somit gewinnt auch

die Frage an Relevanz, ob die geleistete Projektarbeit förderliche Voraussetzungen schuf, damit die NGOs ihre gestärkten Kapazitäten für weitere Aktivitäten zugunsten der Demokratisierung kontinuierlich und nachhaltig einsetzen konnten.

Um diese Fragen zu beantworten, wurde zuerst analysiert, welche Kategorien ihrer Kapazitäten die NGOs grundsätzlich in Anspruch nahmen, um die Ergebnisse der Projekte, die einzelne Bereiche der Demokratisierung beeinflussten, zu erreichen. Ferner wurde untersucht, ob diese Kapazitäten im Verlauf der Projektarbeit gleichzeitig mitgefördert wurden. Dazu diente ein Vergleich typischer Formen der Projektergebnisse entlang beider Subvariablen, die mit einzelnen Kategorien der internen Kapazitäten zusammenhingen. Diese Vorgehensweise machte es möglich, zu veranschaulichen, welche Kategorien der Kapazitäten der NGOs für die Erreichung der einzelnen Typen und Formen der Projektergebnisse, die sich extern positiv auf einzelne Bereich der Demokratisierung auswirkten, eingesetzt bzw. ebenfalls gleichzeitig im Laufe der Projektarbeit mitgefördert wurden. Die unten stehende Tabelle bildet diese Zusammenhänge dementsprechend ab.

Tab. 68: Zusammenhang zwischen den abgeleiteten Typen der nachhaltig orientierten Ergebnisse der EU-Förderung der ukrainischen NGOs mit einer förderlichen Wirkung auf die Demokratisierung und den hierfür eingesetzten Kategorien interner Kapazitäten der projektausführenden NGOs

Projektergebnisse bezüglich der externen Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf die Demokratisierung		Kategorien von mitgeförderten/eingesetzten internen Kapazitäten der NGOs bzw. ihren Merkmalsausprägungen		
Typen der Projektergebnisse	Zentrale Formen der Projektergebnisse	Kategorie	Merkmalsausprägungen	
Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse für weitere Arbeit der NGO innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit der Projektergebnisse	Institutionelle Kapazitäten	Institutionelle Entwicklung; Personalentwicklung	
	Sicherung der institutionellen Nachhaltigkeit der Projektergebnisse			
Nachhaltig orientierte Einflussnahme auf Inhalte, Umsetzung bzw. öffentliche Wahrnehmung der Politik innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	Einflussnahme auf Gesetzgebung/ihre Implementierung	Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat	Interessenvertretung/ Advocacy; Mitgestaltung/Umsetzung der Gesetzgebung	
	Neue Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf Politik	Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat	Politikmonitoring/ Regierungskontrolle; Interessenvertretung/ Advocacy; Kooperation innerhalb gemeinsamer Projektarbeit; Mitgestaltung/ Umsetzung der Gesetzgebung	
		Kommunikation/ Networking	Politische Kommunikation	
	Nachhaltig orientierte Änderungen im öffentlichen (politischen) Bewusstsein		Sozialisation/ Engagementförderung	Förderung des demokratischen Bewusstseins
			Kommunikation/ Networking	Politische Kommunikation; Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Öffentlichkeit
			Einfluss auf Politik/	Interessenvertretung/Advocacy

		Kooperation mit dem Staat	
Stärkung des institutionellen Rahmens für Kommunikation/ Kooperation/ Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteure innerhalb des jeweiligen Bereichs der Demokratisierung	Neue zivilgesellschaftliche Netzwerke	Kommunikation/ Networking	Kommunikation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren/der Öffentlichkeit
	Neue Formen/Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements	Sozialisation/ Engagement-förderung	Engagementförderung

Quelle: eigene Darstellung

Diese Übersicht zeigt, dass alle abgeleiteten Formen typischer Projektergebnisse, die sich extern auf die Demokratisierung auswirkten, die Einsetzung von mindestens einer Kategorie interner Kapazitäten der projektausführenden NGOs voraussahen. Je nach Form der Projektergebnisse nahmen sie dabei unterschiedliche Merkmalsausprägungen solcher Kategorien der Kapazitäten, wie sie in Tab. 18-21 definiert wurden, in Anspruch. Dabei zeigt sich, dass die eigentlichen Projektergebnisse in Bezug auf die Demokratisierung in der Regel zum größten Teil durch die Einsetzung der Kapazitäten der projektausführenden NGOs erreicht wurden, über die sie schon vor Beginn der Projektarbeit verfügten. So ging es bei allen 25 untersuchten Projekten meistens um solche, in denen die ausführenden NGOs in der Regel schon von vornherein über genug institutionelle Kapazitäten bzw. fachliche Kompetenzen verfügten, um die Projektziele zu erreichen. Eine interessante Beobachtung war dabei, dass gerade der Entwicklungsstand der einzelnen Formen von Kapazitäten oft die thematischen Akzente, den Umfang und die Intensität der einzelnen Projektaufgaben der NGOs definierte. Beispielsweise entwickelte sich Advocacy zu einem besonders starken Element in den Projekten der NGOs, die sich ohnehin auf eine lange Arbeitstradition im Bereich der Interessenvertretung stützen konnten, beispielsweise *CPLR*, *OPORA*, *EIDOS* etc. Auf Dialog und Vernetzung mit unterschiedlichen Interaktionsebenen setzten in ihren Projekten vor allem die NGOs, die sich in ihrer Arbeit seit Jahren auf die Kommunikation mit anderen NGOs oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Akteuren (*ISAR*, *Internews*, *CCC*), staatlichen Akteuren (*CPLR*) oder EU-Akteuren in Brüssel (*ISAR*, *CVU*, *ALI*) stützten. Das *CSI* zeichnete sich seinerseits durch eine mehrjährige Geschichte der Kooperation mit lokalen Politikakteuren aus (vgl. Instytut Hromadianskoho Suspilstva 2016: 1-3), was wiederum als Erklärung dafür dienen kann, warum die EU das umfassende Projekt der NGO im Bereich der regionalen Entwicklungspolitik, das in dieser Arbeit analysiert wurde, bewilligte. Das führte allerdings zu der Tatsache, dass im Laufe geförderter Projekte oft gerade diejenigen Formen von Kapazitäten der ausführenden NGOs mittrainiert wurden, welche ohnehin schon gut entwickelt waren, was in einer engeren Professionalisierung in einem Schlüsselbereich resultierte.

Auf der anderen Seite offenbarte die empirische Untersuchung die verbreiteten Formen von Projektmaßnahmen, die sich positiv auf einzelne Bereiche der Demokratisierung auswirkten und gleichzeitig entsprechende Kategorien von Kapazitäten der NGOs mittrainierten. Dabei wurde die Beobachtung gemacht, dass solche Projektergebnisse sich meistens als nachhaltig orientiert zeigten. Dies bedeutet, dass solche Maßnahmen bestimmte Voraussetzungen für NGOs kreierte, sodass sie sich auch nach Abschluss der EU-geförderten Projekte mit den von ihnen gesetzten Aufgaben

auseinandersetzen konnten. Die hierfür getroffenen Maßnahmen bezogen sich meistens auf die Konzipierung folgender, thematisch ähnlicher Projektbewerbungen; Weiterpflege der im Projektrahmen gegründeten zivilgesellschaftlichen Netzwerke, Bürgerinitiativen oder diverser institutionalisierter Formate der Kooperation und Kommunikation der projektausführenden NGOs mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft bzw. der Politik; Fortsetzung der durch die Projekte eingeleiteten Arbeiten im Bereich der Politikforschung; Lobbying der entworfenen Gesetzgebung, demokratischer Bildungs- und Aufklärungsarbeit etc. Somit stellt die Nachhaltigkeit der erreichten Projektergebnisse ein entscheidendes Kriterium dar, das auf eine erfolgreiche EU-Förderung der NGOs in der definierten, zweifachen Hinsicht – intern in ihren Kapazitäten, die für die Wahrnehmung ihrer einzelnen Funktionen der Demokratisierung von Bedeutung sind, und extern bei der Mitgestaltung der demokratieorientierten Prozesse vor Ort – hindeutet. Die unten angebotene Tabelle leitet die Typen solcher Maßnahmen, die gleichzeitig zu nachhaltig orientierten Ergebnissen der umgesetzten Projekte entlang dieser beiden Dimensionen führten, ab. Die Festlegung solcher Formen von Maßnahmen erfolgte in Anlehnung an die Angaben zu typischen Formen der Projektergebnisse bzw. den hierfür eingesetzten Fördermaßnahmen entlang der abhängigen Variablen der Untersuchung (vgl. Kap. 13.5.1, 13.5.2, 14.1.1 und 14.1.2). Dies ermöglichte es, die einzelnen Projektmaßnahmen, welche am häufigsten nachhaltige Änderungen innerhalb der beiden abhängigen Subvariablen gleichzeitig bedingten, innerhalb einzelner Typen zusammenzufassen. Diese Typen sind im Folgenden dargestellt bzw. mit entsprechenden typischen Formen der Ergebnisse der untersuchten EU-Projekte in Bezug auf die interne Stärkung der NGOs in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung auf der einen, und ihren externen Auswirkungen auf die Demokratisierung auf der anderen Seite, die durch die Umsetzung der genannten Typen von Fördermaßnahmen herbeigeführt wurden, verlinkt. Abschließend ist die Anzahl der NGOs verzeichnet, die in ihren EU-geförderten Projekten die abgeleiteten Typen solcher Projektmaßnahmen einsetzten.

Tab. 69: Typen von umgesetzten Projektmaßnahmen mit positiver Auswirkung auf beide abhängigen Subvariablen der Untersuchung

Typen von umgesetzten Projektmaßnahmen mit positiver Auswirkung auf beide abhängigen Subvariablen der Untersuchung ³²⁸	Kategorien von mitgeförderten internen Kapazitäten der NGOs	Typische Projektergebnisse in Bezug auf externe Auswirkungen der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf Demokratisierung ³²⁹	Typische Projektergebnisse in Bezug auf interne Stärkung ukrainischer NGOs durch die EU in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung ³³⁰	Anzahl der geförderten NGOs ³³¹
Neue Projekte/ fortgesetzte Projektinitiativen	Institutionelle Kapazitäten	Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse	Fortentwicklung des Organisationsmanagements; Förderung der institutionellen Nachhaltigkeit;	15

³²⁸ U. a. Bezug nehmend auf Informationen über die häufig eingesetzten Fördermaßnahmen innerhalb der einzelnen EU-Programminstrumente zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Akteure in der Ukraine, wie sie in Tab. 9 definiert wurden.

³²⁹ Bezug nehmend auf Informationen aus Kap. 14.1.2.

³³⁰ Bezug nehmend auf Informationen aus Kap. 14.1.1.

³³¹ Hiermit ist die Anzahl der NGOs unter den 15 NGOs als Fallbeispielen dieser Untersuchung gemeint, welche in ihren EU-Projekten auf den jeweiligen Typ von Fördermaßnahmen zurückgriffen, um deren Ergebnisse nachhaltig zu sichern.

			Förderung der finanziellen Nachhaltigkeit	
Produkte der Politikforschung und Analyse	Sozialisation/ Engagement-förderung	Nachhaltig orientierte Änderungen im öffentlichen (politischen) Bewusstsein	Aufklärungsarbeit in Zielen der Stärkung des demokratischen Bewusstseins; Wissenschaftliches Publizieren	14
Gebildete Netzwerke/ Strukturen/ Gremien mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren	Kommunikation/ Networking; Institutionelle Kapazitäten; Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat	Neue zivilgesellschaftliche Netzwerke; Neue Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf Politik	Bildung von Netzwerken mit nationalen/lokalen Politikakteuren infolge der Projektarbeit; Vernetzung innerhalb der einzelnen Politikorgane; Bildung von Netzwerken mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren; Schaffung von förderlichen Rahmenbedingungen für eine bessere Mitwirkung der Bürger/zivilgesellschaftlicher Aktivisten an der Politik	14
Verabschiedete/ berücksichtigte Gesetzinitiativen/ Politikempfehlungen/ Strategien zu einzelnen Politikfragen	Einfluss auf Politik/ Kooperation mit dem Staat	Einflussnahme auf Gesetzgebung/ihre Implementierung	Entwurf/Annahme der Gesetzgebung; Austausch von Fachexpertise in Fragen der Gesetzgebung; Verleihung von Fachexpertise in Fragen der Umsetzung der Gesetzgebung; Sicherung von Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Gesetzgebung; Gezielte Advocacy-Arbeit für die Annahme von Gesetzgebung oder Durchsetzung von politischen Entscheidungen	13

Quelle: eigene Darstellung

Diese Tabelle bestätigt somit, dass die untersuchten NGOs im Rahmen ihrer EU-geförderten Projekte infolge der Einsetzung von einzelnen Typen der Projektmaßnahmen Ergebnisse erreichen konnten, die sich in zweifacher Hinsicht nachhaltig auf ihre Rolle als Akteure der Demokratisierung auswirkten: durch die interne Stärkung ihrer Kapazitäten auf der einen und der Ermöglichung einer nachhaltigen Einflussnahme auf einzelne Bereiche und Aspekte der Demokratisierung auf der anderen Seite.

Dadurch blieben die meisten netzwerkartigen Formen der Kooperation zivilgesellschaftlicher Akteure untereinander bzw. mit Akteuren der Politik, welche im Rahmen der 25 untersuchten Projekte gegründet wurden, auch nach ihrem Abschluss erhalten bzw. in ihrer Arbeit durch die projektausführenden NGOs weiterhin unterstützt. Beispielsweise blieb die Fachexpertenkoalition, die im Rahmen des Projekts „Reanimation Package of Reforms“ des *CEDEM* gegründet wurde, auch nach seinem Ende erfolgreich auf dem Gebiet der Förderung demokratischer Reformen tätig. Davon profitierte das *CEDEM* als aktiver Teilnehmer bzw. Koordinator der Arbeit der Koalition sowohl institutionell als auch fachlich (vgl. Interview Shevchenko 2016). Auch das zivilgesellschaftliche Netzwerk für kostenlose Rechtshilfe *PROBONO*, die die *ULAF* im Laufe ihres hier analysierten EU-Projekts gründete, setzte seine Arbeit nach Projektschluss fort. Dadurch konnte die *ULAF* weiterhin

sowohl ihren Beitrag zum besseren Schutz der Rechte der Bürger aus sozial verletzlichen Schichten leisten als auch sich im Bereich der Kommunikation mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Interaktionsebenen bzw. der Koordination der größeren zivilgesellschaftlichen Netzwerke weiterentwickeln (vgl. Interview Sioma 2015). Ähnliche Erfahrungen machten auch mehrere der anderen untersuchten NGOs infolge der Gründung einzelner zivilgesellschaftlicher Netzwerke, Konsortien und Koalitionen in ihren EU-geförderten Projekten (*DIF*, *CPLR*, *EIDOS* u. a.).

Neben der Gründung von Netzwerken bewährten sich auch Maßnahmen der gezielten Einflussnahme auf Inhalte und Umsetzung der Gesetzgebung als solche, die die NGOs entlang beider genannten Dimensionen als Akteure der Demokratisierung förderten. Eine Nachhaltigkeit dieser Förderung war vor allem in den Fällen vorhanden, in denen die NGOs im Laufe ihrer EU-Projekte eine Annahme der entworfenen Gesetzesinitiativen durch Organe der Exekutive oder Legislative bewirken konnten (*CEDEM*, *CPLR*, *OPORA* u. a.). In manchen Fällen setzten die NGOs ihre Lobbying-Arbeiten zugunsten der Annahme von einzelnen Gesetzinitiativen auch nach Projektschluss fort, wodurch sie sich in ihrer Advocacy-Funktion weiterentwickeln konnten (*CVU*, *OPORA*).

Innerhalb eines weiteren Typs häufiger Fördermaßnahmen „Produkte der Politikforschung und Politikanalyse“ erhielten die projektausführenden NGOs grundsätzlich in ihrer Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu einzelnen Themen der Demokratisierung Unterstützung und trainierten ihre Kapazitäten der Sozialisation dabei mit. In der Regel hingen solche Maßnahmen mit der Herausgabe und Verbreitung von unterschiedlichen Publikationen wie Handbüchern, Broschüren, Monitoring-Berichten, Studien oder Monografien zusammen, die auch nach Schluss der Projektfinanzierung zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins unter den Akteuren der Zivilgesellschaft sowie der Politik weitergenutzt werden konnten (*CPLR*, *EIDOS*, *DIF* u. a.).

Mehrere Projekte schufen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Sicherung ihrer zentralen demokratieförderlichen Ergebnisse, indem eine Anschlussfinanzierung für ihren Erhalt gefunden wurde. Besonders häufig ging es dabei um die finanzielle Ermöglichung thematisch ähnlicher Projekte oder des Fortbestehens der im Projektrahmen gegründeten zivilgesellschaftlichen Initiativen, Netzwerke, Strukturen etc. Solche Ergebnisse wurden hier unter dem Typ „neue Projekte/fortgesetzte Projektinitiativen“ zusammengefasst (*CCC*, *DIF*, *CVU*, *CEDEM*, *OPORA* u. a.).

Die empirische Analyse zeigte soeben, dass die Stärkung der NGOs in ihren einzelnen Funktionen der Demokratisierung sich extern grundsätzlich positiv auf einzelne Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie auswirken kann (vgl. Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 22, 27-29; Beichelt/Merkel 2014: 57-61). Dabei gestaltet sich der Aufbau von einzelnen Kapazitäten der NGOs meistens als ein „learning by doing“-Prozess im unmittelbaren Verlauf des Projekts, zeitgleich mit der Umsetzung seiner einzelnen Aufgaben (vgl. Interview Zolkina 2015, Interview Sioma 2015, Interview Shcherba 2015). Als Folge konnten die ukrainischen NGOs als Fallbeispiele dieser Untersuchung ihre gestärkten Kapazitäten in einzelnen Zielen der Demokratieförderung zum größten Teil erst nach und nicht während der Projektarbeit einsetzen. In den meisten Projektfällen wurden entsprechende Voraussetzungen dafür geschaffen, den NGOs zu ermöglichen, die gestärkten Kapazitäten nach Ablauf der Projektfinanzierung weiterhin nachhaltig und konsequent zugunsten ihrer Aufgaben der Demokratisierung zu nutzen, wie oben dargestellt. Mehrere der untersuchten NGOs gaben selbst an, sich durch die Projektarbeit neue Aufgabenfelder, Arbeitsmethoden und Techniken angeeignet zu haben, um ihre demokratieorientierte Arbeit in Zukunft effizienter und nachhaltiger zu gestalten. So merkte das *CPLR* an, dass die EU-Projekte seine bisherige Arbeitsweise als reine Denkfabrik grundsätzlich änderten, indem sie sein Personal systematisch herausforderten, die Ergebnisse der geleisteten Analyse- und Forschungsarbeit deutlich intensiver mit der

Öffentlichkeit zu kommunizieren. Die hiermit geförderte Stärkung der Kapazitäten des *CPLR* im Bereich der Kommunikation führte zur deutlichen Aufwertung der Aufgaben des politischen Dialogs bzw. der Öffentlichkeitsarbeit in seiner weiteren demokratieorientierten Projektarbeit (vgl. Interview Tymoshchuk 2015).

Eine genaue empirische Überprüfung der Kausalität zwischen den Auswirkungen des umgesetzten Projekts auf die internen Kapazitäten der NGO auf der einen, und der durch das Projekt herbeigeführten Einflussnahme auf die Prozesse der Demokratisierung durch die künftige Arbeit dieser NGO ist allerdings anhand der ermittelten empirischen Daten schwer umsetzbar. Zwar könnte ein solcher Zusammenhang unter Einbeziehung der Angaben zu späteren Tätigkeiten und Aktivitäten der NGOs, über die u. a. Jahrestätigkeitsberichte, Mitteilungen in der Presse, Auftritte in den Medien oder Informationen auf den Internetseiten der NGOs informieren, überprüft werden. Diese Angaben könnten beispielsweise zum Teil zeigen, ob die untersuchten NGOs ihre gestärkten Kapazitäten nach Abschluss der EU-Förderung für ihre weitere Arbeit im Bereich der Demokratisierung erfolgreich einsetzen konnten. Aber auch dann würde sich immer noch die Frage stellen, welche dieser späteren Fortschritte der NGOs im Bereich der Demokratisierung tatsächlich auf die interne Stärkung zurückzuführen sind, die durch die Projektförderung durch die EU und nicht durch andere internationale Organisationen bedingt wurde. Denn, wie schon oben diskutiert, profitierten von der Kooperation mit der EU in ihren östlichen EU-Nachbarländern vor allem die größeren und ressourcenstärkeren NGOs, die allerdings gleichzeitig durch mehrere weitere internationale Partner wie USAID, Europarat, OSZE etc. gefördert werden. Um herauszufiltern, welche der späteren Arbeitsergebnisse der NGOs im Feld der Demokratisierung die Förderung aus der EU herbeiführte, benötigt man somit auch sämtliche empirischen Angaben über die Aktivitäten der anderen Förderer in Bezug auf die untersuchten NGOs. Außerdem wäre in diesem Fall auch noch zu prüfen, inwiefern die schon vorhandenen Kapazitäten der ausführenden NGOs ebenfalls zum Gelingen der einzelnen Projektergebnisse beitrugen, welche u. a. durch andere internationale Förderer begünstigt werden konnten. Denn, wie schon die empirische Untersuchung zeigte, setzten die meisten *calls for proposals* der EU für zivilgesellschaftliche Akteure in ihren Nachbarstaaten voraus, dass die NGOs sich zum Zeitpunkt der Bewerbung auf ausreichende technisch-organisationale bzw. fachliche Kapazitäten stützen konnten, um die Implementierung der vorgenommenen Projektziele sicherzustellen (vgl. Kap. 10.2.2). Aufgrund dieser Überlegungen wird somit auf eine genaue empirische Überprüfung des Zusammenhangs zwischen der internen Stärkung der NGOs in ihren institutionellen und fachlichen Kapazitäten und den externen Auswirkungen dieser Stärkung auf Prozesse der Demokratisierung in jedem der gebildeten Fallbeispiele verzichtet. Eine solche Überprüfung würde den Rahmen der empirischen Basis dieser Arbeit sprengen, die sich ausschließlich mit den Ergebnissen der ausgewählten EU-Projekte der ukrainischen NGOs auseinandersetzt, ohne sich der Analyse ihrer späteren Arbeit explizit zu widmen.

Zusammenfassend lässt sich somit aufgrund der durchgeführten Analysen annehmen, dass die EU die ukrainischen NGOs 1994–2015 infolge ihrer Förderung intern in ihren fachlichen und institutionellen Kapazitäten stärkte und ihnen gleichzeitig ermöglichte, im Verlauf ihrer geförderten Projekte extern zur Demokratisierung beizutragen. Außerdem konnten die NGOs im Laufe ihrer EU-Projekte die Voraussetzungen schaffen, um ihre gestärkten Kapazitäten auch nach deren Abschluss nachhaltig in Zielen der Demokratisierung einzusetzen. Es ist somit davon auszugehen, dass die NGOs ihre im Laufe der EU-Förderung gestärkten Kapazitäten überwiegend erst nach und nicht schon während der Umsetzung der EU-Projekte in Zielen der Demokratisierung einsetzen konnten. Im Endergebnis dieser Untersuchung wurden die Typen der Fördermaßnahmen formuliert, welche in der Regel zur Sicherung einer solchen Nachhaltigkeit der Projektergebnisse führten.

14.3.2 Interpretation der Ergebnisse entlang der Hypothese 2

Wie schon in Kap. 1.4.5 erwähnt, wurde die Hypothese 2 der Untersuchung wie folgt formuliert:

Die NGOs nehmen vom Förderangebot der EU am ehesten dann Gebrauch, wenn sie sich dabei auf die passenden Opportunitätsstrukturen stützen können. Diese gehen aus den rechtlich-politischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Kontextbedingungen ihrer Arbeit hervor und werden primär durch ihre Ausstattung mit notwendigen Kapazitäten, das bestehende Verhältnis zum Staat und den Willen zur Kooperation mit der EU bestimmt.

Die vorliegende Untersuchung zeigte am Beispiel von 15 ukrainischen NGOs, dass drei vorab definierte Opportunitätsstrukturen – *domestic opportunity structures* – ihre Förderung durch die EU direkt mitbeeinflussten. Vor allem der Entwicklungszustand der institutionellen und fachlichen Kapazitäten der ukrainischen NGOs bestimmten die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Kooperation mit der EU. So bewährte sich eine angemessene Ausstattung mit Kapazitäten von vorneherein als eine der Grundbedingungen für die NGOs, um eine entsprechende Projektförderung von der EU bewilligt zu bekommen. In mehreren Gesprächen bestätigten die Interviewpartner die zuvor oft diskutierte These, dass in der Regel nur die fest etablierten NGOs mit einer langen Arbeitstradition im Aufgabenfeld der Demokratisierung, einer entwickelten internen Struktur, langfristig gesicherten Finanzierungsquellen bzw. ausreichend qualifiziertem Personal gute Aussichten haben, eine finanzielle EU-Förderung zur Umsetzung ihrer Projekte zu erhalten.³³² Dieser Sachverhalt wird vor dem Hintergrund der gesamten Förderlogik der EU als externer Unterstützer zivilgesellschaftlicher Akteure in ihrer Nachbarschaft verständlich. Dies bestätigen auch die ermittelten Angaben über die Budgethöhen der 25 untersuchten zivilgesellschaftlichen EU-Projekte. Wie selbst die EU-Vertretung in Kiew argumentierte, sei es alleine aufgrund des Personalmangels für die EU einfacher, größere Budgetmittel an eine geringere Zahl von NGOs zu verteilen, die Möglichkeiten für ihre effiziente Verwendung vorweisen würden, als mehrere kleinere zivilgesellschaftliche Akteure gleichzeitig mit niedrigeren Summen zu fördern (vgl. Interview der Mercey 2015).³³³ Somit war die EU in der Ukraine nie als eine Organisation bekannt, die mehrere lokale NGOs auf einmal fördert; immerhin sind in der Ukraine die größeren und ressourcenstärkeren NGOs nicht zahlreich, sondern schränken sich auf einen überschaubaren Kreis meistens in der Hauptstadt Kiew ansässiger Organisationen ein (vgl. Interview Zolkina 2015).

Ebenfalls bestätigten die einzelnen Interviewpartner der untersuchten NGOs, dass die Professionalität des Personals bzw. institutionelle Organisationsstärke die Chancen auf eine Förderung durch die EU zum großen Teil bestimmen. Allein schon der mehrstufige Bewerbungsprozess bei der EU um entsprechende Projektfördermittel stellt von vorneherein ein Ausschlussverfahren dar, um die kleineren NGOs ohne entsprechende Kooperationserfahrungen auszuwählen. So erklärte Viktor Tymoshchuk, der Geschäftsführer des *Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)*:

³³² Die Hinweise auf diese Tendenz in der EU-Projektförderung der ukrainischen NGOs sind u.a. in folgenden Interviewgesprächen enthalten: Palyvoda 2015; Holota 2015; Tyshchenko 2015; Tymoshchuk 2015; Zaviiska 2016, Sushko 2015; Ermolenko 2015.

³³³ Gleichzeitig wurde in der EU-Vertretung für solche kleineren zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die Möglichkeit der EU-Finanzierung im Rahmen des Verfahren *regranting* verwiesen. Hiernach werden die kleineren NGOs im Rahmen der größeren EU-Projekte nicht direkt durch die EU, sondern durch die projektausführenden NGOs finanziell gefördert (vgl. Interview de Mercey 2015).

„Alleine einen Projektantrag bei der EU zu stellen ist ein langwieriger Prozess. Er bedeutet meistens viel Arbeit, viel Zeit, viel Abstimmung mit den Arbeitskollegen und viele Seiten von detailliertem Text. Klar, die NGOs mit schwachen Kapazitäten haben wenige Chancen, solche *calls for proposals* zu gewinnen. Denn diese bedeuten immer viel Geld und hohe Anforderungen.“ (Interview Tymoshchuk 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

Auch die EU-Vertretung in Kiew bestätigte, dass das gesamte EU-Konzept der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung zum Ausschluss der kleineren und weniger erfahrenen NGOs führte. Besonders schwierig bleibt es dabei für regionale Organisationen außerhalb der Hauptstadt, an die EU-Finanzierung zu gelangen:

„Die Gefahr dieses Konzepts *calls for proposals* ist natürlich, dass sich nur diese daran beteiligen können, die eine gewisse Erfahrung mitbringen. Wir haben selber mehrfach von den NGOs in ukrainischen Regionen gehört, dass sie sich überhaupt nicht bewusst waren, wie man sich eigentlich bewirbt. Der Informationsfluss in einem so großen Land wie der Ukraine ist einfach nicht gut genug. Ja, es wird viel Werbung in den Regionen gemacht, wie durch die EU-Studententage, zum Beispiel, aber es ist wohl nicht ausreichend, um alle Interessenten zu erreichen.“ (Interview Schreiber 2015)

Diese Förderlogik der EU stieß auch in den Reihen der EU-geförderten NGOs auf Verständnis:

„Klar, wenn der EU eine Million zur Verfügung steht, muss man die notwendigen Ressourcen und Kompetenzen haben, um solche Kosten zu verwalten. Die kleineren Organisationen können zwar im Rahmen von *regranting* gefördert werden, aber direkt von der EU so gut wie gar nicht. Es ist schade, aber verständlich.“ (Interview Sheihus 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

Zugleich fasste die Vertretung der EU in Kiew die Bevorzugung der größeren und gut etablierten NGOs als Adressaten ihrer finanziellen Förderung eher als eine Notwendigkeit auf, um eine effiziente Verwendung der bereitstehenden Fördermittel vor Ort zu sichern bzw. dem Risiko auf finanzielle Verluste zu entkommen:

„Eigentlich ist die EU stets bemüht, mit möglichst unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesellschaft wie Freiwilligeninitiativen, Aktivisten, sozialen Bewegungen etc. in einem ständigen Dialog zu bleiben. Wenn es dennoch um gezielte finanzielle Förderung geht, so arbeitet die EU hier vorzugsweise mit registrierten und gut etablierten NGOs zusammen. Denn nur solche Organisation verfügen über eine zuverlässige Bankverbindung und das entsprechend qualifizierte Personal, um solche hohen Projektkosten effizient zu verwalten. Ja, wir sind die Fragen gewohnt, warum wir denn die sozialen Bewegungen nicht ebenfalls finanzieren wollen würden, aber an wen sollten wir wohl dann den Förderbetrag überweisen? Würden Sie viel Geld jemandem anvertrauen, der nicht mal über ein Bankkonto verfügt? Es ist halt schwierig, bei der Verteilung der größeren Geldsummen mit nicht registrierten Organisationen oder einzelnen Aktivisten zusammenzuarbeiten, denn immerhin handelt es sich dabei um eine riesige finanzielle Verantwortung.“ (Interview de Mercey 2015/*eigene Übersetzung aus dem Englischen*)

Verständlich ist vor diesem Hintergrund ebenfalls, warum die Chancen auf einen *grant* bei der EU besonders gut für die NGOs aussahen, welche die EU in der Vergangenheit schon mindestens

einmal gefördert hatte. Zum Beispiel bestätigte das Team eines der untersuchten regionalen EU-Projekte „Civil Society. Dialogue for Progress“, dass *ISAR* „*Ednannia*“ die Verwaltung des Projekts in der Ukraine vor allem deswegen übernehmen konnte, weil sie früher schon zwei ähnliche EU-Projekte mit einer positiven Bilanz umsetzte. Als Folge verfügte die Organisation über die notwendigen Kontakte in Brüssel bzw. Kompetenzen im Bereich des Managements solcher größerer regional aufgestellter EU-Projekte, um für die EU ein weiteres Mal als attraktiver Kooperationspartner zu gelten (vgl. Interview Malerius 2015; Interview Volochii 2015). Auch eine Reihe weiterer NGOs, die diese Arbeit untersuchte, bestätigten, dass sie die Finanzierung ihrer EU-Projekte auch der Tatsache zu verdanken hatten, in der Vergangenheit schon einmal von der EU gefördert worden zu sein oder ein thematisch ähnliches Projekt mit einer positiven Bilanz umgesetzt zu haben (vgl. Interview Palyvoda 2015; Interview Zaviiska 2016; Interview Shvets 2017; Interview Tymoshchuk 2015; Interview Shcherbatiuk 2015; Interview Lynnyk 2015). Dem ukrainischen EU-Experten Denis Chernikov zufolge entspricht dies der grundsätzlichen Tendenz in der Förderlogik der EU in Bezug auf zivilgesellschaftliche Akteure:

„In der Regel unterstützt die EU-Kommission die Projekthalte, die schon im Förderland einmal mit Erfolg umgesetzt wurden. Die Sachen, die noch nie stattgefunden haben und somit auch noch nicht extern gefördert wurden, würde die EU eher nicht unterstützen.“ (Interview Chernikov 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

Diese selektive Vorgehensweise bei der NGO-Förderung in der Ukraine sehen einige Seiten allerdings kritisch: mehrere der interviewten Vertreter der ukrainischen NGOs fanden, dass die EU trotz den angeführten Argumenten zugunsten der Förderung größerer und ressourcenstärkerer NGOs mehr dafür tun sollte, auch andere Akteursebenen der ukrainischen Zivilgesellschaft zu erreichen. Denn insbesondere nach der *Euromajdan*-Revolution tragen mehrheitlich kleinere Freiwilligeninitiativen bzw. diverse Bürgernetzwerke die zivilgesellschaftliche Entwicklungsdynamik in der Ukraine, die durchaus mehr Aufmerksamkeit seitens solcher seriösen Geldgeber wie der EU verdienen (vgl. Interview Sheihus 2015; Interview Taran 2015; Interview Volochii 2015; Interview Holota 2015). Zwar wurden seit 2011 einzelne Schritte unternommen, um solchen kleineren zivilgesellschaftlichen Akteuren bestimmte Möglichkeiten zur Finanzierung durch die EU anzubieten, wie durch das Verfahren des *regranting* im Rahmen der schon laufenden EU-Projekte oder im Rahmen des Programms *European Endowment for Democracy (EED)*, welches schon oben kurz skizziert wurde (vgl. Kap. 9.4.2.3). Dennoch wurden die Anforderungen an die kleineren NGOs, auf diesem Wege eine Finanzierung zu erhalten, ebenfalls als zu hoch bezeichnet, als dass möglichst viele davon effizient Gebrauch machen konnten (vgl. Interview Holota 2015).

Im Weiteren zeigt die Förderlogik der EU für die ukrainische Zivilgesellschaft, dass Erstere sich im Zeitraum 1994–2015 in der Ukraine am liebsten auf eine systematische Kooperation mit einem begrenzten Kreis von oft denselben NGOs einließ, sobald diese ihre Erwartungen als Adressaten der finanziellen Förderung einmal erfolgreich erfüllten. Die 15 untersuchten Organisationen aus Kiew bilden dabei einen Großteil des Kreises der NGOs, die das notwendige Vertrauen bei der EU erwarben, um immer weiter gefördert zu werden. Beispielsweise wurden von den 15 untersuchten NGOs Organisationen wie *CCC*, *Ednannia*, *HURT*, *CPLR* oder *ALI*, von der EU im Zeitrahmen dieser Untersuchung zwei- oder mehrfach gefördert. Dies kann ebenfalls als eine Maßnahme seitens der EU gedeutet werden, infolge der mehrfachen Förderung derselben NGOs die Nachhaltigkeit ihrer Arbeit zugunsten der Demokratisierung zu sichern, der im gesamten Ansatz der EU zur Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure traditionell eine wichtige Rolle zukommt. So stellte

die Mehrzahl der analysierten Projektberichte zum Schluss die Frage an die NGOs, welche Schritte sie in ihren Projekten unternommen haben, um ihre Ergebnisse nachhaltig auszurichten. Die Mehrheit der NGOs führte dabei Ergebnisse an, die auf die Knüpfung von Kooperationen mit unterschiedlichen Interaktionsebenen der politischen bzw. zivilgesellschaftlichen Szene, Gründung eines institutionellen Rahmens oder Sicherung der Anschlussfinanzierung hindeuteten, um die Aufgaben des Projekts nach seinem Abschluss ebenfalls fortzusetzen.³³⁴ Dies brachte die Möglichkeiten zur Sicherung einer solchen nachhaltigen Wirkung der umgesetzten Projektarbeit auf die Demokratisierung in direkte Verbindung mit den Kapazitäten der NGOs. Von Relevanz waren dabei sowohl die schon vorhandenen Kapazitäten der NGOs, auf die sie sich vor Beginn ihrer EU-Projekte stützen konnten, als auch jene, welche sie sich im Laufe der Projektumsetzung aneigneten, wie beispielsweise die mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft bzw. Politikakteuren hergestellten Netzwerke, verbesserte Fähigkeiten zum Entwurf und Lobbying der Gesetzgebung, Eröffnung neuer Formate für politische Aufklärungs- und Bildungsarbeit mit der Öffentlichkeit etc.

Neben der Ausstattung mit Kapazitäten zeigte diese Untersuchung auch die Relevanz der zweiten hiermit definierten Opportunitätsstruktur, die sich im bestehenden *Verhältnis zu Akteuren der nationalen bzw. lokalen Politik* (vgl. Kap. 10.2.1) offenbart, was die Ermöglichung der projektorientierten Kooperation der ukrainischen NGOs mit der EU im Zeitraum 1994–2015 mitbestätigt. Nicht zuletzt ist dies auf die herausragende Bedeutung zurückzuführen, die die EU der Einflussnahme auf bestimmte Politikbereiche der Demokratisierung bei der Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekte traditionell beimisst. Dementsprechend forderte die EU die ukrainischen NGOs meistens schon im Anfangsstadium ihrer Projektbewerbungen auf, ihre Konzepte und Ideen für die Kooperation und Kommunikation mit staatlichen Politikakteuren deutlich zu machen (vgl. Interview Tymoshchuk 2015). Dabei bestätigte die Mehrheit der interviewten NGOs, dass sie gerade ihren Erfahrungen im Bereich der politischen Kommunikation bzw. Interessenvertretung zu einem großen Teil zu verdanken hatten, dass ihre Projektanträge innerhalb der einzelnen *calls for proposals* weiterkamen (vgl. Interview Tymoshchuk 2015; Interview Ihor Kohut 2015; Interview Hubar 2015; Interview Zaviiska 2016). Beispielsweise konnten die meisten NGOs, die sich in den untersuchten EU-Projekten aktiv mit der Einflussnahme auf die nationale oder lokale Politik der Demokratisierung auseinandersetzten, dabei zum großen Teil auf schon aufgebaute Kontaktnetzwerke und entsprechende fachliche Kompetenzen ihres Personals zurückgreifen, die ihnen die Kooperation und Kommunikation mit Politikakteuren in einzelnen Projektzielen ermöglichten. Zum Beispiel war das Element der Interessenvertretung besonders bei jenen Projekten ausgeprägt, in denen die ausführenden NGOs schon auf eigene mehrjährige Erfahrungen im Bereich von Advocacy, Lobbying und politischer Kommunikation zurückgreifen konnten, wie die NGOs *OPORA*, *CVU*, *CEDEM*, *EIDOS* oder *CPLR*. Ähnlich wurden EU-Projekte mit dem Fokus Politikmonitoring und Regierungskontrolle bei jenen NGOs bewilligt, die sich zuvor auf diesem Fachgebiet jahrelang spezialisiert hatten, zum Beispiel *DIF* oder *UMDPL*. Die oben angeführten Analysen, die sich der internen Stärkung der 15 ausgewählten NGOs infolge ihrer EU-Förderung widmeten, verdeutlichen außerdem den Zusammenhang zwischen den gut entwickelten Kapazitäten der NGOs im Bereich der Einflussnahme auf die Politik und dem Charakter und Inhalt ihrer EU-Projekte (vgl. Kap. 13.5.1).

Eine interessante Beobachtung ergibt sich im Zusammenhang mit den Unterschieden zwischen den einzelnen Zeitphasen der Untersuchung, was die Bedeutung des Verhältnisses der NGOs zu staatlichen Politikakteuren für ihre EU-geförderte Projektarbeit anging. So war in der ersten

³³⁴ Diese Ergebnisse wurden in Kap. 14.3.1 diskutiert.

Untersuchungsphase das Element des Dialogs bzw. der gezielten Advocacy-Arbeit mit Politikakteuren zugunsten einzelner gesellschaftlichen Interessen deutlich weniger ausgeprägt als in den zwei weiteren Zeitphasen der Untersuchung. Dies ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass die Regierung in den autoritär geprägten Zeiten von Präsident Kutschma die NGOs eher als Konkurrenten als Partner ansah. Eine offene Konfrontation mit Regierungsakteuren drohte dabei den zivilgesellschaftlichen Akteuren in Form von politisch motivierten Verfolgungen, Einschüchterungen oder Unterdrückungen ihrer Arbeit. Als Folge hielten sich die meisten NGOs bewusst aus der nationalen Politik heraus. Anders sah die Situation nach der Orangen Revolution, die den Anfang der zweiten Untersuchungszeitphase bezeichnete, aus. Die Akzentsetzung auf eine weitgehende Sicherung der Meinungs- und Medienfreiheit, welche die Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos prägte, resultierte in einer langsamen Aufwertung der NGOs als Mitgestalter der Politikprozesse vor Ort. Dies setzte wiederum die Akzente der EU-Projektförderung ukrainischer NGOs zugunsten von mehr Kommunikation und Kooperation mit Politikakteuren in traditionellen Bereichen der Demokratisierung, wie demokratische Wahlen oder Menschenrechte. Zu einer deutlichen Erweiterung der Aktivitäten, die eine aktive Kooperation der NGOs mit politischen Institutionen voraussetzten, kam es dennoch erst in der dritten Zeitphase der Untersuchung, welche sich zum größten Teil auf die Zeiten des Präsidenten Janukowitsch bezieht. Gerade 2011 wurde der Förderrahmen der EU für zivilgesellschaftliche Akteure ihrer Nachbarländer um zwei weitere Programme – *NCSF* und *NSA&LA* – erweitert. Außerdem bemühte sich die EU in dieser Zeitphase mehr als sonst, die politische Rolle der NGOs in der Ukraine zu stärken, um dem voranschreitenden Abweichen der Ukraine vom europäischen demokratischen Weg in den Zeiten Janukowitschs entgegenzuwirken.³³⁵ So deuteten die 13 EU-Projekte dieser Zeitphase der Untersuchung auf eine klare Tendenz hin, sich verstärkt den Aufgaben von Lobbying und Advocacy im Verhältnis zu politischen Entscheidungsträgern zu widmen.

Ferner bestätigten die interviewten NGOs, dass das Vorhandensein eines ausgeprägten Willens zur Kooperation mit der EU, welche hier die dritte relevante Opportunitätsstruktur darstellt (vgl. Kap. 10.2.3), ebenso eine wichtige Bedingung für die EU-Förderung ukrainischer NGOs darstellte. Als Beweise für einen solchen Willen führten die NGOs meistens ihre Kanäle der Kooperation und Kommunikation mit der EU, die sie unabhängig von ihrer finanziellen Förderung durch die EU aufgebaut hatten, an. So ergaben die Interviewgespräche, dass ukrainische NGOs sehr deutlich zwischen zwei zentralen Formen ihrer direkten Förderung seitens der EU unterscheiden: der Projektfinanzierung in Form von entsprechenden *grants* oder *service contracts* im Rahmen von einzelnen Förderprogrammen der EU auf der einen, und der Kommunikation bzw. Kooperation mit der EU auf der politischen Ebene unabhängig von der Projektförderung auf der anderen Seite. Die letzte Form wurde dabei oft als „politische Unterstützung der EU“ bezeichnet bzw. durch befragte NGOs in ihrer Bedeutung mit der Projektförderung gleichgesetzt. Dabei ging es primär um interpersonelle Kontakte der Experten der NGOs zu EU-Vertretern, welche sich vor allem im Austausch von Fachexpertise zu einzelnen Politikfragen bzw. in der Teilnahme an unterschiedlichen öffentlichen Veranstaltungsformaten der EU-Institutionen wie Konferenzen, Round-Table-Gesprächen oder Kommunikationsforen vor Ort in der Ukraine oder auch in Brüssel zeigten. Manche NGOs gaben an, mit der EU-Vertretung auch gemeinsame Bildungs-, Trainings- oder sonstige Maßnahmen der politischen Aufklärungsarbeit vor Ort durchgeführt oder von der EU Unterstützung bei der Herausgabe ihrer Publikationen erhalten zu haben (vgl. Interview Taran 2015; Interview

³³⁵ Das Verhältnis der Akteure der Zivilgesellschaft zu denen der Politik in der Ukraine innerhalb der einzelnen Zeitphasen der Untersuchung wurde schon in Kap. 6 genauer erläutert.

Sheihus 2015; Interview Ermolenko 2015; Interview Shvets 2017; Interview Tymoshchuk 2015; Interview Zaviiska 2016). Zum Beispiel bemerkte Ihor Kohut, Direktor des *ALI*, dass die systematische direkte Kommunikation der Experten der NGO zu EU-Institutionen in Brüssel, vor allem zum EU-Parlament bzw. der Generaldirektion der EU-Kommission *EuropeAid*, für die Fortentwicklung der Organisation eine noch größere Rolle als die Umsetzung von konkreten EU-Projekten spielte. Mehrere Trainings, Sommerschulen, Konferenzen und Publikationen des *ALI* wuchsen seinen Worten zufolge aus solchen direkten Kontakten der Organisation mit der EU (vgl. Interview Kohut 2015). Auch die NGOs *CPLR*, *ISAR* „*Ednannia*“ und *DIF* bestätigten ihrerseits, im Rahmen von unterschiedlichen Fachveranstaltungen oder einzelnen Maßnahmen der Bildungs- und Aufklärungsarbeit mit der Öffentlichkeit zu Themen der europäischen Integration in einem ständigen Dialog und Expertenaustausch mit der EU zu stehen bzw. davon fachlich in mehrfacher Hinsicht zu profitieren (vgl. Interview Tymoshchuk 2015; Interview Zolkina 2015; Interview Sheihus 2015). Ihrerseits verfügte *Internews* über eine spezielle Fachabteilung für Europa, die seit 2003 mehrere Aktionen zur Förderung der Medienfreiheit in der Ukraine in enger Mitarbeit oder mit Unterstützung der EU-Vertretung in Kiew umsetzte (vgl. Interview Sushytska 2015: 1). Mehrere der interviewten NGOs, darunter *DIF*, *ALI*, *CPLR*, *CVU*, *OPORA* und andere, sahen ihren Willen zur Kooperation mit der EU auch darin ergründet, dass ihre Experten regelmäßig einerseits an EU-Projekten anderer lokaler oder ausländischer NGOs, andererseits an Konsultation und Fachgesprächen der EU-Vertretung in Kiew teilnehmen (vgl. Interview Zolkina 2015; Interview Tymoshchuk 2015; Interview Ihor Kohut 2015; Interview Lynnyk 2015).

Auch die Teilnahme am Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft wurde durch mehrere NGOs als weiterer Beweis für ihr klares Bekenntnis zu europäischen Werten bzw. das Interesse an einer institutionalisierten Kommunikation und Kooperation mit der EU mit angeführt. Trotz der häufigen Kritik in Bezug auf die Funktionsweise und Effizienz des Forums, bestätigten viele NGOs, seine nationale Plattform in der Ukraine zumindest zur Artikulation und Kommunikation ihrer Meinung in Bezug auf einzelne Fragen der europäischen Integration bzw. der damit verbundenen demokratischen Reformen sowohl mit der EU als auch mit der nationalen Regierung systematisch genutzt zu haben (vgl. Interview Tyshchenko 2015; Interview Sushko 2015; Interview Zaviiska 2016; Interview Taran 2015; Interview Tymoshchuk 2015; Interview Lynnyk 2015; Interview Maksak 2015). Insbesondere nach der *Euromajdan*-Revolution stieg die Bedeutung der politischen Unterstützung der EU für ukrainische NGOs im Rahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums deutlich an (vgl. Interview Sushko 2015). Somit zeigte die Analyse der 15 ukrainischen NGOs, dass sie alle über eingespielte Kommunikations- und Kooperationskanäle mit der EU vor Ort verfügten, welche ihnen ebenfalls den Weg zur finanziellen EU-Projektförderung erleichterten.

Aufgrund der angeführten Überlegungen lässt sich zusammenfassen, dass die Kombination der drei genannten Opportunitätsstrukturen – der Ausstattung mit Kapazitäten, dem Verhältnis zu staatlichen Politikakteuren sowie dem grundsätzlichen Willen zur Kooperation mit der EU – tatsächlich zum großen Teil die Möglichkeiten und Grenzen der ukrainischen NGOs bestimmten, von der EU in unterschiedlichen Domänen der Demokratisierung im Zeitraum 1994–2015 gefördert zu werden. Gleichzeitig ist anzumerken, dass mehrere NGOs in der Hauptstadt Kiew, die sich grundsätzlich auf diese drei Opportunitätsstrukturen stützen konnten, von der EU dennoch nie eine finanzielle Förderung im Zeitraum 1994–2015 erhielten. So wurden die Kiewer NGOs *International Centre for Policy Studies* und *Open Society Foundation*, die über ein sehr gut ausgebautes Kontaktnetz zur EU-Vertretung bzw. unmittelbar zu den EU-Institutionen in Brüssel verfügen, aus dem Grunde nie finanziell von der EU gefördert, weil sie von Anfang an die Kooperation mit anderen ausländischen Förderorganisationen bevorzugten (vgl. Interview Ivashko 2015; Interview Chernikov

2015). Dies erklärte die NGO *International Centre for Policy Studies* zum Beispiel auf folgende Weise:

„Tatsächlich sind wir eine der wenigen NGOs in Kiew, welche eindeutig über alle notwendigen Kapazitäten verfügen würden, um an jeglichen EU-Förderprogrammen effizient teilzunehmen. Dennoch es ist einfach von Anfang an so gelaufen, dass nicht die EU, sondern die anderen ausländischen Förderer angefangen haben, unsere Arbeit zu unterstützen, und so lief es auch weiter [...]. Dabei ist Kommunikation bzw. Kooperation unserer Experten mit der EU-Vertretung wirklich sehr intensiv, aber nicht im Bereich der finanziellen Projektförderung.“ (Interview Ivashko 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

Andere NGOs, welche ebenfalls alle drei genannten Opportunitätsstrukturen im Untersuchungszeitraum erfüllten, konnten hingegen trotz ihrer mehrmaligen Bewerbungsversuche bei der EU keine Projektfinanzierung erhalten. Als deutliches Beispiel hierfür fungiert das *Ukrainian Center for Independent Political Research (UCIPR)*. Trotz regelmäßiger Teilnahme der Experten der Organisation an Fachkonsultationen und sonstigen Veranstaltungen der EU-Vertretung vor Ort, hatte keine ihrer zahlreichen Projektbewerbungen bei der EU bis 2015 Erfolg, ohne hierfür jemals eine Erklärung erhalten zu haben. Dabei gilt die NGO in Fragen der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als eine der stärksten in der Ukraine und führte systematisch Projekte im Themenbereich der europäischen Integration durch (vgl. Interview Tyshchenko 2015).

Aufgrund solcher Verhältnisse lässt sich annehmen, dass das Vorhandensein der drei genannten Opportunitätsstrukturen zwar eine wichtige, dennoch keine hinreichende Bedingung für die projektorientierte finanzielle Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU darstellt; auch andere Faktoren spielen eine gewisse Rolle für den Erfolg der Projektbewerbungen bei der EU. Die Aufklärung solcher Faktoren ist dennoch vor dem Hintergrund der Geschlossenheit der geltenden Projektwahlverfahren keine einfache Aufgabe. So kritisieren mehrere der Interviewpartner im Rahmen dieser Untersuchung die EU-Vertretung für die Intransparenz ihrer Entscheidungen bei der Bewilligung der einzelnen Projektanträge im Rahmen des Verfahrens *calls for proposals*, welche selbst gegenüber den Antragstellern nicht begründet werden müssen (vgl. Interview Palyvoda 2015; Interview Taran 2015; Interview Tyshchenko 2015). Unter solchen Umständen ist es schwierig, die weiteren Motive nachzuverfolgen, welche die EU außerhalb der genannten Opportunitätsstrukturen zur Bewilligung oder Ablehnung von Projektanträgen der ukrainischen NGOs im Zeitraum dieser Untersuchung bewegten.

14.4 Zusammenfassende Bemerkungen in Bezug auf Logik, Effizienz und Transparenz der EU-Förderung ukrainischer NGOs als Akteure der Demokratisierung im Untersuchungszeitraum 1994–2015

In den geführten Interviewgesprächen wurden außerdem einzelne Aspekte in Bezug auf die Logik, Transparenz und Effizienz der EU-Förderung ukrainischer NGOs aufgegriffen, die die Ergebnisse der vorliegenden empirischen Untersuchung mitbeeinflussten. Somit bietet es sich an, solche Aspekte abschließend genauer anzuschauen.

In erster Linie fielen dabei einzelne kritische Aspekte auf, die den Einschätzungen der interviewten NGOs zufolge die Effizienz der EU-Förderung mit beeinträchtigten. Beispielsweise kritisierten sie die EU dafür, sich zu wenig für tatsächliche Problemfelder innerhalb der einzelnen Bereiche der Demokratisierung in der Ukraine vor Ort zu interessieren (vgl. Interview Chernikov 2015; Interview Palyvoda 2015; Interview Tyshchenko 2015). Auch die eigentlichen Arbeitsprioritäten und Förderwünsche der NGOs als Zielgruppe der EU-Unterstützung soll die EU bei der Aufstellung ihrer einzelnen *calls for proposals* zu wenig berücksichtigt haben. So fand Juliya Tyshchenko, Geschäftsführerin einer der führenden NGOs im Bereich der Demokratieförderung *Ukrainian Independent Centre for Political Research (UICPR)*, dass den Förderprioritäten der EU für die ukrainische Zivilgesellschaft oft der notwendige Realitätsbezug fehle:

„Manchmal sind das wirklich sehr spezielle Sachen, die die EU hier fördert. So, zum Beispiel, unterstütze die EU vor Kurzem mit einem Projekt ausdrücklich die Wählerrechte der sozial verletzlichen Bevölkerungsschichten. Dabei haben sie in der Ukraine nicht mal die notwendigen Sozialrechte, nicht mal eine Krankenversicherung... Da fragt man sich wirklich, wie denn die EU ihre Förderprioritäten definiert.“ (Interview Tyshchenko 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

Ähnliche Kritik äußerte der ukrainische EU-Experte Denis Chernikov. Ihm zufolge habe die EU-Kommission immer von vorneherein ein klares Bild der Aufgaben, die sie unabhängig von bestehenden lokalen Förderbedürfnissen mit ihren einzelnen Projektausschreibungen mithilfe der Zivilgesellschaft in Nachbarländern wie der Ukraine erfüllen wolle. Als Folge müssen die ukrainischen NGOs ihre Projektanträge immer nach den Erwartungen der Kommission ausrichten, um an EU-Gelder zu gelangen (vgl. Interview Chernikov 2015). Auch Maria Zolkina, die EU-Expertin der *DIF*, bestätigte, dass die EU-Vertretung die NGOs nicht nach ihren Erwartungen und Prioritäten für kommende Förderprogramme fragt: im Rahmen der regelmäßigen Informationsveranstaltungen der EU-Vertretung in Kiew für lokale NGOs ginge es in der Regel um verfahrenstechnische und nicht um inhaltliche Fragen bezüglich der laufenden Projektausschreibungen (vgl. Interview Zolkina 2015). Diesem Problem sei man sich in der EU-Kommission in Brüssel bewusst. So unterstrich die Generaldirektion *EuropeAid* die Notwendigkeit, die Kommunikation der EU mit lokalen NGOs in den Nachbarländern zu verbessern, um die für sie bestimmte Förderung effizienter zur Lösung aktueller Probleme der Demokratisierung vor Ort einzusetzen (vgl. Interview Nerisanu 2013). Einen wichtigen Schritt in diese Richtung leistete die EU, indem sie sich im Untersuchungszeitraum 1994–2015 kontinuierlich um eine stärkere regionale Ausrichtung ihrer Förderprogramme für Akteure der ukrainischen Zivilgesellschaft bemühte, um diese dadurch bürgernäher zu gestalten. Eine deutliche Akzentsetzung der EU-geförderten Projekte auf die Handlungsebene der ukrainischen Regionen kann anhand der untersuchten 15 NGOs vor allem seit 2011 beobachtet werden, nachdem die EU ihre neuen zivilgesellschaftlich orientierten EU-Programme – *NCSF* und *NSA§LA* – in Gang setzte. So sah die absolute Mehrheit der EU-geförderten

Projekte der NGOs, die hier der dritten Zeitphase der Untersuchung zugeordnet wurden, eine Kooperation, einen Austausch oder Lobbying-Arbeit mit regionalen und lokalen Politikakteuren, vor allem mit Gebietsverwaltungen bzw. Organen der lokalen Selbstverwaltung vor Ort, voraus. Auch die EU-Vertretung in Kiew bestätigte, dass seit 2011 die regionale und nicht die nationale Ebene den Ton in der Demokratieförderung durch die Einbeziehung von NGOs angibt. Dies gilt auch für Projekte, die stärkere und größere NGOs mit Sitz in Kiew ausführten (vgl. Interview de Mercey 2015). So deuteten auch die 13 innerhalb der dritten Zeitphase dieser Untersuchung dargestellten Projekte auf die Tendenz hin, sich stärker der Kooperation mit regionalen Akteuren der Politik und Zivilgesellschaft in ihren EU-Projekten zuzuwenden.

Als weiteren Störfaktor bei der Projektförderung durch die EU nannten die ukrainischen NGOs Schwierigkeiten in ihrer Kommunikation mit der EU-Vertretung vor Ort (vgl. Interview Zaviiska 2016; Interview Sushko 2015; Interview Lynnyk 2015). Schwierigkeiten tauchten dabei insbesondere dann auf, sobald die NGOs bestimmte Änderungen im Umsetzungsverfahren oder den Inhalten ihrer EU-Projekte bewirken wollten:

„Bei der Kommunikation mit der EU-Vertretung zieht sich alles extrem in die Länge. [...] Sollten wir auch irgendwelche Verbesserungsvorschläge bezüglich des gesamten Verfahrens der Projektbewerbungen oder auch inhaltliche Änderungen im Laufe der Umsetzung von schon bewilligten Projekten an die EU aussprechen, so bin ich mir sicher, dass es ewig lange dauern würde, bis die EU auf diese Vorschläge entsprechend reagiert.“ (Interview Lynnyk 2015/eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen)

Als langwierig empfanden die NGOs oft den gesamten Prozess der Projektförderung durch die EU: zwischen der Ausschreibung eines *calls for proposals* bis zum tatsächlichen Start der bewilligten Projekte liegen in der Regel ein paar Jahre. Allein die Unterzeichnung des entsprechenden Vertrags über das bewilligte Projekt zwischen der EU-Vertretung in Kiew und der NGO als Empfänger der Fördermittel nimmt durchschnittlich ein ganzes Jahr in Anspruch (vgl. Interview de Mercey 2015). Unterschiedlich schätzen sie auch die Angemessenheit der EU-Finanzierung für den Aufgabenumfang und die Ziele der geförderten Projekte ein: Auf der einen Seite lobten mehrere NGOs die EU als eine der wenigen ausländischen Förderorganisationen in der Ukraine, die den NGOs eine solide direkte Finanzierung in einer Durchschnittshöhe von 200 bis 300.000 Euro für einen längeren Zeitraum zwischen 2 und 3 Jahren gewährt; dies ist deutlich mehr als bei den meisten anderen in der Ukraine tätigen ausländischen Förderorganisationen (vgl. Interview Lynnyk 2015). Dies erlaubt den NGOs, „langfristig zu planen, strategisch zu denken und nachhaltig zu handeln.“ (Interview Tymoshchuk 2015). Mariana Zaviiska, Projektmanagerin des *Resource Center HURT*, fasst dies zusammen:

„Die EU ist so gut wie die einzige Organisation, welche den lokalen NGOs der Ukraine Möglichkeiten zur Direktfinanzierung in der Größe von wirklich beträchtlichen Summen für einen längeren Zeitraum bietet, was wiederum die Umsetzung von größeren Projekten ermöglicht. Mehrere andere internationale Förderer wie beispielsweise USAID, finanzieren die ukrainischen NGOs meistens durch die Vermittlung der anderen größeren ausländischen oder amerikanischen Organisationen. Dabei geht es so gut wie immer um deutlich kleinere Projekte mit entsprechend deutlich niedrigerer Finanzierung. Die EU hingegen macht es direkt und kann somit zurecht als wichtigster Förderer der ukrainischen NGOs betrachtet werden.“ (Interview Zaviiska 2016/eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen)

Auf der anderen Seite merkten viele NGOs an, dass im Verhältnis zur überdurchschnittlich hohen Komplexität der EU-Projekte die vorhandene Finanzierung nicht immer ausgereicht hätte. So hätten die von der EU zur Verfügung gestellten Projektbudgetmittel nach der Erfüllung aller ambitionierten Aufgaben in manchen Projektfällen den NGOs kaum Spielräume für die Deckung der situativ anfallenden bzw. administrativen Projektkosten überlassen. Zum Beispiel fehlten in einzelnen der untersuchten EU-Projekte Gelder, um externe Experten oder zusätzliches Fachpersonal für die Dauer der Projektumsetzung anzustellen, die für die Projektarbeit benötigten zusätzlichen Materialien anzuschaffen oder Begleit- bzw. Hilfsmaßnahmen für laufende Forschungsarbeiten durchzuführen (vgl. Interview Zolkina 2015; Interview Taran 2015; Interview Andrii Kohut 2015). Das zeigt wiederum, dass die ukrainischen NGOs den Förderansatz der EU, Projektgelder ausschließlich in Zielen der inhaltlichen Projektarbeit, nicht aber zur Deckung von technisch-administrativen Kosten zu verwenden, zum Teil als Hürde sahen, um alle anfänglich vorgenommenen Projektziele auf entsprechendem Niveau abzuschließen. Außerdem mussten viele der untersuchten NGOs noch vor Beginn ihrer EU-geförderten Projekte nach weiteren Donoren suchen, um der Forderung der EU, einen Anteil der Gesamtprojektkosten zu übernehmen, nachkommen zu können.

Einen weiteren Schritt zur Vereinfachung der Kooperation der ukrainischen NGOs mit der EU sahen die befragten Experten in der Tendenz seitens der EU, die konkreten Programminstrumente, in deren Rahmen die ukrainischen NGOs gefördert wurden, nicht explizit im Förderverlauf zu betonen. Die Angaben hierzu waren meistens nur für die interne Projektdokumentation der EU-Vertretung bzw. der projektausführenden NGOs von Bedeutung; nach außen verwendete man jedoch meistens nur den Begriff „EU-funded“. Hiermit wollte die EU-Vertretung unterstreichen, dass bei der Bewertung der einzelnen EU-geförderten Projekte nur ihre Ergebnisse in Bezug auf die Demokratisierung unabhängig vom jeweiligen programmatischen Rahmen der Förderung zählen (vgl. Interview de Mercey 2015).

Darüber hinaus deutete die empirische Untersuchung auf eine kontinuierliche Erweiterung der projektorientierten EU-Förderung für ukrainische NGOs von der ersten bis zur dritten Zeitphase der Demokratisierung im Zeitraum 1994–2015 hin. Dies zeigt wiederum, dass die zivilgesellschaftliche Dimension der externen Demokratieförderung der EU in ihren östlichen EU-Nachbarländern seit der Orangen Revolution 2005 stets aufstieg. Die kontinuierliche Aufstockung der finanziellen Fördermittel für Akteure der Zivilgesellschaft im Rahmen des *ENPI* und *EIDHR*, die Gründung des Forums der Zivilgesellschaft im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, Einführung der neuen EU-Programme zur externen Zivilgesellschaftsförderung wie *NCSF* bzw. *NSA&LA* sind jene Meilensteine, die die Dynamik der Kooperation der EU mit der ukrainischen Zivilgesellschaft zur Unterstützung der Demokratisierung vor Ort seit der Entstehung der Europäischen Nachbarschaft großteils bestimmten.

Wichtig ist auch anzumerken, dass die EU die Effizienz ihrer Förderung für ukrainische NGOs nicht nur durch Ergebnisse der finanziellen Projektförderung, sondern auch durch die geleistete politische Unterstützung für diese definiert. So bestätigte die EU-Vertretung in Kiew, dass nicht die Verteilung der EU-Finanzmittel, sondern Kommunikation, Austausch und Kooperation in wichtigen Reformanliegen dem Grundverständnis der EU in Bezug auf die Förderung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung in den Ländern wie der Ukraine zugrunde liegen. Insbesondere in den Jahren nach der Orangen Revolution, nachdem die ukrainische Zivilgesellschaft sich in ihrer Rolle als Mitgestalter der Demokratisierungsprozesse vor Ort neu erfunden hatte, stellte ein strukturierter Dialog mit ukrainischen demokratieorientierten NGOs ein wichtiges Förderziel der EU auf dem Gebiet der Demokratisierung dar. Entscheidend dabei war die Gegenseitigkeit des Interesses an diesem Dialog bzw. der gegenseitigen fachlichen Unterstützung bei der Kommunikation und

Kooperation mit Politikakteuren in wichtigen Bereichen der Demokratisierung: nicht nur die NGOs suchten in einzelnen Politikfragen nach entsprechender Unterstützung bei der EU, sondern auch die EU bezog die Fachexpertise der lokalen NGOs vermehrt in ihre Arbeit zugunsten der Ziele der europäischen Integration in der Ukraine ein (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Schreiber 2015; Interview Ihor Kohut 2015; Interview Tymoshchuk 2015). Wegen der Einschränkung des empirischen Gegenstandes dieser Arbeit auf den Bereich der Projektförderung wurde bewusst auf die Analyse solcher politischen Unterstützung in Form der verstärkten Kommunikation und situativen Kooperation ukrainischer NGOs durch die EU verzichtet. Dies bedeutet, dass die vorliegenden Ergebnisse dieser Untersuchung nur einen Teil des Gesamtbildes der EU-Förderung für ukrainische NGOs darstellen, auch wenn es sich dabei um die größte und finanziell stärkste Dimension handelt.

Ambivalent fielen auch die Einschätzungen der untersuchten NGOs in Bezug auf die Transparenz der Verfahren bzw. der Ergebnisse der Projektförderung durch die EU aus. Häufig merkten sie an, dass die Entscheidungsverfahren der EU-Vertretung vor Ort sich im Rahmen von entsprechenden *calls for proposals* nach außen wenig transparent zeigen (vgl. Interview Tyshchenko 2015; Interview Taran 2015; Interview Palyvoda 2015). Als unzureichend bezeichneten die ukrainischen NGOs beispielsweise die Kommunikation mit der Öffentlichkeit über ihre EU-finanzierte Projektarbeit:

„Im Vergleich zu den Projekten der ukrainischen NGOs, welche durch amerikanische Träger wie USAID oder *Renaissance Foundation* finanziert werden, hört man über die Projekte der EU deutlich weniger in der ukrainischen Öffentlichkeit. Es ist eigentlich sehr schade: Immerhin handelt es sich bei den EU-Projekten meistens um sehr solide Kosten, die auf eine nachhaltige Unterstützung der notwendigen Reformen gerichtet sind, aber es werden zu wenige Informationen zu diesen Projekten öffentlich verbreitet.“ (Interview Golota 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*).

Ebenfalls erwähnten die interviewten NGOs ihre Schwierigkeiten, benötigte Informationen von der EU-Vertretung in Kiew über die im Rahmen von einzelnen *calls for proposals* bewilligten Projekte zu erhalten (vgl. Interview Tyshchenko 2015). Vor allem die Größe und Verteilung der Finanzmittel innerhalb der einzelnen EU-Projekte blieb meistens schwer ermittelbar:

„Es fehlt an Transparenz im gesamten System der Finanzierung der ukrainischen NGOs durch die EU. Ich meine, es sei schwer zu durchschauen, für was und wie viel die EU für die Unterstützung des ukrainischen NGO-Sektors ausgibt. In der Regel kann man nur eine sehr verallgemeinernde Information über die geförderten *grants* erhalten, wie beispielsweise der Titel und die ausführende Organisation des Projekts. Das war's. Weitere Angaben über die Ziele, Aufgaben, Inhalte des Projekts sind häufig kaum zu ermitteln.“ (Interview Sushko 2015/*eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen*)

Diese mangelhafte Transparenz wurde auch in Bezug auf die Veranschaulichung der einzelnen Ergebnisse der EU-geförderten Projekte beobachtet. Die meisten EU-Projekte sehen keine Finanzmittel voraus, um zum Schluss der geleisteten Projektarbeit ihre Ergebnisse und Erfolge in einer verständlichen Weise mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren (vgl. Interview Andrii Kohut 2015). Somit schränkt sich die Darstellung der Projektergebnisse meistens auf narrative Projektabschlussberichte ein, welche eine Mehrzahl der interviewten NGOs letztendlich als interne Dokumentation ansahen und somit nicht an die Öffentlichkeit weitergaben. So argumentierten manche NGO-Experten, dass die in ihren Projektabschlussberichten enthaltenen Ideen und Konzepte

urheberrechtlich geschützt werden sollten, damit andere NGOs sie nicht in Eigenzielen missbrauchen könnten (vgl. Interview Zolkina 2015; Interview Taran 2015). Andere Experten wiesen darauf hin, dass die NGOs auch deswegen ihre Projektdokumentation nicht öffentlich zur Verfügung stellen, um sich zusätzlichen Finanzkontrollen zu entziehen. So hätten manche NGOs tatsächlich zu befürchten, dass durch die Bekanntgabe ihrer Projektberichte ein zusätzliches Mal überprüft werden könnte, ob die Gelder nicht auch für administrative oder technische Ausgaben außerhalb der eigentlichen Projektarbeit eingesetzt wurden, wie beispielsweise für die Zahlung von Mieten, Gehältern etc. (vgl. Interview Holota 2015; Interview Chernikov 2015; Interview Lynnyk 2015). Auch die EU-Vertretung zeigte sich des Problems der mangelnden Bereitschaft ukrainischer NGOs, die Ergebnisse ihrer Projektarbeit mit dem notwendigen Maß an Transparenz mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren, bewusst:

„Es ist hier natürlich anders als in Westeuropa: Gut demonstrierte und dokumentierte Arbeitsweise ist hier nicht so typisch. Dies hängt zum Teil mit der ukrainischen Mentalität zusammen: Es dauert, bis ein bestimmtes Vertrauensverhältnis aufgebaut wird. Deswegen weigern sich zum ersten Mal viele, ihre Projektberichte weiterzugeben. Sie vertrauen einfach nicht, dass diese Dokumentation nicht für andere Ziele missbraucht wird, welche im Gegensatz zu ihren Interessen stehen.“ (Interview Schreiber 2015)

Fraglich war zudem in manchen Projektfällen, wer die Abschlussdokumentation der umgesetzten EU-Projekte letztendlich aufbewahrte. So verwiesen manche NGOs darauf, dass ihre Abschlussberichte direkt bei der EU-Vertretung anzufragen wären. Dabei waren die Mitarbeiter der Vertretung der Auffassung, dass die Projektberichte auf Anfrage direkt bei den projektausführenden NGOs einsehbar sein sollten. Die Verwendung öffentlicher EU-Gelder für die Projektumsetzung verpflichtet hiernach die NGOs zur Weitergabe solcher Dokumentationen (vgl. Interview Topolnytskyi 2015; Interview de Mercey 2015).

Neben den geschilderten Problemen beim Zugang zu einzelnen Informationsquellen der umgesetzten EU-Projekte der ukrainischen NGOs sollen an dieser Stelle auch erhebliche Unterschiede in der Qualität und Transparenz der einzelnen Projektberichte angemerkt werden, da diese für die generelle Einschätzung der Objektivität der durchgeführten Untersuchung ebenfalls von Relevanz sind. Während eine Reihe der erhaltenen Projektberichte auf detaillierte Weise die umgesetzten Maßnahmen, damit verbundene Ausgaben und möglicherweise entstandene Probleme dokumentierte, schränkten sich die anderen Berichte auf sehr allgemeine Bezeichnungen der Formen und zentralen Inhalte der umgesetzten Maßnahmen ein, ohne diese konkret zu benennen oder ihre Wirkung zu analysieren. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die EU die Struktur der Projektabschlussdokumente für die NGOs nur in sehr groben Zügen definiert bzw. ihnen selbst überlässt, wie umfangreich und präzise sie diese gestalten. Zu berücksichtigen ist auch die Tatsache, dass es sich bei den meisten erhaltenen Projektberichten um narrative Darstellungen des NGO-Personals handelt: die externen Evaluationsberichte, die eine unparteiische Einschätzung der Stärken und Schwächen der umgesetzten Projekte aus anderer Perspektive erlauben würden, waren nur in sehr wenigen Projektfällen zugänglich und stellten somit keine wichtige Informationsquelle in Zielen dieser empirischen Untersuchung dar. Es stellt sich somit die Frage, inwiefern man solche narrativen Projektberichte grundsätzlich als objektive Informationen werten kann. Den Aussagen der Mitarbeiter der EU-Vertretung in Kiew bzw. der Generaldirektion der EU-Kommission *EuropeAid* in Brüssel zufolge, sieht die EU im Rahmen ihrer programmatischen Instrumente zur Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft kaum noch Ressourcen und Mechanismen vor, um die

Glaubwürdigkeit der von den NGOs eingereichten Angaben innerhalb ihrer Projektabschlussberichte genau zu überprüfen (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Nerisanu 2013). Starke Abweichungen zeichneten sich ebenfalls hinsichtlich der Qualität der Inhalte der einzelnen Interviewgespräche ab. Manche Interviewpartner wichen präzisen Antworten auf gestellte Fragen bewusst aus oder weigerten sich, über die die erfragten Angaben zu einzelnen Projektergebnissen eine genaue Auskunft zu geben. Andere hingegen konnten im Laufe der Gespräche tiefe Einsichten in die Hintergründe, Probleme und Erfolge der geleisteten Projektarbeit vermitteln.

Diese Schwachstellen in Bezug auf die Zugänglichkeit bzw. Qualität der einzelnen Projektdokumentationen als wichtigste empirische Basis dieser Untersuchung erklärt ein weiteres Mal, warum auf die Effizienzüberprüfung der analysierten EU-Projekte hinsichtlich der Stärkung der untersuchten NGOs als Akteure der Demokratisierung in der Ukraine bewusst verzichtet wurde. Hierfür hätte man eine andere empirische Basis samt externer Evaluationsprojektberichte benötigt, die allerdings der Autorin dieser Arbeit nicht zur Verfügung stand. Dennoch erlauben die narrativen Projektberichte sowie Informationen aus den durchgeführten Interviewgesprächen durchaus, der zentralen Fragestellung dieser Arbeit systematisch nachzugehen, ob mit der EU-Förderung grundsätzlich eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung im Zeitraum 1994–2015, am Beispiel der ausgewählten 15 ukrainischen NGOs, stattfand bzw. welche Instrumente, Maßnahmen und Handlungslogik dabei zum Einsatz kamen.

14.5 Diskussion der zentralen Forschungsergebnisse

Das abschließende Unterkapitel fasst die wichtigsten Ergebnisse der Forschung zusammen und diskutiert sie in Bezug auf die zentrale Fragestellung dieser Arbeit, ob die EU zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung im postkommunistischen Osteuropa am Beispiel der Ukraine tatsächlich beiträgt.

Die vorangehende Untersuchung zeigte, dass seit der Gründung der Europäischen Nachbarschaftspolitik das Interesse an den Möglichkeiten und Grenzen der externen Zivilgesellschaftsförderung als einer Demokratisierungsstrategie der EU in ihren östlichen Nachbarländern permanent hoch ist. Die fehlende Perspektive eines EU-Beitrittes und die damit zusammenhängenden mangelnden Fortschritte der *top-down*-orientierten Programme der EU-Demokratieförderung via Regierungskanälen führten seit Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich dazu, dass die EU zunehmend nach geeigneten Alternativen auf der Ebene der Kooperation mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Unterstützung der Demokratisierung vor Ort in dieser Länderregion suchte. Auf der anderen Seite wird die Wirksamkeit dieses relativ neuen Bereichs der externen Demokratieförderung der EU kritisch hinterfragt. Als typische Schwächen der wichtigsten Programminstrumente der EU zur externen zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung in ihrer östlichen Nachbarschaft werden beispielsweise die komplizierten und langwierigen Bewerbungs- und Förderverfahren, mangelnde Transparenz hinsichtlich der tatsächlichen Ergebnisse der Förderung sowie die Einschränkung der Förderung auf einen ausgewählten Kreis hochprofessionalisierter und ressourcenstarker NGOs genannt.

Die theoretische und empirische Auseinandersetzung mit diesem Thema erfolgte am Beispiel der Ukraine als einem Osteuropaland, in dem sich die Zivilgesellschaft aufgrund der beiden demokratischen Umbrüche – der Orangen Revolution 2004/2005 und der *Euromajdan*-Revolution 2013/2014 – immer deutlicher als Akteur der demokratischen Prozesse vor Ort positioniert, sich dabei am europäischen liberalen Demokratiemodell orientiert und verstärkt nach entsprechender

Unterstützung bei der EU bzw. einzelnen EU-Staaten sucht. Außerdem gilt die Ukraine zu Recht als einer der wichtigsten Kooperationspartner der EU in der Länderregion der Östlichen Partnerschaft, in dem sich insbesondere seit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens 2014 eine neue Dynamik der demokratischen Reformen unter zunehmender Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Handlungsebene abspielt (vgl. Kap. 11.1).

Der theoretische Teil der Arbeit teilte sich in zwei größere Themenkomplexe auf: Der erste davon widmete sich der Bedeutung der Zivilgesellschaft als Akteur demokratischer Prozesse in östlichen Nachbarstaaten der EU, einschließlich der Ukraine. Dafür wurden zuerst die theoretischen Grundlagen der postkommunistischen Demokratisierung in unmittelbarer Anlehnung an das Konzept einer „eingebetteten“ Demokratie diskutiert (vgl. Merkel 2004, 2004a). Da dieses Konzept nicht nur die wichtigsten institutionellen Dimensionen einer liberalen europäisch geprägten demokratischen Ordnung in ein funktionales Ganzes zusammenführt, sondern sie auch in entscheidende externe Kontextbedingungen einbindet, wie eine vitale Zivilgesellschaft oder ein internationales Umfeld, ist es besonders geeignet, um die komplexe Dynamik des demokratischen Wandels in Osteuropaländern zu ergreifen und zugleich den zivilgesellschaftlichen Einfluss darauf ausreichend mitzuberücksichtigen (vgl. Kap. 2.4). Die Anlehnung an das Konzept einer „eingebetteten“ Demokratie wurde ebenfalls anhand seiner ausgeprägten Affinität zum grundlegenden Demokratieverständnis in der EU argumentiert (vgl. Kap. 8.1).

Aus transformationstheoretischer Sicht findet sich die Begründung für die Relevanz der Zivilgesellschaft als demokratischer Akteur primär in ihren grundlegenden Funktionen der Demokratisierung wie Interessenvertretung, Kontrolle der Regierung, Kommunikation, demokratische Bildung oder die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen (vgl. Kap. 4.3.2). Unter der Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Akteure schränkte sich diese Arbeit auf die Ebene der NGOs ein. Diese Einschränkung erwies sich für die Ziele der angebotenen empirischen Untersuchung als sinnvoll, weil es gerade NGOs sind, die in den strukturell schwächeren Zivilgesellschaften Osteuropas am häufigsten die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, um mit externen Akteuren wie der EU zugunsten der Ziele der Demokratisierung zu kooperieren. Ein klarer Beweis dafür ist die Ukraine, in der die NGOs sich seit den 1990er Jahren kontinuierlich zu den wichtigsten Adressaten aller EU-Programminstrumente zur externen Zivilgesellschaftsförderung zur Unterstützung demokratischer Prozesse fortentwickelten (vgl. Kap. 1.4.2).

Der weitere Teil der Arbeit diskutierte zunächst die Dynamik der Demokratisierung bzw. die Rolle der Zivilgesellschaft darin in der Ukraine mit einem Sonderfokus auf dem NGO-Sektor entlang drei Zeitphasen der Untersuchung (1994–2005; 2005–2010; 2010–2015). Diese veranschaulichte, dass die ukrainische Demokratie einen schmalen Weg zwischen der Gefahr des allmählichen Abrutschens in den Autoritarismus, wie in den Zeiten des Präsidenten Kutschma (1994–2004) oder später auch Janukowitsch (2010–2014) und den Chancen auf eine erfolgreiche Konsolidierung, wie nach der Orangen Revolution 2004 und der *Euromajdan*-Revolution 2013/2014, durchmachte. Die Rolle der Zivilgesellschaft darin bestimmte zu großem Teil der aktuelle Entwicklungsstand der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf der einen und ihr Beziehungsmuster zu staatlichen Politikakteuren auf der anderen Seite. Letzteres wandelte sich von einer offenen Konfrontation in der Ukraine während der Präsidentschaft Kutschmas, in der der zivilgesellschaftliche Aktivismus stets unterdrückt wurde, bis zur mehr oder weniger konstruktiven Kooperation nach der *Euromajdan*-Revolution in den Schlüsselbereichen der demokratischen Reformen, wie sie u. a. im Assoziierungsabkommen mit der EU festgelegt sind.

Die weitere Darstellung der herrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontextbedingungen der ukrainischen Zivilgesellschaft im Untersuchungszeitraum 1994–2015 mit

Fokus auf dem NGO-Sektor zeigte, dass es in erster Linie ein überschaubarer Kreis an größeren, ausreichend professionalisierten und ressourcenstärkeren NGOs mit Hauptsitz in Kiew war, der sich aktiv für politisch orientierte Dimensionen der Demokratisierung einsetzte bzw. dabei aus dem Ausland gefördert wurde. Die Mehrheit der lokalen NGOs in ukrainischen Regionen spielte hingegen für die Dynamik der Demokratisierung vor Ort eine eher geringe Rolle. Dies ist vor allem auf deren institutionelle Schwäche, unzureichende Kooperations- und Kommunikationsmöglichkeiten mit lokalen und nationalen Politikakteuren und das mangelnde Interesse in der Bevölkerung am zivilgesellschaftlichen Engagement vor Ort als „Erbe“ einer postkommunistischen Vergangenheit zurückzuführen (vgl. Kap. 4.3.4).

Der zweite theoretische Themenkomplex der Arbeit umfasste eine Übersicht über die Instrumente, Strategien und Formen der EU-Förderung der Zivilgesellschaft in Osteuropa am Beispiel der Ukraine im Zeitraum 1994–2015. Hierfür wurden zuallererst die theoretischen Grundlagen, der institutionelle Rahmen und die ausschlaggebenden Motive für die externe Zivilgesellschaftsförderung der EU als Strategie der Demokratisierung in Osteuropa, insbesondere aus Perspektive der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) bzw. später auch der Initiative der Östlichen Partnerschaft, erläutert. Daraus ergab sich, dass die EU sich auf diesem Aufgabenfeld überwiegend auf die Logik der Sozialisation stützte, wie sie diese Arbeit mithilfe des sogenannten Modells des Social Linkage der externen EU-Demokratisierung begründet (Schimmelfennig 2014). Die Anwendung der „sanften“ Methoden des Wissenstransfers, demokratischer politischer Bildung und Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für die europäischen demokratischen Werte via zivilgesellschaftlichen *bottom-up*-orientierten Interaktionskanälen bilden zentrale Elemente dieses Modells (vgl. Kap. 8.2.4.3).

Die darauffolgende Diskussion hinsichtlich der Dimensionen, Ziele und Formen der Kooperation der EU mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Demokratisierung in Osteuropa schränkte sich auf den Bereich der direkten Unterstützung der NGOs durch die EU im Rahmen der einzelnen hierfür konzipierten thematischen und geografischen Programminstrumente ein. Somit lag der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in ihren östlichen Nachbarschaftsregionen stets der Anspruch zugrunde, sowohl die zivilgesellschaftlichen Akteure an sich zu stärken als auch mit deren Hilfe die Demokratisierung vor Ort voranzutreiben. Diesen zweidimensionalen Förderansatz bestätigte u. a. die anschließende Analyse der Besonderheiten der demokratieorientierten Kooperation ukrainischer NGOs mit der EU in der zeitlichen Varianz entlang einzelner Zeitphasen der ukrainischen Demokratisierung 1994–2015 (vgl. Kap. 11.3).

Die empirische Auseinandersetzung mit der Fragestellung dieser Arbeit erfolgte im Rahmen einer fallzentrierten qualitativen Sozialforschung anhand der 15 ukrainischen politisch aktiven NGOs mit Sitz in Kiew als Fallbeispiele der Untersuchung, welche sich in ihrer Arbeit aktiv mit einzelnen Teilbereichen einer „eingebetteten“ Demokratie auseinandersetzten (vgl. Kap. 12.2). Auf funktionaler Ebene lag der Akzent auf dem Bereich der direkten Projektförderung der EU für ukrainische NGOs, da dieser am ehesten die primären Ziele und unmittelbare Handlungslogik der EU als externer Demokratieförderer widerspiegelt (vgl. Kap. 9.3). Insgesamt wurden 25 EU-geförderte Projekte der 15 ukrainischen NGOs ausgewertet, die im Rahmen von vier Programminstrumenten der EU zur externen Förderung der Zivilgesellschaften in ihrer Nachbarschaft im Gesamtzeitraum der Untersuchung stattfanden: *TACIS (IBPP)*, *EIDHR*, *NSCF (ENPI)* und *NSA\$LA*. Die Auswertung und Analyse der empirischen Daten nach der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse erfolgte entlang drei Untersuchungsphasen: 1994–2005, 2005–2010, 2010–2015, die zugleich die wichtigsten Entwicklungsetappen der ukrainischen Demokratisierung widerspiegeln (vgl. Kap. 1.4.3). Als unabhängige Variable der Untersuchung fungierte somit die Gesamtheit der Programminstrumente

der EU sowie der in ihrem Rahmen vorgesehenen Formen und Maßnahmen zur Förderung ukrainischer NGOs in ihren Aufgaben der Demokratisierung im angegebenen Zeitraum der Untersuchung (1994–2015). Die abhängige Variable bildete hingegen die eigentliche Wirkung der EU-Förderung ukrainischer NGOs auf ihre Stärkung als Akteure der Demokratisierung ab (vgl. Kap. 1.4.4).

Die eigentliche Forschung erfolgte im Verlauf der Überprüfung der beiden vorab definierten Hypothesen. Der ersten Hypothese lag die Annahme zugrunde, dass eine erfolgreiche Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung durch die EU in der Ukraine entlang zwei Dimensionen, welche sich aus dem theoretischen Kontext dieser Arbeit ergeben, stattfand. Im Rahmen der ersten Dimension galt somit zu prüfen, ob und wie die EU die geförderten NGOs intern stärkte, indem sie ihre Kapazitäten, die im Zusammenhang mit der Ausübung von einzelnen Funktionen der Demokratisierung standen, aufbaute oder verbesserte. Die zweite Dimension hingegen richtete sich auf den Zusammenhang zwischen der EU-Förderung der ukrainischen NGOs auf der einen und den eigentlichen Auswirkungen dieser Förderung auf einzelne Bereiche der Demokratisierung, wie sie das Modell einer „eingebetteten“ Demokratie beschrieb, auf der anderen Seite. Hiermit war zu zeigen, ob die Unterstützung der EU es den zivilgesellschaftlichen Akteuren in ihren europäischen Nachbarländern in der Tat ermöglichte, Einfluss auf die Demokratisierung zu nehmen, oder diese nur intern in ihren Kapazitäten stärkte, ohne dass eine klare demokratieförderliche Nachwirkung klar nachweisbar wäre. Die zwei abhängigen Subvariablen der Untersuchung erfassten und kategorisierten die beiden Dimensionen entsprechend, um eine weitere Auswertung und Analyse der empirischen Daten zu ermöglichen. Den Kategorien der ersten Subvariablen lagen die einzelnen Gruppen der internen Kapazitäten der NGOs zugrunde, die sie für ihre demokratieorientierte Arbeit einsetzten oder perspektivisch einsetzen konnten; die Kategorien der zweiten Subvariablen wurden hingegen entlang einzelner Teilbereiche einer „eingebetteten“ Demokratie gebildet, welche zentrale Schritte auf dem Weg zu einer liberalen demokratischen Ordnung bezeichnen (vgl. Kap. 13.1).

Die zweite Hypothese richtete sich auf die Frage, welche Voraussetzungen für die Kooperation der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung mit der EU im Rahmen ihrer hierfür vorgesehenen Programminstrumente wie *TACIS (IBPP)*, *EIDHR* und später auch *NCSF* bzw. *NSA&LA*, 1994–2015 galten. Hierfür traf man die Annahme, dass die einzelnen *domestic opportunity structures* die eigentlichen Möglichkeiten und Grenzen der ukrainischen Akteure der Zivilgesellschaft, von der EU projektorientiert gefördert zu werden, maßgeblich mitbestimmen. Als solche innerstaatlichen Opportunitätsstrukturen wurden die spezifischen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kontextbedingungen definiert, die den Entwicklungsstand des ukrainischen NGO-Sektors an sich prägten, wie die Ausstattung mit notwendigen fachlichen und institutionellen Kapazitäten, der ausgeprägte Wille zur Kooperation mit externen Akteuren wie der EU oder auch das aktuelle Verhältnis zu staatlichen Politikakteuren auf dem Tätigkeitsfeld der Demokratisierung (vgl. Kap. 10).

Die folgende Analyse der Forschungsergebnisse der 15 ausgewählten ukrainischen NGOs durch die EU am Beispiel von 25 umgesetzten Projekten entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung bestätigte die beiden aufgestellten Hypothesen letztendlich. Die Bestätigung von *Hypothese I* bewies somit, dass die EU in ihrer östlichen Nachbarschaft die Akteure der Zivilgesellschaft sowohl als direkte Adressaten ihrer Fördermittel als auch als Kooperationspartner bei der Umsetzung der Ziele der Demokratisierung vor Ort betrachtet. Die hierzu relevanten Ergebnisse waren entlang folgender Aspekte gruppierbar:

Erstens wurde gezeigt, dass die 25 untersuchten EU-Projekte die institutionellen und fachlichen Kapazitäten aller 15 geförderten NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung positiv

beeinflussten. Die EU förderte alle 15 NGOs somit entlang vier Auswertungskategorien, die die einzelnen Gruppen dieser Kapazitäten umrissen: institutionelle Kapazitäten, Kapazitäten der NGOs im Zusammenhang mit der Einflussnahme auf Politik bzw. Kooperation mit staatlichen Politikakteuren, Kapazitäten der Kommunikation und der Sozialisation. Im Laufe der Untersuchung ließ sich ein bestimmter Förderansatz der EU hinter ihrer projektzentrierten Kooperation mit Akteuren der ukrainischen Zivilgesellschaft erkennen. So setzten alle untersuchten Projekte die Anwendung bestimmter, typischer Kombinationen diverser hiermit festgelegter Typen häufiger Fördermaßnahmen voraus, die die projektausführenden NGOs zur extensiven Anwendung der genannten vier Kategorien ihrer Kapazitäten motivierten und dadurch auch deren Stärkung mitbedingten. Als Folge setzten die NGOs in mindestens zwei Drittel aller untersuchten Projektfälle Maßnahmen der institutionellen Entwicklung, der Advocacy und des Lobbyings, der Verbreitung von Informationen und der Medienarbeit, des Networkings, der Politikforschung, des Austausches von Fachexpertise, der Netzwerkbildung, der Mitwirkung an der Gesetzgebung, der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements und des Wissenstransfers auf einmal ein. Oft wirkten sich dieselben Fördermaßnahmen gleichzeitig positiv auf unterschiedliche Kategorien ihrer Kapazitäten aus. Dabei zeigte jede der vier Kategorien der Kapazitäten mindestens eine Merkmalsausprägung auf, in deren Rahmen die Förderung aller 15 untersuchten NGOs stattgefunden hat. Darunter sind vor allem Merkmalsausprägungen wie Personalentwicklung (Kategorie „Institutionelle Kapazitäten“), Interessenvertretung, Advocacy, Politikmonitoring und Regierungskontrolle (Kategorie „Einfluss auf Politik/Kooperation mit dem Staat“), Förderung des demokratischen Bewusstseins (Kategorie „Sozialisation/Engagementförderung“), politischen Kommunikation bzw. Kommunikation mit der Öffentlichkeit (Kategorie „Kommunikation/Networking“) zu nennen. Ferner deutete die empirische Untersuchung auf eine stark ausgeprägte Tendenz der Netzwerkbildung der EU-geförderten NGOs sowohl untereinander als auch mit anderen NGOs oder auch Akteuren der Politik in der Ukraine hin (vgl. Kap. 14.1.1).

Zweitens machten sich im Verlauf der Untersuchung die zum Teil wesentlichen Unterschiede in den Akzenten der EU-Förderung ukrainischer NGOs im Bereich ihrer fachlichen und institutionellen Kapazitäten zwischen den drei Zeitphasen der Untersuchung bemerkbar. So stellte in der ersten (1994–2005) und der zweiten (2005–2010) Zeitphase die Förderung der ukrainischen NGOs als Teilnehmer der politischen Demokratisierungsprozesse keine Priorität für die EU dar. Stattdessen bemühte sie sich vorrangig um die Förderung der NGOs im Sozialbereich. Dies erklärt, warum die untersuchten NGOs 1994–2010 im Verlauf ihrer EU-Projekte eher weniger in ihren Kapazitäten der Einflussnahme auf die Politik bzw. der Kooperation mit dem Staat gefordert waren. Seit der Aufwertung der politischen Dimension der Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in der Ukraine, die mit der Präsidentschaft Viktor Janukowitschs 2010 einhergeht, fördert diese die NGOs jedoch deutlich stärker auch in ihrer Politikkompetenz. Die Förderakzente der EU verlagerten sich somit zugunsten der Fähigkeiten der NGOs zur Vertretung der gesellschaftlichen Interessen in der Politik, Formulierung und Umsetzung nationaler und lokaler Gesetzgebung, Politikmonitoring, Kontrolle der Regierungsarbeit bzw. Networking und Netzwerkbildung mit Politikakteuren. Dies erklärt auch die wesentlichen Unterschiede in der Intensität und den Akzenten der Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU entlang einzelner Kategorien ihrer Kapazitäten zwischen der ersten und der zweiten Zeitphasen der Untersuchung auf der einen und der dritten auf der anderen Seite (vgl. Kap. 11.3). Zugleich konnte festgehalten werden, dass die EU eine Stärkung der Kapazitäten der projektausführenden NGOs in der Ukraine nie als direktes Ziel an sich im Rahmen der hierfür bestimmten Programminstrumente definierte. Stattdessen gestaltete sich diese interne Stärkung der NGOs eher als ein *side effect* der Umsetzung der thematischen Projektarbeit innerhalb der einzelnen

Bereiche der Demokratisierung. In der Regel trainierten die NGOs während der Umsetzung der Projektaufgaben ihre schon vorhandenen Kapazitäten, die ihre Aussichten auf eine Förderung seitens der EU bzw. die Umsetzung der gestellten Projektziele von vorneherein maßgeblich mitbestimmten (vgl. Kap. 14.1.1).

Drittens konnte entlang jeder der Zeitphasen der Untersuchung ein positiver Zusammenhang zwischen der EU-Projektförderung ukrainischer NGOs auf der einen und ihren externen Auswirkungen auf einzelne Bereiche der Demokratisierung, wie sie hier mit dem Modell einer „eingebetteten“ Demokratie beschrieben wurden, auf der anderen Seite nachgewiesen werden. Eine wichtige Beobachtung war in diesem Kontext, dass es primär die nachhaltig orientierten Projektergebnisse waren, die sich extern auf die Demokratisierung auswirkten. Dabei wurden innerhalb aller untersuchten EU-geförderten Projekte bestimmte Voraussetzungen geschaffen, um den NGOs auch nach Abschluss der Projektfinanzierung eine entsprechende Nachhaltigkeit der erreichten Ergebnisse zu gewährleisten und somit ihre demokratieförderliche Wirkung weiterhin zu pflegen. Dies zeigt, dass die ukrainischen NGOs der Forderung der EU, die Projekte nachhaltig zu gestalten, in der Regel konsequent folgten. Eine wichtige Beobachtung war in diesem Kontext, dass alle dieser nachhaltig orientierten Ergebnisse der untersuchten 25 EU-geförderten Projekte, die sich positiv extern auf einen oder mehrere Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie auswirkten, sich grundsätzlich innerhalb von drei Typen gruppieren ließen: Sicherung der institutionellen und finanziellen Bedingungen für die Fortsetzung der durch die EU-Projekte eingeleiteten Ziele und Aufgaben über deren Zeitrahmen hinaus, wie durch neue thematisch ähnliche Projektinitiativen oder Erwerb von Anschlussfinanzierung zur Weiterpflege der im Projekt eingeleiteten Initiativen; Ermöglichung einer nachhaltig orientierten Einflussnahme der geförderten NGOs auf einzelne demokratieorientierte Politikinhalt, wie beispielsweise dank erfolgreich durchgesetzter Gesetzgebungsakte; Ausbau der langfristig orientierten institutionalisierten Kooperations- und Kommunikationskanäle der zivilgesellschaftlichen Akteure miteinander innerhalb der jeweiligen Bereiche einer „eingebetteten“ Demokratie, zum Beispiel zivilgesellschaftliche Netzwerke, Koalitionen, Plattformen oder Expertengruppen (vgl. Kap. 14.1.2). Dabei zeigte die Forschung, dass die meisten der hier untersuchten NGOs im Verlauf ihrer EU-Projekte alle drei genannten Typen relevanter Projektergebnisse zugleich vorweisen konnten, wenn auch mit unterschiedlichem Umfang und Intensität. Dies beweist ein weiteres Mal, dass die NGOs sich in ihren EU-Projekten überwiegend auf dieselben oder sehr ähnliche Kombinationen aus institutionellen und rechtlich-politischen Maßnahmen stützten, was letztendlich zu ähnlichen Formen der nachhaltig wirkenden Ergebnisse ihrer EU-Projekte führte.

Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung bezieht sich auf die thematischen Prioritäten der direkten Förderung ukrainischer NGOs durch die EU innerhalb der einzelnen Domänen der Demokratisierung. Vergleichsweise hoch zeigte sich im Untersuchungszeitraum 1994–2015 die Gesamtsumme der EU-geförderten Projekte mit klarem thematischen Bezug auf die Teilregimes der bürgerlichen Freiheitsrechte, der demokratischen Wahlen und der horizontalen Berechenbarkeit einer „eingebetteten“ Demokratie. Am seltensten förderte die EU via ukrainischen NGOs hingegen die Bereiche der effizienten Regierungsgewalt bzw. der politischen Partizipationsrechte. Auffällig hoch fiel auch die Anzahl der NGOs aus, die von der EU entlang einzelner „externer Kontextbedingungen“ einer „eingebetteten“ Demokratie gefördert wurden, indem sie Projekte zugunsten der Stärkung der öffentlichen Verwaltung, der lokalen Selbstverwaltung oder der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung umsetzten. In diesem Sinne ist zu behaupten, dass die EU die Förderung solcher externen Kontextbedingungen mit der Förderung der fünf zentralen institutionellen Teilregimes einer „eingebetteten“ Demokratie via der ukrainischen Zivilgesellschaft *quasi* gleichsetzte bzw. diese von

der ersten Zeitphase der Untersuchung bis zur dritten kontinuierlich in ihrer Bedeutung als thematische Förderschwerpunkte aufwertete.

Markante Unterschiede hinsichtlich der Prioritäten und des Umfangs der Förderung der einzelnen Themenbereiche einer „eingebetteten“ Demokratie innerhalb der untersuchten EU-Projekte ukrainischer NGOs konnten zwischen den einzelnen Zeitphasen der Untersuchung beobachtet werden. Während in der ersten und zweiten Zeitphase die bürgerlichen Freiheitsrechte bzw. die Stärkung der Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung besonders oft als Förderprioritäten der EU-Projekte der ukrainischen NGOs auftraten, kam es in der dritten Zeitphase zur deutlichen Aufwertung der Themen, die sich mit der Arbeit der zentralen politischen Institutionen des Landes direkt oder indirekt überschneiden bzw. die zivilgesellschaftlichen Akteure zur stärkeren Teilnahme an Politikprozessen vor Ort aufforderten; beispielsweise demokratische Wahlen, Sicherung der horizontalen Gewaltenteilung, Stärkung der öffentlichen Verwaltung bzw. der lokalen Selbstverwaltung.

Viertens erfolgte eine Reihe wichtiger Erkenntnisse in Bezug auf den Zusammenhang zwischen den einzelnen Programminstrumenten der EU zur externen Zivilgesellschaftsförderung auf der einen, und den dadurch bedingten Ergebnissen für die Stärkung der NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure der Demokratisierung in der Ukraine im Untersuchungszeitraum 1994–2015 auf der anderen Seite. Vor allem zeigte die Untersuchung, dass es für einzelne Ergebnisse der direkten Projektförderung der ukrainischen NGOs durch die EU in Bezug auf die Stärkung ihrer internen institutionellen und fachlichen Kapazitäten nicht ausschlaggebend war, in welchem Programmrahmen diese stattgefunden hatten. So konnten alle vier untersuchten Programminstrumente – *TACIS (IBPP)*, *EIDHR*, *NSCF (ENPI)* und *NSA&LA* – die geförderten NGOs entlang aller vier definierten Kategorien ihrer Kapazitäten – der institutionellen Entwicklung, der Einflussnahme auf die Politik, der Kommunikation und der Sozialisation – in jeder der drei Zeitphasen in verschiedenem Umfang stärken. Dies bestätigt wiederum die auch von der EU-Vertretung in Kiew geäußerte Meinung, dass eine einheitliche Förderlogik alle Programminstrumente der EU zur direkten Projektförderung der ukrainischen Zivilgesellschaft leitet, welche stets die gleichen oder jedenfalls sehr ähnliche Förderabläufe und Strategien beinhaltet. Denn immerhin stützen sich alle vier Programminstrumente der EU im Bereich der direkten externen NGO-Projektförderung in erster Linie auf dieselben Förderverfahren – *calls for proposals* und *calls for tenders*. Die eigentlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Programminstrumenten der EU in Bezug auf die Förderung ukrainischer NGOs in ihren internen Kapazitäten betrafen somit viel mehr technische Fragen der internen Planung und Koordination der eigentlichen Projektarbeit zwischen der EU-Vertretung in Kiew und den projektausführenden NGOs vor Ort, ohne die eigentlichen Ergebnisse der Förderung wesentlich zu beeinflussen.

Etwas deutlicher fielen hingegen die Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Programminstrumenten zur externen Zivilgesellschaftsförderung hinsichtlich der externen Auswirkungen der in ihrem Rahmen geförderten Projekte ukrainischer NGOs auf einzelne Bereiche der „eingebetteten“ Demokratie aus. Indem die Programminstrumente von Anfang an unterschiedliche Themenakzente in Bezug auf die NGOs in der Ukraine setzten, wirkten sie sich entsprechend auch auf verschiedene Art und Weise auf die externe Förderung der einzelnen Domänen der Demokratisierung aus. So konnten innerhalb jedes der Programminstrumente eigentliche thematische Schwerpunkte in Bezug auf die Förderung der ukrainischen NGOs definiert werden, wie Menschenrechte, demokratische Wahlen und unabhängige Justiz (*EIDHR*), Unterstützung der Zivilgesellschaft in ihrer institutionellen Entwicklung (*TACIS (IBPP)*), Stärkung der öffentlichen Verwaltung und der lokalen Selbstverwaltung (*NSA&LA*), Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure

der Demokratisierung, Korruptionsbekämpfung und Effizienzförderung der lokalen Verwaltungsstrukturen (*NCSF*). Zu unterstreichen ist auch die herausragende Bedeutung von *EIDHR* als jenes Programminstrument der EU, das insgesamt die höchste Zahl demokratieorientierter Projekte der untersuchten ukrainischen NGOs 1994–2015 förderte. So fungierte *EIDHR* in der ersten und zweiten Zeitphase der Untersuchung als der wichtigste institutionelle Rahmen der EU zur demokratieorientierten Kooperation mit der ukrainischen Zivilgesellschaft und konnte auch in der dritten Zeitphase neben dem Programminstrument *NCSF* seine prioritäre Bedeutung auf diesem Fördergebiet bewahren.

Fünftens demonstrierten die 15 Fallbeispiele der Untersuchung, dass kein direkter Zusammenhang zwischen der internen Stärkung der NGOs in ihren Kapazitäten auf der einen, und den externen Auswirkungen ihrer Projektförderung durch die EU für einzelne Prozesse der Demokratisierung vor Ort auf der anderen Seite bestand. So nutzten die NGOs für die eigentliche Projektarbeit in der Regel ihre schon vorhandenen Kapazitäten. Das Antrainieren neuer oder die Stärkung schon vorhandener Kapazitäten der NGOs erfolgte somit gleichzeitig zur eigentlichen Projektarbeit. Dementsprechend lassen die Ergebnisse dieser Untersuchung annehmen, dass die internen Kapazitäten der NGOs, die durch die Umsetzung ihrer EU-Projekte gefordert waren, noch während der Projektlaufzeit zu bestimmten positiven Ergebnissen in Bezug auf die Demokratisierung beitragen konnten, allerdings nicht mussten. Viel mehr wirkten diese im Verlauf der EU-Förderung gestärkten Kapazitäten der NGOs, wie schon oben angedeutet, erst nach und nicht während der Umsetzung der EU-Projekte in Zielen der Demokratisierung, wie im Rahmen ihrer folgenden, thematisch ähnlichen demokratischen Projekte, nach. Somit bietet es sich an, die beiden Dimensionen der Stärkung der NGOs als Akteure der Demokratisierung, wie sie hier die zwei Subvariablen der abhängigen Variablen der Untersuchung wiedergeben, in kein direktes Kausalverhältnis zueinander zu bringen, sondern diese als gleichzeitig laufende Prozesse zu betrachten.

Im Verlauf der weiteren Diskussion über die zwischen den beiden Subvariablen bestehenden Zusammenhänge konnten auch vier Typen der nachhaltig orientierten Fördermaßnahmen skizziert werden, die sich im Rahmen der untersuchten EU-Projekte zugleich positiv auf einzelne Bereiche der „eingebetteten“ Demokratie auswirkten und dabei die projektausführenden NGOs in ihren internen Kapazitäten, welche sie für die Umsetzung ihrer Aufgaben zur Demokratieförderung vor Ort einsetzten, stärkten. Neue Projekte oder eine Fortsetzung der schon eingeleiteten Projektinitiativen, unterschiedliche Produkte der Politikforschung und Analyse, gebildete Netzwerkstrukturen mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft oder der Politik, verabschiedete Gesetzinitiativen oder berücksichtigte Politikempfehlungen stellten solche Typen der Projektmaßnahmen dar. Dabei konnten 13 der 15 untersuchten NGOs in ihren EU-geförderten Projekten Ergebnisse vorweisen, die mithilfe der Einsetzung aller vier genannten Typen solcher Fördermaßnahmen zustande kamen (vgl. Kap. 14.3.1). Daraus ergibt sich, dass sich die effizientesten Maßnahmen der EU-geförderten Projekte in Bezug auf die Stärkung der projektausführenden NGOs als Akteure der Demokratisierung durch die vier genannten Typen umkreisen lassen.

Im Weiteren bestätigte die empirische Untersuchung, dass die Möglichkeiten und Grenzen der ukrainischen NGOs, mit der EU als externem Akteur der Demokratieförderung zu kooperieren, in unmittelbarem Zusammenhang mit den einzelnen innerstaatlichen Strukturen stehen, wie sie hier mit dem Konzept *domestic opportunity structures* bezeichnet sind. Die vorliegende Arbeit schränkte sich auf drei dieser Opportunitätsstrukturen – die Ausstattung der NGOs mit notwendigen Kapazitäten, ihr bestehendes Verhältnis zu staatlichen Politikakteuren und der eigentliche Willen der NGOs zur Kooperation mit der EU als externem Akteur – ein. Dabei wiesen alle 15 ukrainischen NGOs als Fallbeispiele der Untersuchung eine vergleichsweise positive Bilanz in Bezug auf den

Entwicklungsstand dieser drei Opportunitätsstrukturen zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung um EU-Projektfördermittel auf. Dies ließ darauf schließen, dass die besten Chancen auf eine effiziente projektorientierte Kooperation mit der EU in der Ukraine jene NGOs haben, die sich auf ausreichend entwickelte institutionelle und fachliche Kapazitäten sowie eingespielte Kommunikations- und Kooperationskanäle mit Akteuren der Zivilgesellschaft bzw. der Politik auf nationaler und europäischer Ebene stützen können und dabei auch ihr Interesse an der Förderung durch die EU offen bekunden. Dies erklärt wiederum die deutliche Tendenz zur Herausbildung eines Kreises ressourcenstarker und hoch professionalisierter NGOs in der Ukraine, die immer wieder von der EU gefördert werden. Eine interessante Beobachtung war zudem, dass solche NGOs auch aktiv untereinander im Rahmen ihrer EU-geförderten oder der sonstigen Projekte kooperierten. Somit konnte sich bis 2015 ein Netzwerk ukrainischer NGOs mit Sitz in Kiew bilden, die von der EU mindestens einmal, häufig aber auch mehrfach, gefördert wurden bzw. im Rahmen dieser Förderung verstärkt nach entsprechenden Kommunikations- und Kooperationskanälen untereinander suchten, um sich gegenseitig technisch, fachlich oder informationell in ihrer demokratieorientierten Arbeit zu unterstützen. Darunter sind beispielsweise die hiermit untersuchten NGOs wie *CPLR*, *ISAR*, „*Ednannia*“, *Resource Center HURT*, *CEDEM*, *UHHRU*, *DIF* oder *ALI* zu nennen. Dieser „Nebeneffekt“ der direkten Projektförderung ukrainischer NGOs durch die EU diente auch der nachhaltigen Stärkung ihrer Kapazitäten der Kommunikation bzw. des Networkings (vgl. Kap. 14.1.1 und 14.3.1).

Zugleich zeigte die Untersuchung, dass das Vorhandensein der drei genannten Opportunitätsstrukturen zwar eine wichtige, aber dennoch keine hinreichende Bedingung für die projektorientierte finanzielle Förderung der ukrainischen NGOs durch die EU darstellte; auch andere Faktoren spielten eine Rolle für den Erfolg der Projektbewerbungen bei der EU. Eine genaue Aufklärung dieser Faktoren ist jedoch vor dem Hintergrund der Geschlossenheit der geltenden Projektwahlverfahren keine einfache Aufgabe. So kritisierten mehrere der in dieser Arbeit interviewten NGOs die EU-Vertretung für die Intransparenz ihrer Entscheidungen im Rahmen des Projektauswahlverfahrens *calls for proposals*, die gegenüber den Antragstellern nicht begründet werden müssen (vgl. Interview Palyvoda 2015; Interview Taran 2015; Interview Tyshchenko 2015). Unter solchen Umständen ist es schwierig, die weiteren Motive nachzuverfolgen, die die EU außerhalb der genannten Opportunitätsstrukturen zur Bewilligung oder Ablehnung von Projektanträgen ukrainischer NGOs im Zeitraum dieser Untersuchung bewegten.

Darüber hinaus offenbarte die Untersuchung eine Reihe von Stärken und Schwächen der direkten Projektförderung der EU, die deren Wirksamkeit als Strategie der externen *bottom-up*-Demokratisierung mitbeeinflussten. Als eindeutige Vorteile der EU im Vergleich zu anderen ausländischen Förderern der ukrainischen Zivilgesellschaft nannten die interviewten ukrainischen NGOs die Langfristigkeit der Förderung und die Bereitstellung von vergleichsweise hohen Projektbudgetmitteln. Als positiv empfanden sie auch die zunehmende Tendenz seitens der EU, die thematischen Akzente der direkten Projektförderung zugunsten der lokalen Ebene der Politik und der Zivilgesellschaft in der Ukraine zu verlagern und somit in den ukrainischen Regionen vor Ort die Demokratisierung via zivilgesellschaftlichen Kanälen stärker voranzutreiben. Besonders auffällig ist dabei die zunehmende Bedeutung der lokalen Dimension innerhalb der Instrumente *EIDHR* und *NCSF* für die externe Zivilgesellschaftsförderung in der dritten Zeitphase der Untersuchung (2010–2015). In den autoritär geprägten Zeiten von Präsident Janukowitsch hing dies großteils damit zusammen, dass die Akteure der Zivilgesellschaft nur sehr begrenzt die Möglichkeiten hatten, mit Akteuren der nationalen Politik wie einzelnen Ministerien oder der Verkhovna Rada der Ukraine zu kooperieren. Somit wandte sich auch die EU der Aufgabe zu, die ukrainischen NGOs als Mitgestalter

der lokalen Selbstverwaltung bzw. der Politik der regionalen Entwicklung zu stärken und somit ihre Einflussnahme auf die lokale Dynamik der Demokratisierung zu erweitern. Nach der *Euromajdan*-Revolution erkannte die EU in der stärkeren Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die lokale Politik eine wichtige Voraussetzung, um eine effiziente Implementierung der ausstehenden demokratischen Schlüsselreformen, zu denen sich die neue Macht verpflichtete, in den ukrainischen Regionen vor Ort zu begünstigen (vgl. Interview Tymoshchuk 2015). Als Folge widmeten sich mehrere *calls for proposals* der EU-Vertretung in Kiew für ukrainische NGOs im Rahmen der Programminstrumente *EIDHR*, *NSA&LA* und *NCSF* Themen, die die Transparenz und Effizienz der Arbeit der Organe der lokalen Verwaltung und Selbstverwaltung zu steigern versprochen.

Zu schätzen wussten die Experten der ukrainischen NGOs auch den hohen Stellenwert, welchen die EU der Sicherung von Nachhaltigkeit innerhalb der geförderten zivilgesellschaftlichen Projekte traditionell zuweist (vgl. Kap. 10.2.2 und Kap. 13.5.2). Beispielsweise bestätigte die absolute Mehrheit der interviewten NGOs, sich auch nach dem Schluss ihrer EU-geförderten Projekte weiterhin mit deren Themen oder den in ihrem Rahmen gegründeten Initiativen beschäftigt zu haben oder sich künftig beschäftigen zu wollen. Die meisten der im Rahmen der EU-geförderten Projekte gebildeten Kooperations- und Kommunikationsnetzwerke der projektausführenden NGOs mit Akteuren der Politik und Zivilgesellschaft setzten ihre Arbeit zugunsten der einzelnen Aufgaben der Demokratisierung auch nach dem Ende der Projektfinanzierung aus der EU, wenn auch oft in begrenztem Umfang, fort (vgl. Tab. 58). Insbesondere profitierten davon fachlich und institutionell NGOs wie *CEDEM*, *OPORA*, *UHRU*, *ULAF*, *ISAR*, „*Ednannia*“, *DIF*, *ALI*, *EIDOS*, *CPLR*, *CVU* und *EIDOS* direkt.

Als Schwächen der Projektförderung durch die EU empfanden die ukrainischen NGOs hingegen komplizierte und zum Teil auch intransparente Bewerbungsverfahren um Projektfördermittel, einen mangelnden Austausch mit der EU über den aktuellen Förderbedarf bzw. unzureichende Möglichkeiten, die Inhalte und Prioritäten der EU in Bezug auf die Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft mitzubestimmen. Die ukrainischen NGOs kritisierten die EU-Vertretung in Kiew ebenso für ihre geringe Bereitschaft, notwendige Änderungen in den eingespielten Mustern der Projektförderung ukrainischer NGOs vorzunehmen. So zeigten sich mehrere Interviewpartner skeptisch, dass die EU ihre Verbesserungsvorschläge jemals weitgehend für eine effizientere und transparentere Zusammenarbeit im Bereich der Demokratieförderung berücksichtigen würde (vgl. Interview Tyshchenko 2015; Interview Taran 2015; Interview Chernikov 2015; Interview Lynnyk 2015).

Auch die schon oben ausführlich diskutierte Tendenz, sich in der Förderung der ukrainischen NGOs auf einen begrenzten Kreis der NGOs zu konzentrieren, fand in den Kreisen der interviewten zivilgesellschaftlichen Experten eine ambivalente Einschätzung. Zwar hält die EU es für notwendig, sich aufgrund des Umfangs der Finanzfördermittel, der thematischen Komplexität und Langfristigkeit ihrer externen Förderung der ukrainischen Zivilgesellschaft vorrangig auf NGOs mit etablierten Strukturen, entsprechend qualifiziertem Personal und vorhandenen Erfahrungen im Bereich der Kooperation mit externen Förderakteuren zu konzentrieren (vgl. Interview de Mercey 2015). Der Meinung mehrerer in dieser Arbeit interviewten zivilgesellschaftlichen Experten nach, steht dieser Förderansatz jedoch mit der aktuellen Entwicklungsdynamik der ukrainischen Zivilgesellschaft in keinem Verhältnis (vgl. Interview Ermolenko 2015; Interview Maksak 2015; Interview Palyvoda 2015). Denn insbesondere seit der *Euromajdan*-Revolution 2013/2014 sind es Akteure außerhalb des NGO-Sektors wie Bürgernetzwerke, Freiwilligenvereine, Medieninitiativen oder Bürgerbewegungen, die die Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft als Mitgestalter demokratischer Prozesse vor Ort maßgeblich prägen (vgl. Kap. 1.2). Somit bleibt für die Ukraine die

Diskussionsfrage aktuell, ob und inwiefern die EU mit der Akzentsetzung auf gut etablierten, organisationsstarken NGOs als Adressaten ihrer Förderprogramme die Bildung einer sogenannten „geteilten Zivilgesellschaft“ begünstigt, die sich von den eigentlichen lokalen Problemen und Bedürfnissen der ukrainischen Gesellschaft abgrenzt und dadurch ihre praktische Relevanz als Akteur der Demokratisierung vor Ort infrage stellt (vgl. Hahn-Fuhr/Worschech 2014: 29-31).³³⁶

Im Weiteren bedürfen die Unterschiede in den Akzenten, der Logik und den Ergebnissen der projektorientierten Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung durch die EU zwischen den einzelnen Zeitphasen der Untersuchung einer kurzen Zusammenfassung. Besonders deutlich offenbarte sich hier eine Tendenz zur kontinuierlichen Aufwertung der politischen Dimension der externen Demokratieförderung durch die EU via zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Ukraine von der ersten bis zur dritten Zeitphase dieser Untersuchung. In den autoritär geprägten Zeiten der Präsidentschaft Leonid Kutschmas, die innerhalb der ersten Phase der Untersuchung analysiert wurde, hielten sich die NGOs oft bewusst aus den politisch orientierten Themenbereichen der Demokratisierung heraus, um einen möglichen Druck seitens der Regierungsakteure auf ihre Arbeit zu vermeiden. Dies erklärt die vergleichsweise geringe Zahl EU-geförderter Projekte dieser Zeitphase der Untersuchung, die im politischen Themenfeld der Demokratisierung stattfanden. Im Rahmen der voranschreitenden Stagnation der ukrainischen Demokratie erkannte auch die EU ihrerseits wenige Spielräume, dieser durch eine gezielte Förderung der NGOs effizient entgegenzuwirken. Viel mehr Potenzial sah die EU hingegen in der Förderung sozial orientierter NGOs im Umgang mit brisanten politischen Themen, was auch die getroffene Projektauswahl für diese Zeitphase der Untersuchung mitbestätigt. Die wenigen Projekte mit einer politischen Relevanz für die Demokratisierung vor Ort betrafen dabei eher die lokale als nationale Politikebene, was wiederum auf das angespannte Verhältnis des zivilgesellschaftlichen Sektors mit der zentralen Regierung in Kiew 1994–2005 zurückzuführen ist (vgl. Kap. 6.1.1 und 6.2.1).

Bescheiden fiel die Bilanz der NGO-Förderung in der Ukraine durch die EU in den politisch aufgestellten Bereichen der Demokratisierung, wie diese hier anhand des Modells einer „eingebetteten“ Demokratie präsentiert wurden, auch innerhalb der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010) aus. Trotz einer generellen Aufwertung der politischen Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure als Mitgestalter der Demokratisierung vor Ort seit der Orangen Revolution 2004/2005 brachte die Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos keine wesentlichen Verbesserungen, weder in Bezug auf die finanziellen noch auf den institutionellen Rahmen der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in der Ukraine. Auch das 2007 in Gang gesetzte *ENPI* führte erst 2011 zur Direktförderung erster eigenständiger Projekte ukrainischer NGOs, sodass dieses im Gesamtbild ihrer Kooperation mit der EU 2005–2010 noch keine bedeutende Rolle spielte. Auch die strukturelle Instabilität des ukrainischen NGO-Sektors und seine mangelnden Erfahrungen in der Kooperation mit Regierungsakteuren in Fragen der Demokratisierung schwächten sowohl die Möglichkeiten als auch das Interesse der EU daran, ihre Strategien und Programme zur externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine kritisch zu überdenken bzw. entsprechend zu verbessern.

Erst in der dritten Zeitphase der Untersuchung (2010–2015) kam es zur Fortentwicklung der Zivilgesellschaftsförderung als einer eindeutigen Priorität der externen Demokratisierung der Ukraine durch die EU. Dies ist vor allem auf die neue Entwicklungsdynamik der ukrainischen Zivilgesellschaft seit 2010 als aktiven Akteur der Demokratisierung zurückzuführen. Während die ukrainische Zivilgesellschaft sich immer deutlicher als eine konsolidierte Kraft im Kampf gegen die Stagnation der demokratischen Prozesse in der Ukraine in den Jahren der Präsidentschaft

³³⁶ Dieser Aspekt der Forschungsergebnisse wird unten in Kap. 14.6 genauer diskutiert.

Janukowitschs positioniert, sieht auch die EU in ihrer Unterstützung neue Chancen, die Demokratisierung vor Ort voranzutreiben. Den ukrainischen NGOs bietet die EU neue Förderungsmöglichkeiten im Rahmen der 2011 in Gang gesetzten Programminstrumente *NCSF*, *NSA&LA* und *EED* bzw. infolge der Erweiterung der Finanzierung im Programmrahmen von *EIDHR*. Gestärkt wurde außerdem die politische Unterstützung der EU für ukrainische NGOs in ihrem Dialog mit Akteuren der nationalen und EU-Politik, wie im Rahmen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft bzw. seiner nationalen Plattform seit 2011. Mit der *Euromajdan*-Revolution 2013/2014 bindet auch die ukrainische Regierung die Zivilgesellschaft immer stärker in die Konzipierung und Umsetzung der von der EU erwarteten demokratischen Reformen ein. Zusammen erklären diese Gründe die steigende Relevanz der externen Zivilgesellschaftsförderung für die EU in der Ukraine während der dritten Zeitphase der Untersuchung. Somit förderte die EU 2010–2015 insgesamt mehr Projekte, als in der ersten und zweiten Zeitphasen zusammengenommen (1994–2010). Gemeinsam mit den erweiterten Förderungsmöglichkeiten stiegen jedoch auch die verfahrenstechnischen und inhaltlichen Forderungen der EU an die ukrainischen NGOs im Rahmen der Projektförderverfahren *calls for proposals* bzw. *calls for tenders*. Die bewilligten Projekte wurden dadurch thematisch komplexer und spezifischer, indem sie zur Lösung konkreter gesellschaftspolitischer Probleme schon in der Planungsphase klare Strategien, Konzepte und Maßnahmen ausführlich zu reglementieren versuchten (vgl. Interview Zolkina 2015).

Diese Bilanz der durchgeführten empirischen Untersuchung anhand der ausgewählten Fallbeispiele legt den Schluss nahe, dass die EU, trotz der genannten kritischen Aspekte, die NGOs in der Ukraine als Akteure sowohl intern in ihren Kapazitäten stärkte, als auch ihnen ermöglichte, sich im Verlauf der Förderung nach außen positiv auf die Demokratisierung auszuwirken. Diese Ergebnisse zeigten am Beispiel der Ukraine somit, dass die EU die lokalen Zivilgesellschaften der Nachbarländer zugleich als Ziele und Instrumente ihrer Programme zur externen Demokratieförderung betrachtet. So agierten die in dieser Arbeit untersuchten ukrainischen NGOs gleichzeitig als direkte Adressaten der Fördermittel und als Kooperationspartner der EU bei der Durchsetzung ihrer Ziele in Bezug auf einzelne Schlüsselbereiche der Demokratisierung vor Ort. Hinsichtlich der internen Stärkung der ukrainischen NGOs infolge der EU-Förderung gilt zu betonen, dass diese vor allem auf die Verbesserung ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten in den Aufgabefeldern der Interessenvertretung, Regierungskontrolle, Kommunikation und Sozialisation gerichtet war bzw. sich eher als *side effect* im Verlauf der eigentlichen themenspezifischen Projektarbeit zugunsten der Demokratisierung offenbarte. In Bezug auf die externen Auswirkungen der direkten EU-Förderung ukrainischer NGOs auf die Demokratisierung sind insbesondere die positiven Ergebnisse der umgesetzten Projekte hinsichtlich der Bereiche der demokratischen Wahlen, bürgerlichen Freiheitsrechte, der Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung bzw. lokalen Selbstverwaltung und der Stärkung der Zivilgesellschaft in ihrem weiten Sinne als Akteur der demokratischen Prozesse vor Ort zu nennen. Zugleich bestätigte die empirische Untersuchung die meisten der im theoretischen Teil dieser Arbeit diskutierten wichtigsten Aspekte, Tendenzen und Besonderheiten der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in ihren osteuropäischen Nachbarschaftsstaaten am Beispiel der Ukraine – beispielsweise der stark NGO-zentrierte Ansatz der Förderung; Favorisierung von großen, langfristig angelegten bzw. nachhaltig orientierten Projekte mit erheblichen Budgetmitteln; komplizierte und lange Projektbewerbungsverfahren; die entscheidende Rolle, die für die Auswahl der NGOs als Empfänger der EU-Fördermittel deren institutionelle Stärke, das bestehende Verhältnis zum Staat bzw. der Willen zur Kooperation mit der EU spielten.

Zurückblickend auf die zentrale Fragestellung dieser Arbeit folgt, dass die EU durch ihre direkte Unterstützung zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratisierung im postkommunistischen Osteuroparaum am Beispiel der Ukraine beiträgt. Diese Ergebnisse widerlegen somit großteils die am Anfang dieser Arbeit geäußerten Bedenken hinsichtlich der grundsätzlichen Möglichkeiten der externen Zivilgesellschaftsförderung, die Demokratisierung in postkommunistischen EU-Nachbarländern vor Ort ohne eine ausdrückliche Perspektive der EU-Mitgliedschaft wie im Fall der Ukraine zu unterstützen. Weder der stark NGO-zentrierte Ansatz der externen Zivilgesellschaftsförderung noch die überdurchschnittlich komplizierten Projektförderverfahren hinderten die EU daran, zumindest einen Kreis ressourcenstärkerer und hochprofessionalisierter NGOs im Verlauf der Förderung langfristig angelegter, nachhaltig orientierter und finanziell starker Projekte in ihrer Arbeit zugunsten der Demokratisierung in der Ukraine zu stärken. Gezeigt wurde außerdem, dass von der gezielten Projektförderung solcher größeren und stärkeren NGOs der ukrainischen Hauptstadt auch viele kleinere lokale NGOs, großteils mit Sitz in den ukrainischen Regionen, als Partner oder Teilnehmer einzelner Maßnahmen und Aktivitäten der umgesetzten Projekte profitierten. Gleichzeitig gilt stets zu beachten, dass die vorliegenden Ergebnisse dieser Untersuchung nur eine Dimension des Gesamtbilds der EU-Förderung für ukrainische NGOs darstellen, wenn auch die größte und finanziell stärkste. Auch die weiteren Einschränkungen der angebotenen Untersuchung, wie sie unten ausgeführt werden, sind mitzubersichtigen.

14.6 Forschungsausblick

Im Rahmen der im Vorhergehenden diskutierten, allgemein positiven Schlussfolgerungen bezüglich der Frage, ob die EU die zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung in der Ukraine als ihrem östlichen Nachbarland direkt stärken kann, sind bei der abschließenden Generalisierung der erhaltenen Ergebnisse stets auch die Grenzen dieser Forschung zu beachten. Zugleich bilden solche Grenzen wichtige Implikationen für die künftige Forschung auf dem Themengebiet der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in Osteuropa am Beispiel der Ukraine, sodass sie eine ausführlichere Diskussion durchaus verdienen.

Zuallererst muss im Blick behalten werden, dass diese Untersuchung mit der direkten projektorientierten Förderung der NGOs nur eine der Dimensionen der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in der Ukraine analysierte. Zugleich kommt ein weiterer erheblicher Teil an EU-Fördermitteln zivilgesellschaftlichen Akteuren in osteuropäischen Ländern wie der Ukraine durch andere Formate der Projektförderung zu. Erstens sind hier die zivilgesellschaftlichen Projekte zu erwähnen, die die EU mit einer weiteren internationalen Organisation wie den Vereinten Nationen, der OSZE oder dem Europarat mitfinanziert bzw. vor Ort unter Einbeziehung lokaler NGOs mit umsetzt. Zweitens spielen im Gesamtgefüge der externen Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft durch die EU Projekte eine immer größere Rolle, die größere internationale NGOs oder Stiftungen der EU-Mitgliedstaaten, wie *Transparency International*, *Konrad-Adenauer-Stiftung*, *Stefan-Batory-Foundation* oder *Renaissance Foundation*, unter Einbeziehung von lokalen NGOs mithilfe von EU-Finanzierung in der Ukraine umsetzen (vgl. Interview Harter 2015; Kap. 9.3). Eine interessante Forschungsperspektive auf diesem Themengebiet könnte sich somit ergeben, indem man die Fragestellung dieser Arbeit ebenfalls im Kontext dieser anderen Formen der externen Projektförderung der ukrainischen NGOs aufgreift. Neue Erkenntnisse könnten beispielsweise aus einer vergleichenden Studie aller drei genannten Formen hervorgehen,

die ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich ihrer Erfolge, Funktionslogik und praktischen Ergebnisse in Bezug auf die Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Demokratisierung in der Ukraine diskutiert. Daraus könnten sich zum Beispiel neue Impulse für die aktuellen Diskussionen in der EU über Wege zur Optimierung ihrer Strategien der externen Zivilgesellschaftsförderung in der östlichen Nachbarschaft entwickeln. Außerdem wären dadurch auch die qualitativen Vor- und Nachteile der direkten Projektförderung ukrainischer NGOs durch die EU besser erkennbar, was wiederum zu sinnvollen Verbesserungsvorschlägen für deren Strategien und Konzepte führen könnte.

Zu beachten ist ferner, dass im Vordergrund dieser Forschung die Feststellung von Zusammenhängen zwischen den Programminstrumenten, Maßnahmen und Ansätzen der externen EU-Förderung der NGOs und ihrer dadurch bedingten eigentlichen Stärkung als Akteure der Demokratisierung in der Ukraine vor Ort stand. Das zentrale Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtete sich somit auf die Frage, ob und wie die EU die ukrainischen zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung am Beispiel der NGOs stärkte, und nicht, inwiefern ihr dies im vorgehenden Zeitrahmen gelungen ist. Somit wurde auf eine genaue Messung der Effizienz der erreichten Ergebnisse der EU-Projektförderung ukrainischer NGOs für die Erfolgssicherung ihrer Ziele und Aufgaben im Bereich der Demokratisierung verzichtet, alleine schon, weil die hierfür benötigten empirischen Daten im Rahmen dieser Untersuchung nicht zur Verfügung standen (vgl. Kap. 1.4.6). Ebenfalls ist fraglich, inwiefern eine solche Effizienzmessung ausschließlich anhand eines ausgewählten Kreises direkt geförderter ukrainischer NGOs über die Wirksamkeit der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in der Ukraine Auskunft geben könnte. Denn immerhin stellt dies nur eine ihrer Dimensionen, wenn auch die größte, dar. Mehr Objektivität verspricht stattdessen eine Messung der Gesamteffizienz der externen EU-Unterstützung ukrainischer NGOs bezüglich ihrer Stärkung als Akteure der Demokratisierung im gegebenen Untersuchungszeitraum, indem dafür alle drei oben erwähnten Dimensionen der projektorientierten Zivilgesellschaftsförderung auf einmal in Erwägung gezogen werden. Dies könnte beispielsweise zu neuen Ansätzen in der Diskussion führen, inwiefern die externe Zivilgesellschaftsförderung sich tatsächlich als wirksame Strategie oder in gewissen Hinsichten sogar als Alternative zur Kooperation der EU mit Akteuren der Regierung in Aufgaben der Demokratieförderung in ihrer östlichen Nachbarschaft erweisen könnte.

Mit der Einschränkung des empirischen Gegenstands der Untersuchung auf den Bereich der Projektfinanzierung der ukrainischen NGOs wurde in dieser Arbeit ebenfalls bewusst auf eine weitere Analyse ihrer rein politischen Unterstützung durch die EU verzichtet. Dabei bestätigten mehrere der in dieser Arbeit interviewten NGO-Experten, dass diese Dimension der EU-Förderung für sie nicht weniger wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, als die projektorientierte Kooperation mit Brüssel war (vgl. Interview Ihor Kohut 2015; Interview Andrii Kohut 2015; Interview Sheihus 2015; Interview Palyvoda 2015; Interview Tymoshchuk 2015; Interview Zolkina 2015; Interview Shevchenko 2016). Direkte Kontakte mit EU-Institutionen, Teilnahme an Veranstaltungen der EU-Vertretung vor Ort oder auch informationelle und technische Unterstützung der EU bei der Durchführung eigener demokratischer Projekte, situative Hilfe der EU im Dialog mit nationalen Regierungsakteuren, Teilnahme am Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft sowie an seiner nationalen Plattform sah die absolute Mehrheit der untersuchten 15 ukrainischen NGOs 1994–2015 als wichtige Instrumente ihrer Kooperation mit der EU in Zielen der Demokratieförderung vor Ort. Mehrere der interviewten NGOs wiesen somit auf positive Erfahrungen mit solchen Unterstützungsmaßnahmen seitens der EU-Institutionen in Brüssel oder der EU-Vertretung in Kiew, um die nationale und lokale Politik als Akteure der Demokratisierung beeinflussen zu können, hin (vgl. Kap. 14.4). Zugleich zeigte die Untersuchung, dass die NGOs, die sich auf eine lange Tradition politischer,

demokratieorientierter Kommunikation und Kooperation mit Brüssel stützen konnten, von Anfang an bessere Chancen auf die Gewährung von *grants* aus der EU zur Umsetzung ihrer Projekte im Rahmen der lokalen *calls for proposals* oder *calls for tenders* hatten. Dies kann u. a. dadurch erklärt werden, dass es meistens die NGOs mit ausgeprägtem Interesse und Willen zur Förderung aus der EU sind, die sich am Angebot solcher politischen Unterstützung aus Brüssel besonders aktiv beteiligen. Dabei stellt das Vorhandensein eines solchen Willens eine der drei wichtigen innerstaatlichen Opportunitätsstrukturen, die die Möglichkeiten der lokalen NGOs für eine direkte Förderung aus der EU mitbestimmen, dar (vgl. Kap. 10.2.3). Aus dieser Perspektive bedarf die Fragestellung, in welchem Zusammenhang diese rein politische Form der Kommunikation und Kooperation der ukrainischen NGOs mit der EU mit ihren Chancen auf eine direkte finanzielle Förderung der EU steht, durchaus einer präziseren Erforschung. Von Interesse könnte ebenfalls die Frage sein, wie Umfang und Charakter solcher politischen Unterstützung der ukrainischen NGOs aus der EU die Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse ihrer EU-geförderten Projekte bisher prägen konnten. So zeigte diese Forschung, dass mehrere der untersuchten 25 EU-geförderten Projekte sich durch eine ausgeprägte Komponente der Kommunikation und Zusammenarbeit mit politischen Akteuren der EU bzw. der EU-Länder auszeichneten. Auch die untersuchten Programminstrumente der EU zur direkten Förderung der NGOs 1994–2015 schrieben die Unterstützung der NGOs in ihrem Dialog mit nationalen Politikakteuren bzw. in ihrem Bemühen, auf die ausstehenden demokratischen Reformen in Kooperation mit der Regierung Einfluss zu nehmen, als wichtiges Förderziel fest. Es könnte von daher für die weitere Forschung auf diesem Themengebiet von Interesse sein, der Frage nachzugehen, wie die ukrainischen NGOs das Angebot solcher politisch orientierten Unterstützung seitens der EU bisher, u. a. ergänzend zu ihrer direkt aus der EU geförderten Projektarbeit, nutzten.

Neue Forschungsimpulse könnten sich außerdem durch den Vergleich der Fallstudie Ukraine mit anderen Ländern Osteuropas bzw. der Initiative der Östlichen Partnerschaft entlang der Frage ergeben, ob und wie die EU in diesen Ländern mithilfe ihrer einzelnen Programminstrumente zur externen Zivilgesellschaftsförderung die lokalen NGOs bisher in ihrer Rolle als Akteure der Demokratisierung stärken konnte. Immerhin zeigten einzelne Länder der Östlichen Partnerschaft seit der Gründung der Initiative sowohl Gemeinsamkeiten als auch erhebliche Unterschiede in ihrer Dynamik der Demokratisierung bzw. der europäischen Integration, u. a. via der Kooperation mit Akteuren der Zivilgesellschaft, auf. Zum Beispiel wird die Ukraine seit 2009 besonders in ihren Fortschritten bei der Umsetzung bilateraler und multilateraler Kooperationsprogramme im Rahmen der Östlichen Partnerschaft bzw. der demokratischen Reformen im Sinne des Assoziierungsabkommens oft mit Georgien und der Republik Moldau verglichen. Eine ausführlichere vergleichende Analyse der Rolle der EU als externer Förderer der Zivilgesellschaft für die Sicherung von Demokratisierungsfortschritten in der Ukraine mit anderen Ländern dieser Region kann somit zu wichtigen Erkenntnissen darüber führen, wo es Reformbedarf in den hierfür verfügbaren Strategien und Ansätzen der EU in diesem Raum gibt bzw. wie dieser zu lösen ist.

In den Diskussionen darüber, ob und wie die EU die ukrainische Zivilgesellschaft als Akteur der Demokratisierung bisher stärkte bzw. weiterhin stärken kann, verdient außerdem das Problem der mangelnden Transparenz hinsichtlich der Verfahren und der tatsächlichen Ergebnisse der NGO-Förderung durch die EU mehr Aufmerksamkeit. Der geschlossene Charakter der Projektbewerbungsverfahren der EU-Vertretung in Kiew, mangelhafte Informationen über tatsächliche Ergebnisse der direkten EU-Förderung der lokalen NGOs bzw. unzureichende Kommunikation der EU mit der Öffentlichkeit über die praktische Relevanz solcher Förderergebnisse für demokratische Prozesse vor Ort stehen in einem gewissen Widerspruch mit den Zielen und Motiven der EU als externer Demokratieförderer in der Ukraine. Auch bei der Interpretation der

Ergebnisse dieser Forschung muss stets die Tatsache mitberücksichtigt werden, dass in Bezug auf die meisten hier untersuchten EU-Projekte keine externen Evaluationsberichte oder sonstige Referenzen unabhängiger Träger über Erfolge und Probleme der umgesetzten Projekte zur Verfügung standen. Dementsprechend schränkte sich die empirische Basis dieser Untersuchung grundsätzlich auf Quellen ein, die, wie Interviews mit ihren Experten oder selbstverfasste narrative Projektberichte, von projektausführenden NGOs selbst stammten und somit in ihrer Objektivität zum Teil hinterfragt werden können. Das häufige Fehlen einer unparteiischen Experteneinschätzung der Ergebnisse der EU-Förderung ist einer der Gründe, warum diese Arbeit auf eine genauere Überprüfung der Effizienz der projektorientierten EU-Förderung ukrainischer NGOs bei der Umsetzung ihrer Aufgaben als Akteure der Demokratisierung verzichtete. Auch die einzelnen im Rahmen der Arbeit interviewten zivilgesellschaftlichen Experten konnten bestätigen, dass die EU selbst zum Projektschluss kaum oder nur sehr begrenzt eine Kontroll- und Evaluationsarbeit hinsichtlich der Effizienz und Objektivität der von geförderten NGOs vorgelegten Ergebnisse durchführte. So wird im institutionellen Rahmen der einzelnen analysierten Programminstrumente der EU zur externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine explizit keine Finanzierung der abschließenden Qualitätskontrolle der geleisteten Projektarbeit angeboten. Von Nutzen könnte daher eine weitere politikwissenschaftliche Diskussion über Fragen darüber sein, womit diese vergleichsweise niedrige Transparenz in Bezug auf Informationen über die Abläufe und Ergebnisse der projektorientierten NGO-Förderung durch die EU in der Ukraine zusammenhängt, inwiefern diese durch das Verhalten der lokalen NGOs vor Ort selbst ausgelöst wird bzw. wie die EU künftig besser damit umgehen kann.

Die Untersuchung bietet außerdem Anknüpfungspunkte für eine weitere Auseinandersetzung mit der Frage, ob die EU mit ihren Strategien und Ansätzen der externen Zivilgesellschaftsförderung das Phänomen der sogenannten „geteilten Zivilgesellschaften“ (Worschech 2018) in der Ukraine begünstigte bzw. begünstigen kann. So konnte im Rahmen dieser Arbeit am Beispiel der Ukraine gezeigt werden, dass die EU sich in ihrem Agieren als Förderer der Zivilgesellschaften in den östlichen Nachbarstaaten tatsächlich auf einen überschaubaren Kreis der hoch professionalisierten und ressourcenstärkeren NGOs konzentriert. Wie schon erwähnt, argumentiert die EU dafür damit, dass nur Organisationen mit klaren Strukturen und ausreichenden institutionellen Kapazitäten das notwendige Vertrauen darin hervorrufen, dass sie die in der Regel überdurchschnittlich hohen EU-Projektbudgetmitteln effizient verwalten können (vgl. Interview de Mercey 2015). So bestätigte die Untersuchung, dass die Stärke der internen institutionellen und fachlichen Kapazitäten der ukrainischen NGOs im Zeitraum 1994–2015 bereits zum Zeitpunkt der Projektbewerbung in einem direkten Zusammenhang mit ihren Möglichkeiten und Grenzen stand, von der EU direkt gefördert zu werden; beispielsweise im Bereich der Interessenvertretung, Regierungskontrolle, Kooperation und Kommunikation mit Vertretern der Politik. Bestätigt wurde auch die Tendenz seitens der EU, die gleichen NGOs mehrfach oder kontinuierlich projektorientiert zu fördern. Dies ist ein Indiz dafür, dass die EU mit ihrem Förderansatz tatsächlich zur Herausbildung eines geschlossenen Netzwerkes der NGOs, überwiegend mit Sitz in der Hauptstadt Kiew, führen kann. Auf der anderen Seite zeigte die Forschung jedoch auch, dass die EU-Förderung solcher stärkeren und größeren NGOs sich durchaus positiv auf die Dynamik der innerstaatlichen Demokratisierung der Nachbarstaaten auswirken kann. Indem die ressourcenstärkeren NGOs sich fähig zeigen, die EU-Gelder zur Umsetzung ihrer demokratieorientierten Projekte effizient auszugeben, dabei auch kleinere lokale NGOs oder zivilgesellschaftliche Initiativen als einzelne Projektzielgruppen zu unterstützen und im Förderverlauf letztendlich nachhaltig orientierte, positive Änderungen innerhalb der einzelnen Dimensionen einer „eingebetteten“ Demokratie herbeizuführen, gelten sie nicht mehr als typische Vertreter einer „geteilten Zivilgesellschaft“. Denn dieses Konzept umfasst gerade die NGOs, welche

die EU-Förderung primär zugunsten der eigenen institutionellen Stärkung und Professionalisierung zu nutzen versuchen, ohne dabei einen notwendigen „Link“ zur Gesellschaft und den damit herrschenden lokalen Bedarf des zivilgesellschaftlichen Handelns zu berücksichtigen. Ein solches Handlungsmuster konnte die vorliegende empirische Untersuchung anhand der 15 analysierten ukrainischen NGOs nicht bestätigen. Außerdem zeigte die Forschung, dass auch die interne Stärkung der meisten untersuchten NGOs zum großen Teil entlang jener Gruppen der Kapazitäten stattfand, die eine bessere Anbindung an die breite Öffentlichkeit zu sichern versprochen, wie Kommunikation, demokratische Bildungs- und Aufklärungsarbeit mit unterschiedlichen Projektzielgruppen oder auch die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements in ihren Reihen. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Förderung einer „geteilten Zivilgesellschaft“ durch die EU in der Ukraine im Rahmen dieser Forschung nicht bestätigt werden konnte. Zudem muss man bei dieser Frage auch die Tatsache berücksichtigen, dass die EU sich in ihrem Ansatz der externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine grundsätzlich weder von der Unterstützung kleinerer lokaler NGOs in den Regionen noch von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren mit weniger verfassten Organisationsstrukturen, wie Bürgernetzwerke, einzelne zivilgesellschaftliche Initiativen oder Bürgerbewegungen, abwendet. Auf der einen Seite bietet die EU den kleineren NGOs so die Möglichkeit, im Rahmen des Verfahrens des *re-granting* durch die Vermittlung größerer NGOs indirekt von der EU gefördert zu werden; auf der anderen Seite gründete die EU ebenfalls das Programm *European Endowment for Democracy (EED)* mit, das sich um die Förderung solcher kleineren, ressourcenschwächeren Akteure der Zivilgesellschaft in der Ukraine kümmert (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Topolnycky 2015). Die Frage bleibt allerdings, ob und wie solche Förderinitiativen der EU sich bisher auf die Stärkung ihrer zivilgesellschaftlichen Zielgruppen in Aufgaben der Demokratisierung auswirkten. So, wie es die einzelnen in dieser Arbeit geführten Interviews mit NGO-Experten darstellten, kam das Verfahren des *re-granting* eher selten oder wenig effizient zum Einsatz, da auch die kleineren NGOs dafür bestimmte Forderungen zu erfüllen hatten, welche ihren begrenzten Kapazitäten oft doch nicht zumutbar waren (vgl. Interview Volochii 2015; Interview Malerius 2017).

Dieser Widerspruch zwischen den theoretisch begründeten Indizien für die Entwicklung einer „geteilten Zivilgesellschaft“ in der Ukraine im Verlauf der Förderung ihrer zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung durch die EU auf der einen, und der grundsätzlich positiven Bilanz der Ergebnisse dieser Untersuchung, wenn auch mit Einschränkung auf nur ein Segment des ukrainischen NGO-Sektors, auf der anderen Seite, verdient durchaus eine weitere Erforschung. Denn es ist offensichtlich, dass die EU ihren stark NGO-zentrierter Ansatz der externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine kritisch zu überdenken hat; Grund dafür ist die neue Entwicklungsdynamik der ukrainischen Zivilgesellschaft, die mit der *Euromajdan*-Revolution 2013/2014 einhergeht und sich in der kontinuierlich steigenden Bedeutung anderer, meistens weniger strukturierter und deutlich chaotischerer Formen zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratisierung als die NGOs zeigt. Je nach den bestehenden Ansprüchen, Zielen und Motiven auf diesem Fördergebiet kann die EU diesen Förderansatz der Zivilgesellschaftsförderung entweder grundsätzlich ändern oder beibehalten. Im ersten Fall würde das für die EU bedeuten, dass eine solche Favorisierung der NGOs als Adressaten der Förderung nicht mehr mit der aktuellen Entwicklungsdynamik der ukrainischen Zivilgesellschaft im Verhältnis steht. Dies könnte zur Folge haben, dass die EU ihre Programminstrumente zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Nachbarländer, wie beispielsweise *EIDHR* oder *NCSF*, einem gewissen Reformprozess unterzieht. Dieser könnte eine Erweiterung bzw. Anpassung der direkten finanziellen Förderung der EU in Bezug auf die anderen genannten Gruppen zivilgesellschaftlicher Akteure außerhalb des hochprofessionalisierten NGO-Sektors, die seit dem demokratischen Umbruch 2013/2014 den

zivilgesellschaftlichem Aktivismus in der Ukraine prägen, bedeuten. Eine alternative Lösung könnte zudem die Gründung neuer Programminstrumenten darstellen, die, ähnlich wie *EED*, die notwendige Flexibilität für eine direkte Unterstützung der demokratieorientierten Projekte und Initiativen der kleineren NGOs, Freiwilligen- und Bürgernetzwerke, zeitlich begrenzter zivilgesellschaftlicher Initiativen, Medienprojekte etc. mitbringen würden. Die Frage bleibt jedoch, inwiefern die EU bereit wäre, solche tiefgehenden Änderungen im bestehenden institutionellen Rahmen ihrer externen Zivilgesellschaftsförderung in der östlichen Nachbarschaft vorzunehmen, wenn man deren zusätzliche Kosten bzw. den zeitlichen Aufwand bedenkt.

Im zweiten Fall könnte die EU eine solche Fokussierung auf die NGOs als Adressaten ihrer Programme der externen Zivilgesellschaftsförderung mit der Argumentation beibehalten, ihren Beitrag zur *bottom-up*-orientierten Demokratieförderung in der Ukraine weiterhin auf die Förderung der größeren NGOs als eine erprobte Strategie beschränken zu wollen. So machten Gespräche mit den Mitarbeitern der EU-Vertretung vor Ort deutlich, dass die Kapazitäten der EU als externer Demokratieförderer auch auf personelle und institutionelle Grenzen stoßen, die eine Setzung sehr konkreter Akzente und Prioritäten hinsichtlich der Ziele und Adressaten ihrer Programminstrumente zur externen Zivilgesellschaftsförderung in der Ukraine fordern. Das bisher schon eingespielte Handlungsmuster der EU, sich auf größere und stärkere Organisationen zu konzentrieren, erlaubt ihr jedenfalls, mindestens ein Segment der ukrainischen Zivilgesellschaft nachhaltig und kontinuierlich in seiner Arbeit zugunsten der Demokratisierung zu stützen (vgl. Interview de Mercey 2015). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern es für die EU sinnvoll wäre, den zeitlichen und finanziellen Aufwand auf sich zu nehmen, sich als zivilgesellschaftliche Demokratieförderin in der Ukraine strategisch und programmatisch neu zu definieren, wenn es keine Garantie für den Erfolg solcher Änderungen gäbe.

Eine weitere neue Forschungsperspektive auf den Gegenstand dieser Untersuchung könnte sich aus der Frage ergeben, inwiefern die Stärkung der 15 ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung, welche die Förderung durch die EU 1994–2015 bedingte, letztendlich auch das von der EU erwartete Kriterium der Nachhaltigkeit erfüllen konnte. Denn die meisten hier untersuchten EU-Projekte bildeten, wie schon oben dargestellt, einen bestimmten Rahmen, um ihre Ergebnisse sowohl auf die Stärkung der internen Kapazitäten der projektausführenden NGOs als auch auf deren Arbeit zugunsten einzelner Aufgaben der Demokratisierung über den Zeitrahmen der EU-Förderung hinaus nachhaltig wirken zu lassen. Dabei schränkte sich diese Arbeit vorerst auf die Erläuterung grundsätzlicher Voraussetzungen für die Sicherung solcher Nachhaltigkeit der EU-geförderten Projekte im Verlauf ihrer einzelnen Aktivitäten ein. Eine genauere Überprüfung, inwiefern sich die Ergebnisse der EU-Förderung, die eine langanhaltende positive Auswirkung auf die Stärkung der geförderten NGOs als Akteure der Demokratisierung zu sichern versprochen, sich nach Abschluss der Projektfinanzierung aus der EU tatsächlich als nachhaltig erwiesen, erlaubte das vorhandene empirische Material jedoch nicht. Dabei könnten aus einer solchen Überprüfung einige wichtige Empfehlungen an die EU hervorgehen, wie sie die verfügbaren Fördermittel auf dem Gebiet der externen Zivilgesellschaftsförderung zugunsten der Demokratisierung effizienter einsetzen könnte, um deren Nachhaltigkeit in östlichen Nachbarländern zu stärken. Denn die EU zeigt sich, wie es auch die in dieser Arbeit geführten Interviewgespräche bestätigen, nach dem Schluss der geförderten NGO-Projekte von sich aus wenig daran interessiert, die dadurch angestoßenen Entwicklungen innerhalb der einzelnen Bereiche der Demokratisierung weiterhin zu verfolgen und zu evaluieren. Dafür könnten solche Entwicklungen beispielsweise anhand der Angaben zur Arbeit der geförderten NGOs in den nächsten Jahren nach dem Ende der Projektfinanzierung analysiert werden. Zum Beispiel veranschaulichen die Tätigkeitsberichte der NGOs in den nächsten Jahren nach

ihrer Förderung durch die EU, ob die im Verlauf ihrer EU-Projekte gebildeten zivilgesellschaftlichen Netzwerke oder Initiativen bestehen bleiben bzw. mit ihrer Arbeit weiterhin einen gewissen Beitrag zur Demokratisierung vor Ort leisten. Ebenso könnte geprüft werden, ob die NGOs die im Laufe ihrer EU-Projekte angefertigten Produkte der Politikforschung und Politikanalyse für ihre weiteren thematisch ähnlichen Projekte verwenden. Von Interesse wäre es auch zu zeigen, ob aus den EU-Projekten ebenfalls Kooperationsinitiativen mit Akteuren der lokalen oder nationalen Politik entstanden sind, die für die spätere Tätigkeit der projektausführenden NGOs im Bereich der politischen Kommunikation, des Lobbyings und der Interessenvertretung von Vorteil waren.

Mit der geografischen Einschränkung dieser Untersuchung auf die Hauptstadt Kiew verzichtete diese Arbeit ebenfalls grundsätzlich auf eine weitere empirische Auseinandersetzung mit der regionalen Perspektive der externen Zivilgesellschaftsförderung durch die EU in der Ukraine aus den schon oben erläuterten Gründen (vgl. Kap. 12.2.1). Dennoch zeigte die Forschung, dass die NGOs in der Hauptstadt Kiew den eigentlichen Tätigkeitsschwerpunkt ihrer EU-geförderten Projektarbeit im Zeitraum 1994–2015 oft in die ukrainischen Regionen verlagerten. Zugleich machte sich eine deutliche Tendenz zur Aufwertung der regionalen Dimension in den Themen der EU-Förderung ukrainischer NGOs von der ersten bis zur dritten Zeitphase dieser Untersuchung deutlich. Mehrere der hiermit dargestellten EU-geförderten Projekte widmeten sich beispielsweise Themen im Zusammenhang mit der Stärkung der Organe der lokalen Selbstverwaltung, der Verbesserung der Kommunikation und Kooperation lokaler NGOs mit lokalen Verwaltungsbehörden innerhalb der einzelnen Politikbereiche, Aufbau der Kapazitäten lokal orientierter NGOs als Anbieter von sozialen oder sonstigen öffentlichen Dienstleistungen vor Ort oder auch der Sicherstellung einer besseren Transparenz der lokalen Budgetmittel. Auch die Interviewgespräche gaben klare Indizien für eine zunehmende Vertiefung der regional orientierten Demokratieförderung der EU via zivilgesellschaftlichen Kanälen in der Ukraine (vgl. Interview de Mercey 2015; Interview Zolkina 2015; Interview Palyvoda 2015). Dies lässt annehmen, dass diese Untersuchung eine weitere Perspektive gewinnen könnte, indem man ihren empirischen Gegenstand um die regional tätigen ukrainischen NGOs, die durch die EU gefördert wurden, erweitert. Zu interessanten Erkenntnissen könnte beispielsweise eine vergleichende Analyse der Logik und Ansätze der EU-Förderung ukrainischer NGOs der Hauptstadt mit diesen in den ukrainischen Regionen führen, insbesondere wenn man die gesellschaftspolitischen Unterschiede zwischen den westlichen und zentralen Gebieten und denen des Ostens und Südens des Landes stärker in Betracht zieht. Dies könnte u. a. die in dieser Arbeit gemachte Beobachtung bestätigen, dass die EU sich auch in den ukrainischen Regionen grundsätzlich auf eine direkte Förderung der wenigen ressourcenstärkeren bzw. hoch professionalisierten NGOs konzentriert, die sich in ihren Arbeitsweisen und Kapazitäten nicht viel von denen der ukrainischen Hauptstadt unterscheiden (vgl. Kap. 12.2.1). Eine interessante Frage ist in diesem Kontext, ob es Unterschiede zwischen den *domestic opportunity structures* der zivilgesellschaftlichen Akteure der ukrainischen Regionen und denen der Hauptstadt gibt, die ihre Möglichkeiten, Themenakzente, Instrumentenwahl und eigentliche Ergebnisse im Bereich der projektorientierten Förderung durch die EU mitbeeinflussten.

Die künftige Perspektive der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in ihrer östlichen Nachbarschaft hängt mit der Frage zusammen, wie und inwiefern Brüssel sich weiterhin bereit zeigen wird, bestimmte Verbesserungen in der Logik, den Ansätzen und Instrumenten der externen Zivilgesellschaftsförderung vorzunehmen, die sich aus dem Kontext dieser Arbeit als sinnvoll ergeben. Einige solcher Verbesserungsvorschläge für die EU als externer Demokratieförderer in der Ukraine sind: der Bürokratieabbau innerhalb der bestehenden Projektförderverfahren, Sicherung einer besseren Balance in der Aufteilung der verfügbaren Förderfinanzzmittel zwischen den Akteuren

der Politik und der Zivilgesellschaft in Zielen der Demokratieförderung, Stärkung der direkten Kommunikation der EU-Vertretung mit lokalen Akteuren der Zivilgesellschaft vor Ort, Ausbau der regionalen Dimensionen der demokratieorientierten Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. kritisches Überdenken der eingespielten NGO-zentrierten Förderpraktiken zugunsten anderer zivilgesellschaftlicher Akteurebenen. Zugleich muss auch im Blick behalten werden, dass die Wirksamkeit solcher Maßnahmen weiterhin mit spezifischen innerstaatlichen politischen, rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontextbedingungen zusammenhängt, welche, wie die Untersuchung zeigte, die Spielräume zur externen Einflussnahme der EU auf Prozesse der Demokratisierung via zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Ukraine maßgeblich prägen. Von daher ist es wichtig, neben den Perspektiven der direkten finanziellen Förderung der ukrainischen NGOs als Akteure der Demokratisierung auch die Fragen danach zu diskutieren, ob und wie die EU zur Verbesserung ihrer innerstaatlichen Arbeitsbedingungen beitragen kann. Dies zeigt wiederum, dass die Dynamik der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in einem funktionalen Verhältnis zu ihrer demokratieorientierten Kooperation mit Akteuren der Regierung steht, da diese den rechtlichen und politischen Rahmen für das Agieren der zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratisierung vorgeben. Zugleich liegt diesem Ergebnis der Schluss nahe, dass die EU mit ihren Instrumenten zur externen Zivilgesellschaftsförderung am meisten zur Demokratisierung in ihren östlichen Nachbarländern wie der Ukraine beitragen kann, wenn sie diese verstärkt nicht als Ersatz oder Alternative, sondern als Ergänzung und Unterstützung zur Kooperation mit Regierungsakteuren einsetzt. Auch die Ergebnisse der hiermit untersuchten EU-geförderten Projekte machten deutlich, dass die ukrainischen NGOs einen großen Teil der darin enthaltenen Aufgaben zugunsten der Demokratieförderung nur in Zusammenarbeit mit politischen Akteuren verwirklichen konnten. Somit zeigte die Untersuchung, dass der Erfolg der direkten EU-Projektförderung zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratisierung in der Ukraine 1994–2015 großteils mit dem Erfolg ihrer Kooperation und Kommunikation mit Akteuren der Politik im Projektverlauf zusammenhing. Insbesondere seit der *Euromajdan*-Revolution bilden sich neue Freiräume für die ukrainische Zivilgesellschaft, um aus dem früheren Konfrontationsverhältnis zu staatlichen Politikakteuren auszusteigen und dieses in eine konstruktive Kooperation innerhalb der einzelnen demokratischen Reformbereiche umzuwandeln (vgl. Kap. 6.1.3). Zugleich bietet der institutionelle Rahmen des Assoziierungsabkommens der EU seit 2014 zusätzliche Chancen, die zivilgesellschaftlichen Akteure stärker in ihre einzelnen Reformprogramme mit der Regierung einzubeziehen (vgl. Kap. 11.2.3). Daraus ergeben sich objektive Gründe, die Zukunft der externen Zivilgesellschaftsförderung der EU in der Ukraine als eine Demokratisierungsstrategie mit Zuversicht zu betrachten. Es bleibt somit eine spannende Frage, wie die EU die zivilgesellschaftlichen Akteure der ukrainischen Demokratisierung über den zeitlichen Rahmen dieser Untersuchung hinaus weiterhin stärken kann bzw. stärken wird.

L iteratur- und Quellenverzeichnis

- Abele, Christine (2006): Civil Society Assistance in Central and Eastern Europe. The Cases of Poland and Slovakia. (Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades doctor philosophiae (Dr. phil)). Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Adamski, Lukasz (2009): ENP Eastern Dimension Countries on Eastern Partnership: Ukraine. In: Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hg.): Eastern Partnership: The Opening Report. Warszawa: The Polish Institute of International Affairs, S. 57–70.
- Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis. Frankfurt am Main: Campus.
- ADVANCE Transcarpathian Advocacy and Development Centre (2009): Mid-Term Review of CSP and NIP Ukraine: Involving of Ukrainian NGOs in ENPI programming. Beregovo: ADVANCE Transcarpathian Advocacy and Development Centre. Online verfügbar unter http://www.aprodev.eu/files/Eastern_Europe_and_Caucasus/ENPI_MTR_2009/090520%20enpi%20mtr%20-%20cs%20recommendations%20ukraine.pdf, zuletzt geprüft am 16.12.2018.
- Akkaya, Gülcan (2012): Nichtregierungsorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Al-Amin, M. D. (2008): In search of reality: promoting democratic good government through civil society. In: *Asian Affairs* 30 (1), S. 5–20.
- Anheier, Helmut K. (2001): Zivilgesellschaft und Dritter Sektor. Referat anlässlich der Fachtagung "Die Zukunft der Zivilgesellschaft" am 27. September 2001 in Berlin. Online verfügbar https://b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2001/ijf/reden/wiss_beitraege/rede_anheier.pdf, zuletzt geprüft am 9.02.2019.
- Anheier, Helmut K.; Kehl, Konstantin; Mildenerger, Georg; Spengler, Norman (2011): Zivilgesellschafts- und Engagementforschung: Bilanz, Forschungsagenden und Perspektiven. In: Alscher, Eckard; Dathe, Mareike; Speth, Dietmar; Priller, Rudolf (Hg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Berlin: Lit Verlag, S. 119–133.
- Arato, Andrew; Cohen, Jean Louise (1992): Civil Society and Political Theory. Cambridge: MIT Press.
- Arcipowska, Monika; Wojna, Beata (2011): European Neighbourhood Policy: How to Reconcile EU's Offer with Neighbours Expectations? PSMI Policy Paper. Warsaw: The Polish Institute of International Affairs.
- Arenhövel, Mark (2000): Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft. In: *Wochenschau II, März/April* (2). Online verfügbar unter http://egora.uni-muenster.de/pbnetz/bindata/pbnetz_zivil.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Åslund, Andreas (2014): The Maidan and Beyond: Oligarchs, Corruption and European Integration. In: *Journal of Democracy* 25 (3), S. 64–74.
- Åslund, Anders (2009): How Ukraine became a Market Economy and Democracy. Washington, DC: Peterson Institute for International Economics.
- Åslund, Anders (Hg.) (2006): Revolution in Orange: the origins of Ukraine's democracy breakthrough. Washington D.C.: A Carnegie Endowment book/Carnegie Endowment for International Peace.
- Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (2014): Project "Civic oversight of the administrative service delivery by law enforcement bodies". Final narrative report. Kiev.
- Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (2014a): A report of the year of 2013. Kiev.
- Babayan, Neli (2015): Democratic Transformation and Obstruction. EU, US, and Russia in the South Caucasus. Abingdon: Routledge.
- Backes, Uwe (2009): Totalitarismus und Transformation. Eine Einführung. In: Backes, Uwe (Hg.) (2009): Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 37). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 13–27.
- Backes, Uwe (Hg.) (2009): Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 37). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Bailer, Stefanie (2000): The European Union's NGO Support Programme in Ukraine: Its Impact on Civil Society and Third Sector. Paper presented for the Fourth International Conference of the International Society for Third-Sector Research, "The Third Sector: For What and For Whom?". Trinity College. Dublin, Ireland. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/228710702_The_European_Union's_NGO_Support_Programme_in_Ukraine_Its_Impact_on_Civil_Society_and_the_Third_Sector, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Baker, Gideon (1998): Civil Society and Democracy. The Gap between Theory and Possibility. In: *SAGE Journals* 18 (2), S. 81–87.
- Balfour, Rosa (2011): Debating the Eastern Partnership: Perspectives from the European Union. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* (3), S. 29–40.
- Baluk, Walenty (2010): Chapter I. Socio-cultural background of change in the former Soviet Union States. Cultural background of change in countries of Eastern Europe. In: Herbut, Ryszard; Baluk, Walenty (Hg.): Transformation of political systems in post-Soviet space. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, S. 15–18.
- Banchuk, O.; Dmytriieva, I. (2016): Prosecutorial Reform. In: Kuibida, Roman (Hg.): Key Legal Reforms 2014–2015: How Have the European Standards Been Implemented? Under the project “Ukraine-EU Speedometer: Constitutional and Judicial Reforms”, financed by the European Union. Kyiv: Moskalenko Private Entrepreneur Publishing, S. 54–70.
- Baracani, Elena (2004): The European Union and democracy promotion: a strategy of democratization in the framework of the neighbourhood policy? Florence: University of Florence. Online verfügbar unter https://agora-parl.org/sites/default/files/baracani_-_the_eu_and_democracy_promotion_-_2004_-_en_-_pd.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Baberliuk, Svitlana (2015): Civic monitoring of electoral processes as a mean of raising electoral awareness and ensuring free and fair elections. Final Narrative Report. Kiev: Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation.
- Barber, Benjamin R. (1995): Strong democracy: participatory politics for a new age. Berkeley: University Press.
- Barbé, Esther; Johansson-Nogués, Elisabeth (2008). The EU as a modest ‘force for good’: the European Neighbourhood Policy, in: *International Affairs*, 84 (1), S. 81–96.
- Bauer, Michael W.; Knill, Christopher; Pitschel, Diana (2007): Differential Europeanization in Eastern Europe: The Impact of Diverse EU Regulatory Governance Patterns. In: *European Integration* 29 (4), S. 405–423.
- Bauerkämper, Arnd (2010): Von der bürgerlichen Gesellschaft zur Zivilgesellschaft. Überlegungen zu den Trägern und zur Handlungspraxis sozialen Engagements am Beispiel Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert in globalhistorischer Perspektive. Berlin: Freie Universität Berlin/CAS – Centre for Area Studies.
- Bauerkämper, Arnd (2003): Einleitung: Die Praxis der Zivilgesellschaft: Akteure und ihr Handeln in historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive. In: Bauerkämper, Arnd (Hg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft: Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main: Campus, S. 7–31.
- Bauerkämper, Arnd (Hg.) (2003): Die Praxis der Zivilgesellschaft: Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main: Campus.
- Bayda, Anna; Pyzhov, Volodymyr (2008): Interim evaluation of the project EIDHR 2004/089133 "Improving access to justice for rural population". Prepared by Study & Assessment Ltf. (S&A). Kiev: Creative Center “Counterpart”.
- Behringer, Jeannette (2007): Zivilgesellschaft in der Demokratie. In: *Der Bürger im Staat* 4 (57). Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 204–212.
- Behrens, Maria; Hennig, Elke (2010): Qualitative Methoden. In: Masala, Carlo; Sauer, Frank; Wilhelm, Andreas (Hg.): Handbuch der internationalen Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 245–264.
- Beichelt, Timm (2012): The Research Field of Democracy Promotion. In: *Living Reviews in Democracy* 3, S. 1–13.
- Beichelt, Timm (2007): Democracy promotion in Eastern Europe in the context of the European Neighbourhood Policy (ENP). Paper presented at the EUSA Tenth Biennial International Conference, Montreal, Canada, May 17–19, 2007, European University Viadrina. Online verfügbar unter

https://www.researchgate.net/publication/29997414_Democracy_promotion_in_Eastern_Europe_in_the_context_of_theEuropean_Neighbourhood_Policy_ENP, zuletzt geprüft am 24.04.2020.

- Beichelt, Timm (2007a): Externe Demokratisierungsstrategien der Europäischen Union: Die Fälle Belarus, Moldova, Ukraine. In: Jünemann, Annette; Knodt, Michèle (Hg.): Externe Demokratieförderung durch Europäischen Union (European External Democracy Promotion). Baden-Baden: Nomos, S. 207–228.
- Beichelt, Timm (2004): Autocracy and Democracy in Belarus, Russia and Ukraine. In: *Democratization 11* (5), S. 113–132.
- Beichelt, Tim (2002): Politischer und wirtschaftlicher Wandel im postsozialistischen Europa: Kurze Bilanz nach einem Jahrzehnt Systemtransformation. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.): Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse: Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten. (Arbeitspapiere und Materialien, 36). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.
- Beichelt, Tim (2001): Demokratie und Konsolidierung im postsozialistischen Europa. In: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert (Hg.): Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen: Leske + Budrich, S. 2–23.
- Beichelt, Tim (2001a): Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und Ukraine. (Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa). Mannheim: Universität Mannheim. Online verfügbar unter <https://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/Dokumente/publikationen/beichelt2001autokratiewahldemokratie.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Beichelt, Timm; Hahn-Fuhr, Irene; Schimmelfennig, Frank; Worschech, Susann (Hg.) (2014): Civil Society and Democracy Promotion. Basingstoke/Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Beichelt, Timm; Merkel, Wolfgang (2014): Democracy Promotion and Civil Society: Regime Types, Transitions Modes and Effects. In: Beichelt, Timm; Hahn-Fuhr, Irene; Schimmelfennig, Frank; Worschech, Susann (Hg.): Civil Society and Democracy Promotion. Basingstoke/Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 42–64.
- Beichelt, Timm; Kraatz, Susanne (2000): Zivilgesellschaft und Systemwechsel in Russland. In: Wolfgang, Merkel (Hg.): Systemwechsel 5. Opladen: Leske + Budrich, S. 115–143.
- Bekeshkina, Iryna; Kaźmierkiewicz, Piotr (2012): Making Ukrainian Civil Society Matter. Enabling Ukrainian NGOs to absorb international assistance. A review of capacity gaps and needs for organizational support. Warsaw: Institute of Public Affairs.
- Bekeshkina, Iryna (2012): National Exit Poll: Parliamentary Election 2012. Kiev: Ilko Kucheriv „Democratic Initiatives“ Foundation. Online verfügbar unter <http://dif-exitpoll.org.ua/en/news/1318.htm>, zuletzt geprüft am 11.11.2018.
- Bekeshkina, Iryna (Hg.) (2014): National Exit Poll: 2014 Parliamentary Elections. Kiev: Ilko Kucheriv „Democratic Initiatives“ Foundation. Online verfügbar unter <https://dif.org.ua/en/article/national-exit-poll-2014-parliamentary-elections>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert (2001) (Hg.): Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen: Leske + Budrich.
- Bendel, Petra; Kropp, Sabine (1998): Zivilgesellschaft – ein geeignetes Konzept zur Analyse von Systemwechseln? Ergebnisse eines internationalen Vergleichs: Lateinamerika und Osteuropa. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft 8* (1), S. 39–67.
- Bertelsmann Stiftung (2016): Transformation Index of the Bertelsmann Stiftung 2016. Codebook for Country Assessments. Gürtelsoh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (2012): BTI 2012. Ukraine Country Report. Online verfügbar unter <https://www.bti-project.org/en/reports/country-reports/detail/itc/ukr/ity/2012/itr/pse/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Besters-Dilger, Juliane (Hg.) (2011): Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution. (Research Focus European Integration and Southeastern, Eastern Europe, Vienna University). Frankfurt am Main (u.a.): Peter Lang.
- Beyme, Klaus von (2000): Zivilgesellschaft – Von der vorbürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft? In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Unter Mitarbeit von Christian Henkes. Opladen: Leske + Budrich, S. 51–70.
- Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beyme, Klaus; Nohlen, Dieter (1995): Systemwechsel. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf: Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien. München: Beck, S. 636–650.

- Beyme von, Klaus; Nohlen Dieter (1991): Systemwechsel. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik. München/Zürich: Piper Verlag.
- Bialas, Volker; Häßler, Hans-Jürgen (Hg.) (1996): 200 Jahre Kants Entwurfs "Zum ewigen Frieden". Idee einer globalen Friedensordnung. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Bibik, Tetyana (2015): EAP Media Freedom Watch. Evaluation Report, March-April 2015. Kiev: Internews Ukraine.
- Biermann, Rafael; Härtel, Andre; Kaiser, Andreas; Zajaczkowski, Johann (2014): Ukrainian Civil Society after the Maidan: Potentials and Challenges on the Way to Sustainable Democratization and Europeanization. Report to the Conference organized by the Political Science Departments of Kyiv-Mohyla Academy and Friedrich Schiller University Jena and financed by the German Foreign Office (Auswärtiges Amt) and the German Academic Exchange Service (DAAD). Kiev. Online verfügbar unter <http://www.des.uni-jena.de/maeuropamedia/Final+Conference+Report+ +Civil+Society+after+Maidan+ +2015+.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Bilan, Yuriy; Bilan, Svitlana (2011): The Formation of Civil Society in Ukraine after the Orange Revolution. In: *Economics & Sociology 4 (1)*, S. 78–86.
- Bilousov, Alexander (2014): Establishment of Ukrainian State Policy on promotion of the civil society development in the context of European governance concept. In: *European Political and Law Discourse 1 (1)*, S. 106–113.
- Blatter, Joachim; Janning, Frank; Wagemann, Claudius (2007): Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blockmans, Steven; Konstanyan, Hrant (2013): A post-mortem of the Vilnius Summit: not yet a "Thessaloniki moment" for the Eastern partnership. Brussels: Centre for European Policy Studies. Online verfügbar unter <https://www.ceps.eu/ceps-publications/post-mortem-vilnius-summit-not-yet-thessaloniki-moment-eastern-partnership/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Blomberg, Franziska (2010): External Democracy Promotion of Civil Society in Ethnically Fragmented Post-Socialist Countries. In: Fischer, Sabine; Pleines, Heiko (Hg.): *Civil Society in Central and Eastern Europe*. Stuttgart: ibidem.
- Blomberg, Franziska; Busuleanu, Stepanka; Hahn-Fuhr, Irene (2010): Demokratisierung in der Neuaufnahme: Ergebnisse der Exkursionen des Promotionskollegs „Externe Demokratieförderung und Zivilgesellschaft im post-sozialistischen Europa“. Bericht. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/stipendien/Exkursionsbericht_Promotionskolleg_ExtDFundZG_08-11-2010_1.PDF, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Bogner, Alexander; Littig, Beate; Meyn, Wolfgang (2014): Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Bogomolov, Alexander; Lytvynenko, Alexander (2009): Ukraine's Bottom-up Democracy. In: Emerson, Michael; Youngs, Richard (Hg.): *Democracy's Plight in the European Neighbourhood: Struggling Transitions and Proliferating Dynamics*. Brussels: Centre for European Policy Studies, S. 76–84.
- Bondarchuk, V. V. (2008): Rozvytok hromadianskoho suspilstva: uchast silskykh NDO u protsesi pryiniattia rishen (*Die Entwicklung der Zivilgesellschaft: die Rolle der ländlichen NGOs in der politischen Entscheidungsfindung*). Kyiv: Instytut silskoho rozvytku.
- Bortz, Jürgen; Döring, Nicola (2006): *Forschungsmethoden und Evaluation*. Heidelberg: Springer Medizin Verlag.
- Börzel, Tanja A. (2010): The Transformative Power of Europe reloaded. The Limits of External Europeanization. (KFG Working Paper, 11). Berlin: Freie Universität Berlin/Kolleg-Forschergruppe (KFG) "The transformative Power of Europe". Online verfügbar unter http://userpage.fu-berlin.de/kfgeu/kfgwp/wpseries/WorkingPaperKFG_11.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Börzel, Tanja A. (2010a): Why you do not always get what you want: EU enlargement and civil society in Central and Eastern Europe. In: *Acta Politica 45 (1-2)*, S. 1–10.
- Börzel, Tanja A. (2009): Transformative Power Europe? The EU Promotion of Good Governance in Areas of Limited Statehood. Paper prepared for the ERD Workshop "Transforming Political Structures: Security, Institutions and Regional Integration Mechanisms", Florence, April 16-17, 2009. Berlin: Freie Universität Berlin. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/228454998_Transformative_Power_Europe_The_EU_Promotion_of_Good_Governance_in_Areas_of_Limited_Statehood, zuletzt geprüft am 24.04.2020.

- Börzel, Tanja A. (2007): Network Governance: Effective and Legitimate? In: Sørensen, Eva; Torfing, Jacob (Hg.): *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 153–166.
- Börzel, Tanja A. (2000): Europäisierung und innerstaatlicher Wandel: Zentralisierung und Entparlamentarisierung. In: *Politische Vierteljahresschrift* (2), S. 225–250.
- Börzel, Tanja A.; Lebanidze, Bidzina (2017): The transformative power of Europe” beyond enlargement: the EU’s performance in promoting democracy in its neighbourhood. In: *East European Politics* 33 (1), S. 17–35.
- Börzel, Tanja A.; Böttger, Katrin (Hg.) (2012): Policy Change in the EU's Immediate Neighbourhood: A Sectoral Approach. (Europäische Schriften, 93). Baden-Baden: Nomos.
- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2012): From Europeanisation to Diffusion: Introduction. In: *West European Politics* 35 (1), S. 1–19.
- Börzel, Tanja A.; van Hüllen, Vera (2011): Good Governance and Bad Neighbours? The Limits of the Transformative Power of Europe. (KFG Working Paper, 35). Berlin: Freie Universität Berlin/Kolleg-Forscherguppe (KFG) "The Transformative Power of Europe". Online verfügbar unter http://userpage.fu-berlin.de/kfgeu/kfgwp/wpseries/WorkingPaperKFG_35.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Börzel, Tanja A.; Pamuk, Yasemin; Stahn, Andreas (2008): The European Union and the Promotion of Good Governance in its Near Abroad: One Size Fits All? (SFB-Governance Working Paper Series, 18). Berlin: Freie Universität Berlin/DFG Research Center (SFB) 700. Online verfügbar unter https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/19105/SFB-Governance_Working_Paper_Nr18.pdf?sequence=1&isAllowed=y, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2009): Conceptualizing the Domestic Impact of Europe. Prepared for Featherstone, Keith; Radaelli, Claudio (Hg.): *The Politics of Europeanisation*. Oxford: Oxford University Press (forthcoming). Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/228879233_Conceptualizing_the_Domestic_Impact_of_Europe, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2009a): Venus Approaching Mars? The European Union’s Approaches to Democracy Promotion in Comparative Perspective. (Berlin Working Paper on European Integration No. 11). Berlin: Freie Universität Berlin/Jean Monnet Lehrstuhl für Europäische Integration.
- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2009b): The Transformative Power of Europe: The European Union and the Diffusion of Ideas. Berlin (KFG Working Paper, 1). Berlin: Freie Universität Berlin/Kolleg-Forscherguppe (KFG) "The Transformative Power of Europe". Online verfügbar unter https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/atasp/publikationen/4_artikel_papiere/2010_TR_the_transformative_power_of_europe/WP_01_Juni_Boerzel_Risse.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2003): Conceptualizing the Domestic Impact of Europe. In: Featherstone, Keith; Radaelli, Claudio (Hg.): *The Politics of Europeanisation*. Oxford: Oxford University Press, S. 57–83.
- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2000): When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change. In: *European Integration online Papers* 4 (15). Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2000-015.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Bos, Ellen (2010): Das politische System der Ukraine. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, S. 527–581.
- Bos, Ellen (2010a): Stabile Instabilität, dynamische Blockade: Das politische System der Ukraine und seine Defekte. In: *Osteuropa* 60 (2/4), S. 77–88.
- Bosse, Giselle (2008): Justifying the European Neighbourhood Policy Based on „Shared Values “: Can Rhetoric Match Reality? In: Delcour, Laure; Tulmets, Elsa (Hg.): *Pioneer Europe? Testing EU Foreign Policy in Neighbourhood*. Baden-Baden: Nomos, S. 43–55.
- Böttger, Katrin (2014): "Time to hint the reset button": The Eastern Partnership after the Vilnius summit and the role of Russia. Brussels: TEPSA - Trans-European Policy Studies Association. Online verfügbar unter http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2014/08/Katrin_Böttger_TEPSA_Policy_Paper.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Böttger, Katrin (2010): Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik: Akteure und Koalitionen. Baden-Baden: Nomos.

- Böttger, Katrin (2009): Im Osten nichts Neues? Ziele, Inhalte und erste Ergebnisse der Östlichen Partnerschaft. In: *Integration 4*. Berlin: Institut für Europäische Politik, S. 373–387.
- Bousac, Julien; Delcour, Laure; Rihackova, Vera; Solonenko, Iryna, Ter-Gabrielyan, Gevorg (2012): Improving the EU's Support for the Civil Society in its Neighbourhood: Rethinking procedures, ensuring that practices evolve. Brussels: European Parliament. Online verfügbar unter <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/b530456d-9589-4b3a-9618-92000c4e93db/language-en>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Braithwaite, Mary; Eberhardt, Eva; Johnson, Toby (1998): The European Union's Phare and Tacis Democracy Programme. Compendium of Ad-hoc Projects 1993–1997. Brussels: Brown & Milavec Publication Services.
- Bredies, Ingmar (2011): Die Grenzen von Demokratisierung und Europäisierung unter der Präsidentschaft Viktor Iuschtschenko (2005-2010). In: Maćkó, Jerzy (Hg.): Nationale Demokratie in der Ukraine. (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, 75). München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V./Hausdruckerei, S. 23–31.
- Bredies, Ingmar (2011a): Verfassungspolitik und Verfassungsentwicklung in der Ukraine unter der Präsidentschaft Viktor Iuschtschenkos. In: Besters-Dilger, Juliane; Woldan, Alois (Hg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Iuschtschenko. Frankfurt am Main (u.a.): Peter Lang, S. 35–57.
- Bredies, Ingmar (2009): Leistungen und Grenzen europäischer Demokratieförderung in Osteuropa. In: *Osteuropaforschung 2*, S. 9–20.
- Bredies, Ingmar (Hg.) (2005): Zur Anatomie der Orangen Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph der parlamentarischen Demokratie? 1. Auflage. Stuttgart: Ibidem.
- Brzeziński, Zbigniew Kazimierz (1989): The grand failure. The birth and dead of communism in the 20th century. New York: Ch. Scribner.
- Bowser, Donald (2001): Corruption, Trust and the Danger to Democratization in the Former Soviet Union. Berlin. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/252509127_Corruption_Trust_and_the_Danger_to_Democratization_in_the_Former_Soviet_Union, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Brühl, Tanja (2003): Nichtregierungsorganisationen als Akteure internationaler Umweltverhandlungen. (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung). Frankfurt am Main: Campus.
- Bühlmann, Marc; Merkel, Wolfgang; Müller, Lisa; Giebler, Heiko; Weßels, Bernhard (2012): Demokratiebarometer: ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 6*, S. 115–159.
- Bunce, Valerie (2002): Comparing East and South. In: Diamond, Larry; Plattner, Marc F. (Hg.): Democracy after communism. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press, S. 18–32.
- Bunce, Valerie; McFaul, Michael; Stoner-Weiss, Kathryn (Hg.) (2009): Democracy and authoritarianism in the postcommunist world. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Burlyuk, Olga; Shapovalova, Natalia; Zarembo, Kateryna (2017): Introduction to the Special Issue “Civil society in Ukraine: building on Euromaidan legacy”. In: *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal 3*, S. 1–22.
- Burlyuk, Olga (2014): An Ambitious Failure: Conceptualising the EU Approach to Rule of Law Promotion (in Ukraine). In: *Hague Journal on the Rule of Law 6(01)*, S. 26–46.
- Burnell, Peter (Hg.) (2000): Democracy assistance: International co-operation for democratization. London/New York: Routledge.
- Buşcaneanu, Sergiu (2013): EU Eastward Democracy Promotion under the European Neighbourhood Policy. UACES 43rd Annual Conference. Berlin: Humboldt University of Berlin/Berlin Graduate School of Social Sciences. Online verfügbar unter <http://www.uaces.org/documents/papers/1301/buscaneanu.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Buzogány, Aron (2018): Civil Society Organisations beyond the European Union: Normative Expectations and Local Realities. In: *Journal of Contemporary European Research 14 (2)*, S. 187–205.
- Buzogány, Aron; Frankenberger, Rolf (Hg.) (2007): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Reihe "Weltregionen im Wandel". 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Cardwell, Paul James (2009): EU External Relations and Systems of Governance: The CFSP, Euro-Mediterranean Partnership and Migration. London/New York: Routledge.
- Carothers, Thomas (2009): Democracy assistance: political vs developmental. In: *Journal of Democracy 20 (1)*, S. 5–19.
- Carothers, Thomas (2002): The end of the transition paradigm. In: *Journal of Democracy 13*, S. 5–21.

- Carothers, Thomas (1999): *Aiding democracy abroad: The learning curve*. Washington, DC: The Brookings Institution Press.
- Carothers, Thomas; Ottaway, Marina (2000): *Toward civil society realism*. In: Ottaway, Marina; Carothers, Thomas (Hg.): *Funding virtue: Civil society aid and democracy promotion*. Washington, DC: The Brookings Institution Press, S. 293–310.
- Casier, Tom (2011): *The EU's two-track approach to democracy promotion: the case of Ukraine*. In: *Democratization* 18 (4), S. 954–977.
- Centre for Democracy and Rule of Law (2017): *Who we are*. (*Official website*). Kiev. Online verfügbar unter <http://cedem.org.ua/en/who-we-are/>, zuletzt geprüft am 7.07.2017.
- Centre for Political and Legal Reforms (2015): *Forum "Konstytutsia: suspilna dovira i nove pravosuddia"*, 14 hrudnia 2015 roku. U ramkakh proektu "Spidometr "Ukraina-ES": konstytutsiina ta sudova reformy", finansovanoho Evropeiskym Soiuzom (*Das Forum „Die Verfassung: gesellschaftliches Vertrauen und neue Gerichtsbarkeit“*, 14. Dezember 2015. Im Rahmen des Projekts „Spidometer „Ukraine-EU“: Verfassungsreform und Reform der Gerichtsbarkeit). Kyiv: CPLR.
- Centre EIDOS (2018): *Visualisation System „Open Budget“*. Kiev. Online verfügbar unter <https://openbudget.in.ua/?locale=en>, zuletzt geprüft am 24.04.2018.
- Centre EIDOS (2018a): *Open Budget Project. Description of the action*. Kiev. Online verfügbar unter <https://www.openbudget.in.ua/?locale=en>, zuletzt geprüft am 18.03.2018.
- Centre EIDOS (2017): *About Centre: Who we are*. Kiev. Online verfügbar unter <http://eng.eidos.org.ua/pro-nas/>, zuletzt geprüft am 13.02.2017.
- Reanimation Package of Reforms (2018): *Partnership and Support*. Kiev. Online verfügbar unter <http://rpr.org.ua/en/partnership-and-support/>, zuletzt geprüft am 2.03.2018.
- Chambers, Simone (2002): *A Critical Theory of Civil Society*. In: Chambers, Simone; Kymlicka, Will (Hg.): *Alternative Conceptions of Civil Society*. Princeton/New Jersey: Princeton University Press, S. 90–113.
- Charniakovich, Aliaksandr (2013): *Levers for change: the EU and civil society in the Eastern neighbourhood*. Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action. Online verfügbar unter https://www.files.ethz.ch/isn/163153/PB_154_Levers_for_change.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Chernyavskaya, Olga (2009): *Hromadski orhanizatsii iak chynnyk aktyvizatsii protsesu formuvannia hromadianskoho suspilstva v Ukraini: potentsial i mozhlyvosti*. (*Nichtregierungsorganisationen als Mitgestalter der Zivilgesellschaft in der Ukraine: Potenzial und Möglichkeiten*). Online verfügbar unter http://www.nbu.gov.ua/portal/soc_gum/usoc/2009_3/144-152.pdf, zuletzt geprüft am 9.02.2019.
- Chromiec, Jan Jakub; Koenig, Nicole (2015): *Supporting Ukraine's Difficult Path Towards Reforms. Jacques Delors Institute Policy Paper 143*. Berlin: Jacques Delors Institute. Online verfügbar unter http://www.institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/ukraine_koenig_chromiec_dienoct2015.pdf?pdf=ok, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Ciancara, Agnieszka K. (2008): *"Eastern Partnership" – opening a new chapter of Polish Eastern Policy and the European Neighbourhood policy?* In: *Analyses & Opinions* (4). Warsaw: The Institute of Public Affairs. Online verfügbar unter <http://pdc.ceu.hu/archive/00003832/01/6836313080210145001213793194.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Civil Network OPORA (2018): *About us*. (*Official website*). Kiev. Online verfügbar unter <https://www.oporaua.org/en/about#Section1>, zuletzt geprüft am: 20.03.2020.
- Clarke, Gerard (1998): *Non-Governmental Organizations (NGOs) and Politics in the Developing World*. In: *Political Studies* 46(1), S. 36–52.
- Council of the European Union (2011): *Declaration of the Establishment of a European Endowment for Democracy*, 20 December 2011. Brussels.
- Council of the European Union (2009): *Joint Declaration of the Prague Eastern Partnership Summit*, Prague, 7 May 2009. Brussels.
- Council of the European Union (2000): *Council Regulation (EC, EUROATOM) No 99/2000 of 29 December 1999 concerning the provision of assistance in the partner states in Eastern Europe and Central Asia*. Brussels.
- Creative Centre "Counterpart" (2012): *Report for 16 years activity (1996-2011)*. Kiev: Creative Centre "Counterpart".

- Creative Centre „Counterpart“ (2007): Oholoshennia pro konkursnyi vidbir silskykh raioniv dla uchasti u proekti "Stvorennia media tsestriv hromad u silskii mistsevosti" (*Anzeige über das Auswahlverfahren für Gemeinden in den ukrainischen Dorfkreisen für die Teilnahme am Projekt "Gründung von Medienzentren der Gemeinden in der ländlichen Gegend"*). Kiev: Creative Centre „Counterpart“. Online verfügbar unter <http://civic.ua/text/calendar/viewg.html?q=925582>, zuletzt geprüft am 15.02.2018.
- Creative Centre “Counterpart” (2004): Voters Education and Mobilisation Project: Towards Achievements of an Equal Field for All Candidates in Ukrainian Presidential Elections 2004. Final Narrative Report. Kiev: Creative Centre “Counterpart”.
- Croissant, Aurel (2010): Regierungssysteme und Demokratietypen. In: Lauth, Hans-Joachim (Hg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Springer, S. 117–139.
- Croissant, Aurel (2010a): Analyse defekter Demokratien. In: Schrenk, Klemens H.; Markus, Soldner (Hg.): *Analyse demokratischer Regierungssysteme*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93–114.
- Croissant, Aurel; Merkel, Wolfgang (2004): Consolidated or defective democracy? Problems of regime change. London: Frank Cass.
- Croissant, Aurel; Thiery, Peter (2001): Von defekten und anderen Demokratien. In: *Weltrends* 29, S. 9–12. Online verfügbar unter https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/1082/file/29_sp_croissant_thiery.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Croissant, Aurel; Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): *Systemwechsel 5 – Zivilgesellschaft und Transformation*. Opladen: Leske + Budrich, S. 9–50.
- Dahl, Robert (1989): *Democracy and its Critics*. New Haven/London: Yale University Press.
- Dahl, Robert (1971): *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven/London: Yale University Press.
- Dahl, Robert (1956): *A preface to democratic theory*. Chicago: University of Chicago Press.
- Dahrendorf, Ralf (1983): *Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus*. Stuttgart: dva.
- D'Anieri, Paul (Hg.) (2010): *Orange Revolution and aftermath: mobilization, apathy and the state in Ukraine*. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press (u.a.).
- D'Anieri, Paul (2001): Democracy unfulfilled. The establishment of electoral authoritarianism in Ukraine. In: *Journal of Ukrainian Studies* 2 (1), S. 13–35.
- D'Anieri, Paul (2000): The Impact on Ukrainian Foreign Policy: Ukraine as a "Weak State". In: Kuzio, Taras; Kravchuk, S. Robert; D'Anieri, Paul (Hg.): *State and Institution Building in Ukraine*. New York: St. Martins Press, S. 83–106.
- D'Anieri, Paul; Kravchuk, Robert; Kuzio, Taras (1999): *Politics and Society in Ukraine*. Boulder: Westview Press.
- Dannreuther, Roland (2006): Developing the Alternative to Enlargement: The European Neighbourhood Policy. In: *European Foreign Affairs Review* 11, S. 182–201.
- Dany, Charlotte (2012): Ambivalenzen der Partizipation: Grenzen des NGO-Einflusses auf dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 19 (2), S. 71–99.
- Dathe, Dietmar (2011): Engagement: Unbegrenzte Ressource für Zivilgesellschaft? In: Eckhard, Priller; Alscher, Mareike; Dathe, Dietmar; Speth, Rudolf (Hg.): *Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*. Berlin: Lit Verlag, S. 41–56.
- Delcour, Laure (2011): *The Institutional Functioning of the Eastern Partnership: An Early Assessment*. (Working Paper, Eastern Partnership Review 1). Online verfügbar unter http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2276452, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2016): *List of EU-funded projects, years 2011–2015* (CSF, LA and NSA). Kiev.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2015): *Elections related projects (update as of September 2015)*. Kiev.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2014): *Work Programme for grant of the Delegation of the European Union to Ukraine for AAP 2014 Ukraine Civil Society Support Programme and AAP 2015 Thematic Programme Civil Society Organisations*. Kiev.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2014a): *Press conference "Eastern Partnership Media Freedom in 2013: results and assumptions"* (16/04/2014). Kiev. Online verfügbar unter

- http://eeas.europa.eu/archives/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2014/2014_04_16_02_en.htm, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2014b): Grant contracts awarded during 12.2013–12.2014. Grants awarded under Call for Proposals EuropeAid/134433/L/ACT/UA, published on 30 April 2013. Kiev.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2014c): Grant contracts awarded during 2012–2013. Grants awarded under Call for Proposals EuropeAid/132701/L/ACT/UA, published on 30.03.2012. Kiev.
- Delegation of the European Commission to Ukraine (2009): The European Union – the largest donor to Ukraine: technical and financial co-operation by the EU and its member states. Kiev.
- Delegation of the European Commission to Ukraine (2008): EU Co-operation News, 28 May 2008. Project on Information and PR Activities for the EU and its Programmes in Ukraine (Bi-weekly newsletter of the Delegation of the European Commission to Ukraine). Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eucooperationnews/07_eucooperationnews_en.pdf, zuletzt geprüft am 3.04.2015.
- Delegation of the European Commission to Ukraine (2008a): Grant contracts awarded during September 2008 – June 2009. Finance source: Budget line 19.04.01 EIDHR – New Democracy and Human Rights. (Country-based Support Scheme; budget 2007 and 2008). Grants awarded under Call for Proposals EuropeAid/126448/L/ACT/UA, published on 31 December 2007. Kiev.
- Delegation of the European Commission to Ukraine (2008b): Civil Society Portal: Database of EU-Funded Civil Society Projects, 15 September 2008. Kiev. Online verfügbar unter <http://delukr.sdv.com.ua/page49152.html>, zuletzt geprüft am 16.02.2015.
- Delegation of the European Union to Russia (2002): TACIS IBPP 2002: Project Summary. Moscow. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/russia/documents/eu_russia/ibpp_summaries_cfp_2002_en.pdf, zuletzt geprüft am 3.04.2015.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2012): EU-Ukraine Cooperation News, 28 April 2012. Kiev. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eucooperationnews/90_eucooperationnews_en.pdf, zuletzt geprüft am 7.02.2019.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2012a): EU-Ukraine Cooperation News, 17 May, 2012. Kiev. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eucooperationnews/2012/91_eucooperationnews_en.pdf, zuletzt geprüft am 3.04.2015.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2012b): Work Programme for Grants of the Delegation of the European Union to Ukraine for Ukraine: European Instrument for Democracy and Human Rights: Country-based Support Scheme 2012–2013 in Ukraine. Kiev.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2012c): Work Programme for Grants of the Delegation of the European Union to Ukraine: Non-State Actors and Local Authorities in Development – Ukraine, 2013 Annual Action Programme (NSA&LA 2013 AAP Ukraine) and Neighbourhood Civil Society Facility 2012. Kiev.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2012d): Non-State Actors and Local Authorities in Development – Ukraine, 2012 Annual Action Programme (NSA&LA 2012 AAP Ukraine) and Neighbourhood Civil Society Facility 2011. Kiev.
- Delegation of the European Union to Ukraine (2011): Annual Work Programme for Grants of the Delegation of the European Union to Ukraine. European Instrument for Democracy and Human Rights – Country-based Support Scheme 2011 in Ukraine. Kiev.
- Demirovic, Alex (2000): NGOs and social movements: A study in contrast. In: *Capitalism Nature Socialism* 11 (4), S. 131–140.
- Diamond, Larry (2002): Thinking About Hybrid Regimes. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 21–35.
- Diamond, Larry (1999): *Developing Democracy toward Consolidation*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Diamond, Larry (1996): Is the Third Wave Over? In: *Journal of Democracy* 7 (3), S. 20–37.
- Diamond, Larry (1994): Rethinking civil society: toward democratic consolidation. In: *Journal of Democracy* 5, S. 4–18.
- Diamond, Larry; Plattner Marc F. (Hg.) (2002): *Democracy after communism*. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.

- Dimitrova, Bohdana (2009): Contradictions and Paradoxes in the Promotion of Civil Society: Re-interpreting Civil Society in the EU's Neighbourhood. Cross-Sectional Analysis Report. Belfast: Queen's University Belfast.
- Dimitrova, Antoaneta; Dragneva, Rilka (2009): Constraining external governance: interdependence with Russia and the CIS as limits to the EU's rule transfer in the Ukraine. In: *Journal of European Public Policy* 16(6), S. 853–872.
- Dimitrova, Bohdana; O'Dowd, Liam; Scott, James W. (2009): Cross-Sectional Analysis Working Paper: Mapping Civil Society between Local Transformations and the European "Neighbourhood". (Project EUDIMENSIONS: Local Dimensions of a Wider European Neighbourhood: Developing Political Community through Practices and Discourses of Cross-Border-Cooperation). Online verfügbar unter <http://www.eudimensions.border-research.eu/content/publications/download/1st%20CSA%20Report.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Dicklitch, Susan (2001): NGOs and Democratization in Transitional Societies: Lessons from Uganda. In: *International Politics* 38, S. 27–46.
- Diuk, Nadia (2014): The Maidan and Beyond: Finding Ukraine. In: *Journal of Democracy* 25 (3), S. 83–89.
- Drescher, Wiebke (2009): The Eastern Partnership and Ukraine: New Label – Old Products? (Discussion Paper, C194). Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn/Zentrum für Europäische Integrationsforschung. Online verfügbar unter http://www.zei.uni-bonn.de/dateien/discussion-paper/dp_c194_drescher.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Dryzek, John S. (2000): *Deliberative Democracy and Beyond: Liberals, Critics, Contestations*. Oxford: Oxford University Press.
- Duleba, Alexander; Najšlová, Lucia; Benč, Vladimír; Bilčík, Vladimír (2008): *The Reform of the European Neighbourhood Policy: Tools, Institutions and a Regional Dimension*. Bratislava: Renesans.
- Durkot, Juri (2005): Europäische Perspektive der Ukraine. Der schwierige Balanceakt zwischen Europa und Russland. In: *Bürger im Staat: "Nach der Orangen Revolution"* 55 (4). Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 186–191.
- Duverger, Maurice (1980): A New Political System Model: Semi-Presidential Government. In: *European Journal of Political Research* 8 (2), S. 165–187.
- EaP Civil Society Forum (2014): Ukrainian National Platform: Annual Activity Report. November 2013–October 2014. Kiev. Online verfügbar unter http://eap-csf.eu/assets/files/ukraine_annual-report-%281%29.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2013): Project "Strengthening capacities of the National Platforms of the Eastern Partnership Civil Society Forum". Description of the Action. Brussels. Online verfügbar unter http://archive.eap-csf.eu/assets/files/publications/Activities_CSF_project.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2013a): Progress Report "Strengthening capacities of the National Platforms of the Eastern Partnership Civil Society Forum". 1 December 2012 – 31 May 2013. Brussels. Online verfügbar unter http://archive.eap-csf.eu/assets/files/Documents/Progress_report_6_months.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2013b): Progress Report "Strengthening capacities of the National Platforms (NP) of the Eastern Partnership Civil Society Forum (EaP CSF)" 1 June – 1 September 2013. Brussels. Online verfügbar unter [http://eap-csf.eu/assets/files/Articles/Web/Progress_Report_Sep_2013%20\(1\).pdf](http://eap-csf.eu/assets/files/Articles/Web/Progress_Report_Sep_2013%20(1).pdf), zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2013c): Media Freedom Watch launches weekly newsletter service. Subscribe today! Forum news. Secretariat of the Steering Committee of the Eastern Partnership Civil Society Forum. Brussels. Online verfügbar unter <http://archive.eap-csf.eu/en/news-events/news/untitled-resource1/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2012): Statement of the Eastern Partnership Civil Society Forum Steering Committee to the Eastern Partnership Ministerial meeting, 23 July 2012. Brussels.
- EaP Civil Society Forum (2012a): An active Partner in Democratic Transition and European Integration: A Concept paper for the Eastern Partnership Civil Society Forum. Brussels. Online verfügbar unter <http://archive.eap-csf.eu/assets/files/publications/EaPCSFconceptpaper2011.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2011): Survey of Current and Planned Projects Focusing on Eastern Partnership Issues. Summary prepared by EaP CSF Steering Committee, updated 20 May 2011. Online

- verfügbar unter http://www.eap-csf.eu/assets/files/Downloads/english/EAPCSFprojectsummary_full.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2011a): Civil Society Forum of the Eastern Partnership Appeal on Ukraine: The Association Agreement between the EU and Ukraine should be initialised. Poznan. Online verfügbar unter http://issuu.com/laboratoryli/docs/civil_society_forum_of_the_eastern_partnership_app, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2010): Report from the Eastern Partnership Civil Society Forum meeting on Working Group 1 on Democracy, Human Rights, Good Governance and Stability. Brussels. Online verfügbar unter http://eap-csf.eu/assets/files/publications/WG1_EaPCSF_mtg_report.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum (2009): Recommendations. Working Group 1: Democracy, Human Rights, Good Governance and Stability. Brussels.
- EaP Civil Society Forum/PASOS (2013): The Eastern Partnership Roadmap to the Vilnius Summit. An Assessment of the Roadmap Implementation by the Eastern Partnership Civil Society Forum. May 2012–October 2013. Brussels. Online verfügbar unter http://archive.eap-csf.eu/assets/files/Articles/Full_EaP-CSF-roadmap-report-overview.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EaP Civil Society Forum/REC Moldova (2013): Strengthening capacities of the National Platforms (NP) of the Eastern Partnership Civil Society Forum (EaP CSF). Progress Report: 1 June 2013–1 September 2013. Brussels.
- EaP Civil Society Forum/REC Moldova (2013a): Strengthening capacities of the National Platforms (NP) of the Eastern Partnership Civil Society Forum (EaP CSF). Progress Report: 1. December 2012–31. Mai 2013. Brussels.
- EaP Media Freedom Watch (2018): Media Freedom Watch Project. (*Official website*). Online verfügbar unter <http://mediafreedomwatch.org>, zuletzt geprüft am 18.05.2018.
- EaP Media Freedom Watch (2015): Eastern Partnership Media Freedom Landscape 2014. This project is funded by the European Union. Kiev: Internews Ukraine.
- Edwards, Michael (2013): Civil Society. Second Edition. Hoboken/New Jersey: John Wiley&Sons.
- Edwards, Bob; Foley, Michael W. (1998): Civil Society and Social Capital Beyond Putnam. In: *American Behavioral Scientist* 42, S. 124–139.
- Egger, Miriam (2006): Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen zwischen Entwicklungs- und Transformationskontext: Eine Untersuchung der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika und Osteuropa – Eine Studie zum organisationalen Lernen. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktor der Politikwissenschaft (Dr. phil.). Berlin: Freie Universität Berlin.
- Ehrke, Michael (2007): Die Europäische Union und der postkommunistische Raum: Integration, europäische Nachbarschaftspolitik und strategische Partnerschaft. (Kompass 2020: Deutschland in den internationalen Beziehungen: Ziele, Instrumente, Perspektiven). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.fes.de/kompass2020/pdf/postkommunismus.pdf>, zuletzt geprüft am 7.02.2017.
- Eicher, Claudia; Beichelt, Timm (2006): Osteuropa. Kapitel IV. In: Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Thiery, Peter (Hg.): Defekte Demokratien. Band 2. Regionalanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 295–441.
- Eisele, Gudrun (2005): European Civil Society. (Publications of the Nachwuchsgruppe “Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance”). Münster: Westfälische Wilhelms-Universität München.
- Ekiert, Grzegorz; Foa, Roberto (2012): The Weakness of Post-Communist Civil Societies reassessed. (Open Forum CES Paper Series, 11). Online verfügbar unter http://aei.pitt.edu/67201/1/CES_OFWP_11.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Elster, John (1993): The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform. In: Greenberg, Douglas; Katz, Stanley N.; Oliviero, Melanie Beth; Wheatley, Steven C. (Hg.): Constitutionalism and Democracy. Transition in the Contemporary World. New York: Oxford University Press, S. 267–275.
- Elster, John; Offe, Claus; Press, Ulrich (Hg.) (1998): Institutional Design in Post-communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea. Cambridge: Cambridge University Press.

- Emerson, Michael (2014): After the Vilnius fiasco: Who is to blame? What is to be done? (CEPS Essays, 8). Brussels: Centre for European Policy Studies. Online verfügbar unter <https://www.ceps.eu/ceps-publications/after-vilnius-fiasco-who-blame-what-be-done/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Emerson, Michael (2009): The Long and Hazardous Route to Democracy: Introduction and Conclusions. In: Emerson, Michael; Youngs, Richard (Hg.): Democracy's Plight in the European Neighbourhood: Struggling Transitions and Proliferating Dynamics. Brussels: Centre for European Policy Studies, S. 1–31.
- Emerson, Michael; Kempe, Iris; Yahorau, Andrei (2010): Civil Society in the Eastern Partnership. In: *CEPS European Neighbourhood Watch 65*. Online verfügbar unter <http://alleuropa.ru/wp-content/uploads/2011/06/NWatch65.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Emerson, Michael; Youngs, Richard (Hg.) (2009): Democracy's Plight in the European Neighbourhood: Struggling Transitions and Proliferating Dynamics. Brussels: Centre for European Policy Studies.
- Emerson, Michael; Aydin, Senem; Noutcheva, Gergana; Tocci, Nathalie; Vahl, Marius; Youngs, Richard (2005): The Reluctant Debutante: The EU as Promoter of Democracy in its Neighbourhood. In: Emerson, Michael (Hg.): Democratisation in the European Neighbourhood. Brussels: Centre for European Policy Studies, S. 169–230.
- Emerson, Michael (Hg.) (2005): Democratisation in the European Neighbourhood. Brussels: Centre for European Policy Studies.
- Emerson, Michael; Noutcheva, Gergana (2005): Europeanisation as a Gravity Model of Democratization. "Promoting Democracy and the Rule of Law: EU and US Strategies and Instruments", conference of the Centre for Democracy, Development and the Rule of Law, Stanford University, 4–5 October 2004, Stanford. Online unter <http://www.heraldofeurope.co.uk/issues/europeanisation-as-a-gravity-model-of-democratisation.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Engel, Simone (2008): Das politische System der Ukraine. In: *Aktuelle Ostinformationen 40 (3/4)*, S. 29–47.
- Epstein, Rachel A.; Sedelmeier, Ulrich (2008): Beyond conditionality: international institutions in postcommunist Europe after enlargement. In: *Journal of European Public Policy 15 (6)*, S. 795–805.
- Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne (2009): Externe Faktoren der Demokratisierung: Forschungsperspektiven und Entwicklungspotenzial. In: Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Baden-Baden: Nomos, S. 319–229.
- Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne (Hg.) (2014): Externe Faktoren der Demokratisierung. 2. unveränderte Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Etzioni, Amitai (2000): Der Dritte Weg – zwischen Staat und Markt: Zur Theorie der Zivilgesellschaft. In: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 1 (11)*, S. 403–409.
- European Commission (2017): Development and Cooperation – EuropeAid. (*Official website*). Brussels. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/europeaid/home_en, zuletzt geprüft am 11.11.2017.
- European Commission (2016): Procurement And Grants for European Union External Actions – A Practical Guide. Brussels.
- European Commission (2015): Joint communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Review of the European Neighbourhood Policy. JOIN (2015) 50 final. Brussels.
- European Commission (2015a): Civil Society Engagement. Our Support and Its Impact: In a Snapshot. DG Neighbourhood and Enlargement Negotiations. Brussels. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/neighbourhood/pdf/riga/20150518_civil_society_leaflet.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Commission (2014): ENI East Regional Action Programme 2015 part 2 to be financed from the general budget of the European Union. C (2015) 5272 final. Brussels.
- European Commission (2014a): EIDHR and Ukraine. Information Note. Brussels. Online verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/droi/dv/83_eidhr_/83_eidhr_en.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Commission (2014b): Commission Implementing Decision of 29.4.2014 on a Special measure in favour of Ukraine to be financed from the general budget of the European Union. C (2014) 2907 final. Brussels.
- European Commission (2014c): EU Country Roadmap for Engagement with Civil Society 2014–2017. Ukraine. Brussels.

- European Commission (2014d): Multiannual Indicative Programme for the Thematic Programme "Civil Society Organisations and Local Authorities" for the period 2014–2020. C (2014) 4865 final. Brussels.
- European Commission (2014e): Programming Period 2014–2020. Monitoring and Evaluation of European Cohesion Policy: European Social Fund. Guidance Document on Indicators of Public Administration Capacity Building. Brussels.
- European Commission (2014f): Joint Staff Working Document "Implementation of the European Neighbourhood Policy in Ukraine. Progress in 2013 and recommendations for actions". SWD (2014) 96 final. Brussels.
- European Commission (2013): Joint Communication to the European Parliament, the Council, The European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. European Neighbourhood Policy: Working towards a Stronger Partnership. JOIN (2013) 4 final. Brussels.
- European Commission (2013a): European Endowment for Democracy – additional support for democratic change. Press release. Brussels. Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-17_en.htm, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Commission (2013b): Practical Guide to contract procedures of European Union external actions (PRAG). Brussels.
- European Commission (2013c): Neighbourhood Civil Society Facility (NCSF) 2012 and Non-State Actors and Local Authorities in Development (NSA&LA) 2012 and 2013. Actions in partner countries – Ukraine. Reference: EuropeAid/134433/L/ACT/UA. Guidelines for grant applicants. Brussels.
- European Commission (2012): How the European Union works. Your guide to the EU institutions. Brussels. Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/archives/delegations/singapore/documents/more_info/eu_publications/how_the_european_union_works_en.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Commission (2012a): European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR). Country-based Support Scheme in Ukraine. 2012–2013 Annual Action Programmes. Reference: EuropeAid/132823/L/ACT/UA. Guidelines for grant applicants. Brussels.
- European Commission (2012b): The Roots of Democracy and Sustainable Development: Europe's Engagement with Civil Society in External Relations. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of Regions. COM (2012) 492 final. Brussels.
- European Commission (2012c): Enhanced cooperation in the Eastern Partnership: The Eastern Partnership Integration and Cooperation (EaPIC) programme. MEMO, 26 June 2012. Brussels. Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-491_en.htm?locale=en, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Commission (2012d): Action Fiche for Eastern Neighbourhood Civil Society Facility 2012 and 2013. Brussels.
- European Commission (2012e): Joint staff working document: Eastern Partnership Roadmap 2012–2013: the bilateral dimension. SWD (2012) 109 final. Brussels.
- European Commission (2012f): Neighbourhood Civil Society Facility 2011 and Non-State Actors and Local Authorities in Development 2012. Actions in partner countries – Ukraine. Reference: EuropeAid/132701/L/ACT/UA. Guidelines for grants applicants. Brussels.
- European Commission (2012g): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Delivering on a new European Neighbourhood Policy. JOIN (2012) 14 final. Brussels.
- European Commission (2011): Commission implementing decision of 5.12.2011 adopting the Civil Society Facility Programme under the IPA – Transition Assistance and Institution Building Component for the years 2011–2012 by Common Financing Decision. C (2011) 9081 final. Brussels.
- European Commission (2011a): Action Fiche for Neighbourhood Civil Society Facility 2011. Brussels.
- European Commission (2011b): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. A new response to a changing Neighbourhood. COM (2011) 303. Brussels.
- European Commission (2010): Non-State Actors and Local Authorities in Development – Ukraine, AAP 2011. Brussels.
- European Commission (2010a): EU-Ukraine Association Agenda to prepare and facilitate the implementation of the Association Agreement. As endorsed by the EU-Ukraine Association Council on 16 March 2015. Brussels.

- European Commission (2010b): Non-State Actors and Local Authorities in Development (NSA&LA). Actions in partner countries – Ukraine, 2011 Annual Action Programme. Reference: EuropeAid/131664/L/ACT/UA. Guidelines for grant applicants. Brussels.
- European Commission (2010c): European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR): Strategy Paper 2011-2013. C (2010) 2432. Brussels.
- European Commission (2009): Eastern Partnership Civil Society Forum. Concept Paper. Online verfügbar unter http://eap-csf.eu/assets/files/Documents/concept_en.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Commission (2009a): Eastern Partnership. List of CSOs which participated in the CSF on 16–17 November 2009. Brussels. Online verfügbar unter <http://www.enpi-info.eu/library/content/csos-eastern-partnership-civil-society-forum>, zuletzt geprüft am 6.05.2015.
- European Commission (2008): Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. COM (2008) 823 final. Brussels.
- European Commission (2006): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament on Strengthening the European Neighbourhood Policy. COM (2006) 726 final. Brussels.
- European Commission (2005): EU/Ukraine Action Plan. Brussels.
- European Commission (2004): Communication from the Commission to the Council on the Commission Proposals for Action Plans under the European Neighbourhood Policy (ENP). COM (2004) 795 final. Brussels.
- European Commission (2004a): Project Cycle Management Guidelines. Volume 1. Supporting effective implementation of EC External Assistance. Brussels. Online verfügbar unter <https://www.ircwash.org/sites/default/files/EC-2004-Project.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Commission (2003): National Indicative Programme Ukraine 2004–2006. TACIS Regulation 99/2000. Brussels.
- European Commission (2003a): TACIS Institution Building Partnership Programme (IBPP). Support to civil society and local initiative (Budget Line b7-520). Guidelines for applicants for call for proposals. Brussels.
- European Commission (2001): Country Strategy Paper 2002–2006. National Indicative Programme 2002–2003 Ukraine. Brussels.
- European Commission (2001): European Governance. A White Paper. COM (2001) 428 final. Brussels.
- European Commission (1998): Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States, and Ukraine. In: *Official Journal of the European Communities*, 18.2.1998. Brussels.
- European Commission/EIDHR (2010): European Instrument for Democracy and Human Rights: Compendium 2007–2010. Brussels.
- European Commission/EIDHR (2001): European Initiative for Democracy and Human Rights. Micro Projects Compendium 2001. Brussels.
- European Commission/EIDHR (2000): EIDHR: European Initiative for Democracy and Human Rights. Compendium 2000. Brussels.
- European Commission/ENPI (2011): ENPI Regional East Programme. Strategy Paper 2010–2013 & Indicative Programme 2010–2013. Brussels.
- European Commission/ENPI (2011a): Ukraine: National Indicative Programme 2011–2013. Brussels.
- European Commission/ENPI EAST (2012): Strengthening non-State actors' Capacities to Promote Reform and increase Public Accountability. Online verfügbar unter <http://slidegur.com/doc/1108314/strengthening-non-state-actor-s-capacities>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Commission/ENPI EAST (2012a): "Technical Assistance: Strengthening non-State actors' Capacities to Promote Reform and increase Public Accountability". Annex II: Terms of Reference. Brussels. Online verfügbar unter www.sipu.se/media/52807/tor_cso_support.doc, zuletzt geprüft am 9.07.2015.
- European Commission/EuropeAid (2014): Neighbourhood Civil Society Facility (European Neighbourhood and Partnership Instrument). Regional actions. EuropeAid/135811/DH/ACT/Multi. Guidelines for grant applicants. Brussels.
- European Commission/EuropeAid (2014a): European Neighbourhood and Partnership Instrument 2007–2013. Overview of Activities and Results. Brussels.
- European Commission/EuropeAid (2013): Panorama of EU Regional Programmes and Projects: Eastern Partnership and Russia. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

- European Commission/EuropeAid (2012): Introduction to the thematic instruments and programmes 2011–2013. Brussels.
- European Commission/EuropeAid (2012a): Assistance in the implementation of consultations and research linked to the preparation of the Communication on civil society in development and to the set up of the Policy Forum for Development with CSO and LAs. Executive Summary of the report on the key results of the on-line consultation on the issues paper "CSOs in Development Cooperation." Unter Mitarbeit von Beatriz Sanz Corella und An van Goey. Brussels.
- European Commission/EuropeAid (2012b): Contracting Authority: the European Commission Neighbourhood Civil Society Facility 2012 and Non-State Actors and Local Authorities in Development 2012 and 2013. Actions in partner countries – Ukraine. Reference EuropeAid/134433/L/ACT/UA. Guidelines for grant applicants. Brussels.
- European Commission/EuropeAid (2011): Delivering on Democracy: Highlights of the Semester January – June 2011. Brussels. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/report-delivering-on-democracy-201106_en_0.pdf, zuletzt geprüft am 9.02.2019.
- European Commission/EuropeAid (2011a): 9EDF: Capacity building. CiSocH – Civil Society Homepage. Brussels.
- European Commission/EuropeAid (2009): Activity Report. Twinning, TAIEX and SIGMA within ENPI. Brussels. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/activity-report-twinning-taieux-and-sigma_2009-20141021_en_0.pdf, zuletzt geprüft am 9.02.2019.
- European Commission/EuropeAid (2002): TACIS IBPP: Institution Building Partnership Programme. Support to Civil Society and Local Initiatives. Brussels.
- European Commission/EuropeAid (o. D.): Non-State Actors and Local Authorities in Development. Actors and activities of the Non-State Actors and Local Authorities Thematic Programme. Brussels.
- European Commission/ENPI (2006): Ukraine. Country Strategy Paper 2007–2013. Brussels.
- European Commission/ENPI (2006a): European Neighbourhood and Partnership Instrument: Eastern Regional Programme. Strategy Paper 2007–2013. Brussels.
- European Communities (1998): The Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States, and Ukraine. In: *Official Journal of the European Communities*, 19.2.1998. Brussels.
- European Council (1993): Copenhagen 21–22 June 1993. Reproduced from the Bulletin of the European Communities 6/1993. Online verfügbar unter http://aei.pitt.edu/1443/1/Copenhagen_june_1993.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- EU Neighbourhood Info Centre (2014): Civil Society: a formidable catalyst for democracy. Interview with Neighbourhood Director at DG Development and Cooperation – EuropeAid Michael Köhler. Online verfügbar unter http://www.enpi-info.eu/files/features/Koehler%20interview_s2_version%203%20ENG.pdf, zuletzt geprüft am 23.02.2015.
- EEAS (2011): List of the EU-Ukraine Association Agenda 2011–2012. Brussels. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/ukraine/docs/2011_12_eu_ukraine_priorities_en.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Endowment for Democracy (2018): We support. Brussels. Online verfügbar unter <https://www.democracyendowment.eu/we-support/?country=15>, zuletzt geprüft am 1.02.2018.
- Europarat/Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (2010): Die Europäische Menschenrechtskonvention. Straßburg.
- Europäische Kommission (2012): Östliche Partnerschaft: Fahrplan bis zum Gipfeltreffen im Herbst 2013. Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen JOIN (2012) 13 final. Brussels.
- Europäische Kommission (2006): Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI). Ukraine: Länderstrategiepapier 2007–2013. Brussels.
- Europäische Kommission (2006a): Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument. Ukraine. Nationales Richtprogramm 2007–2010. Brussels.
- Europäische Kommission (2004): Mitteilung der Kommission „Europäische Nachbarschaftspolitik“. Strategiepapier. KOM (2004) 373 endgültig. Brüssel.
- Europäische Kommission (2003): Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. KOM (2003) 104 endgültig. Brüssel.
- Europäische Parlament/Rat der EU (2006): Verordnung (EG) Nr. 1889/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Einführung eines Finanzierungsinstruments für die

- weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte). In: *Amtsblatt der Europäischen Union*, L386, 29.12.2006, S. L386/1-L386/11.
- Europäisches Parlament/Rat der EU (2012): Charta der Grundrechte der Europäischen Union (C 2012/326/02). In: *Amtsblatt der Europäischen Union*, 26.10.2012.
- European Partnership for Democracy (2012): Annual Report 2011. Brussels. Online verfügbar unter <http://www.epd.eu/wp-content/uploads/2013/10/Annual-Report-2011.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Parliament (2009): EU democracy promotion in third countries. Library of the European Parliament (Library Briefing, 058/2009). Brussels.
- European Parliament (2005): Spotlight on Democracy Promotion: enhancing the European Neighbourhood Policy. Directorate-General for External Policies of the Union/Policy Department. Brussels. Online verfügbar unter <https://agora-parl.org/sites/default/files/Spotlight%20on%20Democracy%20Promotion.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- European Parliament/Council of the EU (2014): Regulation (EU) No 2013/2014 of the European Parliament and of the Council of 11 March 2014 establishing a European Neighbourhood Instrument. Brussels.
- European Parliament/Council of the EU (2006): Regulation (EC) No 1905/2006 of the European Parliament and of the Council of 18 December 2006 establishing a financing instrument for development cooperation. In: *Official Journal of the European Union*, L 378, 27.12.2006. Brussels.
- European Parliament/Council of the EU (2006a): Regulation (EC) No 1638/2006 of the European Parliament and the Council of 24 October 2006 laying down general provisions establishing a European Neighbourhood and Partnership Instrument. In: *Official Journal of the European Union*; L310, 9.11.2006. Brussels.
- Europäische Parlament/Rat der EU (2006): Verordnung (EG) Nr. 1889/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Einführung eines Finanzierungsinstruments für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte). In: *Amtsblatt der Europäischen Union*, L386, 29.12.2006, S. L386/1–L386/11.
- Europäische Union (2007): Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007. In: *Amtsblatt der Europäischen Union*, C 306, 17.12.2007.
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2009): Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu den "Beziehungen EU-Ukraine: eine neue dynamische Rolle für die Zivilgesellschaft". REX/252. Brüssel.
- Euukrainecoop (2013): Dostup do pravosuddia dla vsikh hromadian – interviu. (*Zugang zum Recht für alle Bürger – das Interview*). Kyiv. Online verfügbar unter <https://euukrainecoop.net/2013/02/05/helsinki/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Euukrainecoop (2013a): Building Europe in Ukraine: EU Delegation launches a new information campaign. Kiev: EU in Ukraine Cooperation News. Online verfügbar unter <https://euukrainecoop.com/2013/10/02/mykolaiv/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Evers, Adalbert (2011): Der Bezugsrahmen "Zivilgesellschaft". Unterschiedliche Definitionen und ihre Konsequenzen für Konzepte der Engagementforschung. In: Eckhard, Priller; Alscher, Mareike; Dietmar, Dathe; Speth, Rudolf (Hg.): *Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*. Berlin: Lit Verlag, S. 136–151.
- Falkenhain, Mariella; Solonenko, Iryna (2012): The EU and Civil Society on Eastern Europe: Partners in the Pursuit of Policy. In: Börzel, Tanja A.; Böttger, Katrin (Hg.): *Policy Change in the EU's Immediate Neighbourhood: A Sectoral Approach*. (Europäische Schriften, 93). Baden-Baden: Nomos, S. 56–77.
- Falsini, Sophie (2018): The Euromaidan's Effect on Civil Society. Why and How Ukrainian Social Capital Increased after the Revolution of Dignity. Stuttgart: ibidem.
- Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M. (Hg.) (2003): *The Politics of Europeanisation*. Oxford: Oxford University Press.
- Fedorchenko, Nadiya (2009): Ostpartnerschaft als neue Dimension der Ostpolitik der EU: kein "Mehrwert" für die Ukraine? In: *IDM Info Europa* 5, S. 6–8.
- Fedirko, Taras (2013): Democracy promotion in Ukraine in the framework of the European Neighbourhood Policy. In: Pecob-Portal on Central and Eastern Europe: Political and Economic Reports. Online

- verfügbar unter <http://www.pecob.eu/flex/cm/pages/ServeBLOB.php/L/EN/IDPagina/3943>, zuletzt geprüft am 9.02.2019.
- Fein, Elke; Matzke, Sven (1997): *Zivilgesellschaft: Konzept und Bedeutung für die Transformation in Osteuropa*. 2. Auflage (Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft, 7). Berlin: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin.
- Fischer, Sabine; Pleines, Heiko; Schröder, Hans-Henning (Hg.) (2010): *Civil Society in Central and Eastern Europe*. Changing Europe, Vol. 7. Stuttgart: ibidem.
- Fischer, Sabine; Pleines, Heiko (2009): *The EU and Central & Eastern Europe: successes and failures of Europeanization in politics and society*. Stuttgart: ibidem.
- Flick, Uwe (2007): *Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag GmbH.
- Fond "Demokratychni initsiatyvy" imeni Ilka Kucheriva (2013): *Richnyi zvit 2013. (Jahresbericht 2013)*. Kyiv.
- Fond "Demokratychni initsiatyvy" imeni Ilka Kucheriva (2012): *Richnyi zvit 2012. (Jahresbericht 2012)*. Kyiv.
- Forbrig, Joerg (2002): *A Source of Democratic Legitimacy? Civil Society in East-Central Europe*. In: *The Contours of Legitimacy in Central Europe: New Approaches in Graduate Studies*. Oxford: European Studies Centre/St. Antony's College. Online verfügbar unter http://users.ox.ac.uk/~oaces/conference/papers/Joerg_Forbrig.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Förster, Heinrich Linus (1998): *Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück? Eine Auseinandersetzung mit der Problematik der Systemtransformation am Beispiel der ehemaligen Sowjetrepublik Belarus*. POLITICA Schriftenreihe zur politischen Wissenschaft. Hamburg: Dr. Kovac Verlag.
- Fowler, Alan (1994): *Development, Democratization, and NGOs: Lessons from Experience*. In: *Development and Democracy 7*, S. 25–33.
- Franzen, Wolfgang; Haarland, Hans Peter; Nießen, Hans-Joachim (Hg.) (2005): *Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität: Daten zur Systemtransformation 1990–2003 für eine nachhaltige Entwicklung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Frantz, Christiane (2002): *Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der sozialwissenschaftlichen Debatte*. In: Frantz, Christiane; Zimmer, Annette (Hg.): *Zivilgesellschaft international: Alte und neue NGOs*. Opladen: Leske + Budrich, S. 51–81.
- Frantz, Christiane (2000): *EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäischen Union*. Opladen: Leske + Budrich.
- Frantz, Christiane; Martens, Kerstin (2006): *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Frantz, Christiane; Zimmer, Annette (Hg.) (2002): *Zivilgesellschaft international: Alte und neue NGOs*. Opladen: Leske + Budrich.
- Freedom House (2016): *Nations in Transit 2016. Methodology*. Online verfügbar unter <https://freedomhouse.org/report/nations-transit-methodology>, zuletzt geprüft am 2.07.2018.
- Freedom House (2013): *Nations in Transit 2013. Ukraine*. Online verfügbar unter <http://reworld.org/docid/51c1680d27>, zuletzt geprüft am 2.07.2018.
- Freedom House (2012): *Freedom in the World 2012: The Arab Uprisings and Their Global Repercussions. Selected data from Freedom House's annual survey of political rights and civil liberties*. Online verfügbar unter http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/inline_images/FIW%202012%20Booklet--Final.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Freedom House (2007): *Freedom of the Press. Ukraine*. Online verfügbar unter <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-press/2007/ukraine>, zuletzt geprüft am 2.07.2018.
- Freedom House (2006): *Freedom of the Press. Ukraine*. Online verfügbar unter <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-press/2006/ukraine>, zuletzt geprüft am 2.07.2018.
- Freie Universität Berlin (2018): *Kolleg-Forschergruppe "The Transformative Power of Europe"*. Online verfügbar unter <http://www.polsoz.fu-berlin.de/en/v/transformeurope/index.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Freise, Matthias (2008): *Mehr als bloß ein Feigeblatt? Der Zivilgesellschaftsdiskurs in Brüssel*. Online verfügbar unter <https://core.ac.uk/reader/71735296>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Freise, Matthias (2004): *Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten*. Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung. Band 27. Münster: Lit Verlag.

- Freise, Matthias (2004a): Vom Boom zur Konsolidierung: Zivilgesellschaftliche Entwicklungslinien in Ostmitteleuropa. Online verfügbar unter <http://www.matthias-freise.de/PIN-Freise.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Freyburg, Tina; Richter, Solveig (2009): Antizipierte EU-Mitgliedschaft. Zur Wirkung politischer Konditionalität auf Demokratisierungsprozesse in der Europäischen Nachbarschaft. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.): Das Ende des postsozialistischen Raums? (Ent-)Regionalisierung in Osteuropa. Beiträge für die 17. Tagung junger Osteuropa-Experten. (Arbeitspapiere und Materialien, 104). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, S. 43–47.
- Freyburg, Tina; Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank; Skripka, Tatjana (2009): EU Promotion of democratic governance in the neighbourhood. In: *Journal of European Public Policy* 16 (6), S. 916–934.
- Freyburg, Tina; Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank; Scholtz, Hanno; Skripka, Tatjana; Wetzel, Anne (2009a): Neue Wege der externen Demokratieförderung: Demokratisches Regieren in der Europäischen Nachbarschaftspolitik. In: Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Baden-Baden: Nomos, S. 169–193.
- Freyburg, Tina; Skripka, Tatjana; Wetzel, Anne (2007): Democracy between the lines? EU Promotion of Democratic Governance via Sector-specific Co-operation. (NCCR Working Paper 5(2007)). Zürich: ETH Zürich. Online verfügbar unter <http://www.nccrdemocracy.uzh.ch/nccr/publications/workingpaper/pdf/WP5.pdf>, zuletzt geprüft am 10.08.2014.
- Gallina, Nicole (2002): Ist der ukrainische Transformationsprozess noch zu konsolidieren? In: Forschungsstelle Osteuropa Bremen (Hg.): Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse. Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten. (Arbeitspapiere und Materialien, Bd. 36). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa Bremen.
- Gänzle, Stefan (2008): Policy making and New Modes of Governance in the European Neighbourhood Policy. (Jean Monnet/Robert Schuman Paper Series 8 (8)). Online verfügbar unter <http://aei.pitt.edu/9011/1/GaenzleCFSPLongedi.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Gasimov, Zaur (2011): Zwanzig Jahre später: (Ent-)Demokratisierung in den postsowjetischen Räumen. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 15(1), S. 159–188.
- Gatskova, Kseniia; Gatskov, Maxim (2012): Weakness of civil society in Ukraine: A mechanism-based explanation. Institute for East and Southeast European Studies (IOS Working Paper, 323). Online verfügbar unter www.dokumente.ios-regensburg.de/publikationen/wp/wp_ios_323.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Gatskova, Kseniia; Gatskov, Maksim (2015). Third Sector in Ukraine: Civic Engagement Before and After the “Euromaidan”. In: *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* (July 2015), S. 1–22.
- Gatskova, Kseniia (2015): Der Lebensstandard in der Ukraine in den Jahren 2014/2015: sinkender Wohlstand und die Anpassungsstrategien der Bevölkerung. In: *Ukraine-Analysen* (161), S. 2–5.
- Gawrich, Andrea (2014): Demokratieförderung von Europarat und OSZE. Wiesbaden: Springer Fachmedien Verlag.
- Gawrich, Andrea (2006): Orange Träume von Europa – die EU und die Ukraine. In: Koopmann, Martin; Lequesne, Christian (Hg.): Partner oder Beitrittskandidaten? Die Europäische Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand. Baden-Baden: Nomos, S. 49–61.
- Gawrich, Andrea; Melnykovska, Inna; Schweickert, Rainer (2010): Neighbourhood Europeanization through ENP: The Case of Ukraine. In: *Journal of Common Market Studies* 48 (5), S. 1209–1235.
- Geddes, Barbara (1999): What do we know about democratization after twenty years? In: *Annual Review of Political Science* (2), S. 115–144.
- Gawrich, Andrea; Lapins, Wulf (2006): Demokratieförderung als europäische Herausforderung: Perspektiven für die östlichen Nachbarländer der EU. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Gellner, Ernest (1995): The Importance of Being Modular. In: Hall, John A. (Hg.): *Civil Society – Theory, History, Comparison*. Cambridge: Polity Press, S. 32–55.
- Gellner, Ernest (1994): *Conditions of Liberty: Civil Society and its Rivals*. London: Allen Lane/Penguin Press.

- Gensicke (2011): Notwendigkeit einer integrierten Theorie für die Beschreibung der Zivilgesellschaft. In: Alscher, Mareike; Dathe, Dietmar; Speth Rudolf (Hg.): *Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*. Berlin: Lit Verl., S. 153–177.
- Gerring, John (2007): *Case Study Research. Principles and Practices*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (1999): Theoriegeleitete Textanalyse? Das Potenzial einer variablenorientierten qualitativen Inhaltsanalyse. (WZB Discussion Paper). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2009): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gläßner, Gert-Joachim (1994): *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gliedtsch, Kristian Skrede; Ward, Michael D. (2006): Diffusion and the International Context of Democratization. In: *International Organizations* (60), S. 911–933.
- Gnedina, Elena (2005): Success and Failure of EU Policies in Ukraine and Belarus. In: *EuroJournal.org - Journal of Foreign Policy of Moldova* (09). Online verfügbar unter <https://www.ceeol.com/search/article-detail?id=242271>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Gojczyk, Gisela (2007): *Übergang zur Demokratie? Transformationstheoretische und praktische Entwicklungsmöglichkeiten post-autoritärer Staaten im überregionalen Vergleich Lateinamerika (Chile) und Osteuropa (Belarus und Ukraine)*. Gießen: Focus-Verl.
- Golczewski, Frank (Hg.) (1993): *Geschichte der Ukraine*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Goldstone, Jack A. (2004): More social movements or fewer? Beyond political opportunity structures to relational fields. In: *Theory and Society* 33 (3/4), S. 333–365.
- Gordon, Claire; Sasse Gwendolyn (2008): *The European Neighbourhood Policy: Effective Instrument for Conflict Management and Democratic Change in the Union's Eastern Neighbourhood? Human and Minority Rights in the Life Cycle of Ethnic Conflicts: EU Framework VI Project*. London: London School of Economics and Political Science.
- Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; van den Daele, Wolfgang; Kocka, Jürgen (2004): Einleitung: Zivilgesellschaft – national und transnational. In: Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; van den Daele, Wolfgang; Kocka, Jürgen (Hg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*. (WZB-Jahresbuch 2003). Berlin: edition sigma, S. 11–26.
- Gosewinkel, Dieter (2010): *Zivilgesellschaft*. (EGO: Europäische Geschichte Online). Mainz: Institut für Europäische Geschichte. Online verfügbar unter <http://www.ieg-ego.eu/gosewinkeld-2010-de>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter (2004): "History meets sociology": Zivilgesellschaft als Prozess. In: Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; van den Daele, Wolfgang; Kocka, Jürgen (Hg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*. (WZB-Jahresbuch 2003). Berlin: edition sigma, S. 29–60.
- Götze, Catherine (2004): Die Bedeutung von Staatsversagen und Anomie für zivilgesellschaftliche Organisationen: Beispiele aus Bosnien-Herzegowina und Albanien. In: Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; van den Daele, Wolfgang; Kocka, Jürgen (Hg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*. (WZB Jahresbuch 2003). Berlin: Edition sigma, S. 201–222.
- Grabbe, Heather (2006): *The EU's Transformative Power: Europeanization Through Conditionality in Central and Eastern Europe*. (Palgrave Studies in European Union Politics). Basingstoke/Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Graff, Peter-Christian (Hg.) (2006): *Die Rolle der erweiterten Europäischen Union in der Welt*. Baden-Baden: Nomos.
- Grande, Egdar (2009): Perspektiven der Governance-Forschung: Grundzüge des Forschungsprogramms des Münchner Centrums für Governance-Forschung. In: Grande, Edgar; May, Stefan (Hg.): *Perspektiven der Governance-Forschung*. Schriften des Münchner Centrums für Governance-Forschung. Baden-Baden: Nomos, S. 77–89.
- Grant, Charles (2011): *A new neighbourhood policy for the EU* (Policy Brief). London: Centre for European Reform Policy Brief. Online verfügbar unter https://www.cer.eu/sites/default/files/publications/attachments/pdf/2011/pb_grant_neighbourhood_11march11-170.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Grimm, Sonja (2006): Demokratieförderung durch die EU zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Arbeitskreis Europäische Integration: Tagungen. In: *Integration* 29 (2), S. 166–171.

- Gromadzki, Grzegorz (2011): Where is the Eastern Partnership in 2011, and to what extent has it achieved its aims/ made progress towards achieving its aims? In: Gromadzki, Grzegorz; Navasardyan, Boris; Yahorau, Andrei; Solonenko, Iryna; Rihackova, Vera: A Strategic roadmap for civil society in the Eastern Partnership. Brussels: Eastern Partnership Civil Society Forum, S. 2–4. Online verfügbar unter <http://archive.eap-csf.eu/en/news-events/articles-analytics/a-strategic-roadmap-for-civil-society-in-the-eastern-partnership/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Gromadzki, Grzegorz; Navasardyan, Boris; Yahorau, Andrei; Solonenko, Iryna; Rihackova, Vera (2011): A Strategic roadmap for civil society in the Eastern Partnership. Brussels: Eastern Partnership Civil Society Forum. Online verfügbar unter <http://archive.eap-csf.eu/en/news-events/articles-analytics/a-strategic-roadmap-for-civil-society-in-the-eastern-partnership/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Grotz, Florian; Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.) (2011): Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Guggenberger, Günther (2006): Symbolic actions of effective endeavours? The EU's activities to promote democracy in Ukraine, Moldova and Belarus. Wien: Demokratiezentrum Wien.
- Guggenberger, Günther (2008): In schlechter Verfassung. Das Regierungssystem der Ukraine zwischen Interessenswerkzeug, Gemeinwohlintention und Spiegelbild des Landes. "Die Verfassung der Demokratien": Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW), 21.–23. November 2008, Universität Osnabrück (Workshop 5: Verfassungsreformen im Vergleich). Online verfügbar unter <https://verfassungswandel.files.wordpress.com/2009/02/paper-osnabruck-gunther-guggenberger.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Gumeniuk, Viktoria; Tessier-Stall, Sacha (2010): Missing out: Civil Society and ENPI. Kiev: International Centre for Policy Studies.
- Gumeniuk, Viktoria (2011): Chy zrobyla dopomoha ES hromadianske suspilstvo v Ukraini dievym hravcem na stratehichnomu poli rozvytku derzhavy? (*Hat die EU-Förderung die ukrainische Zivilgesellschaft zum einflussreichen Akteur der strategischen Entwicklung des Landes gemacht?*) Kyiv: Ekspertyza zakordonnyh transformatsii/Open Ukraine Foundation.
- Gunther, Richard; Diamandouros, Nikiforos P.; Puhle, Hans-Jürgen (Hg.) (1995): The politics of democratic consolidation. Southern Europe in comparative perspective. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Gunther, Richard; Puhle, Hans-Jürgen; Diamandouros, P. Nikiforos (1995): Introduction. In: Gunther, Richard; Puhle, Hans-Jürgen; Diamandouros, P. Nikiforos (Hg.): The Politics of Democratic Consolidation: Southern Europe in comparative perspective. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 1–33.
- Habermas, Jürgen (2012): Civil Society and the Political Public Sphere. Chapter 32. In: Calhoun, Craig; Gerties, Joseph; Moody, James; Pfaff, Steven; Virk, Indermohan (Hg.): Contemporary Sociological Theory. Third Edition. Hoboken/New Jersey: John Wiley&Sons, S. 469–493.
- Habermas, Jürgen (2011): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996): Between Facts and Norms. Contributions to a Discourse Theory of Law and Democracy. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press.
- Habermas, Jürgen (1992): Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff der deliberativen Demokratie. In: Münkler, Herfried (Hg.): Die Chancen der Freiheit: Grundprobleme der Demokratie. München/Zürich, S. 11–24.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häder, Michael (2015): Empirische Sozialforschung – eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Hahn-Fuhr, Irene; May, Marie-Lena (2012): Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft: Wichtiges Instrument mit ambivalenter Zwischenbilanz. (DGAPstandpunkt, 4). Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Online verfügbar unter <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapstandpunkt/zivilgesellschaftliches-forum-der-%C3%B6stlichen-partnerschaft>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Hale, Jacqueline; Ursu, Viorel (2011): From Funder to Partner? Prospects for the European Neighbourhood Civil Society Facility. Policy Brief. Brussels: Open Society Institute. Online verfügbar unter

<http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/funder-partner-20111019.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.

- Hall, John A. (1995): In Search of Civil Society. In: Hall, John A: Civil Society – Theory, History, Comparison. Cambridge: Cambridge Polity Press.
- Han-Fuhr, Irene; Worschech, Susann (2014): External Democracy Promotion and Divided Civil Society – The Missing Link. In: Beichelt, Timm; Hahn-Fuhr, Irene; Schimmelfennig, Frank; Worschech, Susann (Hg.): Civil Society and Democracy Promotion. London: Palgrave Macmillan, S. 11–41.
- Härtel, Andreas (2015): Das Postrevolutionäre Machtvakuum als Quelle der ukrainischen Reformträgheit. In: *Ukraine-Analysen (156)*, S. 2–6.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1970): Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Mit Hegels eigenhändigen Notizen und den mündlichen Zusätzen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heins, Volker (2002): Der Mythos der globalen Zivilgesellschaft. In: Frantz, Christiane; Zimmer, Annette (Hg.): Zivilgesellschaft international: Alte und neue NGOs. Opladen: Leske + Budrich, S. 84–101.
- Heins, Volker (2002a): Weltbürger und Lokalpatrioten: Eine Einführung in das Thema Nichtregierungsorganisationen. Opladen: Leske + Budrich.
- Heinz, Jana (2006): Die Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern. Eine empirische Studie am Beispiel der Lehrstellenkrise in Thüringen. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades doctor philosophiae (Dr. phil.). Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Helmerich, Martina (2003): Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie: Institutionen und Akteure. Berlin: Duncker & Humboldt.
- Herbut, Ryszard; Baluk, Walenty (Hg.) (2010): Transformation of political systems in post-Soviet space. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego.
- Herdina, Andreas (2009): Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Rechtsrahmen von EG/EU – Instrument gegenüber Nachbarn in Europa. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hg.): Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 9–12.
- Hillenbrand, Olaf (2001): Systemtransformation: Überblick über Verlauf und Ergebnisse der Recherche. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 1: Ergebnisse der internationalen Recherche. Carl Bertelsmann-Preis 2001. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 29–67.
- Hildebrandt, Achim (2015): Experteninterviews. In: Hildebrandt, Achim; Jäckle, Sebastian; Wolf, Frieder; Heindl, Andreas (Hg.): Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 241–255.
- Hildemeier, Manfred; Kocka, Jürgen (Hg.) (2000): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West: Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.
- Hinc, Agata; Sadowska, Maria; Świeboda, Paweł (2008): The European Union and its neighbourhood in a changing world. Defining a new strategic relationship with the Eastern and Southern neighbours. Warsaw: demosEUROPA - Centre for European Strategy.
- Hirsch, Joachim (1999): Das demokratisierende Potential von "Nichtregierungsorganisationen". (Reihe Politikwissenschaft, 65). Wien: Institut für Höhere Studien.
- Hoffmann, Stefan-Ludwig (2001): Tocquevilles Demokratie in Amerika und die gesellige Gesellschaft seiner Zeit. In: Münkler, Herfried; Bluhm, Harald (Hg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn: Historische Semantiken politischer Leitbegriffe. Forschungsberichte der interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Berlin: Akademie Verl., S. 303–325.
- Holden, Patrick (2009): In Search of Structural Power: EU Aid Policy as a Global Political Instrument. London/New York: Routledge.
- Honneth, Axel (Hg.) (1993): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus.
- Howard, Marc Morjé (2003): The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Howard, Marc Morjé (2011): Civil Society in Post-Communist Europe. In: Edwards, Michael (Hg.): The Oxford Handbook of Civil Society. Oxford: Oxford University Press, S. 134–145.
- Hug, Adam (2015): Challenges for the EU's Eastern Partnership. In: Hug, Adam (Hg.): Trouble in the Neighbourhood? The Future of the EU's Eastern Partnership. London: The Foreign Policy Centre, S. 8–21.
- Hughes, James; Sasse, Gwendolyn; Gordon, Claire (2002): The Ambivalence of Conditionality: Europeanization and Regionalization in Central and Eastern Europe. (ECPR Joint Sessions Turin,

- 22-27 March 2002. Workshop 4: Enlargement and European Governance). London: London School of Economics. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/242416516_The_Ambivalence_of_Conditionality_Europeanization_and_Regionalization_in_Central_and_Eastern_Europe, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The third wave. Democratization in the late twentieth century.* (The Julian J. Rothbaum distinguished lecture series, 4). Norman: University of Oklahoma Press.
- Ilko Kucheriv "Democratic Initiatives" Foundation (2017): About foundation. (*Official website*). Kiev. Online unter: <http://dif.org.ua/about>, zuletzt geprüft am 7.07.2017.
- Ilko Kucheriv "Democratic Initiatives" Foundation (2014): National Exit Poll 2012: who is conducting it and how? Kiev: Ilko Kucheriv „Democratic Initiatives“ Foundation. Online verfügbar unter <http://dif.org.ua/article/national-exit-poll-2012-who-is-conducting-it-and-how>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (2014): *Richnyi Zvit 2014 (Jahresbericht 2014)*. Kyiv: Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation.
- Institut Hromadianskoho Suspilstva (2016): *Zakonodavstvo dla mistsevoho samovriaduvannia ta organizatsii tretioho sektoru.* (Visnyk Instytutu Hromadianskoho Suspilstva, 40). Kyiv. Online verfügbar unter http://www.csi.org.ua/wp-content/uploads/2017/01/Visnyk_Color_40-PRN-2.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Internews Ukraine (2016): *Efficiency and New Communication Approach. Annual Report 2016.* Kiev. Online verfügbar unter <http://internews.ua/2017/03/2016-year-report-eng/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Internews Ukraine (2013): Projekt "ENP East Media Freedom Watch". Kiev. Online verfügbar unter <http://internews.ua/2013/07/enp-east-media-freedom-watch/>, zuletzt geprüft am 9.12.2017.
- Initiative Center to Support Social Action "Ednannia" (2016): *2015 Annual Report.* Kiev. Online verfügbar unter <http://ednannia.ua/ednannia-about/richni-zviti/2-uncategorised/11856-2015-annual-report>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Institut Hromadianskoho Suspilstva (2016): *Publichnyi zvit 2014-2016 rr. (Der öffentliche Tätigkeitsbericht 2014-2016)*. Kyiv. Online verfügbar unter <https://www.csi.org.ua/wp-content/uploads/2016/05/Publichnyj-zvit.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Ishkanian, Armine (2014): *Engineered Civil Society: The Impact of 20 Years of Democracy Promotion on Civil Society Development in Former Soviet Countries.* In: Beichelt, Timm; Hahn-Fuhr, Irene; Schimmelfennig, Frank; Worschech, Susann (Hg.) (2014): *Civil Society and Democracy Promotion.* Basingstoke/Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 150–170.
- Ishkanian, Armine (2007): *Democracy promotion and civil society.* In: LSE Research Online June (2011). Online verfügbar unter http://eprints.lse.ac.uk/37038/1/Democracy_promotion_and_civil_society_%28Isero%29.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Ismayr, Wolfgang (Hg.) (2002): *Die politischen Systeme Osteuropas.* Opladen: Leske + Budrich.
- Jachtenfuchs, Markus (2002): *The governance approach to European integration.* In: *Journal of Common Market Studies* 39(2), S. 221–240.
- Jahn, Detlef (2006): *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jansen, Thomas (2005): *Zur Europäisierung der „organisierten“ Zivilgesellschaft. Ein Bericht aus der Praxis.* In: Knodt, Michèle; Finke, Barbara (Hg.): *Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien.* Wiesbaden: VS Verlag, S. 153–171.
- Johansson-Nogués, Elisabeth (2007): *The (Non-)Normative Power EU and the European Neighbourhood Policy: An Exceptional Policy for an Exceptional Actor?* In: *European Political Economy Review* (7), S. 181–191.
- Jobert, Bruno (2008): *Civil Society as Discourse: Contending Civil Society Frameworks.* In: Kohler-Koch, Beate; De Bievre, Dirk; Maloney, William (Hg.): *Opening EU-Governance to Civil Society: Gains and Challenges.* (CONNEX Report Series, 5). Mannheim: Mannheim Centre for European Social Research (MZES).
- Jünemann, Anette; Knodt, Michèle (2006): *Externe Demokratieförderung der Europäischen Union – die Instrumentenwahl der EU aus vergleichender Perspektive.* In: *Integration* 29 (4), S. 287–297.
- Jünemann, Anette; Knodt, Michèle (2006a): *Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union: Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich – ein Tagungsbericht.* In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 13 (1), S. 113–122.

- Jünemann, Annette; Knodt, Michèle (2007): EU External Democracy Promotion: Approaching Governments and Civil Society. In: Kohler-Koch, Beate; De Bièvre, Dirk; Maloney, William A. (Hg.): *Opening EU Governance to Civil Society – Gains and Challenges* (CONNEX Report Series 5), S. 259–293.
- Kabinet Ministriv Ukrainy (2016): Pro skhvalennia kontseptsii stvorennia integrovanoi analitychnoi systemy "Prozoryi biudzheta" vid 11 lutoho 2016 roku (*Über die Bewilligung des Konzepts zur Gründung eines integrierten analytischen Systems „Transparentes Budget“*). Nr. 92-2016. Online verfügbar unter <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/92-2016-p>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Kabinet Ministriv Ukrainy (2014): Postanova pro zatverdzhennia Derzhavnoi strategii regionalnoho rozvytku na period do 2020 roku (*Die Verordnung über die Festlegung der Staatsstrategie für regionale Entwicklung bis 2020*). Nr. 385-2014. Online verfügbar unter <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/385-2014-p>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Kabinet Ministriv Ukrainy (2010): Postanova vid 27 sichnia 2010 roku pro vporiadkuvannia transliteratsii ukrainskoho alfavitu latynyceiu (*Die Verordnung vom 27 Januar 2010 über die Einordnung der Transliteration der ukrainischen Sprache mit lateinischen Buchstaben*). Kiev. Online verfügbar unter <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/55-2010-p>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Kaca, Elżbieta; Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka (2011): *Eastern Partnership Civil Society Forum & how to improve it*. (Research Report/Policy Papers). Warsaw: The Institute of Public Affairs.
- Kaczynski, Maciej; Kaźmierkiewicz, Piotr (2005): *European Neighbourhood Policy: Differentiation and Political Benchmarks*. (EuroMeSCo papers 44). Lisbon: EuroMeSCo.
- Kahl, Martin (2007): Externe Governance der EU: Die Zuweisung von Ordnungsfunktionen an die Nachbarstaaten. In: Rinke, Bernhard; Waldmann, Jörg (Hg.): *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert: Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 64–76.
- Kaiser, Robert (2014): *Qualitative Experteninterviews. Elemente der Politik*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kanevskyi, Hlib (2013): Vseukrainska initsiativa za chesni derzhavni zakupivli v systemi osvity. Korotki pidsumky proektu. (*Die gesamtukrainische Initiative für gerechte Staatseinkäufe im Bildungsbereich. Kurze Zusammenfassung der Projektergebnisse*). Kiev: Laboratoriia Zakonodavchykh Initsiatyv/Tsentr Politychnykh Studii ta Analityky.
- Kanevskyi, Hlib (2013a): Vseukrainska initsiativa za chesni derzhavni zakupivli v systemi osvity. Promizhni rezultaty za kviten–cherven 2013 roku. (*Die gesamtukrainische Initiative für gerechte Staatseinkäufe im Bildungsbereich. Zwischenergebnisse für April–Juni 2013*). Kiev: Laboratoriia Zakonodavchykh Initsiatyv/Tsentr Politychnykh Studii ta Analityky.
- Kanevskyi, Hlib (2013b): Vseukrainska Initsiativa za chesni derzhavni zakupivli v systemi osvity. Promizhni rezultaty za lystopad 2012–berezen 2013 roku. (*Die gesamtukrainische Initiative für gerechte Staatseinkäufe im Bildungsbereich. Zwischenergebnisse für November–März 2013*). Kiev: Laboratoriia Zakonodavchykh Initsiatyv/Tsentr Politychnykh Studii ta Analityky.
- Kant, Immanuel (1986): *Zum ewigen Frieden: Ein philosophischer Entwurf*. Berlin: Akademie Verlag.
- Kappeler, Andreas (1994): *Kleine Geschichte der Ukraine*. München: C. H. Beck.
- Katchanovski, Ivan (2008): The Orange Evolution? The "Orange Revolution" and the political changes in Ukraine. In: *Post-Soviet Affairs* 24 (4), S. 351–382.
- Keane, John (1998): *Civil Society – Old Images, New Visions*. Stanford: Stanford University Press.
- Keane, John (1988): *Democracy and civil society: on the predicaments of European socialism, the prospects for democracy, and the problem of controlling social and political power*. London u.a.: Verso.
- Keane, John (Hg.) (2006): *Civil Society: Berlin Perspectives*. New York/Oxford: Berghahn Books.
- Kelley, Judith (2004): International Actors on the Domestic Scene: Membership Conditionality and Socialization by International Institutions. In: *International Organization* (58), S. 425–457.
- Kempe, Iris (2011): Die zivilgesellschaftliche Dimension der östlichen Partnerschaft als Plattform europäischer Kooperation. In: *Belarus-Analysen* (4), S. 2–4. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/belarus/pdf/BelarusAnalysen04.pdf>, zuletzt geprüft am 3.02.2020.
- Kempe, Iris (2011a): Ukraine, Belarus, Republik Moldau und der südliche Südkaukasus. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2011*. Baden-Baden: Nomos, S. 309–316.
- Kempe, Iris (2008). Die Ukraine als Testfall für die Europäische Nachbarschaftspolitik. In: Hüttmann, Martin Große; Chardon, Matthias; Frech, Siegfried (Hg.): *Das neue Europa*. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 94–115.

- Kempe, Iris (2003): Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine und Belarus. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003. Bonn: Europa Union Verlag, S. 275–281.
- Kempe, Iris (2003a): Prospects and Risks Beyond EU Enlargement, Eastern Europe: Challenges of a Pan-European Policy. Opladen: Leske + Budrich.
- Kempe, Iris (1998): Direkte Nachbarschaft: Die Beziehungen zwischen der erweiterten EU und der Russischen Föderation, Ukraine, Weißrussland und Moldova. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Kenealy, Daniel; Peterson, John; Corbett, Richard (2015): The European Union: How does it work? Fourth Edition. Oxford: Oxford University Press.
- Kentchadze, Thea (2009): The Promise of Eastern Partnership. (ISPI Policy Brief, 136). Milan: The Italian Institute for International Political Studies (ISPI). Online verfügbar unter http://pdc.ceu.hu/archive/00005511/01/thea_kenchadze.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Keukeleire, Stephan; Delreux, Tom (2014): The Foreign Policy of the European Union. New York: Palgrave Macmillan.
- Kiev International Institute of Sociology (2012): National Exit-Poll 2012. Data Regarding Results of Elections to Verkhovna Rada of Ukraine. Kiev. Online verfügbar unter <http://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=114>, zuletzt geprüft am 31.11.2017.
- Kirova, Iskra; Freitzer, Sabine (2015): Civil Society Voices: How the EU Should Engage its Eastern Neighbours. (Briefing Paper, May 2015). Brussels: Open Society European Policy Institute.
- Kitschelt, Herbert P. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: *British Journal of Political Science* 16 (1), S. 57–85.
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neuen Begriffsverwendung. Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor. Herausgegeben von Annette Zimmer. Band 4. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Klein, Ansgar; Olk, Thomas; Hartnuß, Birger (2010): Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: Olk, Thomas; Klein, Ansgar; Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 24–63.
- Klein, Ludger (2007): Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft: Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Erstellt für den Arbeitskreis "Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat" der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Kloka, Marzena (2005): Nach der "Orangen Revolution". In: *Der Bürger im Staat* 55 (4). Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 164–168.
- Kneuer, Marianne (2007): Demokratisierung durch die EU. Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kneuer, Marianne (2009): Externe Faktoren der Demokratisierung – zum Stand der Forschung. In: Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Baden-Baden: Nomos, S. 9–35.
- Knill, Christoph; Lehmkuhl, Dirk (2002): The national impact of European Union regulatory policy: Three Europeanization mechanisms. In: *European Journal of Political Research* 41, S. 255–280.
- Knodt, Michele; Finke, Barbara (Hg.) (2005): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kobets, Roman; Ruda, Oxana (2014): Mapping study "CSO Engagement in Policy Formulation and Monitoring of Policy Implementation". Ukraine. Hg. v. Konrad Adenauer Stiftung e.V.; ISAR "Ednannia". Kyiv. Online verfügbar unter https://eapcivilsociety.eu/wp-content/uploads/2017/09/mapping_ukraine_1-3_0.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Kobzar, Svitlana A. (2006): The European Union as a Factor in the Democratization of Ukraine. (International Graduate Student Symposium: New Perspectives on Contemporary Ukraine: Politics, History and Culture). Toronto: Centre for European, Russian and Eurasian Studies, University of Toronto.
- Kocka, Jürgen (2004): Civil society from a historical perspective. In: *European Review* 12 (1), S. 65–79.
- Kocka, Jürgen (2003): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2), S. 29–37.
- Kocka, Jürgen (2002): Das Bürgertum als Träger der Zivilgesellschaft – Traditionslinien, Entwicklungen, Perspektiven. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Enquete-Kommission „Zukunft des

- Bürgerschaftlichen Engagements“: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 121–140.
- Kocka, Jürgen (1988): Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten. In: Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert: Deutschland im europäischen Vergleich. 1. Bürgertum im neunzehnten Jahrhundert. München: Dt. Taschenbuch-Verl., S. 11–76.
- Kohler-Koch, Beata (2008): Civil Society Contribution to Democratic Governance. A Critical Assessment. In: Kohler-Koch, Beata; De Bievre, Dirk; Maloney, William (Hg.): Opening EU-Governance to Civil Society: Gains and Challenges (CONNEX Report Series, 5). Mannheim: Mannheim Centre for European Social Research (MZES), S. 9–19.
- Kohler-Koch, Beate; Bievre, Dirk de; Maloney, William (Hg.) (2008): Opening EU-Governance to Civil Society: Gains and Challenges. (CONNEX Report Series, 5). Mannheim: Mannheim Centre for European Social Research (MZES).
- Kohler-Koch, Beata; Eising, Rainer (1999): Network Governance in the European Union. In: Kohler-Koch, Beata; Eising, Rainer (Hg.): The Transformation of Governance in the European Union. London: Routledge, S. 3–13.
- Kohut, Andrii (2011): Forum hromadianskoho susplstva iak instrument hromadskoi uchasti. Prezentatsiia (*Das Forum der Zivilgesellschaft als Instrument der bürgerlichen Partizipation. Präsentation*). Kyiv: Laboratoriia Zakonodavchyh Initsiatyv.
- Kohut, Andrii (2012): Najbilsha problema – dialog z vladoiu (*Das größte Problem – das Dialog mit dem Staat*). (Eurobiulten 9). Kyiv: Prestavnytstvo ES v Ukraini. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eurobulletin/eb_ua_09_2012_uk.pdf, zuletzt geprüft am 17.02.2015.
- Kollmorgen, Raj (2011): Transformationstheorie auf neuen Pfaden? Die Entwicklung der theoretisch-konzeptuellen Debatte über die postsozialistischen Umbrüche nach 1998/1999. In: *Berliner Journal für Soziologie* 21, S. 295–319.
- Kolodii, Antonina (2009): Temporary Post-Communist Authoritarianism and Democracy: Ukraine 1990–1994. In: Maćków, Jerzy (Hg.): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 138–164.
- Komanda proektu TOLOKA (o. D.): Rozvytok initsiatyvy ta realizatsia prav hromad, nadanyh zakonom pro mistseve samovriaduvannia v Ukraini. Richnyi zvit. Kyiv: Tvorchyi Tsentri Kaunterpart; Instytut Hromadianskoho Susplstva; Komitet Vybortsiv Ukrainy. Online verfügbar unter <http://ccc-tck.org.ua/download/library/23/>, zuletzt geprüft am 12.02.2019.
- Komarova, Nadiya; Lutsevych, Orysia; Palyvoda, Liubov (2013): Zvit za rezultatamy doslidzennia "Otsinka stanu rozvytku hromadianskoho suspilstva ta suspilnoi aktyvnosti hromadian Ukrainy". Kyiv: Ukrainyskyi Fond Demokratii "Spochatku liudy".
- Komitet Vybortsiv Ukrainy (2016): Richnyi zvit vseukrainskoi hromadskoi organizatsii "Komitet vybortsiv Ukrainy" 2016 r. (*Jahrestätigkeitsbericht der allukrainischen Nichtregierungsorganisation „Das Komitee der Wähler der Ukraine“ 2016*). Kyiv.
- Komitet Vybortsiv Ukrainy (2019): Zahysty svoe pravo! (*Verteidige dein Recht!*) Kyiv. Online verfügbar unter <https://administr-law.org.ua>, zuletzt geprüft am 17.03.2019.
- Konrad Adenauer Stiftung e.V.; Transtec; ISAR Ednannia et al. (2012): Strengthening non-state actors' capacities to promote reform and increase public accountability. Technical proposal. European Neighbourhood and Partnership Instrument. EuropeAid/132138/SER/Multi. Online verfügbar unter <https://amp.gov.md/contentrepository/downloadFile.do?uuid=faebbbfb-d681-4505-ab16...>, zuletzt geprüft am 23.02.2019.
- Korosteleva, Elena (2012): The European Union and its Eastern Neighbours: Towards a more ambitious partnership? London/New York: Routledge.
- Kostanyan, Hrant (2014): The Civil Society Forum of the Eastern Partnership. Four Years On. Progress, Challenges and Prospects. Report commissioned by the Eastern Partnership Civil Society Forum. (CEPS Special Report). Brussels: Centre for European Policy Studies (CEPS). Online verfügbar unter [http://eap-csf.eu/assets/files/HK-EaP-Civil-Society-Forum-\(2\)\(1\).pdf](http://eap-csf.eu/assets/files/HK-EaP-Civil-Society-Forum-(2)(1).pdf), zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Kotzian, Peter; Knodt, Michele; Urdze, Sigita (2011): Instruments of the EU's External Democracy Promotion. In: *Journal of Common Market Studies* 49 (5), S. 995–1018.
- Koopmann, Martin (2006): Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union: Herausforderungen und Probleme eines anspruchsvollen Konzepts. In: Koopmann, Martin; Lequesne, Christian (Hg.)

- (2006): Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand. Baden-Baden: Nomos.
- Kozak, Liudmyla (2002): Neuriadovi orhanizatsii Evropeiskoho Soiuzu: porivnialnyi analiz z hromadskymy organizatsiamy Ukrainy (*Die Nichtregierungsorganisationen der Europäischen Union: ein Vergleichsanalyse mit den Nichtregierungsorganisationen der Ukraine*). Kyiv: Mizhnarodnyi blahodiinyi fond "Dzvony myru".
- Kramer, Mark (2008): Ukraine's Orange Evolution. In: *Current History* (March 2008), S. 112–118.
- Krasynska, Svitlana; Martin, Eric (2017): The Formal of Informal Civil Society: Ukraine's EuroMajdan. In: *International Society for Third-Sector Research* 28, S. 420–449.
- Kratochvil, Peter; Lippert, Barbara (2008): Improving The Cost/Benefit Balance of the ENP for the EU's Eastern Partners. In: Avery, Graham; Nassohen, Yvonne (Hg.): *The European Neighbourhood Policy: Challenges and Prospects*. Brussels: Trans European Policy Studies Association, S. 43–58.
- Krause, Skadi; Malowitz, Karsten (1998): Michael Walzer zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag GmbH.
- Krennerich, Michael (2002): Weder Fisch noch Fleisch? Klassifikationsprobleme zwischen Diktatur und Demokratie. In: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Feibert: *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 55–70.
- Kropatcheva, Elena (2007): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? In: IFSH (Hg.): *OSZE-Jahrbuch 2006*. Baden-Baden: Nomos, S. 77–89.
- Krouse, Richard W. (1982): Polyarchy & Participation: The Changing Democratic Theory of Robert Dahl. In: *Polity* 14 (3), S. 441–463.
- Kubicek (2015): Dancing with the Devil: Explaining the European Union's Engagement with Ukraine under Viktor Yanukovich. Paper presented at the Biennial Conference of the European Union Studies Association, Boston MA, March 6. Online verfügbar unter <http://aei.pitt.edu/79395/>, zuletzt geprüft am 27.04.2020.
- Kubicek, Paul (2009): Problems of post-post-communism: Ukraine after the Orange Revolution. In: *Democratization* 16 (2), S. 323–343.
- Kubicek, Paul (2005): The European Union And Democratization in Ukraine. In: *Communist and Post-Communist Studies* 38, S. 269–292.
- Kubicek, Paul (2002): Civil Society, Trade Unions and Post-Soviet Democratisation: Evidence from Russia and Ukraine. In: *Europe-Asia Studies* 54 (4), S. 603–624.
- Kubicek, Paul (2002a): *Unbroken Ties. The State, Interest Associations, and Corporatism in Post-Soviet Ukraine*. Michigan: The University of Michigan Press.
- Kubicek, Paul (2001): The limits of electoral democracy in Ukraine. In: *Democratization* 2, S. 117–139.
- Kudelia, Serhiy (2014): The Majdan and Beyond: The House That Yanukovich Built. In: *Journal of Democracy* 25 (3), S. 19–34.
- Kuibida, Roman (Hg.) (2016): *Key Legal Reforms 2014–2015: How have the European Standards been implemented?* Published as part of the "Spidometer "Ukraine-EU": Constitutional and Judicial Reforms" project, financed by the European Union. Kyiv: Centre for Political and Legal Reforms.
- Kuibida, Roman; Sereda, M. (2016): *Judicial Reform*. In: Kuibida, Roman (Hg.): *Key Legal Reforms 2014–2015: How Have the European Standards Been Implemented? Under the project "Spidometer "Ukraine-EU": Constitutional and Judicial Reforms"*, financed by the European Union. Kyiv: Moskalenko Private Entrepreneur Publishing, S. 27–52.
- Kuprii, Volodymyr (2008): Proekt „Hromadianska initsiatyva na zakhyst socialnykh ta ekonomichnykh prav hromadian. Zvit proektu (*Das Projekt "Die bürgerliche Initiative für den Schutz der Sozial- und Wirtschaftsrechte der Bürger. Projektbericht*). Kyiv: Tvorchyi Tsentr Kaunterpart.
- Kuts, Svitlana; Palyvoda, Lyubov (2006): *Civil Society in Ukraine: "Driving Engine or Spare Wheel for Change?"*. CIVICUS Civil Society Index Report for Ukraine. Kyiv: Center for Philantropy; Counterpart Creative Centre; CIVICUS: World Alliance for Citizen Participation. Kyiv.
- Kuzio, Taras (2016): The Orange and Euromaidan Revolutions: Theoretical and Comparative Perspectives. In: *Kyiv-Mohyla Law&Politics Journal* 2, S. 91–115.
- Kuzio, Taras (2010): State-led violence in Ukraine's 2004 elections and orange revolution. In: *Communist and Post-Communist Studies* 43, S. 383–395.
- Kuzio, Taras (2010a): Nationalism, identity and civil society in Ukraine: Understanding the Orange Revolution. In: *Communist and Post-Communist Studies* 43, S. 285–296.
- Kuzio, Taras (2006): Is Ukraine Part of Europe's Future? In: *The Washington Quarterly* 29 (3), S. 89–108.
- Kuzio, Taras (2005): Regime type and politics in Ukraine under Kuchma. In: *Communist and Post-Communist Studies* 38, S. 167–190.

- Kuzio, Taras (2005a): From Kutschma to Yushchenko. Ukraine's 2004 Presidential Elections and the Orange Revolution. In: *Problems of Postcommunism* 52 (2), S. 29–44.
- Kuzio, Taras (2005b): The Opposition's Road to Success. In: *Journal of Democracy* 16(2), S. 117–130.
- Kuzio, Taras (2003): EU and Ukraine: A turning point in 2004? (Occasional Papers 47). Paris: The European Institute for Security Studies.
- Kuzio, Taras (2000): Ukraine: Perestroika to Independence. Basingstoke: Macmillan.
- Kuzio, Taras (1997): Ukraine. State and Nation Building. London/New York: Routledge.
- Kuzio, Taras; Kravchuk, Robert S.; D'Anieri, Paul (Hg.) (1999): State and Institution Building in Ukraine. New York: St. Martin's Press.
- Kvit, Taras (2014): The Ideology of Euromajdan. In: *Social, Health and Communication Studies Journal* 1.1, S. 27–39.
- Laboratoriia Zakonodavchykh Initsiatyv (2011): Buklet pro Laboratoriiu zakonodavchykh initsiatyv (*Booklet über das Laboratorium für legislative Initiativen*). Kyiv: Laboratoriia Zakonodavchykh Initsiatyv. Online verfügbar unter https://issuu.com/laboratoryli/docs/buklet_lzi, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Laboratoriia Zakonodavchykh Initsiatyv (2014): Vseukrainska Initsiatyva za chesni derzhavni zakupivli v systemi osvity. Korotki pidsumky dialnosti proektu (*Die allukrainische Initiative für gerechte Staatseinkäufe im Bereich Bildung. Kurze Zusammenfassung des Projekts*). Kyiv: Laboratoriia Zakonodavchykh Initsiatyv.
- Lada, Agnieszka (2011): Towards a stronger role for civil society in the Eastern Partnership. (Policy Brief, July 2011). Brussels: European Policy Centre. Online verfügbar unter <http://eastbook.eu/wp-content/uploads/2010/02/rsrocsiepc.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Methoden und Techniken. 3., korrigierte Auflage. Weinheim: BELTZ PsychologieVerlagsUnion.
- Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch. 5., überarbeitete Auflage. Weinheim: BELTZ PsychologieVerlagsUnion.
- Lang, Kai-Olaf (2008): Eine Partnerschaft für den Osten. Der polnisch-schwedische Vorschlag zur Vertiefung der Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU. (SWP-Aktuell 2008/A 66). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik/Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Online verfügbar unter https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2008A66_lng_ks.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Lang, Susanne; Härtel, Alexandra; Bürsch, Michael (2010): Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Russland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Langbein, Julia; Wolczuk, Katarzyna (2011): Convergence without membership? The impact of the European Union in the neighbourhood: evidence from Ukraine. In: *Journal of European Public Policy* 19(6), S. 863–881.
- Lane, David (2010): Civil Society In The Old And New Member States: Ideology, Institutions and Democracy Promotion. In: *European Societies* 12(3), S. 293–315.
- Lane, David (2006): Civil Society Formation and Accountability in the New Post-Socialist EU Member States. In: Pleines, Heiko (Hg.): Participation of Civil Society in New Modes of Governance. The Case of the New EU Member States. Part 2: Questions of Accountability. (Arbeitspapiere und Materialien 74). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, S. 7–22.
- Lane, David (2010): Civil Society In The Old And New Member States: Ideology, institutions and democracy promotion. In: *European Societies* 12(3), S. 293–315.
- Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (2009): Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos.
- Laubinger, Katja (2009): Einwanderung als Herausforderung der Demokratie – Zur Konzeption von Bürgerschaft in Deutschland und Frankreich. In: Bedorf, Thomas; Heidenreich, Felix; Obrecht, Markus (Hg.): Die Zukunft der Demokratie. L'avenir de la démocratie. Berlin: LITVERLAG Berlin, S. 82–104.
- Lauth (2017): Zivilgesellschaft und die Qualität der Demokratie. In: Croissant, Aurel; Kneip, Sascha; Petring, Alexander (Hg.): Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel. Wiesbaden: Springer VS, S. 387–408.
- Lauth, Hans-Joachim (2010): Regimetyphen: Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie. In: Lauth, Hans-Joachim (Hg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 95–116.

- Lauth, Hans-Joachim (2007): Transformation. In: Simonis, Georg; Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe (Hg.): Handbuch Governance. Wiesbaden: Springer VS, S. 144–157.
- Lauth, Hans-Joachim (2004): Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.
- Lauth, Hans-Joachim (2003): Zivilgesellschaft als Konzept und die Suche nach ihren Akteuren. In: Bauerkämper, Arnd (Hg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft: Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main: Campus, S. 31–57.
- Lauth, Hans-Joachim (2003a): Ambivalenzen der Zivilgesellschaft in Hinsicht auf Demokratie und soziale Inklusion. In: *Nord-Süd Aktuell 2 (2003)*, S. 223–232.
- Lauth, Hans-Joachim; Merkel Wolfgang (1997): Zivilgesellschaft und Transformation. In: Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (Hg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozess. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost (Politikwissenschaftliche Standpunkte, Band 3). Mainz: Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, S. 15–49.
- Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (1997a): Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 10 (1)*, S. 12–34.
- Lavenex, Sandra (2008): A governance perspective on the European neighbourhood policy: integration beyond conditionality? In: *Journal of European Public Policy 15 (6)*, S. 938–955.
- Lavenex, Sandra (2004): EU external governance in “Wider Europe”. In: *Journal of European Public Policy 11(4)*, S. 680–700.
- Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank (2011): EU Democracy Promotion in the Neighbourhood: From Leverage to Governance? In: *Democratization 18 (4)*, S. 885–909.
- Lavenex, Sandra/Schimmelfennig, Frank (2010): EU rules beyond EU borders: theorizing external governance in European politics. *Journal of European Public Policy*, 16(6), p. 719–812.
- Lavenex, Sandra; Lehmkuhl, Dirk; Wichmann, Nicole (2009): Modes of external governance: a cross-national and cross-sectoral comparison. *Journal of European Public Policy 16 (6)*, S. 813–833.
- Lavenex, Sandra; Wichmann, Nicole; Lehmkuhl, Dirk (2008): Extended Governance: The European Union’s Policies towards its Neighbours. New Modes of Governance Project financially supported by the EU’s 6th Framework Programme. *Policy Brief 27*. San Domenico di Fiesole: European University Institute.
- Lavenex, Sandra; Lehmkuhl, Dirk; Wichmann, Nicole (2007): Die Nachbarschaftspolitiken der Europäischen Union: zwischen Hegemonie und erweiterter Governance, in: Tömmel, Ingeborg (Hg.): Die Europäische Union. Governance und Policy-Making. (Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft, 40/2007). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 367–388.
- Laverty, Nicklaus (2008): The Problem of Lasting Change: Civil Society and the Colored Revolutions in Georgia and Ukraine. In: *Demokratizatsiya The Journal of Post-Soviet Democratization 16 (2)*, S. 143–162.
- Leiser, Christine (2007): Strengthening Civil Society. EUROPEAID/1200/SV/UA. Project Completion Report. Reporting period: 13.06.2005–12.06.2007. The European Union's TACIS programme. Kiev: ISAR “Ednannia”.
- Leiser, Christine (2004): NGO Development – Ukraine, Kiev and selected regions. EUROPEAID/113959/C/SV/UA. Project Completion Report. Reporting period: 01.07.2003–31.12.2004. The European Union's TACIS programme. Kiev: ISAR “Ednannia”.
- Lenk, Carsten; Rölle, Carolin (2007): Bürgerschaftliches Engagement in Transformationsgesellschaften. In: *Der Bürger im Staat 4 (57)*. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 246–253.
- Lenzen, Marcus (2001): Die Rolle der NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit. (Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor Nr. 17, Institut für Politikwissenschaft). Münster: Westfälische Wilhelms-Universität Münster.
- Lippert, Barbara (2017): Die Assoziierungspolitik der Europäischen Union und die östlichen Nachbarn unter neuem Vorzeichen – Konfliktfall Ukraine. In: Müller-Graff, Peter-Christian (Hg.): Die Beziehungen zwischen der EU und Russland: Spannung und Kooperation. (Integration-Sonderband 2017). Baden-Baden: Nomos, S. 35–49.
- Lippert, Barbara (2008): Die Nachbarschaftspolitik der EU: Vorstufe oder Alternative zur Erweiterungspolitik. In: Koopmann, Martin; Martens, Stephan (Hg.): Das kommende Europa: Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 107–131.

- Lippert, Barbara (2007): Perspektiven der EU-Nachbarschaftspolitik und neue Ideen. In: *Der Bürger im Staat* 1(2). Stuttgart: Bundeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 43–51.
- Lichtblau, Klaus (1978): Theorie der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Verhältnis von Ökonomie, Recht und Politik. Gießen: Focus Verlag.
- Lijphart, Arend (2011): Democratic Quality in Stable Democracies. In: *Society* 48 (1), S. 17–18.
- Lijphart, Arend (1999): Patterns of democracy. Government forms and performance in thirty-six countries. New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1991): Constitutional Choices for New Democracies. In: *Journal of Democracy* 2 (1), S. 72–84.
- Linkevičius, Linas (2008): The European Union Neighbourhood Policy towards Ukraine. In: *Lithuanian Foreign Policy Review* 21, S. 62–85.
- Linz, Juan J.; Stepan, Alfred (1996): Problems of democratic transition and consolidation. Southern Europe, South America, and post-communist Europe. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour Martin (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: *American Political Science Review* 53 (01), S. 69–105.
- Locke, John (1974 [1689]): Über die Regierung. Stuttgart: Reclam.
- Longhurst, Kerry (2009): Introducing the Eastern Partnership – Implications for the European Neighbourhood Policy. In: Longhurst, Kerry (Hg.): Forging a new European Ostpolitik – An Assessment of the Eastern Partnership. Warsaw: Collegium Civitas Press, S. 9–29.
- Lovitt, Jeff; Rihackova, Vera (2008): Is the EU ready to put democracy assistance at the heart of European foreign policy? (Policy Brief, 1). Warsaw: Policy Association for an Open Society (PASOS). Online verfügbar unter <https://cps.ceu.edu/publications/lovitt/2008/21946>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Lüdemann, Ernst (2005): Ost-West-Süd in der Ukraine: Auseinanderstreben oder Konsolidierung? Die Instrumentalisierung der regionalen Unterschiede. In: *Bürger im Staat* 55 (4). Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 180–186.
- Luchterhandt, Otto (2010): Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte. In: *Ukraine-Analysen* 80, S. 2–7. Online verfügbar unter <https://www.laender-analysen.de/site/assets/files/1780/ukraineanalysen80.pdf#page=2>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Lupu, Maria Ruxandra (2010): External democracy promotion in Ukraine and Moldova: the impact of the European Union. (DIIS Working Paper, 21). Copenhagen: Danish Institute for International Studies (DIIS). Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/handle/10419/44666>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Lutsevych, Orysia (2013): How to Finish a Revolution: Civil Society and Democracy in Georgia, Moldova and Ukraine. (Chatham House Briefing Paper, 01). London: Chatham House. Online verfügbar unter https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/0113bp_lutsevych.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Lynen, Heinz von Berg; Hirsland, Andreas (2004): Zivilgesellschaft und politische Bildung – Zur Evaluation von Programmen und Projekten. In: Uhl, Katrin; Ulrich, Susanne; Wenzel, Florian M. (Hg.): Evaluation politischer Bildung – ist Wirkung messbar? Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 15–26.
- Lynnyk, Nataliya (2015): EU-funded Project” Legal support and education for vulnerable groups of population through a network of permanent and mobile public reception offices (01.08.2012–31.07.2015). Final Narrative Report. Kiev: Committee of Voters of Ukraine.
- Maćków, Jerzy (2011): Die Ukraine: Nationsbildung und Demokratisierung ohne bürgerliche Gesellschaft. In: Maćków, Jerzy (Hg.): Nationale Demokratie in der Ukraine. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 75. München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V./Hausdruckerei, S. 7–14.
- Maćków, Jerzy (2009): Autoritarismus: Noch immer das System des eingeschränkten Pluralismus. In: Maćków, Jerzy (Hg.): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17–43.
- Maćków, Jerzy (2005): Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation. (Extremismus und Demokratie, 13). 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Maćków, Jerzy; Wiest, Margarete (2005): Dimensionen autoritärer Systeme in Osteuropa. In: *Totalitarismus und Demokratie* 2, S. 179–200.

- Magen, Amichai; Risse, Thomas (2009) (Hg.): Promoting Democracy and the Rule of Law: American and European Strategies. Houndmills (u.a.): Palgrave Macmillan.
- Mahncke, Dieter; Gstöhl, Sieglinde (2008) (Hg.): Europe's Near Abroad: Promises and Prospects of the EU's Neighbourhood Policy. (College of Europe Studies, 4). Brussels: P.I.E. Peter Lang.
- Mai, Manfred (2013): Zivilgesellschaft. Anmerkungen zu einem politischen Konzept. (Regierungsforschung.de – Das wissenschaftliche Online-Magazin der NRW School of Governance, 29. Januar 2013). Duisburg: Universität Duisburg-Essen.
- Maksymenko, Olga (2005): Development of the NGO sector in Ukraine 2002–2004: Changing Patterns of Ensuring Financial Support and Achieving Sustainability. (Policy Brief, 20). Michigan: The William Davidson Institute at the University of Michigan Business School. Online verfügbar unter http://nyueducation.tripod.com/sitebuildercontent/sitebuilderfiles/maksymenko_olga_20w.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Malek, Martin (2011): Der "westliche Vektor" der Außen- und Sicherheitspolitik der Ukraine unter Präsident Juschtschenko (2005–2010). Mit spezieller Berücksichtigung des "russischen Faktors". In: Besters-Dilger, Juliane; Woldan, Alois (Hg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Juschtschenko. Frankfurt am Main (u.a.): Peter Lang, S. 231–256.
- Malerius, Stefan (2015): Civil Society. Dialogue for Progress. Project Narrative Report (01.01.2015–30.06.2015). Kiev.
- Malyhina, Kateryna (2009): EU Membership ambitions: What alternative approaches exist and how is the European foreign policy perceived in Ukraine? In: Schäffer, Sebastian; Tolksdorf, Dominik (Hg.): The EU member states and the Eastern Neighbourhood – From composite to consistent EU foreign policy? (CAP Policy Analysis, 1). Munich: CAP/Research Group on European Affairs, S. 24–28.
- Manners, Ian (2002): Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? In: *Journal of Common Market Studies* 40 (2), S. 235–258.
- Marchetti, Andreas (2008): Consolidation in Times of Crisis? The Setup of the European Neighbourhood Policy and its Challenges. In: Delcour, Laure; Tulmets, Elsa (Hg.): Pioneer Europe? Testing EU Foreign Policy in the Neighbourhood. Baden-Baden: Nomos, S. 19–35.
- Marples, David R.; Mills, Frederick V. (Hg.) (2018): Ukraine's Euromaidan: Analyses of Civil Revolution. Stuttgart/Hannover: Ibidem.
- Martens, Kerstin (2002): Alte und neue Players – eine Begriffsbestimmung. In: Frantz, Christiane; Zimmer, Annette (Hg.): Zivilgesellschaft international: Alte und neue NGOs. Opladen: Leske + Budrich, S. 26–49.
- Martyniuk, Vitalii (2009): Eastern Partnership: Implementation and Monitoring. In: Martyniuk, Vitalii (Hg.): EU's Eastern Partnership: Additional Possibilities for European Integration of Ukraine. Kyiv: Agency "Ukraine", S. 61–80.
- Martyniuk, Vitalii (2009a): Transformation of the Eastern Policy into the format of the Eastern Partnership Initiative. In: Martyniuk, Vitalii (Hg.): EU's Eastern Partnership: Additional Possibilities for European Integration of Ukraine. Kyiv: Agency "Ukraine", S. 9–16.
- May, Rachel; Milton, Andrew K. (2005): (Un)Civil Societies: Human Rights and Democratic Transitions in Eastern Europe and Latin America. Lanham/Boulder/New York u.a.: Lexington Books.
- Mayntz, Renate (2009). Über Governance: Institutionen und Prozesse politischer Regelung. Frankfurt: Campus.
- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur; Dose, Nikolai (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–76.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hg.): Handbuch qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 601–613.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. 28 Absätze. Forum Qualitative Sozialforschung. In: *Forum: Qualitative Social Research* 2 (1).
- Mayring, Philipp (1995): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 5. Auflage. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 543–556.
- McAdam, Doug; Tarrow, Sidney G.; Tilly, Charles (2001): Dynamics of contention. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- McCauley, Darren (2008): Europeanisation as Resource Empowerment for NGOs. In: *Perspectives on European Politics and Society* 9 (3), S. 265–282.

- McCauley, Darren (2010): The Europeanisation of Domestic Opportunities for Movements: The Influence of NATURA 2000 on Anti-incinerator Campaigns in France. In: *Journal of Contemporary European Research* 6 (3), S. 316–334.
- McFaul, Michael (2010): Internal and External Factors in Ukraine's 2004 Democratic Breakthrough. In: Bunce, Valerie; McFaul, Michael; Stoner-Weiss, Kathryn (Hg.): *Democracy and Authoritarianism in the Postcommunist World*. Cambridge/New York u.a.: Cambridge University Press.
- McFaul, Michael (2006): Political Transitions: Democracy and the Former Soviet Union. In: *Harvard International Review* 28, S. 40–45.
- McFaul, Michael (1993): *Post-communist politics. Democratic Prospects in Russia and Eastern Europa*. Washington: The Centre for Strategic and International Studies.
- McFaul, Michael; Stoner-Weiss, Kathryn (2004): *After the Collapse of Communism*. New York: Cambridge Univ. Press.
- Media Law Institute (2016): Annual Report 2015. Kiev. Online verfügbar unter http://cedem.org.ua/wp-content/uploads/2015/05/imp_report_2015_ENG_web_singlepage1.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Melnyk, Liudmyla; Patalong, Magdalena; Oleksii Sydorhuk (2016): *Denkfabriken in Deutschland und der Ukraine: Unterschiede und Perspektiven für die Zusammenarbeit*. Unter Mitarbeit vom Institut für Europäische Politik, Berlin. Kiev: Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation. Online verfügbar unter <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/02/Denkfabriken-in-Deutschland-und-der-Ukraine-Melnyk-Patalong-Sydorchuk.pdf>, zuletzt geprüft am 23.03.2020.
- Melnykovska, Inna (2008): *Ukraine: Europeanization from abroad or inside? Chance and Challenge for the European Union*. Paper prepared for the ESCA-Canada 2008 Biennial Conference "The Maturing European Union" Edmonton, AB, 25-27. September 2008. Kiel: Kiel Institute for the World Economy. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/239859491_Ukraine_Europeanization_from_abroad_or_inside_Chance_and_Challenge_for_the_European_Union1, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Mercer, Claire (2002): NGOs, civil society and democratization: a critical review of the literature. In: *Progress in Development Studies* 2 (5), S. 5–22.
- Merkel, Wolfgang (2013): Vergleich politischer Systeme: Demokratien und Autokratien. In: Schmidt, Manfred G.; Wolf, Frieder; Wurster, Stefan (Hg.): *Studienbuch Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 207–236.
- Merkel, Wolfgang (2011): Systemtransformation: Konsolidierung und Qualität der Demokratie. In: Grotz, Florian; Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): *Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–46.
- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang (2010a): Strategien der Demokratieförderung: Konzept und Kritik. In: Raschke, Joachim; Tils, Ralf (Hg.): *Strategien in der Politikwissenschaft: Konturen eines neuen Forschungsfeldes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151–179.
- Merkel, Wolfgang (2009): *Defekte Demokratie. 2. Auflage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: *Politische Vierteljahresschrift* 48 (3), S. 413–433.
- Merkel, Wolfgang (2004): Embedded und Defective Democracies. In: *Democratization* 11 (5), S. 33–58.
- Merkel, Wolfgang (2004a): Die "eingebettete" Demokratie: Ein analytisches Konzept. In: *WZB-Mitteilungen* 106. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 7–10.
- Merkel, Wolfgang (Hg.) (2000): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*. Unter Mitarbeit von Christian Henkes. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang (1998): The consolidation of post-autocratic democracies: A multi-level model. In: *Democratization* 5 (3), S. 33–67.
- Merkel, Wolfgang (1996): Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung? In: Merkel, Wolfgang (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 303–333.

- Merkel, Wolfgang (1994): Systemwechsel. Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (A-PuZ). Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 18/19*, S. 3–11.
- Merkel, Wolfgang; Croissant, Aurel (2004): Conclusion: good and defective democracies. In: *Democratization 11 (5)*, S. 199–213.
- Merkel, Wolfgang; Croissant, Aurel (2000): Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien. In: *Politische Vierteljahresschrift 41 (1)*, S. 3–30.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Thiery, Peter (Hg.) (2006): Defekte Demokratien. Band 2. Regionalanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang; Lauth, Hans-Joachim (1998): Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (A-PuZ). Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, 6/7, S. 3–12.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen (2003): Defekte Demokratie. Band 1. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen (1999): Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merkel, Wolfgang; Thiery, Peter (2010): Systemwechsel. In: Lauth, Hans-Joachim (Hg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Springer, S. 186–212.
- Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meyer, Gerd (Hg.) (2008): Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe: Hungary, Poland, Russia and Ukraine. Opladen: Barbara Budrich Publishers Ltd.
- Meyer, David; Minkoff, Debra (2004): Conceptualizing Political Opportunity. In: *Social Forces 82 (4)*, S. 1457–1492.
- Meyer-Resende, Michael (2009): Democracy revisited: Which Notion of Democracy for the EU's External Relations? Unter Mitarbeit von Jasmin Wisniewska. Brussels: European Parliament/Office for Promotion of Parliamentary Democracy. Online verfügbar unter https://agora-parl.org/sites/default/files/OPPD_-_Democracy_revisited.original.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Mildner, Kirk (1994): Die Ukraine im Umbruch. Transformation und Sicherheit einer zu spät gekommenen Nation. (Beiträge aus dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Heft 3). Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Ministerstvo finansiv Ukrainy (2018): Edynyi Web-portal vykorystannia publicnyh koshtiv (*Das Web-Portal über die Anwendung von öffentlichen Geldern*). Kyiv. Online verfügbar unter www.spending.gov.ua, zuletzt geprüft am 10.04.2018.
- Mizhnarodnyi Tsentr Perspektyvnykh Doslidzhen (2018): Pro MTSPD. Kyiv. Online verfügbar unter <http://icps.com.ua/en/>, zuletzt geprüft am 02.01.2018.
- Moller, Jorgen (2009): Post-communist Regime Change. A comparative study. New York: Routledge.
- Mommsen, Margareta (2009): Systemübergang unter Gorbatschow und Jelzin: UdSSR/Russland 1987–1991–1999. In: Maćków, Jerzy (Hg.): *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 165–181.
- Morgner, Matthias (2009): Die regionale und lokale Staatsverwaltung in der Ukraine: In: *Ukraine-Analysen 59*, S. 2–7.
- Morozenko, Serhij V. (2005): Die Ukraine unter Kutschma. Clanwirtschaft zwischen Korruption und organisierter Kriminalität. In: *Der Bürger im Staat 55 (4)*. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 171–177.
- Munck, Gerardo L. (2011): Democratic Theory after Transitions from Authoritarian Rule. In: *Perspectives on Politics 9 (02)*, S. 333–343.
- Münkler, Herfried (2003): Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft. Deutscher Bundestag (Hg.): *Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“*. Band 8: Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen. Opladen: Leske + Budrich.
- Münkler, Herfried (2000): Ehre, Amt und Engagement. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 13(2)*, S. 22–32.
- Münkler, Herfried; Bluhm, Harald (2001): Einleitung: Gemeinwohl und Gemeinsinn als politisch-soziale Leitbegriffe. In: Münkler, Herfried; Bluhm, Harald (Hg.): *Gemeinwohl und Gemeinsinn: Historische Semantiken politischer Leitbegriffe*. (Forschungsberichte der interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften). Berlin: Akademie Verlag, S. 9–30.

- Natsionalnyi instytut stratehichnyh doslidzhen (NISD) (2012): Pro stan rozvytku hromadianskoho suspilstva v Ukraini. Dopovid (*Über die aktuelle Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine. Ein Vortrag*). Kyiv: Natsionalnyi instytut stratehichnyh doslidzhen (NISD).
- Nanivska, Vira (2001): NGO Development in Ukraine. Kiev: International Centre for Policy Studies.
- Navasardyan, Boris (2011): Major geo-political challenges facing EU-Eastern Partner relations. In: Gromadzki, Grzegorz; Navasardyan, Boris; Yahorau, Andrei; Solonenko, Iryna; Rihackova, Vera: A Strategic roadmap for civil society in the Eastern Partnership. Brussels: Eastern Partnership Civil Society Forum, S. 4–5. Online verfügbar unter <http://archive.eap-csf.eu/en/news-events/articles-analytics/a-strategic-roadmap-for-civil-society-in-the-eastern-partnership/>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Nemyria, Hryhoriy (2005): The Orange Revolution: Explaining the Unexpected. In: Emerson, Michael (Hg.): Democratisation in the European Neighbourhood. Brussels: Centre for European Policy Studies, S. 53–63.
- Nentwich, Michael (1996): Opportunity Structures for Citizens' Participation: The Case of the European Union. In: *European Integration Online Papers 0 (1)*. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/pdf/1996-001.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Niemann, Arne; Gerd, Junne (2011): Europa als normative Macht? In: Simonis, Georg; Elbers, Helmut (Hg.): Externe EU-Governance. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 103–131.
- Nikolov, Krassimir Y. (2008): Understanding Our Partners: The Joint Ownership Principle and Its Implementation in the Eastern EU Neighbourhood. In: Avery, Graham; Nassohen, Yvonne (Hg.): The European Neighbourhood Policy: Challenges and Prospects. Brussels: Trans European Policy Studies Association, S. 17–43.
- Nohlen, Dieter (2001): Systemwechsel. In: Kleines Lexikon der Politik. Unter Mitarbeit von Dieter Nohlen, S. 507–510.
- Nohlen, Dieter; Kasparovic, Mirjana (1996): Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa. Genese, Auswirkungen und Reform politischer Institutionen. Opladen: Leske + Budrich.
- O.A. (2016): Project "Civil Society. Dialogue for Progress". Presentation of Last Steering Committee, Brussels, 30 November 2016.
- Öberg, Perola; Svensson, Torsten (2012): Civil Society and Deliberative Democracy: Have Voluntary Organisations Faded from National Public Politics? In: *Scandinavian Political Studies 35 (3)*, S. 246–271.
- Obydenkova, Anastassia V. (2012): Democratization at the grassroots: the European Union's external impact. In: *Democratization 19 (2)*, S. 230–257.
- Ociepka, Beata (2010): Selected aspects of civil society development. Civil Society. NGOs for human rights. Problems in the functioning of NGOs. In: Herbut, Ryszard; Baluk, Walenty (Hg.): Transformation of political systems in post-Soviet space. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, S. 269–272.
- O'Donnell, Guillermo (1993): On the State, Democratization and Some Conceptual Problems. (Working Paper 192). University of Notre Dame: Kellogg Institute.
- O'Donnell, Guillermo A.; Schmitter, Philippe C.; Whitehead, Laurence (1991): Transitions from authoritarian rule. Baltimore, Md, London: Johns Hopkins University Press.
- O'Donnell, Guillermo A.; Schmitter, Philippe C. (1986): Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- O'Dowd, Liam; Dimitrova, Bohdana (2011): Promoting Civil Society across the Borders of the EU Neighbourhood: Debates, Constraints and Opportunities. In: *Geopolitics 16 (1)*, S. 179–192.
- Offe, Claus (1998): Introduction: agenda, agency, and the aims of Central East European transitions. In: Elster, John; Offe, Claus; Press, Ulrich (Hg.): Institutional Design in Post-communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea. Cambridge: Cambridge Univ. Press, S. 1–34.
- Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: *Merkur 45*, S. 279–292.
- Omelchenko, Vadym (2013): Ukraine 2012: Report on Transformation. Kiev: The Gorshenin Institute.
- Onuch, Olga (2014): The Maidan and Beyond: Who Were The Protesters? In: *Journal of Democracy 25 (3)*, S. 44–51.
- OSCE (2013): Ukraine: Parliamentary Elections 28 October 2012. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report. Warsaw: OSCE/Office for Democratic Institutions and Human Rights.
- Orbie, Jan (Hg.) (2009): Europe's Global Role. External Policies of the European Union. Hampshire: Ashgate Publishing Ltd.

- Ott, Alexander (1997): Die politische Transformation in der Ukraine. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): *Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation*. München/Wien: Carl Hanser Verlag, S. 83–93.
- Palyvoda, Liubov; Holota, Sofia (2010): *Stan ta dynamika rozvytku neuriadovych organizatsii Ukrainy 2002-2010 roky (Zustand und Entwicklungsdynamik der Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine 2002-2010)*. Kyiv: Vydavnychi Dim "Kupol".
- Palyvoda, Liubov; Kikot, Oksana (2006): *Stan ta dynamika rozvytku neuriadovych organizatsii Ukrainy 2002–2006 roky (Zustand und Entwicklungsdynamik der Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine 2002–2006)*. Kyiv: Tvorchyi Tsentr Kaunterpart.
- Palyvoda (2005): *The Voter Education and Mobilization Project. Final narrative report*. Kiev: Creative Centre „Counterpart“.
- Parmentier, Florent (2006): “The European Neighbourhood Policy as a Process of Democratic Norms Diffusion in Ukraine. Can the EU Act Beyond Conditionality?”. *Les Cahiers européens de Sciences Po*, 02=. Paris: Centre d'études européennes at Sciences Po.
- Pauge, Luisa (2006): Geburt der Zivilgesellschaft in der Ukraine? Eine Analyse der ukrainischen Zivilgesellschaft von 1985 bis 2005. In: *Aktuelle Ostinformationen 1 (2)*, S. 29–47.
- Pashkouskaya, Yanina (2005): Die "Geburt" der freien Ukraine? Über die innen- und außenpolitischen Hintergründe der friedlichen "Revolution in Orange". (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin/Arbeitsschwerpunkt Politik). Berlin: Freie Universität Berlin.
- Pedchenko, Nataliya (2014): ENP East Media Freedom Watch. Interim Narrative Project Report (01.03.2013–28.02.2014). (ENPI 2012/304-330). Kiev: Internews Ukraine.
- Peruzotti, Enrique; Plot, Martin (2013): Introduction: the political and social thought of Andrew Arato. In: Peruzotti, Enrique; Plot, Martin (Hg.): *Critical Theory and Democracy: Civil society, dictatorship, and constitutionalism in Andrew Arato's democratic theory*. London/New York: Routledge, S. 1–27.
- Petrov, Roman (2007): Legal and Political Expectations of Neighbouring Countries from the European Neighbourhood Policy. In: Cremona, Marise; Meloni, Gabriella (Hg.): *The European Neighbourhood Policy: A Framework for Modernization? (EUI Working Paper No.2007/21)*. Badia Fiesolana: European University Institute. Online verfügbar unter <http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/6976/LAW-2007-21.pdf?sequence=1&isAllowed=y>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Petrov, Roman; Van der Loo, Guillaume; Elsuwege, Peter Van (2015): The EU-Ukraine Association Agreement: A New Legal Instrument of Integration Without Membership? In: *Kyiv-Mohyla Law&Politics Journal 1*, S. 1–19.
- Pickel, Gert; Pickel, Susanne (2009): Qualitative Interviews als Verfahren des Ländervergleichs. In: Pickel, Susanne; Pickel, Gert; Lauth, Hans-Joachim; Jahn, Detlef (Hg.): *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 441–464.
- Pickel, Susanne; Pickel, Gert (Hg.) (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, Susanne; Pickel, Gert; Lauth, Hans-Joachim; Jahn, Detlef (Hg.) (2009): *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Piel, Ernst; Schulze, Peter W.; Timmermann, Heinz (2005): *Die offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau*. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.
- Pishchikova, Kateryna; Ogryzko, Olesia (2014): Civil awakening: The impact of Euromajdan on Ukraine's politics and society. (FRIDE Working Paper, 124). Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action. Online verfügbar unter <https://css.ethz.ch/en/services/digital-library/publications/publication.html/182317>, zuletzt geprüft am 23.04.2020.
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (1993): Zum Stand der Demokratisierung in Ost-Mitteleuropa. In: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hg.): *Transformation oder Stagnation? Aktuelle politische Trends in Osteuropa*. (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, 2). Wien: Signum, S. 9–89.
- Pleines, Heiko (2005): *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004. (Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, 19)*. Münster: Lit Verlag.
- Pleines, Heiko (2007): Das ukrainische Verfassungsgericht. Einleitung. In: *Ukraine-Analysen 26*, S. 7–11.

- Pleines, Heiko (2011): Die politische Rolle der Oligarchen. In: Besters-Dilger, Juliane; Woldan, Alois (Hg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Juschtschenko. Frankfurt am Main (u.a.): Peter Lang, S. 129–145.
- Poliskyi Fond mizhnarodnykh i regionalnykh doslidzhen (2015): Richnyi zvit 2015 (*Jahresbericht 2015*). Chernihiv. Online verfügbar unter <http://pfirs.org/en/shchorichni-zviti/book/60/1.html?page=1>, zuletzt geprüft am 23.04.2020.
- Poliskyi Fond mizhnarodnykh i regionalnykh doslidzhen (2016): Richnyi zvit 2016 (*Jahresbericht 2016*). Chernihiv. Online verfügbar unter <http://pfirs.org/shchorichni-zviti/book/69-zvit-pro-diyalnist-u-2016-rotsi/2-zviti.html>, zuletzt geprüft am 23.04.2020.
- Poloni-Staudiger, Lori M. (2008): The Domestic Opportunity Structure and Supranational Activity. An Explanation of Environmental Group Activity at the European Union Level. In: *European Union Politics* 9 (4), S. 531–558.
- Predstavnytstvo ES v Ukraini (2015): Peredvyborchi proekty, shcho finansuiutsia ES. Onovlena informatsiia z veresnia 2015 roku. (*Die Wahlprojekte, welche von der EU finanziert wurden. Die aktualisierte Information seit September 2015*). Kyiv. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/archives/delegations/ukraine/documents/elections_projects_uk.pdf, zuletzt geprüft am 23.04.2020.
- Predstavnytstvo Europeiskoi Komisii v Ukraini (2009): Programy dopomohy Evropeiskoho Soiuzu ta spivpratsia Ukrainy z ES (*Die Förderprogramme der EU und die Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU*). Kyiv. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/virtual_library/59_eu_asst_eu_ua_coop_uk.pdf, zuletzt geprüft am 12.02.2018.
- Predstavnytstvo Europeiskoi Komisii v Ukraini (2008): Evrobiuleten, 3. Kyiv. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eurobulletin/200803_uk.pdf, zuletzt geprüft am 17.02.2018.
- Predstavnytstvo Europeiskoi Komisii v Ukraini (2005): Evrobiuleten, 6. Kyiv. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eurobulletin/200506_uk.pdf, zuletzt geprüft am 2.03.2018.
- Predstavnytstvo Europeiskoi Komisii v Ukraini (2004): Evrobiuleten, sichen, 2004. Kyiv. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eurobulletin/200401_uk.pdf, zuletzt geprüft am 25.02.2019.
- Predstavnytstvo Europeiskoi Komisii v Ukraini (2003): Evrobiuleten, cherven, 2003. Kyiv. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eurobulletin/200306_uk.pdf, zuletzt geprüft am 25.02.2019.
- Predstavnytstvo Europeiskoi Komisii v Ukraini (o. D.): Informatsiini dovidky proektiv, yaki finansuiutsia Yevropeiskym Soiuzom u ramkach „Fondu rozvytku hromadianskoho suspilstva, EUROPEAID/132701/L/ACT/UA“ (*Die Informationsauskünfte über die Projekte, welche von der EU im Rahmen des „Fonds für die Entwicklung der Zivilgesellschaft, EUROPEAID/132701/L/ACT/UA“ finanziert werden*). Kyiv.
- Pridham, Geoffrey (2000): The Dynamics of Democratization: a comparative approach. London: Continuum.
- Pridham, Geoffrey; Eric Herring; Sanford, George (1997): Introduction. In: Pridham, Geoffrey; Herring, Eric; Sanford, George (Hg.): Building Democracy? The international dimension of democratisation in Eastern Europe. London: Leicester University Press, S. 1–7.
- Pridham, Geoffrey; Vanhanen, Tatu (1994): Democratization in Eastern Europe: Domestic and international perspectives. London: Routledge.
- Priller, Eckhard (2011): Dynamik, Struktur und Wandel der Engagementforschung: Rückblick, Tendenzen und Anforderungen. In: Priller, Eckhard; Alscher, Mareike; Dathe, Dietmar; Speth, Rudolf (Hg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Berlin: Lit Verlag, S. 11–40.
- Priller, Eckhard; Zimmer Annette (2004): Dritte-Sektor-Organisationen zwischen "Markt" und "Mission". In: Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; Daele, Wolfgang van den; Kocka, Jürgen (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. (WZB-Jahresbuch 2003). Berlin: edition sigma, S. 105–127.
- Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. In: Dawisha, Karen; Parrott, Bruce (Hg.): Democratic Changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova. (Democratization and Authoritarianism in Post-Communist Societies, 3). Cambridge: Cambridge University Press, S. 330–371.

- Prodi, Romano (2002): A Wider Europe – A Proximity Policy as the key to stability. "Peace, Security And Stability - International Dialogue and the Role of the EU". (Sixth ECSA-World Conference. Jean Monnet Project. Brussels, 05.12.2002). Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-02-619_en.htm, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Przeworski, Adam (1991): *Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. New York: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam (1986): Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C.; Whitehead, Laurence (Hg.): *Transition from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 47–63.
- Przeworski, Adam; Alvarez, Michael E.; Antonio, José (2000): *Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950–1990*. New York: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam; Limongi, Fernando (1997): Modernization: theories and facts. In: *World Politics* 49 (2), S. 155–183.
- Puhle, Hans-Jürgen (1991): Einleitung. In: Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft – Politik – Kultur*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 7–15.
- Putnam, Robert D. (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: *Journal of Democracy* 6 (1), S. 65–78.
- Putnam, Robert D.; Leonardi, Robert; Nanetti, Raffaella (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton/New Jersey: Princeton University Press.
- Pyzhov, Volodymyr (2006): Evaluation of on-going micro-projects financed under European Initiative for Democracy and Human Rights (EIDHR) in Ukraine. (EC Contract DDH 2005/112531). Final report. Kiev: ECORYS Research and Consulting.
- Pyvovarov, Vadym (2015): Project "Civic oversight of the administrative service delivery by law enforcement bodies". Final narrative report. Kiev: Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement.
- Rabinovych, Maryna (2016): The Substance of the EU Democracy Promotion in Ukraine: Is Embedded Democracy the Right Concept? In: *POLITIKON: The IAPSS Journal of Political Science* 30, S. 5–31.
- Raik, Kristi (2012): A Rocky Road Towards Europe: The Prospects For The EU's Eastern Partnership Association Agreements. (FIIA Briefing Paper, 110). Helsinki: FIIA - The Finnish Institute of International Affairs.
- Raik, Kristi (2011): Between Conditionality and Engagement: Revisiting the EU's Democracy Promotion in the Eastern Neighbourhood. (FIIA Briefing Paper, 80). Helsinki: FIIA - The Finnish Institute of International Affairs.
- Raik, Kristi (2006): A bleak version of enlargement: The EU's democracy promotion policy in the eastern neighbourhood. In: Estonian Foreign Policy Institute (Hg.): *The Estonian Foreign Policy Yearbook 2006*. Tallinn: Estonian Foreign Policy Institute, S. 27–51.
- Raik, Kristi (2006a): Promoting Democracy through Civil Society: How to Step the EU's Policy towards the Eastern Neighbourhood. (CEPS Working Document, 237). Brussels: Centre for European Policy Studies. Online verfügbar unter <https://www.ceps.eu/publications/promoting-democracy-through-civil-society-how-step-eus-policy-towards-eastern>, zuletzt geprüft am 25.02.2019.
- Rakner, Lise; Menocal, Alina Rocha; Fritz, Verena (2007): Democratisation's Third Wave and the Challenges of Democratic Deepening: Assessing International Democracy Assistance and Lessons Learned. (Research project (RP-05-GG) of the Advisory Board for Irish Aid "Good Governance, Aid Modalities and Poverty Reduction: Linkages to the Millennium Development Goals and Implications for Irish Aid", Working Paper 1). London: Overseas Development Institute. Online verfügbar unter <https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/241.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Rawls, John (2005): *Political Liberalism*. Expanded Edition. (Columbia Classics in Philosophy). New York: Columbia University Press.
- Rawls, John (1998): *Politischer Liberalismus*. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rawls, John (1975): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Razumkov Centre (2013): *2012 Elections: Features, Results, Lessons-Learned. Prospects for 2013*. Kiev: Razumkov Centre.
- Halushka, Olena; Miskyi, Vadym (Hg.) (2016): *Reanimation Package of Reforms Roadmap of Reforms for Ukraine*. September 2016 – December 2017. Kiev: Centre for Democracy and Rule of Law.

- Reanimatsiyni Paket Reform (2018): Priorytety reform (*Reformprioritäten*). Kyiv: RPR. Online verfügbar unter <https://rpr.org.ua/priorytety-reform-2017/>, zuletzt geprüft am 10.03.2018.
- Rechberger, Walter H. (2011): Richterliche Unabhängigkeit in der Ukraine. In: Besters-Dilger, Juliane; Woldan, Alois (Hg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Juschtschenko. Frankfurt am Main (u.a.): Peter Lang, S. 81–100.
- Reiber, Tatjana (2009): Instrumente der Demokratieförderung? Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen. In: Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Baden-Baden: Nomos, S. 213–234.
- Reichardt, Sven (2006): Civility, Violence and Civil Society. In: Keane, John (Hg.): Civil Society: Berlin Perspectives. New York/Oxford: Berghahn Books, S. 139–169.
- Reichardt, Sven (2004): Gewalt und Zivilität im Wandel. Konzeptionelle Überlegungen zur Zivilgesellschaft aus historischer Sicht. In: Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; Daele, Wolfgang van den; Kocka, Jürgen (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. (WZB-Jahresbuch 2003). Berlin: edition sigma, S. 61–81.
- Reinhard, Janine (2010): EU Democracy Promotion through Conditionality in its Neighbourhood: The Temptation of Membership Perspective or Flexible Integration? In: *Caucasian Review of International Affairs* 4 (3), S. 196–213.
- Reimer, Sabine (2005): Civil Society – A New Solution Beyond State And Market? Civicus Civil Society Index Report for Germany. Online verfügbar unter http://www.civicus.org/media/CSI_Germany_Executive_Summary.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Resource Center HURT (2009): Main projects implemented by HURT in 2000–2009. Kyiv: Resource Center HURT.
- Resursnyi Tsentri HURT (2010): Informuemo hromadianske suspilstvo v Ukraini. Richnyi zvit 2010 (*Wir informieren die Zivilgesellschaft in der Ukraine. Jahrestätigkeitsbericht 2010*). Kyiv: Resursnyi Tsentri HURT.
- Resursnyi Tsentri HURT (2010a): Proekt Evropeiskoho Soiuzu "Posylenia roli hromadianskoho suspilstva v zahysti prav ditei". Proekt finansuetsia Evropeiskoiu Komisiieu. Ofitsiina webstorinka proektu (*Das EU-Projekt "Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft bei dem Schutz der Kinderrechte. Die offizielle Website des Projekts*). Kyiv. Online verfügbar unter <http://dity.gurt.org.ua/>, zuletzt geprüft am 25.02.2019.
- Resource Center HURT (2015): HURT Resource Centre – responsibly serving our clients for 20 years! Kiev: Resource Center HURT. Online verfügbar unter http://www.gurt.org.ua/uploads/annual_report/2015/index_en.html, zuletzt geprüft am 25.02.2019.
- Riabchuk, Mykola (2009): Dubious Strength of a "Weak State": The Post-Soviet Ukraine in the Nineties. In: Maćków, Jerzy (Hg.): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 263–274.
- Riabchuk, Mykola (2005): Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpresserstaat reformierbar? In: *Osteuropa* 1, S. 4–15.
- Ridder, Eline de; Kochenov, Dimitry (2011): Democratic Conditionality in the Eastern Enlargement: Ambitious Window Dressing. In: *European Foreign Affairs Review* 16, S. 589–605.
- Riesmeyer, Claudia (2011): Das Leitfadeninterview. Königsweg der qualitativen Journalismusforschung? In: Jandura, Olaf; Quandt, Thorsten; Vogelsang, Jens (Hg.): Methoden der Journalismusforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 223–236.
- Rihackova, Vera (2014): Taking Stock of EU Civil Society Funding in EaP Countries. EUROPEUM Institute for European Policy Report commissioned by the Eastern Partnership Civil Society Forum. Prague: EUROPEUM Institute for European Policy. Online verfügbar unter <http://www.europeum.org/data/articles/europeum-report-on-cso-funding-in-eap-countries.pdf>, zuletzt geprüft am 20.04.2020.
- Rihackova, Vera (2008): Democracy versus Bureaucracy: An Assessment of the Reform of the EU's External Assistance Instruments. In: Kucharczyk, Jacek; Lovitt, Jeff (Hg.): Democracy's New Champions: European democracy assistance after EU enlargement. (PASOS Research Project). Praha: Uniprint, S. 151–183.
- Risse, Thomas (2004): Social Constructivism and European Integration. In: Wiener, Antje; Diez, Thomas (Hg.): European Integration Theory. Oxford: Oxford University Press, S. 159–176.
- Ritvo, Roger A. (2014): NGOs in Ukraine: Growing amid growing concern. In: *Academic Journals/International NGO Journal* 9 (2), S. 26–28.

- Romanenko, Yevhenii (2016): Regional Policy in Ukraine: Public Monitoring of Regional Development Strategies. Final Narrative Project Report. Chernihiv/Kiev: Polissya Foundation for International and Regional Studies; Civil Society Institute.
- Rose, Richard (2009): Understanding post-communist transformation. A bottom-up approach. London: Routledge.
- Roth, Ronald (2000): NGOs und transnationale soziale Bewegungen als Akteure für eine "Weltzivilgesellschaft". Frankfurt/Main: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V. Online verfügbar unter www.hbs-hessen.de/archivseite/pol/ngos.htm, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Rüb, Friedbert W. (2002): Hybride Regime – Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie. In: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert (Hg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen: Leske + Budrich, S. 93–118.
- Sahm, Astrid (2001): Zwischen Selbstbehauptung und Unterdrückung – Zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der Ukraine, in: Ammon, Günther; Hartmeier, Michael (Hg.): Zivilgesellschaft und Staat in Europa. Ein Spannungsfeld im Wandel: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Ukraine, Weißrussland. Baden-Baden: Nomos, S. 92–111.
- Sahm, Astrid (2004): Wie kann westliche Transformationsförderung ihrem Demokratisierungsanspruch gerecht werden? Anregungen nicht nur für deutsche Geber. In: Umland, Andreas (Hg.): Einblicke in die europäisch-nordamerikanische Unterstützung ukrainischer Reformbestrebungen seit 1991. (Arbeitspapiere und Materialien, 63). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa Bremen.
- Salamon, Lester M.; (1996): Defining the Nonprofit Sector: United States. Working Papers of the The John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, 8). Baltimore: The Johns Hopkins Institute for Policy Studies.
- Salamon, Lester M.; Anheier, Helmut K. (1999): Civil Society in Comparative Perspective. In: Salamon, Lester M.; Anheier, Helmut K.; List, Regina; Toepfler, Stefan; Sokolowski, Wojciech S. (Hg.): Global Civil Society: Dimensions of the Nonprofit Sector. Baltimore: The John Hopkins Center for Civil Society Studies, S. 1–4.
- Sandel, Michael J. (2007): Justice. A reader. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Sandel, Michael J. (1998): Liberalism and the Limits of Justice. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sandschneider, Eberhard (2003): Externe Demokratieförderung: Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen. Gutachten für das Centrum für angewandte Politikforschung. München: Ludwig-Maximilians-Universität/Centrum für angewandte Politikforschung (CAP).
- Sandschneider, Eberhard (1996): Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. In: Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Unter Mitarbeit von Wolfgang Merkel und Marianne Rinza. Leverkusen: Leske + Budrich, S. 23–45.
- Sandschneider, Eberhard (1995): Stabilität und Transformation politischer Systeme: Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Sartori, Giovanni (1992): Demokratietheorie. Hg. v. Wildenmann, Rudolf. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schade, Jeanette (2002): Zivilgesellschaftstheorien im 20. Jahrhundert – politiktheoretische Hintergründe. In: *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 4 (1): *Zivilgesellschaft – Theorie, Modelle und praktische Ansätze*, S. 5–24.
- Schäffer, Sebastian; Tolksdorf Dominik (2009): The Eastern Partnership – "ENP plus" for Europe's Eastern Neighbours. (CAP Perspectives, 4). Munich: Centre for Applied Policy Research/LMU Munich. Online verfügbar unter <https://www.files.ethz.ch/isn/99865/CAPerspectives-2009-04.pdf>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Schedler, Andreas (1998): What is Democratic Consolidation? In: *Journal of Democracy* 9 (2), S. 91–107.
- Schimmelfennig, Frank (2014): Democracy Promotion and Civil Society in Eastern Europe: Conclusions. In: Beichelt, Timm; Hahn-Fuhr, Irene; Schimmelfennig, Frank; Worschech, Susann (Hg.): *Civil Society and Democracy Promotion*. Basingstoke/Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 217–231.
- Schimmelfennig, Frank (2011): How Substantial is Substance? Concluding Reflections on the Study of Substance in EU Democracy Promotion. In: *European Foreign Affairs Review* 16, S. 727–734.
- Schimmelfennig, Frank (2009): Europeanization beyond Europe. In: *Living Reviews in European Governance* 4 (3). Online verfügbar unter <http://www.europeangovernance-livingreviews.org/Articles/lreg-2009-3/>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.

- Schimmelfennig, Frank (2004): *The International Promotion of Political Norms in Eastern Europe: A Qualitative Comparative Analysis*. (Working Paper Central and Eastern Europe, 61). Mannheim: University of Mannheim/Center for European Studies.
- Schimmelfennig, Frank (1994): Internationale Sozialisation neuer Staaten. Heuristische Überlegungen zu einem Forschungsdesiderat. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2), S. 333–355.
- Schimmelfennig, Frank; Engert, Stefan; Knobel, Heiko (2003): Europäisierung in Osteuropa: Reaktionen auf die demokratische Konditionalität. In: *ÖZP* 32 (3), S. 321–337.
- Schimmelfennig, Frank; Engert, Stefan; Knobel, Heiko (2002): The Conditions if Conditionality: The Impact of the EU on Democracy and Human Rights in European Non-Member States. Paper prepared for Workshop 4, “Enlargement and European Governance”, ECPR Joint Session of Workshops, Turin, 22-27 March 2002. Online verfügbar unter <https://pdfs.semanticscholar.org/e11a/95e52ed9b464fe2a757a343088033a1b5784.pdf>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Schimmelfennig, Frank; Scholtz, Hanno (2010): Legacies and Leverage: EU Political Conditionality and Democracy Promotion in Historical Perspective. In: *Europe-Asia Studies* 62 (3), S. 443–460.
- Schimmelfennig, Frank; Scholtz, Hanno (2007): EU Democracy Promotion in the European Neighbourhood: Conditionality, Economic Development, and Linkage. Paper for EUSA Biennial Conference. Online verfügbar unter <http://aei.pitt.edu/8021/1/schimmelfennig-f-12b.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2005): *The Europeanization of Central and Eastern Europe*. New York: Cornell University Press.
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2004): Governance by conditionality: EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe. In: *Journal of European Public Policy* 11 (4), S. 669–687.
- Schmidt, Manfred G. (2008): *Demokratiethorien. Eine Einführung*. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitter, Philippe C. (1994): Dangers and Dilemmas of Democracy. In: *Journal of Democracy* 5 (2), S. 57–94.
- Schmitter, Philippe C. (1993): Some propositions about civil society and the consolidation of democracy. (Forschungsberichte, 10). Wien: Institut für Höhere Studien.
- Schneider, Carsten Q. (2009): *The Consolidation of Democracy. Comparing Europe and Latin America*. New York: Routledge.
- Schneider, Eberhard (2005): *Das politische System der Ukraine. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, Eberhard (1997): Begriffe und theoretische Konzepte zur politischen Transformation. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): *Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation*. München/Wien: Carl Hanser Verlag, S. 17–25.
- Schnyder, Melissa (2015): The Domestic Issue-Specific Political Opportunity Structure and Migrant Inclusion Organization Activity in Europe. In: *Social Movement Studies* 14 (6), S. 692–712.
- Schultze, Martin (2010): *Demokratiemessung und defekte Demokratien. Osteuropas Demokratien auf dem Prüfstand*. 1. Auflage. Marburg: Tectum.
- Schwertmann, Philipp (2005): *Stiftungen als Förderer der Zivilgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos.
- Scott, James (2012): *European Neighbourhood and Eastern Partnerships - Policy Considerations Based on External Perceptions* (Wider Europe Policy Brief, 1 Vol. II). Online verfügbar unter <http://www.uef.fi/documents/428549/854028/policybrief3short.pdf/76bf3217-5265-4f05-988a-4d0e43bac9fb>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Scott, James Wesley/Likaanen, Ilkka (2010): Civil Society and the „Neighbourhood“ – Europeanization through Cross-Border Cooperation? In: *European Integration* 32 (5), p. 423–438.
- Sekretariat Reanimatsiinoho Paketu Reform (2015): *Reanimatsiinyi Paket Reform. Richnyi zvit 2015 (Reanimation Package of Reforms. Der Jahrestätigkeitsbericht 2015)*. Kyiv: RPR.
- Seawright, Jason; Gerring, John (2008): Case-Selection Techniques in Case Study Research: A Menu of Qualitative and Quantitative Options. In: *Political Research Quarterly* 61, S. 294–307.
- Secretariat of the Council of the EU (2009): *European Council, 19 and 20 March 2009: Eastern Partnership. Presidency Conclusions*. Brussels.
- Segbers, Klaus (1998): *Sowjeterbe und Globalisierung: Treibkräfte des nachsowjetischen Wandels. Überlegungen zu Akteuren, Interessen, Institutionen und Regulierungsweisen*. (Arbeitspapiere des

- Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin). Berlin: Freie Universität Berlin/Osteuropa-Institut.
- Shapovalova, Natalia (2017): Ukraine: Civil Volunteerism and the Legacy of Euromaidan. In: Youngs, Richard (Hg.): *Global Civil Activism in Flux*. Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace, S. 47–52.
- Shapovalova, Natalia (2010): *Assessing Democracy Assistance: Ukraine*. Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action. Online verfügbar unter https://www.files.ethz.ch/isn/130779/IP_WMD_Ucrania_ENG_jul10.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Shapovalova, Natalia (2010a): Ukraine: A New Partnership. In: Richard Youngs (Hg.): *The European Union and Democracy Promotion: A critical assessment*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 59–78.
- Shapovalova, Natalia (2009): The EU's Eastern Partnership: still-born? (FRIDE Policy Brief, 11). Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action. Online verfügbar unter https://www.files.ethz.ch/isn/130974/PB11_UE_eastern_partnership_ENG_may09.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Shapovalova, Natalia (2008): *The New Enhanced Agreement Between the European Union and Ukraine: Will in Further Democratic Consolidation?* (FRIDE Working Paper 62). Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action. Online verfügbar unter https://www.academia.edu/19461533/The_new_enhanced_agreement_between_the_European_Union_and_Ukraine_Will_it_further_democratic_consolidation_FRIDE_Working_Paper_62_2008, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Shapovalova, Natalia; Shumylo, Olga (2008): *Supporting Elusive Consolidation: Democracy Assistance Policies of the Visegrad Four Countries: Ukraine*. In: Kucharczyk, Jacek; Lovitt, Jeff (Hg.): *Democracy's New Champions: European democracy assistance after EU enlargement*. (PASOS Research Project). Praha: Uniprint, S. 267–295.
- Shapovalova, Natalia; Burlyuk, Olga (Hg.) (2018): *Civil Society in post-Euromaidan Ukraine: From Revolution to Consolidation*. Stuttgart: ibidem.
- Shapovalova, Natalia; Youngs, Richard (2014): *The Changing Nature of EU Support to Civil Society*. In: Beichelt, Timm; Hahn-Fuhr, Irene; Schimmelfennig, Frank; Worschech, Susann (Hg.): *Civil Society and Democracy Promotion*. Basingstoke/Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 86–109.
- Shapovalova, Natalia; Youngs, Richard (2013): *The EU's efforts to promote democracy in its post-Soviet Eastern neighbours would benefit from greater engagement with civil society*. London: LSE – The London School of Economics and Political Sciences. Online verfügbar unter <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2013/01/29/eu-democracy-eastern-partnership/>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Shapovalova, Natalia; Youngs, Richard (2012): *EU democracy promotion in the Eastern neighbourhood: a turn to civil society?* (FRIDE Working Paper, 115). Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action. Online verfügbar unter https://www.files.ethz.ch/isn/156623/WP_115_EU_democracy_promotion_in_the_Eastern_neighbourhood.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Shevchenko, Taras (2015): *Project "Reanimation Package of Reforms Initiative (RPR) - enhancement of constitutional, anti-corruption and legal reforms (01/06/2014 – 30/11/2015)"*. Final narrative report. Kiev: Media Law Institute; Centre for Political Studies and Analysis; Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement.
- Shulga, Dmytro (2015): *Ukraine: Fighting for the European Future*. In: Hug, Adam (Hg.): *Trouble in the Neighbourhood? The Future of the EU's Eastern Partnership*. London: The Foreign Policy Centre, S. 34–41.
- Shutov, Roman (2008): *EU-financed Project "Building Community Media Centers in Rural Areas"*. Final Narrative Report. Kiev: Creative Center Counterpart.
- Shvets, Iryna (2015): *Project "European practices and standards for Ukrainian elections"*. Final Narrative Report. Kiev: All-Ukrainian non-governmental organization "Civil Network OPORA".
- Sikkink, Kathryn (2005): *Patterns of dynamic multilevel governance and the insider-outsider coalition*. In: Porta, Donatella della; Tarrow, Sidney (Hg.): *Transnational protest and global activism*. Lanham/Boulder/New York/Toronto/Oxford: Rowman and Littlefield Publishers, S. 151–173.
- Simon, Gerhard (2011): *Von Janukovitsch zu Jutschtschenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie*. In: Besters-Dilger, Juliane; Woldan, Alois (Hg.): *Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Juschtschenko*. Frankfurt am Main (u.a.): Peter Lang, S. 13–35.

- Simon, Gerhard (2009): Delegitimierung des Autoritarismus durch Demokratisierung: Die Ukraine vor und nach dem Winter 2004/2005. In: Maćków, Jerzy (Hg.): *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 206–322.
- Simon, Gerhard (2005): Der Funke der "Orangenen Revolution". Ist die "Orangene Revolution" ein Exportartikel? In: *Bürger im Staa* 55 (4): "Nach der Orangen Revolution". Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 224–229.
- Simon, Gerhard (2005a): Neubeginn in der Ukraine. Vom Schwanken zur Revolution in Orange. In: *Osteuropa* 55 (1), S. 16–33.
- Simonis, Georg (2011): Die Analyse der externen Beziehungen der Europäischen Union – eine Annäherung. In: Simonis, Georg; Elbers, Helmut (Hg.): *Externe EU-Governance*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.15–51.
- Simonis, Georg; Elbers, Helmut (Hg.) (2011): *Externe EU-Governance*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Simsa, Ruth (2001): Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger zur Lösung gesellschaftlicher Probleme? Zwischen Demokratisierung und Institutionalisierung gesellschaftlichen Engagements. In: Institut für Sozialpädagogik (Hg.): *Europäische Integration als Herausforderung: Rolle und Reform sozialer Dienste in Deutschland*. Frankfurt, S. 23–41.
- Simsa, Ruth; Schober, Ruth; Schober, Doris (2004): Nonprofit Organisationen im sozialen Dienstleistungsbereich: Bedeutung, Rahmenbedingungen, Perspektiven. Studie im Auftrag der BAG "Freie Wohlfahrt". Studienbericht. Wien: Institut für interdisziplinäre Nonprofit Forschung an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Sioma, Mykola (2015): Project "Ensuring access to justice through free legal aid delivery and introduction of high-quality standards of human rights protection in Ukraine (31.10.2012–28.02.2015). Final narrative project report. Kiev: Ukrainian Legal Aid Foundation.
- Skovajsa, Marek (2008): Independent and Broader Civil Society in East-Central European Democratizations. In: *Taiwan Journal of Democracy* 4(2), S. 47–73.
- Sluzba Novyn euukrainecoop (2013): Dostup do pravosuddia dla vsih hromadian. Interviu z Arkadiem Bushchenkom ta Maksymom Shcherbatiukom (Ukrainska Helsinska Spilka z Prav Liudyny). Kyiv. Online verfügbar unter <https://euukrainecoop.net/2013/02/05/helsinki/>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Smith, Karen E. (2001): Western actors and the promotion of democracy. In: Pravda, Alex; Zielonka, Jan, (Hg.) *Democratic Consolidation in Eastern Europe. Volume 2: International and Transnational Factors*. Oxford: Oxford University Press, S. 31–57.
- Smolnik, Franziska (2008): Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument. (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, 66). Berlin: Freie Universität Berlin/Osteuropa-Institut. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-439770>, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Soldner, Markus (2010): „Semi-präsidentielle“ Regierungssysteme? Überlegungen zu einem umstrittenen Systemtyp und Bausteine einer typologischen Rekonzeptualisierung. In: Schrenk, Klemens H.; Soldner, Markus (Hg.): *Analyse demokratischer Regierungssysteme*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83–92.
- Solonenko, Iryna (2016): Reforms, New Elites, and Old Structures: How to Win the Battle for a New Ukraine? (DGAPanalyse, 4). Berlin: Gesellschaft für Auswärtige Politik. Online verfügbar unter <https://dgap.org/en/think-tank/publications/dgapanalysis/how-win-battle-new-ukraine>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Solonenko, Iryna (2015): Ukrainian Civil Society from the Orange Revolution to Euromajdan: Striving for a New Social Contract. In: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (Hg.): *OSCE Yearbook 2014*. Baden-Baden: Nomos, S. 219–237.
- Solonenko, Iryna (2013): Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft. In: *Ukraine-Analysen* 114, S. 6–8.
- Solonenko, Iryna (2012): Ukraine and the EU after Ukraine's Parliamentary Elections 2012: How to Break the Stalemate? German-Nordic Baltic Forum, 27-28 September 2012. Helsinki. Online verfügbar unter <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2014/08/Iryna-Solonenko.pdf>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Solonenko, Iryna (2011): Added Value? Eastern Partnership and EU-Ukraine Bilateral Relations. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3, S. 120–133.

- Solonenko, Iryna (2010): The EU's "transformative power" towards the Eastern neighbourhood: the case of Ukraine. (SPES Policy Paper). Berlin: Institut für Europäische Politik.
- Solonenko, Iryna (2009): External democracy promotion in Ukraine: the role of the European Union. In: *Democratization* 16 (4), S. 709–731.
- Solonenko, Iryna (2007): The ENP and Beyond: What tools to support Democratic Transformation of Ukraine? In: Kosior, Katarzyna; Jurkowska, Agata (Hg.): *Beyond the Borders. Ukraine and the European Neighbourhood Policy*. Rzeszow: University of IT and Management.
- Solonenko, Iryna (2006): Ukraine. In: *The Eastern Dimension of the European Neighbourhood Policy*. Warsaw: Center for International Relations, S. 117–123.
- Solonenko, Iryna (2005): The European Union as Democracy Promoter: The Case of Ukraine. In: *Romanian Journal of Political Sciences* 02, S. 57–69.
- Solonenko, Iryna; Jarabik, Balazs (2008): Ukraine. Chapter 5. In: Richard Youngs (Hg.): *Is the European Union Supporting Democracy in its Neighbourhood?* Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action, S. 81–98. Online verfügbar unter https://www.files.ethz.ch/isn/94972/EU_democracy.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Sölter, Arpad (1993): Zivilgesellschaft als demokratietheoretisches Konzept. In: Link, Werner; Schütt-Wetschky, Eberhard; Schwan, Gesine (Hg.): *Jahrbuch für Politik* 3 (1), S. 145–179.
- Speth, Rudolf (2011): Engagementpolitik und Engagementforschung. In: Priller, Eckhard; Alscher, Mareike; Dathe, Dietmar; Speth, Rudolf (Hg.): *Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*. Berlin: Lit Verlag, S. 91–115.
- Spidometr Reform (2016): Spidometr "Ukraina-ES": konstytutsiina ta sudova reformy (*Spidometr „Ukraine-EU“: die Verfassungsreform und Reform des Gerichtswesens*). Kyiv: Tsentr Polityko-Pravovykh Reform.
- Steciuk, Petro (2004): Konsytutsiini harakterystyky Ukrainy (sproba formalno-iurydychnoho analizu) (*Die Besonderheiten der ukrainischen Verfassung. Ein Versuch der formell-juristischen Analyse*). In: *Wybory ta Demokratiia* 1.
- Stein, Andreas (2015): Ernüchterung nach einem Jahr Lustrationsprozess. In: *Ukraine-Analysen* 160, S. 2–7.
- Stepanenko, Viktor (2015): Ukraine's Revolution as De-Institutionalization of the Post-Soviet Order. In: Stepanenko, Viktor; Pylynskyi, Yaroslav (Hg.): *Ukraine after the Euromaidan: Challenges and Hopes*. Bern: Peter Lang, S. 29–46.
- Stepanenko, Victor (2006): Civil Society in Post-Soviet Ukraine: Civic Ethos in the Framework of Corrupted Sociality? In: *East European Politics and Societies* 40 (4), S. 571–597.
- Stepanenko, Viktor; Pylynskyi, Yaroslav (Hg.) (2015): *Ukraine after the Euromaidan: Challenges and Hopes*. Bern: Peter Lang.
- Stewart, Susan (2013): Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen. In: *Ukraine-Analysen* 114, S. 2–6.
- Stewart, Susanne (2013a): Analyse: Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen. (Dossier Ukraine; Ukraine-Analysen). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Stewart, Susan (2011): EU Democracy Promotion in the Eastern Neighbourhood: One Template, Multiple Approach. In: *European Foreign Affairs Review* 16, S. 607–621.
- Stewart, Susan (2010): Überraschungen in der Ukraine: Die Demokratie auf dem Rückzug, Russland auf dem Vormarsch. (SWP-Aktuell 73). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Stewart, Susan (2009): Democracy Promotion before and after the "color revolutions". In: *Democratization* 16 (4), S. 645–660.
- Stewart, Susanne (2009a): Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung der Europäischen Union: Estland, Makedonien und die Ukraine im Vergleich. In: Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne (Hg.): *Externe Faktoren der Demokratisierung*. Baden-Baden: Nomos, S. 261–283.
- Stewart, Susan (2009b): NGO Development in Ukraine since the Orange Revolution. In: Besters-Dilger, Juliane (Hg.): *Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution*. Frankfurt am Main (u.a.): Peter Lang, S. 177–193.
- Stewart, Susan (2008): The European Union as an External Democratizer: EU Contributions to Civil Society Development in Central and Eastern Europe. In: Kohler-Koch, Beate; Bievre, Dirk de; Maloney, William (Hg.): *Opening EU-Governance to Civil Society: Gains and Challenges*. (CONNEX Report Series, 5). Mannheim: Mannheim Centre for European Social Research (MZES), S. 295–305.

- Stratenschulte, Eckart D. (2007): Europas Politik nach Osten – Grundlagen, Erwartungen, Strategien. Hamburg: merus-Verlag.
- Streb, Sebastian (2008): Die Europäische Nachbarschaftspolitik: Externe Europäisierung zwischen Anziehung, Zwang und Legitimität. Marburg: Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI).
- Streek, Wolfgang (1987): Vielfalt und Interdependenz – Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (39), S. 471–495.
- Stubler, Claudia (2009): Transformationsprozesse in der Ukraine. In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.): Das Ende des postsozialistischen Raums? (Ent-)Regionalisierung in Osteuropa. Beiträge für die 17. Tagung junger Osteuropa-Experten. (Arbeitspapiere und Materialien, 104). Unter Mitarbeit von Deutscher Gesellschaft für Osteuropakunde. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, S. 28–35.
- Stykow, Petra (2010): „Bunte Revolutionen“ – Durchbruch zur Demokratie oder Modus der autoritären Systemreproduktion? In: *Politische Vierteljahresschrift* (51), S. 137–162.
- Sushko, Oleksandr; Prystaiko, Olena (2013): Nations in Transit: Ukraine. Washington: Freedom House.
- Sushko, Oleksandr; Zelinska, Olga; Khorolskyy, Robert; Movchan, Veronika; Solonenko, Iryna; Gumeniuk, Viktoria; Triukhan, Vadym (2012): EU-Ukraine Association Agreement: Guideline for Reforms. (KAS Policy Paper, 20). Kiev: Konrad-Adenauer-Stiftung/Institute for Euro-Atlantic Cooperation.
- Tarnai, Volodymyr (2016): Project "Creation and Implementation of Public Funds Utilization Monitoring System "Open Budget". Final narrative report. Kiev: Centre EIDOS.
- Tarrow, Sidney G. (1994): Power in Movement. Social Movements, Collective Actions and Politics. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Tarrow, Sidney G. (1988): National Politics and Collective Action: Recent Theory and Research in Western Europe and United States. In: *The Annual Review of Sociology* (14), S. 421–440.
- Taylor, Charles (1993). Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. In: Honneth, Axel (Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/M.: Campus, S. 103–130.
- Templin, Wolfgang (2008): Farbenspiele – die Ukraine nach der Revolution in Orange. 2. Auflage. Osnabrück: fibre Verlag.
- Tereshchenko, Volodymyr (2005): Evolution der politischen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU 1991–2004. Frankfurt am Main (u.a.): Peter-Lang-Verl.
- Theiler, Tobias (2012): Good Governance and civil society: Perspectives for a new relationship. Participation Now! Citizenship Education and Democracy in Times of Change, 21– 24. November 2012. (Networking European Citizenship Education; Conferences Workshops). Cordoba, Spain). Online verfügbar unter https://www.bpb.de/.../Final_PaperForumVI_Tobias_Theiler.pdf, zuletzt geprüft am 24.04.2020.
- Thiery, Peter (2004): Zivilgesellschaft. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München: C.H.Beck, S. 1135–1137.
- Tömmel, Ingeborg (2008): Governance europäischer Politiken – Konvergenzen, Divergenzen und Varianzen im EU-System. In: Tömmel, Ingeborg (Hg.): Die Europäische Union: Governance und Policy-Making. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 413–423.
- Tocquevielle, Alexis de (2011 [1835]): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: Reclam.
- Truman, David B. (1951): The governmental process. New York: Knopf.
- Tsentr Polityko-Pravovykh Reform (2015): Zvit pro dialnist za 2015 rik (*Der Tätigkeitsbericht 2015*). Kyiv: Tsentr Polityko-Pravovykh Reform.
- Tsentr Polityko-Pravovykh Reform (2016): Spidometer reform. (*Spidometer der Reformen*). Kyiv. Online verfügbar unter <http://eu.pravo.org.ua/>, zuletzt geprüft am 19.03.2018.
- Tsentr myru, konversii ta zovnishnoi polityky (2006): Dovidnyk z evropeiskoi integracii (*Handbuch der europäischen Integration*). Kyiv.
- Tsentr Politychnykh Studii i Analityky (2014): Richnyi zvit 2014 (*Der Tätigkeitsbericht 2014*). Kyiv: Tsentr politychnykh studii i analityky.
- Tvorchy Tsentr Kaunterpart (2017): Zvit pro dialnist u 2012–2017 rokakh (*Der Tätigkeitsbericht 2012–2017*). Kyiv: Tvorchy Tsentr Kaunterpart.
- Tvorchy Tsentr Kaunterpart (2011): Gromadianska initsiatyva na zahyst ekonomichnykh ta socialnykh prav: Zvit pro realizatsiiu proektu (*Die Bürgerinitiative für den Schutz der Wirtschafts- und Sozialrechte. Der Projektbericht*). Kyiv: Tvorchy Tsentr Kaunterpart.

- Tvorchyi Tsentr Kaunterpart (2007): Oholoshennia pro konkursnyi vidbir silskykh rajoniv dla uchasti u proekti "Stvorennia media tsestriv gromad u silskiy mistsevosti" (*Der Aufruf zur Bewerbung um die Teilnahme am Projekt „Gründung der Medienzentren in den ländlichen Gegenden“*). Kyiv: Tvorchyi Tsentr Kaunterpart.
- Twardzisz, Piotr (2018): Defining "Eastern Europe". A Semantic Inquiry into Political Terminology. London/New York: Palgrave Macmillan.
- Udovyk, Oksana (2017): "I cannot be passive as I was before": learning from grassroots innovations in Ukraine. In: *European Journal for Research on the Education and Learning of Adults* 8 (2), S. 225–243.
- Uhlin, Anders (2009): Which Characteristics of Civil Society Organizations Support What Aspects of Democracy? Evidence from post-communist Latvia. In: *International Political Science Review* 30 (3), S. 271–295.
- Ukrainian Helsinki Human Rights Union (2018): Members of the Union. Kiev. Online verfügbar unter <https://helsinki.org.ua/en/members-of-the-union/>, zuletzt geprüft am 20.03.2018.
- Ukrainian Helsinki Human Rights Union (2012): Annual Report 2011. Kiev.
- Ukrainska Fundatsia Pravovoi Dopomohy (2016). Zvit 2013–2015. Nablyzhatysia do mety (*Der Tätigkeitsbericht 2013–2015: Näher ans Ziel kommen*). Kyiv: Ukrainska Fundatsia Pravovoi Dopomohy.
- Ukrainska Helsinska Spilka z Prav Liudyny (2014): Richnyi Zvit 2014 (*Der Tätigkeitsbericht 2014*). Kyiv: Ukrainska Helsinska Spilka z Prav Liudyny.
- Ukrainska Helsinska Spilka z Prav Liudyny (2012): Richnyi zvit 2012 (*Der Tätigkeitsbericht 2012*). Kyiv: Ukrainska Helsinska Spilka z Prav Liudyny.
- Ukrainskyi Nezaleznyi Tsentri Politichnykh Doslidzhen (2016): Publichnyi zvit 2015–2016 (*Der Tätigkeitsbericht 2015–2016*). Kyiv: UNZPD.
- United Nations General Assembly (2004): Resolution adopted by the General Assembly on 20 December 2004 A/RES/201. Enhancing the role of regional, subregional and other organizations and arrangements in promoting and consolidating democracy. New York. Online verfügbar unter <https://undocs.org/en/A/RES/59/201>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- USAID (2013): The 2012 CSO Sustainability Index for Central and Eastern Europe and Eurasia. 16th edition, June 2013. Online verfügbar https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1863/2012CSOSI_0.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- USAID (2012): CSO Sustainability Ukraine 2012. Online verfügbar unter <https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1863/UKR.pdf>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- USAID (2005): The 2004 NGO Sustainability Index 2004 for Central and Eastern Europe. Online verfügbar unter http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/Pnadd432.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- USAID (2010): 2010 NGO Sustainability Index for Central and Eastern Europe and Eurasia. Online verfügbar unter https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1863/2010complete_document.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Van Deth, Jan W. (2008): European Civil Society: The Empirical Reality in the Multi-Level System of the EU. In: Kohler-Koch, Beata; De Bievre, Dirk; Maloney, William (Hg.): *Opening EU-Governance to Civil Society: Gains and Challenges*. (CONNEX Report Series, 5). Mannheim: Mannheim Centre for European Social Research (MZES), S. 326–348.
- Vahl, Marius (2003): Background Paper on EU Policy Towards Ukraine. Brussels: Center for European Policy Studies (CEPS). Brussels. Online verfügbar unter http://www.batory.org.pl/ftp/program/forum/eu_ukraine/ukraine_eu_policy_background.pdf, zuletzt geprüft am 08.08.2014.
- Vachudová, Anna (2005): *Europe Undivided: Democracy, Leverage and Integration after Communism*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Vanormelingen, Elise (2011): *European Commission's Funding for NGOs*. Brussels: European NGO confederation for relief and development (CONCORD).
- Vanhanen, Tatu (1992): *Strategies of democratization*. Washington: Crane Russak.
- Verderosa, Annie (2007): *Transition from Postcommunism: Second Transitions, Second Chances?* (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, 61). Berlin: Freie Universität Berlin.

- Verkhovna Rada Ukrainy (2015): Zakon Ukrainy pro vidkrytist vykorystannia publichnykh koshtiv (*Das Gesetz der Ukraine über das offene Verfahren in der Anwendung der öffentlichen Ausgaben*). In: *Vidomosti Verkhovnoi Rady Ukrainy* 16. Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2015a): Proekt zakonu pro derzhavnu sluzhbu (*Der Gesetzentwurf über den öffentlichen Dienst*). (Nr. 2490). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2015b): Proekt Zakonu pro vnesennia zmin do Konstytutsii Ukrainy shchodo decentralizacii vldy (*Der Gesetzentwurf über die Verfassungsänderungen in Bezug auf die Fragen der Dezentralisierung der öffentlichen Macht*). (Nr. 2217a). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2015c): Proekt zakonu pro vnesennia zmin do deiakykh zakoniv Ukrainy shchodo organizatsii dialnosti Kabinetu Ministriv Ukrainy ta tsentralnyh orhaniv vykonavchoi vldy. (*Der Gesetzentwurf über die Änderungen der einzelnen Gesetze der Ukraine über die Organisation der Arbeit des Ministerkabinetts der Ukraine und der zentralen Exekutivorgane*). (Nr. 2354a). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2015d): Proekt zakonu pro derzhavne biuro rozsliduvan (*Der Gesetzentwurf über das Staatsbüro für Ermittlungen*). (Nr. 2114). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2015e): Zakon Ukrainy pro mistsevi vybory (*Das Gesetz der Ukraine über die Kommunalwahlen*). In: *Vidomosti Verkhovnoi Rady Ukrainy* (37/38). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2014): Proekt zakonu pro vnesennia zmin do deiakykh zakonodavchykh aktiv Ukrainy u sferi derzhavnoi antykoruptsiinoi polityky u zviazku z vykonanniam Planu dii shchodo liberalizacii Yevropeiskym Soiuzom vizovoho rezymu dla Ukrainy (*Der Gesetzentwurf über die Änderungen der einzelnen Gesetzgebungsakte der Ukraine im Bereich der staatlichen Anti-Korruptionspolitik im Zusammenhang mit der Umsetzung des Aktionsplans für die Liberalisierung des Visumsregimes der EU mit der Ukraine*). (Nr. 4556). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2014a): Zakon Ukrainy pro zapobihannia koruptsii (*Das Gesetz der Ukraine über die Vorbeugung der Korruption*). In: *Vidomosti Verkhovnoi Rady Ukrainy* (49). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2014b): Zakon Ukrainy pro zasady derzhavnoi antykoruptsiinoi polityky v Ukraini na 2014–2017 roky (*Das Gesetz der Ukraine über die Grundlagen der Staatspolitik für Antikorruptionsbekämpfung für 2014–2017*). In: *Vidomosti Verkhovnoi Rady Ukrainy* (46). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2013): Zakon Ukrainy pro administratyvni posluhy (*Das Gesetz der Ukraine über administrative Dienstleistungen*). In: *Vidomosti Verkhovnoi Rady Ukrainy* (32). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (2011): Zakon Ukrainy pro besoplatnu pravovu dopomohu (*Das Gesetz der Ukraine über kostenlose Rechtshilfe*). In: *Vidomosti Verkhovnoi Rady Ukrainy* (51). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (1998): Ukaz Prezydenta Ukrainy "Pro zatverdzhennia Strategii integratsii Ukrainy do Evropeiskogo Soiuzu" (*Die Verordnung des Präsidenten der Ukraine „Über die Bewilligung der Strategie für die Integration der Ukraine in der EU“*). (Nr. 65/98). Kyiv.
- Verkhovna Rada Ukrainy (1997): Zakon Ukrainy pro mistseve samovriaduvannia (*Das Gesetz der Ukraine über lokale Selbstverwaltung*). In: *Vidomosti Verkhovnoi Rady Ukrainy* (24). Kyiv.
- Vinnikov, Oleksandr (2008): Finansuvannia organizatsii hromadianskoho suspilstva v Ukraini. Analitychnyi svit (*Die Finanzierung der Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine. Der Analysebericht*). Kyiv: Merezha rozvytku evropeiskoho prava.
- Vinnikov Oleksandr; Krasnosilska M.; Latsyba M. (2012): Pokaznyky rozvytku hromadianskoho suspilstva v Ukraini (*Der Überblick über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine*). Kyiv: Agentsvo "Ukraina".
- Voss, Kathrin (2007): Öffentlichkeitsarbeit von Nichtregierungsorganisationen. Mittel – Ziele – Interne Strukturen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Waldenhof, Beatrix (2003): Die Rolle der NGOs als Teil der Zivilgesellschaft im demokratischen Transitions- und Konsolidierungsprozess Zambias. Dissertation. Bochum: Ruhr-Universität Bochum.
- Walk, Heike (2011): (Ohn-)Mächtige Helden? Die Gestaltungskraft von NGOs in der internationalen Politik. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- Wallace, Helen (2009): The European Union and its Neighbourhood: Time for a Rethink. (ELIAMEP Thesis 4). Athens: ELIAMEP – Hellenic Foundation for European & Foreign Policy.
- Walzer, Michael (2002): Equality and Civil Society. Chapter 2. In: Chambers, Simone; Kymlicka, Will (Hg.): *Alternative Conceptions of Civil Society*. Princeton: Princeton University Press, S. 34–50.
- Walzer, Michael (1995): Was heißt zivile Gesellschaft? In: Brink, Bert van den (Hg.): *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 44–69.
- Walzer, Michael (1992): *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*. Berlin: Rotbuch.
- Way, Lucan A. (2005): Kuchma's Failed Authoritarianism. In: *Journal of Democracy* 16 (2), S. 131–145.

- Way, Lucan (2004): The sources and dynamics of competitive authoritarianism in Ukraine. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* (1), S. 143–161.
- Webb, Rebekah; Koenig, Sibylle; Thomasson, Åsa (2016): EU funding delivery mechanisms. New trends in european funding, and what they mean for CSOs. Brussels: CONCORD Europe. Online verfügbar unter https://concordeurope.org/wp-content/uploads/2016/03/CONCORD_publication_EUfunding_DeliveryMechanisms.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Wegmann, Simone (2009): Nichtregierungsorganisationen und Demokratie. Probleme und Chancen für eine globalisierte Welt. (Democracy in Politics and Social Life, Mai 2009). Zürich: Universität Zürich/Institut für Soziologie. Online verfügbar unter http://socio.ch/demo/t_swegmann.htm#2.1, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Weidenfeld, Werner (Hg.) (2001): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 1: Ergebnisse der internationalen Recherche. Carl Bertelsmann-Preis 2001. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Weingarz, Stephan (2003): Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften. (Regensburger Schriften aus Philosophie, Politik, Gesellschaft und Geschichte, 2). Münster: Lit Verlag.
- Wendt, Alexander (1994): Collective identity Formation and the International State. In: *American Political Science Review* 88 (2), S. 384–396.
- Wendt, Alexander (1992): Anarchy is what states makes of it: the social construction of power politics. In: *International Organization* 46 (2), S. 391–425.
- Weßels, Bernhard (2004): Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa: intermediäre Akteure, Vertrauen und Partizipation. In: Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; Daele, Wolfgang van den; Kocka, Jürgen (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. (WZB Jahresbuch 2003). Berlin: edition sigma, S. 173–198.
- Wetzel, Anne (2015): The Substance of EU Democracy Promotion: Introduction and Conceptual Framework. In: Wetzel, Anne; Orbie, Jan (Hg.): The Substance of EU Democracy Promotion: Concepts and Cases. London: Palgrave Macmillan, S. 1–27.
- Wetzel, Anne; Orbie, Jan (Hg.) (2015): The Substance of EU Democracy Promotion. Concepts and Cases. London: Palgrave Macmillan.
- Wetzel, Anna; Orbie, Jan (2012): The EU's Promotion of External Democracy: In search of the plot. (CEPS Policy Brief, 281). Brussels: Centre for European Policy Studies (CEPS).
- Wetzel, Anna; Orbie, Jan (2011): With Map and Compass on Narrow Paths and through Shallow Waters: Discovering the Substance of the EU Democracy Promotion. In: *European Foreign Affairs Review* 16, S. 705–725.
- Weyrauch, Vanessa (2008): Civil Society and Good Governance. Washington: The Centre for International Private Enterprise (CIPE)/National Endowment for Democracy (NED).
- Whitehead, Laurence (2002): Democratization. Theory and Experience. New York: Oxford University Press.
- Whitman, Richard; Wolff, Stefan (Hg.) (2010): The European Neighbourhood Policy in Perspective: Context, Implementation and Impact. New York (u.a.): Palgrave Macmillan.
- Whitmore, Sarah (2004): State building in Ukraine. The Ukrainian Parliament 1990–2003: London/New York: Routledge.
- Wichmann, Nina (2007): Democratisation Without Societal Participation? The EU as an external actor in the democratisation processes of Serbia and Croatia. (Studien zu Geschichte, Kultur und Gesellschaft Südosteuropas, herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Höpken (Universität Leipzig) und Prof. Dr. Holm Sundhaussen (Freie Universität Berlin), 5). Berlin: LIT Verlag.
- Willets, Peter (1996): The Conscience of the World: The Influence of Non-Governmental Organisations in the UN-System. London: C. Hurst & Co. Publishers.
- Wilson, Andrew (2014): Supporting the Ukrainian Revolution. (ECFR Policy Memo, 96). Berlin (u.a.): European Council on Foreign Affairs. Online unter https://www.ecfr.eu/page/-/ECFR96_UKRAINE_MEMO.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Wilson, Andrew (2014a): Ukraine Crisis. What It Means For The West. New Haven (u.a.): Yale University Press.
- Wilson, Andrew (2013): Ukraine. In: Coleman, Isobel; Lawson-Remer, Terra (Hg.): Pathways to Freedom. Political and Economic Lessons From Democratic Transitions. New York: Council on Foreign Relations Press, S.181–200.

- Wilson, Andrew (2010): Schildkröten in der Dämmerzone: Die Politik in der Ukraine im Wandel. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker (Hg.): Die Ukraine im Wandel: Stabile Instabilität in einem Zwischenland. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung, S.135–145.
- Wilson, Andrew (2006): Ukraine's Orange Revolution, NGOs and the Role of the West. In: *Cambridge Review of International Affairs* 19 (1), S. 21–32.
- Wilson, Andrew (2005): Ukraine's orange revolution. New Haven (u.a.): Yale University Press.
- Wilson, Andrew (2000): The Ukrainians. Unexpected Nation. New Haven (u.a.): Yale University Press.
- Wittschorek, Peter (2002): Was kennzeichnet das Scheitern einer Transformation? In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.): Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse: Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten. (Arbeitspapiere und Materialien, 36). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.
- Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hg.) (2009): Eastern Partnership: The Opening Report. Warszawa: The Polish Institute of International Affairs.
- Wolczuk, Katarzyna (2014): Ukraine and the EU: turning the Association Agreement into a success story. (Policy Brief, 23). Brussels: European Policy Centre.
- Wolczuk, Katarzyna (2009): Implementation without Coordination: The Impact of EU Conditionality on Ukraine under the European Neighbourhood Policy. In: *Europe-Asia Studies* 61 (2), S. 187–211.
- Wolczuk, Katarzyna (2004): Integration without Europeanisation: Ukraine and its Policy towards the European Union. (EUI Working Papers, 15). Florence: European University Institute/Robert Schuman Centre for Advanced Studies.
- Wolf, Michael (1998): Transformation als Systemwechsel – eine modelltheoretische Annäherung. In: Hopfmann, Arndt; Wolf, Michael (Hg.): Transformation und Interdependenz. Münster: Lit Verlag, S. 39–64.
- Wolf, Michael (1997): Transformation. In: Ulrich, Albrecht (Hg.): Lexikon der internationalen Politik. München/Wien: R. Oldenburg Verlag, S. 487–498.
- Worschech, Susann (2018): Die Herstellung von Zivilgesellschaft. Strategien und Netzwerke der externen Demokratieförderung in der Ukraine. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Worschech, Susann (2017): „Konkurrenz statt Kooperation: Die Entstehung „Geteilter Zivilgesellschaften“ im postsozialistischen Europa“ in: Lessenich, Stephan (Hg.): Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016, S. 1–13.
- Worschech, Susann (2017a) „New civic activism in Ukraine: Building society from scratch? “In: *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal* (3), S. 23–45.
- Worschech, Susann (2016): „From Maidan to the parliament, from Maidan to the provinces: new paths for Ukrainian civil society “. In: Segert, Dieter (Hg.): Civic Education and Democratisation in the Eastern Partnership Countries. (Schriftenreihe 1697). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 98–101.
- Wucherpfennig, Julian; Deutsch, Franziska (2009): Modernization and Democracy: Theories and Evidence Revisited. In: *Living Reviews in Democracy* (1), S. 1–9.
- Yablonskyi, Vasyli; Kornievskyi, Oleksandr; Vozniuk, Petro u.a. (2014): Pro stan rozvytku hromadianskoho suspilstva v Ukraini: zahalni tendentsii, rehionalni obsoblyvosti (*Über den Entwicklungszustand der Zivilgesellschaft in der Ukraine: allgemeine Tendenzen, regionale Besonderheiten*). Kyiv: Natsionalnyi instytut stratehichnykh doslidzhen.
- Yahorau, Andrei (2011): What was the role envisaged of civil society, and what has the CSF achieved/ not achieved, and what should its priorities/key functions be? In: Gromadzki, Grzegorz; Navasardyan, Boris; Yahorau, Andrei; Solonenko, Iryna; Rihackova, Vera: A Strategic roadmap for civil society in the Eastern Partnership. Brussels: Eastern Partnership Civil Society Forum, S. 5–8. Online verfügbar unter <http://archive.eap-csf.eu/en/news-events/articles-analytics/a-strategic-roadmap-for-civil-society-in-the-eastern-partnership/>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Yin, Robert K. (1994): Case Study Research. Design and Methods. Second Edition. (Applied Social Research Methods Series, 5). Thousand Oaks/London/New Delhi: SAGE Publications.
- Youngs, Richard (Hg.) (2017): Global Civil Activism in Flux. Washington DC: Carnegy Endowment for International Peace.
- Youngs, Richard (2010): European approaches to democracy assistance: Learning the right lessons? In: *Third World Quarterly* 24 (1), S. 127–138.

- Youngs, Richard (Hg.) (2010): *The European Union and Democracy Promotion: A critical assessment*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Youngs, Richard (2009): Democracy Promotion as External Governance? In: *Journal of European Public Policy* 16 (6), S. 895–915.
- Youngs, Richard (Hg.) (2008): *Is the European Union Supporting Democracy in its Neighbourhood?* Madrid: FRIDE – The European Council on Foreign Affairs. Online verfügbar unter <https://www.files.ethz.ch/isn/131299/librofride.pdf>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Youngs, Richard (2001): *Democracy Promotion: The Case of European Union Strategy*. (CEPS Working Document, 167). Brussels: Centre for European Policy Studies.
- Youngs, Richard (2001a): *The European Union and the Promotion of Democracy: Europe's Mediterranean and Asian Politics*. (Oxford Studies in Europeanization). Oxford: Oxford University Press.
- Youngs, Richard; Pishchikova, Kateryna (2013): *A More Pluralist Approach to European Democracy Promotion*. Brussels: Carnegie Europe/Carnegie Endowment for International Peace.
- Zakharchenko, Olha; Holovatenko, Volodymyr (2005): Rural NGOs in Ukraine. In: Koncz, Katalin E. (Hg.): *NGO Sustainability in Central Europe: Helping Civil Society Survive*. Budapest: Open Society Institute, S. 81–133.
- Zanuda, Anastasia (2011): "Podatkovyj maidan": rik potomu. („Steuermajdan": ein Jahr danach). In: *BBC Ukraina*, 23.11.2011. Online verfügbar unter http://www.bbc.co.uk/ukrainian/business/2011/11/111122_tax_maidan_one_year_az.shtml, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Zhurba, Yaryna (2015): Project ENPI/2012/310-142, „Improvement of the administrative services quality through strengthening of civil society impact on public policy in this sphere". Final narrative report. Kiev: Centre for Political and Legal Reforms.
- Zimmer, Annette (2010): Zivilgesellschaft und Demokratie in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels. In: *dms - der moderne staat - Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 1, S. 147–163.
- Zimmer, Kerstin (2008): Formal Institutions and Informal Politics in Ukraine. In: Meyer, Gerd (Hg.): *Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe: Hungary, Poland, Russia and Ukraine*. Opladen: Barbara Budrich Publishers Ltd., S. 274–312.
- Zimmer, Kerstin (2007): Oligarchen, Gouverneure und Parteien. Wahlklientismus in Russland und der Ukraine. In: Buzogány, Aron; Frankenberger, Rolf (Hg.): *Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Die Reihe "Weltregionen im Wandel". 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos, S. 175–199.
- Zimmer, Annette (2007a): *Vereine – Zivilgesellschaft konkret*. (Grundwissen Politik, Band 16). Unter Mitarbeit von Thorsten Hallmann und Lilian Schwab. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zimmer, Kerstin (2004): *Wahlen als Business. Betrachtungen zur Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen*. (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, 60): Bremen: Forschungsstelle Osteuropa Bremen, S. 35–40.
- Zimmer, Annette (2002): NGOs als Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft. In: Frantz, Christiane; Zimmer, Annette (Hg.): *Zivilgesellschaft international: Alte und neue NGOs*. Opladen: Leske + Budrich, S. 9–25.
- Zimmer, Annette; Hallmann, Thorsten (2005): Nonprofit-Sektor, Zivilgesellschaft und Sozialkapital. In: Hopt, Klaus J.; Walz, Thomas von; Hippel, Rainer W. (Hg.): *Nonprofit-Organisationen in Recht, Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 103–127.
- Zimmer, Annette; Priller, Eckhard (2007): *Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel*. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zolkina, Maria (2013): *The Impact of Europeanization on Democratic Transformations: The Case of Slovakia and Ukraine*. Hg. v. Policy Association for an Open Society PASOS; National Endowment of Democracy. Online verfügbar unter <https://dif.org.ua/en/article/the-impact-of-europeanization-on-democratic-transformations-the-cases-of-slovakia-and-ukraine>, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Zon, Hans van (2005): Political culture and neopatrimonialism under Leonid Kuchma. In: *Problems of Post-Communism* 52 (5), S. 12–22.
- Zürn, Michael; Checkel, Jeffrey T. (2005): Getting Socialized to Build Bridges: Constructivism and Rationalism, Europe and the Nation-State. In: *International Organization* 59, S. 1045–1079.

Anhang 1: Darstellung der zentralen Aufgaben und Aktivitäten der evaluierten EU-geförderten Projekte entlang einzelner Zeitphasen der Untersuchung

Tab. 1: Projektauswahl der ersten Zeitphase der Untersuchung (1994–2005)

NGO	Titel, Zeit- und Programm-Rahmen des Projekts	Wichtigste Aufgaben und Aktivitäten im Rahmen des Projekts
<i>Resource Center HURT</i>	Social NGOs Network Capacity Building Initiative. Improvement of Social Service in Ukraine, 12/2003–05/2005, TACIS (IBPP)	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung der technisch-organisationalen Kapazitäten der am Projekt teilnehmenden sozial-orientierten NGOs im Bereich der Dienstleistungserbringung mit Hilfe von Trainings, <i>round tables</i>, <i>open space events</i>, Netzerkbildung mit anderen NGOs etc.; • Dialogförderung zwischen den teilnehmenden NGOs und den lokalen staatlichen Behörden
<i>Creative Centre "Counterpart"</i>	Ensuring the Implementation of Territorial Community Rights Guaranteed by the Law "On Local Self-government in Ukraine, 01/2002–01/2005, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Fachliche Beratung für die am Projekt teilnehmenden lokalen Gemeinden bei der Ausarbeitung der neuen legislativen Vorschläge zugunsten ihrer stärkeren Mitwirkung an der Kommunalpolitik; • Entwurf der entsprechenden Änderungen zur bestehenden nationalen Gesetzgebung der Ukraine zugunsten der Kompetenzstärkung der Organe der lokalen Selbstverwaltung; • Fachliche Beratung und Unterstützung für die Organe der lokalen Selbstverwaltung in den am Projekt teilnehmenden Gemeinden in allen Fragen rund um das demokratische Regieren; • Unterstützung im Aufbau von fachlichen Kapazitäten bzw. in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit für lokale Abgeordnete, Mitarbeiter der lokalen Verwaltungsbehörden, Vertreter der lokalen NGOs, zivilgesellschaftliche Aktivisten und sonstige Teilnehmer der Kommunalpolitik in den am Projekt teilnehmenden Gemeinden
	Voters Education and Mobilisation Project: Towards Achievements of an Equal Field for All Candidates in Ukrainian Presidential Elections 2004, 06/2004–02/2005, TACIS (IBPP)	<ul style="list-style-type: none"> • Organisation von Trainings, Seminaren und Schulungen für ukrainische Wähler mit Akzent auf den Themen der Wählerrechte, der Wahlgesetzgebung und Wahlverfahren; • Durchführung von öffentlichen Informationskampagnen mit dem Ziel einer stärkeren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für gerechte, freie und demokratische Wahlen
<i>ISAR „Ednannia“</i>	NGO Development – Ukraine, Kyiv and Selected Regions, 01/07/2003–31/12/2004, TACIS (IBPP)	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Kapazitäten von sozial-orientierten NGOs im Bereich der Dienstleistungserbringung zugunsten der einzelnen sozial schwächeren bzw. verletzlichen Bevölkerungsgruppen, wie Rentner, Behinderte etc.; • Aufbau von Zentren der sozialen Partnerschaft als Unterstützer der NGOs und lokalen Behörden in allen Fragen der sozialen Dienstleistungserbringung; • Förderung einer engeren und effizienteren Kooperation bzw. des Networkings der sozial orientierten NGOs untereinander bzw. mit den lokalen Behörden; • Ausarbeitung und Lobbying von entsprechenden Verbesserungen der Gesetzgebung in Bezug auf die Regulierung der Arbeit von sozial-orientierten NGOs

Quelle: eigene Darstellung, Bezug nehmend auf die folgenden Quellen: Resource Center HURT 2009; Komanda proektu TOLOKA o.D.; Creative Centre „Counterpart“ 2012; Leiser 2004.

Tab. 2: Projektauswahl der zweiten Zeitphase der Untersuchung (2005–2010)

NGO	Titel, Zeit- und Programm-Rahmen des Projekts	Wichtigste Aufgaben und Aktivitäten im Rahmen des Projekts
ISAR „Ednannia“	Strengthening Civil Society, 06/2005–06/2008, TACIS (IBPP)	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung von zwei neuen Zentren der sozialen Partnerschaft als Unterstützer der NGOs bzw. lokalen Behörden; • Aufbau von technisch-organisationalen bzw. fachlichen Kapazitäten der sozial-orientierten NGOs im Bereich der sozialen Dienstleistungserbringung in ukrainischen Regionen; • Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit der sozial-orientierten NGOs untereinander bzw. mit lokalen Behörden vor Ort; • Verbesserung der rechtlichen Lage der sozial-orientierten NGOs infolge der Änderungen in der Gesetzgebung in Bezug auf ihre Arbeit
Resource Center „HURT“	Strengthening the Role of Civil Society in Protection of Children Rights, 10/2008–09/2010, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Kapazitäten der NGOs in Fragen der Netzwerkbildung bzw. der Interessenvertretung mit dem Ziel, einen effizienteren Schutz von Kinderrechten vor Ort zu sichern; • Förderung von Partnerschaften zwischen den lokalen Verwaltungen und den NGOs in der Entwicklung von Dienstleistungsangeboten zugunsten der verletzlichen Kindergruppen in Regionen
Creative Centre „Counterpart“	Citizen Initiative for Economic and Social Rights Protection, 03/2009–03/2011, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse der bestehenden Probleme in der Wahrnehmung von Sozial- und Wirtschaftsrechten der ukrainischen Bürger bei der Planung der Verteilung bzw. Umverteilung der Grundstücke und Bodenschätze der lokalen Gemeinden und Kreise; • Durchführung von Trainings, Seminaren und juristischen Beratungen für Vertreter der lokalen NGOs, der lokalen Behörden und zivilgesellschaftlichen Aktivisten in den am Projekt teilnehmenden Dörfern zu Fragen des Schutzes der Sozial- und Wirtschaftsrechte bei territorialer Planung ihrer Gemeinden bzw. bei der Regelung von möglichen hiermit zusammenhängenden Rechtsstreiten; • Technische und finanzielle Unterstützung der Dorfgemeinden bei der Gründung von lokalen Initiativgruppen in Zielen eines stärkeren bürgerlichen Monitorings über die Verteilung und Nutzung der örtlichen Grundstücke und Bodenschätze bzw. einer besseren Einflussnahme der lokalen Einwohner auf die Entscheidungsfindungen in diesem Bereich
	Improving Access of the Rural Population to Justice, 12/2005–12/2008, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung von Trainings und Seminaren für die Vertreter der lokalen NGOs und Organe der lokalen Selbstverwaltung in vier ausgewählten Dorfgemeinden des Projekts über die Streitmittel bei der Lösung von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Streitfällen; • Förderung von Informationskampagnen zugunsten der Bewusstseinsstärkung seitens der lokalen Bevölkerung in Bezug auf die ihnen zustehenden Möglichkeiten des Schutzes ihrer Rechte; • Gründung von Informations- und Beratungszentren vor Ort in Zielen der Unterstützung der Dorfgemeinden bei der Gründung von Gerichten bzw. Organisation von alternativen Formen der Rechtsstreitbeilegung; • Erarbeitung von Gesetzentwürfen bzw. Änderungen zur bestehenden Gesetzgebung zum Thema des Zugangs der ukrainischen Bürger zu Mechanismen der Rechtsstreitbeilegung im öffentlich- bzw. zivilrechtlichen Bereich
	Building Community Media Centers in Rural Areas, 03/2007–08/2008, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungsarbeit zu Problemen und Bedürfnissen der sozial verletzlichen Bevölkerungsgruppen; • Gründung von Medienzentren in drei ausgewählten Dorfkreisen mit dem Ziel, den Bürgern selbstständige Anfertigung von eigenen Medienprodukten wie Fotos, Radioreportagen etc. zu ermöglichen; • Durchführung von Trainings für die Vertreter der verletzlichen Bevölkerungsgruppen in Zielen der Vermittlung von Kenntnissen im Bereich der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; • Herausgabe eines Handbuchs über Methodologie und Erfolge des Projekts

Quelle: eigene Darstellung, unter Bezugnahme auf folgende Quellen: Leiser 2007; Ressource Centre GURT 2009; Tvorchyi Tsentr Kaunterpart 2007; Bayda/Pyzhov 2008; Creative Centre „Counterpart“ 2007.

Tab. 3: Projektauswahl der dritten Zeitphase der Untersuchung (2010–2015)

NGO	Titel, Zeit- und Programm-Rahmen des Projekts	Wichtigste Aufgaben und Aktivitäten im Rahmen des Projekts
<p><i>Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation (DIF)</i></p>	<p>National exit polls 2012 and sociological monitoring of parliamentary election campaign in Ukraine, 05/2012–12/2012, <i>EIDHR</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung von nationalweiten Befragungen der ukrainischen Bevölkerung bzw. Expertenbefragungen zu den Themen der anstehenden Parlamentswahlen; • Organisation von <i>round tables</i> und Pressekonferenzen zu den Ergebnissen der durchgeführten Befragungen der öffentlichen Meinung im Vorfeld der Parlamentswahlen; • Durchführung des nationalen Exit-Polls am Tag der Parlamentswahlen bzw. Unterrichtung der Öffentlichkeit zu seinen Ergebnissen
	<p>Civil monitoring of electoral processes as a means of raising electoral awareness and ensuring free and fair elections, 01/2014–07/2015, <i>EIDHR</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung eines <i>civil sociological consortium</i> als einer institutionalisierten Kooperationsplattform des Fonds mit einer Reihe von Partnerorganisationen mit dem Ziel, gemeinsame Forschungen der öffentlichen Meinung zu aktuellen gesellschaftlich-politischen Themen auf spezielle Anfrage der anderen interessierten NGOs durchzuführen; • Umfassende Analyse der erhaltenen Ergebnisse der öffentlichen Meinungsforschung bzw. Unterbreitung auf ihrer Basis der entsprechenden Handlungsempfehlungen für ukrainische NGOs; • Einsetzung von einem breiten Spektrum von Bildungs- und Beratungsmaßnahmen für die NGOs in Fragen der Politikforschung und Analyse
<p><i>ISAR “Ednannia”</i></p>	<p>Civil Society: Dialogue for Progress, 12/2012–12/2015, <i>NCSF</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung von einer <i>mapping</i>-Studie zu aktuellen Kontextbedingungen bzw. dem allgemeinen Entwicklungsstand des ukrainischen NGO-Sektors in Zielen einer besseren Einschätzung des bestehenden Förderbedarfs; • Aufbau von Kapazitäten der am Projekt teilnehmenden NGOs mit Fokus auf Aufgaben der Interessenvertretung durch ein breites Angebot an Trainings und <i>e-learning</i>-Kursen; • Beratung und Unterstützung der NGOs in ihren Projektbewerbungen bei der EU im Rahmen der <i>Neighbourhood Civil Society Facility</i>; • Förderung von Networking und Dialog der NGOs mit den staatlichen Akteuren und der Vertretung der EU vor Ort; • Förderung einer engeren Zusammenarbeit der NGOs der Länder der Östlichen Partnerschaft untereinander
<p><i>Laboratory of Legislative Initiatives</i></p>	<p>All-Ukrainian Partnership for Fair Procurement in Education, 11/2012–06/2013, <i>NSA&LA</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Monitoring der Finanzarbeit der lokalen Exekutivorgane; • Definition und Analyse von Problemstellen im Bereich der Staatseinkäufe durch die Abteilungen für Bildung der lokalen Exekutivorgane; • Unterbreitung von Verbesserungsvorschlägen für die ukrainische Gesetzgebung im Bereich der Staatseinkäufe; • Förderung des Erfahrungsaustausches und der Kooperation zwischen den einzelnen ukrainischen Gebieten in Fragen der Staatseinkäufe im Bildungsbereich
	<p>Strengthening capacities of the National Platforms of the Eastern Partnership Civil Society Forum, 12/2012–06/2014, <i>NCSF</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau von Kapazitäten der Nationalen Plattformen des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft; • Förderung des Dialogs zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft; • Monitoring der Umsetzung von Zielen der Östlichen Partnerschaft bzw. der Entwicklungsdynamik in den Beziehungen der EU zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft
<p><i>Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)</i></p>	<p>Improvement of the quality of administrative services through strengthening civil society’s impact on public policy, 01/2013–01/2015, <i>NCSF&NSA</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Monitoring und Analyse der nationalen Gesetzgebung bzw. der bestehenden politischen Praxis im Bereich der administrativen Dienstleistungserbringung bzw. Ausarbeitung der entsprechenden Verbesserungsvorschläge in Form von Stellungnahmen, Empfehlungen, Gesetz- und Gesetzänderungsentwürfen; • Ausarbeitung der Begleitgesetze zur Sicherung der Implementierung des Gesetzes der Ukraine „Über administrative Dienstleistungen“; • Durchführung von einer Advocacy-Kampagne zugunsten der einzelnen Reformen im administrativen Dienstleistungssektor;

		<ul style="list-style-type: none"> • Veranstaltung von diversen Konferenzen, Expertentreffen und Workshops zu verschiedenen Problemfeldern auf dem Gebiet der administrativen Dienstleistungserbringung; • Mitwirkung der Experten des Zentrums an der Ausarbeitung der Reformvorschläge im Sektor der administrativen Dienstleistungen in der Kooperation mit dem Wirtschafts- und Justizministerium; • Herausgabe von einer Reihe von Studien, theoretischen und praktischen Kommentaren bzw. Handbüchern zu verschiedenen Aspekten der Gesetzgebung und Praxis im Bereich der administrativen Dienstleistungserbringung
	Spidometer “Ukraine-EU”: constitutional and judicial reforms“, 01/2014–12/2015, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf einer Infographik in Form eines Spidometers als eines Instruments des Monitorings der Dynamik in der Reformumsetzung in den Bereichen Verfassung, Gerichtswesen und Staatsanwaltschaft durch ukrainische Regierung; • Regelmäßige Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ergebnisse des Monitorings durch die Projektwebsite „Spidometer der Reformen“; • Veröffentlichung einer umfassenden Studie über die Schlüsselreformen der ukrainischen Regierung 2014–2015 bzw. über die Maßnahmen ihrer Optimierung; • Öffentliche Kommunikation über die Projektergebnisse im Rahmen von Konferenzen, Expertenrunden und sonstigen Veranstaltungen als Mittel der Drückausübung auf die ukrainische Regierung in Zwecken einer besseren Umsetzung der laufenden Reformen
Centre EIDOS	Creation and Implementation of Public Funds Utilization Monitoring System “Open Budget”, 01/2014–07/2016, NCSF	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit an der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs „Über öffentliche Ausgaben“ bzw. dessen Lobbying im ukrainischen Parlament; • Mitarbeit am <i>Transparent Budget Concept</i> als eines Verbesserungsvorschlags an die ukrainische Regierung bezüglich des bestehenden Systems der Regulierung der öffentlichen Finanzen; • Entwurf von <i>Open Budget Software</i> als Mechanismus der öffentlichen Kontrolle bzw. der Transparenzförderung in Bezug auf die Ausgaben aus lokalen Budgets in den ukrainischen Regionen; • Veranstaltung einer Reihe von Konferenzen, Seminaren und Diskussionen über die Erfolge des Projekts in Bezug auf die Kontrolle der öffentlichen Finanzen in den ukrainischen Regionen; • Beobachtung und Transparenzprüfung der einzelnen Staatseinkäufe auf der Ebene der lokalen Verwaltungsbehörden; • Verbreitung von Broschüren und Informationsmaterialien unter den Teilnehmern der einzelnen Projektaktivitäten über die Praxis des öffentlichen Monitorings über die Verwaltung der lokalen Budgetkosten
Civil Society Institute (CSI)	Regional Policy in Ukraine: Public Monitoring of Regional Development Strategies, 02/2014–12/2015, NCSF	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung des Netzwerkes der ukrainischen Denkfabriken in die methodische Ausarbeitung, die Effizienzanalyse und die Kontrolle über die Umsetzung der Strategien der regionalen Entwicklung in den insgesamt 22 Gebieten der Ukraine; • Unterbreitung der Expertenempfehlungen an die staatlichen Akteure der regionalen Entwicklungspolitik in Zielen der Optimierung ihrer Arbeit; • Durchführung einer Advocacy-Kampagne in Zielen der Förderung von höherer Effizienz der Staatspolitik der regionalen Entwicklung in der Ukraine; • Ausgabe eines Sammelwerkes über die Politik der regionalen Entwicklung in der Ukraine bzw. bestehenden Spielräume für deren Reformen zugunsten mehr Effizienz vor Ort
Civic Network OPORA	European practices and standards for Ukrainian elections, 01/2014–12/2015, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Lobbying von Änderungen zum Gesetz „Über die Lokalwahlen“ entsprechend den vorgelegten Expertenempfehlungen aus der Ukraine bzw. der einzelnen EU-Länder; • Monitoring über die Anpassung der Wahlgesetzgebung an die Standards, welche aus den Empfehlungen des Schlussberichts der OSZE über die Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine hervorgehen; • Förderung einer stärkeren Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Beobachtung der Parlaments-, Präsidentschafts- und Lokalwahlen 2014–2015 mithilfe des speziellen Trainingsprogramms;

		<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf einer Online-Karte in Zielen einer präzisen Darstellung der stattgefundenen Verletzungen der Wahlgesetzgebung im Laufe der Wahlen
<i>Committee of Voters of Ukraine (CVU)</i>	Legal support and education for vulnerable groups of population, 08/2012–07/2015, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Errichtung eines Webportals „Protect your right!“ als Plattform für den Informationsaustausch und die Beratung der sozial benachteiligten bzw. verletzlichen Bevölkerungsschichten zu verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit ihren Rechten in Streitfällen mit der öffentlichen Verwaltung bzw. den bestehenden Möglichkeiten, diese zu schützen; • Unterrichtung der Bürger über die ihnen zustehenden Rechte als Wähler bzw. die Möglichkeiten ihres Schutzes im Vorfeld der Wahlen; • Errichtung einer Reihe von regionalen Bürgerbüros als öffentlichen Stellen für die Erteilung kostenloser Rechtsberatung an die sozial benachteiligten bzw. verletzlichen Bevölkerungsschichten in ihren administrativen Angelegenheiten; • Durchführung von zwei Informationskampagnen mit anschließenden Pressekonferenzen bzw. Erteilung des entsprechenden Bildungsmaterials in Zielen der Stärkung des Bewusstseins der ukrainischen Bürger für die ihnen zustehenden Rechte bzw. die Möglichkeiten ihres Schutzes in Streitigkeiten mit den Stellen der öffentlichen Verwaltung; • Durchführung einer Reihe von Trainings für Journalisten zum Thema des Schutzes ihrer Rechte als Berichterstatter während der Wahlen; • Durchführung von einer Reihe von Treffen bzw. Beratungsrunden zwischen den Experten des Projekts und den Abgeordneten des Ausschusses für Rechtspolitik der Verkhovna Rada der Ukraine in Zielen der Verbesserung der ukrainischen Gesetzgebung über den Zugang der Bürger zur Verwaltungsjustiz
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	Reanimation Package of Reforms, 09/2012–09/2014, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung einer institutionalisierten Koalition „Reanimation Package of Reforms“ als landesweiten Zusammenschluss der Experten aus den Reihen der führenden ukrainischen NGOs und Denkfabriken in Zielen einer gemeinsamen Förderung der ausstehenden Reformen in den einzelnen Schlüsselbereichen der Demokratisierung nach den europäischen Vorgaben; • Ausarbeitung der entsprechenden Gesetzentwürfe im Rahmen der gegründeten Koalition bzw. Änderungsvorschläge zur bestehenden Gesetzgebung der Ukraine in den ausgewählten Reformbereichen der Demokratisierung; • Vermittlung und Lobbying der Inhalte der entworfenen legislativen Vorschläge im Dialog mit dem ukrainischen Parlament bzw. den Vertretern der Exekutive; • Kommunikation der Erfolge und anstehenden Aufgaben im Rahmen des Projekts mit der Öffentlichkeit mit dem Ziel, das gesellschaftliche Interesse und Engagement für die notwendigen demokratischen Reformen zu stärken
<i>Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)</i>	Access to justice through free and high-quality standards of human rights protection, 10/2012–10/2014, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf der einzelnen Verfahren und Instrumente zur Ermöglichung eines institutionalisierten Systems der kostenlosen Rechtshilfe für alle auf den entsprechenden Rechtsschutz angewiesenen ukrainischen Bürger aus den sozial schwachen oder verletzlichen Bevölkerungsschichten, die von der Polizei festgenommen wurden; • Praktische Umsetzung des entworfenen Systems der kostenlosen Rechtshilfe in Form der Internetplattform „PROBONO“ als Instrument der Vernetzung der an der kostenlosen Rechtshilfeleistung interessierten Anwälte und Juristen mit ihren Mandanten; • Unterstützung einer Reihe von regionalen öffentlichen Büros für kostenlose Rechtshilfe für bedürftige Bürger; • Herausgabe von einer Reihe methodischer Handbücher zu verschiedenen Aspekten der Erteilung kostenloser Rechtshilfe an Bürger aus den sozial schwachen und/oder verletzlichen Bevölkerungsschichten; • Organisation der jährlichen Konferenzen, Vernetzungstreffen und öffentlichen Diskussionen für die am Projekt teilnehmenden Juristen und zivilgesellschaftlichen Aktivisten in Zielen ihres Erfahrungs- und Informationsaustausches zum Thema der kostenlosen Rechtshilfe
<i>Ukrainian Helsinki Human</i>	Increasing opportunities for vulnerable groups to defend their rights,	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung eines Netzwerks der Bürgerbüros für Rechtshilfe in verschiedenen Regionen der Ukraine als Stellen der rechtlichen Beratung der Bürger zu den Fragen des Schutzes der ihnen zustehenden Rechte in diversen Formen des Rechtsverfahrens;

<i>Rights Union (UHHRU)</i>	09/2012–09/2014, EIDHR	<ul style="list-style-type: none"> • Monitoring und Analyse der einzelnen Problemfelder im Zusammenhang mit der Erteilung kostenlosen Rechtshilfe bzw. der Herausgabe einer Reihe von Informationsbroschüren und Studien für interessierte Juristen und Bürger zu diesem Thema; • Unterstützung der Internetplattform „PROBONO“ als Instrument der Kontaktvermittlung zwischen den an der Erteilung kostenloser Hilfe interessierten Juristen und ihren potenziellen Mandanten
<i>Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (UMDPL)</i>	Civic oversight of the administrative service delivery by law enforcement bodies, 01/2013–12/2014, NCSF	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung einer analytischen Studie über das bestehende System der Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen durch das Innenministerium der Ukraine und seine Strukturen; • Stärkung der organisationalen Kapazitäten bzw. der Kapazitäten im Bereich der Interessenvertretung und Analyse der regionalen NGOs, die sich mit dem Monitoring der Prozesse der Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen durch das Innenministerium und seine Strukturen auseinandersetzen; • Durchführung einer Reihe von Seminaren und Round-Table-Diskussionen für interessierte Bürger, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und NGO-Vertreter in Zielen der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins über verschiedene Aspekte in der Ausübung und dem Schutz der Rechte der ukrainischen Bürger als Bezieher der Verwaltungsdienstleistungen; • Durchführung einer gesamtukrainischen Kampagne des öffentlichen Monitorings über die Qualität der durch die Strukturen des ukrainischen Innenministeriums erbrachten Verwaltungsdienstleistungen mit dem Ziel, diese transparenter und zugänglicher zu gestalten

Quelle: eigene Darstellung, Bezug nehmend auf: Fond "Demokratychni initsiatyvy" imeni Ilka Kucheriva 2013, 2012; Kanevskyi 2013; Malerius 2015; Zhurba 2015, Kuibida 2016; Tarnai 2016; Poliskyi Fond mizhnarodnykh i regionalnykh doslidzhen 2016, 2015; Predstavnytstvo ES v Ukraini 2015; European Partnership for Democracy 2012; Committee of Voters of Ukraine 2015; Shevchenko 2015; Sioma 2015; Interview Shcherbatiuk 2015; Sluzba novyn Euukrainecoop 2013; Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement 2014, 2014a.

Anhang 2: Liste der durchgeführten Interviews

a) Interviews mit Vertretern der 15 untersuchten NGOs in der Ukraine

- (1) **Ermolenko**, Volodymyr: Direktor der europäischen Projekte, *Internews Ukraine*, persönliches Interview am 23.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (2) **Hubar**, Olena: Programmkoordinatorin, *Initiative Centre to Support Social Action „Ednannia“*, persönliches Interview am 12.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (3) **Kohut**, Andrii: Programmkoordinator, *Agency for Legislative Initiatives*, persönliches Interview am 14.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (4) **Kohut**, Ihor, Vorsitzender, *Agency for Legislative Initiatives*, persönliches Interview am 13.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (5) **Lynnyk**, Nataliya: Programmmanagerin, *NGO „Committee of Voters of Ukraine“*, persönliches Interview am 21.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (6) **Malerius**, Stefan: Leiter des EU-Projekts „Civil Society. Dialogue for Progress“, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., persönliches Interview am 2.04.2017, Berlin, Deutschland.
- (7) **Palyvoda**, Lubov: Geschäftsführerin, *Creative Centre „Counterpart“*, persönliches Gespräch am 21.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (8) **Pernykoza**, Serhii, Projektmanager, *Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement*, telefonisches Interview am 09.08.2017, Berlin, Deutschland.
- (9) **Ruda**, Oksana: Projektmanagerin, *Initiative Centre to Support Social Action „Ednannia“*, persönliches Interview am 13.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (10) **Shcherbatiuk**, Mykola: Programmmanager, *Ukrainian Helsinki Human Rights Union*, telefonisches Interview am 3.03.2017, Berlin, Deutschland.
- (11) **Sheihus**, Volodymyr: Geschäftsführer, *Initiative Centre to Support Social Action „Ednannia“*, persönliches Interview am 12.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (12) **Shevchenko**, Taras: Geschäftsführer, *Centre for Democracy and Rule of Law*, persönliches Interview am 22.04.2016, Berlin, Deutschland.
- (13) **Shvets**, Iryna: Projektmanagerin, *Civil Network OPORA*, telefonisches Interview am 20.07.2017, Berlin, Deutschland.
- (14) **Sioma**, Mykola: Geschäftsführer, *Ukrainian Legal Aid Foundation*, telefonisches Interview am 12.12.2016, Kiew, Ukraine.
- (15) **Sushytska**, Olga: Kommunikationsmanagerin, *Internews Ukraine*, persönliches Interview am 22.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (16) **Taran**, Viktor: Geschäftsführer, *Centre EIDOS*, persönliches Interview am 17.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (17) **Tymoshchuk, Viktor**: Stellvertretender Vorsitzender, *Centre for Political and Legal Reforms*, persönliches Interview am 10.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (18) **Zaviiska**, Maria: Programmmanagerin, *Resource Center HURT*, telefonisches Interview am 13.06.2016, Berlin, Deutschland.
- (19) **Zolkina**, Maria: Politikexpertin für die Fragen der europäischen und euroatlantischen Integration, *Ilko Kucheriv „Democratic Initiatives“ Foundation*, persönliches Gespräch am 15.06.2015, Kiew, Ukraine.

b) Interviews mit ausgewählten Experten zu Fragen der ukrainischen Zivilgesellschaft

- (1) **Akulenko**, Lubov: Leiterin des Europäischen Programms, *Centre UA*, telefonisches Interview am 23.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (2) **Chernikov**, Denys: Politikexperte, *Open Society Foundation*, persönliches Gespräch am 17.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (3) **De Mercey**, Colombe: Sector Manager, Abteilung „Civil Society and Media“, *Delegation der EU in der Ukraine*, persönliches Interview am 15.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (4) **Harter**, Stefanie: Bereichsmanager *ad hoc*, Programm für öffentliche Finanzen, Verwaltungsreform und Dezentralisierung, *Delegation der Europäischen Union in der Ukraine*, persönliches Interview am 30.09.2015, Berlin, Deutschland.
- (5) **Holota**, Sofia: Managerin der Programminitiative „Demokratische Praxis“, *International Renaissance Foundation*, persönliches Interview am 9.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (6) **Ivashko**, Iryna: Expertin für ukrainische Außenpolitik und internationalen Beziehungen, *International Centre for Policy Studies*, persönliches Interview am 14.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (7) **Maksak**, Gennadiy: Präsident, *Polissya Foundation for International and Regional Studies*, Chernihiw, Ukraine, persönliches Interview am 20.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (8) **Nerisanu**, Alexandra: Referentin in der Abteilung für die Aufgaben der Zivilgesellschaft, *EuropeAid, Europäische Kommission*, persönliches Interview am 11.04.2014, Brüssel, Belgien.
- (9) **Prystaiko**, Oksana: Geschäftsführerin, *Ukrainian Think Tank Liaison Office*, persönliches Interview am 10.04.2014, Brüssel, Belgien.
- (10) **Schreiber**, Hannes: Politischer Direktor, *Delegation der Europäischen Union in der Ukraine*, persönliches Interview am 17.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (11) **Sushko**, Iryna: Geschäftsführerin, *Europe Without Barriers*; Nationale Koordinatorin der Arbeitsgruppe „Demokratie, Menschenrechte und gutes Regieren“, *Ukrainische Nationale Plattform des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft*, persönliches Interview am 19.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (12) **Topolnytskyi**, Stas: Programmkoordinator, Abteilung „Civil Society and Media“, *Delegation der Europäischen Union in der Ukraine*, persönliches Gespräch am 17.06.2015, Kiew, Ukraine.
- (13) **Volochii**, Ivanna: Koordinatorin des Projekts „Civil Society. Dialogue for Progress“ in der Ukraine, persönliches Interview am 24.06.2015, Kiew, Ukraine.

Anhang 3: Kontaktdaten der 15 als Fallbeispiele untersuchten ukrainischen NGOs

NGO	Postanschrift, Kontaktdaten und Website
<i>Agency for Legislative Initiatives (ALI)</i>	Nyznii Val-Str. 15, Büro 303, 04071 Kiew Tel.: +380 44 531 37 68 E-Mail: info@laboratory.kiev.ua Website: www.parlament.org.ua
<i>Association of Ukrainian Human Rights Monitors on Law Enforcement (UMDPL)</i>	a/s 496, 01001 Kiew-1 Tel.: +38 (044) 253-40-36 E-Mail: umdpl.association@gmail.com Website: http://umdpl.info/contacts/
<i>Creative Centre „Counterpart” (CCC)</i>	Bazhan-Prospekt 30/8, 02149 Kiew Tel.: +38 044 574 6411 E-Mail: ccc@ccc.kiev.ua Website: http://www.ccc-tck.org.ua/
<i>Centre EIDOS</i>	Dilova-Str. 22b, 2. Etage, 03150 Kiew Tel.: +38 (067) 506 8162 E-Mail: office@cpsa.org.ua Website: http://eidos.org.ua
<i>Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)</i>	Zankovetska-Str. 3/1, Büro 12, 01001 Kiew Tel.: +380 (44) 496 05 80 E-Mail: info@cedem.org.ua Website: https://cedem.org.ua/
<i>Centre for Political and Legal Reforms (CPLR)</i>	Khreshchatyk-Str. 4, Büro 13, 01001 Kiew Tel.: +38 044 278 03 17 E-Mail: centre@pravo.org.ua Website: http://pravo.org.ua/
<i>Civil Society Institute (CSI)</i>	Bulvar Druzhby Narodiv 22/21, 01103 Kiew Tel.: +38 044 529 73 94 E-Mail: powerreform@gmail.com Website: https://www.csi.org.ua/
<i>Civic Network OPORA</i>	Hrushevskoho-Str. 34a, Büro 93, 01021 Kiew Tel.: +38 044 591 44 44 E-Mail: info@opora.org.ua Website: https://www.oporaua.org/
<i>Committee of Voters of Ukraine (CVU)</i>	a/s 25, 01001 Kiew Tel.: +38 044 337 5101 E-Mail: cvu@cvu.kiev.ua Website: http://cvu.org.ua/
<i>Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” Foundation (DIF)</i>	Olesya Honchara Str. 33, 01034 Kiew Tel.: +38 044 331 67 61 E-Mail: dif@dif.org.ua Website: https://dif.org.ua/
<i>Initiative Centre to Support Social Action “ISAR Ednannia”</i>	Velyka Vasylkivska Str. 72, 03150 Kiew Tel.: +38 044 201 01 60 E-Mail: office@ednannia.ua Website: http://ednannia.ua/
<i>Internews Ukraine</i>	Ryzka Str. 15, 04112 Kiew Tel.: +38 044 458 44 40 E-Mail: info@internews.ua Website: https://internews.ua/
<i>Resource Center HURT</i>	Popudrenka Str. 52, Büro 509, 02094 Kiew Tel.: +38 044 296 1052 E-Mail: info@gurt.org.ua Website: https://gurt.org.ua/
<i>Ukrainian Helsinki Human Rights Union (UHHRU)</i>	Frolivska 3/34, 04070 Kiew Tel.: +38 044 485 17 92 E-Mail: office@helsinki.org.ua ; Website: https://helsinki.org.ua
<i>Ukrainian Legal Aid Foundation (ULAF)</i>	Rybalska Str. 2, Büro 105, 02000 Kiew; Tel.: +38 044 280 67 40 E-Mail: info@ulaf.org.ua ; Website: http://ulaf.org.ua/